

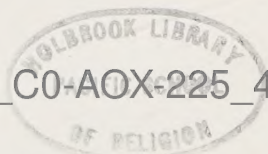






Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/bwb_C0-AOX225_40



Kirchliches Jahrbuch

für die evangelischen Landeskirchen Deutschlands

1913.

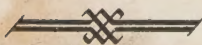
Ein Hilfsbuch zur Kirchenkunde
der Gegenwart.

Verbindung mit Pfarrer Paul Richter-Werleshausen,
r. em. Lic. J. de le Roi-Schweidnitz, Pfr. E. Bunke-Spandau,
Pfr. H. Neumann-Godesberg, Pfr. K. Frick-Bremen

herausgegeben von

Pfarrer J. Schneider in Elberfeld.

40. Jahrgang.



Gütersloh.

Druck und Verlag von C. Bertelsmann.



78270

3X

3020

12 K5

913

Vorwort.

Der 40. Jahrgang des Jahrbuchs tritt hiermit vor seine Leser. Zwanzig Jahrgänge hat der Begründer desselben herausgegeben, der 1893 verstorbene Pfarrer Robert Schneider in Bad Lipp-
springe, und zwanzig Jahrgänge der älteste Sohn des Entschlafenen, der jetzige Herausgeber. Die Idee, welche einst den Begründer leitete, eine „Kirchenkunde der Gegenwart“ zu schaffen — ein uralter Schleiermacherscher Gedanke, damals dem Betrieb der theologischen Arbeit fast völlig fremd — hat erst in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts auf den akademischen Lehrstühlen Raum gewonnen. Der verstorbene Prof. D. Drews-Halle, dessen Nekrolog dieser Band enthält, hat sich vor andern verdient gemacht um die Wiederbelebung der „Kirchenkunde der Gegenwart“ und die Einführung dieser Disziplin in den akademischen Betrieb. Die Priorität des Gedankens selbst aber dürfen wir ihm streitig machen. Daß er Raum geschaffen hat für das, was das Jahrbuch will, und Verständnis für den Zweck dieser Aufstellungen, sei jedoch dankbar anerkannt.

Ein Vergleich der früheren Bände mit denen der letzten Jahre wird aber auch erkennen lassen, daß das Jahrbuch aus der veränderten Situation heraus selbst neue Impulse empfangen und weitergegeben hat. Es war ein langer und nicht immer leichter Weg bis zur Gegenwart. Es hat die Zähigkeit des niedersächsischen Bluts und einige Selbstlosigkeit des Verlags dazu gehört, nicht müde zu werden. Es sah lange aus, als arbeite man umsonst und vergeblich.

Die letzten Jahre erst haben dem Jahrbuch die Aufmerksamkeit weiterer Kreise gewonnen. Der Bann ist jetzt gebrochen. Der Dienst, den wir den Dienern und Gliedern der evangelischen Kirche tun wollen durch zusammenfassende Darlegung der kirchlichen Arbeit, wird reichlich anerkannt. Er wird auch vom akademischen Betrieb der Theologie beachtet, der früher kühl an den praktischen Bedürfnissen der kirchlichen Gegenwart vorüberging. Nun bitten wir die Brüder im Amt, daß dieser Dienst auch gebraucht und genützt werde zu vermehrter Arbeitsfreudigkeit und vertiefter Erkenntnis der Zusammenhänge. Das ist um so wichtiger, je mehr der Zeitgeist vom Subjektivismus bestimmt wird und zur Atomisierung drängt. Einspannern und fertigen Leuten sei es gern gestattet, mit dem Gefühl der Überlegenheit die Aufstellungen dieses Jahrbuches zur Seite zu schieben. Freilich auch den andern will

es die Kritik nicht unterbinden. Es geht ja nicht ganz ohne „Werturteile“ ab auch in der sachlichsten Darstellung. Sie seien niemandem aufgedrängt.

* * *

Das hier Gesagte gilt besonders von dem Kapitel „Kirchliche Zeitlage“, diesmal verfaßt vom Herausgeber. Der seitherige Bearbeiter, Pfr. Lic. Eckert in Löcknitz mußte wegen anderweitiger literarischer Belastung zurücktreten. Wir verstehen sehr wohl, daß aus rein objektiven sachlichen Erwägungen heraus gegen die Aufnahme dieses Kapitels an sich Bedenken geäußert wurden. Dennoch erschien uns eine Darlegung der vielverzweigten kirchlichen Arbeit der Gegenwart lückenhaft ohne diese historische Grundlage. Freilich, dies Kapitel mag geschrieben sein, wie es will, dem Vorwurf der Parteilichkeit wird sein Verfasser nie völlig entgehen, weil jeder gerade das für „objektiv“ hält, was er selber denkt. Schließlich bleibt jedermann, mag er hoch oder niedrig stehen, doch der Mittelpunkt seines eigenen Horizonts. Unter dem Druck dieser Tatsache steht jede Berichterstattung, auch z. B. die „objektive“ der „Christlichen Welt“. Jedes Kapitel hat leise subjektivistische Einschläge; es ist ein Irrtum zu glauben, man könne ein kirchliches Jahrbuch in absoluter Objektivität schreiben; man muß zufrieden sein mit dem ehrlichen Bestreben, die Tatsachen nicht in der Verzerrung sehen zu wollen.

Hier wird uns nun die Darlegung des „Falles Traub“ selbstverständlich scharfe Rekrimationen eintragen. Wir sind völlig darauf gefaßt. In diesem Ereignis handelte es sich um einen Zusammenprall eines antinomistischen Radikalismus, der kirchenauflösend wirken muß und so wirken will, mit der organisierten Kirche in ihrem historischen Bestande. Da soll man es eigentlich einem „Kirchlichen Jahrbuch“, das programmäßig der Kirche dienen will, logischerweise nicht verdenken, wenn es kirchliche Interessen deutlich und zweifelsfrei vertritt und Stellung nimmt gegen „Anarchie und Indisziplin“. Theologumena standen hier nicht in Frage. Wir möchten das den zu erwartenden Kritikern von vornherein zu bedenken geben. Wer ist wohl imstande, die brausenden Gärungen des „Falles Traub“ zu schildern ohne irgend einen Hauch des Persönlichen? Wir dienen keiner kirchlichen Gruppe oder Partei, aber der Kirche.

Übrigens erschien uns als das Wichtigere in der Darlegung dieses Kapitels die manchem vielleicht zu ausgiebig erscheinende Beibringung der auf den „Fall Traub“ bezüglichen Akten, Dokumente und Zeitstimmen. Hier ist die Auswahl völlig buntscheckig, vielseitig und parteilos. Da die seither von Prof. D. Wiegand herausgegebene „Sammlung von Aktenstücken zu den kirchlichen Bewegungen der Gegenwart“ zu unserm lebhaften Bedauern nicht mehr erscheint, mußten wir die Aufgabe derselben übernehmen. Daher der breite Raum, den dieses Kapitel einnimmt.

Auch sonst ist innerhalb dieses Kapitels zuweilen Stellung genommen zu den Bewegungen auf dem Boden der preußischen Landeskirche (z. B. im Apostolikumstreit), aber, wie wir hoffen (und ehrlich erstrebt), nicht einseitig, sondern unter Berücksichtigung aller Momente und Argumente. Die Darlegung der Ereignisse in außerpreußischen Landeskirchen ist völlig unbeurteilt geblieben.

Die Schrift von v. Zastrow (contra Henle) und Prof. D. Baumgarten „Meine Anklage gegen den preußischen Oberkirchenrat“ — erschien erst nach Drucklegung dieses Kapitels. Wir konnten sie leider nicht mehr zur Darlegung benutzen.

* * *

Die übrigen Kapitel zeigen keine wesentliche Abweichung gegenüber der bisherigen Darstellungsweise. Der kirchlichen Arbeit in den deutschen Kolonien ist besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Für die kirchenrechtliche Seite dürfen wir im nächsten Jahrgang einen Beitrag von Herrn Konsistorialrat Dr. Gebser-Breslau in Aussicht stellen. Wir hoffen, daß dann das Kapitel „Kirchliche Zeitlage“ fehlen darf — eine zwei Jahre umfassende Berichterstattung gibt weitere Perspektiven — oder ganz kurz sein wird. Die Innere Mission kommt nach der Verzögerung des Vorjahrs selbstverständlich wieder zur regelmäßigen Darstellung.

Die Resultate der hier gegebenen „Kirchlichen Statistik“ bitten wir benutzen und ausmünzen zu wollen. Prof. D. Seeberg-Berlin wies in seiner neuesten soeben erschienenen Schrift: „Der Geburtenrückgang in Deutschland“ darauf hin, daß unser Jahrbuch schon im Jahre 1904 auf diese jetzt erst überall erörterte Tatsache hinwies. „Seine Beobachtung blieb leider unbeachtet“ — schreibt Seeberg. Das ist ja eben der Zweck der Statistik, die unter der Oberfläche liegenden Erscheinungen aufzuzeigen, ehe sie landkundig werden. Auch in der interkonfessionellen Statistik geschehen Schiebungen, die wir recht herzlich bitten, — im kirchlichen Interesse — nicht unbeachtet zu lassen.

Zur literarischen Verwendung und zum beliebigen Abdruck (natürlich mit Quellenangabe) geben wir im Interesse der Sache gern alle Aufstellungen des Jahrbuchs preis. Jeder Mitarbeiter — man wolle das bei Rückfragen und Rekrimationen beachten — trägt die alleinige literarische Verantwortlichkeit seines Beitrags.

Den Kirchenregierungen, die uns durch Auskunfterteilungen oder irgendwie sonst freundlich und bereitwillig unterstützt haben, sagen wir ehrerbietigen Dank.

Elberfeld, im Juni 1913.

J. Schneider, Pfarrer.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Kap. I. Kirchliche Gliederung des evang. Deutschland und Personalstatus der evang. Kirchenbehörden und Synoden.	1—58

(Bearbeitet vom Herausgeber.)

A. Gesamt-Vertretung deutscher Landeskirchen	1
Deutscher Evangelischer Kirchengausschuß	1
Deutsche Evangelische Kirchenkonferenz (Eisenacher)	2
B. Kirchenregierungen der einzelnen Landeskirchen	3
I. Königreich Preußen	3
A. Ministerium der geistlichen etc. Angelegenheiten	3
B. Evangelischer Oberkirchenrat	4
Kirchliche Gliederung der einzelnen Provinzen:	
1. Provinz Brandenburg	6
2. „ Ostpreußen	8
3. „ Westpreußen	10
4. „ Pommern	11
5. „ Posen	12
6. „ Schlesien	13
7. „ Sachsen	14
Stolberg'sche Grafschaften	16
8. „ Westfalen	17
9. „ Rheinprovinz	18
10. „ Hannover	19
11. „ Schleswig-Holstein	23
12. „ Hessen-Nassau	24
II. Königreich Bayern	27
III. „ Sachsen	29
IV. „ Württemberg	31
V. Großherzogtum Baden	33
VI. „ Hessen	33
VII. „ Mecklenburg-Schwerin	34
VIII. „ Sachsen	35
IX. „ Mecklenburg-Strelitz	36
X. „ Oldenburg	37
XI. Herzogtum Braunschweig	38
XII. „ Sachsen-Meiningen	39
XIII. „ Sachsen-Altenburg	39
XIV. „ Sachsen-Koburg-Gotha	40
XV. „ Anhalt	41
XVI. Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen	41
XVII. „ Schwarzburg-Rudolstadt	42
XVIII. „ Waldeck-Pyrmont	43
XIX. „ Reuß, ältere Linie	43
XX. „ Reuß, jüngere Linie	43

	Seite
XXI. Fürstentum Lippe	44
XXII. Schaumburg-Lippe	44
XXIII. Freie " und Hansestadt Lübeck	45
XXIV. " " " Bremen	46
XXV. " " " Hamburg	46
XXVI. Reichsland Elsaß-Lothringen	48
Evangelisch-lutherische Freikirchen (Altthuteraner)	49
Evangelisch-reformierte Freikirchen	49
Die Evangelische Brüder-Unität	50
Personalstatus der höheren Militärgeliste	
Evang.-theologische Fakultäten der deutschen und schweizerischen Universitäten	50 58
Prediger-Seminare	

Kap. II. Die kirchliche Zeitlage 1912/13.

59—254

(Bearbeitet vom Herausgeber.)

I. Der Fall Traub	59—184
1. Eröffnungsbeschluss des Kgl. Konsistoriums zu Münster. Verweisung an das Konsistorium zu Breslau. Erweiterung der Anklage. Das Breslauer Urteil	62 66
2. Das Urteil des Evangelischen Oberkirchenrats	
3. Polemik und Preßäußerungen aus Anlaß des Entscheides des Evan- gelischen Oberkirchenrats. Baumgartens "Fünf Unwahrheiten des Evangelischen Oberkirchenrats" und Dr. Henles Replik	104
4. Resolutionen kirchlicher und kirchenpolitischer Verbände zur Er- ledigung des Falles Traub. Antrag an das Ministerium um Remedur des Urteils. Immediateingabe an den Kaiser	147
5. Einige Nachwehen und Epiloge: eine Äußerung des Kaisers in der Schweiz zu Prof. D. Meyer-Zürich und die Voss. Zeitung. Pastor Dörries-Hannover und seine zurückgezogene Behauptung betr. eines Reverses des Präsidenten D. Voigts. Der Prozeß Baumgarten- Brandin. Literatur zum Fall Traub	172
II. Bewegungen und Ereignisse auf dem Boden der Preu- Bischen Landeskirche	185—227
1. Dreihundertjahr-Gedächtnisfeier der ersten Märkischen General- synode in Unna	185
2. Ein neuer Apostolikumstreit im Anschluß an Darlegungen des Gen.-Sup. D. Lahusen	188
3. Vorstöße des Radikalismus im Rheinland: Konfirmationen und ver- suchte Gemeinde-Gründungen. Kirchliche Wahlen in Berlin und im Westen. Aufrufe zum Frieden. Schutz der Minoritäten. Ver- fassungsfragen. Charakter des geistlichen Amtes. Reform des kirch- lichen Disziplinarverfahrens?	209
III. Die übrigen deutschen Landeskirchen	227—254
1. Bayern. Dissonanzen in Personalfragen. Erlaß des Oberkonsisto- riums betr. die Schrift: Warum bleiben wir in der Kirche? — und Replik ihrer Verfasser. Neue kirchliche Parteigruppierungen	227
2. Württemberg. Neuordnung der Generalate. Verhandlungen der Landessynode. Beantragte aber abgelehnte Änderung der Konfirmationspraxis	235
3. Baden. Verbreiterung der Bekenntnisgrundlagen der Landeskirche. Dr. Lehmanns Reformationsfestpredigt. Änderung der Taufpraxis. Beschwerde und Bescheid	238

4. Hessen. Hessische Landessynode von 1912: Erklärung des Oberkons.-Präsidenten D. Nebel betr. die Protestler im „Fall Jatho“. Zentralkirchenfonds. Petition der evang.-kirchl. Frauenvereine . . .	241
5. Sachsen. Scheitern des Volksschul-Gesetzentwurfs	243
6. Thüringen, Anhalt und Braunschweig	244
7. Die Hansestädte: Hamburg: Neues Verpflichtungs- und Einführungs-Formular der Geistlichen. Bremen: Neue finanzielle Grundlage des Kirchenwesens	245

Kap. III. Die deutsche evangelische Heidenmission. 255—319

(Bearbeitet von Pastor P. Richter in Werleshausen.)

Allgemeines. Stand der deutschen evangelischen Missionen 1911/12 . .	255
1. Die einzelnen deutschen Missionsgesellschaften . .	259
2. Bericht über das heimatliche deutsche Missionsleben . .	279
3. Rundgang durch die Missionsfelder: Süd-Afrika, West-Afrika, Goldküste, Togo, Kamerun, Deutsch-Ostafrika, Orient, Indien, Korea, Japan, Niederl. Indien, Borneo, Sumatra, Kaiser Wilhelmsland, Amerika	292
Anhang: Missionsadressen	314

Kap. IV. Juden und Judenmission.

320—344

(Bearbeitet von Pastor em. Lic. de la Roi-Schweidnitz.)

1. Jüdische Zustände	320
2. Die Mission	328
a) Die deutsche Mission	328
b) Die Mission auf dem europäischen Festlande	330
c) Die Mission in Großbritannien	332
d) Die Mission in Nordamerika	338
e—f) Afrika, Asien und Australien	341
Schlußbetrachtung	342

Kap. V. Innerkirchliche Evangelisation.

345—372

(Bearbeitet von Pastor Ernst Bunke in Spandau.)

1. Allgemeine Fragen	345
2. Innere Auseinandersetzungen	348
3. Abgrenzung gegen sektiererische Bewegungen	353
4. Verhältnis zu Kirche und Theologie	357
5. Umschau	363

Kap. VI. Evangelisation und Lage der evangel. Kirche in der ausländischen Diaspora.

Seite

373—413

(Bearbeitet von Pfarrer H. Neumann in Godesberg.)

1. Rußland	373
2. Österreich	382
3. Frankreich	386
4. Belgien	392
5. Italien	394
6. Spanien	395
7. Balkan	399
8. Palästina	400
9. Süd-Amerika	404
10. Evangelische Kurgottesdienste im Ausland	407
11. Deutsche Schutzgebiete	408

Kap. VII. Vereine.

414—478

(Bearbeitet von Pastor Konstantin Frick in Bremen.)

1. Gustav-Adolf-Stiftung	414
2. Evangelischer Bund	421
3. Lutherischer Gotteskasten	428
4. Reformierter Bund für Deutschland	432
5. Gesellschaft zur Ausbreitung des Evangeliums unter den Katholiken	433
6. Bibelgesellschaften	435
7. Christlicher Zeitschriftenverein	442
8. Evangelisch-kirchlicher Hilfsverein	447
9. Evangelischer Kirchbauverein für Berlin	450
10. Evangelischer Kirchengesangsverein für Deutschland	452
11. Verein für religiöse Kunst in der evangelischen Kirche	455
12. Verein zur Erhaltung der evangelischen Volksschule	457
13. Pfarrervereine	458
14. Deutsche Luther-Stiftung	462
15. Evangelischer Afrika-Verein	463
16. Evangelische Gesellschaft für die protestantischen Deutschen in Amerika	464
17. Evangelischer Verein für die La Plata-Staaten	469
18. Verein zur Pflege des evangelischen Lebens in den Schutzgebieten und im Ausland	470
19. Evangelischer Hauptverein für deutsche Ansiedler und Auswanderer	471
20. Diaspora-Verein zur Pflege evangelischen Deutschtums in den außer-europäischen Ländern	473
21. Evangelischer Preßverband für Deutschland	474
22. Deutsch-evangelischer Volksbund	476

Kap. VIII. Kirchliche Statistik.

479—603

(Bearbeitet vom Herausgeber.)

1. Allgemeine Bevölkerungsbewegung 1911. Rückgang der Geburten- ziffer. Eheschließungen. Sterbeziffer. Geburten - Überschuß. Über- seeische Auswanderung	479
--	-----

	Seite
2. Konfessionelle Ergebnisse der Volkszählung 1910. Verteilung der Konfessionen in den deutschen Einzelstaaten. Verschiebungen im konfessionellen Aufbau. Zahlenverhältnisse der „Religionslosen“. Der jüdische Prozentanteil der Bevölkerung. Das Judentum der Erde . . .	493
3. Verhältnis der Taufen zu den Geburten	504
4. Verhältnis der kirchl. Trauungen zu den bürgerl. Eheschließungen . .	512
5. Mischeheschließungen	519
6. Stehende Mischehen	522
7. Konfessionelle Erziehung der aus Mischehen geborenen Kinder . . .	525
8. Die Zahl der Konfirmanden	530
9. Uneheliche Geburten	532
10. Abendmahlsbeteiligung. Zahl der Kommunikanten	535
11. Verhältnis der kirchlichen Beerdigungen zu den Sterbefällen. Feuerbestattung	539
12. Übertritte und Austritte	541
13. Neubesetzung von Pfarrstellen, Lebens- und Dienstalter der verstorbenen und emeritierten Geistlichen in Preußen	548
14. Normierung der Pfarrgehälter, Ruhegehälter der Emeriten, Pfarrwitwen und -Waisenbezüge in sämtlichen deutschen Landeskirchen . .	549
15. Neuerbaute und restaurierte Kirchen	558
16. Kirchliche Kollekten und Vermächtnisse	561
17. Die Zahl der Kandidaten des Pfarramts. Schwindender Theologemangel?	564
18. Die Frequenz der deutschen Universitäten. Frauenstudium. Das Judentum und die akademischen Berufe	568
19. Zahl der Theologie-Studierenden. Theologische Fakultäten	576
20. Höhere und mittlere Schulen. Höhere deutsche Schulen im Ausland .	581
21. Volksschulen. Hilfsschulen und Schulen für Schwachbegabte. Lehrerbildungsanstalten. Allgemeine Volksbildung. Analphabeten	585
22. Kriminalstatistik. Kriminalität in Stadt und Land, in Verteilung auf die Altersklassen. Kriminalität und Konfession	590
23. Selbstmorde	596
24. Ehescheidungen	599
25. Die Zahl der Taubstummen, Blinden und Geisteskranken in Preußen	602

Kap. IX. Totenschau.

604—614

(Bearbeitet vom Herausgeber.)

(Vom 1. Mai 1912 bis 1. Mai 1913.)

Kap. I.

Kirchliche Gliederung des evang. Deutschland und Personalstatus der evang. Kirchenbehörden und Synoden.

Stand vom 1. April 1913, mit Nachträgen für Preußens bis 1. Juni 1913.

Bearbeitet nach amtlichen Quellen vom Herausgeber.

A. Gesamt-Vertretung deutscher evang. Landeskirchen.

Eine Gesamt-Vertretung deutscher evangelischer Landeskirchen wird gebildet durch den Deutschen Evangelischen Kirchenausschuß und die Deutsche Evangelische Kirchen-Konferenz (Eisenacher Konferenz).

Beide haben keine eigentliche kirchenregimentliche Befugnis, der Bekenntnisstand und die Verfassung der einzelnen Landeskirchen bleiben durch sie unberührt. Sie sind Beratungskörper für die Gesamt-Interessen der einzelnen deutschen Landeskirchen.

I. Der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß ist ins Leben getreten durch den Beschluß der Kirchen-Konferenz vom 13. Juni 1903. Er hat gemeinsame kirchliche Interessen wahrzunehmen, insbesondere:

1. gegenüber andern deutschen und außerdeutschen Kirchengemeinschaften, wie den nicht christlichen Religionsgemeinschaften;
2. in bezug auf die kirchliche Versorgung der Evangelischen in den deutschen Schutzgebieten;
3. bezüglich der Förderung kirchlicher Einrichtungen für die evangelischen Deutschen im Auslande sowie der Seelsorge unter deutschen Auswanderern und Seeleuten — zu 2 und 3 unter Rücksichtnahme auf konfessionelle Verhältnisse.

Zur Erfüllung seiner Aufgaben hat sich der Ausschuß zu unterrichten, was aus Anlaß der in der vorhergehenden und in den früheren Tagungen gefaßten Beschlüsse der Konferenz geschehen ist, und ist befugt, sich behufs des darüber notwendigen Gedankenaustausches mit den einzelnen Kirchenregierungen in Verbindung zu setzen.

Der Ausschuß hat ferner die Entwicklung der Gesetzgebung, sowie die Handhabung der Gesetze auf den das kirchliche Leben berührenden Gebieten im Auge zu behalten, etwaige innerhalb seines Zuständigkeitskreises gelegene Anträge von Kirchenregierungen in Behandlung zu nehmen, das zur Förderung wichtiger gemeinsamer evangelisch-kirchlicher Interessen, sowie das zur Befriedigung gemeinsamer Bedürfnisse Erforderliche an den zuständigen Stellen anzuregen, insbesondere in Wahrung dieser Interessen mit den Behörden des Reichs und gegebenenfalls mit der Kirchenbehörde des betreffenden Landes in Verbindung zu treten, auch unter besonderen Umständen öffentliche Kundgebungen zu erlassen.

Der Ausschuß sorgt für eine Sammlung der Gesetze, Verordnungen, Synodalverhandlungen und sonstiger für das kirchliche Leben der einzelnen Landeskirchen bedeutsamer Veröffentlichungen.

Zum Kirchenausschuß entsendet die Evangelische Kirchen-Konferenz 15 Mitglieder nach folgender Verteilung: Auf die älteren Provinzen Preußens entfallen 3 Vertreter, auf die neueren Provinzen Preußens 2, 1 auf Bayern, 1 auf Sachsen, 1 auf Württemberg, die übrigen 7 Vertreter entfallen auf die übrigen 22 an der Eisenacher Kirchen-Konferenz beteiligten Kirchenregierungen nach Gruppen, und zwar so, daß Baden und Elsaß-Lothringen eine Gruppe bilden mit einem Vertreter, Hessen und Braunschweig eine Gruppe mit einem

Vertreter, beide Mecklenburg und Oldenburg eine Gruppe mit einem Vertreter. Die nächste Gruppe bilden: Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Koburg-Gotha, beide Schwarzburg und beide Reuß mit zwei Vertretern; alsdann Anhalt, Waldeck, Schaumburg-Lippe und Lippe mit einem Vertreter, und die drei Hansestädte: Lübeck, Bremen und Hamburg mit einem Vertreter.

Die Mitglieder sind zur Zeit:

1. Exz. D. Voigts, Wirkl. Geheimer Rat, Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats in Berlin, Vorsitzender.
2. Exz. D. Dryander, Vizepräsident des Ev. Oberkirchenrats, Oberhofpred. in Berlin.
3. D. Moeller, Wirkl. Geh. Ober-Kons.-Rat in Berlin.
4. Steinmetz, Präsident des Landes-Konsistoriums in Hannover.
5. D. Kaftan, Gen.-Sup. in Kiel.
6. Exz. Reichsrat Ritter D.Dr. v. Bezzel, Präsid. des Prot. Oberkonsist. in München.
7. Dr. Böhme, Präsident des Evang.-lutherischen Landes-Konsistoriums in Dresden.
8. unbesetzt.
9. Exz. D. Helbing, Wirkl. Geh. Rat, Präsid. des Evang. Oberkirchenrats in Karlsruhe.
10. D. Nebel, Präsident des Großherzoglich-Hessischen Oberkonsistoriums in Darmstadt.
11. v. Finckh, Präsident des Großherzoglichen ev.-luth. Oberkirchenrats in Oldenburg.
12. Exz. Staatsminister Dr. v. Richter, Gotha.
13. Kons.-Rat Jahn in Greiz.
14. Vorsitzender des Herzogl. Konsistoriums, Gen.-Sup. u. Hofpred. D. Schubart in Zerbst.
15. Senior und Hauptpastor D. Grimm in Hamburg.

II. Die Deutsche Evangelische Kirchenkonferenz. Mitglieder:

- Preußen (alte Provinzen):** Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats, Wirkl. Geh. Rat D. Voigts, Exz., Vizepräsident, Oberhofpred. D. Dryander, Exz., Wirkl. Geh. Ob.-Kons.-Rat D. Moeller; Geh. Kons.-Rat, Propst D.Dr. Kawerau, sämtlich in Berlin.
- Preußen (neue Provinzen):** Präsident des Kgl. Landes-Konsistoriums in Hannover Steinmetz; Ober-Kons.-Rat Abt D. Hartwig daselbst; Gen.-Sup. Wirkl. Ober-Kons.-Rat D. Kaftan in Kiel; Gen.-Sup. Möller in Kassel.
- Bayern (diesseits des Rheins):** Präsident des Königl. Bayrischen protestantischen Oberkonsistoriums Exz. Reichsrat Ritter D.Dr. v. Bezzel, Ober-Kons.-Rat Castner, beide in München.
- Bayern (jenseits des Rheins):** Kons.-Rat Trost in Speyer.
- Sachsen (Königreich):** Präsident des Evang.-lutherischen Landeskonsistoriums in Dresden Dr. Böhme, Vizepräsident, Ober-Hofpred. D. Dibelius, Magnifizenz, beide in Dresden.
- Württemberg:** Prälat D. v. Hermann in Stuttgart.
- Baden:** Präsident des Evang. Oberkirchenrats, Wirkl. Geh. Rat D. Helbing, Exz., in Karlsruhe, und Prälat Schmitthenner, in Karlsruhe.
- Hessen:** Oberkonsistorialpräsident D. Nebel und Ober-Kons.-Rat Prälat D.Dr. Flöring, beide in Darmstadt.
- Mecklenburg-Schwerin:** Präsid. des Oberkirchenrats Exz. D. Giese und Geh. Oberkirchenrat D. Haack, beide in Schwerin.
- Mecklenburg-Strelitz:** Ober-Kons.-Rat Praefcke in Neustrelitz.
- Sachsen-Weimar:** Großherzoglich Sächsischer Staatsminister, Wirkl. Geh. Rat Dr. Rothe, Exz., in Weimar, und Großherzoglicher Geh. Kirchenrat Dr. Wuttig in Allstedt.
- Oldenburg:** Präsident des Großherzogl. Evang.-luth. Oberkirchenrats, Geh. Ober-Reg.-Rat v. Finckh und Geh. Oberkirchenrat Oberhofprediger D. Hansen, beide in Oldenburg.
- Braunschweig:** Konsistorialpräsident Sievers und Konsistorialrat Abt Moldenhauer, beide in Wolfenbüttel.
- Sachsen-Altenburg:** Staatsminister v. Borries, Exz. (außerordentlich), Gen.-Sup., Geh. Konsistorialrat D. Lohoff (ordentlich), beide in Altenburg.
- Sachsen-Koburg-Gotha:** Staatsminister, Wirkl. Geh. Rat Dr. v. Richter, Exz., Referent für kirchl. Angelegenheiten im Herzoglichen Staatsministerium zu Gotha, Sup. Kirchenrat H. Müller, beide in Gotha.
- Anhalt:** Vorsitzender des Herzogl. Konsistoriums, Gen.-Sup. u. Hofprediger D. Schubart in Zerbst.
- Schwarzburg-Sondershausen:** Ober-Kons.-Rat Hofprediger Brehme in Sondershausen.

Schwarzburg-Rudolstadt: Staatsminister, Wirkl. Geh. Rat Frhr. von der Recke und Gen.,
 Sup. und Hofprediger Dr. Braune, beide in Rudolstadt.
Waldeck: Konsistorialrat Pfarrer Weiß in Corbach.
Reufs ä. L.: Konsistorialrat Jahn in Greiz.
Reufs j. L.: Superintendent und Hofprediger Kirchenrat Auerbach in Gera-Untermhaus.
Schaumburg-Lippe: Präsident des Konsistoriums, Geh. Ministerialr. Böhmers in Bückeburg.
Lippe: Gen.-Sup. Wessel in Detmold.
Lübeck: Senator Dr. Eschenburg und Senior Hauptpastor Lindenberg in Lübeck.
Bremen: Senator Dr. Oelrichs in Bremen.
Hamburg: Senior Rev. Minist. D. Grimm in Hamburg.
Elsafs-Lothringen: Präsident des Direktoriums der Kirche Augsburgischer Konfession
 Dr. Curtius in Straßburg i. E. Für die reformierte Kirche: Konsistorialpräsident
 Pfarrer Kuntz in Dornach i. E.

B. Kirchen-Regierungen der einzelnen Landeskirchen.

I. Königreich Preußen.

Zahl der Evangelischen: 24830908 = 61,80 % der Bevölkerung.*) Oberste Kirchenbehörde der evangelischen Kirche Preußens ist für die älteren Provinzen der Evangelische Ober-Kirchenrat, für die neueren Provinzen das Ministerium für geistliche etc. Angelegenheiten.

Die unierte Landeskirche der älteren Provinzen Preußens (18105098 Seelen) umfaßt die 9 Provinzen Ost- und Westpreußen, Posen, Schlesien, Pommern, Brandenburg, Sachsen, Westfalen und die Rheinprovinz (mit Hohenzollern). Die ersteren 7 haben eine gemeinsame Verfassung (Gesetz betr. evangelische Kirchengemeinde- und Synodal-Ordnung vom 10. Sept. 1873, Gesetz betr. evangelische Kirchenverfassung vom 3. Juni 1876), Rheinland und Westfalen haben eine besondere Verfassung nach älterer Synodal-Ordnung (Rhein.-Westf. Kirchenordnung vom 5. März 1835). Jede dieser Provinzen hat ihr Konsistorium in der Provinzial-Hauptstadt; sie alle unterstehen dem Evangelischen Oberkirchenrat in Berlin.

Die neueren Provinzen Preußens (5236404 Evangelische): Schleswig-Holstein, Hannover und Hessen-Nassau gehören der Landeskirche der älteren Provinzen Preußens nicht an, ihre Konsistorien in Kiel, Hannover, Aurich, Kassel, Wiesbaden und Frankfurt stehen nicht unter dem Evangelischen Oberkirchenrat in Berlin, sondern ressortieren direkt vom Kultus-Ministerium.

A. Ministerium der geistlichen etc. Angelegenheiten.

Chef: Se. Exzellenz D.Dr. von Trott zu Solz, Staatsminister.
 Unterstaatssekretär: Se. Exz. D. v. Chappuis, Wirkl. Geh. Rat.
 Ministerialdirektor: Dr. Schmidt, Wirkl. Geh. Ober-Reg.-Rat.

Vortragende Räte der Abteilung für die evang. geistl. Angelegenheiten.

1. D. Wölfling, Ev. Feldpropst der Armee.
2. Freusberg, Wirkl. Geh. Ober-Reg.-Rat.
3. Dr. Fleischer, Wirkl. Geh. Ober-Reg.-Rat.
4. Dr. Gerlach, Geh. Ober-Reg.-Rat.
5. Nentwig, Geh. Ober-Reg.-Rat.
6. Brugger, Geh. Ober-Reg.-Rat.
7. Paul, Geh. Ober-Reg.-Rat.
8. Loyeke, Geh. Reg.-Rat.

*) Die Zählung des Kgl. Preuß. Statist. Landesamts (vom 1. Dez. 1910) schließt in die hier genannte Zahl auch die Alt-Lutheraner und Alt-Reformierten ein.

B. Evangelischer Ober-Kirchenrat.

Präsident: Se. Exzellenz **D. Voigts**, Wirklicher Geheimer Rat.

Vizepräsident: **D. Dryander**, Oberhofprediger, Exz.

Mitglieder: 1. **D. Moeller**, Wirkl. Geh. Ober-Kons.-Rat., weltl. Stellvertr. des Präsidenten.

2. **D. Koch**, Wirkl. Geh. Ober-Kons.-Rat.

3. **D. Wölfling**, Evangelischer Feldpropst der Armee.

4. **Hagemann**, Wirkl. Geh. Ober-Kons.-Rat.

5. **Lic. Wevers**, Geh. Ober-Kons.-Rat.

6. **D.Dr. Kaftan**, Geh. Ober-Kons.-Rat und Professor.

7. **Dr. Kapler**, Geh. Ober-Kons.-Rat.

8. **D.Dr. Kawerau**, Geh. Ober-Kons.-Rat u. Professor, Propst zu St. Petri.

9. **Dr. Duske**, Geh. Ober-Kons.-Rat.

10. **Dr. Conrad**, Geh. Kons.-Rat, Pfr. an der Kaiser Wilhelm Gedächtniskirche.

Außerdem sind im Kollegium beschäftigt: 1. **Hundt**, Kons.-Rat, 2. **Dr. Krüner**, Kons.-Ass., 3. **Karnatz**, Kons.-Ass.

Dem Evangelischen Ober-Kirchenrat tritt der General-Synodal-Vorstand und der General-Synodal-Rat zur Seite. Ersterer, aus 7 Mitgliedern bestehend, ist zur Teilnahme an der Leitung der gesamten Landeskirche berufen. Die Mitglieder fungieren als außerordentliche Mitglieder des Evangelischen Ober-Kirchenrats auf 6 Jahre. Der General-Synodal-Rat besteht aus 18 Mitgliedern. Derselbe versammelt sich alljährlich einmal in Berlin, um mit dem Evangelischen Ober-Kirchen-Rat in vereinigter Sitzung über Aufgaben und Angelegenheiten der Landeskirche zu beraten, in welchen die Kirchenregierung zur Feststellung leitender Grundsätze den Beirat dieses landesherrlichen Synodalorgans für notwendig erachtet.

C. Der General-Synodal-Vorstand hat folgende Zusammensetzung:

Mitglieder:	Vertreter:
1. Wirkl. Geh. Rat D. Graf v. Zieten Schwerin , Exz., Wustrau, Vorsitzender.	
2. Sup. D. Petri , Sorau, Stellvertretender Vorsitzender.	
3. Minister des Kgl. Hauses a. D. v. Wedel , Exz., Piesdorf,	D. Graf v. Hohenthal , Kammerherr, Exz. Dölkau.
4. Geh. Justizr. Prof. D. Dr. Kahl , Berlin, 2. "	Ober- u. Geh. Reg.-Rat D. Trosien , Magdeburg.
5. Sup. D. König , Witten a. d. Ruhr, 3. "	Hofpred. Wendland , Potsdam.
6. Wirkl. Geh. Rat D. Graf v. Wartensleben , Exzellenz, Rogaesen, 4. "	Sup. D. Wetzel , Neumark i. P.
7. fehlt zur Zeit.	
	Oberlandesgerichtspräsid. Dr. v. der Trenck , Königsberg i. P.

Der General-Synodal-Rat hat folgende Zusammensetzung:

Mitglieder:	Vertreter:
1. Ostpreußen:	
v. Windheim , Oberpräsident, Königsberg.	Eschenbach , Geh. Kons.-Rat, Königsberg.
D. Kühler , Präsident, Königsberg.	D. Dr. Kühl , Prof., Königsberg.
2. Westpreußen:	(ausgeschieden durch Versetzung nach Gütt.)
Reinhard , Gen.-Sup., Danzig.	Kahle , Provinzial-Schulrat, Prof. Danzig,
3. Brandenburg:	
Fhr. v. Mirbach , Oberhofmeister, Berlin.	Dr. Lück , Gymn.-Dir., Steglitz b. Berlin.
D. Kefsler , Gen.-Sup., Berlin.	Feldhahn , Sup., Pfr. in Zorndorf.
Prof. D. Scholz , Pred. an St. Marien, Berlin.	D. Rogge , Hofprediger a. D., Potsdam.
4. Pommern:	
Sup. a. D. Schultz , Prov.-Schulrat a. D. u. Pfr. em., Stettin.	Dr. v. Schwerin , Rittergutsbesitzer, Hohenbrünzow.
v. Knebel-Düberitz , Ritterschaftsrat in Rosenhöb.	Friedemann , Sup. a. D., Past., Wartenberg (Pom.).
5. Posen:	
Balan , Präsident, Posen.	Harhausen , Sup. in Neu-Skalmierschütz.

6. Schlesien:

vacat.

Meisner, Sup., Tschöplowitz.

7. Sachsen:

D. Dr. Fries, Geh. Reg.-Rat u. Dir., Halle a. S.**Pfau**, Sup., Weferlingen.**Glasewald**, Landgerichtsrat, Magdeburg.

8. Westfalen:

Niederstein, Sup. a. D., Bochum.**Priefs**, Sup., Bergkirchen.

9. Rheinprovinz:

D. Conze, Geh. Kommerzienrat, Langenberg.**Stursberg**, Sup. a. D., Bonn.**Dr. Klipstein**, Geh. Reg.-Rat, Prof. in Breslau.
Freiherr v. Zedlitz u. Neukirch, Land...
Hermannswaldau.

Vacat.

Müller, Sup., Calbe a. M.**D. Wächtler**, Sup., Halle a. S.**Müllensiefen**, Kommerzienrat, Crengeldanz.
vacat.**D. Hafner**, Sup., Elberfeld.**Müller**, Sup., Düren.

Von der General-Synode gewählte Mitglieder des Spruch-Kollegiums für
kirchliche Lehrangelegenheiten.

1. **D. Graf v. Hohenthal**, Exz. (Dölkau). Stellvertreter: **Wirkl. Geh. Ober-Reg.-Rat Frowein-Berlin** und **Kammerherr Freiherr von der Leyen-Bloemersheim**.

2. **Sup. D. Wetzel-Neumark i. P.** Stellvertr.: **Pfr. D. Flos-Vorland** u. **Sup. Karmann-Schwetz**.

3. **Geh. Justizrat Prof. D. Dr. Kahl-Berlin**. Stellvertr.: **Prediger D. Scholz-Berlin** u. **Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Lisco-Berlin**.

Vom Evangelischen Ober-Kirchenrat ressortieren ferner:

1. Das Zentral-Diakonissenhaus Bethanien in Berlin.

Kuratorium.

Vorsitzender: **Dr. jur. von Pfuel**, General der Kavallerie z. D., Exz.Stellvertreter: **Heimbach**, Justizrat.Oberin: **Hildegard v. Bethmann Hollweg**.Anstalts-Geistliche. Erster: **Thiel**, Pfarrer. Zweiter: **Dinglinger**, Prediger.

2. Domkirchen-Kollegium in Berlin.

Präsident: **Se. Exzellenz D. Voigts**, Wirkl. Geh. Rat.Ehrenmitglied: **D. Faber**, Gen.-Sup. a. D., Wirkl. Ober-Kons.-Rat.Mitglieder: 1. **D. Dryander**, Oberhofprediger, Exz.2. **Kritzinger**, Hof- und Domprediger und Geh. Kons.-Rat.3. **Ohly**, Hof- und Domprediger.4. **Vits**, Hof- und Domprediger.5. **Frowein**, Wirkl. Geh. Ober-Reg.-Rat.6. **Nentwig**, Geh. Ober-Reg.-Rat u. vortragender Rat im Kultusminist., Berlin.7. **Dr. Laux**, Apotheken-Besitzer, erster Assessor.8. **Miltenberg**, Rittergutsbesitzer, zweiter Assessor.

3. Das Dom-Kandidatenstift in Berlin.

Verwaltungsrat: 1. **D. Moeller**, Wirkl. Geh. Ober-Kons.-Rat.2. **D. Dryander**, Exz., Oberhofprediger, Ephorus.3. **Kritzinger**, Hof- und Domprediger und Geh. Kons.-Rat.4. **Ohly**, Hof- und Domprediger.5. **Vits**, Hof- und Domprediger.

4. Das Kloster zum heiligen Grabe in der Ostprignitz.

Kuratorium: 1. **Hagemann**, Wirkl. Geh. Ober-Kons.-Rat, Vorsitzender.2. **Schlosser**, Geh. Ober-Reg.-Rat im Ministerium des Innern.3. **D. Dryander**, Exz., Oberhofprediger.Äbtissin: **verw. Frau v. Rohr**, geb. v. Gersdorff.Stiftspropst: **D. Heseckel**, Gen.-Sup. a. D., Wirkl. Ober-Kons.-Rat in Wernigerode.Stiftshauptmann: **Gans Edler Herr zu Putlitz**, Kammerherr auf Groß-Pankow, Ostprignitz.

5. Die Stiftung Mons Pietatis.

Direktorium: **D. Moeller**, Wirkl. Geh. Ober-Kons.-Rat.**Frowein**, Wirkl. Geh. Ober-Reg.-Rat.Geistliches Mitglied: **Pfr. Kühn** an d. böhm.-ref. Bethlehemsgemeinde-Berlin

6. Das Predigerseminar in Wittenberg.
Direktor: Sup. Orthmann und Lic. Jordan.
7. Das Predigerseminar in Soest.
Studiendirektor: Lic. Zänker.
8. Das Predigerseminar in Naumburg a. Q.
Studiendirektor: Lic. Dr. Frankh.
9. Das Predigerseminar in Wittenburg i. Westpr.
Studiendirektor: Lic. Döhning.
10. Die Gemeinden im Ausland.

Einen selbständigen kirchlichen Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit bildet:

I. Die Ruhegehaltskasse für evangelische Geistliche.

Vorstand.

- Se. Exzellenz D. Voigts, Wirkl. Geh. Rat, Vorsitzender, Berlin.
 D. Moeller, Wirkl. Geh. Ober-Kons.-Rat, stellvertr. Vorsitzender, Berlin.
 Hagemann, Wirkl. Geh. Ober-Kons.-Rat in Berlin,
 Dr. Gerlach, Geh. Ober-Reg.-Rat in Berlin,
 Dr. Kapler, Geh. Ober-Kons.-Rat in Berlin,
 Dr. Meister, Geh. Kons.-Rat in Hannover,

} Mitglieder.

II. Der Pfarr-Witwen- und Waisen-Fonds. (Vorstand und Mitglieder wie vor.)

III. Die Alterszulagekasse für evangelische Geistliche. (Vorstand u. Mitglieder wie vor.)

1. Provinz Brandenburg.

Kirchenbehörde: Konsistorium in Berlin SW. 68, Schulzenstr. 26 (mit besonderer Abteilung für den Stadtkreis Berlin). Evangelische Seelen: Brandenburg 3676693 = 89,84% der Bevölkerung; Berlin 1689479 = 81,57% der Bevölkerung.

1694 geistliche Stellen, 1539 Pfarrer im selbständigen Pfarramt. 3440 gottesdienstliche Gebäude (3023 Kirchen, 417 Kapellen, Betsäle etc.).

I. Konsistorium für die Provinz Brandenburg und Berlin.

Präsident: Steinhausen, Wirkl. Geh. Ober-Kons.-Rat.

Gen.-Sup.: 1. D. Köhler, Gen.-Sup. für die Kurmark.

2. D. Kessler, Gen.-Sup. für die Neumark und Niederlausitz; Pfarrer an der St. Matthäus-Kirche in Berlin.
3. Haendler, Propst an St. Nicolai und Marien, Gen.-Sup. von Berlin (Diözesen Berlin- und Kölln-Land).
4. D. Lahusen, Pfr. an der Dreifaltigkeitskirche, Gen.-Sup. von Berlin (Stadt-synodalbezirk).

Mitglieder:

1. Dr. Crisolti, Ober-Kons.-Rat, Vertreter des Präsidenten in den Präsidialgeschäften und in der Abteilung Berlin.
2. Fluhme, Ober-Kons.-Rat, Vertreter des Präsidenten in d. Neumark u. Niederlausitz.
3. Dr. Nieders, Ober-Kons.-Rat, Vertreter des Präsidenten in der Kurmark.
4. Kriebitz, Geh. Kons.-Rat, Pfr. zu Berlin-Wilmersdorf.
5. Saenger, Geh. Kons.-Rat.
6. Kritzingen, Geh. Kons.-Rat, Hof- u. Dom-prediger.
7. Straufs, Geh. Kons.-Rat, Militär-Oberpfr. des III. Armeekorps.
8. Goens, Kons.-Rat, Militär-Oberpfr. des Garde-Korps.
9. Dr. Lüttgert, Kons.-Rat (Justit.).
10. Lic. Dr. Groebler, Kons.-Rat.
11. Neumann, Kons.-Rat (Justit.).
12. Büttner, Kons.-Rat.
13. Dr. Büren, Kons.-Rat (Justit.)

14. Blell, Kons.-Rat (Justit.), Abt. Berlin.

15. Tillich, Kons.-Rat, Pfr. a. d. Bethlehems-Kirche.

16. Devaranne, Kons.-Rat, geistl. Insp. der Evang.-reform. Gem. in der Prov. u. Pred. in Berlin.

17. Dr. Kröner, Kons.-Assess.

18. Dr. Theinert, Kons.-Assess.

19. Hosemann, Kons.-Assess.

20. Dr. Fretzdorf, Kons.-Assess.

21. Rosenow, Ger.-Ass., Hilfsarbeiter.

Theolog. Prüfungs-Kommission.

1. D. Köhler, Gen.-Sup.
2. D. Kessler, Gen.-Sup.
3. Haendler, Gen.-Sup.
4. D. Lahusen, Gen.-Sup.
5. D. Dr. Kleinert, Ob.-Kons.-Rat a. D. u. Prof.
6. D. Dr. Kawerau, Geh. K.-Rat u. Prof. Propst.
7. Kriebitz, Geh. Kons.-Rat u. Pfr.
8. Saenger, Geh. Kons.-Rat.

9. **Kritzinger**, Geh. K.-Rat, Hof- u. Dompred.
10. **Goens**, Militär-Oberpf. d. Garde-Korps.
11. **Büttner**, Kons.-Rat.
12. **Thillich**, Kons.-Rat.
13. **Dr. Conrad**, Kons.-Rat und Pfarrer.
14. **Lic. Dr. Groebler**, Kons.-Rat.

Seitens der Provinzial-Synode sind als Prüfungs-Kommissare für die theologischen Prüfungen abgeordnet:

1. **Sup. Feldhahn** in Zorndorf.
2. **Sup. Schlicht**, Rudow.
3. **Posth**, Pfr. in Stolpe (Nordbahn).

II. Vorstand der Provinzialsynode.

Präses: **Graf v. Arnim-Boitzenburg**.

Beisitzer: 1. **Sup. Petri-Sorau N.-L.**

2. **Wendlandt**, Hofprediger in Potsdam.

3. **Sup. Steinbach-Berlin**.

4. **Frhr. v. Mantuffel-Crossen**, Wirkl. Geh. Rat, Crossen bei Drahnisdorf.

5. **Gymn.-Dir. Dr. Evers** in Berlin.

6. **Geh. Ober-Reg.-Rat v. Wrochem**, Potsdam.

Deputierte der Provinzial-Synode zum Spruchkollegium.

1. **Sup. D. Petri**, Sorau (Stellvertr.: **Sup. Feldhahn**, Zorndorf u. **Sup. Hühnelt**, Angermünde).
2. **Dir. Prof. Evers**, Berlin (Stellv.: **Sup. Splittgerber**, Züllichau u. **Prof. Dr. Walther**, Potsdam).
3. **Wirkl. Geh. Ober-Postrat Spilling**, Berlin (Stellv.: **Komm.-Rat Metzenthin**, Brandenburg und **Sup. Steinbach**, Berlin).

Verzeichnis der einzelnen Diöcesen.

A. General-Superintendentur Berlin-Stadt.

Gen.-Sup.: **D. Lahusen**, Pfr. an der Dreifaltigkeitskirche.

Diözes.-Superintendent.

1. **Berlin I**: **Dr. v. Schneidmesser**, Pfarrer an der St. Bartholomäuskirche.

2. **Berlin II**: **Frädrich**, Pfr. an d. St. Philippus-Apostelkirche.

3. **Berlin III**: **Köster**, Pfr. an d. Zions-Kirche

4. **Köln-Stadt**: **Koch**, 2. Pfr. an St. Simeon.

5. **Friedrichswerder I**: **Steinbach**, Pfr. an der Friedrichswerderschen Kirche.

6. **Friedrichswerder II**: **Raack**, 1. Pfarrer in Schöneberg.

B. General-Superintendentur Berlin-Land.

Gen.-Sup.: **Haendler**, Propst an St. Nicolai und Marien.

Diözes.-Superintendent.

1. **Berlin-Land I**: **Plath**, Pfr. in Biesdorf.

2. **Berlin-Land II**: **Sup.-Verw. Pfr. Beier** in Berlin-Pankow.

3. **Köln-Land I**: **Schaper**, Kons.-Rat a. D., Pfarrer in Teltow.

4. **Köln-Land II**: **Schlicht**, Pfr. in Rudow.

Die vereinigten Kreis-Synoden von Berlin bilden

die Stadtsynode Berlin.

Vorstand: **Polizeirat von Loebell**, Vors. **Prof. D. Scholz**, stellv. Vors.

C. General-Superintendentur Kurmark.

Diözes.-Superintendent.

Gen.-Sup.: **D. Köhler**, Berlin-Wilmersdorf.

1. **Angermünde**: **Oberpfr. Nürnberger**, Angermünde.

2. **Baruth**: **Oberpfr. Feller**, Baruth.

3. **Beeltz**: **Oberpf. Trieloff**, Beeltz.

4. **Beeskow**: **Oberpfr. Winter**, Beeskow.

5. **Belzig**: **Oberpfr. Bree**, Belzig.

6. **Bernau**: **Oberpfr. Zechlin**, Kons.-Rat und Militär-Oberpfr. a. D., Biesenthal.

7. **Brandenburg-Alstadt**: **Hülse**, Gfros-behnitz.

8. **Brandenburg-Neustadt**: **Pfarrer Müller**.

9. **Dom-Brandenburg**: **Oberdompred. Schott**.

10. **Dahme**: **Oberpfr. Scheele**, Dahme.

11. **Eberswalde**: **Karow**, Eberswalde.

12. **Fehrbellin**: **Oberpfr. Rahn**, Fehrbellin.

13. **Gramzow**: **Pfr. Frohner**, Gramzow.

14. **Havelberg-Wilsnack**: **Oberpfr. Hörnlein** in Havelberg.

15. **Jüterbog**: **Gründler**, Bochow.

16. **Kyritz**: **Oberpfr. Heimbach**, Kyritz.

17. **Lenzen**: **Pfr. Winkelmann**, Mödlich.

18. **Luckenwalde**: **Oberpfr. Lesser**, Luckenw.

19. **Lindow-Gransee**: **Oberpfr. Pfannschmidt**, Gransee.

20. **Nauen**: **Oberpfr. Dr. Lang**, Nauen.

21. **Niemegk**: **Oberpfr. Alberti**, Niemegk.

22. **Perleberg**: **Oberpfr. Niese**, Perleberg.

23. **Potsdam I**: **Rödenbeck**, Kl. Glinnicke.

24. **Potsdam II**: **Pfr. Mlething**, Wustermark.

25. **Prenzlau I**: **Pfr. Biederstädt**, Prenzlau.

26. **Prenzlau II**: **Oberpfr. Pippow**, Brüßow.

27. **Pritzwalk**: **Oberpfr. Meusser**, Pritzwalk.

28. **Putlitz**: **Oberpfr. Heseke**, Putlitz.

29. **Rathenow**: **Oberpfr. Ettel**, Rathenow.

- | | |
|---|---|
| 30. Ruppin: Oberpfr. Schmidt, Neu-Ruppin. | 39. Wriezen: Oberpfr. Kons.-Rat Kramm, Freienwalde. |
| 31. Schwedt: Oberpfr. Handtmann, Schwedt. | 40. Wusterhausen: Oberpfr. Röhricht, Wusterhausen a. D. |
| 32. Spandau: Oberpfr. Augustat, Spandau. | 41. Königs-Wusterhausen: Pfr. Schmidt, Königs-Wusterhausen. |
| 33. Storkow: Krahle in Storkow. | 42. Zehdenick: Oberpfr. Guthke, Zehdenick. |
| 34. Strasburg U/M.: Oberpfr. Grashoff, Strasburg U/M. | 43. Zossen: Oberpfr. Schmidt, Zossen. |
| 35. Strausberg: Oberpfr. Bähge, Alt-Landsberg. | 44. Franz.-ref. Inspektion: Devaranne, Kons.-Rat, Pred. in Berlin, geistl. Inspektor. |
| 36. Templin: Oberpfr. Schuchardt, Templin. | |
| 37. Treuenbrietzen: Oberpfr. Witte, Treuenbr. | |
| 38. Wittstock: Oberpfr. Schröter, Wittstock. | |

D. General-Superintendentur Neumark und Nieder-Lausitz.

Gen.-Sup.: D. Kessler, Pfr. an der Matthäuskirche in Berlin.

Stellv. Gen.-Sup. d. Niederlausitz: Pfeiffer, Lübben.

Diözes.-Superintendent.

- | | |
|--|--|
| 1. Arnswalde: Oberpfr. Stämmeler. | 12. Kottbus: Oberpfr. Kuhnert, Kottbus. |
| 2. Dobrilugk: Oberpfr. Heller, Finsterwalde. | 13. Krossen I: Oberpfr. Dr. Hansen, Krossen. |
| 3. Forst: Oberpfarrer Seiler, Forst. | 14. Krossen II: Pfr. Gründler, Bobersberg. |
| 4. Frankfurt I: Pfr. Lic. Dr. Röhricht, Jacobsdorf (M.). | 15. Küstrin: Pfr. Feldhahn in Zornsdorf. |
| 5. Frankfurt II: Schmidthals, Seelow. | 16. Landsberg a. Warthe I: Oberpfr. Dr. Rolke, Landsberg a. W. |
| 6. Friedeberg: Oberpfr. Hennig, Friedeberg N/M. | 17. Landsberg a. W. II: Pfr. Kumbier in Vietz. |
| 7. Fürstenwalde: Oberpfr. Meltzer, Fürstenw. | 18. Luckau: Oberpfr. Cordes-Luckau. |
| 8. Guben: Oberpfr. Müller, Fürstenberg a. O. | 19. Lübben: Vize-Gen.-Sup. Pfeiffer, Lübben. |
| 9. Kalau: Oberpfr. Lubenow, Kalau. | 20. Müncheberg: Oberpfr. Beckmann, Müncheb. |
| 10. Königsberg N/M. I: Oberpfr. Braune, Königsberg N/M. | 21. Soldin: Bieling, Soldin. |
| 11. Königsberg N/M. II: Oberpfr. König, Schönflies i. N. | 22. Sonnenburg: Kolpeke, Oberpfr., Kons.-Rat, Sonnenburg. |
| | 23. Sonnewalde: Oberpfr. v. Tilly. |
| | 24. Sorau N/L: Oberpfr. D. Petri, Sorau. |
| | 25. Spremberg: Oberpfr. Dr. Eisenbeck, Spremb. |
| | 26. Sternberg I: Oberpfr. Lic. Dr. Müller, Zielenzig. |
| | 27. Sternberg II: Oberpfr. Schuppan, Reppen. |
| | 28. Züllichau: Oberpfr. Splittgerber, Züllichau. |

2. Provinz Ostpreußen.

In der Provinz Ostpreußen sind vorhanden: Evangelische 1740822 (ohne die separierten Lutheraner und Sekten). Kirchenbehörde: Kgl. Konsistorium in Königsberg, Innerer Schloßhof 9. 422 Kirchengemeinden, bei denen der Kirchort zugleich Pfarrort ist, 55 sonstige Kirchengemeinden, pfarramtlich verbundene Muttergemeinden, 518 geistliche Stellen (Pfarrstellen), 10 Anstaltsstellen, 4 Missionsgeistliche, 8 Militärgeistliche, 45 sonstige geistliche Stellen (für Hilfsprediger, Provinzial-Vikare etc.). 719 gottesdienstliche Gebäude: 469 Kirchen, 32 Kapellen, 62 andere Räume, Säle etc. im Gebrauch von Kirchengemeinden, außerdem 123 gottesdienstliche Räume im Gebrauch von Staats- und Kommunalbehörden, 33 im Gebrauch von Privat-Anstalten und Vereinen, zusammen 719.

I. Konsistorium in Königsberg.

Präsident: D. Kähler, Wirkl. Geh. Ober-Kons.-Rat, Königsberg in Preußen.

Gen.-Sup.: Schoettler, 1. Hofprediger, Königsberg in Preußen.

Mitglieder.

1. Posega, Ober-Kons.-Rat, Stellvertreter des Präsidenten.
2. D. Benrath, Geh. Kons.-Rat u. Prof., Königsberg.
3. Bock, Militär-Oberpfr., Geh. Kons.-Rat.
4. D. Lackner, Geh. Kons.-Rat.
5. Eschenbach, Geh. Kons.-Rat, 2. Hofpred.
6. Besig, Kons.-Rat (Justit.).
7. Quandt, Sup. u. Dompfr., Kons.-R., Königsb.
8. Kochler, Kons.-Assess.
9. Krause Kons.-Assess.

Theolog. Prüfungs-Kommission.

Die Prüfungen pro lic. conc. und pro min. werden von einer Kommission abgehalten, welche besteht aus:

- a) dem Gen.-Sup. als Vorsitzenden,
- b) den sämtlichen geistlichen Räten des Konsistoriums,
- c) den sämtlichen Mitgliedern der theologischen Fakultät,
- d) den Deputierten der Provinzialsynode zu den theologischen Prüfungen.

Es fungieren bei der ersten Prüfung (pro lic. conc.) außer dem Vorsitzenden ein geistlicher Rat des Konsistoriums und sämtliche Mitglieder der theologischen Fakultät, bei der zweiten Prüfung (pro min.) sämtliche geistliche Räte des Konsistoriums und ein Mitglied

der theologischen Fakultät, unter jeweiliger Mitwirkung der Deputierten der Provinzialsynode. Diese letzteren sind zur Zeit:

1. Bode, Geh. Reg.-Rat., Königsberg.
2. Braun, Sup., Angerburg.
3. Lic. Gemmel, Sup. in Gumbinnen.

II. Vorstand der Provinzialsynode.

Präses: Fürst zu Dohna-Schlobitten.

Mitglieder:

1. Sup. Dr. Steinwender, Germau.
2. Sup. Kühler, Darkehmen.
3. Sup. Lic. Gemmel, Gumbinnen.
4. von Sanden, Rittergutsbes., Launingken.
5. Dr. v. d. Trenck, Oberlandesgerichts-Präs., Königsberg.
6. Dr. Baumgart, Univers.-Prof., Geh. Reg.-Rat, Königsberg.

Stellvertreter:

1. Sup. Braun, Angerburg.
2. Pfr. D. Dr. Dembowski, Carlshof.
3. Sup. Diekmann, Quednau.
4. v. Brederlow, Majoratsbes., Gr.-Saalau.
5. Kotowski, Gymnasialdirektor, Lyck.
6. Dr. Walter Simon, Geh. Reg.-Rat, Königsberg.

Abgeordnete der Provinzial-Synode zum Spruch-Kollegium.

1. Sup. Lic. Gemmel, Gumbinnen (Stellvert.: Sup. Kühler, Darkehmen und Pfr. Ankermann, Königsberg).
2. Sup. Dr. Steinwender, Germau (Stellv.: Sup. Trincker, Lötzen u. Sup. Leidreiter, Insterburg).
3. Dr. von der Trenck, Oberlandesgerichts-Präsident (Stellvert.: Rittergutsbes. von Sanden auf Launingken und Justizrat Meyer, Tilsit).

III. Verzeichnis der einzelnen Diözesen.

A. Regierungs-Bezirk Königsberg.

Diözes.-Superintendent.

1. Königsberg (Stadt-Insp.): Quandt, Sup.
2. Königsberg (Landkreis I): Friczewski, Haßstroem.
3. Königsberg (Landkreis II): Diekmann, Quednau.
4. Braunsberg: Graemer, Braunsberg.
5. Pr. Eylau: Ebel, Pr. Eylau.
6. Fischhausen: Dr. Steinwender, Germau.
7. Friedland: Nietzki, Bartenstein.

8. Gerdauen: Messerschmidt, Nordenburg.
9. Heiligenbeil: Grünhagen, Heiligenbeil.
10. Pr. Holland: Graf, Pr. Holland.
11. Labiau: Nikolaiski, Labiau.
12. Memel: Brausch, Memel.
13. Mohrungen: Schimmelpfennig, Herzogswalde.
14. Rastenburg: Doliva, Rastenburg.
15. Saalfeld: von Schäwen-Arnau.
16. Wehlau: Kittlaus, Tapiau.

B. Regierungs-Bezirk Gumbinnen.

Diözes.-Superintendent.

1. Angerburg: Braun, Angerburg.
2. Darkehmen: Kühler, Darkehmen.
3. Goldap: Buchholz, Goldap.
4. Gumbinnen: Lic. Gemmel, Gumbinnen.
5. Heydekrug: Jopp, Werden.
6. Insterburg: Leidreiter, Insterburg.

7. Lit. Niederung: Albrecht, Kaukehmen.
8. Oletzko: Teschner, Marggrabowa.
9. Pillkallen: Thiel, Pillkallen.
10. Ragnit: Struck, Ragnit.
11. Stallupönen: Getzuhn, Mehlkehmen.
12. Tilsit: Schawaller, Tilsit.

C. Regierungs-Bezirk Allenstein.

Diözes.-Superintendent.

1. Allenstein: Hassenstein, Allenstein.
2. Hohenstein: Siedel, Mühlen.
3. Johannisburg: Skierlo, Johannisburg.
4. Lötzen: Trincker, Lötzen.
5. Lyck: Bury, Lyck.

6. Neidenburg: Tomuschat, Neidenburg.
7. Ortelsburg: Stange, Willenberg.
8. Osterode: Dziobek, Osterode.
9. Sensburg: Rimarski, Sensburg.
10. Soldau: Barczewski, Soldau.

Königsberg (Militär-Inspekt.): Bock, Militär-Oberpfr., Königsberg.

Ref. Inspektion für Ost- und Westpreußen: Sup. Kuhn, Insterburg.

3. Provinz Westpreußen.

789 081 Evangelische = 46,32% der Bevölkerung. Kirchenbehörde: Kgl. Konsistorium in Danzig, Neugarten Nr. 29. 250 Parochien, 289 Pfarrstellen, außerdem 13 sonstige geistliche Stellen (Anstalts-, Hilfsgeistliche etc.) und 8 Stellen für Militärgeistliche. 339 Kirchen, 61 Kapellen, 55 Betsäle, außerdem noch zahlreiche gottesdienstliche Räume im Besitz von Staats- und Kommunal-Anstalten oder Privaten.

I. Konsistorium in Danzig.

Präsident: Peter.

Gen.-Sup.: Reinhard.

Mitglieder.

1. Dr. Baemeister, Ober-Kons.-Rat.
2. Dr. Claafs, Geh. Kons.-Rat.
3. Göbel, Kons.-Rat.
4. Schaumann, Kons.-Rat, Militär-Oberpfvr. des XVII. Armeekorps.
5. Mauersberg, Kons.-Rat.
6. D.Dr. Kalweit, Kons.-Rat, Sup. in Danzig.
7. Lic. Schultze, Kons.-Rat.

Theolog. Prüfungs-Kommission.

1. Reinhard, Gen.-Sup., Vorsitzender.
2. Dr. Claafs, Geh. Kons.-Rat.
3. Schaumann, Kons.-Rat.
4. D.Dr. Kalweit, Kons.-Rat, Sup. in Danzig.
5. unbesetzt.
6. Schulze, Prof. in Königsberg.

Seitens der Provinzialsynode nehmen an der Prüfung teil:

1. Kahle, Prov.-Schulrat, Geh. Reg.-Rat, Prof., Danzig.
2. Erdmann, Sup. in Graudenz.

II. Vorstand der Provinzialsynode.

Präses: Karmann, Sup., Schwetz (Weichsel).

Belsitzer: 1. Stengel, Pfr., Danzig.

2. Dreyer, Sup., Pr. Stargard.

3. Kahle, Prov.-Schulrat, Geh. Reg.-Rat, Danzig.

4. Borowski, Rittergutsbes. auf Riesenwalde.

Abgeordnete der Provinzial-Synode zum Spruch-Kollegium.

1. Sup. Dreyer, Pr. Stargard (Stellv.: Pfr. Stengel, Danzig und Pfr. Ebel, Gr. Nebran).
2. Rittergutsbes. Borowski, Riesenwalde (Stellv.: Reg.-Präs. Dr. Schilling, Marienwerder und Gutsbes. Burandt, Gr. Trampken).
3. Prov.-Schulrat Geh. Reg.-Rat Prof. Kahle, Danzig (Stellv.: Sup. Waubke, Thorn und Bürgermeister Elchhart, Dirschau).

III. Verzeichnis der einzelnen Diözesen.

A. Regierungs-Bezirk Danzig.

Diözes.-Superintendent.

1. Danzig-Stadt: D.Dr. Kalweit, Kons.-Rat, 1. Pfr. an St. Marien, Danzig.
2. Danziger Höhe: Kubert, Praust.
3. Danziger Nehrung: Polenske, Tiegenhof.
4. Danziger Werder: Schultze, Wotzlaff.

5. Elbing: Bury, Elbing.
6. Karthaus: Müller, Karthaus.
7. Marienburg: Felsch, Marienburg.
8. Neustadt: Becker, Neustadt.
9. Pr. Stargard: Dreyer, Pr. Stargard.

B. Regierungs-Bezirk Marienwerder.

Diözes.-Superintendent.

1. Briesen: Habicht, Briesen.
2. Flatow: Bodenburger, Flatow.
3. Konitz: Simon, Konitz.
4. Deutsch-Krone: Spendelin, Deutsch-Krone.
5. Kulm: Erdmann, Graudenz.

6. Marienwerder: Jäkel, Marienwerder.
7. Rosenberg: Waltz, Deutsch-Eylau.
8. Schlochau: Barkowski, Pr. Friedland.
9. Schwetz: Karmann, Schwetz.
10. Strasburg: Sczesny-Löbau.
11. Thorn: Waubke, Thorn.

Reform-Inspekt.: Kuhn, Sup., Insterburg.

Prediger-Seminar in Wittenburg, Westpr.: Direktor Lic. Doering.

4. Provinz Pommern.

1684345 Einwohner, davon 1637299 Evangelische = 95,36% der Bevölkerung. Kirchenbehörde: Kgl. Konsistorium in Stettin, Elisabethstr. 9. 839 geistliche Stellen, 783 Pfarrer (einschl. Diakonate), 35 Vikare. 1696 gottesdienstliche Räume, 1295 Kirchen, 120 Kapellen, 73 Betsäle, außerdem 148 gottesdienstliche Räume im Besitz von Kommunalanstalten oder Privaten.

I. Konsistorium in Stettin.

Präsident: Gossner, Stettin, Domherr von Zeitz.

Gen.-Sup.: D. Büchsel, Stettin.

Mitglieder:

1. Hildebrandt, Ober-Kons.-Rat, Stellvertreter des Präsidenten.
2. Graeber, Geh. Kons.-Rat.
3. D. Haufsleiter, Geh. Kons.-Rat und Prof.
4. Nourney, Geh. Kons.-Rat.
5. Caesar, Militär-Oberpf., Geh. Kons.-Rat.
6. Dr. Wrede, Kons.-Rat. (Justit.).
7. Wahn, Kons.-Rat (Justit.).
8. Würkert, Kons.-Rat, Hof- u. Schloßpf. in Stettin.
9. Dr. Thümmel, Kons.-Assessor.
10. Meyer, Kons.-Assessor.
11. Paschasius, Kons.-Assessor.
12. Flos, Gerichts-Assessor.

Theolog. Prüfungs-Kommission.

1. D. Büchsel, Gen.-Sup., Vorsitzender.
2. Graeber, Geh. Kons.-Rat.
3. D. Haufsleiter, Geh. Kons.-Rat u. Prof.
4. Nourney, Geh. Kons.-Rat.
5. Caesar, Militär-Oberpf., Geh. Kons.-Rat.
6. Würkert, K.-R., Hof-u. Schloßpf., Stettin.

Seitens der Provinzialsynode nehmen an der Prüfung teil:

1. Sup. D. Meinhold, Barth.
2. Wegell, Sup., Jakobshagen.
3. vacat.

Stellvertreter:

1. Sup. Dr. Matthes, Kolberg.
2. Sup. Propst Hoppe, Gützkow.
3. Sup. Kühl, Möhringen.

II. Vorstand der Provinzialsynode.

Präses: Sup. D. Wetzel, Neumark.

Beisitzer: 1. Sup. Trommershausen, Treptow a. Toll.

2. Pastor emer. D. Flos, Stettin.
3. Sup. Wegell, Jakobshagen.
4. Graf v. d. Osten, Major a. D., Rittergutsbes., Gr. Jannowitz, Mitglied des H.-H.
5. Ritterschaftrat, Rittergutsbesitzer v. Knebel-Döberitz, Rosenhöf.
6. Rittergutsbesitzer Dr. v. Schwerin, Hohen-Brünzow.

Stellvertreter der Beisitzer:

1. Sup. D. Meinhold, Barth.
2. „ a. D. Friedemann, Wartenberg.
3. „ Stengel, Stettin.

4. Kammerherr von Knebel-Döberitz auf Dietersdorf.
5. Geh. Komm.-Rat Gribel, Stettin.
6. vacat.

Abgeordnete der Provinzial-Synode zum Spruch-Kollegium.

1. Graf von der Osten auf Gr. Jannowitz (Stellv.: Rittergutsbes. von Heydebreck auf Neubuckow und Prof. Dr. Schlemmer in Treptow (Rega).
2. Rittergutsbes. Dr. von Schwerin auf Hohenbrünzow (Stellvert.: Sup. Trommershausen, Treptow (Tollense) und Sup. Wegell, Jakobshagen).
3. Sup. D. Meinhold, Barth (Stellv.: Past. D. Müller, Stettin und Sup. Herrmann, Neustettin).

III. Verzeichnis der einzelnen Diözesen.

A. Regierungs-Bezirk Stettin.

Diözes.-Superintendent.

1. Anklam: Schwabedissen, Iven.
2. Bahn: Lic. Dr. Schwarze, Bahn.
3. Cammin: Zietlow, Cammin.
4. Daber: Pochhammer, Daber.
5. Demmin: Berg, Demmin.
6. Freienwalde: Hökel, Freienwalde in Pommern.
7. Gartz a. O.: D. Petrich, Gartz a. O.
8. Gollnow: Moehr, Gollnow.
9. Greifenberg: Engel, Greifenberg.
10. Greifenhagen: Schmidthals, Greifenhagen.
11. Jakobshagen: Wegell, Jakobshagen.
12. Kolbatz: D. Wetzel, Neumark.
13. Labes: Saltzswedel, Labes.

14. Naugard: Hedtke, Naugard.
15. Pasewalk: Brüssau, Pasewalk.
16. Pencun: Hoppe, Blumberg.
17. Pyritz: Zinzow, Beyersdorf in Pommern.
18. Regenwalde: Elert, Regenwalde.
19. Stargard: Brück, Stargard in Pommern.
20. Stettin (Stadt): Stengel, Stettin.
21. Stettin (Land): Kühl, Möhringen.
22. Treptow a. Rega: Lönies, Treptow a. R.
23. Treptow a. Toll.: Trommershausen, Treptow a. Toll.
24. Ueckermünde: Schliep, Ueckermünde.
25. Usedom: Fricke, Usedom.
26. Werben: Braun, Werben.
27. Wollin: Schabow, Wollin.

B. Regierungs-Bezirk Könslin.

Diözes.-Superintendent.

1. Belgard: Klar, Belgard a. Pers.
2. Bublitz: Springborn, Bublitz.
3. Bütow: Eitner, Alt-Colziglow.
4. Dramburg: Kalmus, Dramburg.
5. Kolberg: Dr. Matthes, Kolberg.
6. Könslin: Thel, Altmarrin.
7. Könslin: Braun, Könslin.
8. Lauenburg: Kohnke, Labehn.

- 9 Neustettin: Herrmann, Neustettin.
10. Ratzebuhr: Treichel, Ratzebuhr.
11. Rügenwalde: Leesch, Rügenwalde.
12. Rummelsburg: Maffia, Rummelsburg.
13. Schivelbein: Scheringer, Schivelbein.
14. Schlawa: Lohoff, Schlawa.
15. Stolp (Stadt): Witte, Stolp.
16. Stolp (Altst.): Plathe, Stolp-Altst.
17. Tempelburg: Ziemer, Tempelburg.

C. Regierungs-Bezirk Stralsund.

Diözes.-Superintendent.

1. Altenkirchen: Breithaupt, Altenkirchen a. R.
2. Barth: D. Meinhold, Barth.
3. Bergen: Gercke, Gingst a. R.
4. Franzburg: Horn, Franzburg.
5. Garz a. Rügen: Ahlbory, Garz a. R.

6. Greifswald (Stadt): Eiter, Greifswald.
7. Greifswald (Land): Propst u. Vizepleban.
Hoppe, Gützkow.
8. Grimmen: Schlapp, Grimmen.
9. Loitz: Mielke, Loitz.
10. Stralsund: Dr. Hornburg, Stralsund.
11. Wolgast: Schlüter, Wolgast.

Deutsch-reform. Gemeinden Pommerns: Sup. Graeber, Geh. Kons.-Rat in Stettin.
 Französisch-reformiertes Konsistorium: Past. Meister in Stettin

5. Provinz Posen.

646580 Evangelische = 30,79% der Bevölkerung. Kirchenbehörde: Kgl. Konsistorium in Posen, Mühlenstr. 11a. 324 geistliche Stellen, 269 selbständige Parochien, 324 Pfarrer im selbständigen Pfarramt, 12 Vikare. 316 Kirchen, 81 Kapellen und 315 Betsäle, außerdem 33 gottesdienstliche Räume im Besitz von Kommunen oder Privaten.

I. Konsistorium in Posen.

Präsident: Balan, Posen.

Gen.-Sup.: Blau, Posen.

Mitglieder.

1. Rachner, Ober-Kons.-Rat.
2. Wiehe, Kons.-Rat, Militär-Oberpfarrer.
3. Dr. Hoffmann, Pfr. an der Paulikirche, Kons.-Rat.
4. Haenisch, 1. Pfr. an d. Petrikerche, Kons.-R.
5. Nehring, Kons.-Rat (Justit.).
6. Dr. Hanneke, Kons.-Assessor.
7. Karnatz, Kons.-Ass., Hilfsarbeiter beim Ev. Oberkirchenrat.
8. Frowein, Ger.-Ass., Hilfsarbeiter.
9. Dr. Probst, Ger.-Ass., Hilfsarbeiter.

Theolog. Prüfungs-Kommission.

1. Vorsitzender: Blau, Gen.-Sup.
2. Wiehe, Kons.-Rat, Militär-Oberpfarrer.
3. Dr. Hoffmann, Kons.-Rat.
4. Haenisch, Kons.-Rat.
5. D. Dr. Arnold, Geh. Kons.-Rat, Ordentl.
Prof. der Theologie an d. Univ. Breslau.

Seitens der Provinzialsynode nehmen an
 der Prüfung teil:

1. Staemmler, Sup., Posen.
2. Büchner, Pfarrer, Posen.
3. Viedt, Gymn.-Dir., Hohensalza.

II. Vorstand der Provinzialsynode.

Präses: Landesökonomierat, Landschaftsrat v. Günther, Grzybno.

Beisitzer: 1. Sup. Müller, Meseritz.

2. Sup. Schammer, Schneidemühl.

3. Schwartzkopf, Rittergutsbes., Rose.

4. Dr. von Rose, Ober-Reg.-Rat, Bromberg.

Abgeordnete der Provinzial-Synode zum Spruch-Kollegium.

1. Sup. Müller, Meseritz (Stellv.: Sup. Müller, Weissenhöhe).

2. Majoratsherr v. Stiegler, Sobotka (Stellv.: Dr. von Rose, Ober-Reg.-Rat, Bromberg).

3. Sup. Beyer, Filehne (Stellv.: Sup. Schammer, Schneidemühl).

III. Verzeichnis der einzelnen Diözesen.**A. Regierungs-Bezirk Posen.**

Diözes.-Superintendent.

1. Birnbaum: Radtke, Birnbaum.
2. Bojanowo: Reichard, Bojanowo.
3. Fraustadt: Sattler, Driebitz.

4. Karge: Reisel, Neutomischel.
5. Krotoschin: Renovanz, Krotoschin.
6. Lissa: Smend, Lissa.
7. Meseritz: Müller, Meseritz.

8. Obornik: Specht, Obornik.
9. Posen I: Stämmeler, 1. Pfr. an der Kreuzkirche, Posen.
10. Posen II: Haenisch, Kons.-Rat, 1. Pfr. an der St. Petrikirche in Posen.

11. Samter: Mollmann, Pinne.
12. Schildberg: Harhausen, Neuskalmierschütz.
13. Schrimm: Steffani, Jarotschin.
14. Wollstein: Lierse, Wollstein.

B. Regierungs-Bezirk Bromberg.

Diözes.-Superintendent.

1. Bromberg I: Brinckmann, Bromberg.
2. Bromberg II: Arlt, Crone an der Brahe.
3. Czarndorf: Starke, Czarndorf.
4. Flehne: Beyer, Flehne.
5. Gnesen: Kritzingen, Gnesen.

6. Hohensalza: Harhausen, Hohensalza.
7. Kolmar i. P.: Schammer, Schneidemühl.
8. Lobsens: Müller, Welfsenhöhe.
9. Mogilno: Dr. Leonhard, Mogilno.
10. Wongrowitz: Timm, Wongrowitz.

6. Provinz Schlesien.

2199114 Evangelische = 42,09 % der Bevölkerung. Kirchenbehörde: Kgl. Konsistorium zu Breslau, Wallstr. 9a. 993 geistl. Stellen (918 Gemeindepfarrstellen, 46 Vikariate, davon 20 unbesetzt). 908 Pfarrer, 26 Vikare, 2423 gottesdienstliche Gebäude (878 Kirchen, 1167 Kapellen, Betsäle etc.), außerdem noch 378 gottesdienstl. Räume im Besitz von Kommunen oder Privaten.

I. Königlich Konsistorium in Breslau.

Präsident: Schuster, Breslau.

Gen.-Sup.: D. Nottebohm, Breslau: für die Bezirke Breslau und Oppeln.

Gen.-Sup.: D. Haupt, Breslau: für den Bezirk Liegnitz.

Mit der Unterstützung des Präsidenten in den Präsidialgeschäften beauftragt:

Bender, Ober-Kons.-Rat mit dem Range eines Ober-Regierungs-Rats.

Mitglieder.

1. D.Dr. v. Hase, Ober-Kons.-Rat, Professor.
2. Zierach, Kons.-R., Mil.-Oberpf. 6. Armee.
3. Dr. Gebser, Kons.-Rat (Justit.).
4. Hain, Kons.-Rat (Justit.).
5. Bojanowski, Kons.-Rat.
6. D. Steinbeck, Kons.-Rat, ordentl. Prof.
7. v. Merckel, Kons.-Assessor (Justit.).
8. Krüger, Kons.-Ass. (Justit.).
9. Dr. Berger, Ger.-Ass., Hilfsarbeiter.

Theolog. Prüfungs-Kommission.

1. D. Nottebohm, Gen.-Sup.
2. D. Haupt, Gen.-Sup.
3. D.Dr. v. Hase, Ober-Kons.-Rat, Prof.
4. Zierach, Kons.-Rat, Mil.-Oberpf.
5. Bojanowski, Kons.-Rat.
6. D. Steinbeck, Kons.-Rat, ordentl. Prof.

Seitens der Provinzial-Synode abgeordnet:

1. Bronisch, Sup., Neusalz a. O.
2. D. Eberlein, Sup., Strehlen i. Schl.
3. D. Koffmane, Sup., Koltschitz.

II. Vorstand der Provinzialsynode.

Präses: Frhr. v. Zedlitz u. Neukirch, Kgl. Landrat, Geh. Reg.-Rat auf Hermannswaldau.

Beisitzer: 1. D. Eberlein, Sup., Strehlen i. Schl.

2. Meisner, Sup., Tschöplowitz.

3. vacat.

4. Schmidt, Erster Staatsanwalt a. D., Geh. Justizrat, Glatz.

5. Dr. Klipstein, Oberrealschuldirektor a. D., Professor, Geh. Reg.-Rat, Breslau.

6. v. Alten, Königl. Landrat, Geh. Reg.-Rat, Groß-Strehlitz.

Abgeordnete der Provinzial-Synode zum Spruch-Kollegium für kirchliche Lehrangelegenheiten.

Mitglieder:

1. Frhr. v. Zedlitz u. Neukirch, Kgl. Landrat, Geh. Reg.-Rat auf Hermannswaldau.
2. D. Eberlein, Sup., Strehlen i. Schl.
3. D. Hoffmann, Past., Prof., Breslau.

Erste Stellvertreter:

1. Bronisch, Sup. Neusalz a. O.

2. von Alten, Kgl. Landrat, Geh. Reg.-Rat, Groß-Strehlitz.

3. Daechsel, Sup., Militsch.

Zweite Stellvertreter:

1. Repke, Sup., Michelau, Bezirk Breslau.

2. Biehler, Sup., Charlottenbrunn.

3. vacat.

III. Verzeichnis der einzelnen Diözesen.

A. Regierungs-Bezirk Breslau.

Diözes.-Superintendent.

1. Breslau I: D. Decke, Past. prim., Propst zum heil. Geist u. städt. Kirchen-Inspektor.

2. Breslau II: (unter unmittelbarer Aufsicht des Königl. Konsistoriums).

3. Bernstadt: Berthold, Pontwitz.

4. Brieg: Repke, Michelin, Bezirk Breslau.
5. Frankenstein-Münsterberg: Schmogro in Heinrichau, Bezirk Breslau.
6. Glatz: Palfner, Landeck i. Schl.
7. Guhrau-Herrnstadt: Krebs, Herrnstadt.
8. Militsch-Trachenberg: Daechsel, Militsch.
9. Namslau: Meisner, Tschöplowitz.
10. Neumarkt: Reymann, Ober-Stephansdorf.
11. Nimptsch: Schultze, Sup.-Verw., Jordansmühl.
12. Oels: Köhler, Oels.
13. Ohlau: Schultze, Ohlau.

14. Schweidnitz-Reichenbach: Eckert, Schweidnitz.
15. Steinau I: Richers, Steinau a. O.
16. Steinau II: Haehnel, Thiemendorf, Bezirk Breslau.
17. Strehlen: D. Eberlein, Strehlen i. Schl.
18. Striegau: Klammt, Pufchkau.
19. Trebnitz: Krebs, Trebnitz.
20. Waldenburg: Biehler, Charlottenbrunn.
21. Grofs-Wartenberg: Vofs, Suschen.
22. Wohlau: Spindler, Winzig.

B. Regierungs-Bezirk Liegnitz.

Diözes.-Superintendent.

1. Bolkenhain: Sieber, Rohnstock.
2. Bunzlau I: Straßmann, Bunzlau.
3. Bunzlau II: Dehmel, Waldau o. L.
4. Freystadt: Bronisch, Neusalz a. O.
5. Glogau: Stein, Glogau.
6. Görlitz I: Anderson, Görlitz.
7. Görlitz II: Fichtner, Reichenbach o. L.
8. Görlitz III: Petsch, Hofkirch.
9. Goldberg: Bronisch, Wilhelmsdorf.
10. Grünberg: Lonicer, Grünberg i. Schl.
11. Haynau: Senf, Haynau.
12. Hirschberg: Dehmel, Erdmannsdorf.
13. Hoyerswerda: Dahlmann, Hoyerswerda.

14. Jauer: Meurer, Jauer.
15. Landeshut: Förster, Landeshut.
16. Lauban I: Anders, Steinkirch.
17. Lauban II: Scholz, Marklissa.
18. Liegnitz: D. Koffmane, Koischwitz.
19. Löwenberg I: Schulz, Löwenberg.
20. Löwenberg II: Köhler, Giehren.
21. Lüben I: vacat.
22. Lüben II: vacat.
23. Parchwitz: v. Hase, Gr.-Wandrifs.
24. Rothenburg I: Haessler, Grofs-Radisch.
25. Rothenburg II: Frobböfs, Weißwasser o. L.
26. Sagan: Wohlfahrt, Sagan.
27. Schönau: Quast, Jannowitz i. R.
28. Sprottau: Jentsch, Primkenau.

C. Regierungs-Bezirk Oppeln.

Diözes.-Superintendent.

1. Gleiwitz: Schmidt, Beuthen O. S.
2. Kreuzburg: Müller, Rosen.

3. Neifse: Richter, Neifse.
4. Oppeln: Wahn, Oppeln.*)
5. Pleß: Nowak, Pleß.
6. Ratibor: Buschow, Leobschütz.

Prediger-Seminar in Naumburg a. Queis: Lic. Dr. Franckh, Past., Dir. in Naumburg a. Qu.

7. Provinz Sachsen.

2830151 Evangelische = 91,61 % der Bevölkerung. Kirchenbehörde: Kgl. Konsistorium in Magdeburg, am Dom 2. 1742 geistliche Stellen, 1686 Pfarrer im selbständigen Pfarramt. 1504 Parochien. 2463 Kirchen, 161 Kapellen, 138 Betsäle, außerdem noch 158 gottesdienstliche Räume im Besitz von Kommunen oder Privaten.

I. Konsistorium in Magdeburg.

Präsident: v. Doemming, Magdeburg.

Gen.-Sup.: D. Jacobi, Magdeburg.

„ „ D. Stolte, Magdeburg.

„ „ D. Gennrich, Magdeburg.

Mitglieder:

1. v. Bamberg, Ober-Kons.-Rat (Justit.), dem Präsidenten zur Hilfeleistung in den Präsidialgeschäften beigegeben.
2. Dr. Caspar, Geh. Kons.-Rat (Justit.).
3. D. Dr. phil. Loofs, Geh. Kons.-Rat u. Prof.
4. Krueger, Geh. Kons.-Rat (Justit.).
5. D. Martius, Geh. Kons.-Rat u. Prof.
6. Gensen, Kons.-Rat. (Justit.).
7. D. Siegmund-Schultze, Geh. Kons.-Rat.

8. D. Dr. Reinicke, Geh. Kons.-Rat.
9. Josephson, Kons.-Rat u. 1. Domprediger in Halle a. S.
10. Meyer, Kons.-Rat und 2. Domprediger in Magdeburg.
11. Schlegel, Kons.-Rat, Militär-Oberpf.
12. Hundt, Kons.-Rat (Justit.).**)
13. Dr. Koch, Kons.-Rat.
14. Schlemmer, Kons.-Rat.
15. Dr. Gisevius, Ger.-Assess., jur. Hilfsarb.

*) Tritt zum 1. Juli 1913 in den Ruhestand.

**) Zur Hilfeleistung beim Ev. Oberkirchenrat in Berlin einberufen.

Theolog. Prüfungs-Kommissionen.**a) Pro licentia concionandi (Halle).**

1. D.Dr. Loofs, Geh. Kons.-Rat u. Prof., Vors.
2. D.Dr. Kattenbusch, Geh. Kirchenrat.
3. D.Dr. Cornill, Geh. Kons.-Rat, Prof.
4. D.Dr. phil. Feine, Prof.
5. vacat.
6. D. Lütgert, Prof.
7. D. Haufsleiter, Prof.
8. D. Steuernagel, Prof.

b) Pro ministerio (Magdeburg).

1. D. Jacobi, Gen.-Sup., Vors.
2. D. Stolte, Gen.-Sup.

3. D. Gennrich, Gen.-Sup.

4. D.Dr. Loofs, Geh. Kons.-Rat u. Prof., Halle.
5. D. Martius, Geh. Kons.-Rat u. Prof.
6. D. Siegmund-Schultze, Geh. Kons.-Rat.
7. D.Dr. Reineke, Geh. Kons.-R., Prof., Elben.
8. Josephson, Kons.-Rat u. Domprediger.
9. Meyer, Kons.-Rat.
10. Schlegel, Kons.-Rat, Militär-Oberpf.

Seitens der Provinzialsynode nehmen an den Prüfungen teil:

1. Scharfe, Kons.-Rat, Sup., Halle-Giebichenstein.
2. D. Wächtler, Sup., Halle a. S.
3. Lüdecke, Sup., Altenplathow.

II. Vorstand der Provinzialsynode.

Präses: D. Graf v. Wartensleben, auf Rogaesen, Landrat a. D., Wirkl. Geh. Rat, Exzellenz.

Beisitzer: 1. Sup. a. D. Mendelson, Seehausen.

2. Sup. D. Wächtler, Halle a. S.

3. Sup. Hermes, Halberstadt.

4. D. Graf v. Hohenthal, Kammerherr auf Dölkau, Exz.

5. D. Trosien, Ober- u. Geh. Reg.-Rat, Magdeburg.

6. Frhr. v. d. Recke, Landrat a. D., Mansfeld.

Abgeordnete der Provinzial-Synode zum Spruch-Kollegium.

1. D. Graf v. Wartensleben, Rogaesen (Stellv.: Rittergutsbes. Rittm. v. Alvensleben, Wittenmoor und Graf v. d. Schulenburg, Wolfsburg).

2. Sup. a. D. Mendelson, Seehausen (Stellv.: Sup. Luther, Eisleben u. Sup. Scharfe, Kons.-Rat, Halle-Giebichenstein).

3. Sup. D. Wächtler, Halle a. S. (Stellv.: D. Trosien, Ober- u. Geh. Reg.-Rat, Magdeburg und Elze, Justizrat, Halle a. S.).

III. Verzeichnis der einzelnen Diözesen.**A. Regierungs-Bezirk Magdeburg.****Diözes.-Superintendent.**

1. Altenplathow: Lüdecke.
2. Anderbeck: Hoffmann, Anderbeck.
3. Apenburg-Beetzendorf: Koegel, Beetzend.
4. Arendsee: Langenau, Arendsee.
5. Aschersleben: Tiemann, Aschersleben.
6. Atzendorf: Fischer, Eickendorf.
7. Barleben: Uhle, Irxleben.
8. Bornstedt: Blech, Nordgermersleben.*)
9. Buckau: Medem, Bahrendorf.
10. Burg: Koeppen, Schartau.
11. Calbe a. S.: Lic. Kohlschmidt, Calbe a. S.
12. Crakau: Kons.-Rat Dr. Hermes, Crakau.
13. Egeln: Schmidt, Egeln.
14. Ellsleben: Gisevius, Ellsleben.
15. Gardelegen: Horn, Gardelegen.
16. Gommern: Cremer, Gommern.
17. Gröningen: Querner, Gröningen.
18. Halberstadt: Hermes, Halberstadt.
19. Klötze: Müller, Calbe a. M.

20. Loburg: Vierthaler, Roslan.

21. Magdeburg (Dom): D. Jacobi, Gen.-Sup. Magdeburg.

22. Magdeburg (Stadt): Dr. Schnelder, Magdeburg.

23. Magdeburg (ref.): mit Halle (ref.) vereint.

24. Neuahaldensleben: Grafsmann, Vahldorf.

25. Oschersleben: vacat.

26. Osterburg: Steinecke, Düsedau.

27. Osterwieck: Deuticke, Osterwieck.

28. Quedlinburg: Klewitz, Quedlinburg.

29. Salzwedel: Scholtz, Salzwedel.

30. Sandau: Bodenstein, Hohengöhren.

31. Seehausen: Hennicke, Seehausen.

32. Stendal: Brunabend, Stendal.

33. Tangermünde: Riecke, Väthen.

34. Wanzleben: Krückeberg, Wanzleben.

35. Weferlingen: Pfau, Weferlingen.

36. Werben: Lüdecke, Werben.

37. Wolfsburg: Graf v. d. Schulenburg, Wolfsburg.

38. Wolmirstedt: Schellert, Farsleben.

39. Ziesar: Vogtmann, Ziesar.

*) Tritt am 1. 7. 13 in den Ruhestand.

B. Regierungs-Bezirk Merseburg.**Diözes.-Superintendent.**

1. Artern: Baarts, Artern.
2. Beichlingen: Kohlrausch, Großmonra.
3. Belgern: Rumpf, Belgern.

4. Bitterfeld: Schild, Bitterfeld.

5. Brehna: Harnisch, Zörbig.

6. Delitzsch: Schäfer, Delitzsch.

7. Eckartsberga: Voigt, Eckartsberga.

8. Eilenburg: Dr. Büchting, Eilenburg.
9. Eisleben: Luther, Eisleben.
10. Elsterwerda: Steiner, Elsterwerda.
11. Ermsleben: Strelow, Ermsleben.
12. Freyburg: Riemschneider-Freyburg.
13. Gerbstedt: Schlemm, Gerbstedt.
14. Gollme: Opitz, Gollme.
15. Halle (Stadt): D. Wächtler, Halle a. S.
16. Halle (Land I): Gutschmidt, Kons.-Rat a. D., Reideburg.
17. Halle (Ld. II): Scharfe, K.-Rat, Giebichenst.
18. Halle (ref.): Josephson, Kons.-Rat, Halle a. S.
19. Heldrungen: Behrens, Heldrungen.
20. Herzberg: vacat.
21. Hohenmölsen: Mertens, Hohenmölsen.
22. Kemberg: Macholz, Kemberg.
23. Könnern: Müller, Könnern.
24. Lauchstädt: Siebert, Niederlobicau.
25. Liebenwerda: Nebelsieck, Liebenwerda.
26. Lissen: Schmidt, Lissen.

27. Lützen: Joedicke, Lützen.
28. Mansfeld: Gerloff, Prof., Mansfeld.
29. Merseburg (Stadt): Bithorn, Merseburg.
30. Merseburg (Ld.): Goebel, Niederbeuna.
31. Mücheln: Hellwig, Mücheln.
32. Naumburg a. S.: v. Gersdorff, Naumburg.
33. Pforta: Meichsner, geistl. Insp., Pforta.
34. Prettin: Lelsegang, Prettin.
35. Querfurt: Rosenthal, Querfurt.
36. Sangerhausen: Fiedler, Sangerhausen.
37. Schkeuditz: Ramin, Schkeuditz.
38. Schlieben: Nickel, Schlieben.
39. Schraplau: Brathe, Wansleben.
40. Torgau: Kraft, Torgau.
41. Weißenfels: Dr. Lorenz, Weißenfels.
42. Wittenberg: Orthmann, Wittenberg.
43. Zahna: Eckstädt, Zahna.
44. Zeitz I: Kabis, Zeitz.
45. Zeitz II: Roeder, Wittgendorf.

C. Regierungs-Bezirk Erfurt.

Diözes.-Superintendent.

1. Bleicherode: Gaudig, Bleicherode.
2. Erfurt: Dr. Fischer, Erfurt.
3. Heiligenstadt: Kulisch, Heiligenstadt.
4. Langensalza: Müller, Langensalza.
5. Mühlhausen: Clüver, Mühlhausen.
6. Nordhausen: vacat.
7. Oberdorla: Matthies, Grotzenberg.
8. Salza: Gallwitz, Salza.
9. Schleusingen: Müller, Schleusingen.
10. Suhl: Bätcher, Suhl.
11. Tennstedt: Fender, Tennstedt.
12. Weisensee: Dr. Platzhoff, Weisensee.
13. Ziegenrück: Hahmann, Wernburg.

Der Bezirk des Gen.-Sup. D. Jacobi umfaßt die Diözesen:

Artern, Beichlingen, Eckartsberga, Freyburg, Heldrungen, Hohenmölsen, Lissen, Lützen, Mücheln, Naumburg a. S., Pforta, Querfurt, Weißenfels, Zeitz I u. II, also den westlichen Teil des Reg.-Bez. Merseburg und sämtliche Diözesen des Reg.-Bez. Erfurt.

Der Bezirk des Gen.-Sup. D. Stölte umfaßt sämtliche Diözesen des Bezirks Magdeburg mit Ausnahme von Aschersleben.

Der Bezirk des Gen.-Sup. D. Gennrich umfaßt die Diözesen Belgern, Bitterfeld, Brehna, Cönnern, Delitzsch, Eilenburg, Eisleben, Elsterwerda, Ermsleben, Gerbstedt, Gollme, Halle a. S. (Stadt), Halle a. S. (Land I u. II), Halle, ref. Herzberg, Kemberg, Lauchstädt, Liebenwerda, Mansfeld, Merseburg (Stadt u. Land), Prettin, Sangerhausen, Schkeuditz, Schlieben, Schraplau, Torgau, Wittenberg und Zahna, also den östlichen und nördlichen Teil des Bezirks Merseburg, und Aschersleben aus dem Bezirk Magdeburg.

D. Die drei Stolbergischen Grafschaften Wernigerode, Rofsla und Stolberg haben je ein besonderes Konsistorium.

I. Grafschaft Wernigerode.

19 geistliche Stellen (16 selbständige Parochien, 3 Hilfspredigerstellen). 23 gottesdienstliche Gebäude (22 Kirchen, 1 Kapelle).

Fürstliches Konsistorium.

Dirigent: Dr. jur. Dickel, Kammer-Rat, Wernigerode.

Mitglieder:

1. Falke, K.-R. u. Sup. der Grafsch., Werniger.

2. Rathmann, Past., Kons.-Rat, Wernigerode.
3. Trosien, Ober- u. Geh. Reg.-Rat, Magdeb.
4. Kilburger, Kammer- und Baurat, technisches Mitglied, Wernigerode.

II. Grafschaft Rossla.

20 geistl. Stellen (20 Parochien). 24 gottesdienstl. Gebäude (22 Kirchen, 2 Kapellen).

Fürstliches Konsistorium.

1. Baack, Kammerdirektor, Vors. u. weltl. Mitglied, Rofsla.
2. Dr. Braem, Sup. u. Kons.-Rat, Pfr., Rofsla.

3. Penkert, Kons.-Rat, Pfr. u. Kreisschulinsp., Dittichenrode.
4. Fahro, Baumeister in Halle a. S., bautechnischer Hilfsarbeiter.

III. Grafschaft Stolberg.

18 geistliche Stellen, 15 selbständige Parochien. 20 gottesdienstliche Gebäude (17 Kirchen, 3 Kapellen).

Fürstliches Konsistorium.

Vorsitzender u. weltliches Mitglied:
Bode, Fürstlicher Regierungsrat, Kammerdirektor, Stolberg.

Geistliche Mitglieder:

1. Richter, Kons.-Rat und Sup., Stolberg.
2. Pfitzner, Kons.-Rat, Kreisschulinspektor, Past. in Rottleberode.
3. Pabst, Past. in Stolberg, ständ. Hilfsarb.

8. Provinz Westfalen.

1947672 Evangelische = 47,21 % der Bevölkerung. Kirchenbehörde: Kgl. Konsistorium zu Münster, Domplatz 3. 694 geistliche Stellen (399 selbständige Parochien, 18 Vikariate), 628 Pfarrer im selbständigen Pfarramt, 57 Vikare, 1164 gottesdienstliche Gebäude, und zwar 431 Kirchen, 136 Kapellen, 514 Betsäle etc., außerdem noch 83 gottesdienstliche Räume im Besitz von Kommunen oder Privaten.

I. Konsistorium in Münster.

Präsident: v. Sydow.

Gen.-Sup.: D. Zoellner.

Mitglieder:

1. Starke, Kons.-Rat (Justit.).
2. Dr. Richter, Kons.-Rat (Justit.).
3. Culemann, Kons.-Rat und erster Pfarrer.
4. Lic. Dr. Simon, Kons.-Rat.
5. Franke, Kons.-Rat, Militär-Oberpfarrer.
6. Dr. Lippstreu, Kons.-Assessor (Justit.).

Theolog. Prüfungs-Kommission.

1. D. Zoellner, Gen.-Sup., Vorsitzender.
2. Culemann, Kons.-Rat.

3. Lic. Dr. Simon, Kons.-Rat.
4. D. Sachffe, Prof., Geh. Ober-K.-Rat, Bonn.

Seitens der Provinzialsynode nehmen an der Prüfung teil:

1. D. König, Sup., Witten, Präses der Provinzialsynode.
2. D. Nelle, Sup., Hamm.

Stellvertreter:

1. Winkelmann, Pfr., Elsey.
2. Niemöller (Karl), Pfr., Enger.

II. Provinzialsynode.

1. Der Königl. Kommissarius: D. Zoellner, Gen.-Sup., Münster.
2. Der Provinzial-Synodal-Vorstand:
 - a) Präses: D. König, Sup., Witten.
 - b) 1. geistl. Beisitzer: Kockelecke, Sup., Schwelm.
 - c) 2. geistl. Beisitzer: Eggerling, Sup., Versmold.
 - d) 1. weltl. Beisitzer: Loerbroks, Geh. Just.-Rat, Landger.-Dir., Münster.

- e) 2. weltl. Beisitzer: vacat.

3. Der Deputierte der evang.-theol. Fakultät in Bonn: Prof. D. Sachffe.

4. a) Die 23 Superintenden ten der Prov.
 - b) 23 von den Kreissynoden zu erwählende Pfarrer.
 - c) 46 von den Kreissynoden zu erwählende Presbyter.

Abgeordnete der Provinzialsynode zum Spruch-Kollegium.

1. Präses Sup. D. König, Witten (Stellv.: Sup. D. Nelle, Hamm u. Sup. Kockelecke, Schwelm).
2. Pfr. Winkelmann, Elsey (Stellv.: Pfr. Niemöller, Enger und Sup. Stein, Crombach).
3. Ober-Reg.-Rat Neumüller, Minden (Stellv.: Kaufmann Bachmann, Unna und Seminar-Oberlehrer Lindemann, Herdecke).

III. Verzeichnis der einzelnen Diözesen.

A. Regierungs-Bezirk Münster.

Diözes.-Superintendent.

1. Münster: Evers, Werth.
2. Recklinghausen: Meyer, Bottrop.

3. Tecklenburg: Meyer, Lengerich.

B. Regierungs-Bezirk Minden.

Diözes.-Superintendent.

1. Bielefeld: Lappe, Bielefeld.
2. Halle: Eggerling, Versmold.
3. Herford: Höpker, Kirchlegern.

4. Lübbecke: Kuhlo, Hüllhorst.
5. Minden: Priefs, Bergkirchen.
6. Paderborn: Klingender, Paderborn.
7. Vlotho: Niemann, Veltheim.

Kirchl. Jahrbuch 1913.

C. Regierungs-Bezirk Arnsberg.**Diözes.-Superintendent.**

- | | |
|--|-----------------------------------|
| 1. Bochum: D. König, Witten. | 7. Iserlohn: Pake, Hemer. |
| 2. Dortmund: Winkhaus, Dortmund. | 8. Lüdenscheid: Kepp, Hülscheid. |
| 3. Gelsenkirchen: Kalthoff, Bladenhorst. | 9. Schwelm: Kockelcke, Schwelm. |
| 4. Hagen: Graeber, Hagen. | 10. Siegen: Stein, Crombach. |
| 5. Hamm: D. Nelle, Hamm. | 11. Soest: Wischnath, Soest. |
| 6. Hattingen: Meier-Peter, Hattingen. | 12. Unna: Sybrecht, Frömern. |
| | 13. Wittgenstein: Dickel, Arfeld. |

Prediger-Seminar in Soest: Direktor Lic. Zänker.

9. Rheinprovinz.

2097619 Evangelische = 29,46 % der Bevölkerung. Hohenzollern: 3572 Evangelische = 5,02 % der Bevölkerung. Kirchenbehörde: Kgl. Konsistorium zu Koblenz, Regierungsstr. 416. 821 Pfarrstellen, 540 Kirchengemeinden, 761 Pfarrer im selbständigen Pfarramt, 711 Kirchen, 115 Kapellen, 195 Betsäle, außerdem noch 120 gottesdienstliche Räume im Besitz von Kommunen oder Privaten.

I. Konsistorium in Koblenz.

Präsident: Dr. Groos, Koblenz.

Gen.-Sup.: Klingemann, Koblenz.

Mitglieder:

1. Reinhard, Geh. Ober-Kons.-Rat (Justit.).
2. Dr. Richter, Geh. Kons.-Rat, Militäröberpf.
3. Lic. Mettgenberg, Geh. Kons.-Rat.
4. Dr. du Mesnil, Kons.-Rat.
5. Dr. Cornill, Kons.-Ass.

Mit der Verwaltung einer Kons.-R.-Stelle
beauftragt: Sup. a. D. Stursberg.

Theolog. Prüfungs-Kommission.

1. Klingemann, Gen.-Sup., Vorsitzender.

2. Lic. Mettgenberg, Geh. Kons.-Rat.
3. vacat.

Seitens der Provinzialsynode nehmen an
der Prüfung teil:

1. Pfr. D. Hafner, Elberfeld.

Stellvertreter:

1. Pfr. D. Bleibtren, Bonn.
2. Pfr. Theile, Krefeld.

II. Provinzialsynode.

1. Der Königl. Kommissarius:

Gen.-Sup. Klingemann, Koblenz.

2. Der Provinzial-Synodal-Vorstand:

- a) Präses: vacat.
- b) 1. geistl. Beisitzer: Pfr. D. Hafner, Elberfeld.
- c) 2. geistl. Beisitzer: vacat.
- d) 1. weltl. Beisitzer: D. Conze, Geh. Kom.-Rat, Langenberg.

- e) 2. weltl. Beisitzer: Kaufmann Hanstein, Düsseldorf.

3. Der Deputierte der evang.-theologischen Fakultät in Bonn: Prof. D. Rietschel.

4. a) Die 32 Superintenden ten der Provinz.
- b) 32 von den Kreissynoden zu erwählende Pfarrer.
- c) 64 von den Kreissynoden zu erwählende Presbyter.

Abgeordnete der Provinzial-Synode zum Spruch-Kollegium.

1. Sup. a. D. Stursberg, Bonn (1 Stellv. fehlt, Amtsgerichtsrat Wiefsner, Erkelenz).
2. Sup. D. Hafner, Elberfeld (Stellvertreter: Pfr. Calaminus, Elberfeld u. Sup. Bungeroth, M.-Gladbach).
3. Geh. Komm.-Rat D. Conze, Langenberg (Stellv.: Landgerichtsdirektor Dr. Kayser, Aachen und Kirchmeister H. Wolff, Elberfeld).

III. Verzeichnis der einzelnen Diözesen.**A. Regierungs-Bezirk Aachen.**

Synode. — Superintendent.

1. Aachen: Ammer, Eupen.
2. Jülich: Müller, Düren.

B. Regierungs-Bezirk Koblenz.

- | | |
|--|-------------------------------------|
| 1. Altenkirchen: Trommershausen, Kirchen. | 6. Simmern: Schneider, Rheinböllen. |
| 2. Braunsfels: Oberpf. Bingel, Braunsfels. | 7. Sobernheim: Simon, Niederhausen. |
| 3. Koblenz: Martin, St. Goar. | 8. Trarbach: Beumelburg, Trarbach. |
| 4. Kreuznach: Zimmermann, Roxheim. | 9. Wetzlar: Geibel, Dutenhofen. |
| 5. Meisenheim: Schlickum, Merxheim. | 10. Wied: Mohn, Puderbach. |

C. Regierungs-Bezirk Düsseldorf.

- | | |
|---|--|
| 1. Barmen: Bausch, Barmen. | 8. Lennep: Paschmann, Remscheid. |
| 2. Cleve: Gliese, Pfalzdorf. | 9. Mörs: Angé, Neukirchen. |
| 3. Duisburg: Spiels, Spellen. | 10. Mülheim a. d. Ruhr: Klingenburger, Mülheim a. d. Ruhr. |
| 4. Düsseldorf: Bleier, Erkrath. | 11. Nieder-Bergische Synode: Balke, Neviges. |
| 5. Elberfeld: D. Hafner, Elberfeld. | 12. Solingen: Dransfeld, Solingen. |
| 6. Essen: vacat. Sup.-Verw. Pfr. Huyssen. | 13. Wesel: Haardt, Wesel. |
| 7. Gladbach: Bungereoth, M.-Gladbach. | |

D. Regierungs-Bezirk Cöln.

- | | |
|---|--------------------------|
| 1. An d. Agger: Klingholz, Engelskirchen. | 3. Cöln: Schmidt, Deutz. |
| 2. Bonn: D. Bleibtreu, Bonn. | |

E. Regierungs-Bezirk Trier.

- | | |
|---|---------------------------------------|
| 1. Saarbrücken: vacat. Sup.-Verw. Pfr. Nold, Burbach. | 3. Trier: Spies, Mülheim a. d. Mosel. |
| 2. St. Johann: Holthöfer, Wellesweiler. | 4. St. Wendel: Hess, Baumholder. |

Hohenzollern.

Theobald, Sigmaringen, Sup. und Stadtpfr.

10. Provinz Hannover.

2504805 Evangelische = 85,13 % der Bevölkerung. In Hannover stehen die Ev.-luth. und die Ev.-ref. Provinzialkirche nebeneinander, nicht verbunden durch Union.

Die oberste Behörde der Evangelisch-lutherischen Kirche des vorm. Königreichs Hannover ist das Landes-Konsistorium. Es besteht aus ordentlichen u. außerordentlichen Mitgliedern. Innerhalb seines Geschäftskreises sind ihm die Konsistorien zu Hannover und Aurich — letzteres jedoch mit Ausnahme seiner Zuständigkeiten für die reformierte Kirche — untergeordnet.

Die Ev.-ref. Kirche der Provinz Hannover hat das Konsistorium zu Aurich als oberste Kirchenbehörde (siehe dort).

Die Ev.-luth. Kirche der Provinz Hannover hat 1204 geistliche Stellen (einschließlich Kollaboratoren), 1156 Kirchen, 354 Kapellen, 129 Betsäle.

Die Ev.-ref. Kirche der Provinz Hannover hat 132 geistliche Stellen, 128 Pfarrer, 4 Vikare, 161 gottesdienstliche Gebäude (120 Kirchen, 41 Kapellen, Betsäle etc.).

I. Evangelisch-Lutherische Kirche der Prov. Hannover.

A. Landes-Konsistorium, Hannover, Archivstr. 2.

I. Personal.

Präsident: Steinmetz, Kurator des Klosters Loccum.

a) Ordentliche Mitglieder:

- | | |
|---|---|
| 1. D. Hartwig, Ob.-Kons.-Rat, Abt z. Loccum. | 8. D. Remmers, Gen.-Sup., Stade. |
| 2. Dr. Meister, Geh. Kons.-Rat. | 9. Möller, Gen.-Sup., Hannover. |
| 3. D. Meyer, Geh. Kons.-Rat. | 10. Botzoll, Präses der Klosterkammer, Hann. |
| 4. Köhler, Lic. theol., Kons.-Rat, 1. Hof- u. Schloßprediger. | 11. Florschütz, Präsident des Konsistoriums Hannover. |
| | 12. Lampe, Ober-Kons.-Rat beim Konsist. Hannover. |
| b) Außerordentliche Mitglieder: | 13. Klügel, Geh. Kons.-Rat, Hannover. |
| 5. D. Dr. Hoppe, Gen.-Sup., Hildesheim. | 14. Knoke, Prof., Abt, Göttingen. |
| 6. Süßmann, Gen.-Sup., Aurich. | 15. D. Cohrs, Kons.-Rat, Sup., Ilfeld. |
| 7. v. Hanffstengel, Sup., Walsdorf. | 16. Lic. theol. Schultzen, Sup., Peine. |

II. Landessynodal-Ausschuß.

- | | |
|---|---|
| 1. Haeßius, Geh. Justizrat, Hannover, Vors. | 5. Oeltzen, Amtsgerichtsrat, Geh. Justizrat, Ilfeld. |
| 2. D. Bückmann, Sup., Harburg. | 6. Dr. Erhard Graf von Wedel-Gödens, Landrat a. D. zu Evenburg. |
| 3. Knoke, Sup., Hohnstedt. | |
| 4. Lauenstein, Pastor, Wietzenhof. | |

III. Kommissionen für die theologischen Prüfungen.

Die Mitglieder werden auf die Dauer eines Jahres ernannt. Status von 1913.

a) Für die 1. theol. Prüfung.

1. D. Hartwig, Ob.-Kons.-Rat, Abtzu Loccum.
2. D. Meyer, Geh. Kons.-Rat, Hannover.
3. D. Dr. Hoppe, Gen.-Sup., Hildesheim.
4. Süßmann, Gen.-Sup., Aurich.
5. Möller, Gen.-Sup., Hannover.
6. D. Bückmann, Sup., Harburg.
7. Lic. Cölle, Sup., Burgdorf.
8. Jacobshagen, Sup., Jeinsen.
9. Hardeland, Sup., Uslar.
10. Wagenmann, Kons.-Rat, Hannover.
11. Deike, Sup., Gifhorn.
12. D. Cohrs, Kons.-Rat, Sup., Ilfeld.
13. Lic. Köhler, Kons.-Rat, 1. Hof- u. Schloßprediger, Hannover.
14. Lic. Schultzen, Sup., Peine.
15. Marahrens, Studiendirektor, Erichsburg.
16. Wöhrmann, Sup., Hannover.
17. Stifser, Sup., Göttingen.
18. Dr. phil. Sprenger, Past., Hannover.
19. D. Schwerdtmann, Gen.-Sup., Stade.
20. Dr. Tilemann, Studien-Direktor, Loccum.

b) Für die 2. theol. Prüfung.

1. D. Hartwig, Ob.-Kons.-Rat, Abtzu Loccum.
2. D. Meyer, Geh. Kons.-Rat, Hannover.
3. D. Dr. Hoppe, Gen.-Sup., Hildesheim.
4. Süßmann, Gen.-Sup., Aurich.
5. Möller, Gen.-Sup., Hannover.
6. D. Bückmann, Sup., Harburg.
7. Lic. Cölle, Sup., Burgdorf.
8. Jacobshagen, Sup., Jeinsen.
9. Hardeland, Sup., Uslar.
10. Wagenmann, Kons.-Rat, Hannover.
11. Deike, Sup., Gifhorn.
12. D. Cohrs, Kons.-Rat, Sup., Ilfeld.
13. Lic. Köhler, Kons.-Rat, 1. Hof- u. Schloßprediger, Hannover.
14. Lic. Schultzen, Sup., Peine.
15. Wöhrmann, Sup., Hannover.
16. Stifser, Sup., Göttingen.
17. Dr. phil. Sprenger, Past., Hannover.
18. D. Schwerdtmann, Gen.-Sup., Stade.

Dazu die sämtlichen ordentl. Mitglieder der theolog. Fakultät zu Göttingen.

B. Konsistorium in Hannover, Calenberger-Str. 34.

Errichtet 1836. Ihm untersteht seit 1. Januar 1903 die gesamte lutherische Landeskirche mit Ausnahme des Konsistorial-Bezirks Aurich.

Präsident: Florschütz.

General-Superintendenten: 1. D. Dr. Hoppe, Hildesheim.

2. D. Möller, Hannover.

3. D. Schwerdtmann, Stade.

Sonstige Mitglieder.

- | | |
|---|---|
| 4. Lampe, Ober-Kons.-Rat. | 7. Wagenmann, Kons.-Rat. |
| 5. Klügel, Geh. Kons.-Rat. | 8. Nöldeke, Kons.-Rat. |
| 6. D. Meyer, Geh. Kons.-Rat, nebenamtlich beim Kgl. Land.-Konsistorium. | 9. Narjes, Kons.-Ass. |
| | 10. Stalman, Kons.-Ass. |
| | 11. Wiebe, Kons.-Ass., 2. Hof- u. Schloßpred. |

Geistliche Ministerien in den Städten, welche einen besonderen Aufsichtsbezirk bilden.

- | | |
|---|--|
| 1. Buxtehude: Rost, Past. prim. | 7. Hildesheim: Juhle, Stadt-Sup. |
| 2. Celle: Röbbelen, Sup. | 8. Lüneburg: Wachsmuth, Stadt-Sup. |
| 3. Einbeck: Vordemann, Sup. | 9. Norheim: Hesse, Past. prim. u. Sen. min. |
| 4. Göttingen: Warnecke, Sup. | 10. Stade: v. Staden, P. prim. und Sen. min. |
| 5. Goslar: Crome, Sup., Sen. minist. | 11. Uelzen: Baustädt, Propst und Sup. |
| 6. Hameln: Stünkel, Past. prim., Sen. minist. | |

Verzeichnis der einzelnen General-Superintendenturen mit den ihnen unterstellten Inspektionen. (Diözesen. Ephorien.)*

I. General-Superintendentur Hannover. Gen.-Sup. Möller.

a) Fürstentum Calenberg.

- | | |
|---|--|
| Inspekt. — Superintendent. | 3. Hannover II: Badenhop, P. prim. an der Dreifaltigkeitskirche. |
| 1. Grofs-Berkel: Pätz. | 4. Hannover III: Wöhrmann, P. sec. an der Lutherkirche. |
| 2. Hannover I: Dr. Hilmer, Sen. minist. P. prim. an der Aegidienkirche. | |

*) Die kirchliche Einteilung Hannovers fällt nicht mit der politischen Gliederung zusammen; sie kann deshalb auch nicht — wie in den anderen Provinzen — nach Regierungs-

5. Hannover, Schloßkirche: Lic Köhler,
Kons.-Rat, 1. Hof- u. Schloßprediger.
6. Linden: Beyer, P. prim. in Linden-
Limmer.
7. Jeinsen: Jacobshagen.

8. Neustadt am Rübenberge Einstmann.
9. Pattensen: vacat.
10. Ronnenberg: Peetz.
11. Springe: Bode.
12. Wunstorf: Freybe.

b) Fürstentum Lüneburg.

Inspekt. — Superintendent.

1. Ahlden: D. Bußmann.
2. Beedenbostel: Raven.
3. Bergen: vacat (int. Sup. Stalman, Soltau).
4. Burgdorf: Lic. Cölle.
5. Burgwedel: Vogt.

6. Celle: Röbbelen.
7. Fallersleben: Knoke.
8. Gifhorn: Deike.
9. Soltau: Stalman.
10. Uelzen: Baustädt.
11. Walsrode: Riechelmann.
12. Wittingen: Seebohm.

c) Fürstentum Osnabrück.

Inspekt. — Superintendent.

1. Osnabrück, Stadt: Weidner.
2. Georgsmarienhütte: Roesener.

3. Buer: Grünewald.
4. Bramsche: Kaune.
5. Badbergen: v. Steuber.

d) Aus der Grafschaft Hoya.

1. Nienburg: Kahle,
2. Stolzenau: Loose.

e) Nieder-Grafschaft Lingen und Herzogtum Arenberg-Meppen.

Meppen: Bräuer.

II. General-Superintendentur Stade: Gen.-Sup. D. Schwerdtmann, Stade.

a) Herzogtümer Bremen und Verden und Land Hadeln.

Inspekt. — Superintendent.

1. Altes Land: Brunkhorst, Jork.
2. Bargstedt: vacat (int. P. Lüpsen-Apensen).
3. Bremervörde: v. Hanffstengel.
4. Kehdingen: Meyer, Drochtersen.
5. Lehe: Dieckmann.
6. Lesum: Dittrich.
7. Neuhaus: Steinmetz.
8. Osten: Burfeindt.

9. Rotenburg: Tielemann.
10. Sandstedt: Ohnesorg.
11. Trupe-Lilienthal: Krull.
12. Verden: Wolff.
13. Wulsdorf: v. Hanffstengel.
14. Land-Wursten: Mercker, Dorum.
15. Zeven: Meyer.
16. Land Hadeln: Wettwer, Wanna.

b) Fürstentum Lüneburg (Harburg und Dannenberg'schen Teils).

Inspekt. — Superintendent.

1. Bevensen: Lorenz.
2. Bleckede: Thimme.
3. Dannenberg: Dr. phil. Weerts.
4. Ebstorf: Böker.
5. Gartow: SeEVERS.

6. Harburg: D. Bückmann.
7. Lütchow: Busch.
8. Lüne: Jacobshagen.
9. Pattensen: Rüppell.
10. Winsen a. d. Luhe: Vogelsang.

c) Aus den Grafschaften Hoya und Diepholz.

Inspekt. — Superintendent.

1. Bassum: Ubbelohde.
2. Hoya: Cuntz.
3. Sulingen: Holste.

4. Vilsen: Hahn.
5. Weyhe: Gofsmann.
6. Diepholz: Penschorn.

III. General-Superintendentur Hildesheim: Gen.-Sup. D. Dr. Hoppe.

a) Fürstentum Hildesheim.

Inspekt. — Superintendent.

1. Alfeld: Krüger.
2. Bockenem: vacat.

3. Elze: Münchmeyer.
4. Markoldendorf: vacat.
5. Nettellingen: Busse.

bezirken gegeben werden. Einige Inspektionen liegen in mehreren Regierungsbezirken. Das Staatshandbuch der Provinz Hannover geht in der kirchlichen Einteilung auf die alte historisch-politische Zusammensetzung zurück, der auch wir hier folgen. Der Wohnsitz des Superintendenten ist, wo nicht anders angegeben, der Diözesan-Ort.

6. Im Okerthal: Segger, Vienenburg.
 7. Peine: Lic. Schultzen.
 8. Salzgitter: von Issendorff.
 9. Sarstedt: Probst.

10. Sehnde: Brinkmann.
 11. Grofs-Solschen: vacat.
 12. Wrisbergholzen: Höpfner.

b) Fürstentum Göttingen.

- Inspekt. — Superintendent.
 1. Dransfeld: Ruprecht.
 2. Göttingen I: Mirow.
 3. „ II: Warnecke.
 4. „ III: Stisser.

5. Hardeggen: Ubbelohde.
 6. Münden: Lic. Steinmetz.
 7. Hohnstedt: Knoche.
 8. Uslar: Hardeland.
 9. Willershausen: Enkelstroth.

c) Fürstentum Grubenhagen mit dem Harz.

- Inspekt. — Superintendent.
 1. Clausthal: Lic. Bornemann.
 2. Einbeck: Vordemann.

3. Herzberg: Schlie.
 4. Osterode: Gehrke.
 5. Zellerfeld: vacat (int. Lic. Bornem., Clausth.).

d) Fürstentum Lüneburg.

Sievershausen: Dreyer.

e) Fürstentum Calenberg.

- Inspekt. — Superintendent.
 1. Bückry: Boes.

2. Oldendorf: vacat (int. Sup. Münchmeyer, Elze).

IV. Bezirk des Klosters Loccum.

Dr. phil. Tilemann, Studiendirektor. | Fleisch, Stiftsprediger.

V. Grafschaft Hohnstein.

Vors.: Dr. v. Doetinchem de Rande, Landrat zu Ilfeld.

Die Grafschaft Hohnstein hat ein unter Oberaufsicht des Konsistoriums zu Hannover stehendes eigenes Konsistorium mit kirchenkommissarischen Befugnissen. Dieses ist errichtet auf Grund eines mit den regierenden Fürsten zu Stolberg-Stolberg und Stolberg-Wernigerode abgeschlossenen Rezesses, hat seinen Sitz zu Ilfeld und besteht aus dem Landrat zu Ilfeld (als Vorsitzenden) und zwei von den Fürsten zu Stolberg-Stolberg zu ernennenden Mitgliedern.

Mitglieder: 1. Dr. v. Doetinchem de Rande, Landrat zu Ilfeld, Vorsitzender.

2. Lic. D. Cohrs, Kons.-Rat, Sup., Ilfeld.

3. Probst, Kons.-Ass., Past., Bösenrode.

C. Konsistorium Aurich, Schulstr.

Präsident: Dr. Iderhoff, Aurich.

1. Süßmann, luth. Gen.-Sup.
 2. D. Müller, ref. Gen.-Sup.
 3. Jahns, Kons.-Rat, Sup. u. Past. prim.,
 Wilhelmshaven.

4. Daniel, Kons.-Rat, Sup. u. Past. a. D.
 5. Friedrich, Kons.-Rat, Past. prim., Aurich.
 6. Nyhuis, Kons.-Rat, Pastor in Arkel.
 7. D. Dr. Helfritz, Reg.-Ass.

Lutherische Geistliche und Inspektionen.

1. Die ersten Geistlichen in den Städten.

Aurich: Friedrich, Kons.-Rat u. Past. prim.
 Emden: Blanke, Past. prim.
 Esens: Lüpkes, Sup. u. Past. prim.

Leer: Linnemann, Past. prim.
 Norden: Thomsen, „ „
 Wilhelmshaven: Jahns, Kons.-Rat, Sup.
 und Past. prim.

2. Verzeichnis der einzelnen Inspektionen.

Gen.-Sup.: Süßmann, Aurich.

1. Inspekt. Aurich: Kittel, Moordorf.
 2. „ Emden: Gossel, Marienhaf.
 3. „ Norden: Schomerus, Norden.
 4. „ Reepsholt: Jahns, Wilhelmshaven
 (auftragsw.).

5. Inspekt. Potshausen: Schaaf, Potshausen
 6. „ Leer: Schmermann, Bingum.
 7. „ Esens: Lüpkes, Esens.
 8. „ Wittmund: Jahns, Wilhelmshaven.
 9. „ Grofsefehn: Siemens, Timmel.

II. Evangelisch-reformierte Kirche der Provinz Hannover.

A. Konsistorium in Aurich.

Personal (siehe oben) untersteht als oberste Kirchenbehörde der evangelisch-reformierten Kirche von Hannover unmittelbar dem Kultusminister. Bei Vorschlägen für die Ernennung von Examinatoren, Superintendenten und der Vorsitzenden der Synode Bentheim, sowie bei Disziplinar-Entscheidungen gegen Kirchendiener, Kandidaten, Kirchenälteste und Gemeindevertreter haben die lutherischen Mitglieder kein Stimmrecht.

Kommission für die theologischen Prüfungen.

Zur Abhaltung der theologischen Prüfungen besteht bei dem Konsistorium in Aurich auf Grund des § 7 der Königlichen Verordnung vom 9. November 1885, betr. die theologischen Prüfungen in der evangelisch-reformierten Kirche der Provinz Hannover, eine Kommission von 6 Mitgliedern, von denen 3 die Kirchenregierung und 3 die Gesamtsynode ernennt.

B. Gesamtsynodal-Ausschufs.

- | | |
|--|------------------------------------|
| 1. Tholens, Hannover, Superintendent a. D. | 4. Swart, Gutsbesitzer, Norden. |
| 2. Ditzen, Blumenthal, Superintendent. | 5. Bleske-Viotor, Pastor in Hinte. |
| 3. Hoogklimmer, Amtsgerichts-Rat, Lingen. | |

C. Geistliche.

Gen.-Sup.: D. Müller, Aurich.

1. Die ersten Geistlichen in den Städten.

- | | |
|---|-------------------------------------|
| Aurich: Rodenhauser, Sup. u. Past. | Hannover: Dr. Eichhorn, Past. prim. |
| Emden: Medenwald, Past. prim. Mit der Wahrnehmung der Superint.-Geschäfte der ev.-ref. Gem. Emden ist der Pastor Cöper daselbst beauftragt. | Leer: Westermann, Past. prim. |
| | Norden-Lütetsburg: Scheibe. |
| | Osnabrück: Engels, Past. prim. |

2. Verzeichnis der einzelnen Inspektionen.

- | | |
|---|---|
| 1. ostfries. Inspekt.: van Scharrel, Twixlum. | 4. ostfries. Inspekt.: Hamer, Neermoor. |
| 2. " " Viotor, Greetsiel. | 5. " " Burmann, Kirchbergum. |
| 3. " " Rodenhauser, Aurich. | 6. " " Holtkamp, Böhmerwold. |
- Grafschaft Bentheim (6. ref. Synodalbezirk): Kons.-Rat u. Past. Nyhuis, Arkel, Vors. des Oberkirchen-Rats der Bezirkssynode Bentheim.
- Inspektion Lingen (7. ref. Synodalbezirk): Wiarda, Lingen.
- | | |
|-------------------------|--|
| " Blumenthal (8. " "): | Ditzen, Blumenthal. |
| " Bovenden (9. " "): | Smidt, Bovenden. |
| " Hannover (10. " "): | Pastor Lic. Dr. Eichhorn, Hannover, Sup.-Verw. |

Prediger-Seminar Kloster-Loccum. Studiendirektor: Dr. phil. Tilemann.

" " Erichsburg. Studiendirektor: Marahrens.

11. Provinz Schleswig-Holstein.

Die Provinzialkirche ist eine selbständige evang.-lutherische Landeskirche. Kirchenbehörde ist das Kgl. Konsistorium zu Kiel, Sophienblatt 12, unter Oberaufsicht des Ministers der geistl. Angelegenheiten. 1549032 Evangelische = 95,56% der Bevölkerung. 474 selbständige Parochien, 560 dauernd errichtete Pfarrstellen, 548 gottesdienstl. Gebäude (466 Kirchen, 73 Kapellen, 9 Betsäle).

I. Evangelisch-lutherisches Konsistorium (Kiel).

Präsident: D. Müller, Kurator der Universität Kiel.

Mitglieder:

- | | |
|---|---|
| 1. Gen.-Sup. für Schleswig: Wirkl. Geh. Ober-Kons.-Rat D. Kaftan. | 6. Valentiner, Kons.-Rat, Sup., Ratzeburg, Großherzogl. Oldenburg. Geh. Kirchenrat. |
| 2. Gen.-Sup. für Holstein: Petersen. | 7. Dr. jur. Frhr. v. Heintze, Kons.-Rat. |
| 3. Starke, Kons.-Rat. | 8. Simonis, Kons.-Rat. |
| 4. Mordhorst, Kons.-R., Kirchenpropst, Kiel. | 9. vacat. |
| 5. Heesch, Kons.-Rat, Kirchenpropst in Büsum. | 10. vacat. |

Theologische Prüfungs-Kommission.

- | | |
|---|---|
| 1. D. Müller , Präsident des Konsistoriums. | 7. vacat. |
| 2. D. Kaftan , Gen.-Sup., Wirkl. Geh. Ober-Kons.-Rat. | 8. u. 9. Zwei Mitglieder der theol. Fakultät in Kiel. |
| 3. Petersen , Gen.-Sup. | 10. Past. Lic. Prahl , Studien-Direktor, Althadersleben. |
| 4. Mordhorst , Kons.-R., Kirchenpropst, Kiel. | 11. Janfs , Propst, Sörup. |
| 5. Heesch , Kons.-Rat, Kirchenpropst, Büsum. | Ersatzmann: |
| 6. Valentiner , Kons.-Rat, Sup., Ratzeburg, Großherzogl. Oldenburg. Geh. Kirchenrat. | Stud.-Dir. Klosterpred. Weinreich , Preetz. |

II. Ausschufs der Provinzialsynode.

Vorsitzender: Wirkl. Geh. Rat **D. Graf von Reventlou** auf Schloß Damp.

Beisitzer: 1. Stadtschulrat **Wagner**, Altona.

2. Propst **Paulsen**, Altona.

Stellvertreter: Geh. Justizrat **Adler**, Flensburg.

Propst **Niese**, Flensburg.

III. Verzeichnis der einzelnen Diözesen.

A. Herzogtum Schleswig.

Gen.-Sup.: Wirkl. Geh. Ob.-Kons.-Rat **D. Kaftan**, Kiel.

Propstei. — Propst.

- | | |
|--|--|
| 1. Apenrade: Hauptpast. Bade , Apenrade. | 7. Nordangeln: Hauptpast. Janfs , Sörup. |
| 2. Eiderstedt: Hauptpast. Hansen , Garding. | 8. Nordtondern: Hauptpast. Steffen , Tondern |
| 3. Flensburg: Hauptpast. Niese , Flensburg. | 9. Schleswig: Hauptpast. Stoltenberg , Schlesw. |
| 4. Hadersleben: Hauptp. Petersen , Hadersl. | 10. Sonderburg: Hauptpast. Valentiner , Sonderburg. |
| 5. Hütten: Hauptpast. Dr. von Fontenay , Eckernförde. | 11. Süddangeln: Hauptpast. Hansen , Kappeln. |
| 6. Husum-Bredstedt: Hauptpast. Sieveking . | 12. Südtondern: Past. Nissen , Leck. |
| | 13. Törningelehn: Past. Schmidt , Jels. |

B. Herzogtum Holstein.

Gen.-Sup.: **Petersen**.

Propstei. — Propst.

- | | |
|---|--|
| 1. Altona: Paulsen , Altona. | 7. Pinneberg: Past. Paulsen , Dockenhuden. |
| 2. Kiel: Mordhorst , Kons.-Rat, Kiel. | 8. Plön: Hauptpast. Möding , Lütjenburg. |
| 3. Münsterdorf: Hauptpast. Völkel , Itzehoe. | 9. Rantzaу: Past. Witt , Horst. |
| 4. Neumünster: Hauptpast. Riewerts , Neum. | 10. Rendsburg: Past. Treplin , Hademarschen. |
| 5. Norderdithmarschen: Kons.-Rat Heesch , Büsum. | 11. Segeberg: Hauptpast. Petersen , Segeberg. |
| 6. Oldenburg: Hauptpast. Hollensteiner in Oldenburg. | 12. Stormarn: Past. Chalybaeus , Altrahlstedt. |
| | 13. Süderdithmarschen: Hauptpast. Petersen , Meldorf. |

C. Herzogtum Lauenburg.

Superintendent: **Valentiner**, Geh. Kons.-Rat, Groß. Oldenb. Geh. Kirchenrat, Ratzeburg.

Königliches Prediger-Seminar in Preetz.

Studiendirektor: Klosterprediger **Weinreich**.

Königliches Prediger-Seminar für Nordschleswig.

Studiendirektor: Past. Lic. **Prahl**, Althadersleben.

12. Provinz Hessen-Nassau.

1518989 Evangelische = 68,39 % der Bevölkerung. Die Provinz hat drei voneinander unabhängige Konsistorien in Kassel, Wiesbaden und Frankfurt a. M. Alle unterstehen direkt dem Kultus-Ministerium.

Die hessische Landeskirche (Kons.-Bezirk Kassel) umfaßt lutherische, reformierte und unierte Gemeinden, bezw. Synoden. Jede dieser drei Kirchengemeinschaften wird durch einen General-Superintendenten vertreten. Sie zählt 525 geistliche Stellen (503 ordentliche Pfarrestellen, 22 Hilfsgeistliche), 1087 gottesdienstliche Gebäude (863 Kirchen, 224 Kapellen, Betsäle etc.).

Die nassauische Landeskirche (Kons.-Bezirk Wiesbaden) ist uniert. Sie zählt 251 selbständige Parochien, 7 Vikariate, 276 Pfarrer, 7 Vikare. (Über die Zahl der gottesdienstlichen Gebäude waren Zahlen nicht erhältlich.)

Die Landeskirche von Frankfurt a. M. (Konsistorialbezirk Frankfurt) ist lutherisch. Zum Konsistorialbezirk gehören auch die deutsch-reformierte und franz.-reformierte Gemeinde von Frankfurt. Das frühere reformierte Konsistorium ist aufgehoben. Sie zählt 35 geistliche Stellen (17 Parochien mit 28 Geistlichen, 7 Vikare), 27 Pfarrer im selbständigen Pfarramt, 7 Vikare, 24 gottesdienstliche Gebäude (17 Kirchen, 7 Kapellen).

A. Konsistorium Kassel (für den Regierungsbezirk Kassel), Renthof 5.

I. Personal.

Präsident: Freiherr Schenk zu Schweinsberg.

Mitglieder:

1. D. Pfeiffer, Gen.-Sup. (uniert).
2. D. Müller, Gen.-Sup. (ref.).
3. D. Dettmerling, Gen.-Sup. (luth.).
4. D. Bornhäuser, Kons.-Rat, Prof. in Marburg, im Nebenamte.

5. Gaupp, Kons.-Rat.

6. Stamm, Kons.-Rat.

Theolog. Prüfungs-Kommission.

Das erste theologische Examen wird vor der theologischen Fakultät in Marburg abgelegt, ergänzt durch ein vor den Gen.-Sup. zu absolvierendes Tentamen.

II. Gesamtsynodalausschufs.

Vorsitzender: Superintendent D. Klingender, Kassel.

Beisitzer: 1. Sup. Happich, Marburg.

2. Prof. Schmitz, Hanau.

3. Hebel, Sup., Felsberg.

4. Landrat v. Aschoff, Melsungen.

III. Verzeichnis der einzelnen Superintendenturen.

A. Superintendentur Kassel (Stadt).

Sup.: D. Klingender, Cassel.

B. Superintendentur Kassel-Witzenhausen.

Sup.: Grimmell, Oberkaufungen.

Klasse. — Metropolitan.

1. Ahna: Krapf, Obervellmer.
2. Kaufungen: Grimmell, Oberkaufungen.
3. Lichtenau: Schuchardt, Lichtenau.
4. Wilhelmshöhe: Ritter, Niederzwehren.
5. Witzenhausen: Reimann, Witzenhausen.

C. Superintendentur Eschwege.

Sup.: Hocke, Eschwege.

Klasse. — Metropolitan.

1. Allendorf: Dr. Bütte, Allendorf.
2. Eschwege: Sup. Hocke, Eschwege.
3. Waldkappel: derselbe.

D. Superintendentur Fritzlar-Melsungen.

Sup.: Hebel, Felsberg.

Klasse. — Metropolitan.

1. Borken: Endemann, Singlis.
2. Felsberg: Sup. Hebel, Felsberg.
3. Gudensberg: Altmüller, Gudensberg.
4. Melsungen: Fuldner, Melsungen.
5. Spangenberg: Schmitt, Spangenberg.

E. Superintendentur Fulda-Hünfeld-Gersfeld.

Sup.: Ruhl, Fulda.

F. Superintendentur Gelnhausen-Schlüchtern.

Sup.: Orth, Schlüchtern.

Klasse. — Metropolitan.

1. Gelnhausen: Schäfer, Gelnhausen.
2. Schlüchtern: Orth, Sup., Schlüchtern.
3. Schwarzenfels: Kienzler, Neuengronau.

G. Superintendentur Hanau.

Sup.: Fritsch, Hanau.

Klasse. — Metropolitan.

1. Stadt Hanau: (ohne Klassenverband).
2. Bergen: Reich, Hochstadt.
3. Bockenheim: Fritsch, Preungesheim.
4. Bückerthal: Wittekindt, Wachenbuchen.
5. Windecken: Baumann, Windecken.

H. Superintendentur Hersfeld-Rotenburg.

Sup.: Feyerabend, Hersfeld.

Klasse. — Metropolitan.

1. Hersfeld: Feyerabend, Sup., Hersfeld.
2. Rotenburg: Both, Rotenburg.
3. Sontra: Martin, Sontra.

J. Superintendentur Hofgeismar-Wolfhagen.

Sup.: Wissemann, Hofgeismar.

Klasse. — Metropolitan.

1. Gottsbüren: Herwig, Oedelsheim.
2. Grebenstein: Wissemann, Sup., Hofgeismar.
3. Trendelburg: Wiegand, Trendelburg.
4. Wolfhagen: Jacobi, Wolfhagen.
5. Zierenberg: Peter, Zierenberg.

K. Superintendentur Marburg-Kirchhain-Frankenberg-Vöhl.

Sup.: Happich, Marburg.

Klasse. — Metropolitan.

1. Marburg: (außer Klassenverband).
2. Frankenberg: Verweser Pfr. Ramdohr, Viernünden.
3. Fronhausen: Dettmering, Niederwalgern.
4. Kirchhain: Chelius, Ebsdorf.
5. Rauschenberg: Hamel, Rauschenberg.
6. Vöhl: Heldmann, Obernburg.
7. Wetter: (vers. Pfr. Trautwein, Gofselden).

L. Superintendentur Rinteln.

Sup.: Sefsler, Grofs-Neundorf.

Klasse. — Metropolitan.

1. Obernkirchen: Sup. Seßler.
2. Rinteln: Werner, Hess. Oldendorf.

M. Superintendentur Schmalkalden.

Sup.: Obstfelder, Schmalkalden.

Prediger-Seminar in Hofgeismar. Direktor: Pfr. Merzyn.

Klasse. — Metropolitan.

1. Schmalkalden (luth.): Obstfelder, Sup., Schmalkalden.
2. Schmalkalden (rf.): Dithmar, Schmalkalden.

N. Superintendentur Ziegenhain-Homburg.

Sup.: Heufsner, Ziegenhain.

Klasse. — Metropolitan.

1. Frankenberg (ref.): Wessel, Frankenberg.
2. Homburg: Schenkheld, Homburg.
3. Marburg: (ref. Gem.): (außer Klassenverband).
4. Neukirchen: Wille, Neukirchen.
5. Treysa: Brand, Treysa.
6. Ziegenhain: Sup. Heußner, Ziegenhain.

B. Konsistorium Wiesbaden, Einserstr. 3.

I. Mitglieder.

Präsident: Dr. Ernst.

Mitglieder:

1. D. Maurer, Gen.-Sup., Wirkl. Geh. Ober-Kons.-Rat. *)
2. D. Eibach, Dekan u. Pfarrer, Geh. Kons.-Rat, Dotzheim (im Nebenamt).
3. Jüger, Pfr., Geh. Kons.-Rat, Bierstadt (im Nebenamt).
4. Dr. Belch, Kons.-Rat, Justit.

Theolog. Prüfungs-Kommission.

1. D. Maurer, Gen.-Sup., Vorsitzender.

2. D. Eibach, Geh. Kons.-Rat.

3. Jüger, Geh. Kons.-Rat.

Als Deputierter der theolog. Fakultät Marburg:

4. Geh. Kons.-Rat Prof. D. Budde in Marburg.

Als Deputierte der Bezirks-Synode:

5. D. Knodt, Prof., Herborn.
6. Schmitt, Pfr., Höchst a. M.
7. Veesenmeyer, Pfr., Wiesbaden.

II. Bezirkssynodalvorstand.

1. Vorsitzender: Schmitt, Pfr., Höchst a. M.
2. D. Knodt, Prof., Herborn.

3. de Niem, Landgerichts-Präsid., Limburg.

Bezirks-Synodalausschuß

(der in bestimmten Fällen mit dem Konsistorium beschließt).

Die zu 1—3 Genannten und:

4. Dekan Wilhelmi, Diez.

5. Balzer, Pfr., Eckelshausen.

III. Verzeichnis der einzelnen Dekanate.

Gen.-Sup.: D. Maurer, Wiesbaden.

Dekanat. — Dekan.

1. Biedenkopf: Schellenberg, Battenberg.
2. Diez: Wilhelmi, Diez.
3. Gladenbach: Lehr, Gust., Gladenbach.
4. Herborn: Haufsen, Pfr. u. Prof., Herborn.
5. Homburg: Holzhausen, Homburg v. d. Höhe.
6. Idstein: Ernst, Idstein.
7. Kirberg: Spieß, Michelbach.
8. Kronberg: Anthes, Sulzbach.
9. Langenschwalbach: Boell, Langenschwalbach.

10. Marienberg: Heyn, Marienberg.
11. Nassau: Lehr, Emil, Dausenau.
12. Nastätten: Krämer, Dörsdorf.
13. Runkel: Obenaus, Limburg.
14. St. Goarshausen: Schmidtborn, Weisel.
15. Selters: Keller, Grenzhausen.
16. Usingen: Bohris, Usingen.
17. Wallau: Dr. Lindenbein, Delkenheim.
18. Weilburg: Deßmann, Cubach.
19. Wiesbaden (Stadt): Bickel, Wiesbaden.
20. Wiesbaden (Land): D. Eibach, Dotzheim.

Prediger-Seminar in Herborn.

1. Studien-Direktor: Prof. D. Knodt.
2. Dekan Prof. Haufsen.

*) Tritt zum 1. Okt. 1913 in den Ruhestand.

C. Königliches Konsistorium zu Frankfurt a. M., Hohenstaufenstr. 32.

Für den Konsistorial-Bezirk Frankfurt a. M., umfassend die evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden der Stadt Frankfurt a. M. mit Sachsenhausen und Bornheim, die deutsch-reformierte, sowie die französisch-reformierte Kirchengemeinde der Stadt Frankfurt a. M. und die evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden in Oberrad, Niederrad, Bonames, Niederursel und Hausen ist durch Allerh. Erlaß vom 27. Sept. 1899 und Gesetz vom 28. Sept. 1899 ein besonderes Konsistorium errichtet, an Stelle der früheren beiden luth. und reform. Stadt-Konsistorien.

Präsident: Dr. Ernst, Wiesbaden (im Nebenamte).

Mitglieder im Nebenamt.

1. Dr. Ebrard, Geh. Kons.-Rat, Prof.
2. Kayser, Geh. Kons.-Rat, Pfr.
3. Dr. Dechent, Kons.-Rat, Pfr.

4. Dr. Wex, Kons.-Rat, Oberlandesgerichtsrat.
5. Dr. Bauer, Kons.-Rat, Pfr.
6. Baltzer, Kons.-Rat, Pfr. in Oberrad.
7. v. Klencck, Reg.-Rat (im Nebenamt).

II. Königreich Bayern.

1432184 Evangelische im rechtsrhein. Bayern (linksrh. Bayern ist hierorts nicht bekannt).

Die Evangelische Kirche Bayerns zerfällt in die ev.-luth. Kirche Bayerns diesseits des Rheins, und die ev.-unierte Kirche Bayerns jenseits des Rheins (Pfalz). Beide unterstehen dem Kultus-Ministerium. Oberste Kirchenbehörde für Bayern diesseits des Rheins ist das Protestantische Oberkonsistorium zu München. Ihm unterstehen die Konsistorien zu Ansbach und Bayreuth und das Dekanat München unmittelbar. Die unierte Kirche der Pfalz untersteht dem Konsistorium in Speyer. Dieses ist dem Oberkonsistorium zu München nicht untergeordnet, sondern ressortiert direkt zum Kultus-Ministerium. Die 9 evangelisch-reformierten Gemeinden in Bayern diesseits des Rheins unterstehen dem Oberkonsistorium zu München, haben aber ein eigenes Moderamen.

Die ev.-luth. Kirche Bayerns diesseits des Rheins zählt 837 selbständige Parochien mit 959 Pfarrern, 104 Vikaren, ferner 8 Militärgeistliche und 6 Geistliche an Strafanstalten, 19 Katecheten, 29 Religions-Professoren, 1108 Kirchen, 139 Kapellen, 90 Betsäle.

I. Oberkonsistorium in München, Elisenstr. 2.

Präsident: Exz. D. Dr. v. Bezzel, Reichsrat.

Mitglieder:

1. D. Kahl, Ober-Kons.-Rat.
2. D. Schmetzer, Ober-Kons.-Rat.
3. Castner, Ober-Kons.-Rat (welth.).

4. Braun, Ober-Kons.-Rat.

Dem Oberkonsistorium ist unmittelbar untergeordnet das Dekanat München.

Veit, Dekan, München.

Prediger-Seminar in München: Leiter: Ober-Kons.-Rat Braun.

*II. Die Kreis-Konsistorien.**A. Konsistorium Ansbach, Theresienstr. 16.*

Vorstand: Dr. iur. H. v. Lindner, königl. Regierungsdirektor.

Mitglieder:

1. Gebhard, Kons.-Rat (welth.).

2. Lic. Hofstätter, Kons.-Rat, 1. Hauptpred.
3. von Ammon, Kons.-Rat, 2. Hauptpred.

Theologische Prüfungs-Kommission.

Dieselbe wird von Jahr zu Jahr neu zusammengesetzt. Es werden jährlich zwei Prüfungen in Ansbach abgehalten: eine Anstellungs- und eine Aufnahmeprüfung.

Erste (Aufnahme-)Prüfung.

1. Die geistlichen Räte des Konsistoriums Ansbach, abwechselnd als Vorsitzende.
2. Der weltliche Konsistorialrat am Konsistorium Ansbach.

3. Dr. Heumann, Gymn.-Prof., München.

4. Gürsching, Pfr., Nürnberg.

5. Erhard, Pfr., Kempten.

Zweite (Anstellungs-)Prüfung.

Ein Abgeordneter des Oberkonsistoriums, die Räte des Konsistoriums Ansbach, Dekan Ullmann in Ansbach und zur Zeit ein geistlicher Rat des Konsistoriums Bayreuth.

1. Regierungsbezirk Mittelfranken.

Dekanat. — Dekan.

- | | |
|--|---|
| 1. Ansbach: Ullmann, Dekan, Ansbach. | 15. Neustadt a. d. A.: D. Herold, Kirchenrat, Neustadt a. d. A. |
| 2. Altdorf: Braun, Altdorf. | 16. Nürnberg: Lorenzer Seite: Böckh, Kirchenrat, Nürnberg. |
| 3. Burghaslach: Müller, Burghaslach. | 17. Nürnberg, Sebalds Seite: Hermann, Nürnberg. |
| 4. Dinkelsbühl: Emmert, Dinkelsbühl. | 18. Pappenheim: Hofinger, Pappenheim. |
| 5. Dittenheim: Loesch, Dittenheim. | 19. Roth: Knappe, Roth. |
| 6. Markt Einersheim: Rieger, Possenheim. | 20. Rothenburg o. T.: Trenkle, Kirchenrat, Rothenburg. |
| 7. Erlangen: Nägelsbach, Kirchenr., Erlangen. | 21. Schwabach: Rusam, Schwabach. |
| 8. Markt Erlbach: Seifert, Erlbach. | 22. Thalmässing: Gruber, Thalmässing. |
| 9. Feuchtwangen: Schaudig, Kirchenrat, Feuchtwangen. | 23. Uffenheim: Zeuch, Uffenheim. |
| 10. Fürth: Herold, Fürth. | 24. Wassertrüdingen: Mayer, Wassertrüdingen. |
| 11. Gunzenhausen: Haufsleiter, Kirchenrat, Gunzenhausen. | 25. Weißenburg i. B.: Freu, Kirchenrat, Weißenburg i. B. |
| 12. Hersbruck: Nägelsbach, Hersbruck. | 26. Windsbach: Keil, Windsbach. |
| 13. Insingen: Haller, Insingen. | 27. Windsheim: Bauer, Windsheim. |
| 14. Leutershausen: vacat. | |

2. Regierungsbezirk Schwaben-Neuburg.

Dekanat. — Dekan.

- | | |
|--|---|
| 1. Augsburg: Detzer, Augsburg. | 4. Leipheim: Engelhardt, Leipheim. |
| 2. Ebermergen: Schmid, Kirchenrat, Ebermergen. | 5. Memmingen: Köberle, Memmingen. |
| 3. Kempten: Caselmann, Kirchenr., Aeschach. | 6. Nördlingen: Dümmler, Baldingen-Nördlingen. |
| | 7. Oettingen: Meyer, Oettingen. |

B. Konsistorium Bayreuth, Ludwigstr. 21.

Vorstand: Waldenfels, Freiherr von, Ober-Reg.-Rat bei der k. Regierung von Oberfranken.
Kons.-Vorstand.

Mitglieder:

- | | |
|---------------------------------------|---|
| 1. Beck, Kons.-Rat, 1. Hauptprediger. | 2. Ostertag, Kons.-Rat u. 2. Hauptprediger. |
| | 3. Dr. Vogtherr, Kons.-Rat (weltl.). |

1. Regierungsbezirk Oberfranken.

Dekanat. — Dekan.

- | | |
|--|---|
| 1. Bayreuth: Rupprecht, Bayreuth. | 9. Michelau: Krefz, Michelau. |
| 2. Bamberg: Prieser, Bamberg. | 10. Muggendorf: Bickel, Muggendorf. |
| 3. Berneck: Künzel, Berneck. | 11. Münchaurach: Segnitz von Schmalfelden, Münchaurach. |
| 4. Gräfenberg: Drechsel, Kirchenrat, Gräfenberg. | 12. Münchberg: Heun, Münchberg. |
| 5. Hof: Buchholz, Kirchenrat, Hof. | 13. Naila: Bauer, Naila. |
| 6. Kirchenlamitz: Lippert, Kirchenlamitz. | 14. Pegnitz: Großmann, Pegnitz. |
| 7. Kulmbach: Welzel, Kulmbach. | 15. Seibelsdorf: Hensolt, Kirchenr., Seibelsdorf. |
| 8. Ludwigstadt: Grofsmann, Ludwigstadt. | 16. Thurnau: Winter, Thurnau. |
| | 17. Wunsiedel: Summa, Kirchenr., Wunsiedel. |

2. Regierungsbezirk Unterfranken-Aschaffenburg.

Dekanat. — Dekan.

- | | |
|---|---|
| 1. Kitzingen: Müller, Kirchenrat, Kitzingen. | 5. Rüdenshausen: Pöhlmann, Abtswind. |
| 2. Kreuzwertheim: Dietlen, Kirchenrat, Kreuzwertheim. | 6. Rügheim: Diegritz, Rügheim. |
| 3. Memmelsdorf: Pöhlmann, Eyrichshof. | 7. Schweinfurt: Rittelmeyer, Kirchenrat, Schweinfurt. |
| 4. Rothausen: Sergius, Rothausen. | 8. Walzenbach: Zeitler, Kirchenrat, Burgsinn. |
| | 9. Würzburg: Pachelbel, Würzburg. |

3. Regierungsbezirk Oberpfalz-Regensburg u. Niederbayern.

Dekanat. — Dekan.

- | | |
|------------------------------------|--|
| 1. Pyrbaum: Stammler, Sulzkirchen. | 2. Regensburg: Koch, Kirchenrat, Regensburg. |
| | 3. Sulzbach: Hopfmüller, Kirchenrat, Sulzbach. |
| | 4. Weiden: Dr. Pfeiffer, Weiden. |

Die General-Synode tritt alle vier Jahre, entweder in Ansbach oder in Bayreuth zusammen.

C. Konsistorium Speyer, Brückenstr. 5.

Unierte protestantische Kirche im Regierungs-Bezirke der Pfalz, dem Kultusministerium unmittelbar untergeordnet.

I. Konsistorium Speyer.

Direktor: Ritter v. Wagner, Kgl. Geh. Rat.

Mitglieder:

1. Eßlinger, weltl. Kons.-Rat.

2. Trost, geistl. Rat, erster Hauptprediger.

3. Drescher, geistl. Rat, zweiter Hauptpred.

Theologische Prüfungs-Kommission.

Erste (Aufnahme-)Prüfung.

1. Vorsitzender: Kons.-Rat Trost.

2. Kons.-Rat Eßlinger.

3. Dekan Hinzler, Winnweiler.

4. Pfr. Dr. Risch, Walsheim.

5. Dekan Lic. Munzinger, Kusel.

Zweite (Anstellungs-)Prüfung.

1. Kons.-Rat Drescher, Vorsitzender.

2. Kons.-Rat Eßlinger.

3. Dekan u. Kirchenrat Stepp, Obermoschel.

4. Dekan u. Kirchenrat Bayer, Neustadt a. H.

5. Dekan d'Alleux, Homburg.

II. Verzeichnis der einzelnen Diözesen.

Dekanat. — Dekan.

1. Bergzabern: Gottschall, Bergzabern.

2. Dürkheim: Vogt, Kirchenr., Bad Dürkheim.

3. Frankenthal: Brandstettner, Kirchenrat, Grünstadt.

4. Germersheim: Göppel, Germersheim.

5. Homburg: d'Alleux, Homburg.

6. Kaiserslautern: Stepp, Kirchenrat, Kaiserslautern.

7. Kirchheimbolanden: Lenz, Kirchheimbolanden.

8. Kusel: Lic. Munzinger, Kusel.

9. Landau: Gümbel, Kirchenrat, Landau.

10. Lauterecken: Rauch, Lauterecken.

11. Neustadt a. H.: Bayer, Kirchenrat, Neustadt.

12. Obermoschel: Becker, Obermoschel.

13. Pirmasens: Piton, Pirmasens.

14. Speyer: Hoffmann, Kirchenrat, Speyer.

15. Winnweiler: Hinzler, Winnweiler.

16. Zweibrücken: Jung, Kirchenrat, Zweibrücken.

D. Die reformierte Synode des Königreichs Bayern.

Dieselbe ist keine geistliche Behörde, sondern nur Vertreterin der sieben reformierten Gemeinden. Jeder Geistliche, sowie der jeweilige Professor der reformierten Theologie an der Universität Erlangen, sind als solche Mitglieder der Synode, und jede Gemeinde hat ein weltliches Mitglied zu deputieren. Das Moderamen, aus zwei Geistlichen bestehend, wird jährlich neu gewählt. Dasselbe ist so zusammengesetzt:

1. Präses: D. Müller, Prof. der reformierten Theologie, Erlangen.

2. Assessor: Grob, Pfarrer der reformierten Gemeinde in Herbishofen.

Das Moderamen korrespondiert direkt mit dem protestantischen Oberkonsistorium in München.

III. Königreich Sachsen.

Die Landeskirche im Kgr. Sachsen ist evangelisch-lutherisch, sie zählt 4501510 Seelen = 93,65 % der Bevölkerung.

Die landesherrliche Kirchengewalt wird nicht vom Könige selbst ausgeübt, sondern von den vier in evangelicis beauftragten Staatsministern. Das staatliche Oberaufsichtsrecht übt der Kultusminister. Oberste Kirchenbehörde ist das Evangelisch-lutherische Landes-Konsistorium zu Dresden, Seestr. 18 II. Die Oberlausitz hat ein eigenes Konsistorium, verbunden mit der Kreishauptmannschaft zu Bautzen.

Die ev.-reformierten Gemeinden zu Leipzig und Dresden haben ein eigenes Moderamen (Konsistorium).

Die Landeskirche von Sachsen zählt 1542 geistliche Stellen (1258 selbst. Parochien), 1487 Geistliche in selbständigen Stellen, 52 Hilfsgeistliche und Vikare, 1746 gottesdienstliche Gebäude (1285 Kirchen, 253 Kapellen, Betsäle etc., 208 Friedhofskapellen).

Die in Evangelicis beauftragten Staatsminister.

1. D.Dr. Beck, Staatsminister.

2. Graf Vitzthum v. Eckstädt, Staatsminister.

3. Dr. v. Seydewitz, Staatsminister.

4. Dr. Nagel, Staatsminister.

Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts.

Vorstand: D. Dr. Beck, Staatsminister.

Ministerialräte.

- | | |
|--------------------------------------|--------------------------------|
| 1. Kretschmar, Geh. Rat u. Direktor. | 8. Thiele, Geh. Reg.-Rat. |
| 2. Dr. Kühn, Geh. Rat. | 9. Häbler, Geh. Reg.-Rat. |
| 3. Dr. Schmaltz, Geh. Reg.-Rat. | 10. Götz, Ober-Reg.-Rat. |
| 4. Dr. Seeliger, Geh. Schulrat. | 11. Sieber, Ober-Schulrat. |
| 5. Dr. Müller, Geh. Schulrat. | 12. Dr. Walther, Reg.-Amtmann. |
| 6. Dr. Lange, Geh. Schulrat. | 13. Dr. Gelbhaar, Reg.-Ass. |
| 7. Dr. Böhme, Geh. Reg.-Rat. | |

I. Konsistorien.**A. Evangelisch-lutherisches Landeskonsistorium.**

Präsident: Dr. Böhme.

Vizepräsident: D. Dr. Dibelius, Oberhofprediger, Magnifizenz.

Mitglieder:

- | | |
|---|-------------------------------------|
| 1. D. Dr. Kohlschütter, Geh. Kons.-Rat. | 2. Dr. Knaur, Geh. Kons.-Rat. |
| | 3. v. Zimmermann, Geh. Kons.-Rat. |
| | 4. Freih. v. Welck, Geh. Kons.-Rat. |

Hilfsarbeiter: Seyler, Kons.-Rat, Dr. Ilberg, Kons.-Rat.

Außerordentliche Mitglieder:

- | | |
|---|--|
| 1. D. Kühn, Pfr. em. und Geh. Kons.-Rat. | 4. Dr. Kühn, Pfarrer und Kons.-Rat. |
| 2. D. Benz, Sup. und Geh. Kons.-Rat. | 5. Kretschmar, Hofprediger u. Kons.-Rat. |
| 3. Dr. Friedrich, Hofprediger u. Kons.-Rat. | 6. Dr. Költzsch, Sup. u. Kons.-Rat. |

B. Konsistorium der Oberlausitz.

(Kreishauptmannschaft zu Bautzen.)

Kreishauptmann: v. Craushaar.

Räte und Hilfsarbeiter.

- | | |
|---------------------------------|-------------------------------|
| 1. Schecker, Geh. Reg.-Rat. | 4. Dr. Körner, Ober-Reg.-Rat. |
| 2. v. Criegern, Geh. Reg.-Rat. | 5. Dr. Hoch, Ober-Reg.-Rat. |
| 3. Rosenkranz, Ober-Kirchenrat. | 6. Dr. Simon, Reg.-Rat. |
| | 7. Dr. Grille, Reg.-Rat. |

C. Theologische Prüfungs-Kommission (bei der Universität Leipzig).

Vorsitzender: D. Dr. Dibelius, Oberhofprediger und Vizepräsident des evangelisch-lutherischen Landeskonsistoriums zu Dresden.

- | | |
|---|-------------------------------------|
| 1. Prof. D. Dr. Brieger, Geh. Kirchenrat. | 7. Prof. D. Althaus |
| 2. " " Hauck, " | 8. Prof. Dr. Frenzel. |
| 3. " " Helnrich, " | |
| 4. " " Kittel, Geh. Kirchenrat. | Außerordentliche Mitglieder. |
| 5. " " Ihmels, Geh. Kirchenrat. | 9. Prof. D. Dr. Guthe. |
| 6. Prof. D. Dr. Rendtorff, Geh. Kirchenrat. | 10. Dr. Seydel. |

II. Landessynode.

Der von der IX. ordentlichen evang.-luther. Landessynode gewählte ständige Ausschuss.

A. Ordentliche Mitglieder.

1. Sup. Hempel, Dippoldswalde.
- " Krüger, Pirna.
- Pfr. Siebenhaar, Breitenborn.
2. Präsident Wirkl. Geh. Rat D. Graf Vitzthum v. Eckstädt, Dresden, Vorsitzender.
- Rittergutsbesitzer Geh. Hofrat Opitz auf Treuen o. T.
- Bürgermeister Dr. jur. Seetzen, Wurzen.

B. Stellvertretende Mitglieder.

1. Oberpfarrer Dr. Klemm, Strehla.
- Pfr. Franstadt, Schrebitz.
- Geh. Kirchenrat Prof. D. Ihmels, Leipzig.
- Privatus Dr. Vogel, Dresden.
- Geh. Rat Lotichius, Dresden.
- Bürgermeister Carl, Marienberg.

III. Verzeichnis der einzelnen Diözesen.

- | | |
|--|---|
| 1. Annaberg: Hanitzsch. | 14. Leipzig II (Land): D. Dr. Hartung, Geh. Kirchenrat. |
| 2. Auerbach: Nitsche. | 15. Leisnig: Naumann. |
| 3. Borna: Richter. | 16. Marienberg: Dr. Märker. |
| 4. Chemnitz I (Stadt): D. Dr. Hoffmann, Geh. Kirchenrat. | 17. Meißen: Grieshammer, Ober-Kirchenrat. |
| 5. Chemnitz II (Land): Jentsch. | 18. Oelsnitz: Lic. Dr. Klette. |
| 6. Dippoldswalde: Hempel. | 19. Oschatz: Colditz. |
| 7. Dresden I (Stadt): Dr. Költzsch, Kons.-Rat. | 20. Pirna: Kröber. |
| 8. Dresden II (Land): D. Benz, Geh. Kons.-Rat. | 21. Plauen: Lieschke, Ober-Kirchenrat. |
| 9. Freiberg: Dr. Lehmann. | 22. Radeberg: D. Kaiser, Ober-Kirchenrat. |
| 10. Glauchau: Neumann. | 23. Rochlitz: Reimer. |
| 11. Grimma: Lic. Dr. Albert, Kirchenrat. | 24. Schneeberg: Thomas. |
| 12. Großenhain: Pache. | 25. Stollberg: Herrmann. |
| 13. Leipzig I (Stadt): D. Cordes. | 26. Werdau: Dr. Frotscher. |
| | 27. Zwickau: Müller. |

NB. Die vier Städte: Bautzen, Kamenz, Löbau, Zittau, sowie der Landkreis der Oberlausitz, stehen nicht unter Superintendenten, sondern direkt unter der Kreishauptmannschaft zu Bautzen als Konsistorialbehörde.

Prediger-Kollegium in Leipzig. Direktor: Prof. D. Rendtorff.

Professoren: D. Hauck, D. Heinrici, D. Ihmels, D. Kittel, D. Althaus, Lektor Dr. phil. Seydel.

IV. Die Konsistorien der evang.-reformierten Gemeinden in Dresden und Leipzig.

1. Gamper, Prediger und Vorsitzender des Konsistoriums in Dresden.
2. D. Dr. Mehlhorn, Prediger und Vorsitzender des Konsistoriums in Leipzig.

IV. Königreich Württemberg.

Die Landeskirche ist evangelisch-lutherisch, sie zählt 1668517 Seelen = 68,45 % der Bevölkerung. Sie ist in 4 Sprengel eingeteilt (Generalate), deren jedem ein General-Superintendent vorsteht. Kirchenbehörde ist das Evangelische Konsistorium zu Stuttgart, Königstr. 44. Aufsichtsbehörde ist das Königl. Ministerium des Kirchen- und Schulwesens zu Stuttgart.

Die Württembergische ev. Landeskirche zählt 1165 etatsmäßige geistliche Stellen in 983 Pfarchien, darunter 1066 für ständige, 99 für unständige Geistliche, 1547 gottesdienstliche Gebäude (1196 Kirchen, 353 Kapellen, Betsäle etc.).

Das durch den Hinzutritt der Generalsuperintendenten zum „Synodus“ erweiterte Konsistorium berät und beschließt über allgemeine Fragen, namentlich bei gesetzgeberischen Vorarbeiten, und nimmt die Berichte der Generalsuperintendenten über die Visitation der einzelnen Diözesen entgegen. Seit der Einführung der Landessynode steht der Oberkirchenbehörde ein Synodal-Ausschuss zur Seite, der namentlich in finanziellen und gesetzgeberischen Fragen gehört wird.

I. Evangelisches Konsistorium zu Stuttgart.

Präsident: v. Zeller.

a) Ordentliche Mitglieder:

1. v. Römer, Direktor.
2. D. Dr. v. Merz, Prälat u. Ober-Kons.-Rat.
3. D. v. Kolb, Oberhofprediger und Prälat.
4. Finckh, Ober-Kons.-Rat.
5. Dr. Müller, Ober-Kons.-Rat.
6. Dr. Schaufler, Ober-Kons.-Ass.

b) Aufserordentliche Mitglieder:

7. Prälat D. v. Hermann, Gen.-Sup. von Reutlingen.
8. Prälat v. Stahlecker, Gen.-Sup. von Ludwigsburg.

Evangelischer Synodus.

Vorstand: v. Zeller.

Mitglieder (nach der Stimmordnung):

1. v. Römer, Direktor.
2. D. Dr. v. Merz, Prälat u. Ober-Kons.-Rat.
3. D. v. Kolb, Oberhofprediger u. Prälat.
4. D. v. Hermann, Prälat und Gen.-Sup. von Reutlingen.
5. Finckh, Ober-Kons.-Rat.

6. v. Planck, Prälat u. Gen.-Sup., Ulm.
7. Dr. Müller, Ober-Kons.-Rat.
8. v. Stahlecker, Prälat und Gen.-Sup. von Ludwigsburg.
9. v. Keeser, Prälat und General-Sup. von Heilbronn.
10. Dr. Schaufler, Ober-Kons.Rat.

Theologische Prüfungs-Kommissionen.

A. Für die 1. theologische Dienstprüfung.

1. Die evang.-theolog. Fakultät der Landesuniversität Tübingen.
2. Der Kommissär des Evangelischen Konsistoriums: D.Dr. v. Merz, Prälat u. Ober-Kons.-Rat.

B. Für die 2. theologische Dienstprüfung:

Die geistl. Mitglieder d. Ev. Kons., nämlich:

1. D.Dr. v. Merz, Ober-Kons.-Rat, Prälat.
2. D. v. Kolb, Oberhofprediger und Prälat.
3. D. v. Hermann, Prälat, Gen.-Sup.
4. Finckh, Ober-Kons.-Rat.
5. Stiftsprediger Prälat v. Bömer.
6. v. Stahlecker, Prälat u. Gen.-Sup.

II. Ständiger Ausschuss der Landessynode.

1. Präsident der Landessynode Dr. v. Haffner, Direktor des K. Stat. Landesamts Stuttgart.
2. D. v. Häring, Universitäts-Professor, Tübingen.
3. Gen.-Sup. v. Stahlecker, Ludwigsburg.
4. v. Nestle, Landgerichtspräsident, Hall.
5. Dr. Egelhaaf, Oberstudienrat, Rektor des Karls Gymnasiums, Stuttgart.

III. Verzeichnis der einzelnen Generalate und Dekanate.

A. Generalat Ludwigsburg.

v. Stahlecker, Prälat, Gen.-Sup.

Dekanat. — Dekan.

1. Böblingen: Pregizer.
2. Cannstatt: Oehler.
3. Ludwigsburg: Dr. Bacmeister, Oberkirchenrat.
4. Stuttgart (Stadt): vacat.
5. Stuttgart (Amt): Gros, Amtsdekan.

B. Generalat Heilbronn.

v. Keeser, Prälat, Gen.-Sup.

Dekanat. — Dekan.

1. Backnang: Dr. Köstlin.
2. Besigheim: Aidler.
3. Blaufelden: Laible.
4. Brackenheim: Lic. theol. Metzger.
5. Crailsheim: Lic. th. Hummel.
6. Gaildorf: Schrenk.
7. Hall: Lang.
8. Heilbronn: Dr. Dopffel.
9. Knittlingen: Miller.
10. Künzelsau: Böckheler.
11. Langenburg: Lic. Schönhuth.
12. Marbach: Vollmer.
13. Neuenstadt: Breining.
14. Oehringen: Maisch, Stiftsprediger.
15. Schorndorf: Gmelin.
16. Vaihingen: Ströle.
17. Waiblingen: Herzog.
18. Weikersheim: Dr. Blind.
19. Weinsberg: D. Baur.

C. Generalat Reutlingen.

D. v. Hermann, Gen.-Sup.

Dekanat. — Dekan.

1. Calw: Roos.
2. Eßlingen: Fischer.
3. Freudenstadt: Lic. th. Zeller.
4. Herrenberg: Dr. Schmid.
5. Leonberg: Gros.
6. Nagold: Pfeiderer.
7. Neuenbürg: Uhl.
8. Reutlingen: vacat.
9. Tübingen: Faber.

D. Generalat Ulm.

v. Planck, Prälat, Gen.-Sup.

Dekanat. — Dekan.

1. Aalen: Rohrer.
2. Balingen: Meißner.
3. Biberach: Werner.
4. Blaubeuren: Pfahler.
5. Geislingen: Aichelin.
6. Göppingen: Kalchreuter.
7. Heidenheim: Eytel.
8. Kirchheim: Pezold.
9. Münsingen: Häcker.
10. Nürtingen: Hönes.
11. Ravensburg: vacat.
12. Sulz: Meidele.
13. Tuttlingen: Haller.
14. Ulm: Knapp, Oberkirchenrat.
15. Urach: Ziegler.
16. Welzheim: Leitz.

Die evangelisch-theologischen Seminarien.

I. Das höhere evangelisch-theologische Seminar in Tübingen.

Ephorus: Prof. D. Traub.

II. Die vier niederen evangelisch-theologischen Seminarien in:

- | | |
|---|---|
| 1. Maulbronn: Ephorus: vacat.
Dr. Mettler, 1. Prof.;
Dr. Wilh. Häcker, 2. Prof. | 3. Urach: Dr. Eitle, Ephorus;
Hirzel, 1. Prof.;
Beckh, 2. Prof. |
| 2. Blaubeuren: Dr. Planck, Ephorus;
Dr. Heege, 1. Prof.;
Gaub, 2. Prof. | 4. Schönlhal: Frasch, Ephorus;
Dr. Blecke, 1. Prof.;
Dr. Ziemssen, 2. Prof. |

V. Großherzogtum Baden.

Die badische Landeskirche ist uniert, sie zählt 821228 Seelen = 38,32% der Bevölkerung. Oberste Kirchenbehörde ist der **Evangelische Oberkirchenrat in Karlsruhe**, Blumenstr. 1.

Die Landeskirche hat 500 geistliche Stellen (431 Pfarreien, 69 Stellen für unständige Geistliche), 402 Pfarrer im selbständigen Pfarramt, 116 unständige Geistliche 542 gottesdienstliche Gebäude (514 Kirchen, 28 Kapellen, Betsäle usw.).

I. Evangelischer Oberkirchenrat in Karlsruhe.

Präsident: Wirkl. Geh. Rat **D. Helbing**, Exzellenz.

Stellvertretender Vorsitzender: **Bujard**, Geh. Rat.

Räte:

- | | |
|--|--------------------------------------|
| 1. Schmitthenner , Prälat. | 4. Buch , Oberkirchenrat. |
| 2. Sehenck , Geh. Oberkirchenrat. | 5. Mayer , Oberkirchenrat. |
| 3. Ganz , Geh. Oberkirchenrat. | 6. Sprenger , Oberkirchenrat. |

II. Mitglieder des Generalsynodal-Ausschusses.

- | | |
|---|---|
| 1. Kappler , Pfarrer, Pforzheim. | 3. Weingärtner , Geh. Rat, Min.-Dir., Karlsruhe. |
| 2. Saenger , Ökonomierat, Bürgern., Diersheim. | 4. vacat. |

III. Mitglieder der theologischen Prüfungs-Kommission.

- | | |
|---|--------------------------------------|
| 1. Exzellenz D. Helbing , Präsident, Vorsitzender. | 3. Schmitthenner , Prälat. |
| 2. Bujard , Geh. Rat. | 4. Mayer , Oberkirchenrat. |
| | 5. Sprenger , Oberkirchenrat. |

IV. Verzeichnis der einzelnen Dekanate.

(Die Dekane werden von der Diöcesansynode gewählt und vom Evangelischen Oberkirchenrate bestätigt.)

Dekanat. — Dekan.

- | | |
|---|---|
| 1. Adelsheim : Wilckens, Pfr., Bödighelm. | 14. Ladenburg-Weinheim : Daeublin, Pfr. Weinheim. |
| 2. Baden : Ludwig, Pfr., Baden. | 15. Lahr : Schmitthenner, Pfr., Hugsweier. |
| 3. Boxberg : Mössinger, Pfr., Eubigheim. | 16. Lörrach : Holdermann, Pfr., Rötteln. |
| 4. Bretten : Herrmann, Pfr., Gölshausen. | 17. Mannheim : Simon, Pfr., Mannheim. |
| 5. Durlach : Meyer, Pfr., Durlach. | 18. Mosbach : Vischer, Pfr., Neckarelz. |
| 6. Emmendingen : Raupp, Pfr., Mündingen. | 19. Müllheim : Graebener, Pfarrer, Müllheim. |
| 7. Eppingen : Dr. Hartmann, Pfarrer, Schluchtern. | 20. Neckarbischofsheim : Schober, Pfr., Helmstadt. |
| 8. Freiburg : Leutwein, Pfr., Gundelfingen. | 21. Neckargemünd : Maier, Pfr., Neckargemünd. |
| 9. Heidelberg : Schneider, Pfr., Heidelberg-Neuenheim. | 22. Oberheidelberg : Henning, Pfr., Rellingen. |
| 10. Hornberg : Barner, Pfr., Villingen. | 23. Pforzheim-Stadt : van der Floe, Pfr., Pforzheim. |
| 11. Karlsruhe-Stadt : Ebert, Pfr., Karlsruhe-Mühlburg. | 24. Pforzheim-Land : Haag, Pfr., Weiler. |
| 12. Karlsruhe-Land : Roth, Pfarrer, Friedrichstal. | 25. Rheinbischofsheim : Haufs, Pfr., Kehl. |
| 13. Konstanz : Rihm, Pfr., Singen. | 26. Schopfheim : Specht, Pfr., Zell i. W. |
| | 27. Sinsheim : Horn, Pfr., Waldangeloch. |
| | 28. Wertheim : Camerer, Pfr., Wertheim. |

Prakt.-theologisches Seminar in Heidelberg.

Direktor: Prof. D. Bauer. Prof. D. Niebergall, Pfr. Prof. Lic. Dr. Frommel, Prof. Rohrhurst, Prof. D.Dr. Wolfrum.

VI. Großherzogtum Hessen.

Die Landeskirche ist evangelisch-uniert; sie zählt 848004 Seelen = 66,1% der Bevölkerung. Oberste Kirchenbehörde ist das **Großherzogliche Oberkonsistorium zu Darmstadt**, Waldstr. 40. Die Landeskirche hat 492 geistliche Stellen (491 selbständige Parochien), 475 Pfarrer im selbständigen Pfarramt.

I. Evangelisches Oberkonsistorium zu Darmstadt.

Präsident: **D. Nebel**.

Mitglieder:

- | | |
|---|--|
| 1. D.Dr. Flöring , Ober-Kons.-Rat, Prälat. | 3. Merck , Geh. Ober-Kons.-Rat. |
| 2. D. Petersen , Geh. Ober-Kons.-Rat. | 4. Euler , Ober-Kons.-Rat. |
| | 5. Dr. Bernbeck , Ober-Kons.-Rat. |

Sekretariat: **Sonne**, Grofsh. Rat.

Theologische Prüfungs-Kommission.

Die Fakultäts-Prüfung wird vor den ordentlichen Professoren der Theologie auf der Landes-Universität Gießen abgelegt. Die Schlufs-Prüfung teils in Friedberg teils in Darmstadt vor folgender Kommission:

- | | |
|---|---|
| 1. D. Nebel, Ober-Kons.-Präsident. | 5. D. Eger, Geh. Kirchenrat, Dir. des Pred.-Sem., Friedberg. |
| 2. D.Dr. Flöring, Ober-Kons.-Rat, Prälat. | 6. D.Dr. Schoell, Prof. a. Pred.-Sem., Friedberg. |
| 3. D. Petersen, Geh. Ober-Kons.-Rat. | 7. Dr. Schäfer, Direktor des Schullehrer-Seminars, Friedberg. |
| 4. Euler, Ober-Kons.-Rat. | |

II. Vorstand der Landessynode.

Präsident: D. Stamm, Geh. Schulr., Gießen.	Erster Sekr.: Wahl, Geh. Justizrat, Schlitz.
Stellvertreter: vacat.	Zweiter Sekr.: Dingeldey, Pfarrer, Darmstadt.

III. Verzeichnis der einzelnen Superintendenturen.

A. Superintendentur Starkenburg.
Sup.: D.Dr. Flöring, Prälat, Darmstadt.

Dekanat. — Dekan.

1. Darmstadt: Schneider, Weiterstadt.
2. Eberstadt: Schäfer, Blebesheim.
3. Erbach: Bernbeck, Michelstadt.
4. Grofs-Gerau: Bayer, Raunheim.
5. Grofs-Umstadt: Knodt, Grofs-Zimmern.
6. Offenbach: Schuster, Dudenhofen.
7. Reinheim: Keil, Spachbrücken.
8. Zwingenberg: Zaubitz, Bensheim.

B. Superintendentur Oberhessen.

Sup.: D. Petersen, Geh. Ober-Kons.-Rat, Darmstadt.

Dekanat. — Dekan.

1. Gießen: Gufsmann, Kirchberg.
2. Alsfeld: Sauerwein, Alsfeld.

3. Büdingen: Schäfer, Büdingen.
4. Friedberg: Wahl, Beienheim.
5. Grünberg: Bösch, Freienseen.
6. Hungen: Hainer, Kirchenrat, Hungen.
7. Lauterbach: vacat.
8. Nidda: Stellv.: Brill, Ober-Viddersheim.
9. Rodheim v. d. Höhe: Orth, Nieder-Wöllstadt.
10. Schotten: Münch, Schotten.

C. Superintendentur Rheinhessen.

Sup.: Euler, Ober-Kons.-Rat, Darmstadt.

Dekanat. — Dekan.

1. Mainz: Lic. Jacob, Mainz.
2. Alzey: Rheinfurth, Neu-Odernheim.
3. Oppenheim: Weiß, Selzen.
4. Wöllstein: Jaudt, Planig.
5. Worms: Benemann, Kirchenrat, Worms.

Prediger-Seminar in Friedberg.

1. D. Eger, Geh. Kirchenrat und Direktor.
2. D.Dr. Schoell, Professor.

VII. Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin.

Die Landeskirche ist evangelisch-lutherisch, sie zählt 609914 Seelen = 97,58 % der Bevölkerung. Oberste Kirchenbehörde ist der **Oberkirchenrat in Schwerin**. Die Landeskirche hat 364 geistliche Stellen (348 selbständige Parochien, 16 Vikariate), 348 Pfarrer im selbständigen Pfarramt, 15 Vikare, 524 gottesdienstliche Räume (472 Kirchen, 49 Kapellen 3 Betsäle).

I. Oberkirchenrat in Schwerin.

Präsident: D. Giese, Exz.

Mitglieder: 1. D. Haack, Geh. Oberkirchenrat, Schwerin.

2. Dr. Behm, Oberkirchenrat, Schwerin.

3. Bürgermeister a. D. Reg.-Rat Dr. jur. Wilh. Brückner, Hilfsarbeiter.

II. a) Das obere Kirchengericht (Rechtsmittel-Instanz).

Dieses besteht seit Einführung der neuen Gerichtsordnung und ist für beide Mecklenburg gemeinsam. Es hat seinen Sitz in Rostock. Die Mitglieder desselben sind:

1. Vors.: Eberhard, Oberlandesgerichts-Rat, Rostock.
2. Sohm, Landger.-Direktor, Rostock.
3. *Ahlers, Propst zu Domhof, Ratzeburg.
4. Sup. Leo, Malchin.
5. D.Dr. Walther, Prof., Rostock.
6. Klock, Oberlandesgerichts-Rat, Rostock.
7. Floorke, Oberlandesgerichts-Rat, Rostock.

Stellvertretende Mitglieder.

1. *Fölsch, Landgerichts-Dir., Neustrelitz.
2. *Plenz, Präpositus, Friedland.
3. Sup. Rische, Wismar.
4. Schmidt, Oberlandesgerichtsrat, Rostock.

Die mit * bezeichneten Mitglieder sind von Sr. K. H. dem Großherzoge von Mecklenburg-Strelitz ernannt.

II. b) Konsistorium in Rostock.

Direktor: Wirkl. Geh. Legationsrat Dr. von Buchka.

Räte:

1. Landgerichtsrat Geh. Justizrat Sibeth,
Rostock.

2. D. Lindemann, Sup., Güstrow.
3. Substitut: Sup. Kliefoth, Doberan.

Theologische Prüfungs-Kommission.

A. Pro licentia concionandi.

1. D. Lindemann, Superintendent, Güstrow.
2. Past. Wilbrandt, Parkentin.
3. Prof. Dr. theol. Walther, Rostock.

B. Pro ministerio.

1. Dr. Behm, Oberkirchenrat, Schwerin.
2. Pastor D. Schmidt, Kons.-Rat, Goldberg.
3. Präp. Kirchenrat D. Pentzlin, Hagenow.
4. Prof. D. Hashagen, Rostock.
5. Präpositus Heussl, Schwerin.

III. Verzeichnis der einzelnen Superintendenturen.

1. Superintendentur Doberan.

Kliefoth, Sup., Doberan.

Präpositur. — Präpositus.

1. Bukow: Willers, Alt-Gaarz.
2. Bützow: Dehn, Bützow.
3. Doberan: Gundlach, Warnemünde.
4. Marlow: Wulff, Blankenhagen.
5. Ribnitz: zur Nedden, Ribnitz.
6. Schwaan: Niemann, Biestow.

2. Superintendentur Güstrow.

D. Lindemann, Sup., Kons.-Rat, Güstrow.

Präpositur. — Präpositus.

1. Gnoien: Martens, Basse.
2. Goldberg: Dr. Schmidt, Goldberg.
3. Güstrow: Pamperrien, Güstrow.
4. Lüssow: Albrecht, Kirchenrat, Recknitz.
5. Malchow: Schnell, Kl. Malchow.
6. Plau: Karsten, Plau.
7. Teterow: Hübener, Belitz.

3. Superintendentur Malchin.

Leo, Sup., Malchin.

Präpositur. — Präpositus.

1. Malchin: Albrecht, Gielow.
2. Neu-Kalen: Keil, Alt-Kalen.
3. Penzlin: Mau, Ankershagen.
4. Röbel: Binde, Kieve.
5. Stavenhagen: Dahlmann, Varkentin.
6. Waren: Lange, Kirchenrat, Sietow.

4. Superintendentur Parchim.

Behm, Sup., Parchim.

Präpositur. — Präpositus.

1. Boizenburg: Barmwoldt, Boizenburg.
2. Crivitz: Friese, Crivitz.
3. Grabow: Jahn, Grabow.
4. Lübz: Bernhardt, Lübz.
5. Ludwigslust: Jung, Kirchenrat, Lübbtheen.
6. Neustadt: Bauch, Herzfeld.
7. Parchim: Thede, Marnitz.

5. Superintendentur Schwerin.

Dr. Behm, Oberkirchenrat, Sup., Schwerin.

Präpositur. — Präpositus.

1. Hagenow: D. Pentzlin, Hagenow.
2. Schwerin: Heussl, Schwerin.
3. Wittenburg: Bartholdi, Zarrentin.

6. Superintendentur Wismar.

Rische. Sup., Wismar.

1. Wismar: Schöning, Wismar.
2. Gadebusch: Büttner, Gadebusch.
3. Grevesmühlen: Piper, Hohenkirchen.
4. Klütz: Sellin, Dassow.
5. Lübow: Dreyer, Dreveskirchen.
6. Mecklenburg: Sarnighausen, Retzendorf.
7. Sternberg: Greve, Brühl.

7. Superintendentur Rostock.

bestehend aus den Stadtgemeinden in Rostock.
Siegert, Sup., Rostock.

Die Hofgemeinde in Schwerin und die Militärgemeinden in Schwerin und den übrigen Garnisonorten (Rostock, Wismar, Güstrow, Parchim und Ludwigslust) stehen direkt unter dem Oberkirchenrat.

Prediger-Seminar in Schwerin.

Direktor: Geh. Oberkirchenrat D. Haack. Doz.: Oberkirchenrat Dr. Behm. Präpositus Heussl, Pastoren Studemund, Romberg und Mau.

VIII. Großherzogtum Sachsen.

Die Landeskirche ist evangelisch, sie zählt 393 774 Seelen = 94,40% der Bevölkerung. Oberste Kirchenbehörde für rein kirchliche und geistliche Angelegenheiten ist der Großherzogliche Kirchenrat in Weimar (Rotes Schloß, Markt). Die Landeskirche hat 314 geistliche Stellen (303 selbständige Parochien, bezw. Seelsorgebezirke, 11 Diakonate und Kollaboraturen), 254 Pfarrer im selbständigen Pfarramt, 12 Vikare und Kollaboratoren, 549 gottesdienstliche Räume (505 Kirchen, 44 Kapellen, Betsäle etc.).

I. Großherzoglich Sächsischer Kirchenrat in Weimar.

Vorsitzender: Dr. Rothe, Staatsminister und Wirkl. Geheimrat, Exzellenz.

Ordentliche Mitglieder.

1. D. Wuttig, Geh. Kirchenrat, Allstedt.
2. D. Spinner, Geh. Kirchenrat, Weimar.
3. D. Kieser, Geh. Kirchenrat, Eisenach.
4. Krippendorf, Geh. Kirchenrat, Vieselbach.
5. Guyet, Reg.-Rat, Weimar.

Theolog. Prüfungs-Kommission.

1. D. Wuttig, Geh. Kirchenrat, Allstedt.
2. D. Spinner, Geh. Kirchenrat, Weimar.
3. D. Kieser, Geh. Kirchenrat, Eisenach.
4. Krippendorf, Geh. Kirchenrat, Vieselbach.
5. D. Wendt, Prof., Geh. Kirchenrat, Jena.
6. D. Staerk, Prof., Jena.

II. Die Landessynode.

Präsident: Geh. Kirchenrat D. Wendt, Jena.

1. Vizepräs.: Schulrat Stier, Weimar.
2. Vizepräs.: Justizrat Fischer, Allstedt.

Synodalausschuß.

Geistliche:

1. Sup. Dr. Behr, Buttstädt.
2. Sup. Bach, Neumark.

Weltliche:

1. Schulrat Stier, Weimar.
2. Prof. D. Thümmel, Jena.

III. Verzeichnis der einzelnen Diözesen.

Diözese. — Superintendent.

1. Allstedt: D. Wuttig, Geh. Kirchenrat.
2. Apolda: Bürkner.
3. Anna: v. Lüpke.
4. Blankenhain: Geussenhainer.
5. Buttstädt: Dr. Behr.
6. Creuzburg: Genzel.
7. Dermbach: Westhoff.
8. Dornburg: Dr. Kohlschmidt.
9. Eisenach: D. Kieser, Geh. Kirchenrat.
10. Gerstungen: Lic. Stölten.
11. Großrudestedt: Pfaff.

12. Jena: D. Braasch.
13. Ilmenau: Winter.
14. Kaltenordheim: Niese.
15. Mellingen: Rassow.
16. Neumark: Bach.
17. Neustadt a. O.: Pühn.
18. Ostheim: Förtsch.
19. Vacha: Fischer.
20. Vieselbach: Krippendorf, Geh. Kirchenrat.
21. Weida: vacat.
22. Weimar: D. Spinner, Geh. Kirchenrat.

IX. Großherzogtum Mecklenburg-Strelitz.

Die Landeskirche ist evangelisch-lutherisch, sie zählt 101513 Seelen = 95,37% der Bevölkerung. Kirchenbehörde ist das Großherzogliche Konsistorium zu Neustrelitz. Die Landeskirche hat 70 geistliche Stellen (70 selbständige Pfarochien), 70 Pfarrer, 168 gottesdienstliche Gebäude (153 Kirchen, 15 Kapellen, Betsäle und andere Räume).

I. Konsistorium in Neustrelitz.

1. Dr. jur. Piper, Landgerichts-Präsident, Vorsitzender.
2. Präfeke, Stadtpfarrer, Ober-Kons.-Rat, Neustrelitz.
3. Horn, Lic. theol., Landessuperintendent, Kons.-Rat, Hofprediger.

Theolog. Prüfungs-Kommission.

1. Dr. jur. Piper, Landger.-Präs., Vors.
2. Präfeke, Ober-Kons.-Rat.
3. Lic. Horn, Landessup., Kons.-Rat, Hofpred.
4. Schulrat Dr. Bahleke.
5. Propst Ahlers, Ratzeburg.

II. Verzeichnis der einzelnen Synoden.

Synode. — Präpositus.

1. Friedland: Plenz, Friedland.
2. Neubrandenburg: Kootz, Weitin.
3. Neustrelitz: Präfeke, O.-Kons.-Rat, Neustr.

4. Ratzeburg: Ahlers, Propst, Ratzeburg.
5. Stargard: Krüger, Stargard.
6. Wesenberg-Mirow: Woisin, Wesenberg.
7. Woldegk: Hörich, Gühren.

X. Großherzogtum Oldenburg.

Die Landeskirche ist evangelisch-lutherisch, sie zählt 291114 Seelen = 74,40 % der Bevölkerung. Kirchenbehörde für das Herzogtum Oldenburg ist der **Oberkirchenrat in Oldenburg**. Das Fürstentum Birkenfeld hat ein eigenes Konsistorium, für das Fürstentum Lübeck ist die großherzogl. Regierung zu Eutin obere Kirchenbehörde.

A. Das Herzogtum Oldenburg

hat 101 geistliche Stellen, 7 dieser Stellen bleiben bis auf weiteres unbesetzt, sie werden durch benachbarte Pfarrer mitverwaltet. 101 Pfarrer und 2 Assistenz und zur Zeit 6 prov. Hilfsprediger. 89 Pfarrgemeinden, 4 Kapellengemeinden. 90 Kirchen, 2 Filial-Kapellen.

I. Oberkirchenrat zu Oldenburg.

Vorstand: v. Finckh, Geh. Ober-Reg.-Rat und Präsident des Oberkirchenrats.

Mitglieder: 1. D. Hansen, Geh. Oberkirchenrat und Oberhofprediger.

2. Tenge, Oberlandesgerichtsrat.

3. Iben, Oberkirchenrat und Hofprediger.

4. Haake, Oberkirchenrat.

Theologische Prüfungs-Kommission.

1. D. Hansen, Geh. Oberkirchenrat.

2. Püschelberger, Geh. Kirchenrat, Zwischenahn.

3. Iben, Oberkirchenrat und Hofprediger.

II. Verzeichnis der einzelnen Kreisgemeinden.

Kreisgemeinde. — Vorsitzender*).

1. Delmenhorst: Pfarrer Dannemann, Stühr.

2. Elsfleth: Pfr. Bultmann, Hammelwarden.

3. Jever: Pfr. Gramberg, Jever.

4. Oldenburg: Geh. Kirchenrat Püschelberger, Zwischenahn.

5. Stad- und Butjadingerland: Kirchenrat Lohse, Stollhamm.

6. Varel: Pfr. Barelmann, Westerstede.

7. Wildeshausen: Pfr. Rogge, Cloppenburg.

B. Das Fürstentum Lübeck

hat 14 geistliche Stellen (12 selbständige Parochien), 14 Pfarrer, 15 gottesdienstliche Gebäude (12 Kirchen, 3 Kapellen).

I. Regierung (als obere Kirchenbehörde).

Vorsitzender: Dr. Meyer, Reg.-Präsident.

Mitglieder:

1. Rahtgens, Kirchenrat u. Sup., Eutin.

2. Buchholtz, Regierungsrat.

3. Scheer, Regierungsrat.

II. Geistlichkeit.

Rahtgens, Kirchenrat und Superintendent, Eutin.

C. Das Fürstentum Birkenfeld

hat 17 geistliche Stellen, 17 Parochien und 17 Pfarrer im selbständigen Pfarramt, 29 gottesdienstliche Gebäude (25 Kirchen, 1 Kapelle).

I. Konsistorium.

Vorsitzender: Willieh, Exzellenz, Staatsminister a. D., Reg.-Präsident.

Mitglieder: 1. Pralle, Regierungsrat.

2. Lueg, Geh. Kirchenrat.

3. Carstens, Regierungs-Assessor.

II. Geistlichkeit.

Lueg, Geh. Kirchenrat und Superintendent, Birkenfeld.

*) Superintenden ten hat das Herzogtum Oldenburg nicht; die Vorsitzenden der Kreissynoden werden jährlich gewählt von den Kreissynoden.

XI. Herzogtum Braunschweig.

Die Landeskirche ist evangelisch-lutherisch und zählt 460464 Seelen = 93,15 % der Bevölkerung. Kirchenbehörde ist das **Konsistorium in Wolfenbüttel**, Dienstgebäude Schloßplatz 2. Die Landeskirche zählt 245 Parochien, 363 Pfarrer im selbständigen Pfarramt und 7 Hilfsprediger, 441 gottesdienstliche Gebäude (339 Kirchen, 102 Kapellen, Betställe etc.).

I. Konsistorium in Wolfenbüttel.

Vorsitzender: Sievers, Kons.-Präsident.

Mitglieder:

1. **Lieff,** Ober-Kons.-Rat.
2. *vacat.*
3. **Pfeifer,** Geh. Baurat, techn. Mitglied.
4. **Moldenhauer,** Geh. Kons.-Rat, Abt, Gen.-Sup.
5. **Dettmer,** Geh. Kons.-Rat, Gen.-Sup.
6. **Winter,** Dr. jur., Geh. Kons.-Rat.

Seminar-Direktor **Wicke** beauftragt mit der einstweiligen Wahrnehmung der Geschäfte eines stimmführenden Mitgliedes Herzoglichen Konsistoriums unter Zuweisung der Bearbeitung der Gemeindeschul-Angelegenheiten.

Theologische Prüfungs-Kommission.

- | | |
|--|--|
| <ol style="list-style-type: none"> 1. Moldenhauer, Geh. Kons.-Rat, Abt, Gen.-Sup., Vorsitzender. 2. Dettmer, Geh. Kons.-Rat, Gen.-Sup. | <ol style="list-style-type: none"> 3. Drude, Past., Sup., Atzum. 4. Schmidt, Pastor, Braunschweig. |
|--|--|

II. Verzeichnis der einzelnen Diözesen.

A. Stadtinspektion Braunschweig.

Stadt-sup.: **Degering,** Tit. Gen.-Sup.

B. Stadtinspektion Wolfenbüttel.

Beste, Stadt-sup., Propst.

C. General-Inspektion Wolfenbüttel.

Moldenhauer, Geh. Kons.-Rat, Abt.

Inspektion. — Superintendent.

1. **Barum:** *vacat.*
2. **Börssum:** Lic. Scholz, Gr. Biewende.
3. **Lichtenberg:** Fritz, Westerlinde.
4. **Salzdahlum:** Ramke, Rauthelm.
5. **Schöppenstedt:** D. Beste, Schöppenstedt.
6. **Thiede-Engelnstedt:** Hausdörffer, Engelnstedt.

D. General-Inspektion Braunschweig.

Die Verwaltung der Generalsuperintendentur ist bis auf weiteres dem Geh. Kons.-Rat, General-Sup. **Dettmer** in Wolfenbüttel übertragen.

Inspektion. — Superintendent.

1. **Campe:** Gronau, Lehre.
2. **Timmerlah-Wendeburg:** Radkau, Timmerlah.

E. General-Inspektion Helmstedt.

Dettmer, Geh. Kons.-Rat, Wolfenbüttel.

Inspektion. — Superintendent.

1. **Helmstedt:** Länger, Helmstedt.
2. **Jerxheim:** Erdmann, Jerxheim.

3. **Königslutter:** Schütze, Königslutter.

4. **Schöningen:** Winker, Schöningen.

5. **Vorsfelde-Calvörde:** Meyer, Vorsfelde.

F. General-Inspektion Gandersheim.

Wollemann, Gen.-Sup., Gandersheim.

Inspektion. — Superintendent.

1. **Gandersheim-Greene:** Wollemann, Gandersheim.
2. **Langelsheim:** Witzig, Bad Harzburg.
3. **Seesen-Gittelde:** *vacat.*

G. General-Inspektion Holzminden.

Wollemann, Gen.-Sup., Gandersheim.

Inspektion. — Superintendent.

1. **Holzminden:** Knopf, Holzminden.
2. **Halle:** Kirchenrat Schulz, Halle a. W.
4. **Stadtdoldendorf:** Göbel, Stadtdoldendorf.

H. General-Inspektion Blankenburg a. H.

Die Geschäfte des Generalsuperintendenten der Generaldiözese Blankenburg sind bis auf weiteres dem Geh. Kons.-Rat, Gen.-Sup., Abt **Moldenhauer** in Wolfenbüttel übertragen.

Inspektion. — Superintendent.

1. **Blankenburg:** Schlüter, Blankenburg.
2. **Hasselfelde:** bis auf weiteres prov. Pastor Dr. Niemann, Stiege.
3. **Walkenried:** Bormann, Walkenried.

Parochie Lunsen-Thedinghausen.

Pastor prim. Winker, Lunsen.

Prediger-Seminar in Wolfenbüttel.

Direktoren: die Geh. Kons.-Räte: **Moldenhauer** u. **Dettmer**. Dozent: Past. Sup. **Drude** in Atzum.

XII. Herzogtum Sachsen Meiningen.

Die Landeskirche ist evangelisch, sie zählt 271433 Seelen = 97,37% der Bevölkerung. Kirchenbehörde ist der **Oberkirchenrat in Meiningen**, Dienstgebäude: Rundbau des Herzogl. Residenzschlosses, Schloßplatz. Die Landeskirche hat 170 geistliche Stellen (126 selbständige Parochien), 140 Pfarrer im selbständigen Pfarramt, 7 Vikare, 256 gottesdienstliche Gebäude (240 Kirchen, 16 Kapellen, Betsäle etc.).

I. Oberkirchenrat in Meiningen.

Dr. Trinks, Geh. Staatsrat, Vorstand des Herzogl. Staatsministeriums, Abteilung für Kirchen- und Schulsachen.

1. Dr. jur. Höfling, Geh. Regierungsrat.
2. Dr. Schmidt, Geh. Reg.- u. Ober-Schulrat.
3. Rahlwes, Ober-Hofprediger.
4. Köhler, Kirchenrat.

- Theolog. Prüfungskommission.
1. Rahlwes, Hofprediger.
 2. Köhler, Kirchenrat.
 3. Dr. Schmidt, Geh. Reg.- u. Ober-Schulrat.
 4. Angelroth, Kirchenrat.
 5. D.Dr. Weinel, Prof. (Jena).

II. Landessynode.

1. Schüler, Oberbürgermeister, Meiningen, Vorsitzender.
2. Rolle, Sup. u. Kirchenrat a. D., Gräfenthal, Stellvertreter.

- Ständiger Synodalausschufs.
1. Schüler, Oberbürgermeister.
 2. Michael, Pfarrer.
 3. Dr. Luge, Staatsanwalt.

III. Verzeichnis der einzelnen Diözesen.

Diözese. — Superintendent.

1. Camburg: Dr. Kost.
2. Eisfeld: Kalbe.
3. Gräfenthal: Gerlach, Kirchenrat.
4. Heldburg: Köhler, Kirchenrat.
5. Hildburghausen: Lic. theol. Dr. jur. und phil. Armin Human, Kirchenrat.
6. Kranichfeld: Keyssner.

7. Meiningen: Angelroth, Kirchenrat.
8. Pösneck: Köhler, Oberpf.
9. Rümhild: Luther.
10. Saalfeld: Freund, Kirchenrat.
11. Salzungen: Bernh. Schmidt, Kirchenrat.
12. Sonneberg: Rommel, Kirchenrat.
13. Themar: Seidel.
14. Wasungen: vacant.

XIII. Herzogtum Sachsen-Altenburg.

Die Landeskirche ist evangelisch-lutherisch und zählt 200511 Seelen = 97,10% der Bevölkerung. Kirchenbehörde ist das Herzogliche Ministerium, Abteilung für Kultusangelegenheiten in Altenburg, Dienstgebäude: Lindenastr. 9. Die Landeskirche hat 135 geistliche Stellen (107 selbständige Parochien, 28 Vikariate), 111 Pfarrer im selbständigen Pfarramt, 24 Vikare, 238 gottesdienstliche Gebäude (219 Kirchen, 19 Kapellen, Betsäle etc.).

I. Obere Kirchenbehörde.

Herzogl. Ministerium, Abteilung für Kultusangelegenheiten in Altenburg. Vorstand: Wirklicher Geh. Rat und Staatsminister D. v. Borries, Exzellenz.

A. Weltliche Räte.

1. Geler, Geh. Ober-Reg.-Rat.
2. Dr. Kluge, Reg.-Rat.

B. Geistliche Räte.

1. D. Lohoff, Gen.-Sup. u. Geh. Kons.-Rat.
2. Laurentius, Sup. u. Geh. Kons.-Rat.
3. Reichardt, Hofpred. und Kons.-Rat.

Theolog. Prüfungs-Kommission.

1. D. Lohoff, Gen.-Sup. u. Geh. Kons.-Rat.
2. Laurentius, Sup. u. Geh. Kons.-Rat.
3. Reichardt, Hofpred. und Kons.-Rat.
4. D. Wendt, Geh. Kirchenrat, Prof. d. Theol. in Jena (für die I. theol. Prüfung).

II. Verzeichnis der einzelnen Ephorien.

Ephorie. — Superintendent.

1. Altenburg (Stadt): D. Lohoff, Gen.-Sup.
2. Altenburg (Land) I: Laurentius, Kons.-R.
3. Altenburg (Land) II: D. Eckardt, Kirchenrat, Kriebitzsch.

4. Schmölln: Fritzsche, Kirchenrat.
5. Ronneburg: Dr. Berger, Kirchenrat.
6. Eisenberg: Bretschneider, Kirchenrat.
7. Roda: D. Löbe, Kirchenrat.
8. Kahla: Pfeifer, Kirchenrat.

XIV. Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha.

Die Landeskirche ist evangelisch-lutherisch und zählt 250516 Seelen = 97,41 % der Bevölkerung. Beide Landesteile, Coburg und Gotha, haben völlig getrennte Kirchenregierung. In beiden ist das Herzogliche Staatsministerium in Coburg, bezw. Gotha, oberste Kirchenbehörde.

A. Das Herzogtum Sachsen-Gotha

hat 117 geistliche Stellen (115 selbständige Parochien, 2 Vikariate), 98 Pfarrer im selbständigen Pfarramt, 3 Vikare, 157 gottesdienstliche Gebäude (153 Kirchen, 4 Kapellen).

I. Kirchenbehörde.

Herzogliches Staatsministerium, Abteilung für Kirchen- und Schulangelegenheiten.

Vorsitzender: **von Richter**, Wirkl. Geh. Rat und Staatsminister, Exzellenz.

Departementschef: **Wilharm**, Staatsrat.

Mitglieder:

1. **Schmidt**, Geh. Regierungsrat.

2. **Bachof**, Geh. Regierungs- und Oberschulrat, Prof.

3. **H. Müller**, Sup., Kirchenrat (komm.).

Theologische Prüfungs-Kommission.

(Für das Examen pro candidatura und pro ministerio.)

1. **Steiner**, Kirchenrat, Gotha.

2. **Müller**, D. theol., Oberpfarrer, Gotha.

3. **D. Staerk**, Prof. d. Theol., Jena.

4. **Müller**, Kirchenrat, Waltershausen (komm.).

II. Verzeichnis der einzelnen Ephorien.

Ephorie. — Superintendent.

1. Gotha (Stadt): **H. Müller**, Kirchenrat.

2. Gotha (Land): **Lerp**, Üleben.

3. Ichttershausen: **Stichling**, Ingersleben.

4. Liebenstein: **Dr. Gildemeister**, Mehliß.

5. Ohrdruf: **Kröhn**, Kirchenrat.

6. Tenneberg: **R. Müller**, Kirchenrat, Waltershausen.

7. Tonna: **Bregler**, Tonna.

8. Wangenheim: **Bätz**.

B. Das Herzogtum Sachsen-Coburg

hat 46 geistliche Stellen (39 selbständige Parochien, 2 Vikariate), 39 Pfarrer im selbständigen Pfarramt, 58 gottesdienstliche Gebäude (55 Kirchen, 3 Kapellen, Betsäle etc.).

I. Kirchenbehörde.

Herzogliches Staatsministerium.

Vorsitzender: **von Bassewitz**, Staatsrat.

Mitglieder:

1. **Dr. Beck**, Ober-Schulrat.

2. **Halter**, Sup., Kirchenrat, Referent für geistliche Angelegenheiten.

3. **Sembach**, Forstrat, Referent für Forst-sachen.

4. **Dr. Claus**, Geh. Regierungs-Rat.

5. **v. Strenge**, Regierungs-Rat.

6. **Dr. Waldvogel**, Med.-Rat, Referent für Medizinalangelegenheiten.

Theolog. Prüfungs-Kommission.
Vorsitz: z. Zeit unbesetzt.

Mitglieder:

1. **D. Thümmel**, Professor, Jena.

2. **Kükenthal**, Ober-Pfarrer, Coburg.

3. **Kefslor**, Hofprediger, Kons.-Rat, Coburg.

II. Verzeichnis der einzelnen Ephorien.

Ephorie. — Superintendent.

1. Coburg (Stadt): **Höfer**, Kirchenrat.

2. Coburg (Land): **Halter**, Sup., Kirchenrat.

3. Rodach: **Derks**, Kirchenrat in Elsa.

4. Neustadt: **Johnsen**, Oberpf., Sup., Neustadt.

5. Sonnefeld: **Reißenweber**, Sup., Sonnefeld.

6. Königsberg: **Epler**, Sup., Königsberg.

XV. Herzogtum Anhalt.

Die Landeskirche ist uniert, sie zählt 315262 Seelen = 95,21% der Bevölkerung. Kirchenbehörde ist das **Herzogliche Konsistorium in Dessau**. Die Landeskirche zählt 174 geistliche Stellen (140 Parochien, 25 Diakonate etc., 4 Hilfsprediger- u. 5 Kreis-Pfarrvikarstellen), 211 Kirchen.

I. Herzogliches Konsistorium in Dessau.

Vorsitzender: **D. Schubart**, Gen.-Sup., Hofprediger.

Mitglieder: 1. **Klinghammer**, Gehelmer Reg.- und Kons.-Rat (Just.).

2. **Hoffmann**, Kons.-Rat, Hofprediger, Sup. u. Pastor an St. Marien, Dessau.

3. **Friesleben**, Kons.-Rat, Pfr. an Petrus, Dessau.

4. **Lic. Pfennigsdorf**, Kons.-Rat, Pfr. an Jacobus, Dessau.

5. **Teichmüller**, Reg.- und Baurat (bautechn. Mitglied).

Theologische Prüfungs-Kommission.

A. Für das tentamen pro cand.

1. **D. Schubart**, Gen.-Sup. u. Hofpred.

2. **Finger**, Past., Dessau.

3. **Heinzelmann**, Pastor, Bernburg.

4. **Fritsche**, Pfr., Mosigkau.

5. **Kluge**, Geh. Schulrat, Gymnasial-Direktor, Cöthen.

(4 u. 5 als Synodalabgeordnete.)

Außerdem werden als Mitglieder dieser Kommission zwei Professoren der theologischen Fakultät der Universität Halle a. S. zugezogen.

B. Für das Examen pro ministerio.

1. Vors. **D. Schubart**, Gen.-Sup., Hofpred.

2. **Klinghammer**, Geh. Reg.- u. Kons.-Rat, Dessau.

3. **Hoffmann**, Kons.-Rat, Hofpr. u. Sup., Dessau.

4. **Friesleben**, Kons.-Rat, Pfr., Dessau.

5. **Lic. Pfennigsdorf**, Kons.-Rat, Pfarrer, Dessau.

6. **Dr. Arndt**, Schulrat, Dessau.

7. **Lehmann**, Sup., Bernburg.

8. **Fritsche**, Pfr., Mosigkau.

9. **Kluge**, Geh. Schulrat, Gymnasial-Direktor, Cöthen.

(8 u. 9 als Synodaldeputierte.)

II. Verzeichnis der einzelnen Diözesen.

Diözese. — Superintendent.

1. Dessau: **Hoffmann**, Kons.-Rat u. Hofpred., Pastor an St. Marien, Dessau.

2. Zerbst: **D. Schubart**, Gen.-Sup., Hofpred., Pastor an St. Barthol., Zerbst. (Dieser Bezirk umfasst auch den früher getrennt bestandenen Propsteibezirk Coswig.)

3. Cöthen: **Jaenicke**, Oberpfarrer an der St. Jakobskirche, Cöthen.

4. Bernburg: **Lehmann**, Oberprediger an St. Ägidien, Bernburg.

5. Ballenstedt: **Windschild**, Pastor d. Schlosskirchengemeinde, Ballenstedt.

XVI. Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen.

Die Landeskirche ist evangelisch-lutherisch, sie zählt 87836 Seelen = 97,68% der Bevölkerung. Kirchenbehörde ist 1. das **Fürstliche Ministerium, Abteilung für Kirchen- und Schulsachen**, und 2. ihm beigeordnet für die rein geistlichen und kirchlichen Angelegenheiten der **Fürstliche Kirchenrat in Sondershausen**. Die Landeskirche zählt 66 geistliche Stellen in 62 Pfarrorten, 98 gottesdienstliche Gebäude (96 Kirchen, 2 Kapellen).

I. Fürstliches Ministerium, Abteilung für Kirchen und Schulsachen.

Vorstand: **Exz. Freiherr von der Becke**, Wirkl. Geh. Rat.

Vortragende Räte: Geh. Reg.-Rat **Dr. Reischauer**, Ober-Kons.-Rat u. Hofpred., Brehme.

II. Fürstlicher Kirchenrat in Sondershausen.

Vorsitzender: **Freiherr von der Becke**, Staatsminister und Wirkl. Geh. Rat, Exzellenz.

Mitglieder:

1. **Brehme**, Ober-Kons.-Rat, Hofprediger, Sondershausen.

2. **Apfelstedt**, Konsistorial-Rat, Sup., Ebeleben.

3. **D. Petri**, Kons.-Rat und Sup., Arnstadt.

4. **Köhn**, Kons.-Rat, Sup., Sondershausen.

Theologische Prüfungs-Kommission.

Vorsitzender: Der Vorsitzende des Fürstlichen Kirchenrates.

Mitglieder:

1. Brehme, Oberkons.-Rat, Sondershausen.

2. Apfelstedt, Kons.-Rat, Ebeleben.

3. D. Petri, Kons.-Rat, Arnstadt.

4. Kühn, Kons.-Rat, Sondershausen.

III. Verzeichnis der einzelnen Diözesen.

Diözese. — Superintendent.

1. Sondershausen: Kühn, Kons.-Rat, Sondershausen.

2. Arnstadt: D. Petri, Kons.-Rat, Arnstadt.

3. Gehren: Weise, Sup., Gehren.

4. Ebeleben: Apfelstedt, Kons.-Rat, Ebeleben.

XVII. Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt.

Die Landeskirche ist evangelisch-lutherisch, sie zählt 99 210 Seelen — 98,52% der Bevölkerung. Kirchenbehörde ist I. das Fürstliche Ministerium, Abteilung für Kirchen- und Schulsachen. II. Für die rein geistlichen und kirchlichen Angelegenheiten ist der Fürstliche Kirchenrat dem Ministerium beigeordnet. Die Landeskirche zerfällt in 5 Ephorien (Kircheninspektionen); hat 66 geistliche Stellen, 60 Pfarrer im selbständigen Pfarramt, 3 Vikare (7 Pfarrstellen unbesetzt), 128 gottesdienstliche Gebäude (119 Kirchen, 4 Betsäle, 15 in Staats- und Kommunal-Anstalten).

I. Fürstliches Ministerium, Abteilung für Kirchen- und Schulsachen.

A. Vorstand: Frhr. von der Recke, Staatsminister u. Wirkl. Geh. Rat, Exzellenz.

B. Vortragende Räte: 1. Dr. Braune, General-Superintendent.

2. Rausch, Geh. Kirchen- und Schulrat.

3. Bock, Regierungsrat.

II. Fürstlicher Kirchenrat.

1. Frhr. v. d. Recke, Staatsminister, Vorsitz.

2. Dr. Braune, Gen.-Sup., stellvertretender Vorsitzender.

3. Hesse, Geh. Kirchenrat u. Superintendent, Frankenhausen.

4. Danfel, Kirchenrat u. Sup., Stadtilm.

5. Rausch, Geh. Kirchen- und Schulrat.

6. Gebhardt, Kirchenrat u. Sup., Königsee.

7. Rübesamen, Kirchenrat.

Theolog. Prüfungskommission.

1. Dr. Braune, Gen.-Sup., Vorsitzender.

2. Rausch, Geh. Kirchen- und Schulrat.

3. Lic. theol. Dr. Lundgreen, Professor.

4. Rübesamen, Kirchenrat.

III. Verzeichnis der einzelnen Diözesen.

Diözese. — Superintendent.

1. Rudolstadt: Dr. Braune, Gen.-Sup., Rudolstadt.

2. Stadtilm: Daniel, Kirchenrat und Sup., Stadtilm.

3. Leutenberg: Heerwagen, Sup., Leutenberg.

4. Königsee: Gebhardt, Kirchenrat, Sup., Königsee.

5. Frankenhausen: Hesse, Geh. Kirchenrat, Sup., Frankenhausen.

IV. Verzeichnis der Fürstl. Kirchen- und Schulinspektionen.

1. Rudolstadt: Dr. Braune, Gen.-Sup. und v. Baumbach, Landrat.

2. Stadtilm: Daniel, Kirchenrat und Sup., und v. Baumbach, Landrat.

3. Leutenberg: v. Baumbach, Landrat und Heerwagen, Sup.

4. Königsee: Gebhardt, Kirchenrat u. Sup. u. Dr. Sattler, Landrat.

5. Frankenhausen: Sup. Hesse, Geh. Kirchenrat und Dr. jur. Thiemer, Landrat.

Anmerkung: Den Vorsitz in der Fürstl. Kirchen- und Schulinspektion führt das an Dienstjahren älteste Mitglied.

XVIII. Fürstentum Waldeck-Pyrmont.

Die Landeskirche ist uniert, sie zählt 57817 Seelen = 95,29 % der Bevölkerung. Kirchenbehörde ist das **Konsistorium in Arolsen**. Die Landeskirche der beiden Fürstentümer Waldeck und Pyrmont zählt 52 geistliche Stellen (50 selbständige Parochien) und zur Zeit 45 Pfarrer im selbständigen Pfarramt, gottesdienstliche Gebäude: 108 (95 Kirchen, 8 Kapellen, 5 Betsäle; Status von 1900).

1. Das Konsistorium in Arolsen.

A. Engeres Konsistorium.

1. **Dihl**, Konsistorial-Präsident.
2. **Weifs**, Kons.-Rat, Korbach.
3. **von Haller**, Hofpred. u. Kons.-Rat, Arolsen.

B. Weiteres Konsistorium.

- Die Nebestehenden und
4. **Dr. Waldeck**, Amtsgerichtsrat, Geh. Justizrat, Korbach.
 5. **Pfr. Koch**, Vasbeck.

Theologische Prüfungs-Kommission.

Die Examina werden von den Mitgliedern des Konsistoriums und einem Mitgliede des Synodal-Ausschusses angestellt, dazu tritt als Mitglied der Prüfungs-Kommission: Geh. Kons.-Rat **Prof. D. Vietor Schultze**, Greifswald.

2. Die Landessynode

zählt 16 Mitglieder, 2 vom Landesherren ernannte, 14 von den Kreissynoden gewählte. Synodal-Ausschuß ist: Schloßprediger **Knoll**, Helsen, Hofjägermeister, Kammerpräsident **v. Estorff**, Arolsen, Landesdirektor, Präsident **v. Glasenapp**, Arolsen.

3. Diözesen.

Diözesen-Sup.

1. Kreis der Eder: Kirchenrat **Esau**, Berghelm.

2. Kreis Eisenberg: **Pfr. Paul**, Corbach.
3. Kreis der Twiste: Kirchenr. **Busold**, Arolsen.
4. Kreis Pyrmont: **Pfr. Kleinschmit**, Pyrmont.

XIX. Fürstentum Reufs, älterer Linie.

Die Landeskirche ist evangelisch-lutherisch, sie zählt 70437 Seelen = 96,8 % der Bevölkerung. Kirchenbehörde ist das Fürstliche Reuß-Plauische **Konsistorium zu Greiz**. Die Landeskirche hat 28 geistliche Stellen (22 selbständige Parochien, 5 Diakonate, 1 Hülfsgeistlicher), 29 Pfarrer im selbständigen Pfarramt, 34 gottesdienstliche Gebäude (30 Kirchen, 4 Kapellen, Betsäle etc.).

Konsistorium in Greiz.

Präsident: **v. Meding**, Wirkl. Geh. Rat und Kammerherr, Exz.

Mitglieder:

- a) weltliche: 1. **Dr. Hanitsch**, Geh. Rat.
2. **Cammann**, Geh. Reg.-Rat.
- b) geistliche: 1. **Jahn**, Kons.-Rat, Sup. u. Stadtpfarrer.
2. **Schulze**, Kirchenrat, Kons.-Ass., Landeschulinspektor und Pfarrer in Hermannsgrün.
3. **Eberhard**, Seminardirektor (für Schulsachen).

Theologische Prüfungs-Kommission.

Die sub b) 1 u. 2 genannten Mitglieder des Konsistoriums u. **Pfr. Gotth. Resch** in Tschirma unter Vorsitz des sub 1 Genannten.

Das Fürstentum umfaßt eine Ephorie. Ephorus: Sup. **Jahn**, Greiz.

XX. Fürstentum Reufs, jüngerer Linie.

Die Landeskirche ist evangelisch-lutherisch, sie zählt 147272 Seelen = 96,41 % der Bevölkerung. Kirchenbehörde ist das Fürstliche Ministerium in Gera, Abteilung für Kirchen- und Schulsachen. Die Landeskirche zählt 59 geistliche Stellen (52 selbständige Parochien, 7 Diakonate). Sie hat 100 gottesdienstliche Räume (96 Kirchen und 4 im Gebrauch von Staats- und Kommunalanstalten befindliche Räume).

I. Fürstliches Ministerium in Gera, Abt. für Kirchen- und Schulsachen.

Vorstand: Geh. Staatsrat **Graesel**, Gera.

Mitglieder: 1. Sup. und Hofprediger Kirchenrat **Auerbach**, Gera-Untermhaus.

2. **Gymnas.-Direktor Hofrat Dr. Plachn**, Gera.

II. Theologische Prüfungs-Kommission.

1. Graesel, Geh. Staaterat, Gera, Vorsitzender. 2. Auerbach, Kirchenrat, Sup. u. Hofpred., Untermaus b. Gera. 3. Lotze, Kirchenrat, Sup. u. Hofpred., Ebersdorf. 4. Schleich, Kirchenrat, Sup. u. Hofprediger in Schleiz.

III. Diözesen.

1. Gera: a) Kirchenkommission für den unterländischen Verwaltungsbezirk mit Ausnahme der Kirchengemeinde Gera: Landrat Frommhold, Gera und Sup. Auerbach, Kirchenrat, Untermaus.
b) Kirchenkommission für die Kirchengemeinde Gera: Oberbürgermeister Dr. Huhn, Geh. Reg.-Rat, Gera u. Sup. Auerbach, Kirchenrat, Untermaus.
2. Schleiz: Sup. Schleich, Kirchenrat, Schleiz und Landrat Plessing, Schleiz.
3. Ebersdorf: Sup. Lotze, Kirchenrat, Ebersdorf und Landrat Plessing, Schleiz.

XXI. Fürstentum Lippe.

Die Landeskirche ist evangelisch-reformiert, doch gehören ihr auch 5 lutherische Gemeinden an (2 in Lemgo, je 1 in Detmold, Bergkirchen und Salzuflen), die eine besondere „Klasse“ (Diözese) für sich bilden; sie zählt 143978 Seelen — 87,9 % der Bevölkerung. Kirchenbehörde ist das Fürstliche Konsistorium zu Detmold. Die Landeskirche zählt in 48 selbständigen Parochien 63 geistliche Stellen (60 Pfarrstellen u. 3 Hilfspredigerstellen). Sie hat 55 gottesdienstliche Gebäude (48 Kirchen u. 7 Kapellen).

Die Landessynode besteht aus 22 Mitgliedern: 3 vom Landesherrn ernannten, den 5 Superintendents und 14 von den Klassenversammlungen (Kreis-Synoden) Gewählten (4 geistliche, 10 weltliche).

I. Fürstliches Konsistorium zu Detmold.

Vorsitzender: Pustkuchen, Wirkl. Geh. Ober-Reg.-Rat.

Mitglieder:

1. Wefsel, Gen.-Sup.
2. Deppe, Kons.- und Schulrat.
3. Scheumann, Pastor (einstw., für die luth. Gemeinden).
4. Dr. Ebert, Ger.-Ass. (Just. ohne Stimme).

Theolog. Prüfungs-Kommission.

1. Wefsel, Gen.-Sup.
2. Deppe, Kons.- und Schulrat.
3. Sturhahn, Pastor, Heiden.
4. Corvey, Sup., Hohenhausen.

II. Vorstand der Landessynode.

1. Corvey, Sup., Hohenhausen.
2. Sturhahn, Pastor, Heiden.

3. Schloßhauptmann von Lengerke, Steinbeck.

III. Verzeichnis der einzelnen Klassen.

Klasse. — Superintendent.

1. Detmold: Lamberg, Heiligenkirchen.
2. Schötmar: Sauerländer, Schötmar.

3. Brake: Doht, Reelkirchen.
4. Varenholz: Corvey, Hohenhausen.
5. Lutherische Klasse: Peters, Salzuflen.

XXII. Fürstentum Schaumburg-Lippe.

Die Landeskirche ist evangelisch-lutherisch und zählt 44376 Seelen = 98 % der Bevölkerung. Kirchenbehörde ist das Fürstliche Konsistorium zu Bückeburg. Die Landeskirche hat 21 geistliche Stellen in 19 Parochien, 23 gottesdienstliche Gebäude (19 Kirchen und 4 Kapellen).

Die Landessynode zählt 23 Mitglieder; zu ihr gehören: der Landes-Superintendent, 2 vom Landesherrn ernannte Synodalen, 13 (6 geistliche und 7 weltliche) von den Kirchenvorständen aus sich gewählte und 7 weltliche von den evangelisch-lutherischen Einwohnern des Landes in geheimer direkter Wahl gewählte Synodalen.

I. Fürstliches Konsistorium.

Präsident: Geh. Minist.-Rat Bömers.

Mitglieder: 1. Geistliches Mitglied: Kons.-Rat Törnau.

2. Weltliches Mitglied: Landrat von Hinüber.

II. Landessuperintendentur: Törnau, Landessup. u. Kons.-Rat.

III. Superintendenturen.

a) Inspektion Bückeburg-Arensburg: Sup. **Kampermann**, Seggebruch.b) Inspektion Stadhagen-Hagenburg: Sup. **Sprenger**, Lindhorst.

IV. Theologische Prüfungs-Kommission.

Die Prüfungskommission für die theologischen Prüfungen besteht aus 3 Mitgliedern, welche vom Summus episcopus ernannt werden. Der Landessuperintendent soll in der Regel Mitglied der Prüfungskommission sein. Für die erste Prüfung wird auf Vorschlag des Konsistoriums ein ordentlicher Professor der Theologie an einer deutschen Staatsuniversität als Kommissionsmitglied berufen.

XXIII. Freie und Hansestadt Lübeck.

Die Landeskirche ist evangelisch-lutherisch und zählt 109 246 Seelen = 93,87 % der Bevölkerung. Sie hat 24 geistliche Stellen (ebensoviel Parochien und Pfarrer), 19 gottesdienstliche Gebäude (14 Kirchen, 5 Kapellen).

Der Senat übt das staatliche Oberaufsichtsrecht und ist Inhaber des Kirchenregiments in der evangelisch-lutherischen Kirche. Das Kirchenregiment wird von dem Senate oder in seinem Auftrage von dem Kirchenrat wahrgenommen.

Der Kirchenrat besteht aus zwei der evangelisch-lutherischen Kirche angehörigen Mitgliedern des Senates, aus dem Senior des geistlichen Ministeriums, sowie aus einem geistlichen und drei nichtgeistlichen Mitgliedern.

Die Synode der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden besteht aus 47 Mitgliedern.

Das Ministerium besteht aus sämtlichen im Amte befindlichen Geistlichen des Lübeckischen Staates. Den Vorsitz im Ministerium führt der Senior.

I. Kirchenrat.

1. Bürgermeister Dr. Eschenburg, Vors.
2. Senator Dr. Lienau.
3. Senior Hauptpastor **Lindenberg**.
4. P. N. **Hinckeldeyn**.
5. Landgerichtsdirektor Dr. Meyer.
6. Prof. **Hoyer**.
7. Hauptpastor **Holm**.

II. Synode.

1. Oberamtsrichter Dr. **Leverkühn**, Vorsitzender.
2. Hauptpastor **Evers**, stellvertr. Vorsitzender.
3. Pastor **Lütge**, Schriftführer.

III. Ministerium.

Senior Hauptpastor **Lindenberg**.

XXIV. Freie Hansestadt Bremen.

Eine bremische Landeskirche im verfassungsmäßigen Sinne ist nur insofern vorhanden, als die einzelnen Gemeinden, die ihre kirchlichen Angelegenheiten selbständig ordnen, unter dem Senat stehen. Dieser führt die Oberaufsicht über das Kirchenwesen, teils unmittelbar, teils durch eine besondere Senats-Kommission für kirchliche Angelegenheiten.

Die bremischen Gemeinden sind teils lutherisch (Dom zu St. Petri, Bremerhaven, Bremen-Seehausen), teils reformiert (U. L. Frauen, Gröpelingen, Martini, Michaelis, Stephani, Walle und die meisten Kirchen des Landgebiets), teils uniert (Ansgarii, Friedenskirche, Hastedt, Jakobi, Pauli, Remberti, Woltmershausen, Bremen-Horn, sowie Bremerhaven und Vegesack).

Die Landeskirche von Bremen hat 246 555 Seelen = 91,98 % der Bevölkerung. 49 geistliche Stellen (26 Parochien, 8 Vikariate), 41 Pfarrer im selbständigen Pfarramt, 7 Vikare, 29 Kirchen, 45 Kapellen und Betsäle.

Kirchenbehörde: Senatskommission für die kirchlichen Angelegenheiten.

Mitglieder: 1. Bürgermeister **Stadtländer**.

2. Senator Dr. **Oelrichs**, Vorsitzender.

3. Senator Dr. **Spitta**.

Kanzlei: Domshof 20 (Lindenhof).

Theologische Prüfungskommission.

Eine ständige Prüfungskommission existiert nicht. Reformierte Kandidaten werden vom Ministerium der stadtbremischen Pfarrkirchen, lutherische von dem Kollegium der Domprediger examiniert.

XXV. Freie und Hansestadt Hamburg.

Die hamburgische Landeskirche ist evangelisch-lutherisch, sie zählt 922 205 Seelen == 90,89 % der Bevölkerung. Oberste Kirchenbehörde ist der Kirchenrat (Zusammensetzung siehe umstehend), das staatliche Aufsichtsrecht übt der Senat.

Die hamburgische Landeskirche hat 104 geistliche Stellen (32 Parochien), 61 gottesdienstliche Gebäude (44 Kirchen, 17 Kapellen, Predigtstätten usw.).

I. Oberste Kirchenbehörden.

1. Das Patronat.

Die evangelisch-lutherischen Mitglieder des Senats.

2. Der Kirchenrat.

1. Bürgermeister Dr. C. A. Schröder, Präses.
2. Senator H. Brandt.
3. Senior D. E. B. Grimm, Hauptpastor zu St. Nicolai.
4. D. F. G. Th. Rode, Hauptpastor zu St. Petri.
5. D. Th. P. A. O. v. Broecker, Hauptpastor zu St. Jacobi.
6. Dr. A. H. Krüfs, Gemeindeältester.
7. Edm. J. A. Siemers, Gemeindeältester.
8. Dr. Ed. W. Brackenhoeft, Gemeindeältester.
9. H. A. J. Griem, Kirchenvorsteher.

Der Kirchenrat bildet die Aufsichts- und Verwaltungsbehörde der gesamten evangelisch-lutherischen Kirche im hamburgischen Staate.

Bureau: Hamburg 11, Bohnenstr. 10.

3. Die Synode.

Sie bildet die oberste Vertretung der gesamten evangelisch-lutherischen Kirche im Hamburgischen Staate und besteht

1. aus dem Konvent des ersten Kirchenkreises,
2. aus dem Konvent des zweiten Kirchenkreises,
3. aus 9 Abgeordneten des Konvents des dritten Kirchenkreises, und zwar 3 Pastoren und 6 nicht geistlichen Mitgliedern,
4. aus 3 Abgeordneten des Konvents des vierten Kirchenkreises, und zwar einem Pastor und zwei nicht geistlichen Mitgliedern.

Die Synode umfaßt zur Zeit 2 Senatoren, 27 geistliche und 60 weltliche Mitglieder.

Der Konvent des 1. Kirchenkreises ist zusammengesetzt: aus den beiden Präsidialmitgliedern des Kirchenrats (2 Senatoren), den 5 Hauptpastoren und je 5 Abgeordneten eines jeden Kirchenvorstandes (1 geistl. und 4 weltl.).

Der Konvent des 2. Kirchenkreises ist zusammengesetzt: aus den beiden Präsidialmitgliedern des Kirchenrats, dem Senior und je 3 Abgeordneten eines jeden Kirchenvorstandes (1 geistl. und 2 weltl.).

Jeder der beiden Land-Konvente (3. u. 4. Kirchenkreis) ist zusammengesetzt aus 2 vom Patronat zu ernennenden Präsidialmitgliedern, dem Senior, den Pastoren der einzelnen Gemeinden (bei mehreren der amtsälteste) und je 2 von jedem Kirchenvorstand zu wählenden nichtgeistlichen Mitgliedern.

II. Theologische Prüfungs-Kommission.

- | | |
|--|---|
| 1. Senior D. Grimm, Hauptpast. zu St. Nikolai. | 4. D. Stage, Hauptpastor zu St. Katharinen. |
| 2. D. Rode, Hauptpast. zu St. Petri. | 5. D. Hunzinger, Hauptpast. zu St. Michaelis. |
| 3. D. v. Broecker, Hauptpast. zu St. Jacobi. | |

XXVI. Elsaß-Lothringen.

Nach der letzten Volkszählung gibt es in den Reichslanden 408 274 Evangelische == 21,79 % der Bevölkerung. Eine einheitliche Landeskirche besteht nicht, sondern eine lutherische (Kirche Augsburgischer Konfession) und reformierte Landeskirche, jede mit völlig getrenntem Kirchenregiment, stehen nebeneinander.

Die Kirche A. K. in den Reichslanden hat 207 Pfarreien, 5 selbständige Vikariate, 237 Pfarrer, 5 selbständige Vikare.

Die reformierte Kirche in den Reichslanden hat 41 Pfarreien, 51 Pfarrstellen, 10 Hilfsgeistlichenstellen, 4 Vikariate.

A. Kirche Augsburgischer Konfession.

Vorbemerkung: Die höchste Behörde der Kirche A. B. ist das „Direktorium“. Dasselbe ist zusammengesetzt aus 5 Mitgliedern, unter welchen sich nur ein Geistlicher befindet. Es ernennt die Pfarrer, kontrolliert das Kirchenvermögen und bildet überhaupt die eigentliche Exekutivbehörde. Der Präsident und das von der Regierung ernannte Mitglied des Direktoriums, die 7 geistlichen Inspektoren, 1 Abgeordneter der theologischen Fakultät der Universität Straßburg, 1 Vertreter des Kapitels des St. Thomasstifts und 2 gewählte Laienmitglieder aus jeder der 7 Inspektionen bilden das „Oberkonsistorium“, eine Art Synode, welche alljährlich in Straßburg tagt. Die Kirche A. K. ist geteilt in 7 Inspektionen, an deren Spitze 1 geistlicher Inspektor steht. Jede Inspektion besteht aus 5—7 „Konsistorien“, jedes Konsistorium aus einer Anzahl von (4—10) Gemeinden. Mitglieder der Konsistorien sind alle Pfarrer und eine gewisse Anzahl Laien, die teils direkt gewählt, teils aus den Kirchenvorständen abgeordnet und alle 3 Jahre zur Hälfte erneuert werden. Die Konsistorien sind jedoch nicht den Superintendenturen der übrigen deutschen Länder gleichzustellen, da sie im wesentlichen nur die Budgets und Kirchenrechnungen festzustellen haben.

I. Direktorium.

- | | |
|---|-----------------------------------|
| 1. Dr. Curtius, Präsident. Dienstgebäude:
Thomasstaden 1A. | 3. Krencker, geistl. Inspektor. |
| 2. Goetz, Geh. Ober-Reg.-Rat. | 4. Roth, Universitätsprof. a. D. |
| | 5. Dr. Höffel, Geh. Medizinalrat. |

II. Oberkonsistorium.

Präsident: Dr. Curtius, Straßburg.
Mitglieder: Goetz, Geh. Ober-Regierungsrat, Straßburg.
 D. Spitta, Prof., Straßburg, Vertreter der Universität.
 D. Gerold, Pfr., Straßburg, Vertreter des Kapitels des St. Thomasstifts.

- | | |
|--|--|
| Inspektion Neue Kirche. | Dr. Hoeffel, Geh. Medizinalrat, Buchsweller. |
| Hoepffner, geistl. Inspektor, Straßburg. | Strelen, Rentmeister, Zabern. |
| Roth, Universitätsprofessor a. D., Straßburg. | Inspektion Lützelstein. |
| Wolf, Landtagsabgeordneter, Straßburg. | Krencker, geistl. Inspektor, Keskastel. |
| Inspektion St. Thomä. | Dr. Back, Wirkl. Geh.-Rat, Straßburg. |
| Knittel, geistl. Inspektor, Straßburg. | Inspektion Weissenburg. |
| D. Nowack, Universitätsprof., Straßburg. | Wagner, geistl. Inspekt., Morsbronn. |
| Scheer, Direkt. des Waisenhauses in Straßburg. | Götz, Geh. Ober-Reg.-Rat, Straßburg. |
| Inspektion St. Wilhelm. | von Dietrich, Eisenwerkbesitzer, Jägerthal. |
| Metzger, geistl. Inspekt., Straßburg-Neudorf. | Inspektion Colmar. |
| Riff, Justizrat, Straßburg. | Klein, geistl. Inspektor, Colmar. |
| Weirich, Chemiker, Straßburg. | Abt, Justizrat, Colmar. |
| Inspektion Buchsweller. | Zwilling, Redakteur, Rappoltsweiler. |
| Wolff, geistl. Inspektor, Dossenheim. | |

III. Verzeichnis der Inspektionen.

- | | |
|---|--------------------------------------|
| Inspektion. — Inspektor. | 4. Buchsweller: Wolff, Dossenheim. |
| 1. Neue Kirche: Hoepffner, Straßburg. | 5. Lützelstein: Krencker, Keskastel. |
| 2. St. Thomä: Knittel, Straßburg. | 6. Weissenburg: Wagner, Morsbronn. |
| 3. St. Wilhelm: Metzger, Straßburg-Neudorf. | 7. Colmar: Klein, Colmar. |

B. Reformierte Kirche.

Synodalvorstand.

Präsident: D. Piepenbring, Pfr. und Ehren-Präsident des Konsistoriums Straßburg.
Vice-Präsident: vacant.
Schriftführer: Pfr. Kuntz, Dornach.
Mitglieder: Pfr. Schwendener, Bischweiler und Prof. Dr. Raitzel, Metz-Longeville.

- | | |
|---|------------------------------------|
| Konsistorium. — Präsident. | 3. Metz: Hoffet, Kurzel. |
| 1. Bischweiler: Schwendener, Bischweiler. | 4. Mülhausen: Kuntz, Dornach. |
| 2. Markkirch: Gerst, Markkirch. | 5. Straßburg: Stricker, Straßburg. |

Theologische Prüfungs-Kommissionen.

Für die erste theologische Prüfung besteht die Kommission aus sämtlichen Professoren der theologischen Fakultät zu Straßburg und wird der Vorsitzende aus deren Mitte auf Vorschlag des Direktoriums und des reformierten Synodalvorstandes durch das Ministerium ernannt. Die Examinatoren zur zweiten Prüfung werden auf Antrag des Direktoriums und des reformierten Synodalvorstandes durch das Ministerium ernannt und jedes Jahr zur Hälfte erneuert.

Evangelisch-lutherische Freikirchen (Alt-Lutheraner).

A. Evangelisch-lutherische Freikirche in Preußens.

Von der Landeskirche Preußens getrennt mit Einführung der Union. Oberste Kirchenbehörde ist das **Ober-Kirchen-Kollegium in Breslau**. Die Kirche zählt 59817 Seelen, hat 87 geistliche Stellen (82 Parochien), 82 Pfarrer im selbständigen Pfarramt, 4 Hilfsprediger (3 Pfarrämter sind derzeit vakant), 189 gottesdienstliche Gebäude (156 Kirchen, 22 Kapellen, Betsäle etc.); 1 theol. Seminar (Breslau) und 1 Diakonissenhaus (Guben).

I. Ober-Kirchen-Kollegium in Breslau.

Direktor: **Froböfs**, Kirchenrat, Breslau.

Kirchenräte:

1. **P. Hinz**, Kirchenrat, Breslau.

2. **v. Blankenburg**, Reg.-Rat a. D., Zimmerhausen b. Plate i. P.

3. P. em. **Dr. Schmidt**, Kirchenrat, Cassel.

4. Oberlandesgerichtsrat **Dr. Hassenpflug**, Marienwerder.

5. **Kgl. Baurat Schröder**, Breslau.

II. Evangelisch-lutherisch theologisches Seminar in Breslau.

Seminar-Direktor: **P. Lic. Dr. Stier**, Breslau.

Dozenten: Kirchenräte **Froböfs** u. **Hinz** u. **P. Lic. Dr. Ziemer**, Breslau.

III. Verzeichnis der einzelnen Diözesen.

Diözese. — Superintendent.

1. Breslau: **Hinz**.

2. Berlin: **Brachmann**.

3. Angermünde: **Seidel**.

4. Frankfurt a. M.: **Rübenstrunk**.

5. Reinswalde: **Pfaff**.

6. Posen: **Schnieber**.

7. Bromberg: **Brauner**.

8. Cammin: **Weicker**.

B. Selbständige evang.-luth. Kirche in den hessischen Landen.

Sie hat 12 geistliche Stellen (12 Parochien), 11 Pfarrer im selbständigen Pfarramt, 18 gottesdienstliche Gebäude (10 Kirchen, 8 Kapellen).

Superintendent: **Draudt**, Usenborn.

Beirat des Superintendents: **Pfr. Anthes**, Reichelsheim und **Pfr. Müller**, Michelstadt.

C. Evangelisch-lutherische Freikirche in Hannover.

10 Geistliche Stellen in Hannover.

Präses des Synodal-Ausschusses: **Sup. Heicke**, Nettelkamp.

Missions-Seminar in Bleckmar. Leiter: **P. Wolff**.

Lehrer und Missions-Inspektor: **Cand. min. Blanke**.

D. Die Evangelisch-lutherische Synode in Baden.

Gemeinden in Freiburg, Ispringen und Karlsruhe.

Senior: **Pfr. v. Keufßer**, Freiburg i. Br.

E. Die Evang.-luth. Hermannsburg-Hamburger Freikirche

ist 1886 von der unter C genannten Freikirche getrennt. Sie hat 4 Gemeinden: die Kreuzgemeinde in Hermannsburg, 2 in der Lüneburger Heide u. die Zions-Gemeinde in Hamburg. Senior ist: **Pastor Ehlers**, Hermannsburg.

Die hier unter A-E genannten lutherischen Freikirchen haben sich zu einem **Delegierten-Konvent** zusammengeschlossen. Sie stehen meist untereinander in Abendmahl- und Kanzelgemeinschaft. Die Selbständigkeit der Kirchenverwaltung jeder einzelnen wird durch den Delegierten-Konvent nicht berührt.

Außerhalb dieses losen Verbandes der bisher genannten Evangelisch-lutherischen Freikirchen Deutschlands besteht als selbständige lutherische Freikirche:

F. Die Evangelisch-lutherische Freikirche von Sachsen und andern Staaten.

Sie zählt, nachdem sie 1908 die sogen. „jüngere Hermannsburg Freikirche“ und 1911 die dänische lutherische Freikirche aufgenommen hat, gegenwärtig 36 Gemeinden (34 in Deutschland, 2 in Dänemark), die von 26 Pastoren an 76 Predigtorten bedient werden. Präses ist zur Zeit **Pastor J. Kunstmann** in Dresden, Vizepräses: **Pastor H. Stallmann** in Allendorf (Hessen). Die Kirche teilt sich in 4 Distrikte:

1. Sächsischer Distrikt. Visitator: Past. **J. Kunstmann** in Dresden. Gemeinden in Dresden und Leipzig, Chemnitz, Planitz, Crimmitschau, Hartenstein-Eibenstock, Grün i. Voigtland,

2. Rheinischer Distrikt. Visitator: Past. **Heinr. Stallmann** in Allendorf (Hessen). Gemeinden in Allendorf (Hessen), Allendorf (Rheinprovinz), Steeden (Nassau), Wiesbaden-Frankfurt a. M.-Düsseldorf- und Mülhausen-Straßburg-Lembach (Elsaß),

3. Nordischer Distrikt. Visitator: Past. **Michael** in Lösning. Gemeinden Berlin mit Wilhelmsdorf i. Pommern. Flensburg mit Hadersleben, Keil und Hohenwestedt, Hannover mit Uelzen, Wittingen (Hannover), Groß-Oesingen mit Lachendorf. Brunsbrock mit Sottrum. Hörpel und Hermannsburg, Heimsen und Dahlinghausen, Hamburg mit Bremen und Geestemünde. [In Dänemark, Kopenhagen und Lösning.]

4. Ostpreussischer Distrikt. Visitator: Past. **Amling** in Neukölln. Gemeinden: Königsberg i. P., Insterburg-Skoisgirren mit Mehlancken und Gilga.

Die frühere „Jüngere Hermannsburger Freikirche“, welche sich 1890 von der vorstehend unter E genannten trennte, ist seit 1908 mit der unter F genannten verschmolzen.

Evangelisch-reformierte Freikirchen.

A. Die Konföderation reform. Gemeinden in Niedersachsen.

Selbständiger Kirchenkörper mit rein presbyterianischer Verfassung, begründet 1703 hauptsächlich von Flüchtlingsgemeinden. Die Kirchengewalt ruht in den Händen der Presbyterien und der Synode. Der Staat hat nicht das jus in sacra, entsendet aber zu den alle 6 Jahre stattfindenden Synoden einen Vertreter, der jedoch keine Stimme hat und nur darauf zu achten hat, daß nichts den Gesetzen Zuwiderlaufendes beschlossen wird. Die Beschlüsse der Synode werden von den Staatsregierungen bestätigt. Die Synode (alle 6 Jahre stattfindend) wählt den Vorsitzenden (Moderator), der von einer Synode zur andern die Geschäfte führt, und den Schriftführer (Sekretär). Eigene Witwen- und Waisen- und Ruhegehaltskasse. 6 Gemeinden: Celle, Bückeburg, Braunschweig (mit Filial Veltenhof), Münden, Göttingen, Altona mit 7 Pastoren.

Moderator: Pastor **Hellmann** in Göttingen.

Sekretär: Pastor **Begemann** in Münden.

Theologische Prüfungs-Kommission.

Die Pastoren **Hellmann**, **Begemann**, **Deifs** (Celle), event. verstärkt durch Professoren.

B. Die altreformierte Kirche der Provinz Hannover

umfaßt im Kreis Bentheim 6 Gemeinden (in Bentheim, Emlichheim, Gronau, Laar, Uelsen, Veldhausen und Wilsum), in Ostfriesland 5 Gemeinden (in Bunde, Campen, Emden, Irhove, Neermoor). Angeschlossen sind die freien ev.-reform. Gemeinden in Breslau und Görlitz.

Die evangelische Brüder-Unität

(Brüder-Gemeine, Herrnhuter) unterhält in Deutschland 20 Gemeinden (in Berlin-Neukölln, Breslau, Hausdorf, Gnadenberg, Gnadenfeld, Gnadenfrei, Guben, Neusalz a. O., Niesky, Dresden, Gnadau, Ebersdorf (Reuß), Herrnhut, Kleinwelka, Neudietendorf, Neuwied, Königsfeld (Baden), Christiansfeld (Schleswig), Hamburg.

Der deutsche Zweig der Brüder-Unität hat (inkl. Schweiz und Niederlande) 37 geistliche Stellen (24 selbständige Parochien und Pfarrer, 12 Hilfsprediger, und hat 22 Kirchensäle.

I. Die Direktion der Evangelischen Brüder-Unität in Deutschland.

(Die deutsche Unitäts-Direktion.)

H. Reichel, Vorsitzender.

Bauer, Stellvertreter des Vorsitzenden.

1. Abteilung für Kirchen- und Schulangelegenheiten

Bauer, Vorsitzender.

H. Reichel, Stellvert. des Vorsitzenden.

Jacky.

Kücherer.

Bourquin.

2. Abteilung für Finanz-Angelegenheiten.

Wick, Vorsitzender.

Hühne, Stellvertreter des Vorsitzenden.

E. Roy.

3. Theologische Schule in Gnadenfeld.

Dozenten.

1. D. Lic. **H. Roy**.

2. D. Lic. **Steinmann**.

3. Lic. **G. Reichel**, Jensen.

Kirchl. Jahrbuch 1913.

II. Die Missions-Direktion.

Hennig, Vorsitzender.

La Trobe, Stellvertreter des Vorsitzenden.

Hamilton.

Leonhard Reichel.

vacat.

III. Die Unitäts-Direktion (Unitäts-Altesten-Konferenz) mit dem Sitz in Berthelsdorf bei Herrnhut, Sachsen.

Sie besteht aus der Missions-Direktion und den Oberbehörden der vier selbständigen Unitätsgebiete in Deutschland (1), Großbritannien (1) und Amerika (2).

La Trobe, Vorsitzender.

Jacky, Stellvertreter des Vorsitzenden.

Die beiden Vorsitzenden mit Hamilton bilden den „geschäftsführ. Ausschuss“ der Direktion.

Personalstatus der höheren evangelischen Militärgeistlichkeit.

Königlich Preussischer Feldpropst: D. Wölfling, mit dem Rang als Rat I. Kl. zugleich beauftragt mit Wahrnehmung des Amtes des evangelischen Marinepropstes und des evangelischen Feldpropstes der Kaiserlichen Schutztruppen.

Bureau der Kgl. Feldpropstei: Berlin C. 2. Hinter der Garnisonkirche 1.

Militär-Oberpfarrer.

Preussisches Garde-Corps: Goens, Kons.-Rat, Berlin.

I. Armeekorps (Provinz Ostpreußen): Bock, Geh. Kons.-Rat, Königsberg i. P.

II. Armeekorps (Provinz Pommern): Caesar, Geh. Kons.-Rat, Stettin.

III. Armeekorps (Provinz Brandenburg): Straufs, Geh. Kons.-Rat, Spandau.

IV. Armeekorps (Provinz Sachsen): Schlegel, Kons.-Rat, Magdeburg.

V. Armeekorps (Provinz Posen): Wiehe, Kons.-Rat, Posen.

VI. Armeekorps (Provinz Schlesien): Zierach, Kons.-Rat, Breslau.

VII. Armeekorps (Provinz Westfalen): Franke, Kons.-Rat, Münster.

VIII. Armeekorps (Rheinprovinz): Dr. Richter, Geh. Kons.-Rat, Koblenz.

IX. Armeekorps (Provinz Schleswig-Holstein): Ferling, Kons.-Rat, Altona.

X. Armeekorps (Provinz Hannover): Dr. Rocholl, Geh. Kons.-Rat, Hannover.

XI. Armeekorps (Provinz Hessen-Nassau): Dr. Trepte, Kons.-Rat, Kassel.

XII. Armeekorps (Königreich Sachsen): Neumeister, Dresden.

XIII. Armeekorps (Königreich Württemberg): Blum, Feldpropst u. Garnisonpfr. für Stuttgart.

XIV. Armeekorps (Großherzogtum Baden): Schlömann, Kirchenrat, Karlsruhe.

XV. Armeekorps (Elsaß): Walther, Kons.-Rat, Straßburg i. E.

XVI. Armeekorps (Lothringen): Luetjohann, Kons.-Rat, Metz.

XVII. Armeekorps (Westpreußen): Schaumann, Kons.-Rat, Danzig.

XVIII. Armeekorps (Hessen): Rosenfeld, Kons.-Rat, Frankfurt a. M.

XIX. Armeekorps (Königreich Sachsen): Schulze, Leipzig.

XX. Armeekorps (Provinz Ostpreußen): Pickert, Kons.-Rat, Allenstein.

XXI. Armeekorps (Rheinprovinz): Müller, Kons.-Rat, Saarbrücken.

1. Bayrisches Armeekorps:) Ohne Oberpfarrer.
2. Bayrisches Armeekorps:)

Marine-Oberpfarrer: Goedel, Geh. Kons.-Rat, Kiel.*)

Schorn, Kons.-Rat, Wilhelmshaven.

Phillippi, Kiel

Klein, Kiel

) Titel und Rang eines Marine-Oberpfarrers.

Dem preuß. Feldpropst untersteht die Militärgeistlichkeit des Gardekorps, 1.—11., 14.—18., 20. u. 21. Armeekorps, sowie der Marine und der Schutztruppen. Das Militär-Kirchenwesen Sachsens (12. und 19. Armeekorps) untersteht dem „geistlichen Kommissar für evang. Militärseelsorge in der sächsischen Armee“ in Dresden.

*) Tritt zum 1. Juni 1913 in den Ruhestand.

Evang.-theol. Fakultäten der deutschen u. schweizerischen Universitäten.

I. Deutsches Reich.

1. Berlin (gestiftet 1809, eröffnet 1810).

a) Ordentliche Professoren.

1. Welfs, Bernhard	geb. 20. 6. 27	Neutestam. Exegese.
2. Kleinert, Paul	" 25. 9. 37	Alttestam. Exegese. Prakt. Theologie.
3. Harnack, Adolf	" 7. 5. 51	Kirchengeschichte.
4. Graf v. Baudissin, Wolf	" 26. 9. 47	Alttestam. Exegese.
5. Kaftan, Julius	" 30. 9. 48	Religionsphilosophie u. Apologetik.
6. Seeberg, Reinhold	" 5. 4. 59	Systematische Theologie.
7. Deißmann, Adolf	" 7. 11. 66	Neutestam. Exegese.
8. Holl, Karl	" 15. 5. 66	Kirchengeschichte.
9. Mahlberg, Friedrich	" 14. 2. 65	Praktische Theologie.
10. Lehmann, Edvard	" 19. 8. 62	Religionsgeschichte.

b) Ordentliche Honorar-Professoren.

1. Kawerau, Gustav	geb. 25. 2. 47	Kirchengeschichte. Prakt. Theologie.
2. Strack, Hermann	" 6. 5. 48	Alttestam. Exegese u. semit. Sprachen.

c) Außerordentliche Professoren.

1. Runze, Georg	" 13. 2. 52	System. Theologie u. Religionsphilos.
2. Frhr. v. Soden, Hermann	" 16. 8. 52	Neutestam. Exegese.
3. Grefsmann, Hugo	" 21. 3. 77	Alttestam. Exegese.
4. Schmidt, Karl	" 26. 8. 68	Kirchengeschichte.
5. Stuhlfauth	" 6. 3. 70	Christliche Archäologie.

d) Privat-Dozenten.

1. Zscharnack, Leop. (Tit.-Prof.)	" 22. 8. 77	Kirchengeschichte.
2. Dibellius, Martin	" 14. 9. 83	Neutestamentliche Exegese
3. Frh. von Soden, Johannes	" 4. 11. 81	Kirchengeschichte.
4. Scholz, Heinrich	" 17. 4. 84	Systematische Theologie.
5. Fabricius, Cajus	" 16. 8. 84	Systematische Theologie.
6. Lüttge, Wilhelm	" 11. 8. 82	Theol. Enzyklopädie u. system. Theologie.
7. Mulert, Hermann	" 11. 1. 79	Dogmatik.
8. Richter, Julius	"	Missionswissenschaften.

2. Bonn (gestiftet 1818).

a) Ordentliche Professoren.

1. Grafe, Eduard	" 12. 3. 55	Neutestamentliche Exegese.
2. König, Eduard	" 15. 11. 46	Alttestamentliche Exegese.
3. Sell, Karl	" 29. 11. 45	Kirchengesch. u. theol. Enzyklopädie.
4. Goebel, Siegfried*)	" 24. 3. 44	Neutestam. Exegese. Prakt. Theologie.
5. Ritschl, Otto	" 26. 6. 60	Systematische Theologie.
6. Eke, Gustav	" 8. 1. 55	Systematische u. praktische Theologie.
7. Meinhold, Johannes	" 12. 8. 61	Alttestamentliche Exegese.
8. Pfennigsdorf, Emil	" 10. 6. 68	Praktische Theologie und Apologetik.

b) Außerordentliche Professoren.

1. Weber, Em.	" 8. 3. 82	Systematische u. historische Theologie.
2. Goeters, Wilhelm	" 9. 1. 78	Kirchen- und Dogmengeschichte.

c) Privatdozent.

1. Strathmann, H.	Neutestamentliche Exegese.
2. Bohatec, Joseph	Kirchen- und Dogmengeschichte.

3. Breslau (Frankf. a. O., gest. 1506; mit der 1702 gest. kath. Hochschule Breslau vereinigt 1811).

a) Ordentliche Professoren.

1. Arnold, Franklin	" 10. 3. 53	Kirchengeschichte.
2. Wobbermin, Georg	" 27. 10. 69	System. Theologie u. Religionsphilos.
3. Kropatscheck, Friedrich	" 25. 1. 75	Systematische Theologie.
4. Rothstein, Wilhelm	" 19. 3. 53	Alttestamentliche Theologie.
5. Steinbeck, Johannes	" 6. 8. 83	Praktische Theologie.
6. Hoennicke, Gustav	" 11. 9. 71	Neutestamentliche Exegese.

b) Ordentlicher Honorar-Professor.

von Hase, Carl	" 12. 7. 42	Praktische Theologie.
----------------	-------------	-----------------------

*) lesen nicht.

c) Außerordentliche Professoren.

- | | | |
|-------------------------|----------------|--|
| 1. von Walter, Johannes | geb. 8. 10. 76 | Kirchengeschichte. |
| 2. Hoffmann, Georg | „ 24. 11. 60 | Kirchengeschichte u. praktische Theol. |
| 3. Bauer, Walter | „ 8. 8. 77 | Neutestamentliche Exegese. |

d) Privat-Dozenten.

- | | | |
|--------------------------------|-------------|------------------------------|
| 1. Herrmann, Joh. (Tit.-Prof.) | „ 7. 12. 80 | Alttestamentliche Exegese. |
| 2. Schmidt, Hans | „ 10. 5. 77 | Alttestamentliche Theologie. |

4. Erlangen (gestiftet 1743).

a) Ordentliche Professoren.

- | | | |
|-------------------------|--------------|---|
| 1. v. Zahn,*) Theodor | „ 10. 10. 88 | Neutestamentliche Exegese. |
| 2. v. Kolde, Theodor | „ 6. 5. 50 | Kirchengeschichte. |
| 3. Caspari, Walter | „ 19. 6. 47 | Praktische Theologie und Pädagogik. |
| 4. Lotz, Wilhelm | „ 12. 4. 53 | Alttestamentliche Theologie. |
| 5. Bachmann, Philipp | „ 13. 10. 64 | Systemat. Theologie u. neutestam. Exegese |
| 6. Wohlenberg, G. | „ 1. 10. 62 | Neutestamentliche Exegese. |
| 7. Grützmacher, Richard | „ 3. 12. 76 | Systematische Theologie. |
| 8. Müller, Karl | „ 27. 7. 63 | Reformierte Theologie. |

b) Außerordentlicher Professor.

- | | | |
|-----------------|-------------|----------------------------------|
| Jordan, Hermann | „ 30. 7. 78 | Kirchengeschichte und Patristik. |
|-----------------|-------------|----------------------------------|

c) Privatdozent.

- | | | |
|---------------------|-------------|------------------------------|
| 1. Caspari, Wilhelm | „ 3. 11. 76 | Alttestamentliche Theologie. |
| 2. Behm, Johannes | „ 6. 6. 83 | Neutestamentliche Theologie. |

5. Giessen (gestiftet 1607).

a) Ordentliche Professoren.

- | | | |
|---------------------------|--------------|----------------------------|
| 1. Krüger, Gustav | „ 29. 6. 62 | Kirchengeschichte. |
| 2. Baldensperger, Wilhelm | „ 12. 12. 56 | Neutestamentliche Exegese. |
| 3. Eck, Samuel | „ 28. 12. 56 | Systematische Theologie. |
| 4. Gunkel, Hermann | „ 23. 5. 62 | Alttestamentliche Exegese. |
| 5. Schian, Martin | „ 10. 8. 69 | Praktische Theologie. |

b) Außerordentlicher Professor.

- | | | |
|------------------|--------------|----------------------------|
| Holtzmann, Oskar | „ 20. 10. 59 | Neutestamentliche Exegese. |
|------------------|--------------|----------------------------|

c) Privat-Dozent.

- | | | |
|------------------------|-------------|----------------------------|
| Frhr. von Gall, August | „ 18. 9. 72 | Alttestamentliche Exegese. |
|------------------------|-------------|----------------------------|

d) Repetent.

Vollrath.

6. Göttingen (gestiftet 1737).

a) Ordentliche Professoren.

- | | | |
|-------------------------|--------------|---------------------------------------|
| 1. Knoke,*) Karl | „ 15. 10. 41 | Praktische Theologie. |
| 2. Bonwetsch, Nathanael | „ 17. 2. 48 | Kirchengeschichte. |
| 3. Titius, Artur | „ 28. 7. 64 | Systematische Theologie. |
| 4. Kühl, Ernst | „ 29. 4. 61 | Neutestamentliche Exegese. |
| 5. Meyer, Johannes | | Praktische Theologie. |
| 6. Mirbt, Carl | „ 21. 7. 60 | Kirchengesch. Missionswissenschaften. |
| 7. Stange, Carl | „ 7. 3. 70 | Systematische Theologie. |

b) Außerordentliche Professoren.

- | | | |
|---------------------|-------------|----------------------------|
| 1. Bousset, Wilhelm | „ 3. 9. 65 | Neutestamentliche Exegese. |
| 2. Rahlfs, Alfred | „ 29. 5. 65 | Alttestamentliche Exegese. |
| 3. Otto, Rudolf | „ 25. 9. 69 | Kirchengeschichte. |

c) Privat-Dozenten.

- | | | |
|-------------------------|-------------|--------------------------------|
| 1. Heinzelmann, Gerhard | „ 10. 6. 84 | Neutestamentliche Exegese. |
| 2. Kohlmeyer, Ernst | „ 27. 3. 82 | Kirchen- und Dogmengeschichte. |

7. Greifswald (gestiftet 1456).

a) Ordentliche Professoren.

- | | | |
|-------------------------------|--------------|---|
| 1. Schultze, Viktor | „ 12. 12. 51 | Kirchengeschichte u. kirchl. Archäologie. |
| 2. Haufleiter, Johannes | „ 23. 9. 51 | Neutestamentliche Exegese. |
| 3. Kunze, Johannes | „ 31. 8. 65 | Praktische Theologie. |
| 4. Wiegand, Friedrich | „ 14. 10. 60 | Kirchengeschichte. |
| 5. Procksch, Otto | „ 9. 8. 74 | Alttestamentliche Exegese. |
| 6. Frhr. v. der Goltz, Eduard | „ 31. 7. 70 | Praktische Theologie. |
| 7. Dunckmann, Karl | „ 2. 4. 68 | Systematische und praktische Theologie. |

*) lesen nicht.

b) **Aufserordentliche Professoren.**

- | | | |
|-------------------------------|---------------|----------------------------|
| 1. K ^ü gel, Julius | geb. 3. 2. 71 | Neutestamentliche Exegese. |
| 2. Alt, Albrecht | „ 20. 9. 83 | Alttestamentliche Exegese. |

c) **Privat-Dozent.**

- | | |
|----------------|--------------------|
| Seeberg, Erich | Kirchengeschichte. |
|----------------|--------------------|

8. Halle a. S. (gestiftet 1694, mit der 1502 gestifteten Universität Wittenberg 1817 vereinigt).a) **Ordentliche Professoren.**

- | | | |
|---------------------------|-------------|--|
| 1. Hering,*) Hermann | „ 26. 2. 38 | Prakt. Theologie u. theol. Enzyklopädie. |
| 2. Kattenbusch, Ferdinand | „ 3. 10. 51 | Dogmatik. |
| 3. Loofs, Friedrich | „ 19. 6. 58 | Kirchengeschichte. |
| 4. Cornill, Carl Heinrich | „ 26. 4. 54 | Alttestamentliche Exegese. |
| 5. Feine, Paul | „ 9. 9. 59 | Neutestamentliche Exegese. |
| 6. Lütgert, Wilhelm | „ 9. 4. 67 | Dogmatik und neutestam. Exegese. |
| 7. von Dobschütz, Ernst | „ 9. 10. 70 | Neutestamentliche Exegese. |
| 8. Haufsleiter, Gottlob | „ 14. 8. 57 | Missionswissenschaften. |
| 9. Eger, Karl | „ 18. 8. 64 | Praktische Theologie. |

b) **Aufserordentliche Professoren.**

- | | | |
|----------------------|-------------|----------------------------|
| 1. Voigt, Heinrich | „ 22. 9. 60 | Kirchengeschichte. |
| 2. Achelis, Hans | „ 16. 3. 65 | Kirchengeschichte. |
| 3. Steuernagel, Karl | „ 17. 2. 69 | Alttestamentliche Exegese. |

c) **Privat-Dozenten.**

- | | | |
|---------------------------------|-------------|----------------------------|
| 1. Lang (tit. Prof.), Aug. | „ 26. 2. 67 | Kirchengeschichte. |
| 2. Hölsher (tit. Prof.), Gustav | „ 17. 6. 77 | Alttestamentliche Exegese. |
| 3. Büchsel, Friedrich | „ 2. 7. 83 | Religionsphilosophie. |

9. Heidelberg (gestiftet 1386).a) **Ordentliche Professoren.**

- | | | |
|-----------------------|--------------|----------------------------|
| 1. Lemme, Ludwig | „ 8. 8. 47 | Systematische Theologie. |
| 2. von Schubert, Hans | „ 12. 12. 59 | Kirchengeschichte. |
| 3. Troeltzsch, Ernst | „ 17. 12. 65 | Systematische Theologie. |
| 4. Welß, Johannes | „ 13. 12. 63 | Neutestamentliche Exegese. |
| 5. Bauer, Johannes | „ 12. 9. 60 | Praktische Theologie. |
| 6. Beer, Georg | „ 12. 11. 65 | Alttestamentliche Exegese. |

b) **Aufserordentliche Professoren.**

- | | | |
|--------------------------|--------------|--|
| 1. Grützmacher, Georg | „ 22. 12. 66 | Kirchengeschichte u. neutestam. Exegese. |
| 2. Niebergall, Friedrich | „ 20. 3. 66 | Praktische Theologie. |

c) **Privat-Dozenten.**

- | | | |
|--------------------------------------|-----------|-----------------------------------|
| 1. Frommel (Kirchenr.), (tit. Prof.) | 14. 5. 71 | Praktische Theologie. Katechetik. |
| 2. Rohrhurst, R. (Stadtschulrat) | | Pädagogik. |

10. Jena (gestiftet 1558).a) **Ordentliche Professoren.**

- | | | |
|-------------------------|--------------|-----------------------------------|
| 1. Nippold,*) Friedrich | „ 15. 9. 38 | Kirchengeschichte (im Ruhestand). |
| 2. Wendt, Hans | „ 18. 6. 53 | Systematische Theologie. |
| 3. Thümmel, Wilhelm | „ 6. 5. 56 | Praktische Theologie. |
| 4. Weinl, Heinrich | „ 29. 4. 74 | Neutestamentliche Exegese. |
| 5. Lietzmann, Hans | „ 2. 3. 75 | Kirchengeschichte. |
| 6. Staerk, Willy | „ 15. 12. 66 | Alttestamentliche Exegese. |

b) **Aufserordentlicher Professor.**

- | | | |
|-------------|-------------|-----------------------|
| Glaue, Paul | „ 5. 10. 72 | Praktische Theologie. |
|-------------|-------------|-----------------------|

11. Kiel (gestiftet 1665).a) **Ordentliche Professoren.**

- | | | |
|------------------------|--------------|------------------------------------|
| 1. Klostermann, August | „ 10. 5. 37 | Alttestamentliche Exegese. |
| 2. Baumgarten, Otto | „ 20. 1. 58 | Praktische Theologie. |
| 3. Mühlau,*) Heinrich | „ 29. 6. 39 | Neutestam. Exegese (im Ruhestand). |
| 4. Schaefer, Erich | „ 22. 12. 61 | Systematische Theologie. |
| 5. Fieker, Gerhard | „ 8. 2. 65 | Kirchengeschichte. |
| 6. Leipoldt, Johannes | „ 20. 11. 80 | Neutestamentliche Exegese. |

*) lesen nicht.

b) Aufserordentlicher Professor.

Eichhorn, Albert geb. 1. 10. 56 Kirchengeschichte.

c) Privat-Dozent.

- | | | |
|---------------------------|-------------|------------------------------|
| 1. Weinreich (tit. Prof.) | | Praktische Theologie. |
| 2. Lempp, Otto | „ 15. 3. 85 | Systematische Theologie. |
| 3. Balla, Emil | „ 6. 2. 85 | Alttestamentliche Theologie. |

12. Königsberg (gestiftet 1544).

a) Ordentliche Professoren.

- | | | |
|----------------------|--------------|--------------------------------------|
| 1. Jacoby,*) Hermann | „ 30. 12. 36 | Praktische Theologie (in Ruhestand). |
| 2. Benrath, Karl | „ 10. 8. 45 | Kirchen- und Dogmengeschichte. |
| 3. Dörner, August | „ 13. 5. 46 | Systematische Theologie. |
| 4. Schulze, Martin | „ 26. 1. 66 | Systematische Theologie. |
| 5. Löhr, Max | „ 30. 4. 64 | Alttestamentliche Theologie. |
| 6. Uckele, Alfred | „ 24. 8. 75 | Praktische Theologie. |
| 7. Juncker, Alfred | „ 4. 7. 65 | Neutestamentliche Exegese. |

b) Aufserordentliche Professoren.

- | | | |
|----------------------|-------------|----------------------------|
| 1. Lezius, Friedrich | „ 18. 9. 50 | Kirchengeschichte. |
| 2. Hoffmann, Richard | „ 22. 6. 72 | Neutestamentliche Exegese. |

c) Privatdozent.

- | | | |
|------------------|-------------|---|
| 1. Albert, Edwin | „ 13. 7. 83 | Alttestamentliche Exegese. |
| 2. Pott, August | | Neutestamentliche Hilfswissenschaften. |
| 3. Rust, Hans | „ 3. 12. 79 | System. Theol., Rel.-Gesch. u. Rel.-Phil. |

13. Leipzig (gestiftet 1409).

a) Ordentliche Professoren.

- | | | |
|---------------------------|--------------|--------------------------------------|
| 1. Hofmann,*) Rudolf | „ 3. 1. 25 | Praktische Theologie (im Ruhestand). |
| 2. Brieger, Theodor | „ 4. 6. 42 | Kirchen- und Dogmengeschichte. |
| 3. Hauck, Albert | „ 9. 12. 45 | Kirchengeschichte. |
| 4. Heinrici, Georg | „ 14. 3. 44 | Neutestamentliche Exegese. |
| 5. Kittel, Rudolf | „ 28. 3. 53 | Alttestamentliche Exegese. |
| 6. Ihmels, Ludwig | „ 29. 6. 58 | Dogmatik und Ethik. |
| 7. Rendtorff, Franz | „ 1. 8. 60 | Praktische Theologie. |
| 8. Althaus, Paul | „ 26. 11. 61 | Systematische Theologie. |
| 9. Soederblom, Lars, Olaf | „ 15. 1. 66 | Religionsgeschichte. |
| 10. Frenzel, Otto | „ 31. 12. 65 | Praktische Theologie. |

b) Ordentliche Honorar-Professoren.

- | | | |
|-------------------------|-------------|----------------------------|
| 1. Gregory, Caspar René | „ 6. 11. 46 | Neutestamentliche Exegese. |
| 2. Paul, Karl | | Missionswissenschaften. |

c) Aufserordentliche Professoren.

- | | | |
|------------------------|-------------|--|
| 1. Guthe, Hermann | „ 10. 5. 49 | Alttestamentliche Exegese. |
| 2. Schnedermann, Georg | „ 3. 7. 52 | Systematische Theologie. |
| 3. Thieme, Karl | „ 20. 7. 62 | Apologetik und Dogmatik. |
| 4. Dalman,*) G. H. | | Alttestamentliche Exegese (beurlaubt). |

d) Privat-Dozenten.

- | | | |
|------------------------|--------------|----------------------------|
| 1. Jeremias, Alfred | „ 21. 2. 64 | Alttestamentliche Exegese. |
| 2. Hermelink, Heinrich | „ 30. 12. 77 | Kirchengeschichte. |
| 3. Windisch, Hans | | Neutestamentliche Exegese. |

14. Marburg (gestiftet 1527).

a) Ordentliche Professoren.

- | | | |
|---------------------------|-------------|--|
| 1. Herrmann, Wilhelm | „ 6. 12. 46 | Systematische Theologie. |
| 2. Jülicher, Gustav Adolf | „ 26. 1. 57 | Kirchengeschichte u. neutestam. Exegese. |
| 3. Budde, Karl | „ 13. 4. 50 | Alttestam. Exegese u. semit. Sprachen. |
| 4. Bornhäuser, Karl | „ 19. 5. 68 | Systematische und praktische Theologie. |
| 5. Heltmüller, Wilhelm | „ 3. 8. 69 | Neutestamentliche Exegese. |
| 6. Simons, Eduard | „ 27. 5. 53 | Praktische Theologie. |
| 7. Böhmer, Heinrich | „ 6. 10. 69 | Kirchen- und Dogmengeschichte. |

b) Aufserordentliche Professoren.

- | | | |
|---------------------|------------|----------------------------|
| 1. Rade, Martin | „ 4. 4. 57 | Systematische Theologie. |
| 2. Westphal, Gustav | „ 8. 3. 74 | Alttestamentliche Exegese. |

*) lesen nicht.

c) Privat-Dozenten.

- | | | |
|--------------------------------|----------------|---|
| 1. Stephan, Horat | geb. 27. 9. 73 | Systemat. Theologie u. Kirchengeschichte. |
| 2. Günther, Rud. (Dekan a. D.) | „ 6. 10. 59 | Praktische Theologie. |
| 3. Bornhausen, Karl | „ 19. 11. 82 | System. Theologie u. Religionsphilos. |
| 4. Bultmann, R. | | Neutestamentliche Exegese. |

15. Rostock (gestiftet 1419).

a) Ordentliche Professoren.

- | | | |
|---------------------------|-------------|----------------------------|
| 1. Schulze, Ludw. Theodor | „ 27. 2. 33 | Dogmatik und Ethik. |
| 2. Hashagen, J. Fr. | „ 4. 10. 41 | Praktische Theologie. |
| 3. Walther, Wilhelm | „ 7. 1. 46 | Kirchengeschichte. |
| 4. Seeberg, Alfred | „ 24. 9. 63 | Neutestamentliche Exegese. |
| 5. Sellin, Ernst | „ 29. 5. 67 | Alttestamentliche Exegese. |
| 6. Mandel, Hermann | „ 13. 2. 82 | Systematische Theologie. |

b) Privat-Dozent.

- | | | |
|---------------|-------------|--------------------------|
| Glawe, Walter | „ 18. 7. 80 | Systematische Theologie. |
|---------------|-------------|--------------------------|

16. Strassburg (gestiftet 1566, reorganisiert 1872).

a) Ordentliche Professoren.

- | | | |
|-----------------------|--------------|---|
| 1. Nowack, Wilhelm | „ 3. 3. 50 | Alttestam. Exegese u. semit. Sprachen. |
| 2. Lobstein, Paul | „ 28. 7. 50 | Systematische Theologie. |
| 3. Spitta, Friedrich | „ 10. 1. 52 | Neutestam. Exegese u. prakt. Theologie. |
| 4. Smend, Julius | „ 10. 5. 57 | Systematische u. praktische Theologie. |
| 5. Fleker, Johannes | „ 12. 11. 61 | Kirchengeschichte. |
| 6. Mayer, Em. Walter | „ 9. 9. 54 | Systematische Theologie. |
| 7. Klostermann, Erich | „ 14. 2. 70 | Neutestamentliche Exegese. |

b) Außerordentliche Professoren.

- | | | |
|----------------------|-------------|----------------------------|
| 1. Anrich, Gustav | „ 2. 12. 67 | Kirchengeschichte. |
| 2. Kühler, Friedrich | „ 15. 4. 74 | Alttestamentliche Exegese. |

c) Privat-Dozenten.

- | | | |
|----------------------------------|-------------|----------------------------|
| 1. Schweitzer, Alb. (tit. Prof.) | „ 14. 1. 75 | Neutestamentliche Exegese. |
| 2. Ménégoz, Fernand | | Systematische Theologie. |

17. Tübingen (gestiftet 1477).

a) Ordentliche Professoren.

- | | | |
|------------------------------------|-------------|--|
| 1. v. Grill, Julius*) (im Ruhest.) | „ 10. 7. 40 | Alttestamentliche Exegese. |
| 2. von Häring, Theodor | „ 22. 4. 48 | System. Theologie. Neutestam. Exegese. |
| 3. von Schlatter, Adolf | „ 16. 8. 52 | Neutestam. Exegese. Einleit.-Wissensch. |
| 4. von Müller, Karl | „ 3. 9. 52 | Kirchen- und Dogmengeschichte. |
| 5. von Wurster, Paul | „ 6. 12. 60 | Neutestam. Exegese. Ethik. Prakt. Theol. |
| 6. Traub, Friedrich | „ 19. 4. 60 | Dogmatik und neutestam. Exegese. |
| 7. Berthold, Alfred | „ 9. 11. 68 | Alttestamentliche Exegese. |

b) Außerordentliche Professoren.

- | | | |
|-----------------|--------------|--------------------------------|
| 1. Scheel, Otto | „ 7. 3. 76 | Kirchen- und Dogmengeschichte. |
| 2. Volz, Paul | „ 14. 10. 67 | Alttestamentliche Exegese. |

c) Privat-Dozent.

- | | | |
|-------------|--|---|
| Sfskind, H. | | Systemat. Theologie u. Religionsphilos. |
|-------------|--|---|

II. Evang.-theolog. Fakultät in Wien.

Wien (evang.-theolog. Fakultät, gestiftet 1821; die Universität 1865).

a) Ordentliche Professoren.

- | | | |
|--------------------------|--|------------------------------------|
| 1. Loesche, Georg | | Kirchengeschichte. |
| 2. Skalsky, Gustav Adolf | | Prakt. Theologie und Kirchenrecht. |
| 3. Beth, Karl | | Dogmatik, Ethik und Symbolik. |
| 4. Knopf, Rudolf | | Neutestamentliche Exegese. |
| 5. Wilke, Fritz | | Alttestamentliche Theologie. |

b) Außerordentliche Professoren.

- | | | |
|--------------------------|--|------------------------------------|
| 1. Witz-Oberlin, Karl A. | | Praktische Theologie und Symbolik. |
| 2. von Zimmermann, Paul | | Religionsphilosophie. |

*) lesen nicht.

III. Die Schweiz.

1. *Basel* (gestiftet 1460).

a) Ordentliche Professoren.

1. Schmidt, Paul Wilhelm	Neutestamentliche Exegese.
2. Duhm, Bernhard	Alttestam. Exegese u. Religionsgeschichte.
3. Mezger, Paul	Systematische Theologie.
4. Bähringer, Paul	Kirchengeschichte.
5. Wernle, Paul	Neuere Kirchengeschichte.
6. Wendland, Johannes	Systematische Theologie.
7. Vischer, Eberhard	Alte und mittlere Kirchengeschichte.

b) Außerordentliche Professoren.

1. Handmann, Rudolf	Praktische Theologie.
2. Riggenbach, Eduard	Neutestamentliche Exegese.

c) Privat-Dozenten.

1. Goetz, Karl	Kirchengeschichte.
2. Frohnmeyer, Johannes	Missionswissenschaften.

2. *Bern* (gestiftet 1831).

a) Ordentliche Professoren.

1. Steck, Rudolf	Neutestamentliche Exegese.
2. Lüdemann, Hermann	Systemat. Theol. u. Geschichte d. Philos.
3. Marti, Karl	Alttestam. Exegese und semit. Sprachen.
4. Lauterburg, Moritz	Praktische Theologie.
5. Haller, Max	Alttestamentliche Exegese.

b) Außerordentliche Professoren.

1. Hadorn, Wilhelm	Neutestamentliche Exegese.
2. Bähler, Eduard	Kirchengeschichte.

c) Privat-Dozenten.

Hefs-Rütschi

3. *Zürich* (gestiftet 1832).

a) Ordentliche Professoren.

1. v. Schultheß-Rechberg, Gustav	Systematische Theologie.
2. Schmiedel, Paul	Neutestamentliche Exegese.
3. Meyer, Arnold	Neutestamentl. Exegese. Prakt. Theologie.
4. Hausheer, Jakob	Alttestam. Exeg., semit. Sprach. u. Rel.-Ges.
5. Ragaz, Leonhard	Systematische und praktische Theologie.
6. Köhler, Walter	Kirchengeschichte.

b) Außerordentlicher Professor.

Köhler, Ludwig	Alttestam. Theol. u. Hilfswissenschaften.
----------------	---

c) Privat-Dozent.

Rüegg, Arnold	Neutestamentliche Exegese.
---------------	----------------------------

4. *Genf*.A. *Nationalkirchlich*.

a) Ordentliche Professoren.

1. Montet, Edouard	Alttestamentl. Theologie u. arab. Sprache.
2. Balavoine, H.	Moraltheologie.
3. Fulliquet, George	Dogmatik und Apologetik.
4. Choisy, E.	Kirchengeschichte.
5. Breitenstein, Jules	Neutestamentliche Exegese.
6. Rochat, Ernest	Geschichte der neueren Theologie.
7. Nicole, J.	Griech. Patristik) beide Ordinarien in der
8. Oltramare, P.	Latein. Patristik) Faculté des lettres.

b) Privat-Dozenten.

1. Roehrich, H.	Kirchenmusik.
2. Hochreutiner, B. P.	Evolutionstheorie.
3. Falk, Felix	Rabbinische und talmudische Literatur.
4. Bergner, G.	Religionsphilosophie und Psychologie.

B. Freikirchlich.

a) Professeurs.

- | | |
|------------------------|----------------------------|
| 1. Baumgartner, Anton | Alttestamentliche Exegese. |
| 2. Breitenstein, Jules | Neutestamentliche Exegese. |
| 3. Berthoud, Aloys | Systematische Theologie. |
| 4. Frank-Thomas | Praktische Theologie. |

b) Professeurs auxiliaires.

- | | |
|----------------------|---------------------------------------|
| 1. Berguer, G. | Religionsphilosophie und Psychologie. |
| 2. Duperret, Frank | Philosophie. |
| 3. Martin, Ch. Ed. | Hebräisch. |
| 4. Mercier-Odier, E. | Lektüre des Neuen Testaments. |
| 5. Porret, J. A. | Vergleichende Religionsgeschichte. |

5. Lausanne (gestiftet etwa 1537; seit 1890 Universität).

A. Nationalkirchlich.

a) Professeurs ordinaires.

- | | |
|---|--|
| 1. Vuilleumier, Henri | Alttestamentliche Exegese. |
| 2. Emery, Louis | Dogmatik und Ethik. |
| 3. Narbel, Henri | Neutestam. Exeg., Gesch. d. modern. Theol. |
| 4. Der Lehrstuhl für Kirchengesch. ist erledigt durch den Tod von Prof. Dandiran † März 1912. | |

b) Prof. extra ordinaire.

Kirchengeschichte.

c) Chargés de cours.

- | | |
|----------------------|----------------------------|
| 1. Fornerod, Alois | Religionsgeschichte. |
| 2. Chamorel, Gabriel | Pastoraltheologie. |
| 3. Colomb, Gustave | Pastoraltheologie. |
| 4. Goumaz. | Neutestamentliche Exegese. |

B. Freikirchlich.

Professeurs.

- | | |
|----------------------|---|
| 1. Porret, Ch. | Neutestam. Exegese u. prakt. Theologie. |
| 2. Bridel, Ph. | Philosophie, Kirchen- u. Religions-Gesch. |
| 3. Schroeder, Alfons | Kirchengesch., Einleitungswissensch. N.T. |
| 4. Laufer, P. | System. Theologie. Dogmengeschichte u. |
| 5. Mercier. | neutestamentliche Theologie. |

6. Neuchâtel.

A. Nationalkirchlich.

a) Professeurs ordinaires.

- | | |
|-------------------|--|
| 1. Dumont, Emil | Theol. Enzyklopädie u. prakt. Theologie. |
| 2. Paris, J. | Kirchengeschichte. |
| 3. Cart, L. A. | Alttest. Exeg., semit. Sprach., bibl. Archäol. |
| 4. Morel, Erneste | Neutestamentliche Exegese. |
| 5. Du Bois, Henri | Systematische Theologie. |

b) Privat-Dozenten.

Religionsgeschichte.

de Corswant.

B. Freikirchlich.

a) Professeurs.

- | | |
|-------------------|---|
| 1. Thlébaud, A. | Systematische Theologie. |
| 2. Aubert, L. | Alttestamentliche Exegese. |
| 3. Comtesse, Paul | Neutestamentliche Exegese. |
| 4. Pétremond, J. | Kirchengeschichte und prakt. Theologie. |

b) Chargé de cours.

Religionsgeschichte und Philosophie.

Mayor, A.

IV. Sonstiges Ausland.

Dorpat (gestiftet 1632).

a) Ordentliche Professoren.

- | | |
|--|--|
| 1. Kvaczala, Ivan | Kirchengeschichte. |
| 2. v. Bulmerineq, Alex | Alttestamentl. Exegese u. semit. Sprachen. |
| 3. Girgensohn, Karl | Systematische Theologie. |
| 4. Hahn, Traugott | Praktische Theologie. |
| 5. Grafs, Konrad | Neutestamentliche Exegese. |
| 6. Ein Lehrstuhl f. Kirchengesch. ist erledigt durch d. Tod von Prof. A. Bereudts † 10. März 1912. | |

b) Etatsmäßige Dozenten.

1. Frey, Johannes.
2. Seesemann, O.

Historische Theologie.
Semitische Sprachen.

Paris.

Faculté libre de théologie protestante.

1. *Professoren lutherischen Bekenntnisses.*

a) Professeurs.

1. Vaucher (Doyen)
2. Ehrhardt
3. Goguel
4. Viénot, John

Systematische Theologie.
Moral. Deutsche Theologie.
Neutestamentl. Exegese,
Kirchengeschichte.

b) *Chargés de cours complémentaires.*

de Faye, Eugène

Patristik.

2. *Professoren reformierten Bekenntnisses.*

a) Professeurs.

1. Bonet-Maury
2. Monnier, Jean
3. Monod, W.
4. Allier, Raoul

Kirchengeschichte.
Reformierte Dogmatik.
Praktische Theologie.
Philosophie.

b) *Chargés de cours complémentaires.*

Monnier, Henri

Neutestamentliche Exegese.

Prediger-Seminare.

Berlin (Domkandidaten-Stift). Ephorus: Oberhofprediger Gen.-Sup. D. Dryander. Inspektor: Lic. Koch, Dom-Hilfspred.

Wittenberg. Direktoren: 1. Pfr. Jordan, Ephorus. 2. Sup. Orthmann. Inspektor: Dr. Gabriel. Kloster Loccum. Direktor: Dr. Tilemann. Stiftsprediger: Fleisch.

Altenburg. Gen.-Sup. D. Lohoff.

München. Direktor: Ober-Kons.-Rat Braun.

Leipzig (Prediger-Kolleg zu St. Pauli). Direktor: Prof. D. Rendtorff; außerdem: Prof. D. Heinrici, Prof. D. Hauck, Prof. D. Ihmels, Prof. D. Kittel, Prof. D. Althaus, Dr. phil. Seydel.

Herborn. Direktor: Prof. D. Knodt. 2. Prof. Dekan Haussen. Pfr. Thiel.

Friedberg. Direktor: Prof. D. Dr. Schoell. 2. Prof. D. Dr. Diehl.

Heidelberg. Direktor: Prof. D. Bauer. Prof. D. Niebergall, Pfr. Lic. Dr. Frommel, Prof. Rohrhurst. Prof. D. Dr. Wolfrum.

Soest. Direktor: Lic. Zänker. Inspektor: P. Balke.

Soest. Seminar für die Ausland-Diaspora. Direktor: Lic. Hymmen.

Ericksburg. Direktor: Marahrens.

Hofgelsmar. Direktor: Pfr. Merzyn. Inspektor: P. Wörner.

Hadersleben. Direktor: Pastor Lic. Prah.

Preetz. Direktor: Pfr. Weinreich. Inspektor: Past. Riis.

Wolfenbüttel. Direktoren: Die Geh. Konsistorialräte Abt Schütte, Abt Moldenhauer und Gen.-Sup. Dettmer.

Naumburg a/Queis. Direktor: Lic. Dr. Frankh. Inspektor: Dibellius.

Wittenburg (Dembowalonka) Westpr.: Direktor: Lic. Döhring. Inspekt.: Past. Schoene.

Schwerin. Direktor: Oberkirchenrat D. Haack. Dozenten: Oberkirchenrat Schmidt, Präpositus Heussl. Pastoren: Studemund, Romberg und Mau.

Die vorstehend genannten Studien-Seminare dienen neben der wissenschaftlichen Vertiefung in erster Linie der Vorbereitung für das praktische Pfarramt nach der Studienzeit.

Der Ausbildung von Predigtamts-Kandidaten zu Religionslehrern an höheren Schulen dient das Kandidaten-Konvikt beim Kloster U. l. Frauen in

Magdeburg. Direktor: Prof. Dr. Rössner. Vorsteher: Geistlicher Inspektor Prof. Lic. Meyer. Konventualen: Prof. Dr. Gantzer, Prof. Gisecke, Prof. Dr. Bahr.

Dem besonderen Zweck der Befestigung im christlichen Glauben dient die theologische Schule zu Bethel bei Bielefeld. Leiter: Pastor Jaeger. Lehrer: Pastoren Jäger, Simon, Oestreicher, D. Warneck.

Kap. II.

Die kirchliche Zeitlage 1912.

Bearbeitet vom Herausgeber.

(Abgeschlossen Ende März 1913.)

I. Der Fall Traub.

Nach endlicher Erledigung des Falles „Jatho“ — der „Fall Traub“. Wir müssen unsere kirchliche Rundschau des abgelaufenen Jahres leider wieder mit der summarischen Darlegung eines „Falles“ beginnen.

Übersehen darf man ihn nicht — aber überschätzen wollen wir ihn auch nicht.

Das ist überhaupt das Charakteristikum der „Fälle“, daß ihre Bedeutsamkeit im Moment der Aktualität ungeheuer überschätzt wird. Erst aus einer gewissen Distanz heraus gewinnt man das rechte Augenmaß. Was im Augenblick die Zeitgenossen erregt, was die theologischen Heerlager mobil macht bis zum letzten Rekruten, was in endloser Breite sich hinwälzt durch die Spalten der Kirchenzeitungen und politischen Zeitungen, das alles wird oft so klein und verhältnismäßig irrelevant, wenn Erregung und Taumel vorüber sind. Eine ganz allgemein gültige Tatsache: die Gegenwart überhaupt erscheint im Moment des Erlebens unendlich kompliziert, weil in der Fülle der Nebenerscheinungen das Wesentliche vom Unwesentlichen, das Sachliche vom Persönlichen auch für den Scharfblickenden schwer zu scheiden ist. In den unübersehbaren Wechselbeziehungen beider Faktoren lassen sich oft Ursache und Wirkung kaum voneinander trennen. Wo der Fall eine exponierte Persönlichkeit umspinnt, die nicht gerade zu den Dutzend-Erscheinungen gehört, sprechen allerlei Sentiments, persönliche Sympathien und Antipathien so laut mit, daß die Gerechtigkeit des Urteils auch dem Gerechten leicht in die Brüche geht. Diese Beobachtung gewannen wir besonders aus dem Fall Traub und seiner Erledigung. Denn er ist erledigt — gründlich und endgültig. Und nun erst fällt der Nebel. Im Moment, wo die Gegenwart anfängt, Geschichte zu werden, sind die Umrisse der Tatsachen erst klar erkennbar. Und je weiter die Geschichte vorangeht, desto

mehr vereinfacht sich das Bild. Die Geschichte stößt das Nebensächliche, das Accidentielle allmählich aus und läßt am Ende nur ein Bild bestehen von einfachen klaren Linien.

Wir sind fest überzeugt, daß manches kleine, stille, unscheinbare Ereignis und Erlebnis in der kirchlichen Zeitgeschichte des Jahres 1912 in der Tat sehr viel bedeutsamer für die kirchliche Arbeit und Entwicklung ist, als gerade der Fall Traub und seine Erledigung. Dem Fall Jatho wohnte immerhin eine gewisse kirchenhistorische, ja dogmatische Bedeutsamkeit inne, nicht nur deshalb, weil das Spruchkollegium bei ihm zum erstenmal in Aktion trat, sondern weil zu eruieren war, wie weit eine von der normalen abweichende Verkündigung der Lehre zu dulden sei. Es waren doch rein theologische Erwägungen, die hier das Wort hatten. Im Fall Traub sprachen rein juristische Erwägungen; alle theologischen Einschlüsse wurden erst künstlich hineingewebt. Sie sind ein Fremdkörper in der Diskussion dieses Falls, und deshalb wird die Geschichte sie eliminieren.

Wir sagen das trotz *D. Schieles* Schrift.¹⁾ Im Fall Traub stand nicht die Frage zur Entscheidung, wieweit irgend welche Derivation der Lehre tolerabel sei, sondern lediglich die Frage, wieweit die Spannung ertragen werden könne, die in der Indisziplin liegt, ohne zum Bruch zu führen. Diese — wir möchten sagen: einfach nur juristische, ja rein disziplinare Besonderheit des Falles Traub erklärt die Erscheinung, daß hie und da auch Theologen der Rechten die Erledigung, wie sie geschehen ist, scharf perhorreszieren, und solche der Linken, im Prinzip wenigstens, das Recht der gewaltsam erscheinenden Erledigung unbestritten lassen.

Wir scheiden hier freilich solche Sonderlinge aus, die, gestützt auf den besonderen Charakter des geistlichen Amtes, jeden disziplinaren Akt an Trägern des geistlichen Amtes als solchen verwerfen und für unsittlich halten. Diese Art Subjektivismus führt mit Konsequenz zum Autonomismus, ja schnurstracks zu hierarchisch-katholischen Vorstellungen. Die Vertreter dieser Idee sind eben Träumer, die ihren Idealen nachjagen, die Welt der Wirklichkeiten nicht sehen und die Konsequenzen ihrer eigenen Systeme nicht wahr haben wollen. Man kann vielleicht wünschen, daß das kirchliche Disziplinargesetz nicht bestehen möge, aber man kann doch schließlich nicht leugnen, daß es tatsächlich existiert. Dieser Fehler, die eigene ideale Anschauung zum Ausgangspunkt der Beurteilung zu machen, und nicht vielmehr die Tatsachen an sich, die Welt der wirklichen Dinge, ist gerade im Fall Traub und der sich daran anhängenden unheimlichen Broschürenflut recht reichlich gemacht worden — psychologisch sehr erklärbar, denn das ist ja

¹⁾ *D. Michael Schiele*: Was geht uns Pfarrer die Verurteilung des Pfarrers Traub an? Berlin, Prot. Schriftenbetrieb. 28 S.

eben das *πρῶτον ψεῦδος* im „System Traub“ — sofern von einem solchen geredet werden kann.

Es sollte hier eigentlich nur die Frage zur Diskussion gestanden haben: ist das Strafmaß, das die Erledigung des Falles Traub herbeiführte, zu hart oder nicht? Das mag immerhin diskutabel sein, aber prinzipielle Erwägungen hatten hier auszuscheiden. Weiche Naturen sehen hier nur das Tragische des Konflikts, das Persönliche, härtere die Kurnotwendigkeit für das Ganze, das Sachliche. Mit einem Wort, es sind nicht eigentlich theologische, sondern psychologische Momente, die das Buntscheckige der Diskussion veranlaßt haben.

Der seitherige Bearbeiter dieses Kapitels, unser guter Freund Lic. Eckert, der theologisch sich zur Rechten zählt, dennoch aber in der homiletischen Zeitschrift: „Dienet einander“ die Notwendigkeit einer Korrektur des Urteils wider Traub sehr lebhaft vertrat, hat — so wenig wir ihm persönlich in diesem Punkt beizupflichten vermögen — doch darin gewiß nicht unrecht, wenn er in derselben Zeitschrift (3. Heft 1912/13) schreibt: „Die an sich gar nicht prinzipielle, gar nicht kirchliche, gar nicht theologische Frage nach der Höhe des Strafmaßes, für das juristisch immer Nebenumstände mit entscheidend sind, wird zum Prüfstein echter Positivität gemacht. Die Kirchenpolitik wird über die Glaubensüberzeugung gestellt. (? D. R.) Aber hören wir nicht überall in unsern Reihen, daß es sich gerade hier um unser Bekenntnis, um die teuersten Güter unserer Kirche, um das Heiligtum des Glaubens handelt? Ja, das ist eben die Kirchenpolitik, die da ihre verwirrende Rolle spielt. Denn wenn etwas klar ist, so ist es dies: „der Evangelische Oberkirchenrat hat vor aller Welt gefissentlich die Fragen des Glaubens und der Lehre ausgeschaltet und er hat das aus sachlicher Überzeugung getan. Wer die Behauptung wagt, der Ev. Oberkirchenrat habe nur darum so entschieden, weil die Lehrdifferenz auf dem Grunde lag, beleidigt die Behörde . . .“

Warum aber eigentlich diese ungeheure Aufregung, diese ungemaine Broschüren-Produktion anläßlich eines Falles, der an sich so wenig kompliziert lag und an sich so gar nichts Theologisches hat? Werfen da nicht doch im Hintergrund stehende theologische und kirchenpolitische Gedanken und Denklinien ihren Schatten auf das Ganze?

Gewiß — das kann behauptet werden und ist gewiß so empfunden worden — ob mit Recht oder Unrecht ist hier gleichgültig, aber wenn das klipp und klar behauptet und die zutage liegende Erscheinung damit erklärt wird, so ist das zugleich ein Zugeständnis der ungeheuren Sensibilität unserer Zeit, einer Begleiterscheinung des Kultus des Subjektivismus.

Wir gehen zur Sachdarstellung über.

1. Eröffnungsbeschluß des Kgl. Konsistoriums zu Münster. Verweisung an das Kgl. Konsistorium zu Breslau. Erweiterung der Anklage. Das Breslauer Urteil.

Durch Eröffnungsbeschluß vom 10. Oktober 1911 leitete das Kgl. Konsistorium in Münster i. W. das förmliche Disziplinarverfahren gegen Pfr. Liz. Traub in Dortmund ein. Der Eröffnungsbeschluß hat folgenden Wortlaut:

„Der Pfarrer lic. theol. Traub in Dortmund erscheint hinreichend belastet,

1. die 26. westfälische Provinzialsynode aus Anlaß ihrer Beschlußfassung über das Pfarrbesetzungsgesetz in den Nrn. 38, 39 und 40 der Christlichen Freiheit von 1911,
2. das Spruchkollegium für kirchliche Lehrangelegenheiten aus Anlaß des Verfahrens und der Entscheidung im Falle Jatho in Vorträgen, in der Christlichen Freiheit (insbesondere den Nrn. 24, 25, 27, 28, 29 und 30 von 1911) und in der Broschüre „Staatschristentum oder Volkskirche“,
3. die Kirche und ihr Bekenntnis, ihre Behörden und Ordnungen in Vorträgen, in der Christlichen Freiheit (insbesondere den Nrn. 7 der Beilage, 15, 17, 23, 25, 27, 30 und Beilage 31 36 und 40 von 1911) und in der Broschüre „Staatschristentum oder Volkskirche“,
4. den Pfarrerstand in der Broschüre „Staatschristentum oder Volkskirche“,

öffentlich beleidigt bzw. herabgewürdigt und sich damit der Achtung, des Ansehens und des Vertrauens, welche sein Beruf erfordert, unwürdig gezeigt zu haben. Es wird deshalb hierdurch gegen den Pfarrer lic. theol. Traub auf Grund der §§ 1, 2, 17, 18 des Kirchengesetzes, betreffend die Dienstvergehen der Kirchenbeamten, vom 16. Juli 1886 in Verbindung mit § 19 des Kirchengesetzes, betreffend das Verfahren bei Beanstandung der Lehre von Geistlichen, vom 16. März 1910 das förmliche Disziplinarverfahren eröffnet.

Zum Untersuchungskommissar wird der Konsistorialrat Dr. Richter, zum Vertreter der Anklage der Konsistorialrat Starke ernannt.“

Durch Zuschrift vom 11. Oktober wurde Liz. Traub gemäß § 23 des Kirchengesetzes vom 16. Juli 1886 zur Anhörung über die Anschuldigungspunkte des Eröffnungsbeschlusses auf den 16. Okt. nach Münster geladen. Lic. Traub richtete am 13. Okt. an den Evangelischen Oberkirchenrat in Berlin das Ersuchen, auf Grund des § 21, Absatz 2 des Disziplinargesetzes (vom 16. Juli 1886) das anhängige Verfahren an ein anderes Konsistorium zu

verweisen, da er die Unbefangenheit des Westfälischen Konsistoriums bezweifele.¹⁾

Diesem Ersuchen wurde stattgegeben durch Bescheid vom 28. Oktober 1911 folgenden Wortlauts:

Ew. Hohehrwürden Eingaben vom 13., 14. und 16. d. M., in welchen Sie die Unbefangenheit des Kgl. Konsistoriums der Provinz Westfalen in Münster bezweifeln und beantragen, das wider Sie anhängige Disziplinarverfahren einem andern Konsistorium zu überweisen, haben wir dem Konsistorium zur Äußerung zugefertigt. Das Kgl. Konsistorium hat in dem uns erstatteten Berichte eine Befangenheit oder Parteilichkeit gegen Ew. Hohehrwürden entschieden in Abrede gestellt. Auch wir können durch Ihre Ausführungen eine Befangenheit der genannten Behörde nicht als dargetan erachten. Da indessen das Kirchengesetz vom 16. Juli 1886, betreffend die Dienstvergehen der Kirchenbeamten, die Möglichkeit der Überweisung einer Disziplinarsache an ein anderes als das zunächst zuständige Konsistorium auch schon in dem Falle vorsieht, daß Gründe vorliegen, aus welchen die Unbefangenheit der letzteren Behörde bezweifelt werden kann, so haben wir gemäß § 21, Abs. 2 jenes Kirchengesetzes beschlossen, an die Stelle des Kgl. Konsistoriums der Provinz Westfalen das Kgl. Konsistorium der Provinz Schlesien in Breslau treten zu lassen. Dem letzteren haben wir die Bestellung eines Untersuchungskommissars und eines Vertreters der Anklage an Stelle der zugleich mit dem Kgl. Konsistorium in Münster in vorbezeichneten Eigenschaften ausscheidenden Konsistorialräte Dr. Richter und Starke vorbehalten.

Die beiden Kgl. Konsistorien sind hiervon verständigt worden. gez. Voigts.

Das Kgl. Konsistorium zu Breslau erweiterte die Anklage durch folgenden Beschluß vom 6. Nov. 1911:

„Der Beschluß des Kgl. Konsistoriums der Provinz Westfalen vom 10. Oktober 1911, durch welchen das förmliche Disziplinarverfahren gegen den Pfarrer Liz. Traub in Dortmund auf Grund der §§ 1, 2, 17, 18 des Kirchengesetzes, betreffend die Dienstvergehen der Kirchenbeamten, vom 16. Juli 1886 in Verbindung mit § 19 des Kirchengesetzes, betreffend das Verfahren bei Beanstandung der Lehre von Geistlichen, vom 16. März 1910 eröffnet worden ist, wird dahin erweitert, daß der Angeschuldigte hinreichend verdächtig erscheint,

seine vorgesetzte Dienstbehörde, das Kgl. Konsistorium der Provinz Westfalen zu Münster und dessen Mitglied, den Konsistorialrat Dr. Richter, aus Anlaß der Verhandlungen über die Errichtung einer zweiten Pfarrstelle in Hilchenbach durch

¹⁾ Wortlaut der Motivierung vgl. Traub: Meine Verteidigung gegen den Ev. Oberkirchenrat S. 6 u. 7.

Artikel in den Nrn. 8 und 10 der Christlichen Freiheit, Evang. Gemeindeblatt für Rheinland und Westfalen, von 1910 und durch einen Vortrag im Jahre 1910 öffentlich beleidigt, bzw. durch Verbreitung falscher Tatsachen herabgewürdigt zu haben.“

Kgl. Konsistorium der Provinz Schlesien:
gez. Schuster.

In der Vorladung auf den 24. November 1911 bezeichnete der Untersuchungs-Kommissar, Konsistorialassessor Krüger genau diejenigen literarischen Veröffentlichungen Traubs, auf welche sich die Einleitung des Disziplinarverfahrens stütze.

Als bald nach Bekanntwerden der Eröffnung des Verfahrens richteten das Presbyterium und die größere Gemeindevertretung von St. Reinoldi in Dortmund, der Gemeinde, an der Liz. Traub eine Pfarrstelle bekleidete, folgende Adressen.

Das Presbyterium:

„Hochzuverehrender Herr Pfarrer!

Aus Anlaß des gegen Sie durch Beschluß des Kgl. Konsistoriums zu Münster eingeleiteten Disziplinarverfahrens ist es uns Herzensbedürfnis, Ihnen die Versicherung unseres unerschütterten Vertrauens zum Ausdruck zu bringen.

Nach wie vor sehen wir zu Ihnen auf als zu einem Manne von ernstestem Streben, großer Herzensgüte und lauterstem Charakter.

In einer mehr als zehnjährigen Wirksamkeit haben Sie durch die Ihnen verliehenen reichen Gaben viele, die bisher der Kirche fernstanden, insbesondere auch in den gebildeten Kreisen für religiöses Empfinden und kirchliche Betätigung wieder gewonnen und dadurch den inneren Aufbau der Gemeinde gefördert. Durch eine bedeutsame Neuorganisation der Gemeindeverwaltung und vor allem durch die Schaffung des den Gesamtinteressen der evangelischen Gemeinden dienenden Gemeindeamtes haben Sie sich um den äußeren Aufbau der hiesigen Kirchengemeinden besonders verdient gemacht.

Für alles dies schulden wir Ihnen herzlichen Dank. Auch solche Mitglieder des Presbyteriums, die in manchen religiösen und kirchenpolitischen Fragen mit Ihnen nicht übereinstimmen, sind gerne bereit gewesen, Ihnen in Ihrer gegenwärtigen Lage das Fortbestehen ihrer persönlichen Hochachtung und ihres unverminderten Vertrauens auszusprechen.“

Das Presbyterium von St. Reinoldi.

Die größere Gemeinde-Vertretung (51 von 60 Mitgliedern):

„Hochverehrter Herr Pfarrer!

In der letzten Sitzung der größeren Gemeindevertretung haben wir Kenntnis erhalten von der Vertrauenserklärung, die das Presbyterium der Reinoldigemeinde aus Anlaß des gegen Sie

eröffneten Disziplinarverfahrens an Sie gerichtet hat. Wir freuen uns dieser Kundgebung als ein nicht zu übersehendes Zeugnis von berufener Stelle, durch das Ihre großen Verdienste um unsere Gemeinde die gebührende Anerkennung finden.

Aber wir haben auch für unsere Person das innere Bedürfnis, Ihnen zu bekunden, daß wir in diesen schweren Tagen treu zu Ihnen halten, und zu bezeugen, was Sie uns und der großen Gemeinde Ihrer Verehrer, die weit über die Grenzen Ihres Pfarrbezirks hinausreicht, in einer zehnjährigen, reichgesegneten Tätigkeit gewesen und geworden sind. Nicht nur durch Ihre Wortverkündigung, die ihre tiefe Wirkung durch die Verbindung von Gottinnigkeit und Weltoffenheit ausübt, haben Sie uns immer und immer wieder eingeschärft: „Fest mit beiden Füßen auf dieser Erde zu stehen und den Blick zum Himmel emporgerichtet zu halten.“ Sie selbst sind uns in Ihrem Schaffen und Ringen, Dienen und Helfen das leuchtende Vorbild einer sittlichen Kraft, die aus lebendigem Gottesglauben quillt.

Wir wissen, hochverehrter Herr Pfarrer, wie abhold Sie stets in der Ihnen eigenen Bescheidenheit und strengen Selbstbeurteilung allen Lobeserhebungen gewesen sind, aber jetzt ist der Augenblick gekommen, wo wir einmal frei heraus davon reden müssen, was wir Ihnen an religiösem Besitz und geistig-sittlichem Wachstum verdanken. Und wir hoffen, daß man sich auch an den Stellen, wo gegenwärtig eine schicksalsschwere Entscheidung liegt, der Erkenntnis nicht verschließen wird, was in Ihrer Person der evangelischen Landeskirche und insbesondere einer Großstadtgemeinde wie der unsrigen von Gott geschenkt ist.“

Die Voruntersuchung fand am 24. u. 25. Nov. 1911 in Breslau statt. Dem Antrag Liz. Traubs, den Vorsitzenden des Presbyteriums zu St. Reinoldi über seine Amtsführung zu vernehmen, gab das Konsistorium durch Beschluß vom 14. Dez. in der erweiterten Form statt, daß sämtliche Geistliche der Reinoldigemeinde zu hören seien. Diese Vernehmung fand am 20. Dez. statt. Dann wurde von Konsistorialrat Hain die Anklage erhoben und die Hauptverhandlung auf den 12. März 1912 angesetzt.¹⁾

Die Verhandlungen in Breslau, zu denen der Angeklagte persönlich zu erscheinen hatte, dauerten vier Tage.

Am 15. März wurde das „auf Versetzung in ein anderes Kirchenamt“ lautende Urteil gefällt. Es lautet:

„Der Angeschuldigte“, Pfr. lic. theol. Traub in Dortmund, ist nach seinem Verhalten außer dem Amt des Dienstvergehens gemäß § 2 des Kirchengesetzes, betr. die Dienstvergehen der Kirchenbeamten, vom 16. Juli 1886, schuldig und wird mit der Entfernung aus dem Kirchenamt, bestehend in der Versetzung,

¹⁾ Die Anklageschrift wird hier nicht mit abgedruckt, da die Materie nachher im Urteil des Ev. Oberkirchenrats wiederkehrt.

bestraft. Die baren Auslagen des Verfahrens sind von dem Angeschuldigten zu erstatten."

Der § 2 des angezogenen Gesetzes hat folgenden Wortlaut:

"Jeder Kirchenbeamte ist verpflichtet, das ihm übertragene Amt in Gemäßheit der bestehenden allgemeinen und besonderen kirchlichen Ordnungen gewissenhaft wahrzunehmen und sich durch sein Verhalten in und außer dem Amt der Achtung, des Ansehens und des Vertrauens würdig zu zeigen, welche sein Beruf erfordert.

Ein Kirchenbeamter, welcher diese Pflicht verletzt, begeht ein Dienstvergehen.

Bei geringeren Ordnungswidrigkeiten und Verstößen gegen die amtliche Pflicht ist der Beamte durch Mahnung seiner Vorgesetzten an die letztere zu erinnern, bei erheblicheren Dienstvergehen hat derselbe Disziplinarbestrafung verwirkt."

Die folgenden §§ 7—13 teilen die Disziplinarstrafen ein in Ordnungsstrafen und Entfernung aus dem Kirchenamt.

Ordnungsstrafen sind 1. Warnung, 2. Verweis, 3. Geldstrafe.

Die Entfernung aus dem Kirchenamt kann bestehen in 1. Versetzung, 2. Amtsenthebung, 3. Dienstentlassung.

ad 1 bestimmt das Gesetz, daß die Strafversetzung auch auf eine Stelle mit geringerem Diensteinkommen geschehen kann; sie schließt also eventuell auch pekuniären Verlust ein.

ad 2 sagt das Gesetz, daß die Amtsenthebung den Verlust des Kirchenamtes bewirke, der Verurteilte bleibe aber anstellungsfähig und behalte die Rechte des geistlichen Standes, ob und welcher Teil des Ruhegehaltes belassen wird, wird im Einzelfall entschieden.

ad 3 wird bestimmt, daß die Dienstentlassung eo ipso den Verlust aller Rechte eines Kirchenbeamten, insbesondere auch des Titels, des Anspruchs auf Ruhegehalt nach sich ziehe, ebenso auch den Verlust der Rechte des geistlichen Standes.

Gegen das auf Strafversetzung lautende Urteil des Breslauer Konsistoriums legten sowohl der Vertreter der Anklage, als auch Liz. Traub selbst Berufung an den Ev. Oberkirchenrat in Berlin ein. Die Berufungsbegründung Traubs, verfaßt von seinem Rechtsbeistand, Rechtsanwalt Kraemer, findet sich im Wortlaut in Traubs oben zitierter Schrift: „Meine Berufung etc.“ S. 30—41.

Durch Beschluß vom 5. Juli 1912 verwarf der Ev. Oberkirchenrat Liz. Traubs Berufung. Auf die Berufung des Vertreters der Anklage wurde die Entscheidung von Breslau aufgehoben und auf Dienstentlassung erkannt.

2. Das Urteil des Ev. Oberkirchenrats

wurde unter Beifügung der Entscheidungsgründe am 27. Aug. 1912 Liz. Traub zugestellt. Wir geben hier den vollen Wortlaut in extenso, weil dieses Urteil für die kirchliche Zeitgeschichte doku-

mentarischen Wert hat und aus den Entscheidungsgründen der volle Tatbestand erhellt. Er ist amtlich veröffentlicht in Nr. 3 des kirchlichen Gesetz- und Verordnungsblattes, ausgegeben am 7. September 1912.

Beschluß des Ev. Oberkirchenrats vom 5. Juli 1912 in dem Disziplinarverfahren wider den Pfarrer Lic. th. Gottfried Traub in Dortmund.

In dem förmlichen Disziplinarverfahren wider den Pfarrer Lic. theol. Gottfried Traub an der Reinoldi-Kirchengemeinde in Dortmund hat der Evangelische Oberkirchenrat in seiner Sitzung vom 5. Juli 1912, an welcher teilgenommen haben:

der Präsident, Wirkliche Geheime Rat *D. Voigts*, der Vizepräsident, Oberhofprediger *D. Dryander*, die Wirklichen Geheimen Oberkonsistorialräte *D. Moeller* und *D. Koch*, der Ev. Feldpropst der Armee *D. Wölfig*, der Wirkliche Geheime Oberkonsistorialrat Hagemann, die Geheimen Oberkonsistorialräte Lic. theol. Wevers, Prof. *D. Dr. Kaftan*, Dr. Kapler und die Geheimen Konsistorialräte Propst Prof. *D. Dr. Kawerau* und Dr. Duske,

beschlossen:

Die Berufung des Angeschuldigten gegen die Entscheidung des Kgl. Konsistoriums in Breslau vom 15. März 1912 wird zurückgewiesen. Auf die Berufung des Vertreters der Anklage wird die genannte Entscheidung aufgehoben und gegen den Angeschuldigten wegen Dienstvergehens gegen § 2 des Kirchengesetzes vom 16. Juli 1886 unter Auferlegung der baren Auslagen des Verfahrens auf Dienstentlassung erkannt.

Entscheidungsgründe.

Nachdem zufolge Erlasses des Ev. Oberkirchenrats vom 28. Okt. 1911 gemäß § 21 Abs. 2 des Kirchengesetzes vom 16. Juli 1886, betreffend die Dienstvergehen der Kirchenbeamten (K. G. u. V. Bl. S. 81), an die Stelle des an sich zuständigen Konsistoriums der Provinz Westfalen in Münster das Konsistorium der Provinz Schlesien in Breslau getreten war, hat dieses durch Entscheidung vom 15. März 1912 den Angeschuldigten unter Auferlegung der baren Auslagen des Verfahrens zur Entfernung aus dem Kirchenamte, bestehend in der Versetzung, verurteilt.

Die Entscheidung ist erfolgt auf Grund der Feststellung, daß der Angeschuldigte, indem er in seiner publizistischen und literarischen Tätigkeit die ihm als Kirchenbeamten gezogenen Schranken durchbrach, sich in seinem Verhalten außer dem Amte der Achtung, des Ansehens und des Vertrauens, welche sein Beruf erfordert, nicht würdig gezeigt und somit ein Dienstvergehen gemäß § 2 des Kirchengesetzes vom 16. Juli 1886 begangen hat.

Gegen diese Entscheidung haben der Vertreter der Anklage und der Angeschuldigte rechtzeitig Berufung eingelegt, — ersterer mit der Erklärung, daß die Entscheidung nicht dem vom Angeschuldigten begangenen Dienstvergehen entspreche, während letzterer durch seinen Verteidiger die Berufung in dem Schriftsatze vom 13. Mai 1912 eingehend hat rechtfertigen lassen. Die Entscheidung des schlesischen Konsistoriums ist hiernach von beiden Seiten im vollen Umfange angefochten worden. Die Rechtfertigungsschrift des Verteidigers des Angeschuldigten hält dabei insbesondere sämtliche bereits in dem Verfahren erster Instanz erhobenen Einwände, zum Teil unter näherer Begründung, aufrecht. Auf ihren Inhalt wird in den nachstehenden Ausführungen einzugehen sein.

Die dem Angeschuldigten zur Last gelegte Verletzung seiner Amtspflichten betrifft sein außeramtliches Verhalten, seine publizistische und literarische Tätigkeit, und zwar wird die Verletzung nicht darin gefunden, daß, sondern wie er sich auf diesem Gebiete betätigt hat, insbesondere in der Art, wie er an der Landeskirche, ihren Behörden und Einrichtungen Kritik geübt hat.

Der Angeschuldigte nimmt gerade als beamteter Geistlicher das Recht der Kritik in weitestem Umfange in Anspruch und will es geradezu als einen Teil seiner Amtspflicht betrachtet wissen. Die Vorinstanz hat dem Angeschuldigten in analoger Anwendung der Grundsätze, die in der in Bd. 55, S. 469 f. der Entscheidungen des Kgl. Oberverwaltungsgerichts abgedruckte Entscheidung dieses Gerichtshofes des näheren entwickelt sind, das Recht einer — sogar scharfen — sachlichen Kritik mit Recht zugesprochen, anderseits aber auch zutreffend dargelegt, inwieweit der Ausübung dieses Rechts durch die Amtspflichten eine Schranke gesetzt ist.

Ein Geistlicher und Kirchenbeamter, der sich publizistisch, insbesondere kirchenpolitisch betätigt, hat, um nicht sein und seines Amtes Ansehen und Vertrauen zu gefährden, aufs peinlichste darauf zu achten, daß seine Auslassungen nicht die Grenze der sachlichen Kritik überschreiten, und zwar in verstärktem Maße dann, wenn er die Landeskirche, deren Organismus sein Amt eingliedert ist, ihre Einrichtungen und Behörden einer Kritik unterzieht und sich dabei an die breite Öffentlichkeit wendet. Er überschreitet die zulässige Grenze nicht nur, wenn bei der Kritik die Sach- oder Rechtslage entstellt wird, wenn ungerechtfertigte Unterstellungen, Verdächtigungen oder Vorwürfe unterlaufen, oder wenn die Form verletzend oder herabwürdigend ist. Vielmehr muß er — das entspricht auch den Ausführungen des Oberverwaltungsgerichts — sorgfältig prüfen, welche Wirkungen die Publikationen in der Öffentlichkeit, der er sie übergibt, haben werden. Kann und muß er bei pflichtmäßiger Prüfung erkennen, daß die Leser oder Hörer nach dem Durchschnitt ihrer Bildung und Urteilsfähigkeit durch seine Auseinandersetzungen zur Verachtung landeskirchlicher Einrichtungen oder Behörden geführt werden, daß auf diese

Weise das Ansehen der Landeskirche und ihrer Organe gefährdet oder gar untergraben und das Vertrauen zu ihren Einrichtungen erschüttert wird, so darf er die Veröffentlichung nicht unternehmen und macht sich eines Bruchs der Disziplin schuldig, wenn er es trotzdem tut. Denn diese Pflicht zur rücksichtsvollen Achtung gegen die Kirche ist ein wichtiger Bestandteil der kirchlichen Beamtendisziplin und eine unentbehrliche Grundlage für die gedeihliche Gestaltung und Entwicklung des gesamten landeskirchlichen Organismus. Es ist also nicht ausschlaggebend, ob der Kirchenbeamte bei seiner publizistischen Tätigkeit nur sachliche Kritik hat üben wollen, d. h. ob ihm die Absicht einer Herabwürdigung fernegelegen hat. Das Dienstvergehen liegt schon dann vor, wenn infolge pflichtwidriger Unterlassung der Selbstzucht durch die Publikationen die Achtung vor der Landeskirche und ihren Organen in der Öffentlichkeit erschüttert wird. Der Kirchenbeamte hat sich dann der Achtung, des Ansehens und des Vertrauens, welche sein Amt erfordert (§ 2, Kirchengesetz vom 16. Juli 1886) nicht würdig gezeigt. Darüber, ob und wann diese Unwürdigkeit eingetreten ist, hat nicht die Öffentlichkeit, sondern die vom Gesetz mit der Disziplinargewalt ausgestattete Kirchenbehörde zu entscheiden.

Dies vorangeschickt, ist folgendes hervorzuheben:

I. Als tatsächliches Material legt das Konsistorium zu Breslau dem Disziplinarverfahren zu Grunde eine Reihe von Artikeln in der von dem Angeschuldigten herausgegebenen Zeitschrift „Christliche Freiheit, evangelisches Gemeindeblatt für Rheinland und Westfalen“, ferner von dem Angeschuldigten in öffentlichen Versammlungen gehaltene Reden aus Anlaß der Entscheidung des Spruchkollegiums für kirchliche Lehrangelegenheiten im Falle Jatho, weiter zwei Artikel im Berliner Tageblatt bzw. in der Magdeburgischen Zeitung vom 24. Februar und 16. März 1911, dann die von ihm verfaßte, im September 1911 erschienene Broschüre „Staatschristentum oder Volkskirche“, sowie endlich die über das Verhalten des Angeschuldigten in seinem Pfarramte erfolgten Erhebungen.

II. Vorweg hat der Angeschuldigte gegen die Verwertung dieses tatsächlichen Materials in folgenden Beziehungen Einwendungen erhoben:

1. Diejenigen publizistischen Äußerungen des Angeschuldigten, welche aus der Zeit nach der Eröffnung des Disziplinarverfahrens — 10. Okt. 1911 — stammen, hätten mangels einer ausdrücklichen Ausdehnung des Verfahrens auf sie für die Beurteilung, ob und in welchem Umfange ein Dienstvergehen vorliege, nicht verwertet werden dürfen. Den Ausführungen des Konsistoriums, welches diesen bereits in der Vorinstanz erhobenen Einwand zurückweist, ist beizutreten. Stellt eine Reihe von publizistischen und literarischen Äußerungen des Angeschuldigten in ihrer Gesamtheit sich als ein Dienstvergehen dar, so bilden damit im sachlichen Zu-

sammenhange stehende weitere Auslassungen gleicher Art, wenn sie zeitlich erst nach der Eröffnung des Disziplinarverfahrens erfolgen, nicht ein neues selbständiges Dienstvergehen, sondern einen integrierenden Bestandteil des bereits zur Untersuchung verstellten Dienstvergehens. Dementsprechend gestatten die §§ 29, Abs. 2 und 36, Abs. 5 des Kirchengesetzes vom 16. Juli 1886 die Berücksichtigung neuer Tatumstände bzw. neuer Tatsachen im weiteren Verlauf des Verfahrens und sogar noch in der Berufungsinstanz mindestens dann, wenn die neuen Tatsachen nicht die Grundlage einer anderen Beschuldigung bilden. Die Anschuldigung — schuldhaftes Verhalten bei der publizistischen Tätigkeit —, für welche die vor oder nach der Eröffnung des Verfahrens erschienenen Artikel und Aufsätze in Betracht kommen, ist hier die nämliche.

2. Die Rechtfertigungsschrift des Angeschuldigten macht weiter den bereits in der Vorinstanz erhobenen Einwand nochmals geltend, daß der Angeschuldigte für die von ihm in die Zeitschrift „Christliche Freiheit“ aufgenommenen Artikel anderer Verfasser nicht disziplinarisch verantwortlich gemacht werden könne. Darin liege eine unzulässige Ausdehnung des § 20 des Reichspreßgesetzes auf das Disziplinarverfahren. In der Rechtfertigungsschrift werden dabei die, übrigens auf den eigenen Angaben des Angeschuldigten beruhenden, tatsächlichen Feststellungen über die Art und den Umfang seiner redaktionellen Tätigkeit bei der Herausgabe der „Christlichen Freiheit“ nicht angefochten. Innerhalb dieses Rahmens hat die Vorinstanz den Angeschuldigten mit vollem Recht auch für die Aufnahme der Artikel und Aufsätze anderer Verfasser in seine Zeitschrift disziplinarisch verantwortlich gemacht. Auch bei der Herausgabe einer Zeitschrift darf ein Geistlicher oder Kirchenbeamter seine amtliche kirchliche Stellung und die aus ihr sich ergebenden Amtspflichten nicht außer acht lassen und muß daher die Aufnahme solcher Artikel, mit deren Verbreitung er gegen diese Pflichten verstößt, ablehnen, widrigenfalls er sich disziplinarisch strafbar macht. Völlig abwegig ist die in der Rechtfertigungsschrift daran geknüpfte Bemerkung, als ob dann eine Nichtanpassung des Inhalts einer Zeitschrift an die jeweils herrschenden Auffassungen der vorgesetzten Behörde oder die Aufnahme ihr unbequemer Artikel die Grundlage für ein disziplinares Vorgehen bilden könnte. Die Vorinstanz hat in vollem Umfange den Geistlichen das Recht der Kritik, auch der öffentlichen Kritik, zugestanden. Aber diese Kritik hat ihre Grenze an den mit der Übernahme des geistlichen Amtes übernommenen Amtspflichten.

3. Auch der Einwand, der § 23 des kirchlichen Disziplinargesetzes sei verletzt, weil die Anklageschrift einige Artikel verwende, über welche der Angeschuldigte nicht besonders gehört sei, ist unbegründet.

Nach § 23 a. a. O. wird der Angeschuldigte in der Voruntersuchung unter Mitteilung der Anschuldigungspunkte vorgeladen,

und, wenn er erscheint, „gehört“. Die Anschuldigungspunkte sind dem Angeschuldigten schon durch Mitteilung der Beschlüsse der Kgl. Konsistorien in Münster und Breslau vom 10. Oktober und 6. Nov. 1911 bekannt gegeben, er ist unter dem 11. Nov. 1911 gemäß § 23 „zur Anhörung über die Anschuldigungspunkte des Eröffnungs- und des Erweiterungsbeschlusses“ vom Untersuchungskommissar vorgeladen, und ihm ist in dem Termin vom 24. Nov. 1911 voll ausreichende Gelegenheit zur Äußerung über die Anschuldigungspunkte gegeben worden.

Auch in diesem Zusammenhange kann auf die vorerwähnten §§ 29, Abs. 2 u. 36, Abs. 5 des Kirchengesetzes verwiesen werden.

Nach Aufnahme der strittigen Artikel in die Anklageschrift hatte der Angeschuldigte in der Hauptverhandlung vor dem Kgl. Konsistorium in Breslau ebenfalls Gelegenheit, sich dazu zu äußern. Daß er etwa in seiner Verteidigung beschränkt worden wäre, ist nirgends ersichtlich und wird auch von ihm selbst nicht geltend gemacht.

III. Im einzelnen handelt es sich nach den Feststellungen der Vorinstanz um folgende Vorgänge:

A. Angriffe gegen das Konsistorium zu Münster und den Konsistorialrat Dr. Richter im Falle Hilchenbach.

Die in der Entscheidung der Vorinstanz eingehend aktenmäßig dargestellten Vorgänge, betreffend die Verhandlungen des Konsistoriums in Münster und seines Kommissars, des Konsistorialrats Dr. Richter, über die Errichtung einer zweiten Pfarrstelle für die Kirchengemeinde Hilchenbach waren dem Angeschuldigten von einem Amtsbruder in einem zur Aufnahme in die „Christliche Freiheit“ bestimmten Artikel völlig entstellt geschildert worden. Unter dem Eindrucke dieses Artikels stehend, äußerte der Angeschuldigte in der nichtöffentlichen Hauptversammlung des Verbandes der Freunde evangelischer Freiheit in Köln am 14. Februar 1910:

„Schon jetzt ist die rheinisch-westfälische Kirchenordnung so durchbrochen, daß man von einem grundsätzlichen freien Pfarrwahlrecht in seinem Gebiet gar nicht mehr reden kann. Die nächste Nummer der „Christlichen Freiheit“ wird wieder aktenmäßige Nachrichten über den unterminierenden Kampf, den das westfälische Konsistorium gegen dieses Wahlrecht führt, bringen.“

In Nr. 8 der „christlichen Freiheit“ vom 20. Februar 1910 erschien darauf der Artikel des Amtsbruders ohne Nennung des Verfassers unter der Überschrift: „Neues und Altes aus Siegerländer Wahlrechts-Kämpfen. Hilchenbach.“ In dem Artikel wurden die Vorgänge in folgender Weise geschildert:

Das Konsistorium habe im April 1909 die Gemeindevertreter von Hilchenbach zu einer Sitzung einladen lassen, in der ein Konsistorialrat persönlich die Notwendigkeit der Umwandlung bezw.

Gründung der zweiten Pfarrstelle habe nachweisen sollen. Mit einer knappen Majorität der so wie so knapp beschlußfähigen Versammlung sei der Beschluß zustande gekommen; aber nur unter der Bedingung, daß die Gemeinde das freie Wahlrecht habe und behalte. Der Konsistorialvertreter habe erst, nachdem die Bedürfnisfrage anerkannt gewesen sei und zufällig zum Schlusse der Verhandlung auf die Wahlrechtsfrage infolge Anregung des Superintendenten die Sprache gekommen sei, erklärt, daß das Konsistorium voraussichtlich auf diese Bedingungen nicht eingehen könne, doch wolle er den Beschluß, so wie er sei, zunächst mal mit nach Münster nehmen. In der Gemeindevertretung habe diese unter so eigentümlichen Umständen abgegebene Erklärung zum mindesten großes Erstaunen hervorgerufen, um so mehr, als bisher auch alle neugegründeten Pfarrstellen im Siegerland von den Gemeinden besetzt worden seien (mit Ausnahme von Netphen), und nur die alten Stellen dem Kgl. Patronat in irgend einer Form unterlegen hätten. Das Konsistorium habe es abgelehnt, auf diese Bedingungen der Gemeinde einzugehen. Die Gemeinde habe fest auf ihrer Forderung beharrt und ihren Gründungsbeschluß vollständig wieder aufgehoben. Daraufhin das Konsistorium: Antrag bei dem Regierungspräsidenten auf Zwangsetatisierung. Weil das Bedürfnis für einen zweiten Geistlichen nicht so dringend gewesen sei, daß es einen solchen Schritt hätte rechtfertigen lassen, hätten die staatlichen Behörden den Antrag des Konsistoriums „glatt abgelehnt“. Sobald die Gemeinde von der beantragten Zwangsetatisierung gehört habe, hätte sie diesen ungeheuerlichen Schritt des Konsistoriums mit Aufhebung der Hilfspredigerstelle beantwortet. Die Erbitterung der Gemeinde gegen die Behörde sei so groß gewesen, daß sie alles, was „von oben“ gekommen sei, abgelehnt und nur das Notwendigste geleistet habe.

Hätte der Superintendent, ein guter Kenner Siegerländer Geschichte und alter Kämpfer für Siegerländer Recht, nicht schließlich auf diesen Punkt den Finger gelegt, die Gemeinde und vielleicht das ganze Land wäre für die Zukunft um sein Pfarrwahlrecht gekommen. Wenn die Behörde vorgehabt hätte, ein für Siegerland neues „Recht“ einzuführen, so hätte der Konsistorialvertreter doch über dasselbe klaren Wein einschenken müssen. Ein anderes Verfahren sei nicht „offen und ehrlich“.

In Nr. 10 der „Christlichen Freiheit“ vom 6. März 1910 wurde sodann der bereits erwähnte Vortrag des Angeschuldigten unter der Überschrift: „Jahresbericht und Ausblicke“ wörtlich abgedruckt. Ein Hinweis darauf, daß die in diesem Vortrage für die nächste Nummer der „Christlichen Freiheit“ angekündigten Nachrichten über den „unterminierenden Kampf“ des Konsistoriums schon in Nr. 8 erschienen waren, unterblieb. Es war dies, wie der Angeschuldigte glaubhaft erklärt hat, eine versehentliche Unterlassung.

Wegen der in dem Artikel Nr. 8 enthaltenen verletzenden Äußerungen und wegen des Ausdruckes in Nr. 10 „unterminieren-der Kampf“ stellte das Konsistorium in Münster bei dem Ersten Staatsanwalt in Bonn Strafantrag, mit dem der Präsident des Konsistoriums auf Grund des § 196 R.Str.G.B. einen Strafantrag wegen Beleidigung des Konsistorialrats Dr. Richter verband. Die Strafkammer in Bonn sprach den Angeschuldigten durch Erkenntnis vom 1. Oktober 1910 frei, indem sie ihm den Schutz des § 193 R.Str.G.B. (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zuerkannte. Die auf Ersuchen des Konsistoriums zu Münster eingelegte Revision wurde am 17. März 1911 verworfen.

Auf den vorstehenden Fall Hilchenbach und die dabei dem Angeschuldigten zur Last fallende öffentliche Herabwürdigung des Kgl. Konsistoriums zu Münster und des Konsistorialrats Dr. Richter hat das Konsistorium zu Breslau das Disziplinarverfahren durch Beschluß vom 6. November 1911 ausgedehnt.

Der Angeschuldigte hat, wie in der Vorinstanz, so auch in der Berufungsinstanz vorweg zwei Einwendungen gegen die Zulässigkeit der Hereinziehung des Falles Hilchenbach geltend gemacht.

1. Zunächst hat er die Befugnis des Konsistoriums zu Breslau bestritten, das Disziplinarverfahren, wie durch den Beschluß vom 6. November 1911 geschehen, auf diesen Fall auszudehnen: das Konsistorium sei lediglich zur Durchführung des Disziplinarverfahrens im Rahmen des Eröffnungsbeschlusses des Konsistoriums in Münster vom 10. Okt. 1911 zuständig gewesen. Dieser Einwand ist in erster Instanz mit Recht als unbegründet zurückgewiesen worden. Nach § 21 des Kirchengesetzes vom 16. Juli 1886 ist das Konsistorium in Breslau an die Stelle des Konsistoriums in Münster getreten hinsichtlich „der Ausübung der Disziplinargewalt“. Die hieraus sich ergebenden Befugnisse umfassen das ganze disziplinare Verfahren gegen den Angeschuldigten und schließen nicht nur, wie der Verteidiger geltend macht, die Funktionen aus § 19, sondern auch die aus § 18 des Kirchengesetzes in sich, also auch die Befugnisse zur Ausdehnung der Disziplinaruntersuchung auf neue Anschuldigungspunkte. Deshalb kann auch dahingestellt bleiben, ob nicht das Verhalten des Angeschuldigten im Falle Hilchenbach als schon unter Ziffer 3 des Eröffnungsbeschlusses — Herabwürdigung von Behörden der Landeskirche — fallend erachtet werden konnte, und ob es hiernach einer förmlichen Ausdehnung der Untersuchung überhaupt bedurfte.

2. Sodann wiederholt der Angeschuldigte in der Berufungsinstanz den Einwand der res judicata: nachdem der Angeschuldigte im gerichtlichen Strafverfahren von der Beleidigung des Kgl. Konsistoriums in Münster und des Konsistorialrats Dr. Richter rechtskräftig freigesprochen worden, sei es unzulässig, die Vorgänge zum Gegenstande eines Disziplinarverfahrens wider ihn zu machen.

Der Einwand ist, wie ebenfalls schon in der Vorentscheidung zutreffend ausgeführt ist, unbegründet.

Der Begriff eines Dienstvergehens fällt mit dem Tatbestande zugleich strafrechtlich zu verantwortender Handlungen keineswegs zusammen. Die Frage, wie eine Handlung strafrechtlich sich darstellt, ist für den Disziplinarrichter grundsätzlich nicht entscheidend (vgl. v. Rheinbaben, Die preußischen Disziplinalgesetze, II. Aufl. S. 66). Vielmehr sind vom Standpunkte der Disziplinalgesetzgebung hinsichtlich der Frage, ob und inwieweit sich die Herbeiführung eines Zusammenhangs zwischen der disziplinarischen und der strafgerichtlichen Ahndung empfehle, lediglich Zweckmäßigkeitsgründe maßgebend. Während in § 5 des staatlichen Disziplinalgesetzes vom 21. Juli 1852 ein solcher Zusammenhang in gewissem Umfange hergestellt ist, hat das kirchliche Disziplinalgesetz vom 16. Juli 1886 sich bewußt auf den Standpunkt der grundsätzlichen Unabhängigkeit der disziplinarischen Untersuchung und Entscheidung von der strafgerichtlichen Untersuchung und Entscheidung gestellt und eine dem cit. § 5 entsprechende Bestimmung nicht aufgenommen. Der von dem Angeschuldigten erwähnte § 3 des Kirchengesetzes in Verbindung mit dem Runderlaß des Evangelischen Oberkirchenrats vom 2. September 1886 hat lediglich prozessuale, keine materielle Bedeutung (vgl. die Motive, K. G. u. V. Bl. 1885 Seite 111).

Der Hinweis auf die bei einem Auseinandergehen der gerichtlichen und der disziplinarischen Entscheidung sich vermeintlich ergebende Rechtsunsicherheit verkennt den Unterschied zwischen den Zwecken und Zielen des gerichtlichen Verfahrens und denen des Disziplinarverfahrens.

Es trifft aber auch, wie nebenbei bemerkt sein mag, nicht zu, daß der § 5 des staatlichen Disziplinalgesetzes im Falle der Freisprechung eines Beamten dessen disziplinare Verfolgung wegen der nämlichen Handlungen ausschließt. Dies ergibt sich aus dem § 5 vielmehr ohne weiteres, und es ist auch für das Gebiet des staatlichen Disziplinarrechts anerkannt (vgl. v. Rheinbaben a. a. O. S. 107), daß z. B. ein wegen Beleidigung angeklagter Beamter, der freigesprochen wurde, weil in seiner Äußerung nicht der strafgesetzliche Tatbestand der Beleidigung gefunden wurde, disziplinarisch zur Rechenschaft gezogen werden kann, wenn seine Äußerung für taktlos, unehrerbietig, unpassend zu erachten ist.

Das Verhalten des Angeschuldigten unterliegt daher auch in dem Hilchenbacher Fall durchaus freier disziplinarer Würdigung.

Bei dieser Würdigung ist zunächst hervorzuheben, daß in den strafgerichtlichen Urteilen, wenngleich sie den Angeschuldigten mit Rücksicht auf die ihm zugebilligte Wahrnehmung berechtigter Interessen von der Anklage der Beleidigung freigesprochen haben, doch das Vorliegen schwerer Beleidigungen des Kgl. Konsistoriums zu Münster und seines Kommissars an sich ausdrücklich anerkannt ist.

Das Urteil der Strafkammer in Bonn vom 1. Oktober 1910 enthält folgende, vom Reichsgericht nicht beanstandete Feststellung:

„Hiernach ist es unrichtig, wenn in dem Aufsatz der Sachverhalt so dargestellt wird, als ob der Konsistorialrat die Wahlrechtsfrage absichtlich unterdrückt hätte, um die Gemeinde zur Anerkennung des Bedürfnisses und Gewährung der Mittel zu bringen, andererseits aber um ihr Wahlrecht zu verkürzen. Unrichtig ist es ferner, wenn gesagt wird, daß die Erklärungen des Konsistorialrats über das Besetzungsrecht unter „eigentümlichen Umständen“ abgegeben worden seien, und wenn mehr oder weniger unmittelbar behauptet wird, die Behörde gehe mit der Gemeinde nicht ganz grade Wege, sie habe vorgehabt, ein für das Siegerland neues „Recht“ einzuführen, ihr Verfahren sei nicht offen und ehrlich, ihr Vorgehen bedeute einen neuen Vorstoß gegen das Wahlrecht der Gemeinde, und in dem späteren Artikel: sie führe einen unterminierenden Kampf gegen dieses Wahlrecht. Tatsächlich wollte das Konsistorium nur über die Bedürfnisfrage und die Bewilligung der Mittel verhandeln und dachte nicht an Erlangung von Vorteilen bezüglich der Besetzungsfrage, die mit jenen Fragen in keinem Zusammenhange stand und durch deren Entscheidung unberührt blieb. Denn wenn die Gemeinde das Wahlrecht hatte, konnte sie es nicht dadurch verlieren, daß sie die Bedürfnisfrage bejahte und die Mittel bewilligte, ohne sich das Wahlrecht ausdrücklich vorzubehalten. Unrichtig war endlich auch die Behauptung, der Antrag des Konsistoriums auf Zwangsetatisierung sei von der staatlichen Behörde „glatt abgelehnt“ worden. In Wirklichkeit hat das Konsistorium, wie der Konsistorialrat Dr. Richter bekundet, diesen Antrag zurückgenommen, nachdem der Landrat und der Superintendent erklärt hatten, daß zurzeit für Hilchenbach eine Pfarrstelle vielleicht gerade noch ausreiche, und nachdem der Landrat außerdem auf die Gefahr einer Sektenbildung hingewiesen hatte, falls dem Antrage gemäß verfahren werde.

Die unwahren Behauptungen und Unterstellungen der beiden Artikel enthalten schwere Beleidigungen des Konsistoriums und des Konsistorialrats Dr. Richter. Es wird darin der Vorwurf erhoben, daß das Konsistorium sowie sein Beauftragter gegen seine Rechtsüberzeugung in hinterlistiger, unehrlicher, auf Täuschung berechneter Weise darauf ausgegangen sei, die Gemeinde Hilchenbach um ihr Wahlrecht zu bringen, und daß die Behörde im allgemeinen einen unterminierenden Kampf gegen das Wahlrecht der Kirchengemeinden führe, d. h. einen Kampf durch verborgene, heimtückische Wühlarbeit, also mit häßlichen, verwerflichen Mitteln. Daß solche Vorwürfe geeignet sind, das Konsistorium und seinen Beauftragten in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen, und daß der Angeschuldigte sich des be-

leidigenden Charakters der Artikel bewußt war, bedarf keiner weiteren Darlegung.“

Wenn dem Angeschuldigten gleichwohl der Schutz des § 193 R.Str.G.B. zugebilligt worden ist, weil er, wie das Gericht annimmt, als Pfarrer einer westfälischen Gemeinde eigene berechnigte Interessen und die Interessen seiner Dortmunder Kirchengemeinde vertreten habe, und die Absicht der Beleidigung aus der Form der Äußerungen und den Umständen, unter denen sie geschah, nicht hervorgehe, so rechtfertigt nicht nur, sondern erfordert obige gerichtliche Feststellung des Verhaltens des Angeschuldigten gerade, der disziplinarischen Würdigung dieses Verhaltens näher zu treten.

Wenn der Angeschuldigte in der Versammlung vom 14. Febr. 1910 erklärt und demnächst durch Abdruck in der „Christlichen Freiheit“ öffentlich verbreitet, „die nächste Nummer der „Christlichen Freiheit“ wird wieder aktenmäßige Nachrichten über den unterminierenden Kampf, den das westfälische Konsistorium gegen dieses Wahlrecht führt, bringen“, so enthält diese in die breite Öffentlichkeit herausgegebene — unwahre — Behauptung eine ungeheuerliche Verdächtigung des westfälischen Konsistoriums: der Kirchenbehörde, welcher der Schutz des verfassungsmäßigen Pfarrwahlrechts der Gemeinden obliegt, wird der schwere Vorwurf gemacht, daß es gegen eben dieses Wahlrecht einen unterminierenden Kampf führe.

Der Angeschuldigte hat nun zwar die Absicht einer Beleidigung bestritten; die Worte „unterminierender Kampf“ hätten „nur sagen sollen (bildlich nach dem Ausdruck im Festungskrieg), daß das Konsistorium mit allen erlaubten Mitteln vorgehe, um sein Besetzungsrecht durchzuführen, und daß dieser Kampf gewissermaßen dem Kampfe im Festungskriege entspreche, wo auch von Position zu Position vorgegangen werde.“ Aber abgesehen davon, daß er selbst hat zugeben müssen, wie ihm beim Lesen der demnächst in Nr. 8 der „Christlichen Freiheit“ abgedruckten Zuschrift aufgefallen sei, daß das Urteil des Verfassers beleidigend wirken könne, so hat er sich nach seiner eigenen Erklärung auch nicht verhehlt, daß in dem von ihm selbst gebrauchten Ausdruck „unterminierender Kampf“ der Vorwurf des Kampfes mit unlauteren Mitteln gefunden werden könne, und der Ausdruck von ihm „nicht ganz vorsichtig gewählt“ sei.

Diese geringfügigen Zugeständnisse entschuldigen den Angeschuldigten nicht. Das Verwerfliche seiner Ausdrucksweise liegt nicht nur darin, daß die Worte, er bringe „wieder aktenmäßige Nachrichten“, den Eindruck erwecken mußten, er verfüge über völlig unantastbares, zuverlässiges Material für seine Behauptungen, sondern vornehmlich auch schon darin, daß er die Ausdrucksweise als für ihn selbstverständlich dem Bilde eines Kriegszustandes zwischen dem Konsistorium und den Gemeinden, eines Kampfes der Behörde gegen die Gemeinden, entlehnt.

Wenn der Angeschuldigte gleichwohl bei seiner Vernehmung die Absicht einer Beleidigung ausdrücklich bestreitet, so muß dies durch die Aufnahme des Artikels in Nr. 8 der „Christlichen Freiheit“ als widerlegt erachtet werden. Wie dessen oben wieder-gegebener Inhalt ergibt, soll gerade dem Konsistorium und seinem Kommissar der Vorwurf gemacht werden, daß der Gemeinde nicht „klarer Wein eingeschenkt sei“, daß nicht „offen und ehrlich“ verfahren sei, daß es sich um eine Überrumpelung bezw. Überlistung gehandelt habe, durch welche „die Gemeinde und vielleicht das ganze Land um sein Wahlrecht gekommen wäre, wenn nicht der Superintendent schließlich auf diesen Punkt den Finger gelegt hätte.“

Der scharfen Beurteilung, welche die Vorinstanz diesem gehässigen Angriffe hat zuteil werden lassen, kann daher nur beigetreten werden.

Der in der Berufungsrechtfertigung beantragten Vernehmung der Witwe des Superintendenten Achenbach in Siegen bedurfte es nicht, da die in ihr Zeugnis gestellte Tatsache für die Beurteilung des Verhaltens des Angeschuldigten nicht erheblich erschien.

B. Angriffe gegen die westfälische Provinzialsynode und gegen den Evangelischen Oberkirchenrat bezw. seinen Kommissar.

Die Feststellung der erstinstanzlichen Entscheidung, daß die Notiz in Nr. 38 der „Christlichen Freiheit“:

„Augenblicklich tagen die Provinzialsynoden in Soest und Neuwied. Soest hat das Pfarrbesetzungsgesetz mit allen gegen vier Stimmen angenommen. So kläglich hätten wir die Provinzialsynode doch nicht eingeschätzt“,

eine schwere Kränkung der Synode enthält, die auch als solche empfunden worden ist, gibt zu Bedenken keinen Anlaß. Ebenso sind die im Anschluß an obige Notiz in Nr. 39 und 40 der „Christlichen Freiheit“ erschienenen Kundgebungen des Angeschuldigten von der Vorinstanz zutreffend gewürdigt.

Eine ungeziemende Kritik der Synode würde auch dann vorliegen, wenn das Wort „kläglich“ nicht, wie dem Wortlaute der Äußerung nach, auf die Synode selbst, sondern — nach der Deutung seitens des Angeschuldigten — auf den Beschluß der Synode bezogen werden müßte. Ebensowenig wie die Bemerkung der Berufungsrechtfertigung, der Beschluß sei von dem Angeschuldigten als „beklagenswert“ empfunden worden, die wirklich gebrauchten Worte rechtfertigt, kann auch dem weiteren Hinweis, daß auch von anderer Seite der Beschluß ähnlich beurteilt worden sei, Bedeutung beigemessen werden: gerade die Form der Kritik ist es, die beanstandet wird.

Die Bemerkungen über den Evangelischen Oberkirchenrat, mit denen der Angeschuldigte in Nr. 2 (von 1912) der „Christlichen Freiheit“ die Mitteilung des Präses der westfälischen Provinzial-

synode bei der Beratung des Pfarrbesetzungsgesetzes über eine von dem (bereits abgereisten) Kommissar des Evangelischen Oberkirchenrats auf telegraphische Anfrage erteilte Auskunft begleitet hat, sind in der Vorinstanz zutreffend als durchaus unangemessen bezeichnet worden.

C. Angriffe gegen die Kgl. Konsistorien in Koblenz und Berlin.

In hohem Maße achtungverletzend und herabsetzend mußte es wirken, wenn der Angeschuldigte in Nr. 15 der „Christlichen Freiheit“ an die Mitteilung, daß Pfarrer Radecke in Köln in einer Jatho-Versammlung in Berlin das Referat gehabt und seine Aufgabe, wie immer, meisterhaft gelöst habe, die Worte anfügt: „Nun wird er vom Konsistorium in Koblenz zur Verantwortung aufgefordert!! Uns kann es recht sein; je toller, desto besser. Dann gehen doch auch dem Blinden die Augen auf,“ und in Nr. 17 a. a. O. mit den Worten: „Hat das Konsistorium auch alle positiven Pfarrer zurechtgewiesen, welche in öffentlichen Versammlungen gegen Jatho agitierten?“ durchblicken läßt, daß das Konsistorium beim Vorgehen gegen Pfarrer Radecke parteiisch gehandelt habe.

Denselben Vorwurf erhebt er gegen das Kgl. Konsistorium in Berlin in Nr. 39 der „Christlichen Freiheit“ („Das evangelische Konsistorium hat der evangelischen Kirche ausreichenden Rechtsschutz versagt. Es war ein liberaler Geistlicher, der zu schützen war“) und in Nr. 1 von 1912 („Von der rechten Seite darf über liberale Pfarrer das schnödeste Zeug gesagt werden. Dagegen geht die Behörde nicht an“) und läßt sich in Nr. 36 a. a. O. über die Kraatz'sche Angelegenheit so aus:

„Als Offiziere jüngst die Ruhe des Gottesdienstes störten, hat die evangelische Kirche ihren Pfarrer gestraft und das Militär seine Offiziere geschützt. Wir fragen, was hätte wohl die katholische Kirche getan, wenn es sich um ihren ärmsten Vikar gehandelt hätte?“

Jetzt soll ein protestantisches Wort auf einer protestantischen Kanzel nicht mehr geduldet werden! Gibt es denn ein besonderes Evangelium für das Militär, oder sollen die Kanzeln alle militärisch bedient werden?

Jeder ehrliche Denker schämt sich, wenn weltliche Gewalten geistige Kämpfe mit dem Säbel entscheiden.

Arme evangelische Kirche! Wer sich vom Papst nährt, der stirbt“.

Mit den Worten „Arme evangelische Kirche“ will der Angeschuldigte die „Militärkirche“ gemeint und diese als arm bezeichnet haben „für den Fall, daß sie nur eine militärisch bestimmte Form der Darbietung des Evangeliums zulassen würde!“ Im übrigen hat er ausdrücklich zugegeben, daß er dem Konsistorium den Vorwurf der Pflichtversäumnis gegenüber einem seiner Pfarrer hat

machen wollen, und zwar besonders deshalb, weil dasselbe unaufgefordert seinerseits der Militärbehörde mitgeteilt habe, daß es dem Geistlichen seine Haltung verweisen wolle. Letzteres ist in der Voruntersuchung als unzutreffend festgestellt: Am 27. Juli 1911 machte die Militärbehörde dem Konsistorium von dem Vorfall mit der Bitte Mitteilung, das Erforderliche zu veranlassen; am 4. August erteilte das Konsistorium dem Geistlichen einen Verweis und benachrichtigte am 11. August die Militärbehörde. Die Stellung des Strafantrags gegen die Offiziere lehnte das Konsistorium am 31. Juli 1911 mit der Begründung ab, daß die strafgesetzlichen Voraussetzungen hierfür nach seiner Ansicht nicht vorlägen.

Die Ausführungen des Angeschuldigten, die durch den vergleichenden Hinweis auf die katholische Kirche noch verletzender wirken, enthalten die Verdächtigung, daß die von der Behörde angeführten Rechtsgründe nicht ernst gemeint gewesen seien, der Behörde wird, und zwar mit Willen, der schwere Vorwurf der Pflichtversäumnis hinsichtlich des Schutzes eines ihrer Geistlichen gemacht.

Im Anschluß hieran ist die vom Angeschuldigten in Nr. 40 der „Christlichen Freiheit“ abgedruckte, mit „O. Z.“ gezeichnete Satire „Guter Rat“ zu erwähnen, in der es u. a. heißt:

„Die Kirche ist in schwerer Gefahr. Schrankenloser Subjektivismus unterwühlt ihre Grundmauern. Prediger halten sich für berechtigt, auf der Kanzel zu sagen, was sie denken. . . . So ziehen sie die breiten Massen in die Kirche und nehmen ihr das eigentümlich Senfkornartige usw. . . .

So kann es nicht weitergehen, es muß Abhülfe geschaffen werden. Und worin anders kann sie liegen als in einer Stärkung der gottgesetzten Grundfesten der Kirche, der Konsistorien

An jedem Montag sollten die Prediger ihre Predigt für den übernächsten Sonntag dem Konsistorium schriftlich einreichen, damit sie von einem damit beauftragten Beamten zensiert und korrigiert werden können. Am besten würde nicht ein Theologe damit beauftragt, sicherer ruht die Reinheit der Lehre in den Händen eines gläubigen Juristen oder auch eines Leutnants

Damit auch die Ausführung sichergestellt ist, wird eine Überwachung der Gottesdienste in der bei sozialistischen Versammlungen üblichen Weise einzuführen sein. Ein Leutnant oder Polizeikommissar — auf dem Lande der Gendarm — führt die Aufsicht und hat die Pflicht, den Gottesdienst zu schließen, falls der Prediger gegen seine Auffassung verstößt.

Wenn wir doch erst so weit wären! Welche Ruhe würde dann in unsere jetzt so erregte Kirche einziehen Und Gott sei Dank, es sind alle Anzeichen vorhanden, daß man diesen Weg einschlagen wird.“

Der Angeschuldigte führt zwar an, daß diese Zuschrift als Satire auf landeskirchliche Behörden und Einrichtungen nicht bezogen werden könne. Es kann aber gar nicht zweifelhaft sein, daß die Satire, an Vorgänge in der Landeskirche anknüpfend, die Konsistorien und ihre Wirksamkeit verhöhnen will. Für diese Verhöhnung trägt der Angeschuldigte durch den Abdruck der Zuschrift die Verantwortung.

D. Angriffe gegen das Kgl. Konsistorium zu Münster und die landeskirchliche Ordnung.

In einer Kritik des Erlasses des Kgl. Konsistoriums in Münster, worin die Geistlichen an die Ausübung des Rechts der Leitung des Religionsunterrichts erinnert werden, finden sich folgende Sätze:

„Es ist unheimlich, wie nachgerade Preußen den Einfluß der kirchlichen Gewalten stärkt Was man jetzt der Volksschule bietet, ist nichts als ein Ersatz für die verlorene Schulinspektion und ein Mittel, um in allen Landschulen aus der biblischen Geschichte den Geist geschichtlicher Wahrheit, wie er durch die objektive Geschichtsforschung gepflegt worden ist, mit Stumpf und Stil auszurotten. Man schützt heutzutage die Religion durch Reglements und Zensur. Das waren von jeher die ödesten Strecken in der Religionsgeschichte, und der Staat ist auf dem besten Wege, die Religion selbst auszuhöhlen durch derartige Auslieferung an kirchliche Zentralgewalten.“ (Nr. 22 „Christliche Freiheit“.)

Mit Recht bezeichnet schon die Vorinstanz diese Darstellung als in rechtlicher und tatsächlicher Beziehung entstellend und die Behörden verunglimpfend. Aber die Verfehlung stellt sich hier doch ungleich schwerer dar. In unserer preußischen Landeskirche ist der Ortspfarrer als Träger des kirchlichen Lehramts das zur Leitung des Religions-Unterrichts in den Volksschulen berufene Organ der Kirche. Und ein solcher landeskirchlicher Pfarrer, in dessen pfarramtlichen Pflichtenkreis demnach die Ausübung des der Kirche verfassungsmäßig gewährleisteten Rechts fällt, scheut sich nicht, gegenüber einem Erlaß seiner vorgesetzten Behörde, die pflichtmäßig ihre Geistlichen an diese für die ganze Landeskirche so überaus bedeutungsvolle pfarramtliche Aufgabe erinnert, die vorstehend wiedergegebenen Schmähungen und Verunglimpfungen zu erheben und in die Öffentlichkeit zu bringen, die Arbeit der Kirche, deren verordneter Diener und Mitarbeiter er ist, zu diskreditieren und verächtlich zu machen.

E. Ehrenkränkung eines Amtsbruders.

Zutreffend kennzeichnet die Vorentscheidung ebenfalls die Publikation in Nr. 32 und 39 der „Christlichen Freiheit“ mit der Überschrift: „Engherzigkeit eines orthodoxen Pfarrers“ und „Engherzigkeit eines Pfarrers anläßlich eines Selbstmordes“. In der in Nr. 32 abgedruckten Zuschrift wird im Anschluß an die Mitteilung,

daß in Altenvoerde ein religiös veranlagtes junges Mädchen sich — nach Annahme des Verfassers in geistiger Umnachtung — das Leben genommen habe, gesagt:

„Und diesem bedauernswerten Mädchen hat der zuständige Pfarrer die kirchliche Beerdigung verweigert, trotzdem die Verstorbene seine Konfirmandin war und er sich wiederholt mit ihr über ihre religiösen Ansichten unterhalten hatte! Ja, noch mehr: er brachte es über das Herz, der schwer geprüften Mutter jeden geistlichen Trost am Sarge ihrer Tochter zu versagen und selbst die gewünschte Hausandacht vor der Beerdigung abzulehnen. . . . Wir aber fragen: wie ist es möglich, daß ein verordneter Diener der christlichen Religion, die doch eine Religion der Liebe ist, die Engherzigkeit seiner Auffassung zu solcher Lieblosigkeit treiben kann?“

und am Schlusse:

„Und wann wird die evangelische Kirche sich endlich darauf besinnen, daß sie sich nicht länger zur Mitschuldigen solcher Herzensbarbarei machen darf? Wann wird sie die Bestimmungen aufheben, auf deren Buchstaben sich heute noch der Pfarrer von Voerde berufen kann, wenn er sich weigert zu tun, was seines Amtes ist?“

Demgegenüber mußte in Nr. 39 festgestellt werden, daß der zuständige Pfarrer am Todestage die Mutter des Mädchens besucht und ihr unaufgefordert aus freien Stücken die Abhaltung einer Hausandacht für den Tag der Beerdigung und ferner für den Samstag angeboten hat, daß er nur, als dann die Beerdigung von der Mutter plötzlich auf Sonntag verschoben wurde, durch anderweite Amtsgeschäfte verhindert war, die Hausandacht zu halten. Trotz des Erweises der Unrichtigkeit der den Amtsbruder schwer kränkenden Behauptungen fand der Angeschuldigte kein Wort der Entschuldigung oder des Bedauerns; vielmehr wurde noch die Bemerkung, „die Dienstgeschäfte hätten sich wohl so einrichten lassen, daß eine Hausandacht auch am Sonntag möglich wurde“, beigefügt, und unter Verallgemeinerung des Falles an den einschlägigen Bestimmungen der Kirchenordnung, die die Menschen von heute „empöre“, Kritik geübt.

Das Schwergewicht der Verfehlungen des Angeschuldigten liegt in seinen

F. Angriffen gegen das Lehrbeanstandungsgesetz und das Spruchkollegium für kirchliche Lehrangelegenheiten aus Anlaß des Verfahrens gegen den Pfarrer Jatho, sowie in der Art seiner allgemeinen Polemik gegen die Landeskirche, ihre Behörden und Einrichtungen.

Die gesetzgeberischen Faktoren der Landeskirche haben in dem Kirchengesetz vom 16. März 1910 (K. G. u. V. Bl. S. 7) das bisherige unter das Gesetz vom 16. Juli 1886, betreffend die

Dienstvergehen der Kirchenbeamten pp., fallende Verfahren bei Beanstandung der Lehre eines Geistlichen in dem Sinne neu geregelt, dieses Verfahren des disziplinaren Charakters zu entkleiden und die Entscheidung einem neuen Organ — dem Spruchkollegium für kirchliche Lehrangelegenheiten — an Stelle der bisher dafür zuständigen kirchlichen Behörden zu übertragen. Dabei ist von allen berufenen Stellen die von dem „Verein der Freunde evangelischer Freiheit für Rheinland und Westfalen“ vertretene und ausgesprochene Ansicht, als gäbe es in der Landeskirche keine Schranken der Lehrfreiheit, ausdrücklich abgelehnt, vielmehr allseitig an der in den kirchlichen Verfassungsgesetzen begründeten und festgelegten Auffassung festgehalten worden, daß die Landeskirche eines Rechtsschutzes in Ansehung der Lehre bedürfe und es in der Hand haben müsse, Diener der Kirche, die sich mit der Lehre der Kirche in unlösbar Widerspruch setzen, von ihrem Dienst zurückzuweisen.

Aus Anlaß der Anwendung des Kirchengesetzes im Falle Jatho unterzog der Angeschuldigte das Lehrbeanstandungsgesetz und die Einrichtung des Spruchkollegiums für kirchliche Lehrangelegenheiten in seinen Publikationen vielfach einer Kritik.

Er legt u. a. in einem Artikel der Magdeburgischen Zeitung vom 16. März 1911 seinen Standpunkt, wie folgt, dar:

„ Auf evangelischem Boden hat die Gesamtkirche kein Recht über die Lehre des Pfarrers. Sie gibt ihm nur den Auftrag des Gewissens, nach Gottes Wort in Wesen und Wirken zu forschen. Wenn er auf diesem Wege dazu kommt, allgemeine Kirchenlehren für unrichtig zu halten, so hat er nicht gegen seine amtliche Pflicht gesündigt, sondern sie erfüllt

„Also darf jeder lehren, was er will?“ Nein; er darf nur lehren, was er muß Zu diesem Muß führt ihn gewissenhafte Forschung, treue Seelsorge, offener Blick in die Wirklichkeit des Lebens. „Gut, aber dann muß er doch Rücksicht nehmen auf die Gesamtkirche!“ Nein; nach evangelischem Sinne besteht alles Religiöse auf dem Persönlichen. Die Gesamtkirche ist eine staatliche, mechanische Gewalt Eine Masseneinrichtung ist nichts Religiöses. Solches ist nur möglich in der Einzelgemeinde. Hier bildet sich das einzige evangelische Rechtsverhältnis: es beruht auf persönlichem Vertrauen. Darüber darf die Gesamtkirche nicht entscheiden; denn sie kann es gar nicht. Das sind die evangelischen Grundsätze, die eine evangelische Kirche stützen und keine Anleihe bei katholischen Gedanken machen. Sie sollen in Köln über den Haufen geworfen werden, wo die Gemeinde voll Vertrauen zu ihrem Pfarrer steht.“

Diese Kritik würde trotz ihrer Schärfe an sich keinen Anlaß bieten, den Angeschuldigten disziplinarisch zur Verantwortung zu ziehen. Er läßt es aber nicht bei einer sachlichen Kritik bewenden, sondern sucht seinem Standpunkte mit allen Mitteln durch seine

publizistische Tätigkeit praktische Geltung zu verschaffen und übt bei diesem „Kampf“ — er gebraucht mehrfach diesen Ausdruck — beispielsweise in folgender Weise Kritik an der Landeskirche, ihren Behörden und deren verfassungsmäßiger Wirksamkeit:

„Die Ohnmacht, grundsätzlich eigene Wege zu gehen, drückt dem evangelischen Kirchenwesen den Stempel auf

Die Gesamtkirche maßt sich das Recht an, auf Grund von Lehrmeinungen und Lehraussagen in die Einzelgemeinden einzugreifen und die gesamte Kirche nach diesen Lehrgesichtspunkten zu regieren.“ (Berl. Tageblatt vom 24. Febr. 1911.)

Nach Nr. 28 der „Christlichen Freiheit“ ist dem Angeschuldigten die Bemerkung eines Kollegen „aus der Seele geschrieben“, daß die „maßgebenden Instanzen mit der Einsetzung des Spruchkollegiums den Geist des Evangeliums verleugnet haben“.

In Nr. 15 der Zeitschrift schreibt er:

„Jatho kommt vor das Spruchkollegium. Der Evangelische Oberkirchenrat setzt sich über die besten Stimmen des deutschen Protestantismus hinweg Neben 20 000 Protestanten, die sich für Jatho erklärt haben, erheben an den Universitäten die Männer aus allen Lagern ihre Stimmen gegen das Irrlehrengesetz. Es hilft nichts! Diese Intelligenzen werden eines Besseren belehrt: Es lebe das Spruchkollegium! Es sterbe der Protestantismus!“

Daß es sich bei solchen Angriffen auf seiten des Angeschuldigten um einen in der Wahl der Angriffsmittel skrupellosen agitatorischen Kampf gegen das Spruchkollegium handelt, und daß der Angeschuldigte, der in dem Feststellungsverfahren gegen Jatho als dessen Beistand fungiert hatte, diese seine Stellung in dem agitatorischen Kampfe, wie aus dem Nachstehenden sich ergibt, mißbraucht hat, wird in der Vorinstanz nicht genügend gewürdigt.

Dieser Mangel tritt zunächst äußerlich in die Erscheinung bei der Darstellung des Tatbestandes in der Entscheidung der Vorinstanz. Die Fülle der Angriffe, die der Angeschuldigte gegen das Spruchkollegium aus Anlaß der Verhandlung des Falles Jatho richtet, wird in der Entscheidung des Konsistoriums im wesentlichen nur durch Zitate angedeutet. Gewiß sind diese Zitate genau und auch im wesentlichen erschöpfend; aber da der Wortlaut nicht oder nur unvollständig wiedergegeben wird, ist aus der Entscheidung allein ein vollständiges Bild von dem Umfange und der Schwere der begangenen Verfehlungen nicht zu gewinnen.

Damit hängt zusammen, daß das Konsistorium die Stellungnahme des Angeschuldigten gerade als Beistand Jathos und als landeskirchlicher Geistlicher unzutreffend würdigt.

Das Konsistorium hält dem Angeschuldigten zugute, daß „alle Verfehlungen, mit Ausnahme des Falles Hilchenbach, sich auf den Zeitraum eines Jahres (1911) zusammendrängen, während der Angeschuldigte Herausgeber der „Christlichen Freiheit“ schon seit 1905

ist. Es ist ferner in Betracht gezogen worden, daß der größte Teil der unzulässigen Kritik auf das Verfahren gegen Jatho entfällt, in dem der Angeschuldigte einer der beiden Verteidiger gewesen ist, und daß er vor der Entscheidung vielleicht geglaubt hat, Jatho durch sein Auftreten zu nützen, während manches nach der Entscheidung auf den gewaltigen Eindruck, den diese auf den Angeschuldigten offenbar gemacht hat, zurückzuführen ist.“

Diese Auffassung der Vorinstanz wird der Sachlage nicht gerecht.

Wenn der Angeschuldigte, nachdem er in dem Feststellungsverfahren gegen den ehemaligen Pfarrer Jatho als dessen Beistand fungiert hatte, mit den hierbei von ihm gemachten Erfahrungen und Wahrnehmungen an die breite Öffentlichkeit heraustreten wollte, so war es vor allem seine Pflicht, in seinen Kundgebungen vor der Öffentlichkeit wenigstens streng der Wahrheit gemäß zu berichten. Denn gerade der Angeschuldigte, der als „Beistand“ die Akten eingesehen hatte und bei dem ganzen Verlauf des mündlichen Verfahrens in besonderem Maße beteiligt war, trat damit vor die Öffentlichkeit als ein Gewährsmann, dem man eine besonders genaue Kenntnis des Sachverhalts zuschreiben, dessen Angaben man besonderen Glauben beimessen konnte und mußte. Vollends konnte und mußte man von ihm als landeskirchlichem Geistlichen eine durchaus wahrheitsgemäße Berichterstattung erwarten, zumal der Angeschuldigte selbst immer wieder erklärt, seine Angaben und Angriffe im Namen der Wahrhaftigkeit zu machen.

Mit dieser Pflicht der Wahrhaftigkeit sind vor allem die Darlegungen des Angeschuldigten über den objektiven Tatbestand des Verfahrens gegen Jatho, insbesondere über das Beweismaterial, auf Grund dessen der Spruch gegen Jatho ergangen ist, schlechthin unvereinbar; vielmehr hat er eine entstellte Wiedergabe des Sachverhalts in die Öffentlichkeit gebracht.

Zunächst mit allgemeinen Verdächtigungen.

In der öffentlichen Volksversammlung in Berlin am 3. Juli 1911 sagt er:

„Nach meiner Überzeugung mußte gerade eine kirchliche Behörde den größten Wert darauf legen, daß die saubersten Akten vorhanden sind.“

Hiernach mußte der Eindruck hervorgerufen werden, als ob die Kirchenbehörde im Falle Jatho nicht saubere Akten gehabt habe. Der Versammlungsbericht registriert bei diesen Worten „Heiterkeit“.

In Nr. 30 der „Christlichen Freiheit“ schreibt der Angeschuldigte:

„Ich werde fortfahren, die geschäftliche Sauberkeit des Verfahrens — gegen Jatho — nach rechtlichen Gesichtspunkten neu

zu prüfen, nicht aus Freude an juristischen Tüfteleien, sondern aus Anstandsgefühl gegen das evangelische Kirchenrecht.“

Der Angeschuldigte ist aber auch zu einer unrichtigen Wiedergabe des Tatbestandes übergegangen.

So auf Seite 36 der Broschüre „Staatschristentum oder Volkskirche“:

„Einen falschen Schein erweckt die Anklageschrift, die die Tatsache umging, daß die drei Beschwerden aus Köln sämtlich von einem einzigen Herrn ausgingen. Mit der Offenheit in kirchlichen Dingen unvereinbar bleibt es, daß eine Reihe geheimer oder anonymer Eingaben als Beschwerden verwendet worden sind; den Höhepunkt stellt die Verwendung einer Skizze dar, die ein durchreisender evangelischer Pfarrer einer anderen Landeskirche eingereicht hatte. Unklar bleibt bis zum heutigen Tag die Rolle, die eine Eingabe des Barmer Presbyteriums gegen die Osterpredigt Jathos gespielt hat, „in deren Verfolg“ eine Reihe weiterer Artikel „vorgelegt“ wurde. In Berlin wurde erklärt, daß es sich hier um einen Datierungsfehler in der Kanzlei handle und diese Beschwerde gar nicht eingeliefert sei.“

Diese Darstellung ist unwahr in dem, was sie sagt, und unwahr durch das, was sie verschweigt.

a) Im Mittelpunkt steht die Behauptung des Angeschuldigten: „Mit der Offenheit in kirchlichen Dingen unvereinbar bleibt es, daß eine Reihe geheimer oder anonymer Eingaben als Beschwerden verwendet worden sind,“ — ein Satz, der den häßlichen und schweren Vorwurf lichtscheuen Verfahrens enthält und das Verfahren der Kirchenbehörden — des Ev. Oberkirchenrats und des Spruchkollegiums — vor der Öffentlichkeit schwer zu diskreditieren geeignet ist. Demgegenüber ist festzustellen, daß nicht eine einzige geheime oder anonyme Eingabe als Beschwerde verwendet worden ist, daß also die Behauptung des Angeschuldigten falsch ist.

Der Angeschuldigte sucht aber nun weiter seine Behauptung durch Angaben von Einzelheiten glaubhaft zu machen.

b) Mit Bezug auf frühere Beschwerden über Jatho führt er aus (s. o.):

„Einen falschen Schein erweckt die Anklageschrift, die die Tatsache umging, daß die drei Beschwerden aus Köln sämtlich von einem einzigen Herrn ausgingen,“

und in der Volksversammlung zu Berlin am 3. Juli 1911:

„Es liegen vor: erstens eine Beschwerde eines Herrn, zweitens eine Beschwerde eines Gemeindegliedes, drittens eine Beschwerde von drei Kirchenmitgliedern. Wenn man aber genauer in die Akten hineinsieht, dann wird die Sache ganz wesentlich anders, denn der Herr unter Nr. 1 und Nr. 2 ist derselbe Herr (Stürm. Heiterkeit). Und die beiden anderen

Herren, die unter 3 mitunterschrieben haben, sind im Kölner Adreßbuch überhaupt nicht zu finden.“

Demgegenüber ist folgendes festzustellen:

Eine „Anklageschrift“ gibt es im Spruchverfahren überhaupt nicht. Dem Schreiben, mittels dessen der Ev. Oberkirchenrat die Verhandlungen gegen Jatho an das Spruchkollegium gemäß § 3, Abs. 2 des Kirchengesetzes vom 16. März 1910 zur Entscheidung abgab, war eine ordnungsmäßige Sachdarstellung beigelegt. In dieser Sachdarstellung ist bei Erwähnung der Beschwerden aus Köln auf diese selbst, die im Original oder Abschrift beigelegt waren, ausdrücklich Bezug genommen, so daß über die Herkunft der Beschwerden kein Zweifel bestand. In dem schriftlich bei den Akten befindlichen, in der mündlichen Verhandlung vor dem Spruchkollegium verlesenen Referat ist überdies ausdrücklich mitgeteilt worden, daß die beiden ersten Beschwerden von ein und demselben, mit Namen bezeichneten Verfasser, und die dritte von drei Kölner Gemeindegliedern stamme. Vor allem aber waren alle drei Beschwerden seinerzeit dem Pfarrer Jatho zur Äußerung vorgelegt worden; er kannte sie also. Hiernach ist die Behauptung, daß Tatsachen umgangen und dadurch ein falscher Schein erweckt sei, falsch.

c) Weiter behauptet der Angeschuldigte (s. o.): „Den Höhepunkt stellt die Verwendung einer Skizze dar, die ein durchreisender Pfarrer einer anderen Landeskirche eingereicht hatte.“

Demgegenüber ist folgendes festzustellen:

Die erwähnte Predigtskizze, welche dem Ev. Oberkirchenrat nicht anonym zugegangen war, ist dem Pfarrer Jatho vom Ev. Oberkirchenrat in der Verfügung vom 7. Januar 1911 durchaus loyal zur Erklärung vorgelegt worden, ob er in ihr die zutreffende Wiedergabe einer von ihm gehaltenen Predigt anerkenne, und, nachdem Jatho die Kenntnisaufnahme und Anerkennung abgelehnt hatte, ist die Predigtskizze ebenso loyal als Beweismaterial ausgeschieden worden und bei der Entscheidung unberücksichtigt geblieben. Die entgegengesetzten Angaben des Angeschuldigten sind also falsch.

d) Endlich behauptet der Angeschuldigte (s. o.): „Unklar bleibt bis zum heutigen Tag die Rolle, die eine Eingabe des Barmer Presbyteriums gegen die Osterpredigt Jathos gespielt hat, „in deren Verfolg“ eine Reihe weiterer Artikel vorgelegt wurde.“ Der Angeschuldigte hat hierzu in der erwähnten Berliner Volksversammlung weiter ausgeführt:

„In den Akten steht, daß der Höhepunkt der Erregung außerhalb der Kölner Gemeinde der „Barmer Ostervortrag“ gewesen sei; denn über den Barmer Ostervortrag hätte das dortige Presbyterium einen ausdrücklichen Protest an den Ev. Oberkirchenrat eingesandt. Ich fand diesen Protest nicht in den Akten. Ich habe den Ev. Oberkirchenrat darauf gebeten, er möge mir doch

dieses Aktenstück schicken. Er war so liebenswürdig, mir eine Beschwerde des Kreissynodalvorstandes zu schicken und eine Beschwerde aus Barmen, nur war diese Beschwerde nicht über den Ostervertrag, sondern über einen Reformationsvortrag (stürmische Heiterkeit), der genau sechs Monate später gehalten worden war.

Mit diesem Aktenmaterial kam ich nach Berlin. Es war ein ziemlich scharfer Zusammenstoß zwischen dem Vorsitzenden, Exzellenz Voigts, und mir, schließlich wurde gesagt, es existiert überhaupt gar kein Protest; es ist ein Fehler in der Kanzlei (Große Heiterkeit). Und so stehen wir vor der Tatsache, daß dieses Schriftstück, auf das hin, als auf den Höhepunkt der Erregung die ganze künstliche Anklage aufgebaut ist, fehlt. Sie werden verstehen, daß ich das Recht hatte zu sagen, daß das vorliegende Aktenmaterial durchaus mangelhaft ist.“

Demgegenüber ist festzustellen, daß zwar in der Verfügung des Ev. Oberkirchenrats an Jatho vom 7. Januar 1911 versehentlich von einem Protest des Barmer „Presbyteriums“ statt „Kreissynodalvorstandes“ die Rede war, daß aber bereits in der Sachdarstellung des Ev. Oberkirchenrats, mit welcher die Verhandlungen an das Spruchkollegium abgegeben wurden, und welche Jatho nach der Vorschrift des Gesetzes zugestellt worden ist, dieses Versehen richtig gestellt war, und daß das Referat bei der mündlichen Verhandlung den Tatbestand — Einreichung der Beschwerde durch den Barmer Kreissynodalvorstand — durchaus zutreffend wiedergegeben hatte. Überdies ist dem Angeschuldigten bei der mündlichen Verhandlung auf seine Anfrage vom Vorsitzenden auch noch ausdrücklich erklärt worden, es müsse in dem erstgedachten Schreiben statt „Presbyterium“ heißen „Kreissynodalvorstand“. Die Behauptungen des Angeschuldigten sind also auch hier falsch.

Alle diese Einzelheiten, wie sie hier den Angaben des Angeschuldigten gegenüber festzustellen waren, waren ihm als Beistand Jathos bekannt. Er aber erklärt in Nr. 30 der „Christlichen Freiheit“, wie oben erwähnt:

„Ich werde fortfahren, die geschäftliche Sauberkeit des Verfahrens nach rechtlichen Gesichtspunkten neu zu prüfen, nicht aus Freude an juristischen Tüfteleien, sondern aus Anstandsgefühl für das evangelische Kirchenrecht,“
und druckt weiter eine mit „J.“ gezeichnete Zuschrift ab:

„In der Zeit der Christenverfolgung . . . schrieb der . . . heidnische Kaiser Trajan an den Statthalter Plinius: „Den ohne Namensunterschrift eingereichten Anklageschriften darf bei keinem Verbrechen Folge gegeben werden; denn das gäbe ein sehr schlechtes Beispiel und wäre unserer Zeit nicht würdig.“ Für unsere Zeit aber ist es keine Schande, auch nicht, wenn es seitens einer christlichen Kirchenbehörde geschieht.“

Sind hiernach die von dem Angeschuldigten der Öffentlichkeit unterbreiteten Einzelheiten über das objektive Beweismaterial in einer der Wahrheit nicht entsprechenden Weise wiedergegeben, so ist andererseits seine Darstellung des Sachverhalts ebenso unwahr durch das, was sie verschweigt. Und zwar verschweigt der Angeschuldigte gerade die wesentlichen und entscheidenden Vorgänge.

In der Verfügung des Ev. Oberkirchenrats an Jatho vom 7. Januar 1911, durch welche vor Einleitung des Verfahrens nach dem Kirchengesetz vom 16. März 1910 bestimmte Fragen an Jatho gerichtet wurden, sind die Eingaben und Anzeigen erwähnt, um zu motivieren, warum der Ev. Oberkirchenrat sich verpflichtet fühlen müsse, gemäß § 3 des Kirchengesetzes Ermittlungen über die Lehre Jathos anzustellen. Dagegen wird Jatho in dem Schreiben nicht über den Inhalt der Beschwerde pp. selbst zur Rechenschaft gezogen, sondern ihm werden sechs von dem Ev. Oberkirchenrat formulierte Fragen über die in Betracht kommenden Punkte seiner Lehre zur Beantwortung gestellt. Auf Grund seiner Antwort sind dann die Verhandlungen an das Spruchkollegium abgegeben worden. Bei der Vorvernehmung Jathos vor den damit beauftragten Mitgliedern des Spruchkollegiums am 21. April 1911 sind wiederum lediglich die sechs Fragen des Ev. Oberkirchenrats und die Antwort Jathos sowie von ihm herrührende Artikel in den sog. „Grünen Blättern“ und in dem „Fröhlichen Glauben“ zugrunde gelegt worden. Und so hat denn auch Jatho selbst schon bei dieser Vorvernehmung ausdrücklich zu Protokoll anerkannt, „daß das vorstehende Material einschließlich seiner Antwort an den Ev. Oberkirchenrat der Lehre entspreche, wie er sie auf der Kanzel, in Vorträgen und Andachten und in entsprechender Abwandlung auch im Konfirmandenunterricht verkündigt.“ Weiter hat Jatho in der mündlichen Verhandlung vom 23. u. 24. Juni 1911 nochmals ausdrücklich anerkannt, „daß er das, was er in seiner Antwort an den Ev. Oberkirchenrat auf das Schreiben vom 7. Januar 1911, bei der Vernehmung am 21. April 1911 und im Anschluß daran in seinem Schreiben vom 15. Mai 1911 über seine Lehre ausgeführt habe, aufrecht erhalte, und daß der Inhalt dieser Erklärungen mit dem übereinstimme, was er seiner Gemeinde verkündige.“ Und endlich läßt der Inhalt der auf S. 31 des Kirchlichen Gesetz- und Verordnungsblattes von 1911 veröffentlichten Entscheidung des Spruchkollegiums klar erkennen, daß nur dieses von Jatho selbst anerkannte Beweismaterial der Entscheidung zugrunde gelegt ist.

Während also Jatho selbst das der Untersuchung und Entscheidung zugrunde gelegte Material nicht nur nicht bemängelt, im Gegenteil dasselbe als mit seiner Lehre übereinstimmend ausdrücklich anerkannt und damit zugestanden hat, daß ein völlig einwandfreies Beweismaterial vorlag, unternimmt es der Angeschuldigte, der „um allerpersönlichste Wahrhaftigkeit kämpft“, die

Vorgänge öffentlich entstellt so wiederzugeben, als ob das Beweismaterial mangelhaft und unzuverlässig gewesen sei.

Wie Jatho selbst, so war auch seinem Beistande, dem Angeschuldigten, der wirkliche Sachverhalt genau bekannt. Er hat gleichwohl dies alles vor der Öffentlichkeit verschwiegen und unterdrückt. Mit dem Vertrauen, das man ihm als Beistand und als landeskirchlichem Geistlichen entgegenbrachte und entgegenbringen konnte, ist es schlechthin unvereinbar, daß gerade er durch Verschweigen der entscheidenden Vorgänge den Sachverhalt in einem völlig entstellten Lichte wiedergab.

Der Angeschuldigte hat nun seine unrichtigen Darlegungen, wie und wo er konnte, — in der „Christlichen Freiheit“, in seiner Broschüre, in öffentlichen Versammlungen, — in letzteren, wie die Vorinstanz festgestellt und die Versammlungsberichte bestätigen, unter „stürmischer Heiterkeit“ der Zuhörer verbreitet.

Lag dem Angeschuldigten als Beistand Jathos und als Pfarrer der Landeskirche bei einer Berichterstattung an die Öffentlichkeit in besonderem Maße die Verantwortung für volle Wahrhaftigkeit ob, so hat er gerade an seinem Teil sich ganz unverkennbar der Irreführung der öffentlichen Meinung schuldig gemacht, indem er ihr einen durchaus entstellten Tatbestand darbot. Die vielfache höchst bedauerliche Irreführung der öffentlichen Meinung im Falle Jatho ist wesentlich mit auf den Angeschuldigten zurückzuführen. Er trägt dafür die Verantwortung. —

Auf der Grundlage der entstellten Wiedergabe des Sachverhalts seitens des Angeschuldigten bauen sich seine Angriffe gegen das Verfahren selbst auf. Sie überschreiten jedes erlaubte Maß.

Über die Ablehnung von Zeugenvernehmungen schreibt der Angeschuldigte in Nr. 24 der „Christlichen Freiheit“ vom 11. Juni 1911:

„Der Termin zur Hauptverhandlung des Spruchkollegiums mit Pfarrer Jatho ist auf den 23. Juni d. Js. anberaumt. Die Ladung der vom Pfarrer Jatho genannten 11 Zeugen ist mit der Begründung abgelehnt worden, daß das Material zur Beurteilung der Persönlichkeit und Wirksamkeit des Vorgeladenen in den Akten bereits vorliege. . . .

Wir empfinden im Interesse einer gerechten und der Schwere der Entscheidung entsprechenden Behandlung diesen Bescheid empörend.“

Sodann in Nr. 25 derselben Zeitschrift:

„Die langersehnte Geschäftsordnung ist am 7. Juni im Gesetz- und Verordnungsblatt erschienen und wird nach § 6 der Generalsynodalordnung am 21. Juni Gesetz. Sofort auf den 23. ist der Termin angesetzt worden. Einstweilen hat aber der Vorsitzende des Spruchkollegiums ohne weiteres seinerseits die Zeugen abgewiesen. Das war ungesetzlich, da noch gar keine Geschäftsordnung da war und nun § 6 dieser Ordnung zudem

vorschreibt, daß nur Verfügungen, die eine sachliche Entscheidung nicht enthalten, ohne Beschlußfassung des Spruchkollegiums vom Vorsitzenden erlassen werden.“

Diese Urteile sind dem Angeschuldigten nicht etwa nur in leidenschaftlicher Erregung und Übereilung entfahren. Sie finden sich ebenso in der erst nach einer Reihe von Wochen nach der Entscheidung des Spruchkollegiums, im September 1911 erschienenen Broschüre „Staatschristentum oder Volkskirche“:

S. 36: „Dazu kam in diesem Prozeß eine Reihe von Nachlässigkeiten in der Form und Widergesetzlichkeiten in Frage, die nicht vergessen werden dürfen. Ungesetzlich war das Vorgehen des Präsidenten, der aus eigener Machtvollkommenheit die Zeugen im Vorverfahren abgelehnt hat.“

Der Vorwurf der Ungesetzlichkeit bzw. Widergesetzlichkeit ist der schwerste, der erhoben werden kann. Er wird auch nicht wesentlich dadurch abgeschwächt, daß der Angeschuldigte am Schluß der Broschüre „Staatschristentum oder Volkskirche“ „der Gerechtigkeit halber“ nachträgt, daß von ihm befreundeter juristischer Seite die Ablehnung der Zeugen nicht als „wirkliche Ungesetzlichkeit“ beurteilt werde.

In den öffentlichen Versammlungen in Dortmund bzw. in Berlin vom 28. Juni und 3. Juli hat der Angeschuldigte erklärt, Jatho — der sechzigjährige Mann — sei vom Spruchkollegium ausgefragt worden, wie man in der Schule einen Buben ausfrage, und

„Jatho, der kurz vor der Verkündigung des Spruchs noch einen Kranken besucht habe, habe turmhoch über den Leuten gestanden, die über ihn urteilen wollten. Die Hand hätte ihm tief beschämt das Spruchkollegium drücken müssen.“

In Nr. 27 der „Christlichen Freiheit“ heißt es:

„Einen Mann, der so spricht, setzt man ab. Feige Tröpfe wären wir, wenn unser Herz nicht zitterte ob solch religiösen Verbrechens.“

In einer Volksversammlung in Köln am 27. Juni 1911 äußert er sich:

„Das Verfahren, dem Jatho erlegen ist, ist gottlos. Ich habe dafür kein anderes Empfinden als dieses schärfste der Gottlosigkeit.“

Der Umstand, daß das Spruchkollegium in seinen Siegeln ein Kreuz in der Mitte trägt, gibt ihm Anlaß zu der hämischen Bemerkung (Nr. 25 der „Christlichen Freiheit“): „Was geschieht alles im Zeichen des Kreuzes Jesu.“

In dem Sitzungssaal des Ev. Oberkirchenrats, in welchem das Spruchkollegium tagte, steht auf dem Sitzungstisch seit länger als einem Menschenalter ein Marmorkreuz.

Der Angeschuldigte bemerkt dazu (Nr. 27 der „Christlichen Freiheit“):

„Im Saale stand auf dem Tisch vor dem Präsidenten ein großes marmornes Kreuz: ein geradezu entsetzlicher Anblick. Schafft künftig dieses Kreuz weg! Es ist genug an dem, was man sonst tragen muß. Man habe soviel seelischen Geschmack als Christ, daß man sich nicht unter das Kreuz stelle, an dem Jesus allen vergab und dem Schächer den Himmel öffnete, und zugleich verkündigt: laut Paragraph soundsoviel ist die Stellung des N. N. dergestalt, daß“

und in der Kölner Rede:

„Ein Moment hat mich besonders schmerzvoll berührt: vor dem Präsidenten des Spruchkollegiums stand ein großes weißes Marmorkreuz. Dieses Kreuz empfand ich als eine Unerträglichkeit. Das Kreuz des Menschensohnes Jesu, der ausrief: „Vater, vergib ihnen“, und der dem Schächer das Himmelreich versprach, stand vor dem Präsidenten, der die Lehre dieses Dieners Gottes nicht mehr vereinbar hält mit den Bekenntnissen der Kirche.“

Die Schmähungen richten sich insonderheit auch gegen den kraft Gesetzes zum Vorsitzenden des Spruchkollegiums berufenen Präsidenten des Ev. Oberkirchenrats.

Ihm vor allem gilt der immer wieder erhobene — in der Berufungsrechtfertigung jetzt als unbegründet anerkannte — Vorwurf der Ungesetzlichkeit bei der Ablehnung der Zeugen. Ihm namentlich wird der Vorwurf gemacht, daß er Jatho wie einen Buben in der Schule ausgefragt habe. —

Nachdem der Angeschuldigte auf Grund einer entstellten Darlegung des Verfahrens dieses selbst mit den maßlosesten Bezeichnungen charakterisiert hat, ist es nicht zu verwundern, daß er für die Wirkungen des Verfahrens ebenfalls nur die schärfsten Worte wählt und den leidenschaftlichen Kampf auf Beseitigung des Lehrbeanstandungsgesetzes und des Spruchkollegiums proklamiert.

Die Wirkungen des Verfahrens faßt der Angeschuldigte zusammen als Herrschaft der Heuchelei.

Indem ihm „Heuchelei die kirchliche Berufssünde“ ist, wie er Seite 17 der Broschüre „Staatschristentum oder Volkskirche“ näher ausführt, äußert er in der öffentlichen Versammlung in Köln am 27. Juni 1911:

„Ich habe die Furcht, daß jetzt die Heuchelei durch die deutschen Lande hindurchzieht“ und

„Die Heuchelei war schon groß in dem Augenblick, wo man meinte, daß man einen objektiven Maßstab besitze, und nicht zugab, daß ein solcher nicht vorhanden sei.“

Ähnlich betont er in der Volksversammlung in Berlin am 3. Juli 1911 nach dem stenographischen Bericht:

„Das Spruchkollegium muß sterben an seinem eigenen inneren Widerspruch; denn wenn eine Behörde oder eine Anzahl von

Männern richten will, muß sie richten nach einem Maßstab, das ist einfach etwas Selbstverständliches“ . . .

„Es wurde erklärt: „Die Bekenntnisse sind nichts Normgebendes.“ Da muß ich mich fragen, wenn die Bekenntnisse nichts Normgebendes sind, wo bleibt denn der Maßstab, an dem gemessen werden soll? Und ich nenne es eine objektive Heuchelei. (Stürmischer Beifall.)

Aber auch das wäre noch zu ertragen, wenn nicht durch dieses Spruchkollegium nun die wirkliche Heuchelei im deutschen Leben in unserm preußischen Volke genährt würde. — Es wird so wirken, daß die Vereinbaren wirklich triumphieren werden, all die Vereinbaren, die teilweise die Kirche leer gepredigt haben. Die Vereinbaren, die sich im großen und ganzen den Kopf und das Herz nicht zerbrechen über ihre eigene Überzeugung. Das, meine ich, ist der allerschlimmste Schaden, den ich von diesem Spruchkollegiums-Spruch erwarte. Ich denke an so viele junge Kandidaten und so viele junge Pfarrer, die jetzt hineinkommen ins Pfarramt. Sollte denn denen der § 1, der jetzt dasteht, nicht künftig eine Warnung sein?: Lieber Freund, sei und bleibe mittelmäßig. (Stürmische Heiterkeit, lebhafter Beifall.)“

Der Angeschuldigte hat sich nicht gescheut, alle diese Entstellungen, Verdächtigungen und Schmähungen in skrupelloser Agitation in die breite Öffentlichkeit hinauszutragen. In den öffentlichen Versammlungen hat er die kirchlichen Einrichtungen und die Ehre der Kirchenbehörden der „Heiterkeit“ und „stürmischen Heiterkeit“ preisgegeben. In seinem Organ „Christliche Freiheit“ enthielt fast jede Nummer derartige Angriffe.

Und mit besonderer Genugtuung registriert der Angeschuldigte das Echo, welches seine Agitation nach seinen Angaben auch bei einzelnen seiner Amtsbrüder gefunden haben soll.

So gibt er in Nr. 28 der „Christlichen Freiheit“ die Zuschrift eines Kollegen wieder, in der es am Schlusse heißt, mit der nunmehr gefällten Entscheidung, wie überhaupt bereits mit der Einrichtung des Spruchkollegiums hätten die maßgebenden Instanzen unserer Kirche den Geist des Evangeliums verleugnet, und schreibt dann selbst:

„Zu unserer großen Freude gibt es noch positive Kollegen, welchen der Spruch in Berlin die Schamröte ins Gesicht treibt. Ich erhalte heute aus dem Sauerland 20 M. für den Jathofonds mit folgenden Worten: „anbei 20 M. für die Jathospende, gestiftet von einem positiven Pfarrer, der die brutale Intoleranz der Mehrheit der Mitglieder des Spruchkollegiums bedauert“; und in Nr. 29:

„Wir wissen gottlob, daß es noch Mittelparteiler gibt, die nach dem Urteilsspruch sagten: Heute habe ich mich der evangelischen Kirche geschämt.“

In Nr. 28 druckt der Angeschuldigte unter der Überschrift „Stimmen zum Fall Jatho“ eine Reihe von Zuschriften ab, in denen unter anderm gesagt wird, „die Veranstalter dieses Gerichts schämen sich nicht!! . . .“ und „Also Überzeugung, ehrliche Überzeugung gilt nichts in der Kirche. Nicht des lebendigen Gottes Offenbarung!!“. Eine der abgedruckten Zuschriften lautet:

„So sind denn die Würfel gefallen: Jatho ist abgesetzt! Es ist, als ob der Schriftleiter meines Kalenders gehaut hätte, wie gestern das Urteil ausfallen würde, als er für den heutigen Sonntag, wohl für die Leiter unserer Landeskirche zur Berherzigung, beiliegenden Spruch auswählte:

Christ, unser Meister, so zu uns spricht:
Ihr nennt mich Herr und dienet mir nicht,
Ihr nennt mich das Licht, und ich leuchte euch nicht,
Ihr nennt mich den Weg und wandelt mich nicht,
Ihr nennt mich die Wahrheit und glaubet mir nicht,
Ihr nennt mich Meister und folget mir nicht,
Werd' ich euch verdammen, so wundert euch nicht.“ —

Dieses unwürdige agitatorische Verhalten des Angeschuldigten muß als ein wohlüberlegtes erscheinen: er will mit allen Mitteln den aufgenommenen Kampf gegen das Lehrbeanstandungsgesetz und die Einrichtung des Spruchkollegiums durchführen.

Der Angeschuldigte äußert sich über das Ziel seines Kampfes und die Mittel zu dessen Erreichung wiederholt ganz klar. Er sagt in seiner Berliner Rede vom 3. Juli 1911:

„Als kirchlichen Ertrag möchte ich vor allen Dingen wünschen, es möchte durch unser preußisches Volk, es möchte durch unser deutsches Volk eine solche Empörung hindurchgehen, bis diese Spruchkollegien als Einrichtung wieder vom Erdboden verschwinden“;

und in der Dortmunder Volksversammlung vom 28. Juni 1911:

„Wir wollen nicht eher ruhen, als bis das Spruchkollegium am Boden liegt, das sich anmaßt, über andere zu Gericht zu sitzen.“

In der eben erwähnten Berliner Rede:

„Und als zweiten kirchlichen Ertrag möchte ich wünschen, daß der Kirche nun einmal, aber klar und deutlich ausgedrückt würde, mit welchem Mißtrauen wir ihr jetzt entgegenkommen . . . Nachdem uns das geschehen ist, da haben wir starkes, starkes Mißtrauen“;

ähnlich in Nr. 27 der „Christlichen Freiheit“:

„Es ist ein Unding, Menschen mit der Gesetzeskraft auszustatten, über geistige Dinge collegialiter per majora zu richten. Diesen Hohn auf den Protestantismus zu bekämpfen — bis zum letzten Atemzuge geloben wir's! . . . Die Kirche soll auch diesen Verlust von Vertrauen (sc. bei der Kölner Gemeinde)

fühlen und tragen müssen . . . Wir kämpfen so lange, als es uns möglich ist, in der Kirche gegen diese Bekenntniskirche, zu deutsch Parteikirche.“

Diesem Gedanken dient vor allem auch seine an die breite Öffentlichkeit gerichtete Streitschrift „Staatschristentum oder Volkskirche“. Es genügt, hier zunächst auf folgende Stellen zu verweisen:

„Man wird gewohnt, von klingenden Worten sich täuschen zu lassen“ (S. 34);

„Man hat die öffentliche Meinung damit getäuscht, daß man sagte, man wollte in diesen theologischen Fragen dem Pfarrer einen besseren Schutz angedeihen lassen, indem man ihm Theologen zur Verteidigung an die Seite gebe“ (S. 35);

„Vor allen Dingen hatte der Angeklagte im alten Disziplinarverfahren das Recht der Ablehnung eines Richters wegen Befangenheit. Dieses Recht ist vor dem Spruchhof gegenstandslos. Der Angeklagte ist ausgeliefert. Schon in diesem einzigen Punkte wirkt das alte Disziplinarverfahren gerechter. Ich gestehe, daß ich bei dem jetzigen Verfahren den bestimmten Eindruck hatte, daß das Urteil über Pastor Jatho gefällt war, ehe wir in den Saal kamen“ (S. 37);

„Man hat auf die billigsten Instinkte spekuliert, wenn man immer von neuem diesen humanen Charakter der neuen Gesetzgebung in den Himmel hob und kleinste Fortschritte als gewaltige Wendepunkte pries, die Rückschritte aber verheimlichte“ (S. 38); und schließlich — nach einer Kritik der Begründung der Entscheidung gegen Jatho — die Schlußworte (S. 64):

„Und das geschah am Tage vor der Übergabe der Augsbургischen Konfession an Kaiser und Reich! Was wird geschehen zur vierhundertjährigen Jubelfeier der Reformation im Jahre 1917? Wie viele Ketzler werden bis dahin vom evangelischen Spruchhof erledigt sein? Hei, ihr Protestanten, wacht auf!“

Wie diese in der Streitschrift zum Ausdruck gebrachte, grundsätzliche Stellungnahme des Angeschuldigten in bezug auf sein etwaiges künftiges Verhalten zur Landeskirche und ihren Einrichtungen zu bewerten sein wird, wird bei der Frage der Strafabmessung zu würdigen sein. Für die Würdigung seines gegenwärtigen, bereits getätigten Verhaltens ist festzustellen, daß der Angeschuldigte grundsätzlich sein Ziel der Beseitigung des Spruchkollegiums erreichen will durch die Aussaat von Mißtrauen gegen die Kirche.

In welcher Weise der Angeschuldigte hierbei vorgeht, erhellt aus folgendem Vorgange.

Als nach Abschluß des Verfahrens beide Beistände Verwahrung dagegen eingelegt hatten, daß dem früheren Pfarrer Jatho seitens der Kirchenbehörde nicht mehr der Pfarrertitel zugebilligt werde, führt der Angeschuldigte in Nr. 30 der „Christlichen Freiheit“ unter Hinweis auf die Verhandlungen der Generalsynode und in-

sonderheit die Erklärungen des Referenten, Geheimen Justizrats Professors D. Dr. Kahl, aus:

„Die Wegnahme des Titels bedeutet eine vollständige Entrechtung auch für andere Landeskirchen.

Soll nun trotz dieser klaren Aussprache in der Generalsynode dem Pfarrer Jatho der Titel doch genommen werden? Das würde eine nachträgliche Düpiierung der weitesten Kreise in unserer evangelischen Kirche bedeuten und eine Entrechtung des betreffenden Pfarrers für sämtliche deutschen Landeskirchen nach sich ziehen, zu der der Oberkirchenrat kein Recht hat . . . Wir warten die weitere Entwicklung dieser Angelegenheit, die unter Umständen nur auf dem Wege gerichtlicher Klage entschieden werden kann, zunächst ab.“

Und in Nr. 31 der „Christlichen Freiheit“ heißt es in einer Polemik gegen den „Reichsboten“ hinsichtlich der Titelfrage: „Nicht nur wir, sondern ebenso die Mittelpartei und die ganze Öffentlichkeit ist dann **getäuscht** (in Fettdruck) worden. Man wird allmählich zum grundsätzlichen Mißtrauen gegen kirchliche Gesetzgebung gezwungen. Wir wollen noch nicht glauben, daß sich die Generalsynode und vor allem die preußische Mittelpartei **zu solchem Spiel** (in Fettdruck) hergegeben hat“; in Nr. 42 der Zeitschrift heißt es: „Wir fragen heute nur das eine: Was sagt die Mittelpartei hierzu? Professor Geheimrat Kahl ist düpiert, und mit ihm die ganze Mittelpartei.“

Daß hiermit dem Kirchenregiment der Vorwurf eines nicht offenen, irreführenden Handelns gemacht wird (vgl. „Mißtrauen gegen kirchliche Gesetzgebung“, „solches Spiel“) kann um so weniger zweifelhaft sein, als in der Berufungsrechtfertigung u. a. noch bemerkt ist, der Schluß, daß der Ev. Oberkirchenrat nicht ganz ohne Absicht die Titelfrage unaufgeklärt gelassen habe, entbehre nicht jeder Begründung. Dabei hatte der Ev. Oberkirchenrat bereits in dem Schreiben vom 9. Oktober 1911 an die Beistände an der Hand der Verhandlungen der Generalsynode die Berechtigung des Vorwurfs widerlegt. Aber ganz abgesehen von der materiellen Frage, enthielt die öffentliche Beschuldigung der dem Angeschuldigten vorgesetzten obersten Kirchenbehörde, durch sie sei die Generalsynode bzw. die Mittelpartei und die ganze Öffentlichkeit düpiert, getäuscht worden, eine schwere Verletzung der Amtspflichten.

Die gegen den Angeschuldigten festgestellten Verfehlungen erscheinen auch nach den von ihm selbst zu seiner Rechtfertigung abgegebenen Erklärungen nicht in einem milderen Lichte.

Generell nimmt der Angeschuldigte für sich das Recht der Kritik in Anspruch mit dem Bemerken, daß die religiöse Kritik stets die schärfste gewesen sei, — seit den Zeiten der Propheten und Jesu bis auf Schleiermacher und Kierkegaard.

Die auch nur vergleichsweise Heranziehung der religiösen Kritik des Heilandes ist schlechthin abzulehnen. So wenig im

übrigen dem Angeschuldigten das Recht der Kritik, insbesondere auch der religiösen Kritik, und zwar einer solchen im weitesten Maße, verschränkt werden soll, so wenig hat religiöse Kritik mit den von ihm geübten systematischen Entstellungen und Verunglimpfungen zu tun.

Mit Recht ist von der Vorinstanz auch der Einwand des Angeschuldigten, daß die für jede Zeitschrift bestehende Notwendigkeit, über aktuelle Dinge schnell zu berichten und sie kritisch zu beleuchten, sorgfältige Erkundigungen über die in Betracht kommenden Tatsachen außerordentlich erschwere, wenn nicht unmöglich mache, als Entschuldigung für Verfehlungen eines Geistlichen in der publizistischen Tätigkeit abgewiesen worden.

Im übrigen sucht der Angeschuldigte hie und da einigen der schärfsten Ausdrücke eine mildere Deutung zu geben.

Wenn er — vgl. vorstehend S. 93¹⁾ — in der Dortmunder Versammlung vom 28. Juni 1911 davon gesprochen habe, daß das Spruchkollegium sich anmaße, über andere zu Gericht zu sitzen, so solle dieses Wort sich nicht gegen die rechtliche Befugnis des Spruchkollegiums, sondern nur gegen das gesetzliche Recht zur Einrichtung desselben richten. Wenn er — vgl. S. 90¹ — in der Volksversammlung in Köln das Verfahren gegen Jatho mit den Worten „gottlos“ und „Gottlosigkeit“ gekennzeichnet habe, so seien diese Worte nicht im ethischen, sondern im religiösen Sinne gebraucht. Er habe bei seinem Vortrage zwischen „gott“ und „los“ eine Pause gemacht, um diesen Sinn hervortreten zu lassen. Die bei den Akten befindlichen Zeitungsberichte geben freilich das Wort „gottlos“ ohne Trennung der Silben und ohne jede Andeutung der jetzt behaupteten Betonung wieder. Der wiederholte Vorwurf (vgl. S. 89. 91¹⁾ der Un- bzw. Widergesetzlichkeit bei der Ablehnung der Zeugen, insbesondere seitens des Vorsitzenden, solle nicht den Vorwurf bewußter Rechtsbeugung enthalten.

Bei andern Ausdrücken zieht der Angeschuldigte sich dahinter zurück, daß die Absicht einer Beleidigung ihm fern gelegen, er insbesondere eine persönliche Kränkung der Richter des Spruchkollegiums nicht bezweckt habe. So — vgl. S. 90¹ — hinsichtlich seines Ausdruckes in Nr. 27 der „Christlichen Freiheit“ vom „religiösen Verbrechen“ mit dem Zugeständnis, daß der Ausdruck als durchaus verletzend empfunden werden könne; es habe eigentlich heißen sollen „Verbrechen an der Religion“.

So ferner — vgl. S. 91/92¹ — bei den Vorträgen in Köln und Berlin in bezug auf den Vorwurf der Heuchelei, der allerdings den Eindruck machen könne, daß er den Richtern im Spruchkollegium den Vorwurf habe machen wollen, als ob sie in dem

¹⁾ Der Tenor des Erkenntnisses zitiert hier die Seitenzahlen nach dem Abdruck im „Kirchl. Gesetz- u. Verordnungsblatt“. Hier wie auf den folgenden Seiten (mit ¹ bezeichnet) sind sie — um die Rückbeziehung zu ermöglichen — umgeändert in die Seitenzahlen des vorliegenden Abdrucks.

Bewußtsein, keinen objektiven Maßstab zu besitzen, dennoch nach einem solchen geurteilt hätten.

So — vgl. S. 90¹ — in bezug auf das Marmorkreuz im Sitzungssaal, wo er zugeben müsse, daß die Worte nicht einwandfrei seien, daß er aber gegen seine Schreibweise nicht an könne.

Wenn er — vgl. S. 92¹ — in Nr. 28 der „Christlichen Freiheit“ geschrieben habe: „Zu unserer Freude gibt es noch positive Kollegen, denen der Spruch in Berlin Schamröte ins Gesicht treibt“, so fügt er seiner Bemerkung, daß er damit eine persönliche Kränkung der Richter des Spruchkollegiums nicht bezweckt habe, noch die weitere ausdrücklich hinzu: auch ihm habe der Spruch die Schamröte ins Gesicht getrieben.

In bezug auf den von ihm — vgl. S. 94¹ — (S. 37 der Broschüre) betonten bestimmten Eindruck, „daß das Urteil über Pastor Jatho gefällt war, ehe wir in den Saal kamen“, gibt er zu, daß diese Worte „mißverständlich“ seien und bei dem Leser die Auffassung erwecken könnten, als habe er damit den Mitgliedern des Spruchkollegiums den Vorwurf einer groben Pflichtverletzung machen wollen.

Zu einer Einschränkung seiner Angriffe versteht der Angeschuldigte sich nur in folgenden zwei Punkten.

Den — vgl. S. 92¹ — in der Volksversammlung zu Berlin gebrauchten Ausdruck „objektive Heuchelei“ müsse er als „unlogisch“ preisgeben! Und in einem Falle spricht er sein Bedauern aus, aber auch dies nur hypothetisch: Wenn er — vgl. S. 90¹ — in der Volksversammlung in Dortmund gesagt habe, „das Spruchkollegium hätte Jatho tiefbeschämt die Hand drücken müssen“ und „Jatho hätte turmhoch über den Leuten gestanden, die über ihn urteilen wollten“, so müsse er zugeben, daß er in der Form zu weit gegangen sei und den Inhalt seiner Entrüstung in andere Formen hätte kleiden sollen; es habe ihm aber fern gelegen, irgend ein Urteil über die sittliche oder religiöse Qualität der Richter zu fällen. Falls seine Worte so aufgefaßt sein sollten, bedauere er, sie gebraucht zu haben.

Im übrigen hat der Angeschuldigte auch nur zu einem einzigen weiteren Ausdruck des Bedauerns sich nicht verstanden.

Welchen inneren Wahrheitswert die Erklärungen des Angeschuldigten haben, ergibt sich aus seinen Äußerungen über den gegenüber Jatho festgestellten Verlust des Pfarrertitels. Wie die Darstellung S. 95¹ zeigt, wird hier in wiederholten Wendungen der Vorwurf der Duplicierung und Täuschung erhoben, — „Nachträgliche Duplicierung der weitesten Kreise in unserer evangelischen Landeskirche“, „nicht nur wir, sondern ebenso die Mittelpartei und die ganze Öffentlichkeit ist dann getäuscht worden“, „Professor Geheimrat Kahl ist dupliert und mit ihm die ganze Mittelpartei“. Zur Rechtfertigung dieser schweren Vorwürfe aufgefordert, hat der

Angeschuldigte geglaubt, die Erklärung abgeben zu sollen, daß er die Worte Täuschung, Duplicierung im Sinne von Selbsttäuschung verstanden wissen wolle. Wie aber verträgt sich hiermit, daß der Angeschuldigte von einer „nachträglichen“ Duplicierung der weitesten Kreise spricht? Handelt es sich da um eine „nachträgliche“ Selbsttäuschung? Und wie verträgt sich damit die weitere Erklärung des Angeschuldigten, daß „er noch nicht glauben wolle, daß die Generalsynode und vor allem die preußische Mittelpartei zu solchem Spiel sich hergegeben hat“?

Für die Würdigung des Verhaltens des Angeschuldigten sind seine Ausführungen in der Streitschrift „Staatschristentum oder Volkskirche“ von besonderer Bedeutung, in denen er vor der breitesten Öffentlichkeit systematisch und programmatisch seinen Standpunkt entwickelt und seine Ziele klarlegt. Wenn er dabei behauptet, er habe lediglich im Interesse einer Besserung der Landeskirche an gewissen Einrichtungen eine scharfe religiöse Kritik üben wollen, er habe aber nicht beabsichtigt, irgend einer Person des Kirchenregiments zu nahe zu treten oder kirchliche Einrichtungen verächtlich zu machen, so mag es gelten, daß der Verfasser vorhandene Mängel und Mißstände zur Sprache bringt und Ziele aufstellt, die sie beseitigen sollen. Aber dies geschieht, auch abgesehen von den dabei untergelaufenen vielfachen Kränkungen und Verunglimpfungen landeskirchlicher Einrichtungen und Behörden, auch in der Sache selbst in so maßlos übertriebener, einseitiger Weise, daß als letzter Eindruck nicht sowohl der Antrieb zu tatkräftiger Abhilfe als vielmehr der des Mißtrauens, ja der Verachtung gegen die verrotteten Zustände der Kirche zurückbleibt. Dahin gehören Äußerungen, wie die vom Angeschuldigten „geradezu als Hohn auf unsere protestantische Erziehung“ empfundene „klägliche Einschätzung der Laienwelt“ (Broschüre S. 49), von dem „Selbstbetrug“ oder der „Heuchelei“, die im „Schutze des Bekenntnisses“ liege (S. 41), es gehöre mit zu den „Ungerechtigkeiten des Kirchentums“, daß die großen wirklichen Wohltaten unserer Zeit nicht registriert werden, sobald sie nicht von der Kirche ausgehen (S. 33), die Behauptung, daß die Kirche sich an die Schwachen klammere — „über diese geistige Herrschaft ausüben können, ist kein Meisterwerk“ —, die Vorwärts wollenden aber nicht verstehe, ja nicht verstehen wolle (S. 33/34), es gehöre mit zu dem heuchlerischen Trug . . ., als ob man wirklich von der Geschichte lebe und dabei aus der geistigen Geschichte unseres Volkes gerade diejenigen ausstreiche, die zu seiner Wiedergeburt das meiste im letzten Jahrhundert beigetragen haben (S. 32/33), daß unsere kirchlichen Synoden gar keinen Begriff von geistiger Arbeit haben, „sie sind weniger als die organisierte Bedeutungslosigkeit, wie sie schon genannt wurden“ (S. 27), die Anzweiflung, ob die preußische Landeskirche der Ort ist, an dem man mit Fug und Recht die Erziehung zur vollen Menschlichkeit im Sinne jenes

(sc. von ihm gemeinten) christlichen Wegs noch üben kann, ohne Schaden zu nehmen an seiner Seele (S. 17) u. a. m.

Dem allen nach war der Feststellung der erstinstanzlichen Entscheidung darin beizutreten, daß der Angeschuldigte, indem er in seiner publizistischen und literarischen Tätigkeit die ihm als Kirchenbeamten gezogenen Schranken durchbrach, sich der Achtung, des Ansehens und des Vertrauens, welche sein Beruf erfordert, nicht würdig gezeigt, mithin ein Dienstvergehen gemäß § 2 des Kirchengesetzes vom 16. Juli 1886 begangen hat.

IV. Bei der Abmessung der Strafe hat das Konsistorium zu Breslau eine Reihe von Umständen zugunsten des Angeschuldigten berücksichtigt.

Der Hinweis des Konsistoriums, daß die Verfehlungen des Angeschuldigten, abgesehen vom Falle Hilchenbach, sich auf den Verlauf eines Jahres (1911) beschränken und mit seiner Tätigkeit im Falle Jatho zusammenhängen, ist oben — S. 84¹ — bereits in einem von der Vorinstanz abweichenden Sinne gewürdigt worden.

Weiter aber hat das Konsistorium den Angaben des Angeschuldigten geglaubt, daß es ihm bei seiner publizistischen Tätigkeit überall nur um die Sache, um die Herbeiführung besserer Zustände in der Landeskirche zu tun gewesen sei, daß es niemals in seiner Absicht gelegen habe, die Landeskirche, ihre Einrichtungen oder Behörden oder einzelne Personen herabzuwürdigen oder zu verletzen. Indem ferner die wiederholte Verteidigung der Kirche gegenüber Sozialdemokraten und Monisten und die Inhibierung des Neudrucks der Broschüre „Staatschristentum oder Volkskirche“ berücksichtigt wurde, hat das Konsistorium angenommen, daß dem schuldhaften Verhalten des Angeklagten nicht unedle Motive zugrunde gelegen hätten. Endlich ist als besonders bedeutungsvoll erachtet, daß dem Angeschuldigten in seiner amtlichen Wirksamkeit Anerkennung und Lob zuteil geworden sei und es ihm an Liebe und Achtung in der Gemeinde nicht fehle.

Alle diese Momente haben indessen die Vorinstanz immerhin nur dazu geführt, daß gegen den Angeschuldigten in der nach dem Gesetze mildesten Form der Strafversetzung die Entfernung aus dem Kirchenamte ausgesprochen, die Verhängung einer bloßen Ordnungsstrafe aber angesichts der Schwere der Verfehlungen als ungenügende Sühne angesehen worden ist.

In der Berufungsrechtfertigung wird hiergegen geltend gemacht, die Begründung der Entscheidung enthalte insofern einen Widerspruch, als der Angeschuldigte, wenn er aus nicht unedlen Motiven gehandelt habe, sich der Achtung und des Vertrauens unwürdig gezeigt, nicht einen sittlichen Mangel bekundet haben könne; das Anerkenntnis nicht unedler Motive hätte folgerichtig zur Freisprechung führen müssen. Kann dies als zutreffend nicht anerkannt werden, weil das Handeln aus nicht unedlen Motiven für den Kirchenbeamten nicht einen Freibrief dafür bilden

darf, die Rücksicht auf die ihm aus dem Amte erwachsenden Pflichten außer acht zu lassen, so erscheint doch ein weiteres Eingehen hierauf nicht erforderlich, weil der Vorinstanz in diesem Punkte nicht beigetreten werden kann.

Wenn sie davon ausgeht, daß die literarische und publizistische Tätigkeit des Angeschuldigten lediglich unter dem Gesichtspunkte außeramtlichen Verhaltens zu beurteilen sei, und daß es ihm dabei überall nur um die Sache, um die Besserung der kirchlichen Zustände in seinem Sinne zu tun gewesen sei, so wird diese Beurteilung dem Umstande nicht gerecht, daß der Angeschuldigte durch seine Angriffe gegen die Landeskirche, ihre Behörden und Einrichtungen gerade die besonderen Pflichten, welche sein Beruf als landeskirchlicher Geistlicher ihm auferlegt, schwer verletzt hat. Das Amt eines Geistlichen der Landeskirche bringt den Inhaber in ein Verhältnis nicht nur zu seiner Gemeinde, sondern ebenso zu dem Gesamtorganismus der verfaßten Landeskirche. Daraus ergibt sich für ihn ein doppelter Pflichtenkreis. Schaltet er einen dieser Pflichtenkreise in seinem Verhalten aus, so macht er sich unwürdig der Achtung, des Ansehens und Vertrauens, die sein Amt erfordert. Dies hat der Angeschuldigte getan.

Wie der S. 82¹ wiedergegebene Artikel in der „Magdeburgischen Zeitung“ und die Streitschrift „Staatschristentum oder Volkskirche“ zeigen, steht der Angeschuldigte auf dem Standpunkte der Negierung der Landeskirche in ihrer gegenwärtigen, verfassungsmäßigen Gestalt: wie überhaupt, so müsse insbesondere in Lehrfragen ausschließlich die Einzelgemeinde die entscheidende Instanz sein (S. 48 der Streitschrift: „Die Einzelgemeinde hat in Lehrkonflikten allein zu entscheiden“; S. 54: „Die Kirche muß zum großen Zweckverband in Verwaltung, Unterstützung und Anregung umgestaltet werden“). Niemand würde es dem Angeschuldigten verschränken, für diese seine Meinung auch in der Öffentlichkeit einzutreten und zu ihrer Begründung an den Zuständen der bestehenden, völlig anders verfaßten Kirche Kritik, auch weitgehende und scharfe Kritik zu üben. Aber hierauf hat der Angeschuldigte sich nicht beschränkt. Seine Polemik gegen die Landeskirche, den Ev. Oberkirchenrat, das Spruchkollegium, die Konsistorien, die Synoden geht darauf hinaus, das den bestehenden kirchlichen Ordnungen entsprechende gesetz- und pflichtmäßige Verhalten dieser Behörden als gesetz- und pflichtwidrig und ihre Maßnahmen und Entscheidungen als Vergewaltigungen darzustellen, diese auch auf parteimäßige Tendenzen zurückzuführen. Indem er sich auf den Boden eines von ihm frei geschaffenen Zerrbildes der landeskirchlichen Zustände stellt, überhäuft er die Landeskirche und ihre Ordnungen mit — auch in der Form maßlosen — Herabwürdigungen und Schmähungen (Religiöses Verbrechen, Aushöhlung der Religion, Gottlosigkeit, Heuchelei, Ungesetzlichkeit, Nachlässigkeit, Entrechtung, Duplicierung, Täuschung, beschämend, Schamröte ins Ge-

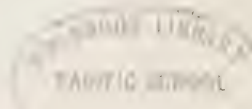
sicht treibend u. a.). Und diese Herabsetzung der landeskirchlichen Ordnungen, insbesondere ihrer Behörden, unternimmt der Angeschuldigte systematisch und agitatorisch in seiner Zeitschrift, in anderen Preßorganen und in Volksversammlungen in der breiten Öffentlichkeit, dabei sich auch nicht scheuend, die im Rahmen der landeskirchlichen Ordnungen pflichtmäßig getroffenen Maßnahmen seiner Kirchenbehörden „stürmischer Heiterkeit“ preiszugeben. Es kann daher der Vorinstanz durchaus nicht darin beigetreten werden, daß es dem Angeschuldigten überall nur um die Sache, um die Herbeiführung besserer Zustände in der Kirche zu tun gewesen sei. Sein Ziel ist, wie oben gezeigt, die Bekämpfung und Zerstörung der Landeskirche, soweit sie seinen Anschauungen nicht entspricht, und zwar auch mit Mitteln der Verdächtigung und Verächtlichmachung. Damit hat er als Geistlicher und Diener der Landeskirche gegen die Pflichten seines Amtes aufs schwerste verstoßen.

Wenn der Angeschuldigte weiter subjektiv die Absicht, die Landeskirche und ihre Einrichtungen herabzusetzen und zu verletzen in Abrede stellt, und das Konsistorium auch hierin ihm den Glauben nicht versagt, so ist diese Bewertung der „nicht unedlen“ Motive mit den festgestellten Tatsachen nicht vereinbar.

Der Angeschuldigte kann auf eine Berücksichtigung seiner Motive jedenfalls nur insoweit Anspruch erheben, als sie aus seinem Verhalten erkennbar sind und mit diesem übereinstimmen. Bei den oben erörterten Einzelvorgängen mußte dagegen immer wieder festgestellt werden, mit welchen sittlich anfechtbaren Kampfmitteln der Angeschuldigte seine Angriffe geführt hat, — von der Irreleitung der öffentlichen Meinung durch unrichtige Wiedergabe des Sachverhalts bis zu den in der Form schärfsten Ehrenkränkungen. Zu der offensichtlich hervorgetretenen Neigung des Angeschuldigten, trotz eigener großer Empfindlichkeit es mit der Ehre anderer, insbesondere der landeskirchlichen Behörden leicht zu nehmen, tritt die ausgesprochene Absicht, das Vertrauensverhältnis zwischen der Landeskirche und ihren Behörden und den Gemeinden, auf dem allein eine gesegnete Entwicklung der Landeskirche und der Gemeinden denkbar ist, durch Aussaat starken Mißtrauens zu zerstören.

Und wenn trotz solchen Verhaltens der Angeschuldigte für das Zugrundeliegen nicht unedler Motive Glauben beansprucht, so ist daran zu erinnern, wie oben bei einer Reihe verletzender Vorwürfe seine Angabe, ihm habe die Absicht einer Kränkung ferngelegen, mit den erwiesenen Tatsachen als unvereinbar erachtet werden mußte.

Wenn endlich hierbei erwogen wird, daß der Angeschuldigte trotz der ihm gemachten Vorhaltungen nur in einem einzigen Falle und auch hier nur bedingt zu einem Worte des Bedauerns über seine Verfehlungen sich verstanden hat, so erfordert die gerechte



Sühne dieser Verfehlungen die schärfste disziplinare Strafe, die Dienstentlassung.

Demgegenüber kann der Angeschuldigte sich nicht, wie in der Berufungsrechtfertigung geschehen, darauf berufen, daß die sogen. *gradus admonitionis* nicht vorangegangen seien. Der Grundsatz, die *gradus admonitionis* zu wahren, bildet nicht und kann nicht bilden eine unerläßliche Voraussetzung für die Verhängung der schwersten Disziplinarstrafe (vgl. auch die Motive: Kirchliches Gesetz- und Verordnungsblatt 1885, S. 115). Im vorliegenden Falle schließt aber nicht nur die objektive Schwere der Verfehlungen die Beachtung des Grundsatzes aus, sondern auch der Umstand, daß der Angeschuldigte selbst während des ganzen Disziplinarverfahrens jedes Zeichen einer wirklichen Einsicht in seine Schuld abgewiesen hat.

Bei diesem Sachverhalt mußten auch die dem Angeschuldigten günstigen Feststellungen der Vorinstanz über seine Tätigkeit und Stellung im Pfarramte und in seiner Gemeinde zurücktreten. Es mag daher dahingestellt bleiben, ob diese Feststellung auf objektiv unanfechtbarer Grundlage beruht. Abgesehen von warm für den Angeschuldigten eintretenden Eingaben der kirchlichen Vertretung der Reinoldigemeinde zu Dortmund und einer großen Anzahl von Gemeindegliedern beruht diese Feststellung wesentlich auf der von dem Konsistorium veranlaßten, im Laufe der Voruntersuchung erfolgten Vernehmung der Amtsbrüder des Angeschuldigten. Demgegenüber fehlt es aber auch nicht an abweichenden Urteilen über seine amtliche Tätigkeit, wie dies auch in den ihm von dem Konsistorium zu Münster erteilten Mahnungen, Mißbilligungen und Verweisen zum Ausdruck kommt.

Auch das Konsistorium zu Breslau zieht aus seinen Darlegungen selbst nicht den Schluß, daß der Angeschuldigte mit Rücksicht auf die vorliegenden günstigen Bezeugungen über seine Amtstätigkeit in seinem Pfarramte zu belassen wäre. War aber die Vorinstanz bei milderer Beurteilung der Verfehlungen des Angeschuldigten zu der Feststellung genötigt, daß diese Verfehlungen ein Verbleiben auch in seinem gegenwärtigen Pfarramt nicht gestatteten, so muß diese Erwägung bei erheblich schärferer Beurteilung der vorliegenden Verfehlungen um so mehr in den Vordergrund treten.

Endlich kann gegen die Verhängung der schwersten Strafe, der Dienstentlassung, nicht eingewendet werden, daß sie in der Regel da zur Anwendung kommt, wo andersgeartete Verfehlungen, insbesondere auf sittlichem Gebiete im engeren Sinne zu ahnden sind. Es liegt in der Natur des Disziplinarrechts, daß es nur über wenige Strafarten verfügt, und daß deshalb bei dem nicht konkret, sondern nur allgemein zu umschreibenden Tatbestande des Dienstvergehens (§ 2 des Kirchengesetzes) Verfehlungen verschiedener Art unter Umständen durch eine und dieselbe Strafe

geahndet werden müssen. Auch sind, wie dargetan, in dem Verhalten des Angeschuldigten erhebliche sittliche Verfehlungen zu erblicken.

Ist sonach die Disziplinarstrafe der Dienstentlassung die gerechte Sühne für die Verfehlungen des Angeschuldigten, so ist sie ebenso gerechtfertigt im Hinblick auf das von ihm nach seinen eigenen Erklärungen künftig zu erwartende Verhalten.

Von den drei Strafen, welche das kirchliche Disziplinargesetz als Entfernung aus dem Kirchenamt anerkennt — Strafversetzung, Amtsenthebung, Dienstentlassung —, steht die von der Vorinstanz ausgesprochene Strafe der Versetzung mit den eigenen Ausführungen der Entscheidung nicht im Einklang, weil sie den Angeschuldigten gerade dem Gebiete seiner Tätigkeit entziehen würde, für welche die Vorentscheidung ihm noch Anerkennung zollt. Derselbe Gesichtspunkt würde auch gegen die Amtsenthebung sprechen. Strafversetzung und Amtsenthebung setzen überdies, wie der Ev. Oberkirchenrat wiederholt in Disziplinarentscheidungen ausgesprochen hat, voraus, daß eine Verwendung des Angeschuldigten in einem andern geistlichen Amte der Landeskirche noch angängig und mit den Interessen der Landeskirche vereinbar ist. Diese Voraussetzung ist im vorliegenden Falle nicht als gegeben zu erachten.

Sowohl nach den wiederholten Proklamationen des unentwegten Kampfes gegen die Landeskirche, wie auch im Hinblick auf den während der Untersuchung zutage getretenen Mangel an Einsicht in die Verwerflichkeit seiner Kampfesmittel und bei der mehrfach hervorgetretenen Unwahrhaftigkeit seiner Polemik muß dem Angeschuldigten das Vertrauen versagt werden, daß er hinfort seine grundsätzliche Stellung zur verfaßten Landeskirche ändern bzw. in einwandfreier Weise seinen Standpunkt zur Geltung bringen werde.

Wer systematisch und in der Art, wie er, der verfaßten Landeskirche die Existenzberechtigung überhaupt abspricht, sie in ihren Behörden und Einrichtungen bekämpft und verächtlich macht, entzieht sich selbst die Möglichkeit einer ferneren Wirksamkeit als Geistlicher und Diener dieser Kirche, und es kann der Landeskirche nicht zugemutet werden, einen solchen Mann im geistlichen Stande zu belassen und ihm damit die Möglichkeit des Wiedereintritts in ein landeskirchliches Pfarramt zu gewähren.

Auch unter diesem Gesichtspunkt erscheint daher die Strafe der Dienstentlassung begründet.

Die Entscheidung über die Erstattung der baren Auslagen des Verfahrens rechtfertigt sich aus § 38 des Kirchengesetzes vom 16. Juli 1886.

Urkundlich unter unserm Siegel und Unterschrift.

(L. S.) Evangelischer Oberkirchenrat.
gez. Voigts.

3. Polemik und Preßäußerungen aus Anlaß des Entscheides des Evangelischen Oberkirchenrats betr. den Fall Traub. Baumgartens „fünf Unwahrheiten des Evangelischen Oberkirchenrats“ und Dr. Henles Replik.

Der Entscheid des vorgedruckten Urteils erregte auf allen Seiten nicht unbeträchtliches Aufsehen. Auf politisch und kirchlich freisinniger Seite empfand man die bis zur Dienstentlassung Lic. Traubs gehende Verschärfung des Breslauer Urteils als eine unerhörte Gewalttat, auf politisch und kirchlich positiver Seite hatte man eine so zielsichere, stramme Wahrung der Autorität, ein so resolutes, scharfes Eingreifen gegen die Indisziplin, die man zwar längst gefordert hatte, dennoch kaum erwartet. Die logische Unhaltbarkeit des Breslauer Spruchs wurde rechts und links empfunden. Gerade die Amtsversetzung wurde, vom Standpunkt der reinen Zweckmäßigkeit aus angesehen, der vorliegenden Komplikation am allerwenigsten gerecht. Entweder war Lic. Traub für das kirchliche Amt überhaupt disqualifiziert, oder wenn nicht, dann an seiner Gemeinde, die ihm ein Vertrauensvotum nach dem andern ausstellte, noch am meisten am Platze. Freilich ist nicht zu vergessen, daß Momente der bloßen Zweckmäßigkeit im formalen Recht Dinge geringeren Gewichts sind. Trotzdem war zu erwarten gewesen, daß der endgültige Spruch nach rechts oder links gegen die Breslauer Mitte, die eigentlich niemandem gefiel, ausschlagen werde. Für den Bestand der Landeskirche, für den Fortbestand der kirchlichen Autorität ist es nur zu begrüßen, daß der endgültige Spruch nach rechts abwich.

Im Moment der Bekanntgabe des Urteils begann in der politischen Presse ein wahrer Korybantenlärm. Die Kleinpresse, besonders die „General-Anzeiger“-Presse, die kirchliche Disziplinarfälle ja nur als Sensationen zu werten gewöhnt ist, war sofort mit den allertrivialsten Beschuldigungen zur Hand. So fanden wir in mehr als einem Dutzend Preßorganen dieser Art — wahrscheinlich von einer Korrespondenz als gemeinsamer Quelle herrührend — die aus dem Handgelenk hingeworfene Anklage, der Oberkirchenrat habe in seinem Disziplinarverfahren formale Verstöße gröblichster Art begangen — eine Beschuldigung, deren Torheit doch eigentlich auf der flachen Hand liegt. Es wurde z. B. behauptet, das Verfahren des Ev. Oberkirchenrats verstoße gegen den Satz in § 36 des Gesetzes vom 16. Juli 1886: „Neue Tatsachen, welche die Grundlage einer andern Beschuldigung bilden, dürfen in der Berufungsinstanz nicht vorgebracht werden.“ Goßners Kirchenrecht sagt dazu mit Recht: „wohl aber neue Tatsachen, welche die alte Anschuldigung stützen.“ Die Preßjuristen der politischen Kleinpresse waren nicht imstande, diesen Unterschied zu begreifen. Rein formale Berichtigungen in der Presse nach dieser Richtung hin nahm

Lic. Traub — wie der Verfasser dieser Rundschau persönlich erleben mußte — sehr unwirsch auf. Ebenso wurde mit einer gewissen voreingenommenen Uermüdlichkeit der Vorwurf hartnäckig aufrecht erhalten, der Oberkirchenrat sei insofern ungesetzlich, d. h. wider die Grundsätze einer vernünftigen Rechtsprechung handelnd verfahren, als er „in eigener Sache“ Recht gesprochen habe. Als ob nicht der Instanzenzug des Disziplinarverfahrens in obengenanntem Gesetz formal unanfechtbar fixiert wäre. Diesem Einwand lag zudem die naive Verwechslung von Spruchkollegium und Oberkirchenrat zugrunde. Hier ist es in hohem Maße verwunderlich, daß selbst ein Mann wie Prof. D. Baumgarten im Septemberheft der „Ev. Freiheit“ 1912 sich dieses Einwandes noch bedient, zu einer Zeit, wo der Tatbestand längst klar lag.

Im übrigen griff Prof. D. Baumgarten in der Zeitschrift „Christliche Freiheit“ (Nr. 38. 1912) das Urteil des Oberkirchenrats auch formal sehr scharf an unter der Überschrift „Unwahre Behauptungen im Urteil des Oberkirchenrats wider Traub.“ Folgendes ist der Wortlaut:

„In dem Urteil des Oberkirchenrats zu Berlin gegen Pfr. Traub, gefällt am 5. Juli 1912, finden sich folgende unwahre Behauptungen:

1. Unwahr ist, daß Pfarrer Traub in der „Christlichen Freiheit“ eine „von dem Kommissar des Evangelischen Oberkirchenrats auf telegraphische Anfrage erteilte Auskunft“ kritisiert hat. Wahr ist, daß Pfarrer Traub jene öffentliche telegraphische Auskunft in der „Christlichen Freiheit“ überhaupt nicht kritisiert hat. Wohl aber hat er einen Privatbrief des Wirklichen Geheimen Oberkonsistorialrats Möller, der einen von diesem Telegramm völlig verschiedenen Inhalt hatte, kritisiert. Dieser Privatbrief, der von dem Vorsitzenden der Provinzialsynode mitgeteilt wurde, hatte auf die Abstimmung über das Pfarrbesetzungsgesetz wesentlichen Einfluß.

2. Unwahr ist, daß in der Sachdarstellung des Oberkirchenrats an das Spruchkollegium kein falscher Schein erweckt worden sei. Wahr ist: in jener Sachdarstellung ist nur die erste der drei Eingaben des Herrn Wuppermann mit Nennung seines Namens angeführt. Das zweite Mal wird von einer Beschwerde eines „Kölner Gemeindemitgliedes“ geredet. Jedermann mußte deshalb annehmen, daß diese Beschwerde von einem andern Verfasser herrühre. Endlich wird sogar jetzt noch in dem vorliegenden Urteil des Oberkirchenrats ebenso wie in der damaligen Sachdarstellung an das Spruchkollegium nicht angeführt, daß die dritte Eingabe bzw. Beschwerde wieder von Herrn Wuppermann herrührt. Sie wird genannt eine Beschwerde „von drei Kölner Gemeindemitgliedern“. Ferner wird in dem Aktenstück I des Spruchkollegiums die Beschwerde des Herrn Wuppermann mit den Worten eingeführt: „Es lief eine Beschwerde des Presbyters, Fabrikant Wuppermann sen. aus Köln ein.“ Fabrikant Wuppermann war allerdings Presbyter, aber nicht in Köln, der Gemeinde Jathos, sondern in — Schlebusch.

3. Unwahr ist, daß „nicht eine einzige geheime oder anonyme Eingabe als Beschwerde verwendet worden ist“. Wahr ist, daß das Aktenstück 1 des Spruchkollegiums unter der Reihe der übrigen Beschwerden ausdrücklich feststellt, daß der Vorstand der Bekennnisfreunde Rheinlands und Westfalens „beauftragt wurde, in einer Eingabe dahin vorstellig zu werden, ob Pfarrer Jatho noch in der Landeskirche erträglich sei“. Diese Eingabe vom Jahr 1905 ist Pfarrer Jatho vor Einleitung des Verfahrens im Jahre 1910 nicht vorgelegt worden, obschon seit dem Jahre 1905 über die andern Beschwerden mit ihm Verhandlungen gepflogen wurden. Es kommt hinzu, daß der Evangelische Oberkirchenrat in seiner Entscheidung sagt, er habe die Predigtskizze aus Köln über den Text: „Du bist mein Sohn, heute habe ich dich gezeugt“, Herrn Pfr. Jatho „durchaus loyal“ vorgelegt. Tatsächlich ist sie Pfr. Jatho ohne Namensunterschrift vorgelegt worden, und auch seine beiden Verteidiger konnten in den Akten keine Namensunterschrift finden. Das läßt doch den Schluß zu, daß geheime Akten geführt worden sind.

Ferner ist wahr, daß die stenographische Wiedergabe der Barmer Osterpredigt Jatho ohne Namensunterschrift vorgelegt worden ist, so daß also der Einreicher für die Prozeßbeteiligten, nämlich Pfarrer Jatho und seine Verteidiger, anonym blieb.

4. Unwahr ist, daß die oben erwähnte Predigtskizze aus Köln „als Beweismaterial ausgeschieden sei“. Wahr ist: Jatho hat selbst in seiner Antwort vom 26. Januar 1911 seinerseits eine Skizze jener Predigt gegeben. Trotzdem wird „die von anderer Seite eingereichte Skizze“ in dem Aktenstück des Spruchkollegiums vom 30. März 1911 erwähnt mit der ausdrücklichen Hinzufügung, daß „auch sie noch die bereits bestehenden Bedenken verschärft habe“. Obgleich dann nachher (in dem Aktenstück des Spruchkollegiums) ausdrücklich noch einmal die Sache erwähnt und auf die Zurechtweisung Jathos wegen Ablehnung einer Erklärung über diese Skizze Bezug genommen wird, findet sich auch hier kein Wort davon, daß sie als Beweismaterial ausscheide.

5. Unwahr ist, Pfarrer Jatho habe zugestanden, daß „ein völlig einwandfreies Beweismaterial vorliege“. Wahr ist, daß Pfarrer Jatho das ganze Beweismaterial nur zur Kenntnis genommen, sich aber überhaupt darüber gar nicht geäußert hat, ob er dasselbe einwandfrei finde oder nicht.

Die zu 2 bis 4 erörterten Tatsachen haben seinerzeit dazu beigetragen, daß der Oberkirchenrat überhaupt erst der Frage näher trat, ob Jathos Lehrtätigkeit noch in der Kirche ertragen werden könne oder nicht, und somit daß das Verfahren gegen Jatho überhaupt zustande kam.“

Gegen die ganz allgemein von Prof. D. Baumgarten aufgestellte Behauptung, bei der Beratung und Beschlußfassung über das Irrlehregesetz habe man von vornherein Jatho und Traub als erste Opfer ausersehen gehabt, wenigstens habe diese Überzeugung ganz allgemein

vorgeherrscht, opponierte sofort Prof. D. Herm. Scholz in der „Tägl. Rundschau“ (20. Sept. 1912) wie folgt: „D. Baumgarten hat seine Behauptung nicht bewiesen, sondern nur einfach aufgestellt. Er kann sie auch nicht beweisen. Wenn er die Jahrgänge seiner „Evangel. Freiheit“ und die von ihm selbst verfaßten Chroniken durchsieht, fehlen ihm alle Belege dafür, die entgegengesetzte Meinung auch nur wahrscheinlich, geschweige glaubhaft zu machen. Warum also hat er sie aufgestellt? Man würde es noch verstehen, wenn er sich darauf beschränkt hätte, die zweite Hälfte seines Satzes vielleicht als Vermutung, etwa auf Grund von Zeitungsausschnitten, in der bedingten Form auszusprechen, Jatho und Traub schienen auf manchen Seiten ausersehen, die ersten Opfer des Gesetzes zu sein; wiewohl auch dies nach allem Bisherigen keine einleuchtende Unterlage hat — das alte Verfahren genügte völlig — und seine Vermutung nicht mehr als Vermutung ist, mit der sich nichts anfangen läßt. Aber dem Gesetzgeber nachsagen, das heißt nicht nur dem Kirchenregiment, sondern ganz ebenso der Synode und ihren führenden Männern, sie hätten sich Jatho und Traub zum Opfer ausersehen, mit Beziehung auf sie sei das Irrlehrengesetz gemacht, das durfte ohne zwingende Beweise, die D. Baumgarten nicht erbracht hat und nicht erbringen kann, so nicht geschrieben werden. Denn es ist gegen die historische Wahrheit und wirkt in seinem Zusammenhang halb als Unterstellung, halb als Verdächtigung.“

Die „Kreuzzeitung“ (Nr. 451. 1912) brachte gegenüber D. Baumgartens Aufstellungen folgenden Artikel:

„Von wohlunterrichteter Seite wird uns geschrieben:

Professor D. Baumgarten in Kiel hatte in der Presse darzulegen gesucht, wie bei der Beratung und Beschlußfassung über das Irrlehrengesetz allgemein die Überzeugung geherrscht habe, daß Jatho und Traub seine Veranlassung und seine ersten Opfer wären. Demgegenüber hat Professor D. Scholz in der Abendnummer der „Täglichen Rundschau“ am 20. Sept. 1912 bereits klar und überzeugend nachgewiesen, daß die Behauptung des D. Baumgarten jeder geschichtlichen Grundlage entbehrt. Mit Recht sagt dabei D. Scholz: „Es gibt Irrtümer, die unausrottbar sind wie das Unkraut.“ Andere würden vielleicht noch einen schärferen Ausdruck wählen.

Professor D. Baumgarten veröffentlicht nun aber weiter in Nr. 38 der Traubschen „Christlichen Freiheit“ einen Artikel über „Unwahre Behauptungen im Urteil des Oberkirchenrats gegen Traub“. Als solche werden fünf Einzelheiten hervorgehoben. Seine Vorwürfe sind so ungeheuerlich, daß sie nicht unbeachtet und, wenn unzutreffend, nicht unwiderlegt bleiben dürfen. Ehe wir sie im einzelnen besprechen, zunächst einige Vorbemerkungen.

Das Urteil des Oberkirchenrats macht bekanntlich Traub den Vorwurf, seine der Öffentlichkeit unterbreitete Darstellung des Falles Jatho sei „unwahr in dem, was sie sagt, und unwahr durch

das, was sie verschweigt“. Es ist nun zunächst festzustellen, daß *D. Baumgarten* gegenüber dem letzteren Vorwurf schlechterdings nichts zu sagen vermag. Er kann auch nicht einmal den Versuch unternehmen, diese schwerwiegende Feststellung des Urteils auch nur anzuzweifeln, wonach Traub durch Unterdrückung und Verschweigung des wahren Sachverhalts vor der Öffentlichkeit diese irregeführt habe. Qui tacet consentire videtur. — Sodann: die Angaben des *D. Baumgarten* geben zum größten Teil lediglich alte Behauptungen Traubs wieder, deren Unrichtigkeit der Evangelische Oberkirchenrat auf Grund der Akten bereits festgestellt hat. *D. Baumgarten* wird nicht in Anspruch nehmen können, daß die unrichtigen Angaben Traubs durch seine Wiederholung richtig werden. — Endlich, wenn *D. Baumgarten* so schwere Beschuldigungen ausspricht, so wäre es seine erste Pflicht gewesen, die von ihm so hart angegriffenen Ausführungen der Entscheidung des Evangelischen Oberkirchenrats wenigstens richtig wiederzugeben. Statt dessen ist seine Wiedergabe in mehreren Punkten unvollständig und dadurch irreführend, ja sogar direkt falsch.

Nun zu den Einzelheiten. *D. Baumgarten* glaubt folgende fünf „Unwahrheiten“ nach dem Schema „unwahr“ — „wahr“ nachweisen zu können.

Zu 1. Unwahr sei es, daß Traub in der „Christlichen Freiheit“ eine von dem Kommissar des Evangelischen Oberkirchenrats auf telegraphische Anfrage erteilte „Auskunft“ bei den Verhandlungen des Pfarrbesetzungsgesetzes auf der Westfälischen Provinzialsynode kritisiert habe, indem dabei von ihm zwischen einer telegraphischen und einer privatbrieflichen angeblich „völlig abweichenden“ Auskunft unterschieden wird. *D. Baumgarten* erwähnt nicht, daß der Evangelische Oberkirchenrat in diesem Punkte lediglich der zutreffenden Beurteilung des Konsistoriums zu Breslau beigetreten ist. Also mit dem Oberkirchenrat würde auch das Konsistorium der Unwahrheit sich schuldig gemacht haben. Will man nun aber weder Konsistorium noch Evangelischem Oberkirchenrat glauben, so ist festzustellen, was doch wohl auch *D. Baumgarten* nicht unbekannt ist, daß nach dem amtlichen Protokoll der Westfälischen Provinzialsynode der sogenannte Privatbrief des Kommissars des Oberkirchenrats von dem Präses der Synode dieser bekannt gegeben ist, zugleich mit dem Anerbieten des Kommissars, „falls Synode es wünscht, noch einmal an den Verhandlungen teilzunehmen“, daß die Synode es aber „nicht für nötig hält, den Vertreter des Evangelischen Oberkirchenrats noch einmal zu einer Beratung zu bemühen“, vielmehr — unter Ablehnung einer Vertagung — in derselben Sitzung das Gesetz angenommen hat — und endlich, daß auch der Präses der Synode die von *D. Baumgarten* aufgenommenen Bemängelungen Traubs in einer Erklärung vom Januar 1912 zurückgewiesen hat, ohne damit natürlich den Beifall Traubs zu finden. Ist dies auch alles „unwahr“?

Zu 2 wiederholt *D. Baumgarten* die alten Behauptungen Traubs, daß in der Sachdarstellung vor dem Spruchkollegium zwar die erste Beschwerde mit Nennung des Namens (Wuppermann) vorgelegt sei, aber „das zweite Mal wird von einer Beschwerde eines Kölner Gemeindegliedes geredet. Jedermann mußte daher annehmen, daß diese Beschwerde von einem andern Verfasser herrühre“. Der Evangelische Oberkirchenrat stellt nun aber aus der auch *D. Baumgarten* als Beistand Jathos bekannten „Sachdarstellung“ ausdrücklich aktenmäßig fest, wie in dem schriftlich bei den Akten befindlichen, in der mündlichen Verhandlung vor dem Spruchkollegium verlesenen Referat ausdrücklich mitgeteilt ist, daß die beiden Beschwerden von einem und demselben mit Namen bezeichneten Verfasser stammen“, also auch die zweite Beschwerde von Wuppermann herrührt. Wer hat nun recht — *D. Baumgarten* oder die Akten? Endlich soll nach *D. Baumgarten* auch die dritte Beschwerde von Wuppermann herrühren! Die Entscheidung des Ev. Oberkirchenrats stellt dagegen aktenmäßig fest, daß sie von drei Kölner Gemeindegliedern stamme — also sicherlich nicht Herrn Wuppermann allein zugeschrieben werden kann.

Zu 3. *D. Baumgarten* behauptet: „Unwahr ist, daß nicht eine einzige geheime oder anonyme Eingabe als Beschwerde verwendet worden ist.“ Als Beweis wird auf eine Eingabe der Bekenntnisfreunde Rheinlands und Westfalens aus dem Jahre 1905 hingewiesen. War diese Eingabe der Bekenntnisfreunde anonym? *D. Baumgarten* wird, wenn nicht der Vorwurf der Unwahrheit auf ihn zurückfallen soll, den Beweis hierfür zu erbringen haben. War diese Eingabe geheim? Sämtliche Zuhörer bei der Verhandlung vor dem Spruchkollegium würden gegen *D. Baumgarten* bezeugen müssen, daß in dieser Verhandlung die Eingabe bei der historischen Erwähnung früherer Beschwerden in der „Sachdarstellung“ in Gegenwart Jathos und *D. Baumgartens* ihrem ganzen Wortlaute nach Wort für Wort öffentlich verlesen worden ist. War die Eingabe hiernach weder eine anonyme noch eine geheime, so ist sie zudem vor dem Spruchkollegium — abgesehen von der erwähnten historischen Hervorhebung als älterer Eingabe — überhaupt nicht als Beschwerde verwendet worden. Wie die Begründung des Jathospruches klar erkennen läßt, geht die Entscheidung des Spruchkollegiums mit keinem Wort auf die Eingabe ein. Die Behauptungen *D. Baumgartens* sind also schlechthin falsch.

Wie endlich *D. Baumgarten* in einer Jatho vorgelegten stenographischen Wiedergabe seines Ostervortrages — nicht einer Predigt, wie *D. Baumgarten* sagt — eine „anonyme und geheime, als Beschwerde verwendete Eingabe“ erblicken will, ist unerfindlich. Jatho selbst hat, ohne sich irgendwie über die Vorlegung beschwert zu haben, ausdrücklich die Wiedergabe im großen und ganzen als sachgemäß anerkannt.

Zu 4. Die vielberufene „Predigtskizze“ ist, wie der Oberkirchenrat feststellt, diesem nicht anonym zugegangen. Wenn er sie, wie niemals vom Evangelischen Oberkirchenrat verschwiegen, ohne Namensangabe Jatho zur Erklärung vorgelegt hat, so ist das das gute Recht der Behörde. Nachdem Jatho eine Erklärung abgelehnt hatte, ist die Skizze loyal als Beweismaterial ausgeschieden worden. *D. Baumgarten* bemängelt dies als unwahr. Aber hat denn *D. Baumgarten* die Begründung des Spruches gegen Jatho nicht gelesen? Sie enthält doch das allein authentische Material für die Erwägungen, welche für den Spruch maßgebend waren. Wo ist in der Begründung des Spruches auch nur mit einem Worte von der Predigtskizze oder ihrem Inhalt überhaupt die Rede? Sie war eben, wie der Oberkirchenrat nicht unwahr, sondern wahrheitsgemäß festgestellt hat, völlig ausgeschieden worden. Und weiß denn *D. Baumgarten* als Beistand Jathos nicht, daß, als Jatho eine Erklärung verweigert hatte, der Oberkirchenrat ihm gegenüber ausdrücklich auf eine weitere Erklärung verzichtet hat, weil der von Jatho selbst gegebene Aufriß der Predigt inhaltlich mit jener Skizze übereinstimme?

Zu 5. „Unwahr ist“ — nach *D. Baumgarten* — „Pfarrer Jatho habe zugestanden, daß ein völlig einwandfreies Beweismaterial vorliege. Wahr ist, daß Pfarrer Jatho das ganze Beweismaterial nur zur Kenntnis genommen, sich aber gar nicht darüber geäußert hat, ob er dasselbe einwandfrei finde oder nicht.“

Aber das, was *D. Baumgarten* als „unwahr“ bezeichnet, sagt der Evangelische Oberkirchenrat gar nicht. *D. Baumgarten* zitiert falsch, um auf Grund seines falschen Zitates den Vorwurf der Unwahrheit zu erheben. Der betreffende Passus der Entscheidung lautet wörtlich: „Während also Jatho selbst das der Untersuchung und Entscheidung zugrunde gelegte Material nicht nur nicht bemängelt, im Gegenteil dasselbe als mit seiner Lehre übereinstimmend ausdrücklich anerkannt und damit zugestanden hat, daß ein völlig einwandfreies Beweismaterial vorlag“ usw. — Diese Fassung ergibt für jeden Leser ganz unmißverständlich, daß der Oberkirchenrat nicht — wie *D. Baumgarten* glauben machen will — wahrheitswidrig Jatho ein von ihm nicht abgegebenes Zugeständnis zugeschrieben hat, sondern daß es sich um eine vom Evangelischen Oberkirchenrat aus den Erklärungen Jathos gezogene Schlußfolgerung, um eine auf die ausdrücklichen protokollarischen Erklärungen Jathos gegründete richterliche Beurteilung handelt. Der von *D. Baumgarten* erhobene Vorwurf fällt also auch hier auf ihn selbst zurück. — Und freilich hatte der Oberkirchenrat vollste Berechtigung, diese Schlußfolgerung seinerseits zu ziehen, dieses Urteil auszusprechen. Denn wie lauten die Erklärungen Jathos? Dies führt zu dem zweiten angeblich „wahren“ Satze. Wir beschränken uns darauf, nach der Entscheidung des Oberkirchenrats die ausdrücklichen protokollarischen Erklärungen

Jathos einfach zu wiederholen. Die Entscheidung stellt darüber aus den Akten fest: Und so hat denn auch Jatho selbst schon bei dieser Vorvernehmung ausdrücklich zu Protokoll anerkannt, „daß das verstehende Material einschließlich seiner Antwort an den Evangelischen Oberkirchenrat der Lehre entspreche, wie er sie auf der Kanzel, in Vorträgen und Andachten und in entsprechender Abwandlung auch im Konfirmandenunterricht verkündigt“. Weiter hat Jatho in der mündlichen Verhandlung vom 23./24. Juni 1911 nochmals ausdrücklich anerkannt, „daß er das, was er in seiner Antwort an den Evangelischen Oberkirchenrat auf das Schreiben vom 7. Januar 1911, bei der Vernehmung am 21. April 1911 und im Anschluß daran in seinem Schreiben vom 15. Mai 1911 über seine Lehre ausgeführt habe, aufrecht erhalte, und daß der Inhalt dieser Erklärungen mit dem übereinstimme, was er seiner Gemeinde verkündige.“

Hiermit vergleiche man den zweiten „wahren“ Satz *D. Baumgartens*, wonach Jatho das ganze Beweismaterial „nur zur Kenntnis genommen, sich aber gar nicht darüber geäußert habe, ob er dasselbe einwandfrei finde oder nicht“. Wo ist hier die Wahrheit?

Die Ausführungen des *D. Baumgarten* über die „unwahren Behauptungen im Urteil des Oberkirchenrats gegen Traub“ zerfallen hiernach Punkt für Punkt in nichts.

Aber: „Es gibt Irrtümer, die unausrottbar sind wie das Unkraut.“

Herr *D. Baumgarten* wird bei einer so wenig einwandfreien Angriffsmethode nicht mehr beanspruchen können, daß man fernerhin weiteren Angriffen von ihm noch Bedeutung beilegt.“

Soweit die Ausführungen der „Kreuzzeitung“.

Im Anschluß hieran veröffentlichte die „Nordd. Allg. Ztg.“ vom 28. September 1912 die folgende, ihr vom Evangelischen Oberkirchenrat zugegangene Zuschrift:

„In der von dem Lic. Traub herausgegebenen „Christlichen Freiheit“ (Nr. 38) hat Professor *D. Baumgarten* in Kiel unter der Überschrift „Unwahre Behauptungen im Urteil des Oberkirchenrats gegen Traub“ schwere Angriffe gegen die bekannte Disziplinarentscheidung des Evangelischen Oberkirchenrats erhoben. Diese Angriffe haben in der Presse allgemeines Aufsehen erregt. Es ist selbstverständlich für den Evangelischen Oberkirchenrat ausgeschlossen, sich mit Prof. *D. Baumgarten* in eine Diskussion über die Urteilsbegründung einzulassen. Schon der Ton seiner Auslassungen würde dies verbieten. Aber auch einer sachlichen Würdigung bedarf es nicht mehr, nachdem in der Abendnummer der „Kreuzzeitung“ vom 25. d. M. eine Widerlegung erschienen ist, wonach die erhobenen Anschuldigungen in jeder

Beziehung zutreffend Punkt für Punkt als völlig haltlos nachgewiesen sind.“

Damit gewannen die vorstehenden Ausführungen der „Kreuzzeitung“ ein starkes Gewicht und einen offiziellen Charakter.

Prof. D. Baumgarten hielt demgegenüber seine Behauptungen vollständig aufrecht, ohne auf die Materie selbst zunächst weiter einzugehen. Lic. Traub aber erwiderte auf die Ausführungen der „Kreuzzeitung“ in der „Dortmunder Zeitung“ folgendes:

„Zu Punkt 1: Der Hinweis Baumgartens bleibt zu Recht bestehen, daß Traub den Privatbrief Geheimrat Möllers an die Synode, nicht sein öffentliches Telegramm, kritisiert hat, wie dies der Evangelische Oberkirchenrat behauptet. Baumgarten wirft auch Breslau nichts vor; denn Breslau hat sich korrekt ausgedrückt; Berlin hat die Sache falsch dargestellt.

Zu Punkt 2: Die Behauptung Baumgartens bleibt zu Recht bestehen, daß der Evangelische Oberkirchenrat weder im Jathoprozesse, noch in seinem Urteil gegen Traub die für die Einschätzung der drei Kölner Eingaben bedeutungsvolle Tatsache mitteilt, daß auch die dritte dieser Beschwerden die Unterschrift des Herrn Wuppermann trägt, der auch die beiden ersten eingesandt hat, und daß er gar nicht in Köln, sondern in Schlebusch Presbyter war.

Zu Punkt 3: Die Behauptung Baumgartens bleibt zu Recht bestehen, daß der Ev. Oberkirchenrat die Eingabe des Vereins der Bekenntnisfreunde Rheinlands und Westfalens vom Jahre 1905 dem Pfarrer Jatho vor Einleitung des Spruchverfahrens gegen ihn im Jahre 1911 nicht vorgelegt, sie also bis dahin geheim gehalten hat.

Zu Punkt 4: Die Behauptung Baumgartens bleibt zu Recht bestehen, daß der Oberkirchenrat die Predigtskizze, auch nachdem Jatho eine Erklärung darüber abgelegt hatte, im Aktenstück des Spruchkollegiums (vom 30. März 1911) weiter erwähnt, mit der ausdrücklichen Hinzufügung, daß „auch sie noch die bereits bestehenden Bedenken verschärft habe“. Trotzdem sagt er in dem Urteil gegen Traub: „Diese Predigtskizze sei in loyaler Weise als Beweismaterial ausgeschieden.“ Auch die andere Tatsache, daß Jatho selbst und Jathos Verteidiger in den ihnen vorgelegten Akten den Namen des Einsenders der Predigtskizze nicht finden konnten, und die daran geknüpfte Vermutung, daß also geheime Akten vorhanden waren, wird nicht widerlegt.

Zu Punkt 5: Die Tatsache, daß der Ev. Oberkirchenrat mit Unrecht den Versuch gemacht hat, Jatho und seinen Verteidiger Traub in Widerspruch zueinander zu bringen, wird durch alle Silbenstecherei nicht widerlegt. Übrigens hat Jatho selbst öffentlich mit Nachdruck diesen Versuch des Oberkirchenrats zurückgewiesen.

In diesem Stadium nahm Dr. Rudolf Henle, Privatdozent der Rechte in Bonn, das Wort zur Sache in einer Artikelserie in

Nr. 484. 485. 487. 488 der „Kreuzzeitung“, betitelt: „Die Baumgartenschen Vorwürfe.“¹⁾ Die Beweisführung ist hier so rein juristisch, so scharf dialektisch, daß eine auszugsweise Wiedergabe unmöglich ist. Eben dieser Charakter der Henleschen Aufstellungen hat es — neben der Abneigung der landläufigen Presse, auch dem audiatur et altera pars gerecht zu werden — wohl verschuldet, daß in der Kontroverse der Öffentlichkeit diese Aufstellungen nicht die Beachtung gefunden haben, die sie verdienen.

Die Henleschen Aufstellungen schließen mit den Worten:

„Das Gesamturteil über die Vorwürfe des Professors *D. Baumgarten* und des Lic. Traub gegen den Ev. Oberkirchenrat fasse ich zusammen, wie folgt: ‚Kaum jemals ist eine so schwere Anklage so grundlos erhoben worden. Diese fünf Vorwürfe Baumgartens und Traubs werden in der Geschichte des 20. Jahrhunderts fortleben als ein Zeugnis, auf welche Irrwege in unserer nach Harnack durch ‚entwickelten Wirklichkeits- und Wahrheitssinn‘ ausgezeichneten Zeit die Leidenschaft das Denken und das Empfinden von Männern mit großen geistigen Fähigkeiten und in verantwortlicher Stellung zu locken vermag.“

Seit Erscheinen dieser Artikel hat Prof. *D. Baumgarten*, der noch am 6. Oktober im „Berliner Tageblatt“ schrieb: „Mein Name und meine Stellung bürgen wohl dafür, daß ich mir wohl überlegt habe, was ich schrieb“ — zur Sache selbst sich nicht mehr geäußert. Ein Anonymus in der „Vossischen Zeitung“ (Nr. 534) kam darauf zurück, und Rechtsanwalt Büttner trat im Beiblatt des „Protestantenblatts“ Nr. 44 (30. Oktober 1912) in eine Polemik wider Henle ein. Das alles zu verfolgen führt hier zu weit, zumal Behauptung und Widerlegung im Zitat oft dreifach und vierfach ineinander geschachtelt, die Übersicht über die einzelnen Streitpunkte selbst ungeheuer verwirren. Hier kann man es wohl verstehen, wenn *D. Rade* verzweifelt ausruft: „Da kennt sich kein Mensch mehr aus.“

Um so verwunderlicher muß es erscheinen, daß bei dieser lebhaften Kontroverse Lic. Traub noch in der „Christl. Freiheit“ vom 1. Dezember 1912 (Nr. 48) schreiben konnte: „Um die öffentliche Meinung kümmert sich der Oberkirchenrat ja nichts. Von Professor Baumgarten sind ihm öffentliche Unwahrheiten in seinem Urteil [NB. soll heißen Urteilsbegründung. D. R.] vorgeworfen. Was geht das ihn an! Er rührt auch keinen Finger.“ Weiter sagt in derselben Nummer ein Einsender ganz naiv: „Die schwere Anklage Baumgartens sei bisher weder widerlegt noch von ihrem Urheber zurückgenommen worden.“

¹⁾ Als Broschüre 1913 in erweiterter Gestalt herausgegeben unter dem Titel: „Die Vorwürfe Baumgartens und Traubs gegen den Ev. Oberkirchenrat“ (Leipzig, Deichert. 0,60 M.).

In seiner Broschüre macht Henle Lic. Traub und D. Baumgarten den offenen Vorwurf, daß sie wohl unermüdlich auf ihre alten Beschuldigungen zurückgreifen, aber die inzwischen erfolgten Widerlegungen und Richtigstellungen völlig ignorieren, so S. 32: „Zu einer Entgegnung ist Traub nicht imstande, dennoch wiederholt Traub den widerlegten Vorwurf. Traub verläßt sich darauf, daß die Leser der „Christlichen Freiheit“ nichts von der Widerlegung erfahren. Die „Christliche Freiheit“ hat mit keinem einzigen Wort das Erscheinen der Artikel über die Baumgartenschen Vorwürfe in der Kreuzzeitung erwähnt. Traubs Zeitschrift hat die Widerlegung der Baumgartenschen Vorwürfe totgeschwiegen. Genau derselbe Vorwurf wird von Dr. Henle wider D. Baumgarten und die von ihm herausgegebene „Evangelische Freiheit“ erhoben. Dr. Henle schließt seine Broschüre:

„Vor aller Öffentlichkeit stelle ich folgendes nochmals fest: Die fünf Vorwürfe Baumgartens und Traubs gegen den Evangel. Oberkirchenrat sind unbegründet. Der erste Vorwurf entbehrt überhaupt des sachlichen Inhalts. Die anderen vier Vorwürfe entbehren der tatsächlichen Grundlage.

Der Oberkirchenrat hat behauptet, daß in der Sachdarstellung nicht Tatsachen umgangen und dadurch ein falscher Schein erweckt worden sei. Diese Behauptung des Oberkirchenrats ist richtig.

Der Oberkirchenrat hat behauptet, daß nicht eine einzige geheime oder anonyme Eingabe als Beschwerde verwendet worden sei. Diese Behauptung des Oberkirchenrats ist richtig.

Der Oberkirchenrat hat behauptet, daß die Predigtskizze nach Jathos Ablehnung der Kenntnisnahme als Beweismaterial ausgeschieden worden sei. Diese Behauptung des Oberkirchenrats ist richtig.

Der Oberkirchenrat hat behauptet, daß Jatho das der Entscheidung des Spruchkollegiums zugrunde gelegte Material als mit seiner Lehre übereinstimmend ausdrücklich anerkannt und damit zugestanden habe, daß ein völlig einwandfreies Beweismaterial vorlag. Diese Behauptung des Oberkirchenrats ist richtig.

Wenn ich es aber unterlasse, die Thesen Baumgartens und die vorstehenden Antithesen in die von Baumgarten gewählte Form „Unwahr“ und „Wahr“ zu kleiden, so leiten mich dabei nicht sachliche Gründe, sondern lediglich die Gesetze des guten Geschmacks.

Zu der Aufforderung der „Christlichen Freiheit“ und der „Köln. Ztg.“ aber, der Oberkirchenrat solle Baumgarten verklagen, sei folgendes bemerkt: Die „Christliche Freiheit“ und die „Köln. Ztg.“ übersehen bei dieser Aufforderung, daß Vorwürfe, deren Begründung nicht mehr aufrechterhalten wird, nicht mehr ernst genommen zu werden verdienen. Abgesehen davon, ist auch auf ein sachliches Bedenken hinzuweisen. § 186 Str.G.B. erfordert für die

Strafverfolgung, daß in Beziehung auf einen anderen eine Tatsache behauptet sei, welche denselben verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet ist. Behauptungen jedoch von solcher Haltlosigkeit, wie die Baumgartenschen Vorwürfe, sind kaum geeignet, denjenigen, gegen den sie gerichtet sind, in einer verständig urteilenden öffentlichen Meinung herabzuwürdigen. Wohl sind sie geeignet, diejenigen, welche sie erheben, bloßzustellen. Aber das ist nicht strafbar.“

Weil die Henleschen Aufstellungen in der Presse keineswegs die sachliche Würdigung gefunden haben, die sie nach Lage der Sache beanspruchen können, gaben wir sie hier in verhältnismäßiger Ausführlichkeit. Die Schichten der Gebildeten, die keine Kirchenzeitungen lesen, sind hier in der Tat ganz ununterrichtet. Uns sagte noch vor kurzem ein wohlmeinender Herr: D. Baumgarten habe doch dem Evangel. Oberkirchenrat so schwere ehrenrührige Beschuldigungen vorgeworfen (NB. er verwechselte den Vorwurf der „Unwahrheit“ mit dem der „Unwahrhaftigkeit“), daß dieser moralisch gezwungen sei, Anklage zu erheben. Tue er das nicht, so sei das eben ein Eingeständnis seiner Schuld. Dieser Standpunkt primitivster Unorientiertheit ist leider bei vielen immer noch zu finden. Erst das Jahr 1913 wird die Umrisse der Tatsachen klarer hervortreten lassen.

*

*

*

Wir haben mit der Verfolgung dieser speziellen Entwicklungslinie dem geschichtlichen Gang der Dinge bereits vorgegriffen. Wir müssen noch einmal zurückkehren zu dem Moment, da das Urteil wider Traub in der Öffentlichkeit bekannt wurde. Von den damals in reichlicher Zahl laut werdenden Preßäußerungen sollen wenigstens die signifikantesten angeführt sein.

Zunächst die Kirchenzeitungen:

Die Allgem. Evangel.-Luth. Kirchenzeitung (1912, Sp. 881):

„Der Verteidiger Jathos, Lic. Traub, der in seinem Gegensatz gegen die Kirche bis zu dem herausfordernden Satze ging: „Vor mir liegt das apostolische Glaubensbekenntnis; ich lehne es ab“, ist auf disziplinarem Wege vom Oberkirchenrat seines Amtes enthoben worden ohne Pension. Es ist die schärfste Form einer disziplinaren Entscheidung. „Die Dienstentlassung hat den Verlust aller Rechte eines Kirchenbeamten, insbesondere des Titels und des Anspruchs auf Ruhegehalt, bei der Entlassung aus dem geistlichen Amte auch derjenigen des geistlichen Standes von Rechts wegen zur Folge.“ „Die Wiederbeilegung der Rechte des geistlichen Standes an Geistliche, welche dieselbe verwirkt oder aufgegeben haben, bleibt der obersten Kirchenbehörde vorbehalten.“ (Vgl. §§ 11, 12 u. 49 des Kirchengesetzes betreffend die Dienstvergehen der Kirchenbeamten usw. vom 16. Juli 1886.)

Wie ein Donnerschlag hat dieses Urteil Traub und seine Freunde getroffen. Sie hofften in heiterer Zuversicht, daß der Oberkirchenrat nichts „wagen“ werde; und nun statt der Versetzung, auf die das Breslauer Konsistorium erkannt hatte, die glatte Absetzung, sogar ohne Pension. Daß ein wilder Zorn durch die liberalen Kreise geht, ist nicht verwunderlich. Aber es ist ein Zorn mehr der Verlegenheit, als des Rechtsbewußtseins. Denn diesmal hatte der Oberkirchenrat den religiösen und kirchlichen Gegnern alle Waffen aus der Hand genommen, indem er die Lehrfrage bei Traub überhaupt ausschaltete. Es genügte bei Traub die Disziplinarfrage; hier war sein Maß so gerüttelt voll, daß der Oberkirchenrat gar nicht anders entscheiden konnte. Denn Traub hatte sich auf die rücksichtsloseste Agitation gegen die Landeskirche, ihre Ordnungen und Regierung geworfen. Kein Wort war ihm zu scharf, um sie zu diskreditieren, und vor keiner Obrigkeit machte er mehr Halt, um nicht sein quos ego auszusprechen. Er war nicht der ideale Reformator, wie ihn die Freunde gern nannten, sondern ein rabiater Agitator, und insofern er das Brot der Kirche aß und ihren Diener sich nannte, eine Unmöglichkeit im Amt. In welchem Stil er noch heute sich ausdrückt, zeigt seine Äußerung nach seiner Absetzung: „Wenn ich vor das Spruchkollegium gekommen wäre, wäre die Sache reiner und lauterer gewesen; mich aber so abzusetzen, ist einfach ein Rechtsbruch.“ Also die schwerste Beleidigung, die man gegen eine Behörde aussprechen kann, den Bruch des Rechts, schleudert er der obersten Kirchenbehörde Preußens ins Gesicht. Davon scheint er in seinem Zorn nichts mehr zu wissen, daß die Behörde ihn lange mit beispielloser Geduld getragen hat; auch davon nichts, daß er selbst zum Spruchkollegium die Stellung des Empörers einnahm: er wolle nicht eher ruhen, als bis das Spruchkollegium „am Boden liege“; auch davon nichts, daß seine Freunde förmlich tobten bei der Aussicht, er könne vor das Spruchkollegium gestellt werden, und der Behörde den Disziplinarweg für ihn geradezu abzwangen; endlich auch davon nichts, daß man ihm alle mögliche Rücksicht gewährte; denn als er sein eigenes Konsistorium als „befangen“ ablehnte, gab man ihm ohne weiteres Breslau. Und hier konnte er sich mit allen Mitteln rechtfertigen und einen Spruch so mild, wie nur möglich, erwirken. Aber er hat die offene Tür so benutzt, daß der Oberkirchenrat zu der Erkenntnis kommen mußte: eine weitere Stellung Traubs im Kirchenamt sei schlechterdings unmöglich. Das wäre Sanktionierung der hellen Anarchie gewesen. Und auch eine Pension war ausgeschlossen, da er das ihm von seiner Kirche gewährte Geld doch nur benutzt hätte, um weiter gegen sie zu arbeiten. Wenn jetzt gewisse Blätter über diese „Ungerechtigkeit“ drohende Worte haben, so ist das Unkenntnis oder die reine Heuchelei. Auch die liberalste Zeitungsredaktion würde jeden Angestellten schleunigst vor die Türe setzen, der offen ihre Zeitung

und ihre Redaktion schmähte. Und jedes Geschäft würde so mit seinen Kommis verfahren. Es ist keine staatliche noch private Organisation im ganzen Reich, die derartige Auflehnungen bei ihren Leuten duldet, wie Traub es sich mit seiner Kirche erlaubte. Nein, hier sagt das einstimmige Rechtsbewußtsein: es ging so nicht weiter. Wenn man allein dem Oberkirchenrat das Recht abspricht, nach allgemeinen Menschenrechten zu handeln, so richtet sich die Sache in sich selbst. Im übrigen mag es dem Oberkirchenrat zur Genugtuung dienen, daß er alle, die die Kirche stärken wollen und ihr Evangelium lieb haben, ohne Ausnahme hinter sich hat, der Widerspruch aber nur bei denen ist, die fort und fort das Leben der Kirche beunruhigen und schmälern. Wenn je der Oberkirchenrat einen gerechten Ausspruch getan hat, so war es dieser im Falle Traub.“

Ein weiterer Artikel in Nr. 40 dieser Zeitung behandelt sehr eingehend: „Die Wirkung der Entscheidung des preußischen Oberkirchenrats im Fall Traub“ und setzt sich besonders mit Prof. D. Baumgartens vorerwähnten „5 Unwahrheiten“, sowie mit Prof. D. Harnacks Schrift: „Die Dienstentlassung des Pfarrers Traub“ auseinander. Der Artikel schließt:

„Der Fall Jatho war sehr laut und ist verrauscht; der Fall Traub läßt sich sehr viel weniger laut an; er wird verrauschen. Der nächste Fall wird noch weniger Lärm machen. D. Rade dürfte mit seiner Andeutung recht behalten, daß die starke Hand des Kirchenregiments, wenn sie fest bleibe, allmählich Ordnung ins Land bringe. Das eine Gute zeigt sich schon jetzt: Bisher hat man in liberalen Kreisen den Oberkirchenrat wegen seiner Schwäche verhöhnt; jetzt ist man überrascht und schilt. Das ist ein erheblicher Fortschritt. Schließlich wird man sich mit dem guten Regiment abfinden lernen, und die Kirche und die Kirchenleitung kann nur gewinnen. Denn sie hat Gott für sich. Gott ist ein Gott der Ordnung.“

Die Evangel. Kirchenzeitung (Organ der konf. Gruppe innerhalb der Preuß. Landeskirche) 1912, Nr. 37, Pfr. Pauli in Friedersdorf:

„... Damit ist das Disziplinarverfahren gegen Lic. Traub in einer Weise entschieden, die beinahe für alle Parteien überraschend gewirkt hat. Die Genugtuung, welche die positiven Kreise über diesen Ausgang empfinden, wird nur durch den Umstand abgeschwächt, daß Lic. Traub wegen seiner Verfehlungen gegen die Disziplin zur Rechenschaft gezogen und bestraft worden ist, während seine fortgesetzten Angriffe gegen die Lehrgrundlage der Kirche durch den Ausgang des Verfahrens nur eine indirekte Sühne gefunden haben. Allerdings muß dabei in Betracht gezogen werden, daß die Einleitung und Durchführung eines Verfahrens wegen Irrlehre für die kirchlichen Behörden sehr viel schwerer ist als die eines Disziplinarverfahrens. Vielleicht ist die Behörde

bei ihrem Vorgehen auch von der Hoffnung geleitet worden, daß ein Disziplinarverfahren die liberalen Kreise weniger reizen würde als ein solches wegen Irrlehre, weil auch jene Kreise, welche von einer Bindung in der Lehre nichts wissen wollen, die Berechtigung der Disziplin für den kirchlichen Organismus einräumen müssen. Diese Hoffnung dürfte sich aber als hinfällig erweisen. Denn die Entrüstung der liberalen Kreise ist jetzt ebenso groß wie bei der Entscheidung im Falle Jatho. Nur macht diese Entrüstung trotz aller Anstrengungen der Führer nicht mehr denselben Eindruck wie im vorigen Jahre, weil inzwischen in weitesten Kreisen sich die Erkenntnis Bahn gebrochen hat, daß die Kirche ebenso wenig wie andere Organisationen ohne feste Ordnungen bestehen kann, und daß sie in ihrem guten Rechte ist, wenn sie für Aufrechterhaltung dieser Ordnungen sorgt.“

Dieselbe in Nr. 38:

„ . . . Danach bezieht sich das Urteil nicht auf das Verhalten Lic. Traubs im Amte. Besonders der Kern der amtlichen Tätigkeit, die Lehrverkündigung, ist bei dem Verfahren ganz außer Betracht geblieben. Die Behörde konnte nach dem geltenden Recht auch nicht anders handeln, sobald sie sich zu dem Disziplinarverfahren entschlossen hatte. Denn die Prüfung der Lehre ist allein dem Spruchkollegium vorbehalten. Fraglich bleibt es, ob der Oberkirchenrat der Lehrfrage nähergetreten wäre und das Spruchkollegium in Tätigkeit gesetzt hätte, wenn der Ausgang des Verfahrens ein anderer gewesen wäre. Lic. Traub scheint es auf ein Irrlehreverfahren abgesehen zu haben. Wenigstens liest sich die totale Ablehnung des kirchlichen Bekenntnisses in seiner Schrift „Staatschristentum oder Volkskirche“ ganz so, als ob er eine solche Anklage gegen sich herausfordern wollte. Sie sollte ihm wohl neue Waffen zu seinem Kampf gegen das Lehrbeanstandungsgesetz und die Lehrordnung der Kirche überhaupt liefern. Nun hat das Disziplinarverfahren diese Absicht durchkreuzt, und es hat zugleich dazu dienen müssen, die Kampfweise Traubs in ein so helles Licht zu stellen, daß ihre dunklen und verwerflichen Seiten klar zu erkennen sind . . .

So ist die Entscheidung gefallen. Sie ist von geringerer Bedeutung als die im Falle Jatho, aber sie zeigt doch auch den Willen des Kirchenregiments, die kirchlichen Ordnungen gegen die radikalen Elemente, welche sie auflösen wollen, kräftig zu schützen. Nicht ohne Grund hat bei dem Urteil das Verhalten des Rechtsbeistandes Jathos gegenüber dem Spruchkollegium in erster Linie gestanden. Denn das gesamte Vorgehen Traubs ist ja nur zu erklären aus seiner ablehnenden Stellung zu der Lehrgrundlage unserer Kirche, für welche das Spruchkollegium einzutreten berufen ist. Es zeigt sich an diesem Fall die Unmöglichkeit, die auflösenden Bestrebungen des kirchlichen Liberalismus im Ganzen der Landeskirche zu ertragen. Je mehr die Kirche aus berechtigter Notwehr

heraus sich gegen jene Bestrebungen wehrt, desto mehr muß eine Ausscheidung jener Elemente erfolgen. Glaube und Unglaube oder, wenn man lieber will, Bejahung und Verwerfung des biblischen Evangeliums können nicht zu einer gesunden Einheit verbunden werden. Sie streben beständig auseinander, und die Entscheidung im Falle Traub ist nur ein kleiner Schritt, den unsere Kirche notgedrungen auf dem Wege zu diesem Ziele der Scheidung hin getan hat. Andere werden folgen müssen, wenn sie die Lebenskraft besitzen, die zu ihrer Erhaltung nötig ist, die Lebenskraft, um die wir immer wieder betend ringen müssen.“

Dieselbe in Nr. 3 1913 (P. em. Gensichen):

„Die einen behaupteten, Traub sollte durch das Disziplinarverfahren abgetan sein, weil der Oberkirchenrat nicht den Mut gehabt habe, das gehässige Irrlehregericht wiederum zusammenzurufen. Andere: Der Oberkirchenrat habe zwar Traubs Vorgehen gegen die kirchliche Disziplin als Grund seiner Dienstentlassung vorgeschoben, aber eigentlich sei Traub doch wegen seiner Irrlehren abgesetzt. Traub selbst behauptet: „Der Verteidiger Jathos wird jetzt disziplinar abgesetzt“ (Verteidigungsschrift S. 124, auch 140, 157). Und ebenso urteilt Harnack: „Man straft den Verteidiger für seine Verteidigung“ („Die Dienstentlassung des Pfr. Lic. Traub“, S. 10).

Wir müssen diese Art der Polemik aufs schärfste verurteilen. Das um so mehr, als es zu den Gepflogenheiten des kirchlichen Liberalismus gehört, seine positiven Gegner immer und immer wieder zu beschuldigen, sie würden ihm nicht gerecht, weil sie ihm oft Motive imputierten, die ihm ganz ferne lägen. Man dürfe ihn nur nach den in seinen eigenen Veröffentlichungen kundgetanen Anschauungen beurteilen. Die „Chronik der Christlichen Welt“ schrieb neulich (gegen einzelne konservative Organe): „So schreiben dem Oberkirchenrat seine eigenen Verteidiger ganz unverhohlen die Perfidie zu, daß er gegen Traub unter dem Deckmantel des Disziplinarverfahrens in Wirklichkeit eben doch einen Lehrprozeß geführt habe.“ Das Verfahren des kirchlichen Liberalismus, der dem Oberkirchenrat dasselbe zugetraut hat, ist mit diesen Worten der „Chronik“ gebührend gekennzeichnet.

Kirchliche Rundschau für die evangel. Gemeinden Rheinlands und Westfalens, 1912 Nr. 18 (Pfr. Dr. Bronisch, Barmen):

„. . . Wir haben auch bei dem schärfsten sachlichen Gegensatz, der uns von ihm (sc. Traub) schied, niemals seine hervorragende persönliche Begabung, seine theologische und allseitige Durchbildung, seine gewaltige Arbeitskraft und rastlose Tätigkeit, seinen rednerischen und schriftstellerischen Glanz unterschätzt. Neben Jathos unklarer religiöser Schwärmerei stand uns in Traub der geschulte theologische Denker, neben Radeckes kindlich-übelnehmerischer Publizistik in Traub der zielbewußte, kalt überlegende Fechter gegenüber. Traub verkörpert gewissermaßen das männliche Prinzip des modernen kirchlichen Radikalismus und mußte

schon darum ungleich viel ernster genommen werden als die vielen, allzuvielen Träger des weiblichen, besser vielleicht: weibischen Prinzips dieser Bewegung. Ernst zu nehmen sind ja doch überhaupt im wirklichen Kampfe des Lebens, in der Kirchenpolitik nicht minder wie im politischen Parteistreit, immer nur die männlichen, die mannhaften Elemente, die statt des Willens zur Windung, den Willen zur Wendung haben. Und wir nahmen Lic. Traub ernst und werden ihn auch weiter ernst nehmen. Traub müßte nicht Traub sein, wenn er nicht nach der innerlichen Verwindung dieser seiner Disziplinierung die ganze Wucht und Stoßkraft seiner Persönlichkeit von neuem für sein Programm, die „protestantische bekenntnislose Laienkirche“, einsetzen sollte. Er ist im tiefsten Grund daran gescheitert, daß er noch nicht Mann genug war, den Schritt zu tun, den „allerpersönlichste Wahrhaftigkeit“ in „sittlich verpflichtender notwendiger Schlußfolgerung“ aus seiner innerlichen Stellung zur verfaßten Landeskirche ihm nahe legen mußte, nämlich: freiwillige Niederlegung seines Pfarramtes, freiwilligen Austritt aus der Landeskirche, freiwagende Gründung einer neu-protestantischen Gemeinde. Aus diesem schweren — nicht taktischen, sondern ethischen — Mangel mußten notwendig je länger je heftiger seine häßlichen Ausfälle gegen die Kirche erwachsen, die ihn schließlich selbst verschlangen. Wird er nun — disziplinarisch von der Landeskirche aus dem Pfarramt entlassen — den gewiesenen Weg gehen, sich dem feministischen Bann der „Angst vor den Folgerungen“ entwinden und Manns genug sein, die Probe auf das Dogma der „bekenntnisfreien protestantischen Laienkirche, einer bloßen Gesinnungsgemeinschaft“ zu machen? Über meinem Schreibtisch hängt Lessings Reformationsbild „Luther verbrennt die päpstliche Bann-Bulle“. Dort steht und handelt ein Mann, mit Bewunderung und mit Staunen sehen Männer auf ihn, der's wagt, folgerichtig zu sein! Vor mir liegt das Telegramm der Kirchlich-Liberalen der Berliner Passionsgemeinde an Lic. Traub: „. . . Sie vermeinten, tun zu dürfen, wie Luter tat!“ — Wird Traub tun, wie Luther tat? Wir warten auf seine Tat. Hier ist Gelegenheit zur „Selbsterlösung“. — Fordert man nicht drüben in schäumender Empörung der Volksversammlung den „Mann“ und die „Tat“?! Lodert nicht schon am Fredenbaum in Dortmund die Flamme, die das Urteil vom 5. Juli verzehrt?! Ach nein! Man setzt eine Kommission ein, die ein Gnadengesuch an den König als summus episcopus erwägen und vorlegen soll. Man schreibt in Berlin, Köln, Frankfurt a. M. und Dortmund feurige Entrüstungsartikel, aber die Ströme von Tinte scheinen das innerliche Feuer zu löschen. Man jubelt „Traub bleibt in Dortmund“ und „bekennt sich zu ihm als zu dem Muster aufrechter Wahrheit und furchtloser Ehrlichkeit“. Man sammelt für einen Traubfonds, denn er soll „in freier Weise seinem Dortmunder Wirkungskreis erhalten bleiben aller Macht zum Trotz!“ Sind das die „Taten“ der

protestantischen Laienkirche, die dem Glaubensgeist und Mannesmut der Reformation ebenbürtig wäre?! Aber ergreift nicht vielleicht Traub selbst jetzt die Führung zur Tat, zur Wendung? Er klagt dem Reporter der „Frankfurter Ztg.“, das Urteil sei „ein Rechtsbruch“, ein „Gewaltakt“. Er hält es nicht für ausgeschlossen, daß eine große Bewegung sich daran knüpft. Aber er verbrennt das Urteil nicht! Er druckt es nur ab und versieht den Abdruck mit einigen Anmerkungen, die insbesondere den vom Urteil festgestellten Tatbestand der Unwahrhaftigkeit bestreiten oder entkräften sollen. — Er sei gewiß, so wird er nicht zum Reformator, zum Luther der Gegenwart. So wird die protestantische Laienkirche nicht geboren! Wir hatten Größeres von ihm erwartet; er schien uns Manns genug zu sein, nach dieser Katastrophe mit dem Huttenwort zum Wagnis der Tat zu schreiten. Wir wissen nur zu gut und sagen es ganz offen, dieser Neuprotestantismus der Jatho und Traub hat keine religiöse, keine kirchenbildende Kraft in sich. Aber wir erwarteten und erwarten von dem Mann „aufrechter Wahrheit und furchtloser Ehrlichkeit“, daß er Ernst macht mit seinem Programm und den Beweis versuche, daß seine Ideen von Christentum und Protestantismus lebensfähige und triebkräftige Wurzeln einer besonderen Gemeindegründung abgeben. Das bleibt die Lösung der Spannung, um die man hüben wie drüben nicht herumkommen wird, es müßte denn sein, daß der Radikalismus sich „bekehrt“. Das wagen wir nicht zu hoffen, so sehr wir es wünschen möchten und so fest wir an den endlichen Sieg des vollen, alten Evangeliums in der Bekenntniskirche glauben. Bewegungen, wie der gegenwärtige Radikalismus, brauchen ähnlich dem Gnostizismus und Arianismus der ersten christlichen Jahrhunderte mehrere Generationen an Irrungen und Kämpfen, bis sie überwunden werden. Aber sie waren immer erst überwunden, nachdem sie in jeder Beziehung folgerichtig, auch durch die Probe eigener Kirchengründung, sich ausgelebt hatten. Das ist es, was wir im Namen der Geschichte und der Aufrichtigkeit und Wahrhaftigkeit auch vom Radikalismus der Gegenwart erwarten müssen, nachdem die evangelische Landeskirche mit den Entscheidungen gegen Jatho und Traub ihn endgültig abgelehnt hat: Der Radikalismus ziehe die Konsequenzen! Er beweise, was er vermag, und wage es, „kirchlich“ von sich selbst zu leben und nicht als Parasit vom Mark der evangelischen Landeskirche zu zehren! Schiedlich-friedlich! Dann messe man vor dem Forum der Geschichte seine Lebenskraft: nicht im unnützen Kampf, sondern im edlen Wettstreit des „Glaubens“ und der Liebe! Und eben diesen bedeutsamen Schritt, der wirklich einen Mann und Führer fordert, der wirklich Opfermut und Überzeugungstreue verlangt, kann, wenn er überhaupt jetzt geschehen soll, nur Lic. Traub tun. Wir trauen ihn ihm zu, wenn und nachdem er sich innerlich wirklich ganz gefunden hat. Für die evangelische Landeskirche ist er verloren —

ja, was hätte dieser Mann unserer Kirche werden können! — Sein unseliger Wahn, zum Reformator mit den Ideen der radikalen modernen Theologie berufen zu sein, und die darauf beruhende kritiklose Unfähigkeit „gegen seine Schreibweise anzukommen“, sein fanatischer Glaube an sein Zerrbild vom Evangelium und an die Souveränität der bekenntnislosen Einzelgemeinde, seine entartete Dialektik: das alles hat ihn und seine glänzenden, großen Gaben für die evangelische Kirche zu nichte gemacht. Wir beklagen das, aber es war nicht abzuwenden, mochte er nun durch das Irrlehreverfahren, das seiner religiösen Irrungen, der Wurzel seines Wesens, würdig gewesen wäre, fallen oder durch das Disziplinarverfahren, das durch den unmittelbaren Anlaß, seinen Konflikt mit der Westfälischen Provinzialsynode, notwendig geworden war. Er wird sich selbst und andere nicht mehr mit der Hoffnung wiegen, daß die evangelische Landeskirche Preußens sich doch noch nach seinen Ideen und Wünschen reformieren wird. Alea est jacta! Alle Adressen und Protestversammlungen ändern daran nichts mehr. Das Drama ist aus, die Katastrophe ist eingetreten, die Schuld ist gestraft. Aber nun, nochmals sei es gesagt, gilt es für Traub: Ist er der, der er sein will, für den man ihn ansieht, glaubt er an sich und seine Ideen und seine Freunde, die sich zu ihm bekennen, dann sei er der Mann, den für ihn, seine Sache und unsere Kirche erlösenden Schritt zu tun und gebe seinem Geist und Glauben den Körper und das Haus einer besonderen Gemeinde! Es wird ihm an unserer Achtung nicht viel liegen; aber mehr als unsere Achtung, die wir einem aufrichtigen, kühnen Mann zollen, gilt Lehre und Urteil der Geschichte, die die Schwächlinge der Windung nur der Vergessenheit überliefert, die Männer der Wendung und Tat aber allemal ehrt! Quousque tandem?“

Evangel.-Kirchl. Anzeiger von Berlin (Nr. 37 1912):

„Traub ist seines Amtes entsetzt. Wir jubeln darüber nicht, wie uns die Liberalen insinuierten. Aber wir sind dankbar dafür, daß es so gekommen ist. Wir sind der Behörde, die unser volles Vertrauen besitzt, dankbar, daß sie endlich einem Geistlichen es klar und deutlich gemacht hat, daß ihm solches Lästern und Spotten über die Landeskirche und ihre Einrichtungen nicht zusteht, noch dazu, wenn von ihm Behauptungen in Zeitungen und Versammlungen vor urteilslosen Massen ausgesprochen werden, die erweislich unwahr sind. Wir haben es schon so oft betont, daß das Widerwärtigste in den kirchenpolitischen Parteikämpfen die Unwahrheit ist. Was wird bei den Wahlen alles zusammengelogen! Es hat uns immer eigen berührt, daß anständige Liberale eine solche unwürdige Handlungsweise mit ansehen konnten und sie duldeten. Ja, wenn ihre Führer angerufen werden, dann behaupten diese, wie es geschehen ist, daß sie keine Macht haben, nach dieser Seite eine Beeinflussung auszuüben. Die Geister, die man rief, wird man nicht los.

Überaus betäubend ist die Feststellung des Evangel. Oberkirchenrats, daß Traub wiederholt Behauptungen aufstellte, von denen er nicht bloß wissen konnte, sondern es wissen mußte, daß sie unwahr seien. Wir haben es da mit einem sittlichen Mangel bei Traub zu tun, den wir auf das entschiedenste verurteilen müssen. Freilich, die Liberalen sind sehr weitherzig solchen Verfehlungen gegenüber. Ihnen liegt nur daran, die Situation für ihre Machtgelüste auszuschlachten und dazu die gleichgültigen Massen aufzuhetzen und ihre Leidenschaften aufzupeitschen. Was soll man dazu sagen, daß die „Voss. Ztg.“ Traub mit Jesus und Luther vergleicht? Haben die etwa so agitiert? Welch eine bewußte Irreführung der Massen! Oder weiß man es wirklich nicht besser? Wenn selbst die „Nat. Ztg.“, die in juristischen Kreisen viel gelesen wird, nachdem sie von der eingehenden aktenmäßigen Urteilsbegründung Kenntnis genommen hat, die törichtsten und einfältigsten Urteile über die Beweisführung gegen Traub fällt, da hört doch schließlich alles auf. Man will eben die Wahrheit nicht lesen und behauptet von der Behörde, daß sie in gehäufte Weise Schimpfwörter anwendet, wo sie doch nur sachgemäße Bezeichnungen für das unverantwortliche Benehmen eines akademisch gebildeten Mannes, der noch dazu Geistlicher ist, gebraucht. Ein Traub kann schimpfen, soviel er will, sogar unwahre Beschimpfungen anwenden; dagegen sagt diese durch keine Sachlichkeit in ihrem Urteil getrübe liberale Presse kein Wort des Tadels, aber die durch Tatsachen erhärteten Urteile der Behörde sieht sie als eine Beschimpfung Traubs an. Welche verkehrte Welt, welche Verirrung des sittlichen Urteils!

Wir müssen nach Kenntnisnahme der Urteilsbegründung sagen: wie tief kann doch ein Geistlicher sinken, daß er im Parteikampfe zu solchen unlauteren Mitteln greift und die Kirche, die er aufbauen und der er dienen soll, in so einschneidender Weise schädigt und zu ihrer Zerstörung beiträgt! Im tiefsten Grunde haben wir uns bei dem Lesen der Beweisgründe der Behörde der Leichtfertigkeit eines Geistlichen geschämt, der bewußt nicht etwa törichte Sachen behauptet hat, sondern ohne Prüfung Klatsch und Tratsch, verbunden mit den größten Insulten, wiedergibt und damit der Wahrheit ins Gesicht schlägt.“

Reformation Nr. 37 1912 (P. D. Philipps):

... Wir beschränken uns auf folgende Feststellungen:

1. Unser erster Eindruck, noch ehe wir das Erkenntnis in seinem Wortlaut gelesen hatten, war der: Der Evangel. Oberkirchenrat hat die schärfste Disziplinarstrafe angewandt, um unter allen Umständen einem neuen Spruchverfahren aus dem Wege zu gehen. Nachdem wir aber die Entscheidungsgründe gelesen hatten, wich dies Empfinden, trotzdem in demselben nichts enthalten ist, was darauf schließen lassen könnte, daß der Evangel. Oberkirchenrat,

wie von anderer Seite versichert wird, Traub anderenfalls vor das Spruchkollegium gestellt haben würde.

2. Ehe wir die Entscheidungsgründe gelesen hatten, neigten wir zu der Auffassung, die Strafe der Dienstentlassung sei zu hart. Auch diese Auffassung ist gewichen. Traub hat die Strafe verdient, die ihn ereilt hat. Ja, er hat sie direkt provoziert. Wenn er wirklich, wie manche vermuten und ausgesprochen haben, mit aller Gewalt vors Spruchkollegium gestellt werden wollte, dann hat er es so ungeschickt wie nur möglich angefangen. Ob er fürs Spruchkollegium reif war, darüber werden die Meinungen auch heute noch auseinandergehen, aber daß er fürs Disziplinarverfahren reif war und auch die strengste Strafe für ihn nicht zu hart ist, darüber sollten und dürften unter denen, die die Entscheidungsgründe ohne Vorurteil zu lesen sich bemüht haben, die Meinungen nicht mehr auseinandergehen.

3. Der Evangel. Oberkirchenrat war es sich selbst und den untergeordneten Behörden, Einzelpersonen und der Westfälischen Provinzialsynode schuldig, in dem vorliegenden Falle scharf durchzugreifen. Wer das vorhandene Belastungsmaterial nicht kennt und nicht kennen lernen will, mag an Härte glauben. Wer es aber kennt, der wird sagen müssen: der Evangel. Oberkirchenrat hätte sein Ansehen und seine Autorität preisgegeben, wenn er anders erkannt hätte.

4. Angesichts der Äußerungen Traubs, durch die er sich und sein Verhalten auch für die Zukunft festgelegt hat, und in anbetracht seiner Persönlichkeit, die es sehr unwahrscheinlich macht, daß er sich und sein Verhalten künftig ändern wird, mußte die Amtsenthebung mit der Belassung der Rechte des geistlichen Standes und der Wählbarkeit ausgeschlossen erscheinen. Die Amtsenthebung wäre ebenso ungerechtfertigt gewesen wie Strafversetzung.

5. Leider muß sich nach Kenntnisnahme von den Entscheidungsgründen auch das Urteil über die Persönlichkeit Traubs ändern. Wir wollen hier ganz offen reden: Bisher hatten wir für Traub trotz der grundsätzlichen Gegnerschaft große persönliche Sympathien. Seine Gaben blenden, sein Auftreten fasziniert, wenn auch nicht alle, so doch manche, sein Mut, sein Eifer, seine Hingebung, seine Begeisterung müssen anziehen, und vor allem — so urteilten wir bisher — seine Wahrhaftigkeit und Überzeugungstreue verdienen innere Zustimmung. — Nun aber müssen wir leider gestehen: Wenn es Traub nicht gelingen sollte, sich von den schweren Vorwürfen zu reinigen, die ihm in den Entscheidungsgründen bezüglich seiner Wahrhaftigkeit gemacht werden, dann müßten wir es aufrichtig bedauern, ihn bisher als sittliche Persönlichkeit zu hoch eingeschätzt zu haben. Für uns ist leider Traub heute nicht mehr ganz der, der er noch gestern für uns war. Noch gestern äußerten wir: Traub ist unser kirchlicher und kirchenpolitischer Gegner, und zwar einer der schärfsten Gegner, mit dem es gilt einen un-

erbittlichen Kampf zu führen; aber es ist eine Ehre, mit solch einem Gegner kämpfen zu dürfen. Ob man nach Kenntnisaufnahme der Entscheidungsgründe auch noch so denken und urteilen darf, wird davon abhängen, ob es Traub gelingen wird, diese Vorwürfe — und sie sind die schwersten in dem ganzen Erkenntnis, von denen der Wert seiner sittlichen Persönlichkeit abhängt — wirksam zu entkräften.

6. Auf die Stellung des Evangel. Oberkirchenrats in der Bekenntnisfrage der Kirche läßt das Verfahren gegen Traub gar keinen Rückschluß zu. Wir wünschen von Herzen, daß er sich auch in dieser für die Kirche entscheidenden Fundamentalfolge zu der gleichen Entschlossenheit wie im vorliegenden Falle aufrufen möge. Vom Falle Traub hing für die Kirche viel ab, von der Bekenntnisfrage hängt alles ab.“

Deutsch-Evangelisch — Monatsblätter für den gesamten deutschen Protestantismus, Oktober 1912 (Prof. D. Schian):

„Wer diese Begründung (sc. des Urteils) liest, kann, wenn er Empfindung für Tatsachen und ein sittlich klares Urteil hat, gar nicht mehr davon reden, daß Traub ein Opfer seiner Überzeugungen sei oder ein Märtyrer einer guten Sache. Er muß vielmehr zu der Ansicht gelangen, daß er einen Kampf gegen das ihm verhaßte kirchliche „System“ mit einer maßlosen Leidenschaftlichkeit und mit objektiv oft durchaus schlechten Mitteln geführt hat. Es ist einfach unmöglich, seine Waffen edel oder rein zu nennen. Er hat in vielen Fällen unrichtige Behauptungen aufgestellt und selbst dann aufrecht erhalten, wenn ihre Unrichtigkeit für andere klar zutage lag. Hier fehlt der Raum, um auf einzelnes einzugehen. Nur möchte ich, weil davon öffentlich viel die Rede war, den sogen. Fall Hilchenbach erwähnen. Traub hatte dem Westfälischen Konsistorium in Sachen einer Pfarrstellengründung in Hilchenbach schwere Vorwürfe gemacht, das Konsistorium hatte ihn verklagt, das Gericht aber sprach Traub frei. Soweit erfuhr man durch die Traub nahestehenden Blätter von der Sache. Als dann das Breslauer Konsistorium diesen Fall beizog, erfolgte lebhafter Protest. Weil gerichtlicher Freispruch erfolgt war, sei disziplinäre Behandlung unerlaubt. Aber wie liegen die Dinge? Das Urteil der Bonner Strafkammer stellt ausdrücklich fest, daß die fraglichen Behauptungen Traubs unrichtig waren, und daß seine „unwahren Behauptungen und Unterstellungen“ „schwere Beleidigungen des Konsistoriums und des Kons.-Rats Dr. Richter“ enthalten, sowie daß seine „Vorwürfe geeignet sind, das Konsistorium und seinen Beauftragten in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen, und daß der Angeschuldigte sich des beleidigenden Charakters der Artikel bewußt war“. Freigesprochen wurde er lediglich, weil ihm der Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zugebilligt wurde. Daß diese gerichtliche Feststellung ein disziplinares Einschreiten nicht unmöglich machte,

sondern gerade erforderte, darüber kann auch nicht der leiseste Zweifel sein. Das Schwergewicht aber fällt auf die Angriffe gegen Oberkirchenrat und Spruchkollegium. Gegen beide hat Traub eine Fülle der allerverletzendsten Anschuldigungen erhoben: „ungesetzlich“ sei der Präsident im Falle Jatho verfahren, „Widergesetzlichkeiten“ seien geschehen; mit Jathos Absetzung habe man ein „religiöses Verbrechen“ begangen, einer „objektiven Heuchelei“, einer „Gottlosigkeit“ sich schuldig gemacht. Das ist nur eine kleine Auswahl. Er hat wirklich die Landeskirche und ihre Ordnungen „mit — auch in der Form maßlosen — Herabwürdigungen und Schmähungen“ überhäuft. Die Entscheidungsgründe bringen dafür unanfechtbare Beweise. Sie bilden eine geradezu erschütternde Lektüre, zugleich in diesen Darlegungen ein Dokument von zeitgeschichtlicher Bedeutung. So wird der Kampf gegen die bestehende Kirche heute von einem ihrer eigenen Pfarrer geführt!“

D. Schian billigt nur eins nicht, daß der Oberkirchenrat bei Traub unedle Motive annehme; und daher hätte er eine mildere Entscheidung gewünscht. Aber er fügt auch da hinzu: „Es ist freilich schwer zu fassen, wie an sich edle Motive zu einem Kampf mit derartig unedlen Waffen führen können.“

Die Preußische Kirchenzeitung (Nr. 38 1912) druckt u. a. eine Zuschrift ab, „deren Verfasser nicht der Evangel. Vereinigung, sondern der konfessionellen Gruppe angehört“:

„Der springende Punkt ist nach allem die Tatsache, daß wider den Dortmunder Pfarrer ein Lehrprozeß in Form eines Disziplinarverfahrens geführt wurde, neben der anderen, daß nicht ein unabhängiges Gericht, sondern die von den Straftaten selbst betroffene Behörde ihre eigene Ehre rehabilitierte. Über jene an erster Stelle genannte Tatsache besonders ist die Empörung zunächst des Betroffenen und seiner Freunde, dann aller Kirchenfeinde und nicht zuletzt auch einiger (und zwar nicht immer der schlechtesten) Kirchenfreunde so außerordentlich groß. Kundige wußten sogleich nach dem Ausgang des Jatho-Prozesses zweierlei: einmal, daß Traub der Verteidiger Jathos, das zweite Opfer des jungen Lehrbeanstandungsgesetzes sein würde, sodann, daß dieses Lehrbeanstandungsgesetz nach den bei der ersten Anwendung gemachten Erfahrungen nicht bald zum zweiten Male angewandt werden würde. Wie dieser Widerspruch in die Wirklichkeit übersetzt werden könnte, das wußte man damals noch nicht. Jetzt weiß man es . . . Die große Öffentlichkeit wird den Eindruck nicht verwinden, daß der landeskirchlich-preußische Pastor an Gott, an Christus, an der Bibel, an vielen Heiligtümern und himmlischen Herrlichkeiten unangefochten Kritik, auch der schärfsten Art, üben dürfe: daß aber Kritik an den vorgesetzten Behörden ein weit schwereres Verbrechen und der schärfsten Bestrafung wert sei. Nimmt man hinzu, daß Hunderte, um nicht zu sagen: Tausende von Pastoren in Lehre und Kritik ähnlich wie Traub stehen, nur

es nicht so laut und deutlich sagen wie Traub, dann wird die Dienstentlassung Traubs tatsächlich zu einem Trauerspiel ersten Ranges und erweckt nicht bloß aufrichtige Teilnahme mit dem hart geschlagenen Manne, sondern vor allem die tiefste Betrübniß darüber, daß die Frage nach dem Bekenntnis und der Wahrheit zurückgesetzt wurde hinter Dingen der äußeren Ordnung und des verletzten Selbstgefühls, jedenfalls Sachen zweiten oder dritten Ranges. Vor allem aber enthält der ganze Verlauf des s. g. Falles Traub die ernsteste Aufforderung, Hand anzulegen, daß unserer Preußischen Landeskirche endlich einmal die höchst nötige und längst ersehnte „Reformation an Haupt und Gliedern“ zuteil werde.“

Die Christliche Welt, Nr. 37 1912 (D. Rade):

„Überall warten die großen Aufgaben der organisierten Kirche. Wenn der Oberkirchenrat meint, diese Kirche durch Ausscheidung eines Mannes wie Traub leistungsfähiger und arbeitsfreudiger zu machen, so irrt er. Sie wird sich nur um so mehr im inneren Streit verzehren. Meine näheren Freunde wissen, wie sehr ich das eine Verlangen habe, nach all dem Ringen um größere Freiheit der Geister in unserer evangelischen Kirche mit der Christlichen Welt ganz anders für die positiven Güter und Aufgaben eben dieser Kirche eintreten zu können. Wahrlich nicht auf Kosten unserer echt altgläubigen Mitchristen, sondern in herzlichem Verständnis für sie. Aber durch eine Entscheidung wie diese wird man ja nur gelähmt und zurückgeworfen.

Nicht in die Mutlosigkeit hinein. Davon ist keine Rede. Das grelle Urteil wird auch aufrüttelnd wirken. Traub ist eine viel zu bedeutende Kraft, als daß sie in der Versenkung verschwinden könnte. Was an ihm unbequem geworden sein mag, wie leicht wiegt das gegen die Fülle von Geist und Ernst und Treue, die wir an ihm erlebt haben. Ungemein viel wird jetzt auf ihn selber ankommen. Er hat sein Leben, seine Geschichte noch vor sich. Gott erleuchte dich, tapferer Held, und beschere deiner Waffe nun erst recht Sieg und Segen.“

In derselben Zeitschrift kommt Joh. Kübel zu dem Ergebnis, daß das Urteil in Widerspruch stehe mit § 13 des Disziplinalgesetzes, wonach die Art der Strafe mit besonderer Rücksicht auf die Eigentümlichkeit des Falles und die sonstige Führung des Angeschuldigten zu bemessen sei. Auf beides habe der Oberkirchenrat nicht nur keine besondere, sondern überhaupt keine Rücksicht genommen. Die Leistungen des Staates für das evangel. Kirchenwesen (jedes Jahr 23 Mill. M.) seien nur so lange berechtigt, als das Gros der evangel. Glieder des Staates auch innerlich zu der Kirche stehe, der es angehöre. Der Staat sei eine Zwangsgemeinschaft, aus ihm könne man nicht austreten. Die Kirche sei es nicht mehr, die Zugehörigkeit zu ihr beruhe heute auf dem freien Willen ihrer Glieder. Mit ihm setze sich das Kirchenregiment nicht ungestraft in Widerspruch; die Kirche lebe von dem Kredit,

den sie bei ihren Gliedern genieße. Nach dem Fall Jatho bedeute nun die Entlassung Traubs einen neuen Schritt zur kommenden Entstaatlichung der Kirche.

Die Chronik der Christl. Welt (Nr. 40 1912):

Traub hat sich, das bestreitet auch auf der äußersten Linken niemand, seit dem Tag, wo das Verfahren gegen Jatho eröffnet war, von seiner Leidenschaft zu weit fortreißen lassen. Aber seine Schuld steht in keinem Verhältnis zu der Strafe, die ihn getroffen hat; und diese Strafe, die Entlassung aus dem Dienst, hätte ihn nun und nimmer getroffen, wenn es nicht eben Traub gewesen wäre, der liberale Führer, der unerbittliche Kritiker, den man um jeden Preis los sein wollte. Grundsätzlich war der Stab schon am 10. Oktober v. J. gebrochen, als das Westfälische Konsistorium das Verfahren eröffnete. Denn es versteht sich von selbst, daß das Konsistorium diesen folgeschweren Schritt nicht ohne Vorwissen und Zustimmung des Oberkirchenrats unternommen hat; dem Oberkirchenrat, nicht nur dem Konsistorium, war Traub von Anfang an hinreichend mit den mancherlei Herabwürdigungen, Ehrenkränkungen, Beleidigungen, Schmähungen, Verdächtigungen und Verächtlichmachungen kirchlicher Stellungen als belastet erschienen, deren ihn jetzt derselbe Oberkirchenrat für schuldig erklärt hat. Der Tenor des Urteils läßt deutlich erkennen, daß der Oberkirchenrat im Lauf des Verfahrens nichts getan hat, um zu dem Eröffnungsbeschluß sachlich, objektiv Stellung zu nehmen: er, der sich selbst von Traub schwer beleidigt fühlte, der durch das Disziplinalgesetz zwar zum Richter, aber weithin zum Richter in eigener Sache, zum befangenen Richter, berufen war, hat Traub auch die geringfügigsten Lapsus linguae aufs schärfste angekreidet, hat geflissentlich außer acht gelassen, was irgend zu seinen Gunsten sprechen konnte, und hat ihn, ohne Rücksicht auf seine Gesamtpersönlichkeit und auf die Eigentümlichkeit des Falles, um seiner Hörner und Zähne willen infamiter kassiert. Nicht genug damit, er hat ihm sogar, unter wiederholter, schroffer Desavouierung der unbefangenen ersten Instanz, die bona fides, die subjektive Wahrfähigkeit abgesprochen! Das Urteil hat, wenn nicht die diplomatische Rücksicht auf die Forderung der Rechten, so doch der Groll über die Schärfe und Ausdauer der liberalen Polemik nach der Absetzung Jathos diktiert. Nur so, sei es aus den diplomatischen Erwägungen, sei es aus der Verärgerung des Oberkirchenrats heraus, ist es zu verstehen, daß man in Berlin Traub zur Dienstentlassung verurteilte, während auf Grund der gleichen Tatsachen, aber abseits von der hohen Kirchenpolitik, in dem patriarchalischen, durch keine „Fälle“ verbitterten Breslau der Vertreter der Anklage bloß einen Verweis beantragt hatte. Der gerade in Schlesien gut unterrichteten „Preußischen Kirchenzeitung“ wird sogar erzählt, dieser Antrag wäre, und zwar wesentlich mit Unterstützung der Theologen, beinahe angenommen worden; der Oberkirchenrat aber hat Traub wegen „erheblicher sittlicher Verfehlungen“ (!) aus dem Dienst gejagt!

Deutsches Protestantenblatt (Nr. 37. 1912):

„Der Oberkirchenrat hat um der Begründung seiner Härte willen aus den Akten von Breslau neue Anklagemomente gegen Traub erhoben, er wirft ihm sittliche Verfehlungen vor, die in Breslau bei der Verhandlung vorgekommen seien, es werden ihm Irreführung der öffentlichen Meinung und falsche Angaben über Tatsachen im Fall Jatho vorgeworfen, die in Breslau nicht verhandelt worden sind! Die sittlichen edlen Motive, die ihm die Vorinstanz in Breslau zugebilligt hatte, werden ihm abgesprochen. Den Erklärungen des Angeschuldigten vor der ersten Instanz wird der innere Wahrheitswert abgesprochen. — Und trotzdem verhandelt der Evangel. Oberkirchenrat auf Grund der Prozeßakten allein, ohne dem Angeklagten Gelegenheit zu geben, aufzuklären und sich zu verteidigen, ohne den Richtern die Möglichkeit zu verschaffen, über diese seine Beschuldigungen Traub selbst zu hören. Und das geschieht bei einer Verhandlung vor der letzten Instanz, bei der eine Berufung, bei der eine amtliche Aufklärung über Irrtümer, bei der eine amtliche Wiederherstellung der Ehre des Betroffenen ausgeschlossen ist. Das ist unseres Erachtens das Un-erhörteste, was geschehen ist und geschehen konnte. Solange die Verhandlung lief, war Traub Pfarrer der Landeskirche und dem Schutz und der Förderung seiner Behörde anbefohlen. Man hat ihm das letzte Recht des gemeinsten Verbrechers versagt, vor seinen Richtern das letzte Wort zu haben.“

Aus der politischen Presse, die die Erledigung des Falles Traub fast noch unermüdlicher ventiliert hat als den Fall Jatho, geben wir nur die signifikantesten Urteile, von der äußersten Rechten bis zur extremsten Linken, für jede Parteischiattierung eine Auswahl treffend.

Die Neue Preußische Kreuzzeitung schreibt (Nr. 419 vom 6. September 1912):

Was aber sagen die positiven Kreise der evangelischen Kirche? Jubeln sie? Dazu ist wahrlich kein Grund. Denn es ist immer schmerzlich zu sehen, wenn ein hoher Geist stürzt, wenn ein Diener des Evangeliums, an dessen subjektiver Wahrhaftigkeit nicht zu zweifeln ist, sich nicht unter den Gehorsam der geoffenbarten Wahrheit des Evangeliums beugen will. Traub selbst wird es ja äußerlich an nichts fehlen! Die Begeisterung der Jatho-Freunde wird doch wenigstens so lange vorhalten, bis man auch einen Traubfonds gesammelt und den markantesten Vorkämpfer eines radikalen Liberalismus in seiner äußeren Existenz sichergestellt hat. Traub wird der begehrteste Volksredner in liberalen Wahlversammlungen werden und weidlich gegen die „verrotteten Zustände“ der Kirche losziehen! Freilich, welche innerliche Entwicklung er dabei nehmen wird, das ist eine andere Sache!

Zum Jubeln haben wir keinen Grund. Wohl aber zur ehrlichen Anerkennung des Evangel. Oberkirchenrats und zum Ver-

trauen. Die Verstimmung gegen unsere oberste Kirchenbehörde ist nicht nur in den Kreisen der Gemeinschaftsleute, sondern auch in weiten positiven Kreisen treuer Glieder der Landeskirche so weit gestiegen, daß man sich oft zu ungerechten und voreiligen Urteilen hinreißen ließ. Wer auch nur zum Abwarten mahnte, machte sich fast verdächtig, ein bedingungsloser Anbeter kirchlicher Autoritäten zu sein. Jetzt wollen wir es den Freunden in unseren Reihen sagen: Ihr habt dem Oberkirchenrat unrecht getan! Laßt uns angesichts dieser schwerwiegenden Entscheidung im positiven Sinne, die unserer obersten Kirchenbehörde ganze Fluten von Beschimpfung und Herabsetzung eintragen wird, zurzeit unsere sonstigen Wünsche und Ausstellungen zurückstellen und wie ein Mann ihr unsere Zustimmung kundgeben!

Wohl wünschten wir, die Anklage wäre nicht wegen öffentlicher Herabsetzung von Kirchenbehörden und Pfarrern und Synoden erhoben — wie kann ein so fanatischer Mann wie Traub den Pfarrerstand und die Behörden beleidigen? Die stehen wirklich turmhoch über ihm! —, sondern allein wegen der Bekämpfung des evangelischen Glaubens! Damit nicht der Schein entstünde, als läge unsern Kirchenbehörden mehr am Schutz der Kirchenbehörden und Pfarrer als am Schutz des Bekenntnisses, damit nicht die Behauptung seines Verteidigers mit einem Schein des Rechts bestände: die Lehre Traubs bleibt unangefochten bestehen. Damit nicht der Schein entstünde, man habe es nicht gewagt, ein öffentliches Verfahren gegen ihn durchzuführen. Aber wie die Dinge lagen, handelte es sich bei Traub jetzt um einen Disziplinarfall, nicht um einen Irrlehrefall! Und der Oberkirchenrat hatte demgemäß zu entscheiden! Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß er, wenn er in diesem Falle nur einen Verweis erteilt hätte, nach § 19 des Irrlehregesetzes dem Disziplinarverfahren das Feststellungsverfahren hätte folgen lassen, wozu er nach dem angezogenen Paragraphen verpflichtet war. — Wir hoffen auch, daß die Stellung des Oberkirchenrats zum Bekenntnis in der Urteilsbegründung unmißverständlich ausgesprochen sein wird.

Wir haben Ursache, Gott zu danken, daß Traub die Strafe ereilt hat, die er in offensichtlicher Weise längst provoziert hatte! Nicht um seinetwillen. Wer ihn kennt, wird sich eine Vorstellung davon machen können, in welcher Weise er, nun die letzte Fessel gefallen ist, in seinem Kampf gegen die Landeskirche vorgehen wird. Ganz anders noch als Jatho, denn Traub ist ein geborener Agitator. Er wird sicherlich nicht zur Erkenntnis kommen und schweigend das „Unrecht“ dulden, das ihm nach seiner und seiner Freunde Meinung widerfahren ist! Aber ein abgesetzter Pastor ist für jeden billig denkenden Freund der Landeskirche als ihr Feind gekennzeichnet. Und damit fällt ein Teil des Zaubers, der ihn als ihren beamteten Diener für viele so anziehend machte. Nun können ihn die außerlandeskirchlichen gläubigen Kreise auch

nicht länger der Landeskirche auf ihr Schuldkonto setzen. Das ist schon etwas Großes.

Wertvoller ist die Erkenntnis, daß die oberste Kirchenbehörde die Würde der Kirche auch gegen einen der beliebtesten, in gewissem Sinne volkstümlichsten Feinde zu wahren gewußt hat. Mit Traub sind alle die moralisch gerichtet, die sich von ihm und seinesgleichen unter dem Geschrei: Freiheit und Gleichheit! an der Landeskirche und am Evangelium — versündigt haben. Wir wollen nicht mißverstanden werden: Kritik an menschlichen Einrichtungen ist berechtigt und nützlich, zumal wenn die Kritik aus einem um das Wohl der Kirche und des deutschen evangelischen Volkes besorgten Herzen stammt. Kritik eines Feindes verhärtet und verbittert nur und erschwert den Weg der Abhilfe! Aber man wolle doch die Kritik nicht mit ausschließlichem, selbstgerechtem Nörgeln und Verächtlichmachen in den wegwerfendsten Ausdrücken verwechseln und den zum Helden und Märtyrer der Wahrheit und Freiheit stempeln, der nichts, aber auch gar nichts neben sich und seiner Ansicht gelten läßt! Wir wollen keine römisch-katholische Anschauung der Lehrgebundenheit, aber wir fordern, daß die Lehre in der evangelischen Kirche ihre Norm und Schranke findet an dem geoffenbarten Evangelium.

In dieser Beziehung, hoffen wir, wird doch nun endlich eine gewisse Klärung in den beteiligten Kreisen der evangelischen Kirche eintreten. Lange genug haben wir in der ungesunden Atmosphäre drückender Gewitterschwüle gelebt. Endlich hat das Gewitter sich wenigstens in einem weithin sichtbaren Blitzschlage entladen, der reinigend und erfrischend wirken wird. Möge die Entscheidung im Falle Traub, so schweres Donnerrollen ihr auch noch folgen wird, wenigstens in diesem Sinne der evangelischen Landeskirche zum Segen werden. Unsre Hoffnung auf die Zukunft der Landeskirche wächst, wenn sie sich dazu ermannt, ungesunde Glieder abzuschneiden, welche ihr Herz zu vergiften drohen! Ihre Kraft und ihr Ansehen im öffentlichen Volksleben sind dadurch erhöht, und sie kann getrost und mit gutem Gewissen neuen heftigen Fehden entgegengehen!

Der Reichsbote (Nr. 208. 1912):

„Wegen Irrlehre ist Lic. Traub bekanntlich nicht angeklagt worden; das „B. T.“ meint, die Irrlehre sei vielleicht der „heimliche Beweggrund“ zu seiner Entlassung gewesen. Wir wissen nicht, ob das zutrifft, aber das ist gewiß und auch von uns des öfteren ausgesprochen worden: Man hätte wahrlich Grund genug gehabt, Traub vor das Spruchkollegium zu stellen. Ein Pfarrer, der sich hinstellt und in die Öffentlichkeit hinausruft: „Was glaube ich? Vor mir liegt das sogen. Apostolische Glaubensbekenntnis, ich lehne dieses Bekenntnis der katholischen Reichskirche als mein Glaubensbekenntnis ab,“ ein Pfarrer, der in dieser Weise die Grundlagen des Christentums und der Kirche so radikal ablehnt

und bekämpft wie Traub, kann unmöglich ein Diener der Kirche bleiben. In dieser Hinsicht ist es für die „Tägliche Rundschau“ wieder bezeichnend, daß sie in ihrer Besprechung des Urteils stark unterstreicht, die Entlassung Traubs habe mit seinen Glaubensansichten in keiner Weise zu tun. Ob die Oberkirchenbehörde auch so denkt? Wir glauben es trotz allem nicht.“

Derselbe (Nr. 210):

„Das Maß Lic. Traubs war übertoll. Er wäre auch seines Amtes für verlustig erklärt worden, wenn er, wie er es wünschte, vor das Spruchkollegium gestellt wäre. Der Oberkirchenrat und die Kirche kann sich von einem Pfarrer das nicht bieten lassen, was Traub ihr so lange ungestraft geboten hat. Und da er es in einem anderen Pfarramt der Landeskirche aller Voraussicht nach nicht anders getrieben hätte als in Dortmund, so mußte die Behörde zu diesem Urteilsspruch kommen. Die positiven und die bekennnistreuen Kreise der Landeskirche wissen sich in diesem Falle mit dem Kirchenregiment durchaus einig.“

Derselbe (Nr. 214):

„Alles in allem wird man hiernach feststellen und mit dem Spruch des Oberkirchenrats anerkennen müssen, daß Traub als Pfarrer innerhalb der Preußischen Landeskirche nicht mehr haltbar war. Nicht etwa, weil die leitenden Persönlichkeiten dieser Kirche in ihrer persönlichen Ehre sich durch Traubs Auftreten hätten verletzt fühlen müssen, sondern weil Traub in ihnen und über sie hinaus die äußeren und inneren Grundlagen der Landeskirche vor der weitesten Öffentlichkeit unablässig angegriffen, verhöhnt, beschimpft, herabgewürdigt hat. So wenig wie der Staat einen Beamten dulden kann, der durch sozialdemokratische Propaganda die Grundlagen des Staatswesens bekämpft, darf es der Kirche zugemutet werden, einen Geistlichen im Amte zu halten, ihm die durch die Ordination verliehenen Rechte zu belassen, welcher der Kirche selbst die Existenzberechtigung abspricht. So sehr man bedauern kann, daß der Spruch des Evangel. Oberkirchenrats nötig wurde, so dankbar muß man den Mut begrüßen, der unbekümmert um die mit Sicherheit vor auszusehende Hetze der liberalen und jüdischen Presse das Notwendige ohne falsche Rücksichtnahme mit Festigkeit und hoffentlich vielen zur heilsamen Warnung getan hat. Es ist wahrhaftig kein Jubel, den die Dienstentlassung Traubs in positiven Kreisen auslöst, wohl aber die Empfindung, daß allein im Interesse der Kirche sein selbstverschuldetes Schicksal durch ein für ihn zwar hartes, doch gerechtes Gericht sich erfüllt hat.“

Die Post:

„Es läßt sich gewiß nicht leugnen, daß die evangel. Landeskirche einen Pfarrer wie Traub, der ihre Grundlehren nicht anerkennt, in ihren Reihen nicht zu dulden braucht. Wenn aber folgerichtig der Kampf fortgesetzt würde und nicht nur alle Pfarrer, sondern auch alle Mitglieder, die nicht auf dem positiven Boden der Landeskirche stehen, aus ihr ausgeschlossen werden sollen,

dann würde dieses eine Schwächung der Landeskirche herbeiführen, die mit ihrem Zerfall als allgemeine Landeskirche wohl gleichbedeutend wäre. Man mag persönlich zu den beiden Richtungen stehen, wie man will. Jedenfalls läßt sich kaum leugnen, daß die meisten Mitglieder der Landeskirche heute nicht mehr auf dem Standpunkt des Oberkirchenrates stehen. Alle Anhänger der Sozialdemokratie sind erklärte Feinde des Positivismus und der Landeskirche. Dazu gesellen sich mindestens vier Fünftel der sogen. gebildeten Stände. Würde man heute eine Abstimmung unter den Mitgliedern der Landeskirche anstellen, so würde sicher eine große Mehrheit sich gegen den Oberkirchenrat aussprechen. Die evangel. Landeskirche geht also einer sehr schweren Krisis entgegen, wenn sie, wie bisher, den Kampf fortsetzt. Dies aber scheint uns im Interesse der Landeskirche bedauerlich. Bedauerlich aber auch in nationalem Interesse. Der konfessionelle Zwiespalt und Zank, den wir schon besitzen, ist gerade gefährlich genug. Kommt dazu noch ein scharfer Streit im Protestantismus, so wird es immer schwerer fallen, die nicht sozialdemokratischen und ultramontanen Deutschen für große nationale Fragen zusammenzuführen und zusammenzuhalten.“

Deutsche Tageszeitung:

„Wenn die evangel. Kirche zulassen wollte, daß jeder in ihr lehren dürfte, was er wollte, dann würde sie dem Zusammenbruche verfallen sein. Gewiß hat der evangel. Christ die Freiheit des persönlichen Glaubens innerhalb einer gewissen Schranke. Wer aber diese Schranke nicht berücksichtigt, der stellt sich außerhalb des kirchlichen Christentums. Die evangel. Kirche muß ihre Lehre auf ein festes Bekenntnis stützen, wenn sie nicht auseinanderfallen soll. Wer in ihr eines Amtes waltet, muß dieses Bekenntnis anerkennen und in seiner Lehre berücksichtigen. Tut er das nicht, so mag er nach seiner persönlichen Auffassung trotzdem ein guter evangel. Christ sein: er hat nicht die Befugnis, im Namen der Kirche zu predigen und eines kirchlichen Amtes zu walten. Das ist einfach logisch. Wenn ein Geistlicher die grundlegenden Bekenntnissätze, auf die er verpflichtet ist, nicht mehr anerkennen zu können glaubt, dann muß er selbst die einzig mögliche Folgerung ziehen. Innerhalb der Kirche und im kirchlichen Auftrage tätig sein kann er nicht mehr. Geht man von diesem, wie gesagt, rein logischen Gedankengange aus, dann war das Urteil gegen den Pfarrer Jatho völlig begründet und die Kritik des Pfarrers Traub an diesem Urteile unberechtigt.“

Schlesische Zeitung:

„Das Recht zur Kritik ist nicht ohne weiteres ein Recht zu Übertreibungen. Zu Übertreibungen nimmt seine Zuflucht, wer im Lärm der Gasse die anderen überschreien, wer sich den Zulauf einer leichtgläubigen Menge sichern will, seien es Hörer oder Leser. An Übertreibungen leiden wir heute mehr als je, weil alles auf

die Gassen, in die Volksversammlungen, in die große Öffentlichkeit hinausgetragen, hinausgezerrt wird. So hat auch Traub durch Übertreibungen zu wirken gesucht, und sein Kampf um die Freiheit der Kirche, wie er sie auffaßt, verliert darum in den Augen derer, die sich nicht fern vom festen Boden der Tatsachen abdrängen lassen wollen, die Sympathie, die man sonst gern einem unerschrockenen Kämpfer für seine Überzeugung zollt, auch wenn man diese Überzeugung nicht teilt. Aber begeisterte Anhängerschaft und politisches Bedürfnis der Demokratie übertreiben freilich noch viel ärger. Ihnen ist Traub ein Prophet, ein zweiter Luther, ja ein zweiter Christus. „Sie vermeinten tun zu dürfen, wie Luther tat, und glaubten, weil Christus gegen Gesetz und Priester stritt, gleiches zu können“ — so telegraphierten Berliner Gesinnungsgenossen an Traub. „Wie schade, wie ewig schade, daß diese elf scharfen Richter,“ schreibt der „Berliner Theologe“ der „Voss. Ztg.“, „nicht schon hinter Martin Luthers Schreibtisch standen — am Ende wäre die ganze Aufregung der Reformation vermieden worden!“ und zu dem Hinweis des Oberkirchenrats auf die Beamtendisziplin fügt er hinzu: „Und Jesus, und alle Propheten zu allen Zeiten?“ Jesus und Luther und manchem Propheten ist Härteres zuteil geworden als Traub, und wenn er sich vermaß, handeln zu dürfen wie sie, dann mußte er auch wissen, auf was er gefaßt sein mußte. Aber er hat nur das Recht der Kritik gekannt, ohne sich über ihre Grenzen klar zu sein. Darin lag seine Schuld, nicht in seinem Prophetentum; dieses ist überhaupt nicht vor Gericht gezogen worden. Baumgarten, der andere Verteidiger Jathos vor dem Spruchkollegium, hat nachdrücklich und wiederholt bezeugt, mit welchem heiligen Ernst und Wohlwollen die Mitglieder des Kollegiums ihr schweres Amt ausgeübt haben, daß in keinem Momente Jatho Ungerechtigkeiten widerfahren, ihm die Verteidigung beschränkt, ihm eine Falle gestellt, aus harmlosen Äußerungen ein Strick gedreht worden sei. Traub aber schalt in Schrift und Rede das Verfahren des Spruchkollegiums als ungesetzlich, als gottlos, als Heuchelei. Als ein Pfarrer der Landeskirche schmähte er die gesetzlichen Einrichtungen dieser Kirche, um sie seinen Hörern und Lesern widerwärtig und verächtlich erscheinen zu lassen. Man stelle sich einen Richter, einen Lehrer, einen Verwaltungsbeamten vor, der im Lande umherzieht und sich nicht genug darin tun kann, seine vorgesetzte Dienstbehörde in der öffentlichen Meinung herabzusetzen! Ein ganz unmöglicher Gedanke! Man wende nicht ein, da handele es sich nur um kleine menschliche Interessen, hier um die höchsten ewigen Güter, darum dürfe hier nicht mit demselben Maße gemessen, nicht jedes Wort auf die Wagschale gelegt werden. Traub will eine schrankenlose Ich-Religion. Er will die äußeren Autoritäten zerstören und nennt das evangelische Freiheit. Mag er die Kirche reformieren wollen. Reform tut allen menschlichen Satzungen not! Aber wenn er sie revolutionieren

wollte, dann mußte er selbst erst aus dem Hause hinausgehen, ehe er es einriß. Gegen die Einrichtungen der Kirche das äußerste Mißtrauen predigen und zugleich der verordnete Diener derselben Kirche bleiben, das läßt sich nicht vereinigen. Der schon zitierte Theologe der „Voss. Ztg.“ schließt seine Philippika mit dem pomp-haften Satze: „Traubs Behörden, die ihn jetzt schutzlos, mittellos, ehrlos — wie sie sich einbilden — auf die Straße werfen, sie werden von allen wahrhaften Protestanten auf Grund ihres Ver-haltens gegen einen ihrer besten Amtsträger mit der Entlassung aus unserem Vertrauen bestraft.“ Aber Traub selbst hat ja längst mit allen Kräften daran gearbeitet, dieses Vertrauen in den Kreisen seiner Anhänger zu zerstören! Daß die politische Demokratie dabei ihr Futter findet und ihm Beifall schreit, ist wohl wahr, und die Wirkung des Urteils gegen Traub beweist es wieder, aber ist das auch ein Beweis für die Güte der Sache Traubs?“

Münchener Allgemeine Zeitung (14. Sept. 1912):

„Es ist für den Laien nicht leicht, über den Fall sich ein richtiges Urteil zu bilden. Wer die Traub-freundlichen kirchlichen und politischen Zeitungen liest, kann gar nicht anders denken, als daß die Richter im Oberkirchenrat die dunkelsten, einseitigsten und gewissenlosesten Menschen sind. Gleichwohl konnten diese kaum anders in ihrem Urteil vorgehen, und es darf uns nicht be-irren, wenn Traub selbst von einem Rechtsbruch und Gewaltakt spricht, wenn Jatho im letzten Grund den Irrlehrer und nicht den unbesonnenen Literaten treffen läßt, wenn andere Stimmen rufen: „Unerhört! Unerhört, die materielle und die formelle Erledigung der Sache! Man weiß nicht: Soll man weinen oder mit den Fäusten dreinschlagen!“ Was liegt denn nun eigentlich vor? Pfarrer Traub ist nicht wegen Irrlehre verurteilt worden, denn sonst wäre seine Sache vor das Spruchkollegium gekommen. Traub hat sich darin verfehlt, daß er öffentlich gegen seine vorgesetzte Behörde den Vorwurf erhoben hat, diese habe im Fall Jatho mit unsauberen Mitteln gearbeitet. Diese Verdächtigung des Oberkirchenrates ist ebenso wahrheitswidrig, wie sie für den untergebenen Geistlichen unstatthaft und unzulässig erscheint. Jede Behörde muß doch auf Ordnung halten und darf nicht mit ihrer Ehre umspringen lassen, wie es Traub beliebt hat, die Beweggründe des Angreifers mögen sein, welche sie wollen. Die Strafe ist hart, aber sicher nicht un-gerecht, so sehr bedauert werden muß, daß ein geistvoller, rühriger und tätiger Geistlicher einer Gemeinde entzogen wird, welche voll aufrichtiger Verehrung für ihren Pfarrer war.“

Fränkischer Courier, Nr. 483 vom 20. Sept. (Pfr. Dr. Rittelmeyer, Nürnberg):

„Das inzwischen erschienene Gerichtserkenntnis gegen Traub macht nun auch eine genauere Prüfung möglich. Wenn man da alles zusammengetragen findet, was Traub gegen den Evangel. Oberkirchenrat und das Spruchkollegium gesagt hat, so erschrickt

man. „Religiöse Verbrechen“, „Gottlosigkeit“ und dergleichen mehr wirft Traub den Richtern des Spruchkollegiums vor. Man kann es den Herren von ihrem Standpunkt aus wirklich nicht übelnehmen, wenn sie das nicht vertragen konnten. Es geschieht Traub gewiß kein Unrecht, wenn man sagt, daß Verständnis, Gerechtigkeit und Güte gegenüber dem Gegner an dem sonst geistig so hochstehenden Mann nicht so entwickelt war, wie man in seinem eigenen Interesse wünschen möchte. Mit persönlichstem Mitempfinden fühlt man, wie viel besser er sich selbst und seiner Sache gedient hätte, wenn es ihm gelungen wäre, mit Überwindung augenblicklicher Erregungen auch dem Gegner zuzutrauen und zuzugestehen, daß er in seiner Weise wirklich das Beste will. Was Traub tat, ist ja nichts anderes, als was in Zeiten heißer, geistiger Kämpfe immer und immer geschehen ist. Dennoch — man stelle sich noch die Wehrlosigkeit vor, in der sich eine Behörde zunächst befindet, wenn sie öffentlich angegriffen wird, und man wird die Erregung verstehen, die sich da oben gegen Traub allmählich angesammelt hatte und die in ihm nur noch den Haß und nicht mehr das Wahrheitsstreben sehen konnte. Mit dieser Meinung stehen wir nicht allein. So denkt man vielmehr weithin auch in den Kreisen der Parteifreunde Traubs, und wenn es nicht öffentlich ausgesprochen wird, so liegt es nur daran, daß man sich ritterlich zu ihm stellen will. Aber Traub selbst kann und wird nicht wünschen, daß man sich aus Freundschaft für ihn in so ernster Angelegenheit zu unsachlicher Stellungnahme drängen läßt. Im umgekehrten Fall würden wir ein ebenso rücksichtslos sachliches Urteil mit Ausschaltung aller persönlichen Sympathien geradezu von ihm erbitten. Wir versuchen nicht, den Weitergang der Ereignisse vorherzusagen. Es ist gerade das Spannende und Lebensvolle an den geistigen Kämpfen, daß man nicht im voraus weiß, wie alles gehen wird. Und es ist das Tragische an diesen Kämpfen, daß auf beiden Seiten Recht ist und allermeist auch auf beiden Seiten Unrecht. Traub selbst, der zwar nicht ein eigentlich religiöser Genius ist, aber sicher einer der intelligentesten, wenn nicht der intelligenteste Geist in der deutschen Pfarrerswelt, dazu mit einer außerordentlichen Arbeitskraft ausgestattet und noch in den allerbesten Jahren, wird wohl noch viel von sich reden machen. Ist Jatho theologisch ein Kind, so ist Traub der gründlich geschulte Theologe; ist Jatho nur auf Aussprache seiner Innerlichkeit bedacht, so ist Traub ein sicherer Dialektiker; ist Jatho ganz ohne politische Begabung, so fühlt sich Traub immer gereizt, auch mit den Juristen in die Schranken zu treten; ist Jatho nur fähig, frei aus sich selbst seine Rede strömen zu lassen, so ist Traub ein sehr geschickter und geübter Diskussionsredner, alles in allem eine Agitationskraft hervorragenden Ranges. Man wird noch manches mit ihm erleben. Langsam ringt sich eine neue Zeit los aus den bestehenden Verhältnissen. Wir halten weder Traub noch Jatho für die Banner-

träger dieser Zeit. Sie sind Außenkämpfer. Aber trotz seiner Verstöße, trotz des vernichtenden Urteils des Oberkirchenrats wird Traub einmal unter den Vorkämpfern dieser Zeit, und nicht mit Unehre, genannt werden.“

In der Täg. Rundschau bezweifelt ein Theologe, der nicht auf dem Standpunkt Traubs steht und sein Vorgehen mißbilligt, daß der Oberkirchenrat gerechterweise habe zur Dienstentlassung schreiten müssen.

Kölnische Zeitung:

„Das ist ein Urteil von so außerordentlicher und überraschender Härte, daß es sicherlich die liberalen Kreise im Protestantismus zu dem stärksten Einspruch herausfordern wird. Denn wenn auch nicht die liberale Weltanschauung Traubs unter Anklage stand, sondern nur sein formales Verhalten, so war es doch eine liberale Kritik, die er an den kirchlichen Zuständen und Einrichtungen übte, und aus seinem entschiedenen Liberalismus heraus gewann sie ihre schlagende Wucht und schneidende Schärfe. Das Urteil beweist, daß die Leiter der Preussischen Landeskirche nicht mehr weitherzig genug denken, um solche Kritik ertragen zu können, daß sie auf ihn vielmehr mit dem schwersten Strafmittel dreinschlagen, das sie zur Verfügung haben. Sie werden dem liberalen Kritiker und weitberühmten Schriftsteller Traub damit den Mund nicht verbinden; aber sie haben eine Gemeinde um einen tüchtigen und beliebten Seelsorger ärmer gemacht und damit der Kirche ernsthaft geschadet, der sie zu dienen meinen.“

Schwäbischer Merkur:

„Solange die Landeskirche im Rahmen ihrer heutigen Verfassung wirkt, kann ihr das Recht nicht abgesprochen werden, die Grenzscheide zwischen Lehre und Irrlehre zu bestimmen. Traub wurde kein Lehrverstoß vorgeworfen. Seine Vergehen sind rein formal gewesen. Beide gegen ihn ergangene Urtheilssprüche sind in ihren Begründungen zum großen Teil eine Anerkennung der Persönlichkeit und der Wirksamkeit Traubs. Aus seiner Gemeinde sind unzählige Stimmen laut geworden, die für die Beliebtheit des Seelsorgers zeugen. Wenn er trotz alledem nun von der obersten kirchlichen Disziplinarinstanz als „des Ansehens und des Vertrauens, welches sein Beruf fordert,“ nicht für würdig erachtet wird, so muß das den Argwohn nähren, als habe man das Ziel der Amts-entsetzung um jeden Preis gewollt und es erzwungen, obgleich man nur über die weitgehende sittliche Rechtfertigung des Angeschuldigten hinweg es erreichen konnte.“

Hartung'sche Zeitung, Königsberg (Pfr. Tribukait, Tilsit, unter der Überschrift „Der Oberkirchenrat im Anklagezustand“. (!!):

„Es soll niemand meinen — das vornehmlich ist der Zweck dieser Zeilen —, daß die Zurückführung des Urtheilsspruchs auf kirchenpolitische Rücksichten die Behörde irgendwie entlasten würde. Wo man das meint, wo man achselzuckend es ausspricht, daß das

doch so der Lauf der Welt und schließlich wohl gar ein berechtigtes und verdienstliches Handeln sei, da treibt man mit solchen Vorwürfen ein leichtfertiges Spiel und befördert jene traurige Erschlaffung der Gewissen und alles evangelischen Zartgefühls. Es gibt für mein Empfinden keinen schwereren Vorwurf, den man einer Verwaltungs- oder Gerichtsbehörde machen kann, als den: sie beuge das Recht aus Politik, sie strafe härter, als in der Sache begründet, um anderer Zwecke willen! Der Oberkirchenrat soll es bedenken, daß die Umstände zu einer solchen Auffassung Anlaß geben, und er soll alles daran setzen, um sich von diesem Verdacht zu reinigen. Er soll dieserhalb tun, wozu er vielleicht an sich nicht verpflichtet wäre: neben der Urteilsbegründung das gesamte Anklage- und Verhandlungsmaterial der Öffentlichkeit unterbreiten. Wir fordern das nicht, weil wir Traub damit eine bessere Möglichkeit geben wollen, seine angefochtene Ehre zu verteidigen, — wir müßten sogar wünschen, daß ihm das nicht gelingt, damit unsere oberste evangelische Kirchenbehörde vor der Welt und vor der Geschichte gereinigt dasteht. Denn was liegt schließlich an Traub, daran, ob und wie sehr er menschlich gefehlt und welch eine Strafe ihn dafür getroffen hat? Das, was heute dem Oberkirchenrat — wie wir zuversichtlich hoffen, mit Unrecht — zum Vorwurf gemacht wird, ist weit schlimmer, als was Traub gefehlt haben kann. Es kann jemand im Eifer sich sehr weit von der schuldigen Ehrerbietung, ja, sogar von der Wahrhaftigkeit haben abbringen lassen, — man kann ihn doch lieben; es kann eine Behörde in Verbitterung und Befangenheit ein ungerechtes Urteil fällen, man kann sie dennoch achten; aber ein lang erwogenes, gewichtiges Strafverfahren zu einem politischen Schachzug benutzen, ist für ein evangelisch gebildetes Empfinden unerträglich.“

Die Hilfe, Nr. 37. 1912 (D. Naumann): „Der Oberkirchenrat hat vom Pfarrer Traub ein ganz falsches, verdrehtes und agitatorisch zurecht gemachtes Bild gezeichnet. Er will nicht sehen, daß Traub heute zu den besten Männern der evangelischen Kirche gehört. Der Oberkirchenrat ist blind dafür, daß es eine weite Schicht von Menschen gibt, für die nur noch in der Sprache Jathos oder Traubs gepredigt werden kann. Der Oberkirchenrat hat als angegriffene Partei in eigener Sache gerichtet, und man kann den Eindruck nicht loswerden, daß die 12 Herren aus Verletzttheit heraus gehandelt haben. Der Oberkirchenrat hat ein Strafmaß gewählt, welches in gar keinem Verhältnis steht zu den Verfehlungen, die er selbst an Traub findet. Der Oberkirchenrat hat mit einer beispiellosen Härte gehandelt, die er selbst bei anerkannt unfähigen Geistlichen sonst nicht anwendet. Der Oberkirchenrat hat eine Angelegenheit des Seelenlebens zu einer Frage des Beamtengehorsams gemacht. Der Oberkirchenrat hat zwar den Schein vermieden, als sei Traub wegen seiner freieren Theologie abgesetzt

worden, aber er ist noch nie gegen einen rechtgläubigen Kirchenstreiter in entfernt ähnlicher Weise vorgegangen.“

Münchener Neuesten Nachr. (Nr. 472. 1912):

„Die geheime Mißstimmung zwischen dem Vorsitzenden des Spruchkollegiums und dem Verteidiger Jathos, zwischem dem objektiv-kühlen Juristen und dem subjektiv-temperamentvollen Theologen war zu groß, als daß der Gegensatz nicht auch öffentlich zum Ausdruck kommen mußte. So ist anzunehmen, daß Traubs Verurteilung ein Gewaltakt war, der eine schlecht gelungene Kraftprobe sein sollte. Steht doch die Schwere des Urteils in gar keinem Verhältnis zur Schwere des Vergehens. Auch wenn Traub in seiner Kritik zu weit ging, auch wenn er zu persönlichen Angriffen sich hinreißen ließ, das alles begründet noch nicht auch bei ungünstigster Beleuchtung die ausgesprochene Strafe. Es ist mit Recht verwunderlich, warum das Kirchenregiment gerade nach der linken Seite stets so feinhörig ist, dagegen über die taktlos-wütenden Angriffe von seiten der orthodoxen Presse, sobald jenes ihr nicht zu Willen, so milde urteilt. Aber neben dem Kirchenregiment steht auch die Gemeinde, die ihren Pfarrer will und braucht. Und das sind keine unselbständigen Gemeinden wie bei uns, die jeden Pfarrer nehmen müssen, der hingeschickt wird, sondern das sind Gemeinden, die selber wählen und dann auch für den Gewählten eintreten. Ein weises Regiment wird die Gemeinde nicht entgelten lassen, was der Pfarrer an ihm verschuldet hat, es wird stets zu scheiden wissen zwischen allgemeinen und persönlichen Interessen.“

Straßburger Post, Nr. 1074. 1912 (Georg Wolf, Mitglied des Oberkonsistoriums):

„Was sollen wir Vertreter anderer protestantischer Landeskirchen tun? Darf es uns ganz einerlei sein, welcher Geist in der größten deutschen Landeskirche die Oberhand gewinnt, dürfen wir ruhig zusehen, wie durch sie der Protestantismus und die ihm dienenden Organisationen, das sind die evangelischen Kirchen, auf das schwerste kompromittiert werden? Ich glaube nicht. Daß die vom Oberkonsistorium repräsentierte Landeskirche Augsburger Konfession in Elsaß-Lothringen — von der Reformierten Synode gilt das gleiche — auf einem dem Preußischen Oberkirchenrat grundsätzlich entgegengesetzten Standpunkt steht, erhellt am besten aus der Rede, die Präsident Dr. Curtius beim Antritt seines Amtes am 29. Mai 1903 gehalten hat. Es heißt darin: „Alles, was die kirchliche Verwaltung zu besorgen hat, liegt weit unterhalb der Sphäre, in welcher die religiöse Zukunftsfrage unseres Volkes entschieden wird. Darum muß für uns die beherrschende Maxime die apostolische Weisung sein, daß wir den Geist nicht dämpfen sollen.“ Unsere Jatho können unbehelligt ihren Gemeinden dienen und unsere Traub, wenn wir sie hätten, würde ihr Reformeifer nicht vor ein kirchliches Disziplinargericht bringen, hoffentlich würden wir sogar stolz auf sie sein.“

Wenn dem so ist, dann muß unsere Landeskirche zwischen sich und der preußischen eine Scheidelinie ziehen und darf nur mit Vorbehalt, um nicht in einen Topf mit ihr geworfen zu werden, sich an gemeinschaftlichen Aktionen beteiligen, die nach kirchlicher Einigung oder engerem Zusammenschluß der deutschen Landeskirchen aussehen.¹⁾ Bei diesen Aktionen gibt Preußen doch den Ton an, so daß sie unter evangelisch-protestantischen Gesichtspunkten wertlos, ja bedenklich werden müssen, sobald mehr als nur äußerlich-materielle Dinge durch sie berührt werden. Es wird Aufgabe des Oberkonsistoriums sein, das im November zusammentritt, diese reinliche Scheidung zu fordern und sich Bürgschaften dafür geben zu lassen, daß unsere kirchliche Autonomie voll gewahrt und preußisch-kirchlichem Geist kein Einfallstor und keine Einfallsritze offen gelassen werde.

Es muß unter protestantischem wie nationalem Gesichtspunkt fast als tragisch bezeichnet werden, daß Preußens Kirche und Preußens Staat von den fortgeschrittenen Kirchen wie von den fortgeschrittenen Bundesstaaten als rückständig betrachtet und eine allzu enge Berührung oder gar eine Beeinflussung als eine Gefahr für die gesunde eigene Fortentwicklung empfunden wird. Es ist aber so, und es gilt, wie staats-, so auch kirchenpolitisch, aus dieser Erkenntnis entschlossen und rücksichtslos alle Konsequenzen zu ziehen.“

Frankfurter Zeitung (Nr. 245. 1912):

„In der Wirkung seiner Maßnahmen wird sich aber der Oberkirchenrat schwer täuschen. Das öffentliche Urteil, das tausendmal schwerer wiegt, als das irgend einer kirchlichen oder sonstigen behördlichen Instanz, ist gegen den Oberkirchenrat ausgefallen, und man kann schon jetzt sagen, daß dieser eine schwere Einbuße seines Ansehens erfahren hat. Die Anhängerschaft Traubs aber ist so groß, daß alle kirchlich-disziplinarischen Maßnahmen nur ein Schlag ins Wasser sein werden. Das werden schon die bevorstehenden Protestkundgebungen im Rheinland erweisen, das wird sich an dem unerschütterten Vertrauen der Dortmunder Reinoldigemeinde zu Traub zeigen, und überall, wo freies Denken und Mannesmut noch eine Stätte haben, wird trotz des Disziplinarurteils Traub als der Sieger erscheinen, der nun um so freier sein Wirken entfalten kann.“

Vossische Zeitung:

„Wir fürchten, die Folgen dieser Entscheidung werden die allerbösesten sein. Wir fürchten: das Ansehen der Kirche, in der der Geist und nicht der Buchstabe herrschen sollte, hat in weitesten Kreisen wieder einmal einen Stoß erlitten, von dem sie sich schwer

¹⁾ Von uns gesperrt, nach dem Vorgang von Lic. Traubs Christl. Freiheit Nr. 39 1912. D. R.

erholen wird, und Tausende und Tausende werden sich wieder vor die Frage gestellt sehen: Sollen wir nicht einer Kirche, die wir als evangelische nicht mehr anzusehen vermögen, den Rücken kehren? Und von den jungen Geistern, die nach Wahrheit und Freiheit verlangen, werden sich immer weniger versucht fühlen, ein Amt zu erstreben, in dem ihnen für freie Meinungsäußerung die Amtsentsetzung und der Hunger droht. Die Verantwortung trägt der Evangel. Oberkirchenrat.“

Kieler Zeitung (Pfr. Schröder, Kiel):

„Ich habe gesehen, wie das Urteil auf unsere protestantischen Laien wirkte; still ward es im Kreise, ganz still, fast als hätte einer persönlich ihnen eine Beleidigung ins Gesicht geschleudert; dann trat in die Augen ein zorniges Leuchten: „Das ist ja ganz unmöglich! Wir sollen wohl rein ins Mittelalter zurück! Nun sind wir bald beim Papste angekommen!“ . . . „Das königlich-preußische Christentum will auch in der Kirche den Geist der straffen Unterwerfung unter „staatsmännische Weisheit“ zur Geltung bringen. Mit der Freude an der Freiheit ist es aus!“ Noch aber steht gerade unserem deutschen Volke die große Entscheidung bevor zwischen römischem und protestantischem Geiste. Die Linie, die von Luther über Goethe und Schiller, Lessing und Fichte führt, harret der Weiterführung. Für ein römisches Christentum, sei's auch im Gewande evangelischen Kirchentums, wird weder die geistig führende Schicht unserer Gebildeten noch die Schar der Arbeitermassen, die den Kampf um ihre Befreiung kämpft, jemals zu haben sein. Es ist die Schicksalsfrage unserer Kirche: Auf welche Seite wird sie sich stellen? Müssen wir wieder ein Stück Hoffnung begraben? Und haben die Gegner recht, wenn sie sagen, alle Reformversuche seien nutzlose Arbeit am untauglichen Objekt? Ich glaube doch an die Zukunft unserer Kirche. Auch der Fall Traub wird den Geist der Freiheit nicht ertönen, sondern vielmehr entfesseln.“

Berliner Tageblatt (4. Sept. 1912):

„Der Spruch des Oberkirchenrats überrascht diejenigen nicht, welche die treibenden Kräfte kennen, die in der Preußischen Landeskirche nun schon seit Jahrzehnten Oberwasser haben. Die schwärzeste Orthodoxie hatte sich über den „milden“ Spruch des schlesischen Konsistoriums entrüstet, und sie scheute sich nicht, die Ausstoßung Traubs aus der Landeskirche als einzig ausreichende Sühne für die von ihm begangenen Frevel zu fordern, da nun einmal der Scheiterhaufen heute bei uns nicht mehr in natura angezündet werden kann. Es ist für die ganze kirchliche Situation charakteristisch, daß die „Kreuzzeitung“ sich rühmen darf, dem Evangel. Oberkirchenrat in diesem diffizilen Fall die Wege gewiesen zu haben. Sie rühmt sich selbst ihrer Tat, indem sie zu der Ausstoßung Traubs bemerkt: „Wir schrieben damals: Wir erwarten, daß der Evangel. Oberkirchenrat dies sicherlich wohl-

gemeinte, aber völlig irrige Erkenntnis nicht bestätigen wird. Wir freuen uns um der evangelischen Landeskirche willen, daß wir uns in dieser Erwartung nicht getäuscht haben. Traub ist sein Recht geschehen, er hat erlangt, was er gewollt hat.“ Wirklich, der Evangel. Oberkirchenrat hat den „Erwartungen“ der orthodoxen Kreise durchaus entsprochen. Die Finsterlinge in Preußen können sich die Hände reiben. Wenn sie etwas wollen, dann geschieht's, und wenn sie befehlen, dann steht es da.“

Dasselbe am 6. Sept. aus der Feder von C. Jatho:

„Nur eine Gefahr sehe ich für den Fortschritt einer freien Frömmigkeit innerhalb der Preußischen Landeskirche: wenn man sich einschüchtern ließe durch die Reihe der Verurteilungen, die seit meiner Absetzung, und teilweise im Zusammenhang mit derselben, erfolgt sind. Geht dieser Kelch an uns vorüber, dann kann keine Amtsenthebung oder Dienstentlassung, kein Verweis oder Strafversetzung uns schaden. Im Gegenteil, sie werden immer zahlreichere Kämpfer auf den Plan rufen für eine Reform unseres Kirchenwesens in einem wahrhaft protestantischen Sinn. Denn den Ideen, welche wir Freidenkenden innerhalb der Kirche vertreten, gehört die Zukunft. Sie sind in sich selbst so stark, daß sie auf jeden behördlichen Schutz, auf jede Stütze durch einen Bekenntniszwang verzichten können. Nur Männer sind nötig, die sie vertreten und mutig verkündigen.“

Für unseren Traub werden wir sorgen. Er soll sein Opfer nicht vergeblich gebracht haben. Wir werden ihm neue Wege zu erweiterter Wirksamkeit erschließen, wie auch mir die Freiheitsfreunde vor Jahresfrist sie erschlossen haben. Und wenn wir Abgesetzten diese Wege wandeln, dann ist's nicht Groll gegen unsere Richter, der uns die Seele erregt, sondern dankbare Freude über immer neue Erfolge, die sie uns ermöglicht haben.“

Die Tat, Heft 7. (E. Horneffer):

„Das erschütternde Drama des Protestantismus ist mit der Absetzung Traubs zu Ende gegangen. Vor wenigen Jahren konnte man, wenigstens theoretisch, noch zweifeln, ob der Protestantismus einer Verjüngung fähig sei oder nicht. Dann kam die Entfernung Jathos. Mit äußerster Spannung mußten wir dem Fortgange zuschauen. Wieder konnte man, wenigstens theoretisch, schwanken, ob für die „Freunde der evangelischen Freiheit“, um unter diesem Sammelnamen die reformeifrigen Kreise der Kirche zusammenzufassen, der Austritt aus der Kirche empfehlenswert war oder nicht. Man entschied sich für das Ausharren und Kämpfen im Rahmen der Kirche. Diese Tendenz fand ihren Ausdruck in der scharfen und harten Kampfschrift von Traub: „Staatschristentum oder Volkskirche“. Wer diese mit Herzblut geschriebenen, kühnen und stolzen Worte las, mußte empfinden: hier ist unzweideutig und klar die Schicksalsfrage an den Protestantismus gestellt. Aber ahnungsvoll mußte man befürchten, auch diese kraftvolle und tapfere

Tat werde das Verhängnis der Verknöcherung und Erstarrung, den schleichenden Tod des Protestantismus nicht abwenden können. Diese tragische Stimmung durchweht das schöne und edle Buch. Und die Ahnung hat sich bestätigt. Mit der Absetzung Traubs und gerade in dieser schnöden, verletzenden Form, daß man ihm persönlichen Makel anzuheften bestrebt war, mit diesem unsäglich betrübenden Ereignis schließt sich das Grab des Protestantismus. Wohl gehen die Wellen der Erregung hoch, aber nicht mehr so hoch wie beim Sturze Jathos. Wohl treten unter den Geistlichen tapfere Helfer für Traub hervor, aber nicht mehr so tapfere, scharfe und klare, wie Traub selbst es war als Helfer von Jatho. Und der Nachwuchs freier und starker Persönlichkeiten im Protestantismus wird schwinden, womit der Tod des Protestantismus besiegelt ist. Traub hat dem Protestantismus das Grablied gesungen.“

Wir haben bis dahin absichtlich die politisch freisinnige Presse recht deutlich zu Worte kommen lassen. Inwieweit die in ihr ausgesprochenen Befürchtungen oder Hoffnungen in die wirkliche Welt der Erscheinungen einzutreten Aussicht haben, läßt sich jetzt allmählich in etwa schon übersehen. Diese Beobachtungen des Tatbestandes mögen unsere Leser an die vorstehenden kritischen Äußerungen kritisch herantragen.

Aber auch im politischen und theologischen Radikalismus war ein weißer Rabe zu finden. Die Aktion, eine Berliner demokratische Zeitschrift, gab ihren Dissensus aus der Feder des Herausgebers Franz Pfemfert in folgender derber Weise zu erkennen:

„Also da haben wir wieder unsere politische Sensation: der Pfarrer Traub ist gewaltsam von der Kanzel entfernt worden. „Ohne Pension!“ (tragischer Unterton der Leitartikel). Dem wilden Jatho-Rummel folgt nun ein Traub-Klimbim. Er wird (das garantieren die ersten Proben) die Wochen bis zur Reichstagseröffnung geräuschvoll beleben. Schon sind die ersten großen „Protestversammlungen“ angemeldet. Schon wird die bekannte „Volksbewegung“ im Reiche inszeniert. Schon brennen die liberalen Pfarrherren darauf, sich zu äußern. Es werden die wenig benützten Entrüstungen aufgebraucht, die noch vom Jatho-Rummel in Stehsatz vorhanden sind. Selbst Luther muß wieder aus der Gruft, um der Gedankenlosigkeit Pointen zu liefern. Der Name des Dortmunder Störenfrieds ist zur Erkenntnisphrase des Bezirksliberalismus geworden. „Wer nicht für Traub ist, der ist gegen uns; der ist gegen Freiheit, Fortschritt, Kultur!“ Abgemacht. Wir wollen gegen diese Kultur sein. Wir, die wir die Staatskirche als Feste der reaktionären Gewalten angreifen, wir sind gegen die Freiheit der freisinnigen Presse und für den Kirchenrat. Was will das Gekreisch der fortschrittlichen Sturmvögel? Was ist das für ein Märtyrer, den man uns da aufredet! Wir bestätigen der obersten Kirchenbehörde, daß sie logisch, einwandfrei, recht gehandelt hat,

indem sie Herrn Traub entließ. Bei der Freiheit, die im Freisinn keine Stätte findet! Der Kirchenrat hat der Wahrheit besser gedient denn jener Pfarrer, der wohl den Mut aufbrachte, in Volksversammlungen mit agitatorischen Gesten den Freigeist zu mimen, der aber nicht den Mut zur ehrlichen Konsequenz fand. Sie hat schon etwas Rührendes, die Verlogenheit der Polterer. Herr Theodor Wolff, ein Inseratenbeiwerk chefredigierend, hat das Recht, Abweichungen von seiner politischen Schablone — siehe Gädtke — zu beseitigen; die Kirche dagegen begeht ein Verbrechen, wenn sie Leute zum Gehen zwingt, die nicht allein innerlich mit ihr gebrochen haben, die ihr sogar offen die Gegnerschaft erklärten. Wäre Herr Traub wirklich eine Luthernatur, er hätte der evangelischen Landeskirche längst den Rücken gekehrt. Einen Helden aus diesem talentierten Deklamator zu machen, weil er den keck provozierten Hinauswurf dem reinlichen Scheiden vorzog — dies Kunststück ist eine Spezialleistung des deutschen Liberalismus. Kirche und Heer erfordern Gehorsam. Der antimilitaristische Hauptmann ist ebenso absurd wie der Pfarrer, der das Dogma seiner Kirche verwirft. Der Militär, der sich zu Tolstoi durchgerungen hat, kann unsere Achtung nur beanspruchen, wenn er freiwillig den Rock ablegt. Der Gottesmann, der den kritischen Freidenker und gleichzeitig den Diener einer auf Buchstabengläubigkeit bestehenden Kirche spielen will, wirkt possenhaft. Der Oberkirchenrat hat getan, was nur Agitatoren verurteilen können; die Amtsentsetzung Traubs war ein Akt der Notwehr.“

Die wundersamen Rechtsanschauungen des kirchlichen Radikalismus entwickelt im Protestantenblatt (Nr. 47. 1912) ein Rechtsanwalt Ihrcke-Berlin in einem Artikel: „Die Wiedereinsetzung Traubs und die Verantwortlichkeit des Oberkirchenrats für das gegen ihn gefällte Urteil“ in folgenden Ausführungen:

„Es entspricht dem allgemeinen Verlangen, das Urteil in seinen Folgen für Traub rückgängig zu machen, und es liegt nahe, die Frage zu prüfen, ob der Oberkirchenrat für sein Urteil in irgend einer Weise zur Verantwortung gezogen werden kann.“ Ihrcke fordert zunächst: baldige Wiedereinsetzung Traubs in sein Amt durch Königl. Gnadenakt (! vgl. S. 158). Wegen des über Traub gefällten Urteils sei alsdann gegen die Mitglieder des Oberkirchenrats das Disziplinarverfahren zu eröffnen. Er verspricht sich viel davon, wenn ein diesbezüglicher Antrag von Traub, Prof. D. Baumgarten oder sonst jemand gestellt würde. Doch weiter: „der Vollständigkeit halber“ wird bemerkt, „daß diejenigen Mitglieder des Oberkirchenrats, die etwa wider besseres Wissen zu seinem (Traubs) Nachteil entschieden haben, sich hierdurch einer Rechtsbeugung schuldig gemacht haben würden, welche . . . mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren zu bestrafen wäre“. Auch würden sie Traub „für den durch das Urteil verursachten Vermögensschaden usw. persönlich haften“.

Das wäre wohl unter den radikalen Preßäußerungen das äußerste an Verstiegtheit. „Höher geht's nimmer.“

Mit diesen fast ins Skurrile verlaufenden Äußerungen möchten wir diesen Abschnitt nicht abschließen, sondern geben als Finale ein wohlervogenes Urteil im Evangel. Gemeindeblatt für Württemberg, in dem Stiftsprediger Prälat Römer in Stuttgart, unter Absehen von allen kirchenrechtlichen und kirchenpolitischen sowie dogmatischen Erwägungen, die ganze Angelegenheit von rein ethischen Gesichtspunkten aus beleuchtet.

„Das Urteil des Preußischen Oberkirchenrats ist zum Gegenstand von Angriffen in der Presse und in Versammlungen gemacht worden, ohne daß die Urteilsbegründung erwogen oder überhaupt nur abgewartet worden wäre.

Öffentliche Kritik des Handelns anderer aber ohne genaue Kenntnis des Sachverhalts ist ein Unrecht, zu dessen Erkenntnis man nicht Christentum, sondern nur ein wenig natürliches Rechtsgefühl bedarf.

Diese Kritik richtete sich aber gegen die Behörde teils der eigenen, teils einer befreundeten evangelischen Kirche. Ist Subordination und Pietät unvereinbar mit aufrechter Opposition? Man wirft doch nicht mit Kot und Steinen nach solchen, die man ehren soll, auch nicht, wenn man in Gegensatz zu ihnen tritt. Das wissen nicht bloß Christen, das üben auch vielfach Heiden; das ist nicht nur dem monarchischen Untertanenbewußtsein anerzogen, das üben ehrenhafte Republikaner gegenüber ihren Behörden.

Daß es zum Bestand eines Gemeinwesens gehört, die Autorität des Gerichtsstandes im Bewußtsein der Allgemeinheit unangetastet zu hüten, weiß jedermann. Kommt von diesem Grundsatz einer evangelischen Kirche nichts zugut? Ist es erträglich, wenn Diener der Kirche die kirchliche Gerichtsbarkeit, weil sie ihnen fehlgegriffen zu haben scheint, verbrecherischen Handelns zeihen? Die Rechtsübung im Organismus der Kirche der unverantwortlichen individuellen oder herdenmäßigen Kritik opfern: ist das noch sittlich, noch vernünftig? Müssen es gerade Pfarrer und Jugenderzieher dem Publikum vormachen, daß man gegen die geordneten Autoritäten gegebenenfalls am besten sofort mit unüberlegten Invektiven losfährt?

Protestiert man um der „Gerechtigkeit“ willen gegen den Oberkirchenrat? Nein, sondern weil die Person nach ihrer intellektuellen Begabung, ihrer wirkungskräftigen Energie, ihren augenfälligen Erfolgen und gleichzeitig nach ihrer den Protestierenden sympathischen kirchenpolitischen Parteistellung gemessen wird. Sind das aber nicht lauter irreführende Maßstäbe, wo es sich um Recht und Gerechtigkeit handelt? Dann wären in der Konsequenz das Genie, der rücksichtslos Energische, der vom Erfolg Begünstigte, der Parteifreund vor dem Gesetz anders zu beurteilen als der schlichte, vereinsamt stehende, stille Diener der Gemeinschaft.

Man ist in unserer Geistlichkeit in eine gefährliche Bahn geraten durch den Kultus eindrucksvoller Persönlichkeiten, Rhetoren und Parteiführer.

Die durchgehende, ihrer sittlichen Berechtigung subjektiv völlig gewisse Abkehr von dem, was überkommene christliche Sittlichkeit ist, bedeutet eine Krisis, in der weite und einflußreiche theologische Kreise und ein sehr großer Teil der deutschen evangelischen Geistlichkeit mitten drin stehen. Die altbewährten Grundsätze von dem, was im öffentlichen, staatlichen und kirchlichen Leben Recht und Pflicht sei, werden durch moderne Grundsätze ersetzt, die sehr deutlich ihren Ursprung aus Kreisen erkennen lassen, die mit dem Christentum gebrochen haben oder nie innerlich davon berührt waren.

Eine sittliche Krisis im Pfarrstand bedeutet schon an und für sich den Anfang einer sittlichen Krisis im Volksleben. Dazu aber kommt die nachdrückliche und erfolgreiche agitatorische Propaganda, welche in Protestversammlungen und in jeder Art von Presse für diese moderne Art moralischen Urteils von Theologen und Pfarrern gemacht wird: denn sie sind ja, wohin man sieht, die Führer: von der Kanzel an, in Gemeindesälen, in öffentlichen Lokalen, in der kirchlichen Presse und erst recht erfolgreich in der führenden politischen Presse und in den kleinen Lokalblättern: überall sind es überwiegend Theologen und Geistliche, auf die direkt oder indirekt die Bloßstellung der evangelischen Landeskirche zurückgeht. Von ihnen aus wird die „Mißwirtschaft“ der kirchlichen Behörden, ihre Rechtsübung und Verwaltung, die Rückständigkeit, Unhaltbarkeit und „innere Unwahrhaftigkeit“ der kirchlichen Ordnungen durch alle irgendwie zugänglichen Kanäle dem evangelischen Volke aller Schichten immer neu und immer leidenschaftlich eingeprägt. So werden die Gemeindeglieder durch die Agitationsarbeit von Geistlichen aufs gründlichste und umfassendste an der evangelischen Kirche irregemacht und dazu erzogen, bewundernd zu Größen und „Helden“ wie Traub und Jatho emporzuschauen, welche durch eine bürokratisch verrottete und ungerechte kirchliche Mißregierung und durch die fanatische Intoleranz der Altgläubigen ein himmelstreichendes „Martyrium“ leiden müssen. Um der Parteigrößen willen wird die Kirche diskreditiert und werden unvermerkt, aber wirksam dem Volke ganz andere Maßstäbe sittlicher Beurteilung beigebracht, als diejenigen waren, die in der überlieferten evangelisch-christlichen Erziehung ihre Wurzeln hatten. Seit Naumann in Karlsruhe die Ethik Jesu für die Politik als nicht brauchbar bezeichnet hat, sind Jahre vergangen. Jetzt ist es offenbar vielen evangelischen Pfarrern in Fleisch und Blut übergegangen, daß man auch in der Kirchenpolitik selbstverständlich und bewußt sich von Jesu Ethik loslösen müsse.

Es ist kein Zweifel: wir stehen mitten drin in einer Bewegung, in welcher sich bei den Führern des evangelischen Volkes, den

Geistlichen, weithin im ethischen Urteil eine bedeutsame, ja grundsätzliche Schwenkung vollzieht, die sich dem evangelischen Volke notwendig mitteilen muß und nach dem Willen dieser Geistlichen mitteilen soll. Die Krisis ist da; ob sie fortschreiten wird oder ob sie sich wenden wird, wer weiß es?“

4. Resolutionen kirchlicher und kirchenpolitischer
Verbände zur Erledigung des Falles Traub.
Antrag an das Ministerium um Remedur des Urteils.
Immediateingabe an den Kaiser.

Die von Lic. Traub redigierte „Christliche Freiheit“ brachte in Nr. 39 und den folgenden Nummern eine Reihe Sympathiekundgebungen für Traub.

Im Verlauf der Herbstmonate gaben eine Anzahl kirchlicher Gruppen und kirchenpolitischer Verbände eine in der Summe nicht unbeträchtliche Zahl von Resolutionen und Erklärungen heraus, von der wir — da eine Vollzähligkeit kaum zu erzielen und diese, auch wenn sie möglich wäre, ermüdend wirken müßte — eine Auswahl darbieten.

Der Bund deutscher Protestanten:

„Aufs neue ist die protestantische Freiheit schwer bedroht. Der Amtsenthebung Jathos wegen „Irrlehre“ ist die Absetzung Traubs gefolgt. Das Urteil und noch mehr seine Begründung zeigen, daß dem in Preußen herrschenden Kirchenregiment das ausreichende Verständnis für die tiefen Schäden und die wahren Bedürfnisse der evangelischen Kirche abgeht.

Wer noch ein Herz für die freiheitliche und gesunde Entwicklung der evangelischen Kirche in Preußen und in ganz Deutschland hat, schließe sich mit Gleichgesinnten zusammen zur entschiedensten Abwehr.

Der Worte sind genug gewechselt. Tapfere Tat kann noch Rettung bringen. Am 16. September 1912 ist in Dortmund, der gesegneten Wirkungsstätte unseres Traub, der Bund deutscher Protestanten proklamiert worden. Er führt alle kirchlich-liberalen Vereine und Verbände Deutschlands in einer großen, einheitlichen Organisation zu einer achtungsgebietenden Macht unseres kirchenpolitischen Lebens zusammen und hat den von dem Evangel. Oberkirchenrat Verurteilten zu seinem geschäftsführenden Direktor gewählt. Traub wird aber nicht der Letzte sein, der fällt. Sammeln wir darum einen großen Kriegsschatz für den gefährdeten Protestantismus!

Dieser Protestantenfonds soll dienen zur Werbearbeit in ganz Deutschland und zur Unterstützung der Opfer der Freiheit für die Ideen des freien Protestantismus.

Daher wendet sich der Bund an die Allgemeinheit aller freiheitlich denkenden evangelischen Christen im ganzen deutschen

Vaterland und bittet sie ebenso herzlich wie dringend, ihn in seiner Arbeit durch einmalige Gaben oder wiederkehrende Beiträge zu unterstützen. Gebe jeder nach seinem Vermögen, aber gebe jeder aus vollem Herzen! Es gilt eine große Sache. Finde sie ein würdiges Geschlecht!“

Der Aufruf trägt folgende Unterschriften:

Deutscher Protestantenverein. Rheinisch-westfälischer Verband der Freunde evangelischer Freiheit. Verband der Freunde evangelischer Freiheit in Anhalt. Bremischer Protestantenverein. Hamburger Protestantenverein. Verband der Freunde evangelischer Freiheit in Hannover. Protestantenverein der Pfalz. Verein für evangelische Freiheit in Rostock. Verein der Freunde evangelischer Freiheit in Schleswig-Holstein. Evangelisch-protestantische Vereinigung im Großherzogtum Sachsen-Weimar. Kirchlich-liberaler Verein Braunschweig. Freie landeskirchliche Vereinigung des Großherzogtums Hessen. Liberale Vereinigung im Großherzogtum Baden. Protestantisch-liberaler Verein in Elsaß-Lothringen. Liberaler Nassauischer Unionsverein. Vereinigung der Freunde evangelischer Freiheit in Württemberg.

Die im „Protestantenblatt“ veröffentlichte Erklärung und Eingabe liberaler Geistlichen an den Evangel. Oberkirchenrat bringen wir im Zusammenhang mit dem als Bescheid anzusehenden Erlaß des Oberkirchenrats an die Konsistorien weiter unten.

Die Freunde der „Christlichen Welt“, der 74 Theologie-Professoren, 185 Religionslehrer und 911 Pfarrer aller deutschen Landeskirchen angehören:

„1. Wir sprechen unser Bedauern aus, daß der Oberkirchenrat bei einem Urteil wesentlich in eigener Sache durch maßlose Verschärfung des Spruchs erster Instanz ohne nochmaliges Verhör des Angeklagten den Schein der Parteilichkeit nicht vermieden hat.

2. Wir bedauern, daß die so notwendige Einheit des deutschen Protestantismus durch das Vorgehen der obersten Behörde der größten deutschen Landeskirche eine neue schwere Erschütterung erlitten hat.

3. Wir bedauern es im Interesse der Kraft evangelischen Zeugnisses, daß man in dem Urteil tatsächlich nur die Auffassung vom evangelischen Geistlichen als einem Beamten, der in erster Linie Disziplin zu wahren habe, hat walten lassen und über alle die entscheidenden Werte persönlicher Hingabe, Tüchtigkeit und Lauterkeit hinweggegangen ist.

4. Wir sprechen unsere Empörung aus über die Art, wie man in der Begründung des Urteils aus Schärfen, zu denen Traubs Eifer um die Sache ihn fortriß, sittliche Verfehlungen konstruiert und dadurch seine sittliche Lauterkeit und Wahrhaftigkeit angetastet hat.

5. Wir halten demnach, damit die Gerechtigkeit wiederhergestellt und die evangelische Christenheit vor unheilbaren Wirren bewahrt werde, eine Wiederaufnahme des gegen Pfarrer Traub gerichteten Verfahrens für unbedingt geboten.

6. Wir fordern die freigesinnten evangelischen Christen auf, sich in dem Gefühl ihrer Zugehörigkeit zur evangelischen Kirche trotz allem nicht irremachen zu lassen, sondern um so mehr an der Herbeiführung freierer und gerechterer Zustände in ihr mit allen Kräften zu arbeiten.“

Rheinisch-westfälische Gruppe der Evangel. Vereinigung (Mittelpartei):

„1. Wir beklagen gegenüber dem mit dem Grundsatz evangel. Milde nicht zu vereinbarenden Urteil des Evangel. Oberkirchenrats das starke Mißverhältnis zwischen dem Strafmaß und den zweifellos vorliegenden Disziplinarvergehen Traubs.

2. Wir verstehen, daß das Rechtsempfinden weiter Kreise der evangelischen Kirche trotz ausführlicher Begründung des Urteils schwer verletzt ist, zumal der Evangel. Oberkirchenrat bei einzelnen Anklagepunkten zugleich Angegriffener, Kläger und Richter war.

3. Allerdings erscheint nach geltendem Recht eine andere Zusammensetzung des Gerichtshofes unmöglich. Um so mehr erachten wir eine Fortdauer dieses Rechtszustandes für nicht erträglich, gerade auch im Interesse des Ansehens der höchsten kirchlichen Behörde.

4. Eine der dringendsten Aufgaben der landeskirchlichen Gesetzgebung ist deshalb die Änderung des Disziplinalgesetzes vom 16. Juli 1886. Wir fordern unsere Freunde und Gesinnungsgenossen auf, die baldige Lösung dieser Aufgabe auf synodalem Wege herbeiführen zu helfen.“

Vereinigung der Freunde des kirchl. Bekenntnisses in Rheinland und Westfalen:

„1. Jede Landeskirche, auch die unserige, steht und fällt mit dem öffentlich geltenden Rechte ihres Bekenntnisses. Die Freigabe dieses Bekenntnisses an die Willkür der Einzelgemeinde müßte mit Notwendigkeit den Zusammenbruch ihrer Landeskirche nach sich ziehen.

2. Die christliche Gemeinde hat vor Gott und Menschen Recht und Anspruch auf reine Verkündigung des göttlichen Wortes und des ganzen Evangeliums von Christo. Es heißt diese Gemeinde nicht nur in ihren heiligsten Empfindungen kränken, sondern sie von Grund aus zerstören, wenn dieses Recht von den Dienern der Kirche mißachtet, verletzt oder gar bekämpft wird. Wir erachten es als eine der dringendsten Aufgaben der Gegenwart, daß unsere Gemeinden in diesem ihrem Rechte kräftig geschützt werden.

3. Wir begrüßen es daher mit freudiger Genugtuung, daß die kirchlichen Behörden das Steuer fest in die Hand genommen haben,

und wir vertrauen, daß sie es nicht dulden werden, wenn Pfarrer sich von Gehorsam und Pflicht gegen ihre Kirche, gegen deren Bekenntnis oder gegen die Ordnung entbunden erachten. Wir sind überzeugt, daß solche Handhabung der Ordnung bei allen, die das Evangelium der Apostel lieben, mit Freuden anerkannt wird, und hegen die Hoffnung, daß so mit Hilfe Gottes die große Verwirrung innerhalb der Kirche wieder geheilt und Zucht und Ordnung allerorten zurückkehren werden.

Zentralvorstand der Positiven Union:

„Als die berufenen, im Zentralvorstande aus allen Provinzen der Preußischen Landeskirche vereinigten Vertreter unserer Gruppe der Positiven Union, weisen wir die gegen den Evangel. Oberkirchenrat bei der Wahrnehmung seines Rechts sowie in Erfüllung seiner Pflicht gerichteten Angriffe und Verdächtigungen mit Entschiedenheit zurück. Nicht Vorwürfe und Anklagen gebühren der obersten Kirchenbehörde, vielmehr Dank und Anerkennung von seiten der evangelischen Gemeindeglieder, daß nach lang geübter Nachsicht endlich ein gewichtiger Schritt geschehen ist, um der immer weiter sich ausbreitenden Zuchtlosigkeit unter den im Amte stehenden Geistlichen Einhalt zu tun. Nicht eine „Erschütterung des Protestantismus“ wird die Folge sein, sondern ein engerer Zusammenschluß aller, auf das wirkliche Wohl der Kirche bedachten Kreise zur eifrigen Arbeit am Bau des Reiches Gottes in unserer Mitte.

Die nach Form wie Inhalt gleich verwerfliche und agitatorische Art, mit der Traub, wie allbekannt, schon seit Jahren in systematischer Weise die Öffentlichkeit gegen die zu Recht bestehenden Ordnungen der Landeskirche in Wort und Schrift aufgehetzt hat, wurde in orientierten kirchlichen Kreisen längst als empörend und unerträglich empfunden, so daß der Augenblick herbeigesehnt werden mußte, wo diesem Unwesen ein Ende gemacht wurde, was nur zur vollen Ausscheidung seines Urhebers führen konnte.

Die von einigen Professoren der Theologie, den Freunden der „Christlichen Welt“ und der „evangelischen Freiheit“, sowie der liberalen Presse ausgehenden Angriffe gegen den Evangel. Oberkirchenrat und ihre haltlosen Unterstellungen für seine Gründe bei diesem Verfahren lassen den vollständigen Mangel an Verständnis für die Aufgaben der obersten Behörde und deren Pflichten zur Aufrechterhaltung kirchlicher Ordnung erkennen. Das Verfahren gegen Traub ist ordnungsgemäß verlaufen, hat seinen Abschluß gefunden und von einer Wiederaufnahme kann selbstverständlich nicht die Rede sein.

Wir geben uns der bestimmten Erwartung hin, daß alle besonnenen Elemente, auch unter den Kirchlichliberalen, sich alsbald von einer künstlich hervorgerufenen Bewegung abkehren werden, die nur in der Verneinung des Bestehenden und in der Entfesselung subjektiver Willkür ihre Aufgabe sieht, und hoffen, daß

sie ihre Kräfte und ihr Interesse vielmehr der Lösung solcher Aufgaben zuwenden, die aufbauend und einigend die gedeihliche Entwicklung unserer Landeskirche bezwecken.“

Allgemeiner Positiver Verband, angeschlossen 28 pos. Organisationen mit rund 80000 Mitgliedern:

„1. Wir beklagen aufs tiefste die unheilvollen Versuche, das kirchliche Bekenntnis aus dem öffentlichen Leben der Kirche auszuschalten und zur Privatsache der Geistlichen und der Einzelgemeinden herabzudrücken, da es keinem Zweifel unterliegt, daß durch solche Ausschaltung unsere Landeskirchen gesprengt würden.

2. Wir erheben Protest gegen die religiöse Vergewaltigung der christlichen Gemeinde, wonach ihr nicht mehr gepredigt werden soll, was allein ihre religiösen Bedürfnisse befriedigen kann und worauf sie als christliche Gemeinde Anspruch hat, nämlich Gottes lauterer Wort, sondern das, was den einzelnen Predigern beliebt und oft genug kaum noch christlich, wohl gar antichristlich ist. Es ist ebenso unbiblisch als unevangelisch, wenn die Geistlichen sich zu Herren des Glaubens der Gemeinde machen wollen, statt ihr zu dienen.

3. Wir danken jeder Kirchenregierung, die mit fester Hand der Willkür und Zuchtlosigkeit an heiliger Stätte wehrt und die christliche Gemeinde in ihrem Rechte schützt; und bitten alle Christgläubigen, sich mit uns in der Fürbitte für die Leiter der Kirche zu vereinigen, daß Gott sie zu solchem guten Regiment stärken wolle, unerschrocken ihr hohes Amt zu vollführen und so an ihrem Teil mitzuhelfen, den schweren Schaden der Kirche wieder zu heilen.“

Diese Resolution bezog sich nicht lediglich auf den Fall Traub, sondern auf die kirchliche Gesamtlage. Derselbe Verband erließ in seiner Vertreter-Versammlung zu Eisenach am 7. und 8. Januar 1913 noch folgende Erklärung:

„1. Der Allgemeine Positive Verband trägt mit allen Freunden wahren evangelischen Christentums Leid um die innere Zerrissenheit der deutschen Landeskirchen und begrüßt jeden in Gottes Wort gegründeten Weg, den Frieden wiederherzustellen.

2. Er sieht aber mit schwerer Sorge die jüngsten Versuche, den Schaden auf Kosten des Bekenntnisses zu heilen. Geht das Bekenntnis zurück, so geht Gottes Wort zurück; geht Gottes Wort zurück, so geht der Glaube zurück. Denn der Glaube kommt aus dem Worte Gottes.

3. Er bittet daher die evangelischen Kirchenregierungen und die berufenen Organe der kirchlichen Selbstverwaltung inständig, die Gemeinden bei solchem Wort Gottes und Bekenntnis in aller Not der Zeit zu erhalten und keinesfalls etwas zerbrechen zu lassen, was nur schwer wieder würde aufgebaut werden können.

4. Er bittet nicht minder alle bekenntnistreuen Gemeindeglieder, insbesondere die Prediger und Lehrer, auch da, wo der

Bekenntnisstand der Landeskirche erschüttert werden sollte, treulich bei dem göttlichen Worte zu verharren, seiner immer eifriger zu pflegen, es zur Rechten und Linken unverrückt zu bekennen und in solcher Treue nicht müde zu werden, bis Gott neue Zeiten oder neue Wege seiner Gemeinde schenkt.“

Allgem. Evangel.-luth. Konferenz:

„1. Die Kirchenregierungen unserer evangelischen Landeskirchen stehen gegenwärtig vor überaus schweren Aufgaben. Aber sie erfüllen nur ihre Pflicht, wenn sie für Aufrechterhaltung des kirchlichen Bekenntnisstandes mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln eintreten.

2. Bei der in Gang befindlichen Scheidung der Geister verletzen die Träger des geistlichen Amtes in verhängnisvoller, den Fortbestand der Landeskirchen gefährdenden Weise ihre der organisierten Kirche gegenüber ausdrücklich übernommene Amtspflicht, wenn sie schrankenlose Freiheit der Lehrverkündigung für ihr amtliches Handeln in Anspruch nehmen.

3. Wir bitten alle treuen Glieder der evangelischen Landeskirchen, an dem teuer erworbenen Gut des kirchlichen Bekenntnisses wie an der Gemeinschaft der Kirche unbeirrt festzuhalten.“

Vereinigung der Evangel.-Luth. innerhalb der Preuß. Landeskirche (konfessionelle Gruppe):

„1. Wir geben unserer Befriedigung darüber Ausdruck, daß der Evangel. Oberkirchenrat durch seine Entscheidung für die Aufrechterhaltung von Zucht und Ordnung in unserer Landeskirche eingetreten ist, und sprechen die Erwartung aus, daß er das für den Bestand unserer Kirche noch wichtigere Bekenntnis mit der gleichen Entschiedenheit schützen wird.

2. Wir verurteilen aufs schärfste das Vorgehen vieler Geistlicher und Glieder der Preußischen Landeskirche gegen den Evangel. Oberkirchenrat, weil dieses unseres Erachtens die Pflichten der Christen gegen die Obrigkeit verletzt.

3. Wir bitten alle Glieder der evangelischen Kirche, die durch Jesus Christus uns erworbenen Heilsgüter im lebendigen Glauben festzuhalten und dafür mit Wort und Tat einzutreten. Gottes Wort und Luthers Lehr' bleibt der Fels, an dem die Wogen der unchristlichen Weltanschauung und einer irreführenden Wissenschaft sich brechen müssen.

13 Pfarrer der Synode Dortmund verbreiteten in ihren Gemeinden folgende auszugsweise wiedergegebene Erklärung:

(Nach sachlicher Zurückweisung der Aufstellungen Traubs) . . Nach alledem heißt es den vom Evangel. Oberkirchenrat festgestellten und für uns einwandfrei dastehenden Sachverhalt auf den Kopf stellen, wenn jetzt die Freunde Lic. Traubs das Urteil des Kirchenrats als „Keulenschlag gegen das Rechtsempfinden“ bezeichnen.

Was in den letzten Wochen besonders in Dortmund in Presse und Volksversammlungen an Irreführung der öffentlichen Meinung gesündigt worden ist, überschreitet jedes Maß. Wir stellen hiermit fest, daß Männer, die der Öffentlichkeit und ihren Schülern ein Vorbild der Achtung vor den Behörden, ein Muster ernstprüfender Gerechtigkeit sein sollen, nach den Zeitungsberichten in ihren Reden gegen beides schwer gefehlt haben. . . .

In der Dortmunder Protestversammlung vom 16. September haben jene Freunde des Herrn Lic. Traub es fertig gebracht, in der in jener Versammlung vorgeschlagenen Resolution folgende Behauptung aufzustellen: „Wir können das Empfinden nicht von uns weisen, daß noch andere im Erkenntnis nicht zum Ausdruck gebrachte Gründe bei dem Urteil mitbestimmend gewesen sind.“ — Kann es eine schwerere Beleidigung von Richtern geben, von Männern, die auf ihren Dienst eid geschworen, ihr Amt mit heiligem Gewissensernst zu führen? — Wir sind wahrlich nicht gegen eine sachliche, in den Grenzen der Zucht sich haltende Kritik der Behörden — aber angesichts dieser Verdächtigungen erklären wir offen:

„Nicht nur eine andere Religion, nein auch eine andere Moral scheidet uns von diesen Anhängern des Herrn Lic. Traub. Hier offenbart sich ein derartiger Mangel des Gerechtigkeitsempfindens, daß wir nur aufs tiefste die Kreise beklagen müssen, die derart geführt werden.“

Da wir bei der einseitigen kirchlichen Parteistellung der Dortmunder Presse keine Möglichkeit sehen, (!!) im Interesse der Wahrheit den wirklichen Sachverhalt vor der breiten Öffentlichkeit klarzulegen, so legen wir in dieser Form Protest ein gegen die in den letzten Wochen betriebene Irreführung der Gemeinden. Wir erklären unsere volle Übereinstimmung mit der gegen Herrn Lic. Traub ergangenen Entscheidung des Evangel. Oberkirchenrats und deren Begründung.

Unsere Gemeinden aber bitten wir herzlichst und dringend:

„Seid fest gegenüber einer unwürdigen Agitation! Laßt Euch nicht irremachen durch großes Geschrei einer unchristlichen Presse! Scheidet Euch vielmehr gründlich von ihr! Prüfet alles, was in dieser Zeit in Kirche und Gemeinde geschieht, mit unbestechlicher Gerechtigkeit! Und dann steht fest mit uns auf dem alten Grunde gegen alles, was uns das Evangelium von Jesu dem Welterlöser nehmen will! Je mehr der Glaube an den Heiland der Schrift aus unserer Mitte weicht, desto mehr schwinden die elementaren Pflichten der Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit in allen Ständen! Darum: treu zu dem Evangelium der Väter! treu zur alleinigen evangelischen Wahrheit!“

P. Richter-Bodelschwingh. P. Vohwinkel-Hörde. P. Dr. Morgenstern-Hombruch. P. Danz-Rüdinghausen. P. Frey-Lünen. P. Philipps-Lindenhorst. P. Jucho-Dortmund. P. Mendel-Preußen (Altenderne). P. Kuhlmann-Dorstfeld. P. Müller-Dorstfeld. P. Köhler-Huckarde. P. Patt-Brambauer. P. Jost-Lünen.

Eingabe des Presbyteriums zu St. Reinoldi in Dortmund an das Staatsministerium:

Eine kaum verständliche Inkonsistenz vom Standpunkt der Freiheitsfreunde und der Beweis einer bemerkenswerten Rechtsunkenntnis seitens eines Presbyteriums war die Eingabe des Presbyteriums zu St. Reinoldi an das Staatsministerium mit dem Antrag:

„Ein hohes Staatsministerium wolle die Akten des Disziplinarverfahrens gegen Pfarrer Lic. Traub zur Nachprüfung einfordern und, falls es die im vorstehenden erhobene Beschwerde für gerechtfertigt erachtet, kraft des allgemeinen staatlichen Aufsichtsrechts Remedur schaffen, damit die verwaiste Gemeinde ihren geliebten und geehrten Pfarrer wiedererhält, dem die weit überwiegende Mehrzahl ihrer Glieder nach wie vor in Treue und Vertrauen anhängt.“

Die „Kölnische Zeitung“ vom 24. September 1912 (Nr. 1063) bringt die Begründung auszugsweise in folgendem Wortlaut:

„. . . Die durch die Entscheidung des Evangelischen Oberkirchenrats geschaffene Notlage zwingt uns, bei dem Königlichen Staatsministerium Schutz und Hilfe zu suchen. Das verfassungsmäßige Verhältnis des Staates zur Kirche, die bestehende Staatshoheit über die Kirche gibt uns das Recht dazu. Zwar bildet nach dem Kirchengesetz vom 16. Juli 1886 in einem förmlichen Disziplinarverfahren gegen Kirchenbeamte der Evangelische Oberkirchenrat die letzte Instanz. Allein der Staat hat unzweifelhaft die Aufgabe, allüberall, wo er zur Rechtsvollstreckung seinen Arm leiht, über der Rechtsprechung zu wachen und zu verhüten, daß die von ihm sanktionierten Gesetze gegen ihren Geist angewandt werden, damit nicht das Fundament alles staatlichen Lebens leide, das allgemeine Vertrauen in die Rechtsicherheit. Vor diese Aufgabe sieht sich die staatliche Aufsichtsbehörde gegenüber kirchlicher Rechtsprechung namentlich dann gestellt, wenn sich nicht unbegründete Zweifel erheben an der Unbefangenheit der zur disziplinären Entscheidung berufenen Behörde. Das trifft aber, wenn irgendwo, in unserm Falle zu.

Den breitesten Raum, etwa die Hälfte der ganzen Urteilsbegründung des Evangelischen Oberkirchenrats, nimmt die Polemik des Angeschuldigten gegen das Lehrbeanstandungsgesetz und das Spruchverfahren ein, durch das die Absetzung Pfarrer Jathos herbeigeführt wurde. Gerade in dieser Sache aber waren die Mitglieder des Oberkirchenrats Partei, in erster Linie der Herr Präsident, Exzellenz Voigts, Wirkl. Geh. Oberkonsistorialrat D. Moeller und die beiden andern Mitglieder des Spruchkollegiums. Herr Geheimrat Prof. D. Dr. Kahl hat auf der letzten Generalsynode (11. Sitzung vom 9. November 1910 — Verhandlungen S. 84) unter dem Beifall der Versammlung erklärt:

„Im ganzen Recht der Kulturwelt gibt es nicht einen Fall, in welchem der Beteiligte ein Richter in eigener Sache wäre.“ Und hier saßen die Angegriffenen und Gekränkten über den Angreifer zu Gericht. Das kirchliche Disziplinargesetz gewährt allerdings bei der zweiten, anders wie bei der ersten Instanz kein Ablehnungsrecht. Nichts aber hätte die beteiligten Herren gehindert, sich von der Mitwirkung an dieser Entscheidung selbst zu entbinden, ohne daß dadurch das Kollegium beschlußfähig geworden wäre. Zum mindesten hätte sie jedenfalls der Umstand, daß sie in diesem Falle „Richter in eigener Sache“ waren, bestimmen sollen, diesen Teil der Anklage möglichst zurücktreten und es bei den Feststellungen der unbeteiligten Vorinstanz bewenden zu lassen. Statt dessen hat der Oberkirchenrat diese Vorgänge im Gegensatz zu dem Breslauer Konsistorium ungebührlich in den Vordergrund gerückt und ausdrücklich in ihnen das Schwergewicht der Anklage erblickt (Urteilsbegründung K. G.- u. V.-Bl. Nr. 3 1912, S. 57). Dadurch machten die Ausführungen des Evangelischen Oberkirchenrats mehr den Eindruck einer Streitschrift zur Rechtfertigung des Jathoprozesses als einer Urteilsbegründung. Und dabei entstand für den Angeeschuldigten noch der mit den prozessualen Vorschriften kaum vereinbare Nachteil, daß er über eine Reihe von Einzelheiten nicht befragt worden ist und sich nicht verteidigen konnte, die in der ersten Instanz entweder überhaupt nicht oder nicht so eingehend verhandelt worden sind.

Der schwerste Vorwurf, der erhoben wird, ist der der Unwahrhaftigkeit, und er wird hergeleitet wesentlich aus gewissen Einzelangaben Pfarrer Traubs in seiner Bemängelung des Spruchverfahrens betr. die Anonymität und Heimlichkeit einiger Eingaben und Beschwerden, die im Jathoprozesse eine Rolle spielten. Abgesehen davon aber, daß es sich hier nicht um Unwahrhaftigkeit, sondern höchstens Unrichtigkeit, also nicht um einen sittlichen Defekt, sondern um einen intellektuellen Irrtum handeln kann, steht gerade hier Behauptung gegen Behauptung. Pfarrer Jatho bestätigt Traubs Angaben in vollem Umfange und hat keinen Anstand genommen, einem Pressevertreter gegenüber zu erklären: „Die Behauptungen des Oberkirchenrats, Traub habe wissentlich die Unwahrheit gesagt, sind unwahr“ (Gen.-Anz. für Dortmund u. Westf. Nr. 245, 4. Bl.). Hier ist der Punkt, wo das staatliche Interesse die Nachprüfung und Klarstellung des Sachverhalts gebieterisch fordert. Es handelt sich um das Ansehen einer hohen königlichen Behörde, deren Zusammensetzung durch Se. Majestät den König auf Grund der Vorschläge eines Königlichen Staatsministeriums erfolgt.

Es ist reformatorischer Grundsatz, daß nicht die Werke den Mann machen, sondern der Mann die Werke. Es ist daher auf das höchste befremdlich, daß ein evangelischer Oberkirchenrat einer Würdigung der Gesamtpersönlichkeit des Angeschuldigten

beinahe gefissentlich aus dem Wege gegangen ist. Die hohe Anerkennung, die der Vertreter der Anklage selbst Traubs Persönlichkeit gezollt hat, existiert für den Oberkirchenrat nicht. Das Presbyterium und die Gemeindevertretung von St. Reinoldi bezeugten in ihren, dem Schlesischen Konsistorium und dem Oberkirchenrat zugestellten Kundgebungen, daß „sie zu ihrem Pfarrer aufblickten als zu einem Manne von ernstestem Streben, großer Herzensgüte und lauterstem Charakter“ und in ihm „das leuchtende Vorbild einer sittlichen Kraft“ sähen, „die aus lebendigem Gottesglauben quillt“. Neben einer von mehr als 10000 Unterschriften bedeckten Massenpetition zeugten ungezählte Einzelzusriften von der gewaltigen Wirkung von Traubs Persönlichkeit. Alle diese Zeugnisse aufrichtigster Verehrung hat der Oberkirchenrat — wiederum im Gegensatz zu der Vorinstanz — mit der Bemerkung beiseite schieben zu sollen geglaubt: „Es mag dahingestellt bleiben, ob diese Feststellung (über Traubs Tätigkeit und Stellung im Pfarramt und in seiner Gemeinde) auf objektiv unanfechtbarer Grundlage beruht.“ Sofern in diesen Worten der Begründungsschrift (S. 82) ein Zweifel ausgesprochen ist an der Objektivität der offiziellen Bekundungen unserer Gemeindevertretung und insbesondere der eidlichen Aussagen unserer Pfarrer, legen wir gegen eine solche, durch nichts gerechtfertigte und aufs höchste kränkende Unterstellung aufs lebhafteste Verwahrung ein. Es scheint fast, als ob der Oberkirchenrat alle die erwähnten Bekundungen als aufgewogen betrachtet hat durch den einen, jeder tatsächlichen Grundlage entbehrenden Bericht des Herrn Superintendenten Schlett in Brechten. Das Kgl. Konsistorium in Breslau dagegen hat dieses Zeugnis eigener Voreingenommenheit unbeachtet gelassen.

Dasselbe Konsistorium hat aus der mündlichen Verhandlung, also gerade unter dem Eindrucke der Persönlichkeit des Angeschuldigten, die Überzeugung gewonnen, daß dem ihm schuldgegebenen Verhalten keine unedlen Motive zugrunde gelegen haben. Der Oberkirchenrat tritt dieser Ansicht entgegen (S. 79 u. 81), hat es aber gleichwohl nicht für nötig erachtet, eine mündliche Verhandlung anzuberaumen. Dadurch hat er von vornherein den Angeschuldigten desjenigen prozessualen Mittels beraubt, wodurch er bei seinen Richtern eine bessere Meinung von sich hätte hervorrufen können. . . .

Was es uns zur Pflicht macht, die Augen der hohen Staatsregierung auf die Entscheidung zu lenken, ist der Umstand, daß sie auf das Interesse der in Mitleidenschaft gezogenen Gemeinde in keiner Weise Rücksicht nimmt. Den Gegenstand der Anklage bildete die außeramtliche Tätigkeit Pfarrer Traubs als Journalist und Versammlungsredner. In sinngemäßer Anwendung des § 13 des Kirchengesetzes vom 16. Juli 1886 hat die Vorinstanz bei der Strafabmessung seine verdienstliche amtliche Wirksamkeit und die

Liebe und Achtung in Anschlag gebracht, die er in seiner Gemeinde in ganz außergewöhnlichem Maße sich zu erwerben gewußt hat. Die Entscheidung des Oberkirchenrats dagegen legt zu ausschließlich Gewicht auf das Verhältnis des Pfarrers „zu dem Gesamtorganismus der verfaßten Landeskirche“. Ausdrücklich läßt sie dahinter die Tätigkeit und Stellung des Angeschuldigten im Pfarramt und in seiner Gemeinde zurücktreten ohne ausreichende Begründung.

Aus diesen Erwägungen rufen wir in der durch die Entscheidung der höchsten Kirchenbehörde geschaffenen Notlage den Schutz der obersten Staatsbehörde an. Es handelt sich um das im Wesen der Reformation wurzelnde Grundrecht der Einzelgemeinde, Pfarrer ihrer eigenen Wahl und ihres Vertrauens zu haben. Das schließt ideell das andere Recht in sich, daß ihr kein Pfarrer gegen ihren Willen genommen werden kann. Dieses natürliche Recht ist auch bereits einmal in gewissem Umfang gesetzlich anerkannt gewesen im Allg. Preuß. L.-R. Das heute maßgebende Kirchengesetz vom 16. Juli 1886 macht allerdings die Amtsentsetzung eines Geistlichen nicht von der Zustimmung seiner Gemeinde abhängig; allein, es liegt doch auf der Hand, daß sich eine Disziplinarbehörde nicht ohne die zwingendsten Gründe über das Wohl und Wehe der Gemeinde und ihren deutlich kundgegebenen Wunsch, ihren Pfarrer zu behalten, hinwegsetzen darf.“

Der in der Beilage zu Nr. 47 der „Christlichen Freiheit“ gegebene Wortlaut weicht nicht unbeträchtlich von dem vorstehend gegebenen ab. Er enthält in der Form noch viel schärfere Invektiven gegen den Oberkirchenrat und nimmt Bezug auf Prof. D. Cremers scharfe Äußerungen gegen den Oberkirchenrat aus dem Jahre 1874 („Ehrenkränkungen“), wegen deren der verantwortliche Redakteur eine Gefängnisstrafe habe auf sich nehmen müssen, während D. Cremer „trotz solcher ‚Bekämpfung und Verächtlichmachung der Landeskirche‘ noch 16 Jahre lang nach der Ansicht vieler doch zum Segen in seiner Gemeinde gewirkt und in seinem Pfarramt, nicht weniger auch durch seine konsistoriale Tätigkeit zugleich der Landeskirche gedient habe.“

Wir können nicht entscheiden, welcher Wortlaut dem Staatsministerium vorgelegen hat; wahrscheinlich der in Nr. 47 der „Christl. Freiheit“ reproduzierte, der in seiner scharfen Rücksichtslosigkeit die Züge der Feder Traubs zeigt.

Der Bescheid erging unter dem 5. Oktober, und zwar nicht, wie die Presse zunächst mitteilte, einfach ablehnend, sondern der Kultusminister teilte im Auftrag des Reichskanzlers mit, „daß nach unserer Gesetzgebung eine Beschwerde gegen die Disziplinarentscheidung der kirchlichen Behörden an das Staatsministerium ausgeschlossen ist. „Ich bin daher nicht in der Lage, dem gestellten Antrag weitere Folge zu geben, und muß von

einem Eingehen auf die sachlichen Ausführungen der Eingabe absehen.“ Mit Rücksicht hierauf möchte auch von der in dem gestrigen Telegramm ausgesprochenen Absicht der Entsendung einer Deputation Abstand zu nehmen sein.“

Eine weitere Bitte, eine Abordnung der Reinoldigemeinde zu empfangen, wird abgelehnt. „Eine Änderung der kirchlichen Disziplinaentscheidung seitens der Staatsregierung ist gesetzlich nicht möglich. Ich könnte dies auch bei einer mündlichen Unterredung nur wiederholen und wäre nicht in der Lage, auf die Sache selbst einzugehen.“

Die „Freunde der evangelischen Freiheit“ pflegen sonst im Prinzip jedes Eingreifen der staatlichen Gewalt in das kirchliche Wesen zu perhorreszieren; hier hatte die hoch erregte Leidenschaft sie nicht nur ihre eigenen Prinzipien, sondern auch alle Klugheit und Besonnenheit vergessen lassen. Die Art der Abweisung war besonders blamabel für sie. Die „Kölnische Zeitung“ leitete — mit derselben Rechtsunkenntnis in kirchlichen Dingen — das Vorhaben mit den Worten ein: „Es ist wohl das erstmal in der Geschichte der preußischen Landeskirche, daß nicht nur die engeren Gesinnungsgenossen eines abgesetzten Pfarrers, sondern die gesamte amtliche Vertretung seiner Gemeinde die staatliche Behörde anruft, daß sie die seltsamen Wege der Kirchenjustiz nachprüfe und, wenn möglich, kraft des staatlichen Aufsichtsrechts Remedur schaffe.“

Die spätere Abweisung wurde nicht mit ebenso pathetischen Worten begleitet. Aber darin müssen wir der „Köln. Zeitung“ recht geben: Es ist in der Tat das erstmal gewesen und wird auch wohl das letztmal gewesen sein, daß ein Presbyterium juristisch so schlecht beraten war und in blinder Leidenschaft einen solchen Fehlgriff tat.

Leider ließ sich das Presbyterium durch diesen Fehlschlag nicht abhalten, den Weg der Unbesonnenheit bis zum Ende durchzugehen. Bald nach der Ablehnung des Ministers (5. Okt.) wurde der Versuch gemacht, durch eine Immediateingabe an den Kaiser (21. Okt.) dennoch das Urteil zu rektifizieren.

„. . . . Gestützt auf unsere im vorstehenden erhobenen Beschwerden sprechen wir die ehrerbietigste und inständigste Bitte aus, Ew. Majestät wolle allergnädigst geruhen, die von Ew. Majestät oberster Kirchenbehörde über unsern bisherigen Pfarrer Lic. G. Traub verhängte Strafe auf das von dem Vertreter der Anklage erster Instanz beantragte Maß eines Verweises herabzusetzen und den unverdienten und entehrenden Vorwurf der Unwahrhaftigkeit von Lic. G. Traub wieder zu nehmen.“

Nach einigem Zögern wandte sich (23. Okt.) auch Traub an den König, um „etwaigen Verdächtigungen die Spitze abubrechen, daß er nur andere für sich handeln lasse“ (so in der Traubschen aktenmäßigen Darstellung. Beil. zu Nr. 47 der „Christl. Freiheit“).

In dieser Eingabe berief sich Traub auf die Meinungsäußerungen von Exzellenz *D. Harnack*, Prof. Dr. Delbrück, Präses *D. Hackenberg* und Prof. Dr. Sohm.

Auf die Immediateingabe des Presbyteriums erging am 12. November 1912 folgende ablehnende Antwort des Präsidenten des Ev. Oberkirchenrats *D. Voigts*:

„Auf die an des Kaisers und Königs Majestät gerichtete Immediateingabe vom 21. Oktober d. J. betreffend die in dem Disziplinarverfahren wider den Pfarrer Lic. theol. Traub unter dem 5. Juli d. J. ergangene Entscheidung sind wir von Sr. Majestät dem Kaiser und König bei Mitteilung der gedachten Eingabe ermächtigt worden, das Presbyterium dahin zu bescheiden, daß Allerhöchstdieselben Sich nicht veranlaßt gesehen haben, dem Antrage des Presbyteriums zu entsprechen.“

Ebenso wurde unter dem gleichen Datum Traubs persönliche Immediateingabe beschieden. Das Aussichtslose dieser Eingaben war natürlich jedermann — außer den Freunden der Christlichen Freiheit — so ziemlich klar. Die Form der Abweisung — nicht durch das Kabinett des Kaisers, sondern durch den vielgeschmähten Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats — war Traub und seinen Freunden eine besonders bittere Pille.

Wie groß trotz aller Unwahrscheinlichkeit eines Erfolges die Enttäuschung bei Traub persönlich gewesen sein muß, zeigt sein Erguß in Nr. 47 der „Christl. Freiheit“, der in der Tat alle Besonnenheit vermissen läßt. Er schreibt da:

„Was sage ich persönlich zu alle dem? Ich hätte erwartet, daß der Oberhofprediger (— !! —) von seinem Rechte als Pfarrer Gebrauch gemacht, dem Könige einen Dienst getan und zu ihm gesagt hätte: „Es ist unrecht, einen Mann mit so einwandfreier Amtsführung samt seiner Familie wie einen Lumpen vom Dienste wegzujagen. Das nämlich hat der Oberkirchenrat getan und nichts anderes. Gegen Säufer, Meineidige, Diebe verfügt er über keine höhere Strafe. Er hat mich also in diese Reihe eingereiht. Er selbst wird nicht erwarten, daß ich ihm das vergesse.“

„Viele sagen mir: „Nimm die Sache doch nicht so tragisch. Sie wollten eben auf alle Fälle Schluß machen und suchten nach einem juristischen Grund und freuten sich, wie sie sich da mit einem dialektischen Kniff einen sittlichen Makel zusammenkonstruiert hatten. Wenn sie nach dem Rezept verfahren wollten, müßten freilich unheimlich viele Kirchenbeamte des Dienstes entlassen werden. Wer nimmt aber heute die Kirchenbehörden noch ernst? Voigts wollte dich los sein. Das ist alles.“ Viele sprechen so zu mir. Ich bin aber der kirchlichen inneren Gewöhnung noch nicht so ledig, daß ich da mittun könnte. Um der Kirche willen nicht. Es handelt sich mir nicht um mein persönliches Geschick. Ei der Tausend, da bin ich guter Dinge. Ich wünschte dem Oberkirchenrat

nur ein ebenso gutes Gewissen, wie ich es in dieser ganzen Sache habe. Auch hoffe ich zu Gott, daß ich den Kampf fröhlich weiterführen kann, wo es not ist, und daß sich mir Geheimnis und Wesen religiöser Kraft nur tiefer offenbare, um allen Schein und Trug zu bekämpfen bis aufs Blut. Was ich aber so ernst empfinde, ist etwas ganz anderes. Der Satz eines berühmten Gelehrten ist hier wahr geworden: „Recht ist Macht; Macht schafft das Recht.“ Der Glaube an die sittliche Majestät des Rechtes verliert sich mir (!). Dazu hat der Oberkirchenrat das Seinige beigetragen. Und er nennt sich wörtlich die oberste Behörde einer „christlichen“ Kirche! Daß gerade eine Behörde, die sich nach Jesus nennt, noch dazu innerhalb des Protestantismus, diesen Satz bestätigt: „Recht ist Macht“ — das empfinde ich als Unerträglichkeit. Und ich weiß: Tausende mit mir. Nein, meine Herren, Jesus Christus hat mit dieser Sache nichts zu tun!“

Wir geben diesen Erguß im Wortlaut, weil seine Sätze außerordentlich charakteristisch sind für die Psychologie Traubs und damit auch für die Psychologie des Falles Traub. Daß Traub seine Verurteilung subjektiv als ein ihm angetanes Unrecht empfindet, ist menschlich natürlich. Niemand wird sich dessen wundern oder ihm das verdenken. Aber er überträgt seine subjektiven Empfindungen ohne weiteres in die Welt des objektiv Vorhandenen. In dem Rechtspruch sieht er ohne weiteres einen Machtspruch; nur die stärkere Gewalt hat hier geredet. Es kommt Traub gar nicht in den Sinn, daß hier auch ein starkes Rechtsbewußtsein das Wort gehabt haben könnte. Die Bezeichnung, mit der er den Inhalt der später zu erwähnenden Broschüre von D. Möller glaubt kennzeichnen zu können: „Der Oberkirchenrat hat lückenlos recht gehandelt, und Traub hat lückenlos schlecht gehandelt“ (Christl. Freiheit 1913, Nr. 1) ist in Wirklichkeit die Kennzeichnung seiner eigenen Psyche. Ganz unwillkürlich und naiv unterstellt er seine dermalige geistige Beschaffenheit dem Gegner.

Und weiter: In dem Satz: „Der Glaube an die sittliche Majestät des Rechts verliert sich mir“ — ist Zeugnis eines ins Pathologische gesteigerten Souveränitätsgefühls. Gesetzt den Fall: der Einzelne leide unrecht, so gibt ihm das normalerweise noch kein Recht, die „sittliche Majestät des Rechts an sich“ zu bezweifeln. Die sittliche Weltordnung geht selbst an einem etwaigen Fehlspruch noch nicht zugrunde. Das haben Unrechtleidende, die eine große Seele hatten, allezeit gewußt. Warum soll diese sittliche Weltordnung gerade an einem [hypothetischen] Fehlspruch gegen Traub zerscheitern? Hinter dem allen steht ein ungeheuer überstiegenes Selbstgefühl, für das wir allerdings bei dem völlig unkritischen blinden Köhlerglauben, den die Freunde Traubs seinen Aufstellungen entgegenbringen, und bei den unermüdlichen Lobeserhebungen, mit denen die „unentwegten Protestanten“ ihn überschütten, ein psychologisches Verständnis haben.

Schon vor dem „Fall Traub“ brachte eines der ältesten Mitglieder des Presbyteriums zu St. Reinoldi, der als ruhiger liberal gesinnter Mann bekannt ist, gelegentlich der Repräsentantenwahlen seinen Widerspruch gegen Traubs immer diktatorischer werdende Wirksamkeit in folgenden kritischen Sätzen im Dortmunder „Generalanzeiger“ zum Ausdruck:

„Was viele bedeutende Menschen, und nicht zum wenigsten die Geistlichen, an sich haben, wurde bald auch bei Herrn Traub erfunden; die Sucht, alle Geister zu beherrschen! Man muß nämlich nicht glauben, daß die Unduldsamkeit nur bei den Positiven zu finden ist, die Freisinnigen leisten darin auch oft Außerordentliches. Herr Traub steckte aber nicht nur in der Reinoldigemeinde seinen Hut auf die Stange, sondern er wurde in ganz Deutschland auf politischem, journalistischem, philosophischem, religionsgeschichtlichem und künstlerischem Gebiete zu einer tonangebenden Persönlichkeit, die den Dingen ihren Stempel aufdrückt, war viel auf Reisen und knüpfte in allen führenden Kreisen Beziehungen an. Fast wäre ich versucht, ihn mit einer in Deutschland weit höher stehenden Persönlichkeit zu vergleichen, die auch in vielen Töpfen kocht. Diese Tätigkeit Traubs war mir und vielen Freunden von Reinoldi nicht angenehm. Wir fürchteten, daß er durch diese vielseitige schöngeistige und politische Tätigkeit in den trüben Strudel des Tagesstreites gerissen und die harmlose Freude an der pastoralen Erbauung seiner Gemeinde, die nicht nur aus philosophischen Professoren, sondern auch aus armen und elenden Menschen besteht, verlieren würde. Niemand wandelt ungestraft unter Palmen, und nicht umsonst wies unser Herr Jesus Christus im Gleichnisse den Versucher von sich, der ihm die ganze Welt schenken wollte. Die Laufbahn Traubs ist so geworden, wie ich sie trüben Herzens gahnt habe. Sein Geist ist glänzender, aber seine Worte sind bitterer geworden. Tiefer und tiefer reißt ihn seine diktatorische und agitatorische Natur hinein in den Parteikampf. Das ist sein Lebenselement, mag es nun gegen die Agrarier oder gegen die Orthodoxie oder gegen beide gehen. Wir können ihn nicht aufhalten; er muß sein Leben vollenden, wie er es angetreten hat. Aber eins darf ich doch wohl sagen, bei aller Anerkennung seiner großen Vorzüge und Verdienste: ein solcher Mann ist kein Pfarrherr, wie er mir als Ideal vorschwebt. Und ich gehe noch weiter und sage: die große Zwietracht, die heute in der Reinoldigemeinde herrscht, rührt zum Teil auch aus seinen Charakteranlagen her, mögen seine Freunde der evangelischen Freiheit sich immerhin als die Verfolgten hinstellen. Und darum wandten sich die Mittelparteiler bei den jüngsten Wahlen von Traub ab. Gehässigkeit gegen ihn lag ihnen ganz fern, aber die freisinnige Diktatur in der Kirche war ihnen unerträglich geworden.“

Eine wunderliche Selbsteinschätzung spricht auch aus der taktlosen Bezugnahme Traubs auf den „Oberhofprediger“, der eigentlich

seinen seelsorgerlichen Einfluß auf den Kaiser hätte einsetzen müssen zum Zweck seiner Rehabilitation. Diese naive Forderung läßt in der Tat alles Augenmaß völlig vermissen.

Selbst D. Foerster in Frankfurt a. M. schreibt in „Recht und Wirtschaft“ (Februar 1913): „Traub widerstand nicht der alten Theologenschwäche, sachliche Gegensätze aufs persönliche Gebiet hinüberzuspielen.“

Kundgebung von Geistlichen im Fall Traub und Erlaß des Oberkirchenrats.

Das „Protestantenblatt“ und die „Christliche Freiheit“ (Nr. 40. 1912) veröffentlichten folgenden Wortlaut einer Eingabe liberaler Geistlichen an den Ev. Oberkirchenrat:

„Im Bewußtsein dessen, was uns mit dem evangelischen Pfarramte anvertraut ist, und in der Befürchtung, daß aus der Erledigung des Falles Traub schwerer Schaden für die Landeskirche und das evangelische Pfarramt erwachsen wird, müssen wir nach Pflicht und Gewissen dem Hohen Evangelischen Oberkirchenrat aussprechen: Wir sehen in dem vom Evangelischen Oberkirchenrat über den Pfarrer Lic. Traub ausgesprochenen Urteile trotz der umfangreichen Begründung ein uns unbegreifliches Mißverhältnis zwischen der ehrenrührigen Strafe und den dem Pfarrer Traub vorgeworfenen Verfehlungen. Wir bedauern, daß der Evangelische Oberkirchenrat dem Angeschuldigten nicht Gelegenheit gegeben hat, sich in mündlichem Verfahren zu rechtfertigen, um so mehr, als die oberste Kirchenbehörde Kläger und Richter in einer Person war. Wir erklären, daß wir unserm so schwer bestraften Kollegen auch fernerhin unsere uneingeschränkte Liebe und Wertschätzung entgegenbringen.

Der Evangelische Oberkirchenrat hat in seiner Urteilsbegründung den evangelischen Geistlichen wohl freie, sogar scharfe Kritik zugestanden, dieses Zugeständnis aber durch seine weiteren Ausführungen so eingeengt und bei der Beurteilung des Falles so einseitig die Beamteneigenschaft der Geistlichen betont, daß diese dadurch auf den Standpunkt des römisch-katholischen Priesters herabgedrückt werden. Nach unserer Überzeugung machen das Evangelium und der Geist der Reformation es den protestantischen Geistlichen zur Pflicht, offen und freimütig nicht nur angesichts allgemeiner Schäden zur Buße zu rufen, sondern gegebenenfalls auch an Zuständen und Einrichtungen der Landeskirche, und selbst an Erlassen und Maßnahmen ihrer Behörden Kritik zu üben, bei der auch die Sprache religiöser Leidenschaft ihr Recht behalten muß. Als verordnete Diener des göttlichen Wortes sind wir entschlossen, nach wie vor, ungebunden durch irgendwelche Rücksichten, im Geiste der Reformation unseres Amtes zu walten und, unserer

Verantwortung vor Gott eingedenk, dem Evangelium nach unserm Gewissen zu gehorchen.¹⁾

Schließlich erheben wir besonders Einspruch dagegen, daß der Evangelische Oberkirchenrat, in der von ihm selbst veröffentlichten Urteilsbegründung den objektiven Wert des eidlichen Zeugnisses von Amtsgenossen des Angeschuldigten über seine Amtsführung in Zweifel zieht.“

Die ersten Unterzeichner waren liberale Geistliche aus Groß-Berlin (etwa 60). Allmählich wuchs die Zahl der Pastoren, die der Eingabe sich anschlossen, auf etwa 200, darunter rund 150 aus der preußischen Landeskirche.

Ungewöhnlich, aber offensichtlich durch Agitationszwecke bestimmt, war es, daß die Eingabe zunächst in der Presse veröffentlicht und dann erst, nachdem sie wochenlang dem allgemeinen Urteil unterlegen und im Reich vermehrte Unterschriften gefunden hatte, dem Evangelischen Oberkirchenrat unterbreitet wurde.

Die positiven Geistlichen haben zu dieser Kundgebung geschwiegen, in der Erwägung, daß sie eine Eingabe an die Kirchenbehörde war, die von dieser zu bescheiden war. Dagegen haben die Berliner Positiven Parochialvereine — nach dem Vorgang des Positiven Parochialvereins der Bartholomäusgemeinde — eine Gegenklärung erlassen, die von 1290 Vertrauensmännern (fast ausschließlich Nichttheologen) aus den Parochialvereinen von 40 Gemeinden des Berliner Stadtsynodalkreises unterzeichnet wurde. Diese im Oktober 1912 herausgegebene Gegenerklärung läßt in ihrer Fassung deutlich die Erregung dieser gespannten Zeit erkennen; sie hat folgenden Wortlaut:

„Wir sprechen unsere tiefste Entrüstung aus über das Auftreten derjenigen landeskirchlichen Geistlichen, die es sich herausgenommen haben, dem Evangelischen Oberkirchenrat öffentlich zu bekunden, daß sie seine Entscheidung im Falle Traub verurteilen.

Es ist bis jetzt in Preußen unerhört gewesen, daß einer obersten Behörde von ihren Untergebenen in der Weise widersprochen wird, wie hier dem Evangelischen Oberkirchenrat von jenen Pastoren.

Wir sehen in einer derartigen Mißachtung der Autorität von seiten jener Männer, die unsere Jugend das vierte Gebot zu lehren berufen sind, eine schwere Gefahr für das Wohl des Vaterlandes und die sittliche Gesundheit unseres Volkes.

Wir bitten den Evangelischen Oberkirchenrat, den unerträglichen Zuständen, die durch die stetig wachsende Anmaßung der Christus leugnenden Geistlichen in der preußischen Landeskirche hervorgerufen werden, rücksichtslos ein Ende zu machen, und geben

¹⁾ Von uns gesperrt.

ihm die Versicherung, daß ihm, allem Geschrei der radikalen Presse und ihrer theologischen Helfershelfer zum Trotz, die überwältigende Mehrheit aller Evangelischen Preußens treu zur Seite stehen wird im Kampfe wider den kirchlichen Anarchismus.“

Am 12. Dezember 1912 fand auf Veranlassung des Ev. Oberkirchenrats eine Beratung des Generalsynodalrats in Berlin statt, in der auch und wohl in erster Linie über die „anlässlich der gegenwärtigen Wirren in der Landeskirche hervorgetretene Haltung der Geistlichen“ verhandelt wurde. Das Ergebnis dieser Beratung war folgender unter dem 18. Januar 1913 veröffentlichter Erlaß an die Konsistorien der preußischen Landeskirche (zuerst in der „Kreuzzeitung“ 1913, Nr. 51, im Wortlaut wiedergegeben):

„Auf unser Rundschreiben vom 24. September 1912 — E. O. II, 2678 — sind uns jetzt die Berichte sämtlicher Konsistorien zugegangen. Aus ihnen ergibt sich, daß die Beteiligung von Geistlichen unserer Landeskirche an der öffentlichen Agitation, die mit der Dienstentlassung des Lic. Traub in Dortmund eingesetzt hat, eine auf das Große und Ganze gesehen erhebliche nicht gewesen ist. Aus ganzen Provinzen wird berichtet, daß nichts der Art vorgekommen sei. Und wo eine Beteiligung daran stattgefunden hat, hat sie nur in ganz vereinzelt Fällen Formen angenommen, die den zuständigen Konsistorien eine disziplinarische Rüge zu erfordern scheinen. Wir lassen den Konsistorien, die über einzelne Vorkommnisse zu berichten hatten, gleichzeitig je einen besonderen Bescheid zugehen, so daß jene Einzelfälle hier außer Betracht bleiben können.

Was uns zu diesem allgemeinen Erlaß an sämtliche Konsistorien Veranlassung gibt, ist eine uns direkt zugegangene Erklärung von Geistlichen auch aus unserer Landeskirche — rund 150 Unterschriften rühren von solchen her —, weil wir uns nicht verhehlen können, daß ihr eine gewisse symptomatische Bedeutung zukommt, und daß sie daher eine Stellungnahme seitens des Kirchenregiments als notwendig erscheinen läßt. Auch der Generalsynodalrat, mit dem wir die Angelegenheit eingehend beraten haben, hat sich einmütig in diesem Sinne ausgesprochen. Wir setzen, indem wir auf diese Eingabe eingehen, voraus, daß die in der Presse überall abgedruckte und viel erörterte Erklärung ihrem Wortlaut nach den Konsistorien bekannt geworden ist.

Was der Erklärung ihren besonderen Charakter gibt, ist, daß die Geistlichen bei diesem Vorgehen sich auf ihr Amt und ihre Pflicht als verordnete Diener des göttlichen Wortes berufen.

Daß es wider die gute Sitte ist, sich dergestalt ein Oberzensoramt über die Entscheidungen ihrer vorgesetzten Behörde anzumaßen, sei nur nebenher erwähnt; man braucht es niemandem erst noch zu sagen. Auch bei dem Widerspruch, der den Vorgang

kennzeichnet, wollen wir an sich nicht verweilen, da er gleichfalls in die Augen springt. Worum es sich der Sache nach handelt, ist eine auf bekannte Weise in Szene gesetzte Massenerklärung, für die in den öffentlichen Blättern um Unterschriften geworben wird. Und ihr wird die Form gegeben, wie wenn es eine aus dem Antrieb des Geistes geborene, innerlich notwendige Handlung wäre. Aber das muß jeder selbst als schrillen Mißklang empfinden, und wer kein Gefühl dafür hat, dem ist es auch nicht beizubringen. Erwähnt haben wir es, weil eben dasselbe, worin der Widerspruch begründet ist, den Vorgang zum Symptom einer Verwirrung der Begriffe und Gemüter macht, auf welche die Konsistorien hinzuweisen wir für notwendig halten.

In manchen Kreisen unserer landeskirchlichen Geistlichkeit greift es immer weiter um sich, daß die großen Gedanken und unveräußerlichen idealen Gesichtspunkte der Reformation gegen die in unserer Landeskirche bestehende Ordnung ausgespielt werden. Es ist, als wenn man vergessen hätte oder vergessen wollte, daß in jeder empirischen Kirche ewiger Inhalt und zeitliche Formen miteinander verbunden sind und jedes Ding der Reihe entsprechend, in die es gehört, gewürdigt und gestaltet werden muß; geschieht das nicht, so leidet eins wie das andere Schaden, die unentbehrliche irdische Ordnung wird aufgehoben, die idealen Ziele und Richtpunkte aber, in unmögliche irdische Einrichtungen umgesetzt, werden ihrer das Ganze beherrschenden durchschlagenden Kraft beraubt.

Daß eine gläubige Gemeinde sich fort und fort um die Verkündigung von Jesus Christus sammle, in der so gewonnenen Wahrheit lebe und im Tun der Wahrheit zur Erscheinung komme, ist gewißlich der letzte Zweck, dem alles in der Kirche dienen soll; wir sind nur in demselben Maße rechte Diener der evangelischen Kirche, als wir uns im kirchlichen Handeln durch diesen obersten Richtpunkt bestimmen lassen. Wird aber daraus gefolgert, daß die einzelne Lokalgemeinde die höchste Instanz in der Kirche sein solle, so ist das nichts als eine grobe Verwechslung. Nicht wird damit eine Grundwahrheit der Reformation vertreten, sondern es wird ein independentistisches Kirchenideal aufgepflanzt, das unserer Geschichte und unserem deutschen Wesen fremd sich auch sonst nicht als zweckentsprechende Verfassungsreform großer Kirchenkörper hat durchsetzen können.

Wiederum ist es freilich Lebensbedingung aller fruchtbaren Tätigkeit im geistlichen Amt, daß die, die es führen, täglich innere Berechtigung und Zuversicht für ihre große Aufgabe und verantwortungsvolle Arbeit aus dem Bewußtsein schöpfen, verordnete Diener des göttlichen Wortes zu sein. Wer aber daraus folgert, er dürfe sich nach Belieben über die äußeren Ordnungen der Kirche hinwegsetzen, oder daß es gegen den Geist der evangelischen Kirche sei, wenn fortgesetzte grobe Ungebühr auf diesem Gebiet

schließlich scharfe Ahndung findet, oder daß das, wo es geschieht, eine Rückkehr zu katholischen Kirchenidealen bedeute, der begeht eine grobe Verwechslung derselben Art.

Eben in diesem Zusammenhang muß auch die hier in Rede stehende Erklärung der Geistlichen beurteilt werden. Ihr von Gott ihnen gegebenes Amt nehmen sie zum Vorwand dafür, in ein fremdes Amt zu greifen, dessen Pflichten und Nötigungen zu überblicken sie nicht in der Lage sind. Sie meinen, von Pflicht und Gewissen dazu berufen zu sein, sich zu Herren und Richtern über Pflicht und Gewissen anderer aufzuwerfen, von denen sie voraussetzen schuldig sind, daß sie im vollen Gefühl der auf ihnen liegenden Verantwortung ihres Amtes gewaltet haben. Die es so halten, müssen sich die Zurückweisung gefallen lassen, daß sie die hohen idealen Normen des evangelischen Glaubens, in deren Kraft sie zu handeln meinen, als Mittel im kirchenpolitischen Kampf des Tages mißbrauchen und dadurch entwerten.

Überall jedoch werden heute diese und ähnliche Irrtümer von mehr oder weniger berufenen, und nicht zuletzt auch von gänzlich unberufenen Geistern verkündigt. Und jeder weiß, auf wie unmeßbare Weise, was so überall und von allen gesagt und vorausgesetzt wird, Gedanken und Willen vieler beeinflusst. Das macht es zur gebieterischen Pflicht, auf Abwehr Bedacht zu nehmen. Wir stellen es daher dem pflichtmäßigen Ermessen der Konsistorien anheim, ob und wie weit sie je in ihrem Bezirk dazu Veranlassung finden. Dabei wird namentlich zu erwägen sein, ob es sich empfiehlt, in Ephorenkonferenzen auf diese Frage einzugehen und erforderlichenfalls wieder den Ephoren aufzugeben, in brüderlicher Besprechung Verständigung darüber mit den Geistlichen zu suchen. Davon jedoch soll abgesehen werden, die Geistlichen, welche die Erklärung unterschrieben haben, deswegen disziplinarisch zur Rechenschaft zu ziehen. Es ist eine wiederkehrende Erfahrung, daß in einer Zeit der Erregung auch einsichtige und gewissenhafte Männer das richtige Augenmaß verlieren und sich zu Unbesonnenheiten hinreißen lassen. Es kommt hinzu, daß bei Massenerklärungen die Verantwortung nicht von allen Einzelnen voll empfunden wird, und mancher beteiligt ist, der ohne dem Wortlaut ganz zuzustimmen, nur seiner Unzufriedenheit Ausdruck geben will. Es wäre daher nicht zutreffend, jedem Einzelnen das Gesagte im vollen Schwergewicht dessen, was es bedeutet, zur Last zu legen. Wir vertrauen vielmehr, daß Augenmaß und Besonnenheit sich wieder einstellen werden, wie wir denn nicht zweifeln, daß in dieser ganzen vielfach künstlich geschürten Erregung Selbstbesinnung und Nüchternheit schließlich die Oberhand behalten müssen.

Sollte freilich dies Vertrauen sich als trügerisch erweisen, werden wir uns der Notwendigkeit nicht versagen dürfen, unnachsichtlich einzuschreiten. Wir versehen uns zu den Konsistorien, daß sie uns dabei unterstützen werden. Insbesondere erinnern wir

sie daran, daß es sich in dieser Sache um ein landeskirchliches Interesse handelt, wir daher erwarten müssen, daß sie sich gegebenenfalls rechtzeitig mit uns in Verbindung setzen.

Es so zu halten, das heißt darüber zu wachen, daß nicht, was als Frucht momentaner Erregung entschuldbar ist, sich dauernd festsetze und zur Regel in der Kirche werde, sind wir in erster Linie den Geistlichen selber schuldig. Es darf nicht dahin kommen, daß das Recht freier Meinungsäußerung und kritischer Erörterung der landeskirchlichen Ordnungen, das ihnen niemand beschränkt, von ihnen als Freibrief für die Verletzung der guten Sitte gedeutet wird, und sie sich, statt sachliche Kritik zu üben, in Schmähungen ergehen. Sollten sie sich doch vielmehr gerade als Geistlicher den Forderungen guter Sitte gegenüber doppelt verpflichtet fühlen und dadurch beweisen, daß sie solchem Recht und solcher Freiheit innerlich gewachsen sind. Sonst machen sie sich des Vertrauens verlustig, ohne das all ihre Arbeit den Boden verliert, und wofür ihnen, wenn es einmal verloren ist, der Tagesbeifall der öffentlichen Meinung keinerlei Ersatz bieten kann.

Aber auch den Gemeinden sind wir es schuldig, Ausschreitungen vorzubeugen und Auswüchse abzuschneiden. Wer da verkennt, daß neben der evangelischen Freiheit, die als solche übrigens ihr Gesetz in sich trägt, auch das Bedürfnis der Anlehnung und Autorität wurzelhaft zur Frömmigkeit gehört, der nimmt sich heraus, außer acht zu lassen, was Geschichte und Erfahrung deutlich lehren. Auflehnung und Willkür der Geistlichen tragen daher Verwirrung in die Gemeinden, eine Verwirrung, die oft genug bis in die Tiefen des Gemüts hineinreicht. Auch dann und da, wo es sich wesentlich um die Verachtung äußerer Formen, die menschlichen Rechtes sind, handelt! Denn das hängt im Bewußtsein der Gemeinden vielfach mit inneren ewigen Werten zusammen. Und steht nicht beides in der Tat in Wechselwirkung miteinander? Ist es so unbegründet, wenn schlichte Christen am inneren Gehorsam dessen zweifeln, der nicht einmal in den äußeren Dingen die Grenzen der Sitte und Selbstzucht einzuhalten vermag?

Insbesondere ist auch das verwerflich, wenn die Kanzel dazu mißbraucht wird, kirchenpolitischer Verstimmung Ausdruck zu geben. Dadurch werden nicht nur die Gemüter verwirrt, sondern es wird allen denen ein schweres Ärgernis gegeben, die in die Kirche kommen, um Gottes Wort zu hören und ein heiliges Recht darauf haben, in dieser Erwartung nicht getäuscht zu werden.

Endlich sind wir dasselbe auch der Landeskirche als solcher schuldig. Es ist zwar wahr, daß ihr Wert schließlich allein auf den ewigen Schätzen beruht, die sie in sich birgt, und auf den göttlichen Kräften, die in ihr walten, und daß dies alles an keine bestimmte geschichtliche Form gebunden ist. Ebenso gewiß ist aber, daß wir in deutschen evangelischen Landen an die Form der Landeskirche gewiesen sind und alles tun müssen, um

sie zu erhalten. Nicht als dürfte dem immer notwendigen reformatorischen Handeln deshalb der Weg verbaut werden. Wenn aber bei solchem Handeln etwas herauskommen soll, so muß wegen des Zusammenhanges dieser äußeren Formen mit ewigen Werten und mit Rücksicht auf eine ersprießliche Fortentwicklung der Landeskirche auf der gegebenen geschichtlichen Grundlage nicht leidenschaftlicher Eifer, sondern besonnene, alles erwägende Weisheit die Leitung dabei haben. Und so lange eine Ordnung in der Kirche besteht, muß sie hier so gut wie auf andern Gebieten des öffentlichen Lebens auch befolgt werden. Es gebührt sich für alle, die des Segens dieser Ordnung theilhaftig sind, zumal für die, die das Amt in ihr führen, auch in diesen Dingen alle Gerechtigkeit zu erfüllen.

Wir haben vor etlichen Jahren bei ähnlichem Anlaß vor der Übertragung maßloser Formen des politischen Parteikampfes auf das Leben der Kirche gewarnt (Runderlaß an die Konsistorien vom 8. Februar 1907 — E. O. 155 I). Was damals gesagt wurde, besteht auch heute zu Recht und könnte der Erregung des Augenblicks gegenüber nur Wort für Wort wiederholt werden. Erinnern wir deshalb hier daran, so geschieht es namentlich auch, um auf die Wurzel aller dieser Wirren, die uns so oft beschäftigen müssen, zu verweisen. Sie liegen in der großen Umwälzung der Formen des öffentlichen Lebens, die für unsere geschichtliche Periode charakteristisch ist und die darin besteht, daß die Mitwirkung der Gesamtheit bei der Gestaltung des gemeinsamen Lebens in viel höherem Maße als früher zur Geltung kommt. Parlament und Presse sind der Ausdruck dafür. Wie aber von jeher die Formen des kirchlichen Lebens durch das, was im Staate galt, mitbestimmt worden sind, so hat diese Umwälzung ganz von selbst auch die Kirchen, namentlich die evangelischen Kirchen ergriffen. Und hier wie überhaupt und bei jeder ähnlichen Entwicklung vollzieht sie sich nicht ohne Übertreibungen und Ausschreitungen. Eben hieraus aber ergibt sich uns die Hoffnung, daß es sich in den Wirren des Tages, von höherer geschichtlicher Warte aus gesehen, nur um widrige Begleitumstände einer an sich fruchtbaren und förderlichen Entwicklung handelt, und daß sie im weiteren Fortgang wieder einem geordneten Zusammenwirken aller berufenen Kräfte werden weichen müssen. Gott der Herr, der über den Geschicken der Völker waltet, in deren Mitte er seine Kirche gestellt hat, wird es versehen.“

Dieser Erlaß atmet den Geist ruhiger Festigkeit. Bei aller Milde — von jedem disziplinaren Einschreiten gegen die 150 wird abgesehen — wird doch der Standpunkt der Protestierenden sachlich scharf abgelehnt.

Die „Kreuzzeitung“ schreibt dazu: „Der Erlaß ist unter große Gesichtspunkte gestellt und verweist mit Recht darauf, daß wir in

einer Übergangsperiode stehen. . . . Der Oberkirchenrat gibt sich der Hoffnung hin, daß in ruhigeren Zeiten auch die radikalen Pastoren sich besonnener zeigen werden. Ob diese Hoffnung begründet ist, ist eine andere Frage. . . .“ In Frage gestellt wird von der „Kreuzzeitung“ nur der Satz: „Ebenso gewiß ist, daß wir in deutschen evangelischen Landen an die Form der Landeskirche gewiesen sind und alles tun müssen, um sie zu erhalten.“ „Wir hoffen, daß das nicht im Sinn der Hamburger Kirchenleitung geredet ist. . . . Wir legen also den Satz so aus, daß man alles tun soll, was man mit gutem Gewissen gegenüber der göttlichen Wahrheit tun kann.“

Vermutlich liegt die Erklärung für den mißverständlichen Satz darin, daß in dem ganzen Erlaß, wie auch bei dem Fall Traub, nur die disziplinarischen Gesichtspunkte vorgeschwebt haben. Das ist formell korrekt. Aber in Wirklichkeit ist unsere Lage nur zu begreifen durch den Gegensatz der religiösen Überzeugungen. Auch die radikalen Pastoren sind zum größten Teil nicht Liebhaber des Skandals, sondern Träger einer bestimmten religiösen Überzeugung. Hier ist die treibende Kraft ihres Verhaltens. Daß dieser Tatbestand in dem Erlaß nicht gewürdigt ist, bedeutet einen sachlichen Mangel. Wäre dieser religiöse Kampf mit in Anschlag gebracht worden, hätte allerdings die Zuversichtlichkeit der Hoffnung auf Beruhigung der aufgeregten Geister gelitten. Unsere Lage ist viel ernster, als die Kirchenbehörde das Wort haben will. Die großen Geisteskämpfe führen zu Scheidungen, darauf müssen wir uns gefaßt machen.“

Lic. Traub unterzieht in seinem Jahresbericht — erstattet auf der Jahresversammlung des „Verbandes der Freunde christlicher Freiheit“ in Köln am 6. Februar 1913 (abgedruckt in Nr. 7. 1913 der „Christlichen Freiheit“) — den Erlaß des Oberkirchenrats einer Kritik, die selbstverständlich aller objektiven Maßstäbe völlig entbehrt:

„Erstens wird ausdrücklich eine disziplinarische Rüge an diejenigen Geistlichen in Aussicht gestellt, die den Mut der ehrlichen Überzeugung fanden und öffentlich über dies Disziplinarurteil ihre Meinung sagten. Zweitens: Was öffentlich nicht erreicht wird, soll auf privatem Weg desto sicherer zustande gebracht werden. Man will durch Ephorenkonferenzen in brüderlicher Ermahnung an die einzelnen herantreten und die Verirrten durch besondere Ermahnung von seiten der Konsistorien wieder zurechtweisen. Endlich wird drittens ein „unnachsichtiges Vorgehen“ in Aussicht gestellt, falls die Geistlichen sich nicht fügen. . . Hier wäre einmal eine Gelegenheit für die Orthodoxie, zu zeigen, daß sie kirchenpolitisches Verständnis besitzt. Sie läßt heute die Macht des Oberkirchenrats ins Ungemessene steigen,

weil ihr sein Vorgehen gegen die Radikalen paßt. Das ist kurzsichtige Politik. Denn dieser allmächtige Oberkirchenrat könnte sich einmal auch gegen sie wenden. Die Orthodoxie stärkt heute aus blindem Haß gegen die Liberalen die Unfehlbarkeitstendenz des Oberkirchenrats, unter der sie einmal ebensogut leiden kann.“

[NB. Die Möglichkeit, daß der Orthodoxie für ihre Stellungnahme auch noch andere Gründe maßgebend sein könnten, wird überhaupt weder erwähnt noch auch in Betracht gezogen. Es ist überhaupt Lic. Traubs Praxis, seine lediglich hypothetischen Annahmen sofort als objektive Tatbestände hinzustellen.]

„. . . Freilich — so lesen wir bei Traub einige Sätze weiter — beklagt sich der Erlaß über das „Obersensorenamt“, das sich die 150 Geistlichen über die Entscheidung ihrer vorgesetzten Behörden anmaßen. Gegen diese Auffassung kann nicht scharf genug vorgegangen werden. Der preußische Oberkirchenrat verkörpert kein größeres Maß von sittlicher Verantwortung und Intelligenz, als die preußische Pfarrerschaft.¹⁾ Der Oberkirchenrat redet von „guter Sitte“; er hat aber selbst bei diesem Disziplinarverfahren nach sittlich hohen Maßstäben so wenig gehandelt, daß er die einfachste Rücksicht der Billigkeit außer acht ließ. Darum steht ihm sein Schelten schlecht an.“

Endlich redet Lic. Traub von der Stellungnahme der „evangelischen Gemeinden“. „Sie haben nicht vergessen, wie sie, besonders in der Broschüre von Herrn D. Möller, eingeschätzt worden sind; er hat sie dort verglichen mit dem „Acheron der Unterwelt“, den speziell ich hätte in Bewegung setzen wollen, nachdem ich die Oberen nicht hätte beugen können. . . . Die protestantischen Laien sind es heutzutage satt, als unmündige Kinder von der Kirchenregierung behandelt zu werden; sie wissen selbst, was der Protestantismus von ihnen verlangt und wozu er sie berechtigt. Wenn nämlich der Protestantismus überhaupt noch einen Sinn hat im Unterschied vom Katholizismus, so ist darin jeder selbst für sein Heil verantwortlich, und keine Behörde. . . . Sie verbitten sich rundweg den schulmeisterlichen Ton, in welchem man zu ihnen und über sie zu reden beliebt.“

An Grobkörnigkeit wäre diese Kritik wohl kaum zu überbieten. Wenn es Lic. Traub darauf abgesehen hätte, den stringenten Beweis zu führen, daß er disqualifiziert ist, das Lehramt in der Kirche zu führen, daß zwischen seiner Anschauung und der Notwendigkeit, das 4. Gebot auslegend lehren zu müssen, eine ungleichbare Diskrepanz besteht, so hätte er es nicht geschickter

¹⁾ Im Original gesperrt.

anfangen können. Aber es wird ihm schwerlich darauf angekommen sein. Der Zorn macht blind.

Noch zwei kritische Bemerkungen seien uns zu Lic. Traubs Kritik verstattet.

1. Wenn D. Möller eine Anspielung auf das bekannte Wort machte: „Acheronta movebo“ — so meinte er damit selbstverständlich nicht die „evangelischen Gemeinden“. Nur eine blinde Voreingenommenheit kann das unterstellen. Lic. Traub wird sich vielleicht noch entsinnen, wie er in radikal verhetzten Volksversammlungen, deren Teilnehmer zum Teil nur sehr lose oder gar keine Beziehungen zur „evangelischen Gemeinde“ hatten, seine Sache diskutiert hat. Es wird uns durchaus nicht wundern, wenn wir demnächst auf die Behauptung Traubs stoßen sollten, D. Möller habe „bekanntlich“ die evangelische Gemeinde mit dem Acheron verglichen.

2. Ein interessantes quid pro quo bietet im Zusammenhang der auf das allgemeine Priestertum der Gläubigen bezugnehmende Satz, im Protestantismus sei bekanntlich jeder für sein „Heil“ verantwortlich. Natürlich — für sein Seelenheil. Was die Heranziehung dieser unbestrittenen Tatsache hier soll, ist dunkel. Lic. Traub wird ja selbst nicht behaupten, daß das Seelenheil abhängt von der Zustimmung zu seiner Sache. Oder darf der protestantische Christ nicht belehrt werden? Ist Lic. Traub dieser Meinung, so hätte er nie ins Pfarramt gehen sollen.

Etwas diplomatischer als Traub ist die Zentralstelle des Protestes jener Hundertundfünfzig vorgegangen. Der Verband der Berliner liberalen Pastorenkonferenz, von dem seinerzeit die Erklärung ausgegangen war, hat jedem der Unterzeichner einen Brief gesandt folgenden Wortlauts (Chronik der Christl. Welt 1913. Nr. 12):

„Sehr geehrter Herr Kollege! Den Erlaß des Ev. Oberkirchenrats an die Konsistorien betreffend unsere Traub-Erklärung werden Sie gelesen haben. Dabei ist Ihnen wohl die Frage aufgestiegen, ob etwas und was etwa in dieser Angelegenheit noch zu tun sei, vielleicht auch erwarten Sie darüber eine Äußerung von der Stelle, von der die Sache ausgegangen ist. Unsere Ansicht ist nun, daß eine erneute Erklärung, die etwa an die Öffentlichkeit gerichtet würde, vollständig nutzlos wäre. Gegenüber der vom Ev. Oberkirchenrat kundgegebenen Auffassung erscheint uns jeder Versuch einer Verständigung nicht nur aussichtslos, sondern einfach ausgeschlossen. Alles Vertrauen muß schwinden, wenn die oberste Kirchenbehörde in einem Erlaß an die uns unmittelbar vorgesetzten Konsistorien so ausdrücklich unsere Ehrlichkeit in Zweifel zieht, wo wir erklärten, aus Gewissenspflicht zu handeln. Sei es denn so! Unsern Freimut lassen wir uns auch durch die Drohung nicht rauben, und unseres Gewissens sind wir selbst gewiß. Ebenso

bleibt uns die Freudigkeit zur Arbeit in dem uns anvertrauten Amte, und dies ist der Weg, auf dem endlich doch die protestantische Freiheit aus evangelischem Glauben für die Gemeinde und das Amt errungen werden wird. Das ist eine stille, aber die wirksamste Antwort auf die Mißachtung, die uns von der Behörde zuteil wird. Nicht ihr haben wir zu dienen, sondern dem Gottesreich in der Gemeinde.“

5. Einige Nachwehen und Epiloge: Eine Äußerung des Kaisers in der Schweiz zu Prof. *D. Meyer-Zürich* und die *Voss. Ztg.* Pastor *Dörries-Hannover* und seine zurückgezogene Behauptung betr. eines Reverses des Präsidenten *D. Voigts*. Der Prozeß Baumgarten-Brandin. Literatur zum Fall Traub.

Im Oktober 1912 ging durch die politisch-freisinnige Presse eine Notiz, der Kaiser habe bei Gelegenheit seiner Anwesenheit in der Schweiz in einem Privatgespräch mit Prof. *D. Meyer* in Zürich (früher Professor in Bonn) den Oberkirchenrat vollständig desavouiert und sich in sichtlicher Erregtheit über das wider Traub ergangene Urteil geäußert.

Die *Voss. Ztg.* brachte in einem Artikel vom 25. Sept. die Nachricht in folgender Form:

„Der deutsche Kaiser hat jüngst in Zürich im Gespräch mit dem von ihm dekorierten liberalen Theologen Prof. *D. Arnold Meyer* eine erregte Bemerkung über das Urteil „seines Oberkirchenrats“ gegen Traub gemacht, aus der hervorging, daß sich ein Gewitter über den Häuptern der hochwürdigen Herren in der Hardenbergstraße zusammenziehe. Harnacks Schutzrede für Traub ist der erste Blitzstrahl aus der Wetterwolke.“ Am Schluß des Artikels heißt es: „Die Streitschrift (sc. Harnacks) gegen den Oberkirchenrat nennt mit Bedacht den für das Urteil verantwortlichen juristischen Präsidenten von Oberkirchenrat und Spruchkollegium, *Voigts*, nicht; dennoch besteht kein Zweifel, daß unter dem Unwillen des Kaisers als des summus episcopus Preußens und unter den Anklagen von Harnack und Baumgarten die Stellung des Herrn *Voigts* an der Spitze der Preußischen Landeskirche erschüttert ist. Dem Fall Traub dürfte in Bälde der Fall *Voigts* folgen.“

Die radikale Presse bis zum letzten General-Anzeiger nahm das mit erwartungsvoller Freude auf — völlig kritiklos. Auch hier trat die prinzipielle Inkonsistenz des Radikalismus deutlich in die Erscheinung. Während er sonst für monarchische Meinungs- und Willensäußerungen nur wegwerfende Kritik hat, genügte ihm hier ein angebliches Kaiserliches Stirnrunzeln, den größten Beifall zu entfesseln und die weitgehendsten Hoffnungen daran zu knüpfen. Selbstverständlich war die durch irgendwelche Indiskretion in die Presse übergegangene Äußerung des Kaisers völlig entstellt und

tendenziös aufgeputzt. Auf Anfrage hat später Prof. D. Meyer selbst den Tatbestand richtig gestellt. Die ungeduldige Erwartung der Voss. Ztg., daß nun bald der „Fall Voigts“ dem Fall Traub folgen möge, wartet nun schon ein halbes Jahr erfolglos auf Erfüllung. In Wirklichkeit hat der Kaiser, nach einer Erkundigung bezüglich des theologischen Standpunktes des ihm vorgestellten Prof. D. Meyer, gesagt: „Orthodox“ sei eine bedenkliche Selbstbezeichnung — worauf er in lebhaftem Gespräch das weiter begründete und seine religiöse Stellung auseinandersetzte. Er lebe religiös nicht sowohl in Dogmen und Bekenntnisschriften, sondern in der Bibel und vergegenwärtige sich in ernststen Lebenslagen, was Christus dazu sage. Aber die Kirche brauche feste Formen, sonst gerate alles in Verwirrung. Darin lägen die Entgleisungen Traubs, deren Konsequenzen ja unangenehm seien. Die Pfarrer sollten keine Dogmen predigen, sondern die Gemeinde in die Schätze der Bibel einführen.

Ein Nachspiel hatte diese Episode im Sächsischen Landtag, wo der liberale Abgeordnete Nitzschke unter Berufung auf die Nachrichten der Presse die Behauptung aufstellte, der Kaiser habe sich doch in „durchaus freiheitlichem Sinn“ zur Sache geäußert. Der Kultusminister legte ihn mit der Bitte fest, doch den Text der Äußerung feststellen zu wollen. In der Sitzung vom 3. Sept. verlas der Abgeordnete N. einen Brief von Prof. Meyer, der ungefähr besagte, der Kaiser habe in der Tat gewünscht, daß nicht sowohl Dogmen gepredigt würden, sondern in allem gefragt werde, was Christus dazu sage. Andererseits könne aber die Kirche der festen Formen nicht entbehren. Daß die vom Kaiser aufgestellte Forderung auch auf positiver Seite stark betont wird (z. B. Prof. Ihmels), entzog sich natürlich der Kenntnis des theologisch nicht geschulten Abgeordneten. Seine Schlußfolgerung: „es besteht also jene freiheitliche Äußerung des Kaisers zu Recht“, erregte einige Verwunderung.

Erklärend und entschuldigend möchten wir hinzusetzen, daß nach unsern Beobachtungen die Gebildeten unserer Tage mit dem Wort „Dogma“ einen ganz andern Sinn verbinden, als er dem theologischen Sprachgebrauch entspricht. Sie verstehen darunter nicht sowohl die concise lehrhafte Form irgend eines Komplexes der christlichen Vorstellungswelt, sondern vielmehr das speziell Supranaturale der religiösen Vorstellung. Aber diese ganze Bezugnahme war schon von vornherein deshalb deplaziert, weil in der Erledigung des Falles Traub irgend welche Beanstandungen der Lehre oder der dogmatischen Vorstellung überhaupt keine Stelle hatten.

*

*

*

●

Eine sehr häßliche Invektive gegen *D. Voigts*, den Präsidenten des Evangel. Oberkirchenrats, gestattete sich Pfarrer *Dörries* in Hannover in einem am 11. Okt. dort gehaltenen Vortrag: „Das System Voigts, die Berufsstellung der Pfarrer und der Fall Traub.“ Wir sehen hier von der *D. Voigts* nachgesagten „bitteren Scherzrede“ ab (S. 11 des Vortrags), weil dies alles tief unter dem üblichen Niveau einer sachlichen, wenn auch scharfen Polemik liegt, sondern auch nach gesellschaftlicher Gepflogenheit als unfair anzusprechen ist. Mit großer Sicherheit stellte *P. Dörries* die sachliche Behauptung auf, *D. Voigts* habe bald nach der Übernahme des Präsidiums des Hannoverschen Landeskonsistoriums den Plan gehabt, sämtlichen Pastoren der Landeskirche einen Revers zur ausdrücklichen Unterschrift vorzulegen, worin sie erklären sollten, daß sie an die übernatürliche Geburt Jesu glaubten. Nur durch die kirchliche Weisheit des Abtes Uhlhorn sei er an der tatsächlichen Ausführung gehindert worden. Das war in der Tat eine aufsehererregende Mitteilung, scheinbar präzise formuliert und mit Festigkeit behauptet. Etwas schwankend wurde *P. Dörries* schon, als ihm *P. Schwerdtmann* in einer am 25. Okt. in Hannover abgehaltenen Vertrauenskundgebung für den Oberkirchenrat erklärte, nach bestimmter Mitteilung von *D. Voigts* sei *Dörries* Aussage durchaus unrichtig. *Dörries* meinte, es möge ja wohl nicht der „Plan“, aber doch wohl der „Gedanke“ an ein derartiges Vorgehen bei *D. Voigts* bestanden haben. Als der Vorsitzende der Versammlung, Senator Grote, den Redner darauf aufmerksam machte, daß er damit den Vorwurf der Unwahrhaftigkeit erhebe gegen *D. Voigts*, erklärte *Dörries* kurz: „gut, so sehe ich davon ab“. Sein Vortrag war unterdes in Druck gegangen mit den inkriminierten Äußerungen, so war er vor die Alternative des Nachweises oder des Widerrufs gestellt. In einer Erklärung im Hannoverschen Courier (Nr. 30 195) hielt *Dörries* gegenüber der Anzweiflung von *P. Dr. Schwerdtmann* seine Aussage aufrecht, da die Richtigkeit ihm „von neuem sicher und bestimmt bestätigt worden sei“. Aber freilich wurde auch hier zwischen „Plan“ und „Idee“ sehr kasuistisch unterschieden. Es seien noch Herren da, die das zu bezeugen imstande seien. *P. Schwerdtmann* konnte darauf hinweisen, daß den noch lebenden zwei damaligen Mitgliedern des Landeskonsistoriums nicht das geringste von der Unterstellung des *P. Dörries* bekannt sei.

Die Kreuzzeitung schrieb: „Zum Überfluß haben wir uns noch einmal bei Exz. Voigts selbst erkundigt, der aufs bestimmteste versichert, daß ihm weder von einem „Plan“ noch von einer „Idee“ eines solchen Reverses das mindeste bewußt sei. Wir können uns nicht versagen, darauf hinzuweisen, daß die neueste Erklärung von *P. Dörries* den Eindruck recht bedauerlicher Wortklauberei macht. Das sollte unter ernsten Männern doch besser vermieden werden.“

Die „Christliche Freiheit“ vom 10. Nov. Nr. 45 schrieb: „In Hannover fand die 3. Protestversammlung statt. Pfarrer Dörries hält seine Ausführungen gegen das System Voigts vollständig aufrecht, obgleich durch einen positiven Kollegen wie auch durch die Kreuzzeitung eine Mitteilung Voigts verbreitet wurde, wonach ihm nichts von einem solchen Plan eines Reverses bekannt sei.“

Aber dann kam eine sehr demütigende Revokation, als es darauf ankam, den wirklichen Tatbestand nachzuweisen. In der „Christlichen Welt“ Nr. 4. 1913 schrieb P. Dörries: „Die in meinem Vortrag enthaltene Mitteilung, Voigts habe als Präsident des Hannoverschen Landeskonsistoriums den Plan gehabt, von den Geistlichen unserer Landeskirche einen Revers über ihren Glauben an die übernatürliche Geburt Jesu unterzeichnen zu lassen, hat so viel Erregung hervorgerufen, vor allem nachdem Präsident Voigts sie wiederholt als unbegründet bezeichnete, daß ich wohl noch einmal mich darüber äußern muß. Ganz offen und ohne Rückhalt will ich sagen, daß ich jetzt mit Prof. Rade (in seiner Besprechung meines Vortrags) es bedaure, diese Mitteilung überhaupt gebracht zu haben.¹⁾

Warum? Inzwischen habe ich in Erfahrung gebracht, daß neben meinem Gewährsmann noch ein anderer Genaueres von der Sache wisse. Ich habe es deshalb für geboten gehalten, mich auch an diesen Herrn um Auskunft zu wenden. Er bestreitet bestimmt, daß von einem „Revers“ die Rede gewesen sei. Dagegen habe ihm Abt Uhlhorn einmal gesagt: in den theologischen Fragen des Kirchenregiments seien die Juristen leicht schärfer als die Theologen, z. B. habe Voigts davon gesprochen, daß man die Leugner der übernatürlichen Empfängnis Jesu in der Kirche nicht dulden dürfe.“²⁾

„Das ist also wohl der Kern der Sache. Es werden nicht wenige sein, die auch diese Äußerung als charakteristisch genug empfinden, sowohl für die harte bureaukratische Art des Präsidenten Voigts wie für seine Verständnislosigkeit für innere kirchliche Dinge, zumal die Äußerung während oder bald nach der Amts-entsetzung des Pastors Weingart getan ist, also jedenfalls in bitterem Ernst gemeint war. Aber ich sehe ein, daß mit dem Wegfall der Absicht des Reverses doch ein Wesentliches an der Sache dahinfällt. Ich bedaure also, daß ich mich geirrt habe, und ich halte mich verpflichtet, das hier offen zu sagen.“¹⁾

„Aber ein zweifaches darf ich nun doch hinzufügen. Zuerst: ich habe in der festen Überzeugung gehandelt, daß die Sache sich genau so verhalte, wie ich sie dargestellt habe. Jedes Wort meines Vortrages ist sorgfältig abgewogen, am sorgfältigsten, was ich über

¹⁾ Von uns gesperrt.

²⁾ Im Original gesperrt.

Voigts persönlich gesagt habe (? D. R.). War das so wenig zu merken, daß man mir hat nachsagen können, ich hätte leichtfertig „Klatsch zum besten gegeben“?¹⁾

Sehr reiflich habe ich mir überlegt, ob ich die Reversgeschichte nicht lieber als eine in den Kreisen der kirchlichen Rechten erzählte Anekdote bringen sollte [das würde Dörries, wie es scheint, auch jetzt noch für fair halten]. Sie hätte ja auch dann ihren Zweck erfüllt und wäre in dieser Form unantastbar gewesen. (!) Aber mein Gewährsmann gehörte dem engsten Kreise des Abtes Uhlhorn an. Und ich war auf Grund seiner Angabe von der Tatsächlichkeit der Geschichte so sehr überzeugt, daß mir eine Mitteilung in der Form einer bloßen Erzählung als ein nicht ganz ehrliches Versteckspiel erschien. Ich glaubte, sie entweder ganz fortlassen oder sie als das hinstellen zu müssen, wofür ich sie hielt, als wirkliche Tatsache. Ihrer markanten Art wegen habe ich dann schließlich gemeint, sie nicht fortlassen zu sollen.“ (!)

„Zum andern: die Geschichte hat mir meinen ganzen Vortrag verdorben. Auch deshalb bedaure ich, sie gebracht zu haben. Das ganze Interesse hat sich auf diese eine Geschichte konzentriert, als ob ich sonst weiter nichts gesagt hätte. Ich bitte deshalb, sie ganz zu streichen, und von den zwanzig Reihen, die sie in Anspruch nimmt, nicht ein Wort stehen zu lassen, sich dann aber auch zu überzeugen, daß damit an dem Bilde, das ich gezeichnet habe, nichts geändert wird. Auch heute noch muß ich es aufrecht erhalten . . .“

D. Förster erklärt zu P. Dörries' Vorgehen (im Februarheft von Recht und Wirtschaft), man begreife nicht, „daß Leute, die in der historisch-kritischen Methode bewandert sind, ein derartiges Material benutzen können“.

Wir geben diese kleine und ärgerliche Affäre dennoch ausführlich, weil sie wiederum charakteristisch ist für die Psychologie des Falles Traub. Wie bezeichnend ist doch Dörries' Zugeständnis, das er nicht einmal als solches empfindet, sondern gar noch als Anklage formuliert: „das ganze Interesse hat sich auf diese eine Geschichte konzentriert“ — wie bezeichnend auch für die Geistesverfassung der Zuhörer jener „gewaltigen Protestversammlung“. Das, was sich nachher als „Klatsch“ ausweist, absorbiert alles

¹⁾ P. Dörries sollte es in seiner beklagenswerten Situation unterlassen, seinen Gegnern zu unterstellen, sie hätten an seiner bona fides gezweifelt. Nein — sie haben an seiner Urteilsfähigkeit gezweifelt. Und wie das Ergebnis zeigt — mit Recht. Natürlich hat er, weil die Erregung seinen Intellekt minderte und seine Fähigkeit der Kritik nach einer gewissen Linie hin völlig lahm legte, „Klatsch zum besten gegeben“. In einer Revokation sollte man das eigentlich logischerweise nicht auch noch leugnen. Daß ihm das, was er sagte, selbst nicht als Klatsch erschien, ist ja gewiß, aber hier völlig irrelevant. Es zeigt sich auch hier die von dem Juristen Henle so sehr beklagte Unfähigkeit der Subjektivisten, die Tatbestände auseinanderzuhalten und juristisch-logisch zu denken.

Interesse! Auf welcher Seite liegt hier eigentlich die Einsicht in das Wesen der Dinge? auf welcher die Noblesse der Geduld? auf welcher die Vornehmheit?

Wir werfen diese Fragen nur auf, weil Lic. Traub die durch die Feststellung der Tatsachen erzwungene Revokation Dörries so charakterisiert: „er habe in ritterlicher Noblesse seine Behauptungen zurückgezogen“. (Christl. Freiheit 1913. Nr. 7.) Nein — er ist, weil er seine Anklage nicht beweisen konnte, durch die Wucht der Tatsachen gezwungen worden zum Widerruf und beweist auch in diesem Widerruf noch, daß er der Situation wenig gewachsen ist.

*

*

*

Aber auch auf positiver Seite gab es eine Revokation und einen „Hereinfall“. Sup. Brandin, der Schriftleiter des „Evangel.-Kirchl. Anzeigers“ von Berlin, kam in den Nr. 39. 40 u. 41. 1912 auf die von Prof. D. Baumgarten aufgestellten angeblichen „5 Unwahrheiten“ des Oberkirchenrats zurück, die selbst ein Freund Baumgartens, Prof. D. Scholz-Berlin, ein Führer der Mittelpartei, sehr absprechend charakterisiert und ein „unzulässiges Sprengmaterial“ genannt habe. In diesen Artikeln wird die Person Prof. D. Baumgartens sehr scharf angegriffen. Unter anderm wird gesagt, daß Prof. D. Baumgarten jetzt eine überaus klägliche Rolle zu spielen anfangen, nachdem er bei den Jatho-Verhandlungen im Gegensatze zu Traub einen verhältnismäßig sympathischen Eindruck gemacht habe. Als Akademiker sei sich Baumgarten sicherlich bewußt, daß, je weniger er mit seinem Urteile, das jeder Begründung und glaubhafter Nachweise entbehre, bei den Lesern des Erkenntnisses gegen Traub erreiche, er um so mehr bei der urteilslosen Masse Beifall und Zustimmung finde. Baumgarten wisse immer alles besser, könne aber nicht verlangen, daß man seinen Halluzinationen folge und seiner blühenden Phantasie mehr Glauben schenke, als der aktenmäßigen und den Tatsachen entsprechenden Darstellung des Oberkirchenrats. Alle fünf Punkte, die Baumgarten als „Unwahrheiten“ nachweise, seien seine eignen Unwahrheiten. Er verschweige, zitiere falsch, behaupte, was die Behörde gar nicht gesagt habe, kurz, alle seine Behauptungen seien unwahr. Dies führt der Artikel dann näher aus. Aber der „giftige Pfeil“ kehre sich gegen den leichtfertigen Schützen. Es sei traurig, wie blinder Eifer und fanatischer Haß gegen die Behörde den Charakter verderbe. Baumgartens Verfahren sei wenig einwandfrei, und man werde weiteren Angriffen von ihm keine Bedeutung mehr zumessen können. In einer Rundschau beschäftigte Sup. Brandin sich dann mit der Haltung der liberalen Presse. Die „Voss. Ztg.“ habe ihre Kombinationen über den Präsidenten D. Voigts, dessen Stellung erschüttert sein sollte, durch die Tatsache zu stützen versucht, daß Baumgarten seine Vorwürfe noch immer aufrecht erhalte. Der

Behörde falle es aber gar nicht ein, gegen Baumgarten zu klagen, der nur als Agitator einzuschätzen sei. Baumgarten verwirre durch seine Verworrenheit schon seine Anhänger; die „Christliche Welt“ (Rade) bemerke: „Durch diese Dinge findet sich unsereiner nicht mehr durch.“

Das sind allerdings sehr scharfe persönliche Invektiven, die auch nicht dadurch kompensiert werden, daß Prof. D. Baumgarten dem Präsidenten D. Voigts nachgesagt hatte, er habe wie ein „Henker“ seines Amtes gewaltet. Prof. D. Baumgarten nahm übrigens selbst im Verlauf der gerichtlichen Verhandlung diesen Ausdruck zurück und entschuldigte das damit, daß er damals „mit heißem Blut die Geschichte (den Fall Jatho) als Zweitbeteiligter miterlebt habe“.

Prof. D. Baumgarten erhob Anklage wegen Beleidigung vor dem Schöffengericht in Berlin. Vergleichsvorschläge wurden beiderseits abgelehnt. Sup. Brandin gab die Schärfe seiner Polemik zu, er würde kein Bedenken tragen, über einige Ausdrücke sein Bedauern auszusprechen, müsse andererseits aber auch zur Erwägung geben, daß seine Erregung ihre guten Gründe gehabt habe, da der Kläger sich in äußerst scharfen Ausdrücken gegen die oberste Kirchenbehörde gewendet habe. Er sei noch altmodisch genug, einzustehen für zu Unrecht angegriffene Behörden. Ein Eingehen auf den Fall Traub und die aus ihm herausgewachsene Preßpolemik lehnte der Gerichtshof ab.

Nach eingehender Verhandlung erkannte der Gerichtshof — dem Klageantrag entsprechend — gegen Sup. Brandin auf eine Geldstrafe von 500 M. aus § 185 u. 186 Str.G.B., sowie auf Veröffentlichung des Urteils im „Evangel.-Kirchl. Anzeiger“, dem „Reichsboten“ und der „Kreuzzeitung“. Der Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) wurde dem Beklagten versagt: da er weder aus seiner Eigenschaft als Geistlicher der Landeskirche, noch aus der des Redakteurs größere Rechte herleiten könne, als jeder andere. Aus der Form ergebe sich die Absicht der Beleidigung. Daß auch der Privatkläger scharfe Ausdrücke gebraucht habe, entschuldige nur bis zu einem gewissen geringen Grade, entlaste aber nicht. Den guten Glauben nahm das Gericht bei dem Beklagten an.

Den angebotenen Wahrheitsbeweis auf Grund des publizierten Urteils des Erkenntnisses des Oberkirchenrates anzutreten, wurde dem Verklagten nicht gestattet. Dieser unterließ es auch, den Antrag auf Vorlegung der Akten des „Falles Traub“ zu stellen, da er ein Schöffengericht nicht für den geeigneten Ort und die richtige Instanz hielt, in einer so schwerwiegenden Sache ein maßgebendes Urteil zu fällen.

Dagegen legte der Beklagte Berufung ein beim Landgericht Berlin. Der vom Vorsitzenden vorgeschlagene Vergleich wurde vom Anwalt des Beklagten im Prinzip angenommen, der Anwalt

des Klägers machte jedoch zur Vorbedingung, Sup. Brandin solle zuvor den Oberkirchenrat zu einer Erklärung veranlassen dahingehend: er, der Oberkirchenrat, billige die Auslassungen des Evangel.-Kirchl. Anzeigers von Berlin gegen Prof. D. Baumgarten nicht und desavouiere sie. Selbstverständlich war das nach Lage der Sache völlig unausführbar. Der Vorsitzende bemerkte: ein Vergleich könne wohl zustande kommen, wenn die Spitzen beseitigt werden. Man wolle ja dem Beklagten nicht zumuten, sachlich etwas zurückzunehmen. Nach längeren Zwischenverhandlungen, in denen Prof. Baumgarten mit Nachdruck die Erklärung abgab, er würde die Anklage auf die bekannten „5 Unwahrheiten“ auch heute noch genau so schreiben, wie er sie geschrieben habe, kam ein Vergleich zustande auf folgender Basis. Der Beklagte erklärt:

Er nehme mit dem Ausdrücke des Bedauerns die in den Nr. 39. 40 u. 41 des „Evangel.-Kirchl. Anzeigers“ gegen den Privatkläger gerichteten Ausdrücke, wegen deren Form Privatklage erhoben worden ist, zurück. Dann werden sämtliche beklagte Äußerungen angeführt. Der Vergleich muß auf Kosten des Beklagten in der „Kreuzzeitung“, im „Reichsboten“ und „Evangel.-Kirchl. Anzeiger“ wörtlich veröffentlicht werden. Die Kosten trägt der Beklagte.

Es ist gar nicht zu leugnen, daß die Äußerungen Sup. Brandins das Maß des Zulässigen in der Form weit überschritten. Aber das muß verstanden und mag entschuldigt werden durch die ungemein aggressive Art der Polemik auf der andern Seite. Wer Lic. Traubs Blatt „Christliche Freiheit“ zu lesen gezwungen ist, wird wissen, daß bis zur Gegenwart der Ton der Polemik noch ein so massiver ist, daß es nicht nur dem Evangel. Oberkirchenrat, sondern auch Privatpersonen ein leichtes wäre, Anklage zu erheben. Daß das nicht geschieht, ist mit Genugtuung zu begrüßen. Man ist eine pointierte Schärfe der Traubschen Aufstellungen längst gewohnt; die Energie seines Charakters verbunden mit dem subjektiv ehrlichen Gefühl einer rechtswidrigen Vergewaltigung läßt das alles verständlich erscheinen.

*

*

*

Aber der Fall Traub selbst „ist nun zu den Akten geschrieben“. Irren wir nicht, so ist der Zeitpunkt nicht mehr fern, wo die in allerlei Nebenpunkte und persönliche Spitzen sich verirrende Polemik anfängt, langweilig zu werden. Unsere Vorfahren bewiesen eine feine psychologische Erkenntnis, wenn der Sachsenspiegel dem Verurteilten das feierliche und verbrieftte Recht gab, das Urteil eine bestimmte Frist lang zu „schelten“. Diese früher sehr kurz bemessene Frist scheint uns — auch in zeitgemäßer Verlängerung — bald abgelaufen zu sein.

An und für sich verdient der Fall Traub durchaus nicht das Aufsehen, das er zweifellos gemacht hat. Aber er hat gewirkt, wie eine Dosis Weinsteinssäure in alkalisches Wasser geworfen. Es braust auf und aus der Tiefe steigen eine ganze Reihe Probleme herauf und werden frei, die bis dahin von einer ruhigeren Zeit gebunden waren. Wir nennen nur: den Sinn der Bekenntnisverpflichtung, die Grenzen der Lehrfreiheit, das Verhältnis der Einzelgemeinde zur Gesamtkirche, der Charakter des geistlichen Amtes, der „liturgische“ Zwang, Reform des kirchlichen Disziplinarrechtes und noch eine ganze Reihe anderer. Das ist es wohl vornehmlich gewesen, was eine ganze Literatur zum Fall Traub gezeitigt hat, wie wir am Schluß kurz skizzieren.

Wir nennen

1. Lic. Traub: Meine Verteidigung gegen den Evangel. Oberkirchenrat.
2. Derselbe: Was tut der evangelischen Kirche not? (Prot. Schriftenbetrieb, 25 S., 0,50 M.)
3. Rechtsanwalt Dr. Krämer: Der Fall Traub, Erinnerungen und Glossen seines Verteidigers. (Prot. Schriftenbetrieb, 53 S., 1 M.)
4. Th. Kappstein: Gegen den Zwang — eine protestant. Anklageschrift. (79 S.)
5. Prof. D. Baumgarten: Das Urteil des Preuß. Oberkirchenrats über Traub — analysiert und beurteilt — Sonderabdruck aus der Kirchl. Chronik der „Evangelischen Freiheit“. (Tübingen, Mohr, 16 S., 0,25 M.)

Auf 1. haben wir vielfach Bezug genommen, 3. gibt die bekannten Tatsachen und allerlei liebenswürdige Urteile über Traub, 4. ist voller Invektiven gegen verstorbene und noch lebende Persönlichkeiten, worauf einzugehen sich nicht lohnt. Von wohltuender Ruhe — von zwei temperamentvollen Entgleisungen abgesehen — ist 5. Eins nur ist uns völlig unverständlich, nämlich wie ein Mann von der Urteilskraft Prof. Baumgartens noch an dem Urteil festhalten kann, der Evangel. Oberkirchenrat urteile in „eigener Sache“. Jedenfalls sollte das nicht dem Evangel. Oberkirchenrat zum Vorwurf gemacht werden. Er ist die im Disziplingesetz geordnete Berufsinanz und konnte sich, ob er wollte oder nicht, dem Berufungsverfahren nicht entziehen. Da er Wächter der Disziplin ist, urteilt er im Berufungsverfahren so wenig „in eigener Sache“, als es das Staatsministerium tut, wenn es als Berufungsinanz im Disziplinarverfahren gegen direkte Staatsbeamte angerufen wird und seinen Spruch gibt. Unter „eigener Sache“ versteht man im gewöhnlichen Leben den Tatbestand des persönlichen Interessiertseins; das kam hier überhaupt nicht in Frage, sondern nur der Tatbestand der amtlichen Pflicht.

Folgende Schriften behandeln in erster Linie den Charakter des geistlichen Amtes:

6. D. M. Schiele: Was geht uns Pfarrer die Verurteilung des Pfarrers Traub an? (Prot. Schriftenbetrieb, 28 S., 0,50 M.)
7. Lic. M. Peters: Der Fall Traub und die gegenwärtige kirchliche Lage.
8. B. Dörries: Das System Voigts, die Berufsstellung der Pfarrer und der Fall Traub.
9. O. Brüssau: Der evangelische Pfarrer — „Beamter“ oder „religiöser Charakter“ — eine ethische, keine kirchenpolitische Frage.

Auf 6. ist in vorstehendem schon gelegentlich Bezug genommen, 7. ist im wesentlichen eine Auseinandersetzung mit den vorerwähnten Aufstellungen von Dörries (8.), beide Verfasser sind Pfarrer in Hannover. Peters möchte „nicht dem beklagenswerten Kampf neue Nahrung geben, sondern im Interesse einer ruhigen und sachlichen Urteilsbildung eine Reihe von Gesichtspunkten hervorheben, die tatsächlich bei der vorherrschenden Anschauungsweise nicht genügend zur Geltung kommen“. Er kommt liberalen Anschauungen weit entgegen, vertritt aber mit Entschiedenheit den Standpunkt: „das Urteil war berechtigt“. Er behandelt auch das Recht der kirchlichen Disziplinalgewalt (Charakter des geistlichen Amts) und das Problem der „Lehrfreiheit“: „daß einer, was er lehrt, als seine Überzeugung aussprechen soll, heißt doch nicht, daß nun für jede Überzeugung in der Kirche unterschiedslos Raum sei“. Diese beiden Forderungen werden in der Tat von dem oberflächlichen Urteil vieler immer promiscue behandelt.

Die Schrift Brüssaus, von den oben genannten wohl die tiefgreifendste, wird noch viel Widerspruch wecken, eben weil sie von allen opportunistischen Gesichtspunkten prinzipiell absieht. Brüssau sagt auch der Rechten derbe Wahrheiten, die er der Indisziplin auf manchen Gebieten beschuldigt. Er tritt mannhaft und mutig für die Behörde ein und tadelt es aus ethischen Gesichtslinien heraus (man vgl. die Ausführungen von Prälat Römer S. 145), daß ein unablässiges Schmälen zuweilen selbst in konservativen Kreisen zum guten Ton gehöre. Der Pfarrer „Beamter“ oder „religiöser Charakter“ — „daß eine solche Alternative überhaupt gestellt werden kann, ist das Verhängnisvolle; wohlverstanden, daß sie von der kirchlichen Linken aufgestellt wird, wundert uns keinen Augenblick, daß sie aber lebhaftes Echo gefunden hat auf der Rechten und hier zu Stimmungen führt, die in der „Landeskirche“ eigentlich nur noch einen im Todesröcheln liegenden innerlich verfaulten Körper erblicken, dem man Autoritätsgefühl nicht mehr entgegenbringt, und sich bereits wiegt im Hochgefühl einer „freien Kirche“ — das ist's, was Brüssau perhorresziert.“ In gewissem Sinn gehört hierher auch (wenn auch ohne spezielle Bezugnahme auf den Fall Traub)

10. Dr. Geyer u. Lic. Dr. Rittelmeyer: Warum bleiben wir in der Kirche? (Ulm, Kerler, 46 S., 0,80 M.)

Der erste Teil ist mehr ethisch: warum wollen wir in der Kirche bleiben (Geyer), der zweite mehr dogmatisch: warum dürfen wir in der Kirche bleiben (Rittelmeyer). Diese Schrift hat Veranlassung gegeben zu einem warnenden Erlaß des Münchener Prot. Oberkonsistoriums (Präsident von Bezzel).

Speziell herausgewachsen aus dem Fall Traub sind folgende bedeutsame Schriften:

11. Dr. Rud. Henle: Die Vorwürfe Baumgartens und Traubs gegen den Evangel. Oberkirchenrat. (Leipzig, Deichert, 35 S., 0,60 M.)
12. A. Harnack: Die Dienstentlassung des Pfarrers Lic. G. Traub. (Leipzig, Hinrichs, 31 S., 0,50 M.)
13. E. König: Der Fall Traub und angebliche sowie wirkliche Krankheiten der Landeskirche neben Kritisierung der diesbezüglichen neuesten Veröffentlichungen. (Gütersloh, Bertelsmann, 63 S., 0,80 M.)
14. Pingoud: Über den Lehr- und Liturgiezwang in der evangel. Kirche. Eine Entgegnung auf die Schrift Prof. Harnacks. (Riga 1912, Jonck & Poliewsky, 31 S., 0,50 M.)
15. D. Möller: D. Harnack und der Fall Traub — eine Entgegnung. (Berlin, Warneck, 66 S., 1 M.)

In Nr. 11 setzt sich der Verf. mit unendlichem Scharfsinn — den Traub Rabulistik nennt — mit Baumgarten auseinander. Die Schrift ist ein erweiterter Abdruck der in vorstehendem angezogenen Artikel der Kreuzzeitung. Am Schluß seiner Broschüre konstatiert Henle, daß Traub niemals den Versuch gemacht hat, sich mit ihm auseinanderzusetzen, ja daß die „Christliche Freiheit“ mit keinem einzigen Wort das Erscheinen seiner Artikel über die Baumgartenschen Aufstellungen in der Kreuzzeitung erwähnt habe. „Traubs Zeitschrift hat die Widerlegung der Baumgartenschen Vorwürfe totgeschwiegen.“

Die allerdings erhebliche Tatsache, daß auch Harnack gegen den Oberkirchenrat Stellung nahm, wurde von der politischen Presse gründlich ausgebeutet. Das Trio: König, Pingoud und Möller haben ihm aber böse mitgespielt. Harnack vermied es allerdings, auf die eigentlich juristische Seite der Sache einzugehen.

In Harnacks Schrift gilt der erste Teil der Frage, ob die Strafe im Fall Traub gerechtfertigt war, der zweite der Frage, ob sie symptomatische Bedeutung habe. Erstere wird verneint, letztere bejaht. Ad 1 führt Harnack aus, Traub sei von der Behörde gereizt durch Einsetzung des Spruchkollegiums und noch mehr, als dieses Jatho verurteilte, der Oberkirchenrat habe am allerwenigsten Traub, den „Verteidiger Jathos“, antasten dürfen. Die Schärfe der Anklage steigert sich schließlich zu dem Vorwurf, der Oberkirchenrat habe die „Gerechtigkeit objektiv gebrochen“. Im zweiten Teil steht Harnack sichtlich unter dem Eindruck: *tua res agitur*. Junge Theologen haben keine Zuversicht, wahrhaftig

bleiben zu können. Die Kirche habe in der Plerophorie des Glaubensausdrucks immer Gesteigertes gesagt bei der Formulierung des Bekenntnisses, Abstriche seien also normal. Traub sei durch den Druck, den er im Apostolikum gefunden, in die Agitation getrieben worden. Ja Harnack plädiert endlich für eine bekenntnislose Kirche.

König war der erste, der Harnack mit Entschiedenheit widersprach. Er widerlegt Einzelaufstellungen Harnacks und Baumgartens in unwidersprechlicher Weise. „Traub und die Seinen wollen keine Nachsicht, sie wollen herrschen.“ Traub habe längst, da er ja doch die bestehende Landeskirche zum Abbruch verurteilt habe, das Amt in der Kirche aufgeben müssen. Der zweite Teil der Schrift beschäftige sich mit Harnacks Diagnose der dermaligen kirchlichen Zustände. Die endliche Zuspitzung der desideria Königs: — „Anwendung der echtkritischen Methode der Geschichtsforschung auf die Theologie“ — erscheint etwas akademisch und fernliegend.

Pingoud wendet sich besonders wider Harnacks Forderung der Beseitigung des „Lehr- und Liturgiezwanges“, weil diese den „Wirklichkeits- und Wahrheitssinn unserer Zeit“ angeblich empören. Er braucht gegen Harnack die Waffen einer starken logischen Beweiskraft und — einer feinen Ironie. Er sagt es einem der ersten Kirchenhistoriker: „Unser „Wirklichkeitssinn“ fordert es, daß wir die Tatsache anerkennen, daß auch schon in der ersten apostolischen Kirche eine christliche Lehre mit einzelnen Lehrstücken bestanden habe, auf welche die Apostel, besonders den Sektierern gegenüber, Gewicht legten.“ Dem wunderbaren Optimismus Harnacks: „nehmt den Zwang des Apostolikums hinweg, und alles kommt in Ordnung“ — setzt Pingoud kalt und schneidig den Satz entgegen: „und alles kommt in Unordnung“. Diese kleine aber feine Schrift ist in der Tat ein schmerzender Schlag wider die vergötterte Autorität Harnacks. Er wird dazu nicht schweigen dürfen.

Die rechtliche Widerlegung der Harnackschen Ausführungen wird in *D. Möllers* Schrift gegeben. Hier redet die weit überlegene Rechts- und Sachkenntnis. Es ist gewiß außergewöhnlich, daß ein Mitglied des Oberkirchenrats zur Sache das Wort nimmt (wiewohl *D. Möller* als Privatmann schreibt), aber hier war es in der Tat das „erlösende Wort“. Ein besseres Finale war der Preß-Kontroverse nicht zu wünschen. Es handelt sich — das ist das punctum saliens — in dem Disziplinarverfahren gegen Traub einfach um die Frage, soll die rücksichtsloseste Demagogie in der Kirche Heimatrecht haben, d. h. soll die Landeskirche der Willkür einzelner radikalen Geister ausgeliefert sein oder nicht? Harnack hatte behauptet, bei der Abmessung der Strafe habe der Oberkirchenrat Rücksicht nehmen müssen auf die durch das Lehrbeanstandungsgesetz hervorgerufene Erregung. Daß das nicht geschehen sei, sei eine schwere Ungerechtigkeit. Möller stellt historisch fest,

daß die Einrichtung des Spruchkollegiums aus dem consensus ecclesiae (auch Harnacks) geschehen sei und keinerlei Verschärfung, sondern nur eine Milderung des seitherigen Verfahrens bringe. Diese historische Tatsache hätte in der Tat auch Harnack wissen und berücksichtigen sollen. Harnack forderte Berücksichtigung der durch den Jathospruch geschaffenen Erregung. Möller konstatiert, daß gerade Traub diese Erregung geschaffen habe. Er wollte weder Rücksicht noch Beruhigung. Für den Vorwurf, der Oberkirchenrat sähe Vertretern der Rechten eine alarmierende Sprache allezeit nach, habe Harnack nicht die Spur eines Beweises erbracht. Den schweren Vorwurf, der Oberkirchenrat habe durch die Entziehung des Pfarrertitels bei Jatho alle Welt dupiert, widerlegt Möller schlagend. (Auch *D. Kahl* gesteht ein, daß von einer „Täuschung“ keine Rede sein könne, sondern nur von einer „Enttäuschung“ seinerseits.) Harnacks Unterstellung, man habe in Traub den Verteidiger Jathos gestraft, setzt Möller den Nachweis entgegen, daß die Verteidigung Jathos in dem ganzen Verfahren mit keiner Silbe genannt werde. Lediglich seine wilde Agitation habe Traub das Disziplinarverfahren zugezogen. Ein Verteidiger habe doch keinen Freibrief für alle beliebigen Maßlosigkeiten. So wird Zug um Zug den Harnackschen Aufstellungen der Boden entzogen.

Dem Harnackschen Vorwurf der Parteilichkeit gegen den Oberkirchenrat begegnet Möller mit vornehmer Ruhe und gehaltener Objektivität. Er betont endlich, daß die Durchführung des Traubschen Standpunktes eine Auslieferung der Gemeinden an die Willkür der Pastoren sein würde und daß die Kirchenbehörde dem pflichtgemäß zu wehren habe. Die Kreuzzeitung schließt ihre Besprechung dieser Schrift mit den Worten:

„Gegenüber dem unsachlichen, rechthaberischen, ja selbst unbescheidenen Ton der meisten Traubschriften ist die Milde und vornehme Sachlichkeit der Möllerschen Ausführungen geradezu als eine Erlösung zu bezeichnen. Es ist nicht üblich, daß Männer in hohen kirchlichen oder staatlichen Stellungen die „Flucht in die Öffentlichkeit“ wagen. Um so aner kennenswerter ist es, daß es *D. Möller* getan hat. Möchte seine Schrift dazu beitragen, den gemäßigt Liberalen die Augen zu öffnen und unsrer Kirche den Frieden wiederzugeben.“

Die Erwartung, daß diese auch rein formal und stilistisch auf vornehmer Höhe stehende Schrift zur Anbahnung des Friedens beitragen werde, ist wohl berechtigt. Der Wunsch ist selbstverständlich auch der unsere.

*

*

*

II. Bewegungen und Ereignisse auf dem Boden der Preußischen Landeskirche.

1. 300jähr. Gedächtnisfeier der ersten Märkischen Generalsynode in Unna.

Wie eine freundliche Idylle in Kampfeszeiten hebt sich die Gedächtnisfeier der ersten Märkischen Generalsynode von 1613, festlich begangen von der ganzen Westf. Provinzialkirche am 2. und 3. Oktober 1912, aus den bewegten Tagen des unruhigen Jahres 1912 ab. Ihre Bedeutung geht weit über den provinziellen Rahmen hinaus, darum seien ihr hier rückschauend einige Seiten gewidmet.

Mit Johann Wilhelm von Cleve war das alte Clevesche (eigentlich Märkische) Herzogshaus 1609 ausgestorben. Die Vereinigung von Cleve, Jülich, Berg, Mark und Ravensberg hatte die im zerrissenen Westen Deutschlands größte Hausmacht geschaffen. Um das Erbe stritten Kur-Brandenburg und Pfalz-Neuburg. Chaotisch wie die politischen Verhältnisse waren auch die kirchlichen Zustände. Die alten Cleveschen Herzöge hatten nicht den Entschluß gefunden, sich der Reformation anzuschließen, aber auch nicht die Kraft, sie abzuwehren. Schon früh hatten die Reichsstädte Soest, Lippstadt, Dortmund u. a., auf das jus reformandi gestützt, der neuen Lehre ihre Tore aufgetan; viele kleine Orte waren ihnen gefolgt, strichweise auch das flache Land. Die treibende Kraft war der märkische Reformator Hamelmann gewesen. Aber es blieb ein unklarer Schwebezustand. An derselben Kirche wechselten evangelisch und katholisch gesinnte Pfarrer, ja oft lagen lateinische Messe und evangelische Predigt in der Hand desselben Priesters. Von der unglaublichen Verwirrung in jenen Tagen auf religiösem Gebiet können wir Modernen uns kaum ein Bild machen trotz der „Wirren“ unserer Zeit. Wechselten doch auf dem Bischofsstuhl von Osnabrück ein Jahrhundert lang in holdem Wechsel katholische und evangelische Bischöfe. In den Städten gelang der „neuen Lehre“ verhältnismäßig rasch, wenn auch nicht ohne Kampf, die Festsetzung; auf dem Lande war alles in brausender Gärung. Wo evangelische Gemeinden aus den politischen Kommunen langsam hervorstüben, lagen sie doch als unzusammenhängende Splitter, als unorganisierte Kirchenteile neben und durcheinander. Die Landesherrschaft der Cleveschen Herzöge hatte nichts getan, dem Evangelium zu wehren, aber auch nichts, es zu schützen und zu erhalten. Die Steine zum Aufbau einer wirklichen „Volkskirche“ lagen da, aber der Baumeister fehlte. So war Selbsthilfe nötig. Schon 1610 sammelten sich zu Duisburg 25 Pastoren und 8 Älteste zur ersten reformierten Generalsynode von Jülich, Cleve und Berg und berieten über Zusammenschluß ihrer vereinzelter Gemeinden. Die Rhein. Provinzialkirche hat diesen Gedächtnistag im September

1910 in der alten Salvatorkirche in Duisburg gebührend gefeiert. Ihnen folgten März 1611 die Reformierten der Mark, deren sich 17 Pfarrer und 2 Älteste in Unna zusammenschlossen; später verschmolzen diese mit der benachbarten reformierten Synode von Jülich und Berg. Das gab auch den lutherischen Gemeinden das Signal zum Zusammenschluß. Die erste niederrheinische lutherische Synode sammelte sich im September 1612 in Dinslaken (13 Pfarrer und 4 Lehrer). Bedeutungsvoller war die Märkische Generalsynode von Unna im Oktober 1612 (85 Pfarrer und 9 Lehrer). Hier wurde der Grund gelegt zur ersten lutherischen Synodalkirche in Deutschland. Auch die Ravensberger lutherischen Gemeinden bildeten einen Zusammenschluß im November desselben Jahres in Bielefeld; doch ist über diese Synode keinerlei Kunde erhalten geblieben. Alle diese Zusammenschlüsse geschahen wohl in Anlehnung an die staatliche Gewalt (der pfälzische Hofprediger Heilbrunner leitete die Verhandlungen in Unna), aber das Ganze war doch ein Werk der Gemeinden selbst. Die lutherischen Gemeinden ahmten nicht einfach das Beispiel der reformierten nach, die Grundzüge der Verfassung entnahmen sie vielmehr aus dem benachbarten Hessen, wie der Kirchenhistoriker Westfalens, Pfarrer D. Rothert-Soest, in der Festschrift nachweist. Zwei hessische Lutheraner, die nach Einführung der „Verbesserungspunkte“ 1605 von Landgraf Moritz vertrieben waren, hatten auf der ersten Märkischen Synode den maßgebenden Einfluß. So schuf die Unnaer Tagung einen kirchlichen Aufbau „von unten auf“, faßte die Gemeinden zu Klassenkonventen zusammen, an deren Spitze ein „Inspektor“ stand, schuf das Amt der anfänglich durch Kooptation ergänzten Ältesten und bildete aus den Klassenkonventen den „Generalkonvent“ mit dem „Generalinspektor“ an der Spitze. Wie heilsam und segensbringend dieser feste Zusammenschluß war, zeigte sich bald, als Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm katholisch wurde und Johann Sigismund von Brandenburg (beide Fürstenhäuser regierten gemeinsam bis zum späteren Erbteilungsvertrag von Cleve 1666) dem reformierten Bekenntnis beitrug. Ohne diese, wenn auch zuerst noch lockere Organisation der evangelischen Gemeinden, wie sie durch die Generalsynoden von Duisburg 1610 und Unna 1612 herbeigeführt wurde, würden diese Landesteile in den Stürmen des bald ausbrechenden 30jährigen Krieges kaum ihr evangelisches Bekenntnis durchgerettet haben.

Oberhofprediger D. Dryander wies auf der Unnaer Feier mit Recht darauf hin, daß die Synoden von Duisburg und Unna erst den Abschluß des Reformationswerks am Niederrhein bezeichnen. Nun konsolidierten sich die verstreuten und versprengten, in sich selbst noch so unsichern evangelischen Gemeinden zu kompakten Kirchenkörpern mit Widerstandsfähigkeit und Stoßkraft — ein historisches Moment, das unsere Zeit nicht unbeachtet lassen sollte, in der die „Autonomie der Gemeinde“, d. h. die Atomisierung der

Kirche wieder manchen als erstrebenswertes Ideal gilt. Darin steckt ein Stück Atavismus. Wir hatten das bereits — in Tagen der Gärung und der Schwäche.

Ebenso bedeutungsvoll ist ein anderes Moment, was mit Recht bei den Feiern von 1910 und 1912 in den Vordergrund gestellt wurde. Hier liegen die Wurzeln des synodal-presbyterialen Einschlags unserer Kirchenverfassung. In der rheinisch-westfälischen Kirchenordnung von 1835 haben diese Prinzipien bekanntlich feste Gestaltung gewonnen auf dem Boden der Preußischen Landeskirche und haben seit 1873 auch den Osten erobert. Die Verfassungen der reformierten und lutherischen Generalkonvente von Berg und Mark sind, so primitiv sie ursprünglich auch waren, doch das Vorbild aller modernen kirchlichen Organisation in Deutschland geworden. Daneben hat die Unnaer Synode noch eine besondere Bedeutung. Sie zerstört nämlich das Vorurteil, als ob das synodale Element in unsern modernen Kirchenverfassungen spezifisch reformierten Herkommens sei. Das Prinzip der Selbsthilfe, des Aufbaues des kirchlichen Wesens von unten auf, trägt a priori nicht spezifisch reformierten Charakter. Es kam überall da zum Durchbruch, wo evangelische Gemeinden ohne Hülfe der Landesobrigkeit auf sich selbst gestellt waren und die Not der Zeit begriffen. Fast in allen andern Landesteilen Deutschlands hat die Reformation ihrer Zeit Eingang gefunden, durch Fürstengewalt gestützt oder doch nicht gehindert. In den freien Reichsstädten übernahmen die „Geschlechter“ diese Rolle. Es hat auch seinen Segen gehabt bis auf den heutigen Tag, daß, wie einst im Herzogtum Cleve, die Macht versagte, und daß dieses Versagen dem evangelischen Volk das Wort einhämmerte: *tua res agitur*.

Glanzvoll war die Gedächtnisfeier in Unna am 2. und 3. Okt. 1912, unter Teilnahme von mehr als 220 westfälischen Pfarrern und zahlreichen Abgeordneten der Gemeinden, machtvoll die Predigt des greisen Präses der Westfälischen Provinzialsynode, *D. König-Witten*. Oberhofprediger *D. Dryander*, der Abgesandte des Evangel. Oberkirchenrats, packte die historische Bedeutung der Unnaer Generalsynode von 1612 am rechten Punkt mit seiner Darlegung des Verhältnisses von Freiheit und Gebundenheit, der Beziehung der Einzelchristen zur Gemeinde und der Gemeinde zur Kirche. Das war ein Programm, herausgenommen aus der Geschichte und doch voller Beziehung auf die Fragen der Gegenwart. Den Einschlag des Feierlichen und Schönen lieferte die Initiative des ersten Hymnologen Deutschlands, *Sup. D. Nelle-Hamm*. Das Wächterlied (Wachet auf . . .) und das Morgensternlied Philipp Nicolais, der einst in Unna seines geistlichen Amtes waltete (seit 1601 war er schon in Hamburg), kamen in ergreifender Weise durch Frauen- und Männerchöre zu Gehör. *D. Nelle* ehrte das Gedächtnis Nicolais. *Pfr. D. Rothert* in Soest (zu Ehren des Tages von Bonn promoviert) und *Pfr. zur Nieden-Hagen* gaben den historischen Bericht. Der

General-Sup. Westfalens, *D. Zöllner*, richtete gewichtige Worte an das Geschlecht der Gegenwart. Der Provinzialkirche Westfalens ist diese Feier nicht nur ein Meilenstein auf dem Wege gewesen, sondern auch ein Denkstein der alten Treue der Väter, ein Gelübde der Zukunft.

2. Ein neuer Apostolikumstreit — im Anschluß an Darlegungen des Gen.-Sup. *D. Lahusen*.

Alt und doch immer wieder neu ist die Frage nach der verpflichtenden Kraft des Apostolischen Glaubensbekenntnisses bei der Konfirmation und besonders bei der Ordination. In der Kirchengeschichte des 19. Jahrhunderts taucht sie alle paar Jahrzehnte wieder auf. Die Ermüdung der Debatte schafft irgend eine Kompromiß-Formel, dann ruht die Kontroverse einige Zeit, um bei irgend einer gegebenen oder ungegebenen Gelegenheit wieder aufzuleben. Prof. *D. Cremer* schrieb 1893, als das durch *D. Harnacks* Ansprache an die Studierenden (1892) wieder entfesselte Problem zeitweilig ad acta gelegt wurde: „Der Kampf um das Symbol . . . wird nicht zu Ende kommen vor dem Ende der Tage. In der einen oder andern Weise wird er in jeder Generation neu entbrennen . . . Noch immer aber ist jede Bekenntnisfrage nur durch Erneuerung des Bekenntnisses entschieden worden.“ Das sind prophetische Worte gewesen. Das Jahr der Unruhe 1912 hat auch einen neuen Apostolikumstreit gebracht. Er ist nicht provoziert worden; er lag längst in der Luft. Die Spannung war da. Er ist auch nicht beglichen, trotz aller Kunst des Brückenbauens. Die Gegensätze sind noch genau so scharf vorhanden wie zuvor. Sie sind einmal wieder in voller Reinheit ins Bewußtsein getreten. Das braucht nicht bedauert zu werden. Es klärt die Zeitlage.

Auf der Tagung der Kreissynode Berlin-Köln-Stadt (6. Juni 1912) verlangte ein der liberalen Seite angehörender Synodale die Abschaffung des Bekenntniszwanges und Schaffung eines Parallelformulars für die Konfirmation ohne Apostolikum. Daran knüpfte sich eine wie es scheint in lebhaften Formen verlaufende Debatte zwischen den Pfarrern Betenstedt (pos.) und Steiniger (lib.). Dazu nahm der auf der Synode anwesende General-Sup. von Berlin, *D. Lahusen*, das Wort in folgenden Ausführungen:¹⁾

„Erlauben Sie mir, da ich selber zu ordinieren habe, ein Wort zu dieser Frage. Die Frage der Schaffung von Parallelformularen für die Konfirmation greift allerdings — das ist durchaus richtig — weit zurück, bis auf die Ordination. So wie wir bei dem jetzigen Stande unserer Landeskirche eine verschiedenartige Konfirmation haben, tritt sofort die Frage auf: Wie steht es denn um den

¹⁾ Wortlaut nach dem Bericht der Kreuzzeitung vom 7. Juni 1912, der so weit wir sehen, inhaltlich von keiner Seite bestritten wird.

Gottesdienst, um die Taufe und schließlich auch — um die Ordination? Diese Fragen hängen in der That sehr eng miteinander zusammen. Es kann nach meiner Überzeugung niemand behaupten, es gäbe keine evangelische Konfirmation ohne Apostolikum. Eine solche wirklich evangelische Konfirmation kann es an und für sich allerdings geben. Aber in unsrer evangelischen Landeskirche liegt es doch jetzt so, daß ein Streit um das Apostolikum in unsrer Mitte ist. Aus diesem Grunde ist es so außerordentlich schwierig, vielleicht unmöglich, Parallelfomulare aufzustellen, wo in einem das Apostolikum enthalten ist, in dem andern nicht. Das würde vielleicht von weiten Kreisen der evangelischen Landeskirche so verstanden werden, daß man nicht nur das Apostolikum nicht will, sondern auch den evangelischen Glauben nicht will, der sich in dem Apostolikum ausspricht. Wie man das aber auch beurteilen mag, jedenfalls ist damit, daß die Parallelformularfrage überhaupt aufgerollt wird, auch die Frage der Geltung des Apostolikums bei der Ordination irgendwie verbunden.

Wenn es sich aber um die Ordination handelt, so liegt es mir am Herzen, auch hier ganz offen auszusprechen, es kann sich bei der Ordination niemals handeln um irgend eine Bindung auf den Wortlaut des Apostolikums. (Lebhafte Beifallsrute links.) Ich muß ganz bestimmt sagen: wenn bei der Ordination verlangt würde, daß der Ordinierte sich zu jedem einzelnen Punkte des Apostolikums, wie z. B. Jungfrauengeburt, Auferstehung des Fleisches, bekennen müßte, würde ich nicht mehr imstande sein, evangelische Theologen zu ordinieren. (Lebhaftes Händeklatschen links.) Von uns Generalsuperintendenten werden diese Dinge stets mit größter Entschiedenheit mit den Ordinanden besprochen. Das ist stets geschehen sowohl von *D. Braun* und *D. Dryander*, die hier beide erwähnt wurden. Wir haben immer den jungen Geistlichen klarzumachen versucht, das Apostolikum kommt im Ordinationsformulare vor als der bestimmte Ausdruck unsres evangelisch-christlichen Glaubens. Es ist also nicht gleichgültig, daß es vorkommt, sondern wie wir im Gottesdienste in der Einheit mit der Christenheit der früheren Zeit und der Christenheit von heute unsern Glauben im Apostolikum bekennen, so tun wir das auch bei der Ordination. Es ist uns also ein sehr ernstes Anliegen, daß wir wirklich bei der Ordination verpflichtet auf den evangelischen Glauben, wie er seinen unvollkommenen Ausdruck im Apostolikum gefunden hat. (Beifall links.) Ich sage das mit vollem Bewußtsein, ohne mir dabei aber zu verbergen, daß es eine große und herrliche Sache ist, die mir immer wieder das Herz ergreift, daß wir unsren Glauben in diesem ehrwürdigen Bekenntnis bekennen dürfen. Ich würde alles, was zum Preise dieses Bekenntnisses gesagt werden kann, unterschreiben. Dabei bleibt aber doch bestehen — und darüber ist ja eigentlich auch gar keine Frage — daß dieses ehrwürdige Bekenntnis doch

ein menschliches Bekenntnis ist (Beifall links), daß wir wünschen könnten, daß dieser oder jener Ausdruck darin nicht stände oder daß andre Dinge darin ständen. Aber wir sagen unsern Ordinanden: es handelt sich doch trotzdem um unsern evangelischen Glauben darin. Und wer sich überhaupt nicht zu diesem evangelischen Glauben, der auf Gottes Wort gegründet ist, bekennen könnte, der könnte nicht übernehmen, das heutige Predigtamt zu verwalten. Das ist aber keine Bindung an den einzelnen Ausdruck. Wo die Grenze ist, das bleibt eine Frage des Gewissens und der inneren Stellung des Einzelnen. Da können wir kein Gesetz aufrichten. Wenn das Apostolikum besprochen wird, erregt sich leicht das Innerste im Menschen — und das ist gut; denn es handelt sich um etwas so außerordentlich Großes und Heiliges, um eine entscheidende Frage für die evangelische Kirche. Aber solche Aufregung flutet ja wieder ab. Im Grunde sind wir einig: wir möchten das, was das Apostolikum in sich trägt, als evangelischen Glauben immer tiefer ergreifen, aber auch die Freiheit von menschlichen Formen uns allezeit bewahren.“ (Stürmisches, anhaltendes Händeklatschen.)

Die offensichtliche Tendenz dieser Ausführungen, der vorausgegangenen Debatte die scharfen Spitzen abzubereiten, die verbiis expressis geäußerte Meinung, daß die von der Linken beantragten Parallelformulare den uralten Dissensus nicht begleichen, sondern einen falschen Schein herbeiführen würden, ist in der in den nächsten Tagen entstehenden oft leidenschaftlichen Debatte nicht genügend berücksichtigt worden. Daß das Materielle dieser Ausführungen selbst schon wegen der Stelle, von der sie ausgingen, Widerspruch wecken würde, darf kaum verwunderlich erscheinen. Daß der Widerspruch nicht im Moment hervortrat, sondern erst in der Preßdebatte, braucht nicht notwendigerweise so erklärt zu werden, wie Sup. Brüssau in seiner erwähnten Schrift S. 20 sich äußert: „Die Führer der Rechten schweigen verlegen, weil sie im Augenblick taktisch die Gelegenheit nicht zu benutzen verstehen.“ Das Motiv kann auch ein anderes gewesen sein. Jedenfalls sollte man aus dem Schweigen im Moment nicht die ethische Pflicht des späteren Schweigens ohne weiteres ableiten. Aber die Kontroverse nahm bald außerordentlich lebhaften Charakter an. Der „Reichsbote“ brachte eine scharfe Entgegnung aus der Feder D. Philipps folgenden Wortlauts:

„Die Rede des Herrn Generalsuperintendenten D. Lahusen über das Apostolikum wird alle Bekenntnistreuen der Landeskirche aufs tiefste und schmerzlichste bewegen und aufregen. Der Pfarrer an Dreifaltigkeit läßt es nicht fehlen an klaren Zeugnissen. Es geht — das soll bei dieser Gelegenheit mit ganz besonderem Danke bezeugt werden — Leben, wirkliches Leben, geistliches, göttliches Leben aus von der Predigtthätigkeit des Herrn D. Lahusen. Aber der Prediger hat auf der Kreissynode Berlin-Kölln-Stadt nicht

geredet. Es redete der Generalsuperintendent, der Vertreter des landesherrlichen Kirchenregiments. Ausdrücklich betonte er: „Von uns Generalsuperintendenten“. Wie sollen es die Gläubigen verstehen, wenn er erklärte: „Ich muß ganz bestimmt sagen: wenn bei der Ordination verlangt würde, daß der Ordinierte sich zu jedem einzelnen Punkte des Apostolikums, wie z. B. Jungfrauengeburt, Auferstehung des Fleisches, bekennen müßte, würde ich nicht mehr imstande sein, evangelische Theologen zu ordinieren?“ Gibt es denn wirklich keine Theologen mehr, die sich zu sämtlichen Punkten des Apostolikums bekennen? Gott sei Dank, so weit sind wir denn doch noch nicht. Und dann — um zunächst nur erst dies eine noch herauszugreifen —: Ist der Standpunkt wirklich haltbar: „Das ist aber keine Bindung an den einzelnen Ausdruck. Wo die Grenze ist, das bleibt eine Frage des Gewissens und der inneren Stellung des Einzelnen?“ Bedeutet das in seinen letzten Konsequenzen nicht die Preisgabe jeglichen gemeinsamen Bekenntnisgrundes? Wird damit nicht dem sogenannten „geistlichen Vorbehalt“ Tür und Tor geöffnet?

Herr *D. Lahusen* behauptet am Schluß: „Im Grunde sind wir einig“. Nein, das gilt nicht von allen Positiven und Liberalen. Mögen in beiden Lagern sich etliche befinden, die auf diesem Grunde sich die Hände reichen können. In Wirklichkeit liegen die Dinge doch so: Zwischen beiden Lagern befindet sich ein Abgrund, so breit und tief, daß er gar nicht überbrückt werden kann. Der Unterschied in der Welt-, Lebens- und Gottesanschauung ist so groß, daß alle mittelparteilichen Bestrebungen, diese beiden Strömungen zusammenzuhalten oder wieder zu vereinigen, umsonst sein werden. Kommt es aber einmal zu den unausbleiblichen Entscheidungen und Scheidungen, dann hoffen wir Herrn *D. Lahusen*, dem diesmal auf der Kreissynode der größte, stürmische Beifall der Liberalen zuteil geworden ist, doch wieder auf der Seite der Positiven zu finden. Leider wird es nicht ausbleiben, daß die Erklärungen des Herrn *D. Lahusen* ein Anlaß werden, den Streit um das Apostolikum wieder neu zu entfachen. Im liberalen Blätterwalde rauscht es bereits in den maßgebenden Morgenblättern. Die positive Presse wird deshalb leider nicht schweigen dürfen. Im kirchlichen Kampf aber — und das wird den Positiven das schmerzlichste sein — und besonders bei den bevorstehenden Kirchenwahlen wird Herr *D. Lahusen* der neueste und beste Kronzeuge der Liberalen dafür sein, daß sie sich im Rechte befinden. Und die Positiven werden nicht umhin können, gegen die Äußerungen des Herrn *D. Lahusen* öffentlich Stellung zu nehmen. Wie lange wird unsere Landeskirche solche Stürme noch aushalten können?“

Inzwischen hatte Gen.-Sup. *D. Lahusen* die Tagung der Kreissynode Berlin-Stadt III (12. Juni) benutzt, seine früheren Aussagen zu ergänzen und vor Mißdeutungen sicherzustellen. Er sagte etwa

folgendes: „Wenn die Frage von der Vertiefung des Glaubenslebens handelt, werden wir in der Ausführung zweckentsprechender Maßregeln auch auf die Unterschiede in der Glaubensauffassung hingeführt. Dies spricht also auch wohl hier in den Verhandlungen der Synode dafür, daß man die Augen darauf hinrichten kann und soll. Wir wissen ja alle, daß in unsrer Zeit der verschiedenen Strömungen auch unendlich viel Unklarheit darüber herrscht, was Glauben und was christliches Leben ist. Viele suchen und sehnen sich, weiterzukommen in der Glaubenserkenntnis, und weil ihnen das nicht gelingt, kommen sie über ihre Unsicherheit auch nicht weiter in dem christlichen Leben.

Wenn wir auf diese Verhältnisse den Blick wenden, tritt uns die unendliche Schwierigkeit der Lage sofort entgegen. Man hat gegen mich den Vorwurf erhoben, daß ich gesagt hätte, wir seien alle einig. Als ob kein Unterschied vorhanden und der schrankenloseste Subjektivismus mein Ideal wäre. Ich habe gesagt, daß wir darin einig sind, daß wir tiefer hineinzudringen suchen in den evangelischen Glauben, und daß wir frei sein möchten von menschlichen Formeln. Aber wir danken Gott dafür, daß wir einen Glaubensinhalt haben, daß wir ein Evangelium besitzen und nicht nur auf das Suchen angewiesen sind. Wir sprechen diesen Glaubensinhalt in unserm Glaubensbekenntnis aus. Wenn wir allsonntäglich mit innerer Überzeugung Gott als unsern Vater in Christo bekennen und Jesus, den eingeborenen Sohn als unsern Herrn und Heiland, der uns erlöst hat, und den heiligen Geist, der uns in alle Wahrheit leitet, dann haben wir den Kern unsers Glaubens bekannt. Aber es ist doch auch allgemein anerkannt, daß der Ausdruck „Auferstehung des Fleisches“ ein irriger Ausdruck ist. Wenn wir dies sagen, dann fassen wir es als die Auferstehung des Leibes oder Auferstehung der Toten. Ebenso ist es doch mit dem Ausdruck „niedergefahren zur Hölle“, der doch nur besagen kann und will, daß Gott in seiner Gnade auch den Abgeschiedenen das Heil bereitet hat. Wenn wir bekennen: „Empfangen von dem heiligen Geist, geboren von der Jungfrau Maria,“ dann ist uns dies das Wichtige, daß uns Gott den eingeborenen Sohn in Christus geschenkt hat. Gott sei Dank, daß unser Glaube daran hängt, ob wir den lebendigen Herrn ergreifen, nicht an den metaphysischen Fragen. Dann können wir vor dem Geheimnis der Weihnacht stillestehen, auch dann, wenn wir auf die Frage des „Wie“ keine Antwort finden . . . Wir sind nicht alle einig; es gibt auch eine Grenze, wo man aus der Gemeinschaft des christlichen Glaubens ausscheidet. Man dient niemals der Wahrheit dadurch, daß man dies verschleiert. Trotz aller Wunden, die sie schlagen, müssen wir die Kämpfe durchkämpfen, sie sind von Gott verordnet. Aber wenn diese Verschiedenheit vorhanden ist, müssen wir um so mehr das auffassen, worin man sich

zusammenschließen kann. Die Tagung gerade dieser Synode hat eine erfreuliche Gemeinschaft des Geistes und des Lebens gezeigt. Wir müssen damit aufhören, die Begriffe „gläubig“ und „ungläubig“ auf zwei Parteien anzuwenden. Unser altehrwürdiges Apostolikum ist kein Gesetzbuch mit Paragraphen. Wir bekennen nicht, an den Buchstaben zu glauben, sondern wir bekennen, an den Herrn zu glauben. Gerade die Parteilichkeit schreckt heute viele ab und läßt sie nicht zur Vertiefung ihres Glaubenslebens kommen. Darum lassen Sie uns die volle Wahrheit sagen, wo wir nicht zusammenstehen; aber lassen Sie uns freudig zusammenstehen, wo wir gemeinsamen Boden finden. In der Synode Köln habe ich gesagt, daß wir unsre Konfirmanden nicht auf den Buchstaben des Apostolikums verpflichten. Gewiß ist es erfreulich, wenn sie sich ohne Zweifel dazu bekennen. Aber sind nicht vielleicht diejenigen unter diesen jungen Christen sehr wertvoll, die schon ahnen, welche großen Fragen da im Hintergrunde liegen?

Und die Ordination! Mit jungen, werdenden Geistlichen haben wir es zu tun. Dabei kann es sich nicht darum handeln, ihnen das Joch aufzulegen: „Stimmst du auch jedem einzelnen Satze zu?“ Kein Geringerer als der Generalsuperintendent Braun hat schon gesagt, es handle sich in der Ordination darum, ob sie im Kernpunkt Christus zustimmen können. Dies heißt wirklich das Eine hervorkehren, was not ist. Haben wir nicht auch auf die Suchenden Rücksicht zu nehmen? Da wollen wir uns die Hände reichen, wo wir es wahrhaftig tun können. Sehen wir doch klar, in welcher Lage unsre Kirche ist. Wir haben das Vorwärtsdringen Roms und den Ansturm der weiten Kreise, in denen man kein Christentum mehr kennt. Wir wohnen zwischen beiden in einem Hause miteinander. Ist es da richtig, daß wir uns möglichst weit voneinander trennen? Besser als Gräben zu ziehen, ist es Brücken zu schlagen, soviel wir irgend können. Und wann immer wir uns zusammenfinden, wollen wir Gott von Herzen danken. Es geht immer um die Wahrheit, die volle Wahrheit und Wahrhaftigkeit, aber ebenso um die Liebe, an der der Herr seine Jünger erkennen will.“ (Lebh. Beifall.)

Der Synodale Pfr. Schwarzkopff (pos) dankte D. Lahusen ausdrücklich für diese Ausführungen, die Ziele gezeigt habe, in denen man einig sein könne und doch auch auf die Grenzen hingewiesen habe.

In der „Reformation“ (Nr. 25. 1912) trat D. Philipps den Aufstellungen D. Lahusens scharf entgegen. Vor allem beanstandete er — wohl mit Recht — die allzu bereitwillige und voreilige Preisgabe der Sätze: „Auferstehung des Fleisches,“¹⁾ „niedergefahren

¹⁾ Rein dogmenhistorisch sei bemerkt, daß die ältesten Formen des Symbols nicht den jetzt sinngemäß geforderten Ausdruck: *resurrectio corporis, ἀνάστασις τοῦ σώματος* haben, sondern *resurrectio carnis, ἀνάστασις τῆς σαρκός*, mit voller Absicht, wie schon Justin, Irenaeus und Tertullian betonen. Es

zur Hölle“ u. a. Ebenso den Satz *D. Lahusens* von den „metaphysischen Fragen“: „Dann können wir vor dem Geheimnis der Weihnacht stillestehen, auch dann, wenn wir auf die Frage des „Wie“ keine Antwort haben.“ Hier schreibt *D. Philipps*: „Ja, hätte uns die Schrift keine Antwort gegeben, dann müßten wir vor dem Geheimnis der Weihnacht stillestehen. . . . Warum sollen wir denn ein Fragezeichen dahinter machen? Wir sind doch mit dem ganzen Evangelium und seinem ganzen Inhalt an die Schrift gewiesen, und können doch auf sämtliche Fragen des „Wie“ die Antworten nur aus der Schrift entnehmen. Oder soll unser Verstand die Schrift meistern?“ *D. Philipps* scheint uns hier zu übersehen, daß die Schrift lediglich das „Daß“ betont, nicht das „Wie“; auch *Paulus* nennt es das „gottselige Geheimnis“. Offenbar hat *D. Lahusen* hier nichts in Frage stellen, sondern nur das über die menschliche Vorstellungskraft Hinausgehende betonen wollen. So reden beide des öfteren aneinander vorüber.

Bedauerlich, aber voraussehbar war es jedenfalls, daß der kirchliche Radikalismus sich mit Behagen auf die Konzessionen *D. Lahusens* stürzen werde, um ihnen seinerseits nun wieder einen kritischen Gehalt zu geben, den sie an sich nicht hatten. So *Pfr. Siems-Charlottenburg* in der „Lib. Korrespondenz“:

„Der Wünsche und Bestrebungen des kirchlichen Liberalismus auf Licht, Luft und Freiheit in der Kirche sind ja so viele, und trotz mancher Enttäuschungen, trotz vieler Anfeindungen, als suche er die Kirche zu vernichten oder zu schädigen, kann er des guten Zutrauens sein, daß die Wahrheit auf dem Marsche ist. Ein Bollwerk der Orthodoxie nach dem andern fällt, und aus dem einst so festen und uneinnehmbar scheinenden Gemäuer der orthodoxen Kirchenlehre bröckelt ein Stein nach dem andern heraus. Der Turm wankt, wann wird er fallen? Vor allem ist es zurzeit das Apostolikum, jenes alte, nach vielfachen Veränderungen erstarrte gallische, dann römische Bekenntnis der christlichen Kirche aus dem 5. Jahrhundert, (!) das, wegen seiner vielen Unmöglichkeiten und völlig veralteten und überwundenen Anschauungen und Glaubenssätze heute nur eine Last, schier unerträglich, auf dem freien Denken Tausender und aber Tausender von protestantischen Christen ruht. Auf dieses Bekenntnis wird der Geistliche ordiniert, muß er jedes Kind taufen, jeden heranwachsenden Christen konfirmieren, und in jedem Gottesdienst muß er bei dem liturgischen Gebrauch so tun, als ob es wirklich noch in allen seinen Aussagen den Glauben der heutigen Christenheit bedeute. Wieviel Unwahrhaftigkeit schlummert in diesem Zwang, wieviel schwere Sorge und

liegt hier also keine ungeschickte Form des Ausdrucks, sondern eine gewollte Betonung vor. Auch *Luthers* oft zitiertes Wort von den „Scharren“ wird erst recht verstanden, wenn man seine Auslegung zu 1. Kor. 15 berücksichtigt. *Prof. D. Bornhäuser-Marburg* nahm in dieser Spezialfrage das Wort, ebenfalls abweichend von *D. Lahusen*.

hartes Bedenken muß immer wieder den ehrlichen liberalen Geistlichen belasten, wie mancher junge, zu eigenem Denken und eigenem Bedenken erwachte Christ bäumt sich auf unter dem harten: „Ich glaube . . . niadergefahren zur Hölle, am dritten Tage auferstanden von den Toten, aufgefahren zum Himmel . . . Auferstehung des Fleisches usw.“ Wohl ahnend, daß mit diesem Bekenntnis in seiner auf den Buchstaben verpflichtenden Starrheit schließlich die Orthodoxie steht und fällt, hat diese für die Beibehaltung des Apostolikums gekämpft mit dem Mute der Verzweiflung. Noch im vorigen Jahre hat sie auf den verschiedenen Berliner Kreissynoden die entsprechenden Anträge des kirchlichen Liberalismus niedergestimmt und, wo ihr das nicht möglich war, sie in dem Schoße der Kirchenbehörde begraben. Und es war noch gar nicht einmal die Abschaffung des Apostolikums beantragt, sondern nur die Einrichtung von Parallelf formularen für die Konfirmationshandlung unter Weglassung des Apostolikums für solche, die aus innerer Wahhaftigkeit sich an ihm stießen. Um so wertvoller erscheint daher die Verhandlung über das Apostolikum auf der Kreissynode Berlin-Köln-Stadt am 6. Juni. Nachdem der erste Pfarrer der Melancthon-Gemeinde Steiniger erklärt hatte, daß er bei seiner Ordination nicht auf das Apostolikum verpflichtet worden sei, sagte der Generalsuperintendent *D. Lahusen* . . . — Nun werden von allen Aufstellungen *D. Lahusens* nur die kritischen aufgezählt. Die positive Seite wird völlig übersehen und totgeschwiegen. Und dann am Schluß: „Und was sagt dazu die Orthodoxie? — Aber freuen wir uns, daß die Wahrheit auf dem Marsche ist. Es muß doch einmal Tag werden, auch in der evangelischen Kirche!“

Die immer höher gehenden Wogen der Debatte veranlaßten Generalsuperintendent *D. Lahusen* in einer im „Reichsboten“ vom 16. Juni (Nr. 130, 1. Beil. 1912) gegebenen Erklärung seinen Standpunkt darzulegen und den Charakter seiner früheren Erklärungen zu präzisieren. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„1. Nicht ich habe die Frage des Apostolischen Glaubensbekenntnisses aufgeworfen und damit einen Streit über das Apostolikum hervorgerufen, sondern die über die Ordination und das Apostolikum gefallenen Worte hatten eine erregte Auseinandersetzung bewirkt. Ich war überzeugt, daß Mißverständnisse obwalteten und hielt mich für verpflichtet, einen Versuch zur Aufhellung derselben zu machen, da ich der einzige auf der Synode war, der zu ordinieren hat.

2. Ich habe nicht im Namen des Kirchenregiments, ebensowenig im Namen der Generalsuperintendenten gesprochen, sondern nur gesagt, daß wir Generalsuperintendenten den jungen Geistlichen klarzumachen suchen, daß das Apostolikum im Ordinationsformular als der bestimmte Ausdruck unsers christlichen Glaubens vorkomme, und wir bei der Ordination auf unsern evangelischen Glauben verpflichten. Was ich im übrigen

gesagt habe, habe ich lediglich in meinem eigenen Namen gesprochen. Ich glaube nun allerdings, von meinen Worten nichts zurücknehmen zu müssen.

3. Ich habe mich in bestimmter Weise zu dem Glauben bekannt, von dem das Apostolikum handelt, und gesagt, daß, wer sich überhaupt nicht zu diesem evangelischen Glauben bekenne, der auf Gottes Wort gegründet ist, das heilige Predigtamt nicht übernehmen könne. Ich habe schon auf der Kreissynode Berlin III hervorgehoben, daß ich nicht gesagt habe: im Grunde sind wir einig, als ob es nicht auch innerhalb unsrer Kirche Richtungen gäbe, bei denen ich das volle Bekenntnis des Glaubens vermisse, sondern ich habe gesagt: im Grunde sind wir darin einig, daß wir das, was das Apostolikum in sich trägt, als unsern Glauben immer tiefer ergreifen, aber auch die Freiheit von menschlichen Formen uns allezeit bewahren wollen. Es steht auch so, wenn auch vielleicht nicht ganz deutlich genug, im Bericht des „Reichsboten“. Das „Wir“ in dem Satze habe ich selbstredend im Blick auf die Mitglieder der Synode ausgesprochen. Es muß nach meiner Überzeugung in unsrer Kirche immer bei dem bleiben, was Karl Immanuel Nitzsch in einem Gutachten auf der Generalsynode von 1846 ausgeführt hat: „Eine Lehrverpflichtung der evangelischen Geistlichen ist im allgemeinen zulässig und notwendig, denn die evangelische Kirche ist Lehrgemeinschaft, kann also bei aller Pflege der Lehrfreiheit nicht umhin, der Lehrwillkür Schranken zu setzen,“ und es bleibt dabei, daß wir ein, wie er damals forderte, in Urworten der Heiligen Schrift gefaßtes, von dem Ordinanden ausdrücklich zu bestätigendes Bekenntnis der Grundtatsachen und Grundwahrheiten des Evangeliums besitzen müßten. Unsre Agende spricht diese Verpflichtung bei der Ordination durchaus treffend in folgenden Worten aus: „Dabei sollt ihr ernstlich beachten, daß es dem evangelischen Prediger nicht zusteht, eine andre Lehre zu verkündigen und auszubreiten als die, welche gegründet ist in Gottes lauterem und klarem Worte, verfaßt in der Heiligen Schrift Alten und Neuen Testaments, unsrer alleinigen Glaubensnorm, und bezeugt in den drei Hauptsymbolen, dem Apostolischen, dem Nicänischen und Athanasianischen, und in den Bekenntnisschriften unsrer Kirche.“

4. Diese Verpflichtung des Ordinanden auf den Glauben unsrer Kirche ist aber, wie auch von positiver Seite auf der Synode ausgesprochen worden ist, keine gesetzliche, sondern eine evangelische, und darum kann sie keine Verpflichtung auf den Buchstaben jedes einzelnen Satzes im Apostolikum sein. In meinen Predigten über das Apostolische Glaubensbekenntnis, auf die ich mich beziehen darf, da sie in der Presse erwähnt sind, habe ich gesagt: „Ob das Apostolische Glaubensbekenntnis auch nicht von den Aposteln selbst verfaßt, sondern seinem wesentlichen Inhalt

nach im zweiten Jahrhundert aus dem Taufbekenntnis entstanden ist: — es enthält doch die Lehre der Apostel und ist von der Christengemeinde von alters her bekannt worden, oft unter den Stürmen der Verfolgungen und im Märtyrertode. Es gilt für unsern Glauben: wir sind nicht von gestern her. Wir bekennen einmütig mit der gesamten Christenheit auf Erden, also wir stehen nicht allein. Es ist laut geworden bei unsrer Taufe, wir haben es gesprochen in der Stunde der Einsegnung. Wir wollen immer freudiger glauben und immer mutiger bekennen, nicht nur im Gottesdienst, sondern draußen in der Welt. Ein trotziges Dennoch soll in uns pochen gegenüber allem Widerspruch der Welt. Es ist ein Höhepunkt im Gottesdienst, wenn eine Gemeinde sich in tiefer Dankbarkeit des Reichtums ihres Glaubens bewußt wird. Da wird das Bekenntnis nimmer alt, sondern bleibt immer jung und frisch.“ Ich habe mich aber verpflichtet gefühlt, in der letzten Predigt auszusprechen: „Auch unser Apostolisches Bekenntnis ist ein menschliches, ein unvollkommenes.“ Das letztere ist eine Tatsache. Man kann sich mit voller Freudigkeit zum Apostolischen Glaubensbekenntnis bei der Ordination sowie im Gottesdienst bekennen und doch in einzelnen Punkten abweichender Meinung sein. In bezug auf die Verpflichtung bei der Ordination hat Generalsuperintendent D. Braun auf der Brandenburgischen Provinzialsynode im Jahre 1905 ebenso entschieden wie weitherzig und milde gesagt: „Die jungen Ordinanden fallen nicht in die Hände von Fanatikern, sie würden nicht auf jeden Buchstaben, sondern auf den Inhalt der Bekenntnisse verpflichtet; verlangt würde von ihnen, daß sie bestrebt seien, von dem Mittelpunkt der christlichen Wahrheit aus, daß nämlich Christus Gegenstand unsres Glaubens sei, die einzelnen Heilswahrheiten schrift- und bekenntnismäßig zu erfassen.“ Ob der einzelne das geforderte „Ja“ in diesem Sinne sprechen kann, das bleibt eine Sache seines Gewissens, darüber richtet nur der, der die Herzen kennt.

Wo nun die Grenzen für die kirchliche Verkündigung innerhalb unsrer evangelischen Kirche sind, das ist eine Frage, die der einzelne nicht beantworten kann. Zwischen gläubigen Christen ist ja eine Verständigung über die christlichen Grundwahrheiten leicht, es handelt sich zuletzt immer um das schlichte Bekenntnis: Ich glaube, daß Jesus Christus sei mein Herr. Aber in unsrer gärenden Zeit ist es bisher nicht gelungen, die Grenzen für die kirchliche Verkündigung theologisch festzulegen. Wie sollte es ein einzelner in den Verhandlungen einer Synode versuchen. Was aber die Verkündigung auf der Kanzel betrifft, so ist auch nach meiner Meinung durchaus zu fordern, daß das Evangelium Jesu Christi positiv aufbauend gepredigt werde, so gut es der einzelne vermag. Im Gottesdienst soll Gottes Friede sein.

Ich darf in unsrer so tief ernsten Frage mit einem Wunsche schließen: Möchten doch alle die, die den einen seligmachenden Glauben, der sich im Apostolischen Glaubensbekenntnis ausspricht, bekennen, nicht untereinander streiten. Möchten sie auch das Heil der Kirche nicht erwarten von Bekenntnissen, die wohl wie die Leuchttürme dem Schiffer auf dem weiten Meer den weiten Weg weisen, aber das Schiff nicht vorwärts bringen, oder von Maßnahmen des Kirchenregiments, sondern möchten sie vertrauen auf den in seiner Gemeinde gegenwärtigen himmlischen Herrn, in dem allein unser Heil steht. Je mehr er unser ist und sein Geist uns regiert, desto zuversichtlicher können wir das uns befohlene Werk tun.“

D. Lahusen hatte sich für die Berechtigung seiner Anschauung in der Ordinationsfrage (er hatte bis dahin als noch nicht lange ernannter Generalsuperintendent von Berlin erst eine Ordination gehalten) auf den Oberhofprediger *D. Dryander* und den verstorbenen Generalsuperintendent *D. Braun* berufen, dessen Andenken bei allen, und insonderheit bei denen der kirchlichen Rechten, bis heute in hohem Ansehen steht. Die persönliche Berufung auf den letzteren führte noch zu einem Protest seiner Freunde, *P. Prof. D. Möller* und *Prof. Eickhoff*, der wieder Repliken von anderer Seite hervorrief (Generalsuperintendent *Schöttler*). Wir übergehen das hier. Eine Notiz in der auch in Pastorenkreisen viel gelesenen „*Tägl. Rundschau*“ (Nr. 266 vom 9. Juni) lautete:

„Eine Umfrage bei sämtlichen Generalsuperintendenten der Preußischen Landeskirche würde mit Sicherheit ergeben, daß alle diese Herren ihres verantwortlichen Amtes, junge Theologen in den Dienst der Landeskirche aufzunehmen, nur unter denselben Bedingungen walten können, die *D. Lahusen* vorgetragen hat.“

Das alles veranlaßte *D. Philipps* zu einer „Offenen Bitte an die Herren Generalsuperintendenten der evangelischen Landeskirche Preußens“, der wir folgende Sätze entnehmen:

(Nach Darlegung des Sachverhalts) . . .

„Diese Aussagen des Herrn *D. Lahusen* und diese Behauptung der „*Tägl. Rundschau*“ haben in den Kreisen der gläubigen Gemeinde die höchste Beunruhigung hervorgerufen, da sie Blicke tun lassen in eine Ordinationspraxis, die für den Bekenntnisstand der Kirche die denkbar größte Gefahr bedeutet. Der heimgegangene Generalsuperintendent *D. Braun* kann zu seiner Rechtfertigung nichts mehr tun (seine Freunde aber und Geistliche, die von ihm ordiniert sind, haben ihn nachdrücklich in Schutz genommen), und *Ezz. D. Dryander* hat bis jetzt in dieser Angelegenheit das Wort nicht ergriffen. Die gläubige Gemeinde aber erwartet ein Wort der Beruhigung und Aufklärung aus dem Munde ihrer Generalsuperintendenten.

Unsre deutsch-evangelischen Landeskirchen sind zum Teil schon beherrscht, zum Teil stark bedroht von einer Überflutung

der Gemeinden durch Geistliche, welche nicht mehr auf dem Boden des Apostolikums stehen, vielmehr darauf aus sind, das Apostolikum aus seiner verfassungsmäßig geltenden Stellung zu verdrängen. In Groß-Berlin haben sich bereits „positive Minoritäten“ aus neun liberalen Gemeinden mit mehr als 300 000 Seelen in ihrer geistlichen Not an den Evangel. Oberkirchenrat mit der Bitte um Hülfe gewandt, ein Zeichen, wie stark das Vordringen derer ist, die das grundlegende Bekenntnis der Kirche beseitigen wollen.

Die Tür zum geistlichen Amte in der Kirche ist die Ordination, und die Schlüssel zu dieser Tür liegen in den Händen der ordnierenden Generalsuperintendenten; sie können die Tür aufschließen und zuschließen. Alle derzeitigen liberalen Geistlichen der Landeskirche, die gegen den Bekenntnisstand der Kirche ankämpfen, sind durch diese Tür in das Amt der Kirche eingegangen. Nicht alle liberalen Geistlichen haben sich erst nach ihrer Ordination im bekenntnisfeindlichen Sinne entwickelt, im Gegenteil, nach der allgemeinen Ansicht dürfte eine Entwicklung nach der positiven Seite hin die häufigere sein. Ist das richtig, dann muß eine sehr große Zahl von Bekenntnisgegnern schon bei der Ordination auf einem das Bekenntnis ablehnenden Standpunkt gestanden haben. Es ist nicht bekannt geworden, daß solche Theologen in nennenswerter Zahl durch die Herren Generalsuperintendenten von der Ordination zurückgewiesen sind. Darum besteht die Besorgnis, es könnten auch in Zukunft Gegner des Apostolikums in größerer Zahl durch diese Tür in das geistliche Amt der Kirche eingehen.

Was gedenken nun die Herren Generalsuperintendenten angesichts dieser Sachlage zu tun, um die Gemeinden gegen diese Gefahr zu schützen? Die gläubige Gemeinde wird es verstehen können, wenn in besonderen Ausnahmefällen jungen Theologen, die noch nicht völlig zum bekenntnismäßigen Glauben der Kirche durchgedrungen sind, in der bestimmten und begründeten Erwartung einer ferneren positiven Entwicklung und eines Hineinwachsens in den vollen Glauben der Kirche die Ordination nicht versagt wird, wenn sie den auferstandenen, lebendigen, göttlichen Heiland freudig bekennen und das aufrichtige Verlangen kundgeben, ihm mit völliger Hingabe zu dienen; sie kann es aber nicht verstehen, wie ein Generalsuperintendent erklären kann, er würde nicht mehr in der Lage sein, evangelische Theologen zu ordinieren, wenn der Ordinierte sich zu jedem einzelnen Punkte des Apostolikums bekennen müßte; ebenso würde sie es auch nicht verstehen können, wenn jungen Theologen bei der Ordination Generaldispense von einzelnen „Punkten“ des Apostolikums erteilt werden sollten. Die gläubige Gemeinde erwartet aber, daß solchen Theologen, die noch nicht völlig zum Bekenntnis der Kirche hindurchgedrungen sind, auf ihren Ordinationseid hin gesagt wird, daß sie die Gewissenspflicht haben, ihr Amt wieder in die Hände der Kirche zurückzugeben, wenn sich die oben ausgesprochene Erwartung nicht

erfüllt oder gar eine Entwicklung in entgegengesetzter Richtung eintreten sollte. Sie erwartet ferner, daß es solchen Geistlichen, die noch nicht ganz auf dem Bekenntnis der Kirche stehen, zur heiligen Pflicht gemacht wird, nicht wider den Bekenntnisstand der Kirche und im besonderen nicht wider das Apostolikum zu reden und zu schreiben, solange sie ein geistliches Amt in der Kirche bekleiden. Und sie erwartet endlich, daß solchen, die sich von vornherein grundsätzlich ablehnend gegen das Apostolikum oder auch nur einzelne „Punkte“ desselben verhalten, die Ordination verweigert wird. Nur unter solchen Voraussetzungen würde die gläubige Gemeinde es verstehen können, wenn bei der Ordination in besonderen Fällen von der Verpflichtung auf sämtliche „Punkte“ des Apostolikums um der Not der Zeit willen in Weitherzigkeit und Milde etwas nachgelassen wird.

Das „Irrlehregesetz“ bestimmt, daß das „Feststellungsverfahren“ angewandt werden soll, „wenn auf Grund von Tatsachen die Annahme gerechtfertigt erscheint, daß ein Geistlicher in seiner amtlichen oder außeramtlichen Lehrtätigkeit mit dem Bekenntnis der Kirche dergestalt in Widerspruch getreten ist, daß seine fernere Wirksamkeit innerhalb der Landeskirche mit der für die Lehrverkündigung allein maßgebenden Bedeutung des in der Heiligen Schrift verfaßten und in den Bekenntnissen bezeugten Wortes Gottes unvereinbar ist“. Besser aber als die vielleicht hier und da unumgänglich notwendige, aber doch in allen Fällen unerfreuliche und für die Gemeinden, die davon betroffen werden, höchst peinliche und unangenehme Anwendung des Irrlehregesetzes wird eine Ordinationspraxis sein, die von vornherein die Anwendung dieses Gesetzes möglichst beschränkt.

Die bekennnistreuen Glieder der evangelischen Kirche erwarten aus dem Munde ihrer Generalsuperintendenten ein Wort der Aufklärung und Beruhigung.“

Wegen der durch die Preßpolemik verursachten Beunruhigung seiner Gemeinde hielt *D. Lahusen*, nach vorhergegangener Anzeige am 3. Sonntag nach Trin. (23. Juni) in der Dreifaltigkeitskirche eine Predigt über „Glauben und Bekennen“ im Anschluß an Röm. 10, 10 (in Druck gegeben: *Sola fide* — Allein durch den Glauben; Berlin, Warneck, 0,20 M.), mit der er das letzte Wort in der Sache öffentlich gesprochen hat. Was *D. Lahusen* da in schönen prägnanten Worten vom „Glauben“ sagte, bezieht sich lediglich auf den persönlichen Heilsglauben des Einzelchristen. Die Frage nach der Tragweite der durch die Ordination gegebenen Bekenntnisverpflichtung blieb natürlich in dieser Gemeindepredigt unerörtert. Gerade dieser Punkt war noch wochenlang das Thema der theologischen Kontroverse.

Eine scharfe Zurückweisung der liberalen Auffassung, die manche — ob mit Recht oder Unrecht, bleibe hier dahingestellt — aus den ersten Ausführungen *D. Lahusens* glaubten heraushören

zu dürfen, brachte ein Artikel der Kreuzzeitung vom 10. Juni, also vor den Darlegungen *D. Lahusens* auf der Kreissynode Berlin-Stadt III (12. Juni). Da diese Ausführungen, soweit wir sehen, das Leitmotiv gegeben haben für die Bestreiter der Lahusenschen Aufstellungen, bringen wir hier den Hauptinhalt:

„. . . Immer war es die Wahrhaftigkeit, unter deren herrlichem Schilde der Liberalismus gegen dies Fundament des christlichen Glaubens Sturm lief. Immer wieder fühlten sich dann Vertreter des Kirchenregiments, wie vor kurzem Generalsuperintendent *D. Lahusen*, gedrungen, zu versichern, es handle sich ja nicht um eine Verpflichtung auf den Wortlaut, sondern auf den Inhalt des Apostolikums. (Dabei wird ganz übersehen, daß eigentlich nicht die Kirche eine Verpflichtung aufzwingt, sondern die sich Verpflichtenden freiwillig eine Verpflichtung eingehen. Können sie es nicht mit gutem Gewissen tun, steht es ihnen frei, die Verpflichtung abzulehnen. Das entspricht der Wahrhaftigkeit!) Und immer lösten derartige Erklärungen bei den Vertretern des Liberalismus einen Jubelsturm aus, der sich auf der Kreissynode Berlin-Köln bis zum sonst nicht üblichen „Händeklatschen“ steigerte.

Wir bedauern diese Erklärungen vor dieser Zuhörerschaft, weil sie in einem ganz andern Sinn verstanden und gewertet werden, als sie gemeint sind. Es ist ganz etwas anders, ob ein Generalsuperintendent als Seelsorger mit einem einzelnen Ordinanden, einem werdenden Prediger, der die göttliche Wahrheit sucht, die Fragen des christlichen Glaubens bespricht, oder ob vor dem Forum der breiten Öffentlichkeit, auch vor solchen, die sich zu Jathos Unglauben gegenüber den Realitäten der Offenbarung offen bekannt haben, diese Dinge verhandelt werden. Jenem gegenüber kann gesagt werden: Halte dich zunächst an das, was du im Glauben ergriffen hast. Dann wird Gott dich auch zu der Erkenntnis führen, daß ein bloßer Mensch die Sünder nicht erlösen kann und daß Gottes Liebe sich gerade in der Hingabe seines eingeborenen Sohnes am herrlichsten kund tut! Diesen gegenüber aber, die doch berufen sind, über den Grundfesten der christlichen evangelischen Kirche zu wachen, tut eine andere Sprache not.

Um was handelt es sich denn für den kirchlichen Liberalismus bei diesem Kampfe? Glauben denn diese Männer, die zum Teil offen mit Haeckel und dem Monismus in der Theorie und mit dem Materialismus in der Praxis kokettieren, an den Inhalt des Apostolikums, an den evangelischen Glauben, den das Apostolikum in sich trägt? Was müßten diese Vertreter der Wahrhaftigkeit antworten, wenn sie ungeschminkt die Wahrheit sagen wollten, auf die Fragen: Glaubst du an einen allmächtigen Gott, den Vater? An einen Gott, der Wunder tut und Gebete erhört? Glaubst du an Jesum Christum, der vom Tode erstanden ist und persönlich lebt und zur Rechten Gottes sitzt? Glaubst du an eine wirkliche Vergebung deiner wirklichen Sünde um Jesu willen und an ein

ewiges Leben? Nach dem, was kirchliche liberale Wortführer in der theologischen Presse und in öffentlichen Versammlungen geäußert haben, müßten sie mit einem Munde antworten: Nein und tausendmal nein!

Steht es aber so, dann ist es höchst bedenklich zu erklären, wie geschehen sein soll: Im Grunde sind wir einig! Dann ist es ein großer Irrtum zu meinen, durch Preisgebung des Wortlauts „geboren von der Jungfrau Maria“ und „Auferstehung des Fleisches“ die Gegner gewinnen und den unüberbrückbaren Graben überbrücken zu können. Dann ist es äußerst gefährlich durch sicherlich gutgemeinte Worte wie: „Wir möchten, was das Apostolikum in sich trägt, als evangelischen Glauben immer tiefer erfassen, aber auch die Freiheit von menschlichen Formen uns allezeit bewahren“ — gleichsam offiziell die Gleichberechtigung des halben, suchenden Glaubens mit dem vollen, ganzen, siegesgewissen Glauben an Gottes Wort zu proklamieren. Lessings Gedanken über das Suchen nach Wahrheit gegenüber dem Besitz der Wahrheit werden unsre kranke Zeit nicht heilen. Das schmerzlichste ist, daß bei solchen Ausführungen nicht den suchenden, zweifelnden Menschen der Stempel der Unvollkommenheit aufgedrückt wird, der ihnen doch gebührt, sondern denen, die sich zum alten, vollen Bibelglauben durchgerungen haben, in den Augen der großen Masse der Stempel der Unwahrhaftigkeit und Heuchelei, der ihnen nicht gebührt.

Unsre Kirche steht und fällt mit dem Glauben an den dreieinigen Gott, wie er im Apostolikum gewiß durch Menschen, aber ebenso gewiß durch die Leitung des heiligen Geistes seinen Ausdruck gefunden hat. Darum sollten alle, die unsre christliche Kirche lieb haben und zu ihren Führern und Leitern berufen sind, feststehen in der Abwehr aller Angriffe, die sich gegen die Geltung des Apostolikums richten. Die römisch-katholische Kirche krankt innerlich an dem Festhalten an einer künstlichen Einheit; die Wahrheit steht aber in Gefahr. Gott bewahre unsre evangelische Kirche vor allen unnatürlichen Versuchen, da eine Einigkeit zu konstatieren, wo in der Tat keine ist, und helfe ihr zu der wahren Einheit im Geist, im Glauben an den dreieinigen Gott! Wir haben die Wahrheit, wenn wir den haben, der von sich sagt: Ich bin die Wahrheit! und uns von dem Geist führen lassen, der Jesu Jünger in alle Wahrheit leiten soll!“

Die Limitierungen, die der verstorbene Generalsuperintendent *D. Braun* bei der Bekenntnisverpflichtung seiner Ordinanden gegeben habe (*D. Lahusen* nahm ja Bezug darauf), fanden bei einem von *D. Braun* ordinierten Geistlichen eine andere Deutung und Auffassung:

Reformation 1912. Nr. 26:

„Mir und anderen mit mir Ordinierten, wie ich durch Nachfrage feststellen konnte, hat *D. Braun* nichts gesagt, was auch nur entfernt eine Unterscheidung von Substanz und Form des Aposto-

likums bedeuten würde. Wohl aber weiß ich, da ich viele Jahre hindurch seine seelsorgerliche Beratung in Anspruch nehmen durfte, daß er den jungen Geistlichen Zeit lassen wollte, sich in den vollen Besitz des Apostolikums hineinzuleben. Auf keinen Fall — und das ist in dem jetzigen Streit doch das Maßgebende — würde *D. Braun* einem evangelischen Geistlichen das Recht zugestanden haben, auf Grund seiner seelsorgerlichen Unterredung vor der Ordination sich befugt zu halten zur Bekämpfung einzelner Aussagen des Bekenntnisses als unwesentlich und dem Evangelium widersprechend. Wer sich hierfür auf den Entschlafenen berufen wollte, würde es gegen die Wahrheit tun.“

Der geschäftsführende Ausschuß der Positiven Union gab (am 10. Dez. 1912) folgende Erklärung ab:

„Unsere Stellung zum neuesten Apostolikumstreit und zur Ordinationspraxis.

1. Es ist nicht zu billigen, wenn den Ordinanden im voraus für einzelne Punkte des Ordinationsgelübdes Generaldispens erteilt oder gar die Grenze der Bindung dem Ermessen des einzelnen überlassen wird. Es muß verlangt werden, daß das Ordinationsgelübde nach dem kirchengesetzlich festgelegten, agendarischen Formular ungeschmälert zur Anwendung kommt.

2. Es ist Aufgabe unsrer Gruppe, auf allen Stufen des synodalen Lebens, namentlich in den Provinzialsynoden und in der Generalsynode, dahin zu wirken, daß an der Stellung des Apostolikums im Ordinationsformular wie überhaupt in der Agende nichts geändert und in der Praxis aller Abschwächung und Umdeutung des Bekenntnisses vorgebeugt wird.

3. Um der Not der Zeit willen kann es ertragen werden, daß Ordinanden, die sich noch nicht auf den Boden des vollen Bekenntnisses der Kirche stellen können, auf ihr Ansuchen vom Ordinator seelsorgerlich dahin beraten werden: Sie dürfen das Gelübde ablegen, wenn sie sich zu Jesu Christo, dem eingeborenen Sohn Gottes, dem Gekreuzigten und Auferstandenen, bekennen und dabei den Vorsatz haben, von diesem Mittelpunkt aus immer mehr in das volle Bekenntnis hineinzuwachsen. Jedoch muß solchen Ordinanden zugleich zur Gewissenspflicht gemacht werden, daß sie als Diener der Kirche nicht wider das Bekenntnis lehren und noch weniger öffentlich streiten dürfen, und daß sie, falls ihre Entwicklung eine grundsätzlich ablehnende Richtung nehmen sollte, freiwillig ihr Amt in die Hände der Kirche zurückzugeben haben.“

Andere Resolutionen übergehen wir.

Bemerkenswert war die Stellung, die der äußerste Radikalismus in dieser Debatte einnahm. Sie lag nicht weit ab von dem bekannten Wort, daß die Extreme sich berühren.

Jatho schrieb im Berliner Tageblatt Nr. 322. 1912:

„Doch will ich mal den Fall setzen, *D. Lahusen* hätte recht (mit seinem Ausspruche, daß wir im Apostolikum den Inhalt

unseres Glaubens bekennen). Welcher Generalsuperintendent dürfte es sich dann herausnehmen, an dieser markigen Urkunde zu deuteln? Das Apostolikum hat vor allen anderen christlichen Bekenntnissen den Charakter innerer Geschlossenheit voraus. Es ist ein imponantes Bauwerk, das seinen Meistern alle Ehre macht. Aber imponant nur als ein Ganzes. Seine drei Stockwerke finden aneinander ihren Halt, und auf dem Niveau jeder einzelnen Etage ist Stein mit Stein unzertrennlich vermörtelt und verankert. Es darf kein Stück herausgenommen, keine Wacke erweicht werden, wenn nicht das Ganze zusammenstürzen soll. Ist zum Beispiel Christus nicht vom heiligen Geist empfangen, nicht von der Jungfrau geboren, dann sitzt er weder zur Rechten des Vaters noch kommt er wieder zum Gericht. Das weiß unsere Orthodoxie. Darum hat sie auch alsbald gegen die Lahusenschen Ausführungen Verwahrung eingelegt, und ich kann ihr darin nur recht geben. *D. Lahusen* meint, es sei doch „allgemein anerkannt“, daß der Ausdruck „Auferstehung des Fleisches“ „ein irriger Ausdruck ist“. Ähnlich stehe es mit dem Satze „niedergefahren zur Hölle“. Diese Worte könnten doch nur besagen, „daß Gott in seiner Gnade auch den Abgeschiedenen das Heil bereitet hat“. Ja, der Herr Generalsuperintendent dankt sogar Gott dafür, daß unser Glaube an den „lebendigen Herrn“ nicht von „metaphysischen Fragen“ abhängig sei. Er meint daher „vor dem Geheimnis der Weihnacht stillstehen“ zu können, „auch wenn wir auf die Frage des „Wie“ keine Antwort finden“. Es ist gut, daß *D. Lahusen* nicht dorthin zitiert werden kann, wo ich jetzt vor Jahresfrist gestanden habe. Unter den 13 Herren des Spruchkollegiums wäre Herr Professor Haußleiter aus Greifswald nicht der einzige, der ihn eines Besseren belehren würde. Und noch tröstlicher ist es, daß das Konzil von Nicäa es noch nicht mit preußischen Generalsuperintendenten nach Art des Herrn *D. Lahusen* zu tun hatte. Daß es ohne „metaphysische Fragen“ und ihre unfehlbaren Lösungen nicht geht, würde ein solcher Irrlehrer noch nachdrücklicher zu schmecken bekommen haben als Arius, der doch sehr fest auf metaphysischem Boden stand. Es ist eine bedauerliche Selbsttäuschung, zu wähnen, man könne modern gestimmte Religiosität pflegen, das Metaphysische in zweite Linie stellen und doch auf dem Boden des Apostolikums beharren. Das Apostolikum ist einer der gewaltigsten Prediger absoluter Objektivität in Sachen der Religion. Es nimmt dem Subjektivismus jeden Spielraum und weiß nichts von individuellen Erfahrungen und christlicher Psychologie. Dieses granitene Credo behandeln zu wollen wie eine gummiweiche theologische Abhandlung, kommt mir vor, wie wenn man sich daran gäbe, die Messen eines Palestrina nach den Maßstäben der Beethovenschen Missa solemnus umzukomponieren und sich darüber zu freuen, daß jetzt das Ding erst angenehm ins Ohr fiele.“

Er schildert dann, daß es zwei Wege gäbe, um zu gesunden Zuständen zu gelangen. Der eine besteht darin, daß man die Forderungen der Orthodoxen als berechtigt anerkenne, der andere fordert die Preisgabe des Apostolikums und jeden Bekenntniszwanges.

* * *

In der an *D. Lahusens* Ausführungen anknüpfenden Debatte ist nur gelegentlich und flüchtig auf das Zirkularschreiben des Evangel. Oberkirchenrats an die Generalsuperintendenten vom 25. Nov. 1892 Bezug genommen worden. Es erscheint uns nicht unwichtig, hier an einzelne Sätze desselben zu erinnern. Veranlassung war der Apostolikumstreit von 1891, der anknüpfte an Prof. Harnacks Antwort an Studierende der Theologie. Es heißt da: „Mit den Herren Generalsuperintendenten stimmen wir überein, daß das Ehrwürdige in seinem Grundstock bis in die ältesten Zeiten der Kirche, ja bis nahe an das apostolische Jahrhundert heranreichende Apostolische Symbol, in seiner kurzen Fassung ein bededtes Zeugnis von den großen Taten Gottes, nach seiner Gliederung ein bedeutsames Muster für die katechetische Unterweisung, nach seiner Bewährung in der Gemeinde die unerschöpfliche Quelle der Erbauung für jung und alt, der Kirche um so weniger entbehrlich ist, als es nach seinem Inhalt das Einheitsband der gesamten Christenheit auf Erden bildet. Eine Entfernung aus dem gottesdienstlichen Gebrauch oder auch nur eine Freigabe an die Willkür der Einzelgemeinde würde das Rechtsbewußtsein der landeskirchlichen Gemeinde verletzen, dem Kultus ein hohes Kleinod, der Gemeinde einen Höhepunkt der Sammlung und Anbetung rauben.

Unseres Amtes wird es sein, innerhalb der evangelischen Kirche unseres Amtsbezirks dafür Sorge zu tragen, daß an dem Bekenntnisstand unserer Kirche, welcher neben den übrigen Grundwahrheiten des in dem Apostolischen Bekenntnisse in symbolische Form gebrachten Christenglaubens auch das Bekenntnis an die Menschwerdung Gottes in Christo begreift, mit innerer Treue festgehalten wird, wie es nicht minder unsere Amts- und Gewissenspflicht erheischt, die in betreff des liturgischen Gebrauchs des Apostolikums bestehende kirchliche Ordnung, wie bisher, so auch ferner aufrecht zu halten. Daß wir bei aller evangelischen Weitherzigkeit und entfernt davon, aus dem Bekenntnis oder aus jedem Einzelstück desselben ein starres Lehrgesetz zu machen, doch etwaige agitatorische Versuche, das Apostolikum aus seiner Stellung zu verdrängen, bei unsern Geistlichen nicht dulden werden, darüber ersuchen wir Ew. Hochwürden, in den kirchlichen Kreisen, insbesondere auch in der Geistlichkeit Ihres Amtsbezirks bei sich darbietender Gelegenheit keinen Zweifel zu lassen“ . . .

Es darf doch nicht übersehen werden, daß die Veranlassung zu *D. Lahusens* Ausführungen der von der kirchlichen Linken wieder aufgenommene Versuch war, das Apostolikum zu beseitigen, daß die Tendenz dieser Ausführungen die war, diesen Versuchen entgegenzutreten und endlich, daß die oben von uns gesperrten Sätze ihm formal ein Recht gaben das zu sagen, was er sagte.

Ferner ist nicht zu bestreiten, daß in dem Ordinationsformular der Agende der Preußischen Landeskirche etwas Schwebendes liegt. Aber dieses Schwebende ist zugleich eine Notwendigkeit. Jeder Versuch, es zu eliminieren, wird in Ergebnislosigkeit ausmünden. Das Schwebende liegt darin, daß in der Tat das Apostolikum als Lehrnorm aufgestellt wird und zugleich die Heilige Schrift als „alleinige Glaubensnorm“ genannt wird. Es handelt sich also, rein sachlich angesehen, in der Ordinationshandlung selbst zunächst nicht um eine Glaubensverpflichtung, als vielmehr um eine Lehrverpflichtung. Der Ordinand gelobt — rein formal gesagt — nicht dies oder jenes glauben zu wollen, aber er gelobt in seinem Amt nicht anders predigen oder lehren zu wollen, als das Symbol bezeugt. Damit ist allerdings indirekt eine Glaubensverpflichtung gegeben, und zwar insofern, als es unethisch wäre zu lehren, was man nicht glaubt. Nun ist aber der reine negative Begriff des „Nichtglaubens“ ein schwankender, weit gespannter. Zwischen der bewußten schroffen Ablehnung und der noch nicht völligen Aneignung, vielleicht gar verbunden mit dem heißen Wunsch der Möglichkeit völliger Aneignung, liegen viele Nüancen. Hier ist die Latitude gegeben, von der *D. Lahusen* redete. Hier hat das gewissenhafte Ermessen des Ordinator das Feld seiner Betätigung. Nicht darauf kommt es an, ob dieses „nicht glauben“ oder „noch nicht völlig glauben“ sich auf ein mehr oder minder wichtiges Stück des Apostolikums erstreckt, sondern nur auf die Qualität des „Nichtglaubens“, die zu erkennen Sache des seelsorgerlichen Scharfblicks bleiben muß. Jede Atomisierung des Apostolikums ist da von vornherein ein Fehler — es muß als Ganzes genommen und gewertet werden. Jede Unterscheidung zwischen primären und sekundären Lehrstücken trägt da von vornherein den Stempel des Willkürlichen, des Subjektiven. Es gibt im Apostolikum schlechterdings nichts Sekundäres. Daß *D. Lahusen* diese Unterscheidung gemacht hat, ist u. E. das Verhängnisvolle, das Zurückzuweisende gewesen, nicht aber die Behauptung, daß der Ordinator seinerseits abzusehen habe von der Forderung einer unbedingten Zustimmung zu jedem Lehrstück. Man sollte das *D. Lahusen* nicht als einen Abfall von den Grundlagen des Glaubens der Kirche, nicht als ein Verlassen der bisherigen kirchlichen Praxis aufgemutzt haben. Er hatte gewiß das historische Recht, sich auf Präzedenzfälle zu berufen.

In der Beurteilung dieser Sache sind auf positiver Seite u. E. die verschiedenen möglichen Tatbestände nicht mit genügender

Schärfe auseinandergehalten worden. Setzen wir den Tatbestand: ein Ordinand lehnt mit vollem Bewußtsein nicht nur den Wortlaut, sondern den sachlichen Gehalt, das in den Wortlaut gekleidete Lehrstück selbst ab — gleichgültig ob es viele sind oder wenige, wichtige oder unwichtige — ja er beabsichtigt wohl gar, diese seine Ablehnung innerhalb seiner Amtstätigkeit kritisch zur Geltung zu bringen, so würde u. E. kein Generalsuperintendent ihn ordinieren oder ordinieren dürfen. Wer auf dem Standpunkt *D. Baumgartens* steht: „Das Apostolikum ist kein Bekenntnis für die evangelische Christenheit“ (Vortrag in Berlin) oder: „Im Apostolikum ist auch kein protestantischer Satz“ (Vortrag in Wetzlar März 1913), qualifiziert sich nicht, sondern disqualifiziert sich für den Dienst der evangelischen Kirche.

Auf der andern Seite darf gewiß nicht die vorbehaltlose Zustimmung des Ordinanden zu Wortlaut und Inhalt jedes Lehrstücks des Symbols als unerläßlich verlangt werden (auch das dürfte unbestritten sein), und zwar um so weniger, als auch innerhalb derselben theologischen Richtung Verschiedenartigkeiten der Auffassung des Wortlauts bestehen, so z. B. bei der „Auferstehung des Fleisches“. Nur im Sinn der verschiedenartigen dogmatischen Wertung dieses Lehrstücks unter völliger Anerkennung des sachlich mit diesen Worten gegebenen, hätte *D. Lahusen* hierauf exemplifizieren sollen, nicht im Sinn einer möglichen Freigabe. Steht aber ein Ordinand so, daß er für seine Person wohl kritisch steht zu einem oder einigen Lehrstücken des Symbols unter Anerkennung des Umstandes, daß rein historisch angesehen die *fides quae creditur* der Christenheit darin zum Ausdruck kommt, ist er eine religiöse Natur, die erwarten läßt, daß die *fides quae creditur* seiner Seele ausreifen werde zur *fides quae creditur* der Kirche, so wird doch in der Tat der Ordinator kein schroffes Nein zu sprechen haben. Ein solcher Mensch kann doch, besonders wenn er mit dem, was er hat, positiv aufbauend wirken will, eine größere religiöse Stoß- und Werbekraft entfalten, als etwa ein anderer, der dogmatisch korrekt ist, aber an religiösem Sinn hinter ihm zurücksteht. Nicht das quantum tut es hier, sondern das quale.

Das hat doch offenbar *D. Lahusen* sagen und zur Beruhigung in die hitzige Debatte hineinwerfen wollen. Wenn das in den ersten Ausführungen vom 6. Juni nicht klar zutage trat, so lag das zum Teil an der Situation, zum Teil an der Undurchsichtigkeit der Ausführungen. Später trat das mehr heraus. Man sollte also *D. Lahusens* Ausführungen nicht prinzipiell und a limine bestreiten.

Allerdings wird es auch hier heißen: *sunt certi denique fines*. Durch irgend welche objektive Limitierung hier die Grenzpfähle stecken zu wollen, halten wir allerdings für aussichtslos. Diese Sache spottet natürlich aller Kodifizierung und Paragraphierung. Sie ist so sehr Sache der Seelsorge und psychologischen Wertung, daß nur das Vollgewicht der Persönlichkeit diesem Problem gewachsen

erscheint. Darum wird die seelsorgerliche Rücksprache vor Vollzug der Ordination, die wohl überall Tradition ist, etwas Unerläßliches sein. Aber man darf doch von vornherein der Zuversicht sein — wenn überhaupt diese Frage nur von Person zu Person und immer nur im Einzelfall zu entscheiden ist, — daß eben unsere Generalsuperintendenten als die vom Vertrauen getragenen *pastores pastorum* die berufenen Persönlichkeiten sind, der Schwierigkeit der Situation gerecht zu werden. [In Rheinland und Westfalen haben ja freilich sogar die Superintenden ten als Ordinatoren zu fungieren.]

Allerdings muß hier dem Generalsuperintendenten nicht nur das Recht der (zeitweiligen oder definitiven) Zurückweisung zustehen, sondern dieses Recht muß nötigenfalls auch als Pflicht erkannt und gehandhabt werden. Jedenfalls müßte dem Ordinanden von vornherein die Pflicht der Resignation ins Gewissen geschoben werden für den Fall der gesteigerten kritischen Stellung. Die gewährte Ordination darf kein Freibrief werden für jeden Subjektivismus und Radikalismus. Gewiß sind Fehl-Ordinationen geschehen; sie werden auch weiterhin bei Handhabung der Ordination in dem geschilderten Sinn nicht unvermeidbar sein, aber das Odium fällt dann nicht auf die Kirche, sondern auf den von ihr Betroffenen.

Sollten *D. Lahusens* Äußerungen dazu helfen, den Ernst des Ordinationsgelübdes und der Ordinationshandlung zu heben — nicht sowohl bei den Ordinatoren als vielmehr bei den Ordinanden — so wäre auch dieser neueste Apostolikumstreit, dem man doch sehr mit Unrecht das Epitheton des „Fall Lahusen“ gegeben hat, nicht ohne Segen.

Wir möchten am Schluß dieses Abschnitts an ein Wort Geroks erinnern, das er 1847 jungen Theologen zurief und das das „Evang. Kirchenblatt für Württemberg“ zur rechten Zeit wieder ausgegraben hat: Theologen, die mit der Theologie zerfallen sind, sagt Gerok: „Zieheth hin im Frieden! Wir halten euch nicht, denn wir wollen freie Diener; wir verdammen euch nicht, denn ihr habt kein Klostersgelübde gebrochen; wir brauchen euch nicht, denn der Geist ist an keinen gebunden; wir fürchten euch nicht, denn lieber ein offener Feind als ein falscher Freund. Werdet, wozu euch euer Genius treibt, Dichter oder Mathematiker, Oberregierungsräte oder Zeitungsredakteure, Philologen oder Ästhetiker. Behaltet womöglich etwas Pietät im Herzen gegen die Mutter, unter deren Flügeln ihr flügge geworden seid.“

Denen, die fest auf dem Boden der Kirchenlehre stehen, sagt er: „Ist euch der Zwiespalt zwischen Glauben und Wissen fremd geblieben? gut! habt ihr ihn überwunden? noch besser! Wir nehmen euern Handschlag an, aber auf Hoffnung. Euer Bekenntnis muß ein Herzensbekenntnis, ein Lebensbekenntnis werden. Demütig gehet an euer Tagewerk in den Weinberg des Herrn. Meinet nicht sogleich den Propheten- und Richterstab schwingen zu müssen.“

Denen, die geteilten Herzens ins Amt treten, wird gesagt: „Die Kirche verzweifelt nicht an euch; verzweifelt ihr nicht an der Kirche. Ihr sollt ja noch nicht Meister sein; ihr habt noch nicht ausgelernt. Du trittst auf die Kanzel. Da steht vor dir die Gemeinde mit ihrem uralten Christenglauben als eine heilige Macht, gegen die du nicht deine Weisheit von gestern her wirst ins Feld führen wollen; da steht vor dir das Wort Gottes und erschließt dir, während du darüber sinnst und predigst, Tiefen der Weisheit und Kräfte des Lebens, von denen du zuvor keine Ahnung gehabt hast.“

*

*

*

3. Vorstöße des Radikalismus im Rheinland:

Konfirmationen und versuchte Gemeinde-Gründungen.

Kirchliche Wahlen in Berlin und im Westen.

Aufrufe zum Frieden. Schutz der Minoritäten.

Verfassungsfragen: Charakter des geistlichen Amts.

Reform des kirchlichen Disziplinarverfahrens?

Die eigenartige konfessionelle Situation des Wuppertals, verbunden mit dem angeblichen „Anwachsen der freiheitlichen Bewegung daselbst“, veranlaßte die Freunde der evangelischen Freiheit zu dem allerdings mißlungenen eigenartigen Experiment einer freiheitlichen Gemeindegründung.

Die evangelischen Kirchengemeinden der Städte Elberfeld und Barmen tragen — bis auf die zeitlich nach Einführung der Union begründete Gemeinde Unterbarmen — sämtlich bestimmten Konfessionscharakter. Auf demselben Raume liegen bis heute lutherische und reformierte Gemeinden ineinander. Die früher scharfen konfessionellen Friktionen sind natürlich längst dem Gefühl der Zusammengehörigkeit und dem Wetteifer auf dem Gebiet des religiösen Gemeindelebens gewichen, aber die „Union“ trägt dort doch bis heute den Typus der Konföderation, der bloßen Verwaltungs- und Verfassungsunion. Es hat nicht an Auffassungen gefehlt, denen dieser Zustand der Dinge veränderungswürdig erschien, doch hat man ihn offiziell unangetastet gelassen, auch von seiten des Kirchenregiments, aus Achtung vor dem Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden. Den „Freunden evangelischer Freiheit“ erschien das ein günstiger Boden, um das Experiment einer Gemeindebildung zu versuchen. Es kam ihnen selbstverständlich nicht im geringsten darauf an, irgend ein lutherisches oder reformiertes Sondergut auszuschneiden, sondern nur, ihren Prinzipien in einem ad hoc gebauten verfassungsmäßigen Organismus Schutz und Wohnung zu geben.

Schon am 1. August 1911 wandte sich der Ortsverband Barmen der „Freunde der evangelischen Freiheit“ an das Konsistorium in Koblenz mit der Anfrage, ob die Begründung einer neuen Gemeinde der Freiheitsfreunde innerhalb der Landeskirche gestattet sei. Das

Konsistorium gab am 22. September den Bescheid: „Auf die im Namen der dortigen Ortsgruppe des Verbandes der Freunde evangelischer Freiheit an uns gerichtete Eingabe vom 1. August d. J. erwidern wir ergebenst, daß wir davon absehen müssen, Sie bei den in dieser Eingabe behandelten Fragen zu beraten.“

Darauf wurden durch erneute Eingabe vom 22. Oktober dem Kgl. Konsistorium folgende präzierte Fragen unterbreitet:

„1. Ist es gesetzlich erlaubt, in Barmen eine landeskirchliche unierte Gemeinde zu gründen?

2. Unter welchen Bedingungen?

3. Wenn nicht, welche Bestimmungen stehen entgegen?

4. Falls es für ganz Barmen unzulässig sein sollte, wie steht es mit dem östlichen Stadtteil, in dem bis heute noch keine unierte, sondern eine lutherische und eine reformierte Gemeinde bestehen?“

Der Bescheid des Konsistoriums vom 20. November lautete:

„Wir lehnen es ab, die in der Eingabe enthaltenen Fragen zu beantworten, weil die Erteilung derartiger allgemeiner Auskünfte oder Gutachten an nicht kirchliche Organe außerhalb unserer Zuständigkeit liegt. Wir geben aber anheim, etwaige Anträge auf eine Änderung der innerhalb der Stadt Barmen bestehenden kirchlichen Gemeindeorganisationen zunächst an die beteiligten Presbyterien zu richten.“

Diese Anfrage wurde nun an die lutherische Gemeinde Barmen-Wupperfeld und an die reformierte Gemeinde Barmen-Gemarken gerichtet.

Das Presbyterium von Barmen-Wupperfeld gab am 10. Juni 1912 den Bescheid:

„Auf Ihre Anfrage erwidert das Presbyterium der lutherischen Gemeinde Wupperfeld, daß die Bildung einer unierten Gemeinde im Gebiet und neben der lutherischen und reformierten Gemeinde, ohne daß diese selbst die Union vollziehen, nach dem bestehenden Kirchenrecht unmöglich ist.“

Das Presbyterium von Barmen-Gemarken beschloß und beschied am 28. Mai 1912:

„Die Freunde evangelischer Freiheit (Ortsgruppe Barmen) fragen an, unter welchen Umständen und in welcher Weise die Gründung einer unierten landeskirchlichen Gemeinde innerhalb der bestehenden Gemeinden erfolgen könne. Presbyterium hat keine Veranlassung, die bestehende kirchliche Organisation irgendwie zu ändern.“

Darauf unterbreitete der Verband der „Freunde evangelischer Freiheit“ eine ausführlich motivierte Eingabe an den Evangel. Oberkirchenrat, die am 20. Dezember 1912 folgendermaßen beschlossen wurde:

„Auf die namens des Vorstandes der Ortsgruppe Barmen, „Freunde evangelischer Freiheit“, an uns gerichtete Eingabe haben wir Veranlassung genommen, zunächst das Kgl. Konsistorium in

Koblenz zu hören, welches seinerseits die Berichte der beteiligten Kirchengemeinden erfordert hat. In Übereinstimmung mit den von den beteiligten Kirchengemeinden gefaßten Beschlüssen und der ablehnenden Haltung des Kgl. Konsistoriums erwidern wir Ihnen nunmehr ergebenst, daß wir zu einer Änderung der gegenwärtig in Barmen bestehenden kirchlichen Gemeindeorganisationen — eine Änderung, die sich selbstverständlich überhaupt nur im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen vollziehen könnte — aus dem Vorgetragenen keinen Anlaß entnehmen können.“

So ist denn dieser Versuch einer Gemeindegründung endgültig gescheitert. Daß er bei der dermaligen kirchlichen Rechtslage völlig aussichtslos war, hätten die Antragsteller wissen können, wenn sie kirchenrechtlich besser beraten wären. Psychologisch interessant ist, daß das Prinzip der „Union“ herangeholt wurde zum Vorspann. Man hat hier die Einsicht der kirchlichen Instanzen doch in naiver Weise unterschätzt. Die Freunde der evangelischen Freiheit werden also gezwungen sein, sich entweder außerhalb der Landeskirche zu organisieren — ein Bestreben, das eigentlich in der Konsequenz der höchst verächtlichen Äußerungen über die Landeskirche in Traubs Broschüre: „Staatschristentum oder Volkskirche“ liegt — oder sie werden eine Gruppe innerhalb der Kirche bilden, wie sie wünschen, dann aber mit der Konsequenz der Bindung an die Bekenntnis- und Rechtslage der Kirche. Doch man will wohl die Rechte der kirchlichen Organisation, nicht aber ihre Pflichten. Das ist, wie überall im Leben, ein ungehöriges Verlangen. Rechte und Pflichten sind Korrelate.

*

*

*

Einiges Aufsehen, nicht sowohl an sich, als vielmehr wegen der anknüpfenden Polemik, erregte eine von dem Verein der Freunde evangelischer Freiheit in Barmen veranstaltete „Konfirmation“ am 17. März 1912. Nr. 10 der Christlichen Freiheit vom 10. März brachte die Anzeige, daß diese Konfirmationsfeier in der Barmer Stadthalle gehalten werde — ohne Apostolikum. „Damit ist der Anfang gemacht. Den Pfarrern schenkte man bisher kein Gehör; aufs synodalem Wege ist schon wegen des langjährigen Verfahrens nichts zu erwarten. Reform ist nur möglich, wenn die Laien den Willen und den Mut haben, ihr religiöses Gewissen nicht länger binden zu lassen. Also weg bei der Konfirmation mit dem Zwang zu einem Bekenntnis, das in seinem Wortlaut längst von den positivsten Pfarrern verworfen ist (!) und das man nur mit gekünstelter Auslegung noch aufrecht zu erhalten vermag. Unsere Konfirmation geschieht nach dem Ritus der reformierten Gemeinde in Dresden ohne Apostolikum durch Herrn Pfarrer Dr. Kautzsch.“ Dann wird der Wortlaut der den Kindern vorzulegenden Fragen

bekannt gegeben. Die Sperrungen der Vorseite (nach dem Original) lassen erkennen, daß diese Konfirmation durchaus propagandistisch gemeint war. Besonders auch der Schlußsatz: „Wir laden zu der Feier insonderheit alle Eltern ein von nah und fern, (!) die Ostern ihre Kinder in den Konfirmanden-Unterricht senden. Sie mögen sehen und hören — und sich dann entscheiden.“ Diese Tendenz ließ auch die nächste Nummer erkennen mit dem Satz: „Wir erwarten, daß unsere Mitglieder, namentlich die Eltern von nächstjährigen Konfirmanden, vollzählig daran teilnehmen, denn es ist ein Ereignis, das weit über unser Tal hinaus von vielleicht weitgehendster Bedeutung ist. Es äußert sich hierin der feste Wille der Laien, sich gegen die innerste Überzeugung nicht mehr an eine kirchliche Form zu binden, die viele zur Unwahrhaftigkeit und Heuchelei führt.“ Das Agitatorische scheint doch manche etwas bedenklich gemacht zu haben, denn schließlich waren es doch nur — drei Konfirmanden. Pfarrer Kautzsch hatte sie weder unterrichtet, noch waren sie ihm bekannt. Es wurde vorher angezeigt: „Pfarrer Dr. Kautzsch wird die drei Fragen am Tage vorher mit den Konfirmanden durchsprechen, selbstverständlich ohne jede Polemik gegen den bisherigen Unterricht.“ Das Konsistorium (Presbyterium) der evangelischen reformierten Gemeinde Dresden hatte Pfarrer Dr. Kautzsch die Genehmigung erteilt zur Vornahme unter der Bedingung, daß von den zuständigen Geistlichen der zu konfirmierenden Kinder gültige Entlaßscheine ausgestellt werden würden.

Naiverweise hatte man zuvor eine Kirche für diese in bewußter Opposition gegen die Kirche gehaltene Konfirmation erbeten und den Superintendenten sowie auch die Presbyterien zur Teilnahme eingeladen. In einer Barmer Zeitung war zuvor schon auf das Widerrechtliche dieses Vorgehens hingewiesen und den Eltern die Konsequenz nicht verschwiegen worden, daß diese Konfirmationshandlung schwerlich als zu Recht bestehend von den zuständigen Presbyterien anerkannt werden würde. Zwei Barmer und ein auswärtiger Pfarrer (dieser ohne Kenntnis des Vorhabens) hatten schlechthin bestätigt, daß die betreffenden Kinder auf Wunsch ihrer Eltern aus dem Konfirmanden-Unterricht entlassen worden seien. Eine Vollmacht für Pfarrer Dr. Kautzsch, die Konfirmation zu vollziehen, war von keiner Seite gegeben und konnte auch bei der vorhandenen Sachlage nicht gegeben werden. Merkwürdigerweise sah Pfarrer Dr. Kautzsch dennoch die ihm von seinem Presbyterium auferlegte Bedingung als erfüllt an und vollzog die Konfirmation; ja die später von ihm ausgestellten Konfirmationsscheine tragen vor seinem Namen den Vermerk: „i. V.“, als habe er irgend einen der Barmer Pfarrer „vertreten“. Die zuständigen Barmer Presbyterien lehnten die Eintragung der Namen der Kinder in ihr Konfirmandenregister ab, weil die Konfirmation nicht gemäß § 109 der Rheinisch-Westfälischen Kirchenordnung vorgenommen worden sei. Lic. Traub monierte

das zornig in Nr. 17 der „Christlichen Freiheit“ und nannte es „kirchenrechtlich unmöglich“. In Nr. 18 nannte er die Rechtsgültigkeit „sonnenklar“ und behauptete, „Barmen würde sich bei Aufrechterhaltung dieses Standpunktes aus dem Zusammenhang der evangelischen Landeskirchen lösen“. „Man warte doch einmal ab, ob so etwas möglich wird, und frage dann einmal die andern evangelischen Landeskirchen Deutschlands, ob sie sich eine solche Herabwürdigung von einer preußischen Gemeinde gefallen lassen.“ (!) Die Barmer Gemeinden verharren bis heute unangefochten auf ihrem Standpunkt.

Auch das Organ der Mittelpartei im Rheinland, „Die Evangel. Gemeinde“ schrieb: „Dies ist mit ziemlichem Lärm nach außen in die Wege geleitet worden, und wer davon in der „Christlichen Freiheit“ las, hat sich sicher etwas Großes darunter vorgestellt und darin das Symptom einer starken nebenkirchlichen Bewegung gesehen. In Wirklichkeit hat es sich dabei um fünf Kinder [sogar nur um drei, D. R.] gehandelt, die von Pfarrer Kautzsch konfirmiert sind. Merkwürdig ist dabei, daß die Kinder zwei Jahre lang den kirchlichen Unterricht in Barmen besucht haben und ausgerechnet nur die Feier der Konfirmation eine andere sein sollte. Das sieht doch stark nach purer Agitation aus . . .“

An diese Sachlage knüpfte sich dann eine Polemik zwischen dem Verf. dieser Rundschau (in Heft 10 der „Kirchl. Rundschau“ und der „Kreuzzeitung“ Nr. 294. 1912) und Lic. Traub über die Rechtsgültigkeit der Konfirmation an sich, auf die hier nicht zurückgegriffen werden soll. Schließlich spitzte sich der Streit um die Gültigkeit zu auf die Frage, ob für Pfarrer Kautzsch ein Dimissoriale vorgelegen habe oder nicht. Etwas voreilig schrieb Traub in Nr. 21 der „Christl. Freiheit“: „Soweit wir unterrichtet sind, wußte jeder Pfarrer in Barmen, zu welchem Zweck die Entlaßscheine gefordert worden waren. Sobald sie gegeben waren, hatte Pfarrer Kautzsch volles Recht, die Kinder nach seiner Weise zu konfirmieren. Jedermann wird erstaunt sein, nachträglich zu hören, daß die Entlaßscheine — keine Entlaßscheine waren. (!!) Was waren sie denn sonst? Eine nachträgliche ableugnende Deutung erinnert an Gewohnheiten, die man sonst im protestantischen Lager bekämpft.“ Diese ziemlich deutliche Anspielung auf das „si fecisti nega“ war nach Lage der Sache zum mindesten sehr unvorsichtig. Trotz mehrmaliger Aufforderung veröffentlichten die „Freunde der evangelischen Freiheit“ den Wortlaut der in Frage stehenden Scheine nicht. Erst in der Nr. 45 vom 10. November 1912, als das Kgl. Konsistorium der Rheinprovinz in Dresden Beschwerde eingelegt hatte, werden sie bei Gelegenheit der Darlegung dieser Sache im Wortlaut gegeben. Dazu schrieb Lic. Eckert, unser seitheriger Mitarbeiter am „Kirchl. Jahrbuch“ und früherer Verfasser dieser Rundschau, in seiner Zeitschrift „Dienet einander“ (Heft I. 1913): „Es gehört grenzenlose Naivität dazu, diese Scheine für dimissorialia

zu halten, deren Wortlaut doch nur sein kann: hierdurch genehmige ich, daß Herr Pfarrer Dr. Kautzsch in meiner Gemeinde eine Konfirmation vollzieht. Wenn man diese Naivität mit dem Hinweis rechtfertigen will, daß es in Barmen kein Formular für ein Dimissoriale gebe, so ist das schlechthin abzuweisen . . . Der Entlassungsschein berechtigte den Pfarrer Kautzsch zur Einsegnung der Kinder in Dresden, aber nicht in Barmen. Es bleibt auf Pfarrer Dr. Kautzsch der angesichts der gegenwärtigen Lage besonders schwere Vorwurf haften, daß er ohne Berechtigung in fremder Gemeinde amtiert hat, der Vorwurf einer Verletzung seiner amtlichen Pflicht auf Grund ungenügender Information, die an Leichtfertigkeit streift. Kautzsch hat sich, obwohl Pfarrer einer landeskirchlichen Gemeinde, damit auf das Niveau der Sektenprediger herunterbegeben, die auch ohne Dimissoriale amtieren. Aber was ihnen recht ist, da sie eben Vertreter einer Sekte sind, das ist Pfarrer Kautzsch noch lange nicht billig. Oder will er seine reformierte Gemeinde in Dresden als Sekte hinstellen? Es ist wirklich schwer, ihm und seinen Barmer Freunden die bona fides in dieser Sache zuzubilligen, jedenfalls ist die geradezu kindliche Naivität, mit der Kautzsch verfahren ist, für ihn kein Ruhm. — Ich hätte gewünscht, daß Traub ihn nicht gedeckt hätte, [NB. Er hat ihn sogar zu seinem Vorgehen veranlaßt. D. R.] und würde es durchaus billigen, wenn die Barmer Gemeinde sich an das Dresdener Presbyterium mit einer Beschwerde wendete. Aber weiter kann man, glaube ich, nun auch nicht gehen . . .“ [Folgt Ausführung, in sachlicher Differenz mit dem Schreiber dieses, daß man die Konfirmation selbst als rechtmäßig vollzogen anerkennen müsse.]

Das Kgl. Konsistorium hat sich dann am 13. August 1912 beschwerdeführend an das Konsistorium der reformierten Gemeinde in Dresden gewandt [„ . . die in Betracht kommenden Geistlichen in Barmen haben rechtsgültige Entlaßscheine zur Konfirmationsfeier des Pfarrers Kautzsch nicht ausgestellt.“] mit dem Ersuchen, um eine Aufklärung darüber, auf wessen Ermächtigung und in wessen Vertretung Kautzsch in Barmen die in Rede stehende Konfirmationshandlung vorgenommen hat. Das Dresdener Presbyterium motivierte die eigene Genehmigung damit, daß es von der Überzeugung ausgegangen sei, „daß es sich hier um einen Fall von ernster Gewissensnot handle“. Dann werden die sogen. Entlaßscheine im Wortlaut gegeben und die Ansicht ausgesprochen, daß die zur Abhaltung der Konfirmationshandlung gestellte Bedingung erfüllt gewesen sei (!!), also zu einer Beschwerde über ein „der kirchlichen Ordnung widerstreitendes Eindringen des Herrn Pfarrers Dr. Kautzsch in die evangelische Gemeinde in Barmen“ kein Anlaß vorliege. Rektifiziert wurde Pfarrer Kautzsch nur darin, daß er die Konfirmationsscheine mit „i. V.“ gezeichnet hatte; er wurde angewiesen, diese zurückzuziehen und solche ohne

diesen Vermerk auszustellen. Den Eltern der Konfirmanden sei mitgeteilt worden, daß der Eintragung ihrer in Barmen konfirmierten Kinder in das Konfirmanden-Register der Dresdener reformierten Gemeinde nichts im Wege stehe.

Das Konsistorium der Rheinprovinz hat — in Übereinstimmung mit dem Evangel. Oberkirchenrat — diese Angelegenheit durch das Antwortschreiben des Konsistoriums der Dresdener ev. ref. Gemeinde nicht für erledigt erachtet, sondern eine entsprechende Vorstellung an die zuständige Aufsichtsinstanz, das Kgl. Sächsische Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts gerichtet. Die amtliche Erledigung steht noch aus.

Die Barmer Gemeinden bleiben bei ihrer Ablehnung. Mit welchem Recht die Dresdener evangelische Gemeinde diese Kinder in ihr Gemeinderegister aufnimmt, bleibt uns unerfindlich. Die Parochialzugehörigkeit wird doch sonst nach kirchenrechtlichen Grundsätzen in erster Linie durch den Wohnsitz bestimmt.

Der Umstand, daß die Freiheitsfreunde zu Ostern 1913 ihr vorjähriges Verfahren, das nach der Anzeige doch so epochemachend wirken sollte, nicht wiederholt haben, daß Pfarrer Kautzsch selbst im Wuppertal nicht mehr amtiert hat, läßt vermuten, daß hier entweder noch eine andere Instanz zu Wort gekommen ist, oder daß die Freiheitsfreunde inzwischen endlich eingesehen haben — wie ihnen schon in der vorausgegangenen Kontroverse angedeutet wurde — daß ihr rücksichtsloses Vorgehen von ihrem eigenen Standpunkt aus höchst unklug gewesen ist.

Lic. Eckert hat recht behalten mit seiner Prophezeiung (Dienet einander Heft I. 1913): „daß sich dieses Ereignis noch einmal wiederholen könnte, halte ich allerdings für ganz ausgeschlossen. Denn ein zweites Mal rettet die Naivität nicht mehr.“ Immerhin wird es ein kirchengeschichtliches und kirchenrechtliches Kuriosum bleiben, daß ein „Konsistorium“ oder eigentlich Presbyterium auf diesem Boden der Naivität Deckung gesucht und gewährt hat.

Abschluß des „Falles Kraatz“. Das Tatsächliche wurde in der vorjährigen Berichterstattung erwähnt, schließend mit den Worten: „die Kanzel ist keine Rednerbühne“. Pfr. Lic. Kraatz, der sie in ostentativer Weise dazu gemacht hatte, wurde vom Konsistorium mit einem Verweis belegt. Die von ihm selbst beim Gerichtsherrn des Preußischen Gardekorps eingelegte Beschwerde gegen die beiden Offiziere, welche die Mannschaften während seiner Predigt aus der Kirche geführt hatten, wegen vorsätzlicher Störung des Gottesdienstes, wurde im November 1911 als unbegründet zurückgewiesen. Lic. Kraatz beantragte gerichtliche Entscheidung beim Reichsmilitärgericht. Dieses lehnte den Klageantrag ab. Aus dem Tenor des Urteils:

„Die Frage, ob die Predigt des Antragstellers die Disziplin tatsächlich gefährdet hat, bedarf hier einer Entscheidung nicht. Denn soviel steht nach der Überzeugung des Senats auf Grund der

Aussagen der beiden Beschuldigten im Zusammenhalt mit dem übrigen Tatbestand jedenfalls fest, daß die Beschuldigten die Predigt so aufgefaßt haben, daß durch dieselbe die oberste Behörde der Landeskirche verhöhnt und deren Entscheidung als ungerecht hingestellt werden sollte, sowie, daß die Ausführungen über die Auslegung des Wortes Gottes einen Angriff auf die Grundlagen der Lehre der Landeskirche enthielten. Sie erachten diese Aussagen im Hinblick darauf, daß sie als Offiziere berufen seien, Gottesfurcht, Achtung vor der Obrigkeit und Gottes Wort unter den ihnen anvertrauten Soldaten zu pflegen, glaubhaftermaßen schädlich für die Disziplin der ihnen unterstellten Mannschaften. Sie handelten demgemäß in dem Bewußtsein der Erfüllung einer Dienstpflicht und in dem Glauben der Berechtigung zu ihrer Handlungsweise wegen der Gefährdung der Disziplin. Die Anwendung des § 167 des Strafgesetzbuchs versagt somit.“

*

*

*

Die Erneuerungswahlen zu den kirchlichen Körperschaften in Berlin standen noch ganz unter dem Eindruck der Erregung, die die Erledigung des Falles Traub geschaffen hatte. Es war vorauszusehen — bei der Stellungnahme der politischen Kleinpresse für die „Freiheit“ und für Traub — daß der kirchliche Liberalismus Erfolge haben werde. Da ja immer nur ein Teil der Gemeindevertretung umgewählt wird, verändert ein Wahlerfolg nach der positiven oder liberalen Seite hin ja freilich noch nicht notwendigerweise den Charakter des Vertretungskörpers an sich. Von den 68 Berliner Gemeinden sind nach dieser Wahl 36 vollständig liberal vertreten (vorher 26), der kirchliche Liberalismus hat also zehn Gemeinden ganz erobert, in deren einigen er allerdings schon vorher die Majorität hatte. Gemischte Vertretung mit liberaler Mehrheit haben drei Gemeinden, Kompromißvertretungen haben vier Gemeinden, zwei Gemeinden sind zur Hälfte positiv und liberal, und 23 Gemeinden haben positive Majorität.

Die Chronik der Christl. Welt (1913. Nr. 14) bringt folgende Übersicht der Wahlen von 1903—1912. Es fielen Stimmen:

	1903	1906	1909	1912
liberal	19 094	21 457	29 801	31 614
positiv	21 214	21 125	24 363	25 474
gemischt	2 265	2 375	1 149	676
gesamt	42 573	44 957	55 313	57 764.

Außer Ansatz geblieben sind in dieser Aufstellung noch die Resultate zweier Gemeinden, in denen die Wahl unentschieden blieb oder beanstandet wurde. In einer dieser Gemeinden, Samariter, Berlin-Stadt I, fiel die Wahl später in liberalem Sinne aus, in der Sophiengemeinde in positivem Sinn.

Die Wahlen von 1912 gewannen den Liberalen die Aufstehungs-, Gnadenkirchen-, Luisenstadt-, Christus- und Lukas-

Gemeinde, ferner die Hälfte der Kapernaum- und Lazarus-Gemeinde, eine gemischte Partei gewann St. Elisabeth. Die Positiven gewannen nur Schöneberg (mit drei neuen Gemeinden), doch verstärkten sie ihre Position in einigen andern, so besonders in der Parochial- und Luisenkirche in Charlottenburg.

Die einzelnen Synoden zeigten folgendes Ergebnis:

Berlin-Stadt I erhielt eine Verstärkung der seither schon bestehenden liberalen Majorität. Es wurden insgesamt abgegeben 7561 lib., 5123 pos. Stimmen. Die für ungültig erklärte Wahl der Samariter-Gemeinde fiel später auch noch in liberalem Sinne aus. Die Auferstehungs-Gemeinde verlor die letzten positiven Vertreter, ebenso die Parochial-Gemeinde. Die Bartholomäus-Gemeinde zeigte starkes positives Wachstum, die Lazarus-Gemeinde ging den Positiven verloren.

Berlin-Stadt II behielt positive Mehrheit trotz positiver Verluste. 13 Gemeinden, 3925 lib., 4188 pos. Stimmen. Die Gnadenkirchen-Gemeinde ging den Positiven verloren; die Gemeinden in Moabit (NW.) wählten alle positiv.

Berlin-Stadt III hatte ebenfalls positive Verluste, behält aber doch noch positive Majorität. 12 Gemeinden, 4627 lib., 4710 pos. Stimmen. Die Liberalen gewannen die Elisabeth- und Gethsemane-Gemeinde, schieden dagegen aus in der Himmelfahrt-Gemeinde.

Köln-Stadt hatte bisher schon liberale Mehrheit und behält diese. 13 Gemeinden, 6572 lib., 5402 pos. Stimmen, 106 gem. In der St. Simeon- und Luisenstadt-Gemeinde schieden die letzten positiven Vertreter aus; positiv wählten nur die Martha- und Passions-Gemeinde, St. Petri: Kompromiß.

Friedrichswerder I hat noch positive Majorität. 11 Gemeinden, 2064 lib., 1790 pos. Stimmen, 74 gem. In der Christus- und Lukas-Gemeinde scheiden die letzten positiven Vertreter aus. Positiv wählten St. Matthäus, die beiden Bethlehem-Gemeinden und Kaiser-Friedrich Gedächtniskirche (hier sogar ohne liberale Gegenliste). Eine Kompromißliste hatten die Dreifaltigkeits- und Friedrichswerder-Gemeinde. Alle andern liberal.

Friedrichswerder II behält seine bisherige liberale Majorität. 8 Gemeinden 6865 lib., 4261 pos. Stimmen. Nur in Schöneberg gewannen die Positiven den Sieg (drei neue Gemeinden), alle andern Gemeinden hatten liberale Majorität, die Kaiser-Wilhelm Gedächtniskirche sogar ohne positive Gegenliste.

So haben von den sechs Stadtsynoden, wie bisher, drei positive, drei liberale Vertretung. Eine Änderung in den Parteiverhältnissen der einzelnen Kreissynoden hat die Zunahme der liberalen Stimmen nicht zur Folge. Ob die Stadtsynode (vereinigte Kreissynoden) ihre bisher positive Majorität behalten wird, läßt sich noch nicht übersehen. Wahrscheinlich bilden hier die Mittelparteiler das Zünglein an der Wage, während sonst bei der Wahl selbst die

mittelparteilichen Stimmen stark reduziert sind. Die Berliner Kirchenwahlen pflegen von mancherlei unerquicklichen Nebenerscheinungen begleitet zu sein. Die positive Presse klagte über kaum glaubliche Angriffe in liberalen Flugblättern. Die „Chronik der Christlichen Welt“ (1913. Nr. 14) nennt unter den unerfreulichen Nebenerscheinungen nur häßliche Auswüchse auf positiver Seite. Das auf der andern sieht sie nicht, wiewohl sie objektiv Bericht erstattet. Wir übergehen beide; leider ist das Niveau der Berliner Kirchenwahlen so, daß das im Interesse der Sauberkeit ersprießlich erscheint.

Nächst den Berliner Kirchenwahlen, die ja symptomatisch sind für die Situation der Kirche in der Großstadt, aber in der exzeptionellen Situation doch keine allgemeine Bedeutung beanspruchen können, dürften noch am ehesten die Wahlen in den rheinischen Großstädten und im rheinisch-westfälischen Industriegebiet auf Beachtung Anspruch erheben. Hier ist ja der klassische Boden der Fälle Traub und Jatho. Am härtesten waren die Kämpfe in Düsseldorf, Elberfeld und Barmen. In diesen drei Städten siegte überall die positive Liste.

Liberaler Vertretung haben: Köln (hier wurde eine Kompromißliste vereinbart). Die meisten Pfarrer sind positiv, die Majorität der Gemeindevertretung liberal; ebenso Mülheim a. Rh. In Bonn siegte die lib. Liste mit 655 Stimmen gegen 350 pos., in Solingen mit 640 Stimmen ohne pos. Gegenliste, in Remscheid erhielt die lib. Liste 407—416, die pos. 392—402 Stimmen. Einige (5) Kandidaten waren von beiden Seiten aufgestellt. In Köln-Nippes gewannen die Liberalen den ersten Sieg mit 795 gegen 700 Stimmen; hier war der Wahlkampf infolge lokaler Vorkommnisse besonders heiß. In Lennep erhielt die lib. Liste 114, die pos. 60 Stimmen. Auch in Mörs gewannen die Liberalen die Majorität, zum erstenmal.

Positive Vertretung haben: Düsseldorf 3729 pos. Stimmen gegen 2769 lib., die Beteiligung war sehr stark; die lib. Stimmenzahl wuchs (1911 war das Ergebnis 2587 pos. gegen 1867 lib.). Im Wuppertal steht für absehbare Zeit die positive Majorität unerschüttert. In der Stadt Barmen zeigten alle vier evangelische Gemeinden zusammen rund 6400 pos., 900 lib. Stimmen; die letztere Zahl ist in Anbetracht der hier mit Energie einsetzenden Arbeit der Freiheitsfreunde gering. Die vier Barmer Gemeinden zeigten folgende Zahlen: reformierte Gemeinde Gemark 1944 pos., 180 lib.; lutherische Gemeinde Barmen-Wupperfeld 2031 pos., 600 lib.; lutherische Gemeinde Barmen-Wichlinghausen 497 pos., 30 zerspl. (ohne lib. Gegenkandidaten); unierte Gemeinde Unterbarmen 1930 pos., 180 lib. In Elberfeld: reformierte Gemeinde 1703 pos., 428 lib. (1911: 2041 pos., 692 lib.). Der Prozentanteil der lib. Stimmen war 1909: 25,6; 1911: 25,3; 1913: 20 %. — Lutherische Gemeinde 2639 pos., 867 lib.; (1911: 2863 pos., 907 lib.). Der

Prozentanteil der lib. Stimmen war 1909: 37,5; 1911: 27,0; 1913: 24,7. Seit dem Einsetzen der liberalen Bewegung 1909 hat diese keine Fortschritte gemacht. In Essen-Altstadt siegte die pos. Liste mit 1070 Stimmen ohne Gegenliste; in Essen-West dagegen entfielen auf die Liste der Liberalen 2327, auf die der Positiven 1544 Stimmen. In Koblenz erhielt die positive Liste (inkl. Mittelpartei) 516, die liberale 228 Stimmen.

Von den westfälischen Industriestädten hat nur Dortmund, hier zwar in schärfster Tonart, liberale Majorität der kirchlichen Vertretung. Mancherorts sind zwar die theologischen Gegensätze noch nicht in voller Schärfe in die kirchlichen Körperschaften eingedrungen. Daran arbeitet der Verband der „Freunde evangelischer Freiheit“ unermüdlich. Bochum, Hagen, Witten haben positive Majoritäten, vollends Hamm, Soest, Bielefeld u. a.

*

*

*

Aufrufe zum Frieden. Das Wort: „da pacem domine“ geht mit der Geschichte der christlichen Kirche durch die Jahrhunderte. Das Kampfesjahr 1912 wäre nicht auf normale Weise zu Ende gegangen, wenn an seinem Schluß diese alte Bitte nicht mit besonderer Inbrunst wieder laut geworden wäre. Man soll sich darüber nicht wundern, etwa weil die Gegensätze unversöhnlich sind. Das kann zugestanden werden, ohne daß der Ruf zum Frieden damit schon deplaziert erscheinen müßte. Aber freilich, erwarten soll man von solchen Dingen auch nichts, vollends nichts für den Augenblick. Sie sind keine Tat, nur Ausdruck der Stimmung.

Die „landeskirchliche Evangel. Vereinigung“ wandte sich mit einem Friedensaufruf an die Mitglieder der evangel. Landeskirche Preußens. Sie fordert alle zu einer Gegenwirkung auf, „die des kirchlichen Haders müde sind, die das kirchliche Parteitreiben als unwürdig empfinden, die dem Hineintragen politischer Gegensätze in das kirchliche Leben entgegentreten wollen, die trotz des Widerstreits der Meinungen in dem Glauben an die Unersetzlichkeit des Evangeliums verbunden sind und in diesem Besitz das Gemeinsame des Protestantismus erblicken, die darum Verständnis dafür haben, daß die Kirche und der Friede zusammengehören“.

Diesen „Willen zum Frieden“ fordert sie unter folgenden Voraussetzungen:

Es muß anerkannt werden:

1. Erhaltung der Landeskirche als eines hohen Gutes angesichts unsrer zur Zersplitterung neigenden deutschen Verhältnisse.

2. Wahrnehmung kirchlicher Ordnungen zur Sicherung evangelischer Predigt gegenüber persönlicher Willkür.

3. Anerkennung des Rechts und der Notwendigkeit verschiedener Richtungen in der Kirche, sowie der Freiheit der theologischen Wissenschaft.

4. Schutz der Minoritäten auf allen Stufen des kirchlichen Verfassungslebens und

5. Handhabung der Kirchenleitung nach dem unveräußerlichen Grundsatz, daß die evangelische Kirche sich stets von neuem zu reformieren hat, das heißt im Sinne einer Reform, die der Wahrhaftigkeit und Gewissensfreiheit der Geistlichen volle Gerechtigkeit widerfahren läßt, die liturgischen Vorschriften weitherzig regelt und dem verdächtigen Argwohn, der die Ursache so vieler kirchlicher Fälle ist, jede Beachtung versagt.“

Die Kirchliche Vierteljahrsrundschau der „Kreuzzeitung“ urteilt sehr absprechend: „Das ist eine Photographie der Mittelpartei, wie sie die Feinde nicht böswilliger hätten erfinden können. Vorn die Erhaltung der Landeskirche um jeden Preis [wir vermissen das „um jeden Preis“, D. R.), hinten die Forderung der Gewissensfreiheit für die Geistlichen und weitherzige Regelung der liturgischen Vorschriften, zu deutsch: Beseitigung des Apostolikums durch Parallelfomulare. Und in der Mitte kein Wort über das Recht der Gemeinden und keine Forderung der Aufrechterhaltung der bekenntnismäßigen Grundlage unserer Landeskirche.“

Das letztere erscheint uns allerdings als die notwendige Voraussetzung des oben zu 1. Geforderten, während es im Punkt 5 doch wenigstens in Frage gestellt wird. Das Wort „Gewissensfreiheit der Geistlichen“ ist ja das Schibboleth der Radikalen, und es scheint doch, als sollte ihrer subjektiven Auffassung hier das Wort geredet sein gegenüber den inneren Rechtsgrundlagen der Kirche. Ob z. B. bei der Ordination auf das Apostolikum Bezug genommen wird oder nicht, ist durchaus nicht nur eine „liturgische“ Frage. Punkt 3 spricht nur aus, was auch auf positiver Seite vielfältig vertreten, Punkt 4 was im Spezialfall von ihr eifrig gefordert wird. Kurz: zur Klärung wird dieser Aufruf wenig beitragen können, weil in ihm selbst zu viel Unklares, Unausgeglichenes liegt — leider. Die harten Tatsachen reden eine gewichtigere Stimme als weiche Stimmungen. Wer ersehnte nicht den Frieden? Den hier präzisierten werden die links genau so ablehnen wie die rechts. Der Schall vorzeitiger Friedensschalmeien verklingt im Getümmel. In magnis voluissis sat est.

Beachtenswert ist der Neujahrsartikel von Prof. D. Seeberg in der Reformation (1913. Nr. 1): Zum Frieden — ein Symptom dafür, daß auch auf der kirchlichen Rechten ein lebhafter Wunsch nach Abschwächung der kirchlichen Differenzen vorhanden ist. Wir bedauern herzlich, die klar erwogenen Worte dieses Aufsatzes nicht in vollem Umfang wiedergeben zu können, wir verweisen nur auf ihn. Die Tendenz sei gekennzeichnet durch Anfang und Schluß:

„Wir könnten in der Kirche einen gewissen Gottesfrieden gewinnen, wenn die Tyrannei der verschiedenen theologischen Lehren in der Kirche aufhörte. In der Kirche soll das Evangelium Christi

gepredigt werden, sonst nichts. Dies Evangelium ist nicht Aufklärung oder System, nicht Kritik oder Theorie, es ist die Kraft Gottes in Christo . . .“

Und am Schluß: „ . . . Alles hängt daran, daß der ungeheure Ernst unserer kirchlichen Lage erkannt wird. Nicht der Sieg dieser oder jener Partei steht auf dem Spiel, sondern die Existenz der Landeskirche. Das wird je länger, desto mehr klar. O daß doch alle in dieser Zeit sich besinnen wollten auf das Evangelium und das Evangelium allein. Das ist der „Wille zum Frieden“ und zugleich der Weg zu ihm.“

Prof. D. König-Bonn unterzieht in einem Aufsatz der Reformation (Nr. 7. 1913), betitelt: „Der Hauptweg zum Frieden in der evangelischen Kirche“ den Aufruf der „Evangel. landeskirchlichen Vereinigung“, aber auch die vorerwähnten Aufstellungen von Prof. D. Seeberg in Berlin, einer Kritik: „Nicht um den Willen zum Frieden handelt es sich, sondern um den Weg zum Frieden.“ Wir können hier nur auf D. Königs Ausführungen verweisen.

Wie lebhaft der Wille zum Frieden den Weg sucht, beweist ein Aufsatz von M. von Gerlach in Nr. 12 der „Reformation“ 1913. Man kann den einleitenden Sätzen das Prädikat zusprechen, daß sie einer auf allen Seiten tiefempfundenen Stimmung Ausdruck geben, ohne doch den vorgeschlagenen Weg für gangbar zu halten: „Es geht so nicht weiter in der Preußischen Landeskirche, und in mehreren anderen deutschen Landeskirchen auch nicht. Beißen und fressen wir uns untereinander, so werden wir miteinander verzehrt. Im inneren Kampf verbrauchen wir unsere Kräfte und nach außen hin werden wir wehrlos. Gegen den Atheismus (?) und das fleischliche Wesen in Üppigkeit, Trunksucht und Wollust sind unsere kirchlichen Waffen schartig — Rom und die Sekten dürfen sich unserer Uneinigkeit und kirchlichen Unklarheit freuen. Unsere Jugend muß achselzuckend fragen: was ist Wahrheit? und wirft dann monistisch auch das protestantischste Christentum über Bord. Wir sind nicht recht freudig, die frohe Botschaft vom Heil in Christo zu Juden, Mohammedanern und Heiden zu tragen. Durch liturgische Formeln suchen wir uns mühselig zusammenzuhalten; und doch sollten Apostolikum und Liturgie kein Schäferhund sein, der um die Herde Christi läuft, sie zusammenzujagen und zu verärgern, sondern Lob und Bitte und Anbetung sollten sie sein, aus dem Herzen der priesterlich einigen Gemeinde von den priesterlichen Lippen des Vorbeters Gott dargebracht. Es geht so nicht weiter. Wir sind in der Landeskirche zu verschiedene Geister, als daß wir könnten zusammengepfert bleiben. Scheiden wir uns schiedlich — friedlich.“ v. Gerlach erstrebt die Scheidung der Preußischen Landeskirche in drei Konfessionen: in die protestantische, die reformierte und die evangelisch-lutherische Konfession. Die Scheidung von zwei und drei, deren Notwendigkeit in den kirchlichen Wirren der Gegenwart am

wenigsten hervorgetreten ist, motiviert er damit, daß die Union zwischen Lutheranern und Reformierten ohnehin geschichtlich schon längst zu einer großen Konföderation geworden sei. Der zu drei genannten evangelisch-lutherischen Konfession will er auch die außerpreußischen Lutheraner zugezogen wissen. Die „Protestanten“ mögen dann ihre kirchliche Zentrale in Bremen oder Dortmund haben, die Reformierten etwa in Düsseldorf [oder Elberfeld?]. Dem Einwand, daß wir dann drei Landeskirchen in Preußen hätten, begegnet v. Gerlach mit dem Hinweis, daß wir ihrer ja jetzt sieben oder acht hätten. Dem ist entgegenzuhalten, daß die sieben oder acht jetzigen „evangelischen Landeskirchen Preußens“ lediglich territorialen Charakter haben. Sie sind sozusagen nur Kirchenprovinzen. Ihre Grenzen bedeuten für das christliche und kirchliche Bewußtsein wenig oder nichts. Sie stören nicht die Einheitlichkeit der Landeskirche. v. Gerlach gibt sie mit vollem Bewußtsein preis. Und wird der Friede dadurch gewonnen? Wir glauben kaum. Der Kampf wäre in Permanenz erklärt. Dieser Verfassungsverband — den Namen der „Kirche“ würde er nicht mehr beanspruchen dürfen — würde mit Notwendigkeit dem Gesetz der weiteren Lockerung bis zur Sprengung unterliegen.

Wir haben die Linie der Friedensbestrebungen bis zum Endpunkt: „schiedlich — friedlich“ verfolgt und möchten nur noch nachholen, daß schon Generalsuperintendent D. Kaftan vor zwei Jahren in seiner Schrift „Wo stehen wir?“ — einer Scheidung in liberale und positive Gemeinden mit entsprechender Teilung des Kirchenvermögens das Wort geredet hat — also eine rein lokale, nicht landeskirchliche Scheidung. Man wird es verstehen, daß die äußerste Konsequenz der landeskirchlichen Trennung von manchen, die das Tiefgreifende der Gegensätze genau so empfinden wie v. Gerlach, noch perhorresziert wird, eben weil sie den geschichtlich gewordenen Charakter der Landeskirche nicht ohne Not preisgeben möchten — auch aus Liebe zur Kirche. Jedenfalls widerspricht diese Tendenz ganz radikal dem auf der äußersten Rechten proklamierten Grundsatz: „Wir sind nicht eine Partei in der Kirche, sondern die Partei der Kirche.“ Waren nicht zur Zeit des Rationalismus vulgaris die Gegensätze genau so gespannt, die Nöte der „gläubigen Gemeinde“ noch viel größer als jetzt? Das trat damals nur deshalb nicht so in das öffentliche Bewußtsein wie heute, weil eben die „Öffentlichkeit“ fehlte. Und doch hat das neuerwachte Glaubensleben des 19. Jahrhunderts diesen zerreißenden Dissensus im Gemeindebewußtsein zu beseitigen vermocht. Ist es wirklich optimistische Vermessenheit, von dem Gang der Geschichte nicht einmal Ähnliches zu erwarten? Eine Neubelebung der Theologie ist — soweit wir zu sehen instande sind — schon unterwegs. Die Kritik der kritischen Aufstellungen war doch nicht erfolglos. Eine Neubelebung der Theologie zieht aber mit logischer Konsequenz endlich auch eine Neubelebung des Gemeinde-

glaubens nach sich. Es gehört nur „Glaube“ dazu, das zu sehen, und Geduld, das zu erwarten. In diese Denklinie gehören die von Prof. D. König-Bonn in seiner Broschüre „Der Fall Traub“ und in dem oben erwähnten Artikel in Nr. 7 der Reformation geäußerten desideria bezüglich der Einführung der „echt kritischen Methode der Geschichtsforschung“ in die Theologie.

Allerdings die Früchte dieser Geduld reifen langsam, und ihre Erfolge winken erst in weiter Ferne, und die gegenwärtigen Nöte schreien doch auch nach Abhilfe. Man wird nicht ganz übersehen dürfen, daß der Erlaß des Oberkirchenrats (S. 164 ff.) doch nicht ganz ohne praktische Wirkung gewesen zu sein scheint. Die 150 „Remonstranten“ unter den preußischen Pfarrern, wenn wir auch nicht sagen möchten: „sie verstummten“, sind doch sehr leise geworden. Gewiß — das Feuer schwelt weiter unter der Asche, aber die Zugluft der „Sensation“ fehlt.

Zu den noch unerledigten Aufgaben der Gegenwart gehört die unter dem Schlagwort „Schutz der positiven Minoritäten“ mit Recht geforderte Darbietung evangelischer Heilslehre in Gemeinden, wo der Kritizismus die Alleinherrschaft hat. Der positive Verein der Trinitatisgemeinde zu Charlottenburg hatte sich am 22. März 1912 mit einer Eingabe an das Konsistorium gewendet: da alle 5 Pfarrstellen der Gemeinde von kirchlich-liberalen Geistlichen besetzt seien, von denen sie eine Förderung ihres Glaubenslebens nicht erwarteten, möge das Konsistorium ermöglichen, daß einer der bekennnistreuen Geistlichen der umliegenden Gemeinden alle vier Wochen an einem Sonntagvormittag Predigt und Abendmahl, eventuell auch Taufen und Trauungen, in einer der Gemeindekirchen abhalte. Falls dieser Antrag unerfüllbar sei, bitte man um Aufzeigung eines anderen gangbaren Weges zur Befriedigung des vorhandenen lebhaften Wunsches nach gottesdienstlicher Erbauung. Das Konsistorium konnte nur antworten, daß der Wunsch nach der parochialen Rechtslage unerfüllbar sei, und anheimgeben, das religiöse Bedürfnis in benachbarten Gemeinden zu befriedigen. Die im Stadtsynodalbezirk bestehende Parochialfreiheit ermögliche es, sich bezüglich aller Amtshandlungen an einen Geistlichen zu wenden, der das Vertrauen der Petenten besitze; das gelte auch hinsichtlich der Konfirmation und des Konfirmandenunterrichts.

Die Positiven der Trinitatisgemeinde haben sich bei diesem Bescheid nicht beruhigt, sondern gemeinsam mit den positiven Minoritäten von neun Berliner Gemeinden an den Evangel. Oberkirchenrat gewandt mit Erneuerung der oben ausgesprochenen Bitte:

„Die unterzeichneten Vereinigungen können sich bei dem Bescheid des Kgl. Konsistoriums unmöglich beruhigen. Solange die evangel. Landeskirche noch eine Bekenntniskirche ist, müssen ihre bekennnistreuen Glieder fordern, daß ihnen innerhalb ihrer Gemeinden auf die eine oder andere Art mit dem Worte Gottes gemäß der Heiligen Schrift und den Bekenntnissen der Kirche gedient

werde. Die bekennnistreuen Glieder der unterzeichneten Gemeinden sind nicht gewillt, sich so kurzerhand aus ihren eigenen Gemeinden in Nachbargemeinden verweisen zu lassen und sich damit zufrieden zu geben. Der geistliche Notstand der bekennnistreuen Glieder der evangelischen Kirche ist in den letzten Jahren immer größer geworden und die Erledigung der Einsprüche gegen liberale Geistliche aus den letzten Zeiten haben die Unterzeichneten und nicht nur sie, sondern auch alle bekennnistreuen Glieder des Stadt-synodalkreises Berlin und darüber hinaus aufs höchste beunruhigt. Sie halten es für unerträglich, daß die bekennnistreuen Glieder der evangelischen Kirche durch den radikalen kirchlichen Liberalismus, der gegen die Heilige Schrift und die Bekenntnisse der evangelischen Kirche, sowie insonderheit gegen das Apostolische Glaubensbekenntnis Sturm läuft, in ihren eigenen Kirchengemeinden vergewaltigt und rechtlos gemacht werden.

Die unterzeichneten positiven Vereinigungen bitten deshalb den Evangel. Oberkirchenrat inständigst, den positiven Minoritäten der namhaft gemachten Kirchengemeinden die Befriedigung des in ihren Reihen vorhandenen lebhaften Wunsches der gottesdienstlichen Erbauung gemäß der Heiligen Schrift und den Bekenntnissen der evangelischen Kirche in ihren Gemeindekirchen ermöglichen zu wollen.“

Der Vorstand der Vereinigung der „Freunde evangelischer Freiheit“ in der Trinitatisgemeinde in Charlottenburg (gez. Prof. Neukrantz) legte öffentlichen Protest ein gegen die Behauptung, daß durch die kirchlichen Verhältnisse in der Gemeinde den Positiven die Möglichkeit religiöser Erbauung genommen sei. Die entstehende Preßfehde übergehen wir. Der Gemeindekirchenrat und der positive Parochialverein der Luisenstadt (Charlottenburg) gaben Erklärung und Gegenerklärung. Da ein Bescheid des Evangel. Oberkirchenrats bis zum Herbst nicht erteilt wurde, haben die Antragsteller im Dezember 1912 dem Konsistorium die Bitte unterbreitet, in einem Saal durch bekennnistreue Geistliche Parallelgottesdienste halten zu dürfen. Der Oberkirchenrat hat das vorerwähnte Gesuch bisher (April 1913) noch nicht beschieden. Wir sehen zunächst noch nichts „Befremdliches“ darin, wie eine Äußerung des Allgem. pos. Verbandes es darstellt. (. . . „Wir hätten selbst eine lakonische Antwort, etwa des Sinnes: „Hilf dir selbst, so hilft dir Gott“ zu würdigen gewußt. Aber nicht einmal antworten, wo es sich um so viel Tausende handelt, ist schwer zu verstehen.“) Man wolle doch nicht übersehen, daß hier auch dem guten Willen zu helfen, rein rechtliche Schwierigkeiten im Weg stehen, deren Begleichung nicht Sache des Moments ist. Sollte nicht die Verzögerung des Bescheides mit dieser Schwierigkeit motiviert werden können? Man darf auch die etwaigen Konsequenzen eines zusagenden Bescheides nicht ohne weiteres aus dem Auge setzen.

Die Komplikationen des Jahres 1912 verursachten eine Kontroverse über den „Charakter des geistlichen Amtes“. Unmittelbar nach Erledigung des Falles Jatho schrieb Pfarrer Veit, Frankfurt a. M., in der „Kirchl. Wochenschrift“: „Die Gemeinde“ ungemein scharf gegen die vermeintliche „Verbeamtung des Pfarrstandes“: „Man hat gesagt, ein Beamter eines anderen Ressorts hätte an den Einrichtungen seiner Behörde auch nicht in solchem Ton Kritik üben dürfen. Wer so sagt, verkennt die wirkliche Stellung des Pfarrers zur landeskirchlichen Behörde und umgibt diese Landeskirche mit einem Nimbus und einer Unantastbarkeit, die sie vom evangelischen Standpunkt aus nicht hat. Die Landeskirche ist für uns kein Glaubenssatz und ist für uns keine religiöse Größe. Der Pfarrer hat, wie selbstverständlich jeder Christ, ein Recht, an alle Erscheinungen des irdischen Lebens — und dazu gehört auch die altpreußische Landeskirche — den Maßstab des Evangeliums anzulegen . . .“

Soweit durch diese Ausführungen — ihre Weiterführung lohnt nicht — Traubs Kritik gerechtfertigt werden sollte („sie entsprang doch religiösen Motiven“), sind sie völlig gegenstandslos. Das Urteil erkennt ja im Prinzip das Recht der Kritik an. Das Recht der völlig schrankenlosen Kritik aus dem Charakter des geistlichen Amtes ableiten zu wollen, ist ein schwerer Denkfehler. Nicht irgend welche Ideale sind hier ausschlaggebend, sondern die Tatsache der Existenz des kirchlichen Disziplinargesetzes.

Diese Emporsteigerung des Amtsbegriffs seitens der Modernen — wie sie in alter Zeit nur bei der luth. Orthodoxie gefunden wurde — entbehrt nicht eines ironischen Einschlages. D. Schiele spielte in seiner vorgenannten Schrift das Pfarramt als „göttliche Stiftung, göttlicher Verheißung, göttlicher Gewalten voll“ (fast katholisch) gegen das jus humanum des Kirchenregiments aus. Auch auf positiver Seite klangen verwandte Stimmen unter Berufung auf eine Äußerung von Abt Uhlhorn. Das, neben anderem, gab Sup. Brüssau Veranlassung zur Herausgabe seiner auf S. 181 erwähnten Schrift: „Der evangelische Pfarrer — Beamter oder religiöser Charakter?“ in der er bedauert, daß man sich positiverseits überhaupt auf eine Differenzierung dieser beiden Begriffe eingelassen habe: „Diener Jesu Christi“ soll der Pfarrer sein, auch wenn er es im Vollmaß noch nicht kann und sich dessen schmerzlich bewußt ist. „Diener der Kirche“ ist er, und zwar vollkommen und mit allen Konsequenzen, auch wenn er nicht will.“

Zur Umgestaltung des kirchlichen Disziplinarverfahrens hat unser Mitarbeiter Pfr. Bunke in Spandau in der „Reformation“ (Nr. 43—45. 1912) sehr beachtenswerte Artikel geschrieben. Er geht nicht lediglich aus von dem Spruch im Fall Traub, sondern geht zurück auf frühere diesbezügliche Erörterungen in der Reformation und in den Pfarrervereinsblättern. Seine Vorschläge gipfeln darin, daß der Instanzenzug nicht durch kirchliche

Verwaltungskörper gehe (Konsistorium und Oberkirchenrat), sondern wie bei den direkten Staatsbeamten von unabhängigen Gerichtshöfen repräsentiert werde (Disziplinargerichtshof und Staatsministerium). Dafür spricht manches, und wenn nur die außeramtliche (publizistische) Tätigkeit inkriminiert wird, sehr vieles. Aber für die amtliche Tätigkeit sachkundige Gerichtshöfe zu haben, dürfte auch ein Vorzug sein. Andererseits kann man den Instanzenzug nicht gut teilen, sozusagen auf das geistliche und weltliche Gleis, je nachdem amtliche oder außeramtliche Delikte zur Beurteilung stehen. Das eigentliche Motiv, die Kirchenbehörde sei jetzt „Ankläger und Richter in eigener Sache“, hätten wir lieber nicht betont gesehen. Die kirchliche Disziplinarinstanz ist nicht mehr und nicht weniger Richter in „eigener Sache“, als jeder Disziplinargerichtshof und das Staatsministerium, deren Aufgabe eben auch Wahrung der staatlichen Autorität ist, wie die des Oberkirchenrats Wahrung der kirchlichen Autorität. Einer Anzweiflung oder Beleidigung ist jeder Disziplinargerichtshof ausgesetzt. Den erstrebten Gewinn würde die Durchführung der von Bunke empfohlenen Reform wenigstens in diesem Stück nicht erreichen. Seine Bedenken sind eine unnötige Konzession an das moderne Bewußtsein. Die Durchführung dieses Grundsatzes würde zu wunderlichen Konsequenzen führen. Ein in Untersuchung Gezogener brauchte nur zu sagen: der Disziplinargerichtshof urteile bekanntlich nach Ansehen der Person und er wäre sofort exlex, bei Festhaltung des Bunkeschen Axioms. Den Schein, daß in „eigener Sache“ geurteilt sei, wird man nie völlig vermeiden können; es muß genug sein, die Tatsache, daß es so sei, auszuschneiden.

Man hat es bis dahin als einen Vorzug der Justizbeamten, als eine die Unabhängigkeit des Richterstandes garantierende Tatsache angesehen, daß die Richter einen eigenen Instanzenzug haben im Disziplinarverfahren. Bei den Geistlichen soll es nun eine Zurücksetzung sein. Im übrigen ist das Disziplinarverfahren ganz parallel dem für direkte Staatsbeamte geordnet, mit unwesentlichen Abweichungen. Bezüglich dieser letzteren sind einige Verbesserungsvorschläge Bunkes beachtenswert, so z. B. daß das Strafmaß an die Entscheidungen der Vorinstanz in gewissen Fällen zugunsten des Angeklagten gebunden sein müsse; oder daß in der letzten Instanz die mündliche Verhandlung obligatorisch sein solle; oder daß für die publizistische Tätigkeit der Pfarrer eine größere Latitude gegeben werden müsse, sofern eben nur scharfe sachliche Kritik vorlag und nicht die Absicht einer Herabwürdigung; oder daß dem Angeklagten das Recht der Ablehnung einzelner Persönlichkeiten gegeben sein müsse u. a. Bunkes Aufstellungen haben gewiß das Verdienst, die schon im Fall Traub erörterte Frage erneut in Fluß zu bringen. Die Verbindung aber mit dem Fall Traub hätten wir gern vermißt. Die „Kreuzzeitung“ schreibt: „Wenn eine Reform des kirchlichen Disziplinarverfahrens kommt, so kommt sie nicht

als juristische Sühne des Falles Traub (so *D. Schiele*), sondern sie kommt, weil sie seit langem sorgfältig vorbereitet wird.“ Aber eine Reform, die über allem bösen Schein erhaben wäre, ist schlechterdings unmöglich. Nicht ohne Ironie schrieb die „Allgem. Evangel.-luther. Kirchenzeitung“: „Man schuf, um allen Ansprüchen gerecht zu werden, das Spruchkollegium. Als es aber gegen die Wünsche der Modernen entschied, hieß es: fort damit. Man wandte bei Traub das Disziplinargesetz an, und als es gegen ihn entschied, hieß es wieder: fort damit. Und wenn heute ein Engel vom Himmel ein tadelloses neues Disziplinargesetz brächte, und es träfe wieder einen Modernen, so hieß es wieder: fort damit. Solange man nicht einen Gerichtshof hat, der alle, Jatho, Traub usw. freispricht, werden die Modernen nie zufrieden sein. Darum glauben wir, daß durch eine Reform des Disziplinargesetzes, wenn es irgend noch der Kirche und nicht der Zerstörung der Kirche dienen soll, nur wenig gedient wäre.“ Das sind etwas wegwerfende, das Ziel überschießende Worte; aber etwas Richtiges liegt darin. Man wolle doch nicht vergessen, daß Lic. Traub in seiner Broschüre: „Staatschristentum oder Volkskirche“ (S. 35) vom Spruchkollegium schrieb: „Um es gerade herauszusagen, die Vorzüge des alten Disziplinarverfahrens erscheinen in hellem Licht, nachdem man die jetzige Verhandlung in Berlin (scil. gegen Jatho) erlebt hat.“ So empfand man damals — aber „nach Tisch sprach man anders“. Für eine etwaige Reform des Disziplinarverfahrens ist jetzt nicht die günstigste, sondern die ungünstigste Zeit. Sie kann mit Erfolg nur geschehen, wenn die Frage nicht aktuell ist, in objektiver Ruhe und Gelassenheit.

Die Spannung zwischen „Evangelischem Bund“ und „Deutsch-evangelischem Volksbund“, die ebenfalls ein reichliches Maß von Polemik entfesselte, ist im Kap. „Vereine“ kurz charakterisiert. Für die diesjährige Berichterstattung sei es genug des „Gespannten“. Im nächsten Jahre soll das Positiv Aufbauende der kirchlichen Arbeit in der Berichterstattung mehr berücksichtigt werden, als im diesjährigen Bericht.

*

*

*

III. Die übrigen deutschen Landeskirchen.

1. Bayern.

Dissonanzen in Personalfragen. Erlaß des Oberkonsistoriums betr. die Schrift: Warum bleiben wir in der Kirche? — und Replik ihrer Verfasser.
Neue kirchliche Parteigruppierungen.

Die durch Erledigung der Fälle „Jatho“ und „Traub“ hervorgerufene Gärung in der Preußischen Landeskirche hat auch die

süddeutschen kirchlichen Verhältnisse stark beeinflußt. In der wenigstens nach außen hin seither ziemlich geschlossenen bayrischen Landeskirche ist ein Auseinandergehen der kirchlichen Parteien fast genau nach preußischem Muster erfolgt. Der Ausgangspunkt war Nürnberg; die Gruppierung der kirchlich freier Gerichteten ging aus von den beiden bekannten Nürnberger Pfarrern Hauptprediger zu St. Sebald Dr. Geyer und Pfr. Lic. Rittelmeyer, denen die deutsche Homiletik formvollendete Predigtwerke verdankt.

Vorboten der kommenden Scheidung der Geister waren zunächst etliche kleinere Divergenzen und Dissonanzen in der kirchlichen Presse und einige Personalfragen. Eine sehr temperamentvolle Auseinandersetzung zwischen Kirchenrat Nägelsbach-Erlangen (Vorsitzender des sogen. „Ansbacher Ausschusses“, einer Gruppierung der kirchlichen Rechten) und Pfr. Lic. Dr. Rittelmeyer-Nürnberg übergehen wir hier in den Einzelheiten, weil sie, wiewohl die kirchlichen und kirchenpolitischen Differenzen im Hintergrund standen, doch stark persönlich gefärbt war. Das Nähere ergibt das Jahrbuch für die evangelisch-lutherische Landeskirche Bayerns von Kadner, S. 113 ff., Kap.: Zur kirchlichen Lage in Bayern, bearbeitet von D. Steinlein-Ansbach. Bemerkenswert erscheint uns, daß hier zum erstenmal, soweit wir sehen, der Vorstand des Pfarrvereins sozusagen als Standesvertretung fungierte und eine Art Schiedsgericht abhielt. Diese Differenz, sowie ein von Pfr. Herold auf der Tagung des Ansbacher Ausschusses erstattetes Referat: „Nivellierungsbestrebungen der neuesten Zeit und ihre Gefahren für die evangelische Kirche“ (als Sonderabdruck in erweiterter Gestalt erschienen) veranlaßte auch die „Freunde freier Theologie“ zur schärferen Absonderung und Anzeige im „Korrespondenzblatt für die evangelisch-lutherischen Geistlichen in Bayern“, deren Redakteur darüber wieder Anfechtung erfuhr.

Die Besetzung der ersten Pfarrstelle zu St. Egidien in Nürnberg und zugleich des Nürnberger Dekanats der St. Sebalders Seite mit dem seitens des Magistrats erst an dritter Stelle vorgeschlagenen Pfarrer Hermann, seither Dekan in Windsbach, verschärfte die Spannung. Es wurde sogar, wiewohl das Kirchenregiment an die Reihenfolge der Vorschläge durchaus nicht gebunden ist, bedauerlicherweise der Vorwurf der Parteilichkeit, ja des Nepotismus gegen dasselbe erhoben.

Aber die Erledigung dieser Personalfrage war nur das Vorspiel einer die Geister noch viel heftiger erregenden. Auch hier war Nürnberg der Ort des Schauspiels. Durch den Tod des Kirchenrats Nagel war die Hauptpredigerstelle an St. Lorenz erledigt. Der Stadtmagistrat von Nürnberg, dem das Präsentationsrecht zusteht, schlug dem Oberkonsistorium bzw. Kultusministerium im Dreivorschlag an erster Stelle den Pfarrer der Heiliggeistkirche, Lic. Dr. Rittelmeyer, den bekannten Führer der „Freunde freier Theologie“ vor.

Der Kirchenvorstand zu St. Lorenz opponierte und bat den Magistrat, den Pfarrer Brendel an erster Stelle zu präsentieren, da Dr. Rittelmeyer eine „theologische Richtung vertrete, welche den Anschauungen des von der Gemeinde gewählten Kirchenvorstandes nicht entspreche“. Dies wurde vom Magistrat abgelehnt. Das Kultusministerium lehnte seinerseits die Präsentation des Magistrats ab und betonte, daß ein Geistlicher nicht als vorgeschlagen gelten könne, wenn der Kirchenvorstand nicht zuvor gehört werde und dem Vorschlag des Magistrats beitrete. Es wurde hier also ein Recht der Vertretung der Kirchengemeinde gegenüber der Vertretung der bürgerlichen Gemeinde betont und zur Anwendung gebracht. Ohnehin — ganz abgesehen von der mangelnden Befragung der Kirchengemeinde — war die kirchliche Behörde formal durchaus nicht an die Präsentation des Magistrats in der Reihenfolge der drei Vorgeschlagenen gebunden. Der Verlauf der Angelegenheit bis dahin entfesselte eine heftige Polemik in Nürnberger Blättern, welche sich zu der Behauptung steigerte, der Erlaß des Ministeriums sei nichts anders als „ein mit juristischen Tüfteleien und Sophismen markierter Angriff der ultramontanen Regierung gegen die von Nürnberg ausgehende freiere Strömung innerhalb der evangelischen Kirche Bayerns“. Nürnberg solle sich durch das Bedürfnis des Kultusministeriums, nach oben hin Verbeugungen zu machen, sein Vorschlagsrecht nicht verkümmern lassen. Der Kirchenvorstand stelle bloß formal eine Vertretung der Kirchengemeinde dar, da die Beteiligung an kirchlichen Wahlen stets sehr gering gewesen sei. Dieser Umstand ändert nun zwar nichts an den Befugnissen des Kirchenvorstandes, daher blieb es trotz aller Proteste bei der Ablehnung Dr. Rittelmeyers. Es wurde von positiver Seite darauf hingewiesen, daß hier von einem Akt der Intoleranz keine Rede sei, da ja Dr. Rittelmeyer schon lange unangefochten Nürnberger Pfarrer sei und sein Gesinnungsgenosse Dr. Geyer dazu schon längst die andere der beiden Hauptpredigerstellen in Nürnberg, die zu St. Sebald, innehabe. Es sei im Gegenteil unparitätisch, den beiden liberalen Führern beide Hauptpredigerstellen zu überlassen. Die städtischen Kollegien wurden mit ihrer Beschwerde wegen Verletzung ihrer Patronatsbefugnisse und ihres Patronatsrechtes abgewiesen. Der Streit zog sich noch etliche Monate hin, bis im März des Jahres 1913 die Berufung des Pfarrer Brendel, der in der Liste an zweiter Stelle vorgeschlagen war, seitens der Kirchenbehörde erfolgte.

Noch vor endgültiger Erledigung dieser Angelegenheit erschien die Schrift von Dr. Geyer und Lic. Dr. Rittelmeyer: Warum bleiben wir in der Kirche? in der die Genannten die Berechtigung ihrer freieren Theologie gegenüber den Angriffen von positiver Seite darzulegen versuchen. Der erstgenannte behandelt von vorwiegend ethischen Gesichtspunkten aus in ruhiger und friedlicher Abhandlung, die von religiöser Wärme ganz offensichtlich

getragen ist, die Frage: „Warum wollen wir in der Kirche bleiben?“ Er kommt zu dem Schluß, man wolle doch sonst tunlichst jeden bei der Kirche halten und dem Austritt wehren. Es sei aber doch einmal Tatsache, daß viele zwar religiös interessiert seien, dennoch aber nicht mehr mit dem Bekenntnis der Kirche eins zu sein vermöchten. Von den positiven Geistlichen wollten diese nichts wissen, ihre Gottesdienste besuchten sie nicht mehr. Aber die freier gerichteten Modernen hörten sie. Um diese großen Scharen bei der Kirche zu erhalten, dazu wolle man in der Kirche bleiben, „weil wir nicht nur mit gutem Gewissen bleiben können, sondern weil wir bei dem bloßen Gedanken an Flucht aus der Kirche kein gutes Gewissen haben“. Schärfer und prononzierter redet Dr. Rittelmeyer im zweiten dogmatischen Teil der Schrift: „Warum dürfen wir in der Kirche bleiben?“ Hier lehnt Dr. Rittelmeyer scharf die auf der Rechten bestehende Auffassung der Bekenntnisverpflichtung ab. Er behauptet, daß auch die kirchliche Rechte gegenüber den Worten des Apostolikums „niedergefahren zur Hölle“, „aufgefahren zum Himmel“, „sitzend zur Rechten Gottes“ usw. sich nicht anders verhalte als die Modernen, nämlich umdeutend. Es kann hier nicht weiter auf die kritischen Aufstellungen dieser Schrift eingegangen werden. Sie berühren sich mit den literarisch bekannten Aufstellungen der „Freunde evangelischer Freiheit“.

Das Oberkonsistorium in München nahm aus dem Erscheinen der Schrift Veranlassung, unter dem 25. Februar 1913 folgenden Erlaß an die Pfarrämter herauszugeben:

„Die Schrift „Warum bleiben wir in der Kirche?“ gibt sich als ein Programm der Bestrebungen ihrer Verfasser innerhalb unserer Landeskirche zu erkennen. Allerdings ist dabei das religiöse Bewußtsein, das diesen Bestrebungen zugrunde liegt, mehr nur angedeutet als entfaltet. Aber so viel geht aus den Ausführungen der beiden Geistlichen unzweideutig hervor, daß ihr Verständnis des Christentums ein anderes ist, als wie es in den für die kirchliche Amtsführung maßgebenden Normen zum Ausdruck kommt, und zwar so sehr ein anderes, daß das christliche Glaubensbewußtsein in seinem Fundament dadurch erschüttert wird. Nach dem Glauben der Kirche ist die Fortführung des göttlichen Heilswerks in der Welt unablässig an die Wirksamkeit des von dem auferstandenen Christus seiner Gemeinde gesandten heiligen Geistes in Wort und Sakrament gebunden. An die Stelle der hiermit gegebenen, aber auf keinem anderen Wege zu erzielenden und durch nichts anderes zu ersetzenden religiös-sittlichen Wirkungen soll die Erweckung allgemein religiöser Erlebnisse und Grundgefühle treten. Nach dem Glauben der Kirche ist die Heilige Schrift das von Gott gewirkte Zeugnis von der göttlichen Heilsoffenbarung. Der hiermit gegebenen Autorität ist sie entkleidet, indem man sie als eine — wenn auch vorzügliche — Quelle religiöser Lebenswerte

neben anderen Quellen behandelt. Das kirchliche Bekenntnis ist die den Amtsträger unserer Kirche verpflichtende Lehrnorm und das unsere Kirche von anderen Konfessionen unterscheidende Symbol. Diese Geltung wird geleugnet. Der religiöse Inhalt der liturgischen Handlungen und Formeln wird in einer mit dem christlichen Wahrheitssinn nicht zu vereinbarenden Weise umgedeutet. Durchaus verkannt ist das Recht der christlichen Gemeinde auf das von den Aposteln verkündigte und von den Vätern bekannte Evangelium von Jesus Christus, dem einzigen Mittler zwischen Gott und den Menschen, und der Anspruch, welchen die Kirche an die von ihr bestellten Diener des Wortes zu erheben hat. Angesichts dieses Tatbestandes erklären wir, daß wir jedem Versuch, die Ordnungen der Landeskirche im Sinne der in der genannten Schrift hervortretenden Auffassung des Christentums umzugestalten, pflichtmäßig entgegentreten werden.“

Die beiden Verfasser reichten dem Oberkonsistorium eine Replik ein, die sie nachträglich, als obiger Erlaß der Kirchenbehörde der weiteren Öffentlichkeit bekannt wurde, auch der kirchlichen Presse zugänglich machten:

„Die Entschließung eines Hohen Königlichen Oberkonsistoriums, die uns durch das Königliche Dekanat zugestellt worden ist, gibt uns Anlaß zu folgender Erklärung, die wir ehrerbietigst bitten entgegennehmen zu wollen. Die Entschließung richtet zwischen unserer Schrift: „Warum bleiben wir in der Kirche?“ und einer ihr gegenübergestellten Anschauung, die als die allein berechnete evangelisch-christliche betrachtet wird, einen Gegensatz auf, der nach unserer Überzeugung der Wirklichkeit nicht entspricht. An dieser Überzeugung hat der Wunsch, in der Kirche zu bleiben, oder der Wunsch, uns den Vorgesetzten möglichst günstig darzustellen, wie wir bestimmt versichern können, keinen Anteil. Es ist uns nicht darum zu tun, wie in der Entschließung von uns gesagt wird, nur „allgemein religiöse Erlebnisse und Grundsätze zu erwecken“, vielmehr findet sich in unserer Schrift als das Ziel unserer gesamten Amtstätigkeit bezeichnet, mitzuarbeiten an der Erneuerung der Welt durch den Christusgeist. Wir haben Christus als das entscheidende Erlebnis unseres Lebens bezeichnet. Wir haben uns stets zu der Überzeugung bekannt, daß Christus sein Leben nicht im Grab beschlossen habe. Wir kennen keinen heiligeren Wunsch, als daß Christus lebendig werden möchte in den Herzen als das wahre höchste Leben. Unsere Überzeugung, daß auch außerhalb der Bibel göttlicher Geist lebendig ist in mancherlei Offenbarungen, hindert uns nicht, anzuerkennen, daß die Bibel „das von Gott gewirkte Zeugnis von der göttlichen Heilsoffenbarung“ ist. Erst über die Art, wie diese Wirkung und diese Offenbarung zu denken ist, gehen die Meinungen auseinander, aber auch zwischen den Theologen „positiver“ Richtung selbst. Daß das kirchliche Bekenntnis „das unsere Kirche von anderen

Konfessionen unterscheidende Symbol“ sei, haben wir nie, wie in der EntschlieÙung gesagt wird, geleugnet. Wenn wir das Bekenntnis statt als „Lehrnorm“ vielmehr als Lebenszeugnis der Kirche betrachtet wissen wollen, so glauben wir uns mit der ganzen Entwicklung des christlichen Lebens und Forschens und mit vielen hervorragenden Theologen in bestem Einklang. Ein „Recht der christlichen Gemeinde auf das von den Aposteln verkündigte und von den Vätern bekannte Evangelium“ erkennen wir durchaus an, ebenso aber auch ein Recht der christlichen Gemeinde auf immer neue selbständige Erfassung dieses Evangeliums aus den geistigen Erlebnissen und seelischen Bedürfnissen der Gegenwart heraus. Unsere ganze Wirksamkeit ist von dieser doppelten Überzeugung getragen gewesen.¹⁾ [Der Überzeugung des Königlichen Oberkonsistoriums, daß unsere Auffassung „vom religiösen Inhalt der liturgischen Handlungen und Formeln“ mit dem Sinn der christlichen Wahrheit nicht zu vereinbaren sei, setzen wir die andere Überzeugung entgegen, die uns geschichtlich wie dogmatisch ebenso begründet erscheint, daß wir gerade den eigentlichen Lebenskern der christlichen Wahrheiten überall wahren, sowie die weitere Überzeugung, daß dieser Lebenskern nicht von einer Zeit und einer Theologie allein endgültig festgestellt, sondern im Laufe der Zeit immer mehr erfaßt wird. Jedenfalls handelt es sich bei unseren Bestrebungen nirgends um ein äußerliches und oberflächliches „Umdeuten“, sondern um ein Bemühen, gerade einzudringen in den innersten lebendigen Gehalt der christlichen Wahrheiten.] Die EntschlieÙung des Hohen Oberkonsistoriums betrachten und behandeln wir selbstverständlich als nicht-öffentlich. Sollte jedoch die EntschlieÙung auf irgend eine Weise ohne unser Zutun den Weg in die Öffentlichkeit finden, so möchten wir jetzt schon erklären, daß wir dann zu einer Verteidigung vor demselben Forum im Interesse unserer Berufsehre gezwungen wären. Schließlich möchten wir noch aussprechen, daß die uns bekannte verurteilende und bekämpfende Haltung des Kirchenregiments gegenüber unserer Wirksamkeit uns pflichtmäßig nicht abhalten darf, mit unserem Verständnis und unserer Kraft der Zukunft des Christentums und der Kirche zu dienen. Wir wissen uns darin mit vielen Theologen der Landeskirche und mit vielen Gemeindegliedern völlig einig.“

Eines Königlichen Oberkonsistoriums ehrerbietigste Hauptprediger
Dr. Chr. Geyer. Pfr. Lic. Dr. Rittelmeyer.“

Auf diesem Punkt steht der Erlaß zurzeit (April 1913). Das Bayrische Kirchliche Jahrbuch 1913 konnte davon noch nicht Notiz nehmen, weil es schon um die Jahreswende erschien.

¹⁾ Der in Klammern gesetzte Teil der Replik lautet in dem nach München gesandten Original anders, da die Verfasser sich inzwischen überzeugten, daß der Erlaß ihre persönliche Wahrhaftigkeit nicht anzweifelte.

All diese Vorkommnisse haben auch in Bayern die itio in partes beschleunigt. Schon im Herbst 1912 bildete sich unter der Ägide der Professoren Zahn und Bachmann in Erlangen der „Bund der Bekenntnisfreunde“, mit Anschluß an die „Allgemeine evangelisch-lutherische Konferenz“. Auch die beiden Nürnberger Dekane, Kirchenrat Böckh und Hermann, gehören dem Ausschuß an. Von Nürnberg selbst aber ging der Zusammenschluß der Freigesinnten zum „Protestantischen Laienbund“ aus. Und endlich hat sich noch, der Mittelpartei in der Preußischen Landeskirche entsprechend, die „Evangelisch-kirchliche Vereinigung“ gebildet, welche unter Führung von Pfarrer Fikentscher-Nürnberg Rückhalt am „Evangelischen Bund“ hat, ohne daß der Evangelische Bund selbst kirchenpolitisch engagiert wäre. Von positiver Seite wird diese Absplitterung bedauert, es scheint also, als wenn die letztere Gruppierung auch viele ausgesprochen positive Elemente in sich aufzunehmen verstanden hätte. Doch ist augenblicklich die kirchenpolitische Gruppierung noch in der Gärung. Das Organ der Freunde einer freien Theologie ist die Zeitschrift: „Christentum und Gegenwart“.

Der Programm-Entwurf des Protestantischen Laienbundes hat folgenden Wortlaut.

I. Das Ziel des Bundes:

„1. Der Bund will daran mitarbeiten, daß das Christentum als Kraft des Lebens zu lebendiger Wirkung in unserem Volke gelange. Er traut dem Christentum die Kraft zu, sich vermöge seiner eigenen Wahrheit und seines eigenen Wertes in der Welt durchzusetzen. Darum verwirft er Zwang und Druck in religiösen Angelegenheiten und fördert alle Bestrebungen, die das Christentum in voller Aufgeschlossenheit für die Wahrheiten der Wissenschaft und in freier Auseinandersetzung mit den lebendigen Geistesmächten der Zeit zur innerlichen Geltung bringen möchten. Er glaubt, damit einen echt evangelischen Grundsatz zu vertreten, den Grundsatz von der alleinigen Siegeskraft der göttlichen Wahrheit.

2. Der Bund will dafür eintreten, daß sich die innerkirchlichen Auseinandersetzungen und Entwicklungen im Geiste weitherziger Freiheit vollziehen. Er glaubt, ein Lebensinteresse der Laien zu wahren, wenn er sich gegen die Niederhaltung theologischer Überzeugungen wendet, die gewissenhaft gewonnen und mit religiösem Ernst vertreten werden. Die Zukunft der Kirche und das Vertrauen der Laien zu ihr sieht er nur dann gesichert, wenn alle Theologen, die in innerem Anschluß an Jesus Christus aufbauend tätig sein möchten, ihre Kräfte frei auswirken können. Auch hier glaubt der Bund einen echt evangelischen Grundsatz zu vertreten, den Grundsatz vom freien, nur in Gott gebundenen Gewissen.

3. Der Bund will dahin streben, daß den Laien größere Rechte in der Mitregierung der Kirche gegeben werden. In allen religiös-

kirchlichen Fragen gedenkt er für begründete Wünsche der Laien einzutreten. Er sieht in der geringen Mitarbeit der Laien an der Entwicklung des Kirchenwesens einen verhängnisvollen Schaden und erhofft von der regeren Mitarbeit der Laien eine Belebung der Kirche. Auch hier glaubt der Bund einen echt evangelischen Grundsatz zu vertreten, den Grundsatz vom allgemeinen Priestertum.

II. Die Wirksamkeit des Bundes:

1. Der Bund sucht den Zusammenschluß und die Verständigung unter allen denen zu fördern, die seine Grundsätze teilen. Eine besondere theologische Richtung zu vertreten, liegt nicht in seiner Absicht. Vielmehr hofft er, daß sich zur Vertretung seiner Grundsätze Menschen verschiedener christlich-religiöser Überzeugung in gegenseitiger Duldung und Achtung zusammenfinden.

2. Der Bund sucht seine Grundsätze in der kirchlichen Gemeinschaft zur Anerkennung zu bringen. Er nimmt dabei schonende Rücksicht auf jede aufrichtige religiöse Überzeugung und ist zu freudlichem Zusammenarbeiten mit allen religiös-kirchlich Gesinnten bereit.

3. Der Bund sucht in der Öffentlichkeit seine Grundsätze zur Geltung zu bringen. Als Mittel dazu stehen ihm vor allem Vorträge, Versammlungen, Veröffentlichungen zur Verfügung. Er wird versuchen und will dies in seinen Leitsätzen ausgesprochen haben, seine Wirksamkeit stets in dem Geiste zu üben, der der Würde der von ihm vertretenen Sache entspricht.

III. Die Verfassung des Bundes.

Über diesen Punkt werden die genaueren Vorschläge in der Gründungsversammlung gemacht werden.“

Die lang erstrebte neue Kirchengemeindeordnung Bayerns ist endlich im Herbst 1912 zu Stand und Wesen gekommen und am 1. Januar 1913 in Kraft getreten. Eigentümlicherweise war und ist diese Kirchengemeindeordnung interkonfessionell angelegt. Der Entwurf übertrug die Verwaltung des ortskirchlichen Stiftungsvermögens der Kirchengemeinde. Die ultramontane Majorität der Abgeordnetenversammlung änderte das für die katholische Kirche ab, für die evangelische Kirche blieb diese Bestimmung in ihren Grundsätzen bestehen. Auch sonst ergab sich an Einzelpunkten die Notwendigkeit einer unterschiedlichen Behandlung der in ihrem Wesen doch so grundverschiedenen beiden Kirchen. Ein Novum ist die Heranziehung juristischer Personen zu den kirchlichen Umlagen, die bekanntlich auch in der Preussischen Landeskirche von einigen erstrebt wird. Der Weg dahin geht mitten durch die Axiome hindurch, einmal, daß niemand zu Leistungen für eine fremde Konfession herangezogen werden sollte, und auf der andern Seite, daß niemand durch Beitritt zu einer bloßen Erwerbsgesellschaft einen Teil seines arbeitenden Vermögens der Besteuerung für

kirchliche Zwecke entziehen darf. Die bayrische Kirchenordnung geht den Mittelweg, daß sie juristische Personen und Erwerbsgesellschaften nur zu Bauanlagen heranzieht, und zwar in jedem Ort nach dem Verhältnis der betr. Konfessionszugehörigen zur Seelenzahl. — Eine eigentümliche für unsere kirchliche Anschauung fremdartige Bestimmung liegt darin, daß die Höchstbesteuerten einer Kirchengemeinde, welche mehr als ein Drittel des Steuersolls tragen, besondere Vorrechte haben in der Kirchengemeindeversammlung, jedoch jeweils nur bis zur Fünffzahl, aber mit der Befugnis, sich durch Bevollmächtigte vertreten zu lassen. Diese Bestimmung ist dem politischen Anlagegesetz der bayrischen Landgemeinden entnommen und auf das kirchliche Gebiet übertragen; der bisherigen kirchlichen Rechtsanschauung Bayerns war ein Unterschied der hoch und nieder besteuerten Gemeindeglieder fremd. In Preußen ist der von Friedrich Wilhelm IV. aufgestellte Grundsatz: „In der Kirche gilt kein Zensus“ bis dahin unangefochten geblieben. In den Kreisen des Pfarrervereins ist man nicht mit allen Partien der neuen Kirchengemeindeordnung einverstanden, man befürchtet von ihr auch eine bureaukratische Belastung und Schwerfälligkeit der kirchlichen Verwaltung. Dennoch erwartet man im ganzen genommen Gutes von dem Einleben in die neue Ordnung. Sie stellt doch einen wesentlichen Fortschritt dar gegenüber dem alten Rechtszustand, der als unsicher, lückenhaft und unbefriedigend bezeichnet wird.

Die 1911 geschehene Einführung der Landeskirchensteuer gab der bayrischen Landeskirche eigentlich zum erstenmale die so sehnlich erwünschte pekuniäre Bewegungsfreiheit und die Möglichkeit, allgemeinen Bedürfnissen der Landeskirche gerecht zu werden. Die erste sogen. Steuersynode veranschlagte den Ertrag für 1911 (bei 5 % der Staatssteuer) auf etwa 600 000 M. Schon im ersten Jahr wurde diese Summe überschritten und 1912 noch mehr. Die anfänglich befürchtete Verminderung freiwilliger kirchlicher Gaben und Vermehrung von Austritten aus der Landeskirche sind nicht zu beobachten gewesen. Die Erträge der Landeskirchensteuer sind seither wohl zur Aufbesserung der Ruhegehälter und der Bezüge der Pfarrwitwen verwendet worden, aber noch nicht in nennenswertem Umfang zur Erhöhung der Pfarrgehälter und Ermöglichung rechtzeitiger Emeritierung. Dieser Verwendung wird sich der Zentralfonds auf die Dauer nicht entziehen können.

2. Württemberg.

Neuordnung der Generalate. Verhandlungen der Landessynode. Beantragte, aber abgelehnte Änderung der Konfirmationspraxis.

Die württembergische Landeskirche hat ihre Generalate und damit auch die Zahl ihrer Generalsuperintendenten

von sechs auf vier reduziert. Die Generalate Hall und Tübingen sind aufgehoben, zwei Generalate waren schon seither erledigt: Ludwigsburg und Heilbronn. Zwei der seitherigen Generalsuperintendenten treten in den Ruhestand, von Braun in Hall und von Frohnmeyer in Reutlingen, so verblieben nur Generalsuperintendent von Hermann, bisher in Tübingen, der das Generalat Reutlingen übernahm, und von Planck in Ulm. Neu ernannt wurden für Ludwigsburg (mit der Residenz Stuttgart) der seitherige Dekan Stahlecker in Reutlingen und für Heilbronn der seitherige Stadtdekan Keeser von Stuttgart.

Die Landessynode beriet den Notstand des Daniederliegens der Christenlehre, den seitherigen Zwang an der Teilnahme katechetischer Unterweisung für die vier Jahrgänge nach der Konfirmation — eine Institution, die sich nur auf dem Lande noch erhält, aber sich im ganzen schwerlich noch lange wird halten lassen. Wichtiger und tiefgreifender waren die Verhandlungen betr. Änderung der Konfirmationspraxis auf Grund einer Eingabe von mehr als 400 Geistlichen. Schon im Sommer 1912 veröffentlichte Pfr. Lic. Essenwein in Markgröningen folgende Sätze:

„1. Das charakteristische Merkmal der Volkskirche ist, daß man ihr angehört ohne ausgesprochenes Bekenntnis und ohne ausgesprochene Verpflichtung.

2. Ein religiöses Bekenntnis und eine religiöse Verpflichtung können nur gereifte Menschen aussprechen; wer also dies beides als etwas für die Kirche unumgänglich Notwendiges ansieht, der muß gegen die Volkskirche sein.

3. Die Einreihung neuer Mitglieder in die Volkskirche geschieht bei uns durch die Kindertaufe ohne jedes Bekenntnis und ohne jede Verpflichtung der Einzureihenden.

4. Das innere Recht der Volkskirche ruht auf dem Glauben an die Kraft des Gottesgeistes, der in ihr wirkt durch Wort und Tat, und Bekenner schafft, die sich Gott verpflichtet wissen.

5. Die Einführung der Konfirmationsfeier mit Bekenntnis und Verpflichtung geschah unter dem Einfluß des Pietismus, der nicht an der Volkskirche, sondern an der „Freikirche“ orientiert ist. So kam es zu dem vorliegenden Kompromiß.

6. Dieser Kompromiß ist aber unhaltbar; denn das Bekenntnis, das hier allgemein gefordert wird von 14jährigen Kindern, ist kein Bekenntnis und kann keines sein, und die Verpflichtung, die gefordert wird, ist keine Verpflichtung und kann keine sein; wenn bei einzelnen Konfirmanden Ausnahmen vorliegen, so beweist das nichts für das Recht der allgemeinen Bekenntnis- und Verpflichtungsforderung.

7. Die volksskirchliche Konfirmationsfeier verliert nichts, wenn sie auf Bekenntnis und Verpflichtung verzichtet. Sie hat trotzdem ihr volles Recht und ihren guten Sinn, in dem begründet, was die Kirche den Kindern, die ins Berufsleben eintreten, mitzugeben

hat; und was bei der Feier und dem mit ihr abschließenden Unterricht gesagt und getan wird, das ist, wenn es recht geschieht, gewiß geeignet, das christliche Leben der Kinder zu fördern und zu stärken (— und das der Eltern —); darum ist's eine rechte confirmatio.

8. Je mehr und je rückhaltloser wir die Volkskirche in ihrem vollen und weiten Sinne verstehen und haben wollen, desto weniger werden kirchliche Zwangskompromisse nötig sein.“

Die Landessynode vom 10. Februar 1913 verhandelte über eine Eingabe, die von 422 Geistlichen des Landes (ständige und nichtständige, insgesamt ein Drittel der Geistlichkeit des Landes) und 808 evangelischen Laien unterzeichnet war, folgenden Wortlauts:

„Die Unterzeichneten fühlen sich teils durch eigene Gewissensbedenken, teils durch die Rücksicht auf die Gewissen anderer (Geistlicher wie Gemeindeglieder) gedrungen, an die Evangelische Landessynode die Bitte zu richten, sie möge darauf hinwirken, daß für die Konfirmationsfeier ein Parallelformular geschaffen werde, in dem die Bekenntnis- und Verpflichtungsfragen weggelassen sind und an ihre Stelle etwa ein Gebet des Pfarrers und ein entsprechender Gebetvers der Kinder tritt. Sie sind der Meinung, daß die Konfirmation auch ohne Bekenntnis und Versprechen der Kinder nur mit Prüfung und Einsegnung der Kinder ihren guten Sinn in einer Volkskirche behalten und durch Wegfall desselben für das Empfinden vieler an Wahrhaftigkeit gewinnen würde.“

Eine Gegeneingabe von positiver Seite hatte folgenden Wortlaut:

„1. Wir müssen es im Blick auf unser kirchliches Leben für bedauerlich erklären, daß in einer Zeit, in der in der evangelischen Landeskirche Württembergs so viel geändert worden ist, nun auch die Umgestaltung der Konfirmationsordnung verlangt wird, die erst vor fünf Jahren nach einstimmigem Beschluß der Landessynode geregelt worden ist.

2. Die drei sogen. Verpflichtungsfragen sind im Jahre 1908 so gefaßt worden, daß durch sie die Konfirmanden nicht überfordert werden. Wir fürchten aber, daß durch eine Änderung des Konfirmationsformulars, wie die vorgeschlagene, unsere ganze Konfirmationsfeier und auch die Ordnung des Konfirmandenunterrichts ins Wanken gebracht würde.

3. Mit aller Entschiedenheit müssen wir Einsprache erheben, wenn die Freigebung des Gebrauches des Konfirmandenbüchleins angestrebt wird. Wir erkennen hierin einen Angriff auf die Lehre und Gottesdienstordnung unserer Landeskirche und einen Versuch, das Bekenntnis der evangelischen Kirche aus seiner Stellung zu verdrängen.“

In den Beratungen der Synode erkannten die Berichterstatter Prälat von Planck und D. von Wurster den Ernst der Lage vollauf an, ohne jedoch die vorliegende Schwierigkeit der Bekenntnis-

und Konfirmationsverpflichtung als Gewissensbelastung zu bezeichnen. Angesichts der erst vor vier Jahren erfolgten weitherzigen Neufassung der drei Konfirmations-Verpflichtungsfragen halte man eine abermalige Neuerung derzeit für unnötig, ja für schädlich.

Von liberaler Seite wurde hervorgehoben, nur Liebe zur Kirche, zu den Kindern und zum Evangelium, sowie die Rücksicht auf die Gewissen der durch die seitherige Form der Feier Beunruhigten habe zu diesem Antrag geführt. Die sich anschließende über zwei Sitzungstage sich ertreckende Debatte brachte in der Abstimmung der positiven Anschauung den Sieg mit 36 gegen 18 Stimmen. Im übrigen herrschte das Gefühl der Annäherung vor, beruhend auf der Empfindung, daß beide Richtungen redlich bemüht gewesen seien, sich zu verstehen.

Eine Annahme des von liberaler Seite eingereichten Antrages wäre gerade für die württembergische Landeskirche verhängnisvoll gewesen. Für die dort in Blüte stehenden Gemeinschaften würde das Veranlassung gewesen sein, das Verhältnis zur Landeskirche zu lockern, und schließlich hätten die ebenfalls zahlreich vertretenen Sekten den Gewinn dieser Situation davongetragen.

Die im Dezember 1912 einberufene 8. Landessynode beriet die oben erwähnte Verminderung der Generalate, wobei der Wunsch ausgesprochen wurde, daß die Generalsuperintendenten nicht mehr, wie seither in Stuttgart, sondern innerhalb ihres Sprengels Wohnung nehmen, und nicht mehr als Räte am Konsistorium fungieren möchten. Vor allem aber beriet diese Synode die Neubegründung von Pfarrstellen in den Industriestädten des Landes, einer Notwendigkeit, der die staatlichen Instanzen sich freundlich gegenüberstellten.

Das Problem der „Ausscheidung des Kirchenvermögens“ ist noch in der Schwebe. Die historischen Vorarbeiten sind noch nicht völlig abgeschlossen. Übrigens handelt es sich hier um die örtlichen kirchlichen Fonds, die in Preußen der Säkularisation von vornherein entzogen waren.

3. Baden.

Verbreiterung der Bekenntnisgrundlagen der Landeskirche. Dr. Lehmanns Reformationsfestpredigt. Änderung der Taufpraxis. Beschwerde und Bescheid.

Im Großherzogtum Baden finden die Bestrebungen der freieren Theologie, die Bekenntnisgrundlagen der Landeskirche, wenn auch nicht zu entfernen, so doch beträchtlich zu erweitern, seit Jahren bereiteten Boden. In der Vorbereitung ist der Entwurf einer neuen Agende, der für die Taufe ein Parallelformular vorsieht, in dem an die Stelle des Apostolikums folgendes Bekenntnis gesetzt werden soll:

1. Heilig ist unser Gott,
Himmel und Erde sind sein Werk.
Ohne Maß ist seine Liebe,
Und Sünder zu retten ist sein heiliger Wille.
2. Darum hat er uns den Heiland gesandt,
Den eingeborenen Sohn Jesus Christus, den sündlosen,
Der unser Bruder worden ist und uns ein Vorbild gegeben hat;
Durch sein Sterben und Auferstehen sind wir unserer Kindschaft
gewiß.
3. In der Kraft des heiligen Geistes sind Vater und Sohn
bei uns,
Daß wir erweckt werden zum Glauben, zur Hoffnung und Liebe.
Auch in Leiden und Tod sind wir getrost als die Gesegneten
des Herrn
Und warten des himmlischen Erbteils.

Von der kirchlichen Rechten wird eingewendet, daß die poetische Schönheit dieses „Bekenntnisses“ seine religiöse Tiefe weit überrage. Ein spezifisch „christliches“ Bekenntnis sei es nicht mehr.

Der Beginn des Jahres 1912 brachte zunächst eine Spaltung in die „kirchlich-liberale Vereinigung“ Badens. Der Herausgeber der „Süddeutschen Blätter für Kirche und freies Christentum“, Pfarrer Rhode in Karlsruhe, hatte sich für Aufhebung der staatlichen Dotation der Kirche und Beseitigung des Summepiskopats des Landesherrn literarisch ausgesprochen. Auf einer Versammlung in Offenburg rückten die kirchlich gemäßigten Elemente von diesen Prinzipien ab; der bisherige 1. Vorsitzende, Oberrealschuldirektor Willmann-Heidelberg, legte nicht nur den Vorsitz nieder, sondern trat auch aus der kirchlich-liberalen Gruppe aus. Man wollte offenbar die Fühlung nach rechts hin nicht ganz aufgeben. Das Programm der Radikalen: völlige Freiheit vom Bekenntnis, Trennung von Kirche und Staat (Verzicht auf Staatsdotation), Aufhebung des kirchlichen Religionsunterrichts in der Schule und Einführung eines interkonfessionellen Moralunterrichts, demokratischer Ausbau der Kirchenverfassung durch Einschränkung der Rechte (ja nahezu Beseitigung) des Oberkirchenrats, Einführung eines rein parlamentarischen Systems in die kirchliche Verfassung — dieses Programm wurde mit 53 gegen 37 Stimmen abgelehnt.

Die kirchenpolitische Verschärfung der Situation in Preußen wirkte auch hinein nach Baden und schob den Radikalismus in den Vordergrund. Stadtpfarrer Dr. Lehmann an der Lutherkirche in Mannheim hielt aus Anlaß des damals an sich schon erledigten „Falles Traub“ eine Predigt, die sich in sehr scharfer polemischer Art gegen den Evangel. Oberkirchenrat in Berlin aussprach, der den „Makel des Rechtsbruches auf sich geladen habe“. An sich wären diese Invektiven unbeachtlich gewesen, wenn Dr. Lehmann

nicht im Verlauf seiner Predigt, die er nachher in Druck der Öffentlichkeit unterbreitete, in sehr radikaler Weise gegen das Apostolikum sich ausgesprochen und seinerseits eine völlige neue Handhabung der Taufpraxis proklamiert hätte. Er glaubte feststellen zu können, daß die badische Landeskirche das Apostolikum „eigentlich nur noch bei der Taufe habe“. Eben da müsse es entfernt werden.

„So weiß ich heut, und die Gemeinde möge es wissen: auch ich werde, wie es eine Anzahl badischer Geistlichen bereits halten, das Apostolische Glaubensbekenntnis von heut an als Ganzes auch bei der Taufe nicht mehr gebrauchen. Ich will gern das herausnehmen aus diesem Bekenntnis der Väter, was noch mein und was unser wahrer Glaube ist, und das will ich dann nicht mehr nur lesen und hinter Einleitungsformeln verstecken, sondern ich will es mit den Eltern und Paten bei unserer Kinder Taufen dann auch wirklich und freudig bekennen. Aber ich will auch da nur reden, was ich glaube. Und ich weiß, das ist noch unendlich viel. Es bleibt das übrig, was das Wesen und die Kraft des Christenglaubens zu allen Zeiten gewesen ist und immer bleiben wird.“

Ob dieses selbständige Vorgehen irgend welche Konsequenzen nach sich gezogen hat, ist seither nicht bekannt geworden. In derselben Predigt war auch die Behauptung aufgestellt, es gebe auch unter den positiven Geistlichen Badens sicherlich keine zehn mehr, welche von allen Aussagen des Apostolischen Glaubensbekenntnisses behaupten würden, daß sie sie glauben. Rein historisch angesehen war diese Behauptung kaum sehr glücklich zu nennen, da der letzten Generalsynode eine Erklärung von mehr als 200, der „Evangel. Konferenz“ und der „Kirchlich-positiven Vereinigung“ angehörenden Geistlichen unterbreitet worden war, daß sie freudig und rückhaltlos auf dem Boden des Apostolikums stünden. Auch den noch zu Recht bestehenden liturgischen Gebrauch des Bekenntnisses in den Gottesdiensten scheint Pfarrer Lehmann nicht beachtet zu haben.

Eine Reihe positiver Pfarrer legte nicht nur öffentlich Protest ein gegen die vorerwähnte Äußerung Pfarrer Lehmanns, keine zehn Geistlichen in Baden stünden vorbehaltlos auf dem Boden des Apostolikums, sondern erhoben auch Beschwerde beim Oberkirchenrat in Karlsruhe.

Ihnen ging der Bescheid zu:

„Im Anschluß übersenden wir Ihnen Abschrift der Erklärung des Pfarrers Dr. Lehmann auf Ihre ihm zur Kenntnis gebrachte Beschwerde. Nach seiner ausdrücklichen Versicherung lag ihm die Absicht eines beleidigenden Angriffes auf die positiven Geistlichen fern. — Damit glauben wir die Angelegenheit, soweit sie die Klage der Evangelischen Konferenz betrifft, für uns als erledigt betrachten zu sollen.“

Die Anschauungen des gemäßigten Liberalismus über Bekenntnisverpflichtung kommen am klarsten zum Ausdruck in einer Broschüre von Pf. Manz: „Staatskirche, Freikirche, Volkskirche“ (Tübingen, Mohr).

Seine Behauptung, den Positiven werde mit der formalen Preisgabe der Bekenntnisgrundlage der Kirche keinerlei „Verleugnung“ zugemutet, sondern lediglich ein Stück „Selbstverleugnung“, wird von positiver Seite durchaus abgelehnt.

4. Hessen.

Hessische Landessynode von 1912: Erklärung des Oberkonsistorial-Präsidenten D. Nebel betreffs der Protestler im „Fall Jatho“. Zentralkirchenfonds. Petition der evangel.-kirchl. Frauenvereine.

Im Jahre 1911 hatten 87 hessische Geistliche einen Protest gegen das preußische Spruchkollegium zugunsten Jathos erlassen. In der hessischen Kammer machten einige Vertreter (oberhessische Standesherrn) dem Oberkonsistorium in Darmstadt den Vorwurf der Pflichtversäumnis, daß diese Pfarrer ungerügt geblieben seien; man sehe darin eine unberechtigte Parteinahme. Prälat D. Dr. Flöring hatte dem in der Kammer schon widersprochen. Der Oberkonsistorial-Präsident D. Nebel gab auf der hessischen Landessynode, die im Juli 1912 tagte, die folgende Erklärung ab:

„... Was die Erklärung von 87 hessischen Geistlichen im Fall Jatho anbelangt, so hat das Oberkonsistorium die Schärfe und Schroffheit lebhaft bedauert, mit der sehr schwere Fragen der größten deutschen Landeskirche und ihre Erledigung durch Männer von hoher Bedeutung, von größtem Ernst und unzweifelhafter Gewissenhaftigkeit hier behandelt worden sind. In der Erwägung jedoch, daß den Geistlichen die Freiheit der Erörterung solcher gewiß in erster Linie und hauptsächlich die Preußische Landeskirche berührender, indes immerhin auch für den gesamten Protestantismus schwerwiegender Fragen nicht beeinträchtigt werden kann, haben wir in diese öffentliche Erörterung nicht eingegriffen. Zudem ist die Landessynode die für die Entgegennahme von Äußerungen des Oberkonsistoriums geeignete Stelle. Selbstverständlich haben die betreffenden Geistlichen für ihre öffentlichen Erklärungen, sowie für die Erörterungen, die sich daran anschlossen, im großen und ganzen die Verantwortung selbst zu tragen, auch wenn bei diesen Auseinandersetzungen Mißverständnisse mit unterliefen.“

Die wichtigste und bedeutsamste Arbeit der Synode war die Durchberatung und Annahme des von der Kirchenbehörde eingebrachten Gesetzes betr. die Verbesserung der Einkünfte der Pfarrstellen und Sicherung des Zentralkirchenfonds. Innerhalb dieses Fonds soll ein Pfründenverbesserungsfonds gebildet werden, sowie ein Ausgleichsfonds, um vorübergehenden Schwankungen zu

begegnen. Die Gemeinden haben dafür freilich Opfer zu bringen. Jedoch würden nach dem Finanzplan in etwa 40 Jahren die erstrebten Ziele vollauf erreicht sein.

Die Evangel.-kirchl. Frauenvereine hatten die Bitte gestellt:

1. Evangelische Landessynode wolle Schritte tun, daß die in der Gemeinde tätigen weiblichen Hilfskräfte ihre geordnete Stelle im Leben der Gemeinde erhalten, insbesondere, daß der § 47, III der Kirchenverfassung, soweit er die Diakonen betrifft, auf sie für anwendbar erklärt werde.

2. Den so in den Gemeindeorganismus eingegliederten Frauen, bezw. ihrer geeigneten Vertretung die Berechtigung verleihen, zu den Sitzungen des Kirchenvorstandes zugezogen zu werden, falls dessen Beratungen Fragen aus dem Gebiet der Frauenarbeit behandeln.

Das Oberkonsistorium erklärte sich bereit, auf dem Verwaltungsweg darauf hinzuweisen, daß es den Kirchenvorständen freistehe, Helferinnen im Sinne des § 47, III anzustellen und zu den Sitzungen zuzuziehen. Wenn aber das Wort Berechtigung bedeuten solle, daß die Frauen herangezogen werden müßten, so stimme dem das Kirchenregiment zunächst nicht zu: das würde eine Änderung der Kirchenverfassung darstellen, an die man erst bei der Revision der Kirchengesetzgebung herantreten könne. Man schätze die Arbeit und die Mitwirkung der Frauen sehr hoch und habe ja auch schon Zuwendungen bewilligt, doch müsse erst die Erfahrung lehren, ob sie auch in leitender Stellung die Befriedigung fänden, die sie bei ihrer Mitwirkung suchten. Die Synode verschob die Beratung der Eingabe bis zu ihrer nächsten Tagung.

Die Kirchlich-positive Vereinigung (etwa 600 Mitglieder, Vorsitzender Pfarrer Bernbeck-Okarben) erstrebte auf ihrer November-Versammlung in Darmstadt Beseitigung des Examenszwangs für das erste theologische Examen in Gießen — wie schon 1911 vergeblich — und größere Berücksichtigung der positiven Wünsche bei Besetzung der theologischen Professuren in Gießen.

Die zweite hessische Kammer hatte über einen sozialdemokratischen Antrag auf Trennung von Kirche und Staat zu beraten. Der Antrag verlangte:

1. Wegfall des Religionsunterrichts als obligatorischer Lehrgegenstand.
2. Wegfall des Zwanges für Lehrer, kirchliche Funktionen zu übernehmen.
3. Wegfall der Bestimmung, die den Geistlichen Sitz und Stimme im Schulvorstand gibt.
4. Umwandlung der noch bestehenden Konfessionsschulen in Simultanschulen.

Die Forderung zu 1. und 3. wurden abgelehnt, die zu 2. und 4. angenommen.

5. Sachsen.

Scheitern des Volksschulgesetzentwurfs.

An der Frage, welcher Charakter dem Religionsunterricht zu geben sei, ob er an das kirchliche Bekenntnis zu binden oder von ihm loszulösen sei, scheiterte der Entwurf des Sächsischen Volksschulgesetzes. Die erste Kammer hatte den Entwurf der Regierung, welcher den bekenntnismäßigen Charakter des Religionsunterrichts sicher stellte, angenommen, die zweite ihn beanstandet. In der parlamentslosen Sommerpause hatte eine von der zweiten Kammer eingesetzte Kommission, die sogen. Zwischen-Deputation, den Entwurf wesentlich umgestaltet. Zu § 2 wurde der Satz eingefügt, daß „der Religionsunterricht im Geist der betreffenden Kirche, aber ohne Bindung an den Buchstaben der Bekenntnisformel, durch lebendige Einführung in das Leben und die Lehre Christi an der Hand der Heiligen Schrift“ zu erteilen sei. Die Sozialdemokratie wollte ursprünglich überhaupt den Religionsunterricht aus der Schule entfernt haben, trat aber dieser Kompromißformel bei, mit der, wie die liberale Fraktion erklärte, der christliche Charakter der Volksschule sichergestellt sei. Auch in einigen andern Punkten wichen die Vorschläge der Zwischen-Deputation vom Regierungsentwurf ab, so in der Freistellung der Dissidentenkinder, auch darin, daß dem Ortspfarrer die ihm im Entwurf zugesicherte Aufsicht über den Religionsunterricht entzogen wurde, sowie auch die Zugehörigkeit zum Schulvorstand. Andere Abweichungen waren mehr rein schultechnischer Art. Das Plenum trat diesen Vorschlägen der Zwischen-Deputation bei, konzedierte nur auf Initiative der Nationalliberalen dem Ortsgeistlichen die Mitgliedschaft im Schulvorstand. In dieser Form nahm die zweite Kammer den Gesetzentwurf an. Die erste Kammer verharrete jedoch auf dem Boden des ursprünglichen Entwurfs, wohl in Erinnerung an die in den bekannten Zwickauer Thesen sich aussprechende kirchenfeindliche Gesinnung eines großen Teiles der Lehrerwelt. Der neuernannte Leipziger Superintendent D. Cordes betonte, daß die Kirche weit entfernt sei, den Religionsunterricht auf den Boden eines starren Dogmatismus zu stellen, aber auf dem jetzt empfohlenen Wege komme man schließlich zum Atheismus. Er schlug vor, den ursprünglichen Gesetzentwurf bestehen zu lassen, aber nur solche Lehrer zur Erteilung des Religionsunterrichts heranzuziehen, die ihn mit voller Freudigkeit im Sinn des Bekenntnisses der Kirche geben könnten und wollten, und jeden Zwang auszuschließen. Den freigesinnten Lehrern aber rief er zu, mit ihrem theologischen Radikalismus der Schule fern zu bleiben. — Da die Beschlüsse beider Kammern, trotz des eingeleiteten Vereinigungsverfahrens, auseinandergingen, war das Gesetz endgültig gescheitert. Damit sind auch eine Reihe technischer Verbesserungen einstweilen unmöglich gemacht oder doch auf unbestimmte Zeit aufgeschoben.

Nach dem Entwurf hätten mehr als 800 ständige Lehrerstellen neugeschaffen werden müssen, und seine Durchführung hätte den Lehrern manche Vorteile geboten. Die werden nun erst nach längeren Vorbereitungen erreichbar sein.

6. Thüringen, Anhalt und Braunschweig.

Die Landessynode von Sachsen-Meiningen hat der weiteren Zusammenlegung von Pfarrstellen Einhalt getan. Einen Schritt zur Verselbständigung der Kirche bedeutet das Ansuchen an den Oberkirchenrat, dahin zu wirken, daß Änderungen innerkirchlicher Art (Kirchengemeinde — und Synodalordnung) lediglich Sache der kirchlichen Gesetzgebung werden und der Beschlußfassung des Landtages entzogen werden möchten. Endlich hat die Synode von Meiningen auch das Problem der Begrenzung der Rechte des Privatpatronats in die Hand genommen. Das Herzogtum hat 20 Privatpatronate. Diese haben wohl das Präsentationsrecht, aber sind zu keinen besonderen Leistungen verpflichtet. Nunmehr hat jeder Privatpatron jährlich 100 M. an die Landeskirchenkasse abzuführen und ein Zehntel der Kirchen- und Pfarrhausbaulasten zu tragen. Dafür erhält er Mitgliedschaft im Kirchenvorstande, sofern er am Parochialort ansässig ist. Das Patronat ruht, wenn es in nichtchristlicher Hand ist. Es erlischt durch Zerschlagung des Grundbesitzes.

Die Anhaltische Landessynode (Januar 1913) erstrebte Umgestaltung der Diözesanversammlungen in Kreissynoden etwa nach dem Muster der Preußischen Landeskirche. Bei dem Widerspruch des Ministeriums war dieser Wunsch nicht gleich erreichbar, seine Erfüllung wurde jedoch für später ins Auge gefaßt. Die Bildung eines landeskirchlichen Hilfsfonds mit Ausschreibung einer Landeskirchensteuer wurde beschlossen.

Auch Braunschweig hat ein neues, aber erst am 1. April 1914 in Kraft tretendes Schulgesetz erhalten. Die Schulaufsicht lag bisher lediglich in den Händen der Kirche. Darin sind Änderungen eingetreten. Das Konsistorium hat zwar — zum Leidwesen des radikalen Teiles der Lehrerschaft — die Stellung als Schulbehörde behalten. An die Stelle der sechs Superintendenden jedoch, die seither nebenamtlich als Schulinspektoren fungierten, sollen sechs Bezirksschulinspektoren treten „aus der Zahl praktisch bewährter Schulmänner oder besonders geeigneter Geistlichen“. Die Ortschulaufsicht der Geistlichen kommt in Wegfall, doch bleiben diese in den Landgemeinden Vorsitzende des Schulvorstandes und Leiter der „Schulpflege“ mit dem Recht, dem Unterricht beizuwohnen. Das Recht des Konsistoriums, die Aufsicht über den Religionsunterricht in den evangelisch-lutherischen Gemeindeschulen zu regeln, bleibt neben dem Gesetz in Kraft. Der konfessionelle

Charakter der Volksschule bleibt unangetastet. Die feste Verbindung bestimmter Lehrerstellen mit dem Kirchendienst wird aufgehoben, die Heranziehung zum Kirchendienst geschieht fakultativ. Die Vergütung dafür wird von 200 auf 450 M. erhöht.

7. Die Hansastädte: Hamburg.

Neues Verpflichtungs- und Einführungsformular
der Geistlichen.

Bremen.

Neue finanzielle Grundlage des Kirchenwesens.

Die Einführung des sehr frei gerichteten Pastors Heydorn in Hamburg (April 1912) hatte den Protest von 41 Hamburger Geistlichen zur Folge. Sie wiesen darauf hin, daß sie alles versucht haben, selbst beim Kirchenrat wie beim Patronat vorstellig geworden seien, um die Wahl und Bestätigung dieses Mannes zu hindern, der sich nicht nur mit den Bekenntnissen der evangelisch-lutherischen Kirche, sondern auch mit der Heiligen Schrift selbst in denkbar schroffsten Widerspruch gesetzt habe. Nach dem Wortlaut des Hamburger Verpflichtungsformulars hätte die Einführung niemals geschehen dürfen. Auch von den Vorständen der sogen. Kapellengemeinden, die zwar zur Landeskirche gehören und dem Hamburger Kirchenrat unterstehen, aber finanziell selbständig sind, wurde der Vorwurf erhoben, Kirchenrat und Patronat hätten sich durch die geschehene Bestätigung und Einführung in Widerspruch zu § 2 der Kirchenverfassung gesetzt. („Die evangelisch-lutherische Kirche im Hamburgischen Staat ist ein Glied der gesamten evangelisch-lutherischen Kirche“), da Pastor Heydorn in seinen 100 Thesen nicht nur die besonderen Lehren der evangelisch-lutherischen Kirche verwerfe, sondern sogar die Existenz eines persönlichen Gottes in Frage gestellt habe. Damit sei den Gemeinden der Stadt ihr wohlverbrieftes Recht, in der Kirche Hamburgs Gottes Wort nach Luthers Lehre zu hören und die Sakramente im Sinne der lutherischen Kirche verwaltet zu sehen, aufs äußerste gefährdet. Dieses Recht könne nicht ohne Änderung der Kirchenverfassung auf gesetzlichem Wege ohne weiteres beseitigt werden. Es wird weiter ausgeführt, bei der gegenwärtigen Situation würden die Kapellengemeinden gezwungen sein, das Solidaritätsverhältnis zu den Hamburger Gemeinden zu lösen, für den Vollzug von Amtshandlungen keine Übertragungen mehr zu erbitten (wozu sie nach der seitherigen Ordnung verpflichtet waren) und die etwa begehrten Amtshandlungen ohne jede Rücksicht auf sonstige parochiale Zugehörigkeit zu vollziehen. Die Durchführung dieser Grundsätze hätte in der Tat auf die Dauer

zu einer Zerreißung der Hamburgischen Kirche geführt. Der Hamburgische Kirchenrat verfügte daraufhin, daß Amtshandlungen, die ohne die vorgeschriebene Form zu wahren, von den Geistlichen der Stiftskirche, Kreuzkirche und St. Anscharkapelle etwa vollzogen würden, in die Kirchenbücher nicht mehr eingetragen würden.

Diese gespannte Situation führte dazu, daß der am 21. Mai 1912 versammelten Kirchensynode folgende Petition unterbreitet wurde:

„Der Hochwürdigen Synode unterbreiten die ehrerbietigst unterzeichneten Pastoren der evangelisch-lutherischen Kirche im Hamburgischen Staate ganz ergebenst folgende Petition:

Die Synode wolle eine Neuordnung der evangelisch-lutherischen Kirche im Hamburgischen Staate in die Wege leiten derart, daß jede Mitverantwortung der altgläubigen und der freisinnigen Gruppe füreinander in Sachen des Glaubens für jedermann deutlich erkennbar ausgeschlossen wird.“

Daraufhin wurde unter dem Vorsitz des (inzwischen verstorbenen) Bürgermeisters *D. Dr. Burchard* eine Kommission von 15 Gliedern eingesetzt, der auch die Hamburger Hauptpastoren *D. Rode*, *D. Glage*, *D. von Broecker* und *D. Dr. Hunzinger* angehörten. Diese Kommission hatte die Aufgabe, den Frieden in der Landeskirche wiederherzustellen, die Spaltung der Hamburger Kirche zu vermeiden und eine Formel zu finden, welche das allen Richtungen Gemeinsame zusammenfasse, die Grenzen der notwendigen und zulässigen Lehrfreiheit aufrichte unter Wahrung des lutherischen Bekenntnisstandes der Landeskirche. Nach *D. Burchards* Tode trat der Bürgermeister *Schröder* an die Spitze der Kommission. Im Herbst legte die Kommission das Resultat ihrer eingehenden Beratungen (die Ausarbeitung war einer Unterkommission, bestehend aus den geistlichen Mitgliedern der Kommission, übertragen) in folgender Form vor:

Die Verpflichtungsformel der Geistlichen lautet in Zukunft: „Ich gelobe, daß ich als treuer Diener der evangelisch-lutherischen Kirche das Evangelium verkündigen will nach der göttlichen Offenbarung in der Heiligen Schrift und im Glauben an die freie, seligmachende Gnade Gottes in Jesus Christus.“

Das Einführungsformular bei der Vorstellung neuer Prediger lautet: „Nachdem Sie vom Kirchenvorstande (Deputation, Sektion, Kirchenrat etc.) zum Pastor dieser, der Gemeinde erwählt und vom Patronate der Hamburgischen Kirche bestätigt sind, soll Ihnen in dieser Stunde das Amt feierlich übergeben werden. Sie treten damit ein in die Reihe der vergangenen und gegenwärtigen Zeugen des Evangeliums in unserer Landeskirche. Wie von allen ihren Dienern, erwartet unsere Kirche auch von Ihnen treuen Dienst und volle Hingabe an Ihr Amt, friedlichen Sinn und brüderliche Liebe gegen Ihre Mitarbeiter, Gehorsam gegen die staatlichen und kirchlichen Gesetze und Ordnungen, Ehrerbietung

gegen den Senat, unsere Obrigkeit, vorbildlichen christlichen Wandel in allen Dingen. Insbesondere erwartet sie von Ihnen, daß Sie ein unerschrockener Verkünder der evangelischen Wahrheit sein werden, ein tapferer Zeuge Jesu Christi, ein rechter Verwalter des Erbes der Reformation in Wort und Sakrament und so auch durch Ihren Dienst die Gemeinde erbaut werde auf dem ewigen Grunde zu einer Behausung Gottes im Geiste. Und so frage ich Sie: geloben Sie, daß Sie als ein treuer Diener der evangelisch-lutherischen Kirche das Evangelium verkündigen wollen nach der göttlichen Offenbarung in der Heiligen Schrift und im Glauben an die freie, seligmachende Gnade Gottes in Jesus Christus, so antworten Sie: Ja, mit Gottes Hilfe.“

Die Bedeutung der Unterschrift unter die Bekenntnisschriften, die von den Geistlichen in Gegenwart des Seniors in ein altes Exemplar der Konkordienformel geleistet wird, erfährt folgende authentische Interpretation: „Jeder hamburgische Kandidat und Pastor bekennt sich durch Unterschrift unter die Bekenntnisschriften als Mitglied der evangelisch-lutherischen Kirche und erklärt dadurch seine Zustimmung zu den im Gelöbnis des Einführungsformulars ausgesprochenen Grundsätzen der Reformation.“

Zur Einführung dieser Formulare veröffentlicht die Synode folgende Erklärung an die Gemeinde, die von der Kommission unter besonderer Mitwirkung solcher Pastoren verfaßt ist, die sonst zu den entschiedenen Gegnern des kirchlichen Liberalismus gezählt werden dürfen. Die Erklärung lautet:

„1. Trotz aller Verschiedenheit der Auffassungen in unserer Kirche, die sich gelegentlich fast zu unvereinbaren Gegensätzen zuzuspitzen scheinen, sind wir doch entschlossen, der mehrfach erhobenen Forderung einer Scheidung nicht zu folgen, sondern die Einheit unserer Kirche aufrecht zu erhalten. Ein großes Maß von Mannigfaltigkeit der Ansichten ist von der evangelischen Kirche untrennbar, solange sie daran festhält, daß sie aus christlichen Persönlichkeiten bestehen soll, die ihren Glauben und ihre Glaubensüberzeugungen sich selbständig erworben haben. Diese Mannigfaltigkeit ist kein Mangel, sondern stellt vielmehr den Reichtum der evangelischen Kirche dar. Da unsere Kirche innerhalb ihrer bald 400jähr. Geschichte unter Gottes Führung verschiedene Entwicklungsstufen durchlaufen hat, so ist es erklärlich, daß die Nachwirkung solcher Entwicklung noch heute in der Verschiedenheit der Standpunkte zutage tritt. Wollte man wirklich um der vorhandenen Gegensätze willen auseinandergehen, so wäre es mit einer Scheidung in zwei Gruppen nicht getan. Wie die Geschichte lehrt, geht der Prozeß des Scheidens sofort weiter. Die Kirche würde sich in eine Unzahl von Gruppen zerteilen, die untereinander in dauernder gegenseitiger Bekämpfung bleiben müßten und würden. Daß damit Friede geschaffen würde, ist eine Utopie. Die Herbeiführung eines solchen Zustandes würde aber keiner unter uns verantworten können.“

2. Andererseits versteht es sich von selbst, daß eine Gemeinschaft auch Gemeinsames haben muß, und zwar ein solches, das im Mittelpunkt steht: anders würde sie sich nicht aufrechterhalten lassen. Dieser Mittelpunkt ist uns Christus, unser Meister und Herr, der Quell unseres Lebens und die Kraft unseres Wirkens. Ihn aufgeben heißt aufhören, Christ zu sein. Diesen Christus haben wir in der Heiligen Schrift, die nach Luthers Ausspruch Gottes Wort ist, sofern sie Christum treibet. Was uns in ihm geschenkt ist, ist nichts Geringeres als die erlösende und erziehende Gnade Gottes, die frei aus seinem Wesen quillt und uns zur Seligkeit führen will. Die Offenbarung Gottes in der Heiligen Schrift und die seligmachende Gnade Gottes in Jesus Christus sind von jeher die beiden Grundkräfte unserer evangelischen Kirche gewesen und als ihre beiden Grundsätze in der Verpflichtungsformel für unsere Geistlichen zum Ausdruck gebracht. Damit haben wir uns von dem alten Grunde nicht entfernt, vielmehr das, was diesen Grund bildet, klarer und entschiedener herausgehoben, als je zuvor geschehen ist. Zugleich sind dabei die Grenzen gezogen, innerhalb welcher allein die Gemeinschaft in der Kirche erhalten bleiben kann. Wer sich zu ihnen bekennt, der soll uns in unserer Kirche willkommen sein. Mit diesen Grundsätzen ist zugleich das Gebiet umschrieben, auf dem ein jeder frei und unter eigener Verantwortlichkeit sich bewegen und seine Kräfte bewähren mag. Von einer Verantwortlichkeit des einen für die Lehrüberzeugungen eines anderen kann selbstverständlich keine Rede sein.

3. Daran sollen wir uns genügen lassen. Innerhalb dieser Grenzen sollen wir geduldig und friedsam einer des anderen Freiheit achten und alle Streitigkeiten um verschiedenartige Erkenntnis- und Ausdrucksformen begraben. Die Kirche der Gegenwart ist nach außen wie nach innen vor so viel schwere Probleme gestellt, die zum Teil ihren Bestand bedrohen, daß wir keine irgendwie nutzbare Kraft entbehren, noch weniger unsere eigene verzetteln können. Die Verschiedenheit der Gaben und Kräfte kann nur segensreich wirken, wenn sie einander ergänzend demselben Ziele dienen. Wo dabei offenbare Irrtümer und Fehlgriffe uns entgegen treten, sollen wir an der Verheißung festhalten, daß der Geist in alle Wahrheit leitet und niemand auf die Dauer gegen die Wahrheit etwas vermag. „Dem Aufrichtigen läßt es Gott gelingen.“

Im übrigen vergessen wir nicht die Worte des Apostels: „Du aber, was richtest du deinen Bruder? Oder du anderer, was verachtest du deinen Bruder? Ein jeglicher wird für sich selbst Gott Rechenschaft geben.“ „Lasset uns fleißig sein, zu halten die Einigkeit im Geist durch das Band des Friedens“ (Röm. 14, 10. 12. Eph. 4, 3).“

Am 19. Dezember tagte die Synode und beschloß die Annahme der Vorlage mit 80 gegen 4 Stimmen. In den Ministerial-Konventen hatten 82 Pastoren für und 14 gegen die neue Formel gestimmt.

Der Antrag der äußersten Rechten, die Worte: „der im Fleisch auferstanden ist“ an den Schluß des Verpflichtungsformulars zu stellen, und der weitere Antrag, die Beschlußfassung auf die nächste Frühjahr-Synode zu verschieben, damit die Gemeinden sich erst über die neue Formel klar werden könnten, wurde von der Synode abgelehnt, nachdem Hauptpastor D. Hunzinger diese Anträge scharf bekämpft hatte.

*

*

*

Die rasche Durchführung dieser Aktion und die Meinung, daß durch diese Neuordnung der bisherige Bekenntnisstand der Hamburger Kirche preisgegeben sei, erweckte in den der kirchlichen Rechten angehörenden Kirchenzeitleuten lauten Protest.

Die „Reformation“ (D. Philipps) erklärte den Kompromiß für einen völligen Sieg des kirchlichen Liberalismus und für eine Verleugnung des Herrn von seiten der Positiven. Er schreibt:

„Hoffentlich schlägt für die Positiven, die diesen Kompromiß mitgemacht haben, noch einmal die Stunde, in der ihnen wie dem Petrus nach seiner Verleugnung die Augen auf- und übergehen. Jedenfalls ist das Ergebnis der Verhandlungen vom 19. Dezember 1912 dies: In der Hamburger Landeskirche ist die „Zweideutigkeit“ und „Falschmünzerei“ hinfort nicht nur geduldet wie bisher, sondern vielmehr offiziell als berechtigt anerkannt. Dieser Friede war und ist ein fauler Friede. Der „Fortschritt“, der gemacht ist unter dem Selbstlob der Synodalen, ist kein reformatorisch aufbauender, sondern ein revolutionär niederreißender, die Zukunft wird es lehren. Nicht die heilige Sache Christi und seines ewigen Reiches, sondern die Rücksicht auf das menschliche Gebilde der zeitlich-irdisch verfaßten Kirche ist ausschlaggebend gewesen. Man hat nicht Gott gehorcht und seiner Wahrheit, sondern ist Menschen gefällig gewesen: Sauer und süß sollen hinfort aus einer Quelle fließen. Ob das unserem Volke und der Hamburgischen Kirche Heilung bringen wird? Nimmermehr.“

Die „Allgemeine evangel.-luth. Kirchenzeitung“ (in ihrer Neujahrsbetrachtung) mit sichtlichcr Bezugnahme auf die Hamburger Vorgänge:

„Wir verkennen nicht die treue Meinung, die dahinter steht, und den Eifer, der gerade die Kirche erhalten will, und die Barmherzigkeit, die nach Verständigung mit den Harrenden sucht. Wir verkennen noch weniger die großen Schwierigkeiten, die sich heute zumal für Kirchenregierungen ergeben, wenn man rechts und links im Namen der Gewissensnot nach Abhilfe schreit. Aber nicht die treue Meinung entscheidet, auch nicht der Wunsch, die Schwierigkeiten zu heben; entscheidend bleibt für die Kirche immer und allein Gottes Wort und das Bleiben beim Wort. Wer das Wort aus den Augen verliert, der wird unwillkürlich zu Konzessionen gedrängt; unversehens gibt er das Feld Stück für Stück preis und

wird zuletzt die Klippe schwerlich vermeiden können, Gottes Wort selber mehr oder minder zurückzustellen. „Erhalt uns, Herr, bei deinem Wort“ beteten die Alten, wenn die Verwirrung zu groß wurde und die Wellen hoch gingen. Nicht das ist das Rechte, daß die Kirche sich erhalte, sondern daß sie Gottes Wort behalte.“

Dagegen die „Christliche Welt“ (1913. Nr. 1):

„Wunderbar, wie der alte Streit zwischen historisch-kritischer und dogmatisch gebundener Theologie in der alten Hansastadt an der Wasserkante erwacht ist; aber noch wunderbarer und erhebender, wie die von der historisch-kritischen Theologie unter unsagbarem Ringen erarbeitete Wahrhaftigkeit sich den Weg zum kirchlichen Leben gebahnt hat. Es ist keine Phrase, daß es in diesem Streite keine Sieger und keine Besiegten gegeben hat. Die Tatsache, daß die neue Verpflichtungsformel von rechtsstehenden Theologen formuliert worden ist, liefert den besten Beweis dafür, daß es den liberal gesinnten Theologen während des ganzen Streites mit der Beibehaltung der alten Verpflichtungsformel bitterer Ernst war. Bedeutet die neue Verpflichtungsformel den Anfang eines Verfalls, wie ihre Gegner behaupten, oder ist sie ein Schritt zur inneren Festigung der lutherischen Kirche? Soviel läßt sich heute schon sagen, daß die von dem rechtsstehenden Radikalismus geforderte Zersplitterung in eine orthodoxe und liberale Kirche nur den Wert eines ungesunden Phantasieprogramms gehabt hat, das den Interessen eines modernen Volkslebens fremd geblieben und in den Mauern eines fleißig arbeitenden, selbstbewußten Bürgertums nicht hätte bestehen können. So aber hat die historisch-kritische Theologie, die in breiten Strömen auch in den Geist der rechtsstehenden kirchlichen Richtungen einziehen mußte, nicht nur Hamburg, sondern dem ganzen evangelischen Deutschland den Dienst erwiesen, echtem Glauben in persönlicher Wahrhaftigkeit freie Bahn zu schaffen. Der Streit wird nicht zu Ende sein, in immer neuen Metamorphosen wird er sich wiederholen. Aber er wird anständiger, mit mehr persönlicher Ehrerbietung, vor allem mit mehr Wahrheitsernst geführt werden müssen. Allen Schlagworten, Phantasieprogrammen und persönlichen Verdächtigungen wird die Spitze abgebrochen sein. An dieser persönlichen Wahrhaftigkeit als an einem Felsen werden die Pforten des Materialismus, des Monismus und aller höllischen Gewalten, die Gottes Reich bei uns nicht wollen kommen lassen, zerschellen.“

Das „Protestantenblatt“ sagt zu den mitgeteilten Aktenstücken der Hamburger Kirchenbehörde:

„Sie legen Zeugnis dafür ab, daß nur ein entschiedener kirchlicher Liberalismus, der klar und deutlich seine Ideale und Forderungen ausspricht und sie fest vor aller Öffentlichkeit vertritt, der aber ebenso klar seinen Willen zur kirchlichen Mitarbeit bezeugt und durch die Tat beweist, solche Fortschritte ermöglicht. Alles halbe Wesen, alles sich Ducken und Fügen, alle Scheu vor fester

Energie in der Öffentlichkeit hätte solche Erfolge niemals erzielen können! Alle Niederlagen dürfen uns nicht irre machen oder uns zu halben Kompromissen verleiten, es geht zum Siege, dem Aufrechten läßt es Gott gelingen!“

Hauptpastor von Broecker schrieb auf eine Anfrage (bezw. Anklage) in einem „Eingesandt“ in der „Allgem. evangel.-luther. Kirchenzeitung“:

„Darüber war Einstimmigkeit, ohne eine Neuformulierung der Verpflichtungsformel war nichts zu machen. Sie hatte nicht genügt, den Radikalismus fernzuhalten, sie war andererseits ebenso als zu eng empfunden worden. Niemand anders, als die jetzt dissidentierende Partei der äußersten Rechten hatte nachdrücklich verlangt, sie müsse so gestaltet werden, daß, wer sie ablege, nicht mehr dem Vorwurf der Unwahrhaftigkeit und Heuchelei ausgesetzt sei. Was sollten wir tun? Sollten wir sie verengern, straffer machen? Dann wäre unvermeidlich gewesen, daß eine ganze Zahl jetzt im Amte befindlicher Geistlichen hätte erklären müssen: unter den Umständen können wir nicht weiter der Kirche angehören. Eine Trennung der Kirche mußte die Folge sein. Dabei wäre ein solcher Versuch gänzlich aussichtslos gewesen. Weder die Kommission noch erst recht die Synode hätte dem zugestimmt, und die Separation wäre dann auf uns gefallen. Oder sollten wir sie so weit gestalten, daß jede Grenze der Lehrfreiheit aufgehoben wurde? Dann hörte die Kirche auch auf, Kirche zu sein. Sie wurde nur Zweckverband finanzieller Art. Es ist gar nicht zu leugnen, daß in dieser Richtung die Absicht jener jetzt Protestierenden mehr oder weniger bewußt lag und liegt. Sie haben es unumwunden genug, Pastor Reimers im „Hamburger Kirchenblatt“, Pastor Ebert noch jetzt in einer Broschüre ausgesprochen. Indessen das konnte unmöglich unser Ziel sein. Gleichviel, ob die Form der Landeskirche vor dem Zusammenbruche steht, wir konnten und wollten die unendlich schwerwiegende Verantwortung dafür nicht übernehmen. Stoße, was fallen will, sagt Nietzsche; stärke, was da sterben will, sagt die Schrift. Wir mußten einen Weg suchen, die Landeskirche als solche zu erhalten, zusammenzuhalten, freilich auch, sie vor dem Eindringen des Radikalismus zu schützen.“

Dann weist von Broecker auf den Wortlaut der alten Einführungsformel hin:

„Sie geloben, das Evangelium zu verkündigen, nach den Grundsätzen der evangelisch-lutherischen Kirche, wie solche in der Augsburgerischen Konfession und sodann in den übrigen Bekenntnisschriften dieser Kirche grundlegend bezeugt sind. Man wird nicht sagen können, daß diese Formulierung glücklich war.“

Man wende gegen die neue Formel ein, daß jede Bezugnahme auf die Bekenntnisse weggefallen sei.

„Wir bestreiten das mit aller Entschiedenheit.“ Der Ausdruck: „als ein treuer Diener der evangelisch-lutherischen Kirche“ — involviert die Bekenntnisse. Wer gelobt, ihr „treuer Diener“ zu sein, der gelobt auch, an ihre Bekenntnisse sich zu halten.

„Man hat zweitens gesagt, es fehle bei dem Namen des Heilands jede Bezeichnung „lebendig“ und „auferstanden“. Bestand denn dergleichen bisher in der Verpflichtungsformel? Ich finde nicht! Hatten wir denn ein neues Bekenntnis zu schaffen oder bloß eine neue Lehrformel, die doch nicht mit allerlei Glaubensaussagen behängt zu werden braucht? Glaubt man wirklich, mit Bestimmungen dieser Art den Radikalismus oder Liberalismus fernhalten zu können? Das mag ein naiver Laie, ein Nichttheologe meinen. Theologen, die einigermaßen Bescheid wissen, können sich doch über die Unwirksamkeit dieser Schranke nicht täuschen. Diese Bestimmung ist hier ganz überflüssig; was sie an wertvollem Inhalt enthält, ist ganz zur Genüge gesagt.“

„Was diese neue Formel auszeichnet, ist zweierlei. Einmal sind die Grundsätze der evangelisch-lutherischen Kirche, auf die immer bei uns verpflichtet worden ist, deutlich und unzweideutig ausgesprochen, somit der Charakter der Kirche als evangelisch-lutherische aufs glücklichste gewahrt. Zum anderen sind damit — und ich bemerke ausdrücklich, unter Zustimmung der Liberalen — die Grenzen der Lehrfreiheit festgelegt. Wer in der Schrift keine Offenbarung Gottes mehr findet, wer nicht mehr in Christo die Gnade Gottes sich vermittelt weiß, der kann hinfort ein Lehramt bei uns nicht mehr erlangen. Die Grenzen sind weit gezogen, gewiß — jeden, der in einem Kirchenregimente dieser Tage sitzt, nicht bloß unverantwortlich über die böse Zeit im Pfarrkränzchen seufzt, jeden frage ich, ob es möglich ist, sie enger zu ziehen, ohne den Bestand einer Landeskirche zu gefährden. Verdeutet, verdreht kann auch diese Formel werden. Kann jemand eine finden, die diesem Schicksal nicht ausgesetzt ist? Zum Nachdenken sollte doch auch dies bringen: nach unserer Verfassung müssen solche Änderungen der Agende erst der Geistlichkeit zur Begutachtung vorgelegt werden. Von den 96 Geistlichen der Landeskirche haben 82 der Formel zugestimmt. Von diesen 96 werden ca. 46 positive sein, von denen also 32, ca. $\frac{3}{4}$, dafür waren. Das ist doch auch beachtenswert, so wenig Majoritäten in solchen Dingen entscheiden.“

13 Geistliche der Hamburger Synode protestierten gegen die Neuordnung mit folgendem Minoritätsgutachten:

„Wir unterzeichneten Pastoren erklären, dem vorgeschlagenen Einführungsformular sowie der dem entsprechenden Interpretation der Unterschrift unter die Bekenntnisschriften unsere gutachtliche Zustimmung nicht geben zu können. Die bisherige Einführungsformel verpflichtet den Prediger auf die Grundsätze der evangel.-luther. Bekenntnisschriften. Von einer Beschränkung auf das

Formal- und Materialprinzip der Reformation, welches zudem gar nicht spezifisch-lutherisch ist, ist dabei nicht die Rede. Diese Beschränkung aber vollzieht das neue Einführungsformular noch dazu in einer den Reformatoren fernliegenden, vieldeutigen Ausdrucksweise. Wenn schon die bisherige Formel nicht imstande war, schrankenlose Lehrfreiheit von unserer Kirche fernzuhalten, so müssen wir auf das äußerste befürchten, daß die neue Formel der Lehrwillkür noch weniger Schranken entgegensetzt. Somit ist der Bekenntnischarakter unserer Kirche als einer lutherischen verschleiert und gefährdet, ohne daß auf der andern Seite der Forderung der Wahrhaftigkeit genügt wird. Denn wiewohl die Einheit des Glaubens und der Lehre in der Landeskirche fehlt, wird dennoch mit unserer Kirche als einer Glaubensgemeinschaft gerechnet. Eine Verbesserung der jetzigen Verpflichtungsformel würden wir nur sehen können entweder in einer noch klareren, alle Zweideutigkeiten ausschließenden Ausprägung der lutherischen Heilslehre oder in einer offen ausgesprochenen Preisgabe jeder Glaubens- und Lehrfreiheit in unserer Landeskirche.“

In **Bremen** stehen von alters her die Einzelgemeinden ohne eigentlichen kirchlichen Verband autonom nebeneinander. Für das kirchliche Gesamtwesen fehlt jede finanzielle Grundlage. Wohlhabende Gemeinden bestehen dabei sehr gut. Aber die vorstädtischen Gemeinden leiden unter dem jetzigen System, und die Notwendigkeit der kirchlichen Neuorganisation vor den Toren der Stadt wird dadurch behindert. Der „Evangelische Verein“, der von positiver Seite speziell zur Behebung dieses Notstandes gegründet ist, arbeitet daran mit Geschick und Erfolg. Der „Liberale Ausschuß“ hat sich ebenfalls dieser Aufgabe angenommen und gewährt 2 Gemeinden Zuschüsse. Aber durch freiwillige Gaben kann auf die Dauer den aus dem Wachstum der Stadt sich ergebenden neuen kirchlichen Aufgaben nicht vollauf Genüge getan werden. So haben die verschiedenen Richtungen zu gemeinsamer Hilfe sich zusammengefunden. Die ad hoc eingesetzte Kommission hat der 28. Session der „Bremischen Kirchenvertretung“ (18. April 1912) zwei Vorlagen gemacht. Nämlich 1. Grundzüge eines kirchlichen Gesetzes betr. die Erhebung einer Kirchensteuer in der Stadt Bremen. 2. Bestimmungen betr. die Gehälter, Ruhegehälter und Witwen- und Waisenversorgung der stadtbremischen Pastoren. Eine Kirchendeputation, in welcher die Gemeinden mit je so viel Stimmen vertreten sind, als sie Pastoren haben, soll die Zentralinstanz für die finanzielle Verwaltung werden. Der Beschluß der Kirchenvertretung ging dahin, dieses Projekt zunächst den einzelnen Gemeindevertretungen zur Stellungnahme zu überweisen. Auch die Genehmigung der „Bürgerschaft“ ist dazu einzuholen. Innerhalb der Stadt machten die freisinnigen Bürgervereine zum Teil starke Opposition gegen das Projekt. Doch wurde auch auf der andern Seite die Notwendigkeit einer derartigen Neuregelung anerkannt.

Bis dahin hat sie noch nicht Gesetzeskraft erlangt. Sollte das geschehen, so kann das vielleicht providentiell werden für die weitere Organisation der Kirche in Bremen. Aus der Finanzgemeinschaft könnte auch eine kirchliche und synodale Gemeinschaft herauswachsen, der dem jetzigen Independentismus und dem Durcheinander der Einzelgemeinden und Freigemeinden den Typus einer kirchlichen Verfassung aufdrückte. Noch ist einstweilen alles im Werden.

Kap. III.

Die deutsche evang. Heidenmission.

(Bearbeitet von Pastor P. Richter in Werleshausen.)

(Abgeschlossen am 1. April 1913.)

Wenngleich das nachstehende Kapitel sich auf einen Bericht über die deutsche protestantische Missionsarbeit zu beschränken hat,¹⁾ so dürfen wir es doch wohl mit einem Überblick über die Missionsarbeit des gesamten Protestantismus einleiten, aus dem ersichtlich wird, welchen Platz innerhalb derselben die deutsche Mission einnimmt. Zu dem Zweck seien einige Zahlenreihen mitgeteilt, die wir einer in der *Missionary Review of the World*, Januar 1913, veröffentlichten, von D. D. Louis Meyer mit bewundernswertem Fleiß und anerkennenswerter Genauigkeit aufgestellten umfassenden Statistik — sie führt über 300 Missionsgesellschaften und -vereine auf — entnehmen. Nach ihr betrug anfangs 1912 die Gesamtzahl der protestantischen ordinierten Missionare 6769, der Missionsärzte 563, der Ärztinnen 236, der sonstigen nicht ordinierten Missionare 4506, der Missionsschwestern 5732, insgesamt die Zahl der ausländischen Missionsarbeiter 17 806. Zu ihnen gesellen sich 5941 eingeborene ordinierte Pastoren und 105 921 andere eingeborene Gehilfen. Das ganze Missionsheer zählt somit 129 668 Köpfe. Hauptstationen werden 12 123 gezählt, dazu 38 057 Nebenstationen; eingeborene getaufte Christen 4 249 623, außerdem 1 805 802 Taufbewerber und andere Anhänger. Getauft wurden im letzten Jahre 116 071 erwachsene Heiden und 96 564 heidnische Kinder. Prediger- und Lehrerseminare sowie sonstige höhere Schulen und Anstalten gab es 2475 mit 128 861 Zöglingen, dazu 32 320 Volksschulen mit 1 541 286 Schülern und Schülerinnen; endlich Missionskrankenhäuser, Opium-, Aussätzigen- und andere Asyle 675 nebst 963 Freiapotheken (Polikliniken). Die Gesamteinnahmen beliefen sich auf 127 698 000 M., wozu noch die Einnahmen auf den Missionsfeldern selbst mit 33 189 000 M. kamen.

¹⁾ Über die gesamte protestantische Mission bietet J. H. Oldham, der Herausgeber der *International Review of Missions*, in dieser Zeitschrift, Januar 1913, p. 1—82 eine vorzügliche Orientierung (*A Missionary Survey of 1912*).

Stand der deutschen evangelischen Missionen 1911/12 (nach P. Zinßer im „Jahrbuch der Missionskonferenz im Königreich Sachsen“).

Missionsgesellschaften mit Angabe ihres Gründungsjahres	Hauptstationen		Nebenstationen		Europäische Missionsarbeiter			Eingeborene Missionsarbeiter			Heidenchristen (Getaufte)		Ende 1911 im Taufunterricht	Schulen		Schüler		Einnahmen (in M.)		Ausgabe im ganzen M.
	ordnierte	Miss.-Ärzte	sonstige	Miss.-Schw.	ordnierte	andere besoldete	zusammen	Seelenzahl Ende 1911	1911 getaufte Heiden	im ganzen	dar. Semin.	männliche		weibliche	in der Heimat	auf den Missions- gebieten				
1. Mission der Brüdergemeine . . .	1732	157	164	144	1	35	12	42	2163	2205	97 915	700	1 323	371	6	16 383	15 693	1 095 655	967 297	2 109 286
2. Basler Missionsgesellschaft . . .	1815	69	712	153	4	83	29	50	1704	1754	65 579	2847	4 002	699	13	33 697	7 290	1 790 229	425 949	2 227 920
3. Berliner . . .	1824	87	503	131	1	18	32	26	855	881	67 064	1 755	3 717	389	9	17 688	763 898	497 508	1 688 817	
4. Rheinische . . .	1828	116	589	166	3	15	11	28	1055	1083	176 844	15 492	21 478	760	8	32 227	10 285	1 025 163	256 267	1 067 930
5. Norddeutsche . . .	1836	8	170	25	—	3	8	6	246	252	9 442	1 007	675	187	2	6 014	2 081	311 779	60 544	350 072
6. Goßnersche . . .	1836	28	489	44	—	3	9	36	932	968	95 841	2 291	13 026	325	5	7 569	2 620	594 656	47 297	566 065
7. Leipziger . . .	1836	46	271	65	2	9	22	28	950	978	24 147	569	1 572	397	2	13 538	7 049	782 380	80 411	751 555
8. Morgenländ. Frauenverein . . .	1842	Die Arbeit wird statistisch bei d. Gesellsch. geführt, in deren Dienst die 17 Schwestern stehen	159	64	2	3	6	314	320	70 849	1 041	1 598	175	4	3 742	4 506	453 140	19 697	15 101	
9. Hermannsbürger M.-Gesellsch. . .	1849	60	198	64	—	2	3	6	314	320	70 849	1 041	1 598	175	4	3 742	4 506	453 140	162 814	617 512
10. Berliner Frauenverein f. China . .	1850	1	—	1	—	3	2	3	23	26	340	—	—	1	—	71	26 466	9 266	35 455	
11. Jerusalemsverein	1852	1	4	1	—	3	2	3	23	26	340	—	—	12	c. 500	c. 500	149 278	162 504	365 504	
12. Breklumer Missionsgesellschaft . .	1877	13	115	24	2	7	—	—	135	135	12 708	—	4 920	72	2	1 232	768	266 229	2 904	265 916
13. Neukirchener	1881	17	35	30	1	—	6	—	74	74	20 16	97	339	40	1	1 437	307	164 355	2 318	151 246
14. Allg. ev.-prot. Missionsverein . . .	1884	5	10	5	1	—	3	5	40	45	333	28	40	4	1	160	60	130 064	33 566	183 415
15. Bielefelder Missionsgesellschaft . .	1886	12	40	15	—	14	2	—	73	73	1 678	185	479	62	1	3 200	—	242 254	13 036	255 290
16. Neundertelsauer	1886	17	18	28	—	9	2	—	—	—	2 944	339	1 438	24	2	666	335	176 351	1 320	189 257
17. Deutsche China-Allianzmission . .	1889	10	38	15	—	—	21	37	11	48	867	138	572	13	1	303	70 061	70 061	70 618	70 618
18. Deutsche Blindenmission	1890	1	2	—	—	—	6	—	—	—	—	—	—	3	—	—	27 583	30 862	30 862	
19. Deutsche Baptisten-M.-Ges. . . .	1890	6	42	15	—	1	6	6	57	63	5 947	326	unbk.	45	1	2 480	258	173 214	10 127	171 024
20. Hannov. ev.-luth. Freikirche	1892	8	20	9	—	—	—	8	8	8	5 878	153	372	22	—	966	—	33 922	35 41	31 438
21. Pilgermission St. Chrischona . . .	1895	3	?	4	—	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6 515	—	9 076	—
22. Liebenzeller Mission (Jugendb.) . .	1899	10	41	20	1	21	2	59	61	61	2 863	97	298	42	1	841	836	148 905	4 421	153 184
23. Kieler China-Mission	1899	2	3	—	2	1	—	10	10	10	160	11	25	6	—	87	47	10 500	600	11 000
24. Deutsche Orient-Mission	1900	5	1	3	2	1	—	16	16	16	s. Anm.	—	—	5	c. 140	c. 150	e. 150 000	25 000	180 000	
25. Sudan-Pioniermission	1900	3	—	2	1	—	—	6	6	6	—	—	—	—	c. 40	c. 120	22 615	5 358	31 864	
26. Deutsche Adventisten-Mission . .	1903	11	9	3	1	11	—	21	21	21	82	22	78	19	—	1 224	380	24 611	8 247	32 858
Zusammen	696	347	4 967	18 212	220	275	8752	9027	640 630	27 098	55 952	3673	60	197	490	8 659 971	2 622 683	11 359 265	11 359 265	

Welchen Anteil daran die einzelnen Mission treibenden Länder haben, weist nachstehende Tabelle auf.

Land	Einnahmen M.	Missionarische Kräfte				Sta- tionen	Christen	Schulen	Schüler
		ordi- niert.	Ärzte	Laien	Schwe- stern				
Großbritannien . .	41533000	2453	311	3207	2496	7153	1488731	12361	748530
Vereinigte Staaten	62758000	2330	373	751	2108	2024	980560	11226	420504
Kanada	2721000	148	41	41	144	96	15249	375	10806
Europ. Kontinent .	15653000	1325	40	352	615	1134	1004662	5349	294279
Andere Erdteile .	5030000	513	24	155	369	1716	760411	5484	196028
Deutschld. allein ¹⁾	8659971	967	18	212	220	696	640630	3673	197490

Nach der Höhe der Einnahmen nehmen die führende Rolle ein die Vereinigten Staaten, nach der Zahl der missionarischen Arbeitskräfte Großbritannien ein. Erst in gewaltigem Abstände von beiden folgt in der einen wie der andern Hinsicht Deutschland. Was für gewaltige Anstrengungen müßte der deutsche Protestantismus noch machen, um eine seiner Bedeutung zukommende Stellung auf dem Gebiete der Heidenmission einzunehmen! Vielleicht darf man sagen, daß er durch Gründlichkeit und Gediegenheit seiner Leistungen wenigstens in etwas das quantitative Manko ausgleicht.

I.

Was dann die deutschen Missionsgesellschaften betrifft, so seien zunächst einige allgemeine Bemerkungen zu der nebenstehenden, von Pfr. Zinßer aufgestellten Übersicht gemacht, deren Benutzung uns von der Missionskonferenz im Königreich Sachsen wieder gütigst gestattet ist. In fast allen Rubriken können wir ein, wenn auch bisweilen nur bescheidenes Wachstum konstatieren, das von gesunder Vorwärtsentwicklung Zeugnis ablegt. Die Zahl der ordinierten Missionare ist um 28 gewachsen; leider ist die der Missionsärzte um 3 zurückgegangen, die an sich schon so kleine Schar von 21 ist auf 18 zusammengeschmolzen. Doch steht zu hoffen, daß das Tübinger missionsärztliche Institut (s. u.!) nach und nach auf diesem Gebiete die so dringend nötige Abhilfe schaffen wird. Ebenso wie an Missionsärzten steht die deutsche Mission der englischen und amerikanischen besonders unverhältnismäßig in der Zahl der Missionsschwestern nach: dort Tausende, hier wenig Hunderte. Aber allmählich nimmt auch bei uns dieser Arbeitszweig zu: aus 202 sind 220 geworden. Die Missionsgaben sind um rund 350000 M. gestiegen. So dankbar das zu verzeichnen ist, so muß doch immer wieder mit allem Nachdruck betont werden, daß die Zunahme bei weitem nicht Schritt hält mit der Zunahme der Arbeit draußen. Es ist überaus schmerzlich für die Missionsleitungen, daß oft auch die dringendsten Bedürfnisse

¹⁾ Die Zahlen dieser Reihe sind in der des „Europ. Kontinents“ schon miteinbegriffen gewesen; wir geben diese Reihe nach der Statistik im Jahrbuch der Sächsischen Missionskonferenz.

unbefriedigt bleiben müssen und so die gesunde Entwicklung empfindlich gehemmt wird. Das Defizit, an dem 12 Missionsgesellschaften beteiligt sind, ist so von 557 781 M. im Vorjahre auf 791 463 M. angeschwollen. Über 1 Million M. Einnahme hatten 3 deutsche Missionen: die Basler (1 790 229 M.), die Brüdergemeine (1 095 655 M.) und die Rheinische (1 025 163 M.), 3 weitere hatten über $\frac{1}{2}$ Million M.: die Leipziger (782 830 M.), die Berliner (763 898 M.) und die Goßnersche (594 656 M.). Ein geradezu bedrohliches Defizit weist die Berliner Mission auf: 423 962 M., und das trotz der erdenklichsten Einschränkungen, die man vorgenommen hat. Erhöht wird die kritische Lage dadurch, daß auch für das laufende Jahr nach dem Voranschlage mit einem neuen, ebenso großen Fehlbetrage gerechnet werden muß. Um der schwierigen Situation Herr zu werden, werden die Freundeskreise der Berliner Mission alle Kräfte aufbieten müssen. In einer nicht minder ernsten Notlage befindet sich die Norddeutsche (Bremer) Mission. Ihr Defizit, Ausgangs 1911 bereits 109 285 M., ist seitdem auf ca. 250 000 M. angewachsen. Zwar haben sich im letzten Jahrzehnt die Einnahmen dieser Mission in aner kennenswerter Weise gemehrt (1901: 140 000 M., 1909: 289 000 M.); die große Ausdehnung der Missionsarbeit im Togoland während derselben Zeit aber hat den Etat auf 350 000 M. gebracht. Der Kreis der Freunde dieser Mission ist nur klein, sie sind in der Hauptsache in den Hansastädten, Ostfriesland, Oldenburg und Waldeck zu suchen. So hat sich die Missionsleitung genötigt gesehen, einen Aufruf um Hilfe an alle deutschen Missionsfreunde ergehen zu lassen. Auch die finanzielle Lage der Mission der Brüdergemeine ist nach wie vor eine recht bedrängte; sie hatte anfangs 1912 85 698 M. Defizit.¹⁾ Einen verhältnismäßig günstigen Jahresabschluß pro 1911 durften 2 Missionen konstatieren, die Leipziger, die mit einer Mehreinnahme von 31 275 M., und die Goßnersche, die mit einer solchen von 75 888 M. abschloß. Beide dankten dies erfreuliche Resultat außerordentlichen Gaben, welche ihnen zu ihrem 75jährigen Jubiläum 1911 zuteil geworden waren.

Draußen auf den Missionsfeldern sind von einer ganzen Reihe von Gesellschaften neue Hauptstationen angelegt worden; wenn deren Gesamtzahl sich trotzdem nur wenig geändert hat (1911: 692, 1912: 696), so liegt das daran, daß mehrfach Stationen, die früher mit einem Missionar besetzt waren, jetzt von einem eingeborenen Pastor verwaltet werden: ein Fortschritt in anderer Richtung. Eine Ausdehnung der Arbeit allenthalben kommt in der Vermehrung der Außenstationen um mehr als 150 zum Ausdruck. Durch Heidentaufen haben hin und her schöne Ernten eingeheimst werden können. Hier ist allen andern Missionen weit voran die Rheinische, deren Jahresbericht nicht weniger als 15 492

¹⁾ Eben wird die erfreuliche Mitteilung gemacht, daß dies Defizit gedeckt ist.

Heidentaufen verzeichnet. Die Basler hatte ihrer 2847, die Goßnersche 2291, die Berliner 1755, die Hermannsburger 1041, die Norddeutsche 1007. Insgesamt wurden 27 098 Heiden getauft. Die Zahl der in der Pflege der deutschen Missionen befindlichen Heidenchristen betrug 640 630 (gegen 593 359 im Vorjahre). Im Taufunterricht befanden sich anfangs 1912 noch 55 952 Personen.

Nun zur **Chronik der einzelnen Gesellschaften!** Für die **Mission der Brüdergemeine** war der 21. August, der Aussendungstag ihrer ersten Heidenboten, im letzten Jahre ein Jubiläums-Danktag: er vollendete 180 Jahre Brüdermissionsarbeit; welch reicher Gottessegens liegt in ihnen beschlossen! Wie das damals im Glauben gelegte Senfkorn zum großen Baum gewachsen ist, zeigt ein Blick auf den gegenwärtigen Stand des Werkes. Die Brüdergemeine unterhält 2 Missionsunternehmungen in arktischen Gebieten, Labrador und Alaska (mit 8 bzw. 2 Hauptstationen, 15 bzw. 7 Missionaren, 1194 bzw. 898 Gemeindegliedern), 2 in der gemäßigten Zone Südafrikas — westliche und östliche Provinz — (erstere mit 11, letztere mit 12 Stationen, 18 bzw. 15 Missionaren, 12 128 bzw. 8550 Gemeindegliedern), 1 in dem Höhenklima Innerasiens, in Tibet (4 Stationen, 9 Missionare, 139 Gemeindeglieder), 9 endlich in den Tropen. Von letzteren wieder entfallen 6 schon ältere auf Mittel- und Südamerika: Westindien-West (Jamaika) mit 20 Stationen, 10 Missionaren, 5 ordinierten Geistlichen, 14 104 Gemeindegliedern; Westindien-Ost mit 31 Stationen, 12 Missionaren, 5 ordinierten Geistlichen, 23 887 Gemeindegliedern; Nikaragua (Moskito) mit 14 Stationen, 12 Missionaren, 5 ordinierten Geistlichen, 5942 Gemeindegliedern; Demerara (Brit. Guiana) mit 14 Stationen, 3 ordinierten Geistlichen, 1395 Gemeindegliedern; Surinam (Holl. Guiana) mit 32 Stationen, 42 Missionaren, 8 ordinierten Geistlichen, 27 949 Gemeindegliedern; Nordqueensland mit 3 Stationen, 3 Missionaren, 83 Gemeindegliedern. Dazu 2 neuere Arbeitsfelder in Deutsch-Ostafrika, die sich erfreulich entwickeln und im Vordergrund des Interesses stehen: die Nyassamission mit 9 Stationen, 18 Missionaren, 1296 Gemeindegliedern, und Unjamwesi mit 7 Stationen, 14 Missionaren, 180 Gemeindegliedern. Auf den insgesamt 157 Haupt- und 164 Nebenstationen sowie auf 1300 Predigtplätzen (darunter über 1000 in Deutsch-Ostafrika!) arbeiten 144 ordinierte und 36 nicht ordinierte ausländische, sowie 42 ordinierte eingeborene Missionare, zu denen noch 12 ausländische Schwestern und 25 nicht ordinierte eingeborene Hilfsmissionare und 1300 Evangelisten und Helfer sowie über 800 Helferinnen kommen. Unter den ausländischen Arbeitern sind 36 Theologen, 1 Arzt, 10 im Livingstone College zu London (einer missionsärztlichen Anstalt) und 5 im Tübinger Institut für ärztliche Mission ausgebildete männliche Missionare und 1 Schwester, 25 Kaufleute, 5 Handwerker, 1 Landwirt, 6 Diakonissen und 2 Senanamissionarinnen. An eingeborenen ordinierten Geistlichen hat von

den deutschen Missionen nächst der Basler die Brüdergemeine weitaus die meisten. Die Zahl der Getauften beträgt 97 915 (1456 mehr als im Vorjahre), in kirchlicher Pflege stehen 104 129 Personen. Angesichts der außerordentlichen finanziellen Schwierigkeiten, mit denen man in den letzten Jahren zu kämpfen hatte, hatte die Generalsynode von 1909 angeordnet, daß Einschränkung und Zurückhaltung oberstes Gebot innerhalb des gesamten Missionsbetriebes und der Verwaltung sein sollte. Dazu bedurfte es einer Umgestaltung und Vereinfachung des Werkes. Das ist denn auch geschehen, wenn auch nicht ohne manche schmerzliche Entsagung. Diese Jahre sind eben Jahre tiefgreifender innerer Prüfung und Neuordnung auf fast allen Missionsgebieten. Aber, schreibt die Missionsdirektion, wir dürfen auch hier des Segens dieser Notzeiten schon heute inne werden. Unsere Gemeinden aus den Heiden sind sich ihrer Verantwortung, das ihnen dienende Werk mittragen zu müssen, immer mehr bewußt geworden. Noch mehr, wir sehen in jedem Jahre die Zahl der eingeborenen Mitarbeiter wachsen, die nicht nur fähig und willig sind, den oft überlasteten Missionaren Arbeit und Verantwortung abzunehmen, sondern hier und da europäische Kräfte ganz ersetzen. Die Folgen der durchgeführten Zurückhaltung sind schon im Haushalt der Brüdermission deutlich spürbar. Betrug 1909 das Defizit 300 000 M., so stellte es sich nach der letzten Jahresrechnung auf nur 85 700 M. Neben der Sparsamkeit ist dies erfreuliche Resultat auch der Opferwilligkeit der Missionsfreunde zu danken, die zur Schuldentilgung im Jahre 1911 127 000 M. aufbrachten. Eine neue Erschwerung der finanziellen Lage tritt leider dadurch ein, daß allmählich die Zahlungen aus dem großen Legat des englischen Missionsfreundes Morton (für neue Missionsunternehmungen) zu versiegen beginnen, so daß die sogenannten Morton-Stationen nur noch ein Viertel von dem erhalten, was in den letzten Jahren für sie noch in Einnahme gestellt werden konnte. Nach wie vor gilt es also für die Freunde der Brüdermission, alle Kräfte anzuspannen. — Durch Missionsdirektor Hamilton ist in der ersten Hälfte des Jahres 1912 das surinamische Missionsfeld visitiert worden. — In die Missionsdirektion hat schmerzlicherweise, nachdem erst vor kurzem Direktor Reichel im Meere ertrunken war, der Tod unerwartet schnell eine neue Lücke gerissen: am 14. Dezember 1912 ist nach schwerem Leiden Direktor Kluge heimgegangen. Von 1887—1910 war er Direktor der Missionsschule gewesen, erst 1910 war er in die Missionsdirektion eingetreten. Soeben hatte er dann eine Visitation des südafrikanischen Missionsfeldes ausgeführt, bei der er die Allgemeine Missionskonferenz zu Gnadental geleitet hatte, auf welcher die Grundlage für den Bau einer Eingeborenenkirche in Südafrika-West gelegt wurde (cf. unten Südafrika). Offenbar waren ihm die Strapazen dabei über seine Kräfte gegangen. Zu seinem Nachfolger ist Joh. Hettasch berufen worden.

Die **Basler Mission** bearbeitet 4 große Arbeitsfelder: die Malabarküste in Indien, ein chinesisches Arbeitsfeld in der Provinz Quangtung, die Goldküste und Kamerun. Zu ihnen ist im Berichtsjahre ein fünftes, Nordtogo, neu hinzugekommen, wo nach den letzten Meldungen die Missionspioniere soeben eingetroffen sind. Nach der Statistik des letzten Jahresberichts war der Stand der Arbeit auf den einzelnen Arbeitsfeldern folgender: In Indien standen auf 26 Hauptstationen 80 Missionare nebst 14 Missionsschwestern, die unter ihrer Obhut 19147 Gemeindeglieder hatten, und in 188 Schulen wurden 16788 Schüler unterrichtet. Heidentaufen waren 167 zu verzeichnen. 24 eingeborene Geistliche und 913 andere eingeborene Helfer halfen bei der Ausbreitung des Evangeliums. Für China sind die entsprechenden Zahlen: 41 Missionare, 4 Schwestern, 8 chinesische Pfarrer, 266 sonstige chinesische Gehilfen, 19 Missionsstationen (einschließlich einer für die chinesische Diaspora auf Borneo), 10777 Gemeindeglieder bei 314 Heidentaufen, 2789 Schüler in 82 Schulen. Auf die Goldküstenmission kommen 11 Stationen, 66 Missionare, 4 Schwestern, 18 eingeborene Pfarrer, 256 andere eingeborene Gehilfen, 23848 Gemeindeglieder bei 814 Taufen und 7727 Schüler in 162 Schulen. Das jüngste, erst auf eine 25jährige Missionstätigkeit zurückblickende Arbeitsfeld ist Kamerun mit 13 Stationen, 53 Missionaren, 7 Schwestern, 269 eingeborenen Gehilfen, 11807 Gemeindegliedern bei 1552 Taufen, 13683 Schülern in 267 Schulen. Bemerkenswert ist, welche große Anzahl europäischer Arbeitskräfte schon auf das junge Arbeitsfeld in Kamerun geworfen sind: ein Zeugnis von der intensiven Inangriffnahme der dortigen Aufgaben. Ebenso wird in Kamerun die Schularbeit besonders gepflegt; es gibt dort schon mehr Missionsschulen als in Indien, wo man schon seit ca. 8 Jahrzehnten arbeitet, oder gar in China. Die bereits im letzten Bericht hervorgehobene Erscheinung läßt sich auch diesmal wieder konstatieren: von 2847 Heidentaufen kommt mehr als die Hälfte auf das jüngste Arbeitsfeld; in Kamerun wurden fast zehnmal so viel Heiden getauft als in Indien, fünfmal so viel als in China, fast doppelt so viel als auf der Goldküste. Verschiedentlich sind der Missionsleitung Wünsche geäußert worden, auch in Neu-Kamerun das Panier des Kreuzes aufzupflanzen. Doch hat sie sich dazu nicht entschließen können, zumal sie eben jetzt erst durch die Übernahme der neuen Arbeit in Nordtogo zu ihren schon bisher großen Aufgaben eine neue, vermutlich nicht geringe auf sich geladen hat. Dafür wird aber die alte Kamerunmission planmäßig weiter in das Innere vorgeschoben werden. Der Stand der Finanzen war ein leidlich befriedigender: einer Einnahme von 2216178 M. stand eine Ausgabe von 2227920 M. gegenüber, so daß nur ein kleiner Fehlbetrag von 11742 M. mit ins neue Jahr genommen werden brauchte, ein Resultat, das mit Freude und Dank erfüllte. Für die neue Togomission waren auch schon 55146 M. gestiftet. Ein bedeutsames Ereignis war die Eröffnung

eines besonderen Hauses für Ausbildung von Missionsschwestern am 24. Oktober 1911. Die Frage, auf welche Weise die Missionen sich ihre Schwestern gewinnen sollen, wird noch auf verschiedene Weise beantwortet. Die Zahl der Schwestern, die der Berliner Morgenländische Frauenverein stellen kann — er bietet bekanntlich seine Dienste allen Missionen an —, ist nur sehr beschränkt. Das gleiche gilt von dem Bibelhause zu Freienwalde. Die meisten deutschen Missionen beziehen bis jetzt ihre Schwestern aus den Diakonissenhäusern. Das hat einerseits Vorzüge, andererseits aber in der Regel den Nachteil, daß die von dort kommenden Schwestern für die spezifisch missionarische Seite ihres künftigen Berufes nicht genügend vorgebildet sind. Auch ist es dringend wünschenswert, daß die angehenden Missionsschwestern auch schon während ihrer Ausbildungszeit in einem möglichst innigen Zusammenhang mit dem Missionshause stehen. Und endlich ist bekanntlich der Mangel an Diakonissen in der Heimat so groß, daß die Diakonissenhäuser den Missionen doch eben auch nur in bescheidenem Maße aushelfen können. Alle diese Erwägungen haben in Basel zur Gründung eines eigenen Schwesternhauses geführt, in der die Schwestern eine allen Bedürfnissen der missionarischen Schwesternarbeit Rechnung tragende Ausbildung erhalten und dabei auch zugleich schon Glieder der großen Missionsfamilie sind. Die Leitung des Hauses liegt in der Hand einer aus Indien heimgekehrten Schwester Menga Bonorand. — Wegen des leidenden Zustandes von Direktor *D. Öhler* hat das Komitee beschlossen, den Missionsinspektor *Dipper*, den bisherigen Dezernenten für das heimatliche Missionswesen, zum Vizedirektor zu ernennen. Er soll, wo es notwendig ist, den Direktor vertreten und sich zugleich im Zusammenwirken mit ihm mit der Leitung der äußeren Mission vertraut machen. Zugleich wurde Inspektor *Dipper* beauftragt, im Lauf des Jahres 1913 eine Visitationsreise nach China mit anzuschließendem Besuch in Indien zu unternehmen. Missionsinspektor *Ötli*, der Dezernent für die westafrikanischen Missionen, hat seine beabsichtigte Visitationsreise nach Kamerun noch für eine Weile hinausgeschoben. Für den Lehrer am Missionsseminar, *Pfr. Kieser*, welcher eine Stellung als Sekretär des S. f. M. (Studentenbund für Mission) angenommen hat, ist *Pfr. Weismann* zum theologischen Lehrer berufen. Als etwas Seltenes erwähnt der Jahresbericht von 1911/12 noch, daß das Jahr hingegangen sei ohne einen einzigen Todesfall eines Missionars.

Rheinische Mission. Stattliche Zahlen sind es, die die Statistik auch dieser Mission aufweist. Wie die Basler hat sie vier ausgedehnte Arbeitsfelder: Südafrika, Niederländisch Indien, China und Kaiserwilhelmsland. Das afrikanische Missionsfeld zerfällt aber wieder in mehrere recht verschiedene Gebiete, und ähnlich das in Niederländisch Indien. Ersteres in die Mission der Kapkolonie, Großnamaland, Hereroland und Ovamboland, letzteres

in die Mission von Borneo, Sumatra, Nias und Mentawai mit Engano. Von den afrikanischen Stationen gehören 11 der Kapkolonie an, 7 dem Großnamalande, 15 dem Hererolande, 4 dem Ovambolande; von den 67 hinterindischen 10 Borneo, 40 Sumatra, 15 Nias, 2 Mentawai und Engano. Das wichtigste Arbeitsfeld ist das sumatranische, das auch mit 60 Missionaren und 12 Schwestern besetzt ist. Hier finden sich nahezu zwei Drittel von allen gewonnenen Heidenchristen, nämlich 117586, hier wurde auch im Berichtsjahre die größte Ernte gehalten: 12055 Heidentaufen. Die Gesamtzahl der Heidentaufen betrug 15492 (gegen 10523 im Vorjahr). „Noch nie“, heißt es im Jahresbericht, „hat auch nur im entferntesten eine solche Zahl genannt werden können. Wir stehen in der Tat beschämt da, daß Gott uns eine solche Ernte beschert hat.“ Innerhalb der Gemeinden wurden außerdem noch 7179 Kinder christlicher Eltern getauft. Im Taufunterricht standen anfangs 1912 noch 21478 Leute.

Hier die statistische Übersicht über sämtliche Arbeitsgebiete:

Arbeitsfeld	Hauptstationen	Nebenstationen	Missionare	Schwester	ordinierte Pastoren	sonstige Gehilfen	Gemeinglieder	getauft im letzten Jahr	Schulen	Schüler
Afrika	37	24	57	5	—	94	41 552	2 451	64	4 955
Niederländ. Indien .	67	536	100	13	28	922	132 971	12 949	647	36 485
China	7	28	16	3	—	57	2 338	87	33	755
Kaiserwilhelmsland .	5	1	11	—	—	2	83	5	8	317
	116	589	184	21	28	1055	176 844	15 492	752	42 512

Aus dem Leben im Missionshause ist erwähnenswert, daß Missionsinspektor D. Joh. Warneck nach Bethel übergesiedelt ist, wo er eine Dozentenstelle an der theologischen Schule (s. u.!) bekleiden wird; doch hört er darum nicht auf, Inspektor der Rheinischen Mission zu sein. Der an seiner Stelle zum Missionsinspektor gewählte Pfarrer v. Öttingen zu Nümbrecht hat aus Gesundheitsrücksichten diesen Ruf nicht annehmen können, so daß der Posten noch der Besetzung harrt. Der Missionsinspektor Wegner hat im Dezember v. J. eine Visitationsreise nach Niederl. Indien angetreten; Direktor Spiecker mußte seinerzeit die dortige Visitation wegen des Zusammenbruches seiner Gesundheit unvollendet lassen. Zwei Lehrkurse wurden im Missionshause gehalten, der erste im April für Lehrer, der zweite im Mai für Pastoren, an denen sich 35 Lehrer und 33 Geistliche beteiligten. Auf dem Pastorenlehrekursus wurden u. a. folgende Themen behandelt: Die dringendsten Aufgaben der Rheinischen Mission in der Gegenwart; Die Entstehung einer christlichen Literatur auf dem Missionsfeld; Die Revolution in China, ihre Ursachen und ihre Folgen. — Eine Ehrung wurde dem Missionar Sundermann zuteil, der die Bibel in

die niassische Sprache übersetzt hat: er wurde von der theologischen Fakultät der Universität Halle zum Doktor der Theologie promoviert. Da für den sich immer mehr vergrößernden Betrieb des Missionshauses die bisherigen Räume immer weniger genügen, hat sich die Deputation dazu entschließen müssen, einen Neubau für das Missionshaus ins Auge zu fassen. Ein geeigneter Bauplatz ist erworben; Gaben für diesen Zweck sind bisher ca. 50 000 M. gespendet, allerdings werden die Kosten auf das Zehnfache geschätzt.

Die **Berliner Mission** hat niemals, so beginnt Missionsdirektor Gensichen seinen Jahresbericht über sie, in größerer äußerer Not gestanden als zurzeit. Es ist bereits mitgeteilt, wie ein gewaltiges Defizit von 424 000 M. fast lähmend auf ihr lastet. Und dabei handelt es sich nicht um Tilgung eines einmaligen Defizits, sondern noch mehr um eine organische Vermehrung der Einnahmen, die den Aufgaben und den Ausgaben dauernd gerecht wird. Bei keiner deutschen Mission sind in so kurzer Zeit und in solchem Maße die Aufgaben so gewaltig gewachsen wie bei ihr. In erster Linie ist es die ostafrikanische Mission, wo man notgedrungen in ziemlich schneller Folge große Gebiete besetzen und eine Station nach der andern anlegen mußte, zusammen bereits 18, welche diese kritische Situation herbeigeführt hat. Daneben ist aber auch durch die Entwertung des Geldes in Südafrika und Steigerung der Lebensmittelpreise auch dort der Missionsbetrieb nicht unwesentlich verteuert. Ja, in Ostafrika wäre unbedingt ein noch viel energischeres Vorgehen im höchsten Maße wünschenswert, und es kommt die verantwortlichen Leiter des Werkes bitter hart an, bei dem Mangel an Kräften und Mitteln der Aufforderung des Kolonialkongresses von 1910 so langsam und ungenügend nachkommen zu können, überall da, wo der Islam sich noch nicht eingenistet hat, Fuß zu fassen. Dabei entfaltet die Berliner Mission eine geradezu musterhafte, überaus rührige Heimarbeit. In allen Provinzen ihres „Hinterlandes“ sind tätige Provinzial-Missionssekretäre eifrig an der Werbearbeit. Erfolgreich strebt man die Übernahme von Pflegestationen durch Hilfsvereine oder Kreissynoden und dadurch Mehrung des Missionsinteresses in den betreffenden Kreisen an. So wurde im letzten Jahre dem Missionsverein Dessau-Köthen-Zerbst die Station Tsingtau-West, den Vereinen Atzendorf, Stolberg und Calbe die Station Tsimo, den Vereinen Wollin und Lauchstädt die Station Manow und den Vereinen Kyritz, Pritzwalk, Wittstock und Putlitz die Station Kiautschou als Pflegestationen zugewiesen. In dieser Weise werden bereits 21 Stationen versorgt. Der schlesische Provinzialhilfsverein überreichte bei Gelegenheit seines 25jährigen Jubiläums der Muttergesellschaft eine Gabe von 40 000 M., welche zur Gründung einer neuen Station in Ostafrika namens „Schlesien“ Verwendung finden soll. Und zwar soll die neue Station ein neuer Damm gegen den heranflutenden Islam sein. Um das Defizit zu

bezwingen, haben Freunde zur Bildung einer „Liebeskette“ aufgefördert, d. h. es sollen sich möglichst 424 wohlhabende Missionsfreunde als Glieder dieser Kette zusammentun, die jeder 1000 M. stiften, damit die Schuld gedeckt sei. Es können sich aber auch mehrere minderbegüterte Freunde zu einem „Glieder“ vereinigen. Bei der Tilgung des letzten Defizits wurden auf diesem Wege 79 000 M. aufgebracht. Eine hoffnungsvolle Entwicklung nimmt der Berliner Lehrer-Missionsbund: erst vor 10 Jahren mit 27 Mitgliedern gegründet, zählt er deren jetzt schon 4211. Zur Förderung seiner Bestrebungen ist jetzt ein Lehrer Weichert als Sekretär angestellt, welcher als Organ des Bundes das Blatt „Der Lehrer-Missionsbund“ herausgeben wird. Erfreulich wächst auch der sogenannte Nyassabund, ein Bund von Jungfrauenvereinen, welcher sich die Pflege der Schwesternmission am Nyassa angelegen sein läßt. Er zählt nach 6jährigem Bestehen 456 korporative und 1161 Einzelmitglieder. Seine Einnahme betrug 9825 M. (gegen 3000 M. mehr als im Vorjahr). Bereits sind von ihm 7 Missions-schwestern ausgesandt, mehrere andere rüsten sich in der Heimat auf ihren künftigen Beruf. Im Berliner Missionsseminar hat sich die Anstellung eines neuen theologischen Lehrers als unabweisbar nötig herausgestellt; mit diesem Auftrag ist Past. Rahn aus Levenhagen als Missionsinspektor angestellt worden. Missionsinspektor Lic. Axenfeld ist nach glücklicher Beendigung seiner strapazenreichen 10monatigen Visitationsreise in Ostafrika Mitte Februar gesund und wohlbehalten wieder in Europa angelangt. Endlich, ein Bild des derzeitigen Standes der Berliner Mission gebe uns nachstehende Tabelle:

Arbeitsfeld	Hauptstationen	Nebenstationen	Missionare	Schwestern	ordinierte Pastoren	eingeborene Gehilfen	Gemeindeglieder	Schulen	Schüler
Südafrika	55	297	76	21	19	414	54 786	216	9 921
Ostafrika	18	62	36	5	—	143	3 006	85	3 484
China	14	144	28	6	7	298	9 272	88	1 965
	87	503	140	32	26	855	67 064	389	17 688

Das südafrikanische Missionsfeld gliedert sich in die 6 (jetzt 5) Synoden: Kap-Synode mit 8 Stationen, 9 Missionaren, 4 Lehrerinnen, 3 eingeborenen Helfern, 6494 Gemeindegliedern und 1450 Schülern; Brit. Kafferland (mit 4 Stationen, 3 Missionaren, 1 Lehrerin, 1 ordinierten Pastor, 9 Helfern, 1443 Gemeindegliedern und 412 Schülern; Natal mit 6 Stationen, 11 Missionaren, 1 ordinierten Pastor, 48 eingeborenen Gehilfen, 4159 Gemeindegliedern, 23 Schulen und 381 Schülern; Oranje-Synode mit 7 Stationen, 12 Missionaren, 6 Lehrerinnen, 4 ordinierten Pastoren, 32 eingeborenen Gehilfen, 9946 Gemeindegliedern, 22 Schulen und 1227 Schülern; Süd-

transvaal mit 16 Stationen, 24 Missionaren, 4 Lehrerinnen, 9 ordinierten Pastoren, 85 eingeborenen Gehilfen, 20536 Gemeindegliedern, 60 Schulen, 3488 Schülern; Nordtransvaal mit 14 Stationen, 17 Missionaren, 6 Lehrerinnen, 4 ordinierten Geistlichen, 155 eingeborenen Gehilfen, 12208 Gemeindegliedern, 85 Schulen und 2848 Schülern. Ebenso hat die ostafrikanische Mission 3 Synoden: die Konde-Synode mit 7 Stationen, 15 Missionaren, 2 Schwestern, 89 eingeborenen Helfern, 1678 Gemeindegliedern, 50 Schulen, 2239 Schülern; die Hehe-Synode mit 8 Stationen, 14 Missionaren, 3 Schwestern, 39 eingeborenen Helfern, 992 Gemeindegliedern, 24 Schulen, 904 Schülern; Usaramo mit 3 Stationen, 7 Missionaren, 1 eingeborenen Helfer, 366 Gemeindegliedern, 11 Schulen mit 297 Schülern. In China sind 2 gesonderte Arbeitsfelder: Südchina mit 11 Stationen, 22 Missionaren, 4 Schwestern, 7 ordinierten Pastoren, 222 eingeborenen Helfern, 8381 Gemeindegliedern, 62 Schulen, 1417 Schülern; Kiautschou mit 3 Stationen, 6 Missionaren, 2 Schwestern, 76 eingeborenen Gehilfen, 891 Gemeindegliedern, 26 Schulen und 548 Schülern. Die Usaramo-Synode und das südchinesische Gebiet leiden fast beängstigend unter Arbeitermangel, da die Besetzung an sich kaum ausreichend ist und unverhältnismäßig viel Missionare krankheitshalber beurlaubt werden mußten.

Die **Goßnersche Mission** hat nach ihrem Jubiläumsjahre 1911 ein ruhiges Jahr der Entwicklung daheim und draußen gehabt. Seit Jahren war der Wunsch nach festerer Organisation der heimatlichen Freundeskreise immer dringender geworden. In Erfüllung dieses Wunsches ist man im letzten Jahre ein gut Stück weitergekommen. Nachdem sich schon im Jahre 1911 der pommerische Provinzialverband neu konstituiert hatte, ist im April 1912 in Danzig die Gründung eines westpreußischen erfolgt. Solcher Provinzial-Hilfsvereine hat die Goßnersche Mission nunmehr in Sachsen, Schlesien, Ostfriesland, Pommern und Westpreußen. Der schlesische feierte im Oktober in Liegnitz das Fest seines vierzigjährigen Bestehens; Past. Gerhard hat zu diesem Anlaß eine Gedächtnisschrift veröffentlicht: „Vierzig Jahre Goßnersche Mission in Schlesien.“ Um die Verbindung mit den Provinzialvereinen lebendiger zu machen, sollen die Vorsitzenden derselben zu Mitgliedern des Kuratoriums berufen werden. Daß die Jahresrechnung 1911, wie schon gesagt, so günstig abschloß, hatte seinen Grund in der ungewöhnlich großen Zahl der Legate, unter denen eins von einem russischen Fürsten Lieven allein 86300 M. ausmachte. Inzwischen ist freilich in der Missionskasse wieder eine erschreckende Ebbe eingetreten, so daß alle Reserven erschöpft sind. In ihrer diesjährigen Januarnummer teilt „Die Biene auf dem Missionsfelde“ mit, daß das Elisabeth-Kranken- und Diakonissenhaus zu Berlin, ebenfalls eine Stiftung Vater Goßners, wieder mit der Goßnerschen Mission in nähere Beziehungen treten möchte. Sie macht dieser das mit Freuden willkommen geheißen Angebot, junge Mädchen

oder einsame Witwen, die sich dem Missionsdienst in der Goßnerschen Mission widmen wollen, aufzunehmen, sie in Gemeinschaft mit dem Missionshause auszubilden und sie dann gruppenweise unter Führung einer älteren, bewährten Schwester hinausgehen zu lassen. Meldungen und Anfragen sind zu richten an die Goßnersche Missionsgesellschaft, Berlin-Friedenau, oder an das Elisabeth-Diakonissenhaus, Berlin W. 35, Lützowstr. 26. Lebhaft ist immer wieder im Schoße des Kuratoriums die Frage der geplanten Kolonialmission erörtert worden. Ins Auge gefaßt hat man dafür das Hinterland von Kamerun. Es haben sich aber Schwierigkeiten erhoben, die außerhalb seines Einflusses lagen und die bis zur Stunde noch nicht beseitigt werden konnten. Doch bleibt die Angelegenheit fortgesetzt Gegenstand ernsten Gebetes und der Beratung, und sobald der Weg sich auftut, gedenkt man ans Werk zu gehen. Von den 7 Missionskandidaten, die ihren Lehrgang im Seminar beendet hatten, sind darum auch 3 in das Tübinger missionsärztliche Institut geschickt, wo sie sich noch eine allgemeine ärztliche Ausbildung erwerben sollen, um dann als Pioniere die neue Kolonialmission in Angriff zu nehmen. Einer der bekanntesten und tüchtigsten Missionare der Goßnerschen Mission, D. Nottrott, beging im Lauf des Jahres sein 25jähriges Jubiläum als Präses der Kolsmission. Nach 45jährigem Missionsdienst sah sich dieser, ihr Senior, leider auch genötigt, um seine Pensionierung einzukommen. Möge ihm nach des Lebens harter Arbeit im alten Vaterlande ein friedevoller, sonniger Lebensabend beschieden sein! Die Goßnersche Mission arbeitet nur in Indien; sie hat dort ihr großes, reichgesegnetes Arbeitsfeld unter den Kols in Tschota Nagpur mit seinem Ableger, der Mission unter den ausgewanderten Kols in Assam und daneben ein drittes kleineres Gebiet unter den Hindu am Ganges. Folgende Tabelle zeigt den Stand der Arbeit auf allen 3 Gebieten.

Arbeitsfeld	Hauptstationen	Nebenstationen	Missionare	Schwester	ordinierte Pastoren	eingeborene Gehilfen	Gemeindeglieder	Schulen	Schüler
Tschota Nagpur	20	460	31	7	35	883	80 349	285	9022
Assam	2	27	2	—	1	32	2 272	2	62
Ganges	7	2	7	—	—	19	754	11	591
	29	489	40	7	36	934	83 375	298	9675

Die **Leipziger Mission** ist mit dem Jahre 1912 in das vierte Vierteljahrhundert ihrer Arbeit eingetreten (gleich der Goßnerschen und Norddeutschen Mission). In seinem Bericht auf dem Jahresfest blickte der neue Direktor Prof. D. Paul auf die Geschichte der vollendeten 75 Jahre zurück: In Dresden hat die Mission ihren Anfang genommen. Sie hat in Australien und Nordamerika

gearbeitet, aber nicht dauernd. Anders war es in Ostindien, wo sie in die Arbeit der alten Dänisch-halleschen Mission eintrat. Da hat sie sich nach Verlauf eines Vierteljahrhunderts als hoffnungserweckend erwiesen. Abermals nach einem Vierteljahrhundert trat neben das indische das afrikanische Arbeitsfeld (1886 die von Bayern gegründete Wakambamission, die Ende 1892 der Leipziger Gesellschaft übergeben wurde). Seitdem ist der von Leipzig ausgehende Missionsstrom in zwei Richtungen geflossen. Im Jahre 1893 wurden dann die ersten Missionare nach dem Dschaggalande (Deutsch-Ostafrika) abgeordnet. So blickt nach 75 Jahren die Leipziger Mission auf drei Arbeitsfelder, ein indisches und zwei ostafrikanische. Ein viertes ist im Begriff hinzuzukommen, die Landschaft Iramba, gleichfalls in Deutsch-Ostafrika. Es ist eben von den Missionspionieren besetzt worden. Das Berichtsjahr ist nicht eben ein Jahr großer Dinge gewesen. In der Wakambamission konnte kein Heide getauft werden; in Indien fanden zwar 245 Heidentaufen statt, doch bewirkte der Verlust durch 206 Ausgewanderte und 243 Ausgeschlossene — neben den normalen Todesfällen —, daß sogar eine, wenn auch unbedeutende Verminderung in der Seelenzahl der Gemeindeglieder eintrat. Hier die letzte Jahresstatistik:

Arbeitsfeld	Hauptstationen	Nebenstationen	Missionare	Schwester	ordinierte Pastoren	eingeborene Gehilfen	Gemeindeglieder	Schulen	Schüler
Indien	30	231	41	17	28	789	21 962	314	12 453
Dschagga	13	40	29	5	—	82	2 120	81	8 119
Wakamba	3	—	6	—	—	4	65	2	15
	46	271	76	22	28	875	24 147	397	20 587

Sonst ist noch zu erwähnen, daß die Generalversammlung beschlossen hat, dem Missionshause, das (wie das Barmer) den Bedürfnissen immer weniger genügt, einen Erweiterungsbau anzugliedern. Der günstige letzte Kassenabschluß war schon erwähnt; der demnächst zu machende scheint leider weniger befriedigend ausfallen zu sollen. Missionsdirektor *D. Paul* hat nach Beendigung des Sommersemesters, des ersten seiner akademischen Tätigkeit als Missionsprofessor, eine Visitationsreise zunächst nach Deutsch-Ostafrika und von da nach Indien unternommen. Nach Beendigung seiner Visitationsaufgaben hat er auch andern deutschen Missionen in Indien kürzere Besuche abgestattet. Einen verdienten Arbeiter verlor die Leipziger Mission in dem ehrwürdigen Missions-senior Handmann, der am 7. Dezember entschlief. Er hat von 1865—1887 als Missionar in Indien gearbeitet, seitdem und bis zu seinem Tode war er im Leipziger Missionshause und in der Heimat tätig. Literarisch ist er hervorgetreten durch seinen, jetzt aller-

dings schon veralteten „Kampf der Geister in Indien“ und seine vorzügliche „Evangelisch-lutherische Tamulenmission in der Zeit ihrer Neubegründung“, ein Werk, von dem nur zu bedauern ist, daß es nicht weiter fortgeführt ist. Um das Interesse für die indische Senanamission in der Heimat zu beleben, ist eine Missionschwester, die gesundheitshalber nicht wieder nach Indien hinausgehen kann, Fräul. H. Frenkel, als Berufsarbeiterin angestellt worden.

Der gegenwärtige Stand der **Norddeutschen Mission** (Bremen) ist, abgesehen von der bedrohlichen Finanzlage, ein recht erfreulicher. Auf 8 Hauptstationen (davon 6 in Deutsch-Togo) und 170 Nebenstationen (davon 150 in Deutsch-Togo) waren Ende 1911 9442 Christen, gegen 8274 im Vorjahre, in der Pflege der Mission, deren Arbeiterstab aus 28 Missionaren (25 ordinierte) und 8 Missionsschwestern bestand. Dazu kommen 252 eingeborene Mitarbeiter, darunter 4 ordinierte Pastoren. Die Zahl der Taufen betrug 1467, nämlich 1007 Heiden und 460 Kinder von Christen; noch nie hatte man bisher in einem Jahre so viel Taufen. Die Zahl der Schulen stieg von 164 auf 187 mit 8095 Schülern, gegen 5829 im Vorjahre, 6014 Knaben und 2081 Mädchen. Von den Schülern waren 2347 Christen und 5748 Heiden. Auf Deutsch-Togo entfielen 6053 Schüler, auf das englische Gebiet 2042. Die Leistungen der Ewe-Gemeinden für die Mission betrugen in bar 33 696 M. und in Arbeiten 11 221 M. Die Arbeitskräfte sind leider kaum ausreichend für die wachsenden Aufgaben auf dem Missionsfelde, besonders litt auch die Schwesternarbeit empfindlich unter dem Mangel an Kräften. So schmerzlich der Verzicht auch war, so mußte doch unter diesen Umständen die Missionsarbeit in Nordtogo der befreundeten Basler Mission überlassen werden. Um so mehr aber mußte sie sich dazu entschließen, als sie sich einer übermächtigen katholischen Konkurrenzmission gegenüber, von der sie mehr und mehr überflügelt wird, kaum zu behaupten vermag. Erst vor 20 Jahren ins Land gekommen, hat diese doch schon 16 Stationen angelegt und verfügt über einen Arbeiterstab von 44 Priestern, 13 Laienbrüdern und 25 Schwestern. Wiewohl die finanzielle Entwicklung im letzten Jahrzehnt sich in einer durchaus erfreulichen Aufwärtsbewegung befindet — von 153 208 M. Einnahmen 1900 auf 364 265 M. im Jahre 1911 —, so hat sich infolge des noch stärkeren Anschwellens der Ausgaben doch in den letzten Jahren eine geradezu die Existenz der gesamten Mission in Frage stellende Krisis herausgebildet. Zur Beratung dieser Sachlage wurde am 24. Februar d. J. eine außerordentliche Mitgliederversammlung berufen. In ihr wurde sogar die Frage aufgeworfen (allerdings dann einstimmig verneint), ob die Selbständigkeit der Norddeutschen Mission aufrecht zu erhalten sei, oder ob sie sich etwa an Basel oder Barmen angliedern solle. So hart es war, hat man sich aber in erster Linie zu einer Einschränkung des afrikanischen Voranschlags entschließen müssen. Auch soll auf eine

Steigerung der Leistungen der Ewegemeinden energisch hingearbeitet werden. Der Ausbau der neuen (neunten) Station in Palime mußte zurückgestellt werden, so wichtig es auch wäre, daß an diesem bedeutenden Platze, wo die katholische Mission längst eine Station hat, Fuß gefaßt würde. Eine Kirche bauen sich übrigens die evangelischen Eweer an diesem Orte aus eigenen Mitteln. Trotz dieser finanziellen Notlage hat ein zweiter Missionsinspektor, cand. Ohly, berufen werden müssen, da die beiden bisherigen theologischen Arbeiter unter der drückenden Arbeitslast zusammenzubrechen drohten. Eine namhafte Summe ist der Norddeutschen Mission als ein erster Baustein für ein in Hamburg zu gründendes Missionsschwesternheim zugesichert. Man hat diese Stiftung (die Ninckstiftung) angenommen, da ein Anfang damit erst binnen fünf Jahren gemacht zu werden braucht. In dem im vergangenen Jahr eröffneten Missionarsheim „Tanne“ in Hamburg wohnten im ersten Jahre schon 8 Missionare, welche 7 verschiedenen Gesellschaften angehörten, dazu ein Ewe-Lehrer; sie besuchten von da aus die Vorlesungen des Kolonialinstituts. Die Drucklegung der Ewe-Bibel, deren Übersetzung zum 75jährigen Jubiläum vollendet war, hat nach Überwindung von manchen Schwierigkeiten, besonders wegen der zu wählenden Rechtschreibung kürzlich in Tübingen ihren Anfang genommen.

Die **Hermannsburger Mission** unterhält in Südafrika 2 Missionen, die kleinere Sulumission mit 21 Stationen und 11413 Gemeindegliedern, welche sich im ganzen erfreulich entwickelt und im Aufblühen begriffen ist, und die größere Betschuanenmission mit 29 Stationen und 56362 Gemeindegliedern, welche noch unter den Nachwehen einer schweren Krisis leidet, die der Burenkrieg brachte; doch sind nach dem Urteil des Missionssuperintendenten Jensen Beweise vorhanden, daß diese Krisis allmählich überwunden wird. Dazu kommt eine indische Mission im Telugulande, nördlich von Madras, die sich fortgesetzt bis jetzt nur als eine bescheidene Frucht hervorbringende Geduldsarbeit darstellt. Nachstehend die Tabelle über alle 3 Arbeitsfelder:

Arbeitsfeld	Hauptstationen	Nebenstationen	Missionare	Schwester ordinierte	Pastoren	eingeborene Gehilfen	Gemeindeglieder	Schulen	Schüler
Sulumission	21	46	19	—	1	56	11 413		1604
Betschuanenmission	29	99	32	—	2	103	56 362		5439
Telugumission	10	53	15	3	3	105	3 074		1205
	60	198	66	3	6	314	70 849	175	8248

Eine evangelistische Arbeit in beschränktem Maße wird außerdem unter den nestorianischen Syrern in Nordpersien (bei Urmia) getan; man hat aber nur 4, und zwar eingeborene Arbeiter im

Felde, einen europäischen Arbeiter hat man, da sich trotz Aufrufs bisher ein solcher nicht zur Verfügung gestellt hat (gewünscht wird ein lutherischer Theologe), noch nicht hinaussenden können. In der jüngsten Zeit scheint sich eine Tür zu den mohammedanischen Kurden in der Nachbarschaft von Sautschbulak südlich des Urmia-Sees aufzutun, unter denen mit der Arbeit eingesetzt werden soll, ohne daß darum die unter den Syrern eingestellt werden würde. Ernste Erwägungen haben im Missionsausschuß stattgefunden (Sitzung vom 26. Februar 1913), ob etwa auch die Hermannsbürger Mission eine Arbeit in unsern Kolonien anfangen soll. Aus den Kreisen der Missionsfreunde ist das immer wieder angeregt worden, auch sind der Direktion schon Gaben dafür überwiesen worden. Der Ausschuß hat einstimmig beschlossen: 1. die Gründung einer Mission in unsern Kolonien ernstlich anzustreben, 2. zu diesem Zwecke weitere Beiträge anzunehmen und anzusammeln, 3. wenn der dazu gesammelte Betrag die erforderliche Höhe erreicht hat, das Werk im Vertrauen auf den Herrn in Angriff zu nehmen und ein geeignetes Missionsgebiet in einer deutschen Kolonie zu besetzen. Allerdings dürfen darüber die alten Gebiete nicht vernachlässigt werden. In Afrika mußten 2 neue Stationen gegründet werden, und noch 2 weitere, eine in Natal, die andere in Transvaal, müssen angelegt werden. Und in Indien muß manches geschehen, damit die Mission ihre Aufgabe dort recht lösen kann. Das Finanzwesen der Hermannsbürger Mission ist kerngesund, man kommt, wenn auch sparsam und treu hausgehalten werden muß, in der Regel doch mit dem aus, was die Freunde, bekanntlich in der Hauptsache hannoversche Bauerngemeinden, darreichen. Zur Pflege des heimatlichen Missionsinteresses geschieht mancherlei. Missionskonferenzen wurden gehalten in Uelzen, Lehrte, Wunstorf, Osnabrück, Eisenach und Straßburg. Der 1910 ins Leben gerufene Lehrermissionsbund zählt 200 Mitglieder. Das Verständnis für ärztliche Mission ist noch gering. Das Missionshaus mußte im Frühsommer durch eine schwere Trübsalszeit hindurch: es brach Typhus aus, der auch einige Opfer forderte; das Missionsfest mußte deswegen verschoben werden. Im Juli reiste Missionsdirektor D. Haccius nach Südafrika, um die Sulu- und Betschuanenmission zu revidieren und mit dem in Südafrika wohnenden Missionsdirektor Egm. Harms mancherlei wichtige Fragen zu besprechen.

Die **Deutsch-ostafrikanische Mission** (Bethel) bestellt zwei Arbeitsfelder. Auf dem älteren in Usambara sind 7 Hauptstationen besetzt und stehen 9 Missionare, unterstützt von 9 Diakonen. Hier sind auch schon eingeborene Mitarbeiter gewonnen (63). Gemeindeglieder sind 1657 gesammelt, zu denen sich 435 Taufbewerber gesellen. Schüler werden 3011 unterrichtet. Auf dem jüngeren Arbeitsfelde in dem fernen Ruanda,¹⁾ im sogen. Zwischenseengebiet

¹⁾ Über diese neue Mission hat Missionar Johanssen ein Buch veröffentlicht (1912), „Ruanda, Kleine Anfänge — Große Aufgaben“.

(im äußersten Nordwesten Deutsch-Ostafrikas), wo im Jahre 1911 die Erstlinge (17) getauft wurden, sind die bisherigen 5 Stationen um eine vermehrt worden (Remera). Die schnell gewachsene Arbeit hatte in letzter Zeit unter dem Mangel an Arbeitern zu leiden (4 Missionare und ebensoviel Diakonen); doch hat im letzten Jahre ihre kleine Schar eine wesentliche Verstärkung erfahren. Taufbewerber wurden auf 4 Stationen in Ruanda 42 gezählt, Schüler auf allen 5 Stationen 189. Um den Verkehr mit den Dorfschaften an dem dichtbevölkerten Kiwusee im Westen zu erleichtern, ist ein Motorboot dahin gesandt. Die Station Idschwii auf der gleichnamigen Insel im Kiwusee ist durch Abkommen zwischen der deutschen und belgischen Regierung dem belgischen Kongostaat zugesprochen. Da dessen Beamte den deutschen Missionaren allerlei Schwierigkeiten bereiten, und da in Ruanda selbst so große Aufgaben zu lösen sind, daß die Kräfte der Deutsch-ostafrikanischen Mission dazu kaum ausreichen, so würde diese nicht abgeneigt sein, die Station an eine andere Mission (etwa die englisch-baptistische, welche im Kongostaat arbeitet und deren Posten am weitesten nach Osten der deutschen Grenze zu vorgeschoben sind) abzutreten. Pastor Held ist nach vollzogener Visitation des Missionsfeldes heimgekehrt. In Bethel, dem Sitz der Missionsleitung, ist im Anschluß an die theologische Schule ein Missionskonvikt eröffnet (nach dem Vorbild der erwähnten „Tanne“, dem Konvikt der Norddeutschen Mission in Hamburg). In ihm sollen künftig die Missionsaspiranten ihre Ausbildung empfangen. Das Konvikt soll aber auch Zöglingen anderer Missionen offen stehen, welche in Bethel die Vorlesungen der theologischen Schule besuchen wollen. Leiter des Konvikts ist Pastor Simon, früherer rheinischer Missionar, der zugleich an der theologischen Schule über Islamkunde und Mohammedanermision lesen wird. Ihren Inspektor Pastor Schrenk hat die Deutsch-ostafrikanische Mission an die theologische Schule abgetreten. Da sich bei der Missionsleitung immer wieder auch Jünglinge ohne höhere Bildung zum Missionsdienst melden und doch nicht als Handwerker, Farmer oder dergleichen hinausgehen möchten¹⁾ und da außerdem eine Vermehrung der Missionare sehr erwünscht ist, so will man in Zukunft auch solchen jungen Leuten die Ausbildung zum Missionsdienst gewähren. Das Johanneum in Barmen hat sich bereit erklärt, solche an dem dreijährigen Kursus ihrer Anstalt teilnehmen zu lassen; daran würde sich dann in Bethel noch eine eigentliche missionarische Ausbildung anschließen. Schließlich ist noch zu erwähnen, daß am 17. Februar 1912 Pastor Ludw. Diestelkamp, der Begründer der Deutsch-ostafrikanischen Missionsgesellschaft, entschlafen ist. Die Jahresrechnung pro 1911/12 balanzierte etwa in Einnahme und Ausgabe (a. 242 254 M., b. 255 290 M., die kleine

¹⁾ Die Deutsch-ostafrikanische Mission hat bisher nur teils akademisch gebildete Missionare, teils Diakonen hinausgesandt.

Differenz wurde durch Einnahmen auf dem Missionsfelde — 13036 M. — aufgebracht).

Für die **Schleswig-Holsteinische Mission** (Brekum) war das verflossene Jahr ein besonders bedeutungsvolles, weil sie in ihm mit in die Reihe der Missionsgesellschaften eingetreten ist, die in den deutschen Kolonien arbeiten. Das von ihr in Deutsch-Ostafrika erwählte Arbeitsfeld ist die Landschaft Uha im Zwischen-seengebiet in der Nachbarschaft von Ruanda (s. o.). Eine erste Station ist dort in Kassulo angelegt, zu einer zweiten ist in Kigoma am Tanganjika-See nördlich von Udschidschi der Platz ausgesucht. Von dem Stand der Arbeit auf dem bisherigen Arbeitsfelde in Indien konnte der eben von dort heimgekehrte Missionsinspektor Pastor Bracker auf dem Jahresfeste ein hoffnungsvolles Bild entwerfen. Dies indische Missionsfeld besteht aus zwei zwar aneinandergrenzenden, aber doch grundverschiedenen Gebieten, das eine noch recht wenig fruchtbare unter den Telugu an der Küste, das andere in dem dahinterliegenden Fürstentum Dscheipur von desto größerer Fruchtbarkeit. Auf beiden sind 13 Hauptstationen mit 115 Nebenstationen im Betrieb; 26 Missionaren und 7 Schwestern stehen 135 eingeborene Mitarbeiter zur Seite. Die Zahl der Heidenchristen ist von 11556 auf 12708 gestiegen. Eine Schar von 4920 Taufbewerbern lassen auf weiteren Zuwachs hoffen. In 72 Schulen wurden 2000 Schüler und Schülerinnen unterrichtet. Die Jahresrechnung hat sowohl pro 1911 als auch, wie bereits mitgeteilt werden konnte, pro 1912 ohne Defizit abgeschlossen werden können. Einen schmerzlichen Verlust erfuhr die Mission durch den Tod des Generalsuperintendenten *D. Wallroth*, der seit 1901 ihr erster Vorsitzender gewesen war, und dessen warmer Eifer ihr viele treue Dienste geleistet hat. In früheren Jahren ist *D. Wallroth* auch literarisch für die Mission tätig gewesen und hat manchen gediegenen Beitrag für die Allgemeine Missionszeitschrift geliefert.

Gleich der Schleswig-Holsteinischen Mission hat im letzten Jahre die **Neukirchner Missionsanstalt** ein Arbeitsfeld in den deutschen Kolonien besetzt. Schon zu Anfang der deutschen Kolonialära hat sie das in Absicht gehabt. Sie ging damals in das Sultanat Witu und zum Pokomovolk am Tanafuß. Aber dies Gebiet wurde dann England zugesprochen. Die Pokomomission hat soeben ihr 25. Jahr hinter sich (September 1912), wobei sie mit dankbarer Freude auf den in dieser Spanne Zeit vor sich gegangenen Wandel im Volk, auf den großen Unterschied zwischen dem Einst und Jetzt blicken kann. Allerlei neue Aufgaben warten dort ihrer Lösung. Das neue Arbeitsfeld ist die Landschaft Urundi, zwischen den Gebieten der Deutsch-ostafrikanischen und Schleswig-Holsteinischen Mission; in schneller Folge sind dort 3 Stationen begründet. Das älteste Arbeitsfeld von Neukirchen ist Java, wo die Arbeit ohne besonders hervortretende Ereignisse ihren Gang still weitergegangen ist.

Nachstehend die Statistik über die beiden älteren Felder.

Arbeitsfelder	Hauptstationen	Nebenstationen	Missionare	Schwester	Ordinierte Pastoren	Eingeborne Gehilfen	Gemeinglieder	Schulen	Schüler
Java	11	26	13	3		62	1634		1363
Britisch Ostafrika	5	8	10	1		12	382		381
	16	34	23	4		74	2016	40	1744

Mit den Missionaren in der neuen Mission und den auf Urlaub befindlichen erhöht sich deren Zahl auf 31, die der Schwestern auf 6.

Die **Neuendettelsauer Mission** hat in Kaiserwilhemsland eine sich fröhlich entwickelnde, von Jahr zu Jahr neue Knospen ansetzende und immer reichere Frucht bringende Mission. Auf 16 Missionsstationen und einer Pflanzungsstation sind 2944 Christen gesammelt, davon im Jahre 1911 aus den Heiden getauft 339, Christenkinder 139. Taufbewerber wurden 460 gezählt, sogenannte Vorkatechumenen 978, dazu 1006 Schüler. Der Arbeiterstab ist stattlich gewachsen; er besteht aus 26 Missionaren, 9 Laienbrüdern, 2 Missionsschwester und 27 eingeborenen Helfern. Die Christen brachten an Kollekten 1320,30 M. auf. Außerdem wird in Australien an zwei Plätzen unter dem aussterbenden Volk der Australneger gearbeitet: in Neu-Hermannsburg tief im Innern und auf Hope Valley in Queensland: eine unendliche Geduld erfordernde und äußerst bescheidenen Erfolg zeitigende Arbeit. — In der heimatischen Missionsleitung ist es für praktisch erfunden, dem bisherigen Inspektor (Deinzer) den Titel „Missionsdirektor“ und seinen beiden Gehilfen (Steck und Zahn) den Titel „Missionsinspektor“ beizulegen. Inspektor Steck widmet sich hauptsächlich der Werbearbeit, Inspektor Zahn dem Unterricht der Missionszöglinge. Leider gehört auch die Neuendettelsauer Mission zu den Gesellschaften, die mit einem Defizit zu tun haben; glücklicherweise ist es nur klein, 5723 M.

Die Mission der **Hannoverschen evangel.-luther. Freikirche**, deren Arbeitsfelder im Betschuanen- und Sululande liegen, leidet, wie ganz Südafrika, noch immer unter den Nachwirkungen des Burenkrieges und den Einflüssen der eindringenden europäischen Kultur. Dadurch sind bei den Eingeborenen unerfüllbare Hoffnungen und Wünsche erweckt, die Achtung vor den Weißen vermindert, die Zügellosigkeit vermehrt. Zwar haben die Äthiopier in den Gemeinden der Freikirche bisher keine nennenswerten Erfolge gehabt; aber Begehrlichkeit und Mißtrauen gegen die Missionare schlagen in den Herzen vieler Christen heimlich Wurzel. So mußte das Ansuchen von zwei sonst recht tüchtigen Katecheten, zu

Pastoren ordiniert zu werden, abgelehnt werden, konnten sie doch den dazu gesetzlich notwendigen Befähigungsnachweis nicht erbringen. Einen Überblick über den jetzigen Bestand gewähren folgende Zahlen: auf 8 Stationen arbeiten 10 Missionare. Diese haben 153 Heiden getauft, so daß die Zahl aller Gemeindeglieder auf 5552 angewachsen ist. Die Einnahmen sind von 39 000 M. auf 37 000 M. zurückgegangen.

Der **Allgemeine Evangelisch-protestantische Missionsverein** arbeitet mit 2 Missionaren, 4 japanischen Pastoren, 4 Evangelisten und 4 Evangelistinnen auf Japan. An neun Orten sind kleine Christengemeinden gesammelt; an zwölf weiteren werden Versammlungen gehalten. Die Zahl der Erwachsenen-Taufen betrug 28, die Zahl der Gemeindeglieder beträgt 333. Außerdem sind 49 Taufbewerber vorhanden. Der Tod zweier japanischer Pastoren war ein harter Verlust. In China (Tsingtau und Shanghai) standen 3 Missionare, 1 Missionsarzt, 3 Schwestern, unterstützt von 26 chinesischen Mitarbeitern. Von Gemeindebildung absehend, arbeitet man auch nicht direkt auf Taufen von Chinesen hin, sondern beschränkt sich wesentlich auf Schularbeit und ärztliche Mission. Der ersteren dienen ein Seminar für Jünglinge (130 Schüler) und eine höhere Mädchenanstalt. In beiden wird nicht direkt christlicher Religionsunterricht erteilt, man glaubt sich mehr von der mittelbaren Beeinflussung versprechen zu sollen, welche durch den christlichen Geist geübt wird, in dem alle andern Fächer gelehrt werden. Da dies Fehlen von Religionsunterricht in Missionsanstalten von manchen Seiten beanstandet wurde, rechtfertigte Missionsinspektor Lic. Witte dies Erfahren mit dem Hinweis auf die Praxis in manchen englischen und amerikanischen Missionschulen. Bei Gelegenheit dieser Kontroverse sprach er auch die Bitte aus, daß man den protestantischen Missionsverein seine eigene Wege möchte gehen lassen, jedenfalls aber bei der Polemik alle Gehässigkeit vermeiden möchte. Das ist immerhin beherzigenswert, in der öffentlichen Kritik ist Mäßigung und Billigkeit nicht nur Christenpflicht, sondern auch für beide Teile nur segensreich. Mittelpunkt der ärztlichen Mission ist das Faberhospital mit einem von einem chinesischen Arzt geleiteten Zweighospital in Kaumi. Allgemeines Bedauern erregte der Tod des Missionsarztes Dr. Wunsch, der, ein Opfer seines Berufes, von der Pest dahingerafft wurde.

Die **Liebenzeller Mission** ist das Werk württembergischer Gemeinschaftskreise; man arbeitet in China im Anschluß an die englische China-Inland-Mission, in der Hauptsache nach ihren Grundsätzen. Das ihr von dieser zugewiesene Feld ist die Provinz Hunan. Anfangs 1912 standen dort auf 6 Hauptstationen (mit ebensoviel Nebenstationen) 15 Missionare und 1 Missionsarzt, sowie 17 Schwestern, die gerade auf Urlaub befindlichen eingeschlossen. 12 Evangelisten, 5 Lehrer, 2 Kolporteure und 5 Bibelfrauen bildeten den chinesischen Arbeiterstab. Etliche Stationen mußten während

der Revolutionsunruhen geräumt werden, wie auch die ganze Arbeit während des größten Teils des Jahres dadurch in Mitleidenschaft gezogen wurde. Taufen fanden nur 11 statt. Gemeindeglieder waren 119 vorhanden. 4 Tagesschulen wurden von 66 Schülern und Schülerinnen besucht. Eine Mädchenanstalt hatte 7, eine Frauenschule 9 und eine Blindenschule 10 Zöglinge. — In Verbindung mit dem Jugendbund für entschiedenes Christentum wird eine Missionsarbeit auf den Karolinen getan. Sie stand im Berichtsjahre besonders unter der Einwirkung von drei Faktoren, den Nachwirkungen des Jokoits-Aufstandes, den Segensspuren einer von Ponape ausgegangenen Erweckungswelle und dem Vordringen der Katholiken. Auf diesem Arbeitsfelde, aus Ponape und der Trukgruppe bestehend, sind 4 Hauptstationen mit 35 Nebenstationen. Sie werden von 5 Missionaren, 1 Gehilfen und 4 Schwestern sowie 37 eingeborenen Gehilfen bedient. Zu ihnen gehören 2744 Gemeindeglieder. Getauft wurden 123. Schulen waren 35 (davon 6 Kostschulen) mit 1585 Schülern und Schülerinnen vorhanden. Um die Leitung der Südseemission zu übernehmen, ist im Februar 1913 Pfarrer Uhlig dahin gegangen; er wird seinen Wohnsitz vorläufig in Ponape nehmen.

Die **China-Allianz-Mission** (Barmen), ebenfalls an die China-Inland-Mission angeschlossen, hat ihre Arbeitsfelder in den beiden Provinzen Tschekiang und Kiangsi, in deren jeder 5 Stationen besetzt gehalten werden. Die Arbeiterschar setzt sich aus 15 Missionaren, 21 Schwestern und 37 ordinierten (?) chinesischen Pastoren sowie 74 andern Helfern zusammen. Die Zahl der Gemeindeglieder betrug Ende 1911 867, Ende 1912 1078 Seelen. 23 Schulen hatten 303 Schüler. Im Herbst v. J. hat Herr Polnick, der Leiter dieser Mission, eine Reise nach China angetreten, um die Mission zu visitieren.

Nur eine kleine Missionsunternehmung stellt die **Kieler China Mission** dar; von ihr ist nichts von Belang mitzuteilen. Sie hat 2 Stationen in Südchina mit 2 Laienmissionaren und 1 Schwester besetzt, in deren Pflege sich 160 Gemeindeglieder und 130 Schüler befinden; dabei helfen 10 chinesische Mitarbeiter.

Ebenfalls eine kleine China Mission ist die **Pilgermission von St. Chrischona**, gleich der Barmer und Liebenzeller ein Zweig der China-Inland-Mission. Ihre 3 Stationen, von 4 Missionaren und 4 Schwestern besetzt — auf der einen standen nur 2 Schwestern! — liegen in der Provinz Kiangsi in der Nachbarschaft der China-Allianz-Mission. Ihre Jahreseinnahme betrug nur 6515 M., die Ausgabe 9076.

Die **Missionsgesellschaft der deutschen Baptisten** hat wohl nur eine kleine Kraft, leistet aber damit recht Achtenswertes. Ihre Einnahme stieg von 122 632 M. im Jahre 1910 auf 176 351 M. im Rechnungsjahre 1911. Die Steigerung wird vornehmlich durch die besonderen Liebesgaben hervorgerufen sein, welche für die Errichtung eines schönen Missions-Erholungs- und Kinderheims gegeben sind. Es wurde im Frühjahr 1912 in Neu-Ruppin eingeweiht. Zur

Entlastung des Missionsinspektors Mascher wurde Missionar Stüvern, nachdem er sich 18 Jahre auf dem Missionsfelde reiche Erfahrungen gesammelt hatte, zum stellvertretenden Inspektor bestellt. Vom Missionsfelde (Kamerun) liefen das ganze Jahr hindurch immer wieder gute Nachrichten ein. 326 Taufen wurden vollzogen. Die Gemeinden zählten 2947 Glieder, die Schulen (13) 303 Schüler. Zu 5 Hauptstationen kam eine 6. hinzu. 16 Missionare mit 6 Schwestern und 6 ordinierte Pastoren und 57 andere Gehilfen standen in der Arbeit.

Die **Sudan Pionier-Mission** hat in dem greisen Pastor Ziemendorff, † am 28. Februar 1912, seinen Vorsitzenden verloren. Er starb auf der Visitationsreise in Fairhaven (Ägypten). Ein Ersatz für ihn ist noch nicht gefunden. Im Winter 1912 ging der stellvertretende Vorsitzende Pastor Mockert in Frankfurt a. M. nach Ägypten und weihte am 27. Januar, am Kaisersgeburtstag, das schöne, neue Missionskrankenhaus in Assuan ein, nach welchem sich der dortige Missionsarzt als einer unerläßlichen Bedingung für seine nutzbringende Tätigkeit lange gesehnt hatte. Nachdem im Jahre 1911 in Edfu ein neuer Posten besetzt war, hat die Mission dort 3 Arbeitszentren, auf denen 2 Missionare, 1 Arzt und 6 Schwestern durch Verkündigung des Evangeliums, Schultätigkeit (160 Schüler und Schülerinnen) und Übung christlicher Barmherzigkeit unter einer mohammedanischen Bevölkerung zu wirken sich angelegen sein lassen.

Die **Deutsche Orientmission** hat bei ihrer Tätigkeit sowohl auf der Balkanhalbinsel als auch im fernen Armenien die Wirkungen des Balkankrieges als störendes Hemmnis nur zu sehr zu empfinden bekommen. Philippopel in Bulgarien, Wirkungsstätte von Johannes Awetaranian und Stätte der Missionsbuchdruckerei, ist unmittelbar vielfach in die Kriegsunruhen hineingezogen gewesen. Und in Armenien herrschte infolge des erregten Fanatismus der Mohammedaner eine überaus gespannte Stimmung. Gottlob ist es bisher nicht zu einer Explosion gekommen. In Urfa, das demnächst Station der Bagdadbahn werden wird, möchte man gern ein angemessenes Missionshospital errichten, da das jetzige, armselige Gebäude in keiner Weise auch nur den bescheidensten Ansprüchen gerecht zu werden vermag. An die Freunde der Orientmission ist ein Aufruf um Gaben für diesen Zweck ergangen. Erweisung ärztlicher Hilfe ist ja zur Zeit noch eins der wichtigsten Mittel, um das Vertrauen der Mohammedaner zu gewinnen. Auch ist zu erwarten, daß die Bagdadbahn manchen kranken Deutschen in das Missionshospital führen wird, der es dann als eine große Wohltat dankbar empfinden wird. — Missionsdirektor Dr. Römer hat sein Direktorat niedergelegt und ist in ein Pfarramt eingetreten; dem Kuratorium gehört er aber nach wie vor noch an.

Der **Deutsche Hilfsbund für christliches Liebeswerk im Orient** (Direktor Pastor Lohmann) wird in unserer Missionsstatistik

noch nicht aufgeführt, wird aber künftig aufzunehmen sein. Denn nachdem er seine Wirksamkeit bisher auf Liebesarbeiten unter den Armeniern beschränkt hatte, hat er im Januar 1913 zwei wichtige Beschlüsse gefaßt, nach denen er fortan auch direkt missionarische Arbeit treiben wird. Erstlich soll in Aleppo (Syrien) Missionsarbeit unter jungen Männern — Arabern, Armeniern und Ausländern — begonnen werden. Zweitens wurde einstimmig beschlossen, in Adamaua (Nordkamerun) eine neue Mission zu beginnen. Da die Bevölkerung Adamauas zum großen Teil islamisch ist, wird die Arbeit dementsprechend mehr oder weniger Mohammedanermision werden. Adamaua ist bisher völlig missionslos, allerdings war auch der Zutritt dahin von der Kolonialregierung wegen der Unsicherheit der dort herrschenden Verhältnisse noch nicht freigegeben. Es ist freudigst zu begrüßen, daß nun auch dort in unserer westlichen Kolonie dem Vordringen des Islam ein Damm entgegen- geworfen werden soll. — In Uchtenhagen (Pommern) hat der Hilfsbund kürzlich ein neues Brüderhaus erstellt.

Der **Jerusalemsverein**, der hier nur mit seiner missionarischen bzw. evangelistischen Tätigkeit in Betracht kommt, unterhält im Heiligen Lande 3 Stationen, Jerusalem, Bethlehem und Betdjala; auf der ersten und letzten stehen arabische Prediger, auf der zweiten ein deutscher Pfarrer. Auf 2 kleineren Posten sind Evangelisten stationiert. 8 Knaben- und Mädchenschulen und 1 armenisches Waisenhaus sind im Betrieb, in dem 2 deutsche Lehrer, 2 Diakonissen, 1 Hausvater und etwa 20 eingeborene Lehrkräfte tätig sind. Die Jahresrechnung pro 1911 schloß leider mit 13 226 M. Fehlbetrag.

Der **Frauenverein für christliche Bildung des weiblichen Geschlechts im Morgenlande** berief vom 1. Oktober 1912 ab provisorisch die Gräfin von der Goltz zur Leitung des Missionsheims, in dem z. Zt. 5 Missionsaspirantinnen unterrichtet werden. Praktisch eingeführt werden sie in die Missionsarbeit durch Hinzuziehung zu verschiedenen Werken der Inneren Mission in Berlin. Von den 11 aktiven Schwestern arbeiten 3 im Dienst der Goßnerschen Mission in Indien und 5 in dem der Berliner in China; 3 befinden sich auf Erholungsurlaub in der Heimat.

Der **Berliner Frauen-Missionsverein für China** hat in seinem Findelhause zu Hongkong 130 Chinesenkinder in Pflege. Der Arbeiterstab dieses Hauses besteht aus einem deutschen Pastor und 3 Schwestern.

Die **Adventisten vom siebenten Tage** (Europäische Abteilung, Sitz Hamburg) haben seit etlichen Jahren in Ostafrika eine Missionsarbeit begonnen. In Südpere (Deutsch-Ostafrika, südlich vom Kilimandscharo) haben sie bisher 5 Stationen angelegt, auf denen nach dem Missionsbericht von 1912 158 Christen gewonnen sind. Dann haben sie sich auch am Viktoriasee festgesetzt und auf britischem Gebiet 2, auf deutschem (seit 1909) 5 Stationen gegründet; auf

ersteren sind bis jetzt 16, auf letzteren 2 eingeborene Christen. Missionare sind 15 vorhanden, 3 ordinierte, 1 Arzt, 11 Laien; dazu 1 Schwester. Auch 21 eingeborene Gehilfen werden aufgeführt. Schüler werden 1304 (in 19 Schulen) angegeben.

Die **Deutsche Blindenmission** (Hildesheim) unterhält in Kaulun bei Hongkong das Heim für blinde Chinesenmädchen Tsaukwong (Kommt zum Licht). Zwei Zweiganstalten befinden sich in Schintschau und Kayintschu. Von 7 Schwestern, die von etlichen chinesischen Gehilfinnen unterstützt werden, werden 123 solcher unglücklichen Kinder gepflegt.

Das **Deutsche Institut für ärztliche Mission in Tübingen** hat seit seiner Eröffnung 52 Mediziner aufgenommen, von denen 5 im verfloßenen Jahr ihr Staatsexamen bestanden haben. Neben einer vollständigen medizinischen Ausbildung für Missionsärzte will die Anstalt auch Missionaren eine Ausbildung von bescheidenerem Umfange vermitteln. Solcher medizinisch ausgebildeten Missionare stehen schon 12 draußen in praktischer Arbeit, 7 in deutschen Kolonien, 5 auf andern deutschen Missionsfeldern. Daß die Heranbildung von Missionsschwestern zu tüchtigen Krankenpflegerinnen und Hebammen eine wichtige Aufgabe des Instituts ist, geht daraus hervor, daß schon 45 Schwestern in ihm solche Ausbildung gesucht und empfangen haben. Der hochnötige Neubau der Heilstätte für Tropenranke hat aus Mangel an Mitteln zurückgestellt werden müssen.

Das **Syrische Waisenhaus zu Jerusalem** hat seine verschiedenen Anstalten in gewohnter Weise weitergeführt. Neu hinzugekommen ist ein Kleinkinderheim in Jerusalem und ein Lehrlingsheim; die industriellen Anlagen zur beruflichen Ausbildung der Zöglinge haben Erweiterungen erfahren. Aus Mangel an Raum und Mitteln kann das Syrische Waisenhaus von den sich Meldenden immer nur einen kleinen Teil, die Bedürftigsten, aufnehmen, 1912 von 300 nur 50. Der Bau der Zweiganstalt in Nazareth läßt noch auf sich warten, da wegen der unruhigen Kriegszeit aus Konstantinopel nicht der erforderliche Firman zu erhalten war.

II.

Der Chronik über die Gesellschaften und Anstalten folge ein Bericht über die sonstigen bedeutenderen Vorgänge in dem **heimatlichen deutschen Missionsleben**. Von den mannigfaltigen Missionstagungen, welche das Jahr in reichem Maße gebracht hat, können nur die hauptsächlichsten registriert werden. In der Woche nach Quasimodo fand in üblicher Weise in Berlin der Pastorenlehrrkursus statt. Gemeinsam von der Berliner und Goßnerschen Mission und den ostdeutschen Missionskonferenzen veranstaltet, wird er aus allen deren Heimatgebieten beschickt. Auch im letzten Jahre hatten sich wieder ca. 80 Pastoren, vermehrt um 20 Kandidaten aus dem Berliner Domkandidatenstift, unter Leitung von

D. Jul. Richter vereinigt, um sich in die verschiedensten wichtigsten Missionsprobleme einführen zu lassen und sie dann zu erörtern. Seit 20 Jahren bestehend, sind durch diesen Kursus nun schon gegen 800 Pastoren hindurchgegangen: wieviel Missionskenntnis und -verständnis ist dadurch gepflanzt worden! Der im Vorjahre zum ersten Male gemachte Versuch, auch einmal die Oberlehrer zu einem Missionslehrkursus einzuladen, wurde, nachdem er in deren Kreisen einen so lebhaften Beifall gefunden hatte, wiederholt. Ein solcher 2. Kursus wurde also im Oktober 1912, besucht von 41 Angehörigen des höheren Lehrerstandes, Herren und Damen sowie einigen Hospitanten, in Berlin abgehalten. Die Darbietungen waren reichhaltig und gediegen. Es seien nur erwähnt die Vorträge von Inspektor Knak, „Die Deutschen Missionsgesellschaften und die Gestaltung des heimatlichen Missionslebens,“ in dem er die Entwicklung der Missionssache in ihren verschiedenen Perioden darstellte, wie sie zu der Eigenart der einzelnen Gesellschaften geführt und wie dadurch die Mission allgemach von der Einzelbekehrung auf die Bildung von Volkskirchen gewiesen sei; sodann Inspektor Wildes Vortrag über „Zwei Epochen südafrikanischer Missionsarbeit“, die erste die Geschichte ländlicher Missionsarbeit, die zweite in der Gegenwart die überaus schwierige Missionierung der Farbigen in den großen Industriezentren, diesen Sammelplätzen sozialen und sittlichen Elends. Interessant waren die Darbietungen von Prof. *D. Meinhof-Hamburg*, „Ein Blick in die sprachliche Arbeit eines afrikanischen Missionars“ und „Das Opfer im Kultus der Afrikaner“, sowie von Prof. Westermann, „Die Nilotischen Völker“. Einen kirchengeschichtlichen Beitrag lieferte Professor Zscharnack, „Der Missionsgedanke in Orthodoxie, Pietismus und Aufklärung“. Einzelbilder aus der Mission wurden in großer Mannigfaltigkeit geboten: Missionsdirektor Kausch, „Die Taufe in der indischen Mission,“ Inspektor Roterberg, „Der Missionar an der Arbeit,“ Direktor *D. Gensichen*, „Aus der Arbeit der Missionschule,“ Missionar Lutschewitz, „Aus der Arbeit des Chinamissionars,“ Inspektor Lic. Witte, „Arbeit an der chinesisch-japanischen Kulturwelt,“ Prof. Westermann, „Der Islam im West- und Zentralsudan“. Daneben wurden selbstverständlich auch pädagogische Fragen behandelt.

Von den regelmäßigen jährlichen Missionskonferenzen der einzelnen Provinzen bzw. Länder sei erstlich gedacht der Konferenz im Königreich Sachsen: sie hielt ihre 25. Tagung ab. Mit ca. 2000 Mitgliedern hat sie die Führung unter diesen Veranstaltungen. Sie hat nicht nur im Königreich Sachsen viel zur Belebung des Missionsinteresses beigetragen, sondern über dessen Grenzen hinaus manche fruchtbaren Anregungen gegeben. Das von ihr jährlich veröffentlichte Jahrbuch steht unter den regelmäßigen Missionspublikationen an erster Stelle. Sodann ist durch sie die Preßkorrespondenz zur Versorgung der Zeitungspressen mit

Missionsnachrichten und zur missionsfreundlichen Beeinflussung derselben ins Leben gerufen (ein nützliches und nötiges Unternehmen!).¹⁾ Der indischen Mission hat die Konferenz einen großen Dienst durch ihr Preisausschreiben nach „einer Darstellung der religiösen und philosophischen Grundanschauungen der Inder nach den Veden, Upanischads und der brahmanischen Philosophie und einer Beurteilung derselben vom christlichen Standpunkt“ geleistet. Die Frucht dieses Ausschreibens war Missionar Dilgers treffliche Schrift „Die Erlösung des Menschen nach Hinduismus und Christentum“, Basel 1902, eine Schrift, die, um sie gebildeten Indern zugänglich zu machen, auch ins Englische übersetzt ist. — Die Missionskonferenz der Provinz Sachsen (nächst der eben genannten mit 1872 Mitgliedern die zweitgrößte und durch ihre erstklassigen Darbietungen Teilnehmer auch von weiterher anziehend) gestaltet ihr reichhaltiges Programm immer noch mehr aus. So wurde auf der Tagung von 1912 eine Konferenz für religionswissenschaftliches Studium hinzugefügt (Vortrag: D. Spieth, „Die Religionsforschung im Dienst der Mission“, vgl. Warneck, Allg. Miss.-Ztschr. 1912, S. 249 ff.). Auch diese neue Konferenz wird eine stehende Einrichtung bleiben. Im Jahre 1913 ist wieder eine besondere „Versammlung für Laien“ angegliedert, um dadurch den Andrang zu der mehr für Theologen bestimmten Hauptversammlung etwas abzuschwächen. Auf dieser Laienversammlung sprach u. a. der Oberpräsident der Provinz Sachsen, von Hegel; einen trefflichen Vortrag hielt der Großkaufmann Schlunk aus Bremen, über „Welthandel und Weltmission“. Weiter wurden im Anschluß an die Missionskonferenz besondere Versammlungen für die Freunde der ärztlichen Mission und für die Frauenmission geboten. — Die Pommersche Missionskonferenz hat eine Preisaufgabe ausgeschrieben: „Der Missionsgedanke in der evangelischen Dogmatik vom Anfang des Pietismus bis Schleiermacher einschließlich.“ Die Bewerbung steht allen Studenten und Kandidaten, die die erste theologische Prüfung noch nicht abgelegt haben, offen. Bis 1. Januar 1914. — Eine neue Missionskonferenz, die 23. (die 22. war die im Jahre 1911 ins Leben getretene westfälische), hat sich in Stuttgart für das Königreich Württemberg konstituiert. In diesem alten Missionslande bestanden bisher wohl verschiedene Gaukonferenzen und eine Landeskonferenz, wodurch die Basler Mission die Verbindung mit ihrem Unterstützungsgebiet pflegte. Allgemeine Zwecke und Aufgaben, wie Beeinflussung der Presse, Abhaltung von Missionskursen, Beschickung von größeren Versammlungen usw. pflegte nur die Horber Konferenz. Es fehlte so an einer eigentlichen Zentralinstanz für das württembergische

¹⁾ Jetzt herausgegeben von Pfarrer Fricke, Mühlhausen i. Thür. „Neue Nachrichten aus der Heidenmission.“ 1 M. Für Mitglieder von Missionskonferenzen gratis.

Missionsleben. Auch regte sich, und zwar gerade auch bei den warmen Freunden der Basler Mission der Wunsch nach einer Konferenz, die das Missionsinteresse in ganz Württemberg, vor allem unter dem Pfarrerstande, und auf breiterer Grundlage als nur der Basler Mission zu pflegen hätte. Unter überaus zahlreicher Beteiligung der Pfarrer — auch die Oberkirchenbehörde und die Tübinger theologische Fakultät waren vertreten — wurde der Plan in der Pfingstwoche verwirklicht. Die Verbindung mit Basel wurde im Statut der neuen Konferenz durch die Bestimmung gesichert, daß in dem 12gliedrigen Vorstand 3 vom Landesausschuß der Basler Mission ernannte Mitglieder sitzen; ferner soll im Vorstande die Brüdergemeinde, welche in Württemberg auch viele Freunde hat, durch einen Vertreter repräsentiert sein. Von deutschen Landen sind jetzt nur noch Baden und Elsaß-Lothringen ohne solche Missionskonferenzen. Die Zahl der Mitglieder der sämtlichen Konferenzen beträgt (nach einer tabellarischen Übersicht von Pastor Heydrich im Jahrbuch der Missionskonferenz für das Königreich Sachsen) 15 229, davon 11 717 Pfarrer und 3512 Laien.

Im Oktober (14.—19.) rief Herrnhut 288 Teilnehmer aus allen Gauen Deutschlands zur 5. Herrnhuter Missionswoche zusammen. Die vier vollen Konferenztage waren ausgefüllt mit je zwei Hauptvorträgen am Vor- und Nachmittag mit nachfolgender Diskussion und mit einem Abendvortrag; in der Morgenandacht redete jedesmal ein Vertreter der Brüdergemeinde. Pastor Simon, Bethel, führte in einem Vortrage „Mission und Religionswissenschaft“ aus, wie einerseits heute der Missionar der Religionswissenschaft für das, was sie ihn lehrt, zu Dank verpflichtet ist, und er religionswissenschaftliche Studien gar nicht mehr entbehren kann, andererseits aber auch, wie die Mission der Religionswissenschaft immer wieder reiches und wertvolles Material liefert (vgl. übrigens den Vortrag von Spieth auf der Halleschen Missionskonferenz!). Inspektor Schlunk, Bremen, sprach über „Missionspolitik und Verkehrsstraßen“. Pfarrer Schlatter, St. Gallen, beleuchtete „einige Gegenwartsfragen der Mission in China“, die Selbständigkeitsbestrebungen innerhalb der chinesischen Christengemeinden mit den daraus sich ergebenden schwierigen Fragen und zweitens das neuerwachte chinesische Bildungsstreben mit den für die Mission daraus erwachsenden großen Schulaufgaben herausgreifend. Sehr interessante Mitteilungen über das Verhältnis von deutsch-evangelischer Auslanddiaspora und Mission gab Prof. D. Mirbt; da ein besonderes Kapitel dieses Buches über die Auslanddiaspora handelt, erübrigt es sich, hier darauf einzugehen. Über die Missionsstudienbewegung referierte Lic. Göters; hierüber erstatten wir an anderer Stelle Bericht. Einige Missionare erzählten anschaulich aus ihrer Wirksamkeit, Missions-Sup. Leuschner aus China, Missionar Müller aus der Leipziger Dschaggamission am Kilimandscharo und Missionar Hoffmann, Barmen, von der 25jähr. Geduldsarbeit in Kaiserwilhelmsland.

Auch abgesehen von allen diesen Lehrkursen und dahin gehörigen Veranstaltungen mehren sich in Deutschland die Gelegenheiten zu gründlichem Missionsstudium in beachtenswerter Weise. Der Vorstand der theologischen Schule zu Bethel hat einen besonderen Lehrstuhl für Mission errichtet, welcher die dreifache Aufgabe haben soll: 1. alle Studierenden in Bethel mit der Reichsgottessache der Mission bekannt zu machen, 2. besonders Interessierte im einzelnen zu fördern und 3. an den deutschen Hochschulen für das deutsche Missionsstudium zu werben. Fundiert ist der Lehrstuhl vom Ausschuß der deutschen Missionen, der darum den Dozenten in Gemeinschaft mit dem Vorstand der theologischen Schule beruft. Daß der Posten inzwischen mit dem Missionsinspektor *D. Warneck* besetzt ist, ist schon oben mitgeteilt (vgl. Rheinische Mission). Auch ist da schon von dem Missionskonvikt die Rede gewesen, welches dazu geeigneten Missionaren Gelegenheit zu wissenschaftlichem Studium bieten soll (vgl. Deutsch-ostafrikanische Mission). Der Leiter des Konvikts, Pastor Simon, gibt ein neues Blatt, „Missionspädagogische Blätter“ (2 monatlich), heraus,¹⁾ die die Mission vor allem der Lehrerwelt nahebringen möchte. — An der Berliner Universität hat sich *D. Jul. Richter* habilitiert (Habilitationsschrift „Weltmission und theologische Arbeit“); er wird seine Vorlesungen über Mission im Sommersemester 1913 beginnen. Finanziert ist seine dortige Stellung zur Hälfte durch den Ausschuß der deutschen Missionen und durch den Laienmissionsbund. Dafür hat er neben seinen Universitätsvorlesungen erstlich als Sekretär des Missionsausschusses dessen Geschäfte mit den außerdeutschen evangelischen Missionsgesellschaften zu versehen und zweitens die Laien-Missionssache in Deutschland zu pflegen und zu fördern. — Daß der von der Leipziger Universität zum ordentlichen Professor für Missionskunde ernannte Missionsdirektor *D. Paul* im Sommer 1912 seine erste Missionsvorlesung gehalten hat, war schon in anderem Zusammenhange (vgl. Leipziger Mission) mitgeteilt. Endlich ist dem Prof. *D. Mirbt*, der von Marburg nach Göttingen berufen ist, damit zugleich der offizielle Auftrag erteilt, Vorlesungen über Missionsgeschichte zu halten. Das Orientalische Seminar zu Berlin und das Kolonialinstitut zu Hamburg werden in steigender Zahl von angehenden Missionaren besucht, die dort die beste Gelegenheit finden, afrikanische und andere Sprachen und sonstige für sie wichtige Fächer zu studieren.

Erfreuliche Fortschritte macht die Sache der Missionsstudienkränzchen, oder wie man jetzt lieber dafür sagt der Missionsstudienkreise, die bekanntlich besonders zur Weckung von Missions-

¹⁾ Mit ähnlicher Tendenz erscheint in der Schweiz seit Oktober 1912, herausgegeben vom Lehrermisionsbund der deutschen Schweiz (O. Kägi) „Mission und Schule“, vgl. Weichert, „Der Lehrermisionsbund“!

liebe und Verbreitung von Missionskenntnissen unter der heranwachsenden und erwachsenen Jugend dienen sollen. Die rührige, vom Deutschen Missionsausschusse eingesetzte Missionsstudienkommission arrangierte im August, im Anschluß an die Wernigeröder allgemeine christliche Studentenkonferenz zu Benneckenstein (i. Harz), erstmalig eine sogenannte „Missions-Sommerschule“, wie solche in England und Amerika seit Jahren sich der größten Beliebtheit erfreuen. Die Vorbereitungen waren mit Umsicht und Liebe wie von der Kommission so von den lokalen Instanzen getroffen. Die Teilnahme war auf Studenten und Studentinnen beschränkt. Der Kursus verlief in einer überaus erquicklichen Weise; die 52 Teilnehmer — darunter einige Ausländer, Schweden, Österreicher, Holländer, Schweizer — waren mit einem aner kennenswerten Eifer bei der Sache. Die Hauptarbeit wurde von D. Jul. Richter und Inspektor Knak geleistet, denen eine Reihe weiterer missionskundiger Leute wie Prof. D. Meinhof, Pfarrer Müller, Büttner, Koschade, Strümpfel, P. Richter und Missionare Leuschner, Müller, Hoffmann, Hall mit Vorträgen halfen. Dr. John Motts Buch „Die Entscheidungsstunde der Weltmission“ bildete das Rückgrat der Verhandlungen. Die Diskussionen gestalteten sich lebhaft und anregend; einige Musterkurse dienten zur Illustration. Ein schönes Missionsfest an dem zwischen den Konferenztagen liegenden Sonntage, an dem die Gemeinde Benneckenstein — früher keineswegs missionsinteressiert — freudigen Anteil nahm, bildete einen Höhepunkt. Das Ergebnis des Kursus war wohl bei allen Teilnehmern eine Vertiefung der Missionsimpulse und Erweiterung des missionarischen Gesichtskreises. Die empfangenen Anregungen sind von den Studenten im folgenden Wintersemester alsbald in Taten umgesetzt. So hat der akademische Missionsverein in Tübingen sechs Studienkreise mit je 8—10 Mitgliedern zustande gebracht. In Halle waren's ihrer sogar 10. Desgleichen haben Studienkreise in Königsberg, Greifswald, Göttingen, Berlin, Bonn, Leipzig, Erlangen, weiter in Wiesbaden, Wien, Freiburg und Zürich stattgehabt.

Der Benneckensteiner Sommerschule für Studenten folgten im September eine ähnliche für Sonntagsschullehrer und -lehrerinnen in Wernigerode und anfangs Oktober eine solche für Mitglieder von Christlichen Vereinen junger Männer und von Jünglingsvereinen zu Altenbrak, erstere von Missionsinspektor Knak und Fr. Hedw. Braun, letztere von Missionsinspektor Schlunk und Pastor Büttner geleitet. Wie in Benneckenstein so bildete auch auf ihnen Motts Entscheidungsstunde der Weltmission die Grundlage der Besprechungen. Das praktische Ziel war methodische Heranbildung von jungen Leuten zur Leitung von Missionsstudienkreisen. Das höhere Ziel war, die Verantwortung zu wecken, welche die heutige Weltlage jedem Christen auferlegt. Auch diese beiden Kurse sind zu voller Befriedigung

der Veranstalter wie der Teilnehmer ausgefallen. Die Erkenntnis, daß derartige Sommerschulen ein neues ausgezeichnetes Mittel sind, wurzelechtes Missionsleben zu pflanzen, hat die Missionsstudienkommission bewogen, für das laufende Jahr noch eine größere Zahl solcher Kurse ins Auge zu fassen; festgelegt sind bisher ein Kursus in Krummhübel für Christliche Vereine junger Männer und Jünglingsvereine (2. bis 10. Juni), in Benneckenstein für Studenten (13. bis 21. August), in Polzin für Jünglinge der östlichen Provinzen (22. bis 30. Oktober). Die Kosten stellen sich, da Freiquartier gestellt wird, auf nur 20 M. Fortgesetzt läßt es sich die Missionsstudienkommission auch angelegen sein, zu Missionsstudienkreisen das erforderliche literarische Material an die Hand zu geben. Für diese Zwecke sind bisher erschienen: Steiner, Kamerun als Kolonie und Missionsfeld; Smith, Das neue China; Mott, Die Entscheidungsstunde der Weltmission; Johannsen, Ruanda; Zwemer, Der Islam und Missionslose Länder; Richter, Bannerträger des Evangeliums, 3. Bd. Zu allen diesen Büchern werden als Anleitung „Dispositionen und Schlüssel“ beigegeben. Der Schriftführer der Kommission, Missionsinspektor Schlunk, Hamburg, Blumenau 144, besorgt zu diesen Zwecken die angegebene Literatur wie auch wünschenswerte Bücher zu ihrer Ergänzung zu besonders ermäßigten Preisen. — Werbearbeit für den Missionsgedanken in der deutschen Studentenschaft zu tun, war das treibende Motiv einer vom Ausschuß der Akademischen Missionsvereine im März (6.—12.) inszenierten Studienfahrt nach Hamburg. Aus den 50 Teilnehmern, mit denen man geglaubt hatte, rechnen zu dürfen, wurden mehr als 200 — ein Zeichen, wie glücklich der Gedanke gewesen war. Die Studienfahrt trug zwar nicht ausgesprochen missionarischen Charakter, aber ihr Zweck war, die Teilnehmer, indem man ihre Kenntnis unserer Kolonien, unseres Welthandels und damit unserer Weltstellung erweiterte, die Konsequenz aus unserer Kulturarbeit im Hinblick auf die Mission ziehen zu lassen. Den rechten Kern der ganzen Veranstaltung bildete ein Vortrag von Missionsinspektor Wilde, „Die Bedeutung der Mission für die theologische und Glaubensfrage der Gegenwart,“ von dem die Kommilitonen aller Fakultäten den denkbar tiefsten Eindruck mit wegnahmen.

Noch weitere Regungen des Missionsinteresses innerhalb der Studentenschaft geben zu lebhafter Freude Anlaß. Die Deutschen christlichen Studentenvereinigungen (DCSV.) haben einen eigenen Arbeiter mit dem Auftrage angestellt, die Missionssache unter der deutschen Studentenschaft zu vertreten und besonders den im Vergleich mit Nordamerika und England immer noch kümmerlichen Studentenbund für Mission (SfM.) zu pflegen. Dazu ist Pastor Kieser, früher theologischer Lehrer am Basler Missionsseminar, ausersehen. Er widmet sich in erster Linie den deutschen und schweizerischen Universitäten, daneben auch den nichtakademischen Bildungsstätten wie den niederen theologischen Seminaren

Württembergs und den Lehrerseminaren. In ähnlicher Weise wirkt an norddeutschen Universitäten Pastor Schrenk, Dozent an der Betheler Schule, vordem deutsch-ostafrikanischer Missionsinspektor. Und noch einen zweiten Studentensekretär hat die DCSV. angestellt, Pastor Lic. Siegmund-Schultze, er ist zum Berufsarbeiter für Studenten berufen. Siegmund-Schultze ist Begründer und Leiter des ersten deutschen studentischen Settlement in Berlin. Er soll sich auch insonderheit der in Deutschland studierenden Asiaten annehmen. Nach der Zeitschrift Japan und China, September 1912, studieren jetzt in Deutschland 414 Ostasiaten, von denen 362 Japaner und 52 Chinesen sind. Es ist eine bezeichnende und für deutsche Wissenschaft ehrende Tatsache, daß zwar der Zahl nach weit größere Scharen von Japanern nach Nordamerika und England sich wenden, daß aber die, welche Deutschland aufsuchen, größtenteils der geistigen Elite angehören. Auf Berlin allein kommen 169 Japaner, die übrigen 193 verteilen sich auf 47 deutsche Städte. Es steht zu erwarten, daß, wenn die politischen Verhältnisse Chinas sich einigermaßen geklärt haben werden, der Zug der Chinesen nach Deutschland ein viel regerer werden wird. Welche ernste Verantwortung hat das christliche Deutschland ihnen gegenüber! Der Unterstaatssekretär Dr. Michaelis richtete im Blick darauf auf der vorjährigen brandenburgischen Missionskonferenz eine eindringliche Mahnung an die Versammelten. Auf Grund seiner Beobachtungen während eines vierjährigen Aufenthalts in Japan teilte er mit, daß die Ostasiaten, die in England und Amerika studierten, wenn auch nicht als Christen, so doch mit großer Hochachtung vor dem Christentum in ihre Heimat zurückkehrten, die aber, welche sich ihrer Studien halber in Deutschland und Frankreich aufgehalten hätten, in der Regel als erklärte Atheisten, die sowohl für ihre eigne Religion als auch für die Tätigkeit der Missionare nur ein spöttisches Lächeln übrig hätten. Und diese Männer sind es doch, die alsdann in ihrer Heimat die führenden Stellungen einnehmen. Wie unendlich viel hängt also davon ab, wie sie selbst beeinflußt worden sind!

Die Missionssache in weiteren, nicht zum wenigsten auch in den gebildeteren Kreisen unseres christlichen Volkes, die ihr zum großen Teil aus Unkenntnis bisher noch so gleichgültig oder ablehnend gegenüberstehen, ist Arbeitsziel des Laien-Missionsbundes. Daß D. Jul. Richter von ihm mit engagiert ist, um dafür Propaganda zu machen, hörten wir. Vom 16. Januar bis 15. Februar d. J. hat der Bund, ähnlich wie im vorletzten Winter, in Berlin wieder eine große Vortragsserie über die Weltmission des Christentums veranstaltet, als Redner waren bedeutende Kräfte gewonnen; es wurden fünf Vorträge an fünf aufeinanderfolgenden Donnerstagen geboten: Pastor Sam. Keller machte den Anfang mit einem Vortrage „Das Reich Gottes und die Mission“, Prof. D. Meinhof behandelte das Thema „Das Evangelium und die primitiven Rassen“,

Prof. *D. Haußleiter* sprach über „Die entscheidenden Probleme der Mission in Deutsch-Ostafrika in ihrer Beziehung zur kolonialen Aufgabe“, Prof. *D. Deißmann* über „Ephesus, die Missionszentrale des Apostels Paulus“ und zum Schluß *D. Jul. Richter* über „Die religiöse Krise in der nichtchristlichen Welt und die Mission des Christentums“. — Dieselbe Tendenz verfolgten ein Kolonialmissionstag in Kassel und eine völkerkundliche Ausstellung in Braunschweig. Der Kolonialtag, der zweite seiner Art, fand am 16.—18. Juni statt. Erfreulicherweise ist das Verständnis für eine ersprießliche Arbeitsgemeinschaft zwischen Mission und Kolonisation im Wachstum begriffen. Auch diese Tagung, zu der sich die in Deutsch-Westafrika tätigen Missionsgesellschaften (Basel, Barmen und Bremen) zusammengetan hatten, hat das Ihre dazu beigetragen. Die Beteiligung aus Hessen und den angrenzenden Gebieten war fast über Erwarten groß. Die Studentenschaft von Marburg und Göttingen war durch stattliche Abordnungen vertreten. In Kassel wurde am Sonntag, den 16. Juni, in allen Kirchen Missionsgottesdienst gehalten, in ganz Hessen eine Missionskollekte gesammelt! Die Vorträge der ersten Hauptversammlung wollten den grundsätzlichen Einwendungen gegen die gedeihliche Entwicklung der Mission unter den Afrikanern begegnen, die man wegen ihrer angeblichen Faulheit, Dummheit und Stumpfheit für das Christentum und christliche Moral und Kultur noch immer als ungeeignet ansehen möchte. Das widerlegten drei vorzügliche Vorträge: *Vietor*, Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Afrikaners; Prof. *D. Meinhof*, Die geistige Befähigung des Afrikaners; *D. Spieth*, Die religiöse Veranlagung des Afrikaners. Sie sind bei der Norddeutschen Mission, Bremen, im Druck erschienen. Die zweite Hauptversammlung brachte die bisherigen Erfolge der Missionsarbeit in unsern westafrikanischen Schutzgebieten zur Darstellung. Direktor *Spiecker*, Barmen, hob die Verdienste und die Bedeutung der Rheinischen Mission für die Kolonisation von Deutsch-Südwestafrika hervor. Missionsinspektor *Oettli*, Basel, bemühte sich, in 25 Minuten die 25jährige Geschichte der Basler Mission in Kamerun in charakteristischen Bildern zu skizzieren. Direktor *Schreiber*, Bremen, führte die Hörer in die „Musterkolonie“ Togo. In einer dritten Hauptversammlung wurden Fragen von allgemeiner kultureller Bedeutung behandelt: Dr. *Fisch*, Missionsgelegenheiten in dem vom Islam bedrohten Nordtogo; Bezirksamtmann *Böhmer*, Deutsch-evangelisches Leben in Südwestafrika; Direktor *Hennig*, Die Verpflichtung des evangelischen Deutschland gegen seine Kolonien.

Die Braunschweiger völkerkundliche Ausstellung war ein gemeinsames Unternehmen der Basler und Leipziger Mission (21. Aug. bis 11. Septbr.). Die Frage nach dem Zweck derselben wurde von den Veranstaltern so beantwortet: „Sie will aufräumen mit dem Vorurteil, daß die Mission ein aussichtsloses Unternehmen

weltfremder Idealisten ist, indem sie ihre Erfolge zeigt, soweit sie sich — als rein religiös — der Darstellung nicht entziehen. Darstellbar sind nur die kulturellen Erfolge, vor allem auf dem Gebiete der Schule. Die deutsche evangelische Mission unterrichtet 197 490 Schüler. Schon diese eine kulturelle Leistung der Mission zeigt, daß Missionsgaben kein weggeworfenes Geld sind. Die Ausstellung tritt weiter der Meinung entgegen, als ob die evangelische Mission die Heiden nur Lieder und Gebete lehre und darüber die erziehlche Bedeutung der Arbeit vergesse. Auch die evangelische Mission fordert ganz entschieden von jedem ihrer Pflegebefohlenen die Arbeit als sittliche Pflicht. Daß sie an ihrem Teil zur Arbeit erzieht, beweisen die ausgestellten Erzeugnisse der Missionsindustrie und die Probearbeiten der Handwerkerschulen. Die Ausstellung will dem Glauben ein Ende machen, als fühlten sich die Heiden in ihrem Heidentum so glücklich, daß man sie besser in Ruhe ließe. Es ist fürwahr kein Glück, Tag und Nacht in Furcht vor Zauberei und Rache böser Geister zu leben usw.“ Kurzum die Ausstellung will werben zur Mitarbeit für die Mission. In unserer Zeit, wo durch die Erschließung des dunklen Erdteils und das Erwachen des fernen Ostens die Welt so offen für das Evangelium ist wie niemals zuvor und vielleicht niemals wieder, darf die Mission nicht Sache der Pastoren und einzelner christlicher Kreise bleiben, sondern muß jedem Christen zur Gewissenspflicht werden. Der Besuch der Ausstellung ist ein sehr guter gewesen. Der Basler Teil derselben ist dann auch in Süddeutschland noch besonders vorgeführt worden. — Der Bericht über die Nationalspende zum Kaiserjubiläum für die christlichen Missionen in den deutschen Kolonien muß für das nächste Jahr aufgespart bleiben.

An dieser Stelle sei auch einer neugegründeten „Deutschen Gesellschaft für Islamkunde“ Erwähnung getan. Sie geht zwar nicht von missionarischen Kreisen aus und verfolgt nicht speziell missionarische Interessen, doch hat man dafür Sorge getragen, daß in ihr die evangelischen Missionsinteressen nicht unvertreten sind. Dem Vorstand gehört *D. J. Richter* an, dem Ausschuß *Prof. D. Haußleiter*, *D. Joh. Warneck*, weiter *Exzellenz Dernburg*, *Prof. Dr. v. Luschan* u. a. Zweck der Gesellschaft ist die Erforschung der religiösen, gesellschaftlichen und kulturellen Zustände der Islamwelt mit besonderer Rücksicht auf die Gegenwart.

Die Beziehungen der deutschen Mission mit der großen Weltmission sind auf mannigfache Weise gepflegt worden. Die auf hoher Warte stehende, von *Rev. Oldham* im Auftrage der *Edinburgher Weltmissionskonferenz* herausgegebene Zeitschrift „*The International Missionary Review*“, der die ersten Missionsautoritäten der gesamten evangelischen Missionswelt ihre Kräfte zur Verfügung gestellt haben, hat, wie es scheint, auch in

Deutschland manche Leser gefunden. Auf die von ihr veröffentlichte Übersicht über die wichtigsten Ereignisse auf dem Weltmissionsfelde ist in der Einleitung hingewiesen. Der Generalsekretär des von der Edinburger Konferenz bestellten Continuation Committee, Dr. John Mott, besuchte im Frühjahr die meisten größeren deutschen Missionshäuser und pflog mit deren Leitern Verhandlungen betr. der von ihm geplanten großen Weltmissionsreise und der Konferenzen, die er auf den verschiedenen Missionsfeldern in Indien, China, Japan und Korea mit den hervorragendsten Missionsarbeitern draußen abzuhalten gedachte. In diesen Besprechungen wurden die Richtlinien für jene Konferenzen beraten und festgelegt. Im Herbst hat Dr. Mott dann zuerst Indien und darauf China besucht. Von den in Indien stattgehabten Konferenzen, von denen die ersten Berichte schon vorliegen, wird bezeugt, daß großer Segen von ihnen ausgegangen sei.

Vom 26. September bis 1. Oktober hielt das Continuation Committee in Lake Mohonk (im Staate New York) seine diesjährige große Sitzung, zu welcher aus Deutschland Direktor Hennig, D. J. Richter und Missionsinspektor a. D. Würz hinübergefahren waren. Daß durch diese Komiteesitzungen das in Edinburg geknüpfte Band der Einheit zwischen den vielen und so verschiedenartigen Missionen immer mehr befestigt wird, ist freudigst zu begrüßen. Da sitzen um einen Tisch hochkirchliche Anglikaner, bischöfliche Methodisten, Presbyterianer, Kongregationalisten, Lutheraner, Baptisten und Quäker. Und es ist ein bemerkenswertes Zeugnis, das Bischof Dr. Talbot, ein Führer des hochkirchlichen Flügels der anglikanischen Kirche ablegte, er erinnere sich unter den zahllosen Konferenzen, denen er in seinem langen Leben beigewohnt habe, keiner, die in einer solchen Einmütigkeit und so ohne alle persönlichen und sachlichen Reibungen getagt habe. In den Beratungen des Komitees nahmen die Reisepläne Dr. Motts einen breiten Raum ein. Sodann erstatteten die verschiedenen Kommissionen Bericht über die von ihnen geleistete Arbeit. Die Kommission „Rundschau und missionarische Besetzung“ bereitet die Herausgabe einer Reihe von Handbüchern über die missionarische Besetzung der einzelnen Felder usw. vor. Die Kommission „Kirche auf dem Missionsfelde“ studiert die Lebensgesetze der Entwicklung dieser Kirchenbildungen. Die Kommission für „Mohammedanermision“ betreibt Herausgabe einer Serie von Flugschriften, welche das Urteil über die verwickelten Fragen dieses Missionszweiges klären und ihm die ihm zukommende Anerkennung im Ganzen der evangelischen Mission verschaffen sollen. Übrigens sei hierbei bemerkt, daß gerade auf dem Felde der Mohammedanermision englischer- und amerikanischerseits von uns Deutschen erwartet wird, daß wir bei unserer wissenschaftlichen Beanlagung für die hier zu lösenden Aufgaben ein redlich Teil beitragen. Auch die Frage nach dem Orte der nächsten Weltmissionskonferenz wurde

erörtert, wenn auch nicht entschieden; es steht zu hoffen, daß dafür Deutschland ausersehen wird.

Die Missionen in unseren deutschen Kolonien rücken unverkennbar bei den deutschen Missionsfreunden mehr und mehr in den Vordergrund des Interesses. Die Aprilnummer der Allgem. Miss.-Ztschr. 1912 brachte eine interessante Statistik von Prof. Westermann über die jährlichen Aufwendungen der evangelischen Missionen für diese. Danach verwandten auf diese Arbeit:

Die Berliner Mission (Deutsch-Ostafrika)		322 000 M.	
„ Brüdergemeinde	„	227 000	„
„ Leipziger Mission	„	144 000	„
„ Deutsch-ostafr. Mission	„	99 000	„
„ Engl.-kirchliche Mission	„	58 000	„
„ Engl. Universit.-Mission	„	280 000	„
„ Londoner Mission (Samoa)		112 000	„
„ Rheinische Mission (DSWA. u. Kaiserwilhelmsland)		400 000	„
„ Finnische Mission (DSWA.)		128 000	„
„ Basler Mission (Kamerun)		366 000	„
„ Deutschen Baptisten (Kamerun)		169 000	„
„ Amerikanischen Presbyterianer (Kamerun)		178 000	„
„ Norddeutsche Mission (Togo)		270 000	„
„ Neuendettelsauer Mission (Kaiserwilhelmsland)		113 000	„
„ Liebenzeller Mission (Karolinen)		27 000	„
Summa:		2 893 000	„

Da in der Liste noch die Australischen Wesleyaner, die eine bedeutende Arbeit im Bismarckarchipel treiben, der Bostoner kongregationalistische Board mit seiner Arbeit auf den Karolinen, die Wesleyaner, die Afrika-Inland-Mission und die deutschen Adventisten mit den ihren in Togo bzw. Deutsch-Ostafrika fehlen, so wird der Gesamtbetrag mit $3\frac{1}{4}$ Millionen M. jedenfalls nicht zu hoch geschätzt sein. Mit diesen Leistungen, so bemerkt Westermann mit Recht, ist die Mission eine der größten und produktivsten kolonialen Wirtschaftsunternehmungen, die sich von andern nur dadurch unterscheidet, daß ihre Unternehmer an dem Gewinn des Unternehmens keinerlei Anteil haben. Die durch die Mission geschaffenen Werte, kulturelle, intellektuelle, hygienische und im engeren Sinn wirtschaftliche, kommen lediglich den Eingeborenen, den europäischen Unternehmungen und damit dem Gesamtwohl der Kolonien zugute.

Die Erfolge der evangelischen Missionen in den Kolonien haben sich in den letzten Jahren ganz erheblich gemehrt, wie ein Vergleich des Standes von 1909 mit dem Ende 1912 zeigt. Gab es in ersterem Jahr 80 044 evangelische Eingeborene und 60 320 Schüler in den evangelischen Missionsschulen, so darf man die ersteren jetzt auf 110 000, die der letzteren auf 87 000 veranschlagen. Auch in den Kolonien tritt die Missionsarbeit mehr und mehr in Erntezeit ein. Auf die einzelnen Kolonien verteilen sich Christen und Schüler usw. nach folgender Tabelle:

Kolonie	Stationen	Missionare	Schwester	Getaufte	Schulen	Schüler	Bemerkungen
Deutsch-Ostafrika . . .	85	283	19	15124	626	31451	
Togo	8	40	5	10251	193	8670	
Kamerun	23	172	16	18075	364	22542	
Deutsch-Südwestafrika .	29	89	9	19424	75	4457	
Bismarckarchipel . . .	6	12	—	*4106	203	5748	*) Nur die Abendmahlsberechtigten. Es kommen dazu etwa 12000 Getaufte.
Kaiserwilhelmsland . .	20	67	—	1852	20	1438	
Mikronesien	6	17	3	3653	57	3246	
Samoa	8	14	3	24593	237	8539	
Kiautschou	6	18	5	785	35	965	

Solche Leistungen geben aber darum der Mission auch das gute Recht, in einschlägigen Kolonialfragen ihre Stimme zu erheben. Das hat z. B. die Mission im letzten Jahre bei Gelegenheit der Erörterung der Rassenmischehenfrage getan. In einer an das Reichskolonialamt gemachten Eingabe des Ausschusses heißt es u. a.: „Wenn wir auch das Zusammenleben von weißen Männern mit farbigen Frauen entschieden mißbilligen und nachdrücklich erklären, daß Mischehen durchaus unerwünscht sind, so sehen wir uns doch genötigt, auf das entschiedenste hervorzuheben, daß ein gesetzliches Verbot einer legitimen Ehe zwischen einem weißen Manne und einer farbigen Frau nach unserer Überzeugung mit der christlichen Schätzung der Ehe schwer vereinbar ist.¹⁾“ Übrigens liegt es im Interesse der Moralität, daß legitime eheliche Verbindungen nicht zugunsten des Konkubinales verhindert werden. Das wäre aber die Folge eines gesetzlichen Verbotes von Mischehen. Auch würde die Mission durch ein solches Verbot in eine unerträgliche Situation kommen, denn solange die Verbindung weißer Männer mit farbigen Frauen keine gesetzliche Anerkennung findet, muß sie eingeborne Mädchen, die mit weißen Männern verbunden sind, als Konkubinen ansehen und z. B. vom heiligen Abendmahl ausschließen. Es gibt aber Fälle, in denen ein ganz ehrliches monogamisches Zusammenleben eines Weißen mit einer Farbigen stattfindet. Auch würde durch das Verbot einer Mischehe in nicht wenigen Fällen der Weiße geradezu verführt werden, hernach seine Pflichten gegen die im Konkubinat erzeugten Kinder und gegen seine Konkubine einfach beiseite zu schieben. Das, was man mit dem Verbote einer solchen Ehe im Auge hat, nämlich daß keine Bastardbevölkerung aufwächst, wird tatsächlich nicht erreicht.

Hat dieser zweite Abschnitt des Kapitels von dem heimatlichen Missionsleben gehandelt, so soll an seinem Schlusse noch dankbar

¹⁾ Im Gegensatz zu einer Resolution des Reichstages vom 8. Mai hatte die Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft zu Hamburg am 5. Juni die Aufrechterhaltung der gegen solche Mischehen erlassenen Verordnungen gefordert.

eines Mannes gedacht werden, der zur Weckung dieses Lebens so viel beigetragen hat: Prof. D. Mart. Käblers, † 7. Sept. zu Freudenstadt. Wie kein anderer Professor der Theologie lebte dieser große Bibeltheologe in der Mission, die ihm viel gab und deren Arbeitern er wieder wertvolle Handreichung tat. Käblers großes Verdienst ist es, die Missionsgedanken mit der gesamten Theologie verknüpft zu haben (vgl. „Die Wissenschaft der christlichen Lehre“ und „Dogmatische Zeitfragen“). Die von Kähler auf der Halleschen Missionskonferenz je und je gehaltenen Vorträge „Die Sendung des Menschensohnes“, „Die Bibel das Buch der Menschheit“ u. a. gehören zum Gehaltvollsten, was diese Konferenz ihren Besuchern geboten hat. Die Todesfälle anderer Missionsmänner (Dir. Kluge, D. Wallroth, Pfarrer Diestelkamp, Sen. Handmann) sind bei anderer Gelegenheit erwähnt.

Zum Vergleich einige kurze Mitteilungen aus dem kathol. Missionsleben. Es ist neuerdings eine merkliche Steigerung des Missionsinteresses im Schoß der kathol. Kirche zu konstatieren. Das findet z. B. seinen Ausdruck in der Begründung einer Zeitschrift für Missionswissenschaft, eines wissenschaftlichen Vierteljahrsblattes, dem man das Zeugnis nicht versagen kann, daß es zu den bestredigierten Missionsblättern gehört (1911). Herausgeber ist Dr. Schmidlin, Prof. der Kirchengeschichte zu Münster. Derselbe hat auch einen Lehrauftrag für Missionskunde erhalten, und eine Gruppe von Priestern unterziehen sich unter seiner Leitung für ein Jahr dem Studium der Missionsgeschichte und -lehre. Eng verbunden mit dieser Zeitschrift ist ein Institut für wissenschaftliche Missionsforschung, das in erster Linie eine erschöpfende Bibliographie der römisch-kathol. Missionsliteratur liefern will. Nach dem Vorbilde der evangel. Missionskonferenzen ist in der Diözese Münster eine erste Missionskonferenz für den Weltklerus gehalten, der zur Bildung eines Missionsvereins geführt hat. Unter den Studenten in Münster, Tübingen und andern Universitäten sind Missionsvereine entstanden. Strümpfels „Was jedermann von der Mission wissen muß“ ist Vorbild für ein katholisches Werk gleichen Titels geworden. Auf Kongressen usw. wird der Behandlung von Missionsfragen mehr Platz eingeräumt. In Louvain (Belgien) wurde ein von P. Schmidt, Wien, dem Herausgeber des *Anthropos*, inspirierter Ferienkursus für vergleichende Religionswissenschaft in ihren Beziehungen zur Mission gehalten. Das Einkommen der Gesellschaft de propaganda fide betrug 1911 mehr als 7 Millionen Franks und ist im Wachstum begriffen.

III.

Nun ein **Rundgang durch die Missionsfelder draußen!** Weltweit ausgebreitet ist die deutsche Mission: wir begegnen ihr in allen Weltteilen; überall sind die Fäden deutscher Arbeit

hineingewoben in das Gewebe der Weltmission. Ein bestimmender Einfluß ist durch göttliche Fügung der deutschen Mission offenbar bei der Christianisierung Afrikas zugewiesen. Während nämlich zu der indischen Mission die deutschen Missionen nur etwa 10% der Arbeitskräfte stellen und zu der chinesischen noch weniger, kaum 7%, so macht bei dem afrikanischen Streiterheer — die ordinierten Missionare gerechnet — das deutsche Kontingent immerhin rund den vierten Teil aus; oder eine andere Rechnung: von den 967 ordinierten deutschen Missionaren hat etwa die Hälfte den Schauplatz ihrer Wirksamkeit in Afrika. Und sollen wir die Missionsarbeit an den primitiven Negerstämmen für weniger edel erachten als die an den Kulturvölkern Asiens? Ist es nicht auch eine große Aufgabe, an der Hebung von 180 Millionen Menschen in Afrika mitzuhelfen? Und der deutsche Protestantismus hat vielleicht gerade dafür ein besonderes Charisma. Treues, geduldiges Weiden in Schulen und Gemeindeleben, lieber etwas langsam, aber stetig, lieber eine solide, schlichte, den Bedürfnissen der Afrikaner angepaßte Volksschulbildung geben, als durch hochgeschraubte Schulbildung die Eingeborenen verbilden und eingebilddet machen: das ist deutsche Missionsart.

In **Südafrika** wird die Missionsarbeit in der Gegenwart durch manche früher unbekannte Erschwerungen gehemmt. Die eingeborene Bevölkerung ist in einem Zustande der Gärung. Die Parole: Afrika den Afrikanern! findet ein nur zu breites Echo bei diesen. Der Gegensatz zwischen Weiß und Schwarz nimmt oft schroffe Formen an. Ungestüm begehren die Farbigen Anteil an der Regierung des Landes, womöglich Gleichstellung mit den Weißen. Die Bestrebungen der African Political Organisation, die ganze Farbigenwelt Südafrikas zu einer Einheit zu verbinden, machen, wenn ihnen auch zunächst die Abneigung einzelner Stämme gegeneinander im Wege stand, Fortschritte, und drohen zu einer ersten Gefahr für Südwestafrika zu werden.

Da hat die Mission große Aufgaben: die Betörten zu warnen, die Irregeleiteten zurecht zu bringen, die Erbitterten zu versöhnen, den Unterdrückten beizustehen. Diese ihre Aufgaben mit den erreichten Erfolgen einmal der südafrikanischen weißen Bevölkerung vor Augen zu stellen und Interesse und Verständnis dafür zu wecken, war darum ein Hauptabsehen der Allgemeinen süd-afrikanischen Missionskonferenz, welche — zum vierten Male — vom 3.—8. Juli in Kapstadt tagte. Dies Hervorkehren des Demonstrationscharakters beeinträchtigte indessen doch recht sehr, wie es scheint, den Inhalt der Konferenz, so daß die Vertreter der deutschen Missionen (Berliner, Rheinische, Brüdergemeinde) zum Teil nicht eben befriedigt darüber berichtet haben. Es handelte sich z. B. darum, wie die missionarischen Streitkräfte in Südafrika gleichmäßiger verteilt werden könnten: wie soll dem aber in der Praxis Folge gegeben werden? Charakteristisch ist übrigens, daß

das Problem der Bewahrung der Jünglinge und Jungfrauen in den großen Städten dort ganz dasselbe ist wie bei uns daheim. Ein Blick auf den Fortschritt des Christentums unter der eingeborenen Bevölkerung bot viel Ursache zu Dank und Ermutigung. Vor einem Menschenalter (35 Jahren) betrug die eingeborene Bevölkerung der Gebiete, die jetzt die vereinigten Staaten Südafrikas bilden, 1 936 000, Christen gab es 180 000. Jetzt ist die Zahl der Eingeborenen 4 544 000, die der Christen 1 145 000. Der Prozentsatz der Christen ist mithin von 1:10 auf 1:4 gestiegen. Der Hauptgewinn der Konferenz war nach dem Urteil eines Berliner Missionars die Stärkung brüderlicher Gemeinschaft.

Das Bedürfnis, sich untereinander enger zusammenzuschließen, um so die gemeinsame Kraft intensiver zur Geltung bringen zu können, veranlaßte die deutschen Missionen und die ihr innerlich nahe stehende norwegische und schwedische zum Eingehen einer Arbeitsgemeinschaft auf verschiedenen Gebieten. In Natal haben sich die Berliner, die Norwegische, Schwedische und Hannoversche Mission (Freikirche) zu gemeinsamer Ausbildung von eingeborenen Helfern, Lehrern und Predigern vereinigt. Jede der erstgenannten drei Gesellschaften übernimmt ein Seminar für eine der drei Gehilfenarten. Das Berliner Seminar in Emmaus bildet Evangelisten, das norwegische zu Umpumulo Lehrer für alle 4 Missionen aus. Ein Predigerseminar soll sich in Oskarsberg (schwed. Mission) entwickeln. Die Hermannsburg Mission glaubte sich aus konfessionellen Gründen fernhalten zu müssen. Ähnlich in der Kapkolonie. Hier haben sich die Rheinische, die Berliner und die Brüdermission zusammengetan. Das Seminar der Brüdergemeinde in Gnadental soll allen drei Gesellschaften zur Ausbildung ihrer Helfer dienen. Es soll eine einheitliche Kirchenzuchtsordnung aufgestellt werden. Ferner soll durch Verschmelzung der schon bestehenden Blätter ein gemeinsames kirchliches Wochenblatt geschaffen werden. Auch die Herstellung eines gemeinsamen Gesangbuches ist geplant.

Für die **Berliner Mission** bezeichnet das Jahr 1911/12 einen ganz gewaltigen Fortschritt dadurch, daß die neue Kirchenordnung (vgl. den vorjährigen Bericht) nun zur Einführung gelangt ist, welche teilweise Selbständigkeit in Geldwirtschaft und Verwaltung bedeutet. Die ersten Synoden haben überraschend gute Ergebnisse gehabt. Die schwarzen Abgeordneten haben ihre Stellung auf den Synoden richtig verstanden und ausgefüllt. Neben den Aufgaben der Verselbständigung der Eingeborenkirchen bleibt noch sehr viel eigentlich missionarische Arbeit zu tun. Es gibt von der Berliner Mission besetzte Gebiete, in denen die Zahl der Christen im Vergleich zu der der Heiden verschwindend klein ist. Im Lande Sekukunis kommen auf einen Christen 25 Heiden, im Bawendalande gar 150. Aber gerade in letzterem Gebiete ist jetzt ein leises Erwachen zu spüren: vielfach drängen sich die Leute zur christlichen Unterweisung. In Sekukunis Land mit seinen 72 000

Heiden mußten zwei Stationen angelegt werden. Die größten missionarischen Möglichkeiten und darum auch die größten missionarischen Aufgaben liegen aber in Nordtransvaal.

Die **Brüdermission** hat in Kapland, nachdem sich die wilden Wühlereien infolge des neuen Missionslandgesetzes allmählich gelegt hatten, ein stilleres Jahr mit weniger Aufregung gehabt. Auch in ihren Gemeinden ist eine neue Kirchenordnung eingeführt. Die 20. allgemeine Missionskonferenz, 29. Juni bis 10. Juli 1911, auf der sie beschlossen wurde, war die bedeutsamste Konferenz, die je in Südafrika-West gehalten worden ist, insofern sie das Missionswerk auf die Schwelle einer neuen Zeit geführt hat. Den Anweisungen der Generalsynode gemäß hat sie als Losung für die Zukunft die Scheidung von Mission und werdender Nationalkirche ausgegeben. Die Missionare werden mehr und mehr zurückgezogen werden, eingeborene Arbeiter werden an ihre Stelle zu treten haben. Es wird viel Arbeit, Geduld, Glauben und Weisheit, auch viel gegenseitiges Vertrauen erforderlich sein, damit das große Ziel erreicht werde.

Die **Hermannsburg Mission** ist gerade soeben von Missionsdirektor *D. Haccius* visitiert. In seinen Visitationsberichten über das Werk unter den Betschuanen schreibt er u. a.: „Das Christentum auf unsern Stationen ist keine Fata Morgana, sondern Wirklichkeit, ob auch in Schwachheit. Ich weiß sehr wohl, daß ich bei meinen Besuchen die Gemeinden von der besten Seite sehe; das bringe ich bei ihrer Beurteilung immer in Abrechnung. Aber das kann ich versichern, daß man mir nirgends Schein gezeigt hat, wo kein Wesen und Leben war.“ Dem Visitator fiel auf, wie die Leute in gutem Wohlstande leben, vor allem durch ihr Vieh. Am meisten freute ihn der Anblick der weiten Felder, welche die Stationen umgeben. Der Ackerbau hat sehr zugenommen. Das haben die Leute von den Missionaren gelernt; sie erkennen das auch dankbar an und sagen: „Die Bagerman (die Deutschen) können arbeiten“. Zu seiner Genugtuung fand *D. Haccius* das törichte Verlangen der Leute nach englischer Schulbildung im Erlöschen. Nur noch wenige sind es, die sie für ihre Kinder begehren. Die verständigeren Elemente sehen ein, daß ihnen damit nicht gedient ist. Ein großer Schmerz war es ihm, daß sein Versuch, die große abgefallene Gemeinde Bethanien, die Gründung des bekannten Wilhelm Behrens, wiederzugewinnen, vergeblich war. In Johannesburg mit seinen Hunderttausenden von Bewohnern aus allen fünf Erdteilen, recht dem Herzen des schwarzen Erdteils, von wo das Leben ausströmt und wohin es immer wieder zurückflutet, wo der Mammon seinen Thron hat, bekam er einen Einblick in die Schwierigkeiten der dortigen Missionsarbeit. Aber es ist unbedingt nötig, daß die Mission dort vertreten ist, schon um den vielen Christen, die von den Landstationen dahin kommen, seelsorgerlich nachzugehen.

Im Jahresbericht der **Rheinischen Mission** heißt es: Die Verhältnisse in der Kapkolonie haben sich im Berichtsjahre weiter wesentlich gebessert. In fast allen Gemeinden ist die wirtschaftliche Lage günstiger geworden; die Gemeindeglieder hatten Gelegenheit, ihr Brot durch Arbeit zu verdienen. Unzufriedenheit und Aufstandsgelüste regten sich bei den Kaffern der Gemeinde Carnarvon. Die Wirkungen des Gegensatzes zwischen Schwarz und Weiß machen sich auch in den Gemeinden geltend. Wichtig und nötig wäre es, die auf den Farmen zerstreuten Eingeborenen, die noch vielfach ohne Unterricht heranwachsen, mehr als bisher aufzusuchen und eine Farmarbeit, wie sie in Deutsch-Südwestafrika mit so großem Erfolge geschieht, aufzunehmen. In Deutsch-Südwestafrika vernarben mehr und mehr die Wunden aus der Zeit des Aufstandes. Viele Farmer fangen doch an, die Missionare und ihre Arbeit wieder unbefangener, gerechter, ja wohlwollend und anerkennend zu beurteilen. Manch einer ist, der ihr auf seiner Farm Vorschub leistet, weil er erkennt, daß er damit im wohlverstandenen eigenen Interesse handelt. Die mühsame Missionsarbeit ist reich gesegnet gewesen. Die Zunahme der Gemeinden war noch größer als im Jahre zuvor. Es konnten 2204 Heiden getauft werden, die Gesamtzahl der Christen stieg von 17 406 auf 20 356. Die Bewegung zum Christentum nimmt also ihren Fortgang. Die Missionare sind kaum imstande, die große Zahl der Taufbewerber in der rechten Weise zu unterrichten. Der Unterricht wird dadurch erschwert, daß die Leute ihre Arbeitsstellen so oft wechseln. Es ist darum gut, daß in Gaub eine Anstalt zur Ausbildung von eingeborenen Gehilfen eröffnet ist; an solchen war großer Mangel. Das Waisenhaus in Otjimbingwe konnte, weil kein Bedürfnis mehr danach war, aufgelöst werden, ebenso das Erziehungshaus für halbweiße Kinder in Keetmanshoop. Die ähnliche Anstalt in Okahandja wird in eine Art Handwerkerschule umgewandelt. Nicht verschwiegen darf das schnöde Verfahren der römischen Konkurrenzmission werden, die beim Wiedertauften Evangelischer diese schwören läßt, sich von der Irrlehre der evangelischen Kirche, die nicht von Gott, sondern von Menschen gegründet sei, fernzuhalten. — Im Norden der Kolonie, im **Ovambolande**, hat erst Hungersnot, dann und noch mehr die Willkürherrschaft des grausamen jungen Oberhäuptlings Mandume den Missionaren viel Sorge gemacht. Mehr und mehr kommt es bei den Ovambo in Aufnahme, des guten Verdienstes halber in das Minengebiet des Hererolandes auszuwandern, wo ihre christlichen Volksgenossen nicht selten mit Segen an ihnen arbeiten.

In **Westafrika** bricht vor dem übermächtigen Einstürmen der europäischen Zivilisation das animistische Heidentum schnell zusammen, alle Verhältnisse sind im Flusse: so ist's eine schwere Krisis, die sich da vollzieht. Das gilt gleicherweise von der Goldküste, der Togokolonie und Kamerun, den Arbeitsfeldern der Basler und Norddeutschen Mission. Dieser Situation gegenüber

haben diese keinen leichten Stand, sie haben einen Kampf gegen das Heidentum außerhalb und innerhalb ihrer Gemeinden zu führen. Und wie ungefestigt sind ihre Gemeinden noch den großen Versuchungen gegenüber!

Auf der **Goldküste**, schon einem alten Arbeitsfelde der Basler Mission, ist durch die neu eingeführte, prosperierende Kakaokultur ein wirtschaftlicher Aufschwung hervorgerufen. Immer neue Urwaldstrecken fallen, neue Pflanzungen entstehen. Und die sie anlegen, sind Schwarze. Sie haben hier eine erstaunliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit an den Tag gelegt und bewiesen, daß sie in der Tat das größte Aktivum der Kolonien sind und daß ohne ihre Mitarbeit an eine gedeihliche Entwicklung der Kolonien nicht zu denken ist. Leider hat der an sich erfreuliche Aufschwung eine Schattenseite: der reiche Verdienst, mit dem sie noch nicht verständig umzugehen wissen, wird ihnen zur Versuchung. Genußsucht greift um sich und leistet der materiellen Grundrichtung des Negers, alles höhere Streben ertötend, Vorschub. Zuchtlosigkeit und Frivolität mehren sich erschreckend. Es zeigt sich, bloße Kultur kann dem Volke nicht helfen; mit raschem, wirtschaftlichen Aufschwung verbindet sich leicht sittlicher Niedergang. Da vermag allein das Christentum einen starken sittlichen und religiösen Halt zu geben. Die Zustände in den Missionsgemeinden sind natürlich sehr verschieden, je nachdem ob es noch junge oder schon ältere Gemeinden sind, ob sie mitten im Kulturstrom drin stehen oder abseits im Urwald ein weltabgeschiedenes Dasein führen. Ein Zug, der rühmlich hervorgehoben zu werden verdient, ist eine große Gebewilligkeit. Kirchensteuern wurden 95 000 Fr. entrichtet. Die Kollekte, die jährlich beim Missionsfest in allen Gemeinden gesammelt wird, brachte 52 000 Fr. Auch sonst werden vielfach Dankopfer dargereicht. — Im Zunehmen ist die Islamgefahr, mohammedanische Reiseprediger machen hier und da Propaganda für den Islam.

Unter dem Ewevolk in **Togo** sieht die Norddeutsche Mission jetzt die Ansätze zu einer evangelischen Volkskirche. Sie hat einen dornenvollen Weg bis zu diesem Ziel gehen müssen. Das ganze Werk, dessen fröhliches Blühen heute unsere Freude ist, sagt Inspektor Schlunk, zeigt unwiderleglich, wie Gottes Sache doch zuletzt den Sieg behält und wie er die Opfer seiner Knechte nicht ungelohnt läßt. Mag man es daher auch bedauern, daß die Mission auf die Arbeit in Nordtogo verzichten mußte, die für die Christengemeinde eine Etappe von der missionierten zur missionierenden Kirche bedeutet hätte, so steht diese junge Kirche doch vor Aufgaben, die groß genug sind, ihre ganze Kraft in Anspruch zu nehmen. Es stehen ihr auch in Südtogo noch 280 000 Nichtchristen gegenüber, an denen sie eine missionarische Aufgabe hat. — Eine große Gefahr für die Bevölkerung der Kolonie bildet der wachsende Spirituosenkonsum. Unermüdlich drängt die Norddeutsche Mission

auf Einschränkung oder Abstellung dieses Übels. Durch Schuld der französischen Regierung ist leider der letzte Brüsseler Kongreß (1911), der sich mit Neuregelung der Branntweineinfuhrzölle befaßte, trotz des besten Willens der deutschen und englischen Regierung resultatlos verlaufen. — Auch in Togo muß ein unablässiges Vordringen des Islam konstatiert werden. In aller Stille hat Missionar Funke in Lome seit Ende 1911 mit der Mohammedanermision begonnen. Ein andersartiger Feind der evangelischen Mission ist die katholische Konkurrenzmission, die ihr an Kopffzahl der Arbeiter um mehr als die Hälfte überlegen ist.

In **Nordtogo** sind die ersten Sendboten der Basler Mission am 15. Januar d. J. in Jendi, der alten Hauptstadt des Dagomba-Reiches und dem jetzigen Sitz des Bezirksamtmannes, angelangt. Sie werden also augenblicklich mit den ersten Arbeiten der Stationsgründung beschäftigt sein.

In **Kamerun** arbeitet die Basler Mission jetzt 25 Jahre: nach einer verhältnismäßig kurzen Saatzeit ist ihr schon eine überraschend reiche Ernte beschert. Auf 13 Hauptstationen und 303 Außenplätzen sind über 12000 Christen gesammelt, in 267 Schulen werden über 13000 Schüler unterrichtet, 269 eingeborene Mitarbeiter sind gewonnen. Daß bei so raschem äußeren Wachstum zur Befestigung und inneren Vertiefung noch viel zu tun übrig ist, ist nicht verwunderlich. Dieser innere Ausbau ist darum zurzeit eine Hauptaufgabe. Dazu bedarf es besonders tüchtiger eingeborener Helfer, auf deren Ausbildung darum besonderer Fleiß verwandt wird. Daneben darf die Ausdehnung nicht still stehen; denn mehr als je tun sich auch im Innern die Türen auf, große volkreiche Gebiete erschließen sich der Kultur und der Mission. Im Jahre 1911 wurden drei wichtige Vorstöße ins Innere gemacht, indem drei Stationen, die erste Ndunge im Bakakaländchen, die zweite Bangwa in dem südlichen Teile des reichbevölkerten Graslandes, die dritte im Gebiet der Banjang und Keaka nördlich von Bombe, angelegt wurden. In Bangwa traf man auf die Spuren der Wirksamkeit mohammedanischer Haussahändler. Nicht weit von Bali, im Graslande, wo die Mission schon 10 Jahre lang stationiert ist, machte man die Entdeckung von dort geübter greulicher Menschenfresserei. In einem Dorfe fand man in einer Hütte drei halbe Menschenleiber aufgehängt, die dazu gehörigen drei anderen Hälften in einem benachbarten Dorfe. — Neu-Kamerun wartet noch immer auf missionarische Besetzung.

Deutsch-Ostafrika ist im besonderen Maße Gegenstand des Interesses der Missionsfreunde gewesen. Die Mission steht hier überall unter dem Zeichen: Kampf gegen den Islam! Die große Frage ist: soll Deutsch-Ostafrika einmal islamisch oder christlich werden? Die maßgebenden Kreise erkennen die islamische Gefahr auch jetzt rund an. Der Kolonialstaatssekretär Dr. Solf antwortete im Reichstage (30. April 1912) dem Sozialdemokraten Noske, der

dem Islam eine günstige erzieherische Einwirkung auf den Neger zugesprochen hatte: „Der Islam ist dem Christentum gegenübergestellt worden, und zwar unverkennbar mit der Tendenz, ihn wegen seiner Wirkung auf die Eingeborenen herauszustreichen. Das ist für uns eine akademische Frage. Nachdem wir als christlicher Staat Länder mit unzivilisierten Einwohnern einmal gewonnen haben, ist es unsere Pflicht, Propaganda zu machen für das Christentum, ohne eine andere danebenstehende Religion zu berücksichtigen. Daß sich die Wirkung des Islam auch auf die Eingeborenen nicht günstig gezeigt hat, beweist die Geschichte des Islam. Der Islam hat nichts in der Welt geleistet, er ist kein Kulturbringer.“ — Eine lehrreiche Studie über den Islam in Deutsch-Ostafrika hat der Berliner Missions-Sup. Klamroth geschrieben. Die Frage, wieviel Mohammedaner es in Deutsch-Ostafrika geben, ist schwer zu beantworten, denn es fragt sich, was man darunter versteht, ob nur solche, die rite zum Islam übergetreten sind, oder alle, die sich selbst Mohammedaner nennen. Prof. Becker schätzt die Mohammedaner in Deutsch-Ostafrika auf 1 Million, aber das ist eben nur eine Schätzung. Jedenfalls dringt der Islam mit den sich mehrenden Verkehrsgelegenheiten — Eisenbahnbauten usw. — überall hin, und es gibt kaum ein Gebiet, das nicht schon verseucht wäre. Askari, Bois, Akiden, Jumben, Walimu (Lehrer) sind Hauptträger seiner Propaganda. Fast ausschließlich in der Verrichtung weniger religiöser Zeremonien bestehend, tut der Islam nichts, um die Leute zu heben, wirkt vielmehr nachweislich, die alten Sitten zerstörend, demoralisierend und degenerierend. — Es ist erfreulich zu beobachten, wie energisch und systematisch die evangelische Mission in letzter Zeit gegen diesen Feind mobil macht. Von Ruanda im Nordwesten, wo die Deutsch-ostafrikanische Mission auf jetzt sechs Posten steht, über Urundi, wo die Neukirchner eben drei Posten besetzt haben, weiter über Uha, wo die Breklumer deren zwei haben, dann durch Uniamwesi, wo die Brüdergemeine in dem wichtigen Tabora Fuß gefaßt hat, über Iramba, wo wir seit 1912 die Leipziger finden, bis hin zu den schon älteren Missionen im Küstengebiet, Usambara und Usaramo, ist eine langgezogene Kette von Missionsstationen als ein Schutzwall gegen das weitere Vordringen des Islam errichtet. Zwar sind die einzelnen Posten der Kette noch weit voneinander entfernt, doch werden hoffentlich zur Zeit auch noch Zwischenstationen entstehen. Bekämpfung islamischer Einflüsse ist auch der Hauptzweck eines von der Berliner Mission in Verbindung mit mehreren anderen geplanten Zentralseminars in Morogoro, in dem begabtere Eingeborene eine weitere Ausbildung, besonders auch in der Suahelisprache erhalten sollen. Es ist ein großer Mißstand, daß die Regierung als Unterbeamte und Lehrer an Regierungsschulen meist mohammedanische Suaheli verwenden muß, da christliche Bewerber für diese Posten kaum vorhanden sind. Ohne es

zu beabsichtigen, leistet die Regierung so dem Islam selbst Vor-
schub. Diesem Mißstand soll nun gedachtes Seminar abhelfen, es
soll christliche Suahelilehrer und einen gebildeten christlichen Ein-
geborenenstand schaffen, aus dem dann die Regierung sich geeignete
Leute für ihre Zwecke nehmen kann.

Von den einzelnen ostafrikanischen Missionsfeldern sind sonst
etwa noch folgende Angaben zur Charakteristik der Situation be-
merkenswert. In der **Berliner Mission** am Njassa setzt die Schei-
dung der Geister deutlich ein; die Zeit ist vorüber, wo die Stämme
mit ihren Häuptlingen an der Spitze dem Evangelium in der Er-
wartung äußerer Vorteile zuströmten. Sie wissen jetzt, daß Über-
tritt zum Christentum Bruch mit heidnischem Wesen bedeutet.
Das stärkste Hindernis für diesen Bruch bildet die Vielweiberei,
besonders bei den Häuptlingen. Viele junge Leute wandern des
Verdienstes halber an die Küste und bringen meist nichts Gutes
von dort heim. Und doch 505 Taufen und 1333 Taufbewerber
sind ein Beweis dafür, daß die Arbeit nicht vergeblich ist. Von
größtem Segen ist die missionsärztliche Tätigkeit, die Dr. Öhme
von dem Krankenhause in Kidugala ausübt. Aus der Hehe-Synode
muß leider über eine schwere Friedensstörung durch die katholische
Mission Klage geführt werden. Dort berühren sich evangelisches
und katholisches Missionsgebiet. In einer Übereinkunft im Jahre
1906 war eine friedliche Grenzregulierung erfolgt. Bei der Aus-
dehnung der Missionsarbeit ergaben sich dann neue Schwierigkeiten.
Bei den darüber geführten Verhandlungen zeigte die Berliner
Mission weitgehendes Entgegenkommen und bewies durch Wieder-
aufgabe schon besetzter Posten die Aufrichtigkeit ihres Wunsches
mit den Katholiken in Frieden zu leben. Es ist ihr aber auf die
Dauer nicht gelungen, den Frieden zu erhalten. Die Verhandlungen
zogen sich in die Länge. Obwohl beiderseits zugestanden war, bis
zur endgültigen Einigung den status quo ante zu beobachten, drang
die katholische Mission unter Vernachlässigung von ihr viel näher
liegenden Gebieten in die von der Berliner Mission besetzten Bezirke
ein. Missionsinspektor Lic. Axenfeld, der das Missionsfeld gerade
visitierte und selbst mit dem Bischof die Verhandlungen führte,
hoffte, durch persönliche Aussprache eine Einigung zu erreichen.
Statt dessen teilte ihm der Bischof schließlich mit, es sei ihm
aus Rom eine Mitteilung geworden, daß die Propaganda zwar ein
friedliches Nebeneinander mit der evangelischen Mission wünsche,
aber Verträge wegen Grenzen nicht billige, weswegen er einen
solchen nicht eingehen könne.

Die Missionare der **Brüdergemeine** stehen am Njassa in
frischer, reicher, abwechslungsreicher Arbeit, in einer auf allen
Seiten vorwärtsdrängenden Entwicklung. Unjamwesi, das bis vor
kurzem so weltentrückt war, ist mit einem Schlage durch die
Zentralbahn in den Weltverkehr hineingezogen. Ein Ziel, zu dem
man ehemals 50—60 Tage gebrauchte, erreicht man jetzt in einer

Fahrt von drei Tagen. Das bedeutet für die Mission den Anbruch einer neuen Zeit, mit einem Male stößt die moderne Kultur fast unvermittelt auf den bisherigen, fast noch patriarchalischen Urzustand. Für die allen Eindrücken leicht zugänglichen Wanimwesi ist das eine Zeit großer innerer Gefahr. Das schon lange brüchig gewordene Heidentum stürzt jählings dahin. Der Heide wird nach vielem greifen, was ihm die moderne Kultur bietet, und wird dann inne werden, daß sie ihm vieles, dessen er bedarf, doch nicht gibt, Befreiung vom Fluch der Furcht und des Todes. Dann wird er auf neue zu seinem alten Heidentum zurückkehren oder sich dem Islam als Retter in die Arme werfen. Derselbe ist ja schon lange im Lande, Tabora ist eine mohammedanische Hochburg. Aber der Islam hat jetzt seine Weise den neuen Verhältnissen angepaßt und treibt nun erfolgreiche Propaganda. Auf den neuen Verkehrswegen wird die Invasion des Islam noch viel kräftiger als bisher auftreten. Diese Erwägungen haben zur missionarischen Besetzung von Tabora geführt, wobei man sich bewußt ist, daß es hier einen harten und zähen Kampf geben wird.

In der **Leipziger Mission** im Dschaggalande (12 Stationen am Kilimandscharo, Meru und im Paregebirge) ist es schön vorwärts gegangen. Die Gottesdienste hatten großen Zulauf, auf den alten Hauptstationen drängen sich die Eingeborenen förmlich zur Taufe. Man bemüht sich aber, zweifelhafte Elemente möglichst fern zu halten. Bei dem Zustrom handelt es sich meist um junge Leute. Von einer wirklichen Volksbewegung zum Christentum möchte man gleichwohl noch nicht reden. Feste christliche Charaktere fehlen noch sehr. In Marangu ist im Herbst 1912 mit 57 Jünglingen ein Lehrerseminar eröffnet worden. Auf der Station Madschame ist ein schönes Krankenhaus erstellt worden. — Die Wakamba-Mission hatte ein Jahr des Stillstandes und der Hemmungen, es war keine Taufe zu verzeichnen und die Schülerzahl schwand von 136 auf 15 (!) dahin. Die 25jährige Jubelfeier dieser Mission wurde darum von den Missionaren still unter Betrachtung des Wortes Röm. 12, 12 (!) begangen. Einen Lichtblick hatten die auf so harte Probe gestellten Brüder im Frühjahr 1912, wo in Ikusa wieder eine größere Heidentaufe vollzogen wurde.

Stilles Wachstum in Geduld war die Signatur der Arbeit der **Betheler Missionare** in Usambara. Ein paar Posten, einer im Digolande, der andere in Mombo, dem Eingangstor von Usambara und darum von Wichtigkeit, wurden besetzt. Von Bedeutung für die innere Entwicklung waren zwei Ältesten-Tage, zu denen Älteste aus allen Gemeinden sich zusammenfanden, um für brennende Fragen der Gemeindeentwicklung Richtlinien zu suchen. Durch Abschluß eines Mittelschulkursus in Luandai wurden die Lehrkräfte wesentlich verstärkt; 24 wurden nach Absolvierung eines Vorbereitungskursus als Hilfslehrer eingestellt. — In Ruanda wurde die sechste Station, Remera, angelegt.

Die **Neukirchner Mission** am Tana beging Mitte September den 25jährigen Gedenktag ihres Bestehens. Aus dem ersten Stadium ihrer Geschichte wächst sie allmählich in das zweite hinein, was darin zum Ausdruck kommt, daß man daran zu denken beginnt, die eingeborenen Christen zur Mitarbeit am innern Ausbau der Gemeinden heranzuziehen. Es werden Älteste und Armenpfleger bestellt. Mit ihnen und den Lehrern soll jährlich eine Konferenz zur Besprechung wichtiger Fragen gehalten werden. Auch will man versuchen, jährlich eine Zusammenkunft aller Christen eines Bezirks zu veranstalten, wovon man sich Gewinn für Vertiefung des christlichen Lebens verspricht. Auch manche äußere Arbeit wartet der Erledigung: die eine Hauptstation Makere muß verlegt, am untern Tana eine neue angelegt werden. — Die Mohammedanermision in Lamu ist auch im letzten Jahre ein steinharter Boden gewesen.

Im **Orient** ist die deutsche protestantische Mission, von der kleinen Sudan-Pionier-Mission abgesehen, nur durch eine Reihe von christlichen Liebeswerken vertreten, deren Arbeit fast ausschließlich den Gliedern verschiedener orientalischen Kirchen gilt und sich eigentlich nur ausnahmsweise an Mohammedaner wendet. Vorwiegend sind diese Arbeiten charitativen Charakters, zum Teil auch evangelistischen. Diese Anstalten sind die Krankenhäuser und Pensionate der Kaiserswerther Diakonissen in Konstantinopel, Smyrna, Beirut, Alexandria und Kairo; das Syrische Waisenhaus zu Jerusalem, das brüdergemeinliche Aussätzigenasyl Jesushilfe, das Mädchenwaisenhaus Talitha kumi, die Stationen des Jerusalemvereins und des Johanniterordens, endlich die deutsche Orientmission und der deutsche Hilfsbund für christliches Liebeswerk. In den Kaiserswerther Dank- und Denkblättern 1913 schreibt eine Diakonissin über die Tätigkeit an den Kranken: „Wir haben immer sehr viele Moslems in unserm Hospital, und die Türken kommen mit Vorliebe zu uns, wenn sie krank sind. Mit einigen Ausnahmen sind sie rührend dankbar. Oft fragen sie: „Ja, warum tut ihr das alles für uns?“ Wenn wir ihnen dann vom Heiland und seiner Liebe erzählen, hören sie meist gern zu, bewundern es und sagen oft: „Ja, Christus war ein großer Prophet, und ihr werdet, da ihr den Menschen so viel Gutes tut, gewiß auch ins Paradies kommen.““

Welchen Einfluß der jetzige Balkankrieg auf die Stellung der Mohammedaner zum Evangelium und zur Mission haben wird, darüber jetzt schon etwas auszusagen, müßte man ein Prophet sein. Die einen sagen, der Zusammenbruch des türkischen Reiches wird den islamischen Stolz zerbrechen und sie empfänglich für das Evangelium machen. Die andern, ihre Niederlage wird ihren Fanatismus gegen die Christen erst recht erwecken und sie einstweilen erst recht unempfänglich dagegen machen. Es war schon die Rede von der Erwartung, die englische und amerikanische Missionsfreunde

bezüglich der Mohammedanermision auf den deutschen Protestantismus setzen. Möchten wir diese Erwartung rechtfertigen, möchten aus der jungen deutschen Theologenwelt Kämpfer, ausgerüstet mit solider deutscher Theologie und im Islam beschlagen, wider den falschen Propheten aufstehen! Zur Ausbildung solcher Missionare ist übrigens anfangs November 1912 unter Leitung der beiden Mohammedanermisionare Zwemer und Gairdner in Kairo eine Islamschule eröffnet.

In **Indien** hat 1911 wieder eine allgemeine Volkszählung stattgehabt, deren Ergebnisse jetzt vorliegen. Die Gesamtbevölkerung Indiens einschließlich Barmas beträgt danach 315 523 981 gegen 294 361 056 im Jahr 1901, der Zuwachs mithin 6,4%; die Gesamtzahl der Christen 3 870 203 gegen 2 923 241, Zuwachs 36,6%. Von den Christen sind Indier 3 574 000, die übrigen Ausländer. Römische Katholiken gibt es 1 394 000, Syrische Christen 738 000, Evangelische 1 442 000, der Zuwachs der katholischen und protestantischen Christen beträgt 24,27 bzw. 48%. Auffallend stark ist der Zuwachs in Nordindien; im Pandschab stieg ihre Zahl von 71 864 auf 199 751 (alle Konfessionen zusammen), in den vereinigten Provinzen von Agra und Audh von 102 955 auf 179 694, in den Zentralprovinzen von 27 966 auf 73 461, in Bengalen mit Assam von 278 366 auf 358 184, in der Präsidentschaft Madras von 1 038 854 auf 2 345 475, in der Präsidentschaft Bombay von 233 246 auf 245 657. Die starke Zunahme im Pandschab, den vereinigten Provinzen und anderwärts ist Massenübertritten aus den niederen Kasten zuzuschreiben. Bei den drei vorangehenden Zählungen 1901, 1891 und 1881 zählten die Christen 2 923 241, 228 438 und 1 862 634 Seelen. Auf 1000 Einwohner kamen 1881: 73 Christen, 1891: 79, 1901: 99, 1911: 123. Von den 1 442 000 evangelischen Missionsangehörigen rechnen sich 332 000 dem anglikanischen Bekenntnis zu, 331 000 dem baptistischen, 217 000 dem lutherischen, 164 000 dem presbyterianischen, 162 000 dem methodistischen, 134 000 dem independenten, der Heilsarmee 52 000. In Pflege der deutschen Missionen befinden sich 140 405 Christen.

Die Zahlen der Bekenner der anderen Religionen waren:

Hindu . . .	217 506 960	gegen	201 147 026	in 1901	(Zunahme 8,1 %)
Mohammedaner	66 623 412	"	62 458 077	"	(" 6,6 %)
Sikhs . . .	3 014 466	"	2 195 339	"	(" 37,3 %)
Animisten . .	10 295 168	"	8 584 148	"	(" 19,9 %)
Buddhisten . .	10 721 453	"	9 476 759	"	(" 13,1 %)
Parsi . . .	100 096	"	94 190	"	(" 6,2 %)
Dschaina . .	1 248 182	"	1 334 148	"	(Abnahme 6,4 %).

Der Besuch König Georgs V. in Indien und seine Kaiserkrönung in Delhi mit den daran sich schließenden Ereignissen beschäftigte die Öffentlichkeit geraume Zeit; großen Eindruck hat es besonders gemacht, daß der Herrscher sich bei mancher Gelegenheit als einen Christen bekannte, den Sonntag heiligte, zum Besuch des Gottesdienstes seine Reise unterbrach. Die antienglische

nationale Bewegung ist infolge der den Indern gemachten Zugeständnisse wesentlich abgeflaut, wenn auch das jüngste Attentat auf den Vizekönig gezeigt hat, daß sie noch nicht abgestorben ist. Für Volksschulbildung werden künftig $6\frac{1}{2}$ Millionen M. mehr ausgeworfen, wodurch auch die den Missionen gewährten Beihilfen (grants in aid) eine Steigerung erfahren werden.

Von deutschen Missionen sind in Indien vertreten die Basler, die Leipziger, die Hermannsburger, die Breklumer, die Goßnersche und die Brüdergemeinde. Ihre 211 Missionare und 48 Schwestern machen etwa den zehnten Teil der in Indien stehenden missionarischen Streitkräfte aus. Und wenn wir uns danach umsehen, wo die deutschen Missionare stehen, so machen wir die Wahrnehmung, daß sie auffallend wenig an der Mission in den indischen Großstädten und an den Gebildeten daselbst beteiligt sind, sondern fast durchweg an der auf tieferer Stufe stehenden vorarischen oder kolarischen Bevölkerung zu arbeiten haben. Dafür lassen sich manche Erklärungsgründe anführen: die weltflüchtige Art des deutschen Pietismus in der Vergangenheit, unser nur mattes Interesse an dem Geistesleben anderer Völker und die Gleichgültigkeit gegen die Mission in unsern gebildeten Kreisen. Doch ist ja auch diese Hebung der unterdrückten Klassen ebensowenig eine verächtliche Arbeit wie die afrikanische Missionsarbeit es ist; und Gott hat gerade diesen Missionen vor anderen Fruchtbarkeit geschenkt.

Die **Basler Mission** hat ihre Stationen an der lang gestreckten Westküste von Malabar, die nördlichste wohl 500 km von der südlichsten entfernt. Da ist's verständlich, daß die Situation nicht überall dieselbe ist. Von Südmahratta wird gerühmt, daß die Evangeliumsboten überall freundlich aufgenommen werden. Eine große Bewegung der Geister geht in Malabar vor sich. Die Anzeichen mehren sich, daß, mag auch augenblicklich noch eine Zeit geringer Dinge sein (167 Heidentaufen), doch in Bälde vielleicht eine reichere Erntezeit anbrechen wird. Im Januar d. J. meldete der „Heidenbote“: „Bei manchen niederen Kasten zeigt sich eine Bewegung zum Christentum. Ganze Ortschaften sind im Begriff, dem Heidentum den Abschied zu geben.“ Und die Märznummer brachte Freudenkunde aus dem Kurglande: „Ungeahnte Türen tun sich auf, eine nach der andern. Von vielen Orten, zum Teil von weither, wohin kaum einmal ein Missionar gekommen ist, kommen Leute und drängen, ihnen Lehrer zu geben. In den 55 Jahren, seitdem hier Mission getrieben wird, ist noch nie ein so plötzliches Erwachen gewesen.“ Der Stand der Missionsgemeinden darf im allgemeinen als ein erfreulicher bezeichnet werden. Und die größte Freude und die Hoffnung für die Zukunft sind eine Reihe von außerordentlich treuen und tüchtigen Gehülfen.

Die **Leipziger Mission** muß bei ihren meisten Gemeinden im Tamulenlande (südlich von Madras) „ein Stillestehen oder ein

Beinahestillestehen“ konstatieren. Daß aber trotz äußerlichen Stillestehens doch Weizen in den Ähren ist, dafür sind verschiedene Kennzeichen vorhanden. Ein nicht zu verachtender Anfang zu finanzieller Selbständigkeit ist es, wenn die meist armen Gemeinden 17 000 M. für Gemeindezwecke aufbrachten. 8 Gemeinden haben schon jede eine Dotation von 13 000 M. für die Gehälter ihrer Pastoren und Kirchendiener aufgesammelt, drei sind auf dem Wege, es zu tun. Die tamulischen Geistlichen der Leipziger Mission — es sind ihrer 28 — sind in ganz Südindien wegen ihrer gediegenen Bildung hoch geachtet.

Die gleiche Erfahrung betr. des Stillestehens der Zahl der Gemeindeglieder macht die **Hermannsburger Mission** im Telugulande nördlich von Madras. Einer ihrer Missionare bemerkt dazu: „In den letzten Jahren ist oft die Klage über Mangel an Erfolg in unserer Mission laut geworden. Ich kann in die Klage nicht einstimmen. Ich habe gerade in den letzten Jahren mehr Erfolg beobachtet als je zuvor, zwar nicht äußerlich in Zahlen, wohl aber in der innerlichen Erbauung der Gemeinde, in dem stillen Wachsen der Gemeindeglieder.“ Übrigens haben Heidentaufen weder in der Leipziger noch in der Hermannsburger Mission gefehlt (dort 245, hier 64); aber größere Scharen sind aus dem Lande ausgewandert.

Anders in der **Schleswig-Holsteinischen Mission** im Dscheipurlande. In einem großen Teile unseres Gebietes — so berichtet Inspektor Bracker nach der Heimkehr von seiner Visitationsreise — ist durch unsere Arbeit eine größere Volksbewegung hervorgerufen. Ich war während des Weihnachtsfestes in Kotapad. Am heiligen Abend sah ich in und bei der Kirche rund 2000 Menschen versammelt. War das ein Jubel und Getöse! Am 1. Festtage wurden 200 Heiden getauft. Und zu der Volksbewegung ist eine Erweckung hinzugekommen. Ich merkte etwas von Frühlingswehen im Parvatipur-Bezirk, noch mehr in Gunipur. Noch kräftiger empfand ich's im Naurangapur-Bezirk, wo ein junger, unbedeutender Lehrer das Werkzeug zu einer großen Erweckung geworden ist, die schon mehr als 2000 Leute ergriffen hat. Am schönsten aber war's im Norden des Dscheipur-Bezirktes, wo in über 100 Dörfern Lernende sind. Soweit die Missionare sehen können, spielen keine irdischen Motive hinein, es ist eine rein religiöse Bewegung.

In der **Goßnerschen Mission unter den Kols** hat die Verfolgung, welcher die jungen Christen im Fürstentum Dschaspur im Jahre 1911 ausgesetzt gewesen sind, erfreulich wenig Leute zum Abfall bewogen. Die Lage der dortigen Christen ist aber noch immer die gleiche; der Radscha von Dschaspur verweigert noch fortgesetzt die Genehmigung zur Anlage einer Missionsstation. Im Tributärstaat Banai haben sich, weit entfernt von der Missionsstation Tschakradharpur, allmählich immer größere Scharen von Christen gesammelt, die nur ganz unzureichend von der genannten Station aus versorgt werden können. So stellt sich dort eine neue

Stationsgründung als unabweisbar notwendig heraus. Eine eigenartige Arbeit hat sich bei dem Dorfe Kalimatti herausgebildet, wo in einem riesigen Eisenwerke 20000 Arbeiter, auch gegen 200 Europäer, worunter manche Deutsche, beschäftigt werden. Aus dem Fürstentum Gangpur sind von den Errenga, einem Stamme der Kols, Bitten um Lehrer ausgesprochen. Freilich stehen diese Leute nicht im besten Ruf, aber das war ja kein Grund, ihre Bitte abzuschlagen. Im übrigen hat sich die Kolsmission gleichmäßig weiterentwickelt. Nach der eben eingegangenen Statistik vom Ende 1912 zählt sie, einschließlich der 11541 Taufbewerber, 95465 Seelen. Die Arbeit unter den ausgewanderten Kols in Assam ist ebenfalls gewachsen. Am Ganges hat die Bewegung unter den Tschanar, den Lederarbeitern, einer äußerst verachteten Kaste, der Mission 551 Taufbewerber zugeführt: eine in dieser Mission noch nie erlebte Zahl. Man ist sich allerdings klar, daß diese Massen aus den niedersten Bevölkerungsschichten nur unter Aufwendung von unendlicher Mühe und Geduld gehoben werden können. Günstig trifft es sich, daß das neugegründete Predigerseminar in Ghazipur seinen ersten Katechistenkursus beendet hat und die ersten 9 Katechisten für diese Arbeit zur Verfügung stellen konnte.

Anfangs 1912 veranstalteten die lutherischen Missionen Indiens, die deutschen und dazu die amerikanisch-lutherischen, die dänische und schwedische, zusammen ihrer 11, in Radschamundry ihre zweite „allindische lutherische Konferenz“. Sie beschloß, die Konferenz zu einer stehenden Vertretung der lutherischen Missionen zu machen. Indem man der Ansicht war, daß die lutherische Kirche in Indien stark genug sei, um ein Recht auf Sonderexistenz zu haben, lehnte man den Anschluß bzw. das Aufgehen in eine allgemeine südindische Nationalkirche, wozu man eingeladen war, ab. Zur Ausbildung lutherischer Geistlichen für die Missionen dieses Typus soll in Madras mit Zustimmung der Missionsleitungen in der Heimat ein theologisches Seminar eingerichtet werden. Das Missionskollege in Guntur wurde zum gemeinsamen Kollege für die lutherischen Missionen im Telugulande bestimmt. Die Pflege der Diaspora in Assam, Hinterindien und Natal soll gemeinsam betrieben werden.

Was die allgemeine Lage in **China** anlangt, so ist die neue Republik noch keineswegs gesichert. Eine böse Frucht der Revolution ist zunächst eine heillose Zersetzung des Staatskörpers, vielfach herrschen an Anarchie grenzende Zustände. Wohin das führen soll, wenn nicht bald auf irgend eine Weise Abhilfe geschaffen wird, ist noch gar nicht abzusehen. Ein so altes Reich, in dem bis dahin der ausgesprochenste Absolutismus geherrscht, kann eben nicht über Nacht in eine sich selbst regierende Republik verwandelt werden. Es fehlen dazu alle Voraussetzungen, noch dazu in dem verknöcherten China! Der neuen Regierung aber fehlt der starke Arm, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Angesichts

der Unhaltbarkeit der neuen Zustände ist vor allem im Norden des Reiches eine sehr starke monarchische Strömung entstanden: die alten Zustände, sagt man sich, waren immer noch besser als die jetzigen. Der Süden, der erst später zum Reich hinzugekommen ist, und dessen Bewohner der Rasse nach stark von denen des Nordens abweichen, ist republikanischer gesinnt, er freut sich, das harte Joch der Fremdherrschaft abgeschüttelt zu haben. Bei solchen Zuständen ist's nicht verwunderlich, daß die Reformen keine großen Fortschritte machen. Das Abschneiden des Zopfes u. dergl. wird man nicht als eine so bedeutende Errungenschaft preisen! Anerkennenswert ist das weitere energische Vorgehen gegen das Opiumlaster; hier ist man unbestreitbar tüchtig vorangekommen. In andern Stücken geht man in überstürztem Neuerungsseifer zu weit. Der Reichstag beschloß ein Gesetz, wonach aller Religionsunterricht aus den Regierungsschulen verbannt werden soll; dem Konfuzius soll in den Schulen keine Verehrung mehr erwiesen werden. Dagegen hat sich im Lande aber doch starker Protest erhoben. Die Maßlosigkeit im Abschütteln alles Alten hat vielerorten zur Schließung der Tempel und Zertrümmerung der Götzenbilder geführt. Das große Nationalheiligtum, der Tempel des Himmels bei Peking, wird in eine Musterfarm (!) verwandelt. Vom missionarischen Standpunkt wird man sagen, daß der alte Götzendienst denn doch noch besser war als der neue Atheismus. Hand in Hand mit dem Wegwerfen der Religion geht ein rapider Verfall der Sitten. Der Ton der Zeitungen spottet teilweise aller Beschreibung; wird doch z. B. in ihnen die freie Liebe angepriesen. So geht China durch eine schwere Krise hindurch.

Wie stellen sich bei der neuen Lage der Dinge die Aussichten des Christentums und der Mission? Nach Feststellung eines amerikanischen Missionars haben von den Mitgliedern des Reichstages nicht weniger als 90 % eine abendländische Bildung genossen. Ein gut Teil hat Missionsschulen besucht. Von den 18 Ministern und Kabinettsdirektoren haben 15 eine abendländische Bildung genossen. Fast der vierte Teil des Reichstages besteht aus Christen, darunter der Präsident und Vizepräsident. Letzterer ist, wie auch der Justizminister, der Sohn eines eingeborenen Pastors. Auch manche hohe Beamte und viele Kreismandarine sind Christen. Das berechtigt zu der Erwartung, daß man das Christentum und die Mission in Zukunft unbefangener und objektiver beurteilen wird. In der Konstitution für die Republik ist absolute Religionsfreiheit vorgesehen, und es ist wohl sicher, daß das zum Gesetz wird. Einer Abordnung der Peking Christenschaft hat der Präsident der Republik Juanschikai ausdrücklich zugesichert, daß von jetzt an alle Christen im Lande volle Freiheit der Religionsübung genießen sollten. Hie und da kommt freilich auch der alte Fremdenhaß noch wieder zum Vorschein.

Nun die **deutschen Missionen!** Am längsten arbeiten in China die Basler, Rheinische und Berliner Mission, alle drei in der Provinz Quangtung, letztere auch in Kiautschou. Sie haben in Quangtung 36 Hauptstationen (18, 7 und 11) mit 79 Missionaren (41, 16 und 22) sowie 11 Schwestern (4, 3, 4); in ihrer Pflege stehen 21789 Gemeindeglieder. In Kiautschou hat die Berliner Mission dann noch drei Stationen mit 6 Missionaren, 2 Schwestern und 598 Gemeindegliedern. Der Allgemeine protestantische Missionsverein ist dort und in Shanghai mit 3 Missionaren und 3 Schwestern auf zwei Stationen vertreten. Später sind in die chinesische Missionsarbeit die verschiedenen Missionen der deutschen Gemeinschaftskreise eingetreten. Und zwar haben die Liebenzeller ihr Arbeitsfeld in Hunan (6 Stationen, 15 Missionare, 17 Schwestern, 119 Gemeindeglieder), die China-Allianz-Mission (Barmen) in Tschekiang und Kiangsi (10 Stationen, 15 Missionare, 21 Schwestern, 1078 Christen), die Pilgermission von St. Chrischona gleichfalls in Kiangsi (3 Stationen, 4 Missionare, 4 Schwestern) und die Kieler China-Mission in Süd-Quangtung (2 Stationen, 2 Missionare, 1 Schwester, 130 Christen). Schließlich sind noch zu nennen die beiden deutschen Liebeswerke: das Findelhaus in Hongkong mit 1 Missionar, 3 Schwestern und 71 Zöglingen und das Blindenheim Tsaukwong mit 7 Schwestern und 123 Pfléglingen. Der deutsche Protestantismus stellt mithin für die chinesische Mission 125 Missionare und 69 Schwestern. Aus den eingeborenen Christen (23 938) sind 764 Mitarbeiter gewonnen. Bei diesem bescheidenen Beitrag zur chinesischen Mission ($\frac{1}{15}$) ist es begreiflich, so bedauerlich es auch ist, daß der Einfluß der deutschen Mission auf sie auch nur gering ist. Am größten ist er noch in der Provinz Quangtung, wo die meisten deutschen Arbeitskräfte konzentriert sind. Während die angelsächsischen Missionen (englisch und amerikanisch) die größten Anstrengungen machen, um auf das neue China einen bestimmenden Einfluß auszuüben, großartige Missionsuniversitäten u. dergl. ins Leben rufen, eine weitverzweigte Arbeit durch die Young men's Christian Associations treiben und dergl., haben die deutschen Missionen mit Jung-China recht wenig Fühlung genommen. Zu allen solchen großzügigen Unternehmungen fehlten uns die Männer und die Mittel. Es stände besser um China, sagte auf der letzten Halleschen Missionskonferenz (Februar 1913) der erfahrene Chinesen-Missionar Genähr (Rh.), wenn Deutschlands Einfluß größer gewesen wäre. Deutschland, das Land der Schulmeister, hat nur einen kleinen Anteil an der Reform des chinesischen Schulwesens, für das im großen und ganzen englisch-amerikanisches Schulwesen zum Muster gedient hat. Englisch ist an allen höheren Schulen obligatorischer Unterrichtsgegenstand geworden! Und ein amerikanischer Missionar Pettus, Sekretär der YMCA. in Shanghai stand nicht an, auf der genannten Konferenz zu Halle zu erklären: „Wer weiß, ob China nicht heute noch eine

Monarchie wäre, wenn die monarchischen Deutschen mit der gleichen Anspannung ihrer Kräfte wie die republikanischen Amerikaner Missionsarbeit und besonders Schularbeit in China getrieben hätten.“

Ob in der neuen Zeit die deutsche Mission wenigstens auf ihrem beschränkten Arbeitsfelde den an sie herantretenden Aufgaben gewachsen sein und die sich darbietenden Möglichkeiten auskaufen wird? Von diesen Aufgaben sind die beiden wichtigsten die Schulfrage und die Erziehung der Gemeinden zur Selbständigkeit. Das Verlangen nach abendländischer Bildung ist allgemein; noch nie hat die Mission so große Gelegenheiten gehabt, die heranwachsende chinesische Jugend unter ihren christlichen Einfluß zu bringen als in unsern Tagen. Wie lange diese günstige Situation andauern wird, kann niemand voraussagen. Die Berliner Mission beabsichtigt, ihre Mittelschule aus der Provinzialstadt Lukhang in die Hauptstadt Kanton zu verlegen und sie zu vergrößern, ein sehr zeitgemäßer Plan.

Die Erziehung zur Selbständigkeit der Gemeinden ist eine viel Weisheit und Takt erfordernde Aufgabe. Durch die Revolution genährt, regt sich auch in den Christengemeinden ein starker Drang nach Selbständigkeit. Es war bezeichnend, daß auch die christlichen Gemeindeglieder fast ausnahmslos während der Revolution auf die Seite der Revolutionäre traten, teilweise bei ihnen die Führung übernahmen. Selbst ihren Missionaren gegenüber schlugen sie zuweilen einen ungehörigen Ton an. Das ist wohl vorübergegangen. Aber die Missionare ersehen daraus, daß die Zeiten vorüber sind, wo die Chinesen sich am Gängelband leiten ließen, und sie müssen umsichtig Sorge dafür tragen, den ungestümen Strom in ein sicheres Bett zu leiten. Die allgemeine Tendenz in China geht auf Bildung einer einheitlichen chinesischen Nationalkirche. An dem Unterschied konfessioneller Denominationen, ob lutherisch, reformiert, baptistisch usw., haben die Chinesen nicht das mindeste Interesse. In den großen Städten schließen sich die Gemeinden aller Missionen bereits zusammen. Dem müssen die Missionare Rechnung tragen, sie müssen von dem Gedanken absehen, wenn er ihnen auch lieb ist, ihren Gemeinden für immer den konfessionellen Stempel ihrer Kirche aufdrücken zu wollen. Es muß hier zielbewußt auf Union hingearbeitet werden. Um in solchen wichtigen Fragen gemeinsam Stellung zu nehmen, tun die Missionsgesellschaften gut, Fühlung miteinander zu suchen. Zu solcher gemeinsamen Aussprache haben die drei in Quangtung arbeitenden deutschen Missionen, die Basler, Rheinische und Berliner, sich eine Konferenz geschaffen, welche 1912 zum dritten Male in Kanton getagt hat.

Sonst ist die missionarische Arbeit in den gewohnten Bahnen verlaufen. In den ersten Monaten des Jahres 1912 ist sie durch die unruhigen Zustände noch vielfach gehemmt gewesen, z. B.

konnten Predigtreisen kaum unternommen und die Außenstationen nicht besucht werden. Einmal geriet eine Basler Missionsgesellschaft, ein andermal ein Berliner Missionar in die Hände von Straßenräubern. Auch nahmen die politischen Ereignisse das Denken bei vielen so ganz in Anspruch, daß sie für religiöse Dinge nichts übrig hatten. Im weiteren Verlauf des Jahres konnten die Missionare aber wieder unangefochten ihrem Beruf nachgehen. Trotz der erregten Zeiten konnten im Bereich der Basler Mission 304 Heiden, in dem der Rheinischen 87 und dem der Berliner 386 Heiden getauft werden.

An der **Koreanischen Mission** ist Deutschland aktiv nicht beteiligt, doch gedenken auch die deutschen Missionsfreunde voll Teilnahme der schweren Heimsuchung, die dies so reich gesegnete Arbeitsfeld der evangelischen Mission im letzten Jahre betroffen hat. Angeblich wegen Hochverrat sind dort gegen 100 Christen, darunter der bekannte Führer, der frühere Minister Yun tshi ho, angeklagt und in erster Instanz auch verurteilt worden. Da aber bei dem Verfahren nicht alles ordnungsmäßig zugegangen ist, z. B. beim Zeugenverhör Folter angewandt wurde, ist Berufung eingelegt. Möchte die neue Verhandlung die Unschuld der Angeklagten an den Tag bringen, damit die Schmach von dem Christennamen getilgt werde!

Japan hat am 30. Juli in Kaiser Mutsuhito einen hervorragenden Regenten verloren, unter dessen langer, erfolgreicher Regierung Japan seine Verjüngung erlebt und sich zu einer Weltmacht emporgeschwungen hat. Unter ihm wurden 1873 die Gesetze, die das Christentum für eine staatsgefährliche und todeswürdige Religion erklärten, aufgehoben und Religionsfreiheit erklärt, so daß die evangelische Mission freien Spielraum erhielt und sich ungehindert ausbreiten konnte. Eine letzte Statistik (1910) gibt den Stand der japanischen Mission folgendermaßen an: 341 Missionare, 349 Schwestern, 547 ordinierte Geistliche, sonstige japanische Gehilfen 601, Bibelfrauen 484, Gemeindeglieder 78 875, theolog. Seminare 21 mit 404 Studenten, 16 Waisenhäuser, 8 Hospitäler. Von den 341 Missionaren sind nur 3 (!) Deutsche, 2 im Dienst des Allgemeinen protestantischen Missionsvereins und 1 Freimissionar.

Niederländisch Indien beherbergt zwei deutsche Missionen. Auf Java treffen wir in den Residenzen Samarang, Rembang und Pekalongan (Mittel-Java) 13 Sendboten der **Neukirchner Missionsanstalt** nebst 3 Schwestern, die mit Unterstützung von 62 eingeborenen Gehilfen auf 11 Stationen mit 26 Außenplätzen 1634 Christen bedienen. Die mohammedanischen Bewohner Javas, religiös sehr indifferente Leute, sind ein harter, wenig empfänglicher Boden für die Evangeliumsbotschaft. In den Küstenstädten wird auch unter den eingewanderten Chinesen missioniert. In Soldatenheimen bemüht man sich um die solcher Fürsorge sehr bedürftigen und dafür auch dankbaren holländischen Soldaten.

Durch ärztliche Hilfeleistung sucht man auf vielen Stationen Empfänglichkeit zu wecken.

Ausgedehnt sind die Arbeitsfelder der Rheinischen Mission in Niederländisch Indien. Die Dajakenmission auf **Borneo** hat 1911 ihr 75jähr. Jubiläum, die Batakmission auf Sumatra ihr 50jähr. gefeiert. Jubiläumsfreude konnte auch auf dem bis unlängst wenig fruchtbaren Arbeitsfelde in Borneo herrschen, weil auch da ein frischerer Wind zu wehen begonnen hat. Er kommt von den Bergen im Inland hinab, wo sich im Stromgebiet des Miri eine hoffnungsvolle Bewegung angesponnen hat. Und diese Bewegung scheint sich lebenswirkend auch den anderen Stationen in etwas mitzuteilen. In einer Gegend wurden sogar die Mohammedaner erfaßt; sie luden den Missionar zu einer Besprechung über das Evangelium zu sich ein. Gelingt es, sie zu gewinnen, so will die ganze Stadt folgen. Neuestens regt es sich auch an einem andern Punkte am Oberlauf des Beritostroms, nördlich von Bandjermassin. Der Oberhäuptling der Siangdajaken, eines früher wegen seiner Hinterlist und Lust an blutiger Kopffjägerei berüchtigten Stammes, hat bei der Mission um Errichtung von Schulen gebeten. Ein wackerer eingeborener Gehilfe wurde dahin gesandt. Als ihm im Juli v. J. ein Missionar folgte, konnte er 25 Leute taufen. Er fand hin und her in den Dörfern viel Willigkeit, sich unterrichten zu lassen, so daß Errichtung einer Missionsstation in ihrer Mitte angezeigt erscheint. Daß im Berichtsjahre in der Dajakenmission 221 Heidentaufen stattfanden, ist eine ungewöhnlich große Zahl.

Die Perle der deutschen Missionen ist **Sumatra**. Hier sehen wir die Christianisierung eines ganzen Volkes im vollen Gang; von einer Gesamtbevölkerung von ca. 450 000 Seelen sind 117 586 schon Christen. Nach 10jähriger Arbeit betrug ihre Zahl 1250, nach 20jähriger 5988, nach 30jähriger 21 779, nach 40jähriger 47 784; und nach weiteren 10 Jahren mehr als doppelt so viel. Dabei besteht die Hoffnung, daß es in demselben Maßstabe weitergeht. Allerdings wird das Wachstum nicht überall gleich sein. Wo die Bevölkerung größtenteils islamisiert ist, geht es wesentlich langsamer vorwärts. Aber auch da werden Siege errungen: im Batangtorutale sind 25 % der Christen ehemalige Mohammedaner. In der Landschaft Habinsaran östlich vom Silindungtal bestand die Gefahr der Islamisierung. Aber nachdem jetzt alle Häuptlinge zum Christentum übergetreten sind, ist nicht nur diese Gefahr abgewandt, sondern auch Aussicht vorhanden, daß bald das ganze mohammedanische Lager zum Christentum übergehen wird. Und in immer neue Gebiete dringt die Mission vor. Durch Zusammenziehen alter Stationen, besonders im Silindungtale, ist die Anlegung neuer ermöglicht worden, wenn auch aus Mangel an Missionaren nicht alle erwünschten Neugründungen erfolgen konnten. Der Aufbau einer selbständigen batakischen Volkskirche macht mit jedem Jahre neue Fortschritte. — Auf der Insel Nias erfuhr 1911 die

Mission eine planmäßige Erweiterung durch Anlegung einer Station auf der nördlichen und einer anderen auf der südlichen Hälfte.

Wieder rheinischen Missionaren begegnen wir in **Kaiserwilhelmsland**. Es wurden im Jahre 1912 25 Jahre, daß der Same des Wortes Gottes ausgestreut wird. Und die Frucht? 83 Seelen! Und auch diese wenigen geben zu Sorgen und Seufzen Anlaß. Dazu traf im Jubiläumsjahre die Mission ein neuer, herber Schlag. Die Papua in der Gegend von Friedrich-Wilhelmshafen zettelten abermals eine Verschwörung gegen die Weißen an, glücklicherweise wurde sie rechtzeitig entdeckt. Die Strafe war Deportation der Schuldigen. Damit verlor aber die dortige Missionsstation den Hauptbestandteil ihrer Bevölkerung. Daß man aber nicht mit nur traurigem Herzen das Jubiläum zu begehen brauchte, bewirkte ein Ende Oktober auf der Inlandstation Bongu gefeiertes Tauffest, bei dem 21 Erwachsene und Kinder getauft wurden. Zu erwähnen ist noch, daß in diese Mission zwei von der Londoner Mission auf Samoa geliehene eingeborene Prediger als Mitarbeiter eingetreten sind.

Ein ganz anderes Bild als diese Geduldsarbeit bietet die **Neuendettelsauer Mission** am Huon Golf (Kaiserwilhelmsland), ein Bild reichen Segens. Nicht weniger als fünf Stationen waren 1911 neu besetzt, so daß an der Küste eine Station sich an die andere reiht. Die Blicke richten sich immer mehr auf das Innere, und auch da tun sich die Türen auf. 339 Heiden wurden getauft. Zur Erleichterung des Verkehrs zwischen den Küstenstationen ist der Bau eines kleinen Dampfschiffes in Auftrag gegeben. — In der Südsee haben wir nur die kleine Liebenzeller Mission auf den Karolinen, worüber man einige Daten im ersten Teile des Kapitels findet.

Auch in **Amerika** hat die deutsche Mission ihre Arbeitsfelder. Bezeichnenderweise gehören sie alle einer und derselben Mission an: der Brüdergemeine. Das sind Labrador und Alaska hoch oben in der kalten Zone, dieses mit 4, jenes mit 2 Hauptstationen, in Mittelamerika die kalifornische Indianermission (3 Stationen) und die Moskitomission in Nicaragua (14 Stationen), endlich die großen Missionsprovinzen, wo die Gemeindeglieder der Brüdermission nach Zehntausenden zählen: Westindien-West (20 Stationen) und Westindien-Ost (31 Stationen), Surinam (32 Stationen) und Demerara (3 Stationen). Von den 180 Missionaren der Brüdergemeine haben 81 ihr Heim hin und her in Amerika, dazu 7 Schwestern. Von den 97 915 Gemeindegliedern sind 77 701 in Amerika heimisch. Trotzdem ist hiervon nicht eben viel zu melden. Die beiden kleinen Missionen im hohen Norden, deren Pflege so viel bewunderungswürdige Entsagung und christlichen Heldenmut von ihren Missionaren erfordert, führen ein fast weltabgeschiedenes Dasein: gleichmäßig geht die Arbeit fort, bescheidenen Erfolg bringend. Es ist etwas ganz Ausnahmsweises,

wenn ausgangs 1912 aus Alaska ein Missionar die Taufe einmal von 54 Erwachsenen und 36 Kindern und ein andermal von 68 Personen melden konnte. Damit stieg die Zahl der zur Brüdermission gehörigen alaskanischen Christen in einem Jahr um 209, ein noch nicht dagewesenes Wachstum.

Auch im heißen Kalifornien ist die Arbeit unter den Indianern ohne in die Augen fallende Ereignisse weitergeführt. In Nikaragua ist nach 10jährigem Verbot von der Regierung die Schularbeit wieder freigegeben. Ein kleines Revolutiönchen alle Jahre sind die Missionare gewohnt und regt sie nicht weiter auf. Mehr bedrückt sie, daß ihre Zahl so klein ist, wo doch mancherorten die Türen sich weit auftun oder gar „das Feld weiß ist zur Ernte“.

In Westindien und Surinam, wo die Missionsarbeit nun schon 1 $\frac{1}{2}$ Jahrhunderte alt ist, trägt sie meist nicht mehr missionarischen, sondern pastoralen Charakter. Die Erziehung der Gemeindeglieder zu selbständigen, charaktervollen Christen und der Gemeinden zu sich selbst unterhaltenden und verwaltenden ist eine mühevollen, unendliche Geduld erfordernde Arbeit. Die Armut der Leute, widrige Ereignisse, wie Dürre, Teuerung, wirtschaftliche Kalamitäten, verheerende Orkane — ein solcher hat eben wieder auf Jamaika großen Schaden angerichtet — rücken das Ziel immer wieder hinaus. In Surinam ist am 1. Juli 1911 auf Grund langjähriger Vorarbeit eine Kirchenordnung eingeführt, eine wichtige Etappe auf dem Wege zu jenem Ziele hin. Ihr ist dann die erste Kirchenkonferenz vom 31. Oktober und 1. November nachgefolgt, die einen erfreulichen Verlauf nahm. Unter den 49 Mitgliedern waren 23 Europäer und 26 Eingeborene, 31 ordinierte und 18 Laienabgeordnete.

Es wird aber auch noch eigentliche Heidenmission getrieben, und zwar unter den zahlreichen indischen und javanischen Kulis, von denen eine starke Einwanderung statt hat. Und noch eine ganz andersartige Arbeit ist im Jahre 1912 angefangen: die Surinamer Buschneger-Mission hat ein neues Reis angesetzt. Die Papotoneger am Oberlauf des Suriname, etwa 1 $\frac{1}{2}$ Tagereisen südlich von Botopasi, ein Stamm von 7—8000 Köpfen, hat auf Stationierung eines Evangelisten angetragen. Die ganze Gegend dort ist noch völlig heidnisch, so daß dieser Neuanfang eine direkte weitschauende Missionsarbeit bedeutet, die von vorne anfangen muß.

*

*

*

Wichtigste Missionsadressen:

1. Brüdergemeine.

Die Missionsdirektion der evangelischen Brüder-Unität:

Paul Hennig, Benj. La Trobe, John Taylor Hamilton, Bischöfe, Joh. Hettasch, Leonhard Reichel.

Sitz: Berthelsdorf bei Herrnhut.

Postscheck Leipzig 7669. Fernruf Unitätshauptkasse Herrnhut 20.

„Monatsblatt der Brüdergemeine“, monatlich (durch Post: 1,40 M.). Hrsg. Pred. Bechler.

„Aus Nord und Süd“ (für die Jugend). Jährl. 0,25 M. und Porto.

„Kampf und Sieg“, reich illustrierte Monatsschrift, 1,20 M. jährl.

2. Evangelische Missionsgesellschaft in Basel.

Präs.: Pf. Paul Christ.

Dir.: D. Th. Oehler.

Vize-Dir.: Dipper.

Insp. für die Heimat: Pf. H. Dipper; für Indien: Miss. Lic. Frohnmeyer; für die Goldküste und Kamerun: Pf. Walter Oettli.

Lehrer: Pf. Ludw. Mühlhäußer, Pf. Knapp und Pf. Weismann.

Adressierung für Briefe aus Deutschland:

An die Basler Missionsverwaltung, bezw. Basler Missionsbuchhandlung, St. Ludwig, Elsaß (nach Basel doppeltes Porto).

Postscheck Stuttgart 2027, Basler Missionsagentur. Fernruf Basel 2625.

Telegramm-Adresse Missionshaus Basel.

„Evang. Missionsmagazin“, monatl. 3 Bogen, 4 M. (durch Post: 4,60 M.).

„Der Evang. Heidenbote“, monatl. 1 Bogen, 1 M. (durch Post: 1,40 M.).

„Der Heidenfreund“, Jugend-Missionsblatt, monatl. 0,25 M.

„Mitteilungen aus der Basler Frauenmission“, zweimonatl. 0,80 M.

3. Berliner Missionsgesellschaft.

Präs.: Oberverw.-Ger.-Rat Berner, Berlin W. 15, Joachimsthalerstr. 29.

M.-Dir.: Sup. a. D. D. Gensichen, Berlin NO. 43, Georgenkirchstr. 70.

M.-Insp.: P. P. Lic. Axenfeld, Gründer, H. Glüer, Wilde, S. Knak, Berlin NO. 43, Georgenkirchstr. 70.

Schatzmeister: Kaufmann D. Schlunk, Berlin SO. 26, Reichenbergerstr. 4.

Adresse: Berlin NO. 43, Georgenkirchstr. 70.

Postscheck Berlin 3771. Fernruf Königsstadt 3468.

„Berliner Missionsberichte“, monatl. 1 M. (durch Post: 1,40 M.).

„Missionsfreund“, monatl. 1 M. (durch Post: 1,40 M.).

„Mission und Pfarramt“, zwanglos, mindestens 9 Bogen, jährl. 1,75 M.

„Njassabote“, vierteljährlich, jährl. 1 M.

„Drache und Kreuz“, vierteljährlich, jährl. 1 M.

„Lagerstube“, dreimal im Jahre, jährl. 0,60 M.

„Kleiner Missionsfreund“, monatlich, Schenkblatt für Sonntagsschüler.

„Kleiner Sammler“, vierteljährlich, Quittungsblatt des Sammelvereins.

„Mitteilungen des Berliner Vereins für ärztliche Mission“, zweimonatlich.

4. Rheinische Mission.

Präs.: Kommerzienrat Heinr. Mittelsten Scheid, Barmen, Diekerstr. 62.

Dir.: P. Spiecker.

Insp.: P. P. Kriele, Wegner, Krafft, Stokmann und D. Warneck-Bethel.

Sitz: Barmen, Rudolfstr. 137/139.

Postscheck Köln 6683. Fernruf Barmen 639.

„Berichte der Rhein. Miss.-Gesellschaft“, 1,50 M. (durch Post: 1,75 M.).

„Missionsblatt“ (Barmen), monatlich 1 M. (durch Post: 1,25 M.).

„Der Kleine Missionsfreund“, 0,60 M. (durch Post: 1 M.). Billige Ausgabe 0,20 M.

„Des Meisters Ruf“ (Frauen-Missionsblatt), erscheint vierteljährl., 0,50 M.

5. Norddeutsche Missionsgesellschaft.

Präs.: Joh. Schröder, Bremen, Langestr. 86.

Dir.: A. W. Schreiber, Bremen, Ellhornstr. 12.

Insp.: P. P. M. Schlunk, Hamburg, Blumenau 144, E. Ohly, Bremen, Brückenstr. Fernruf 6043.

Rechnungsführer: H. Lahusen, Bremen, Aschenburg.

Sitz: Bremen, Wandrahm 7.

Postscheck Hamburg 1621. Fernruf Bremen 8861.

„Monatsblatt der Nordd. Miss.-Gesellschaft“, monatlich 1,20 M.

„Missions-Kinderfreund“, 0,12 M. und Porto.

„Phoebe“, Mitteilungen aus der Schwesternarbeit der Nordd. Miss.-Gesellsch., vierteljährlich. Quartalblatt der Grotenkollekte.

6. Goßnersche Missionsgesellschaft.

Vors.: Konsistorialrat Dr. Conrad, Berlin.

Dir.: P. H. Kausch.

Insp.: P. P. H. Roterberg, F. Zernick und K. Förtsch.

Adresse: Berlin-Friedenau, Handjerystr. 19/20.

Postscheck Berlin 7950. Fernruf Pfalzburg 2175.

„Die Biene auf dem Missionsfelde“, monatlich 1,25 M., illustriert.

„Die kleine Biene“, Familienblatt, monatlich 0,50 M., illustriert.

„Mitteilungen an den Freundeskreis“, umsonst.

„Kindergruß aus der Goßnerschen Mission“, monatl., illustr. je Nr. 1 Pf.

Jahrbuch: „Stand und Arbeit der Goßnerschen Missionsgesellschaft, illustr., umsonst.

7. Evangel.-luther. Mission zu Leipzig.

Vors.: Geh. Oberkirchenrat D. Bard, Schwerin.

Stellv. Vors.: Geh. Kirchenrat Prof. D. Ihmels, Leipzig.

Dir.: Prof. D. Paul, Missionshaus.

Insp. P. Weishaupt, Karolinenstr. 17 I und Bemann, Windmühlenweg 7. Fernruf 12478.

Theol. Lehrer: P. Lohmann, Missionshaus, und P. Jacobskötter.

Redakteur des Missionsblattes: Miss. Gehring, Karolinenstr. 17 II.

Missionshaus: Leipzig, Karolinenstr. 19.

Postscheck Leipzig 168. Fernruf 8639.

Verlag der Evangel.-luther. Mission: Leipzig, Karolinenstr. 17.

„Evangel.-luther. Missionsblatt“, 14 tägig, 1,50 M. im Buchhandel; durch Post bezogen: 1,75 M.

„Lydia“, Blätter aus der Leipziger Frauenmission, jährl. 12 Nr., im Buchhandel 0,80 M., direkt vom Verlag bezogen 1,20 M.

Nur vom Verlag zu beziehen:

„Die Kleine Missionsglocke“ (für Kinder), monatlich je 1 Nr. 1 Pf.

„Nachrichten aus der Heidenwelt“, monatlich je 1 Nr. 1 Pf.

8. Frauenverein für christliche Bildung des weiblichen Geschlechts im Morgenlande.

Vorst.: Frl. Julie von Buddenbrock, Berlin W., Schellingstr. 12.

Schatzmeister. Geh. Rechnungsrat W. Beneke, Berlin N., Artilleriestr. 16.

Geistlicher Berater und Herausgeber des Missionsblattes: Hof- und Domprediger Ohly, Berlin NW., Hindersinstr. 7.

Sitz: Berlin.

„Missionsblatt des Frauenvereins etc.“, monatl. 1,50 M.

9. Hermannsburger Mission.

Dir.: Egm. Harms (in Afrika) und P. D. Haccius.

Hauptlehrer: P. P. Röbbelen, M. Harms, Raeder und Oberlehrer Habenicht.

Miss.-Schr.: W. Maneke.

Sitz: Hermannsburg, Provinz Hannover.

Fernruf 5.

„Hermannsburger Missionsblatt“, monatlich, durch Post: 1,60 M.

„Missionsblatt für unsere liebe Jugend“, 0,10 M. ohne Porto. (Nach auswärts bei 12 Exemplaren portofrei.)

10. Berliner Frauen-Missionsverein für China.

Vorst.: Frl. Julie von Buddenbrock, Berlin W., Schellingstr. 12.

Schatzmeister: D. J. Schlunk, Berlin SO. 26, Reichenbergerstr. 4.

Geistlicher Berater: Miss.-Insp. Glüer, Berlin NO. 43, Georgenkirchstr. 70.

Verantwortlicher Schriftleiter: Superintendent a. D. Petri, Großlichterfelde, Albrechtstr. 8a.

Sitz: Berlin.

„Mitteilungen des Berliner Frauen-Vereins für China“, vierteljährlich an Mitglieder.

11. Jerusalemsverein in Berlin.

Vors.: Wirkl. Geh. Rat D. Graf von Zieten-Schwerin, Wustrau, Kreis Ruppın (Mark).

Schriftf.: Pf. Ulich, Wustrau, Kreis Ruppın (Mark).

Schatzmeister: Kommerzienrat O. Weber, Berlin C., Heiligengeiststr. 16.

Sitz: Berlin.

„Neueste Nachrichten aus dem Morgenlande“, vierteljährlich, gegen einen Jahresbeitrag von wenigstens 1 M.

12. Breklumer Mission.

Vors.: vacat.

Erster Miss.-Insp.: P. Bracker; zweiter Miss.-Insp.: P. Lucht in Husum.

Senior: Miss. Pohl.

Schr.: Chr. Wienberg.

Adresse: Schleswig-Holsteinische evangel.-luther. Missionsgesellschaft zu Breklum, Reg.-Bez. Schleswig.

Postscheck Hamburg 3232.

„Schleswig-Holsteinisches Missionsblatt“, monatl. 1 M. (durch Post: 1,20).

„Frauen-Missionsblatt“, monatlich 1 M.

„Der Kleine Missionsherold“, monatlich 0,75 M.

„Vort Missionsblad“ (dänisch), monatlich 1 M.

„Palmblätter aus der Mission“ (Werbeblätter); auch dänisch.

13. Neukirchner Mission.

Insp.: P. Paschen, Neukirchen, Kreis Mörs, Reg.-Bez. Düsseldorf.

Für das Missionshaus: Insp. H. Schiefer.

Für die Missionsfelder: Insp. P. Nitsch.

„Der Missions- und Heidenbote“ nebst Beiblatt, monatlich 1,75 M. (durch Post: 2 M.).

„Jugendmissionsblatt“, monatlich, 1 1/2 Pf. die Nr.

„Die Ährenleserin auf dem Missionsfelde“, jeden Monat, jährlich 0,25 M.

14. Allgemeiner evangel.-protest. Missionsverein.

Protector: Se. Kgl. Hoheit Großherzog Wilhelm Ernst von Sachsen-Weimar.

Präses: Pf. D. Dr. Kind, Berlin W. 8, Kronenstr. 70.

Miss.-Insp.: P. Lic. Witte, Berlin S. 59, Hasenheide 56.

Zentralbureau: Berlin SW. 29, Mittenwalderstr. 42.

Fernruf: Moritzplatz 13 845.

Schatzmeister: Max Thieme, Charlottenburg, Friedbergstr. 15.

Postscheck 248 Berlin NW. 7.

„Zeitschrift für Missionskunde und Religionswissenschaft“, monatlich. Protestantischer Schriftenvertrieb, Berlin-Schöneberg, Eisenacherstr. 45. 5 M.

„Missionsblatt des Allgemeinen evangel.-protest. Missionsvereins“, monatl., Heidelberg. 0,60 M.

„Jugendmissionsblatt“, monatl. (außer Juli) vom Zentralbureau unentgeltlich.

15. Bielefelder Missionsgesellschaft für Deutsch-Ostafrika.

1. Vors.: P. F. von Bodelschwingh, Bethel bei Bielefeld.

2. Vors.: P. Michaelis in Bielefeld.

Miss.-Insp.: P. Lic. Trittelvitz, P. Joh. Held, P. P. Simon, Bethel bei Bielefeld.

Sitz: Bethel bei Bielefeld.

Postscheck Hannover 1115. Fernruf Bielefeld 478.

„Nachrichten aus der Ostafrikanischen Mission“, monatlich 1,50 M.

„Kindergabe“, — Pfennigblatt, monatlich, auch wöchentlich.

16. Neuendettelsauer Mission.

(Gesellschaft für Innere und Äußere Mission im Sinne der luther. Kirche.)

Vors.: Kirchenrat E. Stirner, Rothenburg (Tauber).

Miss.-Dir.: M. Deinzer, Neuendettelsau.

Miss.-Insp.: Steck und Zahn.

Postscheck Nürnberg 3070.

Missionsblatt: „Neuendettelsauer Missionsblatt. Fortsetzung der Kirchl. Mitteilungen aus und über Nordamerika, Australien und Neu-Guinea“, monatl., zu beziehen von der Missionsanstalt in Neuendettelsau, auch durch die Post oder C. H. Becksche Buchhandlung in Nördlingen für 1 M. pro Jahr.

17. Deutsche China-Allianz-Mission. e. V.

(Barmer Zweig der China-Inland-Mission.)

Geschäftsstelle: K. Engler, Barmen, Seifenstr. 3—5.

Organ: „Der China-Bote“, Monatsblatt, 1 M.

18. Deutsche Blindenmission unter dem weiblichen Geschlecht in China.

Vors. des Missionsvorst.: P. Schmedes in Springe (Deister).

Vorst.: Frl. Luise Cooper, Hildesheim, Sedanstr. 33.

Schatzm.: Rentier A. Ehrenberg, Hildesheim, Hornemannstr. 6.

„Tsaukwong“ — grünes Pfennigblatt für Groß und Klein, monatlich 0,12 M. und Porto (zu bestellen bei Frl. F. Hüser, Hildesheim, Herderstr. 6a).

19. Missionsgesellschaft der Deutschen Baptisten in Berlin.

Miss.-Insp.: Karl Mascher, Berlin-Steglitz, Filandastr. 4.

Stellv. Insp.: E. R. Süvern (dieselbe Adresse).

Geschäftsstelle: Berlin-Steglitz, Filandastr. 4.

Fernruf Steglitz 409. Postscheck Berlin 5939.

Missionsblatt: „Unsere Heidenmission“, monatlich 1 M.

20. Mission der Hannoverschen evangel.-luth. Freikirche.

Vors. des Missionsausschusses: Sup. A. Heicke, Nettelkamp.

Leiter des Missionsseminars: P. Wolff, Bleckmar.

Postscheck Hannover 2209. Fernruf Bergen bei Celle (Hilfsstat. Bleckmar).

„Missionsblatt der Hannoverschen evangel.-luth. Freikirche“, monatlich 1 M. (durch Post: 1,20 M.). Herausgeber P. Dreves, Hermannsburg.

21. Pilgermission von St. Chrischona bei Basel.

(Chrischonazweig der China-Inland-Mission.)

Adresse für Sendungen aus Deutschland: Inspektorat St. Chrischona, Post Grenzach in Baden.

Insp.: F. Veiel.

Fernruf und Telegr.-Adr.: Chrischona, Basel.

Organ: „Der Glaubensbote“, monatlich, neben erbaulichen Aufsätzen hauptsächlich Berichte der „Evangelisten“ über ihre Evangelisationsarbeit und Berichte aus der China-Mission enthaltend, durch Post: 1,40 M. in Deutschland, 1,50 M. im Weltpostverein.

22. Liebenzeller Mission (i. Verband der China-Inland-Mission).

G. m. b. H. — Liebenzell (Württemberg).

Insp.: Pf. Heinr. Coerper, Liebenzell, Württemberg.

Miss.-Schr.: Prediger E. Kirmann, Liebenzell, Württemberg.

Fernruf 12. Postscheck Stuttgart 3865.

Organ: „Chinas Millionen“, in Verbindung mit dem „Missionsboten aus der deutschen Südsee“, monatlich 1 M.

Generalsekretär des Jugendbundes für entschiedenes Christentum, der die Mission auf den Karolinen trägt, P. Blecher, Friedrichshagen b. Berlin.

23. Kieler China-Mission.

Leiter: P. Witt, Kiel, Holtenauerstr. 67.

Geschäftsstelle: Buchhandlung des Missionshauses, Holtenauerstr. 67.

Postscheck 2804 Hamburg 11.

Organ: „Er kommt“, halbmonatlich, durch Post: jährl. 1,50 M.

24. Sudan-Pionier-Mission.

(S. P. M.)

Präs.: vacat.

Schriftf.: P. W. Ziemendorff, Holzappel.

Schatzm.: Kaufmann Ulrich, Kassel, Sedanstr. 8.

Sekretariat: Wiesbaden, Emserstr. 12.

Organ: „Der Sudan-Pionier“, monatlich, 1,40 M. pro Jahr.

25. Deutsche Orientmission. Potsdam.

Vors.: Dr. Johannes Lepsius, Potsdam.

Stellv. Vors.: Sup. Roedenbeck, Klein-Glienicke.

Geschäftsstelle: Potsdam, Wilhelmsplatz 16/17.

Fernruf Potsdam 228. Postscheck Berlin 6698.

Monatsblatt: „Der christliche Orient“, durch Post: 1,74 M., vom Verlag:
1,50 M.

26. Siebenten-Tags-Adventisten-Missionsgesellschaft.

Europäische Abteilung

(umfassend: Europa, Russisch- und Türkisch-Asien, Persien, Nord- und Ostafrika).

Hamburg, Grindelberg 15 a. Fernruf 6343.

Vors.: L. R. Conradi.

Schriftführer: G. Dail.

Schatzm.: A. Küßner.

Kap. IV.

Juden und Judenmission.

Bearbeitet von Pastor em. Lic. de le Roi, Schweidnitz.

I. Jüdische Zustände.

Man zählt jetzt in der Welt 11 $\frac{1}{2}$ Millionen Juden. Häufiger aber als je früher wechseln viele ihre Wohnsitze, und man findet Juden gegenwärtig in allen fünf Erdteilen. Europa herbergt aber noch immer den größten Teil, etwa zwei Drittel derselben, und fast ihre Hälfte, nämlich 5 100 000, Rußland. Doch verlassen allerdings stets wachsende Scharen das Zarenreich und strömen besonders in Nordamerika ein, das ihnen die größte Freiheit verspricht. 1818 fand man in Nordamerika nur 3000 Juden, 1850 schon 230 000, 1912 aber nicht weniger als 2 100 000, also wuchs in einem Jahrhundert ihre Zahl daselbst um das 700 fache, ein wohl einzig dastehender Vorgang. In Neu York lebt gegenwärtig fast 1 Million Juden, und dasselbe ist heute die größte Judenstadt der Welt. Nur das alte Jerusalem, und dies auch allein in den Festzeiten, wo es Religionsgenossen als Pilger aus allen Ländern in sich sammelte, beherbergte eine ähnliche Zahl von Juden in seinen Mauern. Deutschland zählt 610 000 Juden, Großbritannien 240 000, die Türkei 95 000.

Die Auswandernden gibt man sich öfters jüdischerseits Mühe an ihren neuen Wohnstätten in geordnete Verhältnisse zu bringen. Die jüdische Kolonisationsgesellschaft (Ica) läßt es sich angelegen sein, solche in Argentinien, Brasilien, Kanada und Nordamerika und in eigenen Kolonien anzusiedeln; die in denselben herrschenden Zustände waren aber bisher wenig erfreuliche; doch lauten die Berichte jetzt etwas besser. Immerhin ist es fraglich, ob ein anhaltender Fortschritt hier erzielt werden wird. Die jüdische Territorial-Organisation (Ito) glaubt das am ehesten zu erreichen, wenn die Auswanderer in einem eigenen Territorium angesiedelt werden, hat bisher aber ein solches noch nicht gefunden. Auch der Baron Hirsch-Fonds hat noch keine rechten Erfolge erzielt, und der größte Teil der Ausgewanderten lebt noch in dürftigen

Verhältnissen. Immerhin erholen sich nach und nach viele, und nicht wenige sind bereits sogar zu hohem Wohlstande gelangt.

Die soziale Gestaltung der Judenschaft bleibt aber, wie es auch in früheren Jahren gesagt wurde, noch immer eine unnormale, und dies nicht bloß in den slavischen Gebieten, wo sie, wie in Rußland, bürgerlich sehr beschränkt sind, sondern auch in den Ländern, wo sie völlige bürgerliche Freiheit genießen, und das, wie Einsichtige unter ihnen es selbst anerkennen, weil der Sinn der meisten Juden auf einen Erwerb gerichtet ist, der möglichst schnellen und möglichst großen Gewinn verspricht. Daher bei ihnen noch stärker als bei den Christen die Flucht aus den kleinen Städten und dem Lande in die großen Städte. Mit Vorliebe werfen sie sich auf den Geldhandel, und an den Börsen verschiedener Länder spielen sie eine ausschlaggebende Rolle. Im kaufmännischen Leben aber wird ihnen nur zu oft mit Recht ein unlauterer Geschäftsbetrieb vorgeworfen. Ebenso sind sie ganz unverhältnismäßig an der Produktion und dem Verkauf alkoholischer Getränke beteiligt, worunter ganz besonders die slavische Bevölkerung ungemein leidet. Andererseits ist dann freilich, wo die Juden dicht gedrängt zusammenwohnen, die Konkurrenz unter ihnen oft eine so große, daß viele von ihnen nicht vorwärts zu gelangen vermögen. In Galizien kommen so auf 1000 erwerbsfähige Juden 1922 erwerbslose. Aber noch immer leben selbst in Deutschland 50,56 % aller Juden vom Handel.

Immerhin erwacht hin und her unter Juden die Erkenntnis, daß es auf den alten Bahnen nicht weitergeht. Selbst die Landarbeit wird hier und da ins Auge gefaßt. Aber allerdings gilt für dieselbe am meisten noch das Wort, welches der jüdische Schriftsteller F. Theilhaber ganz allgemein ausspricht: „ein jüdischer Arbeiterstand hat sich noch nicht entwickelt“. Doch wird in Nordamerika von Juden mit einigem Ernst Landwirtschaft ins Auge gefaßt, und in Palästina suchen die Eingewanderten dieselbe unter den Ihrigen wieder ins Leben zu rufen.

An der Industrie beteiligen sich die Juden gegenwärtig viel stärker, als es früher der Fall war; bereits sind 21,87 % von jüdischen Arbeitsfähigen in derselben beschäftigt. In freien Berufen finden sich in Deutschland 6,54 % der erwerbsfähigen Juden. Ihr Drängen, in die oberen Schichten des Volkes zu gelangen, wird dann oft von ihnen mit ihrem Bildungstrieb gerechtfertigt, aber dieser will recht beurteilt sein. In Preußen kommen ja auf 10000 Christen 61 Besucher höherer Schulen und dagegen auf 10000 Juden 385, auf 4,47 christliche Studenten 31,77 jüdische. Übertragen sich die gleichen Verhältnisse auf die Christen wie auf die Juden, dann würde der soziale Bestand von Volk und Land in Deutschland eine Unmöglichkeit sein. Aber ihnen gereichen auch selbst ihre ungesunden sozialen Verhältnisse zu großem Schaden. Vor allem leidet unter ihrem Jagen nach Gewinn und Genuß ihr

Familienleben. Auf eine jüdische Ehe fallen in Deutschland nur 1,31 Kinder, und selbst in den slavischen Gebieten, wie in Rußland, drohen den Juden schon ähnliche Gefahren. Von Deutschland sagt ihr Stammesgenosse F. Theilhaber geradeswegs: „ohne Einwanderung stirbt das deutsche Judentum aus“. Ähnliche Verhältnisse aber bereiten sich überhaupt unter den Juden in den Kulturländern vor.

Allen diesen Erscheinungen aber liegt der religiöse Verfall unter den Juden zugrunde. Nach ihren eigenen Blättern nimmt die religiöse Gleichgültigkeit unter der Jugend der Kulturländer in erschreckendem Maße überhand; in Rußland wie in den slavischen Ländern und in Nordamerika klagt man sogar über einen völligen Radikalismus unter derselben. Gleichzeitig steigt fortwährend die Zahl der Mischehen, und die Kinder in denselben werden überwiegend getauft; in Berlin z. B. 1911 nicht weniger als 315 Kinder aus solchen Mischehen. Die Zahl dieser Mischehen betrug im Deutschen Reich 1904 = 606, sie stieg dann von Jahr zu Jahr und war 1909 auf 982 angelangt. In sieben Jahren vermehrten sich die rein jüdischen Ehen um 17 %, die der Mischehen um 6,2. 1902 kamen noch auf 100 Ehen unter den Juden 15,4, dagegen 1909 = 25,4 Mischehen.

In Schweden übertrifft die Zahl der jüdisch-christlichen Mischehen die der rein jüdischen. In Ungarn kamen 1911 auf 7590 geschlossene Ehen unter den Juden 395 = 5,21 % Mischehen. „Gäbe es keine Juden des Ostens, so bekennt eine jüdische Stimme, dann wäre die Judenheit von Westeuropa schon längst dem Auflösungsprozeß zum Opfer gefallen.“

Einsichtige Juden verbergen sich überhaupt nicht den Ernst ihrer Lage. Selbst die fanatischen Chassidim beklagen es, daß ein neuer Geist unter ihnen einzudringen beginne, und sahen sich auf einer Versammlung in Czernowitz, der acht ihrer Wunderrabbis beiwohnten, genötigt, die Notwendigkeit des Unterrichts in der Landessprache und in allerlei weltlichen Fächern für die Jugend anzuerkennen. Aber wie nun helfen, daß bei solcher Lage der Dinge das Judentum unerschüttert bleibe? Freilich die verschiedenen Parteien bieten ihre Hilfsmittel an und erwarten von denselben gewissen Erfolg. Die Orthodoxen treten mit der Versicherung auf den Plan, daß alles wieder gut werden würde, wenn sich die gesamte Judenschaft unter ihrer Fahne sammelte. In Kattowitz hat eine große Versammlung derselben stattgefunden, welche einen organisierten Zusammenschluß der Agudath-Jisrael und ein entschiedenes Frontmachen gegen alle Neuerer beschloß. Aber ihnen kommt höchstens der Umstand zugute, daß man bei der gegenwärtigen Zerfahrenheit unter den Juden die Notwendigkeit einer engeren Verbindung aller Juden miteinander anerkennt und bei einer solchen auf die Orthodoxie in Nebensachen Rücksicht nehmen, teilweise auch ihnen zu liebe an gewissen Gebräuchen festhalten

will. Besonders die Anhänger der deutschen Mittelpartei „Freie jüdische Vereinigung“ und ihr „Israelitisches Wochenblatt“ stimmen dem zu. Auch der Zionismus kommt aus gleicher Politik den Orthodoxen entgegen, indem er erklärt hat, daß in den Kolonien Palästinas nichts offiziell gegen die Religion und die alten Satzungen unternommen werden sollte, während dem Einzelnen daselbst völlige religiöse Freiheit gelassen bleibe.

Aber aus den verschiedensten Ländern ertönt nun doch fort und fort die Klage, daß die Orthodoxie stetig an Boden verliere, während auch selbst die fortgeschrittenste Reform den Gemütern nicht mehr genüge, weil zu vielen eben aller Glaube verloren gegangen sei.

Da ist denn, um endlich der Zersetzung mit Erfolg entgegenzutreten und der ganzen Judenschaft eine gemeinsame Position darzubieten, am 13. Oktober in Posen eine Versammlung der Vereinigung für das liberale Judentum veranstaltet worden. Hier waren 131 stimmberechtigte Vertreter aus allen Teilen Deutschlands erschienen, unter ihnen 65 Rabbiner. Diese Vereinigung zählt jetzt 6234 Mitglieder und hat eine Jahreseinnahme von gegen 52 000 M. Man wolle, so wurde erklärt, im Judentum Wesen und Erscheinung unterscheiden lernen. Es gelte einen Ausgleich zu schaffen zwischen dem Leben, das die Mitglieder, und der Lehre, welche die Rabbiner vertreten. Zu bedenken sei: die Umwälzungen auf allen Gebieten mußten zu einem Kampfe gegen manche Ausdrucksformen des religiösen Lebens führen. Die Juden gehören zu einer Glaubensgemeinschaft, welche sich auf die Bibel stützt und sich im Leben als Wahrheit bestätigt. Die Anerkennung eines bestimmten Glaubens macht das Wesen des Judentums aus. Unserer Väter Religion ist unsere Religion, der Gott unserer Väter unser Gott. Man wolle nicht eine neue Religion schaffen, nicht einmal neue religiöse Anschauungen aussprechen. „Wir stehen fest und unerschütterlich auf dem Boden der objektiven Religion, wir erkennen die absolute Autorität der göttlichen Wahrheiten und sittlichen Forderungen an. Sie sind uns unantastbare Offenbarung, in welchem Sinne auch dieses theologische Wort genommen werden mag; sie sind uns dogmatisch unerläßliche Forderungen.“ Dann aber wird die Freiheit der Wissenschaft auch den religiösen Urkunden gegenüber anerkannt und die religionsgeschichtliche Entwicklung, denn man habe eine geschichtliche Religion. „Glaubensvorstellungen, welche die Reinheit der jüdischen Gotteslehre trüben, sind aus dem Lehrgehalt der jüdischen Religion auszuschneiden; wie aber sich die Vorgänge der Offenbarung abspielten, das zu wissen, maßen wir uns nicht an, während wir die Heilige Schrift um ihres ewig göttlichen Inhalts willen als ganz eigentliche Offenbarungsurkunde bezeichnen. Zwischen der Subjektivität des einzelnen innerhalb der Religion und dem Standpunkt der Bewahrung der objektiven Religion gilt es die Diagonale zu ziehen, und dies ist hier versucht

worden. Die Rabbiner haben die objektive Religion zu vertreten, die Gläubigen die subjektive Religion.“

Man wird zunächst bekennen müssen, daß diese Richtlinien über das Wesen des Judentums gar nichts erklären und aussagen. Denn was die eine Hand gegeben hat, wird von der andern sofort wieder genommen. Scheint es so eben, daß man mit der Bibel gehen wolle, dann wird es darauf doch dem jeweiligen Zeit- oder Einzelbelieben völlig freigestellt, wie es die Bibel verstehen und wie man es mit ihrer Geltung halten wolle. Tatsächlich wird nur ein Spiel mit Worten getrieben, bei denen die Liberalen und Orthodoxen denken können, was sie wollen. Der Gesichtspunkt ist der, möglichst viele Juden zu gewinnen, und man richtet es daher so ein, daß man, wie die zionistische Welt richtig sagt, daraus ein Bequemlichkeitsjudentum erhält. Kein Wunder, daß diese Richtlinien bei den verschiedensten jüdischen Parteien eine Ablehnung erfahren haben.

Doch, daß Judentum seinem Wesen nach Religion und diese Religion irgendwie festzustellen sei, erregte weithin das jüdische Lager. Proteste erfolgten von allen Seiten und liefen z. B. auch von den jüdischen Gemeindevorständen in Berlin und Frankfurt a. M. ein. Die Richtlinien stellten Dogmen auf, wurde geantwortet, aber das Judentum kenne keine Dogmen. Judentum sei in seinem Wesen ein Gesetz, das beobachtet werden wolle, wurde erklärt. Es fordere ein gemeinsames Leben, aber dasselbe nicht in sich stets gleichbleibenden Formen, sondern lasse für dieselben eine Entwicklung zu. Es ist der allerernsteste sittliche Faktor der menschlichen Zukunft, der Vorkämpfer für das Menschheitsideal. Von ihm soll eine dreifache Erkenntnis in die Welt ausgehen: die des einheitlichen Menschengeschlechts, der einheitlichen Moral und der einheitlichen Religion. Durch jene Richtlinien dagegen sinke das Judentum zu einer neuen jüdischen Konfession herab.

Der einmütige Protest aller anderen jüdischen Parteien gegen die Richtlinien hat denn auch die Folge gehabt, daß ihre Anhänger einen gewissen Rückzug angetreten und eine Abschwächung ihrer Sätze erlassen haben. Es war eben noch zu viel Glauben, welchen jene Liberalen von den heutigen Juden und ihrer großen Mehrzahl forderten. Ja Rabbiner Dr. Cahn in Fulda erklärte geradeswegs: „die große Mehrheit der Juden sind Atheisten“. Das Israelitische Wochenblatt aber, das Cahn widerspricht, erklärte dennoch: „das Judentum ist keine Religion der Erstarrung, und niemand kann sagen, wie das Judentum unserer Enkel und Urenkel aussehen wird.“ Ein angesehener amerikanischer Rabbiner durfte äußern: „der Jude ist der Apostel des aufgeklärten Unglaubens“ und gleichzeitig: „die Juden glauben an das Kommen des Messias, aber niemand erwartet ihn“, und bei der diese Worte hörenden Versammlung fand er volle Zustimmung.

Angesichts aller dieser Zustände unter den Juden aber gehört ein merkwürdiger Mut dazu, von der Welt es zu fordern, daß sie in den Juden ihr Ideal erblicken soll. Ist doch auch die gesamte Einwirkung der Juden auf ihre Umgebung in keiner Weise dazu angetan, daß dieselbe als eine heilvolle empfunden werden könnte. Ihr Einfluß auf diejenigen, unter denen sie wohnen, ist ja ein ganz überwiegend auflösender, und positive Wirkungen sieht man von ihnen nur in beschränktestem Maße ausgehen. Die große Masse in den verschiedensten Ländern steht ihnen denn auch immer wieder mit entschiedener Abneigung gegenüber, und die Erscheinung des Antisemitismus ist eine nur zu erklärliche. Wo auch die Juden in größerer Zahl auftreten, macht sich bald ein Gegensatz wider sie geltend.

So jüngst in Großbritannien und Nordamerika, wo man sich gesellschaftlich durchaus von ihnen abschließt. Allerdings ist der Antisemitismus in seiner wirklichen Gestalt keine erfreuliche Erscheinung. Er ist pharisäisch und richtet nicht das Auge darauf, daß nur die eigenen Fehler der anderen Bevölkerung die Juden zu einer Gefahr für sie gemacht haben, und sie selbst es verschuldet haben, wenn der jüdische Einfluß auf das allgemeine Leben ein unheilvoller geworden ist. Ein trauriges Beispiel für diesen Pharisäismus der Antisemiten ist das jetzt schon in 8. Auflage erschienene Buch des Sanitätsrats Dr. Stille „Der Kampf gegen das Judentum“. Die Juden erkennen denn auch mit scharfem Blick die Fehler des Antisemitismus und lassen sich in ihrer großen Masse nur desto weniger die Augen für ihre eigenen Schäden öffnen. Um so erfreulicher ist es, daß es doch einige Juden gibt, die klarer sehen und urteilen und sich die Frage ernstlich vorlegen, ob es denn bei dem bisherigen Verhältnisse zwischen den Juden und allen anderen bleiben könne? Der bekannte Dr. Max Nordau erklärt ausdrücklich, es sei ihm fraglich, ob das Judentum auf die Dauer weiter bestehen könne, weil die Religion den Juden das nicht mehr sei, was sie ihnen früher war. Ähnlich aber äußern sich auch noch manche andere jüdische Stimmen, daß wohl nicht mehr die Besonderheit der Juden aufrecht zu erhalten sei. Es wird auch hinzugefügt, daß man keine Ursache habe, sich weiter den Unannehmlichkeiten auszusetzen, die den Juden ihr Judentum eintrage. Würden sie auch keine Christen, so könnten sie doch konfessionslos werden.

Doch die große Mehrzahl der Juden schreckt noch davor zurück, diesen Ratschlägen zu folgen. Besonders halten sie Gründe der Pietät gegen ihre Eltern und ihr Geschlecht davon ab. Und nun ist der Zionismus unter ihnen mit etwas Neuem aufgetreten, das wirklich ein positives jüdisches Programm bietet, welches ihnen sonst nirgends dargeboten wird: die Sammlung der Juden als selbständiges Volk im alten Lande der Väter. Das hat gezündet. Allerdings ist die große Mehrheit der Juden noch weit davon

entfernt, in das zionistische Lager überzugehen, aber der Widerspruch gegen den Zionismus geschieht nicht mehr mit der gleichen Heftigkeit wie im Anfange. Nach und nach vernimmt man doch manches Anerkennungswort für denselben. Vor allem stärkt er das Selbstvertrauen und Selbstbewußtsein der Juden, welches stets ihre Hauptwaffe gegen alle anderen, auch gegen das Christentum war. Von dem jüdischen Blatt *Jewish Chronicle* in England gesammelte Stimmen hervorragender Juden über das jüdische Problem beweisen, wie unsicher gerade bedeutende Juden hinsichtlich der Zukunft ihres Volkes sind, und daß auf sie immerhin das Vorgehen des Zionismus noch den größten Eindruck macht. Die Werbekraft der zionistischen Gedanken tritt überhaupt auch in den Kreisen der Nichtzionisten mannigfach zutage. Das Versprechen, auf neue Weise die Einigung der Juden herbeizuführen, verleiht sie ihm.

So wächst denn auch die Zahl der eigentlichen Anhänger des Zionismus. Sie ist in Deutschland von 6200 im Vorjahre auf 8400 gestiegen, allerdings noch nicht 2 % der deutschen Juden. Aber diese Zionisten sind sehr rührig. Während zweier Jahre haben sie für die Zwecke der Vereinigung 300 000 M. beigesteuert und für den Nationalfonds, der die Beschaffung von Land in Palästina betreibt, außerdem noch 56 000 M.; der jüdische Landbesitz in Palästina beträgt jetzt 1,11 % der ganzen Bodenfläche, und die zionistischen Fortschritte daselbst sind ganz sichtliche. Der türkische Gouverneur hat den Ansiedlern sogar wesentliche Rechte in den Kolonien eingeräumt, aber derselbe ist abberufen worden, und so ist es fraglich, ob dieselben jetzt gleich oder später in Geltung treten werden.

Dazu gesteht das zionistische Hauptblatt „Die Welt“ selbst: „Der jüdische Bauer ist in Palästina einstweilen noch ein Ideal; er ist in der Hauptsache ein kleiner Grundbesitzer, dem noch zu meist nichtjüdische Arbeiter sein Feld bestellen; nur 10 % dieser Arbeiter sind bisher Juden. Allein die Einwanderung jüdischer Ackerbauer aus Yemen läßt in diesem Punkte einen Fortschritt erhoffen. Die Zahl der Juden in Palästina wächst, wenn auch nicht stark, sie beträgt 100 000 unter 600 000 Bewohnern des Landes. In Jerusalem finden wir 50 000 Juden, 55 % der ganzen Einwohnerschaft, und damit besitzt Jerusalem heute den größten Prozentsatz an Juden unter allen Städten der Welt. Das ist aber um so bedeutsamer, als im Anfange des 19. Jahrhunderts nur sehr wenige Juden in Jerusalem lebten.

Mit der Pflege der hebräischen Sprache geht es in Palästina voran. Jerusalem hat jetzt ein hebräisches Gymnasium, Jaffa ein Seminar für jüdische Lehrerinnen und Krankenwärterinnen, ein Technikum und Bankinstitut. In Jerusalem und Safed erscheinen jüdische Blätter, in Jaffa besteht eine medizinische Gesellschaft, die daselbst eine hebräische Fachzeitschrift herausgibt, die Gewerbe-

schule Bezalel in Jerusalem zählt 457 Arbeiter und Zöglinge, für die Kolonien besteht eine Landwirtschaftsschule. Der Talmudismus wird in Palästina immer mehr vom Zionismus verdrängt, und in den Kolonien selbst wächst der Unglaube. Aber ein jüdisches Volk kann nicht bestehen, so erklären die jüdischen Blätter, wenn hinter den Juden in Palästina nicht ein geschlossenes Volk in Europa und anderwärts steht; und dieses geschlossene Volk zu erreichen, werden nun die verschiedensten Wege eingeschlagen.

So bildet sich jetzt ein Weltbund zionistischer Studenten, und die sozialdemokratischen Poale Zoon haben sich dem Zionismus angeschlossen. Gegenüber der Anfangszeit, in der man auf politischem Wege die Heimat zu gewinnen trachtete, hat man jetzt mit zäher Energie und Klugheit den Weg eingeschlagen, Schritt für Schritt das Land zu erobern, und diese Politik des Zionismus findet viel Verständnis in der Judenschaft.

Sehr falsch ist es aber, vom Zionismus eine Befreundung der Juden mit dem Christentum zu erwarten. Gerade in Palästina haben sich die Zionisten mit den Rabbinern zusammengeschlossen, um den Einfluß der Mission auf die dortigen Juden zu brechen. Getaufte Juden daselbst haben sich, der Nachstellungen durch die Zionisten müde, zur Auswanderung aus Palästina entschlossen. So gewiß es ein Zeichen der Zeit ist, daß sich das Augenmerk nicht weniger Juden jetzt stärker und hoffnungsvoller als seit langem auf Palästina richtet, so sehr wir durch die Schrift daran erinnert werden, daß zuletzt die alte Heimat der Juden wieder von großen Scharen derselben bewohnt sein wird, so klar hat es aber auch das Neue Testament vorausgesagt, daß Jerusalem gerade in der letzten Zeit (Offb. 11, 8) zunächst ein geistliches Sodom sein wird, da auch unser Herr gekreuzigt ist. Vom Zionismus haben wir in der Tat nur eine Verschärfung des Gegensatzes wider das Christentum zu erwarten. Der Zionismus verspricht den Juden, nachdem sie an allem zuschanden geworden sind, was ihnen die Anerkennung Jesu als ihres Heilandes ersparen sollte, eine letzte Waffe, welche ihnen den gewissen Sieg in diesem Kampfe verheiße. Aber diese Waffe ist noch stumpfer als die in ihrem Kampfe wider Rom geführte. Gegen die Macht und das Schwert der damaligen gesamten Welt sind sie unterlegen, ihr Volkstum hat in diesem Kriege die allerschwerste Niederlage erlitten. Nichts anderes steht dem zionistischen Israel im Lande und in der Stadt seiner Väter gegen die letzte Weltmacht bevor, und dann wird es erfahren, daß der gekreuzigte und auferstandene Jesus Christus seine einzige Rettung ist.

*

*

*

II. Die Mission.

Allgemeines.

Die heutige Judenmission ist sich zum größten Teile mit dem Apostel Paulus dessen bewußt, daß gegenwärtig die Zeit der Völker, der Völkerkirche ist, und daß Israel während dieser Zeit als Volk dem Heile in Christo fern bleibt. Aber sie weiß auch mit demselben Apostel, daß sie eine Schuldnerin der Juden ist, denn den einzelnen Juden soll und kann ebenso wie allen anderen Menschen auch in dieser Zeit geholfen werden. Die frohe Botschaft von dem Heile in Jesu Christo, welche die Völker durch Juden empfangen haben, soll nun durch die Völkerkirche den Juden an aller Welt Enden verkündigt werden. Mag dann das Evangelium auch nur von einzelnen Juden gläubig angenommen werden, so werden eben doch die, welche es annehmen, ebenso wie die, welche es unter den Völkern im Glauben ergreifen, gerettet, und an dem Rettersinn auch den Juden gegenüber wird es erst offenbar, wer und wie weit man unter den Völkerchristen das Verlangen Jesu nach dem Heile aller in sich hat erwecken lassen. Doch etliche Kreise verlangen noch immer und auch, nachdem sie auf der Stockholmer Konferenz des vorigen Jahres widerlegt worden sind, daß die Mission behilflich sein solle, ein jüdisches Nationalchristentum aufzurichten. P. Fauerholdt vom Lutherischen Zentralverein hat deshalb in Saat auf Hoffnung 1912, S. 13 eine gründliche Widerlegung dieser unbiblischen Anschauung geschrieben, während er mit der Schrift an einer Bekehrung des Volkes in der Endzeit, die aber nicht durch menschliches Zeugnis geschieht, festhält.

Gegenwärtig gibt es rund 100 evangelische Judenmissionen mit 900 Berufsarbeitern, die auf 235 Stationen beschäftigt sind in allen fünf Weltteilen und von ihren Stationen aus weithin die Juden besuchen. Die Zahl der Arbeiter ist in der letzten Zeit gestiegen, wie denn überhaupt das Interesse an der Judenmission in der evangelischen Christenheit wächst.

Von allen einzelnen Missionen soll nicht berichtet werden, sondern von den bemerkenswerteren, dagegen soll aller deutschen Missionen Erwähnung geschehen.

a) Die deutsche Mission.

Die Juden Deutschlands sind, obwohl sie in den günstigsten Verhältnissen leben, mit ihrer Lage durchaus nicht zufrieden; auch die Zionisten, die doch möglichst bald den gegenwärtigen Ländern den Rücken kehren wollen, verlangen mit Ungestüm, daß ihnen Deutschland und jedes andere Land alles gewähre, was es an Gütern besitzt. Am lautesten sind die Klagen über Preußen. Sie würden hier in Heer und Ämtern unverantwortlich zurückgesetzt,

während das Heer in Bayern 88 Offiziere und gegen 200 jüdische Sanitätsoffiziere zähle. Desto größer ist ihr allgemeiner Einfluß. In Literatur und Kunst nehmen sie eine wichtige Stellung ein. Dr. M. Goldstein hat unter dem Titel „Jüdischer Parnas“ im Kunstwart einen Artikel geschrieben. In demselben sieht er bereits die ganze deutsche Literatur in jüdische Hände übergehn und hält die Juden für eine unbesiegbare Macht in der Presse. Nicht wenige Juden befinden sich jetzt schon auf deutschen Universitätsstühlen, und das Sichhervordrängen jüdischer Studenten besonders aus dem Auslande hat zwischen ihnen und den christlichen Studenten in Deutschland schon zu ernstesten Konflikten geführt. Sehr stark wächst auch der Reichtum der deutschen Juden. In Berlin wohnen 150 000 derselben; aber während sie nur $7\frac{1}{2}\%$ der Bevölkerung bilden, zahlen sie doch 30 % der Steuer in der Stadt, sind also viermal wohlhabender als die übrigen, und das bestärkt sie in ihrem Hochgefühl den Christen gegenüber. Dennoch arbeitet die Mission getrost auch unter den deutschen Juden.

1. Die Berliner Mission. Ihre Stationen sind Berlin, Posen, Königsberg und Wien, während Sautschbulagh in Persien aufgegeben ist. Recht rühmig ist der Missionar P. E. Schäffer. Nicht bloß in Berlin, sondern auch in anderen Städten hielt er Vorträge, die zum Teil von Juden gut besucht waren und um ihres Tones willen von ihnen gelobt wurden. Neben ihm wirkten in Berlin und in den Provinzen P. O. Mähl und Chinenberg, jetzt in Königsberg, während der judenchristliche Arbeiter Löwen besonders durch seine von den Juden gern gelesenen Orechim-Hefte wirkt. Auch schreibt er in den Blättern Kol Mebhasser und Berith Am, in Nathanael und Saat auf Hoffnung. Herzka besucht die Juden in Posen und West-Preußen. In Berlin wurden 28 Personen getauft, 15 Männer und 13 Frauen, die den verschiedensten Ständen angehörten. Das Missionsblatt „Der Messiasbote“ erscheint in 11 000 Exemplaren. Der Verein der Fürsorge für Proselyten hilft mancher Not ab. Besonders dankenswert ist es, daß die Gesellschaft in ihrem Verlage eine Schrift des P. A. Sydow „Die Judenmission in der Schule“ hat erscheinen lassen, welche ihrem Zwecke trefflich entspricht. Das Institutum Judaicum von Prof. Strack setzt seine wissenschaftliche Missionsarbeit weiter fort, und sein Blatt Nathanael mit der Beilage der Berliner Mission „Der Messiasbote“ fördert die Kenntnis der Mission in den theologischen, gebildeten und einfachen Kreisen.

2. Der Lutherische Zentralverein in Leipzig mit den Blättern „Friede über Israel“ und „Saat auf Hoffnung“ gewinnt unter der Leitung von P. v. Harling ein wachsendes Vertrauen in lutherischen Kreisen. Gestorben ist hier der gelehrte Judenchrist Jechiel Zebi Lichtenstein, der durch seine gelehrten Schriften, besonders aber durch seine Mitarbeit an der hebräischen Übersetzung des Neuen Testaments viel für die Kenntnis des Evangeliums

unter den Juden getan hat. An Lichtensteins Stelle ist der treffliche P. Levertoff aus Warschau getreten, der hebräisch „Das Leben Jesu“, „Der Apostel Paulus“, „Die Religion und Bestimmung Israels“, „Die Stellung der modernen Juden zu Jesu Christo“, „Augustins Bekenntnisse“ und einiges über rabbinische und kabbalistische Literatur geschrieben hat. In Leipzig wirkt außerdem Israel Kahn, in Breslau 1912 P. Dallmann; von den Dänen ist P. Fauerholdt zu den Leipzigern gekommen und wirkt in Lodz von der lutherischen Kirche in Polen unterstützt.

Am Institutum Delitzschianum, das sich jetzt wieder von seinem Niedergange erholt, wirken noch Privatdozent P. Krüger, der Lektor an der Universität Israel Kahn, P. Levertoff und v. Harling. Einige Studenten, welche die Vorlesungen besuchen, gedenken später in die Mission einzutreten. Im Jahre 1913 will der Verein den 100jährigen Geburtstag von Prof. Delitzsch und das halbhundertjährige Jubiläum von „Saat auf Hoffnung“ begehen.

3. Der Westdeutsche Verein in Köln unter Leitung von P. C. Wagner unterhält „Das Missionsblatt des Westdeutschen Vereins für Israel“ und den „Kölner Zionsboten“ und hat in P. K. Kunert, der bisher bei der Britischen Mission stand, eine neue Kraft gewonnen. In Frankfurt a. M. finden wir P. Klose, Gehilfen sind M. Neumann und J. Koblinsky. In Köln und Frankfurt wurden 8 Juden getauft. 13 Frauenvereine stehen in verschiedenen Städten dem Verein hilfreich zur Seite. P. Wagner hält Vorträge, und dieselben waren von Juden gut besucht.

In Deutschland arbeiten von auswärtigen Missionen noch die Baseler (Straßburg), die Londoner (Hamburg), die Briten (Königsberg), die Irischen Presbyterianer (Hamburg) und Hebrew Christian Testimony (Berlin).

b) Die Mission auf dem europäischen Festlande.

1. Die Schweizer Freunde Israels (Blatt „Der Freund Israels“). Seit 1891 treibt der durch Prof. Heman geleitete Verein das eigentliche Missionswerk, während er von 1830—1890 nur ein Verein für Proselytenpflege war. In der früheren Zeit ging eine große Reihe von Juden durch sein von ihm errichtetes Haus, in dem die Aufgenommenen unterrichtet bzw. getauft wurden. An vielen der Aufgenommenen hatte der Verein keine Freude, andere wurden aufrichtige Christen, unter ihnen auch solche, die hernach als Geistliche oder Missionare dem Herrn dienten oder noch dienen. Der jetzige Missionar des Vereins, P. Laub, ist Zögling des Hauses und hat weite Reisen unter den Juden der Schweiz, Deutschlands und Rußlands gemacht. Es gelang ihm auch, ein Missionswerk in Lodz und Wilna ins Leben zu rufen. Seine Station aber ist Straßburg. Die zweite Station des Vereins ist Prag, wo seit 1899 Dr. Chr. Greiß steht und von dort aus das Land bereist, in dem

sich die Juden freilich sehr unzugänglich für das Evangelium beweisen. Allerdings taufen die Pfarrer viele Juden des Landes, aber oft, ohne daß auch nur ein Unterricht stattgefunden hat. In Wilna wirken die Missionsgehilfen Boris Rosenbaum und Salzberg. Der Bibelladen und das Lesezimmer daselbst werden stark von Juden besucht, und hier besonders finden die Missionare reiche Gelegenheit zum Verkehr mit den Juden. Die Schweizer arbeiten daselbst aber in Gemeinschaft mit den Briten, die dortige Mission ist also ein Werk zweier Vereinigungen. Der britische Missionar Dr. Frohwein wird von vielen jüdischen Patienten als geschickter Arzt aufgesucht. In seinem Wartezimmer wird dann mit den Juden über das Heil ihrer Seele gesprochen und die Schrift im Jargon ausgelegt. 1911 wurde die Fabrikstadt Lodz durch den Missionsarbeiter Kol besetzt, dessen Lesezimmer fleißig von Juden besucht wird. In der französischen Schweiz wird besonders durch Vorträge von P. Naymark in Rovay das Interesse an der Mission wach erhalten, die französische Ausgabe „L'ami d'Israel“ wird vielfach verbreitet. Prof. Heman tritt mit Ende März 1913 vom Amt der Leitung des Vereins ab und dasselbe übernimmt dann P. Geßler in Basel.

2. Die Niederländische Vereinigung für Israel (Blatt De Hope Israels). Nach der 50jährigen Jubelfeier des vergangenen Jahres hat die Arbeit des Vereins einen stillen Fortgang gehabt. Die beiden Missionare van Os und Korff haben fleißig die Juden des Landes besucht und im Amsterdamer Missionshaus Salvatori die verschiedenartigsten Arbeiten verrichtet. Besondere Erfolge aber waren in diesem Jahre nicht zu berichten.

3. Die Dänische Mission (Blatt Israels Missionen). An den Juden in Dänemark selbst arbeitet Petri. An die Stelle des verstorbenen Stefan Volf im galizischen Przemysl ist E. Clausen getreten. Fauerholdt hat, wie schon bemerkt, die Dänen verlassen, um in Verbindung mit den Leipzigern zu arbeiten. Wie früher, unterstützen aber die Dänen noch weiter P. Zöckler in Stanislaw.

4. Schweden. Unter den Juden des Landes herrschen merkwürdige Zustände. Die Zahl der jüdisch-christlichen Ehen ist fast größer als die der rein jüdischen. Der Missionssinn ist im Lande ein recht reger. In Stockholm besteht Föreningen för Israelsmissionen. In Jassy fährt Missionar John Resnick fort, fleißig die Juden zu besuchen und ihnen Vorträge zu halten; eine ganze Anzahl jüdischer Kinder daselbst besuchen seine Schule. Auch unter den Juden in Odessa geschieht eine Arbeit. Aber auch die Juden in Schweden selbst werden aufgesucht, und in Malmö-Lund besteht eine eigene Missionsorganisation.

5. Norwegen. Norske Zentral-Komité for Israelsmissionen hat dem im Leipziger Institutum vorgebildeten A. Johnsen das Werk in Christiania überwiesen, setzt aber auch die Mission im rumänischen Galatz fort.

6. Rußland. Die Verhältnisse der Juden in Rußland sind sehr traurige. Regierung und Juden führen einen erbitterten Kampf miteinander, in dem die Regierung das Volk auf ihrer Seite hat. Selbst in Polen, wo bis dahin Polen und Juden Verbündete waren, ist jetzt eine bittere Feindschaft gegen die Juden aus sozialen Gründen ausgebrochen und von seiten der Polen vielfach der Boykott über die Juden verhängt. Beschränkungen über Beschränkungen werden von der Regierung den Juden auferlegt; selbst die zum Christentum Übertretenden werden, was bisher nicht der Fall war, denselben Beschränkungen unterworfen. Kein Wunder, daß bei alledem ein revolutionärer Geist immer mehr unter den Juden des Reiches zutage tritt, der sich dann aber auch gegen alles bisher Bestehende in ihrer eigenen Mitte richtet und oft ganz radikale Erscheinungen erblicken läßt.

Eine Missionstätigkeit unter den Juden ist Evangelischen wie Katholiken nur in beschränktem Maße erlaubt, und die Regierung sieht Juden nicht gern zu anderen Kirchen als der russischen Staatskirche übertreten.

Von eigenen evangelischen Missionsunternehmungen ist zuerst das Petersburger Mädchenasyl zu nennen. Man tauft aber in demselben die daselbst aufgenommenen jüdischen Kinder nicht mehr, sondern läßt sie selbständig entscheiden, ob sie nach Verlassen der Anstalt Juden bleiben oder Christen werden wollen. Viele dieser Kinder nun haben sich taufen lassen, einige sind gefallen, manche haben geheiratet, andere haben sich in allerlei Stellungen bewährt. Bisher sind durch das Asyl über 200 Mädchen gegangen.

Durch P. Faltin wird auch weiter W. Thumim als Missionar in Riga erhalten, und dort geschehen ziemlich zahlreiche Taufen. Die Baltische Mission besteht nicht mehr als selbständiger Verein, sondern unterstützt die Letten und Faltin in Riga. Faltin hat bisher 300 Juden getauft. Die Finnische Mission will ihren Missionar P. Schalin nach Czernowitz und der Bukowina senden. Zur Staatskirche sind 1909 immerhin 1228 Juden übergetreten.

Von auswärtigen Missionen wirken in Rußland der Lutherische Zentralverein, die Schweizer, die Londoner, die Briten, Hebrew Christian Testimony, wie darüber an den betr. Stellen berichtet wird.

e) Die Mission in Großbritannien.

Die äußere Lage der Juden im Inselreiche ist eine sehr günstige. So befinden sich z. B. in den höchsten Staatsämtern drei Juden, während andererseits unter der christlichen Bevölkerung noch eine Abneigung gegen die Juden herrscht. Dagegen ist der Missionssinn unter den gläubigen Christen ein sehr reger, und noch immer steht Großbritannien in missionarischer Beziehung an der Spitze aller Länder und Völker; geschieht doch der größte Teil des gesamten Judenmissionswerks von diesem Lande aus.

1. Die Londoner Gesellschaft (Blatt Jew. Miss. Intelligence). Diese Gesellschaft beschäftigt nicht weniger als 304 Arbeiter, unter denen sich 94 Judenchristen befinden. Sie arbeitet in England, Irland, Deutschland, Holland, Rußland, Rumänien, Österreich, in der europäischen und asiatischen Türkei, in Persien, Ägypten, Algier, Tunis, Marokko und Kanada. Im allgemeinen berichtet sie über einen wachsenden Widerstand gegen die Mission unter den Juden. Für ihre Bedürfnisse kamen 1200000 M. ein. Sie war auf dem englischen Kirchenkongreß 1912 vertreten und veranstaltete auf demselben eine Missionsausstellung, die viele Beachtung fand. Recht ernstlich fühlt sie ihre Missionspflicht und sucht besonders das Gewissen innerhalb der Staatskirche für dieselbe zu wecken. Auf der Station London wurden 10 Juden getauft. Im Arbeitshaus der Gesellschaft befanden sich 17 Getaufte; von früheren Mitgliedern derselben sind gestorben der Heidenmissionar M. Gerson in Ostindien und der Missionar der Britischen Judenmission J. P. Thimann, während ein anderer früherer Zögling Dallmann jetzt Missionar des Zentralvereins in Breslau ist. Im Heim der Gesellschaft geschahen mehrere Taufen. Sehr stark ist die Schriftenverbreitung. 5 Juden wurden bekannt, die durch das Lesen des Neuen Testaments zur Taufe geführt worden sind. In London und auf anderen Stationen erweist sich das Schul- und das ärztliche Werk recht einflußreich. Der Damenverein zählt 2300 Mitglieder, welche 6 Missionare unterhalten. Zur jüdischen Mädchengilde gehören 900 Töchter. In schöngelegener Gegend wurde zweimal eine sogen. Sommerschule veranstaltet, in welcher die verschiedensten Missionsthemata behandelt wurden, und dieselbe erfreute sich beidemale des Besuches von fast 200 Personen. Ebenso bildete sich ein Missionszirkel, in dem man zusammenkommt, um sich mit der Mission vertrauter zu machen. Bunyans Pilgerreise und ein Missionsliederbuch erschienen im Jargon. Die Gesamtzahl der Taufen auf dem ganzen Gebiet betrug 111. Als Parochialprediger wurden in London mehrere Pastoren beschäftigt. In England überhaupt waren Liverpool, Manchester, Leeds, Birmingham und Hull, in Irland Dublin und Belfast besetzt; überall da war der Boden ein ziemlich harter.

Auf deutschem Gebiete wirkt weiter mit Eifer und Erfolg D. H. Dolman in Hamburg, unterstützt durch mehrere Gehilfen. In seinem Arbeitshause befinden sich stets zwischen 15 und 20 Juden, die mit Buchdruckerei und Buchbinderei beschäftigt werden. Das Blatt Israels Hoffnung erscheint in über 60000 Exemplaren und wird besonders in Gemeinschaftskreisen gern gelesen; auch regt Dolman auf allerlei Versammlungen das Missionsinteresse an. J. Zalman in Rotterdam, welcher die Missionshalle Elim besitzt, durfte in derselben vielen Juden das Evangelium verkündigen und verbreitet zahlreiche Schriften, auch taufte er 5 Juden. In Krakau fanden 5 Taufen statt, in Lemberg 8. Die Juden in letzterer

Stadt erließen öffentlich im Jargon eine Warnung vor den Missionaren; doch lesen dann wieder höher gebildete Juden in kleinen Versammlungen das Neue Testament. In Bukarest entfalten J. H. Adeney und L. Zeckhausen eine reiche Tätigkeit. Die dortige Missionselementarschule besuchen 415 Kinder, die höhere Schule 462, und dies trotz aller Bemühungen der Rabbiner, besonders aber der Zionisten, das Werk zu stören; auch geschahen zwei Taufen. In Warschau hat H. C. Zimmermann vielen Eingang bei den Juden gefunden. Er konnte nicht weniger als 46 Juden taufen. In der Stadt haben sich 400 Juden, die sich Gottsucher nennen, zusammengetan, miteinander das Alte Testament und das Neue Testament zu lesen. In Konstantinopel erweist sich das Schulwerk als besonderes Mittel, den Juden nahe zu kommen. Die Mädchenschule war von 290 Kindern besucht. Von den asiatischen Stationen sei Jerusalem genannt. Hier ist die Armut unter den Juden sehr groß. In der Christuskirche, die jetzt einen neuen Anbau erhalten hat, wurden 11 Juden getauft. Trotz des Bannes, der über alle Juden ausgesprochen wird, welche mit der Mission in Verbindung treten, bitten doch viele derselben um Aufnahme in das Missionshospital. Selbst in die Knabenschule wagte man es, 45 Söhne zu schicken und in die Mädchenschule 43 Töchter. Im persischen Isfahan wirkt weiter der treffliche J. L. Garland, dem wieder 9 Taufen geschenkt wurden, die Missionsschule in Teheran zählt 82 Knaben und 75 Mädchen. In Hamadan gehen die amerikanischen Missionare mit den Londonern Hand in Hand. Sehr hinderlich ist für die Mission in Persien das Anwachsen des Behaismus, zu dem viele Gebildete hinneigen. Abessinien bleibt weiter der Mission verschlossen, und es kann das Werk dort nur durch die trefflichen getauften Falascha fortgesetzt werden, welche das Land von ihren Stationen Djenda, Asseso, Maskala-Christos und Tschancker aus unter unsäglichem Mühsalen und Gefahren besuchen. Die amharische Bibelübersetzung von Missionar M. Flad leistet ihnen dabei die trefflichsten Dienste. Die Gegenwirkung von Faitlowitsch verspüren die Arbeiter überall auf ihren Reisen. Derselbe hat sogar einige junge Falascha nach Jerusalem gebracht, um sie als Lehrer ihres Volkes daselbst auszubilden und den christlichen Missionaren den Zugang zu den Herzen zu verschließen. In Tunis wirkt F. Flad, Sohn von M. Flad, sehr eifrig und sammelt viele jüdische Knaben und Mädchen in seiner Schule; doch ist der Boden ein recht harter. Gegenwärtig will die französische Regierung dort sogar alle Judentaufen verbieten. Neugewirtz in Kanada hat 28 Bekehrte in Montreal um sich versammelt und einen Verein von Judenchristen mit ihnen gebildet, der das Missionswerk treulich fördert. Die Juden sind darüber empört, aber sie fühlen den Einfluß der Mission auf die Ihrigen nur immer stärker.

2. Die Britische Mission (The Jewish Herald). Die nun 70 Jahre bestehende Britische Mission leidet seit Jahren an zu

geringen Einnahmen. Ein tüchtiger Mann ist der alte Missionar M. Nachim, der in London eine rege Wirksamkeit entfaltet. Dort besteht auch ein Heim für alte Judenchristen, dessen Insassen ein schöner Beweis von dem Frieden sind, den ihnen das Evangelium gebracht hat. In der Gilead Arztmission erlebt man manche Freude. Das Werk von Dr. Frohwein in Wilna geht gut fort. Ein von ihm getaufter und dann in Hamburg für die Mission vorbereiteter Jude Abraham Pinette steht ihm jetzt zur Seite. Durch Dr. Frohwein sind auch wieder 4 Juden zur Taufe geführt worden. Auch G. Friedmann meldet aus Kischinew mehrere Taufen; unter anderen trat ein Mann über, mit dem er vor 22 Jahren in Wilna etliche Unterredungen gehabt hatte. Das Bedeutendste leistet in der Britischen Mission noch immer N. Kameras in Wien. Wieder durfte er dort 41 Taufen vollziehen, bisher sind durch ihn schon mehrere Hunderte getauft worden. Die Gesamtzahl der Taufen in der Britischen Mission betrug 62. In Adrianopel mußte Missionar Dreßler, der recht ernst erkrankt war, die Schrecken der Belagerung aushalten.

3. Die Mildmay Mission (Trusting and Toiling) zeichnet sich nach wie vor durch den frischen Geist aus, der auch das Erbe des Sohnes von John Wilkinson, Samuel Wilkinson ist, und der sie stets weiter vordringen läßt. 37 Jahre steht sie nun im Missionsfelde und hat in dieser Zeit viele Früchte ihrer Arbeit ernten dürfen. Die Zahl ihrer Arbeiter beläuft sich auf 71. In London unterhält sie verschiedene Institute für Erwachsene und Kinder. Sehr bedeutend ist ihre ärztliche Tätigkeit, besonders in London selbst. Groß ist die Zahl der von ihr verbreiteten Schriften; die ihres Missionars L. Rosenberg „Die Mission unter Israel“ hat sehr schnell eine zweite Auflage erlebt. Bibeln werden in verschiedenen Sprachen verbreitet. Traktate besonders im Jargon; in der Britischen Bibelgesellschaft wird jetzt ein revidiertes Jargon Neues Testament erscheinen. Das Bedeutendste geschieht in Rußland, wohin Wilkinson öfters gereist ist und wo er immer aufs neue an die Behörden geht, um für die Mission weiteren Raum zu gewinnen. Zur Beratung über die ferner nötigen Schritte hat während des Jahres eine Konferenz von 16 Arbeitern stattgefunden. In Odessa ist es bereits gelungen, eine kleine judenchristliche Gemeinschaft zu sammeln, und man hat die Städte Libau, Oran, Riga, Wolkowitzki, Peresyp, Warschau, Otwock, Mohilew, Odessa und Kiew besetzt. In der Schule zu Odessa werden die Kinder besonders in Handarbeiten unterrichtet, um sich selbst den Lebensunterhalt erwerben zu lernen. Endlich war es auch gelungen, die Sommerville Halle in Kischinew zu eröffnen, was in Gegenwart vieler Juden geschehen ist; aber die Regierung hat neue Schwierigkeiten gemacht, so daß es noch nicht feststeht, ob sie wirklich in Gebrauch genommen werden darf. Das ärztliche Werk in Tanger unter Dr. Goldstein war sehr gut fortgegangen, hat aber die

Eifersucht der Juden erregt, und so ist dem Missionar das für das Hospital gemietete Haus gekündigt worden.

4. Kleinere englische Missionen. Die Hebrew Christian Testimony Mission (Scattered Nation) unter D. Baron und C. A. Schönberger ist noch weiter in der bisherigen Weise unter dem männlichen und weiblichen Geschlecht in London tätig. Angeschlossen an sie ist H. Rudnitzky, der in Berlin arbeitet. R. Feinsilber in Budapest wird dort auch von den deutschen Baptisten unterstützt. P. L. Rosenstein tritt jetzt von dem Leipziger Zentralverein zur Hebrew Christian Testimony Mission über und will in Rußland arbeiten, ebenso wie J. J. Landsmann von Vitebsk aus. Die Missionare dieses Vereins haben große Reisen zu den Juden in verschiedenen Ländern gemacht, Baron auch über Europa hinaus. Besonderes Gewicht wird auf die Schriftenverbreitung gelegt, wozu die Reisen reiche Gelegenheit bieten.

Die Barbican Mission (Immanuel's Witneß), deren Präsident Webb Peplow und deren Direktor C. T. Lipshytz ist, hat in den letzten Jahren immer neue Unternehmungen geschaffen, die aber jetzt leiden, weil die Einnahmen nicht im gleichen Maße gewachsen sind; besonders gilt das für das Kinderheim Naomi House und die Arztmission. Im Gorrington Park House finden diejenigen Juden Aufnahme, welche in den Unterricht treten. Präsident Webb Peplow hat bereits über 90 Juden getauft. Die London City Mission erhält noch weiter neben anderen M. S. Bergmann, der seine vielfachen Erlebnisse in der Schrift *God's Faithfulness, a record of the Lord's Leading in the life and work of his servant M. S. B.* niedergelegt hat. Durch seine Mitwirkung ist die neue Jargonübersetzung des Neuen Testaments zustande gekommen, und 15 Schriften stammen aus seiner Feder, die besonders dem Alten und Neuen Testament oder einzelnen biblischen Büchern gelten, und manche recht brauchbare Traktate.

5. Schottland und Irland. Die Mission der Staatskirche von Schottland (*Life and Work*) ist in ihrem früheren Umfange weitergeführt worden. Als Missionssekretär ist jetzt Rev. W. Ritchie angestellt, welcher eifrig bemüht ist, ein größeres Missionsinteresse in den Gemeinden der Staatskirche zu erwecken. Die Stationen dieser Mission sind Konstantinopel, Saloniki, Smyrna, Beirut und Alexandria. Durch den Unterricht von Fräul. Glennie in Smyrna angeregt, haben sich einige Kinder ihrer Schule in die Kirche aufnehmen lassen. Missionar Alteresky veranstaltete Versammlungen von Judenchristen in Alexandrien, von denen aber manche in Mischehen mit jüdischen Personen leben. Dr. Mackie in Alexandrien hält den das Arabische sprechenden Juden Vorträge, die von ihnen gern gehört werden. Der Krieg übt seinen Einfluß auf die Mission in den türkischen Gebieten aus und nimmt viele Gemüter völlig in Anspruch. Die Schotten haben im Verein

mit den Freischotten die Tabetha-Mission der verstorbenen Miss. Walker Arnott in Jaffa übernommen.

Die Vereinigte Free Church of Scotland beschäftigt in der Judenmission nicht weniger als 87 Personen. Vor allem treibt sie Schulunterricht und sammelt in den Schulen nicht weniger als 1600 Kinder. Seit 70 Jahren wirkt sie in Budapest. Eine Konferenz in dieser Stadt suchte das Interesse der Reformierten des Landes für die Mission zu wecken und war gut besucht. 7 Juden wurden in der Stadt getauft; in den letzten 8 Jahren über 60, während zur reformierten Kirche des Landes Hunderte von Judenchristen gehören. An der Spitze des Werks in Budapest steht Rev. J. P. Webster, der auch über ein steigendes Bedürfnis, die Missionsliteratur kennen zu lernen, unter den Juden berichtet. Die Mission hat für das geistliche Leben in Ungarn früher eine gewisse Bedeutung gehabt. Sie hat sehr viele Christen aus ihrem geistlichen Schlafe erweckt und in ihren ersten Jahren gegen 200 Juden getauft, unter ihnen die trefflichen Saphirs. Jetzt besitzt sie in Budapest große Gebäude für alle ihre Bedürfnisse. In Konstantinopel hat das Werk durch den Tod des Miss. Thomson gelitten, an seine Stelle ist R. Mac Gregor getreten, der auch in Deutschland studiert hat. Keine leichte Arbeit ist die in Hebron, Safed und Tiberias geschehende, die ärztliche Tätigkeit der Mission aber findet daselbst großen Beifall bei den Juden und ist so recht eine Saat auf Hoffnung. Die Missionsschulen der Freischotten und anderer Missionen werden von vielen jüdischen Kindern in Palästina besucht, so daß jüdischerseits Gegenschulen errichtet sind. James Cohen, ein bekehrter Jude der Freischotten, ist in Sidon ordiniert worden; gestorben ist M. M. Korban, der 17 Jahre in Safed gewirkt hat. Neu aufgenommen ist Glasgow von der Vereinigten Freikirche. Christie wirkt nun in der von der Bonar und Evangelical M. in Verbindung mit der von den Presbyterianern in Glasgow übernommenen Mission. Der Frauenverein der Freischotten hat nicht weniger als 72 000 M. zum Unterhalt der Schulen beigesteuert, mehr als je vorher. Die Edinburger Arztmission beschäftigt neben ihren Ärzten als Evangelisten Leon Levison, in 15 Jahren sind durch sie 23 Juden getauft worden.

Das von den Irischen Presbyterianern in Hamburg-Altona getriebene Werk gehört zu den erfreulichsten in der gegenwärtigen Judenmission. Seitdem der durch J. C. Aston daselbst getaufte Arnold Frank in das Werk eingetreten ist, hat dasselbe außerordentliche Fortschritte gemacht. Eine Schrift von Frank „Die Hamburger Judenmission in Wort und Bild“ im Verlag des Blattes von Frank „Der Zionsfreund“ 1912 führt uns dies zu Gemüte. Soeben ist dort auch die prächtige Jerusalemskirche erbaut, dazu das vor 14 Jahren begonnene und seitdem sehr vergrößerte Missionshaus Jerusalem, in dem die sich zum Unterricht Meldenden Aufnahme und Beschäftigung finden. Eine ganze Reihe

von Juden ist durch dieses Haus gegangen, die Schrift bringt uns nicht weniger als 80 Bilder von solchen Bekehrten. Unter denselben befinden sich die Pastoren Moser, Herzka, Landsberger, Tingler, Hoffner, Hirsch, Kosower, Lefcovicz, Neugewirtz, Carlton, Kunert, 3 Missionare, 1 Stadtmissionar, 1 Hausvater, 3 in Brüdernhäusern Angestellte, 2 Kaufleute, 1 Journalist und das Mitglied des englischen Parlaments J. T. Lincoln. Nun ist auch ein Diakonissenhaus mit einer Klinik eröffnet, das schon eine ganze Anzahl Schwestern enthält, welche auch in Häusern und Familien Krankenpflege üben und von denen bereits viel segensreicher Einfluß ausgegangen ist. Der „Zionsfreund“ ist ganz besonders lesenswert und hat in Deutschland viel zur Belebung des Missionsinteresses beigetragen.

d) Die Mission in Nordamerika.

Das überaus rasche Anwachsen der vom Auslande einströmenden Juden in New York läßt die Übelstände, welche eine solche Überflutung durch Fremde mit sich bringt, um so stärker hervortreten, als die einwandernden Massen zumeist aus dem europäischen Osten kommen und hier nun in völlig veränderte Verhältnisse eintreten. Denn aus den stärksten Beschränkungen werden sie plötzlich in eine Lage versetzt, wo ihnen fast keine äußeren Beschränkungen auferlegt werden. Kein Wunder, daß sich viele dieser Juden in den neuen Verhältnissen nicht zurecht finden und oft die falschesten Bahnen einschlagen. Wer billig urteilen will, wird dies wohl zu bedenken haben und nicht bloß im antisemitischen Sinne über diese Juden herfallen. Es ist doch auch anerkennenswert, daß sich so manche dieser Juden redlicher Arbeit zuwenden und z. B. schon 58 000 in der Landwirtschaft tätig sind. Aber allerdings überwiegen gegenwärtig die Schattenseiten noch bei weitem die Lichtseiten. Es sind besonders die russischen Juden, welche das Hauptkontingent der Einwanderer bilden, und diese sind an den rücksichtslosen Kampf mit ihrer Umgebung gewöhnt, so daß ihnen alle Mittel, welche sie zum Ziele zu führen versprechen, recht erscheinen, und diese moralische Rücksichtslosigkeit üben viele von ihnen nun auch in Amerika aus. Überaus traurige Erfahrungen dieser Art haben denn auch die öffentliche Meinung daselbst stark gegen die Juden erregt. Besonders beschäftigen sich viele Juden mit dem Geldspiel, und die hierbei zutage getretenen moralischen Ausschweifungen haben in der Bevölkerung das größte Unheil angerichtet. Ein Jude H. Rosenthal hatte es durch Bestechung der Polizei dahin gebracht, daß ihm für sein verderbliches Treiben völlige Freiheit gelassen wurde. Schließlich aber wurde man in der Öffentlichkeit auf sein Treiben aufmerksam, und da die Polizei nun ihre Entlarvung durch denselben fürchtete, ermordete sie ihn. Dabei ist es aber zutage getreten, daß die Juden in der Verbrecher-

welt von New York die hervorragendste Rolle spielen und z. B. $\frac{4}{5}$ aller Taschendiebe Juden sind. Aber auch der soziale Einfluß der Juden ist ein sehr merklicher; die großen Warenhäuser befinden sich zumeist in ihren Händen, und ihr liegendes Eigentum in New York wird auf über 900 Millionen Dollar geschätzt, und 112 jüdische Blätter in verschiedenen Sprachen erscheinen in der Stadt. Viele der sozialistischen Führer daselbst sind Juden und 3000 Rechtsanwälte. Durch das alles ermutigt, begannen sie auch im öffentlichen Leben gegen das Christentum vorzugehen; wie schon das vorigemal erwähnt, wollten sie die Bibel aus den Schulen beseitigt wissen; aber dies hat nur dahin geführt, daß der Oberste Gerichtshof entschieden hat, die amerikanische Nation sei eine christliche.

Dagegen entspricht das Missionswerk von Nordamerika noch nicht den Bedürfnissen der dortigen zahlreichen Judenschaft; denn die ziemliche Reihe von Missionsunternehmungen daselbst entfaltet doch nur eine beschränkte Wirksamkeit. Die beste Auskunft über die amerikanische evangelische Judenmission erhalten wir durch Rev. L. Meyer, der jetzt Sekretär der Chicago Hebrew Mission ist und die größte Kenntnis von der gesamten evangelischen Judenmission in der Welt hat. In dem Blatt der Chicago Hebrew Mission „The Jewish Era“ besonders berichtet er eingehend über den Stand der heutigen Judenmission. In Nord-Amerika zählt er nicht weniger als 39 Missionen; aber die meisten unter ihnen sind recht unbedeutend. Nur $\frac{1}{3}$, d. h. 13 stammen dazu aus dem 19. Jahrhundert und aus diesem Jahrhundert die übrigen 26. Die älteste ist die Gesellschaft der Norwegischen Lutheraner im Amerika vom Jahre 1878, die zweite die der Lutherischen Synode von Missouri, Ohio und anderen Staaten aus dem Jahre 1883. In lutherischen Kreisen war ja überhaupt zuerst der Judenmission gedacht, und so ist es erklärlich, daß dies auch in lutherischen Kreisen von Nord-Amerika geschah. Zumeist sind aber die Judenmissionen von Nord-Amerika Schöpfungen einzelner Männer, zumal von Judenchristen. Das jetzige rasche Anwachsen von Missionsunternehmungen in Amerika ist aber ein erfreuliches Zeichen dafür, daß man beim Blick auf die vielen dort sich gegenwärtig sammelnden Juden die christliche Pflicht gegen dieselben unter den Ernstgesinnten zu erkennen beginnt. Ebenso erfreulich ist es denn auch, daß auf der letzten Konvention des Nationalverbandes der evangelischen Missionen auch die Judenmission vertreten war.

Von einzelnen Missionen seien nur die folgenden erwähnt: die schon vorher erwähnte Chicago Hebrew Mission mit ihrem Sekretär L. Meyer und der Sekretärin Frau T. C. Rounds. Diese Mission beschäftigt 4 männliche und 14 weibliche Arbeiter. Schriftenverbreitung, Missionsversammlungen, Industrieschule, Nähschule für junge Mädchen und Knabenversammlungen regten viele jüdische Gemüter an. Im Lesezimmer wurde während des Jahres mit nicht

weniger als 15 000 Juden verkehrt, an die auch viele Schriften verteilt wurden. Die Jahreseinnahme betrug 56 000 M. Das Prayer Work for Israel mit dem gleichnamigen Blatt in Brooklyn unter der Leitung von Th. Chalmers beschäftigt männliche und weibliche Arbeiter. Die Versammlungen werden oft von den Juden gestört und manche werden mit Gewalt von denselben zurückgehalten. Die Schaufenster, welche Missionsschriften enthalten, sind wiederholt beschmutzt oder zertrümmert worden, so daß keine Gesellschaft mehr ihre Versicherung annahm, die Missionare wurden mit Kot oder mit Steinen beworfen, und ein Getaufter wurde blutig geschlagen. Trotzdem wird das Werk unter Erwachsenen und Kindern fortgesetzt. Man will die Missionshalle nun in eine Gegend versetzen, in welcher die Juden nicht so sehr die Oberhand haben wie jetzt in der Broomestraße. Die New Covenant Mission in Pittsburgh von M. Ruben (Glory of Israel) war bisher in Gemeinschaft mit Dr. Wertheimer geführt; derselbe hat jetzt aber ein selbständiges Werk begonnen. Auch Ruben muß oft erfahren, daß die Juden die öffentliche Verkündigung des Evangeliums besonders auf der Straße unmöglich machen, läßt sich aber dadurch nicht abschrecken. J. Resnick in Jassy, der amerikanischer Bürger ist, will sich jetzt dieser Mission anschließen. In New York finden wir die New York City Church Extension and Missionary Society's Jewish Work unter Dr. H. Zeckhausen. Es bestehen Klassen für Mütter, für arbeitende Mädchen und für Kinder, die gut besucht werden. 3 Taufen fanden statt. Eine junge getaufte Jüdin Esther Yachnin, welche die Juden ins Irrenhaus zu bringen gewußt hatten, weil sie sich dem Evangelium näherte, ist jetzt frei. In Philadelphia wirkt die Jewish Evangelisation Society mit P. A. Kuldell (The Olive Tree) besonders unter den eingewanderten Juden. Straßenpredigten werden auch hier fleißig gehalten, während Fr. Irwin sich mit den jüdischen Frauen und Kindern beschäftigt, Kuldell vor allem mit den Männern. In Baltimore finden wir die Emmanuel Christian Mission von Ph. Sidersky; da der größte Teil der dortigen Juden den Jargon spricht, wird ihnen auch in dieser Sprache gepredigt.

In Kanada leben jetzt 95 000 zumeist aus Ost-Europa eingewanderte Juden. Schon 1857 setzte die Synode der Presbyterianer, durch die Schotten angeregt, ein Komitee für Judenmission ein, das als Missionar Ephraim Menasche Epstein aus Rußland 1858 anstellte, ihn 1859 darauf nach Monastir in der Türkei sandte, wo er bis 1862 als Missionar wirkte, dann aber zum ärztlichen Beruf überging, in dem er jedoch auch den Juden das Evangelium verkündigte. Später sandte man Dr. Ch. A. Webster nach Haifa in Palästina. Da die dortige Mission sich aber als völlig unfruchtbar erwies, verließ er diesen Ort, und nun beschränkt man sich darauf, den Juden in Kanada das Evangelium zu bringen, aber auch diesmal mit wenig Erfolg. Endlich wurde S. B. Rohold als Missionar

in Toronto 1909 angestellt, der dort eine vielseitige Tätigkeit entfaltet. Außerdem wurde der Judenchrist H. Bregman berufen, der von den Juden sehr gern gehört wurde. Auch Winnipeg wurde 1911 eröffnet und mit H. Spitzer besetzt. Eine andere Mission, welche sich an keine bestimmte Kirche anschließt, wurde 1894 in Toronto begonnen, an ihr steht seit 1896 H. Singer, der gleichfalls guten Erfolg bei den Juden findet. In Toronto ist auch der Grund zu einer judenchristlichen Kirche gelegt, in der die Gottesdienste in hebräischer, englischer und deutscher Sprache gehalten werden sollen, und der ein Raum für den Verkehr mit Juden beigefügt wird. In Kanada wirken sonst noch die Londoner.

e) Afrika.

In den Kirchen Afrikas begegnen wir nur ganz unbedeutenden Missionsunternehmungen. Sonst arbeiten daselbst die Londoner in Abessinien, Alexandria, Kairo, Mogador, Algier und Tunis, die Schotten in Alexandria, die Mildmay Mission in Tanger, die Jerusalem und East Mission in Kairo, von denen schon an ihrem Orte berichtet worden ist.

f) Asien.

Eigene Missionsunternehmungen evangelischer Kirchen in Asien wie in Kalkutta die Old Church Hebrew Mission der dortigen Kirche von England, die Jewish Mission in Bombay und die Zenana Mission, beide von Angehörigen der englischen Kirche daselbst getrieben, sind nur gering an Umfang. Viel bedeutender sind: das Werk der Londoner in Damaskus, Hamadan, Isfahan, Teheran, Jerusalem, Safed, Smyrna, der Schotten in Beirut und Smyrna, der Jerusalem and East Mission in Jerusalem und Haifa, der Britisch Syrischen Mission in Beirut, der Unierten Schottischen Freikirche in Safed und Tiberias, der amerikanischen Christian Mission Alliance in Hebron und Jerusalem unter A. E. Thompson außer einigen kleineren. Über alle diese ist schon früher berichtet.

g) Australien.

In Australien und Neu-Seeland leben nur 19400 Juden. Seit dem Februar 1912 hat die Prayer Union for Israel ein eigentliches Missionswerk in Australien unternommen, und zwar unter den 5500 Juden in Melbourne durch Christian Ettman und durch Wolf Berman in Wellington, Neu-Seeland.

Die Evangelistin Frau Bayertz begann schon vor 37 Jahren das Evangelium in Melbourne Juden und Christen zu verkündigen.

Schlußbetrachtung.

Die Juden hatten sich daran gewöhnt, die Mission nur zu verachten und ihre Erfolge als sehr geringfügige auszugeben. Das wird jetzt anders, denn sie wird nun „eine Gefahr für unser Volk“ genannt. In England hat daher auch eine jüdische Gegenmissionsbewegung eingesetzt und dieselbe läßt in London ein großes Jargonblatt Hayehudi erscheinen, das besonders auf die aus Rußland eingewanderten Juden berechnet ist. Das Blatt klagt über die Massentaufen unter den Juden, an die man sich so gewöhnt habe, daß man mit den Getauften ruhig wie vorher verkehre, und daß der Abscheu gegen die Mission stets mehr verschwinde. Ähnlichen Klagen begegnet man in dem hebräischen Blatt Hahlruth in Jerusalem. Auch in den jüdischen Blättern Deutschlands wird der Einfluß der Mission fort und fort als ein sehr verderblicher geschildert. Daher haben in London so bedeutende Juden wie Lord Rothschild, Lord Swaything und der Oberrabbiner Moses Gaster eine öffentliche Warnung vor den Missionsschulen erlassen. Im kanadischen Montreal hat sich eine Hebrew National Society gegen die Straßenpredigten der Missionare gebildet, in New York eine Young People's Anti-Mission, und man schrickt auch nicht vor Gewaltmaßregeln gegen dieselbe zurück.

Aber der Kampf gilt nicht der Mission allein, sondern dem Christentum überhaupt, und derselbe wird immer heftiger, weil man sich dessen stets klarer bewußt wird, daß die Juden in den christlichen Ländern, welche sie zumeist bewohnen, allenthalben die christliche Luft einatmen, und eben dies die größte, die eigentliche Gefahr für sie bildet. Bei all dem unaufhörlichen Rühmen über die unendliche Erhabenheit des Judentums führt nun einmal die Wirklichkeit eine zu eindringliche Sprache. Das religiöse Denken der Juden hat unter ihrem Zusammenleben mit den Christen, in das sie die Emanzipation eingeführt hat, eine völlige Umwandlung erfahren und vielfach zu einem gänzlichen religiösen Bankerott geführt. Gleichzeitig aber haben weite Schichten unter ihnen das Christentum mit einem anderen Auge ansehen gelernt. Viele von ihnen empfinden das Christentum als die alles überragende Kulturmacht, und deshalb möchten sie sich mit der übrigen christlichen Bevölkerung ganz assimilieren; eben das führt dann auch häufig zum Übertritt. In anderen regt sich ein ernsteres religiöses Bedürfnis, dessen Befriedigung ihnen das Christentum verspricht. Diese beiden Momente müssen festgehalten werden, wenn jetzt nun einige Angaben über Judentaufen erfolgen.

In Berlin wurden 1911 evangelisch 224 Juden. In der Landeskirche Preußens wurden 1904 getauft 384 Juden, 1909 = 314, 1910 = 360, von 1901—1910 = 3592. In ganz Deutschland 1908 = 490, 1909 = 420, 1910 = 471. In Wien zählt man jährlich 600 Taufen, in Ungarn 4—500, nach amtlichen Angaben 1911 = 473,

von 1895—1911 = 6915. In Wirklichkeit ist dort die Zahl der Taufen aber viel größer nach der Mitteilung der zionistischen Welt, weil viele Taufen nicht zur Anzeige kommen. Weit größer noch ist die Zahl der jährlichen Judentaufen in Rußland und besonders unter den Gebildeten, die sich äußerer Vorteile halber meistens der russischen Staatskirche anschließen, 1909 traten zu derselben 1228 Juden über.

Von den Missionen berichten nur einige, wenn auch die bedeutendsten, die Zahl der bei ihnen geschehenden Judentaufen; für 1911 betrug ihre Zahl bei 8 Missionen = 233. Im ganzen wird man auf Grund des vorhandenen Zahlenmaterials die Anzahl der zu irgend einer Kirche übertretenden Juden in einem Jahre auf 6—7000 annehmen dürfen.

Aber ein noch viel bedeutsameres Zeichen für die Zustände unter den Juden der Gegenwart als die Taufen sind die Bekenntnisse, die man fort und fort aus dem jüdischen Lager über die Person Jesu hört. Darauf ist an dieser Stelle schon öfters hingewiesen worden; aber es muß nun auch ausdrücklich festgestellt werden, daß solche Kundgebungen über die Person Jesu nicht bloß eine vorübergehende, sondern sich beständig wiederholende Erscheinung unter den Juden sind. Mit wirklicher Hochachtung, geradezu mit Bewunderung wird hier von Ihm gesprochen, und das ist ein merkwürdiges Zeichen der Zeit. Aber, und das muß ausdrücklich festgestellt werden, die größte Zahl der Jesum Rühmenden ist doch weit davon entfernt, Ihn mit der Kirche als den Sohn Gottes und den alleinigen Heiland und Seligmacher aller Menschen anzuerkennen.

Vielmehr nimmt man Ihm gegenüber, wie man es auch ausgesprochen hat: „die Stellung des liberalen Protestantismus“ ein und erklärt, daß letzterer gegenwärtig mit ihnen die Dreieinigkeit verwerfe und die Richtigkeit des jüdischen Monotheismus erkannt habe: „die Welt kehrt zum jüdischen Monotheismus zurück“. Sehr möglich denn auch, daß dieser Standpunkt einmal zur Vereinigung so denkender Juden und der liberalen Protestanten führt. Aber freilich, beiden Teilen wird daraus kein Gewinn erwachsen, sondern dadurch der Abfall, von dem die Schrift redet, nur beschleunigt werden. Und eben diese Gefahr will recht ernst ins Auge gefaßt werden.

Auf der anderen Seite aber gewinnt nun doch auch die Kirche aus der Zahl der Übertretenden sehr treue Bekenner und Zeugen Jesu Christi, deren Namen in der Geschichte der Kirche eingeschrieben sind. Insbesondere aber ist es ergreifend zu lesen, wie so mancher Jude die ganze innere Zerrissenheit des Judentums in seiner Seele verspürt und sich dann wie mit Gewalt zu Jesu hingezogen fühlt. M. Buber fragt in seinen drei Reden über das Judentum: gibt es eine jüdische Religion? gibt es eine in sich wirkliche jüdische Religiosität? Für die Vergangenheit bejaht er

dies, aber von der Gegenwart schreibt er: „Wo gibt es eine Gottesinbrunst von Juden, die sie hinausjagte aus dem Zweckgebiete der Gesellschaft in ein wahrhaftes Leben, in ein Leben, das Gott bezeugt? wo eine unmittelbare Religiosität, elementares Gottgefühl, heilige brennende Erlösungswelt? Auf die innere Wirklichkeit hin betrachtet ist jüdische Religiosität eine Erinnerung, vielleicht auch eine Hoffnung, aber kaum Gegenwart.“ In seinem zweiten Vortrag schildert Buber „die Entzweiung, die innere Zerrissenheit, unter der mehr als eine jüdische Seele seufzt. Die Einheit, die Erlösung, heraus aus aller Dualität, ist die Erlösung. In ihr allein wurzelt die Erlösungsidee des Juden Jesus.“ Den Geist des Judentums aber läßt Buber zur Menschheit sprechen: „All das, was ihr sucht und übt, wonach ihr strebt und hastet, all eure Taten und eure Werke, all eure Opfer und eure Genüsse, all das ist wesenlos und sinnlos. Ein Jude hat einst das Wort gesprochen: Eins ist not. Damit sprach er die innerste Seele des Judentums aus, die weiß, daß alle Inhalte nichtig sind, wenn sie nicht zur Einheit zusammenwachsen.“ Und Hugo Salus singt in seinem „Judenlied“ von dem Fluch des Hasses, der auf seinem Volk lastet:

„Ich bin vom auserwählten Volke!
 Wozu, o Herr, erwählt von dir?
 Stets drohn aus einer dunklen Wolke
 Des Hasses Blitze über mir!
 Ich bin gehetzt vom Fluch der andern,
 Und, drückt mein Bündel noch so schwer:
 „Rast nicht, zieh weiter, Ahasver!
 Du bist erwählt zum ew'gen Wandern!“
 Noch heut klebt mir an Hemd und Haaren
 Dein Blut, o Jesus, heiß und rot,
 Noch heute, nach zweitausend Jahren,
 Trag ich die Schulden, deinen Tod.“

Gottlob, daß wir es wissen, so wird einst das Volk Israel dem wiederkehrenden Jesus Christus weinend entgegenrufen, und an demselben Tage wird es Vergebung und Frieden, Heil und Seligkeit finden.

Kap. V.

Innerkirchliche Evangelisation.

Bearbeitet von Pastor Ernst Bunke, Spandau.

(Abgeschlossen am 1. April 1913.)

1. Allgemeine Fragen. 2. Innere Auseinandersetzungen. 3. Abgrenzung gegen sektiererische Bewegungen. 4. Verhältnis zur Kirche und Theologie. 5. Umschau.

1. Allgemeine Fragen.

Das Jahr 1912 ist stiller für die innerkirchliche Evangelisationsbewegung verlaufen als die vergangenen wohl seit einem Jahrzehnt. Sie sammelt neue Kräfte, nachdem sie durch die Zungenbewegung bis ins Innerste hinein erschüttert worden war und mit Aufbietung aller Entschiedenheit die Schwarmgeisterei ausgeschlossen hat. Manche Beurteiler sind der Ansicht, daß die Gemeinschaftsbewegung ihre Kraft erschöpft hat. In der eigenen Mitte vertritt man die Überzeugung, daß es wieder vorwärts geht, wenn auch nicht so stürmisch als früher. Mit dem Gesundungsprozeß hängt es zusammen, daß eine grundsätzliche Frage viel erörtert worden ist, die auch für den Fortgang der Evangelisation von Bedeutung ist. Es ist die Frage nach der rechten Lehre von der Heiligung.

Wie schon im vorigen Jahre berichtet, hat der greise Dogmatiker der neueren Gemeinschaftsbewegung, P. em. Theodor Jellinghaus, seine Lehre widerrufen. Die Erörterung über die Frage nach der rechten Heiligungslehre ist in den verschiedensten Zeitschriften aufgenommen worden: in „Licht und Leben“, in „Auf der Warte“, in der „Reformation“ und anderwärts. Jellinghaus hat eine „Erklärung über meine Lehrirrunge“ (Lichtenrade, Prack & Co., G. m. b. H., 0,75 M.) veröffentlicht.¹⁾ Jellinghaus steht jetzt auf dem Standpunkt, daß nicht die neupietistische

¹⁾ Hierher gehört auch die Schrift des unter dem Einfluß des jetzigen Jellinghaus stehenden Evangelisten Friedrich Brucks: „Wirkliche Erfahrung der Kraft des Blutes Christi“. Vom Verfasser in Lichtenrade zu beziehen. 0,25 M.

Heiligungslehre richtig sei, sondern die der lutherisch gerichteten pietistischen Väter. Er vermißt in seiner eigenen Lehre den Ernst der entschiedenen Buße, die Furcht vor dem zukünftigen Zorn usw. Ihm stimmen die Theologen und Evangelisten bei, die vom württembergischen und niederrheinischen Pietismus ausgegangen sind. Gegen die meisten Evangelisten, die aus der neueren Evangelisationsbewegung hervorgegangen sind, stehen auf der Seite des gesunden Jellinghaus gegen den kranken. Am eingehendsten ist neuerdings die Frage von P. Ernst Heinatsch behandelt in seiner Schrift: „Die Krisis des Heiligungsbegriffes in der Gemeinschaftsbewegung der Gegenwart“, eine biblisch-dogmatische Studie mit einem Vorwort von Dr. theol. Karl Müller, Prof. der Theologie in Erlangen (Vereinsbuchhandl. Ihloff & Co., 1,20 M.) erörtert worden, und zwar zugunsten des Buches von Theodor Jellinghaus „Das völlige gegenwärtige Heil“. Man wird annehmen dürfen, daß die Erörterung dadurch neu in Fluß kommt. Das ist durchaus zu begrüßen. Soll das Glaubensleben sich gesund entfalten, so müssen die Wurzeln gesund sein. Es hängt also viel davon ab, über Rechtfertigung und Heiligung schriftgemäß zu lehren. Daß die Rechtfertigungslehre von dem greisen Evangelisten Elias Schrenk und den altpietistischen Lehrern der Gemeinschaftsbewegung stärker betont wird, dürfte den Beifall der deutschen positiven Theologie haben. Es dürfte aber schwer sein, nachzuweisen, daß die Rechtfertigung durch den Glauben in der Gemeinschaftsbewegung, aufs Ganze gesehen, weniger stark betont sei oder betont werde als in der Kirche. Im allgemeinen steht es doch so, daß die Evangelisationen gerade dahin führen sollen, Seelen zur Erfahrung der Rechtfertigung zu bringen und zur Heilsgewißheit zu führen. Ebenso dürfte es zutreffen, daß der Heiligungsernst in der Kirche nicht immer mit dem Nachdruck vertreten ist, wie es nach der Heiligen Schrift geschehen sollte. Unbeschadet der berechtigten Kritik an den Irrungen und Auswüchsen der Gemeinschaftsbewegung wird man doch sagen müssen, daß die Heiligungsbestrebungen darum einen so großen Beifall gefunden haben, weil eine biblische Kernwahrheit nicht genug getrieben war. Die Übersteigerung des Wertes der Heiligung auf Kosten der Rechtfertigung ist abzuweisen, jede falsche Heiligungstheorie ist abzulehnen. Das dürfte schon jetzt das Ergebnis der Auseinandersetzungen sein und das bedeutet einen Gewinn. Früher nämlich wurde in den Kreisen der Evangelisationsbewegung auf Lehrirrungen wenig Gewicht gelegt. Zu hoffen steht, daß die Lehre von der Heiligung auf allen Seiten so gründlich getrieben werde, daß der Inhalt der Heiligen Schrift in diesem Stücke tiefer als bisher ausgeschöpft werde.

Eine viel umfassendere Kritik wird an der Gemeinschaftsbewegung geübt durch das jetzt in dritter, vermehrter und vollständig umgearbeiteter Auflage erschienenen Werk des Stiftspredigers in Loccum P. Paul Fleisch: „Die moderne Gemeinschafts-

bewegung in Deutschland“. 1. Bd. Die Geschichte der deutschen Gemeinschaftsbewegung bis zum Auftreten des Zungenredens (1875—1907). Leipzig, Wallmann. 605 S., 7,50 M. Das Buch ist mit ungeheurem Fleiß gearbeitet. Der Verfasser hat zahllose Zeitschriften, Traktate, Bücher gelesen und mit der Feder in der Hand unter den verschiedensten Gesichtspunkten verwertet. Es ist ein echtes deutsches Gelehrtenbuch. Jeder unbefangene Leser wird auch dem Verfasser das Streben anmerken, dem Gegenstand, den er behandelt, wirklich gerecht zu werden. Die Anhänger der Evangelisationsbewegung behaupten freilich, daß Pastor Fleisch das nicht gelungen ist.

Pastor Fabianke, Stettin, hat in der „Reformation“ in diesem Sinne geschrieben. Sein Urteil geht dahin, daß der Verfasser all die Personen und Kreise, deren Entwicklung er schildert, nicht aus persönlichem Verkehr kennt und ihm daher der Pulsschlag des Lebens verborgen bleibt. „Begriffe und Anschauungen sind blind“, sagt Kant, — und Namen und Zahlen ohne Leben wirken wie ein Kirchhof. „Fleisch ist fast ganz auf die ihm zugängliche Literatur angewiesen. Was nicht gedruckt ist, weiß er nicht. Auch kann er nicht nachprüfen, ob all die Blätter und Blättchen objektiv bedient sind. Bei ihm gilt, was man den Werken weltfremder Gelehrter nachsagt: Quod non est in actis, id non est in mundo. So sehen wir die Gemeinschaftsbewegung geschildert, wie sie in des Schreibers Registratur sich befindet.“

In der Monatsschrift „Der Reichgottesarbeiter“ schreibt der Evangelist August Dallmeyer in Leipzig: „Er (Fleisch) hat ohne Zweifel unserer Bewegung viel zu sagen, was unsererseits Beachtung verdient, aber von der Bewegung als solcher entwirft er eine Karikatur. Wenn kein anderer Geschichtsschreiber aufsteht, um die Gemeinschaftsbewegung ihrem inneren Wert nach zu beschreiben, dann erben die Kommenden eine historische Unwahrheit. Das auszusprechen, sind die Männer der Gegenwart ihren Kindern und Kindeskindern schuldig. Pastor Fleisch wird das nicht beabsichtigen, aber solange er Beobachter und nur Beobachter bleibt, so lange fehlt ihm der Sinn für ein gerechtes Urteil.“

An diesen Verwahrungen von Männern aus der Gemeinschaftsbewegung ist etwas Wahres, woraus man dem Verfasser aber keinen Vorwurf machen darf. Es gilt auch vom Geschichtsschreiber das bekannte Wort: Wer den Dichter will verstehen, muß in Dichters Lande gehen. Pastor Fleisch ist ein Lutheraner, der sich von dem reichen Erbe des Luthertums genährt hat. Er hat also mit der neueren Bewegung keine innere Fühlung. Darum empfindet er am stärksten den Abstand des Luthertums von dem Gemeinschaftschristentum. Das Gemeinsame dagegen tritt ihm in den Hintergrund. Sein Werk ist trotzdem überaus wertvoll und wird für jeden künftigen Geschichtsschreiber dieser neuesten Erweckungsbewegung eine willkommene Grundlage seiner Studien bilden.

Es freut uns, daß Inspektor Pastor Buddeberg von der Evangelischen Gesellschaft in Elberfeld, selber ein Gemeinschaftsmann, eine volle Anerkennung dafür hat. Er schreibt in „Licht und Leben“ u. a. folgende Sätze:

„Die Gemeinschaftsbewegung sollte für das Buch dankbar sein. Gewiß ist es manchen unbequem; denn es hält all die Überspannungen und unnüchternen Höhenflüge der Vergangenheit im Bilde fest, aber es wird dadurch zum Bußspiegel und zur Warnungstafel in der kommenden Entwicklung. Besonders das unklare Gären der östlichen Gemeinschaftsbewegung ist zur Darstellung gekommen.“

Wir fügen hinzu, daß Fleisch mit besonderer Klarheit die Zusammenhänge der neuen Evangelisationsbewegung mit englischen und amerikanischen Lehren und Stimmungen herausgestellt hat. Man merkt hier den Vorzug, den er vor manchen andern Beurteilern besitzt, daß er als geschulter Theolog sich historisch und dogmatisch mit den einschlägigen Fragen auseinandergesetzt hat. Wir zweifeln nicht, daß sein Buch den Prozeß der Selbstbesinnung in der Gemeinschaftsbewegung unterstützen wird.

2. Innere Auseinandersetzungen.

Bei dem Umfang und der Vielgestaltigkeit der Evangelisationsbewegung im weiten Deutschen Reiche sind auch verschiedene Strömungen vorhanden, veranlaßt durch die verschiedene Geschichte des Gemeinschaftslebens, den Einfluß hervorragender Persönlichkeiten, die Eigenart des Volkscharakters usw. War es früher besonders der Unterschied zwischen den Bestrebungen der östlichen Brüderräte und den westlichen Kreisen, der sich durch alles hindurchzog, so hat dies jetzt aufgehört. Die Führer des Ostens sind zur Zungenbewegung übergegangen oder durch ihre Unentschiedenheit gegenüber der Schwärmerei um ihre Führerstellung gekommen. Dafür beginnt eine andere Differenzierung sich bemerkbar zu machen, die der Theologen und die der Evangelisten. Von einem Gegensatz ist dabei nicht die Rede, aber doch von einem Unterschied. Er läuft teilweise parallel mit der Verschiedenheit in der Lehrprägung zwischen älterem und neuerem Pietismus. Er macht sich auch geltend in der praktischen Stellung zur Kirche.

An die Tagung des Gnadauer Verbandes vom Jahre 1911 war von seiten der Evangelistenrichtung — um sie so zu nennen — die kritische Bemerkung geknüpft worden, daß auch Nichttheologen zu Worte kommen sollten. Sie würden es ebensogut machen wie die Theologen. Diesem Wunsche ist im Jahre 1912 entsprochen worden. Zwei Evangelisten — Inspektor Veiel von der Chrischona und Prediger Henrichs — haben Referate gehalten, und zwar gute, wie von allen Seiten anerkannt wurde.

So hat denn Br. Möbius in „Auf der Warte“ das Urteil abgegeben, daß das alte Mißtrauen untereinander schwindet und die Bemühungen um gegenseitiges Verstehen von Erfolg gekrönt sind. Der Vorstand läßt es sich überhaupt angelegen sein, die vorhandenen Unstimmigkeiten zu überwinden. Deshalb ist auch je ein Vertreter der beiden Vereinigungen in den Vorstand berufen worden, durch die öfter in den Gemeinschaften Mißstimmung, ja Unfrieden erregt wurde. Es ist der Bund des Blauen Kreuzes und der Jugendbund für Entschiedenes Christentum. Jener wird nun durch Generalsekretär Göbel, dieser durch Prediger Blecher im Gnadauer Verband vertreten. So soll eine brüderliche Einwirkung ermöglicht werden, ehe es zu ärgerlichen Reibungen und Trennungen kommt. Von seiten der Theologenrichtung — im Unterschied von der Evangelistenrichtung so genannt, vorbehaltlich einer besseren Bezeichnung — wird der Unterschied jener beiden Strömungen abgelehnt. Inspektor Pastor Buddeberg wünscht allen „Rangstreit“ ausgeschlossen zu sehen. Er sieht also hierin nur sündliche Erscheinungen. Wir können ihm darin nicht zustimmen. Ein inneres Gesetz des geschichtlichen Werdens macht sich unseres Erachtens hier geltend. Es ist das aufsteigende Standesbewußtsein der Evangelisten, wenn man will, auch der demokratische Einschlag in der Evangelisationsbewegung. Es ist nun einmal so, ob es jemand gefällt oder nicht, der Stand der Evangelisten, Gemeinschaftspfleger, oder wie man sie nennen will, macht sich mehr als früher geltend. Sie haben sich zusammengeschlossen in der „Vereinigung von Reichgottesarbeitern in Deutschland“ und haben ihr besonderes Vereinsorgan, „Der Reichgottesarbeiter“. Ihr Einfluß ist aber dadurch noch größer geworden, daß auch das größte Gemeinschaftsblatt, „Auf der Warte“, von solchen Berufsarbeitern herausgegeben wird. Auch haben sie neben der Gnadauer und Blankenburger Konferenz noch ihre eigene Jahresversammlung, die besondere Anziehungskraft besitzt, dazu Provinzialzusammenkünfte, so daß die Verbindung zwischen ihnen immer inniger wird. Sowohl den Theologen als den Brüderräten gegenüber regt sich das Standesbewußtsein dieser Berufsarbeiter. Sie haben dabei das Empfinden gehabt, daß ihr Auftreten nicht angenehm empfunden wurde. So ist im „Reichgottesarbeiter“ zu lesen:

„Was allen anderen Berufsvereinigungen recht war, sollte den Berufsarbeitern versagt bleiben. Man sah ihr Vorhaben als halb revolutionär und demokratisch an. Es gibt heute noch Brüderräte und Gesellschaften, die ihren Angestellten den Eintritt in den Verband verbieten, mindestens ihn recht ungern sehen. Nichtsdestoweniger hat sich der Verband recht erfreulich entwickelt. Er zählt jetzt 534 Mitglieder. Es sind dies Prediger, Evangelisten, Stadtmissionare usw. Pastoren können satzungsgemäß nicht aufgenommen werden.“

Um nicht ungerecht zu sein, muß bemerkt werden, daß die äußere Notlage der Berufsarbeiter eine der treibenden Kräfte für die Vereinigung gewesen ist.

Gegenüber der Überschwenglichkeit, die sich hinsichtlich der äußeren Verhältnisse in früheren Zeiten innerhalb der Gemeinschaftsbewegung offenbarte und jetzt noch hier und da in der Zungenbewegung sich regt, macht sich unter den Evangelisten eine nüchterne Schätzung der Wirklichkeit geltend.

August Dallmeyer schreibt so z. B. im „Briefkasten“: „Oft ist es so, daß Brüder berufen werden, ohne daß die Lokalkomitees genügend die Kosten überschlagen haben. Nachher stellt sich Ebbe in der Kasse ein, oder es ergeben sich andere Schwierigkeiten, und der Bruder kann wieder gehen. Das ist dann sowohl für die junge Arbeit, als auch für den Bruder eine fatale Lage. Ich kann darum nur immer wieder raten, bei Übernahme eines Arbeitsfeldes doch auch darauf zu sehen, daß man in ein Arbeitsfeld mit geordneten Verhältnissen eintritt. Lieber wartet man oder läßt man warten mit der Anstellung eines Bruders, bis die Verhältnisse sich geklärt haben.“

Derselbe Dallmeyer schreibt: „Ich empfehle den Brüdern, nach Möglichkeit eine schriftliche Vereinbarung mit ihren Vorständen zu treffen und die Gehaltsfrage, das Arbeitsprogramm und die Kündigungsfrist vor Antritt festzulegen. An manchen Orten geschieht es bereits. Hierin soll man seinen Verstand walten lassen und nicht immer alles vom Glauben erwarten. An manchen Orten sind die Vorstände sehr dem Wechsel unterworfen, so daß Brüder nach Verlauf von wenigen Jahren mit ganz anderen Personen zu rechnen haben. Wenn dann nicht genügend Ordnung herrscht, weiß keiner der Herren Brüder etwas von den einstigen Abmachungen.“

Wir werden in solcher Anschauung gegenüber der früheren Zeiten einen Fortschritt erblicken, oder mindestens ein Anzeichen, daß die heroische Periode der Gemeinschaftsbewegung vorüber ist und alles in ruhige Bahnen einlenkt. Man kann aber begreifen, daß die Selbsthilfe der Evangelisten auch Mißstimmung erregt und ihr Selbstbewußtsein umgekehrte Kritik herausfordert.

Ein Stimmungsbild wird uns hier am besten dienen. Es findet sich in einem Bericht des Evangelisten Rappe, Stettin, in dem Blatt „Auf der Warte“ über die Gnadauer Herbstkonferenz in Stettin (14. November). Es ist charakteristisch für das, was wir Evangelistenrichtung genannt haben. Rappe schreibt:

„In der schärfsten oft unberechtigtsten Weise wurde Kritik an den Evangelisten durch die Redner geübt. Das Wort Evangelistenklerus wurde das Schlagwort, um das sich viele scharten. Solch gegenseitiges Verhältnis, solche maßlose Kritik kann bei geistlich Gerichteten nur mitleidiges, wehmütiges Seufzen erwecken, aber nicht Vertrauen und Ermunterung. Wenn man nach dem,

was hier offenbar wurde, an die Gemeinschaften und ihre Evangelisten denkt, tritt einem unwillkürlich das Bild eines Lastpferdes vor Augen, das für seine schwere Arbeit erbarmungslos geschlagen und immer wieder geschlagen wird. . . . Evangelistenklerus. Wir kennen diese Gefahr und wollen uns davor hüten, — aber gibt es denn keinen Vorstands- und Brüderratsklerus? . . . Wenn so viel von Schwierigkeiten gesprochen wurde, die man mit Evangelisten gehabt hat, mag sein; aber hat man es auch schon für nötig gehalten, darüber zu sprechen, was die Evangelisten schon für Schwierigkeiten mit Gemeinschaftspastoren und Brüderräten gehabt haben? — Wir stecken mit unseren Reichgottesarbeiterverhältnissen noch ganz im weltlichen Geiste. Was ist der Pastor, was der Brüderrat, der Vorstand denn mehr im Reiche Gottes wie der Evangelist, der nicht das Recht haben sollte, wenn nötig, im Vorstand Seelsorge zu treiben, wie Graf Pückler sagt? Das ist römischer Sauerteig, römischer Papismus in unserer Bewegung.“

Wir sehen, es fehlt an kräftigen Worten nicht. Man erkennt aber auch, daß innerhalb der Evangelisationsbewegung nicht alles für gut und schön gehalten wird, sondern auch die Kritik nicht mangelt.

Daß die Neigung zu einem päpstlichen Selbstbewußtsein auch bei den Evangelisten nicht fehlt, darf niemand wunder nehmen. Wenn der Pfarrerstand trotz seiner akademischen Bildung und theologischen Schulung von dieser Gefahr nicht frei ist, so darf man sich bei Männern von geringerem Bildungsgrade darüber nicht wundern. Immerhin hat die neueste Zeit in dem bekannten Evangelisten und Prediger Rubanowitsch ein Beispiel von päpstlichem Selbstgefühl gezeitigt, wie es nicht alle Tage vorkommt. Rubanowitsch ist ein getaufter Jude mit packender Redegabe und rabbinischem Scharfsinn. Er hat durch seine Evangelisationen sich bekannt gemacht. Dann ist er hervorgetreten, als in Blankenburg das Ketzergericht über Lepsius gehalten wurde. Er tat sich durch schroffe Äußerungen über alle Theologen hervor. Er war in Hamburg Nachfolger von Pastor Röschmann geworden und leitete die Gemeinschaft Philadelphia. Er bildete sie zur freien Gemeinde aus und wirkte auch über die Grenzen Hamburgs hinaus bis nach Hannover hinein. Weiteren Kreisen diente er durch sein Blatt „Was sagt die Schrift“ und einzelne Flugschriften. In seiner Gemeinschaft herrschte er als Autokrat. Einen Brüderrat wollte er zunächst nicht. Als die Gemeinschaft sich aber spaltete, ließ er sich doch zur Einsetzung eines Brüderrats herbei. Die Art, wie er den neugewählten Brüderrat einführte, ist geradezu klassisch. Er nennt sich in der Einführungsrede den Bischof des ganzen Gemeinschaftskreises. Er bezeichnet die Gemeinschaft Philadelphia als die größte in Deutschland. Darum gibt es auch in ganz Deutschland keinen Brüderrat, der solches bedeutenden Einflusses sich erfreuen könnte wie der in der Gemeinschaft am Holstenwall.

Er erklärt sich bereit, den Rat dieser Ältesten anzunehmen, aber er schärft ihnen ein, daß sie nicht vergessen dürfen, in Rubanowitsch ihren Leiter zu sehen. Was sie zu sagen haben, sind immer nur Ratschläge. Rubanowitsch selber bestimmt, was zu geschehen hat. Der Papst kann es nicht besser sagen als dieses neuste Päpstlein vom Holstenwall in Hamburg.

Es darf dabei nicht übersehen werden, daß die Gemeinschaftskreise gegen derartiges Auftreten selbst einschreiten. Die Buchhandlung von Ihloff & Co. hat um verschiedener Vorkommnisse willen — Rubanowitsch hatte auch die Notlüge verteidigt — die Verbindung mit Rubanowitsch gelöst, sein Blatt „Was sagt die Schrift?“ nicht mehr gedruckt und auch den geschäftlichen Verlust, den die Abbestellung der Blätter mit sich brachte, ohne weiteres auf sich genommen. Diese Entschlossenheit ist aller Anerkennung wert und verbietet es, einen Mann wie Rubanowitsch einfach der Gemeinschaftsbewegung als ganzer auf das Konto zu setzen. Es wiederholt sich hier eine Erscheinung, die bei getauften Juden öfters schon zu verzeichnen gewesen ist. Sie vertragen meist auf die Dauer nicht, im Vordergrund zu stehen. Wird ihnen das doch eingeräumt, dann nehmen sie Schaden. Aber andererseits ist der Fall Rubanowitsch auch ein Warnungszeichen für die Gemeinschaften hin und her.

Auf andere Gefahren wird gelegentlich hie und da hingewiesen, so auf die Gefahren der Geldherrschaft in manchen Gemeinschaften. Diese Gefahr ist natürlich in freien Organisationen größer als in der Landeskirche. Das „Allianzblatt“ schreibt:

„Bereits gibt es ganze Sprengel von wenig freien Gemeinschaften, wo ein einziger Mann vermöge seines Geldes alles regiert, alles nach seiner persönlichen Willkür ordnend, Brüder anstellend und absetzend, Redner berufend und ablehnend usw., ist das nicht das schlimmste Papsttum?“ „Nur durch ein tieferes Eindringen in das Wort Gottes und durch in treuem Dienst Gottes gesammelte Erfahrungen bekommt man erleuchtete Augen des Herzens, welche imstande sind, solches Böse in der Gemeinde zu erkennen. An solchen mündigen Gliedern ist die Gemeinde Gottes in dieser dahineilenden oberflächlichen Weltzeit sehr arm und manche derer, die den schweren Übelstand sehen und merken, haben entweder nicht die Kraft und den Mut, dagegen aufzutreten, oder sie wurden selbst die Opfer und Werkzeuge der Geldherrschaft, indem sie von dem alles beherrschenden reichen Bruder finanziell abhängig wurden.“

Über eine andere Gefahr schreibt der Evangelist Heinrich Dallmeyer in „Auf der Warte“. Es ist der Mangel an Zuchtübung. „Eine Gemeinschaft, die keine Zucht übt, sinkt herab auf die Stufe einer Versammlung, in der Krethi und Plethi Platz haben. Eine Gemeinschaft, die nicht Zucht übt, wird zur kleinen Volkskirche

und hat innerhalb der Landeskirche eigentlich gar keine Berechtigung. Also Zucht muß geübt werden. Aber das Zuchtüben ist schwerer und weniger mit Erfolg begleitet als in der Apostel Zeiten, weil der Ausschluß selten Beugung bringt, und weil die Ausgeschlossenen zum Teil anderswo auf den Ehrensessel erhoben werden.“

Man sieht, daß sich mit der Verbreiterung der Bewegung auch Schäden einstellen, wie sie an der Landeskirche oft sehr lebhaft getadelt worden sind. Aber daß der Finger auf die wunden Stellen gelegt wird, ist aner kennens wert.

Ein anderer Schade ist die Zersplitterung der Schriftenverbreitung. 60 Gemeinschaftsblätter und -Blättchen hält einer der Leser von „Licht und Leben“, wie dort mitgeteilt wird. Er hält sie nicht bloß, sondern arbeitet sie auch durch. „Wie ungeheuerlich und töricht viel es sind, fühle ich vielleicht am meisten am eigenen Leibe“, heißt es da. Mit Recht wird die Zerrissenheit der Gemeinschaftsbewegung in diesem Stück getadelt. Allein es wird sich wenig daran ändern lassen. Der Subjektivismus ist nun einmal in der Gemeinschaftsbewegung sehr stark. Obendrein ist die Presse das Mittel, die eigenen Gedanken zu vertreten. So wird sich schwerlich eine größere Zusammenfassung der Blätter erreichen lassen. Es kommt auch noch der Gesichtspunkt in Betracht, daß bei den Verteilblättern trotz ihrer Billigkeit auch noch ein Gewinn erzielt wird. Dieser dient dazu, die Arbeit aufrecht zu erhalten. Die Gemeinschaftsbewegung geht denselben Weg, wie ihn vor ihr die Innere Mission gegangen ist. Schriftenverbreitung und Bücherverkauf ist nicht nur Selbstzweck, sondern wird Mittel zum Zweck. Die Buchhandlung der Philadelphia in Stuttgart, die Vereinsbuchhandlung in Neumünster und die Buchhandlung der Evangel. Gesellschaft in Elberfeld sind wohl die hervorragendsten Beispiele dafür.

Im Unterschied gegen früheres Verhalten sehen wir die Gemeinschaftsbewegung bereit zur Selbstkritik. In noch höherem Grade ist sie entschlossen, fremde Einflüsse, sektiererische Bewegungen abzuwehren.

3. Abgrenzung gegen sektiererische Bewegungen.

Am nächsten liegt die Frage nach dem Verhältnis zur Zungenbewegung. Sie ist leicht zu beantworten. Die Zungenbewegung ist im großen und ganzen von der allgemeinen Evangelisationsbewegung ausgeschieden. Wohl hat sie im einzelnen noch Fortschritte gemacht, vor allen Dingen sich in den Kreisen befestigt, wo sie Eingang gefunden hatte. Im allgemeinen ist auch größere Nüchternheit eingetreten. Oberlehrer Kaper, der die Totenerweckung seines Kindes in Kattowitz versucht hatte, ist jetzt von den Zungenleuten ausgeschlossen worden. Derselbe Vorgang hat sich anderwärts

wiederholt. Man sieht also, wie der Ernüchterungsprozeß bis in die Zungenbewegung hineinreicht, die doch durch Schwärmerei entstanden ist. Selbst bei Pastor Paul hat die rückläufige Bewegung eingesetzt. Während er früher die Sündlosigkeit gelehrt hatte und seinen alten Menschen monatelang nicht gesehen zu haben meinte, spricht er sich jetzt ganz anders aus. Am 4. und 5. Dezember fand eine internationale Konferenz der Leiter der Zungenbewegung in Amsterdam statt. Man hat da eine Reihe von Sätzen beschlossen, die freilich den Abstand zwischen dem, was die Zungenleute wollen, und dem, was sie angerichtet haben, nicht verdecken können. So, wenn die wahre Einheit unter dem Volke Gottes als Ziel des heiligen Geistes bezeichnet wird oder diejenigen getadelt werden, welche Rat, Tadel, Zurechtweisung von anderen nicht mehr annehmen wollen. Solche Sätze sind eine scharfe Kritik der Führer der Zungenbewegung selbst, die sich früher allem brüderlichen Rat unzugänglich erwiesen.

Eine deutsche Konferenz der Zungenredner hat in dem Zentrum der Bewegung in Mülheim a. R. stattgefunden. Sie war sehr stark besucht. In Berlin hat eine Konferenz getagt. Aber die Ausbreitungskraft ist mit der, wenn auch nur teilweisen Ernüchterung gebrochen.

In Schlesien, wo die Zungenbewegung besonders stark aufgetreten ist, hat die Gefahr der Ausbreitung mit der Isolierung der Zungengemeinschaften aufgehört. Ja, man ging zum Gegenstoß über.

Eine oberschlesische Gemeinschaftskonferenz wurde im Oktober 1912 in Brieg veranstaltet. Von Brieg aus ist seinerzeit die Evangelisation nach Oberschlesien hingeleitet worden. In Brieg hat dann die Zungenbewegung ihr Zentrum im Osten gefunden. Prediger Edel, der die große Gemeinschaft in Brieg begründet und das Erholungshaus „Pilgerheim“ eingerichtet hat, wurde einer der Führer der Zungenbewegung. Nun haben sich die nüchternen Gemeinschaftsleute von der Zungenbewegung getrennt. Es sollte dem kleineren Häuflein jetzt von den oberschlesischen Gemeinschaftsleuten Stärkung und Hilfe gebracht werden.

In der Provinz Pommern ist durch die Zungenbewegung eine Trennung eingetreten. Soweit diese endgültig erfolgt ist, herrscht Friede. Der Brüderbund, G. m. b. H., auf den die meisten Gemeinschaftshäuser der Provinz gerichtlich eingetragen sind, hat aber noch nicht überall diese Scheidung eintreten lassen. In Bublitz sind die Mitglieder der Zungenbewegung im Besitze des Saales gelassen worden. Man spürt noch darin die Nachwirkung der schwankenden Stellung, die vor der Trennung von seiten etlicher Führer eingenommen worden ist.

In Posen beginnt man sich ebenfalls von dem Schläge der Zungenbewegung zu erholen. In Nakel fand wieder eine Gemeinschaftskonferenz statt, die an Besuch die früheren bei weitem

nicht erreichte, aber doch ein Zeichen neu erwachenden Arbeitsmutes ist.

Ein Beweis innerer Gesundheit der Evangelisationsbewegung ist es auch, daß sie sich mit steigender Entschiedenheit gegen den Darbyismus wehrt. In den verschiedensten Gemeinschaftsblättern wird gegen ihn Front gemacht. Vor allen Dingen wird darauf verwiesen, daß die Darbysten, oder wie sie sich lieber nennen, „Die Versammlung“, selbst nicht einig, sondern vielfach gespalten sind. Sie erkennen zwar alle die „Grundwahrheiten der Versammlung Gottes“ an, die von Darby aufgestellt worden sind, aber sind doch in streng abgesonderte Parteien gespalten.

Titus Blicker hat ausführlich in „Auf der Warte“ gegen sie geschrieben. Er teilt folgenden Fall mit: „Ein Bruder ist eben aus England gekommen, um einige Zeit bei seinem in Deutschland wohnenden Bruder zu sein. Die Leiter in Deutschland fragten bei der Versammlung in England an, in der Darby selbst das Abendmahl genossen, ob jener einer abgetrennten Versammlung angehöre. Weil er aber einer der übrigen neuen Gruppen angehörte, legte es ihm auf Rat der maßgebenden Brüder sein eigener Bruder ernstlich nahe, sich des Brotbrechens bei ihnen zu enthalten. Der Mann war ein in anderen darbystischen Kreisen geachteter Bruder. Das half ihm jedoch nichts. In Deutschland sind vier verschiedene Vereinigungen von Darbysten, die sich untereinander gegenseitig ausschließen. Jedes Mitglied der deutschen Rawenschen Vereinigung oder der Hamburg-Berliner oder ostfriesischen van Dyken würde bei der Elberfelder Vereinigung ohne gründliche Prüfung und völligen Bruch mit den anderen niemals Abendmahlsgemeinschaft finden. Ebenso machen es die anderen Parteien dem Elberfelder Bund gegenüber.“

Hiernach ist klar, daß die Darbysten nicht zur evangelischen Allianz gehören können. Wenn es einer doch tut und an der Allianzkonferenz in Blankenburg ständig teilnimmt, wie General von Viebahn, so zeigt sich darin eine schätzenswerte Inkonsequenz. Im Königreich Sachsen hat man sich besonders der Darbysten zu erwehren. So heißt es in dem Bericht über den Gemeinschaftsverband folgendermaßen:

„Nur mit den darbystischen Brüdern ist nicht auszukommen. Sie sitzen zu hoch zu Rosse. Alles, was nicht genau so handelt und denkt wie sie, ist nicht entschieden, steht nicht im Wort. In einer Gemeinschaft kam es durch solche Brüder zu einer Trennung, und an einem Orte besteht zur Zeit die Gefahr der Trennung. Da diese Brüder sich innerlich immer schon von uns geschieden haben, ist eine gesunde Entwicklung der Gemeinschaft nur dann möglich, wenn es auf friedlichem Wege auch zur äußeren Trennung kommt.“

Man sieht, daß hier der Darbyismus ebenso gewertet wird, wie die Zungenbewegung.

Mit dem Darbyismus verwandt ist die sogenannte kirchenfreie Richtung, der besonders auch der Schriftleiter des Allianzblattes, Bernhard Kühn, das Wort redet. Prediger Bierhaus in Posen ist einer ihrer Wortführer. Diese „Kirchenfreien“ sind mit dem Gnadauer Verbands sehr unzufrieden.

Inspektor Haarbeck, der Vorsitzende des Gnadauer Verbandes, hatte sich folgendermaßen geäußert:

„Wenn es sich um allgemein gültige Gemeinschaftsordnungen handelt, kann unmöglich jedem einzelnen, auch nicht jeder einzelnen Gemeinschaft erlaubt werden, nach eigenem Gewissen zu handeln.“ Bierhaus hatte darin einen Abweg nach Rom zu finden geglaubt. Haarbeck wird nun von August Dallmeyer verteidigt als ganz und gar von biblischen Gedanken beherrscht. Dallmeyer billigt den weiteren Satz Haarbecks: „Es müssen Wege gefunden werden, die von einer größeren Anzahl bewährter und in der Schrift bewanderter Männer Gottes einmütig als richtig und Gott wohlgefällig anerkannt werden.“ Er schreibt: „Haarbeck vertritt danach nicht den Standpunkt eines Papstes, den Standpunkt der Alleinherrschaft, sondern er stellt sich damit auf den Boden der Schrift. Oder ist das Apostelkonzil (Apg. 15) etwas anderes, als was Herr Inspektor Haarbeck empfiehlt? Nein, sondern genau dasselbe. Nicht Haarbeck, sondern Bierhaus nimmt einen päpstlichen Standpunkt ein. Wir freuen uns, daß der Vorstand von Gnadau in diesem Stück und in anderen Fragen klar erkennt, was seine Aufgabe ist. Es ist zu wünschen, daß auch die Kreise, die sich um Gnadau scharen, erkennen, daß es in unserer Zeit der Zersetzung, des Mißtrauens, des Freiherren- und des Freiherdentums Pflicht ist, nicht auf jeden Prediger in der Wüste, sondern in erster Linie auf die eigenen Führer zu sehen und zu hören. Das ist nötig, sonst wird eine Beruhigung in den Gemeinschaftskreisen überhaupt nicht eintreten.“

Es wird also entschieden gegen das independentische Prinzip angegangen und der Sinn für die Kirche geweckt, wenn es auch nicht gerade die Landeskirche ist.

Wie die Gemeinschaften gegen die Sektierer angehen, ergibt sich daraus, daß der Gnadauer Verband ein Plakat hat herstellen lassen mit einer Warnung vor den seelengefährlichen Sekten. „Zu diesen Sekten sind gezählt die Adventisten, die Millenniumsleute, die Neuapostolischen, die Mormonen, die Sientisten, die Spiritisten, die Theosophische Gesellschaft.“ Die Zeitschriften werden genannt und am Schlusse gesagt: „Wir bitten dringend, keine Schriften dieser Richtung zu kaufen und zu lesen, sich von ihren Vertretern nicht einnehmen zu lassen, wenn sie auch noch so fromm und aufdringlich auftreten, überhaupt gegen fremde, unbekannte Prediger und Kolporteure äußerst vorsichtig zu sein.“ Die Tafel hat die Größe von 34 × 43 cm. Sie wird gegen Erstattung der Selbstkosten (0,35 M.) in einer Rolle verschickt. Auch kirchliche Vereine und Gemeinden würden sich ihrer mit Nutzen

bedienen. Vom Standpunkt der Landeskirche aus wird man sich wahrscheinlich darüber wundern, daß nicht auch Baptisten und Methodisten auf der Tafel genannt sind. Aber die Gemeinschaftskreise haben mit dem heute nicht mehr gerechtfertigten und auch in der theologischen Wissenschaft nicht mehr gebräuchlichen engherzigen Gebrauch des Wortes Sekte gebrochen. Mit Methodisten und Baptisten finden sich die Gemeinschaftskreise zusammen in der Evangelischen Allianz. Aber alles, was klar gegen die Heilige Schrift ist im allgemeinen reformatorisch-evangelischen Verstand, das lehnen sie ab.

4. Verhältnis zu Kirche und Theologie.

Daß die Evangelisationsbewegung innerkirchlich ist und sein soll, daß die Gemeinschaften das Wort „landeskirchlich“ nicht nur als Aushängeschild benützen wollen, darüber herrscht immer weitere Übereinstimmung. Ein Zeugnis davon aus dem letzten Berichtsjahre ist das von dem Leiter der Chrischona, Inspektor Veiel, dem Nachfolger und Schwiegersohn von Inspektor Rappard. Er sprach sich so aus:

„Wenn Chrischona auch nicht direkt von der Kirche gegründet noch von ihr geleitet und unterhalten worden ist, so heißt das noch lange nicht, daß sie gegen die Kirche sei. Wir halten unsere Zugehörigkeit zur Kirche aufrecht, nicht etwa, weil sie uns nützlich erschiene, sondern aus der festen Überzeugung, daß wir uns nicht scheiden dürfen von der Gemeinschaft, in der wahre Gotteskinder sind, in denen und durch die der Herr wirkt. Wovon wir uns aber mit derselben festen Überzeugung scheiden, das ist der Unglaube. Wo der sich in der Kirche findet, wenden wir uns entschieden ab, selbst auf die Gefahr hin, als kirchenfeindlich verschrien zu werden. Das Reich Gottes steht höher als die Kirche. Diese ist, wo sie ihre Aufgabe erkennt, Mittel, jenes ist Ziel.“

Dieser Standpunkt dürfte dem der Evangelistenrichtung entsprechen. Die Theologenrichtung wird noch stärker kirchlich empfinden, insbesondere, wenn es sich um Abstellung kirchlicher Mißstände handelt. Ein solcher ist die Abendmahlsnot, die sehr stark empfunden wird.

Sie hat auch die Gnadauer Konferenz in Wernigerode beschäftigt. Pastor Hesekiel-Herrnkirch war der Vortragende. Es war sehr gut, daß er auch die Not der Pastoren mit dem Abendmahl schilderte. „Grobe Lasterknechte, offenbare Weltmenschen sieht man zum Tisch des Herrn eilen bei den großen Abendmahlsfeiern der Kirche. Die kirchlichen Zuchtmittel versagen in der zuchtlosen Zeit. Ich habe als Pastor oft große Not gehabt, direkt Unwürdigen das Abendmahl zu reichen, und habe in meiner Gemeinde auch wohl persönlich Zucht an Seelen geübt. Gedenken Sie in Liebe und Fürbitte der Pastoren, die diese Last tragen und

nicht abwerfen können, weil sie wissen, daß sie in einem Joch des Herrn sind.“

Mehr geredet wird natürlich von der Abendmahlsnot der gläubigen Gemeindeglieder. Für sie wurden, wie in früheren Zeiten, einige Ratschläge gegeben. Sie sollten an sogen. kleinen Abendmahlstagen zum Tisch des Herrn gehen, bei benachbarten gläubigen Pastoren das Abendmahl feiern, dem Provinzialbrüdererrat die Not auseinandersetzen und im Einverständnis mit ihm eine besondere Feier abhalten (wohl in Verbindung mit Gemeinschaftskonferenzen) oder wie Tersteegen sich eine Zeitlang des Abendmahls überhaupt enthalten. Ein neuer Vorschlag war der, daß doch die Kirche Gemeindeglieder, welche Vertrauen genießen, mit der Verwaltung des Sakraments beauftragen solle. Pastor Hesekei bezeichnet dies ausdrücklich als seine Privatansicht. Es ist auch kaum anzunehmen, daß viele glauben sollten, es sei Aussicht zur Verwirklichung dieses Vorschlages vorhanden. Jedenfalls läge es viel näher und ist auch leichter durchführbar, daß mit Einführung von Parochialfreiheit Gemeinschaftsleute und andere Gemeindeglieder sich von einem gläubigen Pfarrer das Abendmahl reichen lassen. Dies ist der Ausweg, den „Auf der Warte“ unentwegt empfiehlt und der bald als gemeinsame Forderung der Evangelisationskreise zu gelten haben wird.

Anlaß dazu gab der Ausgang der Verhandlungen der General-synode der Schleswig - Holsteinischen Landeskirche. Nachdem diese erklärt hatte, daß zu einer Änderung der bestehenden Verfassung hinsichtlich des Parochialzwanges kein Anlaß vorhanden sei, schrieb „Der Gemeinschaftsfreund“, das Organ des Gemeinschaftsvereins in Schleswig-Holstein u. a. folgendes: „Es bleibt uns nun kein anderer Weg als derjenige der Selbsthilfe, und hat der Vorstand des Gemeinschaftsvereins in der letzten Sitzung beschlossen, jedem seiner Hauptfeste eine Abendmahlsfeier anzugliedern. Wenn man unseren Gemeinschaftspastoren die Kirchen verweigert, findet sie in unseren Sälen statt. Es kann niemand zugemutet werden, bei liberalen Pastoren oder bei unfreundlich gesonnenen toten Orthodoxen zum Abendmahl zu gehen. Darum glauben wir es unseren Geschwistern, welche vielerorts in geistlichen Einöden sitzen, schuldig zu sein, wenn wir ihnen Gelegenheit geben, mit ruhigem Gewissen zum Tisch des Herrn zu kommen. Wenn heute der liberale Unglaube in der Kirche freie Bahn hat, dürfen wir mit größerem Recht das für uns in Anspruch nehmen, was dem Gläubigen schriftgemäß zusteht.“

„Auf der Warte“ fügt noch folgendes hinzu: „Zu bemerken ist noch, daß der Deutsche Verband für Gemeinschaftspflege und Evangelisation, der die ganze deutsche landeskirchliche Gemeinschaftsbewegung zusammengeschlossen vertritt, auf dem gleichen Standpunkt steht. Auch er ist einstimmig der Meinung, daß nach so vielem nutzlosen Petitionieren an das Kirchenregiment die

Abendmahlsfrage nun ohne dasselbe gelöst werden muß; das Gewissen hat vor allen Kirchengesetzen das erste Wort.“

Es wird sich in Kürze zeigen, ob den Worten auch die Taten folgen werden.

Ein weiterer Anlaß zur Erörterung der Abendmahlsnot war das Vorgehen der Trinitatisgemeinschaft in Berlin. Sie hat an das Kgl. Konsistorium der Provinz Brandenburg ein Ersuchen gerichtet, daß die Behörde ihr gestatte, in ihren eigenen Räumen das Abendmahl zu feiern, und es sich durch bekenntnistreue Pastoren austeilen zu lassen, da an der Trinitatiskirche jetzt nur noch liberale Pastoren amtieren. Eine Antwort ist noch nicht eingegangen. Hierzu bemerkt das Gemeinschaftsblatt „Auf der Warte“: „Daß kein anderer Weg als der der Selbsthilfe möglich, ist heute auch dem Gnadauer Verband klar. Man hat den Eindruck, daß die Konsistorien froh sind, wenn sie so wenig wie möglich über solche Fragen um Entscheidung angegangen werden. Sie nehmen stillschweigend Kenntnis davon, wenn die Gemeinschaften sich selber helfen. Woran es noch fehlt, sind die mutigen gläubigen Pastoren, welche den Parochialzwang durchbrechen, den Gemeinschaften nun das Mahl austeilen. Wir möchten nicht glauben, daß das Konsistorium gegen einen Pastor disziplinarisch vorzugehen wagt, wenn dieser der Gewissensnot der Gläubigen halber sich über heute geist- und sinnlos gewordene Kirchengesetze hinwegsetzt.“

Vorläufig hat sich der Vorstand des Gnadauer Verbandes zu diesem entschiedenen Vorgehen noch nicht öffentlich bekannt. In ihm überwiegt die Theologenrichtung, die den Kampf mit der Kirche nicht aufnehmen möchte. Ihre Stellung ist etwa wiedergegeben in den folgenden Sätzen der Evangelischen Gesellschaft im Kanton Zürich, die P. Gauger, der Herausgeber von „Licht und Leben“ abdruckte. Sie lauten:

„Eine Gemeinde ohne Gemeinschaft bleibt immer der Gefahr ausgesetzt, daß ihre erweckten Glieder, wenn sie innerhalb der Kirche ihr geistliches Lebensbedürfnis nicht befriedigen können, irgendwo sonst einen Anschluß suchen, und daß der Kirche gerade die überzeugten Christen verloren gehen, auf denen allein die Hoffnung ihrer Zukunft beruht. Und umgekehrt hat eine Gemeinschaft, die den Zusammenhang mit der allgemeinen Volkskirche in Glauben und Demut festhält, darin die sicherste Bürgschaft für die Erfüllung ihrer Aufgaben nach außen und für ihr gesundes Wachstum nach innen.“

Also nicht bloß die Kirche braucht die Gemeinschaft, sondern auch die Gemeinschaft umgekehrt die Kirche. Dies gilt auch von der Theologie. Auch hier besteht ein Unterschied in der Auffassung der Theologenrichtung und der Evangelistenrichtung, wobei sich freilich die Kreise anders schneiden, als bei den früher erwähnten Beziehungen. Es gibt Evangelisten, welche für die Aufgaben der Theologie Verständnis haben, und es gibt Theologen,

die alle Bibelkritik ablehnen. Um die Stellung der Theologie zur Heiligen Schrift handelt es sich ja in der Hauptsache. Die Stellung ist dadurch erschwert, daß bei der Theologie die positive und liberale Richtung von denen in einen Topf geworfen wird, die nicht wissen, daß sie selbst keineswegs allein durch die Bibel gelehrt sind, sondern von den Früchten einer langen theologischen Arbeit zehren.

Der Gegensatz gegen die Theologie wird oft offenbar. Im „Reichgottesarbeiter“, der die Stimmung in den Kreisen der Evangelisten wiedergibt, wird gelegentlich der Theologenmangel erörtert und scharf gegen die moderne Theologie geschrieben: „Wer kann sich unter den Umständen noch für die Theologie erwärmen. Unter solchen Umständen sind gläubige Eltern, die sich der Verantwortung für die Seelen ihrer Kinder bewußt sind, die biblischen Vorbedingungen für eine gesegnete Wirksamkeit kennen und daran festhalten, und denen die Theologie keine bloße Brotfrage ist, sondern Dienst des himmlischen Königs zur Rettung unsterblicher Seelen, gezwungen, ihren Kindern vom Studium der Theologie abzuraten. . . . Gewissenhafte Eltern müssen darum der Neigung ihrer Söhne zum Studium der Theologie entschieden entgegenzutreten.“ Infolgedessen wird empfohlen, junge begabte und vor allen Dingen bekehrte Brüder und Schwestern an die Brüder- und Schwesternhäuser zu weisen.

In der Klage über den Schaden, den die moderne Theologie unter der Jugend anrichtet, finden sich die Gemeinschaftsleute mit den kirchlichen Kreisen zusammen, die treu an Bibel und Bekenntnis festhalten. Dagegen unterscheiden sie sich voneinander in der Stellung zur positiven Theologie. Der Evangelist Dallmeyer äußert sich darüber folgendermaßen: „Wir wollen Mitleid haben mit allen Theologen und gelehrten Laien, die beim Studieren der alten Handschriften auf vorhandene Schwierigkeiten stoßen, und wollen, wenn wir an sie im Gebet erinnert werden, Gott bitten, daß er doch alle Wahrheitssucher unter ihnen bewahren möge, damit sie weder um ihrer Weisheit, noch um ihrer Dummheit willen Schaden an der Seele nehmen; denn sie kommen in die Kämpfe und Schwierigkeiten um des Wissens willen und kommen nicht heraus aus den Kämpfen und Schwierigkeiten um der Dummheit willen. Sie wissen zuviel, um einfältig glauben zu können, und wissen nicht genug, um den Dingen auf den Grund zu kommen. So liegen doch die Dinge in Wahrheit. Das ist zwar ein bemitleidenswerter, aber dennoch kein respektgebietender Zustand. Wir weigern uns darum, die Knie zu beugen vor dem Baal der Bibelkritik. Was die Bibel uns ist, erfahren wir; was die Kritik uns bringt, sehen wir; was wir zu tun haben, wissen wir. Ich bin überzeugt, daß wir alle praktisch auf dem Boden der Verbalinspiration (Sperrung von B.) stehen. Wir nehmen das Wort Gottes an nicht als Menschenwort, sondern als es denn wahrhaftig

ist, als Gottes Wort. Mögen die Varianten den Gelehrten wie Mücken vor den Augen schwirren — Gott hat sie alle gemacht, um die Weisen in ihrer Weisheit zu Narren zu machen. Wohl dem, der's wird. Also, meine Brüder, treiben wir keine Bibelkritik, treiben wir das Evangelium des Friedens. Das eine ist eine Last, das andere eine Lust. Das eine gebiert Zank, das andere macht uns selbst selig und die, die es hören.“

Soweit Dallmeyer hier seine Berufsgenossen zur Zurückhaltung gegenüber der Bibelkritik auffordert, weil ihre Ausbildung nicht zur Durchdringung der Fragen zureicht, kann man wohl zustimmen. Es klingt freilich noch ein weiterer Ton an, der die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Heiligen Schrift überhaupt schon als ein halbes Unrecht ansieht. Hier ist die Grenze dieser Neupietisten gekennzeichnet. Ein Mann wie Möbius, der Schriftleiter des Gemeinschaftsblattes „Auf der Warte“, geht viel schärfer ins Zeug. Allerdings hat auch er sich neuerdings sehr ernsthaft dahin ausgesprochen, daß auch ihnen die Textverschiedenheiten wohl bekannt seien. Er bezeichnet es als einen unbegründeten Vorwurf, die Gemeinschaftsbewegung hielte an der Verbalinspiration fest. „Nicht um die längst erledigte Frage der Verbalinspiration handelt es sich, sondern um die Stellung der positiven Theologie zu den Grundwahrheiten der Heiligen Schrift.“ Diese Behauptung ist nicht unwichtig, wenn sie auch für weite Kreise der Gemeinschaftsbewegung nicht zutrifft. Wir haben eben Dallmeyer gehört, der sich praktisch zu der Verbalinspiration bekennt. Wir wissen von anderen Führern der Evangelisationsbewegung, daß sie sich gar nicht genug tun können in der Betonung der Irrtumslosigkeit der Heiligen Schrift. Wir haben also hier bei Möbius einen Fortschritt in der Erkenntnis zu verzeichnen.¹⁾ Man darf also erwarten, daß auch eine gerechtere Würdigung der positiven Theologie noch eintreten wird, allerdings erst dann, wenn die Folgen der Aufgabe der Verbalinspiration ernstlich durchdacht werden. Daran fehlt es einstweilen noch.

Auch auf der Gnadauer Konferenz wurde die Frage nach der Stellung des Christen zur Bibel erörtert: „Wie bleiben wir in der Apostel Lehre?“ Dabei trat die Bibelkritik gänzlich in den Hintergrund. Die Antwort forderte zuerst Unterweisung in gesunder Schrifterkenntnis, sodann das Ausleben des Wortes Gottes in der Gemeinde Gottes; unser Leben muß eine Bibelauslegung für die Welt sein, endlich Verteidigung der Apostellehre. Die Apologetik, d. h. die Verteidigung des Christentums,

¹⁾ Den Angriff, den Möbius gegen Prof. D. Schaefer in Kiel erhebt wegen Preisgabe christlicher Grundwahrheiten, hätte er hoffentlich unterlassen, wenn er sich die Mühe genommen hätte, dessen Aufsatz „Primäres und Sekundäres im Christentum“ („Reformation“ 1912, Nr. 22) zu lesen. Prof. D. Schaefer steht genau so, wie der verstorbene Prof. D. v. Orelli-Basel, dem „Auf der Warte“ einen wohlverdienten Nachruf gewidmet hat.

darf gewiß nicht an die Stelle des Evangeliums treten, aber sie ist doch nötig. Die Verteidigung ist gegen vier Schädlinge zu führen: erstens gegen die Irrlehren, zweitens gegen die tote Orthodoxie, drittens gegen die schwärmerische Frömmigkeit, viertens gegen die moderne Theologie, die Leben ohne Lehre haben will. In der Besprechung des Vortrags sollte die Frage der Bibelkritik ausgeschlossen bleiben, damit die Debatte nicht auf ein unfruchtbares theologisches Geleise gerate. Einem jungen Philologen, Dr. Tacke, der in der Arbeit der Bibelkränzchen steht, wurde das Wort abgeschnitten, als er trotzdem auf die Bibelkritik eingehen wollte. Der Herausgeber von „Licht und Leben“ bezeichnet dies als einen ganz unerheblichen Zwischenfall, der nur durch einen Bericht im „Reichsboten“ zu unbegründeter Wichtigkeit aufgebauscht ist. Zwei anderen Rednern wurde aber das Wort nicht entzogen, als sie sich zur selben Sache aussprachen. P. Hering-Uderwangen nahm eine gegen die Bibelkritik durchaus ablehnende Stellung ein; P. Essen-Deutsch-Wartenberg forderte die geistliche Kritik; denn „es gibt Schwierigkeiten in der Schrift, vor denen wir die Augen nicht schließen wollen“. Die Bibel muß als organisches Ganzes behandelt werden, sonst schlagen wir die Bibel mit der Bibel tot. Inspektor Haarbeck versicherte, daß in den Evangelistenschulen keine Theologie, sondern gründliches Bibelstudium getrieben würde. Das Schlußwort sprach der greise Prediger Schrenk: „Die Treue Gottes wird das Neue Testament hindurchtragen durch alle Zeiten, und ich glaube, der Herr wird sein Wort nicht durch Gelehrte hindurchtragen, sondern durch die gläubige Gemeinde. Als Gnadauer Konferenz dürfen wir sagen: Wir danken für die Offenbarung Gottes in seinem Wort. Das Wort soll fest und unkritisiert bleiben.“

In seinem Bericht über diese Verhandlung schreibt der Inspektor der Evangelischen Gesellschaft, P. Buddeberg, in „Licht und Leben“ doch erheblich anders: „Es gibt einen gesunden Biblizismus und einen ungeistlichen Biblizismus. Der ungesunde Biblizismus hängt am Buchstaben der Schrift, er pocht auf die apostolische Gemeindeverfassung, die apostolische Taufe, auf den Sabbat, auf das Verbot des Blutessens, auf das apostolische Zungenreden. Er hat den Buchstaben der Schrift für sich und den Geist wider sich. Dieser ungesunde Biblizismus hängt auch damit zusammen, daß man kein Verständnis für die geschichtliche Entwicklung der Offenbarung Gottes in Christo hat. Denn die göttliche Wahrheit ist im Strome der Geschichte zu uns gekommen und hat etwas Wachstümliches, bis in Christo das letzte und abschließende fleischgewordene Wort erschienen ist. Und wie der Sohn Gottes in Knechtsgestalt unter uns wandelte, so trägt auch das Wort Gottes diese Knechtsgestalt. Wir haben den kostbaren Schatz in irdenen Gefäßen. Wir beten nicht das Gefäß an, sondern den Schatz.“

Diese Stellung zur Bibel ist aus der theologischen Beschäftigung mit ihr geboren. Es ist wohl nicht die Stellung Schrenks, sondern eher die des heimgegangenen Professor D. Kähler. Wir stimmen Buddeberg durchaus zu. Wir freuen uns auch, daß in den Kreisen der Evangelisten wie der Gemeinschaftsleute überhaupt das Verständnis hierfür wächst. Aber ausgetragen ist die Frage noch lange nicht. Es ist auch keine Frage, daß die Berufsarbeiter der Gemeinschaftsbewegung an der Bibelkritik auf die Dauer nicht ganz vorübergehen können. Wirken sie in der Welt, so müssen sie auch einen Standpunkt einnehmen, der sich gegenüber den wirklich vorhandenen Schwierigkeiten behaupten kann. Es handelt sich doch immer um die Frage, wie man Menschen von heute für den Glauben an den Herrn Jesus Christus gewinnen kann. In den niederen Schichten des Volkes gelingt es ihnen eher an den Fragen der Bibelkritik vorbeizukommen, bei Männern, die Zeitungen sozialdemokratischen Inhalts lesen, schon schwerer. In gebildeten Kreisen muß der Weg beschritten werden, den schon Jellinghaus, und nicht ohne Erfolg, den Gemeinschaftsleuten gezeigt hat. Es ist der Weg der positiven Theologie, den Pastor Buddeberg mit seinen oben angeführten Worten andeutet. Die Theologenrichtung wird noch deutlicher reden müssen als bisher. Den Fortschritt aber wollen wir nicht verkennen.

5. Umschau.

Wir wollen im folgenden nicht Vollständigkeit erstreben, also nicht sämtliche Gebiete des Deutschen Reiches behandeln, sondern zuerst eine Übersicht über die Konferenzen geben und dann sowohl besondere Arbeitszweige als die bekanntesten Gesellschaften an uns vorüberziehen lassen.

Die 16. Allgemeine Gnadauer Pfingstkonferenz vom 28.—31. Mai 1912 in Wernigerode war von mehr als 400 Teilnehmern besucht. 62 Pastoren und 65 Reichgottesarbeiter (Gemeinschaftspfleger) waren angemeldet. Wie schon oben mitgeteilt, waren zwei Nichttheologen, Prediger Henrichs-Elberfeld und Inspektor Veiel-Chrischona, zu Vorträgen herangezogen worden. Das Thema: „Der Christ und die Bibel“ hätte nach dem „Reichgottesarbeiter“ wohl kaum von einem Theologen besser und gründlicher bearbeitet werden können, als es von Prediger Henrichs geschehen ist. Denselben Eindruck hatte man auch von Inspektor Veiel bei der Behandlung des Themas: „Der Christ und die Gemeinschaft“. P. Heseckel-Herrenkirch behandelte das Thema: „Der Christ und das Abendmahl“. P. Modersohn sprach über den Christen und das Gebet. Am Gemeinschaftstag behandelte Evangelist Zimmermann aus Korntal das Thema: „Jedermann vollkommen in Christo“. Es wurde auch in Wernigerode

geklagt, wie so oft bei Konferenzen, daß die Vorträge zu lang sind und Aussprache und Gebet infolgedessen zu kurz kommen.

Auch im Jahre 1912 ist der Gnadauer Vorstand seinem Beschluß gefolgt, eine Herbstkonferenz zu halten. War im Jahre 1911 Posen der Versammlungsort, so 1912 Stettin. Das Thema lautete: „Die Gemeinschaft Jesu nach 1. Petr. 2, 1—10“. Evers-Lianno, Westpreußen, P. Huhn-Alt-Rüditz und P. Kirchberg-Hamm teilten sich in die Behandlung. Am Brudertag, bei dem auch die Schwestern zahlreich teilnahmen, hielt Inspektor Theodor Haarbeck vom Johanneum in Barmen, der Vorsitzende des Gnadauer Brüderrats, Vortrag über „Richtlinien zur Pflege der christlichen Gemeinschaft nach der Schrift“.

Trotz der oben erwähnten Unstimmigkeit bedeutet die Konferenz doch eine Stärkung des Gnadauer Verbandes.

Die Blankenburger Allianzkonferenz hat ihre alte Anziehungskraft bewährt. Ein landeskirchlicher Pastor, der sie besucht hat, erklärt die große Anziehungskraft, die sie besitzt, folgendermaßen: „Für manche Geister ist es noch etwas anderes, was sie nach Blankenburg treibt: es ist der Druck und Zwang der heimischen Kirche. Da ist ein Kaufmann, der daheim eine kleine Gemeinschaft gesammelt hat. Innerhalb dieser Gemeinschaft werden allerlei Reichgottesarbeiten getrieben. So sind für jedes Glied der Gemeinschaft mehrere Abende der Woche besetzt. Der Ortsgeistliche hat kein persönliches Verhältnis zum Heiland. Darum versteht er diese Leute nicht und mag sie nicht. Sie gehen ihm auch nicht fleißig genug zur Kirche. Ich wundere mich, daß sie überhaupt zu ihm zur Kirche gehen. Muß dieser Kaufmann, der als Laie eine ganze Gemeinschaft zu versorgen hat, nicht Anschluß suchen an Leute, von denen er lernen kann und die ihn stärken und beraten können? Daß er diese Leute nicht in den amtlichen Vertretern seiner Kirche findet, daß er von denen vielmehr angefeindet wird, das treibt ihn nach Blankenburg.“ Die Gefahr, daß aus der Allianzkonferenz eine Allianzgemeinde werden könnte, ist nach dem Urteil kritischer Besucher überwunden. Feindliche Äußerungen gegen die Kirche sind im letzten Jahre nicht gefallen.

Die Vereinigung von Reichgottesarbeitern in Deutschland hielt ihre Jahresversammlung in Neukölln. Sie war zahlreich besucht. Der Berichterstatter im Organ der Vereinigung, Bruder Lohe-Frankfurt a. M., schreibt: „Ich behaupte kühn, daß der Segen für unseren inneren Menschen in den Verbandstagen nicht geringer ist als auf den großen Konferenzen in Blankenburg und Wernigerode; in bezug aber auf unser Dienstleben noch größer ist. Denn neben der Erbauung wird die Erkenntnis der Gotteswahrheiten und die Art ihrer Verwendung für den Dienst reichlich gefördert.“ Die Darbietungen wurden größtenteils von Mitgliedern der Vereinigung bestritten. Doch hatte man auch einen akademischen Theologen herangezogen. Professor Lic. Goeters-Bonn, damals

Privatdozent an der Universität Halle, behandelte: „Das allgemeine Priestertum im Kampfe mit der jeweiligen Priesterkirche“. Bruder Johannes Buchborn sprach über das allgemeine Priestertum im Licht der Heiligen Schrift unter besonderer Berücksichtigung der Priestergesetze. Bruder Hermann sprach über den Zeitgeist, eine Gefahr für die Gemeinde Gottes. Und endlich Bruder Möbius über die Probleme der Gemeinschaftsbewegung. In der Tat sieht man schon an den Verhandlungsgegenständen, wie fesselnd für die Berufsarbeiter der Evangelisationsbewegung die Verhandlungen gewesen sein müssen. Die Probleme, die Bruder Möbius, der Schriftleiter von „Auf der Warte“, aufrollte, stellen sich in drei Gruppen dar: erstens die Probleme, wie sie sich ergeben aus der Stellung zur Kirche, zu den Freikirchen und zu den Spezialarbeiten, zweitens die Probleme der Organisation, drittens die Lehrprobleme. Die Vorträge sind in dem Organ der Vereinigung abgedruckt.

Die Studentenbewegung, die aus der Gemeinschaftsbewegung hervorgegangen ist, hat ihren rüstigen Fortgang gehabt. Ein dritter allgemeiner studentischer Bibelkursus hat in Breslau vom 11.—18. April 1912 stattgefunden. Die Zahl der Teilnehmer betrug etwa 60, darunter 20 Breslauer Akademiker. Es waren 30 Theologen, 10 Philologen, 6 von der Technischen Hochschule, 3 Mediziner, 3 Juristen, 1 Landwirt und 1 Apotheker. Die Leitung des Bibelkursus lag in der Hand des Sekretärs, Pf. Kieser, der früher in der Basler Mission gestanden hat.

Die Freudenstädter Studentenkonferenz findet alle zwei Jahre statt, und zwar im Kurhaus Palmenwald zu Freudenstadt. Auch sie stand unter der Leitung von Pf. Kieser. Die Teilnehmerliste wies 318 Mitglieder auf, darunter 25 Damen, 269 Studierende und 49 ältere Gäste. P. Fr. von Bodelschwingh-Bethel sprach über „Dienst und Freude“, Prof. D. Häring-Tübingen über „Vaterland und Akademiker“, P. Knapp vom Baseler Missionshaus redete über das Thema: „Der Student und das Alte Testament“, Prof. D. Wurster-Tübingen über „Missionsliteratur und die Geschichte Freudenstadts“, Miss. Müller über „Segen der Missionsarbeit und über die Missionsverpflichtung“, Missionsarzt Dr. Fisch über „Ärztliche Mission“, Lic. Siegmund-Schultze über „Evangelisch-soziale Arbeit in Berlin“, endlich Prof. D. Schlatter-Tübingen: „Wir Akademiker und unsere evangelische Kirche“. Bei den Morgenandachten hatte auch Oberhofprediger D. Dryander mitgewirkt. Die Freudenstädter Studentenkonferenz hat verhältnismäßig noch mehr Zuspruch als die sogleich zu erwähnende in Wernigerode abgehaltene

22. Allgemeine deutsche christliche Studentenkonferenz. Die Einladung geht aus von der Deutschen Christlichen Studenten-Vereinigung (DCSV.), die jetzt 28 Kreise an Universitäten und technischen Hochschulen zählt.

Mitglieder hat sie etwa 900. Der Kreis ihrer Wirkung geht sehr viel weiter, da sie nicht eine Verbindung sein will, die sich gegen die übrigen abgrenzt, sondern eine Vereinigung, die auf die Gesamtheit einwirkt. Es waren etwa 340 Akademiker zugegen. Etwas über die Hälfte Theologen, 15 Juristen, 15 Mediziner, 11 Naturwissenschaftler, 22 Techniker, 56 Philosophen. Auch 30 Ausländer zählte man: aus Japan und Amerika, Rußland und Rumänien, Schweden und der Schweiz, England, Holland und Österreich. Die Sache Christi ist international. Die Vorträge wurden gehalten von Prof. von Schröder in Wien über „Das Rufen Gottes“, P. D. Jul. Richter in Berlin über die Frage: „Was erwarten wir von der studentischen Missionsbewegung?“, Oberkonsistorialrat D. von Bezzel-München über „Sünde und Gnade“, Pf. Zöckler-Stanislaus in Galizien über den „Dienst Gottes“. Die christliche Bewegung in der Studentenwelt gehört zu den hoffnungsvollsten Zeichen unserer Zeit. Sie ist von der Gemeinschaftsbewegung in der Hauptsache ausgegangen, aber sie hat naturgemäß ganz anders Fühlung mit der positiven Theologie genommen, als die Gemeinschaftsbewegung dies tut. Die frühere Periode war bezeichnet durch den überwiegenden Einfluß von Graf Pückler. Dieser ist jetzt nicht mehr zu spüren.

In den Gemeinschaftskreisen hat seine Stärke der Jugendbund für entschiedenes Christentum, der von Amerika aus seine weltweite Arbeit aufgenommen hat.

Die Europäische Jugendbundkonferenz fand vom 19.—23. Juli 1912 statt in Christiania, der Hauptstadt Norwegens. 79 Vertreter aus Deutschland waren erschienen. Die Vertreter wurden auch vom Königspaar empfangen. Zahlreiche Begrüßungen von nah und fern wurden verlesen, auch vom deutschen Kaiser. Das Hauptthema war: „Die Jugend an den lebendigen Wasserquellen“. Von deutschen Rednern behandelten Dr. med. Seher-Groß-Lichterfelde: „Wie schulen wir unsere Jugend im modernen Kampf um die Weltanschauung?“ Der Generalsekretär des Jugendbundes in Deutschland, P. Blecher: „Hindernisse und Möglichkeiten für den Jugendbund in den Landeskirchen“. Der Gesamtjugendbund zählt unter allen Völkern der Erde 80 000 Vereine mit über 4 000 000 Mitgliedern. In Deutschland überwiegen die weiblichen Mitglieder.

Bei der Deutschen Jugendbund-Nationalkonferenz in Leipzig haben sich die Vertreter der Kirche sehr freundlich gestellt. In der Geschäftsversammlung wurde die Anstellung eines vierten Reisesekretärs beschlossen für die 420 Vereine des Deutschen Jugendbundes mit ihren 11 000 Mitgliedern.

Der Deutsche Sittlichkeitsbund vom Weißen Kreuz hat besonders viel Zuzug aus der Gemeinschaftsbewegung. Die führenden Männer rechnen sich wohl meist zu ihm. Seit 1890 gehörten über 50 000 junge Leute dem Bund an. Ende 1911

zählte er etwa 6000 Mitglieder in 400 Ortsgruppen. 18 Weißkreuz-Konferenzen für besondere Landesteile wurden im Jahre 1911 gehalten. 258 Ortsgruppen veranstalteten im Jahre 1910 1635 Sittlichkeitsversammlungen mit 62434 Besuchern. Das Weißkreuzhaus zu Nowawes bei Potsdam bildet jetzt den Mittelpunkt der Arbeit. Generalsekretär ist Freiherr von Starck.

Der Deutsche Hauptverein des Blauen Kreuzes veröffentlicht in seinem Bericht, daß er in einem Jahre um 40 Ortsvereine und 2573 Vereinsgenossen gewachsen ist. Die Zahl der ehemaligen Trinker und Trinkerinnen hat um 606 zugenommen. Insgesamt gehören jetzt zum Verband 716 Ortsvereine mit 40449 Vereinsgenossen, von welchen 10136 ehemalige Trunksüchtige sind. Von den Vereinsgenossen sind 21278 männlichen und 19171 weiblichen Geschlechts. In den 212 Hoffnungsbünden sind 11120 Kinder, 5017 Knaben und 6103 Mädchen gesammelt.

Obleich der Deutsche Hauptverein (Barmer Bund) vor allem von den Evangelisationskreisen getragen wird, so verwahrt er sich doch entschieden dagegen, daß er als kirchenfeindlich, unkirchlich oder nebenkirchlich angesehen werde. Er verweist darauf, daß in seiner Mitte mehr landeskirchliche Pfarrer als Vorsitzende oder Mitarbeiter vorhanden sind als in dem ausgesprochenen „kirchlichen“ Bund.

Die Pilgermission auf St. Chrischona bei Basel zählte im Jahre 1911 83 Zöglinge und 29 Gäste. Die letzteren sind solche Jünglinge und Männer, die nicht den ganzen vierjährigen Unterrichtskursus durchmachen wollen und mehr oder weniger auf eigene Kosten leben. Zur Aufnahme in die Bruderschaft hatten sich 53 Bewerber gemeldet; 30 wurden aufgenommen. Dem Beruf nach sind 15 Handwerker, 8 Kaufleute, 2 Kellner, 2 Erziehungsgehilfen, 1 Landwirt, 1 Kolporteur und 1 Wärter. Sieben Lehrer wirken an der Bruderschule. Die Ausgaben der Pilgermission betrugen im letzten Jahre 278466,34 M.

Die Evangelistenschule Johanneum in Barmen konnte im letzten Jahre 12 Brüder zum Dienst aussenden. Ins neue Arbeitsjahr traten ein 33 Brüder, darunter 8 Gäste. Von 170 ehemaligen Schülern des Johanneums sind nur 6 Evangelisten, dagegen 7 Gemeinschaftspfleger, 45 Jugendsekretäre, 17 Stadtmissionare, 7 Gemeindehelfer, 5 Blaukreuzarbeiter. Die Jahresausgabe betrug 28354,95 M. Durch Hausverkauf wurde ein Pensionsfonds von 30000 M. begründet, ein Fortschritt, der zur Befestigung des Zusammenhangs der entsandten Brüder mit dem Mutterhause dienen wird.

Der Gemeinschaftsverein von Schleswig-Holstein hatte eine Einnahme und Ausgabe von 37533,82 M. Davon werden insbesondere die Gehälter der Gemeinschaftspfleger bestritten. Dagegen sind darin nicht die Gelder enthalten, welche die einzelnen Gemeinschaften für ihre örtlichen Arbeiten aufbringen. Für Unter-

haltung des Vereinshauses, Evangelisationen, Jugendarbeit und sonstige Rettungswerke werden mindestens weitere 60 000 M. von den Gemeinschaftsleuten willig gegeben. Der Verein besitzt auch eine Witwenkasse zur Unterstützung der Witwen von Berufsarbeitern. Einen erheblichen Anteil an den Einnahmen des Vereins hat die Vereinsbuchhandlung G. Ihloff & Co. in Neumünster. Die Buchhandlung, verbunden mit Buchbinderei und Buchdruckerei, beschäftigt zurzeit 56 Personen. Bedeutungsvoll war die Angliederung der mecklenburgischen Gemeinschaften an den Gemeinschaftsverein. Als erster Vertreter Mecklenburgs wurde Kammerherr Drost von Engel-Mirow gewählt. Die Personalunion zwischen den Gemeinschaftsleuten beider Länder war schon in dem Vorsitzenden, Herrn von Tiele-Winckler, gegeben. 16 Sendboten haben etwa 3700 Versammlungen gehalten und in 6900 Hausbesuchen seelsorgerlich gedient. Das Werk nimmt seinen ruhigen Fortgang; doch gibt der Berichterstatter, Bruder Möbius, der Sehnsucht nach Erweckungszeiten Ausdruck.

Die Evangelische Gesellschaft für Deutschland mit dem Sitz in Elberfeld hat im letzten Jahre 65 Boten und Stadtmissionare beschäftigt. Zuletzt nur 62. 37 sind im Rheinlande tätig, 17 in Westfalen, 3 in Thüringen, 2 in Lippe-Detmold und je 1 in Birkenfeld, Hessen-Nassau und Hannover. 55 Vereinshäuser besitzt die Gesellschaft. Davon sind zwei im letzten Jahre neu entstanden. Als neues Gebiet wurde Wilhelmshaven übernommen. Die Brüder haben monatlich etwa 7100 Hausbesuche gemacht, 1512 Bibelbesprechungen und Gebetsstunden gehalten, dazu 860 Vereinsstunden in Männer-, Jünglings-, Jungfrauen- und Frauenvereinen. In 88 Sonntagsschulen haben 10 149 Kinder 334 Sonntagsschulstunden empfangen. Schriften wurden für 34 718,22 M. verkauft. Die Betriebskasse hatte eine Einnahme von 139 755,63 M. und einen Fehlbetrag von 96,50 M. Inspektor P. Buddeberg sprach beim Jahresfest über die Sorgen der Evangelischen Gesellschaft. „Die Hauptsorge der Evangelischen Gesellschaft muß es bleiben, daß sie lebendig bleibt. Die Innere Mission ist zwar hervorgegangen aus dem Lebensgeist der Kirche, aber ihr Ursprung bewahrt sie nicht vor der Gefahr der Versteinerung. Wir haben in unserer schönen Geschichte, in unserem guten Ruf, in unseren trefflichen Ordnungen keine Bürgschaft, daß wir lebendig bleiben. Die einzige Bürgschaft besteht darin, daß wir unsere Seligkeit täglich schaffen mit Furcht und Zittern. Die Gefahr allmählicher unmerklicher Versteinerung liegt vor allem darin, daß jedem Arbeiter der Gesellschaft fast ein Übermaß von Arbeit aufliegt, und da wir mit Lust und Liebe arbeiten, so liegt es sehr nahe, daß wir uns an die Arbeit verlieren.“ Das sind Worte, die alle Vereinigungen für Innere Mission zu beherzigen Grund haben.

In Württemberg haben die altpietistischen Gemeinschaften für ihre Brückerkasse 31 262,32 M. eingenommen. Die Ausgabe betrug 2227,74 M. mehr. Es ist aber gewiß, daß dieser Fehlbetrag seine Deckung findet. In diesen Kreisen ist der Opfersinn für das Reich Gottes groß. Sie sind ja auch Herde der Missionsgedanken und Träger des Basler Missionswerkes. Bei der Gemeinschaftskonferenz waren mehr als 200 leitende Brüder zugegen. Es ist neuerdings der Anfang damit gemacht, acht- bis vierzehntägige Bibelkurse zur Vertiefung und Belebung der Gemeinschaften einzurichten, die nicht öffentlich angekündigt werden. Das Gemeinschaftsblatt für diesen Kreis hat seine Schriftleitung gewechselt. Pf. Samuel Werner hat sie an Pf. Bauerle in Hohenhaslach abgegeben, der früher im Dienst der Stuttgarter Philadelphia stand und dann einige Jahre Pfarrer in Thening in Österreich war.

Die Evangelisationsbewegung ist in Württemberg Gegenstand lebhaftester Erörterung gewesen infolge eines bedauerlichen Vorfalles, der allen Gegnern Anlaß gab, nach den Gemeinschaften Steine zu werfen. In Waldach bei Echterdingen in Württemberg hat ein in geordneten Verhältnissen und in glücklicher Ehe lebender Mann seine Mutter ermordet, anscheinend in religiösem Wahnsinn. Der Mann hatte einige Tage vorher auch Evangelisationsversammlungen beigewohnt, die der Evangelist Eugen Zimmermann in seiner Gegend hielt, hinterdrein aber der Versammlung einer Zungengemeinschaft. Obgleich nicht der geringste innere Zusammenhang zwischen der bedauerlichen Tat und der Evangelisation nachgewiesen ist, wird er doch behauptet. Eine württembergische Tageszeitung ließ sich von einem landeskirchlichen Pfarrer einen Artikel schreiben, in dem nachstehende Sätze vorkommen: „Auch die sogenannten kirchlichen Evangelisten halten sich nicht immer hinsichtlich des Inhaltes ihrer Predigten von solchen Übertreibungen fern, und ihre Art der Beeinflussung gibt der der eigentlichen Sektierer, was Peitschen der Nerven betrifft, sehr selten etwas nach.“ — „Natürlich ist die Behauptung völlig falsch, als ob durch sogenannte kirchliche Evangelisation den eigentlichen Sektierern der Boden entzogen würde; meist ist das Gegenteil der Fall. Die von den kirchlichen Evangelisatoren aus dem Gleichgewicht Gebrachten fallen um so sicherer den Radikalen, den Sektenbrüdern anheim usw.“ Diese Behauptung ist ja keineswegs neu; sie wird aber durch ihre Wiederholung nicht richtiger, wenn sie gleich in liberalen Pfarrerkreisen die vorherrschende ist.

Der Badische Gemeinschaftsverein, der noch aus früherer Zeit den Namen „Verein für Innere Mission ausburgischen Bekenntnisses“ trägt, hat im letzten Jahre eine Einnahme von 73430 M. gehabt, darunter 58856 M. Liebesgaben und 2952 M. Vermächtnisse. Sein Erholungsheim in Langensteinbach b. Durlach wird stark besucht. Es werden da auch Gemeinschaftsabendmahls-

feiern gehalten und damit den Bedürfnissen solcher entgegengekommen, die in ihrer eigenen Gemeinde sich am Abendmahlsgange behindert fühlen.

In Österreich greift die Gemeinschaftsbewegung weiter um sich, besonders gefördert durch den Generalsekretär der für diesen Zweck gebildeten „Evangelischen Gesellschaft in Österreich“, Pf. Monsky. Daß auch in diesem Lande in den Diasporagemeinden zentrale Verkündigung des Wortes Gottes notwendig ist, erhellt schon daraus, daß sogar ein Mann wie Rosegger über die religiöse Unkraft und Verflachung eines Teiles der berufenen Prediger klagt. Rosegger schrieb an Pf. Mühlforth in Mürtzuschlag: „Seit im Reich die evangelischen oder vielmehr unevangelischen Modernisten sich äußerten und durch Wort und Schrift den geoffenbarten Heilandsgedanken so trivial verbildeten, daß er für gott- und trostbedürftige Seelen kaum mehr zu gebrauchen ist, hat auch in Österreich der Evangelismus Schaden gelitten. Menschen, die aus Verlangen zu reinem Christentum sonst übergetreten sind, beobachten jetzt, wie der Protestantismus in Rationalismus verflacht und in völligem Unglauben versandet.“ Pf. Monsky sucht nun die vorhandenen Ansätze von Gemeinschaften zu pflegen. Er beschränkt sich dabei nicht nur auf die rein deutschen oder ganz überwiegend deutschen Kronländer. Er ist auch nach Kroatien und Slavonien hinübergewandert und hat in Galizien und Mähren mit dem Worte gedient. Ja, er wollte bis nach Serbien, doch hat ihm da der Krieg einen Strich durch die Rechnung gemacht. Er hat Konferenzen geleitet, Predigten und Bibelstunden gehalten, Bibelkurse veranstaltet, bei Evangelisationen gedient, Andachten und Privatbesuche gehalten. Am kräftigsten hat sich die Gemeinschaftsbewegung bisher in Wien und in Graz geregelt.

Im Königreiche Sachsen ist die Arbeit der Gemeinschaften weiter vorwärtsgegangen. Der Jahresbericht tritt auch der Meinung entgegen, als ob die Zeit für Evangelisationen vorüber sei. Nur zwei Vorbedingungen müssen erfüllt werden, wenn eine Evangelisation den gewünschten Erfolg und Segen bringen soll: es muß ein guter Stamm von wirklich neubekehrten Seelen vorhanden sein, und dieser Stamm muß ein geeignetes Lokal und regelmäßige Versammlungen haben. Neben den zahlreichen Gemeinschaftskonferenzen wurden auch Bezirks-Brüderkonferenzen gehalten, um mehr Fühlung herzustellen zwischen den Leitern der einzelnen Gemeinschaftskreise. Auch eine Sonntagsschulkonferenz wurde gehalten und von 350 Helfern und Helferinnen besucht. Reibungen zwischen den Blaukreuzvereinen und den Jugendbündnissen einerseits, den Gemeinschaften andererseits wurden nach Möglichkeit vermieden. Die Verbandskasse weist einen Überschuß auf. So werden die Gemeinschaften die offene Tür, die sie finden, auch benutzen können. Neue Gemeinschaftshäuser sind eingeweiht, neue Versammlungen begründet.

Zum Schluß seien noch die Sätze wiedergegeben, mit denen der Gnadauer Verband unter den Gemeinschaften um Verständnis für seine Aufgabe wirbt:

Was will und kann der Gnadauer Verband den an ihn angeschlossenen Gemeinschaftskreisen bieten?

1. Er trägt durch seine Hauptkonferenzen und Gemeinschaftstage zur Stärkung und Belebung der mit ihm verbundenen Kreise bei, indem die Teilnehmer an diesen Versammlungen durch dieselben neue Antriebe und Aufklärungen erhalten und mit nach Hause und in ihre Arbeit bringen. Durch die veröffentlichten Konferenzberichte wird der Wirkungskreis des Verbandes noch erweitert.

2. Er kann die Gemeinschaftsbewegung vor schwärmerischen und sektiererischen Verirrungen schützen und bewahren.

3. Er kann da, wo zwischen Gemeinschaftskreisen Unstimmigkeiten entstehen, vermittelnd eintreten.

4. Er bringt die verschiedenen Gemeinschaftskreise in Deutschland, die nach ihrer Geschichte, ihren kirchlichen Verhältnissen, ihren Stammeseigentümlichkeiten so sehr verschieden sind, in brüderliche Fühlung miteinander, wodurch der Blick der einzelnen erweitert, manches Vorurteil beseitigt, mancher Gegensatz ausgeglichen werden und jeder Teil vom anderen lernen kann.

5. Der Verband kann durch seinen Vorstand die Gemeinschaftssache kirchlichen und weltlichen Behörden, anderweitigen Vereinigungen und der Presse gegenüber wirksam vertreten.

6. Er kann Anleitung zu richtiger Arbeitsgestaltung, Anregung zu weiterer Ausdehnung der Arbeit geben und in provinziellen oder lokalen Schwierigkeiten mit Rat und Tat helfend eintreten.

7. Er fördert die brüderliche Liebe und den Sinn für gliederliche Verbindung untereinander nach dem Sinn Jesu: auf daß sie alle eins seien in der Liebe.

*

*

*

Blicken wir zurück auf das Berichtsjahr, so ergibt sich das Gesamturteil, daß vom Standpunkt der evangelischen Bekenntniskirche weniger Ursache zur Beanstandung vorhanden ist als in manchem früheren Jahr. Die innerkirchliche Evangelisationsbewegung hat den Schwarmgeist ausgeschieden und folgt in wachsendem Umfange den Mahnungen biblisch nüchterner Führer, die treu zur Landeskirche halten. Die innere Entwicklung der Gemeinschaftsbewegung geht zurzeit weniger auf starke Ausbreitung als auf Befestigung des Besitzstandes und Vertiefung in Gottes

Wort. Daß ihre Bedeutung für unsere Landeskirche damit wächst, dürfte einleuchten. Der Gegensatz läßt nach. Die Vorbedingungen für ein gemeinsames Wirken der biblisch-gläubigen Kreise in Kirche und Gemeinschaft werden günstiger. Die Not der Zeit in Kirche und Schule drängt dahin, das Wort des Apostels zu beherzigen: „daß die, so da leben, hinfort nicht ihnen selbst leben, sondern dem, der für sie gestorben und auferstanden ist“ (2. Kor. 5, 15). Sammlung um Christus, Arbeit für Christus — das ist die Forderung des Tages.

Kap. VI.

Evangelisation und Lage der evangelischen Kirche in der ausländischen Diaspora.

Bearbeitet von Pfarrer H. Neumann, Godesberg a. Rh.

1. Rußland.

Unter dem Titel „Die Evangelisch-lutherischen Gemeinden in Rußland“ ist eine von der Unterstützungskasse für ev.-luth. Gemeinden in Rußland herausgegebene Statistik erschienen, welche zugleich historischen Charakter trägt und uns über die Entwicklung und den gegenwärtigen Stand der ev.-luth. Kirche in Rußland ein anschauliches Bild entwirft. Das Werk besteht aus zwei Bänden, von denen der eine den Petersburger und Moskauer, der andere die drei Konsistorialbezirke Livland, Estland und Kurland behandelt. Finnland und Polen ist nicht inbegriffen. Wir entnehmen demselben folgendes:

Der Petersburger Konsistorialbezirk umfaßt die ev.-luth. Gemeinden des Gouvernements Petersburg, Nowgorod, Olonez, Jaroslaw, Archangelsk, Pleskau, Smolensk, Tschernigow, Poltawa, Kiew, Wolhynien, Podolien, Bessarabien, Chersson, Jekaterinoslaw, Taurien, den südwestlichen Teil des Donischen Gebiets und den nordwestlichen am Asowschen Meer belegenen Teil des Kuban-gebietes. Die Seelenzahl der Gemeinden beläuft sich nach den Angaben der Pfarrer aus den Jahren 1904 und 1905 auf rund 641 000. Hiervon sind der Nationalität nach 390 000 Deutsche, 133 000 Finnen, 84 000 Esten, 26 800 Lotten, 6200 Schweden und 1000 Russen, Polen, Zigeuner usw. Die deutsche Nationalität ist hauptsächlich in den Städten, namentlich in Petersburg mit 42 000 und in den Ackerbaukolonien im Süden vertreten. Dem Beruf nach sind es in den Stadtgemeinden hauptsächlich Beamte und Kaufleute, in den Kolonien Bauern, in einigen südlichen Städten ist auch die Arbeiterbevölkerung mehr oder weniger stark vertreten.

Die deutschen Kolonien entstanden zur Zeit Katharinas II., und zwar seit dem Manifest vom 23. Juli 1763, und zwar zunächst bei Petersburg, dann im Süden: Jekaterinoslaw, Chersson, Taurien und Bessarabien. In den südrussischen evangelischen Kirchspielen zählt man gegenwärtig 186500 Seelen. — Die Zahl der Kirchspiele beträgt 117, darunter 14 ständige Adjunkturen; hierzu kommen noch 4 Hauskirchen ohne eigene Gemeinde. Auf die Stadt Petersburg entfallen 16, einschließlich 3 Hauskirchen, auf das Gouvernement Petersburg 15, davon 1 Hauskirche, auf die Probstei Schlüsselburg 7, die Propstei Ost-Ingermanland 8, West-Ingermanland 7, auf die inneren Gouvernements 25, auf die erste südrussische Propstei 19 und auf die zweite 24.

An Eingepfarrten zählt durchschnittlich jedes Kirchspiel 5479, jedoch ist die Verteilung recht ungleichmäßig. Während 14 Kirchspiele mehr als 10000 Seelen haben, zählen 19 weniger als 2000. Pfarrstellen gibt es, abgesehen von den Predigern an den 4 Hauskirchen, von Diakonen und Adjunkten, insgesamt 126. In vielen Kirchspielen sind 2 oder mehrere Sprachen vertreten; deutschsprachig sind 69, finnisch 18, estnisch 3, lettisch 2, schwedisch 1. An Kirchen zählt man 145, davon 56 in den Städten und 89 auf dem Lande. In 19 Kirchspielen fehlt noch die Kirche. Je nach der Art der Besetzung der Pfarrstellen unterscheidet man 6 verschiedene Arten, und zwar: 1. Kaiserliche Patronatspfarren, in welchen der Pfarrer vom Kaiser auf Vorschlag des Ministeriums des Innern ernannt wird. 2. Regalpfarren, in denen vom Konsistorium der Pfarrer gewählt und vom Ministerium des Innern bestätigt wird; 3. Wahlpfarren, in denen der Krone das Recht der Bestätigung des Gewählten zusteht; 4. Wahlpfarren, in denen keine Bestätigung erforderlich ist, sondern der erwählte Pfarrer vom Konsistorium eingeführt wird; 5. Patronatspfarren und 6. Pfarren, in denen das Konsistorium das Besetzungsrecht hat. Die Einkünfte der Pfarrer bestehen aus Gehalt und Akzidenzien, sowie freier Wohnung im Pastorat mit Beheizung. Zu zahlreichen Pfarren gehört auch Ackerland.

Überall steht mit der evangelischen Kirche die Schule im Zusammenhang. Der Bezirk weist Schulen der verschiedensten Art auf, so: Gymnasien, Realschulen, Elementarschulen, Lese- und Schreibschulen; höhere Elementarschulen sind die Zentralschulen in den Kolonien Sarata, Großliebental, Grunau, Prischib, Zurichtal und Neusalz. Diese Zentralschulen haben die Aufgabe, die Volksschullehrer und Küster heranzubilden, gewähren aber keinerlei Rechte; das Diplomexamen untersteht einer russischen Lehranstalt. Zur Heranbildung von Küsterlehrern dienen die deutschen Küsterklassen in Heimtal und das finnische Seminar in Kolpana. Abgesehen von seinen speziell ihm zugewiesenen Funktionen vertritt der Küsterlehrer den Pfarrer in vielen Amtshandlungen; er vollzieht die Nottaufe, bereitet da, wo der Pfarrer sich nur vorübergehend aufhalten

kann, die Jugend zur Konfirmation vor, hält Beerdigungen und in Abwesenheit des Pfarrers Lesegottesdienste. Durch die im Jahre 1890 durchgeführte Russifikation der Kirchenelementarschulen sind die Küsterlehrer als Lehrer verdrängt. In den höheren Elementarschulen haben sie als Unterrichtsfach nur noch Religion, Muttersprache und Gesang; in den niedern Elementarschulen sind sie meist die einzige Lehrkraft. Außerdem dienen sie oft als Gemeindeschreiber.

Nach der Art der Liebestätigkeit der Gemeinden kann man 3 Gruppen unterscheiden: 1. solche, welche nur geistlichen, 2. solche, welche nur leiblichen Notständen abhelfen wollen, und 3. solche, welche beides sich als Ziel ihrer Aufgabe setzen. Zu der ersten Gruppe sind zu zählen: Bibelgesellschaft, Jugendvereine, Heidenmission, Stadtmission, Schulen usw.; zur zweiten: Hospitäler, Siechenhäuser, Frauen- und Männerasyle, Anstalten für Epileptische, Blinde, Taubstumme u. a.; zur dritten: die Unterstützungskasse für ev.-luth. Gemeinden, Waisenhäuser, Kindergärten, Gouvernantenheime u. a. Außerdem gibt es noch eine Reihe von Anstalten, welche außerhalb des Verbandes der Einzelgemeinde, ja auch der lutherischen Kirche selbst liegen.

Der Moskauer Konsistorialbezirk schließt in sich die ev.-luth. Gemeinden des Gouvernements Moskau, Twor, Tula, Kaluga, Rjasan, Wladimir, Nishni-Nowgorod, Pensa, Tambow, Woronesh, Kursk, Orel, Charkow, Saratow, Samara, Simbirsk, Kasan, Wjatka, Ufa, Perm, Kosaken, Stawvopol, das Schwarzmeergouvernement, die nicht zu Petersburg gehörigen Teile des Kubangebietes, das Terekgebiet, Transkaukasien mit Ausnahme der deutschen Kolonien in Grusien, welche zu einem eigenen Synodalverband zusammengeschlossen sind, ferner Sibirien und Turkestan. Die Seelenzahl der Gemeinden beträgt nach den Angaben von 1905 rund 459 000, hiervon sind 411 000 Deutsche, 22 000 Letten, 21 000 Esten, 3000 Finnen, 600 Schweden, 1000 Armenier und 400 Angehörige anderer Nationalitäten. Die Seelenzahl weist seit 1862 einen Zuwachs von 270 000 auf. Deutsche zählt man in Moskau 18 500, in Saratow 12 500. Der größere Teil der Deutschen befindet sich in den Ackerbaukolonien. Die Einwanderung der Deutschen begann in Moskau schon im 16. Jahrhundert; die Ackerbaukolonien erstanden zur Zeit Katharinas II., und zwar die ersten in den Gouvernements Saratow und Samara, wo die Seelenzahl gegenwärtig 320 000 beträgt.

An Kirchspielen zählt der Moskauer Bezirk 77, hiervon entfallen auf Moskau (Stadt und Gouvernement) 4, auf die übrigen europäischen Gouvernements 18, auf die Propstei der Wolga-Bergseite 15, die der Wolga-Wiesenseite 22, auf Kaukasien 9, Sibirien und Ostasien 8 und Mittelasien 1. Die Seelenzahl beträgt für jedes Kirchspiel durchschnittlich 5961; aber auch hier ist die Verteilung ungleichmäßig; 23 Kirchspiele haben mehr als 10 000

und 25 weniger als 2000 Eingepfarrte. An Pfarrstellen zählt man 80, von welchen 45 rein deutsch sind. Kirchen gibt es 142, und zwar 37 in den Städten, 105 auf dem Land; 9 Kirchspiele haben noch keine Kirche. Die Besetzung der Pfarrstellen ist nicht so verschieden wie im Petersburger Bezirk. Kaiserliche und Privatpatronate gibt es überhaupt nicht; Regalpfarren gibt es 10, alle übrigen Stellen sind Wahlpfarren. Die Pfarreinkünfte sind dieselben wie im Petersburger Bezirk, Pfarrland gibt es jedoch fast gar nicht. Die Stadtgemeinden bringen die Mittel zum Unterhalt des Pfarrers durch freiwillige Selbstbesteuerung auf. 10 Kirchen zahlt die Krone das Gehalt.

Das Schulwesen ist nicht so ausgebildet wie im Petersburger Bezirk. Die Elementarschulen in den Kolonien stehen auf keiner besonders hohen Stufe. Die 2 Zentralschulen in den Wolgakolonien haben durch die Russifikation ihre ursprüngliche Bestimmung, Küsterlehrer auszubilden, fast ganz verloren.

Wohltätigkeitsanstalten sind recht wenig vertreten.

Der Livländische Konsistorialbezirk umfaßt die Gemeinden des Gouvernements Livland, nur in zwei Kirchspielen erstreckt sich die Amtstätigkeit der Pfarrer noch über die Grenzen des Gouvernements hinaus. In Livland gab es früher drei Konsistorien: das Livländische, Rigasche und Oeselsche. Die beiden letztgenannten sind durch Gesetz vom 13. Februar 1890 aufgehoben und ihre Bezirke dem Livländischen zugewiesen worden. Der Bezirk zerfällt in 10 Propsteien, und zwar: Riga Stadt, Riga Land, Wenden, Wolmar, Walk, Werro, Dorpat, Fellin, Pernau und Oesel. Die Seelenzahl beträgt rund 1 169 000; hiervon sind 90 000 Deutsche, 597 000 Letten, 482 000 Esten und 275 Schweden. Die Deutschen verteilen sich hauptsächlich auf die Städte; Riga zählt etwa 64 200, Dorpat 6000; auf das flache Land entfallen etwa 11 000. Dem Beruf nach sind es in den Städten meist Literaten und Kaufleute, auf dem Lande adelige Großgrundbesitzer. Nur eine deutsche Ackerbaukolonie gibt es aus dem 18. Jahrhundert, Hirschenhof. An Kirchspielen zählt man 147, darunter 3 ständige Adjunkturen, und zwar verteilen sich dieselben auf die einzelnen Propsteien, wie folgt: Riga Stadt 14, Riga Land 20, Wenden 17, Wolmar 16, Walk 15, Werro 17, Dorpat 11, Fellin 10, Pernau 13, Oesel 14. Jedes Kirchspiel zählt durchschnittlich 7952 Seelen. Auch in diesem Bezirk ist die Seelenzahl recht ungleichmäßig verteilt. Die größte Seelenzahl weisen die Rigauer Stadtpfarren auf, und zwar durchschnittlich 21 000. In 37 Kirchspielen zählt man über 10 000, in 9 weniger als 2000 Seelen. Die Zahl der Pfarrstellen beträgt 161. Mit Ausnahme der rein deutschen Kirchspiele in Riga (2), Wenden und Dorpat (je 1) sind fast alle zweisprachig, und zwar deutsch-lettisch oder deutsch-estnisch. Der weitaus überwiegende Teil der Kirchspiele ist rein ländlich. Es gibt 178 Kirchen, von denen 154 auf dem Lande stehen; viele derselben stammen noch

aus der katholischen Zeit, einige sogar aus der Zeit der Christianisierung des Landes; außerdem gibt es noch etwa 90 Bethäuser. Was die Besetzung der Pfarrstellen betrifft, so unterscheidet man: 1. Patronatspfarren, 2. Wahlpfarren mit dem Bestätigungsrecht der Krone, 3. Wahlpfarren ohne Bestätigung und 4. Adjunkturen. Das Einkommen der Pfarrer in den Landgemeinden besteht aus Nutznießung der Pastoratswidme, Predigergerechtigkeit nebst Nebenperselen und Arbeitsleistungen, Akzidenzien und Ertrag des Klingelbeutels in der Kirche an bestimmten Tagen. Die Pastorate sind kleine Landgüter. Die Predigergerechtigkeit (Gerechtigkeitsabgaben) besteht in der Lieferung von Roggen, Gerste und Hafer. Die Nebenperselen setzen sich aus Geld, Naturalien (Holz, Flachs, Heu, Hühner usw.) oder Arbeitsleistungen zusammen. Die letzteren sind vielfach abgelöst. Die Akzidenzien bestehen aus Zahlungen für Amtshandlungen, welche meist sehr niedrig und fest normiert sind. Das Einkommen der Pfarrer in den Stadtgemeinden besteht meist in einem bestimmten Gehalt, wozu noch nicht fest normierte Akzidenzien kommen.

In Livland bestand früher ein ausgedehntes Schulwesen; ein dichtes Netz von Volks- und Parochialschulen, welche mit der Kirche in enger Verbindung standen, zog sich durch das ganze Land. Seit 1886 sind die Schulen dem Ministerium der Volksaufklärung unterstellt. Gegenwärtig gibt es 117 Parochial- und 938 Gemeindeschulen. Jedes Kirchspiel hat eine Armenkasse aufzuweisen. Das allgemeine evangelisch-kirchliche Wohltätigkeitswesen ist sehr ausgeprägt.

Der Estländische Konsistorialbezirk umfaßt das Gouvernement Estland. Die Seelenzahl beträgt 427 000; davon sind 17 000 Deutsche, 403 500 Esten, 6100 Schweden, 300 Letten und 38 Finnen. Die Seelenzahl ist seit 1862 um 137 400 gestiegen. Die Deutschen, welche seit der Gründung der Burg Reval durch die Dänen im Lande sind, verteilen sich hauptsächlich auf die Städte (Reval 12 000) und Rittergüter. Der Bezirk ist in 9 Propsteien eingeteilt mit 60 Kirchspielen, darunter 2 ständige Adjunkturen. Auf jedes Kirchspiel entfallen durchschnittlich 7117 Seelen. Die Zahl der Pfarrstellen beträgt 63. Die Kirchspiele sind meist zweisprachig. An gottesdienstlichen Gebäuden sind vorhanden: 74 Kirchen, 21 Kapellen und 22 Bethäuser. Die meisten Kirchen sind auch hier sehr alt. Die Pfarren sind meistens Patronatspfarren, nur einige Wahlpfarren sind vorhanden. Im Laufe der Zeit ist aber das Patronatsrecht in ein Präsentationsrecht umgewandelt worden, in der Weise, daß der Patron dem Kronrat 2—3 Pfarrer zur Wahl vorschlägt. Die Pfarrer in Reval beziehen ein festes Gehalt, das aus bestimmten Kassen oder von der Ritterschaft gezahlt wird, außerdem haben sie freie Wohnung oder Wohnungsgeld. Die Pfarrer auf dem Lande haben, wie in Livland, außer

dem Ertrag der Pfarrländereien die Predigergerechtigkeit und Akzidenzien.

Mit dem Schulwesen verhält es sich genau wie in Livland; es ist vollständig dem Ministerium der Volksaufklärung unterstellt. An evangelisch-kirchlichen Liebeswerken sind besonders zu nennen: das Diakonissenhaus in Reval und der Evangelische Verein zur Pflege und Förderung religiös-sittlichen Lebens.

Der Kurländische Konsistorialbezirk umfaßt die Gouvernements Kurland, Wilna, Grodno, Minsk, Mohilew und Witebsk. Nach der geschichtlichen Seite zerfällt der Bezirk in zwei Teile, von denen der eine das ehemalige Herzogtum Kurland, Semgallen und das Bistum Kurland, der andere die durch die Teilungen Polens an Rußland gefallenem Gouvernements umfaßt. Die Seelenzahl beträgt nach den Angaben von 1905 rund 620 000, hiervon sind 68 500 Deutsche, 533 500 Letten, 10 900 Litauer, 3900 Polen, 2400 Liven und 850 Esten. Die Seelenzahl ist seit 1862 insgesamt um 138 500 gewachsen. Die Deutschen verteilen sich hauptsächlich auf die Städte; die auf dem Lande wohnenden sind Großgrundbesitzer oder Pächter und Knechte. Die Zahl der Kirchspiele beträgt 128, darunter 5 ständige Adjunkturen. Die Kirchspiele verteilen sich auf 9 Präposituren, und zwar wie folgt: Bauske 14, Doblen 16, Kandau 12, Goldingen 11, Pilten 15, Grobin 15, Salburg 18, Wilna 21 und Mitau 5. Die Seelenzahl beträgt für jedes Kirchspiel durchschnittlich 4844. Pfarrstellen gibt es 130. Die Kirchspiele sind meist deutsch-lettisch. An Kirchen zählt man 207. Hinsichtlich der Besetzung sind die Pfarren zum größten Teil Patronate.

Der Warschauer Konsistorialbezirk, welcher Russisch-Polen umfaßt, zerfällt in 5 Diözesen: Warschau, Petrikau, Kalisch, Plozk und Augustow. Die Zahl der Gemeinden beträgt insgesamt 66 mit 38 Filialen. Man zählt 98 Kirchen, 18 Kapellen, 364 Bethäuser, 315 Kantorate und 270 Elementarschulen. Die Gesamt-Seelenzahl der Evangelischen beträgt nach den Angaben von 1907 rund 609 897. Ein Teil hiervon entfällt auf die 11 reformierten Gemeinden und die Sekten; die Zahl der Lutheraner beträgt etwa 500 000. Es sind Deutsche, Polen und Litauer. Nach der Volkszählung von 1897 gibt es 31 487 evangelische Polen. Die Zahl der im Dienst der Gemeinden stehenden Pfarrer beträgt 60, auf jeden einzelnen entfallen durchschnittlich 8000 Seelen; außerdem gibt es 5 Gemeindehelfer.

Für die Unterhaltung des Kirchenwesens sorgen die Gemeinden; an staatlichen Zuschüssen werden gewährt: 10 952 Rub. 85 Kop. als Gehaltszulagen für die Pfarrer, 3000 Rub. für kirchliche Bauten, 1800 Rub. als Stipendien für Theologen, 11 864 Rub. zum Unterhalt des Konsistoriums, während sonst in Rußland der Staat nur an die Konsistorien einen Zuschuß von einigen Tausend Rubel und an die Pfarrer eine Gehaltszulage von rund 150 Rubel pro

Jahr zahlt. Das Einkommen der Pfarrer besteht aus einem festen Gehalt, welches aus den Kirchenkassen gezahlt wird, und aus Stollgebühren, welche aber mehrfach durch Zahlung an die Kirchenkasse und Erhöhung der Pfarrgehälter abgelöst sind.

In Finnland ist die lutherische Kirche die Staatskirche. Der finnische Senat übt als Verwalter des Kaisers das oberste Kirchenregiment aus. Die Kirche ist in vier Bistümer nebst Domkapitel eingeteilt: Abo, Borga, Nyslott und Kuopio. Abo zählt 13 Präposituren, 150 Pfarren und 200 Gemeinden; Borga deren 11, 106 und 124, Nyslott 12, 99 und 111 und Kuopio 8, 73 und 97, also insgesamt 44 Präposituren, 478 Pfarreien und 532 Gemeinden, von welch letzteren 47 städtisch und 485 ländlich sind.

Die „Evangelisch-lutherische Unterstützungskasse“ hatte im Jahre 1911 den höchsten Stand ihrer Einnahmen seit ihrem Bestehen zu verzeichnen. Dieselben beliefen sich auf 203 155 Rubel (1910: 196 082 Rubel). Die Gesamtausgaben betrugen im Jahre 1911 insgesamt 138 422 Rubel (1910: 132 320 Rubel).

Die Zahl der Gemeinden reformierten Bekenntnisses beträgt in Rußland — abgesehen von Polen — im ganzen 9, mit je einem Geistlichen, und zwar gibt es im Petersburger Konsistorialbezirk 6, im Moskauer, Livländischen und Kurländischen je eine. Gesonderte reformierte Konsistorien gab es bei dieser geringen Zahl bisher nicht; die geistlichen Angelegenheiten der reformierten Gemeinden wurden in besonderen Sitzungen der betreffenden evangelisch-lutherischen Provinzialkonsistorien bezw. dem evangelisch-lutherischen Generalkonsistorium beraten und entschieden, an welchen neben dem lutherischen Konsistorialpräsidenten und einigen lutherischen Konsistorialräten auch Vertreter reformierten Bekenntnisses mit vollem Stimmrecht teilnahmen. Neuerdings ist der Reichsduma ein kurzer Gesetzentwurf überwiesen worden, der in der seither geübten Praxis eine Änderung vorsieht. Der Minister des Innern will den Vorsitz der betreffenden evangelisch-lutherischen Konsistorialpräsidenten als mit den kirchlichen Angelegenheiten und den einschlägigen Gesetzen vertrauten Persönlichkeiten erhalten wissen; demgemäß hat sich auch die vorberatende Dumakommission entschieden, außerdem aber auch beschlossen, daß an den Sitzungen, in welchen über geistliche Angelegenheiten der Gemeinden reformierten Bekenntnisses verhandelt wird, außer dem lutherischen Präsidenten nur Personen reformierten Bekenntnisses teilnehmen sollen, und zwar bei den Provinzialkonsistorien zwei Geistliche und zwei Kirchenälteste, und beim Generalkonsistorium ein geistlicher und zwei weltliche Glieder.

Neuerdings macht sich ein empfindlicher Mangel an evangelischen Pastoren in Rußland bemerkbar. Besonders leiden darunter die evangelischen deutschen Gemeinden in Polen. Ein Teil der Pfarrstellen derselben ist zur Zeit unbesetzt. Die seitherigen Versuche, geistliche Kräfte aus den baltischen Provinzen oder gar

aus Deutschland heranzuziehen, scheitern meist daran, daß von den in Polen amtierenden Geistlichen die Kenntnis der deutschen, polnischen und russischen, stellenweise sogar noch der litauischen Sprache verlangt werden muß. Zur Behebung des Pastoren Mangels wurde beim Zentralkomitee der Unterstützungskasse für die evangelisch-lutherischen Gemeinden eine Kommission eingesetzt, welche die theologischen Stipendien revidiert und eine Erhöhung derselben um die Hälfte des bisherigen Satzes beantragt hat. Es ist erfreulich, daß neuerdings die Zahl der aus Polen stammenden Theologie Studierenden wächst.

Das mit so hohen Hoffnungen begrüßte und von der Reichsduma mit großer Majorität angenommene Toleranzgesetz ist, wie wir schon im vorigen Jahr berichteten, vom Reichsrat verworfen worden und damit unter den Tisch gefallen. Das Manifest des russischen Kaisers vom 17. April 1905, in welchem allen russischen Untertanen feierlichst Glaubensfreiheit verheißen wurde, ist damit illusorisch geworden. Die berechtigten Wünsche und Forderungen der evangelischen russischen Untertanen bleiben unerfüllt. Ja, die Lage der evangelischen Kirche scheint sich nach dem Fall des Gesetzes besonders schwierig gestalten zu wollen. In der Diskussion über das Gesetz im Reichsrat hat ein Erzbischof offen gesagt, es sei das überkommene Ziel Rußlands, „die Nichtorthodoxen orthodox zu machen“, und ein General verstieg sich in einer öffentlichen Sitzung der slawischen Wohltätigkeitsgesellschaft zu der Äußerung, „die russische Orthodoxie habe die Aufgabe, der Welt das Christentum wiederzugeben“. Nach derartigen Äußerungen wird dann auch in der Praxis verfahren. Die Prozesse gegen evangelische Geistliche wegen Taufen aus Mischehen mehren sich in bedenklicher Weise, und von einem Freispruch hört man nichts. Der Erzbischof Sergius von Finnland, dessen Unduldsamkeit schon aus den Verhandlungen des Reichsrats, dessen Mitglied er ist, bekannt ist, hat neuerdings über ein Ehepaar, welches nach Austritt aus der russischen Staatskirche zur lutherischen Kirche übergetreten war, den Bannfluch verhängt und sich nicht gescheut, in demselben zu verfügen: „sie werden geschieden von der Gemeinschaft mit unserm Herrn Jesus Christus und der ewigen Errettung, bis sie sich von Grund aus bessern und wieder zur Orthodoxie zurückkehren.“ In Regierungskreisen hat dieses Vorgehen des Erzbischofs peinliches Aufsehen erregt. Man erblickt darin mit Recht einen beabsichtigten Vorstoß gegen das kaiserliche Manifest über Glaubensduldung. Und auch in höheren theologischen Gelehrtenkreisen hat diese krasse Unduldsamkeit besonders auch wegen der gewählten Formel des Bannfluchs heftiges Kopfschütteln hervorgerufen. Es wurde mit Recht grade aus diesen Kreisen darauf hingewiesen, daß man aus einer Kirchengemeinschaft doch nur solche ausschließen könne, die noch Glieder derselben seien oder wenigstens ihren Austritt noch nicht offiziell angemeldet hätten,

nicht aber solche, die aus der betreffenden Kirchengemeinschaft ausgetreten seien. Als besonders befremdlich wird der oben erwähnte Passus des Bannfluchs erklärt, da die betreffenden Eheleute Christus gar nicht verleugnet hätten, sondern nur zu einer andern christlichen Glaubensgemeinschaft übergetreten seien, sich also als Glieder derselben noch in der Gemeinschaft mit dem Herrn Christus befänden und an ihre ewige Errettung glaubten. — Von einem Einschreiten des heiligen Synod gegen den Erzbischof wegen seines ungerechtfertigten Vorgehens ist bisher nichts verlautet. —

Auch weltliche Behörden leihen dem russisch-orthodoxen Klerus ihren staatlichen Arm, um das evangelisch-kirchliche Leben zu unterbinden. Dafür folgendes Beispiel. Im Gouvernement Moskau hat bereits vom Jahre 1888 ab ein mit der Pflege der Diaspora betrauter lutherischer Pfarrvikar hin und her Gottesdienste gehalten, und zwar, wo am betreffenden Orte eine Kirche oder Bethaus fehlte, in geeigneten Privatlokalen. Noch im Jahre 1905 hatte das Ministerium des Innern gelegentlich darauf hingewiesen, daß die früheren Verfügungen, die evangelische Gottesdienste in Privatlokalen verbieten, als eine Behinderung des religiösen Lebens der Lutheraner aufgehoben seien. Trotzdem hat die Moskauer Gouvernementsregierung neuerdings das Moskauer evangelisch-lutherische Konsistorium davon in Kenntnis gesetzt, daß das „Departement für geistliche Angelegenheiten“ auf eine Anfrage des Gouverneurs darauf hingewiesen habe, daß bei Abhaltung von Gottesdiensten außerhalb einer Kirche die gesetzlichen Vorschriften über „Privatandachtsversammlungen“ zu beachten und einzuhalten seien. — Zweifellos wird es dem Eingreifen der lutherischen Kirchenbehörden gelingen, hier Abhülfe zu schaffen. Aber das Vorgehen einer russischen Gouvernementsregierung ist doch recht bezeichnend, wie russische Behörden in der Unterstützung der intoleranten Bestrebungen des russisch-orthodoxen Klerus ihre weltliche Gewalt mißbrauchen, selbst gegen kaiserliche Willensäußerungen und Befehle. —

Besonders macht sich diese Unduldsamkeit gegen das protestantische Deutschtum in den baltischen Provinzen bemerkbar. Bereits seit 1900 verweigert der Gouverneur von Olonez die Bestätigung eines Gouvernementspredigers finnischer Herkunft, obwohl das Kirchspiel fast ausschließlich aus Finnen besteht. Neuerdings operiert man auch wieder mit den alten Fabeln, daß „die baltischen Deutschen die Tirailleure für die Knechtung der Slaven“ sind, und daß „die Unterdrückung der Deutschen die *conditio sine qua non* für den Aufschwung des Slawentums“ ist. Diese Hetze gegen das Deutschtum wird dann auch gleichzeitig zum Kampf gegen das evangelische Bekenntnis ausgebeutet.

Wie wenig Interesse und Verständnis man auf russisch-orthodoxer Seite für die geistigen und geistlichen Bedürfnisse der nicht zur russischen Nationalität und der russischen Staatskirche

gehörigen Bürger des russischen Reiches hat, trat besonders auch bei der Beratung des neuen Volksschulgesetzes zutage. Einer der nationalistischen Führer, Durnowo, sagte in der Diskussion: „Die Dankbarkeit der Fremdstämmigen ist für Rußland gleichgültig. Wir haben die Fremdstämmigen nicht dazu erobert, um ihnen ein Vergnügen zu verschaffen, sondern weil wir sie nötig haben, und wir werden ihnen eine Stellung geben, wie sie den Interessen unseres Vaterlandes entspricht.“ — Ein „Vergnügen für die Fremdstämmigen“, russische Staatsbürger zu sein, ist es allerdings nicht bei der ungerechten Behandlung, die man ihnen in ihren nationalen, geistigen und geistlichen Interessen widerfahren läßt, insonderheit auch dann nicht, wenn man sich daran erinnert, wie Durnowo als Minister des Inneren in den Glaubensverfolgungen der achtziger Jahre „die Interessen Rußlands“ glaubte wahren zu müssen. In welchem Geiste das genannte neue Volksschulgesetz gedacht ist und gehandhabt werden wird, geht aus dem Artikel 33 des Gesetzes hervor, welcher bestimmt, daß „an den Elementarschulen nur russische Untertanen orthodoxer Konfession Lehrer werden können“. Ein von der Minorität eingebrachtes Amendement, das die Zulassung von Pastoren „christlichen“ Glaubens als Lehrer vorschlug, sowie auch der ebenfalls von einem Glied der Minorität vorgeschlagene Zusatz: „als Lehrer und Lehrerinnen in Schulen, die vorzugsweise für Kinder nicht orthodoxer Konfessionen, Altgläubige und Sektierer eröffnet werden, müssen nach Möglichkeit Pastoren der entsprechenden Konfession angestellt werden, welche nach dem Bildungsgrade das Recht haben, an Elementarschulen zu unterrichten, während in Schulen, die für Kinder sonstiger Andersgläubiger eröffnet werden, die Anstellung von Pastoren der betreffenden Bekenntnisse zulässig ist, die das Recht haben, Lehrer zu sein,“ wurde von der Majorität des Reichsrats abgelehnt.

2. Österreich.

Nach dem Ergebnis der amtlichen Volkszählung Ende des Jahres 1910 gibt es in Österreich bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 28½ Millionen (ohne Ungarn) 593 256 Evangelische. Die nebenstehende vergleichende Tabelle über die beiden letzten Volkszählungen von 1900 und 1910 zeigt ein rasches Wachstum der Seelenzahl der Evangelischen.

Die evangelische Kirche weist demnach in dem Zeitraum von 1900 bis 1910 ein Wachstum von 95 754 Seelen auf. Während in allen Kronländern die evangelische Bevölkerung in überraschender Weise gewachsen ist, hat Galizien eine Abnahme von 8237 Seelen zu verzeichnen, was sich aus der dort herrschenden starken Auswanderungsbewegung in den genannten zehn Jahren erklärt, die aber neuerdings ziemlich zum Stillstand gekommen ist. Etwa ein Fünfzigstel Österreichs ist gegenwärtig evangelisch, ein

Kronland	1900	1910	
Bukowina	19 272	20 513	+ 1 241
Galizien	45 382	37 145	— 8 237
Schlesien	91 741	102 758	+ 11 017
Mähren	66 365	74 391	+ 8 026
Böhmen	144 658	176 262	+ 31 604
Niederösterreich	65 460	92 620	+ 27 160
Oberösterreich	18 363	21 156	+ 2 793
Salzburg	1 284	2 538	+ 1 254
Tirol	3 232	6 007	+ 2 775
Vorarlberg	1 535	2 044	+ 509
Kärnten	20 383	24 299	+ 3 916
Steiermark	13 159	22 350	+ 9 191
Krain	413	635	+ 222
Küstenland	2 623	4 291	+ 1 668
Bosnien und Herzegowina	3 632	6 247	+ 2 615
Summa	497 502	593 256	+ 95 754

verhältnismäßig kleiner Bruchteil, wenn man bedenkt, daß in der Reformationszeit die Evangelischen neun Zehntel ausmachten. Immerhin ist eine stete prozentuale Zunahme zu verzeichnen. Im Jahre 1781 zählte das ganze Habsburger Land nur 73 722 Evangelische, Ende 1910 hatte die Stadt Wien allein 75 854. Ende 1857 gab es in ganz Österreich 292 127 Evangelische. Der gegenwärtige Stand beträgt unter Zurechnung des Zuwachses seit der letzten Volkszählung von 1910 mindestens 600 000. In 55 Jahren hat sich demnach die Zahl der Evangelischen mehr als verdoppelt.

Die evangelische Bewegung hält in unvermindertem Maße an. Nach dem vom Evangelischen Oberkirchenrat zu Wien veröffentlichten amtlichen Nachweis sind im Jahre 1911 in Österreich insgesamt 4891 Personen zur evangelischen Kirche übergetreten, davon unmittelbar aus der römisch-katholischen Kirche 4348. 4302 ungeschlossen sich der evangelischen Kirche augsburgischen Bekenntnisses, 589 der evangelischen Kirche helvetischen Bekenntnisses an. Seit Beginn der Bewegung vom Jahre 1898 ab ergaben sich nach den amtlichen Veröffentlichungen somit folgende Übertrittszahlen: 1898: 1598, 1899: 6385, 1900: 5058, 1901: 6639, 1902: 4624, 1903: 4510, 1904: 4362, 1905: 4855, 1906: 4364, 1907: 4197, 1908: 4585, 1909: 4377, 1910: 5190, 1911: 4891, oder insgesamt im Laufe der letzten 14 Jahre 65 635. Die meisten Übertritte hatten, wie auch in den früheren Jahren, Niederösterreich mit Wien, Steiermark und Deutsch-Böhmen, hier besonders Reichenberg und Umgebung, aufzuweisen. In Wien, Budweis, Rumburg, Leitmeritz, Aussig, Warnsdorf, Looben u. a. ist ein Steigen der jährlichen Übertrittszahl zu verzeichnen.

Zur altkatholischen Kirche, welche gegenwärtig 29 362 Seelen zählt, traten im Jahre 1911 insgesamt 1097 Personen über, so daß dieselbe eine Gesamtübertrittszahl von 17 594 seit Beginn der Bewegung aufzuweisen hat.

Mit der wachsenden Seelenzahl hat auch der äußere und innere Ausbau der evangelischen Kirche in Österreich gleichen Schritt gehalten. Die Zahl neugegründeter Pfarr- und Filialgemeinden, Predigtstätten und Religionsunterrichtsstellen hat sich vermehrt. In Grottau (Böhmen) und in Iglau (Mähren) ist eine neue Pfarrgemeinde gegründet worden. Die Zahl der durch die evangelische Bewegung neu gegründeten evangelischen Pfarrgemeinden ist damit auf 51 gewachsen. Neue Filialgemeinden traten in Bernsdorf in Niederösterreich und in Freiberg in Mähren ins Leben. Ferner wurden 18 neue Predigtstellen gegründet, welche als Grundstock für künftige Pfarrgemeinden dienen. An 22 Orten wurden neue Religionsunterrichtsstellen eingerichtet, welche der Verkündigung des Evangeliums unter der heranwachsenden Jugend dienen. Die Zahl der seit 1898 in Benutzung genommenen gottesdienstlichen Stätten, Kirchen, Kapellen oder Betsäle ist um 12 vermehrt worden. Auch eine Anzahl von Pfarrgemeinde- und Schulhäusern ist errichtet worden. In Wien ist der Grundstein zu einem Vereinshaus für den Christlichen Verein junger Männer gelegt worden. In Haber in Böhmen wurde der Neubau des Waisenhauses und in Graz der des evangelischen Pflegeheims bezogen.

Dieses äußere Wachstum erforderte auch eine vermehrte Zahl von geistlichen Kräften. Dank der tatkräftigen Unterstützung des Evangelischen Bundes konnten 10 reichsdeutsche und 4 österreichische Pastoren neu in die Arbeit an den jungen und alten Gemeinden gestellt werden. Dagegen traten auch 7 Pastoren aus der Arbeit in Österreich aus und 4 traten in den Ruhestand. Eine Anzahl von Gemeinden ist gegenwärtig noch ohne Prediger und Seelsorger. Es ist eine dringende Notwendigkeit, daß die erforderlichen geistlichen Kräfte für die evangelischen Gemeinden in Österreich gewonnen werden, damit auch das innere Wachstum mit dem äußeren gleichen Schritt halten kann.

Das evangelische Gemeindeleben vertieft sich fast durchweg in den Gemeinden und ebenso wächst und erstarkt die evangelische Liebestätigkeit. Die evangelische Bewegung und die Evangelisationsarbeit, die infolgedessen kräftig einsetzte, hat auch die alten Gemeinden zu neuem, frischen Leben erweckt. An vielen Orten ist die Zahl der Gottesdienste bedeutend vermehrt worden. Der Besuch der Gottesdienste hat sich erheblich gesteigert und ist durchweg ein guter, oft sogar ein sehr guter. Die Teilnahme am heiligen Abendmahl ist eine recht erfreuliche. In manchen Gemeinden nehmen sämtliche Erwachsene daran teil. Trauungen und Kindererziehung in Mischehen sind vorwiegend evangelisch. Zur Belebung und Vertiefung des Gemeindelebens tragen noch vielfach bei die mit der evangelischen Bewegung eingeführten Bibelstunden, Volksbildungsabende, Reformationsfeiern, Familienabende, Kindergottesdienste, Wald- und Berggottesdienste, Wohl-

tätigkeitsfeste und andere Veranstaltungen der Gemeinden, welche sich einer stetig wachsenden Teilnahme erfreuen.

Ebenso sind die Werke der Liebestätigkeit in stetem Wachsen. Die Gemeinden Komotau, Altfratautz und Bozen-Gries, Braunau, Obersedlitz-Krammel erhielten neue Gemeindeschwestern. In Wien ist ein evangelisches Kleinkinderheim errichtet worden. In Turn traten die Unterstützungsvereine „Altershilfe“ und „Wohlfahrt“ ins Leben. In Feldkirch in Vorarlberg und in Dornfeld in Galizien haben sich Frauenvereine, in Cilli und St. Pölten Jungfrauenvereine, in Fürstenfeld in Steiermark, Cinz-Urfahr in Oberösterreich und Sarajewo in Bosnien Christliche Vereine junger Männer, in Bozen-Gries und Budweis Kirchenchöre gebildet. An dem Auf- und Ausbau des evangelisch-kirchlichen Lebens arbeiten besonders auch der Deutsch-evangelische Bund für die Ostmark mit neun Ortsgruppen, der österreichische Gustav-Adolf-Hauptverein sowie der Lutherverein zur Erhaltung der deutschen Schulen in Österreich mit sechs neuen Ortsgruppen. Außerdem hat sich zu Pfingsten 1912 ein „Zentralverein für Innere Mission in Österreich“ gebildet, welcher einen Aufruf „An alle Protestanten in Österreich“ erlassen hat und das ganze evangelische Österreich zur Mitarbeit in evangelischen Liebeswerken auffordert. In dem Aufruf heißt es:

„Nicht um eine neue Gruppe oder Partei innerhalb der Kirche handelt es sich. Jenseits alles konfessionellen und theologischen, alles politischen und nationalen Streites ruft dieser Zentralverein zu einmütigem Zusammenwirken der evangelischen Christen in Österreich auf. Er will den warmen Ton der Liebe wecken und ermutigen in allen unseren Gemeinden; den Ton, der wohl tut und aufschließt und freudig macht zum inneren Aufbau unserer Gemeinden und unseres Volkes.

Wahrlich nicht in Gegensatz zu Kirche und Kirchenamt will unser Verein sich stellen, vielmehr beiden dienen durch Zuführung von freiwilligen und beruflichen Mitarbeitern im Sinne des allgemeinen Priestertums, von Diakonissen und Diakonen; durch Erschließung neuer Bahnen für das Evangelium Christi mit seinem Trost, seiner Kraft und Wegleitung; durch Fühlungnahme mit jenen, die unter dem Drucke äußerer und innerer Not den Zusammenhang mit dem lebendigen Gott verloren haben. Er will durch Vorträge und Schriften das Verständnis für die großen Aufgaben der Inneren Mission wecken und fördern. Er will eine Zentralstelle bilden, durch die ein Überblick über die schon bestehenden Werke der evangelischen Liebestätigkeit möglich wird, so daß in bestimmten einzelnen Notfällen schnelle und angemessene Hilfe geleistet werden kann. Er will die Verbindung mit den großen Anstalten und Organisationen der Inneren Mission in Deutschland herstellen, um diese köstlichen Lebensäußerungen des reichsdeutschen Protestantismus befruchtend auf die hierländische

evangelische Kirche wirken zu lassen. Er will die bestehenden Werke der Inneren Mission in Österreich stärken und zur Ausfüllung empfindlicher Lücken anregen.

Klein ist unsere Zahl in Österreich. Das legt uns eine zweifache Pflicht auf: einerseits unsere Arbeitsgrenzen vorsichtig zu beschränken, andererseits alle unsere lieben Glaubensgenossen zu bitten, daß uns doch keiner seine Hilfe versage. Ein weitgreifender Bund evangelischer Nächstenliebe muß der Zentralverein werden, wenn er seine Aufgaben erfüllen soll. Wir brauchen Kräfte, die ihre Arbeit ganz diesem Werke widmen. Der Anfang ist gemacht mit der Berufung eines Generalsekretärs, den wir in der Person des Herrn Pfarrers Hans Jaquemar gewonnen haben. Das konnte natürlich nur in der zuversichtlichen Gewißheit geschehen, daß wir die Zeichen der Zeit richtig erkannt haben und eine ansehnliche Zahl unserer Glaubensgenossen in allen Kronländern von Anfang an uns zur Seite treten werden.

Wir möchten alle in unserer Mitte sehen, denen Herz und Einsicht für die oben bezeichneten Aufgaben gegeben ist; darum ist der Mitgliedsbeitrag in der bescheidenen Höhe von zwei Kronen für das Jahr festgesetzt. Wir bitten aber, den Beitrag womöglich höher zu bemessen.

Kommt alle, alle herbei und helft mit, Werke der Liebe zu schaffen und unsere Gemeinden mit lebendigem evangelischen Geist zu erfüllen!“

Ungarn. In Ungarn zählt man bei einer Gesamtbevölkerung von rund 21 Millionen ungefähr $3\frac{3}{4}$ Evangelische. — In Siebenbürgen haben die evangelischen deutschen Volksgenossen nicht nur um ihren evangelischen Glauben, sondern auch um ihr Deutschtum zu ringen. In Hermannstadt war der Oberkurator des katholischen Gemeindekirchenrats nach mehr als dreißigjähriger Tätigkeit abgesetzt worden, weil er sich der zunehmenden Madjarisierung des katholischen Kirchenwesens kräftig widersetzt hatte. Daraufhin trat der Oberkurator und mit ihm etwa 500 Seelen aus der römisch-katholischen Kirche aus, von denen sich rund 400 Seelen der evangelischen Kirche angeschlossen haben.

3. Frankreich.

Im Juni vorigen Jahres tagte in Montbéliard die Generalsynode der lutherischen Kirche Frankreichs. Sie umfaßt die beiden Inspektionen Paris und Montbéliard. Letztere hatten auf vorhergegangenen Einzelsynoden die Verhandlungen der Generalsynode vorgearbeitet.

Aus den „Kirchlichen Mitteilungen“, welche die Synodalkommission von Mömpelgard herausgibt, gewinnen wir über den Stand der Mömpelgarder lutherischen Kirche folgendes Bild: Im Jahre 1905 umfaßte die Mömpelgarder Kirche 46 Pfarreien

mit 50 Pfarrern; gegenwärtig gibt es nur 37 Pfarreien und 45 Pfarrer. Eingeschriebene Mitglieder der Kultusgenossenschaften sind 20 000 Erwachsene; der Einfluß des Evangeliums erstreckt sich auf 50 000 Seelen. Die Gottesdienste sind in allen Teilen der Landschaft bis ins kleinste Dorf aufrecht erhalten worden. Um die Ausübung der Gottesdienste aufrecht erhalten zu können, ist eine Einnahme von mindestens 120 000 Franks erforderlich. Die steigenden Ausgaben haben im letzten Jahr ein Defizit von 17 000 Fr. zur Folge gehabt.

Bei der Tagung der Pariser Synode ergab sich zwar eine Mehreinnahme von 4700 Fr., der jedoch auch durch neue Aufgaben der Kirche größere Ausgaben bevorstehen. In mehreren Fällen war die kirchliche Behörde wieder gezwungen, Prozesse um Besitztümer zu führen, die ihr von alters her gehören, auf die aber der Staat die Hand gelegt hat. Es wurden neuerdings der Kirche Pfarrhäuser und Kirchen streitig gemacht, obwohl das geschichtliche Recht klar auf seiten der Kirche steht. — Der herrschende Mangel an theologischem Nachwuchs stellte die Synode von Paris vor die Frage, ob nicht Laien als Evangelisten anzustellen seien. Die Frage wurde auf der Synode mit großer Vorsicht behandelt. Man möchte durch Heranziehung von Laienpredigern die theologischen Studien nicht beeinträchtigen oder Pfarrer zweiten Grades schaffen. Die voraussichtlich notwendig werdende Anstellung von Evangelisten soll deshalb lediglich als etwas Vorübergehendes angestrebt werden. — Gegenstand besonderer Beratung der Pariser Synode war auch die liturgische Ausgestaltung des sonntäglichen Gottesdienstes und der Abendmahlsfeier. Es wurde der Wunsch laut, daß der Anbetung ein größerer Raum im öffentlichen Gottesdienst zugewiesen würde.

Die Generalsynode, welche, wie gesagt, nach diesen Vorverhandlungen der Einzelsynoden im Juni vorigen Jahres in Montbéliard tagte, wurde durch einen Gottesdienst in der St. Martinskirche eröffnet, in welchem der geistliche Inspektor Meyer-Paris die Predigt hielt. Die Verhandlungen fanden unter dem Vorsitz von Pfarrer Dumas statt. Es waren etwa 34 Vertreter anwesend. Die Verhandlungen nahmen mit den Berichten der beiden Inspektoren Meyer und Jaulmes ihren Anfang, an die sich eine lebhafte Besprechung knüpfte. Nach den Berichten umfaßt die Pariser Inspektion 15 Gemeinden, 8 Filiale und 25 Geistliche; die Mömpelgarder 37 Gemeinden mit 45 Geistlichen. Hierzu kommen noch 7 Gemeinden in Algerien mit 3 Pfarrern, so daß die Generalsynode insgesamt 59 Gemeinden, 8 Filiale mit 73 Geistlichen umfaßt. Die Abnahme der Bevölkerung macht sich auch in der Kirche in beängstigender Weise bemerkbar. Die Zahl der Taufen bleibt hinter der der Beerdigungen weit zurück. Dazu kommt noch im Mömpelgarder Lande eine überhandnehmende Landflucht. Besondere Schwierigkeiten bietet die religiöse Erziehung der Jugend.

In der Schule sind die Kinder ohne Religionsunterricht. Wenn auch die Kirche Schulen gründen wollte — wozu freilich ihre Mittel nicht ausreichen — so ist es ihr gesetzlich verboten. Eine große Zahl von Erwachsenen hat sich aus religiöser Gleichgültigkeit bis jetzt den Kultgemeinschaften noch nicht angeschlossen, auf dem Lande gestaltet sich das Verhältnis etwas günstiger. Die Zahl der Gemeinden mußte vermindert und kleinere Pfarreien zusammengelegt werden, weil es an geistlichen Kräften mangelt. Der Mangel läßt auch noch nicht nach, wird vielmehr sich noch drückender fühlbar machen. Während die Durchschnittszahl der Theologie Studierenden 12 betragen sollte, gibt es zurzeit davon nur 5. Im Mömpelgarder Lande hat man deshalb schon einen Evangelisten angestellt. Die Verhandlungen über die Anstellung von Evangelisten führten zu einem lebhaften Austausch der Meinungen. Es war Gegenstand eingehender Beratung — wie auch auf der Pariser Einzelsynode — wie man einerseits dem Bedürfnis der Gemeinden entgegenkommen könne und andererseits der Entstehung eines zweiten, untergeordneten, leichter zu erreichenden Pfarramts vorgebeugt werden müsse. Die Anstellung eines Evangelisten wurde als ein ganz außerordentlicher Fall behandelt und von der Generalsynode einstimmig beschlossen, daß die Berufung des Evangelisten nach drei Jahren vom Synodalausschuß auf Grund eines Berichtes des geistlichen Inspektors erneuert werden muß.

Auch mit finanzieller Not hat die lutherische Kirche zu ringen. Den vermehrten Ausgaben entsprechen nicht die Einnahmen. Die Inspektion Mömpelgard bedarf einer Einnahme von mindestens 120000 Fr., seit mehreren Jahren gingen aber nur Summen ein, die zwischen 95000 und 100000 schwankten, im letzten Jahr nur 92000. Und doch sind die Lasten noch im Wachsen begriffen, da der Unterhalt der Kirchen und Pfarrhäuser, wofür anfänglich der Staat noch etwas zahlte, bald der Kultusgenossenschaft allein zufällt; ebenso muß die Kirche bald auch die Pensionierungen ausschließlich übernehmen. Viele stehen noch abseits, ohne sich den Kultgenossenschaften anzuschließen, und wenn dies geschieht, begnügt man sich vielfach mit dem geringsten Beitrage. Viele nehmen auch die Dienste der Kirche in Anspruch, ohne ihren Beitritt zu vollziehen. So hat das Trennungsgesetz die lutherische Kirche doch in eine recht schwierige finanzielle Lage gebracht. Jedoch können die Berichte auch erfreuliche Feststellungen machen, so z. B. daß die atheistische Hochflut zurückgehe, und daß sich ein Hunger nach Religion bemerkbar mache.

Einen besseren Blick in die Zukunft gewährt auch das Jugendfest, das in der Kirche St. Johann in Paris gefeiert wurde. 750 Jünglinge und Jungfrauen hatten sich in der Kirche versammelt. Villettes, St. Marcel und Bon-Secours hatten ihre Eclaireurs (Vorposten)-Gruppen in ihren Uniformen entsandt. Männer in hohen staatlichen Stellungen nahmen teil und richteten warme Ansprachen

an die Jugend. Wenn die Jugend für die Kirche gewonnen wird, ist deren Zukunft gesichert.

Neuerdings sind von der Zeitschrift „Foi et vie“ Vorträge in Paris organisiert worden, welche dort großen Anklang fanden. Auch die Tagespresse, z. B. der „Temps“ und die „Debats“, bringen ausführliche Besprechungen. Es werden meist hervorragende Kräfte zu den Vorträgen gewonnen. So sprach Chantepie de la Saussaie, Professor der christlichen Moral und Herausgeber des großen Werkes *Histoire des Religions*, über die Geschichte der Religionen und über die Religion. Kenner des Mohammedanismus sprachen über den Islam. Der Philosoph Boutroux hielt Vorträge über das innere Leben usw.

Die Veranstalter der Vorträge haben durch eine besondere Feier das Gedächtnis eines kleinen Buches begangen, das vor 400 Jahren die Gemüter in Frankreich leidenschaftlich erregt hat. Es war dies der Kommentar über die Briefe des Apostels Paulus von Faber Stapulensis, welcher im Dezember 1512 erschien. Die Gelehrten Abel Lefranc und Nathanael Weiß haben ein treffendes Bild von dem Leben und Wirken des stillen und doch so einflußreichen französischen Vorreformators entworfen und dabei besonders hervorgehoben, welche eine Macht dieser Mann als Humanist und Theologe auf die höchsten und gebildetsten Kreise Frankreichs ausgeübt hat.

Nach einem Beschluß der Pariser Synode sollen die algerischen lutherischen Gemeinden zusammengeschlossen und ihre Kasse mit der Kasse der lutherischen Gesamtkirche vereinigt werden, so daß die Gesamtkirche die Garantie für die Besoldung der Geistlichen übernimmt.

Das Diakonissenwerk der lutherischen Kirche veranstaltete im vorigen Jahre gelegentlich der Generalversammlung eine Feier, welche den verschiedenen Zweigen weiblicher Arbeit im Rahmen der Kirche galt. An erster Stelle steht das Diakonissenhaus selbst, welches zurzeit nur 13 Schwestern zählt, jedoch stehen Neuaufnahmen in Aussicht. In Courbevoie besteht das Krankenhaus La Montague, welches über 30 Betten verfügt; hier werden Krankenpflegerinnen oder Krankenfreundinnen ausgebildet. Ebenso besteht dort ein Altenheim Les Tilleuls, welches das erste seiner Art in Frankreich ist. Seit seinem Gründungsjahr 1909 hat es 109 Pensionäre aufgenommen.

Jüngst ist der Bericht der „Mission intérieure“ der evangelisch-lutherischen Kirche über das Jahr 1911 zum 71. mal erschienen, welcher ein interessantes Bild gibt von dem ganzen Gebiet der kirchlichen Liebesarbeit, wie sie die lutherische Kirche in Paris und Umgegend betreibt. Die „Mission intérieure“ ist nicht dasselbe, was wir in Deutschland „Innere Mission“ nennen. Vielmehr ist sie ein rein kirchliches Unternehmen, welches das ganze Gebiet der kirchlichen Arbeit und damit auch alle Liebesarbeit umfaßt.

Nach dem erwähnten Jahresbericht hat die „Mission intérieure“ sich als Ziel ihrer Arbeit gesetzt, die Kirche Gottes zu bauen, die in der Weltstadt zerstreuten Kirchenglieder um Gottes Wort zu sammeln.

Die Synode der reformierten Kirchen Frankreichs tagte im Juni 1912 in Paris. Der Bericht der Finanzkommission gab kein erfreuliches Bild; für das Jahr 1911 war ein Defizit von 203 230 Fr. zu verzeichnen. Der Generalagent forderte die Festsetzung einer genauen Summe, die man von jeder Kirche erwarten müsse, sowie die Einführung eines monatlichen Beitrags. Auch in der reformierten Kirche herrscht Pfarrmangel, über welchen die Synode verhandelte. Als Ursachen des Pfarrmangels bezeichnet man „die Abschwächung der Lehre, ungenügendes religiöses Leben und Rückgang der Frömmigkeit des Hauses“. Geistliche und Laien wurden gebeten, Verständnis und Interesse für die Aufgaben und Schönheit des evangelischen Predigtamtes zu wecken.

Auf dem zweiten Kongreß für kirchliche Armenpflege, welcher im Juni vorigen Jahres in Paris stattfand, waren die Vertreter von 140 Armenpflegerverbänden anwesend. Auch auf dem Gebiet der kirchlichen Armenpflege hat das Trennungsgesetz lähmend gewirkt. Die Genossenschaften, deren Zweck öffentliche Wohltätigkeit ist, werden nicht überall anerkannt. Den anerkannten Genossenschaften aber ist es gesetzlich verboten, Sammlungen zu veranstalten oder Geschenke oder Legate anzunehmen. Der Kongreß beschloß, der Regierung einen Antrag zu unterbreiten, daß die Befugnisse der Genossenschaften erweitert würden. Man hofft, daß die Regierung dem Antrag stattgeben wird. Übrigens war auch auf der lutherischen Synode in Montbéliard eine ähnliche Resolution gefaßt worden.

Die reformierte Kirche Frankreichs war nach der Trennung von Kirche und Staat in drei Teile zerfallen, in die Rechtsstehenden, Mittelpartei und Liberalen. Eine seitdem angestrebte Wiedervereinigung ist im Juni vorigen Jahres zustandegekommen, jedoch nur zwischen Mittelpartei und Liberalen. Die Rechtsstehenden, die sogenannten Evangelischen, die sich noch um das Glaubensbekenntnis von 1872 scharen, haben sich der Wiedervereinigung nicht angeschlossen. Die Mittelpartei zählt 83 Gemeinden, die Liberalen 82.

Der französische Protestantismus erfuhr im letzten Jahre durch den Besuch der Königin Wilhelmina von Holland eine erfreuliche Glaubensstärkung. Die Königin legte am Denkmal Colignys, ihres Ahnen, einen Kranz nieder mit dem Wahlspruch der Oranier: „je maintiendrai“ (ich halte aus). Bemerkenswert und erhebend sind die Worte, mit welchen die Königin auf die Ansprachen zweier reformierter Pfarrer antwortete: „Welch ein erhebender Gedanke, uns alle, die wir hier versammelt sind, eins zu wissen im lebendigen Glauben an Christus. Das gibt uns ein Recht, uns die geistigen Kinder unserer Vorfahren zu nennen, für

die wir tiefe Verehrung empfinden und durch die ich fest verbunden bin mit den Glaubensgenossen in Frankreich. Der Admiral Coligny hat das Geheimnis heroischer Kraft gekannt, die sich gründet auf das feste Vertrauen auf Gott. Er hat uns das Beispiel eines Lebens gegeben, das sich ganz Gott und seiner Sache weihet. . . . Indem wir uns um sein Denkmal versammeln, erheben wir unsere Herzen zu Gott und suchen vor allem seine Ehre. Ich wünsche von Herzen, daß jede Seele, die an Christus als an ihren Heiland glaubt, in diesem Glauben gestärkt werde und daß wir alle je mehr und mehr brennende Zeugen des Herrn werden.“

Im Mai vorigen Jahres tagte in Bordeaux die 7. Konferenz der deutschen evangelischen Pfarrer in Frankreich. Die Tagung wurde durch einen Festgottesdienst in der deutschen Kirche eröffnet, in welchem Pfarrer Weber (Cannes) die Predigt hielt. Der Gottesdienst erhielt durch zwei musikalische Einlagen ein besonders festliches Gepräge. Die Beratungen fanden am folgenden Tage ebenfalls in der deutschen Kirche statt. Anwesend waren die Pfarrer: Conrad (Bordeaux), Weber (Cannes), Eckstein (Lyon), v. Steiger (Marseille), Zinsser (Paris) und Kreusler (Paris). Drei Mitglieder der Konferenz waren am Erscheinen verhindert. Zur Beratung und Verhandlung standen besonders eine vom Deutschen Evangelischen Kirchenausschuß ausgegangene Anregung für die Sicherstellung und Erhaltung des kirchlichen Vermögens, sowie ein Antrag auf Gründung eines gemeinsamen Jahrbuchs oder Kalenders. Pfarrer Eckstein hielt einen Vortrag über „moderne Predigtweise“, welcher eine lebhaftete Aussprache hervorrief. Den Schluß der Tagung bildete eine Gemeindefeier, wobei die Pfarrer v. Steiger, Eckstein und Kreusler über ihre spezielle Gemeindearbeit berichteten. Für den Orgelbau der Hügkirche in Paris wurde eine Kollekte eingesammelt.

Am Reformationssonntag letzten Jahres fand die Einweihung des neu erbauten Deutsch-evangelischen Gemeindehauses der deutschen Christuskirche in Paris, 25 rue Blanche, statt, welche sich zu einer erhebenden, deutsch-evangelischen Glaubensleben stärkenden und patriotischen Feier gestaltete. Die Beteiligung seitens der in Paris lebenden deutsch-evangelischen Bevölkerung war außergewöhnlich stark. Am Vorabend des Reformationsfestes wurde das Fest durch einen Gottesdienst eingeleitet, in welchem der Vertreter des bayrischen Oberkonsistoriums, Oberkonsistorialrat D. Schmetzer, die Predigt hielt. Im Festgottesdienst am Vormittag des Reformationsfestes predigte vor einer zahlreichen Zuhörerschaft aus allen Kreisen und Ständen der Vertreter des Landeskonsistoriums Hannover, dem die deutsche evangelische Kirche in Paris angeschlossen ist, Konsistorialrat Lic. Köhler. Am Abend fand die eigentliche Einweihungsfeier statt, an welcher die deutschen Behörden in Paris, an der Spitze der deutsche Botschafter, teilnahm. Auch die Prinzessin Marie

von Sachsen-Meiningen, Herzogin zu Sachsen, war der Einladung gefolgt. Einen tiefen Eindruck machte die Festrede des deutschen Botschafters, welcher der Gemeinde zur Vollendung des schönen Hauses seine Glückwünsche aussprach und mit warmen Worten dem Gefühl der Dankbarkeit für die vom Kaiser dem Bau gewidmete hochherzige Spende Ausdruck verlieh. „Die Gemeinde“, sagte Freiherr v. Schoen, „wird ihren Dank am besten durch treues Festhalten am Vaterlandsgedanken, durch hingebungsvolle Betätigung der deutschen Vaterlandsliebe und unentwegtes Einstehen für Kaiser und Reich bekunden“. Der Botschafter schloß mit dem Versprechen, daß er und seine Nachfolger dieses Haus, wo deutsches Wesen gepflegt werden soll, stets in Schutz nehmen werden.

Ebenso gewaltig wirkten die Ansprachen des bayrischen Gesandten Baron Ritter von Grünstein und der Vertreter der genannten deutschen Kirchenregierungen. Das Gemeindehaus ist nach den Plänen des Konsistorialbaurats Geh. Baurat Professor Mohrmann-Hannover erbaut und trägt romanische Stilformen, wie sie vom 11.—13. Jahrhundert in allen christlichen Ländern Europas Anwendung fanden. Die Kosten des Baues belaufen sich auf 160 000 Fr. und sind zum größten Teil gedeckt. Außer den Kirchenregierungen Hannover und München leistete der deutsche Kaiser eine Beihilfe von 10 000 M. Das Gemeindehaus, das außer dem Gemeindesaal, der 250 Personen bequem faßt, auch Räume für die Jugendvereine und Wohnräume für zwei Geistliche enthält, stellt Gemeinde-, Vereins- und Pfarrhaus in einem Gebäude dar. Das Haus wird sicherlich zu einer weiteren erfreulichen und segensreichen Entwicklung des deutsch-evangelischen Lebens in Paris beitragen.

4. Belgien.

Die Belgische Missionskirche hat im November v. Js. ihr 75jähriges Jubiläum gefeiert. Die Belgische Evangelische Gesellschaft, aus welcher die Missionskirche hervorgegangen ist, begann einst ihre Arbeit mit einer Station. Aus diesem kleinen Anfang erwachsen, zählt die Missionskirche heute 43 Gemeinden mit etwa 100 Außenposten mit einer Seelenzahl von insgesamt mehr als 11 000, die fast alle, außer etwa 500, Belgier sind. Die Gemeinden verteilen sich auf 7 der 9 Provinzen des belgischen Landes. Im Dienst der Missionskirche stehen 36 Pastoren und Evangelisten und 13 Kolporteure. Etwa 12 000 Gottesdienste und Andachten werden in 78 Kirchen, gemieteten Sälen und zahlreichen kostenlos überlassenen Privathäusern im Jahre abgehalten; ferner bestehen 97 Sonntags- und Missionsschulen. Diese Gesamtarbeit wird dank der freiwilligen Mitarbeit von 152 Mitgliedern geleistet. Auf diese Weise konnte im letzten Jahre in mehr als 143 Ortschaften das Evangelium verkündigt werden; in 82 anderen Ort-

schaften wurde gelegentlich, so bei Begräbnissen, durch Andachten unter freiem Himmel, Missionsfahrten oder Vorträge Gottes Wort nahe gebracht. Die Mittel zu ihrem Bestand und ihrer Arbeit bestreitet die Belgische Missionskirche etwa zur Hälfte aus freiwilligen Gaben ihrer Gemeindeglieder selbst, was für diese ein großes Opfer bedeutet, da die meisten Mitglieder der Kirche den untersten Kreisen der Bevölkerung angehören. Die andere Hälfte der nötigen Gelder wird durch die werktätige Liebe der Glaubensgenossen in Deutschland, Holland, England, in der Schweiz und den Vereinigten Staaten aufgebracht. Staatliche Unterstützungen erhält sie in keiner Weise; ja sie lehnt solche grundsätzlich ab, um in ihrer Evangelisationsarbeit völlig unabhängig zu sein. Sie ist vom Staate nicht einmal als Verein anerkannt und kann nur durch Mittelsmänner ihre Kapellen bauen und besitzen. Der größte Erfolg der Belgischen Missionskirche ist nicht die Zahl der Gemeinden und Gemeindeglieder, die sie in den 75 Jahren ihres Bestehens gegründet bzw. gewonnen hat, sondern der segensreiche Einfluß, den sie durch die Verkündigung des Evangeliums, durch ihre sozialen Unternehmungen, ihre Versammlungen unter freiem Himmel, kurz durch ihre gesamte Tätigkeit auf breite Schichten der entkirchlichten und gottentfremdeten Bevölkerung ausgeübt hat und ausübt. Wie J. Rambaud in einem Vortrag auf der Jahresversammlung der Gesellschaft zur Ausbreitung des Evangeliums es ausgesprochen hat, ist ihre Losung nicht: Belgien zu protestantisieren, sondern zu evangelisieren.

Die Arbeit könnte und müßte noch bedeutend vergrößert werden, wenn die erforderlichen Mittel vorhanden wären. Großmütige Sondergaben im Jubiläumsjahr haben zwar die finanzielle Not etwas gemindert, aber doch nicht ganz beseitigt. Ein Defizit von 11 000 Fr. blieb ungedeckt. Die Ausgaben für das Rechnungsjahr 1913 belaufen sich auf etwa 220 000 Fr. Trotz aller Opferwilligkeit können die Mitglieder nicht mehr als 90 000 Fr. aufbringen. Der Rest muß demnach durch die freie Liebestätigkeit der evangelischen Glaubensgenossen aufgebracht werden.

Unter dem Titel: „Nach fünfundsiebenzigjähriger Arbeit“ ist neuerdings ein Buch erschienen, welches über den Entwicklungsgang und den Stand der Belgischen Missionskirche ein anschauliches Bild entwirft und von der Librairie Evangélique 129, Chaussée d'Ixelles, in Brüssel für 50 Pf. zu beziehen ist.

Außer der Belgischen Missionskirche besteht in Belgien noch die vom belgischen Staat anerkannte Belgische Nationalkirche, die Union des Eglises Protestantes de Belgique, welcher auch die deutschen evangelischen Gemeinden in Belgien angehören. Diese Kirche hat ein Evangelisationskomitee (Comité d'évangélisation), welches hauptsächlich im Süden des Landes unter den Bergarbeitern, und zwar insbesondere unter den Sozialisten tätig ist.

Mit der Belgischen Missionskirche hat die Union des Eglises und die mit dieser verbundenen deutschen evangelischen Gemeinden nichts zu tun. Das sei hiermit ausdrücklich festgestellt gegenüber den irreführenden Bemerkungen, die der Zentrumsabgeordnete Kuckhoff bei der Erörterung über die deutschen Schulen im Auslande im Deutschen Reichstag gemacht hat. Kuckhoff hat dabei ausgeführt:

„Ein ganz interessantes Beispiel kann ich Ihnen dafür anführen, daß man sich leider Gottes auf protestantischer Seite nicht von den Bestrebungen der Evangelisation fernhält, auch unter Ausnutzung der deutschen Schulen in katholischen Ländern. Ein Bericht in Schneiders Kirchlichem Jahrbuch von 1911 erzählt uns, daß die evangelische Mission, die evangelische Kirche in Belgien, in diesem Sinne tätig ist. Da wird von den Übertritten zu dieser Kirche berichtet und die Mittel werden angegeben. Unter anderm wird gesagt: „So stammt fast die Hälfte der Kinder, welche die Sonntagsschule besuchen, aus katholischen Familien oder solchen, die dem Protestantismus ganz fernstehen.“ Es ist auffallend, in welcher Weise dieser Gedanke sich breit macht. Ich habe viele derartige Beispiele.“

Diese Ausführungen des Abgeordneten Kuckhoff sind deshalb irreführend, weil durch sie der Eindruck hervorgerufen worden ist und wohl auch hervorgerufen werden sollte, als ob von seiten der evangelischen Kirche die deutschen evangelischen Schulen in Belgien zur Evangelisierung und Propaganda gegen die katholische Kirche ausgenützt würden. Das ist gänzlich unzutreffend. In dem Bericht des „Kirchlichen Jahrbuchs“ von 1911 haben wir ausdrücklich unter der „Belgischen Nationalkirche“ und der „Belgischen Missionskirche“ unterschieden. Der Abgeordnete Kuckhoff hat aber das, was er als Beispiel für die von protestantischer Seite gemachten Bestrebungen der Evangelisation „auch unter Ausnutzung der deutschen Schulen“ anführt, dem Bericht über die „Belgische Missionskirche“ entnommen, welche, wie gesagt, mit der Belgischen Nationalkirche, zu der auch die deutschen evangelischen Gemeinden gehören, und mit den deutschen Schulen erst recht, gar nichts zu tun hat.

5. Italien.

Nach der letzten Volkszählung gibt es in Italien 32 Millionen Katholiken, 66 000 Protestanten, 36 000 Juden, während mehrere Hunderttausend sich als konfessionslos und 36 000 als religionslos (letztere meist Sozialisten) bezeichnen. Hiervon sind etwa 20 000 Ausländer, 24 000 alte Waldenser, 12 000 zu den Waldensern übergetretene römische Katholiken, 10 000 andere Evangelische (Methodisten, Baptisten, Darbysten usw.).

Von dem bekannten Waldenserpfarrer Paolo Calvino in Lugano ist eine Schrift erschienen (Verlag von J. F. Seinkopf in Stuttgart),

welche einen anschaulichen Überblick über die Entwicklung und die erfolgreiche Arbeit der Waldenserkirche gibt. Eine beigefügte Karte illustriert den gegenwärtigen Stand der Arbeit. Während vor dem Jahre 1850 außerhalb des kleinen Winkels der Waldenserberge in Italien die evangelische Lehre nirgends vertreten war, zählte man bereits im Jahre 1859 dank der Arbeit der Waldenserkirche sieben Evangelisationsposten, und zwar in Pinerolo, Turin, Casale, Nizza, Courmayeur, Genua und Favale. Zehn Jahre später, also im Jahre 1869, waren auch die Hauptstädte von Toskana, Lombardei, Venetien und Sizilien sowie Neapel besetzt. Im September 1870 öffnete auch Rom der evangelischen Predigt seine Tore. Zurzeit bestehen in ganz Italien etwa 150 Evangelisationsgemeinden und Stationen. Die Zahl der vom Evangelisationskomitee Angestellten beträgt: 48 akademisch gebildete Prediger, 15 Evangelisten, 8 Lehrerevangelisten, 50 Lehrer und Lehrerinnen und 13 Bibelboten. Zählt man noch die Professoren der Theologie in Florenz und die Pfarrer in den alten Talgemeinden hinzu, so ergeben sich noch weitere 20 Kräfte, die im Dienste der Waldenserkirche stehen.

Auch außerhalb Italiens betreibt die Waldenserkirche ihr Evangelisationswerk. In Alexandrien und Kairo in Ägypten wurde vor vier Jahren von ihnen das Werk begonnen. In Alexandrien sind bereits 40 Mitglieder, 10 Aufnahmen, in Kairo 35 Mitglieder und 6 Aufnahmen zu verzeichnen. Die Mitglieder setzen sich fast ausschließlich aus geborenen Waldensern zusammen. In beiden Städten ist das Werk vielversprechend. Dank der Unterstützung von seiten eines edlen Wohltäters konnte das Komitee dort bisher einen Waldenserpfarrer und zwei Kolporteure unterhalten. Auch nach Asmara in Afrika hat die Waldenserkirche einen Evangelisten gesandt und gedenkt einen solchen auch nach Lybien zu senden, wo ein aussichtsreiches Arbeitsfeld vorhanden sein soll. Auch in den Vereinigten Staaten Nordamerikas betreibt die Waldenserkirche ein ausgedehntes Evangelisationswerk.

Über die deutschen evangelischen Gemeinden in Italien hoffen wir im nächsten Jahr ausführlicher berichten zu können.

6. Spanien.

Nach unserem vorjährigen Bericht sahen wir uns in unserer Hoffnung auf Gewährung völliger Religions- und Gewissensfreiheit für die Protestanten in Spanien getäuscht. Ein von 150 000 in Spanien lebenden Protestanten unterschriebenes Gesuch um Gewährung voller Gewissensfreiheit war an die Cortes gerichtet worden. Der Präsident der Cortes, dem eine hierzu gewählte Kommission dies Gesuch überreicht hatte, hatte auch verheißungsvolle Worte dabei geredet. Aber geschehen ist bis jetzt noch nichts. Man hört nicht einmal etwas von Vorarbeiten eines dies-

bezüglichen Gesetzes. Im Mai vorigen Jahres trat infolgedessen in Madrid eine stark besuchte Versammlung zusammen, um zu dieser wichtigen Angelegenheit Stellung zu nehmen und zu beraten, was nun weiter getan werden sollte.

Inzwischen hat der gegenwärtige Ministerpräsident Romanones ein neues kirchenpolitisches Reformprogramm gelegentlich entwickelt. Dasselbe verspricht zunächst Reformen hinsichtlich der Gehälter des römisch-katholischen Klerus, läßt aber auch die Hoffnung auf Gewährung von Gewissensfreiheit neu aufleben. Es heißt darin:

„Ich will die Kultusaufgaben eingeschränkt, oder besser gesagt, angemessener verteilt wissen. Die Gehälter der Bischöfe und Domherren gleichen in der Höhe denen der Minister, und sie sollen beschnitten, dagegen die des niederen Klerus aufgebessert werden. Ist es nicht schändlich, daß das Gehalt eines Pfarrers noch immer wie im Mittelalter, als das Leben im Vergleich mit heute billig war, 600 Pesetas beträgt, weniger als der Lohn des untersten Arbeiters? Auch die Frage der Klostergenossenschaften muß endgültig geregelt werden. Das weitere Anwachsen dieser Genossenschaften darf unter keinen Umständen gelitten werden, und ihre Mitglieder müssen sich dem allgemeinen Gesetze fügen. Das von mir ausgearbeitete Vereinsgesetz wird kurz nach Wiedereröffnung der Cortes eingebracht, und ich erwarte zuversichtlich, daß es glatt durchgehen wird. Meine feste Absicht ist es ebenfalls, die Gewissensfreiheit in Spanien in vollem Umfang einzuführen und sicherzustellen. Der Artikel 11 der Verfassung, der die Gewissensfreiheit gewährleisten soll, darf keine zweideutige Auslegung mehr zulassen. Andersgläubige Heeresangehörige dürfen nicht mehr, wie das bisher der Fall war, gezwungen werden, an den katholischen Kultübungen teilzunehmen. Ich beabsichtige ein weiteres Dekret, kraft dessen Kinder der staatlichen Primärschulen, die andersgläubig sind, oder deren Eltern oder Vormünder dies ausdrücklich verlangen, von der Teilnahme am katholischen Religionsunterricht entbunden werden müssen.“

Das Deutsche Evangelisationswerk schreitet vorwärts. In den „Blättern aus Spanien“, Nr. 118—120, befindet sich eine Karte mit den „Centros evangélicos“, d. i. den evangelischen Stationen und Predigtstätten, welche ein anschauliches Bild gibt über den gegenwärtigen äußeren Stand evangelischen Lebens in Spanien. Außer den von dem Deutschen Evangelisationswerk unterhaltenen Stationen kommen hier namentlich auch in Betracht die Missionen des American Board, der irländischen Presbyterianer, der Schotten, der Holländer, der Schweizer, welche sämtlich mit dem deutschen Werk die Iglesia Evangelica Española, die spanische evangelische Kirche bilden. Dazu kommen noch die Stationen der Anglikaner, der Darbysten und der Methodisten und einige Baptistengemeinden, welche sich der gemeinsamen Organisation zwar nicht angegliedert haben, aber friedlich neben ihr arbeiten.

Aus den Jahresberichten entnehmen wir über die einzelnen Gemeinden und Gemeindlein folgendes:

Camuñas. Es ist dies der älteste Außenposten des Deutschen Evangelisationswerkes, welches dort ein Haus besitzt, das Kapelle, Schule und Lehrerwohnung in sich vereinigt. Die Schule zählt 30 Schüler, eine Abendschule deren 12. In dem Bericht heißt es: „Wenn wir hier eine intelligente, tätige Lehrerin hätten, mit großer Liebe zum Unterrichten, so würden wir sehr bald eine Kindergemeinde von mehr als hundert Kindern bilden, und wenn wir an die Spitze dieser Gemeinde einen geeigneten Pastor setzen könnten, voll Eifer und Liebe zu den Seelen, so würden wir vielleicht eine Kirche bilden, die der Leuchtturm und die Oase in dieser weitausgedehnten Mancha sein würde, trotz des großen Feindes, der Gleichgültigkeit heißt.“

Granada. Ein Lehrer und Evangelist ist hier und zugleich in den Dörfern Asquerosa und Escoznar tätig. Die Gottesdienste sind gut besucht. Die evangelische Schule zählt 89 Schüler, eine große Zahl, wenn man bedenkt, daß im Nebenhaus eine städtische Schule ist, und daß es viele Freischulen gibt, wo die Kinder außer dem kostenlosen Unterricht noch Kleidung und Essen erhalten.

Escoznar. Hier befindet sich eine evangelische Schule, in welcher wöchentliche Gottesdienste, und zwar vier an der Zahl, stattfinden, welche durchschnittlich 50—60 Besucher zählen. Die Zahl der eingetragenen Schüler beträgt: 40 Knaben und 20 Mädchen, die der Sonntagsschule: 30 Knaben und 15 Mädchen.

Besullo. Die Arbeit der evangelischen Schule ist hier nach dem Bericht etwas erschwert. Die Schüler stammen meist aus den umliegenden Dörfern oder von den evangelischen Familien. Aus Besullo, das bisher die meisten Mitarbeiter für die Evangelisation geliefert hat, stammt auch Pastor Cándido Rodríguez in Ibahernando.

Ibahernando. Die Seelenzahl der Gemeinde beträgt 59 abendmahlsberechtigte Mitglieder. An den Gottesdiensten nehmen durchschnittlich 60 Personen teil. Die Zahl der Schüler der Tagesschule beträgt 59. Es besteht in der Gemeinde ein Frauenverein zur Unterstützung von Armen und ein Sparverein, verbunden mit einer Konsumgenossenschaft, der vom Pfarrer der Gemeinde gegründet ist, um dem Wucher entgegenzuarbeiten. Ibahernando hat sich zu einem Missionszentrum für ganz Extremadura entwickelt. Von hier aus ist evangelisches Leben auch in Miajadas und Santa Amalia geweckt worden. Zwei neue Stationen sind an den genannten Orten in Angriff genommen worden.

Über die Gemeinde in Valladolid lag kein Jahresbericht vor. Der Pfarrer der Gemeinde ist Pastor Emilio Martinez, der populärste Schriftsteller in Spanien, dessen „Pepa y la Virgen“ (Josephine und die Jungfrau) noch immer viel gekauft wird. --

In der Gemeinde Gijon finden wöchentlich drei Gottesdienste statt. Tagesschule und Sonntagsschule weisen eine befriedigende Schülerzahl auf.

In Utrera, wo das evangelische Gemeindeleben schon verschiedene Stadien durchgemacht hat, regt sich neuerdings neues Leben. — In Sevilla entwickelt sich das evangelische Gemeindeleben trotz mancherlei Schwierigkeiten recht erfreulich. Im letzten Jahr fand ein starker Wechsel in der Gemeinde statt. Verschiedene Familien verließen die Gemeinde, aber an ihre Stelle traten auch wieder neue Mitglieder. Die Gemeinde hat drei Tagesschulen, und zwar eine Knaben-, Mädchen- und Kleinkinderschule, deren Gesamtschülerzahl über 300 beträgt. — In Escorial barg das Waisenhaus im letzten Jahr 9 Zöglinge, von denen die drei größten nach Madrid kamen, um im Gymnasium El Porvenir weiter zu studieren; die Lücken wurden durch die Aufnahme von drei anderen Kindern ausgefüllt. Die Tagesschule wird außer 9 Internen von 17 Kindern aus dem Dorf, also von zusammen 26 Schülern besucht. Eine zahlenmäßige Statistik gibt folgendes Bild:

	Madrid	Camuñas	Granada	Escorial	Asquerosa	Besullo	Ibáñero	Miajadas	Sta. Amalia	Valladolid	Gijon	Utrera	Sevilla	Escorial	Zusammen
Kommunikanten	69	2	8	4	1	17	60	2	29	11	21	8	35	4	270
Angegliedert . .	40	30	7	40	25	20	30	—	17	30	30	13	25	10	317
Taufen	4	—	—	—	—	4	6	1	3	—	—	—	3	1	22
Katechumenen .	4	—	—	—	—	—	10	—	5	4	—	—	15	—	38
Sonntagsschulen	3	1	—	—	—	1	1	1	1	1	—	1	1	1	12
Schüler	161	20	—	—	—	20	30	40	61	31	—	55	300	20	738
Tagesschulen . .	5	1	1	1	—	1	1	1	1	1	1	2	3	1	20
Schüler	526	30	91	60	—	30	40	25	53	25	41	65	337	20	1343

Im August vorigen Jahres wurde dem Werk ein Legat von 106 325 Fr. zuteil, das Fürst Michael Lieven auf Pelzen in Kurland ihm in hochherziger Weise vermachte. Das war eine bedeutende Hilfe in grade vorhandener Not. Die Summe hat eben hingereicht, um das Werk von drückenden Schulden zu befreien. Die Ausgaben sind neuerdings noch durch Übernahme neuer Aufgaben gewachsen. Die Stationen Utrera und Miajadas mußten vom Werk übernommen werden, da sie sonst nicht hätten bestehen können.

In der deutschen evangelischen Gemeinde zu Barcelona hat sich die Zahl der beitragenden Gemeindeglieder nicht ganz auf der Höhe des Vorjahres erhalten. In Barcelona selbst und den Außenbezirken gehören 161 als zahlende Mitglieder der Gemeinde an, gegen 170 im Vorjahr. Durch regelmäßige Beiträge dieser Mitglieder wurden insgesamt 5254 Pesetas aufgebracht. Die Zahl der Gemeindeglieder würde bedeutend höher sein, wenn die

evangelischen deutschen Landsleute, besonders junge Kaufleute, die in größerer Zahl, um die Landessprache zu erlernen, sich dort vorübergehend aufhalten, und Erzieherinnen, welche in spanischen Familien tätig sind, Anschluß an die Gemeinde suchen würden. Und gerade ihnen könnte, wie der Jahresbericht von 1912 mit Recht hervorhebt, der Anschluß an die Gemeinde besonders wertvoll sein. In Valencia und in San Feliu de Guixols wurden von Barcelona aus mehrmals Amtshandlungen vollzogen und Gottesdienste gehalten und, soweit als möglich, die Fühlung mit diesen entfernt liegenden Filialen aufrechterhalten. An Amtshandlungen fanden im Jahr 1912 statt: 15 Taufen; konfirmiert wurden 11 Kinder, 4 Paare wurden getraut, 11 Personen kirchlich beerdigt. Die Trennung der deutschen Schule von der Kirche und Gemeinde ist im letzten Jahre, nachdem schon früher infolge Änderung der Satzungen des Schulvereins der Pfarrer nicht mehr statutengemäß ständiges Mitglied des Schulvorstandes war, durch Anstellung eines besonderen Elementarlehrers für die Erteilung des gesamten evangelischen Religionsunterrichts von Sexta bis Sekunda, welche bisher dem Pfarrer oblag, völlig durchgeführt. Der Konfirmandenunterricht, der bisher nur halbjährig war, soll von nun an versuchsweise ein Jahr lang erteilt werden.

7. Balkan.

Der Krieg auf dem Balkan ist auch auf das kirchliche Leben nicht ohne Einfluß geblieben. An Nachrichten aus den an dem Kriege beteiligten Ländern fehlt es uns völlig.

In Rumänien konnte die deutsche evangelische Gemeinde zu Bukarest am 15. Dezember vorigen Jahres ihre nach dem Brand von 1911 neu entstandene Kirche einweihen und wieder in Gebrauch nehmen. Der Feier wohnte die Königin von Rumänien sowie mehrere rumänische Minister bei. Die Einweihung vollzog Geheimer Konsistorialrat Hofprediger Kritzinger aus Berlin. — Die deutsche evangelische Gemeinde in Constanza plant den Bau eines Pfarrhauses und Konfirmandenheimes in Cubadin. In Ploesti soll eine neue Kirche gebaut werden, wozu der Frauenverein bereits 9000 Lei gesammelt hat. Die Gemeinde in Campinas will ein Haus für gefährdete und verwahrloste Kinder gründen: 8000 Lei sind dafür bereits vorhanden.

Auf der Synode der deutschen evangelischen Gemeinden an der unteren Donau, welche am 2. Mai vorigen Jahres in Bukarest stattfand, war u. a. Gegenstand der Beratungen: „Die kirchliche Jugendpflege in unseren Gemeinden“. Diese Frage ist im Ausland fast noch brennender als in der Heimat, weil dort der ganze Bestand der Gemeinden von dem kommenden Geschlecht abhängt.

Die deutsche evangelische Gemeinde zu Konstantinopel feierte Ende des Jahres 1911 das Fest ihres

50jährigen Bestehens. Gelegentlich dieser Feier wurde das völlig erneuerte Gotteshaus eingeweiht und wieder in Gebrauch genommen.

8. Palästina.

Das Werk des Jerusalemvereins, der seit Jahren in Palästina eine schwere, aber erfolgreiche Arbeit zur Christianisierung und kulturellen Hebung der Araber treibt, hat auch im letzten Jahr, trotz der Unruhen und den Wirren des italienisch-türkischen und dann des Balkankrieges seinen ruhigen und gesegneten Fortgang genommen. Neben der Evangelisationsarbeit widmet er sich besonders der Erziehung und Bildung der arabischen Jugend.

Es werden vom Jerusalemverein folgende Stationen bezw. Werke unterhalten:

Jerusalem: Prediger: Farhud Kurban. Tagesschule für Knaben und Mädchen. Kleinkinderschule für Knaben und Mädchen. Abhaltung von arabischen Gottesdiensten in der Muristankapelle. Seelsorgerische Tätigkeit an den arabischen Kranken im Kaiserswerther Diakonissen-Hospital. Erteilung von Religionsstunden in der Kaiserswerther Mädchenerziehungsanstalt Talitha - Kumi. Vollzug der Amtshandlungen und 14tägiger Predigt-Gottesdienst im Aussätzigenhaus Jesushilfe.

Bethlehem: Evangelische arabische Gemeinde. Pfarrer Bayer, Hilfsprediger Said Abbud. Arabische Knabenschule. Arabische Mädchenschule. Armenisches Waisenhaus. Kleinkinderschule (Schwester). Gemeindegemeinschaft (Schwester).

Beit-Djala: Evangelische arabische Gemeinde. Hilfsprediger Iskander Haddad. Arabische Knabenschule. Arabische Mädchenschule. Kleinkinderschule.

Hebron: Evangelist Elias Tabri. Arabische Knabenschule.

Beit-Sahour: Evangelische arabische Gemeinde. Evangelist Atallah Isa. Arabische Knabenschule. Arabische Mädchenschule.

Haifa: Deutsch-evangelische Gemeinde. Pfarrer Moderow. Deutsch-evangelische Schule. Filiale: Umm el Amed (vierwöchentlicher Gottesdienst). Gemeindegemeinschaft (Schwester).

Jaffa-Saron: Deutsch-evangelische Gemeinde. Pfarrer von Rabenau. Deutsch-evangelische Schule.

Die Tagesschulen für Knaben und Mädchen in Bethlehem, Beit-Djala, Beit-Sahour und die Schule in Hebron erfreuen sich fortgesetzt eines guten Besuchs. In Jerusalem besitzt der Verein seit einigen Jahren einen zweiten Mittelpunkt seiner missionarischen Arbeit, deren Leitung der Pfarrer, von dem Jerusalemverein völlig unabhängigen deutschen evangelischen Gemeinde, Propst Dr. Jeremias in die Hand genommen hat. Die Arbeit zerfällt in eine pastorale und unterrichtliche. So oft die Glocken der Erlöserkirche die

deutsche evangelische Gemeinde zum Gottesdienst rufen, versammelt sich um dieselbe Zeit die kleine arabische evangelische Gemeinde in der benachbarten Muristankapelle. Die Glieder der arabischen Gemeinde, ehemalige Zöglinge der evangelischen Anstalten, wohnen zerstreut durch die ganze Stadt. Der arabische Prediger Fahrhud sammelt sie und geht ihnen nach. Außerdem liegt ihm die Erteilung des Religionsunterrichts im Lehrerinnenseminar von Talitha-Kumi und die seelsorgerliche Bedienung des Diakonissenhospitals und der Aussätzigenanstalt von Jesushilfe ob. Die Muristanschule in Jerusalem, an welcher vier arabische Lehrkräfte tätig sind, erfreut sich eines sehr guten Besuches. Die Schülerzahl betrug im letzten Jahr 290. Die Vergrößerung der Schule ist ein unabwiesbares Bedürfnis. Die Hoffnung des Vereins, dieselbe ausführen und damit auch den längst beabsichtigten Bau eines Prediger- und Lehrerwohnhauses verbinden zu können, ist bisher an der Schwierigkeit örtlicher Verhältnisse gescheitert. Der Verein hofft aber, daß ihn die nächste Zeit zum ersehnten Ziele führen wird. Wenn nur die erforderlichen Mittel da wären. Wir geben hiermit gern den Wunsch, welchen der Schriftführer des Vereins, Pfarrer Ulich in Wustrau, in dem am 60. Jahresfest des Vereins erstatteten Jahresbericht für 1912 ausgesprochen hat, weiter: „Wiederholt sei der Wunsch des vorjährigen Berichts: Wenn uns doch ein Freund der Heiligen Stadt in Liebe zum Herrn eine größere Summe schenkte, damit wir die geplanten Muristanbauten, die bedeutende Mittel erfordern werden, ohne Sorge und Not durchführen können! Wir dürfen von diesen Bauten eine sehr wesentliche Förderung unserer Missionsarbeit in Jerusalem erhoffen!“

Neben seiner Hauptarbeit nimmt sich der Verein insbesondere der deutschen Landsleute in den deutschen Kolonisationsgemeinden Haifa und Jaffa an. Die beiden deutschen Gemeinden in Haifa und Jaffa unterstehen seiner Obhut. Die Mitglieder der Gemeinden geben, wie es im Jahresbericht von 1912 heißt, als deutsche Ackerbauer mit ihrem Fleiß und ihrer Zuverlässigkeit in Handel und Wandel dem trägen und lügnerischen Araber ein gutes Vorbild; als evangelische Christen bewahrt besonders die ältere Generation treulich das Vätererbe eines bibelfesten Glaubens. Den Geistlichen der Gemeinden ist es eine wichtige Aufgabe, auch den Nachwuchs in denselben Bahnen christlicher Glaubenstreue zu erhalten. Während eines längeren Heimaturlaubes des Geistlichen der Gemeinde in Haifa, Pfarrer Moderow, haben zum Teil die Ältesten der Gemeinde die Gottesdienste gehalten. Wir können uns nur dem Wunsch des Jahresberichtes der Gemeinde in Haifa anschließen: „Gott gebe uns, daß wir noch lange Zeit Persönlichkeiten in unserer Gemeinde haben, die ihr auch selbst einmal mit dem Worte dienen können.“

Die von Haifa abgezweigte Kolonie Umm el Amed ist in frühlichem Aufblühen begriffen, stellt aber deshalb den Verein

auch vor neue große Aufgaben. Es muß dort ein Raum für Kirchen- und Schulzwecke errichtet, sowie die Anstellung einer Lehrkraft in Aussicht genommen werden. — In der Gemeinde zu Jaffa hat ein Pfarrerverwechsel stattgefunden. Pastor Zeller ist nach sechsjähriger Tätigkeit an der Gemeinde in seine württembergische Heimat zurückgekehrt; an seine Stelle ist Pfarrer von Rabenau aus Finsterwalde in der Niederlausitz getreten. — Die deutsche Kolonie in Jaffa plant den Bau eines deutschen Krankenhauses, dem die Kaiserswerther Diakonissenanstalt die dienenden Schwestern stellen will. Ein zu diesem Zweck erlassener Aufruf hat folgenden Wortlaut:

„Die deutsche Kolonie in und bei Jaffa, der Hafenstadt Palästinas, plant den Bau eines Krankenhauses, das nicht nur der Krankheitsnot unter den deutschen Kolonisten Linderung schaffen, sondern auch den Leidenden aller Nationen und Bekenntnisse offen stehen soll. Das Unternehmen ist berufen, ein nationales Ziel mit den Aufgaben werktätiger christlicher Liebe zu vereinen.

Die Kolonisten, einschließlich Frauen und Kinder 800 an der Zahl und zumeist in bescheidenen Verhältnissen lebend, haben durch eigene Zeichnungen und Zuwendungen von Gönnern und Freunden bisher die Summe von 10000 M. aufgebracht. Die Diakonissenanstalt Kaiserswerth ist dem Plane sehr geneigt und wird voraussichtlich später die Leitung des Hospitals übernehmen. Ein geeignetes Grundstück konnte schon durch das Entgegenkommen der Deutschen Palästina-Bank, die die fehlenden Gelder einstweilen vorschöß, erworben werden. Die Gesamtkosten des Hospitals, das zunächst mit 24 Betten geplant ist, sind auf 120 000 M. veranschlagt.

Zur Aufbringung dieser Summe bedürfen wir der Hilfe aus der Heimat.

Unsere Bitte um Beiträge richtet sich in erster Linie an diejenigen, die das Heilige Land jemals bereist und dort die allerorten herrschende Krankheitsnot mit eigenen Augen gesehen, aber auch beobachtet haben, wie wacker ihre dortigen Landsleute in ihren schmucken Ansiedlungen inmitten der orientalischen Umgebung ihre deutsche Eigenart bewahrt haben.

Unsere Bitte geht ferner an die Kreise, die offene Herzen und Hände für werktätige christliche Liebe haben, und endlich an alle, denen die Ehre des deutschen Namens und das Wohlergehen der deutschen Landsleute im Auslande am Herzen liegt.“

Die Sammlungen sind so weit gediehen, daß der Kaufpreis für das Grundstück gesichert ist.

Die Arbeiten des „Syrischen Waisenhauses“ nahmen ebenfalls trotz der Kriegswirren ihren gewohnten und geordneten Verlauf. In Schule und Werkstatt ist von Lehrern und Schülern fleißig weitergearbeitet worden. Im letzten Jahr konnten 34 Konfirmanden eingeseget werden. Der in Nazareth in Aussicht ge-

nommene Anstaltsbau konnte noch nicht in Angriff genommen werden, weil der richtige Firman dafür von Konstantinopel aus, wo man seine Revision beantragt hatte, noch nicht erfolgt ist. Der Grundstein ist bereits im Jahre 1910 auf dem damals angekauften Land feierlich gelegt worden. Der früher in Nazareth tätige Missionar Huber aus Württemberg hatte letztwillig bestimmt, daß das ihm gehörige Grundstück nach seinem Tode, wenn irgend möglich, an eine deutsche evangelische Missionsgesellschaft, wenn auch zu billigem Preise, überlassen werden sollte. Nach seinem Tode wurde das Grundstück dem Vorstand des Syrischen Waisenhauses angetragen. Aus Mangel an Mitteln lehnte jedoch der Vorstand dies Anerbieten ab. Erst später, als von deutsch-amerikanischen Glaubensgenossen, besonders von der Deutschen Evangelischen Synode von Nordamerika, der bereits aufgegebene Plan tatkräftig, auch durch Darbietung der Ankaufssumme von 35 000 Fr. unterstützt und auch durch Sammlungen aus Deutschland, der Schweiz und Rußland eine Bausumme von über 80 000 Fr. zusammengekommen war, entschloß man sich, nach Erwerb des Grundstückes auf demselben eine Zufluchts- und Bildungsstätte für die Knaben zu begründen. Das Haus, welches den Namen „Galiläisches Waisenhaus in Nazareth“ tragen wird, soll nach den vom Regierungsbaumeister Fabricius in Köln hergestellten Plänen erbaut werden. Wir schließen uns dem Wunsche, welcher am Schluß der Grundsteinlegungsurkunde ausgesprochen ist, an: „Gott, der Allmächtige, welcher Großes an unserem Syrischen Waisenhaus in Jerusalem getan hat, wolle das Werk unserer Hände segnen und geben, daß sich unser Missionswerk, das vor 50 Jahren klein und unscheinbar auf den Höhen Jerusalems begonnen worden ist, auch hier in Galiläa in Glaubenstreue, Friede und Liebe zum Segen der Stadt Nazareth und des ganzen umliegenden Landes erbaue auf dem Grunde, den einst Gottes wunderbare Vorsehung in diesem kleinen Städtchen still und unscheinbar der ganzen Welt zum Heil hat erwachsen lassen, der da heißt: Jesus Christus, gestern und heute und derselbe auch in Ewigkeit.“

9. Südamerika.

Brasilien ist von allen Diasporagebieten des Auslandes das umfangreichste und bedeutendste. Da die Aufgaben, welche insbesondere der altpreußischen Landeskirche dort obliegen, in den letzten Jahren eine solche Ausdehnung gewonnen haben, daß ihre unmittelbare Erledigung von einer Zentrale nicht mehr gut durchführbar schien, hat der Evangelische Oberkirchenrat in Berlin, entsprechend auch wiederholten Bitten aus den Reihen der Geistlichen Brasiliens, im Jahre 1911 einen ständigen Vertreter für Brasilien mit dem Amtssitze in Porto Allegre (Rio Grande do Sul) bestellt, und zwar den früheren Generalsekretär der Gustav-

Adolf-Stiftung, Lic. Braunschweig, welchem gleichzeitig der Charakter als Propst verliehen worden ist. Derselbe ist auch für die Dauer seines Amtes mit der Vertretung der Interessen des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses in Brasilien betraut und ihm der Auftrag erteilt worden, den Kirchenausschuß bei der Wahrnehmung des gemeinsamen Interesses der Deutschen evangelischen Landeskirchen in der Förderung kirchlicher Einrichtungen für die evangelischen Deutschen in Brasilien, sowie in der Seelsorge der dortigen deutschen Auswanderer und Seeleute nach Kräften zu unterstützen.

Die Rio Grandenser Synode feierte ihr 25jähriges Bestehen zugleich mit der Einweihung der neu erbauten Kirche in St. Leopoldo, wobei 37 Gemeinden durch 42 Geistliche und 29 Laien vertreten waren. Im letzten Jahre traten 6 weitere Gemeinden der Synode bei, so daß sie jetzt 59 Geistliche umfaßt, von denen 52 im Pfarrdienst stehen und in 155 Einzelgemeinden rund 69 000 Seelen bedienen.

Die „Evangelische Gesellschaft für die protestantischen Deutschen in Amerika“ hat im verflossenen Jahre ihr 75jähriges Jubiläum gefeiert. Auf die Festschrift mit dem Titel: „75 Jahre deutsch-evangelischer Diasporaarbeit in Nord- und Südamerika“, von dem Geschäftsführer der Gesellschaft, Pastor Dedekind in Elberfeld, haben wir im vorigen Jahre schon empfehlend hingewiesen. Sie bietet einen übersichtlichen Blick über die überaus schwierige und aufopferungsvolle, aber auch erfolgreiche Arbeit der Gesellschaft innerhalb der 75 Jahre ihres Bestehens. Zu einer Zeit, als man sich in Deutschland noch wenig oder gar nicht um die Deutschen im Auslande kümmerte, hat sie sich zunächst der deutschen Protestanten in Nordamerika und dann immer mehr der Volksgenossen in Brasilien und Chile angenommen. Dank ihrer Arbeit sind über 200 Kirchengemeinden und über 400 Schulen in Brasilien und Chile ins Leben gerufen worden, in denen deutsches evangelisches Glaubensleben gepflegt wird.

Die Gesellschaft macht es sich neuerdings auch zu einer besonderen Aufgabe, die deutschen evangelischen Gemeinden in Brasilien mit tüchtigen Lehrern zu versorgen. Da es auf die Dauer unmöglich ist, den evangelischen Deutschen in Südamerika aus Deutschland immer die erforderlichen Arbeiter für Kirche und Schule zuzuführen, muß dafür Sorge getragen werden, daß die geistigen Arbeiter und Führer auf dem Gebiet der Kirche und Schule aus ihren eigenen Reihen erstehen. Nur auf diese Weise werden die Gemeinden zur Selbständigkeit gelangen. Um dieses Ziel zu erreichen, muß bei der Schule begonnen werden. Den Anfang hat die Gesellschaft mit der Gründung eines Lehrerseminars in Santa Cruz, im Mittelpunkte der deutschen Kolonien Brasiliens, gemacht; dort sollen zunächst tüchtige Lehrer in Brasilien herangebildet werden. Die Anstalt besteht seit zwei

Jahren, hat tüchtige Lehrkräfte und zählt gegenwärtig 9 Zöglinge. Es steht zu hoffen, daß aus ihr in absehbarer Zeit auch Zöglinge für das Predigerseminar in Soest hervorgehen werden. Die Anstalt bedarf aber notwendig eines eigenen Heims, in welchem unter Aufsicht des Seminarleiters die Zöglinge wohnen und unterrichtet werden. Die Gesellschaft hat den Bau eines solchen Heims, der 25—30 000 M. erfordert, sich zur Jubiläumsaufgabe gemacht und an alle Freunde ihrer Arbeit die Bitte gerichtet, außer ihren jährlichen Beiträgen eine besondere Jubiläumsgabe für den Bau des Lehrerseminars in Santa Cruz darzureichen.

In Rio Grande do Sul sind innerhalb eines Vierteljahres drei stattliche neue deutsche evangelische Kirchen eingeweiht worden, und zwar am 15. November 1911 die „Christuskirche“ in Sao Leopoldo, am 3. Dezember die „Michaeliskapelle“ in Rio Grande und am 28. Januar 1912 die „Christuskirche“ in Venancio Ayres. — Die deutsche evangelische Gemeinde der Mühlenpikade, welche seit Januar 1908, nachdem sich die in der Mühlenpikade und Sao Joao der Reverva vorhandenen zwei Schulgemeinden zur Kirchengemeinde zusammengeschlossen hatten, besteht und seitdem zur Rio Grandenser Synode gehört, hat sich äußerlich gut entwickelt. Im Juli 1911 wurde der Glockenturm, welcher an die Kirche angebaut wurde, eingeweiht. Die Gemeinde zählt 50 Mitglieder mit 310 Seelen. Im nordwestlichen Gebiet der Rio Grandenser Synode ist außer den Pfarreien Ijuhy, Neu-württemberg, General Osorio und Kronental eine weit ausgedehnte Diaspora mit den drei Mittel- bzw. Stützpunkten: Guarany im Munizip Panto Angelo (Missoes), Erechim im Munizip Passo Fundo und Sobradinho im Munizip Soledade. Für diese drei großen, weit voneinander getrennten Gebiete reichen die vorhandenen geistlichen Kräfte nicht aus. Außer einigen Lehrern wäre mindestens noch eine kirchliche Arbeitskraft erforderlich.

Im Juni vorigen Jahres verhandelte der Vorstand der Rio Grandenser Synode in Santa Cruz unter dem Vorsitz des Propst Lic. Braunschweig über wichtige synodale Fragen: Lehrerseminar, Sicherung des Gemeindebesitzums, Schutz vor unberechtigten Sammlungen von Liebesgaben usw.

Die Generalversammlung des Deutschen Evangel. Lehrervereins von Rio Grande do Sul fand am 3. und 4. Januar vorigen Jahres in Sta Maria do Munde Norio statt. Der Vorsitzende, Lehrer Hennig aus Neu-Hamburg, erstattete einen Jahresbericht. Gegenstand der Beratungen waren vor allem die Satzungen der zu gründenden Pensionskasse nebst Witwen- und Waisenversorgung, sowie die Verbesserung der Vereinsfibel. Der Entwurf eines Lehrplans für die Rio Grandenser Schulen konnte nicht beraten werden, weil die Referenten durch Hochwasser am Erscheinen verhindert waren.

Die La-Plata-Synode tagte im letzten Jahre in Buenos

Aires. Es nahmen 11 Geistliche sowie der deutsche Gesandte, Generalkonsul und Vizekonsul an derselben teil. Zur Synode gehören 15 Gemeinden und 2 Reisebezirke. Pfarrer Richter aus Nueva Helvetia referierte über „Die Bedeutung und Erhaltung der Muttersprache in unseren Gemeinden“, Pfarrer Nelke aus Montevideo über „Das Unwesen der arbeitslosen, herumziehenden Landsleute und seine Bekämpfung“.

Die mittelbrasilianische Pfarrerkonferenz hatte auf ihrer Tagung in Petropolis die Gründung einer Synode für die Provinzen Rio de Janeiro, Sao Paulo, Espirito Santo und Minas Geraes beschlossen. Am 28. bis 30. Juni vorigen Jahres hat die Deutsche Evangelische Synode von Mittelbrasilien bereits zum ersten Male in Rio de Janeiro getagt. Die Gemeinden der Synode überreichten bei dieser Gelegenheit der „Evangelischen Gesellschaft für die protestantischen Deutschen in Amerika“ eine Jubiläumsgabe von insgesamt 722,35 M. Außerdem hatte schon die Gemeinde Rio Claro 322,45 M. direkt nach Barmen gesandt.

Die Chile-Synode tagte vom 7. bis 9. Januar vorigen Jahres in Valdivia. Es waren 17 Pfarrer und Vertreter anwesend. Gegenstand der Verhandlungen waren besonders Verbesserung der Satzungen, Schaffung einer Geschäftsordnung, Fürsorge für das Gemeindeblatt. In Zukunft soll bei jeder Synodalversammlung auch ein Kindergottesdienst abgehalten werden. Die nächste Tagung soll in La Union stattfinden. Die Gemeinden der Chile Synode haben sich einen Lichtbilderapparat angeschafft, welcher bei Veranstaltung von Gemeindeabenden Verwendung finden soll.

10. Evangelische Kurgottesdienste im Auslande.

Von dem „Verein für Einrichtung deutsch-evangel. Gottesdienste in den Kurorten“ (Vorsitzender Herr M. W. Bernus in Frankfurt a. M.) ist der 14. Jahresbericht erschienen, welcher Mitteilungen enthält über die Tätigkeit der vom Verein entsandten Prediger an der Riviera, in Capri, am Garda- und Comersee, in Deutschland, in Holland und Belgien, und einleitend einige Mitteilungen über die Entwicklung des Vereinswerks während des 25jährigen Zeitraums seit der Gründung des Vereins: Die Gottesdienste, welche der Verein z. B. an den nachstehend verzeichneten Orten unterhält, finden während der Kurzeit der betr. Orte statt. So während der Wintermonate in Bordighera (deutsche Kapelle), Ospedaletti (Wohnung des Geistlichen im Hotel de la Reine), Pegli (Hotel de la Méditerranée), Nervi (deutsche Kapelle, Wohnung des Geistlichen im Hotel Eden), Capri (deutsche Kapelle), Gardone-Riviera (deutsche Kapelle, Wohnung des Geistlichen im Grand-Hotel); im Frühjahr in Bellagio (Grand-Hotel). Ferner während der Sommermonate in Baden-Baden (Spitalkirche, Gerns-

bacher-Straße), Kurhaus Plättig im Schwarzwald, und Ostseebad Dahme in Holstein; in Zandvoort (holländische Kirche) und Katwijk (Gemeindesaal) in Holland, und in Belgien in Blankenberghe (Hotel de Ville), Ostende (Kapelle in der Rue Longue und Knocke sur Mer, Ausstellungssal der Compagnie „Le Zoute“). Anfragen und Wünsche sind an den oben genannten Schriftführer des Vereins zu richten, Gaben zur Unterstützung des Werkes nimmt der Schatzmeister, Herr C. de Neufville, Barckhaus-Straße 4, Frankfurt a. M., entgegen.

Die Stationen des „Schweizerischen Vereins für evangelischen Gottesdienst in Kurorten“ sind wie bisher dieselben geblieben, nämlich: Engelberg, Axenstein, Seelisberg, Rigi-First, Rigi-Scheidegg, Rigi-Klösterli, Schoeneck, Ragaz-Pfäfers, St. Moritz-Bad, Tarasp, Gießbach, Mürren, Flüehli-Ranft. Auf diesen 13 Stationen wurden nach dem letzten Jahresbericht im Sommer 138 Morgengottesdienste und 37 Nebengottesdienste gehalten. Es teilten sich 41 teils schweizerische, teils deutsche Pfarrer in diese Arbeit. Der Bericht schließt mit den Worten: „Wir sind ihnen dankbar, daß sie willig ihre Ferien zum Zweck der Verkündigung des Evangeliums auf den Bergen hingegeben haben, und freuen uns, aus ihren Berichten zu hören, daß sie selber eine leibliche Erholung und geistliche Stärkung dabei gefunden haben.“ Ein Schweizer Pfarrer faßte seine Erfahrungen in der Kurpastoration in das Urteil zusammen: „Ich stoße nicht in das Horn so vieler, die meinen, an solchen Kurorten sei nur eine oberflächliche, genußsüchtige, blasierte und mit einem Firnis von Bildung überzogene Gesellschaft vorhanden. Weit gefehlt! Ich denke an so viele prächtige und edle Menschen, die ich dort kennen gelernt habe, mit Dank zurück und hoffe, daß auch die Predigt des Evangeliums nicht vergebens gewesen sei.“

11. Deutsche Kolonien und Schutzgebiete.

Dank der tatkräftigen Fürsorge des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses und des Evangelischen Oberkirchenrats in Berlin schreitet die kirchliche Versorgung unserer evangelischen Volksgenossen in unseren deutschen Kolonien und Schutzgebieten kräftig vorwärts. In dem Geschäftsbericht des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses zur 31. Tagung der Deutschen Evangelischen Kirchenkonferenz ist ein Überblick über den gegenwärtigen Stand der deutschen evangelischen Kirche in den Schutzgebieten gegeben, dem wir folgendes entnehmen. Die weiße Bevölkerung der deutschen Schutzgebiete, die vorwiegend evangelisch ist, zeigt allenthalben eine starke Zunahme. Nach den amtlichen Jahresberichten wurden gezählt in

Gesamte weiße Bevölkerung		Evangelische			
1. I. 1909	1. I. 1911	1. I. 1909	1. I. 1911	Zunahme	
Ostafrika . . .	3 387	4 227	2 329	2 861	523
Kamerun . . .	1 127	1 455	908	1 136	228
Togo . . .	330	363	228	244	16
Südwestafrika .	11 791	13 962	9 206	11 176	1 970
Neu-Guinea . .	—	1 169	—	651	—
Samoa . . .	468	491	388	390	2

In Kiautschou gehören nach neueren Mitteilungen zur Zivilgemeinde gegen 1200, zur Militärgemeinde gegen 2000 Seelen.

In Deutsch-Südwestafrika sind gegenwärtig 7 deutsche evangelische Geistliche tätig (gegen 4 im Jahre 1910), und zwar 2 im Süden mit dem Wohnsitz in Lüderitzbucht und Keetmannshoop, 2 in Windhuk, 2 in den beiden Gemeindegruppen Karibib-Omaruru-Usakos und Grootfontein-Tsumeb und 1 in Swakopmund. Die Geistlichen sind sämtlich der Preußischen Landeskirche angeschlossen. Die Besoldung der 7 Geistlichen hat im Etatsjahr 1911 einschließlich der Zurechnung von Mietsentschädigung an den Orten, an denen bisher eine Pfarrerwohnung nicht zur Verfügung stand, einen Aufwand von über 51 000 M. erfordert. Davon haben die beteiligten Gemeinden 13 400 M. aufgebracht. Aus dem Schutzgebietsfonds standen 3700 M. zur Verfügung. Der Kirchenausschuß hat als Zuschüsse zu den Pfarrgehältern 12 000 M. bewilligt, während der Rest der Besoldung von der Preußischen Landeskirche geleistet worden ist. Der Kirchenausschuß hat dabei sein Bestreben darauf gerichtet, daß die zu unterstützenden Gemeinden immer mehr und so bald als möglich ganz auf eigene Füße gestellt werden. Die Beihilfen aus der Heimat sollen den Gemeinden über die ersten Schwierigkeiten hinweghelfen. Die Gemeinden sollen sich selbständig entwickeln lernen. Daher ist auch eine möglichst starke Heranziehung der Einzelgemeinden zur Bestreitung der Pfarrgehälter in jedem einzelnen Fall angestrebt worden. Dennoch wird man, wie in unseren Kolonien überhaupt, so auch in Deutsch-Südwestafrika, für die Zukunft noch eher mit einem Steigen als mit einem Nachlassen der Aufwendungen aus der Heimat rechnen müssen. Die Anstellung eines 8. Geistlichen für Deutsch-Südwestafrika erweist sich jetzt schon als ein dringendes Bedürfnis. — Im vergangenen Jahre sind die neuerbauten Kirchen in Swakopmund und Lüderitzbucht eingeweiht worden, und zwar in Swakopmund am 7. Januar, die in Lüderitzbucht am 4. August. Mit der am 16. Oktober 1910 eingeweihten ersten deutschen evangelischen Kirche in Windhuk haben wir demnach jetzt deren drei in Südwestafrika. Die Erbauung der Kirchen, die nicht nur mit Rücksicht auf das Ansehen der evangelischen Kirche nach außen hin, sondern auch im Interesse der Festigung und Belebung des kirchlichen Gemeindelebens einem dringenden Bedürfnis entsprach, hat sowohl von seiten der

beteiligten Gemeinden als auch von seiten der Heimat großer Opfer bedurft. Auf der Gemeinde in Windhuk lastet noch eine, in 6 Jahren zu tilgende Kirchbauschuld von 45 000 M. Die Kosten für die Kirche in Swakopmund, mit der zu gleicher Zeit auch ein Pfarrhaus eingerichtet worden ist, betragen einschließlich der Kosten für Grundstückserwerb 170 000 M. In Swakopmund selbst wurden dafür seit 1897 rund 43 000 M. gesammelt, davon rund 30 000 M. in den letzten vier Jahren. Der Kirchenausschuß hat der Gemeinde einen Vorschuß von 85 000 M. bewilligt, nachdem der „Verein für deutsch-evangelisches Leben in den Schutzgebieten und im Ausland“ sich bereit erklärt hatte, sich um die Gewinnung der Mittel für den Kirchbau besonders zu bemühen. Zur Deckung dieses Vorschusses sind bereits 13 654 M. eingegangen. Weitere 50 000 M. hat der genannte Verein zur Tilgung in zehn Jahren übernommen. Der Restbetrag von 21 345 M. lastet in erster Linie auf der Gemeinde. In Lüderitzbucht ist nach der Begründung des Pfarramts ein Pfarrhaus gebaut worden, dessen Kosten von der Heimat bestritten worden sind, und zwar 18 000 M. aus dem Grundfonds des Kirchenausschusses und 9 000 M. aus dem Diasporafonds der Preußischen Landeskirche. Die Kosten für den Kirchbau, die etwa 46 000 M. betragen sollten, sollte die Gemeinde aus eigener Kraft aufbringen. Davon wurden etwa 31 000 M. von Gesellschaften und Einzelpersonen aufgebracht. Den Rest hat der Kirchenausschuß der Gemeinde als Darlehen gewährt, der mit 4 % verzinst und in zehn Jahren getilgt werden soll. In den vier zuletzt und in kurzer Zeit gegründeten neuen Kirchengemeinden, und zwar in der südlichen Hälfte des Schutzgebietes Keetmanshoop und Gibeon und im Norden Grootfontein und Tsumeb, in welchem für die Abhaltung von Gottesdiensten einstweilen die Missionskirchen zur Verfügung stehen, und ebenso in dem schon im Jahre 1909 eingerichteten Pfarrbezirk Karibib werden Wünsche auf Errichtung eigener kirchlicher Gebäude laut. — Bei dem Erwerb von Grundbesitz hat sich bisher als ein schweres Hindernis erwiesen, daß die Rechtsfähigkeit der kirchlichen Gemeinden zweifelhaft ist. Auch bei denjenigen Gemeinden, welche durch den Anschluß an eine heimische Landeskirche bereits festen Bestand erlangt haben, wird sie von den maßgebenden Instanzen nicht anerkannt. Es haben eingehende Verhandlungen zwischen dem Evangelischen Oberkirchenrat in Berlin und der Reichskolonialverwaltung stattgefunden, wobei die gegenwärtige Rechtslage als unbefriedigend anerkannt worden ist. Wann jedoch die in Aussicht gestellten Maßnahmen zur Beseitigung dieses Mangels zur Durchführung kommen, ist vorerst noch nicht abzusehen. Unterdessen hat der Evangelische Oberkirchenrat in Berlin die mit ihm in Verbindung stehenden Gemeinden auf die Möglichkeit einer Eintragung des Gemeindegrundbesitzes auf den Namen des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses hingewiesen.

Seit der Einweihung der Christuskirche in Windhuk haben sich die Geistlichen von Deutsch-Südwestafrika zu einer Konferenz zusammengeschlossen. Die Konferenz hat ein „Gemeindeblatt für Südwestafrika“ gegründet, welches zurzeit in einer Auflage von 1500 Exemplaren erscheint und jedem Evangelisten in der Kolonie unentgeltlich auf Wunsch zugesandt wird. In dem genannten Blatt befindet sich ein Bericht über die zweite Konferenz der südwestafrikanischen Pfarrer, welche vom 4.—8. Januar 1912 in Swakopmund tagte, in welchem es heißt: „Während wir im Oktober 1910 nur fünf Pfarrer im Lande waren, konnten wir dieses Mal zu sieben beraten. Es ist wirklich bewunderns- und dankenswert, mit welcher Kraft und Energie der Deutsch-Evangel. Kirchenausschuß und der Evangel. Oberkirchenrat die Arbeit der kirchlichen Versorgung in den Kolonien in die Hand nehmen. Ungeahnt schnell hat sich das Land entwickelt, und ebenso schnell die Aufgaben der heimischen Kirche, ihre Landsleute hier draußen nicht zu vergessen. — Mit den Mitteln, die die Heimatkirche den beiden genannten Verwaltungsorganen zur Verfügung stellt, bestreiten sie den größten Teil der Gehälter der sieben Pastoren und geben große Unterstützungen zum Bau von Kirchen und Pfarrhäusern. Neue Kirchen sind gebaut in Windhuk, Swakopmund und Lüderitzbucht. Neue Gemeinden werden wohl in absehbarer Zeit nicht gegründet werden, höchstens solche Filialgemeinden, wie Pastor Siebold von Keetmanshoop sie in Gibeon gesammelt hat. Die Gründung von Grootfontein-Tsumeb durch Pastor Heyse und die Besetzung durch Pastor Wetschky wird wohl die letzte sein. Die kirchliche Versorgung der Farmer läßt noch manches zu wünschen übrig. Die Farmseelsorge ist bei den riesigen Entfernungen mit großen Schwierigkeiten verbunden, ebenso der Besuch der weit entlegenen Militärstationen. Und während der oft lange dauernden Reisen des Pfarrers liegt die Arbeit in der Gemeinde selbst brach.“

Für Tsingtau ist schon früher eine ähnliche Regelung der kirchlichen Grundbesitzverhältnisse in Aussicht genommen.

In der kirchlichen Entwicklung der deutschen Schutzgebiete in der Südsee ist ein erfreulicher Fortschritt eingetreten durch die Gründung einer deutsch-evangelischen Gemeinde zu Rabaul. Wir haben bereits im vorigen Jahr darüber berichtet (s. Kirchl. Jahrb. 1912, S. 230 f.). Die Gemeinde erstreckt sich auf das gesamte Schutzgebiet Neu-Guinea. Durch Vermittelung des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses soll der Anschluß an eine deutsche evangelische Landeskirche möglichst bald hergestellt werden.

In Deutsch-Ostafrika hat die Gemeinde Dar-es-Salaam infolge des Fortschreitens im Bau der Zentralbahn und durch Zunahme der evangelischen Bevölkerung an Ausdehnung gewonnen. Der Pfarrer der Gemeinde, welche an die Preußische Landeskirche angeschlossen ist, ist infolgedessen ohne Unterstützung des Missions-

geistlichen kaum in der Lage, den Anforderungen zu genügen. Zur Besoldung des Geistlichen in Dar-es-Salaam gewährt der Kirchenausschuß seit 1909 alljährlich einen Zuschuß. — Neuerdings wird der Bau eines Kindergartens geplant, mit welchem zugleich Räume für kranke Frauen und Wöchnerinnen verbunden werden sollen. In der Gemeinde Tanga und Hinterland, welche ebenfalls mit der Preußischen Landeskirche in Verbindung steht, ist von dem Evangelischen Oberkirchenrat in Berlin neuerdings der Missionspfarrer Delius einstweilen mit der Wahrnehmung der pfarramtlichen Geschäfte betraut. Betreffs der evangelisch-lutherischen Gemeinden am Meru schweben Verhandlungen wegen des Anschlusses an die Landeskirche des Königreichs Sachsen.

In Lome (Togo) findet seit den beiden letzten Jahren auf Anregung und mit Unterstützung des Kirchenausschusses möglichst regelmäßig in der Christuskirche deutscher Gottesdienst statt, welcher von den Geistlichen der Norddeutschen Missionsgesellschaft gehalten wird. Die Gründung einer deutschen evangelischen Gemeinde läßt sich vorerst noch nicht ermöglichen.

Abgesehen von den Kolonien und Schutzgebieten läßt sich der Kirchenausschuß in der gesamten ausländischen Diaspora die Förderung und Pflege deutsch-evangelischen Gemeindelebens angelegen sein. Mit zahlreichen Gemeinden steht er in geschäftlicher Verbindung durch Raterteilung und Gewährung bedeutender finanzieller Unterstützungen. Abgesehen von den für kirchliche Bauten in den Schutzgebieten, in Rom und Madrid aus besonderen Fonds gezahlten größeren Summen, sind von ihm bisher an Beihilfen insgesamt 190 980 M. gewährt worden. Besonders läßt er sich die Gewinnung geeigneter Kräfte für die Auslandsdiaspora angelegen sein. Der Evangelische Oberkirchenrat in Berlin hat neuerdings den Versuch unternommen, für gewisse Teile der von ihm zu versorgenden Auslandsdiaspora die erforderlichen Kräfte durch Errichtung eines Auslandsdiaspora-Seminars zu gewinnen. Das Seminar, welches im Oktober 1911 in Soest i. W. unter Leitung des Pfarrers Lic. Hymmen eröffnet worden ist, zählt gegenwärtig 12 Kandidaten. Das vom Deutschen Evangelischen Kirchenausschuß herausgegebene Hausbuch für Deutsche im Ausland, welches sich eines sichtlich steigenden Absatzes in den Auslandsgemeinden erfreut, leistet auch in der Auswanderer- und Seemannsfürsorge gute Dienste. Neuerdings hat der Kirchenausschuß als Ergänzung zu dem Liederteil des Hausbuchs bezw. zu dem „Evangelischen Liederbuch für Deutsche im Auslande“ noch ein besonderes Choralbuch erscheinen lassen.

Den Bemühungen des Deutschen Evangel. Kirchenausschusses ist es insonderheit auch zu danken, daß in unserer deutschen Heimatkirche das Interesse und Verständnis für die in kirchlicher und nationaler Hinsicht hochbedeutsame Fürsorge für die deutsche evangelische Auslandsdiaspora gewachsen ist. Zu den alten und

bekannten Organisationen, Barmer Gesellschaft für die evangelischen Deutschen in Südamerika, Gustav Adolf-Verein, Seemannsmission u. a., die sich früher schon vor dem engeren Zusammenschluß der Deutschen Evangelischen Landeskirchen der Pflege deutschen evangelischen Lebens im Auslande mit großen Opfern angenommen haben, sind neue hinzugekommen, über die wir früher schon berichtet haben, auf die aber hiermit nochmals besonders hingewiesen sei: „Die Frauenhilfe fürs Ausland“ (gegründet 1908), der Breslauer „Verein für deutsch-evangelisches Leben in den Schutzgebieten und im Auslande“, e. V. (gegr. 1909) und der „Verband früherer und gegenwärtiger Auslandspfarrer“ (gegr. 1910). Das Diakonissen-Mutterhaus in Münster i. W., welches die „Frauenhilfe fürs Ausland“ errichtet hat, zählt zurzeit 40 Schwestern. Das Mutterhaus entspricht einem dringenden Bedürfnis. Die Gesuche von Auslandsgemeinden um Lehr- und Krankenschwestern mehren sich immer mehr. — Der „Verein für deutsch-evangelisches Leben in den Schutzgebieten und im Auslande“ arbeitet in engster Verbindung mit dem Deutschen Evangelischen Kirchenausschuß. Der Verein hat sich in erster Linie die Förderung evangelisch-kirchlicher Versorgung der deutschen Schutzgebiete zur Aufgabe gemacht. Der „Verband früherer und gegenwärtiger Auslandspfarrer“ hat sich u. a. zur Aufgabe gemacht, die Zeitschrift „Deutsch-evangelisch im Auslande“ zu fördern, welche unter finanzieller Unterstützung von seiten des Kirchenausschusses im Verlag von N. G. Elwert-Marburg erscheint und den Geistlichen, die einer Deutschen Landeskirche angeschlossen sind, regelmäßig und unentgeltlich zugestellt wird.

So sehen wir denn überall in der ausländischen Diaspora deutsch-evangelisches Leben erwachen und erstarken. Vieles ist nachgeholt worden, was früher versäumt war. Aber es bleibt noch immer genug nachzuholen und genug zu tun. Möchte in unserem deutschen evangelischen Volke das Interesse und Verständnis immer mehr erstarken für die großen kirchlichen und nationalen Aufgaben, die wir an unseren evangelischen Glaubensgenossen im Ausland zu erfüllen haben, damit der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß und die Vereine, welche sich die Erfüllung dieser Aufgaben zur Pflicht gemacht haben, auch die nötige finanzielle Unterstützung finden.

Kap. VII.

Vereine.

Bearbeitet von Pastor Constantin Frick in Bremen.

1. Gustav-Adolf-Stiftung.

Geschäftsstelle des Zentralvorstandes: Leipzig, Weststr. 4II.

Eine Gustav-Adolf-Hauptversammlung in einem richtigen Diasporagebiet hat ihre besonderen Reize. Man ist versucht, zu sagen: Willst du Diasporaarbeit verstehn, mußt du in Diasporalande gehn. Und wer mit offenen Augen und warmem Herzen dabei war, konnte in der Tat von der 64. Hauptversammlung in Posen, welche vom 23.—26. September 1912 tagte, reiche Anregungen mit nach Hause nehmen. Seit 1849 in der Gustav-Adolf-Fürsorge stehend, hatte die Provinz Posen schon für das Jahr 1905 eine Hauptversammlung, und zwar nach Bromberg eingeladen. Leider machte die Cholera-gefahr einen bösen Strich durch alle Vorbereitungen und alle Hoffnungen. Aber trotz der damals erlebten Enttäuschung und trotz der über Erwarten großen Geldopfer von dazumal, ließ es sich die Provinz Posen nicht nehmen, für dieses Jahr in die Provinzialhauptstadt einzuladen und alles zu tun, was dazu dienen konnte, einen Einblick in die Diasporaarbeit zu geben. Besichtigungen von Ansiedlungsgütern und Gemeinden, Predigten in den Diasporakirchen seitens der von fernher kommenden Abgeordneten, endlich auch ein reichhaltiger Diasporakursus dienten dazu, einen tiefen und umfassenden Einblick zu geben.

Die Verhandlungen begannen wie gewöhnlich mit einer Sitzung des Zentralvorstandes und einem zwanglosen Zusammensein am Montag. Bei der ersten nicht öffentlichen Versammlung der Abgeordneten am Dienstag wurde, wie zu erwarten, Geh. Kirchenrat D. Dr. Hartung-Leipzig zum Vorsitzenden und Generalsuperintendent Blau-Posen zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Zu Mitgliedern des Zentralvorstandes wurden folgende Herren gewählt: Geheimer Oberkonsistorialrat Dr. Kapler, Mitglied des Oberkirchenrats in Berlin, Bischof D. Teutsch in Hermannstadt (Siebenbürgen), der Vorsitzende des Hauptvereins im

Großherzogtum Hessen Pfarrer Dingeldey in Darmstadt, der Vorsitzende des Badischen Hauptvereins Stadtpfarrer Zandt in Konstanz, der Vorsitzende des Bayerischen Hauptvereins Kons.-Rat Lic. Hofstaetter in Ansbach, der Vorsitzende des Brandenburgischen Hauptvereins Geheimer Oberregierungsrat Altmann in Berlin und Superintendent D. Cordes in Leipzig. Ferner wurden folgende vom Zentralvorstand als Ersatzmänner gewählte Herren bestätigt: L. Fähndrich in Leipzig, Hauptpastor D. von Broecker in Hamburg und Oberkirchenrat Molin in Wien.

Von der Verhinderung des früheren Vorsitzenden Geh. Rat D. Pank wurde mit Bedauern Kenntnis genommen. — Zur Begrüßungsversammlung öffnete sich der prachtvolle Saal der Königl. Akademie. Durch alle Begrüßungsreden zog sich der Ton des Dankes für die ganz besondere Opferfreudigkeit des Gustav-Adolf-Vereins für das Posener Land und die Bitte, auch über die zwei Jahrzehnte hinaus, während derer Präsident Balan die Hilfe des Gustav-Adolf-Vereins nur noch für nötig hielt, die Fürsorge aufrecht zu erhalten. Die Festgottesdienste fanden in der Paulikirche und in der Petrikirche statt. In der ersteren predigte nach einer Aufführung der Bachschen „Reformationskantate“ Generalsuperintendent Stolte - Magdeburg, in der letzteren Hofprediger Lic. Schmidt - Leipzig. Den Tag beschlossen zwei große volkstümliche Versammlungen mit Schilderungen aus der Diaspora. — Der Hauptfesttag, der Mittwoch, wurde mit einem imposanten Festzug eingeleitet, der durch die Straßen der Stadt ziehend für die katholischen Polen kein allzu erfreulicher Anblick war, da er ihnen einen Eindruck von der geschlossenen Macht der evangelischen Kirche gab. Der Zug teilte sich in zwei Teile. Die Jugend hörte eine Kinderpredigt von Pastor Spanuth, Leoben, die Erwachsenen zogen in die altberühmte Kreuzkirche zur Festpredigt von Hauptpastor D. von Broecker - Hamburg. Auf dem Kirchhofe hielt Pfarrassistent Strack aus Gustavsburg in Hessen einen improvisierten Gottesdienst ab. — Bei der ersten öffentlichen Hauptversammlung in der Akademie fand der Vorsitzende begeisterte und entschiedene Worte gegenüber den mancherlei Angriffen von Freund und Feind gegen den Gustav-Adolf-Verein. Der neue Generalsekretär, Pastor Geißler, gab einen Einblick in die Jahresarbeit, und in bunter Folge in gebundener und loser Rede überreichte alt und jung Gaben der Liebe. Insgesamt konnte der Zentralvorstand über 40000 M. entgegennehmen, wozu dann noch die von Pastor Groscurth - Bremen, in Vertretung des erkrankten D. Zaulack überreichte Gustav-Adolf-Kindergabe im Betrage von 26027 M. kam. In den folgenden Begrüßungsansprachen kam besonders auch das Ausland, nicht zum wenigsten das fremdsprachige, zum Wort.

Im Mittelpunkt der zweiten nicht öffentlichen Abgeordnetenversammlung stand ein Vortrag von Regierungsrat

Sperl-Posen, über die königliche Ansiedlungskommission und die kirchliche Versorgung der Ansiedler. Die Mitteilung, daß für die evangelischen Ansiedler bis Ende 1911 nicht weniger als 46 Kirchen, 2 Kirchenerweiterungen, 32 Bethäuser, 50 Pfarrgehöfte und 3 Ergänzungsbauten mit einem Kostenaufwand von rund 4,5 Mill. M., daneben 426 neue evangelische Schulen für 8,4 Mill. und 548 Gebäude für Gemeindezwecke für 2,1 Mill. aufgeführt seien, erweckte allgemeine Befriedigung. Nicht minder die Mitteilung, daß auch die meist auf D. Hesekiels Initiative zurückgehenden Anstalten der Inneren Mission wesentliche Förderung, besonders hinsichtlich des Grunderwerbs, erfahren hätten und noch erführen und daß auch die Dotierung der Pfarr- und Schulstellen in ausreichender Weise erfolgt sei. Immerhin konnte man sich nicht verhehlen, daß der Anteil der protestantischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung Posens noch immer in rückläufiger Bewegung sei, und daß es aller Anstrengung bedürfe, um dieser Bewegung dauernden Einhalt zu tun.

Der Anteil der Konfessionen an der Bevölkerung

a) in der gesamten Provinz:

Evangelische %	Katholische %	Sonstige Christen %	Juden %	Unbestimmtes Bekenntnis %
1871: 32,2753	1871: 63,7433	1871: 0,0678	1871: 3,9134	1871: 0
1885: 30,993	1885: 65,974	1885: 0,066	1885: 2,964	1885: 0,001
1910: 30,785	1910: 67,735	1910: 0,197	1910: 1,263	1910: 0,017

b) in den Städten der Provinz Posen:

1871: 38,1994	1871: 48,2010	1871: 0,0958	1871: 13,5030	1871: 0
1885: 37,901	1885: 52,198	1885: 0,157	1885: 9,739	1885: 0,002
1910: 36,944	1910: 59,218	1910: 0,303	1910: 3,502	1910: 0,032

c) auf dem flachen Lande der Provinz Posen:

1871: 30,0759	1871: 69,5135	1871: 0,0580	1871: 0,3521	1871: 0
1885: 28,2395	1885: 71,4650	1885: 0,297	1885: 0,2648	1885: 0,0007
1910: 27,5576	1910: 72,2204	1910: 0,1414	1910: 0,0884	1910: 0,0083

Vorstehende Tabelle gibt eine Übersicht über den Gang der Entwicklung. In der Debatte wurde nicht mit Unrecht darauf hingewiesen, daß im weiten deutschen Vaterland mehr Sympathie für die Ansiedlergemeinden herrsche, daß aber die wirklich Hilfsbedürftigen die Glieder der alten meist außerordentlich bedürftigen Diasporagemeinden wären, welchen ja von den Millionen der Ansiedlungskommission nichts zugute käme.

Hinsichtlich der „Reformationsspende“ für das Jahr 1917 wurde die Verabredung des Vorjahres aufrecht erhalten, erst im Jahre 1914 mit einem Aufrufe an die Öffentlichkeit zu treten und demgemäß auch zu anderen Jubiläumsspenden abwartende Stellung einzunehmen. Den Tag beschlossen zwei gutbesuchte volkstümliche Versammlungen.

Die zweite öffentliche Hauptversammlung leitete Geh. Kirchenrat Professor D. Rendtorff mit einer Besprechung des Jahresberichts ein. Er wies auf die Gefahr hin, daß der Gustav-Adolf-Verein seine eigentliche Aufgabe, den Glaubensgenossen, sofern sie im eigenen Vaterlande Hilfe nicht erlangen könnten, zu helfen vernachlässige, wenn die einzelnen Gustav-Adolf-Vereine ihr Interesse zu sehr den Heimatgemeinden bzw. der inländischen Diaspora zuwendeten. Da liege die Aufgabe der Landeskirche, auf die sie nicht energisch genug hingewiesen werden könnte. Es sei eine bedauerliche Tatsache, daß z. B. die Siebenbürgische Landeskirche im vorigen Jahr 10 000 M. und das Arbeitsgebiet in Süd-Amerika 17 000 M. weniger habe erhalten können als im Voranschlag in Aussicht genommen sei. Ferner wies er auf die besonders in Österreich sich verschärfenden nationalen und auch konfessionellen innerprotestantischen Gegensätze hin, die die Arbeit außerordentlich erschwerten. Endlich streifte er die Frage der Darlehnsvermittlung an bedürftige Gemeinden; müssen doch in Osteuropa bis zu 16 % Zinsen für Darlehen gezahlt werden! Diese Frage kann aber nicht durch den Gustav-Adolf-Verein, sondern nur auf genossenschaftlichem Wege, wie bereits in Galizien, Siebenbürgen und Bosnien begonnen, gelöst werden. Endlich verwies er auf die reiche Gustav-Adolf-Literatur und den immer brauchbarer gestalteten Jahresbericht und betonte die Notwendigkeit eines zentralen Vereinsorgans. Nach Richtigsprechung der Zentralkassenrechnung für 1911 erstattete Pfarrer Ernst-Straßburg, ein interessantes Referat über die evangelische Diaspora in Elsaß-Lothringen, die ganz besonders erschwerte Verhältnisse hat, weil sie an der Last der Vergangenheit mit ihrer ungeheuren Zersplitterung trägt, weil die Industrie sie vor große Aufgaben stellen wird und weil ihr das normale Mittel der Kirchensteuer vom Staate versagt wird. Trotz ganz hervorragender Bemühungen, auf dem Wege der Selbsthilfe durchzukommen, wird Elsaß-Lothringen als Reichsdiaspora noch lange auf die Hilfe der Gustav-Adolf-Vereine im Reich angewiesen sein.

Die Abstimmung über das gemeinsame Liebeswerk, um welches sich Gustavsborg bei Mainz, Peschendorf in Siebenbürgen, Rosario in Argentinien bewarben, ergab von 311 abgegebenen Stimmen bei drei Enthaltungen 205 Stimmen für Peschendorf, 62 für Gustavsborg und 41 für Rosario. Peschendorf erhielt 22 510 M., Gustavsborg 7171 M. und Rosario 7271 M. In ergreifenden Worten dankte Stadtpfarrer Lehrer-Mediasch in Siebenbürgen für die Liebesgaben.

Für die nächste Hauptversammlung wurde Kiel bestimmt. Ein Festessen und Besichtigungsfahrten in die Umgebung beschlossen die Tagung, doch hielt der Diaspora-Kursus, dessen Programm wir folgen lassen, noch zahlreiche Teilnehmer zurück.

Donnerstag, den 26. September, abends 6 Uhr, im neuen Diakonissenhause: 1. Begrüßung, Generalsuperintendent Blau-Posen.

2. „Vorzüge und Schwierigkeiten der pastoralen Tätigkeit in der Diaspora“. Berichterstatter Pastor Zöckler-Stanislau.

3. „Bedeutung des Diakonissenhauses in Posen für die Diaspora der Provinz“. Berichterstatter Pastor Kriele-Posen.

Freitag, den 27. September, vorm. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Bahnhofsgebäude: „Gotteshaus und Gottesdienst in der Diaspora“. Berichterstatter Oberhofprediger D. Dr. Dibelius-Dresden.

Vormittags 10¹¹ Uhr: Studienfahrt nach Lissa i. P. und Wolfskirch bei Lissa. Besichtigung der Anstalten. Verhandlungen in der Konfirmandenanstalt:

1. „Richtlinien für die Seelsorge in der Diaspora“. Berichterstatter Generalsuperintendent a. D. D. Hesekiel-Wernigerode.

2. „Gehilfen und Gehilfinnen des Pastors“. Berichterstatter Pastor Fischer-Langenolingen und Pastor Möller-Posen.

3. „Diaspora-Anstalten“. Pastor Scholz, Wolfskirch und Pastor Hesekiel-Herrnkirch.

Sonnabend, den 28. September, früh 6⁵⁷ Uhr: Besichtigung der fliegenden Konfirmandenanstalt in Rokietnice. Erläuterungen Pastor Kleindorff-Rokietnice.

Vormittags 9 $\frac{1}{2}$ Uhr im evangelischen Vereinshause, Posen (kleiner Saal): „Der Konfirmandenunterricht in der Diaspora“. Superintendent Harhausen-Neu-Skalmierschütz.

Vormittags 11 Uhr: 1. „Rechtsfragen in der Diasporapflege“. Oberkonsistorialrat Rachner-Posen.

2. „Ausstellung und Erläuterung von Kirchen in Ansiedelungsgemeinden“. Reg.- und Baurat Fischer-Posen.

Der erste Abschnitt des zum erstenmal vom neuen Generalsekretär Pastor Geißler abgefaßten Jahresberichtes gibt einen interessanten Überblick über die Ergebnisse der Volkszählungen von 1910 und knüpft daran die für den Gustav-Adolf-Verein bedeutsamen Folgerungen. Zunächst ergibt sich ein stärkeres Vordringen der Katholiken in evangelische Gegenden und eine bedeutende Steigerung der Fürsorge des Bonifatiusvereins für seine Pfleglinge in der evangelischen Diaspora. Wendet doch der Bonifatiusverein z. B. für die Diözese Breslau mit Brandenburg und Pommern nicht weniger als 300 000 M. und für das Königreich Sachsen 108 000 M. auf, während der Gustav-Adolf-Verein für Elsaß-Lothringen, wo die Dinge für die Evangelischen ähnlich liegen wie in Sachsen für die Katholiken, nur 58 938 M. und für unser bestversorgtes deutsches Gebiet Schlesien nur 107 000 M. aufwenden konnte. Insgesamt bleiben die Einnahmen des Gustav-Adolf-Vereins hinter denen des Bonifatiusvereins um 1 000 000 M. zurück. Aus den Zahlen der Konfessionsverschiebungen ergibt sich, daß an der Einwanderung ins evangelische Deutschland die Katholiken und an der Auswanderung ins katholische Ausland die Evangelischen den größeren Anteil haben. Hieraus folgt die Verpflichtung, den Glaubensgenossen im Ausland ein bedeutend höheres

Interesse zuzuwenden, wie es nach Ausweis beifolgender Tabelle erfreulicherweise auch schon angebahnt ist. Es sind aufgewendet für:

Jahr	Das Deutsche Reich M.	Österreich-Ungarn M.	Das übrige Ausland M.	Persönlich M.	Summa M.
1900	803 732	444 109	111 896	28 437	1 388 174
1901	858 372	552 340	146 027	31 325	1 588 046
1902	846 764	664 756	127 052	38 442	1 677 014
1903	817 403	602 748	142 833	28 604	1 591 588
1904	840 768	741 687	134 148	35 148	1 751 751
1905	879 041	633 631	146 649	29 104	1 688 425
1906	876 467	605 669	167 040	45 452	1 694 628
1907	918 591	641 435	175 150	45 822	1 780 998
1908	914 163	658 590	197 867	27 582	1 798 202
1909	917 207	676 608	195 397	40 718	1 829 930
1910	927 745	670 956	201 033	46 069	1 845 803
1911	952 827	674 188	210 239	35 820	1 873 075

Die Organisation des Gustav-Adolf-Vereins erfuhr eine Verstärkung durch die Vermehrung der Zweigvereine von 2086 auf 2106 und der Frauenvereine von 690 auf 706. Von den fünf studentischen Gustav-Adolf-Vereinen scheint nur der Leipziger Leben zu entfalten. Die Beziehungen zu den ausländischen befreundeten Vereinen bestanden nach wie vor. Die beiden süd-amerikanischen Vereine am La Plata und in Rio Grande do Sul sind im Begriff, sich durch ein festes Band mit dem Gesamtverein zu verbinden.

Die Einnahmen der Zentralkasse an Beiträgen der Vereine betrugen 777 933,53 M. gegen 749 654,28 M. im Jahre 1910. Die Ausgaben der Zentralkasse für Unterstützungen erreichten die Höhe von 840 750,16 M. gegen 821 414,51 M. im Jahre 1910.

Das Vermögen der Zentralkasse erhöhte sich Ende 1911 auf 2 133 695,07 M. gegen 2 039 887,80 M. im Vorjahre. Die Gesamteinnahmen sämtlicher Gustav-Adolf-Vereine im Jahre 1911 betrugen 2 163 208,17 M. gegen 2 172 413,04 M. 1910 und ihre Verfügungen zusammen 1 923 827,41 M. gegen 1 900 763,47 M. im Jahre 1910. Allerdings ist die Summe der Einnahmen um 9000 M. zurückgegangen, die Summe der Verwendungen aber um 23 000 M. gestiegen; diese Differenz erklärt sich daraus, daß im Vorjahr die Einnahmesumme durch eine größere Anzahl von Legaten wesentlich gestiegen war.

Die Bibliothek des Zentralvorstandes ist zwar wesentlich vermehrt, hat aber ihr Ziel, eine lückenlose Übersicht über die Literatur über „die evangelische Diaspora und ihre Pflege“ zu sein, noch nicht erreicht. Wenn der Katalog, von einem Fachmann bearbeitet, neu herausgegeben ist, wird sich die Ergänzung besser ermöglichen lassen.

Nachfolgende Liste zeigt die Stellung jedes Hauptvereins nach der Höhe seiner Verwendungen in den Jahren 1909—1911:

1909	1910	1911	H.-V.	M.	1909	1910	1911	H.-V.	M.
2	1	1	Stuttgart	153 219,68	20	22	23	Bremen	24 730,—
3	3	2	Düsseldorf	150 013,38	24	24	24	Weimar	23 723,61
6	5	3	Berlin	129 832,13	25	26	25	Posen	22 141,35
5	4	4	Dresden	126 224,63	28	25	26	Braunschweig	21 042,59
4	2	5	Leipzig	116 715,05	27	27	27	Hamburg	16 050,41
7	6	6	Wien	92 306,01	26	28	28	Aurich	15 265,—
9	8	7	Breslau	90 682,21	29	30	29	Oldenburg	13 502,56
1	10	8	Münster	83 038,33	31	29	30	Hermannstadt	11 457,73
12	11	9	Darmstadt	71 669,48	30	31	31	Dessau	10 713,—
8	7	10	Konstanz	68 868,53	32	32	32	Koburg-Gotha	10 591,—
10	12	11	Ansbach	64 925,08	33	35	33	Osnabrück	8 391,85
11	13	12	Halle	59 756,06	34	33	34	Meiningen	7 135,91
21	20	13	Frankfurt	51 459,72	35	34	35	Detmold	6 432,—
14	14	14	Speyer	36 469,23	39	37	36	Reuß j. L.	4 965,—
16	16	15	Königsberg	34 016,44	37	45	37	Altenburg	4 394,—
13	15	16	Kiel	33 043,99	36	36	38	Lübeck	3 855,68
15	9	17	Stettin	31 653,05	38	39	39	Rudolstadt	3 831,—
19	19	18	Straßburg	31 359,29	43	40	40	Sondershausen	2 852,90
18	18	19	Wiesbaden	31 175,—	42	41	41	Neustrelitz	2 560,—
17	17	20	Danzig	30 301,65	40	43	42	Arolsen	2 433,40
23	23	21	Hannover	29 893,53	44	42	43	Reuß ä. L.	1 848,—
22	21	22	Kassel	26 145,38	45	44	44	Bückeburg	960,—

Ein Vergleich ergibt, daß von den 44 Hauptvereinen 17 ihre Stellung erhöhten, 13 ihre Stellung behaupteten, 14 in ihrer Stellung zurückgingen.

Den Maßstab für die Arbeit des Vereins bildet äußerlich betrachtet das Briefbuch, welches im Jahre 1911 13 017 Eingänge (1910 12 772) und 7 778 Ausgänge (8 438 in 1910) aufweist. Der Zentralvorstand tagte seit der Frankfurter Hauptversammlung dreimal, um die grundsätzlich wichtigen Entscheidungen und die Beantwortungen der Gesuche, die eine mehrjährige Belastung der Zentralkasse bedingen, zu entscheiden. Laufende Angelegenheiten entschied wie gewöhnlich der Leipziger Unterstützungsausschuß.

In der Arbeit der Hauptvereine zeigt sich in manchen Gegenden eine regere Tätigkeit, belebt durch Aussendung von Studienreisenden in die Diaspora und Nutzbarmachung solcher Besuchsreisen für die Werbearbeit wie beispielsweise in Schleswig-Holstein, wo ein Schulmann seine Erlebnisse und Erfahrungen auf einer Studienreise nach Galizien verwertete. In Dresden und Berlin versuchte man die Schüler der höheren Lehranstalten zu interessieren, in Baden plante man eine Pfarrfrauenspende.

Von Bauten wurden gemeldet 50 Einweihungen von Kirchen und Kapellen, 26 Grundsteinlegungen von Kirchen und die Fertigstellung von 14 Pfarrhäusern und 6 Anstalten. Sehr zu begrüßen ist der Beschluß des Zentralvorstandes, auch für die Errichtung von Gemeindehäusern Mittel darzubieten, und der Grundsatz, wenn möglich, dem Kirchbau die Errichtung eines Gemeindehauses mit Pfarrerwohnung und Saal vorausgehen zu lassen.

Übersicht der Art und Weise der Verwendung der seit Bestehen des Vereins (1832) bis mit dem Rechnungsjahre 1911 gewährten Unterstützungen im Gesamtbetrage von 56 570 901,67 M.

Gegenstand	Im Deutschen Reich		In der österr.-ung. Monarchie		Sonstige Länder	In Summa
	Preußen	Übrige Staaten	diesseits der Leitha	jenseits der Leitha		
Zahl der unterstützten Gemeinden	2271	1487	997	673	828	6256
Kirch-, Bethaus- und Turmbauten	1028	536	475	346	305	2690
Schulhausbauten	302	169	182	237	64	954
Pfarrhausbauten	438	253	146	143	70	1050
Reparaturbauten	347	235	275	125	43	1025
Grundstückserwerbungen	93	26	72	7	28	226
Schuldentilgungen	841	440	533	388	248	2450
Pfarrdotationsfonds	160	199	228	46	25	658
Kirchenfonds	94	77	33	17	20	241
Schuldotationsfonds	87	50	215	51	24	427
Pfarrgehälter	193	112	245	75	185	810
Lehrergehälte und Schulerhaltung	714	321	537	157	236	1965
Seminarien	3	3	11	27	22	66
Laufende Bedürfnisse	1364	954	711	294	301	3624
Gottesdienst, Pastoration	254	295	140	26	133	848
Lokalmiete	69	41	22	8	25	165
Ausstattung von Kirchen etc.	780	380	365	106	105	1736
Reiseprediger	9	24	6	6	8	53
Konfirmanden-, Waisen- u. Diakonissen-Anstalten	452	179	135	16	87	869
Witwenkassen	7	—	15	7	1	30
Friedhöfe	67	11	50	1	3	132

Die Anzahl der Pfleglinge ist noch nicht wesentlich gesunken, zwar scheiden 57 Gemeinden aus der Pflege des Vereins aus, aber 25 Gemeinden sind auch wiederum eingetreten. Von den ausgeschiedenen erhielt Ellsnig-Zülz in Böhmen mit 69 160,00 M. die höchste und Melnik in Böhmen die geringste Beihilfe mit 564 M. Es bleibt das Ziel, die jetzt noch vorhandenen 2257 Gemeinden (1911 waren es 2311) auf rund 2000 zu beschränken, um so die jährliche Durchschnittsunterstützung, welche 1911 821, 1901 aber noch 851 M. betrug, auf 1000 M. zu erhöhen.

Dem Jahresbericht ist beigefügt eine Übersicht über die Gesamtleistungen des Vereins bis 1911 für die Diaspora im Königreich Preußen, welche folgende Zahlen erreicht hat.

Rheinpreußen	4 313 930,53 M.
Westfalen	3 653 712,42 "
Schlesien	3 574 731,10 "
Ostpreußen	769 874,55 "
Westpreußen	2 425 488,32 "
Posen	2 493 344,97 "
Pommern	222 670,14 "
Provinz Sachsen	268 175,12 "
Hannover	895 118,92 "

Hessen-Kassel	559 409,82 M.
Hessen-Nassau	1 232 232,65 "
Hohenzollern	183 513,17 "
Brandenburg	84 553,45 "

Insgesamt Summa 20 676 755,16 M.

2. Evangelischer Bund.

Hauptgeschäftsstelle: Berlin W. 35, Am Karlsbad 5.

Der Evangelische Bund teilt das Schicksal aller Korporationen, welche ihren Grundlagen und Zielen gemäß eine mittlere Linie einhalten. In ruhigen Zeiten geht die Fahrt gut. Wenn sich aber die Winde von den verschiedensten Richtungen aufmachen, dann entsteht große Gefahr für den Bestand der Sache. Die innerpolitische wie die innerkirchliche Konstellation hat dem Evangelischen Bund im letzten Jahre große Schwierigkeiten bereitet. Zeitungsangriffe von rechtsstehenden Blättern wie Reichsbote, Kreuzzeitung und Deutsche Tageszeitung, besonders aber die Neugründung des Deutsch-evangelischen Volksbundes verschärften die Situation und nötigten den Kampf nach verschiedenen Fronten zu führen, während der Feind, den die Bundesstreitmacht eigentlich zu bekämpfen hat, genügend Anlaß zum Einschreiten bot. Für den Kenner der konfessionellen Schwierigkeiten bleibt es zu bedauern, wenn auch mancherlei Unstimmigkeiten und Unklarheiten in der Leitung und in der Durchführung der Bundesarbeit nicht zu verkennen sind, daß die Stoßkraft des Bundes auf diese Weise gelähmt wird. Ob es vor allen Dingen nötig war, daß der Deutsch-evangelische Volksbund, dessen Existenzberechtigung uns sonst erwiesen scheint, alsbald den Gegensatz gegen den Evangelischen Bund so stark hervortreten ließ, ist uns eine große Frage.

Auf römischer Seite hatte der Bund zunächst das *Motu proprio* betr. den Gerichtsstand der Geistlichen zu bekämpfen. Dem energischen Angriff durch die Deutsch-evangelische Korrespondenz, durch eine Flugschrift von Dr. Kirsch, durch entsprechende Maßnahmen bei den Parlamenten, vor allen Dingen im Preußischen Abgeordnetenhaus, gelang es, die römische Kirche zum Rückzug in bezug auf diese Forderung bzw. ihre praktische Durchführung zu bringen. Das andere Ereignis, das den Widerspruch herausforderte, war der Toleranzantrag des Zentrums und der Gesetzesentwurf betr. die Aufhebung des Jesuitengesetzes. Der Zentralvorstand erließ am 11. März 1912 einen scharfen Protest, der sämtlichen Mitgliedern des Bundesrates, den evangelischen Kirchenbehörden und zahlreichen Mitgliedern des Reichstages übersandt wurde. Kurze Zeit darauf rief der Versuch des zum bayrischen Ministerpräsidenten ernannten Zentrumsführers Freiherrn von Hertling, durch seinen Jesuitenerlaß ein bestehendes Reichsgesetz in Abweichung von 40jähriger Auslegung durch eine künstliche Inter-

pretation unwirksam zu machen, den Bund aufs neue auf die Schanzen. Der Gesamtvorstand legte am 11. April 1912 in Eisenach scharfen Protest ein; die Hauptvereine klärten die Mitglieder über die Sachlage auf, und von allen Seiten wurden an den preußischen Ministerpräsidenten wie an die verschiedenen Bundesstaaten Eingaben mit der Bitte gerichtet, im Bundesrat die bayrische Auffassung abzulehnen, auch zahlreiche Synoden erließen Kundgebungen, und so gelang es, trotz der Eingabe der bayrischen Bischöfe vom 16. Juli, die drohende Gefahr abzuwenden.

Den Höhepunkt der Jahresarbeit bildete die 25. Generalversammlung vom 3.—7. Oktober in Saarbrücken, die es zum Ausdruck bringen sollte: es gibt einen starken einigen Protestantismus deshalb, weil er heilige und höchste gemeinsame Güter für alle Kinder der Reformation, für das ganze deutsch-evangelische Luthervolk in reichster Fülle in sich umschließt. Diesen von Gott geschenkten Reichtum gemeinsamer Güter des Protestantismus zu schützen, in immer reicheren Quellströmen befruchtend für unser Volk zu erschließen, das ist seit einem Vierteljahrhundert des Evangelischen Bundes Kampf und Mühe, Glaube und Tat und liebende Sorge gewesen; dafür will er die Reihen seiner Hunderttausende und die Treue seiner Arbeit auch fernerhin einsetzen, daß, „wo es um das Erbe der Reformation geht, wir alle wollen Hüter sein, ein eimig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen noch Gefahr“.

Das Fest in Saarbrücken begann mit einer festlichen Beleuchtung der Ludwigskirche, des evangelischen Wahrzeichens von Saarbrücken, und mit einem Kirchenkonzert unter dem Zeichen Joh. Seb. Bachs. In der Sitzung des Gesamtvorstandes gab Dir. Lic. Everling den Jahresbericht und erzielte eine unbedingte Vertrauenserklärung für seine Arbeit. In der Abgeordnetenversammlung wurde über das Thema gesprochen: „Der Evangelische Bund glaubt an einen einigen, deutschen Protestantismus um seiner gemeinsamen Güter willen“. Superintendent *D. Wächtler*-Halle a. S. sprach über den Schutz der gemeinsamen Güter des Protestantismus auf religiös-sittlichem Gebiet; Pfarrer *D. Waitz*-Darmstadt über die gemeinsamen Güter auf kulturell-geistigem Gebiete; Prof. *D. Scholz*-Berlin betonte den Schutz der gemeinsamen Güter des Protestantismus auf national-politischem Gebiete. Nachdem beim Eröffnungsgottesdienst Pfarrer *Kremers*-Bonn gepredigt und die Begrüßungsversammlung stattgefunden hatte, brachte der Sonnabendmorgen in der Mitgliederversammlung das Referat von Dir. Lic. Everling: „Zur Zeitlage und Jahresarbeit“, worin er die Entwicklung des Evangelischen Bundes, sein Werden und Wachsen und die hohe Opferfreudigkeit, die aufbauende Tätigkeit, die unermüdliche Arbeitsfreudigkeit zur Weckung evangelischer Gesinnung und protestantischen Ehrgefühls, und die unersetzliche Mannesarbeit im Dienste der reformatorischen Volksgüter schilderte. Die schwebende

Jesuitenfrage behandelte Reichstagsabgeordneter Prof. Dr. Ortmann-Torgau in seinem Vortrag: „Zur gesetzlichen Regelung des Jesuitenordens und zur Abwehr des Jesuitismus“. Seine Ausführungen wurden in einer einmütig angenommenen Kundgebung zusammengefaßt. In der Volksversammlung am Sonnabend Abend sprachen Prof. D. Schoell-Friedberg über das Thema: „Protestantismus oder Materialismus?“ und Reichstagsabgeordneter von Liebert über die Frage: „Deutschtum oder Weltbürgertum?“ Am Sonntag fanden zunächst 20 Festgottesdienste statt. Die Hauptversammlung eröffnete der erste Vorsitzende Exzellenz von Leßel mit einem Rückblick und Ausblick. Geheimrat Prof. Dr. Reinke-Kiel rechnete in seinem Vortrag über die Freiheit der Wissenschaft mit Monismus und Ultramontanismus ab. Den Schluß bildete die Übergabe einer Festgabe von 30 000 M. für die D. Friedrich-Meyer-Stiftung. In einem Festzug mit 12—13 000 Teilnehmern zog man ins Ehrental zu den Denkmälern der Gefallenen von 1870, wo Pfarrer Fikenscher begeisterte Worte sprach. Nach der Rückkehr fanden sechs Volksversammlungen statt, bei denen die beiden Themata: „Der Evangelische Bund ein Erzieher zu protestantischer Gesinnung und zu deutscher Treue“ behandelt wurden. Bei der Nachfeier in Metz fand zunächst eine Versammlung am Jägerdenkmal auf dem Schlachtfeld von Gravelotte statt mit einer Ansprache von Konsistorialrat D. Hermens-Krakau und eine Festversammlung, in deren Mittelpunkt die Rede von Oberpfarrer Horn-Halberstadt mit dem Thema stand: „Wie erweisen wir die religiöse Kraft des Protestantismus im täglichen Leben?“

Der Zentralvorstand hat auf Grund des Beschlusses der 24. Generalversammlung eine Erweiterung erfahren. Er besteht jetzt aus 15 Mitgliedern, die vom Gesamtvorstand gewählt werden, aus 8 Mitgliedern, die die 8 größeren Hauptvereine auf drei Jahre wählen, und aus 4 Mitgliedern, die der Zentralvorstand durch Zuwahl wählt.

Das Präsidium wurde, um den Anforderungen des Registerrichters zu genügen, am 7. November auf drei Jahre neu gewählt, und zwar:

1. als erster Vorsitzender Generalleutnant z. D. Exzellenz Emil von Leßel in Koburg;
2. als stellvertretender Vorsitzender Superintendent D. August Wächtler in Halle (Saale);
3. als geschäftsführender Vorsitzender Direktor Lic. Otto Everling in Halle (Saale);
4. als Beisitzer Professor D. Leopold Witte in Halle (Saale).

Die Zusammensetzung des Zentralvorstandes war folgende:

Auf Grund der in Dortmund umgewandelten Satzung wählte der Zentralvorstand in seiner Sitzung vom 9. Febr. durch Zuwahl die Herren: Dr. Gensel, D. Hackenberg und Dr. Hieber, durch Ergänzungswahl: Herrn Hauptpastor D. Dr. Rode. Die acht

zuständigen Hauptvereine wählten auf drei Jahre: Baden: Prof. D. Thoma-Karlsruhe; Bayern: Pfarrer Fikenscher-Nürnberg; Schlesien: Prof. D. Hoffmann-Breslau; Rheinprovinz: Pfarrer Kremers-Bonn; Kgr. Sachsen: Superintendent Kröber-Pirna; Kurhessen: Pfarrer Dr. Preger-Kassel; Westfalen: Pfarrer Proebsting-Lüdenscheid; Württemberg: Stadtpfarrer Traub-Stuttgart.

Auch der Zentralausschuß für die Förderung der Sache in Österreich hat eine Änderung erfahren. Er besteht auf Grund der in Dortmund aufgestellten Satzungen aus den Mitgliedern des Präsidiums und aus 7 vom Zentralausschuß gewählten Mitgliedern. Vorsitzender ist Kirchenrat Superintendent Eckardt-Kriebitsch.

Das Präsidium hielt 29, der Zentralvorstand 6, der Gesamtvorstand 2 Sitzungen ab, und nach Möglichkeit nahmen Mitglieder des Präsidiums und Zentralvorstandes an den Hauptvereinsversammlungen teil.

Aus praktischen, nicht aus grundsätzlichen Gründen wurde am 1. Oktober der Sitz der Geschäftsführung nach Berlin verlegt (W. 35 am Karlsbad 5). Nur die Zentralkasse blieb vorläufig, und zwar längstens auf zwei Jahre noch in Halle a. S. Ohne Zweifel wird durch diese Verlegung dem Bunde eine bessere Fühlungnahme mit den Persönlichkeiten und den großen Körperschaften des evangelischen und öffentlichen Lebens und dadurch auch eine größere Schlagfertigkeit ermöglicht.

Die Verwaltungsabteilung hatte neben der Erledigung laufender Geschäfte folgende Einrichtungen zu bedienen: Die Zentralkundsstelle, welche 1911 487 Auskünfte erteilte; die Zentralberichtigungsstelle, welche in 101 Fällen Berichtigung in der Presse und Abwehrartikel ermöglichte; die Zentralbibliothek, welche ihren Bestand um 1500 Bände und ihre Broschüren auf 12500 vermehrte. Das Zeitungsausschnittarchiv bewährte sich besonders für die Redaktionen und die Abfassung aktueller Schriften. Von Rundschreiben ergingen 53 an die Mitglieder des Zentralvorstandes, die Vorstände der Hauptvereine und die verschiedenen Ausschüsse. Die Versendungsabteilung erreichte bei Vermehrung der Versendung wiederum eine Verminderung der Einzelsendungen. Im Jahre 1911 wurden versandt 13256 Briefe, Postkarten und Depeschen, 217182 Drucksachen, 18092 Postpakete und 858 Bahnballen, zusammen 249388 Sendungen (288682 im Jahre 1910).

Generalsekretär Hüttenrauch, der seit 1. Januar 1905 in den Diensten des Bundes stand, hat Ende des Jahres 1911 sein Amt als Generalsekretär niedergelegt, um in seinem Heimatland Sachsen-Altenburg das Pfarramt in Klosterlausnitz zu übernehmen. An seine Stelle ist Generalsekretär Ahlemann getreten, bisher Pfarrer in Zeyer in Westpreußen. Das Ergebnis der Jahresrechnung zeigt erfreuliche Entwicklung. Umfangreiche Unterstützungen wurden verteilt, in der Hauptsache natürlich von dem Zentralausschuß

für Österreich. Die schon erwähnte D. Friedrich-Meyer-Stiftung konnte mit 22 000 M. begründet werden und stieg im Laufe des Jahres auf über 50 000 M. Die Stiftung über das Grab hinaus erreichte eine Höhe von fast 60 000 M.

Für das Jahr 1917 plant der evangelische Bund ebenso wie der Gustav-Adolf-Verein eine Reformationsspende. Nach wie vor hat der Bund die Ausgestaltung volkstümlicher Apologetik in Bundesversammlungen, die Pflege deutsch evangelischen Lebens im Auslande und das Interesse für die evangelische Mission, besonders in den Kolonien zu fördern gesucht. Zur Prüfung des Vorentwurfs des Strafgesetzbuches unter dem Gesichtspunkt der Wahrung des deutsch evangelischen Interesses wurde ein besonderer Ausschuß eingesetzt. Dieser hat Gutachten ausgearbeitet über den sog. Kanzelparagraphen, der nach dem Entwurf in Fortfall kommen, über geistliche Wahlbeeinflussung, die als Nötigung unter Umständen strafbar sein soll, sowie über die Frage des Religions-schutzes (§ 166).

Die Preßstätigkeit umfaßt die Schriftleitung der offiziellen Bundesorgane, die Einwirkung auf die Tagespresse und die Herausgabe von Büchern, Flugschriften und Flugblättern. Das Vorstandsblatt, das zur gemeinsamen Förderung der Bundesarbeit monatlich erscheint, gibt durch Darbietungen der nötigen Unterlagen die Anregungen für die Vereinsvorstände und ihre Arbeit. Das Monatsblatt, welches von sämtlichen Mitgliedern der Hauptvereine gehalten wird, soweit sie nicht wie Baden, Württemberg und Hessen-Darmstadt eigene Blätter haben oder eine andere Praxis verfolgen, hat jetzt eine Auflage von 330 000. Die Auflage der deutsch-protestantischen Bücherschau ist auf 88 000 gestiegen, die Auflage aller Bundesblätter von 770 000 auf 800 900. Die Nachrichten für evangelische Gemeinden und Sonntagsblätter wurden an 480 Adressen versandt und brachten in 13 Nummern 124 Artikel. Die deutsch-evangelische Korrespondenz (D. E. K.) erhielt 1911 in 144 Nummern 697 Artikel und wurde an 380 Tageszeitungen und 520 persönliche Adressen versandt. Die Verlegung der Korrespondenz nach Berlin wird vor allem der Schnelligkeit der Berichterstattung zugute kommen.

Neben dem Kalender, dem „Evangelischen Volksboten“, wurden folgende Flugschriften herausgegeben:

Nr. 319/22. Das Staatsideal und die Kirchenpolitik der Katholikentage. Von P. Braeunlich.

Nr. 323/24. Dogmatische Intoleranz — bürgerliche Toleranz. Ein Beitrag zur Beurteilung des sog. Toleranzantrages. Von Landgerichtsdirektor Dr. von Campe-Hildesheim, Mitglied des Hauses der Abgeordneten.

Nr. 325/26. An Luthers Tische. Von K. Bauer, Stadtpfarrer in Donaueschingen.

Nr. 327. Ludwig Windthorst, geb. 17. Januar 1812, gest. 14. März 1891. Von Vigilius.

Nr. 328. Konstitutioneller Staat und päpstlicher Absolutismus unter Berücksichtigung des päpstlichen Motu proprio vom 9. Okt. 1911 betreffend das Gerichtsverfahren gegen Kleriker. (Anhang: Wortlaut des Motu proprio.)

Nr. 329. Evangelischer und katholischer Gottesdienst. Von Karl Onnasch, Pastor in Görlitz.

Nr. 330/331. Der Kulturkampf und Bismarck. Von Dr. phil. Karl Zuchardt, Leipzig.

Nr. 332. Die öffentliche Meinung und der deutsche Protestantismus. Von Prof. D. Hermann Scholz, Berlin.

Von der vergriffenen Nr. 37: Lipsius, Unser gemeinsamer Glaubensgrund im Kampfe gegen Rom, wurde ein dritter unveränderter Neudruck veranstaltet.

Wartburghefte erschienen:

Nr. 53. Doktor Meyer und der Evangelische Bund. Von Dr. Költzsch, Superintendent in Dresden.

Nr. 54. Doktor Meyer und die evangelische Bewegung in Österreich. Von V. Weichelt, Pfarrer in Zwickau.

Nr. 55. Die Archidiakonisse von Konstanz. Von D. A. Thoma, Karlsruhe.

Nr. 56/57. Blätter aus dem Lebensbuche Johann Sebastian Bachs. Von Armin Stein.

Nr. 58. Johann Sebastian Bach, der Tonmeister des deutschen Protestantismus. Von K. Glebe, Pfarrer zu Bochum.

In 2. Auflage wurden ausgegeben die Wartburghefte:

Nr. 8. Luthers Lebenslauf.

Nr. 21. Luther im Kampfe für das Evangelium.

Nr. 27. Philipp der Großmütige.

Nr. 34. Bonifatius und Luther.

Nr. 45. Zwölf Jahre evangelischer Bewegung in Österreich.

Die Vorträge und Reden bei der Dortmunder Generalversammlung hatten eine Auflage von 90 000 Exemplaren. Beinahe ebenso hoch war die Verbreitung der Flugschriften „Ludwig Windthorst“ von Vigilius und „Die öffentliche Meinung und der Protestantismus“ von Professor D. Scholz. Die Buchhandlung erledigte 2014 Büchersendungen an Bundesinteressenten und 1240 an Sortiments-handlungen. Starke Nachfrage war nach Ansichtskarten und Kunstgegenständen (Lutherstatuen etc.).

Der 8. Informationskursus bildete 20 Bundesredner aus. Die Abteilung für Ausbreitung erreichte es, daß mit 459 Reden der Generalsekretäre 154 Zweigvereine gegründet und 3036 Mitglieder gewonnen wurden.

Zu Werbezwecken wurden folgende Drucksachen an die Zweigvereine auf Wunsch und in beliebiger Anzahl kostenfrei zur Verfügung gestellt:

Vergleichende Übersicht der evangelischen Einwohner der Hauptvereinsgebiete und der Bundesmitglieder.

	Evange- lische Ein- wohner ¹⁾	Zweig- vereins- mitglieder	Auf 1000 E. kommen also Zweig- vereins- mitglieder	Gesamtzahl der Bundes- mitglieder	Auf 1000 E. kommen also Bundes- mitglieder
Anhalt	315 000	3 642	11,6	3 642	11,6
Baden	826 000	20 200	24	22 545	27,3
Bayern	1 436 000	12 000	8,4	12 000	8,4
Bayerische Pfalz	507 000	7 081	14	7 636	15,1
Braunschweig	464 000	5 059	12,9	5 998	12,9
Bremen	260 000	791	3	791	3
Elsaß	} 408 000	5 059	} 16,2	5 059	} 16,2
Lothringen		1 539		1 539	
Hamburg	930 000	3 176	3,4	3 176	3,4
Hessen	848 000	18 287	21,5	25 420	30,1
Lippe-Detmold	144 000	830	5,8	830	5,8
Lippe-Schaumburg	44 000	609	13,8	714	16,2
Lübeck	112 000	1 738	15,5	1 738	15,5
Mecklenburg-Strelitz	102 000	350	3,4	350	3,4
Oldenburg	372 000	1 200	3,2	1 200	3,2
Brandenburg	5 366 000	15 124	2,8	17 524	3,3
Hannover	2 505 000	12 553	5	13 153	5,3
Kurhessen	} 1 519 000	17 229	} 18,1	19 220	} 20,9
Wiesbaden-Frankfurt		10 300		12 500	
Ostpreußen	1 741 000	10 088	5,8	11 652	6,7
Pommern	1 637 000	6 248	3,8	6 556	4
Posen	647 000	10 750	16,6	11 250	17,4
Rheinprovinz	2 098 000	28 029	13,4	68 651	32,2
Sachsen, Provinz	2 830 000	28 202	10	30 582	10,8
Schlesien	2 199 000	23 516	10,6	43 629	19,8
Schleswig-Holstein	1 549 000	5 687	3,6	5 687	3,6
Westfalen	1 948 000	26 871	13,8	40 662	20,9
Westpreußen	789 000	6 459	8,2	9 459	12
Sachsen, Königreich	4 521 000	37 305	8,3	57 305	12,7
Reuß ä. L.	70 000	356	5,1	356	5,1
Reuß j. L.	147 000	345	2,4	506	3,4
Sachsen-Altenburg	208 000	2 837	13,7	2 946	14,2
Sachsen-Koburg	} 250 000	2 949	} 14,3	2 949	} 14,4
Sachsen-Gotha		628		748	
Sachsen-Meiningen	271 000	2 867	10,6	2 867	10,6
Sachsen-Weimar	394 000	4 496	11,4	4 896	12,4
Schwarzburg-Rudolstadt	99 000	601	6	601	6
Schwarzb.-Sondershausen	88 000	300	3,4	312	3,4
Waldeck	58 000	734	12,7	734	12,7
Württemberg	1 671 000	26 253	15,7	27 760	16,7
Akadem. Ortsgruppen	—	550	—	550	—
Einzelmitglieder	—	71	—	71	—
Zusammen	39 373 000	363 848	—	485 753	—
Im Durchschnitt	—	—	9,2	—	12,3

¹⁾ Anfang September sind die Ergebnisse der Konfessionsstatistik von 1910 uns bekannt geworden und zur Herstellung dieser vergleichenden Übersicht benutzt worden.

- 101 000 „Was ist der Evangelische Bund?“ (vierseitig).
- 41 000 „Der Evangelische Bund“ (zweiseitig).
- 21 000 „Der Evangelische Bund im öffentlichen Leben“ (vierseitig).
- 4 500 „Warum ich dem Evangelischen Bunde beitrat?“ (vierseitig).
- 88 000 Beitrittserklärungsformulare in Postkartenform.
- 95 000 „Kämpfe um Glauben und Heimat in Österreich“ (zweiseitig).
- 88 000 „Frohe Kunde. Der Protestantismus in Österreich ist in rastlosem Vormarsche unter tapferer Abwehr mit freudiger Opferwilligkeit durch Gottes Hilfe“ (achtseitig).

Was endlich die Mitgliederzahl betrifft, so hatte der Evangelische Bund im April 1911 in 3009 Vereinen 468 435 Mitglieder, im April 1912 in 3209 Vereinen 485 753 Mitglieder, es war mithin ein Wachstum von 200 Vereinen und 17 318 Mitgliedern zu verzeichnen (siehe Tabelle S. 428).

3. Lutherischer Gotteskasten.

Herausgeber des Vereinsorgans: Pfarrer Zindel in DorfKemmathen, Post Wittelshofen (Mittelfranken).

Die Delegiertenkonferenz der verbündeten Lutherischen Gotteskasten fand am 10. und 11. Sept. 1912 zu Rudolstadt statt. Eröffnet wurde die Konferenz durch einen Gottesdienst in der Lutherkirche mit einer Predigt von Pastor Schulze-Lomar. Bei den Verhandlungen wurde zunächst über die Mecklenburger Hilfskasse für tschechische und mährische Gemeinden berichtet. Es handelt sich dabei einmal um die Unterstützung bestimmter Gemeinden und Predigtstationen, dann aber auch neuerdings um die Sammlung von kleinen Häuflein von Glaubensgenossen an Orten, wo früher keine Spur von ihnen vorhanden war, eine Aufgabe, die auch deshalb als brennend empfunden wird, weil die Reformierten dort festen Fuß zu fassen suchen.

Das Lutherstift in Königgrätz, worüber P. Dr. Ahner berichtete, ein Pensionat für lutherische Gymnasiasten, bedarf dringend eines Neubaus, weil das Haus völlig baufällig geworden ist. Für den Neubau, welcher 70—80 000 Kronen erfordert, sind 40 000 Kronen vorhanden. Für den Rest soll die Hilfe des Gustav-Adolf-Vereins erbeten werden, der auch bisher schon Hilfe geleistet hat. An dem Grundsatz, nur solchen Schülern der höheren Klassen Stipendien zu geben, von denen man mit Sicherheit voraussehen kann, daß sie dem Vorsatz, Theologie zu studieren treu bleiben, wurde festgehalten und demgemäß nur einem Gymnasiasten ein Stipendium gewährt.

Für das Alumnëum in Wallachisch-Meseritz hingegen konnte mehreren Gymnasiasten eine Unterstützung gewährt werden, und es steht zu hoffen, daß auf diesem Wege der immer mehr notwendig werdende Nachwuchs für das geistliche Amt wenigstens in etwas gefördert werden kann. Aus gleichem Anlaß gewährte die Stipendienkasse der verbündeten Gotteskastenvereine ca. 3000 M. für in Wien studierende Theologen. Die große Zahl der Bewerber bewirkte zwar, daß die Beihilfen bis auf 100 bzw. 60 Kronen herabgesetzt werden mußten. Aber dies Verfahren wurde der Bewilligung großer Beihilfen an einige wenige vorgezogen. Die Nachfrage nach Gotteskasten-Stipendien zum Studium auf deutschen Universitäten war im laufenden Rechnungsjahr weder aus Österreich noch aus Ungarn sehr groß, so daß die Mittel der Kasse nicht erschöpft wurden. Für die Stipendiaten wurde neben Erlangen, Leipzig und Wien auch Göttingen freigegeben.

Das unter der Leitung der Brüder Fischer stehende Schülerheim in Eger, welches einheimische deutsche Kräfte für den Kirchen- und Schuldienst heranziehen soll, entwickelte sich erfreulich und besserte sich auch in bezug auf die Finanzen. Es ist für die Folgezeit von dem lutherischen Gotteskasten im Fürstentum Reuß unter besondere Pflege genommen.

Die Zentralkasse für die österreichischen Vikariate übernahm das Vikariat Strammberg in Nordost-Mähren zu den bisherigen Gemeinden hinzu. Über die Gemeinde Tylau wurde die Beschlußfassung zurückgestellt. Von der Gemeinde Leitmeritz an der Elbe konnte berichtet werden, daß die Kirchbauschuld bis 1914 getilgt sein wird. Unerfreulich ist die aus den verschiedensten Gründen erfolgte Loslösung der Gemeinde Lobositz von Leitmeritz, welche sich, wie es scheint, aus politischen und anderen Gründen an Trebnitz angeschlossen hat. Da die Gemeinde mit Gotteskastenmitteln fundiert ist, bzw. noch heute in finanzieller Abhängigkeit vom Gotteskasten steht, werden sich noch langwierige Auseinandersetzungen vermögensrechtlicher Art ergeben, die auch für andere Verhältnisse gewisse Bedeutung haben werden. Versuche, gelegentlich der Lutherischen Konferenz in Upsala für den Lutherischen Gotteskasten zu wirken, haben nicht den gewünschten Erfolg gehabt, weil eine gewisse Antipathie der skandinavischen Lutheraner gegen die Verbindung mit deutschen Gemeinden vorliegt.

Als ein ganz besonders wichtiges Arbeitsgebiet des Gotteskastens kommt Brasilien in Betracht. Um die Sache dort auszudehnen, hat der Präses der brasilianischen Synode, Pastor Kuhr, sein Amt als Reiseprediger in vollem Umfang wieder aufgenommen, und es ist ihm gelungen, in kurzer Zeit zwei Synodalgemeinden und sieben Predigtplätze zu gründen und so 5—600 Seelen in Pflege zu nehmen. Als neue Gemeinde wurde die bisher von einem Pseudopfarrer verwaltete Gemeinde Rio Negro in der Provinz Parana übernommen. Die geplante brasilianische Pensionskasse

ist bei der gerichtlichen Eintragung der Satzungen unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnet. Es wurde darum beschlossen, eine doppelte Einrichtung zu treffen: Von der brasilianischen Synode soll eine Pensionskasse für Emeriten, Witwen und Waisen als Pflichtkasse der dortigen Geistlichen nach brasilianischem Recht gegründet werden. Neben diese soll in Deutschland eine Hilfskasse als eingetragener Verein treten. Da erst ca. 23 000 M. vorhanden sind und da es sich um 16 Pastoren und ihre Angehörigen handelt, so sind die in den Satzungen festgestellten Leistungen noch außerordentlich gering, und es muß im Ernstfalle für außerordentliche Zuschüsse gesorgt werden. Bedauerlich bleiben die Reibungen zwischen den Pastoren der verschiedenen Korporationen drüben in Brasilien, worüber das Organ: „Der lutherische Gotteskasten“ ausführlich berichtet. Leider ist auch Propst Lic. Braunschweig, für den der Vorsitzende des Gustav-Adolf-Zentralvorstandes auf der Posener Tagung eine Lanze brach, mit hineingezogen worden.

Auf einem Gemeindeabend wurden Bilder aus der Diaspora in Böhmen, Franken und Brasilien gezeigt. Auf der Konferenz des 2. Tages kamen die Gemeinden Mülhausen i. E., die Diaspora in Bayern mit ihren zahlreichen Gemeinden, die Gemeinden im Fürstentum Lippe, in Mähren und Pilsen zur Sprache. Besonders gedacht wurde des Neubaus des Diakonissenhauses in Preßburg, der auf 4—500 000 Kronen veranschlagt ist, wovon aber nur die Hälfte vorhanden ist. In Slavonien ist wegen der Konkurrenz durch die Methodisten die Reisepredigt sehr wichtig. In Frankreich wird die deutsche lutherische Gemeinde in Paris, die Innere Mission, der Kirchbau in Elbeuf unterstützt. Von den 12 Haupt- und Nebenstationen der Inneren Mission sind einige schon zu förmlichen Gemeinden herangewachsen. Leider sind die Einnahmen nicht groß genug, um allen Anforderungen zu genügen.

So mußte auch einer Gruppe von ausgetretenen Priestern, welche gesonnen sind, auf Grund der Augsbургischen Konfession, aber mit Beibehaltung der mit dem Evangelium verträglichen Zeremonien, dem katholischen Volk die Wohltaten der Reformation zu bringen, der Anschluß versagt werden. Als selbständige evangelisch-gallikanische Mission werden sie ihre Haupttätigkeit in Paris selbst und unter dem Landvolk der Normandie entfalten.

Wie die Reisepredigt der Jowasynode in Nordamerika wurde auch die der Immanuelsynode in Australien unterstützt. In Westaustralien wäre ein zweiter Reiseprediger durchaus nötig. Vier Predigtstationen sind vorhanden, es müßten aber wenigstens zehn sein. Auch in Tasmanien wächst die Arbeit. In der australischen Synode sind gegenwärtig 72 Gemeinden mit 19 Pastoren und drei Missionaren vereinigt. Der Bund mit der deutschen und skandinavischen lutherischen Synode von Queensland wurde weiter befestigt, und es ist zu hoffen, daß ihm in absehbarer Zeit noch andere

Adressen der Vorstände der verbundenen Lutherischen Gotteskasten.

Name des Vereins	Vorsitzender	Schriftführer	Kassenführer
Bayern, Lutherischer Gotteskasten	Dekan Knappe, Roth a. S. (Mittelfr.) Leiter des brasilian. Hilfswerkes: Kirchenr. Stirner, Rothenburg o. T. Kirchenr. Buschmann, Braunschweig	Pfarrer Kraus, Kirchensittenbach bei Hersbruck (Mittelfranken)	Pfarrer W. Schmidt, Häßlingen bei Öttingen am Ries
Braunschweig, Luth. Gotteskasten	Pfr. Ihme, Bärenthal (Lothringen)	P. Runge, Heyen bei Halle in Braunschweig	
Elsaß-Lothringen, Gesellschaft für Innere und Äußere Mission		Pfarrer Wagner, Straßburg, Jung-St.-Peterplatz 5	
Hamburg, Luth. Gotteskasten	P. Höck, Hamburg 5 Stiftsstr. 47	Prof. Dr. Hoppe, Hamburg 22, Richardstraße 56	W. Collasius, Hamburg 1, Neuer Wall 90.
Hannover, Luth. Gotteskasten	P. em. Greve, Hannover, Militärstr. 9	Sup. a. D. Rasch, Hannover, Militärstraße 18	
Hannover, Lutherverein in Stade	Senior v. Staden, Stade (Hannover)	P. Heyderich, Grünendeich bei Steinkirchen (Hannover)	
Hessen-Kassel. L. Gotteskasten	Metropolitan Dettmering, Nieder- walgern (Oberhessen)	P. Spanuth, Deckbergen (Schaumb.) 2. Schriftf. Pfr. Naumann, Dreihausen	Pfarrer Trautwein, Großfelden in Oberhessen
Lauenburg, Luth. Gotteskasten	— Pastor Giesecke, Aumühle (Bezirk Hamburg)		
Lippe, Luth. Gotteskasten	Sup. Peters, Bad Salzuflen	P. Schramm, Bergkirchen b. Schötmar	Bürstenfabr. W. Kuhlmann, Lemgo
Mecklenburg, L. Gotteskasten	Kons.-Rat D. Lindemann, Güstrow	Präpositus Pamperrien, Güstrow	
Oldenburg, Luth. Gotteskasten	Kirchenr. Auerbach, Gera-Untermhaus Oststraße 411	Pastor Tönniesen, Rüstingen	Buchhändler Amd, Rüstingen
Reuß, Luth. Gotteskasten	P. Dr. Ahner, Leipzig-Reudnitz, Oststraße 411	Lic. theol. P. Priegel, Thiespitz, bei Gera, Reuß j. L.	E. Siedel, Kaufmann, Dresden-Altstadt, Neumarkt 12
Sachsen, Luth. Gotteskasten	P. Langreen, Groß-Flintbeck, Post Voorde (Bez. Kiel)	P. Haßelmann, Hürup (Kreis Flensburg)	Prof. Dr. Otte, Itzehoe, Karlstr. 9
Schleswig-Holst., L. Gotteskasten	P. Kröber, Reichstädt (Sachsen-A.)	P. Fontius, Jägerndorf (Sachsen-A.)	Der Vorsitzende
Thüringen, Luth. Gotteskasten	Stadtpfarrer John, Stuttgart, Feuerseeplatz 7	Pfr. Helbling, Rohr b. Stuttgart	Kaufmann Winter, Stuttgart, Neue Weinsteige 10
Württemberg, L. Gotteskasten			
Außerhalb des Verbandes: Der Evang.-Luth. Gotteskasten in Preußen	P. Kötze, Witten a. d. Ruhr	P. Worbes, Wernigerode a. H.	Rentier A. W. Riemer, Cölh- Lindenthal, Stadtwaldgürtel 63

Synoden beitreten. Bemerkenswert ist noch, daß die australische Immanuelsynode mit großem Erfolg zwei Missionsstationen unter den Eingeborenen unterhält. Von den lutherischen Freikirchen in Preußen bedürfen 14 der Unterstützung. Im Großherzogtum Baden wird eine Kirche für Baden-Baden und für die Schweiz eine solche in Zürich geplant.

Die Kassenverhältnisse haben sich gebessert, was im wesentlichen auf die dem hannoverschen Gotteskasten bewilligte Kollekte für die hannoversche Diaspora zurückzuführen ist.

Übersicht über die Tätigkeit der Lutherischen Gotteskasten i. J. 1911.

Der Lutherische Gotteskasten in	Ein- nahmen 1911.	Ausgaben für						
		Dia- spora deut- scher Landes- kirchen	Frei- kirchen in Dtschl.	Öster- reich- Ungarn	Sonst. europ. Länder	Außer- europ. Länder	Ausbil- dung v. Predig. und Lehrern	Sonst. Zwecke u. Ver- waltgsk.
Bayern	20987	5132	2780	3704	900	5771	1260	1399
Braunschweig . . .	1028	125	50	355	—	268	120	106
Elsaß-Lothringen . .	8071	5063	407	458	541	1092	50	439
Hamburg	9359	1400	480	2535	355	2408	400	1425
Hannover, und zwar								
a) Hann. Gottesk.								
mit Verden . . .	23347	13274	2826	2740	226	1943	1554	868
b) Lutherv. Stade	2913	675	1	1190	100	422	150	174
Hessen-Kassel . . .	1058	130	—	200	175	280	115	60
Lauenburg	555	—	—	275	—	125	—	15
Luth. Hilfsv. Lippe	470	140	25	80	50	130	40	—
Mecklenburg	9794	975	1350	2710	1075	1100	1750	834
Oldenburg	480	125	—	105	—	50	50	150
Reuß	1949	225	675	175	50	200	275	49
Sachsen	26733	1411	3743	8013	1550	3672	1665	5847
Schleswig-Holstein .	5684	953	981	540	—	839	—	521
Thüringen	981	—	125	200	150	169	155	182
Württemberg	5790	695	1183	1520	400	950	—	399
Summa M	119199	30323	14626	24800	5572	19419	7584	12468

4. Reformierter Bund für Deutschland.

Geschäftsstelle: Fabrikant Karl Engel, Freudenberg bei Siegen.

Der Reformierte Bund ging aus der im Jahre 1850 gegründeten reformierten Konferenz hervor. Diese reformierte Konferenz, welche erstmalig am 13. September 1850 zu Stuttgart stattfand, bestand in einer Zusammenkunft der reformierten Teilnehmer am Evangelischen Kirchentag. Sie führte 1851 zur Gründung der Reformierten Kirchenzeitung, welche von Prof. D. Ebrard und später von Männern wie Göbel, Birkner, Konsistorialrat Telemann, Calaminus, Prof. D. Müller, Stursberg geleitet wurde und jetzt Pastor Lang in Barmen zum Redakteur hat. Die Versammlung, welche anläßlich des Zwingli-Jubiläums vom 19.—21. August 1884 zu

Marburg stattfand, führte einen festeren Zusammenschluß herbei, und zwar nicht nur von einzelnen Personen, sondern auch von reformierten Kirchenkörpern und Gemeinden. So entstand der „Reformierte Bund“, der die Pflege des inneren Lebens und die Wahrung des äußeren Bestandes der reformierten Kirche in Deutschland zu seiner Aufgabe machte. Der Name wurde von einem in Elberfeld im Jahre 1877 mit gleichem Zwecke gegründeten Verein entlehnt. Während bei der ersten Tagung des Bundes im Jahre 1885 in Elberfeld zwei Synoden, zwei Vereine, 7 Gemeinden und 180 Einzelmitglieder dem Bunde angehörten, sind es heute 4 Synoden, 9 Vereine und 105 Gemeinden mit ca. 280 000 Seelen, welche dem Bunde angehören. Seine literarische Vertretung führen 12 Zeitschriften, das Zentralorgan ist die Reformierte Kirchenzeitung. Der Reformierte Bund steht mit vollem Bewußtsein auf dem Boden der Union und ist der Überzeugung, daß die beiden Strömungen der Reformation, um das Leben der Kirche gesund zu erhalten, einander ergänzen müssen, und daß sie das am besten können, wenn sie ihre Eigenart möglichst ausarbeiten. Die Bekenntnisgrundlage des Reformierten Bundes ist nach § 1 seiner Satzungen das Wort Gottes Alten und Neuen Testaments; er „erkennt die Bekenntnisschriften der reformierten Kirche in Deutschland, insbesondere den Heidelberger Katechismus, als rechte und reine Schriftlehre“ an, er verwirft den Religionshader, sucht aber die Bekenntnistreue zu erhalten und gesundes, schriftmäßiges Glaubensleben zu pflegen. Seinem Charakter gemäß hält er sich von dem kirchlichen Parteileben fern.

Moderator des Bundes ist zur Zeit Sup. a. D. Pastor Calaminus in Elberfeld, einer seiner Gründer, und der rechtliche Sitz des Bundes ist ebenfalls in Elberfeld, die Geschäftsstelle führt Fabrikant Karl Engel in Freudenberg bei Siegen. Die letzte Tagung fand 1911 in Detmold statt, die nächste soll vom 14.—18. Oktober 1913 in Wesel sein und wiederum mit einem Ferienkursus verbunden werden.

Im Jahre 1912 sind 11 Gemeinden dem Reformierten Bund beigetreten, so daß sich der Bestand desselben nicht unwesentlich vermehrt hat. Das reformierte Studenten-Konvikt in Halle a. S., zu dem der Reformierte Bund Beziehungen unterhält, hat einen großen und schönen Neubau erhalten, der mit Räumen für die Vereinsarbeit in der (ref.) Domgemeinde verbunden ist. Das vom Bund unterhaltene Diakonissenhaus in Detmold sieht die Zahl seiner Schwestern stetig wachsen, so daß es einer Erweiterung bedarf.

5. Gesellschaft zur Ausbreitung des Evangeliums unter den Katholiken.

Geschäftsstelle: Pfr. Dr. Busch, Frankfurt a. M.-Sachsenhausen.

Die Ausbreitungsgesellschaft hat allem Anscheine nach innerlich und äußerlich gute Fortschritte zu verzeichnen; äußerlich in-

folge des wachsenden Verständnisses weiterer Kreise in der evangelischen wie katholischen Kirche, innerlich infolge der richtigeren Erkenntnis der für die Evangelisationsarbeit an Katholiken einzuschlagenden besonderen Wege. Es steht zu hoffen, daß es ihr immer mehr gelingt, der katholischen Kirche das Evangelium nahe zu bringen.

Die Jahresversammlung, welche vom 13.—15. April unter reger Anteilnahme von auswärtigen Deputierten und der evangelischen Bevölkerung in Witten stattfand, war ein Beweis dafür. Bei der Vorbesprechung legte der Geschäftsführer Pastor Rambaud die Hauptziele der Gesellschaft dar und gab die durchaus verschiedenartigen Mittel und Wege für die Evangelisationstätigkeit unter den verschiedenen Arten der römischen Katholiken an, die sich schon ganz natürlich in zwei Teile spalten, diejenigen, welche in evangelischer Umgebung und die, welche in rein katholischen Gegenden leben. Im Festgottesdienst predigte Pastor Dr. Busch-Frankfurt über Apg. 19, 1—7 über die Verpflichtung der evangelischen Kirche, den katholischen Volksgenossen Anteil an dem Reichtum, welchen Gott uns im Evangelium gegeben hätte, zu geben. Bei der Festversammlung erstattete der Schriftführer Pastor Fliedner den Jahresbericht und Pastor Rambaud hielt den Hauptvortrag über die lange Zeit versäumte Aufgabe der evangelischen Christenheit Deutschlands. Er schilderte die große Unkenntnis, die in weiten katholischen Kreisen über die wichtigsten Grundlehren des Evangeliums herrscht, konnte aber auch die erfreuliche Tatsache mitteilen, daß jetzt zum ersten Male ein rein katholischer Verein in Deutschland, die Kraus-Gesellschaft in München, es unternommen habe, Neue Testamente und Bibelteile in katholischer Übersetzung unter den Glaubensgenossen zu verbreiten. Auch sei die unter dem Sammelnamen Modernismus bekannte Bewegung der katholischen Kirche viel tiefer und stärker, als man gemeinhin annähme. Diesen suchenden Seelen gelte es durch persönlichen Verkehr, durch schriftlichen Austausch und Vermittlung geeigneter Schriften entgegenzukommen. Da läge auch die Aufgabe der Ausbreitungsgesellschaft für die nächste Zukunft. Den Schluß bildete ein Bericht über die sichtlich aufblühende Italienermission, welche dank der Arbeit vieler freiwilliger Mitarbeiter und eines italienischen Sendboten, trotz der schweren Erkrankung des eigentlichen Berufsarbeiters Hüllweck einen erfreulichen Fortgang genommen hat. An einem Ort im Siegerlande konnte schon ein kleines Vereinshaus in Gestalt einer Wellblechbaracke errichtet werden. Im weiteren Verlauf der Tagung wurde über die zahlreichen eingewanderten katholischen Ausländer: Polen, Tschechen, Slovaken etc., welche in Eisenhütten und Bergwerken arbeiten, verhandelt. Der Verpflichtung auf evangelischer Seite, ihnen das Evangelium zu bringen, stände auch ein offenkundiges Bedürfnis auf ihrer Seite entgegen. Die Kolportage von Neuen Testamenten

und Evangelien in den verschiedenen Sprachen hat naturgemäß mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, hat aber in den verschiedensten Teilen Deutschlands gute Erfolge aufzuweisen.

Die Jahresrechnung schließt zwar wieder mit einem Fehlbetrag ab, aber das augenscheinliche Interesse für die Sache wird der Gesellschaft darüber hinweghelfen. Interessenten seien auf das schon 78 Nummern umfassende Verzeichnis von Schriften für die Arbeit an den Katholiken verwiesen. Vier Vorträge, welche von seiten des Geschäftsführers Pastor Rambaud vor einem durchweg katholischen Zuhörerkreis in München gehalten sind, sind unter dem Titel „Super nebula stella“ im Selbstverlag Homburg (Taunus) Dorotheenstraße 43 erschienen.

6. Bibelgesellschaften.

Ein Teil unserer Bibelgesellschaften lebt in der Zeit der Hundertjahrfeiern, und es ist ein schönes Zeichen für ihre Rührigkeit, daß sie alles daransetzen, diese Feste durch Neuherausgabe von Bibelausgaben und durch Ausgestaltung ihrer Einrichtungen zu feiern. Naturgemäß ist die Textfrage und die Verbreitungsfrage das Wichtigste dabei. Wie in der Behandlung des Textes die größtmögliche Genauigkeit, so muß, was die Ausbreitung anlangt, die größte Findigkeit herrschen. Leider scheint bei den meisten Gesellschaften die Verständigung mit dem Buchhandel noch nicht erfolgt zu sein, und es bleibt zu erwägen, ob dies nicht gerade bei diesen besonderen Gelegenheiten und den dabei der Öffentlichkeit übergebenen Ausgaben in die Wege geleitet werden kann. Wie mancher wird zur Bibel und zum Neuen Testament greifen, wenn er sie in der Auslage der Buchhändler bequem zur Hand nehmen kann. Der Umweg des Bestellens ist den meisten zu weit, und er ist auch nicht ganz sicher dabei, nicht eine längst veraltete Ausgabe in schadhaftem Einband zu bekommen. Natürlich kommt auch vieles auf die Ausstattung an. Wir sind zwar darin gegen früher schon viel weiter gekommen. Aber wäre es nicht möglich, gerade auch wieder bei den besonderen Anlässen Preisausschreiben für die künstlerische Ausgestaltung auch der allereinfachsten Einbände zu veranstalten? Könnte die Zeit nicht wieder kommen — und künstlerische Kräfte haben wir ja doch genug dazu — wo die Bibel wieder das künstlerisch am besten und mannigfaltigsten ausgestaltete Buch wäre?

Die Verbreitung der Bibel hat nach der folgenden Tabelle auch im letzten Jahre wieder zugenommen und es ist vieles geschehen, um den Bedürfnissen der Menschheit nach dem Buch der Bücher entgegenzukommen. Möchte aber auch das Bibellesen und das ernste Bibelstudium gleicherweise zunehmen!

Gesamt-Bibelverbreitung in Deutschland im Jahre 1911.

Nur die Bibel-druckenden Bibelgesellschaften und diejenigen, welche Exemplare aus dem Auslande beziehen, sind hier aufgeführt; die Verbreitung der andern ist in den unten aufgeführten Zahlen mit inbegriffen.

Bibelgesellschaften	Bibeln	N. Test.	Teile	Summa
1. Britische und Ausländische Bibelgesellschaft: Gesamtabsatz in Deutschland: 369 362 Expl., davon an produzierende Gesellschaften geliefert: 14 937 Bibeln, 11 745 N. Test., 56 245 Teile, mithin	55 985	159 302	71 148	286 435
2. Preuß. Hauptbibelgesellschaft: Gesamtabsatz 210 569 Expl., davon nach Dresden 23 000 Bibeln	103 093	84 230	246	187 569
3. Priv. Württ. Bibelanstalt: Gesamtabsatz 553 101 Expl., davon an produzierende Gesellschaften und nach dem Auslande geliefert: 41 325 Bibeln, 122 049 N. T., 16 220 Teile, mithin	116 907	215 802	40 798	373 507
4. Bergische Bibelgesellschaft	43 823	61 350	7 223	112 396
5. Sächsische Hauptbibelgesellschaft	36 540	20 273	2 801	59 614
6. v. Cansteinsche Bibelanstalt, Halle	28 702	4 862	—	33 564
7. Zentral-Bibelverein, Nürnberg	5 238	6 815	135	12 188
8. Schlesw.-Holsteinische Bibelgesellschaft, Amerikan. Bibelgesellschaft, Hamburg-Altonaer Bibelgesellschaft und Privatverleger, annähernd	30 000	30 000	5 000	65 000
9. Schottische National-Bibelgesellschaft	6 153	24 335	203 658	234 146
Gesamtverbreitung 1911	426 441	606 969	331 009	1 364 419
„ 1910	418 387	609 587	333 823	1 361 797
Verbreitung auf 1000 der Bevölkerung	—	—	—	21

Die Württembergische Privilegierte Bibelanstalt.

Geschäftsstelle: Stuttgart, Christophstr. 6.

Das 99. Berichtsjahr zeigt wiederum ein Wachstum in der Bibelverbreitung, hat doch die Württembergische Bibelgesellschaft in demselben 158 232 Bibeln, 337 851 Neue Testamente, 56 575 Bibelteile und Biblische Lesebücher, sowie 443 Bibeln in Blindenschrift verbreitet. Das sind im ganzen 553 101 Heilige Schriften, eine Zahl, welche die Verbreitungsziffer des vorigen Jahres wieder um mehr als 26 000 übersteigt. Davon wurden 39 106 zum ermäßigten Preis und 2975 vollständig unentgeltlich, hauptsächlich an Kranken- und Rettungshäuser, sowie an Männer-, Jünglings- und Jungfrauenvereine, mit einem Preisnachlaß von zusammen 28 534 M. abgegeben. Etwas mehr als 100 000 Heilige Schriften fanden ihre Verbreitung in Württemberg selbst, 133 000 gingen

an verschiedene deutsche Bibelgesellschaften, denen die Württembergische dadurch einen großen Dienst tut. Württemberg selbst gehört heute zu den am besten mit Bibeln versehenen Ländern. Während es vor 18 Jahren noch möglich war, daß in einem Pfarrdorf des Remstales über 100 Familien ohne Bibeln gefunden wurden, dürfte es heute kaum ein Haus geben, in welchem die Bibel fehlt. Auch wird in allen evangelischen Gemeinden Württembergs den Brautpaaren eine Bibel überreicht, auf dem Lande fast durchweg die Schnorrbilderbibel. Wie an Konfirmanden und Sonntagsschulen wurden auch an die Mannschaften des Württembergischen Armeekorps Neue Testamente verschenkt. Für die Blinden wurde eine Sonderausgabe der Bergpredigt in Brailleschem Blindendruck veranstaltet und diese wie alle Blindenbibelteile zur Hälfte der Selbstkosten abgegeben. Zu den illustrierten Ausgaben, welche stark begehrt waren, trat ein billiges Taschentestament mit 35 schönen Bildern aus dem Heiligen Lande (Palästinabildertestament) zum Preis von 30 Pf. Wichtige Neuerscheinungen sind endlich zwei neue Taschenbibeln, eine auf gutem dünnen Schreibpapier gedruckte sog. Studienbibel mit breitem Rand zu Notizen und dieselbe Ausgabe auf extra dünnem Papier ohne diesen Rand die sog. Miniaturbibel, welche nunmehr die dünnste deutsche Taschenbibel mit Luthertext und Parallelstellen darstellt. Die Buchbinderei, in welcher 70 Personen beschäftigt sind, wurde durch Aufstellung einer neuerfundenen ganz automatischen Bogenfalzmaschine mit 18000 Bogen Tagesleistung vervollständigt. Die zum Jubiläum geplante billige Bibelausgabe mit vollem Luthertext und kurzen volkstümlichen Erklärungen ist in Angriff genommen. Sie steht unter der Redaktion von Pfarrer Ad. Langbein. Eine hebräisch-griechische Textausgabe, welche in Lieferungen erscheinen soll, ist von Professor D. Nestle in die Hand genommen. Hoffentlich ist sie nicht durch seinen inzwischen erfolgten Heimgang in Frage gestellt. Der Norddeutschen Missionsgesellschaft wurde ein erheblicher Beitrag zu den Übersetzungskosten der von D. Spieth übersetzten Ewebibel gewährt. Der ins Auge gefaßte Jubiläumsfonds soll gemäß dem Beschluß des Verwaltungsrates zur Unterstützung evangelischer Missionen bei Herausgabe Heiliger Schriften in den Sprachen der deutschen Kolonien dienen. Zum Vorsitzenden der Bibelanstalt wurde an Stelle des heimgegangenen Prälaten D. von Weitbrecht Stiftsprediger Römer gewählt. Den Gesamteinnahmen von 475 948,45 M. entsprach eine Ausgabe von 475 160,86 M.

Die Preußische Haupt-Bibelgesellschaft.

Geschäftsstelle: Berlin C., Klosterstr. 65/67.

Die Preußische Haupt-Bibelgesellschaft hat im Jahre 1911 das erfreuliche Ergebnis erzielt, daß die Zahl der abgesetzten Bibeln

wieder erheblich größer als im Vorjahr war, wenn auch die Verbreitung Neuer Testamente eine geringe Abnahme erfuhr. Es wurden ausgegeben 126 093 Bibeln, 84 230 Neue Testamente, 246 Psalter, im ganzen 210 569 Bücher. Darunter waren 97 000 Bibeln und 82 000 Neue Testamente zu erheblich ermäßigten Preisen.

Von den ausgegebenen Heiligen Schriften wurden verbreitet:
92 495 Bibeln und 37 662 Neue Testamente durch Bibelgesellschaften, Kirchen und Agenten,

17 827 Bibeln und 19 375 Neue Testamente durch den Buchhandel,

5 234 Bibeln und 10 370 Neue Testamente im Heere,

10 537 Bibeln und 16 823 Neue Testamente durch Einzelverkauf im Magazin.

Da die Mitteilung des sprachlich revidierten Bibeltextes sich noch verzögert hat, so konnten die im vorigen Bericht angeführten Bibelausgaben nicht in Angriff genommen werden. Geplant ist die Herstellung eines griechischen Neuen Testaments nach dem vom Senior der Direktion Professor D. Bernhard Weiß bearbeiteten Text. Es soll besonders den Gymnasien empfohlen werden. Die Anteilnahme der Bibelgesellschaften und Agenten war nach wie vor bei der Verbreitung der Bibelausgaben eine ziemlich bedeutende, während der Verkehr mit den Buchhandlungen abgenommen hat. Im Heer wurden Neue Testamente in gleicher Höhe verbreitet, während der Bibelvertrieb abnahm. Erfreuliche Zunahme zeigte die Konfirmationsbibel mit illustriertem Widmungsblatt. Die Traubibel wurde in 39 141 Exemplaren verbreitet, worunter sich 2737 Schnorrbibeln fanden. Trotzdem die Zahl heruntergegangen ist, was wohl mit der auch anderweitig bestätigten geringeren Zahl stattgefundener Trauungen zusammenhängt, ist doch die Zahl der Gemeinden, welche Traubibeln verbreiten, gestiegen. Von der Kunstdruckbibel der Reichsdruckerei wurden leider nur 68 Expl., und zwar hauptsächlich durch den Buchhandel abgesetzt. Um den Buchhandel mehr zu interessieren, sind die Preise wesentlich heraufgesetzt. Die ungebundenen von 12 auf 15 M., die gebundenen von 20; 22,50; 40 M. auf 25; 27,50; 50,50 M. Die Nachfrage nach dem alten Text war verhältnismäßig gering. Der Norddeutschen Missionsgesellschaft wurde anlässlich ihres 75. Jubiläums eine Beihilfe von 5 000 M. zur Textrevision übergeben und durch einen Vertreter beim Jubiläum überreicht.

Im Bibelblatt erschienen folgende Aufsätze: Die Nürnberger Bibelrevision des Dr. W. Hopf aus den Jahren 1847—1852 und die Bibeldrucke Deutschlands in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (mit einer Tabelle und Erläuterungen beider Beiträge von Lic. E. Breest). Der Kassenabschluß weist eine Einnahme von 423 028,69 M. und eine Ausgabe von 414 051,67 M. auf.

Die Sächsische Haupt-Bibelgesellschaft.

Geschäftsstelle: Dresden, Zinzendorfstr. 17.

Die Verbreitung der Bibel durch die Sächsische Haupt-Bibelgesellschaft hat sich im Jahre 1911 wiederum gesteigert, und zwar von 51111 auf 59614, mithin um 8503 Stück. Hatte im Jahre 1910 die Zahl der Neuen Testamente zugenommen, so hat sich im Jahre 1911 die Verbreitung der ganzen Bibel um 29 % gesteigert, Neue Testamente wurden 581 mehr, Teile 347 weniger abgesetzt. Von den 36540 Bibeln (im Vorjahr 28271) waren 19622 Traubibeln (Vorjahr 12469), Schulbibeln und Konfirmandenbibeln 15653 (Vorjahr 14864). Unter den Traubibeln waren 3738 mit den Schnorrnschen Bildern ausgestattet, in 13377 Fällen wurde die Großoktavausgabe bevorzugt, in 1416 die Mitteloctavausgabe, und in 4829 die Kleinoktavausgabe.

Die Steigerung der Traubibelziffer findet dadurch ihre Erklärung, daß die Haupt-Bibelgesellschaft an sämtliche Kirchenvorstände mit einer dringenden Bitte herantrat. Zahlreiche Gemeinden gingen auf die Anregung ein, und die Bibelgesellschaft ihrerseits zeigte auch mit neuen Ausgaben größtes Entgegenkommen. Starke Nachfrage bestand besonders nach illustrierten Traubibeln, während von den besseren Taschenbibeln auf extra dünnem Papier und von den teuren Geschenkausgaben wie von den Perlbibeln fast gar keine begehrt wurden. Die Biblia hebraica ed. Kittel wurde fast in ihrem ganzen Bestande aufgebraucht und mußte ergänzt werden. Von den Neuen Testamenten war die billige Zehnpfennigausgabe besonders beliebt. Leider erfordert sie den größten Zuschuß, nämlich 200 %. Die Bildertafeln wurden wieder lebhafter begehrt. Von Bibelteilen wurden für die Lutherische Mission in Leipzig 2000 Teile des Evangeliums Marci im Moschi-Dialekt hergestellt, auch wurde der Neudruck der Tamulischen Bibel übernommen. Die Verbreitung der wendischen Heiligen Schriften ließ sehr zu wünschen übrig. Auf ein Gutachten einiger wendischer Geistlicher und der wendischen Predigerkonferenz hin wurden trotz der damit verbundenen Opfer die Preise herabgesetzt. Der Absatz hob sich daraufhin sofort. Der Jahresabschluß zeigte eine Einnahme von 128770,37 M. und eine Ausgabe von 124708,72 M. Die Zunahme der Osterkollekte, durch welche die Haupt-Bibelgesellschaft hauptsächlich in Stand gesetzt wird, die meisten Heiligen Schriften zum Teil bedeutend unter dem Herstellungspreis abzugeben, wurde dankbar begrüßt. Zahlreiche Gesuche um unentgeltliche Überlassung konnten bewilligt werden. Der Vertrieb der Heiligen Schriften erfolgte wie zuvor hauptsächlich durch die Zweiggemeinschaften. Für die Jahrhundertfeier im Jahr 1914 wird als Jubiläumsausgabe ein künstlerisch geschmücktes, von Rudolf Schäfer bearbeitetes Neues Testament vorbereitet. Ein Jubiläumsfonds soll die Kosten dafür aufbringen.

Die von Cansteinsche Bibelanstalt.

Geschäftsstelle: Halle a. S.

Die von Cansteinsche Bibelanstalt setzte im Jahr 1911 28702 Bibeln und 4862 Neue Testamente, insgesamt 33564 Exemplare gegen 35758 im Vorjahr ab, hatte also eine Abnahme zu verzeichnen. Ein Jahresbericht erscheint nicht, darum sind Einzelheiten nicht zu berichten. Nach wie vor hat aber die Bibelanstalt durch ihre tadellosen, gut ausgestatteten Ausgaben ihre hervorragende Stelle in der Bibelverbreitung gewahrt.

Die Bergische Bibelgesellschaft.

Geschäftsstelle: Elberfeld, Morianstr. 28.

Der Bericht der Bergischen Bibelgesellschaft konstatiert mit Genugtuung, daß weder die kirchlichen noch politischen Wirren des Jahres 1911 die Bibelverbreitung zu beeinträchtigen vermochten. Zwar wurden im Jahr 1911 112396 Exemplare gegen 114348 im Jahr 1910, also 2000 weniger, verbreitet, aber immerhin noch 6000 mehr als im Jahr 1909 mit 106196. Im Laufe des Jahres wurde die in Druck gegebene neue Auflage der Großoktavbibel und gegen Ende des Jahres die der Kleinoktavbibel mit je 20000 Exemplaren fertiggestellt. Zu dem Neuen Testament mit Psalmen in der Namasprache trat eine Ausgabe der vier Evangelien in der Ovambosprache, übersetzt von dem jetzt im Dienst der Reichsregierung in Deutsch-Südwestafrika stehenden früheren rheinischen Missionar Hermann Tönjes. Der im vorigen Bericht erwähnte Jubiläumsfonds ist noch nicht zustande gekommen.

Die Britische und Ausländische Bibelgesellschaft.

Geschäftsstelle: London E. C. 146 Queen Victoria Street. Für Deutschland Berlin SW., Bernburgerstr. 31.

Wenn eine Bibelgesellschaft, so muß die in der ganzen Welt arbeitende Britische und Ausländische Bibelgesellschaft die Zuckungen des Weltkörpers und die Wirren in den verschiedenen Völkern merken. Gerade das Jahr 1911/12 brachte besonders schwere Kämpfe auf sozialem wie auf politischem Gebiet. Industrielle Streiks erreichten eine kaum dagewesene Höhe, der Friede Europas war äußerst gefährdet, in China herrschte die Revolution, in Persien schlimmste Anarchie. Trotz alledem konnte die Bibelverbreitung ihren Fortgang nehmen. 100 eigene Bibelniederlagen in den wichtigsten Städten aller Länder, 1100 Bibelboten und 600 Bibelfrauen brachten die Heiligen Schriften unter unendlich vielen Mühen, Nöten und Gefahren zu Wasser und zu Lande in alle Länder der Welt. Das Heftchen „Gottes Wort in vielen Zungen“ erschien in neuer Auflage und brachte das Wort Joh. 3, 16 in 432 Schriftproben. Der Preis der Bibeln wurde nicht nach den Selbstherstellungskosten, sondern nach den Verhältnissen der gedachten

Käufer bestimmt, so daß beispielsweise ein chinesisches Neues Testament bei einem Selbstkostenpreis von 2 M. mit 50 Pfg. verkauft wurde. Den Missionen werden die Heiligen Schriften zu sogenannten Missionsbedingungen gesandt, d. h. die Missionare erhalten die Bücher frachtfrei auf ihre Stationen gesandt, bestimmen selbst nach dortigen Verhältnissen den Preis und senden den Erlös nach Abzug aller gehabten Auslagen an die Gesellschaft ein. Verbreitet wurden im Jahre 1911/12: 7394523 biblische Bücher gegen 6975886 im Jahre 1910. Davon waren 4841884 einzelne Bücher, 1584262 Neue Testamente und 968377 Bibeln. Auf die katholischen Völker lateinischer Zunge kamen 450000 Bücher, auf die deutschen und slavischen Völker Mitteleuropas 700000, auf Rußland 558000, auf Afrika 200000, auf Süd- und Mittelamerika 270000, auf Britisch-Nordamerika 210000, auf Indien 900000, auf China 1650000, letzteres trotz der großen Revolution. 8 neue Übersetzungen wurden veranstaltet und gedruckt. In Dabida, einer Mundart der Taita (Ostafrika) sind die vier Evangelien zum Gebrauch der Missionare der englisch-kirchlichen Mission veröffentlicht. Der englischen Mission auf Nord-Borneo wurden die Evangelien mit Apostelgeschichte in Beta, einer Sprache der Land-Dajaken übergeben. In Kiwai, einer auf Britisch-Neuguinea gesprochenen Papuasprache, erschien ein Evangelium zum Gebrauch der dortigen Mission. Ein anderes in Limba, der Sprache eines Negerstammes in Sierra-Leone (Westafrika), ein drittes in Lakher, der Sprache eines Stammes in den Luschai-Bergen (Assam, Hinterindien), ein viertes in dem Tschinuk-Jargon, der von verschiedenen Indianerstämmen an der Westküste von Nordamerika vom Oregon hinauf bis nach Alaska gesprochen wird. Endlich sind noch zwei neue Übersetzungen in Zigeunerdialekten zu nennen, nämlich ein Evangelium für die in Bulgarien und ein anderes für die in Deutschland lebenden Zigeuner.

An zahlreichen schon vorhandenen Übersetzungen ist weitergearbeitet, andere sind revidiert und verbessert worden. Einer solchen Revision werden z. B. unterzogen die italienische Bibelübersetzung von Diodati, das jiddische Neue Testament, die bulgarische, böhmische und slowenische Bibel, das rumänische Neue Testament. Neu übersetzt ist das Evangelium Markus in Katalonisch (Spanien). Vollständige Neue Testamente sind zum erstenmal in Nguna-Tongoa (Neue Hebriden, Südsee), Ulawa (Salomonsinseln, Südsee) und in Tschuwasisch, der Sprache eines Stammes an der Wolga (Rußland), herausgegeben worden. Die Übersetzung der Bibel in Njoro (Uganda, Ostafrika), in Njandja (Njassasee, Ostafrika) und Ibo (Südnigerien, Westafrika) gehen ihrer Vollendung entgegen. Die Übersetzung des Alten Testaments in Nipalesisch (Himalaja) macht Fortschritte. In der Mongolei unterzieht der Unteragent Larson die gänzlich veraltete mongolische Bibelübersetzung mit Hilfe eines mongolischen Prinzen Hanta Dortschi, eines

hohen Beamten am Hofe des „Bogdas“ (der Inkarnation Buddhas) einer Revision.

Die Liste der Gesellschaft enthält nunmehr 440 verschiedene Bibelübersetzungen, wovon 107 ganze Bibeln, weitere 105 Neue Testamente, das übrige einzelne biblische Bücher sind. Seit Beginn des neuen Jahrhunderts sind 86 neue Übersetzungen hinzugekommen. Einer Jahreseinnahme von 5263404 M. stand eine Ausgabe von 5601901 M. gegenüber.

Die Tätigkeit der Gesellschaft in Deutschland ist nicht als Konkurrenz für die deutschen Gesellschaften gedacht, sondern soll in erster Linie den katholischen und fremdsprachigen Gebieten zugute kommen, in welchen die Bibelverbreitung eigentlich nur durch Kolportage erfolgen kann. Auch auf diesem Gebiet machte sich im Jahre 1911 eine Steigerung von 329205 auf 369362 bemerkbar. In Berlin hat sich die Gesellschaft auf die buchhändlerische Arbeit beschränkt und überläßt die Arbeit an den großen Scharen von Ausländern, den Polen, Russen, Tschechen, Slovaken, Italienern, Griechen etc. den andern Gesellschaften.

Die Arbeit an den Auswanderern wurde an drei Punkten getrieben, in Myslowitz, in Hamburg und Bremen. In den beiden letztgenannten Städten wurde die Verbreitung auf Betreiben der katholischen Geistlichkeit durch allerlei behördliche Einschränkungen aus Rücksicht auf den konfessionellen Frieden wesentlich gehindert.

Die Amerikanische Bibelgesellschaft.

Geschäftsstelle: New York, Astor Place.

Die Amerikanische Bibelgesellschaft verbreitete im letzten Jahre 3230000 Heilige Schriften. Davon wurden 1609714 vom Bibelhaus in New York aus vertrieben, die übrigen durch die Missionen und durch die Bibeldruckereien in London, Konstantinopel, Samakow, Beirut, Bangkok, Shanghai, Chentu, Foochow, Yokohama etc. Fünf von diesen Pressen sind neu angelegt, die Zahl der fremden Sprachen stieg von 79 auf 80. Die Gesellschaft konnte unter ihren Einnahmen 306800 Doll. für Legate angeben.

Die Schottische Bibelgesellschaft.

Die Schottische National-Bibelgesellschaft verbreitete in Deutschland 6153 Bibeln, 24355 Neue Testamente, 203658 Bibelteile, in Summa 234146 gegen 234937 im Vorjahr. Auch in diesem Jahr ist die Verbreitung der einzelnen Bibelteile, welche eine Spezialität der Gesellschaft bildet, in die Höhe gegangen.

7. Christlicher Zeitschriftenverein.

Geschäftsstelle: Berlin SW., Alte Jakobsstr. 129.

Nicht mit Unrecht bezeichnet der Jahresbericht des Christlichen Zeitschriftenvereins die Arbeit des Vereins als einen Deich-

wachtdienst gegen die Mächte der Irreligiosität, vor allen Dingen auch gegen die Sozialdemokratie. Es sind respektable Leistungen, Leistungen, die der Verein jahraus jahrein aufzuweisen hat.

Was die Blätterverbreitung anlangt, so hat die Gruppe der Sonntagsblätter gegen das Vorjahr einen Zuwachs von 4000 Exemplaren erfahren. Es hat sich sowohl bei den Stammausgaben für die Provinz als auch bei den Sonderausgaben für einzelne Kirchenkreise und die Gemeinden die autoritative Stellung gezeigt, welche die Sonntagsblätter einmal gegenüber der für das kirchliche Leben verständnislosen Tagespresse und sodann auch gegenüber den rein erbaulichen Blättern haben. Nicht mit Unrecht bittet der Jahresbericht gegenüber vorsehnlichen Blättergründungen um Beachtung der Gepflogenheiten, die im ehrenwerten geschäftlichen Verkehr üblich sind. In manchen Gemeinden genügen die vom Verein bereits für 195 Gemeinden herausgegebenen vierseitigen Monatsblätter als Gemeindeorgane. Erhebliche Fortschritte machte das Pfennigblatt „Frohe Botschaft für jedermann“, das ebenso wie das „Neue Sonntagsblatt“ mit einem farbigen Kunstblatt zum Jahresbezug von 1 M. gehalten werden kann. Das Kindersonntagsblatt „Jung Deutschland“ hat allerdings um 1000 Exemplare, aber doch nicht entsprechend der Entwicklung der Jugendbewegung zugenommen. Zu den der Wohlfahrtspflege an der weiblichen Jugend gewidmeten Blättern „Erholungsstunden“, „Unser Haus“, „Die deutsche Arbeiterin“ ist im Herbst noch das Gruppenblatt „Wille und Weg“ hinzugetreten. Alle diese Frauenblätter zusammen erreichen aber noch nicht die Auflage der „Gleichheit“, des Organs der sozialdemokratischen Frauenbewegung, das am 1. Juli 1911 eine Abonnentenzahl von 94500 aufweisen konnte.

Die „Illustrierte Wochenschrift aus aller Welt“ konnte sich trotz ihrer Güte keine größere Anzahl Abonnenten erringen, während die Sonntagsbeilagen „Die Neue Lesehalle“ und „Der illustrierte Familienfreund“ einen Zuwachs zu verzeichnen hatten. Da diese Sonntagsbeilagen der Tagespresse erfahrungsgemäß von Anfang bis zu Ende gelesen werden, so ist es ganz besonders wichtig, daß sie frei von schädlichen Bazillen sind. Der Verlag dient der guten Presse ferner durch die Herausgabe der „Neuen Korrespondenz“ und der „Feuilleton-Korrespondenz“, welche von mehreren hundert Redaktionen bezogen wurden.

Die Druckauflage sämtlicher Blätter beträgt				
für Wochenausgaben	876 335	gegen	844 625	Ex. im Vorjahr,
„ Monatsausgaben	577 500	„	556 050	„ „ „
„ Vierteljahrsausgaben	32 700	„	26 000	„ „ „

woraus sich eine Gesamtzunahme von 57 960 Exemplaren ergibt.

Die Gefängnismission versandte an 377 Gefängnisse jede Woche 6517 Blätter. Die Krankenhausmission gab an 571 Anstalten gegen 555 im Vorjahr 9387 Blätter und 82 Lesemappen

ab. Auf Grund der Lutherspende gingen 651 Blätter an 60 Orte der Diaspora, an denen regelmäßiger sonntäglicher Gottesdienst nicht gehalten werden konnte. Die Zahl der Mitglieder des Vereins betrug 779.

Die Posteingänge weisen für das vergangene Jahr abermals eine Steigerung auf. An Briefen und Karten gingen ein 104 765 gegen 103 261 im Vorjahr, Postanweisungen 56 169 gegen 55 902 im Vorjahr. An Gehaltszahlungen wurden geleistet 192 368,25 M. gegen 194 636,75 M. im Vorjahr, die Lohnzahlungen betrugen 277 759,65 M. gegen 276 259,53 M. im Vorjahr. Die Portokosten beliefen sich auf 115 155,43 M. gegen 131 106,40 M. im Vorjahr.

An die Mitglieder wie auch an sonstige Freunde und zu Werbezwecken wurden die vierteljährlich erscheinenden „Mitteilungen“ versandt. Der Verein hat sich dem „Evangelischen Preßverband für Deutschland“ angeschlossen und weiß sich mit dessen Bestrebungen völlig eins, warnt aber unserer Ansicht nach mit vollem Recht vor den zwar von edelster Begeisterung getragenen, aber nach den bisherigen Erfahrungen wenig praktischen Preßbestrebungen des „Deutschen evangelischen Volksbundes“, welcher einen Millionenfonds sammeln und großzügig und zielbestimmt den Kampf gegen den schwarzen Feind führen will. „Es ist nicht ganz leicht, eine Million zusammenzubringen, aber es ist sehr leicht, durch Gründung von Zeitungen sie zu verlieren.“

Das Hauptarbeitsgebiet der Schriftenvertriebsanstalt ist der Kalendervertrieb der im eigenen Verlag erscheinenden Kalender sowie der Vertrieb der selbstverlegten Erbauungs-, Volks- und Jugendbücher. Von eigenen Kalendern wurden 826 165 Ex. verbreitet, aus fremden Verlagen 12 000. Die Schriftenvertriebsanstalt vertreibt den „Deutschen Hauskalender“ mit seinen provinziellen Sonderausgaben, den für das Heer bestimmten Kalender „Vaterland“, den Kalender „Eisenbahner“ für die Eisenbahnbeamten, den Kalender „Feierabend“ für das werktätige Volk, den Kalender „Fleißige Hände“ für Frauen und Mädchen, den Kalender „Deutscher Reichsbote“ für die Familie, den „Jugendkalender“ für die Schuljugend. Doch was sind alle diese mit viel Fleiß und großer Mühe abgefaßten Kalender gegen die 2½ Millionen antinationaler und antichristlicher Kalender, mit denen unser Volk überschüttet wird!

An Neuerscheinungen brachte der Verlag im Laufe des letzten Jahres vier Bände der „Neuen Volksbücher“ Nr. 116—119, sodann von Konsistorialrat Dr. Conrad die Sonntagsbetrachtungen „Geduld und Hoffnung“. Ferner erschienen vier Hefte Aufführungen, Gedichte und Festspiele, und zwar „Weihnachtsbilder und Festklänge“ von Dorothea Schultze-Lasson, „Für Sonntagsschul- und Kindermissionsfeste“ von derselben; „Tischler Brude“, Weihnachtsfestspiel von Adolf Deyhle, „Bomben und Granaten“, Lustspiel von demselben. Zur 200. Wiederkehr des Geburtstages Friedrichs des Großen brachte der Verlag zwei Hefte von Hermann Petrich, dem

beliebten Volksschriftsteller: „Vom Alten Fritz, als er noch jung war“ und „Vom Alten Fritz, als er bei Jahren war“. Die Serie der Eisenbahn-Novellen wurde durch zwei Werke von Albert Roß erweitert.

Ferner hat die Schriftenvertriebsanstalt noch das Andachtsbuch „Kein Tag ohne Gottes Wort“ von Fritz Dietrich, mit Vorwort von D. W. Baur, übernommen.

Die Buchhandlungen in Frankfurt a. O., Kottbus und Görlitz sind ebenso wie die Sommerbuchhandlungen auf Norderney zuschlußbedürftige Missionsunternehmungen. Die Stammbuchhandlung in Berlin erhält sich selbst. Der Gesamtumsatz der Buchhandlungen betrug im Jahr 1911 110 212,19 M. gegen 102 344,10 M. im Vorjahr.

Die Bibliotheksabteilung des Zeitschriftenvereins, der Zentralverein zur Gründung von Volksbibliotheken, entwickelte sich im allgemeinen zufriedenstellend. Im Vordergrund der Tätigkeit stand die Bearbeitung und Herausgabe der neuen Bücherverzeichnisse für Gefangenenbibliotheken und Volks-, Vereins- und Jugendbüchereien. Der erstgenannte Katalog, der unter Mitwirkung des bekannten Gefängnisgeistlichen und Schriftstellers D. W. Speck verfaßt ist, hat bei allen maßgebenden Faktoren vollste Anerkennung gefunden. Die Gefangenenlektüre erfüllt ja im modernen Strafvollzug eine ganz besonders wichtige Aufgabe. Das an zweiter Stelle genannte Verzeichnis ist nicht so ausführlich wie der Katalog vom Jahre 1907, er nimmt dafür mehr auf den tatsächlichen Bücherbedarf kleiner Bibliotheken Rücksicht. Die Angabe und Einteilung nach Lesestufen wurde in vereinfachter Form beibehalten und durch besondere Hervorhebung der Schriften für die reifere Jugend erweitert, um so den durch die Jugendpflege den Volksbüchereien gestellten Aufgaben möglichst entgegenzukommen. Zur Erleichterung der Auswahl sind zahlreiche Inhaltsangaben in den Text eingefügt.

Die Wanderausstellung gegen die Schundliteratur wurde nach den verschiedensten Gegenden Deutschlands hin verliehen. Dem gleichen Kampf gegen den Schund in Wort und Bild galt das in über 300 000 Exemplaren den Kalendern der Schriftenvertriebsanstalt beigelegte Flugblatt: „Etwas über Hausbibliotheken“, welches den Lesern den Wert guter Bücher klarzumachen versucht. Die Bedeutung des Zentralvereins für die Förderung und Beratung bei der Einrichtung von Volksbibliotheken wird lange noch nicht genügend erkannt. Aber es bleibt ja wohl das natürliche Verlangen der Menschheit, durch Schaden klug zu werden.

Das Literaturblatt „Eckart“ war, wie von fachkundiger Seite anerkannt wird, auch im Jahr 1911 auf der Höhe. Es bot Monographien über deutsche und ausländische Dichter, es suchte in größere literaturgeschichtliche Zusammenhänge einzuführen, es bot Aufsätze über prinzipielle Fragen ebensogut wie über Kulturprobleme der Gegenwart aus bedeutenden Federn und gab eine Fülle von Lesefrüchten mit wertvollem Gehalt. Immer mehr

Anerkennung finden die Beilagen „Jugendschriftenrundschau“ und die „Mitteilungen für die Gesellschaft der Freunde Wilhelm Raabes“.

Es ist zu hoffen und zu wünschen, daß trotz aller Bedenken, die noch immer gegen den Eckart erhoben werden, das gebildete christliche Haus sich den Eckart zum literarischen Hausfreund machen möge, um das Urteil über die moderne Literatur zu klären und zu festigen.

Der „Evangelische Trostbund“ verlor mit dem Grafen Hugo Sholto Douglas seinen geistigen Vater. Der Trostbund ist ihm seine aus feinstem Empfinden geborene Lieblingsschöpfung gewesen; auch über den Tod hinaus hat er diese lebensvolle Innere Missionsarbeit durch ein großes Vermächtnis sicherzustellen versucht, aber auch ohne dies würde der segensreiche Gedanke des Trostbundes seine Lebenskraft behauptet haben, denn gerade die Trostgedanken des Evangeliums finden in unserer zerstreuten und verflachten Zeit noch immer und immer wieder ihre Stätte. Die Zahl der Mitglieder des Trostbundes stieg von 3115 auf 3250; bis ins Ausland erstreckt sich die Zahl der Mitglieder. Die Zahl der Trostblätter, die versandt wurden, stieg von 301735 auf 302540. Für die Verteilung am Totensonntag wurden zwei neue Blätter herausgegeben: Nr. 132 „Selig sind die Toten“ und Nr. 133 „Wir sind des Herrn“, beide von Superintendent Schawaller. Generalsuperintendent Blau verfaßte ein neues Trostblatt „In Gnaden.“ Am Sarge einer treuen Schwester (Nr. 134). Die Krankentrostblätter finden noch nicht genügende Beachtung. Die Blätter der Serie 13 von Prof. D. Knodt-Herborn sind in einem Büchlein gesammelt, die Lebensläufe (5 Gedenkblätter mit Notizen über die Verstorbenen) sind neu herausgegeben, ebenso August Mahlmanns „Gebet der Kinder zu ihrem ewigen Vater“ u. a. Von D. Hesekei ist ein Heft erschienen: „Wie komme ich zum Glauben an Gott, meinen himmlischen Vater?“ Von den „Nachrichten des evangelischen Trostbundes“ sind 51 Nummern herausgekommen.

Der evangelische Frauenverein „Edelweiß“ hat einer ganzen Anzahl Frauen Arbeit und Beschäftigung geben können und hat derselben Anzahl Arbeiterinnen Erholung auf dem Land oder in Bädern ermöglicht. Mit dem „Frauenverein gegen den Alkoholismus“ hat er eine Erfrischungshalle am Bahnhof Friedrichstraße errichtet.

Der Betrieb des Zeitschriftenvereins, der übrigens für Propagandazwecke einen Reiseagenten angestellt hat, ist in den bewährten Bahnen fortgeführt worden. Trotzdem die 10 Prozent — Erhöhung der Setzer- und Druckerlöhne — die Betriebskosten um 30000 M. jährlich erhöht hat, ohne daß der Bezugspreis der Blätter irgendwie erhöht ist, hat der Verein seine alte Praxis beibehalten, seinen Angestellten regelmäßigen Urlaub zu bewilligen, und steht mit dieser, naturgemäß erhebliche Mittel erfordernden sozialen Fürsorge an der Spitze deutscher industrieller Unternehmungen.

Der Beamtenpensionsfonds, einschließlich des Pensionsergänzungsfonds hat eine Höhe von 125 200,26 M., und die Unterstützungskasse für Arbeiter, aus welcher Zuschüsse zur staatlichen Invalidenrente gewährt werden, einen Bestand von 60 500 M. erreicht. Außerdem besteht noch für außerordentliche Notfälle der Arbeiter ein besonderer Unterstützungsfonds.

8. Evangelisch-kirchlicher Hilfsverein.

Geschäftsstelle: Potsdam, Mirbachstr. 2/3.

Den Höhepunkt der Jahresarbeit bildete wie immer die Jahresversammlung in Berlin. Vom 10.—12. Juni 1912 tagte der Evangelisch-kirchliche Hilfsverein und die Frauenhilfe im Herrenhaus zu Berlin. Die Versammlung erhielt eine große Bereicherung durch die Ausstellung der Modelle, Karten und Bilder, welche im Vorjahr zur Internationalen Hygieneausstellung nach Dresden gesandt war und dort der Frauenhilfe den Großen Preis eingebracht hatte. In der Hauptversammlung, der in Vertretung der Kaiserin die Prinzessin Friedrich Leopold beiwohnte, gab nach dem Jahresbericht Generalsuperintendent D. Zöllner eine Übersicht über die Arbeiten des Hilfsvereins und der Frauenhilfe in Westfalen, Superintendent Graf über die in Ostpreußen. Frau Ölbermann-Köln berichtete über die Frauenhilfe in Köln, Konsistorialrat Richter-Stolberg über das Vereinsleben in einer Kleinstadtgemeinde, Pastor Dütemeyer-Mennighüffen über die Frage: „Was sind uns unsere Helferinnen für die Gemeinde wert?“ Diese Referate waren ein erster Versuch, Bilder aus der vielseitigen Arbeit zu geben. Sie sollen künftig auf den Jahresversammlungen fortgesetzt werden. Beim Festgottesdienst in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche predigte der inzwischen heimgegangene Generalsuperintendent Lic. Rogge.

Bei der 24. Mitgliederversammlung des Weiteren Ausschusses, welche an Stelle des Wirklichen Geheimrats Freiherrn v. Manteuffel Generalleutnant v. Ammon leitete, wurde zunächst durch den Schatzmeister Präs. v. Dombois die Jahresrechnung vorgelegt. Sie wies mit 164 614,92 M. Einnahmen und 171 603,06 M. Ausgaben einen Fehlbetrag von nahezu 7000 M. auf. Dieser Fehlbetrag wurde in der Hauptsache dadurch verursacht, daß die Ablieferung der Zweigvereine erheblich hinter dem Voranschlage zurückgeblieben ist; besonders die Hauskollekten sind im Rückstand geblieben. Das Gesamtvermögen beziffert sich auf 247 516,48 M., wozu noch der durchlaufend gebuchte Kaiserinfonds mit 182 908,62 M. kommt. Die Kassenverhältnisse nötigen zur Änderung der Grundsätze für die Gewährung von Beiträgen. Hierüber ließ sich der Schriftführer Pastor Lic. Cremer in seinem Jahresbericht noch des näheren aus. Im übrigen hat sich der Verein auf seiner alten Grundlage weiterentwickelt. Der Stiftungsverlag, welcher seit dem vorigen Jahr in den Besitz der Vereinsdruckerei G. m. b. H. übergegangen ist und

der seit dem 1. April 1912 unter der Leitung von Pastor Dr. Hoppe steht, hat sich besonders erfreulich entwickelt und hat, geschäftlich vorbildlich „aufgezogen“, auch die Achtung in Fachkreisen erworben, deren sich nicht viele Wohltätigkeitsbuchhandlungen erfreuen. Der Kalender konnte trotz seines erhöhten Preises in einer Auflage von 120 000 Exemplaren mit 8 Sonderausgaben erscheinen. Das Monatsblatt „Frauenhilfe“ erreichte eine Auflage von 2500, und das Wochenblatt „Der Bote“ ging in mehr als 23 000 Exemplaren aus. Von vielen Büchern und Heften wurden neue Auflagen hergestellt. Ein kleines Heft: Rogge, „Friedrich der Große“, wurde in 140 000 Exemplaren verkauft. Die Arbeit der Vereinsdruckerei ist ständig gewachsen. Sie war bereits in der Lage, aus eigenen Mitteln für mehr als 40 000 M. neue Maschinen anzuschaffen und die Leistungsfähigkeit auf das Doppelte zu steigern. Der Besitz des Vereins hat sich dadurch vermehrt, daß die Auguste-Viktoria-Pfingsthaus-Stiftung das bisher gemietete Haus Mirbachstr. 2/3 im Wert von 100 000 M. mit einer Belastung von 45 000 M. dem Verein geschenkt hat.

Was die Organisation des Vereins betrifft, so sind zwar noch 230 Zweigvereine vorhanden, doch ist ein gewisser Stillstand eingetreten. Ein Teil der Vereine leidet an Vereinsmüdigkeit und vielleicht auch daran, daß der Charakter des Sammelvereins zu sehr hervortritt. Zur Belebung ist in Ostpreußen in der Gemeinde Mierunken der Versuch gemacht, durch die Organisation des Evangelisch-kirchlichen Hilfsvereins den freiwilligen Dienst der Männer für das Gemeindeleben zu wecken, zu organisieren und auch zu instruieren. Der Pfarrer der Gemeinde hat eine Anzahl Männer zu Gemeindehelfern gemacht. Das Arbeitsprogramm umfaßt: Verbreitung christlicher Zeitschriften, Bekämpfung der Trunksucht, Einwirkung auf die Gemeindeglieder zu regem Besuch der Gottesdienste und zur Heiligung des Sonntags, sittliche und religiöse Beeinflussung der Jugend, Besuche bei Neuzugezogenen und bei Kranken, Einwirkung auf evangelische Kindererziehung in Mischehen, Weckung und Belebung des Missionssinnes, Einführung des Tischgebets und der Hausandacht, Kampf gegen die Unsittlichkeit. Die Arbeit dieser Gemeindehelfer, zu denen Lehrer, Bauern, Gutsbesitzer, Kossäten u. dgl. gehören, hat, besonders nach Abhaltung eines Instruktionskurses, viel Anklang gefunden. Der kirchliche Hilfsverein beabsichtigt diese ganze Frage in einer Schrift: „Die Männer im evangelischen Gemeindeleben“ zu behandeln. In der Debatte der Jahresversammlung wurde auf diesen Punkt besonders eingegangen und nicht mit Unrecht darauf verwiesen, daß die Gründung neuer Organisationen zu vermeiden sei, daß es vielmehr darauf ankäme, die kirchlichen Organe zu beleben und zu durchdringen.

Zum Verband der Frauenhilfe gehörten im Berichtsjahr 2300 Vereine, das sind 206 mehr als im Vorjahr. Aus der Arbeit

der Frauenhilfe heraus erschien ein Buch: „Die Frau im evangelischen Gemeindeleben“, Handbuch der Frauenhilfe. Im ersten Teil enthält das Buch die grundlegenden Gedanken, auf denen sich die Arbeit der Frauenhilfe im einzelnen aufbaut, und im zweiten Teil gibt es allerlei Material aus der Praxis. Die Fürsorge für bedürftige Heimarbeiterinnen wurde mit Erfolg weiterbetrieben. Mehr als 200 Heimarbeiterinnen erhielten dauernd wirklich lohnende Beschäftigung. Dies war allerdings nur dadurch möglich, daß die Auftraggeber staatliche und andere Behörden waren, von Privatgeschäften gelang es nicht, lohnende Aufträge zu erhalten. Die von ihnen bewilligten Preise waren alle viel zu niedrig, ein Beweis für die schlimme Ausnutzung der Heimarbeiterinnen. Erholungsgelegenheit für die Heimarbeiterinnen boten das Auguste-Viktoria-Haus in Neuhoß, Kreis Teltow, welches infolge von Erweiterungen seine Aufgabe noch besser als früher erfüllen konnte. Außerdem wurden Heimarbeiterinnen und ihre Kinder auf ärztliche Verordnung hin in Erholungs- und Kuranstalten an der See und im Binnenlande gesandt.

In sorgfältigen Beratungen wurden vom Verwaltungsrat Grundsätze für die von der Frauenhilfe organisierte freiwillige Krankenpflege auf dem Lande festgestellt und am 1. Mai eine Krankenkasse für Helferinnen der Frauenhilfe begründet. Die Begründung eines Seminars zur Ausbildung von Haushaltslehrerinnen fürs Land wurde ernstlich ins Auge gefaßt. Im übrigen vollzog sich die Arbeit der Frauenhilfe wie die des kirchlichen Hilfsvereins in den einzelnen Provinzen im gewohnten Rahmen.

Die Frauenhilfe für das Ausland hat eine einschneidende Änderung durchgemacht. Da Münster die nötigen Voraussetzungen für das Bestehen des Mutterhauses nicht mehr erfüllte, so ist das Mutterhaus am 1. Juli 1912 nach Wittenberg übersiedelt und mit dem dort im Jahre 1906 begründeten Diakonissenmutterhaus Katharinenstift vereinigt. Zur Ausbildung in der Krankenpflege dient das in unmittelbarer Verbindung mit dem Katharinenstift bestehende Paul-Gerhardt-Stift, ein im Jahre 1876 begründetes Krankenhaus, dessen Neubau 1910 vollendet worden ist. Dem Mutterhaus der Frauenhilfe fürs Ausland gehören 45 Probeschwestern an. Von ihnen besuchen 6 das ärztliche Institut in Tübingen, um dort in einem Hebammenkursus ausgebildet zu werden, andere 9 sind auf dem Lehrerinnenseminar in Kaiserswerth, 6 von ihnen beabsichtigen Ostern 1913 das Lehrerinnenexamen zu machen. Zum Frühjahr 1913 sollen, worüber bereits Verhandlungen schweben, zehn Schwestern ins Ausland gesandt werden. Das Quartalsblatt „Daheim und draußen“, Mitteilungen der Frauenhilfe fürs Ausland, gibt anschauliche Bilder aus dem Leben der unter Leitung von Pastor Dr. Voigt stehenden Frauenhilfe für das Ausland.

In dem weiteren Verlauf der Jahresversammlung fand eine Verhandlung über die Regelung der Unterstützungstätigkeit des

engeren Ausschusses statt. Sie gipfelte in dem Beschluß, Unterstützungen grundsätzlich und in der Regel nur für eine beschränkte Zeit von Jahren zu geben und auch nur mit dem Zweck, über die Anfangsschwierigkeiten der Arbeit hinwegzuhelfen. Der engere Ausschuß solle in Zukunft darauf Bedacht nehmen, sich sobald wie möglich von den von ihm unterstützten Arbeiten zurückzuziehen, um seine Mittel für neue Arbeiten wieder frei zu bekommen.

Hinsichtlich des fünfundzwanzigjährigen Jubiläums des Hilfsvereins wurde beschlossen, eine Festschrift herauszugeben als Überblick über die Geschichte und die Arbeit des Vereins. Ferner soll eine Sammlung zu einem besonderen Jubiläumsfonds veranstaltet werden, und zwar durch Bitten an die evangelischen Kirchengemeinden des Landes und an die Verbände und Vereine des Hilfsvereins und der Frauenhilfe.

9. Evangelischer Kirchenbauverein für Berlin.

Geschäftsstelle: Stilke, Verlagsbuchhändler, Charlottenburg, Sophienstr. 8.

Der Evangelische Kirchenbauverein verfügte im Jahre 1911 wiederum über große Einnahmen. 360 721 M. flossen in seine Kasse, davon waren bestimmt 294 413 M. für die Ölbergstiftung, 7000 M. für Berliner Kirchbauten, 50 365 M. für die Provinzen einschließlich der Erlöserkirche in Gerolstein, 4000 M. für das Ausland.

Die Ölbergstiftung in Jerusalem bereitete dem Verein auch in diesem Jahr wieder große Schwierigkeiten. Die im Vorjahr erwähnten Wetterschäden an den Gebäuden waren viel erheblicher, als man angenommen hatte. Die Dachdeckung sämtlicher Gebäude, die fast zur Hälfte zerstört war, hatte sich als vollständig unzulänglich erwiesen und mußte von Grund aus erneuert werden. Die ganze gegen 120 Meter breite Westfront hatte von Stürmen, Regen und Schnee derartig gelitten, daß zum Schutz und zur Erhaltung dieser großen Front ein neuer großer Schutzbau vor derselben und um die Kirche und die äußeren Treppen herum aufgeführt werden mußte. Glücklicherweise hat der nach Entwürfen von Baurat Hoffmann hergestellte Bau zur Verschönerung des Ganzen beigetragen. Die Bauarbeiten wurden durch den Krieg und die dadurch erschwerten Transporte sehr aufgehalten und namentlich infolge der erhöhten Transportkosten und des Arbeitermangels ungeheuer verteuert. Dazu kamen noch andere namentlich im Interesse besserer Bewirtschaftung erforderliche Bauten, die erheblich ins Geld gingen. Die schöne Himmelfahrtskirche wurde durch Zuwendungen einzelner Mitglieder in ihrem herrlichen Marmor und Mosaikschmuck sowie in ihren Deckengemälden vollkommen fertiggestellt. Alle Reparaturarbeiten und Umbauten erforderten eine Mehrausgabe von fast einer halben Million, so daß die im Jahr 1903 auf 2 Millionen veranschlagten Kosten schließlich auf

die Höhe von 3 Millionen gestiegen sind. Es steht aber zu hoffen, daß auch die fehlenden Beträge von den wohlhabenden Mitgliedern des Ölbergvereins aufgebracht werden. Für die laufenden Betriebskosten stehen seitens der Auguste - Viktoria - Pfingsthausstiftung 30 000 M., seitens des Johanniterordens 15 000 M. und seitens des Ölbergvereins 39 000 M. zur Verfügung.

Der Kostenanschlag für den Bau der Erlöserkirche in Gerolstein mit gesamter Einrichtung und Ausstattung mit Hauswarthaus, Diakonissenstation und Museum nebst Grunderwerb und Einrichtung sieht 480 000—500 000 M. vor, wovon noch ca. 150 000 M. fehlen. Das Hauswarthaus mit Diakonissenstation und Museum soll im Laufe des Sommers fertig werden, die Kirche im Rohbau bis zum Spätherbst. Da die Gemeinde Gerolstein, die sich über 10 Quadratmeilen und 103 Zivilgemeinden erstreckt, zu arm ist, um solche prachtvollen Gebäude zu unterhalten, wird die Gemeinde auch ein Ausstattungs- und Verwaltungskapital bekommen. 31 000 M. sind bereits vorhanden, und die Auguste-Viktoria-Pfingsthausstiftung hat zugesagt, einen jährlichen dauernden Zuschuß von 1500 bzw. 1800 M. zu geben und diesen eventuell durch die Überweisung eines Kapitals von 60 000 M. abzulösen. Die Kirche wird nach ihrer Fertigstellung der Gemeinde übergeben und für ihre Erhaltung und Verwaltung voraussichtlich eine Kommission aus den Gemeindekörperschaften, der Königlichen Regierung zu Trier und dem Konsistorium zusammengesetzt werden, in welche der Kirchbauverein mehrere Vertreter entsenden wird. Die Kirche wird im frühromanischen Stil gebaut, und zwar nach dem Muster der Kirche St. Vitale in Ravenna. Am Himmelfahrtstage, dem 25. Mai 1911, fand unter zahlreicher Beteiligung weitester Kreise, auch der Katholiken aus der Umgebung, die Grundsteinlegung statt. Die Stiftungsurkunde, welche die ganze historische Entwicklung der Gemeinde und auch des interessanten Bauplatzes bis zu den Zeiten des Kaisers Augustus zurückverfolgt, war von der ganzen kaiserlichen Familie und den höchsten Würdenträgern des Hofes, des Staates und der Kirche unterzeichnet. Die Reste der Villa Sarabodis wurden gut in stand gehalten. Das vor zwei Jahren entdeckte Römerbad konnte leider seines enormen Preises wegen nicht erworben werden. Am 20. Oktober 1911 besuchte der Kaiser bei seinem Aufenthalt in der Eifel auch Gerolstein und die Kirche, und es ist zu hoffen, daß er der Einweihung im Herbst 1913 beiwohnen wird.

Wenn diese Kirche fertiggestellt ist, hat der Kirchbauverein 11 Kirchen selbständig gebaut und bei fast 100 Kirchenbauten mit teilweise großen Summen und schönen Entwürfen geholfen, und es ist anzunehmen, daß damit seine Tätigkeit im großen Ganzen beendet ist — so schloß der Berichtstatter Freiherr von Mirbach seinen Bericht. Mit Recht machte Generalsuperintendent D. Lahusen dagegen geltend, daß bei den geringen Mitteln der Berliner Stadt-

synode der Kirchbauverein auch noch für weitere Kirchen die Mittel beschaffen möchte.

In Berlin hat der Kirchbauverein die Unterhandlungen mit der Samariterkirchengemeinde zum Abschluß gebracht. Er überläßt den etwa 100 000 M. werten Bauplatz an der Kirche der Gemeinde zum Preise von 40 000 M. zum Bau eines Pfarrhauses und Gemeindehauses mit der Bedingung, in dem Hause eine Diakonissenstation des Evangelisch-kirchlichen Hilfsvereins für 10 Schwestern einzurichten, für welche der Hilfsverein eine mäßige Miete zu zahlen hat. Ähnliche Wünsche brachte in der Mitgliederversammlung Pfarrer Nauck von der Immanuelkirche vor; ihre Berücksichtigung wurde ins Auge gefaßt. Ob es nicht eine dankenswerte Aufgabe für den Evangelischen Kirchenbauverein wäre, auch den bedrängten kirchlichen Minoritäten, welche durch die kirchenpolitischen Wirrnisse um die reguläre geistliche Versorgung gebracht sind, Räume für die Verkündigung des Evangeliums zu beschaffen?

10. Evangelischer Kirchengesangverein für Deutschland.

Geschäftsstelle: Rat H. Sonne, Darmstadt, Grüner Weg 93.

Der 24. deutsche evangelische Kirchengesangvereinstag, welcher vom 21.—23. Oktober 1912 in Frankfurt a. M. stattfand, tagte zum zweitenmal in der alten Krönungsstadt. Von hier aus hatte am 27. Oktober 1883 der deutsche Verein seinen Rundgang durch die deutschen Städte genommen und die damals gehegten Hoffnungen, einmal das ganze Deutschland „im Zeichen der heiligen Tonkunst einig zu sehen“, hatte sich insofern erfüllt, als in der letzten Frankfurter Versammlung die Nachricht von der Gründung eines Mecklenburgischen Landesvereins eintraf. Die Frankfurter Tagung zeichnete sich vor allen Dingen durch eine Fülle von musikalischen Darbietungen aus, waren es doch statt der üblichen zwei oder drei nicht weniger als sieben Kirchenkonzerte und Gottesdienste, die den Festteilnehmern seitens der zwölf Vereine des Frankfurter Verbandes und befreundeter Korporationen geboten wurden. Das Fest begann mit Kirchenkonzerten in der neuen St. Nikolaikirche und in der Dreikönigskirche in Sachsenhausen. Das erstgenannte stand unter Leitung des Frankfurter Verbandsvorsitzenden Dr. jur. Kilzer, welcher u. a. vier kleine Kantaten eigener Komposition vorführte. In der Zentralausschußsitzung waren fast alle Landes- und Provinzialvereine, zahlreiche Behörden und auch drei Mitbegründer des Verbandes: Abel, Marcks und Richter vertreten. Der vom Vorsitzenden Prälat D. Dr. Flöring-Darmstadt erstattete Jahresbericht gab eine Reihe wichtiger Notizen. Von einer statistischen Erhebung über den Umfang der Landes- und Provinzialvereine ist für das laufende Jahr Abstand genommen, da angenommen werden kann, daß das allgemeine Ergebnis des

vorigen Jahres, 26 Landes- und Provinzialvereine mit mindestens 2400 Ortskirchengesangvereinen, mit unwesentlichen Veränderungen fortbesteht. Besonders erwähnt wurde, daß der Niedersächsische Chorverband, in dessen Bereich ja der letzte Verbandstag stattfand, um 18 Kirchengesangvereine zugenommen hat. Die Beschlüsse des vorjährigen Vereinstages sind zur Ausführung gelangt. Die Denkschrift wurde den Behörden unter Hinweis auf die gefaßten Resolutionen überreicht und ist von ihnen mit Interesse entgegengenommen worden, zum Teil haben die Behörden ausführlicher auf die Eingaben geantwortet und den Anregungen nachgegeben, vor allen Dingen die Denkschrift an die Gemeinden verteilt. Dem Kirchenchor in Swakopmund, der unter Leitung des Regierungslehrers Herlyn stehend 50 Mitglieder zählt, wurde Notenmaterial überwiesen. Dem Wunsch verschiedener Seiten, im Vorstand einen Kirchenmusiker zu sehen, wurde dadurch entsprochen, daß der Kirchenmusikmeister Prof. Arnold Mendelssohn in Darmstadt zum Mitglied gewählt wurde. In Verfolg des letzten Kirchengesangvereinstages wurde die Sammlung „15 Choräle zum Wechselgesang gesetzt von Arnold Mendelssohn“ herausgegeben und zu billigem Preise verbreitet. Dieser billige Preis wurde dadurch ermöglicht, daß der Tonsetzer auf jedes Honorar verzichtete. Bei diesen 15 Chorälen ist, um die Festhaltung derselben Tonart für Chor und Gemeinde zu ermöglichen, die Melodie in den Alt bzw. Baß gelegt worden. Das Korrespondenzblatt hat eine befriedigende Anzahl von Abonnenten und konnte sich mit Hilfe der Inserate erhalten, doch wäre ihm noch mehr Interesse und Verständnis zu wünschen. Landes- und Provinzialkirchengesangsfeste fanden in den verschiedensten Teilen Deutschlands statt und fanden ebenso wie die Veranstaltungen der Neuen Bachgesellschaft (Deutsches Bachfest in Breslau) lebhaftes Interesse. Auch in diesem Jahr waren Reisestipendien für Kantoren und Organisten zum Besuch des Festes ausgesetzt. Die Errichtung einer kirchenmusikalischen Bibliothek unter Leitung von Prof. Abert in der Universitätsbibliothek zu Halle ist der kirchenmusikalischen Kommission der Provinz zu danken. Der Kirchenchorverband im Königreich Sachsen hat die reichhaltige Partitur zum Chorbuch C für die angeschlossenen Vereine herausgegeben. Bei der Besprechung des Jahresberichts wies Superintendent Nelle-Hamm wiederholt auf die Mendelssohnschen Sätze hin, während Superintendent Rotherth Bedenken dagegen geltend machte. Kantor Hauff-Leipzig-Leutzsch brachte die Stimmkursbildungskurse von Prof. Dr. Seydel-Leipzig zur Sprache und berichtete über die Neuregelung der Gehaltsverhältnisse für die Kirchenmusiker in Sachsen sowie über die Frage der Trennung von Kirchen- und Schulamt, wobei er im Interesse aller Beteiligten für die Beibehaltung der Verbindung sich aussprach. Musikdirektor Prof. Gebhardt-Potsdam überbrachte die Grüße des am 10. Oktober in Leipzig gegründeten Deutschen Verbandes evangelischer Or-

ganisten und Chordirigenten und bat um die Vertretung ihrer Interessen in der Preußischen Generalsynode. Verschiedene Redner gaben ergänzende Mitteilungen aus dem kirchenmusikalischen Leben ihrer Heimat, so besonders Pfarrer Goldschmidt aus Pfäffikon über die Tätigkeit des Schweizerischen Kirchengesangbundes. Für den nächsten Vereinstag wurde Essen einmütig gewählt. Wegen der Kürze der Zeit konnte auf die Frage, ob nicht ein gemeinsamer Vertrag der Kirchenchöre mit der Anstalt für musikalisches Ausführungsrecht abgeschlossen werden sollte, nicht mehr eingegangen werden; sie ist durch Kantor Hauff im Korrespondenzblatt näher behandelt.

Es folgten die Verhandlungen über die von Pfarrer Wilhelm Herold-Memmingen aufgestellten Leitsätze über „Unsere Kirchenkonzerte und die gottesdienstliche Aufgabe der Kirchenchöre“. Eine rege Besprechung schloß sich an und drehte sich vor allem um die Frage, ob Kirchenkonzerte imstande seien, zur Religion zurückzuführen oder nicht, und um die andere Frage, ob Richard Wagners Tonkunst, zumal Stücke aus Parsifal im Kirchenkonzert berechtigt seien. Während die erstere Frage von der Mehrheit bejaht wurde, wurde die zweite Frage von den meisten verneint. Eine weitere Debatte drehte sich um die Liliencronsche Chordnung und im Zusammenhang damit um die Frage größerer oder geringerer agendarischer Gebundenheit. Der Festgottesdienst in der Katharinenkirche bot mustergültige Kirchenmusik erster Meister und eine Predigt von Stadtpfarrer Hesselbacher-Karlsruhe. Der Abend war mit zwei Kirchenkonzerten in der Pauls- und in der Lutherkirche ausgefüllt. In der Hauptversammlung stand ein Vortrag von Prof. D. Spitta-Straßburg über Kirchenbau und Kirchenmusik im Mittelpunkt des Interesses. Spitta forderte für den Chor einen angemessenen und ausreichenden Platz schon bei der Anlage des Gebäudes, und wenn der Chor einmal als Mitglied der Gemeinde und dann als Verkündiger des Wortes aufgefaßt werden müsse, so sei eine Aufstellung im Angesicht der Gemeinde, aber doch möglichst tief, damit die Zusammengehörigkeit mit der Gemeinde deutlich wäre, zu erstreben. Die Hauptsätze des Vortrages und auch die Begründung nach der praktischen, ästhetischen und liturgischen Seite riefen eine lebhafte Besprechung hervor. Auf diese Versammlung folgte ein Mittagessen und eine Kirchenmusik in der Peterskirche sowie eine liturgische Andacht in der Matthäuskirche. Den Schluß bildete eine große Festversammlung mit musikalischen Darbietungen eines großen Chores von 500—600 Stimmen. Superintendent D. Nelle sprach über den Kirchengesang als Volksgesang, Volkskunst, Heimatkunst, und Senior D. Bornemann über die einigende Kraft des Kirchenliedes.

11. Vereine für religiöse Kunst in der evangel. Kirche.

a) Berliner Verein.

Schriftführer: Geh. Oberfinanzrat Schultz, Berlin-Friedenau.

Da für das Jahr 1912 ein Jahresbericht noch nicht vorliegt, müssen wir uns bei der diesjährigen Berichterstattung darauf beschränken, auf die von Pfarrer Karl Röhrig, Potsdam, herausgegebenen Mitteilungen des Vereins zu verweisen, welche ein reiches Material trefflicher Aufsätze über die verschiedensten Zweige der religiösen Kunst und ausgezeichnete Abbildungen bringen. Ein Aufsatz aus der Märznummer von Superintendent Brathe-Wansleben, „Die religiöse Kunst und die theologischen Fakultäten“ ist als Nummer 1 der Vereinsflugschriften erschienen. Brathe fordert zunächst die Verbesserung des Betriebes des Faches der kirchlichen Kunst an den Universitäten, fordert die Einrichtung eines Ordinariates und einzelner Extraordinariate speziell für religiöse Kunst und die allmähliche Durchführung des Grundsatzes, daß an jeder Universität ein vorgebildeter Dozent mit amtlichem Lehrauftrag dafür vorhanden sein müsse. Brathe begründet seine Forderung mit den Resultaten einer ausführlichen Rundfrage bei den theologischen Fakultäten und geht auf den Beschluß der Konferenz der deutschen evangelischen Kirchenregierungen in Eisenach vom Jahre 1908 zurück: Die Konferenz empfiehlt den Kirchenregierungen, der Vorbildung und Weiterbildung der bei Kirchenbauten in erster Linie einflußreichen Geistlichen in kirchlicher Kunst auf der Universität, besonders aber auf dem Predigerseminar und im Amte, durch Einrichtung von Kunst- und Denkmalspflegekursen besondere Fürsorge zuzuwenden. Die Einrichtung von Einführungskursen für Geistliche ist in Preußen neuerdings von der Staatsregierung in die Hand genommen. 1912 hat je ein solcher für evangelische und katholische Geistliche in Düsseldorf stattgefunden. Auch die Predigerseminare tun ihr möglichstes, jedoch wird auch hier vieles von dem jeweiligen Leiter, seiner Vorbildung und seinen Interessen abhängen. Die Hauptarbeit wird immer auf den Universitäten geleistet werden müssen und zwar von seiten der theologischen Fakultäten und nicht nur durch die Kunsthistoriker. Auf einzelnen Universitäten sind schon dankenswerte Versuche gemacht, und es sind auch Anfänge von christlich-archäologischen Sammlungen vorhanden. Jedoch fehlt noch sehr viel, auch infolge des Mangels an Reisestipendien und an Unterstützungsfonds für Exkursionen. Eine Frage bleibt es, ob die kirchliche Kunst auch zum Pflichtkolleg und zum Examensfach gemacht werden soll. Jedenfalls wäre zu wünschen, daß die Anregungen, die der Verein durch die Herausgabe der Flugschrift gegeben hat, bei der Staatsregierung auf fruchtbaren Boden fallen möchten.

b) Verein für kirchliche Kunst im Königreich Sachsen.

Geschäftsführer: Oberkonsistorialrat von Zimmermann.

Geschäftsst.: Direktorium des Vereins für kirchl. Kunst, Dresden-A., Seestr. 18II.

Das Jahr 1911 brachte dem Verein für kirchliche Kunst 44 Aufträge seitens der Kirchenregierung, 9 von Kircheninspektionen, 61 von Kirchenvorständen und 61 von anderen. Diese 175 Aufträge, welche meist im Berichtsjahr erledigt wurden, bedeuteten eine erfreuliche Zunahme gegen das Vorjahr. Für die Entwürfe kamen in Betracht: Kirchenneubauten, Erneuerungsbauten, Einrichtungen von Kirchenheizungen, Aufstellungen von Heizkörpern und Schornsteinanlagen, Verbreiterungen von Orgelemporen, Ausmalung von Kirchen und Anfragen oft wegen großer, unter Umständen aber sehr wichtiger Kleinigkeiten. Besonderes Interesse wurde der Herstellung von Beleuchtungskörpern für elektrische Lichtanlagen zugewandt, die Schaffung eines Musterbüchleins aber noch hinausgeschoben, da die Bewegung für die Metallfadenlampen, welche eine bedeutende Vereinfachung ermöglichen, noch nicht abgeschlossen ist. Ein Stab von ausgezeichneten Mitarbeitern sicherte in allen Fällen sach- und kunstgemäße Beratung.

Die im Vorjahr herausgegebenen Entwürfe zu Grabdenkmälern fanden weiteste Verbreitung, besonders bei den Kirchenvorständen, denen die Fürsorge für die Gottesäcker und die Aufsicht über die Grabdenkmäler pflichtgemäß zusteht, aber auch Bildhauer und Grabsteingeschäfte bezogen das Heftchen und nahmen es günstig auf. Von verschiedenen Seiten wurde bei einer Reihe von Entwürfen, wahrscheinlich wegen des Fehlens des Kreuzes, das besonders Christliche vermißt. Demgegenüber verweist der Bericht aber darauf, daß gerade die Sprüche aus der Heiligen Schrift das entscheidende Gepräge geben sollen. Sie sollen nicht bloß wie die Sinnbilder angesehen, sondern gelesen und mit dem Verstorbenen in Beziehung gebracht werden. Ob und wieviele Entwürfe tatsächlich zur Ausführung gelangt sind, war nicht festzustellen, aber die vielfachen Anfragen an die Architekten und die mancherlei Auskünfte über die Herstellung von Grabdenkmälern auch bezüglich des Materials lassen einen günstigen Schluß zu. Ein weiteres Heft soll auf verschiedene Fragen zurückkommen. Dem Bericht sind Entwürfe für eine Friedhofsanlage für Mittweida von Schilling und Gräbener und für ein neues Pfarrhaus für Ottendorf bei Pirna von Architekt Mentzel beigelegt.

c) Verein für christliche Kunst in der evangelischen Kirche Bayerns.

Schriftführer: Pfarrer Kreppel, Großgrundlach b. Nürnberg.

Der Bayrische Verein hat im letzten Jahre in steigendem Maße seinen Zweck, Sinn und Verständnis für kirchliche Kunst zu wecken

und zu pflegen, nach Kräften zu verwirklichen gesucht und zahlreichen Gemeinden zu richtiger und würdiger Herstellung, Einrichtung und Ausstattung von Kirchen, kirchlichen Gebäuden, Gemälden usw. verholfen. Von vielen Seiten empfing er Dank und Ermutigung und die Bestätigung, daß seine Dienste für die Bayerische Landeskirche zu einer unerläßlichen Notwendigkeit geworden sind. Als Vereinsgabe bot er für das Jahr 1911 ein Bild der Kölnischen Malerschule, die Anbetung der Könige, das aus der Werkstatt des Meisters des Marienlebens hervorgegangen ist und dessen Original sich im Germanischen Museum in Nürnberg befindet. Ferner erwarb der Verein eine stattliche Anzahl von Grabsteinmodellen, welche unter der künstlerischen Leitung Prof. Leistners von Schülern der Kunstgewerbeschule in Nürnberg gefertigt wurden. Dieselben sollen durch den Druck vervielfältigt und an die Mitglieder ausgegeben werden.

Das Organ des Vereins, die Vierteljahrsschrift „Kirche und Kunst“, brachte instruktive Artikel über das Pfarrhaus in Stadt und Land, über den Bildschmuck des Pfarrhauses und der Kirche, über den Pfarrgarten, über staatliche Beihilfen zu kirchlichen Kunstzwecken, über einzelne kirchliche Gebrauchsgegenstände und ihre künstlerische Ausgestaltung und besonders auch über ältere bedeutsame kirchliche Bauwerke mit guten Reproduktionen.

12. Verein zur Erhaltung der evangelischen Volksschule.

Geschäftsstelle: Berlin C. 19, Wallstr. 17/18.

Im Jahre 1876 zur Bekämpfung der damals von der Staatsregierung begünstigten Simultanschulbewegung ins Leben gerufen, wurde der Verein in den ersten Jahren als totgeborenes Kind verhöhnt und verspottet. Aber was er sich zur Aufgabe gesetzt hatte, wurde erreicht: die Simultanschule mußte der konfessionellen Volksschule den Platz räumen. Daß der Verein damals sich nicht auflöste, hat seinen Grund darin, daß die Bestrebungen auf Vernichtung der christlichen Volksschule sich immer mehr bemerkbar machten, und jetzt steht er schon mitten in dem Kampf um Sein oder Nichtsein der christlichen Schule, namentlich der christlichen Volksschule. Der große deutsche Lehrerverein hat die sogenannte Einheitsschule auf den Schild erhoben, in weiten Kreisen wird eine Reform des Religionsunterrichtes verlangt, von seiten der Monisten und Sozialdemokraten wird die Entfernung des Religionsunterrichtes aus der Volksschule gefordert, und dabei wird es immer klarer, was der Verein seit langem betont hat, daß mit der evangelischen Volksschule die evangelische Landeskirche steht und fällt. Die „engere Vereinigung“ des Vereins steht nach wie vor im energischen Kampf gegen alle die evangelische Volksschule bekämpfenden Bestrebungen. Ihre Finanzen ebenso wie die Organisation

zeigen einen erfreulichen Fortschritt, so daß in Person eines Herrn Richard Gaulke ein ständiger Sekretär angestellt werden konnte. Die Propagandaarbeit des Vereins geschieht besonders durch die Monatlichen Mitteilungen, von denen bereits der 34. Jahrgang vorliegt. Im abgelaufenen Jahr nahmen sie vor allen Dingen Stellung zu dem Volksschulgesetz im Königreich Sachsen, zu dem 6. Preußischen Lehrertag und seiner Behandlung der Jugendpflege, zu dem Deutschen Lehrertag in Berlin, zu den neuen Hamburger Lehrplänen und anderem mehr. Sodann suchte der Verein durch Volks- und Familienabende über Erziehungs- und Schulfragen auch in weiteren Kreisen Verständnis für die christlich-evangelische Volksschule und für christliche Erziehung zu wecken.

Die 23. Generalversammlung fand unter starker Beteiligung am 22. Mai in Duisburg statt. Die Referate behandelten die kirchliche und nationale Jugendpflege (Prof. Rosin-Duisburg), die allein richtige und heilsame Lösung des Schulkampfes der Gegenwart (Pfarrer Zillesen, Berlin) und fanden lebhaftes Besprechung, wenn auch nicht in allen Fällen vollständige Zustimmung, da manchen die Ausführungen des letzten Referenten zu weitgehend schienen und nach ihrer Meinung erst Wert hätten, wenn die Landeskirche auseinandergegangen sein sollte.

13. Pfarrervereine.

Verbandsschriftführer: Pfarrer Oberdieck, Meensen.

Der Deutsche Pfarrertag ist im Jahre 1912 nach Süddeutschland gezogen und fand dort einen nach jeder Richtung hin befriedigenden und die schwäbische Eigenart zur Geltung bringenden Verlauf. Gerade darin liegt ja auch ein gutes Stück der Eigenart des Verbandes der Pfarrervereine, daß er bei allem Streben nach Einheit den einzelnen Verbänden ihr individuelles Gepräge läßt. Es liegt aber auch darin die Schranke, da es unter diesen Umständen nicht leicht ist, in vielen Dingen wirklich einheitliche Auffassung der Probleme und Fragen zu erzielen. Das trat auch bei den einzelnen Verhandlungsgegenständen immer wieder hervor. Immerhin ist es ein beachtenswertes Zeichen. Daß trotz der großen kirchenpolitischen Verschiedenheiten selbst in einer spannungsvollen Zeit wie der unsrigen, noch Einheit in den Versammlungen und Verhandlungen möglich ist.

Auch die diesjährige Tagung wurde eröffnet mit den Verhandlungen der Vereinigung preußischer Pfarrervereine. Bei den Beratungen des engeren und weiteren Vorstandes des Pfarrertages kam der Fall Traub zur Sprache, jedoch wurde auf Antrag Droß-Berlin beschlossen, von jeder Behandlung desselben abzusehen und über alle dahingehenden Anträge zur Tagesordnung überzugehen. Die Begrüßungsversammlung stand unter dem Zeichen des Schwä-

bischen; Begrüßung in schwäbischer Sprache und Vortrag von schwäbischen Liedern durch ein schwäbisches Pfarrerkwartett gaben dem Abend das Gepräge. Bei der Abgeordnetenversammlung waren von 33 Landesvereinen 29 durch 66 Vertreter mit 135 Stimmen vertreten. In den engeren Vorstand wurden gewählt als Vorsitzender Dekan a. D. Pfarrer Deismann-Cubach, als Beisitzer die Pfarrer Pasche, Oberdieck, Fritsch, Wahl, Arper, Kockelke, Kleefeld, Nietzki und Droß. Den Jahresbericht des Vorstandes hatte der Schriftführer Pastor Oberdieck-Meensen verfaßt. Nach ihm hat sich der Verband im letzten Jahr um drei Vereine mit 197 Mitgliedern vermehrt.

Einen Überblick über die Entwicklung der nunmehr verflossenen zwei ersten Jahrzehnte gibt folgende Tabelle:

	1892	1897	1902	1907	1911	1912
1. Sachsen-Altenburg	—	—	104	115	125	125
2. Anhalt	—	—	—	174	174	175
3. Baden	—	—	—	510	524	529
4. Berlin	—	—	—	230	296	302
5. Brandenburg }	570	580	{ 163	230	296	302
6. Braunschweig	100	178	180	210	220	214
7. Koburg	—	39	38	37	37	37
8. Gotha	—	54	83	86	87	89
9. Hamburg	—	—	—	11	16	17
10. Hannover, lutherisch	60	58	167	718	825	840
11. Hannover, reformiert	—	—	—	80	122	121
12. Hessen-Darmstadt	260	271	368	363	359	342
13. Kassel	241	243	355	434	477	480
14. Mecklenburg-Strelitz	—	—	—	—	—	77
15. Sachsen-Meiningen	140	99	109	126	128	128
16. Nassau	154	187	208	240	251	264
17. Oldenburg	—	—	—	—	—	95
18. Ostpreußen	183	193	248	355	430	430
19. Pfalz	—	—	—	291	293	293
20. Pommern	418	429	514	658	688	686
21. Posen	85	99	155	210	255	236
22. Reuß j. L.	—	—	—	—	—	27
23. Rheinprovinz	—	21	206	500	530	525
24. Königreich Sachsen	—	—	325	1107	1303	1303
25. Provinz Sachsen	750	904	1100	1327	1428	1437
26. Schleswig-Holstein	100	182	264	300	320	308
27. Schwarzburg-Rudolstadt	—	—	—	54	53	44
28. Schwarzburg-Sondershausen	—	—	—	—	59	59
29. Waldeck	—	—	—	46	47	38
30. Sachsen-Weimar-Eisenach	145	145	242	257	247	249
31. Westfalen	—	—	350	522	602	602
32. Westpreußen	130	124	122	126	148	150
33. Württemberg	—	—	—	910	1006	1054
	3336	3806	5915	10727	11959	12180

Verfassung, Geschäftsordnung und Arbeitsweise des Verbandes sind trotz aller Änderungsversuche besonders bezüglich des Verhältnisses zwischen Verband und Einzelvereinen unverändert ge-

blieben, es soll nur den Mitgliedern des weiteren Vorstandes, soweit sie nicht Mitglieder des engeren Vorstandes sind, zu den beiden jährlichen Vorstandssitzungen Reiseentschädigung aus der Verbandskasse gewährt werden. Außer den Vorständen sind drei Ausschüsse an der Arbeit, einer zur Sammlung und Bearbeitung des Materials über den Religionsunterricht, einer für die Verbandsgeschichte und einer zur Beschaffung des Materials und zur Vorbereitung der Samariterfondsverhandlung zu Stuttgart. Das Verbandsblatt, welches in einer Auflage von über 12000 Stück erscheint, hat die Hausbibelfrage, die Gesangbuchfrage, das Problem Staat und Kirche, das Verhältnis zur Lehrerwelt und Lehrerpresse und anderes mehr behandelt. Der Berichterstatter wünschte aber mehr Mitarbeiter als Kritiker. Der Verband hat sich der Zentralstelle für Volkswohlfahrt und dem Deutsch-evangelischen Verein zur Förderung der Sittlichkeit angeschlossen und besonders dem letzteren Verein Förderung zugesagt.

Die Tätigkeit des Vorstandes erstreckte sich hauptsächlich auf die Aufgaben der früheren Pfarrertage. Hinsichtlich der Sammlung von kirchlichen Sitten und Gebräuchen kam man zu dem Entschluß, die Sache vom Verband aus nicht weiter zu betreiben, aber den einzelnen Vereinen, welche die Arbeit bereits aufgenommen oder abgeschlossen haben, den Austausch untereinander zu erleichtern. Bezüglich des Kollektenwesens empfiehlt der Pfarrertag den Vereinen, in deren Bezirken sich Schwierigkeiten zeigen, auf eine Ordnung in der Richtung hinzuwirken, daß nach dem Muster von Brandenburg, Nassau, Ostpreußen, Reuß j. L. und Westfalen und unter Benutzung der dort gemachten Erfahrungen für die einzelnen Kirchenprovinzen Kollektenordnungsstellen eingerichtet werden und die Einsammlung der Hauskollekten tunlichst von den Gemeinden selbst oder durch Leute besorgt wird, die von den örtlichen Stellen selbst bestellt und kontrolliert werden, so daß man auf auswärtige Berufskollektanten verzichten kann. Die Preßtätigkeit zeigt ein erfreuliches Bild; sie ist mit Interesse, Verständnis und Erfolg in Angriff genommen. Die Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechtes für die Minderjährigen im Interesse erfolgreicher Jugendpflege ist überall auf starke Bedenken gestoßen. Der Bericht über die Prüfungsordnungen der deutschen evangelischen Landeskirchen soll nach sorgfältiger Prüfung durch die Nachträge einzelner Vereine ergänzt und das Material dem Deutschen Evangelischen Kirchenausschuß mit der Bitte überwiesen werden, zu erwägen, ob die in den verschiedenen Prüfungsordnungen vorhandenen Anforderungen nicht einander angenähert werden könnten. Der Antrag war s. Zt. veranlaßt durch einen Antrag auf die Abschaffung des Kolloquiums. Hinsichtlich des Antrages Hessen, der auf Gebührenfreiheit für kirchliche Bescheinigungen abzielte für alle diejenigen Fälle, in welchen Pfarrer derartige Bescheinigungen zu kirchlichen Zwecken fordern, wurde beschlossen, die einzelnen Vereine zu bitten, einen

Bericht über die Lage der Sache in ihren Landeskirchen und ihre Stellung zu der Sache einzureichen. Der Protest gegen die „Viro-automaten“ wurde durch das Eingreifen von den verschiedensten Seiten und durch Vorstellungen beim Kriegsminister mit Erfolg gekrönt. Im Verein mit dem Deutschen Sittlichkeitsverein sind aber auch ethische Bedenken gegen die später getroffenen sanitären Maßnahmen in den Kasernen erhoben.

In den einzelnen Vereinen des Verbandes war die Jugendpflege das aktuellste Thema. Im übrigen waren sie mit ihren Schülerheimen, Krankenkassen und den verschiedensten Fachfragen beschäftigt.

Im letzten Punkt nimmt der Jahresbericht besonnene Stellung zu einer Polemik, die sich an Äußerungen über eine zukünftige Deutsch-evangelische Kirche auf Grund des letzten Pfarrertags angeschlossen hat.

Der Jahresbericht fand eingehende Besprechung in der Versammlung. Seine einzelnen Anträge wurden, wie schon betont, eingehend behandelt, besonders der Duellpunkt rief eine längere Debatte hervor. Einen weiteren Punkt der Tagesordnung bildete die von Fraustadt-Schreibitz und Saathoff-Göttingen behandelte Frage der Schaffung einer deutschen Hausbibel. Da Einheitlichkeit in dieser wichtigen Sache nicht zu erzielen war, so wurde beschlossen, die Angelegenheit den Bezirksvereinen zur Beratung zu empfehlen. Anträge von Dr. Morgenstern-Homburg in der Samariterfondsfrage wurden abgelehnt, hingegen fand ein Antrag Hessen betr. das Kolportage-Unwesen (der Verband der Deutschen Pfarrervereine wolle die geeigneten Mittel ergreifen, um dem auf dem Gebiet der Kolportage für Zwecke der Wohltätigkeit bestehenden Unwesen zu steuern) Annahme. Vom Reingewinn des Deutschen Pfarrerblattes konnten 6000 M. an die Pfarrervereine zu Unterstützungszwecken verteilt werden.

In Nebenversammlungen tagten der Verein abstinenter Pfarrer mit einem Referat von Professor D. von Wurster-Tübingen über die Abstinenz als Standespflicht des Pfarrers, die Freunde der Schülerheime, der eingetragene Verein Deutsches Pfarrerblatt und die Kommission für den „Pfarrerverein“. Ein Gemeindeabend, der von ca. 2000 Personen besucht war, bot Ansprachen von Pfarrern aus den verschiedensten deutschen Gauen.

Am Donnerstag, den 12. September, fand in der Markuskirche eine Festandacht mit Predigt von Stadtpfarrer Mayer-Stuttgart statt. Bei der Schlußversammlung begründete nach den offiziellen Begrüßungen Stadtpfarrer Traub-Stuttgart, eine von der Versammlung einmütig angenommene Erklärung des Württembergischen Vereins zum Jesuitengesetz, Unitätsdirektor Bauer - Berthelsdorf, referierte über „Jugendpflege, ihre Aufgaben, ihre Hindernisse und die Wege zum Ziele“. Die Versammlung nahm zum Schluß folgende Erklärung an: „Die Versammlung erklärt es auf Grund der

gehörten Vorträge für Pflicht der Pfarrer und der Gemeinden, die ev. Jugendpflege weiter kräftig zu betreiben. Den neueren Bestrebungen von staatlicher und kommunaler Seite steht sie freundlich gegenüber und geht zum Teil mit ihnen Hand in Hand, ist aber der Überzeugung, daß Pfarrer und Gemeinden an den bewährten Methoden und Organisationen ihrer Jugendpflege festzuhalten guten Grund haben.“

Zum Schluß behandelte Pastor von der Heydt-Berlin, unterstützt durch eine Ausstellung von Gesangbüchern mit künstlerischem Schmuck und von Entwürfen für Einbände und Ornamente, die Gesangbuchfrage, und zwar besonders hinsichtlich des Mangels der Einheitlichkeit des evangel. Kirchengesangs in deutschen Landen und hinsichtlich der Melodienfrage. Soweit in den Pfarrervereinen über die Sache verhandelt worden ist, sind, wie der Referent ausführte, folgende Wünsche laut geworden: Eine Einheitsvorlage von 200 bis 400 Liedern, für deren Text und Melodie in der Regel die ursprüngliche Fassung den Vorzug erhält, muß den Gesangbuch-Kommissionen zur Verfügung gestellt werden. Für die älteren Melodien gilt der Grundsatz, daß sie in der ursprünglichen Form des Volksgesanges notiert werden gemäß dem Eisenacher Kirchengesangbuch ohne Fermaten und Taktstriche. Jedes Lied erhält seine eigene Melodie; Parallelmelodien werden nur verwandt, wenn das Lied nach der betreffenden Weise von vornherein gedichtet ist. Kein Gesangbuch ohne Noten. Wünschenswert ist die Einführung der Beutterschen Reform-Notenschrift. Für neue Gesangbücher wird um größere Berücksichtigung der neueren geistlichen Liederdichtung gebeten. Die Ausstattung des Gesangbuches mit künstlerischem Buchschmuck ist eine berechtigte Forderung. — Nach einem Festmahl beendete ein gemütliches Zusammensein auf dem Buchenhof und am nächsten Tage ein Ausflug nach Tübingen, wo besonders auch das Institut für ärztliche Mission besucht wurde, die wohlgelungene Tagung, von der die Teilnehmer als dauerndes Andenken auch zwei literarische Gaben „Aus dem Leben der evangelischen Kirche Württembergs“, von Stadtpfarrer Mayer-Stuttgart, und „Ernstes und Heiteres aus dem schwäbischen Pfarrhaus“, von Pfarrer Bertsch-Ludwigsburg, mit nach Hause nahmen.

14. Deutsche Lutherstiftung.

Geschäftsstelle: Berlin-Charlottenburg 2.

Die Deutsche Lutherstiftung hielt ihre 27. Hauptversammlung am 15. und 16. Juni 1912 in Rothenburg ob der Tauber ab. In dem berühmten alten Städtchen hatten sich zahlreiche Vertreter der verschiedenen Hauptvereine eingefunden. In der nicht öffentlichen Sitzung des Zentralvorstandes konnten aus den verfügbaren Mitteln Erziehungsbeihilfen im Betrage von fast 6000 M. bewilligt

werden. Dem Lutherheim in Berlin wurde ein Zuschuß bewilligt, um auch fernerhin trotz der hohen Lebensmittelpreise die Pensionspreise auf mäßiger Höhe halten zu können. In der 27. Hauptversammlung der Vereinsmitglieder konnte der Vorsitzende, Wirkl. Geh. O.-Kons.-Rat *D. Koch*, im Jahresbericht mitteilen, daß im Königreich Sachsen in der sächsischen Oberlausitz ein neuer Hauptverein gegründet worden sei. Im Festgottesdienst in der St. Jakobskirche hielt Präsident *D. von Bezzel-München* die Festpredigt. Am Nachmittag bot der Rothenburger Chorverein ein Bachkonzert. Am Abend des gleichen Tages vereinigte eine öffentliche Versammlung die einheimischen und auswärtigen Mitglieder. Generalsuperintendent Lic. Rogge-Koblenz behandelte das Thema: „Luther und die Kirchenbilder seiner Zeit“.

Durch die Arbeit seiner 21 Haupt- und 205 Zweigvereine war es dem Verein der Deutschen Lutherstiftung möglich, im Jahre 1911 an 204 Pfarrerrfamilien 16738 M., an 592 Lehrerfamilien 35936 M., insgesamt an 795 Familien 52674 M. zu bewilligen. Während des Bestehens der Lutherstiftung wurden insgesamt 1137468,80 M. zu Unterstützungszwecken verwandt. Das Gesamtvermögen betrug Ende des Jahres 1911 538505,97 M. Auch in den übrigen satzungsgemäßen Aufgaben konnte Erspriefliches geleistet werden. Die drei Freistellen an der Kgl. Landesschule zu Pforta wie das Lutherheim für die Pfarrtöchter erfüllten ihren Zweck, Geistlichen und Lehrern die Erziehung ihrer Kinder zu erleichtern. Das Lutherheim in Berlin erfreute sich guten Besuches und zeigte auch gutes Einvernehmen unter den nach Herkunft, Art und Alter sowie Mannigfaltigkeit der Interessen sehr verschiedenen Bewohnerinnen.

15. Evangelischer Afrika-Verein.

Geschäftsstelle: Berlin N. 20, Koloniestr. 3.

Der Bericht des Evangelischen Afrika-Vereins, zum letztenmal erstattet von dem am 19. Mai 1912 heimgegangenen Generalsekretär Pfarrer Otto, berichtet von ruhigen Fortschritten in der Vereinsarbeit. Ziele, Zweck und Art der Arbeit waren dieselben wie früher. Besondere Ereignisse und Erfahrungen fehlten, und die Mittel, welche zur Verfügung standen, hielten das Werk in den alten Grenzen. Mit Erfolg wurde das eine Ziel der Vereinsarbeit: Wahrung der Menschenrechte der Eingeborenen, Schutz gegen den verheerenden Einfluß des Alkohols und die Ausbeutung durch gewissenlose Händler durch die aus dem Afrika-Verein hervorgegangene Kommission zur Bekämpfung des afrikanischen Branntweinhandels, jetzt zum Deutschen Verband erweitert, gefördert. Im Mittelpunkt der Arbeit stand nach wie vor die Erziehung der Eingeborenen in Deutsch-Ostafrika. In Lutindi im Usambarahochlande wurde die

von Jahr zu Jahr kleiner werdende Schar der Sklavenwaisenkinder in Haus und Schule in gleicher Weise erzogen und unterrichtet, wobei die religiöse Unterweisung natürlich die Hauptsache war. Von Lutindi aus wurden auch noch eine Anzahl Eingeborenen-schulen unterhalten. Die Leitung des Ganzen lag in den Händen der Diakonen Liebusch und Engelbrecht. Ersterer, der Vertreter des in die Heimat beurlaubten Diakonen Bokermann, sollte auch nach dessen Rückkehr behufs Erweiterung der Arbeit nach der kulturellen Seite hin auf Lutindi bleiben, doch wurde er nach schwerer Erkrankung aus diesem Leben abgerufen.

Auf der Kolonie Bethanien sind bemerkenswerte Veränderungen nicht eingetreten. Den auf Lutindi Hilfe suchenden Kranken wurde durch Anlegung von Verbänden und durch Gewährung von Medikamenten geholfen. In der Station für Geisteskranke stieg die Zahl der Patienten auf 60—70. Das Pflegepersonal mußte auf sechs eingeborene Wärter und zwei Wärterinnen vermehrt werden. Die Heilerfolge waren befriedigend.

Die Gesamtarbeit des Vereins, über dessen Einzeltätigkeit die Vereinszeitschrift „Afrika“ vierteljährlich berichtet, wurde durch die Erkrankung des Generalsekretärs sehr gestört. Die Jahreseinnahmen betrugen 34 176,04 M., die Ausgaben 26 554,51 M.

16. Evangelische Gesellschaft für die protestantischen Deutschen in Amerika.

Geschäftsstelle: Elberfeld, am Üllenberg 6.

Auf 75 Jahre erfolgreicher Tätigkeit kann die evangelische Gesellschaft für die protestantischen Deutschen zurückblicken. Es war im Jahre 1837, als im engsten Anschluß an die Rheinische Missionsgesellschaft in Barmen der christliche Verein für die evangelischen Deutschen in Nordamerika entstand. Besonders von Langenberg aus gefördert, konsolidierten sich die Bestrebungen immer mehr, so daß am 20. August 1841 der Verein als Evangelische Gesellschaft für die protestantischen Deutschen in Nordamerika Korporationsrechte bekommen konnte. Der Verein, der bis zum Jahr 1857 unter Leitung des Herrn Wilhelm Colsman in Langenberg stand, umfaßte die verschiedenen evangelischen Bekenntnisse, und er hielt fest daran, daß den auszusendenden Predigern ihr reformiertes oder lutherisches oder uniertes Bekenntnis unbenommen bleiben sollte, und daß es jeder von ihnen zu stiftenden Gemeinde ganz frei gestellt sei, welcher Konfession sie sich anschließen wolle. Die Absicht der Gesellschaft zielte nur darauf, die fernen Brüder und Schwestern vor dem Abfall zu schützen, die Irrenden auf den Weg der Wahrheit zu leiten, mit dem Wort des Lebens zu unterweisen und sie zu Kirchengemeinden zu sammeln, damit ihnen und ihren Nachkommen der Besitz des Kleinods der evangelischen Lehre gesichert werde. Die Evangelische Gesell-

schaft hat damit zuerst in Deutschland die Fürsorge für die überseeische deutsch-evangelische Diaspora als Pflicht erkannt und in großzügiger Weise in die Hand genommen. Je länger je mehr wuchs das Interesse für die Arbeit. Bald beteiligte sich auch der um wenige Jahre ältere Gustav-Adolf-Verein daran. Im Jahre 1839 sammelte Pastor Mallet in Bremen zum gleichen Zweck einen Hilfsverein. Im Rauhen Hause bildete Wichern Zöglinge für Amerika aus. Mit Hamburg und mit Bremen trat die evangelische Gesellschaft bald in freundschaftliche Beziehungen. Zu gleicher Zeit sandten Missionsfreunde aus der Schweiz und ein Verein in Hanau ebenso wie Löhe in Neuendettelsau und später auch Hermannsburg Zöglinge nach Nordamerika. 1852 trat die Berliner Gesellschaft für die deutsch-evangelische Mission in Amerika ins Leben und suchte seit 1862 mit ihrer Zeitschrift: „Der Ansiedler im Westen“ für diese notwendige Sache Propaganda zu machen und neben den in Neuendettelsau herausgegebenen „Kirchlichen Nachrichten aus Nordamerika“ war der „Ansiedler im Westen“ das einzige Organ in Deutschland, welches die Beziehungen der Heimat zu der deutschen evangelischen Kirche in Nordamerika pflegte. Das Interesse wuchs immer mehr. Die Kirchentage behandelten die großen geistlichen Notstände in Amerika, besonders auch Wichern warb um Hilfe. 1868 ermöglichte ihm die reiche Gabe eines deutschen Predigers, im Johannisstift in Berlin eine besondere Ausbildungsanstalt für evangelische Prediger für Nordamerika, das sogenannte Sternenhaus, zu errichten. Bis 1875 waren 750, bis 1886 1271 Sendboten ausgesandt. Diese Zahlen bedeuteten nicht viel gegenüber den großen Scharen der ausgewanderten Deutschen, gegenüber der religiösen Verwilderung und der durch das Treiben der Sekten hervorgerufenen Zersplitterung der kirchlichen Gemeinschaften drüben. Besonders auch konfessionelle Streitigkeiten bereiteten der evangelischen Gesellschaft ungeheure Schwierigkeiten und zerrissen das mit verschiedenen Synoden drüben angeknüpfte Band. Eine wirksame Vermehrung der geistlichen Kräfte wurde erst erzielt durch die von Deutschland aus wesentlich geförderte Gründung von Predigerseminaren in der neuen Welt. Im Anfang der achtziger Jahre waren die kirchlichen Verhältnisse der deutschen Protestanten in Nordamerika so geordnet und erstarkt, daß sie immer weniger der Hilfe der Heimat bedurften. So wurden die Kräfte für eine neue Aufgabe frei, nämlich die Versorgung der evangelischen Deutschen in Südamerika, besonders in Brasilien und Chile. Nordamerika aber hat allen Grund, der Gesellschaft für ihre 60jährige Hilfsarbeit dankbar zu sein, in welcher sie nicht nur 112 Geistliche auf ihre Kosten hinübersandte, sondern auch nach jeder Richtung hin grundlegende Anregungen bot. Das Verdienst von Wilhelm Colman, G. Hermann und Pastor Wilhelm Krüger (jetzt Emeritus in Bonn am Rhein) kann ebenso wie das der Berufsarbeiter Meyeringh, Schröter, Augener,

Meyer, Stursberg, Nelle, Jungclaßen, Griesmann und Reich nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Die Wendung nach Südamerika geht auf Pastor Dr. Borchard zurück, welcher 1863 vom Evangelischen Oberkirchenrat nach Sao Leopoldo in Südbrasilien gesandt den Barmer Missionsinspektor *D. Fabri* um seine Hilfe bat. Die ersten Berichte Dr. Borchards über die entsetzlichen Zustände in Südbrasilien beschäftigten die Deputation der Rheinischen Missionsgesellschaft. Durch die Statuten auf die Arbeit in der Heidenwelt beschränkt, mußte die Gesellschaft den Antrag, die geistliche Versorgung in die Hand zu nehmen, ablehnen, erklärte sich aber bereit, sowohl ausgebildete Brüder als Prediger für Südbrasilien abzulassen, sofern die für deren Übersiedelung und Ausrüstung nötigen Kosten anderweitig beschafft würden, als auch aus klimatischen Rücksichten zurückkehrende Missionare für Brasilien zur Verfügung zu stellen. Auf diesen Beschluß hin konstituierte sich in Barmen das Komitee für die protestantischen Deutschen in Südbrasilien. Am 1. Januar 1865 veröffentlichte *D. Fabri* im Barmer Missionsblatt einen Aufruf um Gaben für Südbrasilien. Der Aufruf hatte bald Erfolg, vor allen Dingen auch beim Zentralvorstand des Gustav-Adolf-Vereins, und schon am 22. Oktober konnten die ersten Geistlichen ausgesandt werden. Der unermüdlichen Wirksamkeit von *D. Fabri* und Dr. Borchard gelang es, das kleine unscheinbare Werk zur größten Entfaltung zu bringen. Sehr bald konnten auch akademisch gebildete Theologen ausgesandt werden, und nur so wurde es möglich, daß wir heute große starke deutsch-evangelische Kirchengemeinschaften in Rio Grande do Sul, Santa Catharina, Mittelbrasilien und Chile haben, nämlich die Rio Grandenser Synode, den deutsch-evangelischen Gemeindeverband für Santa Catharina, die deutsch-evangelische Synode für Mittelbrasilien und die Chile-Synode. Die meisten Gemeinden dieser Synoden, über welche die treffliche Festschrift von P. M. Dedekind (75 Jahre deutsch-evangelischer Diaspora in Nord- und Südamerika, Elberfeld 1912) genaue Auskunft gibt, haben mehr oder weniger die Hilfe der evangelischen Gesellschaft erfahren. Die Zustände in kirchlicher, religiöser und sittlicher Beziehung waren trostlos, auch die wirtschaftliche Lage war außerordentlich schwierig für die ca. 50 000 Deutschen, die bei Dr. Borchards Ankunft in Brasilien ansässig waren, wenigstens so weit sie evangelisch waren. Die deutschen Katholiken wurden durch die katholische Staatskirche mit versorgt. Die Pfarrer der evangelischen Gemeinden waren meist Pseudopfarrer oder sog. „Schnapspfarrer“, religiöse Irrungen und furchtbare Auswüchse gaben der kirchlichen Verwilderung noch ein besonderes Gepräge, die Höhe wurde bei dem sog. Mucker-aufstand in Leonerhof, dem heutigen Sapyranga, erreicht. Die Arbeit war für das Barmer Komitee außerordentlich schwierig; immer neue Gebiete und vor allen Dingen auch die Fürsorge für

die Schule kamen hinzu, man mußte sich nach Bundesgenossen umsehen. So vereinigte sich das Barmer brasilianische Komitee 1881 mit dem Langenberger Verein der evangelischen Gesellschaft für die protestantischen Deutschen in Nordamerika zur evangelischen Gesellschaft für die protestantischen Deutschen in Amerika unter Leitung des Missionsinspektors *D. Fabri* in Barmen. Das Statut der neuen Gesellschaft erhielt am 8. Nov. 1881 die königliche Genehmigung. Sie machte sich die Ausbildung und Aussendung von Geistlichen und Lehrern für die protestantischen Deutschen in Amerika zur Aufgabe. Soweit es ihre Kräfte erlaubten, behielt sie sich vor, auch sonst deutschen Gemeinden im Ausland, speziell in überseeischen Ländern, ihre Dienste zu leisten. Diese Absicht, wie sie in § 1 der Statuten zum Ausdruck kommt, ist allerdings nicht in Erfüllung gegangen. Einmal nahmen die großen Aufgaben in Südbrasilien und Chile ihre ganzen Kräfte in Anspruch, und sodann sind ja auch noch eine ganze Reihe von Helfern mit auf den Plan getreten, welche sich der andern Gebiete angenommen haben. Die neue Gesellschaft übernahm den vom Berliner Verein für die Mission in Amerika herausgegebenen „Ansiedler im Westen“, der heute noch, jetzt unter dem Titel: „Der deutsche Ansiedler“ in starker Auflage erscheint. Schriftleiter ist der jeweilige Geschäftsführer der Gesellschaft, seit 1908 Pastor *M. Dedekind* in Elberfeld. Die Leitung der Evangelischen Gesellschaft hatte zunächst *D. Fabri*, ihm folgte Missionsinspektor *Dr. Schreiber* in Barmen. 1903—1911 leitete *P. Moritz Schreiner* ebenda und seitdem *P. Wilhelm Kolfhaus-Elberfeld* den Verein. Gegen die frühere Zeit ist ein erheblicher Unterschied in der Arbeit der Evangelischen Gesellschaft festzustellen. Weil die verschiedensten Institutionen ihr Interesse den Auslandsdeutschen zuwandten, vor allen Dingen auch die Kirchenregierungen, der *Gustav-Adolf-Verein* und der *Evangelische Bund*, so konnte sich die Fürsorge auf *Rio Grande do Sul* konzentrieren, und die Entwicklung dieses Gebiets erfordert allerdings auch Anspannung der ganzen Kräfte. Einzelnes über die einzelnen Gemeinden ergibt die bereits erwähnte Festschrift.

Das 75jährige Jubiläum wurde am 5. Juni 1912 in Langenberg im Rheinland, dem Geburtsort des Vereins, gefeiert unter zahlreicher Beteiligung der verwandten Bestrebungen, die dem Verein wohlverdiente Anerkennung brachten. Selbst aus Amerika waren Vertreter erschienen. Beim Festgottesdienst predigte Hofprediger *Dr. Hoffmann* aus Stuttgart, *P. Arnold* berichtete von seinen Erlebnissen als Reiseprediger der *Rio Grandenser Synode*, Direktor *Röhling*, lange Jahre Lehrer in *Porto Allegre* und Schuldirektor in *Rio Grande* und jetzt ausersehen als Leiter des neuen Lehrerseminars in *Santa Cruz*, schilderte die Nöte und Mängel der deutschen evangelischen Schule drüben.

Aus dem Jahresbericht über das Jahr 1911 sei folgendes erwähnt: Mit Dankbarkeit begrüßt die Gesellschaft die Unterstützung seitens des Deutsch-evangelischen Kirchenausschusses und des Evangelischen Oberkirchenrates, vor allen Dingen die Aussendung von Propst Lic. Braunschweig als ständigen Vertreter sowohl der Kirchenbehörden wie der großen Korporationen drüben, sie sieht darin die Gewähr für die gedeihliche Entwicklung der brasilianischen Kirche. Nicht minder bedeutungsvoll ist auch die Eröffnung des Auslandpredigerseminars in Soest, welches in erster Linie Pastoren für Südbrasilien ausbilden will und so der Evangelischen Gesellschaft grade auf dem wichtigsten Punkt wertvolle Hilfe leistet. Werden durch dieses Seminar genügend Kräfte für das geistliche Amt geschafft, so kann die evangelische Gesellschaft ihrer anderen Aufgabe, für die Schulen besser zu sorgen, in größerem Umfange gerecht werden, zumal wenn die Frauenhilfe fürs Ausland weibliche Lehrkräfte zur Verfügung stellen kann. Ein weiterer wichtiger Faktor ist das Kuratorium für die deutschen Schulen in Santa Cruz, welches auch für das deutsch-evangelische Lehrerseminar sorgen will. Die Jahresbeiträge haben sich gehoben von 8027,34 M. auf 9166,99 M. und die Gesamt-Jahreseinnahme stieg auf 45426,69 M., das Defizit sank auf 3335,90 M.

Die Evangelische Gesellschaft konnte im Jahr 1911 sechs Geistliche, einen Oberlehrer und zwei Lehrer hinaussenden, zum größten Teil mit Familie. Die Kosten dieser Aussendungen betrugen nicht weniger als 11063 M. Neuerdings werden nicht nur die Kosten bis Porto Allegre, sondern direkt bis an das neue Arbeitsfeld bezahlt, um es den Geistlichen und Lehrern möglichst zu erleichtern. Die Aussendung weiterer Geistlicher verzögerte sich bis 1912. Drei Pfarrerwitwen wurden Pensionen gewährt, einigen Pfarrern und Lehrern Unterstützungen zugewandt. In wachsendem Maße wurden Gehaltszuschüsse für die Geistlichen in neuen aber armen Gemeinden bewilligt. Der Synodalschule und dem Töchterinstitut Evangelisches Stift ebenso wie den durch eine Hochwasserkatastrophe schwer getroffenen Bewohnern des Itayabitaes wurden Beihilfen gespendet. Da in Brasilien auch viel schwedische Evangelische sind, wurden Verhandlungen mit dem Deutsch-evangelischen Kirchenausschuß wegen eines der deutschen Sprache kundigen auch für die Schule interessierten schwedischen Geistlichen angeknüpft.

Die Arbeit in Rio Grande do Sul zeigt erfreuliche Fortschritte. Eine Reihe von Gemeinden und Geistlichen erhielt Anschluß an die preußische Landeskirche, der Gemeindebezirk von Teutonia, der bisher nur zum kleineren Teil zur Synode gehörte, schloß sich an und wurde in vier lebensfähige Gemeinden geteilt. In den Gemeinden herrschte reges Leben. Allein 10 neue Kirchen wurden errichtet, und die Angriffe der Missourier vermochten nicht allzuviel auszurichten. Unter den Geistlichen — es wirken an den

über 180 deutschen evangelischen Gemeinden des Staates Rio Grande do Sul zur Zeit 55 Geistliche — gab es manchen Wechsel. Die Anstalten der Synode wuchsen. Die Synodalschule in Santa Cruz stieg auf 230 Schüler, und das am 2. Juli 1910 mit zwei Schülern begonnene Lehrerseminar zählte Ende 1911 sechs Zöglinge, deren Zahl sich inzwischen auf 12 vermehrt hat. Das Interesse grade auch für dieses Seminar wächst sehr. Das Töchterinstitut Evangelisches Stift in Hamburger Berg hatte 1911 28 Schülerinnen, für 1912 erwartete man 40. Das Waisenhaus Asyl Pella beherbergte 1911 68 Kinder, aus Porto Allegre flossen der Anstalt 15000 M. an Liebesgaben zu. Der brasilianische Staat überwies den Anstalten eine Prämie von 10000 Milreis. Im Altenheim Bethanien waren 41 Insassen. Die Rio Grandenser Synode konnte 1911 ihr 25jähriges Jubiläum feiern und auf einen ganz gewaltigen Fortschritt zurückblicken. Die Arbeit der Gesellschaft wird sich immer mehr steigern. Ein zweiter Reiseprediger ist dringend nötig. Die Zahl der deutsch-evangelischen Ansiedler wächst jährlich um etwa 6000 Köpfe, und es ist dringend nötig, daß sie von Anfang an systematisch versorgt werden. Vor allen Dingen aber, wie schon gesagt, bedarf auch die Schulfrage energischer Auffassung.

17. Evangelischer Verein für die La Plata-Staaten.

Geschäftsstelle: Bremen, Kirchweg 57.

Der La Plata-Verein hatte im Berichtsjahr Wechsel in beiden Reisepredigerstellen durchzumachen. Pfarrer Babick wurde zum dritten Pfarrer in Buenos Aires, Pastor Bittkau nach mehr als dreijähriger Tätigkeit als Reiseprediger zum Pfarrer in Plocesti in Rumänien ernannt. Beiden Reisepredigern war es beschieden, die evangelische Sache am La Plata wesentlich zu fördern.

Im Südbezirk der Synode hatte Pfarrer Bittkau mehrere Stationen, welche er drei- bis viermal im Jahr besuchen konnte. In Bahia Blanca, dem Mittelpunkt seiner Tätigkeit, weilte er natürlich öfter. Seine Arbeit vollzog sich überhaupt in drei Kreisen: außer in Bahia Blanca bei den evangelischen Deutsch-Russen und bei vereinzelt deutschen Familien auf dem Kamp. Er konnte im ersten Halbjahr 1911 43mal Gottesdienst mit durchschnittlich 66 Teilnehmern und 12 Abendmahlsfeiern mit durchschnittlich 24 Teilnehmern abhalten. 109 Kinder wurden getauft, 21 konfirmiert und 6 Paare getraut. Die Hauptarbeit galt den Deutsch-Russen. Gerade bei ihnen findet sich auch im Ausland viel religiöser und kirchlicher Sinn. In Bahia Blanca erwarb sich die deutsche Gemeinde das Recht, in der Iglesia metodista episcopal Gottesdienst abzuhalten. Auf dem Kamp galt die Tätigkeit des Reisepredigers den unter Spaniern, Franzosen und Italienern angesiedelten Reichsdeutschen, die natürlich infolge der Vereinsamung besonders ge-

fährdet sind. Zum Nachfolger von Pastor Bittkau wurde vom Evangelischen Oberkirchenrat in Berlin Synodalvikar Johannes Hoffmann aus Recklinghausen berufen und am 14. April in sein Amt eingeführt.

Der Reiseprediger des Nordbezirks hatte eine sehr mannigfaltige Tätigkeit in großen und kleinen Städten, in Kampkolonien und Estanzen, in Fabriken und Urwaldkolonien. Pastor Babick konnte auf 6 Reisen 44 Orte besuchen, davon 10 zweimal. Die Zahl der Gottesdienstteilnehmer schwankte zwischen 10 und 300. Getauft wurden 257 Kinder, unterrichtet und konfirmiert 82 Konfirmanden, 5 Paare wurden getraut und 3 Beerdigungen vollzogen. Zu seinem Nachfolger wurde der Pfarrvikar Anton Ohlert ernannt. Am 10. Nov. wurde er in Buenos Aires während der Tagung der Synode von Pastor Scheringer in sein Amt eingeführt. Er konnte alsbald seine Amtsreisen beginnen und fand überall viel Zuspruch. Auf einer Pikade konnte er sich wochenlang allein 100 deutsch-protestantischen Familien widmen. An einem anderen Orte fand er in einer Deutsch-Russenkolonie alle Vorbedingungen für ein ständiges Pfarramt vor. Die Finanzen des Vereins bewegen sich nach wie vor in sehr bescheidenen Grenzen.

18. Verein zur Pflege des evangelischen Lebens in den Schutzgebieten und im Ausland. (E. V.)

Geschäftsstelle: Breslau IX, Marienstr. 2.

Der Verein für deutsch-evangelisches Leben in den Schutzgebieten und im Ausland zeigte im vergangenen Berichtsjahr kräftiges Leben und verstand es auch, daheim und in der Fremde frisches Leben zu wecken. Sein Mitgliederkreis ist im dritten Geschäftsjahr um 500 auf 3500 gewachsen, und die Netze des Vereins spannen sich immer weiter aus über Schlesien, die östlichen Provinzen und sogar schon über Mittel- und Westdeutschland. Der Konzentration auf die deutschen Kolonien wird es zu danken sein, abgesehen von der rührigen Arbeit des Geschäftsführers und der zahlreichen Vertrauensleute, daß das Verständnis für die Aufgaben immer mehr wächst. Im Mittelpunkt des Interesses stand der Kirchbau in Swakopmund, der am 7. Januar 1912 eingeweiht werden konnte. Über 8000 M. gingen für diesen Zweck durch die Kasse des Vereins, doch lastet noch eine große Schuldenmenge auf Kirche und Pfarrhaus. Sein weiteres Interesse wandte der Verein Windhuk zu. Dort wurde im letzten Jahre die stattliche Kirche fertiggestellt, aber sie ist noch lange nicht bezahlt, und ihr Bau hat die Gemeinde in die allergrößte Verlegenheit gebracht. Infolge des Arbeitermangels und der großen Teuerung sowie der Notwendigkeit, alles zum Kirchbau Benötigte aus Deutschland herbeizuschaffen, mußte der Bauanschlag um 70000 M. überschritten werden, dazu bereitete die mangelnde Rechtsfähigkeit noch besondere Schwierig-

keiten. In Lüderitzbucht konnte am 19. November 1911 der Grundstein zur Kirche gelegt werden, doch ist auch diese Gemeinde nicht imstande, die nötigen Baumittel aufzubringen. Keetmanshoop, eine täglich wachsende Gemeinde tief im Innern von Deutsch-Süd-West, möchte wenigstens einen Bauplatz für die Kirche kaufen, aber auch dafür fehlt es an Mitteln.

Bei dem Jahresfest des Vereins, welches am 10. März in Breslau gefeiert wurde, hielt Generalsuperintendent D. Gennrich-Magdeburg die Festpredigt und der Geschäftsführer Pastor Guhr den Bericht. In der Mitgliederversammlung, die sich daran anschloß, wurde hinsichtlich der Einnahmen folgendes beschlossen: Nach Reservierung kleinerer Summen für den Betriebsfonds und den eisernen Bestand wurde von dem Rest von 4500 M. die Hälfte mit 2250 M. dem Kirchenausschuß für Swakopmund übergeben. Von der anderen Hälfte wurden 1125 M. für die gleiche Gemeinde, 600 M. für Windhuk, 300 M. für Lüderitzbucht, 225 M. für Keetmanshoop bewilligt. Bei der Festversammlung berichtete Pastor Scheibert-Lampersdorf über das Leben der deutschen Einwanderer im brasilianischen Urwald. Pastor Hartwich bot Lichtbilder aus seiner Amtswirksamkeit in Messina und Palermo. Die Jahreseinnahme des Vereins belief sich auf 9676,58 M.

19. Evangelischer Hauptverein für deutsche Ansiedler und Auswanderer in Witzenhausen a. d. Werra.

Geschäftsstelle: Witzenhausen a. d. Werra.

Das Vereinsjahr 1912 stand unter dem Zeichen der Schulden tilgung bei wachsender Arbeit; während am 1. Oktober 1911 die Schuldsumme noch 6872,72 M. betrug ist sie am 31. Dez. 1912 auf 926,90 M. herabgesunken, und die Einnahmen sind von 14 779,22 M. auf 15 395 M. gestiegen. Die Lage des Vereins ist dadurch günstiger geworden, daß die Mitgliederzahl und dementsprechend die Beiträge gewachsen sind, sowie daß das Kuratorium der deutschen Kolonialschule seinen Beitrag zum Gehalt des Geschäftsführers erhöhte. Sehr schmerzlich war für den Verein der Heimgang des ersten Vorsitzenden, des Herrn G. A. Schlechtendahl in Barmen, welcher am 26. August 1912 verschied. Schlechtendahl war einer der ersten, der sich für die Nöte der Auslandsdeutschen mit aller Energie ins Zeug warf und der mit weitem Blick und warmem Herzen die Sache des evangelischen Hauptvereins vertrat. Zu seinem Nachfolger wurde Oberforstmeister Fricke in Hann. Münden erwählt und der Verwaltungsausschuß der vereinfachten Geschäftsführung wegen Herren aus Mitteldeutschland ergänzt.

Die Auswandererfürsorge betraf besonders Brasilien und Kanada. In ausführlichen brieflichen Auskünften wurden die Aus-

wanderungslustigen beraten und mit den Auswanderer-Missionen und den Vertrauensmännern hüben und drüben in Verbindung gebracht. Eine wesentliche Erleichterung dieser Arbeit bedeutet es, daß dem Hauptverein aus den verschiedensten Teilen Deutschlands die Listen der abgemeldeten Auswanderer zugehen. So ist es auch möglich, sie in geeigneten Fällen von dem Entschluß zur Auswanderung abzubringen und für die innere Kolonisation in Deutschland zu verwenden.

An literarischen Hilfsmitteln stehen dem Verein zur Verfügung „Der deutsche Auswanderer“ und neuerdings zwanglos erscheinende Hefte „Der Auswandererfreund“. Von den letzteren sind bereits zwei erschienen, welche die Staaten Santa Catharina und Sao Paulo in Brasilien behandeln. Diese Veröffentlichungen sollen übertriebene Illusionen zerstören und zur Vorsicht vor der Auswanderung mahnen. Weitere Hefte sollen folgen. In den Beziehungen zu den Aus- und Einwanderer-Missionen sind abgesehen vom Personenwechsel Änderungen nicht eingetreten. Der Gottesdienst an Bord der Auswandererschiffe wurde wesentlich gefördert. Die Anregung des Hauptvereins an die ausreisenden Geistlichen, bei der Überfahrt Gottesdienste abzuhalten, fällt, wie die in der Regel zurückgesandten Fragebogen ergeben, meist auf fruchtbaren Boden. Die Schiffahrtsgesellschaften und ihre Kapitäne stehen dieser Einrichtung sehr sympathisch gegenüber. Gute Erfahrungen sind auch mit dem evangelischen Hausbuch gemacht und mit der Versendung von Büchern an Auslandsgemeinden.

Die finanziellen Schwierigkeiten des Vereins hatten verschiedentlich seine Freunde auf die Idee einer Verschmelzung entweder mit der Evangelischen Gesellschaft für die protestantischen Deutschen in Amerika oder mit dem Evangelischen Bund in Berlin gebracht, auch war die Frage der Verschmelzung der verschiedenen Auslandszeitschriften ins Auge gefaßt worden. Doch hat man bisher von dem allen Abstand genommen, zumal sich auch die finanziellen Verhältnisse gebessert haben. Immerhin bleibt es ernsterer Erwägung wert, ob nicht die zahlreichen für das Ausland interessierten Vereine in nähere Fühlung miteinander treten können und vor allen Dingen, ob sich nicht eine Einheit in den literarischen Veröffentlichungen herstellen läßt, etwa in der Art, daß man sich auf eine mehr akademische Zeitschrift wie „Deutsch-Evangelisch im Ausland“ und eine populäre Zeitschrift beschränkt, welch' letztere die Aufgabe hätte, das Band zwischen der Heimat und der Fremde zu bilden. Die einzelnen Vereine könnten sich dann mehr oder weniger auf Flugschriften beschränken. Die Erörterung dieser und ähnlicher Fragen dürfte sich für eine zwanglose Konferenz empfehlen, welche unter der Ägide des Deutsch-evangelischen Kirchenausschusses stehend bald einberufen werden müßte.

20. »Diaspora«. Verein zur Pflege evangelischen Deutschtums in außereuropäischen Ländern.

Geschäftsstelle: Pastor Schwieger, Hamburg, Mühlenstr. 40.

Der Verein „Diaspora“ feierte sein 10. Stiftungsfest in 3 Abteilungen am 22. 23. und 28. Februar 1911 mit Festgottesdiensten in der St. Jakobikirche, mit Predigten von Generalsuperintendent D. Zöllner-Münster, mit einer Nachfeier, bei der D. Zöllner einen Lichtbildervortrag über Südbrasilien hielt, mit einem Gemeindeabend in Eilbeck mit dem gleichen Redner und dem gleichen Vortrag und mit einer Mitgliederversammlung im Pfarrhof St. Michaelis. Im Mittelpunkt derselben stand ein Vortrag von Pastor Lic. Cremer-Potsdam, welcher über die Wichtigkeit der evangelischen Frauenhilfe in Rio Grande do Sul sprach. Das Jahresfest 1912 wurde mit einem Diasporagottesdienst in der Markuskirche-Hoheluft mit einer Predigt von Pastor Dedekind-Elberfeld gefeiert. In der Sitzung des Verwaltungsausschusses wurde die Rechnung über das Jahr 1911 abgelegt, welche eine Einnahme von 10527,68 M. und eine Ausgabe von 8085,03 M. aufweist. Herrn Pastor Hübbe in Rio Grande wurde gegen die Verpflichtung, noch weitere drei Jahre in seiner jetzigen Stellung zu bleiben, ein Heimatsurlaub von sechs Monaten gewährt. Ein Antrag von Pastor Möller wurde angenommen, die Tätigkeit des Vereins auch auf die deutschen Schutzgebiete in Afrika auszudehnen, um so die Gründung eines Konkurrenzunternehmens in Hamburg zu vermeiden und um weitere für unsere Kolonien interessierte Kreise zur Mitarbeit heranzuziehen. Der Verein „Diaspora“ tritt damit in nähere Beziehungen zu dem Verein für deutsch-evangelisches Leben in den Schutzgebieten und im Ausland in Breslau. Die Fürsorge für das bisher unterstützte Gebiet in Südamerika darf nicht dadurch beeinträchtigt werden. Für Afrika wird ein besonderes Konto und eine besondere Kommission eingeführt.

Die beiden Hauptaufgaben des Vereins betreffen nach wie vor die Unterstützung der Arbeit der Barmer evangelischen Gesellschaft und die Förderung der deutschen evangelischen Gemeinde in Rio Grande do Sul. Die letztere konnte am 3. Dezember 1911 ihre nach der großen St. Michaeliskirche genannte St. Michaeliskirche einweihen. Die Weiherede hielt Propst Lic. Braunschweig, und von allen Seiten wurde herzlicher Anteil an der Feier genommen. Auch aus Deutschland kamen reiche Beiträge, so u. a. vom Verein „Diaspora“ der Ertrag der Hamburger Pfingstkollekte 1911 mit 2658,60 M. Das Gemeindeleben hat sich erfreulich entwickelt. Die Tätigkeit des Hilfsvereins war eine sehr rege. Seemannsmission und später auch Einwanderermission wurde durch den Gemeindepastor mit Erfolg betrieben, und es ist zu hoffen, daß die von Pastor Hübbe in Angriff genommene systematische Fürsorge für die Einwanderer den Gemeinden des Hinterlandes dauernd zugute kommt.

21. Evangelischer Preßverband für Deutschland.

Geschäftsführer: P. W. Stark, Berlin-Steglitz, Schloßstr. 93.

Der Evangelische Preßverband scheint aus seinen Anfangsorgen heraus zu sein. Die Uneinigkeit im eigenen Lager ist beseitigt, seitdem der Evangelisch-soziale Preßverband für die Provinz Sachsen am 31. Oktober 1912 dem Evangelischen Preßverband beigetreten ist. Die Finanzsorge ist auch geschwunden; während der Voranschlag für 1912 mit etwa 9100 M. gerechnet hatte, konnte eine Einnahme von 21600 M. verzeichnet werden. Was aber noch wichtiger ist: die Überzeugung von der Notwendigkeit christlich organisierter Preßarbeit bricht sich immer mehr Bahn, und man sieht die Sache nicht mehr als eine Spezialistenarbeit der Inneren Mission an. Gewiß ist der Grund in der Hauptsache eine natürliche Reaktion auf bedenkliche Zeichen der Zeit, aber es darf auch wohl mit Dank ausgesprochen werden, daß sich ganz besonders tüchtige Männer dieser wichtigen Sache angenommen und sie mit starker Hand ins Lot gebracht haben.

Die Geschäftsführung des Verbandes ging von Direktor Spiecker auf den bereits in Posen in der Provinzialarbeit bewährten Direktor P. Stark über. Die Zahl der Einzelmitglieder ebenso wie die der angeschlossenen Korporationen wuchs. Die Richtlinien des Arbeitsprogramms, wie sie in § 2¹⁾ der revidierten Satzung zum Ausdruck kommen, traten immer klarer hervor und, was den verschiedenartigsten Mißverständnissen gegenüber immer wieder betont werden mußte, zwei Hauptaufgaben traten in den Vordergrund: Die organisatorische Tätigkeit im Blick auf die angeschlossenen Preßverbände im Reich und die journalistische Tätigkeit im Verhältnis zu den Redaktionen. Hinsichtlich der letzteren wurde trotz aller Kritik der Grundsatz festgehalten, eine Auskunftsstelle für den objektiven Tatbestand zu sein und in absoluter Unabhängigkeit von allen Instanzen und Behörden, aber auch von allen Parteirücksichten den wirklichen Sachverhalt klarzustellen. Nur so läßt sich die Aufgabe der Preßverbände durchführen und von dieser Grundlage aus der Kampf gegen die Feinde des Evangeliums führen.

Sehr ersprießlich für die Zusammenarbeit mit den angeschlossenen Preßverbänden war die Berufsarbeiterkonferenz September 1912

¹⁾ Der § 2 lautet: „Der EPD, gegründet am 3. Februar 1910, verfolgt den Zweck, die Evangelischen Preßverbände und andere, Preßarbeit treibende Körperschaften Deutschlands zur Vertretung und Verteidigung evangelischer Weltanschauung sowie zur Betätigung der öffentlichen Mission der evangelischen Kirche durch die Presse und in der Presse zusammenzufassen. Insbesondere hat er die Aufgabe, das Verantwortlichkeitsgefühl des evangelischen Christen gegenüber der Presse zu wecken und zu vertiefen, sowie einen umfassenden, durchaus unabhängigen journalistischen Tagesdienst bei der gesamten deutschen Presse zu organisieren.“

in Berlin, bei der die Preßverbände nahezu vollzählig vertreten waren, und in der über die wichtigsten Fragen Verständigung erzielt wurde. Wesentliche Dienste leistete der Geschäftsführer den Verbänden auch durch seine Informationsreisen in die verschiedensten Teile des Reiches und durch seine Fühlungnahme mit den maßgebenden Persönlichkeiten, sowie durch die Herausgabe von Formularen, Winken und Fingerzeigen für den Arbeitsbetrieb. Als ein weiterer großer Fortschritt ist die Übernahme der Berichterstattung über die wichtigsten kirchlichen Versammlungen zu verzeichnen, die bei den Korrespondenzbureaus meist nicht auf ihre Rechnung kamen. Diese sachgemäß verfaßten Berichte fanden gute Aufnahme. Für den journalistischen Tagesdienst sind folgende Korrespondenzformen eingeführt worden:

1. Korrespondenz A (Aktualkorrespondenz), welche Beleuchtungsartikel, Erörterungen über aktuelle Fragen in der Weise bringt, daß ein Vorsprung der Berliner Presse vor der Presse im Reich möglichst vermieden wird. Sie geht daher zwölf Stunden später an die Berliner Presse als an die Preßverbände, so daß bei sofortiger Bearbeitung der Artikel in der Korrespondenz A die Nachrichten zu gleicher Zeit in der gesamten deutschen Presse erscheinen können.

2. Die bisherige, halbmonatlich erscheinende Korrespondenz, welche vom Zentralaussschuß der Inneren Mission übernommen ist, wird unter dem Signum Form B weiter fortgeführt.

3. Korrespondenz C (Cito-Korrespondenz) führt ganz eilige Preßnotizen und Artikel auf direktem Wege an die zugängliche Presse Deutschlands. Es kommen entweder ca. 300 oder ca. 100 Zeitungen, je nach der Bedeutung der Nachricht, in Betracht. Diese Korrespondenzform ist die einzige, die direkt an die Presse zur Versendung gelangt.

4. Korrespondenz D (Signaldienst und Berichtigungsdienst). In dieser Korrespondenz werden Überschriften mit kurzen Hinweisen gegeben, durch welche auf in der Luft liegende Zeitfragen aufmerksam gemacht werden soll. Erstrebt wird die einheitliche Behandlung derselben Materie unter Vermeidung der Uniformität. Die Ausarbeitung der Themata liegt den angeschlossenen Preßverbänden bezw. ihren Vertrauensmännern ob. (Herbeiführung einer gesunden Zentralisation.)

5. Außerdem gelangen die Sonntagsbetrachtungen und Festartikel regelmäßig zur Versendung. Ihre Aufnahme ist eine sehr verschiedene, doch werden im allgemeinen die Festartikel besonders von der kleinen Presse recht gut gebracht.

Auch diese Dienste sind von der Presse dankbar akzeptiert. Manche Redaktionen bedienen sich schon jetzt des Preßverbandes als authentischer Auskunft- und Vermittlungsstelle. Solch intensiver Dienst erfordert natürlich genügende Arbeitskräfte, und

so soll neben den Geschäftsführer als stellvertretender Direktor der mit dem Betrieb völlig vertraute Chefredakteur Katsch treten.

Die Gesamtzahl der angeschlossenen Preßverbände hat sich von 17 auf 21 erhöht. Inzwischen sind es schon wieder 23 geworden. Der geschäftsführende Ausschuß hat sich vervollständigt, und die Geschäftsstelle ist am 1. Juli 1912 nach Berlin-Steglitz, Schloßstr. 93, verlegt worden, von wo die Verbindung mit dem Berliner Zeitungsviertel sehr leicht möglich ist. Einer Einnahme von 21 655,68 M. stand eine Ausgabe von 17 853,29 M. gegenüber.

22. Deutscher Evangelischer Volksbund.

Hauptgeschäftsstelle: Godesberg a. Rh.

Unter dem Vorsitz des bekannten Afrikakaufmanns J. K. Vietor in Bremen hat sich, inaugurirt von dem als Volksredner im deutschen Vaterland weithin geschätzten früheren Pfarrer von Wehlau, späteren Pastor an der Heilandskirche in Berlin und Direktor des Westdeutschen Jünglingsbundes in Barmen Pastor H. Sturmann und unterstützt von zahlreichen Männern und Frauen aller Stände und Volkskreise, ein neuer Bund gebildet, der im ersten Jahr seines Bestehens bereits 17 500 Mitglieder in 52 Ortsgruppen und 60 Körperschaften zählt. Nach seinem an die evangelischen Männer und Frauen Deutschlands gerichteten Flugblatt sieht er die Zeit der großen Scheidung angebrochen, sieht auf der einen Seite durch das moderne Heidentum, auf der andern Seite durch den kirchlichen Radikalismus und auf der dritten Seite durch die Halbheit und Unentschiedenheit in der Vertretung der Lebensinteressen der Kirche und des Christentums die schwerste Gefährdung eingetreten. „So ist das bibelgläubige evangelische Christentum in der Gegenwart in einen Kampf auf Leben und Tod hineingedrängt, wie ihn die Weltgeschichte seit den Tagen der ersten Christenheit in diesem Umfang und in dieser Bedeutung noch nicht gekannt hat. Zwei sich wie Tag und Nacht gegenüberstehende Religionen, zwei sich wie Feuer und Wasser ausschließende Weltanschauungen ringen um die Welt-herrschaft in Volk und Kirche“, „es geht ums Ganze, um Sein oder Nichtsein.“ Die Parole „Hie Wittenberg — hie Rom“ wird verdrängt durch die andere: „Hie Christentum — hie Unchristentum“. Angesichts dieses Entscheidungskrieges zwischen positivem Christentum und modernem Heidentum in unserm völkischen und christlichen Leben ruft der Bund „die Christen, die bibelgläubigen Bekenner und Bekennerinnen Jesu Christi vor die Front: „So soll eine allumfassende Gegenmobilmachung des bibelgläubigen Christentums einsetzen, denn nicht nur draußen auf dem weiten Acker des Heidentums und des Islam wird die Entscheidungsschlacht geschlagen, sondern auch auf dem Boden unseres deutschen Volks! Volksmission ist ein Stück gottgewollter Weltmission!“

„In dieser Erkenntnis und in dem Bewußtsein einer gewissensten Verantwortlichkeit ist der Deutsche Evangelische Volksbund für öffentliche Mission des Christentums ins Leben getreten, und schon haben Tausende bibelgläubiger deutscher Männer und Frauen sich ihm angeschlossen. Rückhaltlos und rücksichtslos steht der Deutsche Evangelische Volksbund auf dem Felsenboden des biblischen Evangeliums von Jesus Christus, dem gekreuzigten und auferstandenen Heiland der Welt, dem eingeborenen Sohne Gottes. Von diesem Boden aus will er Einzelpersonen wie Körperschaften und Vereinigungen, die auf demselben Boden stehen, zusammenschließen, um die Lebenskräfte des bibelgläubigen Christentums nicht nur für das Einzelleben, für das Familienleben und das kirchliche Leben, sondern auch für das öffentliche Volksleben zur Durchsetzung und Auswirkung bringen zu helfen.“

„Er will eine allgemeine und zusammenfassende Mobilmachung aller im deutschen Volke noch vorhandenen biblisch-sittlichen Lebenskräfte zu positiver Arbeit an der inneren Wiedergeburt des Volkslebens! Er will eine planmäßig ausgedehnte und tatkräftig schaffende Aufklärungsarbeit in Wort und Schrift über die allgemein christlichen und speziell nationalen und sozialen Pflichten der gläubigen evangelischen Christenheit Deutschlands gegenüber dem Volksganzen! Er will eine zielbewußte Bekämpfung einer widerchristlichen Weltanschauung und Lebensbetätigung durch Versammlungen, Vorträge, Flugblätter und Flugschriften! Er will eine planvolle Förderung und Unterstützung der bereits vorhandenen und auf dem Boden positiv christlicher Lebensanschauung stehenden Tagespresse! Er will Gründung und Verbreitung einer auf christlich-nationaler Grundlage ruhenden allgemeinen deutschen evangelischen Volkspresse!“

„Jenes Wort des eisernen Kanzlers über unserm deutschen Vaterlande: „Es weiß in seiner Zerrissenheit nicht, wie stark es sei!“ gilt auch von der deutschen gläubigen evangelischen Christenheit: auch sie weiß in ihrer Zersplitterung nicht, welche großen göttlichen Kräfte in ihr noch vorhanden sind. Diese Lebenskräfte müssen geweckt und gesammelt werden! Und darum, ihr evangelischen Männer und Frauen Deutschlands, schließt die Tatkraft eures Glaubens und die Tragkraft eurer Liebe fest und fester zusammen, und wer noch an eine Zukunft seines deutschen Volkes und seiner evangelischen Kirche glaubt, wer für diese Zukunft den Entscheidungskampf mitzukämpfen willig ist, der trete freudig und entschlossen ein in den Deutschen Evangelischen Volksbund und helfe mit, daß die Front des Kriegsheeres Jesu Christi breiter und die geistliche und sittliche Wirkungskraft des Reiches Gottes stärker werde auch in unserer Kirche und in unserm Volke! Unsere Parole für Kampf und Arbeit laute: „Für Christus und das Evangelium! Für Kirche und Volk!““

Seit dem 1. Mai gibt der Volksbund ein Monatsblatt für öffentliche Mission des Christentums „Kreuz und Kraft“ heraus und hat unter seinen Mitarbeitern Leute wie Präsident *D.* von Bezzel-München, Professor *D.* Grützmacher-Erlangen, Professor *D.* Möller-Gütersloh, Prediger *E.* Schrenk-Bethel, Pastor Samuel Keller-Freiburg, Geheimrat Professor *D.* Dr. König-Bonn, Freiin *E.* von Maltzahn-Wernigerode, ein Zeichen, daß das Bedürfnis eines solchen Bundes auch über den Kreis der nächsten Gesinnungsgenossen des Gründers hinaus empfunden wird. Ja, man kann sich dem Eindruck nicht verschließen, daß weite Kreise unseres christlichen Volks, besonders auch die den Gemeinschaftskreisen, den Christlich-Sozialen und den christlich-konservativen Kreisen Angehörigen die Sammelpolitik des Bundes aufs wärmste begrüßen. Die Kürze seines Bestehens läßt noch kein abschließendes Urteil über die Lebensfähigkeit und die Durchführbarkeit dieses Bundes zu, und besondere Ereignisse und Taten sind auch aus seinem ersten Lebensjahr noch nicht zu berichten.

Kap. VIII.

Kirchliche Statistik.

Bearbeitet vom Herausgeber.

(Abgeschlossen Anfang Juni 1913.)

Literatur:

1. Statistik des Deutschen Reichs (amtliches Quellenwerk).
2. Preußische Statistik (amtliches Quellenwerk).
3. Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, herausgegeben vom Kaiserl. Statist. Amt in Berlin. 1912. I—IV. 1913. I.
4. Zeitschrift des Kgl. Preuß. Statist. Landesamts; mit Beilage: Statist. Korrespondenz. 1912. I—IV. 1913. I.
5. Statist. Jahrbuch für das Deutsche Reich, herausgegeben vom Kaiserl. Statist. Amt in Berlin. 33. Jahrg. 1912.
6. Statist. Jahrbuch für den Preuß. Staat, herausgegeben vom Königl. Preuß. Statist. Landesamt in Berlin. 10. Jahrg. 1912.
7. Prof. Dr. Neefe: Statist. Jahrbuch deutscher Städte. 19. Jahrg. 1913.
8. H. A. Krose, S. J.: Kirchl. Handbuch für das kathol. Deutschland. 3. Band 1910/11.
9. Statist. Mitteilungen aus den deutschen evangel. Landeskirchen vom Jahre 1911, herausgegeben von der Statist. Kommission des Deutschen Evangel. Kirchenausschusses. 1913.
10. Kirchl. Gesetz- und Verordnungs-Blatt, redigiert im Bureau des Evangel. Oberkirchenrats in Berlin. Jahrg. 1912.
11. Kirchenstatistische Veröffentlichungen der einzelnen Landeskirchen bezw. Kirchenregierungen in München, Dresden, Stuttgart, Karlsruhe, Darmstadt.
12. Hauptpastor D. v. Broecker, Kirchl.-statistische Zusammenstellungen über die Stadt- und Landgemeinden der ev.-luth. Kirche im Hamburgischen Staat.
13. Deutsches Statistisches Zentralblatt, herausgegeben von Feig, Würzburger und Schaefer.
14. Ascherson: Universitätskalender. 83. Ausg. S. S. 1913.
15. Minerva: Jahrbuch der gelehrten Welt. 21. Jahrg. 1911—1912.

1. Allgemeine Bevölkerungsbewegung des Jahres 1911. Rückgang der Geburtenziffer, bes. in den Großstädten. Totgeborene. Uneheliche. Sterbeziffer. Vergleich der Sterbeziffer der Großstädte mit dem Reichsdurchschnitt. Säuglingssterblichkeit. Geburtenüberschuß. Zahl der Eheschließungen. Religionsbekenntnis der Eheschließenden. Deutsche und Polen nach der Volkszählung 1910. Überseelsche Auswanderung.

Das Berichtsjahr 1911 gibt gewissermaßen einen plastischen Abschluß der seit der Mitte des vergangenen Jahrzehnts bemerklich werdenden statistischen Bewegungen. Das Charakteristische dieser Bewegung ist zuerst ein allmähliches Nachlassen der Ge-

burtenziffer, die 1911 besonders scharf in die Erscheinung trat. Ein gewisser Ausgleich wurde gegeben durch ein gleichzeitiges Nachlassen der Sterbeziffer, die aber im Jahr 1911 plötzlich emporschnellte. In dieser Beziehung wird das Jahr 1911 wohl eine Ausnahmestellung einnehmen. Endlich trat die schon seit 1906 einsetzende Verminderung des Geburtenüberschusses 1911 besonders schroff in die Erscheinung.

In konkreten Zahlen gab das Jahr 1911 folgende Gesamtergebnisse: die Zahl der Geborenen ging von 1 982 836 im Vorjahr (wo sie seit 1898 zum erstenmal unter der 2. Million blieb) auf 1 927 039 zurück. Der Durchschnitt des Jahrzehnts ist 2 044 402; das wäre sozusagen die Normalzahl. Die Zahl der Verstorbenen wuchs von 1 103 723 im Vorjahr auf 1 186 608. (Durchschnitt des Jahrzehnts 1 189 804.) Die Zahl der Eheschließungen hob sich von 496 396 im Vorjahr auf 512 819. (Durchschnitt des Jahrzehnts 489 100.) Der Geburtenüberschuß sank infolge der verminderten Geburtenziffer, verbunden mit einer außergewöhnlichen Höhe der Sterbeziffer, sehr rapid, von 879 113 im Vorjahr auf 740 431. (Durchschnitt des Jahrzehnts 854 599). Damit ist der Geburtenüberschuß auf den Stand von 1895 zurückgefallen, in allen späteren Jahren war er höher, am höchsten 1906 mit 910 275. Das sind in der Kürze die statistischen Gesamtergebnisse. Nun die einzelnen Faktoren:

1. Die Geburtenziffer. Seit 1872 stieg sie ziemlich rasch an (1 692 227 Geborene) bis auf 1 834 605 i. J. 1876. Dann fiel sie (also diese Erscheinung ist durchaus nicht neuartig) auf 1 748 686 i. J. 1881. Das Jahrzehnt 1880—1890 brachte erst von der Mitte an ein langsames Aufsteigen auf 1 820 264 i. J. 1890, womit der Stand von 1876 noch nicht ganz wieder erreicht war. Das Jahrzehnt 1890—1900 ergab ein ziemlich konstantes Ansteigen (mit einem unwesentlichen Rückgang 1892) bis auf 2 060 657. Im Jahre 1898 wurde zum erstenmal die 2. Million erreicht. Von 1901—1909 hielt sich die Geburtenziffer noch auf dieser Höhe in der absoluten Zahl; aber es ist nicht zu übersehen, daß damit prozentmäßig schon ein Rückgang gegeben war. Ein Stillstand in der absoluten Ziffer bei stets wachsender Bevölkerung zieht endlich, wenn er nicht sehr bald überwunden wird, mit rechnerischer Unausbleiblichkeit nach dem prozentualen Rückgang auch den absoluten Rückgang hinter sich her. Im Jahre 1910 blieb die Geburtenziffer zum erstenmal unter der 2. Million. Das Jahr 1909 hatte schon ein Defizit von rund 38 300 gegen das Vorjahr gebracht, 1910 verstärkte es auf abermals rund 55 500 und 1911 hält den Rekord mit einem weiteren Rückgang von rund 55 800.

Daß die absolute Geburtenziffer i. J. 1911 noch um fast 100 000 höher steht als i. J. 1876 will nicht viel bedeuten. Relativ war sie 1876 um vieles beträchtlicher. Damals hatte Deutschland 45 Millionen Einwohner, heute 66 Millionen. Den wirklichen

Rückgang der Geburtenziffer stellen daher die relativen Zahlen viel schärfer heraus, als die absoluten. 1872 kamen auf 1000 Einwohner 41,09 Geburten. 1880: 39,12. 1890: 36,97. 1900: 36,77. 1905: 34,00. Dann erst kommt ein Herabgleiten in jedem Jahr um 1 Promille. 1907: 33,20. 1908: 32,97. 1909: 31,91. 1910: 30,72. 1911: 29,48. Während das Jahrzehnt 1891—1900 nur ein Nachlassen um 1,48‰ brachte, ergab die Zeit von 1901—1911 ein solches um 7,41 Promille.

Wir gaben im vorjährigen Jahrbuch (S. 290) eine Aufstellung, aus der erhellte, daß im Jahrünft 1906—1910 die Geburtsziffer der Städte (29,01‰) hinter der des Landes (35,10‰) um mehr als 6 Promille zurückstand.

Das Statistische Amt der Stadt Cöln veröffentlicht alljährlich die Geburten und Sterbeziffern von 46 deutschen Großstädten. Danach war die Gesamt-Geburtenziffer dieser Großstädte 1909: 26,59‰, die allgemeine deutsche 31,91‰. 1910: 25,22 und 30,72. 1911: 24,01 und 29,48; jedesmal also eine Differenz um etwa 5‰. Auch für 1912 liegen die Geburtenziffern der Großstädte bereits vor: 23,72. In dieser Zahl ist bemerkenswert, daß der Rückgang diesmal nicht so bedeutend gewesen ist, als in den Vorjahren. Von 1908—1909 war er 1,26‰, von 1909—1910: 1,37‰, von 1910—1911: 1,21‰ und von 1911—1912 nur noch 0,29‰. Vielleicht läßt sich daraus die Hoffnung ableiten, daß demnächst der Tiefpunkt erreicht und ein weiteres Fallen nicht mehr zu erwarten sein wird. Untereinander zeigen diese Großstädte sehr starke Verschiedenheiten. Wir geben hier für jede Großstadt die entsprechenden Ziffern aus den Jahren 1910, 1911 und 1912. Aachen: 25,37. 24,09. 23,46. Altona: 24,19. 22,03. 22,42. Barmen: 23,45. 21,33. 20,66. Berlin: 21,45. 20,84. 20,26. Berlin-Schöneberg: 16,36. 15,34. 13,59. Berlin-Wilmersdorf: 16,36. 15,55. 13,37. Bremen: 26,56. 25,89. 24,87. Breslau: 27,53. 26,93. 26,23. Cassel: 24,53. 23,07. 22,58. Charlottenburg: 19,35. 18,85. 18,20. Chemnitz: 28,47. 26,16. 26,70. Cöln: 29,44. 27,21. 26,75. Crefeld: 23,81. 22,00. 21,02. Danzig: 1910? 27,77. 27,68. Dortmund: 34,17. 32,77. 31,70. Dresden: 21,63. 20,14. 20,23. Düsseldorf: 27,79. 26,88. 26,17. Duisburg: 37,04. 33,71. 33,17. Elberfeld: 25,02. 24,09. 23,53. Essen: 32,01. 30,38. 30,01. Frankfurt a. M.: 23,51. 22,03. 20,89. Freiburg i. B.: 29,52. 27,29. 27,42. Gelsenkirchen: 41,95. 41,13. 39,63. Görlitz: 20,69. 19,11. 20,81. Halle a. S.: 26,78. 25,43. 24,24. Hamborn: 1910? 1911? 46,32. Hamburg: 23,17. 21,89. 21,94. Hannover: 21,34. 21,03. 20,58. Karlsruhe: 24,59. 22,19. 22,03. Kiel: 27,71. 25,17. 25,10. Königsberg: 29,10. 27,01. 26,66. Leipzig: 24,27. 22,51. 22,12. Lübeck: 24,41. 21,95. 21,97. Magdeburg: 24,04. 23,05. 22,81. Mannheim: 31,47. 29,30. 28,73. Mülheim a. d. R.: 31,71. 30,83. 29,08. München: 23,45. 22,40. 21,97. Neu-Kölln: 1910? 25,93. 23,70. Nürnberg: 27,76. 26,04. 25,66. Plauen: 29,59. 29,45. 27,16. Posen: 33,86.

33,19. 32,42. Saarbrücken: 33,19. 29,88. 29,55. Stettin: 24,57. 22,63. 22,66. Straßburg: 23,65. 22,70. 21,84. Stuttgart: 24,39. 24,31. 24,77. Wiesbaden: 20,07. 18,02. 16,84.

Die weitaus meisten der genannten Städte (es fehlen von deutschen Großstädten nur Braunschweig, Erfurt, Mainz und Augsburg) zeigen in den drei Berichtsjahren eine gleitende Skala der Geburtenhäufigkeit. Die sinkende Tendenz ist für 1912 nur bei Altona, Chemnitz, Freiburg i. B., Görlitz, Hamburg, Stettin und Stuttgart zum Stillstand gekommen. Aber es ist doch ein Stillstand im fortwährenden Abgleiten, der vielleicht symptomatisch ist für die kommende Zeit. 1911 hatte auch nicht eine einzige Stadt eine Besserung gegen das Vorjahr. Untereinander sind die Großstädte eigentlich nicht vergleichbar. Die geringen Ziffern von Charlottenburg (18,20), Görlitz (20,81), Wiesbaden (16,84), Berlin-Wilmersdorf (13,37) und Schöneberg (13,59) erklären sich aus der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung einigermaßen; sie sind Rentnerstädte; ein verhältnismäßig hoher Bruchteil der Einwohnerschaft gehört den höheren Altersklassen an. Aber für Berlin im allgemeinen (20,26) gilt das nicht, ebensowenig für Barmen (20,66), Dresden (20,23), Frankfurt a. Main (20,89), Hannover (20,58). Das sind, wie es scheint, überalterte Großstädte. Es ist doch bezeichnend, daß die jüngste Großstadt Deutschlands, nämlich Hamborn, in dieser Aufstellung bei weitem am günstigsten steht (46,32). Fast denselben Stand hatte die zweitjüngste Großstadt Gelsenkirchen noch i. J. 1909 (45,57), aber die Jahre von 1909—1912 haben genügt, die Geburtenziffer hier um rund 6 Promille, nämlich von 45,57 auf 39,63 herunterzubringen. Über dem Reichsdurchschnitt der Geburtenhäufigkeit mit 29,48 stehen nur Dortmund (31,70), Duisburg 33,17, Essen 30,01, Gelsenkirchen 39,63, Hamborn 46,32 (diese beiden beträchtlich), und als einzige Großstadt im Osten Posen 32,42. Hier spricht die höhere Geburtenziffer der polnischen Bevölkerung mit.

Auch die Großstädte Aachen, Barmen, Braunschweig, Elberfeld, Krefeld, Lübeck, Mainz und Wiesbaden weisen einen Rückgang der absoluten Geburtenziffer trotz steigender Bevölkerung auf.

Es ist dem Statistiker interessant, zu beobachten, wie diese Zahlenergebnisse plötzlich die Öffentlichkeit erschrecken. In der „Chronik der Christl. Welt“ (1913, Nr. 18) werden nebenstehende Zahlenreihen gegeben unter der Überschrift: „Der Anfang vom Ende?“ Die Presse behandelt auf einmal unermüdlich als Neues das Thema: „Rückgang der Geburtenziffer in Deutschland“, als sei erst neuerdings derartiges zu konstatieren. Ja seit 1910 fiel die Geburtenzahl auch absolut, da erst sah man diese Sachlage. Die Tatsache, daß die relative Geburtenziffer schon lange in stetigem Weichen ist, war, wie es scheint, in ihrer Tragweite nur dem statistisch geschulten Blick erkennbar. Die Öffentlichkeit übersah das völlig oder legte ihm doch keinerlei Gewicht bei.

In einer nicht unbeträchtlichen Zahl von Großstädten ist während des letzten Jahrzehnts nicht nur die Prozentziffer der Geburten, sondern auch die absolute Zahl nicht unbeträchtlich gefallen. Wir nennen als solche

	Absolute Geburtenzahl		Rückgang 1902—1912	Verhältniszahl aufs 1000		
	1902	1912		1902	1912	Rückgang
München	17 861	13 458	4403	35,1	21,9	13,2
Leipzig	14 922	13 400	1522	31,5	22,1	9,4
Dresden	12 712	11 301	1411	31,5	20,3	11,2
Köln	14 621	14 232	389	37,8	26,7	11,1
Breslau	14 424	13 961	463	33,4	26,4	7,0
Nürnberg	10 373	9 025	1248	38,7	25,5	13,2
Hannover	6 574	6 371	203	27,0	20,3	6,7
Magdeburg	6 673	6 572	101	29,2	22,8	6,4
Stettin	7 841	5 459	2382	35,3	22,7	12,6
Mannheim	6 211	5 823	388	42,6	28,7	13,9
Halle a. S.	5 268	4 550	718	32,4	24,3	8,1
Straßburg	4 685	3 983	702	30,0	24,4	5,6
Schöneberg	2 825	2 430	395	26,5	13,7	12,8
Danzig	5 278	4 778	500	34,7	27,6	7,1
Altona	4 928	3 995	933	29,7	22,6	7,1

Dazu kam, daß der Geburtenüberschuß sich noch ziemlich auf der Höhe hielt, weil auch die Sterbeziffer stark zurückging. Nun aber scheint hier das Menschenmögliche erreicht zu sein, und nun endlich, wo die verhüllenden und verdeckenden Begleiterscheinungen wegfallen, sieht man die keineswegs erfreuliche Sachlage in unverhüllter Klarheit. Es ist schon erwähnt, daß das Jahrzehnt von 1901—1911 ein Sinken der Geburtenziffer von 36,89 auf 29,48 gebracht hat, also ein rapider Niedergang um 7,41‰, während das vorauslaufende Jahrzehnt nur um 1,48‰ zurückwich. Schon im Jahre 1904 (S. 310 ff.) hat das „Kirchl. Jahrbuch“ auf diese damals erst leise einsetzende Bewegung und ihre wahrscheinlichen Ursachen hingewiesen, und seitdem hat jeder Jahrgang Material zur Sache beigebracht. Die Verhältnisse anderer Kulturländer wurden zum Vergleich beigezogen: 1907 S. 266, 1909: 256 ff., 1910: 245 ff., 1911: 277 ff., 291, die Differenz der Geburtenziffer in Stadt und Land erörtert: 1908 S. 327, 1909: 259 ff., 1912: 290, eine besondere Aufstellung der Geburtenziffer der Großstädte gegeben 1910 S. 248 ff., 1911: 289, 1912: 290 ff., — kurz es ist nichts unterblieben, um die Aufmerksamkeit weiterer Kreise für diese Erscheinung in Anspruch zu nehmen. Die ganze statistische Fachliteratur hat seit mehreren Jahren in diesem Sinne gearbeitet. Dennoch wirkt die wirkliche Sachlage mit der Wucht einer Offenbarung. Seitdem ist das Thema auf Kongressen vielseitig behandelt worden (so Prof. Dr. Oldenberg-Greifswald schon im Februar 1912, Prof. D. Seeberg-Berlin auf dem Kirchlich-sozialen Kongreß April 1913: „Droht Erschöpfung unserer Volkskraft?“ in Berlin durch San.-Rat Dr. Fischer, im Preuß. Abgeordnetenhaus durch Abg. v. Osten in einer Debatte am 8. Februar 1913).

Literarisch nahmen Stellung zur Sache Prof. Jul. Wolff, der gegenüber den optimistischen Aufstellungen von Steinmann-Bucher prognostiziert, daß bis 1920 die Geburtenziffer bis auf 20‰ herabsinken und der Geburtenüberschuß dann kaum noch $\frac{1}{2}$ Million betragen werde. Mit den Ursachen dieser Erscheinung beschäftigt sich besonders die Schrift von Medizinalrat Dr. Borntraeger, Düsseldorf: „Der Geburtenrückgang in Deutschland, seine Bewertung und Bekämpfung,“ ebenso O. Kresse: „Der Geburtenrückgang in Deutschland, seine Ursachen und die Mittel zu seiner Beseitigung,“ und endlich Jul. Wolff: „Der Geburtenrückgang und die Rationalisierung des Sexuallebens in unserer Zeit“.¹⁾

Alle genannten Verfasser sind darin einig, daß der Geburtenrückgang nicht etwa ein Naturprozeß sei, beruhend auf allgemeiner Degenerationserscheinung, sondern in der Hauptsache auf gewollte Beschränkung der Geburtenzahl nach Neu-Malthusianistischen Grundsätzen zurückzuführen sei. Nur darüber gehen die Meinungen auseinander, ob in der genannten Praxis soziologische Werte stecken oder nicht. Geh. Ob.-Reg.-Rat Prof. Dr. Elster nahm Veranlassung in seinem Vortrag: „Das Bevölkerungsproblem unter besonderer Berücksichtigung des Geburtenrückgangs in Deutschland“ (Oktober 1912 in Berlin in der „Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung“ gehalten) zu sagen: Wenn man die Überfüllung gewisser Berufe sehe, so werde man den Geburtenrückgang nicht bedauern, sondern begrüßen können. Allerdings fand er scharfen Widerspruch in der Versammlung, besonders mit dem Dictum: das Dogma vom größtmöglichen Kinderreichtum sei veraltet, eine kleinere Kinderzahl sei vor Gott und den Menschen das Richtige. Man werde überall gewinnen, wenn man nicht auf die Zahl, sondern auf die Qualität sehe. Dieser Anschauung steht die wissenschaftlich beobachtete Tatsache entgegen, daß keineswegs Quantität und Qualität auf diesem Gebiet Gegensätze sind. Aus kinderreichen Häusern gehen um der verhältnismäßig entbehrungsreicheren Jugend willen gerade die Menschen hervor, die im Kampf des Lebens am besten bestehen. Daß Einzelkinder der Verzärtelung am leichtesten unterliegen und erziehlich das schwierigste Material sind, weiß jeder Pädagoge. Es ist auch z. B. in Frankreich nicht beobachtet worden, daß mit der dort ja schon sehr weit gediehenen Verminderung der Geburtenziffer das Menschenmaterial qualitativ sich gehoben habe, im Gegenteil, allgemeine Degenerationserscheinungen gehen mit der quantitativen Herabsetzung parallel. Die sog. wissenschaftliche Grundlage des Neu-Malthusianischen Prinzips ist noch keineswegs über

¹⁾ Nach Drucklegung dieses Kapitels geht uns die vortreffliche Abhandlung von Prof. D. Seeberg zu: „Der Geburtenrückgang in Deutschland“ (eine Erweiterung des vorgenannten Vortrags), welche alles vorliegende Material zusammenfaßt. Sie nimmt Bezug auf die Aufstellungen dieses Jahrbuchs und erwähnt z. B. im Eingang, daß bereits das Jahrbuch 1904 auf die jetzt viel erörterte Frage des Geburtenrückgangs, die damals leise einsetzte, hinwies; „seine Beobachtung blieb leider unbeachtet“.

allem Zweifel erhaben, im Gegenteil, sie wird sich genau so als Irrtum herausstellen, wie die Prinzipien des Alt-Malthusianismus, an deren wissenschaftliche Bedeutung heutzutage kein Mensch mehr glaubt.

Vom religiösen, ja vom allgemein ethisch-soziologischen Standpunkt aus muß es aufs tiefste beklagt werden, daß man dem eigentlichen dieser Erscheinung zugrunde liegenden Motiv, nämlich: Scheu vor der Pflicht, ungeheuerliche Steigerung des Egoismus bis zum schrankenlosen „Sichauslebenwollen“ ein wissenschaftliches Mäntelchen umhängt. In den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts schoß üppig eine Literatur ins Kraut, die unter dem Schein der wissenschaftlichen Erörterung nichts anderes erstrebte, als den Gebrauch antikonzeptioneller Mittel anzupreisen und ihren Vertrieb tunlichst zu verbreiten. Wir nennen hier nur beispielshalber die Schrift von Dr. med. Justus: „Theorie und Praxis des Neu-Malthusianismus“, Leipzig 1896, Spohr — und könnten noch Dutzende ähnlicher anführen. Man hat dem leider nicht zur rechten Zeit gewehrt; der Vertrieb derartiger Mittel stieg, wie Dr. Bornträger nachweist, ins ungeheuerliche. Eine Anfrage bei einem Staatsanwalt im Jahre 1897, ob der Vertrieb der hier genannten Schrift von Dr. Justus nicht gesetzlich inhibiert werden könnte, trug uns einen negativen Bescheid zu; hier liege eine wissenschaftliche Abhandlung vor. Die Unterscheidung zwischen Pseudo-Wissenschaft und Geschäft wurde nicht gemacht. Jul. Wolff sagt mit Recht in den seiner vorgenannten Schrift vorgesetzten Leitsätzen (Leitsatz 14): „Die Kenntnis der Präventivtechnik, früher nur einer geringen Minderzahl geläufig, verbreitete sich in immer weiteren Kreisen.“ Erst seit drei Jahren hat die Judikatur andere Wege eingeschlagen. Ein Erkenntnis des Reichsgerichts erklärt den Vertrieb und die Anzeige antikonzeptioneller Mittel als unzünftig und die Zusendung derartiger Prospekte als eine Beleidigung. Aber der Schade ist inzwischen geschehen. Zwei Jahrzehnte hatte diese Praxis völlig freie Bahn. Die Folgen liegen nun klar zutage.

Wir gaben im vorjährigen Jahrbuch (S. 293) eine vergleichende Aufstellung der Geburtenziffer in Frankreich. Französische Vertreter der Volkswirtschaftslehre setzten, da der Geburtenrückgang dort zu einer chronischen Kalamität sich längst ausgewachsen hat, große Hoffnungen auf die Tatsache, daß das Jahr 1910 eine geringe Steigerung der Geburtenziffer von rund 769 000 auf rund 775 000 gebracht hatte, und — infolge starken Sinkens der Sterbeziffer — einen Geburtenüberschuß von rund 71 000. Unsere Vermutung, daß das eine vereinzelte Erscheinung bleiben werde, hat sich inzwischen bestätigt. Die Zahl der Geburten betrug in Frankreich 1911: 742 114, die der Todesfälle aber 776 983, es trat eine natürliche Volksverminderung um 34 869 Köpfe ein. Die Geburtenziffer von 1911 war die niedrigste, welche die vorhandenen statistischen Ausweise Frankreichs jemals zu verzeichnen hatten. Nach Mitteilungen des französischen Deputierten Reinach war vor

40 Jahren die Zahl der männlichen Geburten in Frankreich 494 000, jetzt ist sie längst unter 400 000 heruntergegangen. Die Zahl der Gestellungspflichtigen war 1893 noch 343 000, jetzt 301 000, die Zahl der eingestellten Rekruten 1904 noch 238 000, jetzt 215 000. Reinach berechnete, Frankreich habe seit 1872—1908: 48 Bataillone verloren, bis 1912: 94, und wenn diese Entwicklung so fortschreite, werde es 1921 einen Verlust der Wehrkraft von 110 und 1928 einen solchen von 134 Bataillonen zu verzeichnen haben. Wir können diese Ziffern nicht nachprüfen. Es mag immerhin etwas parlamentarische Übertreibung dabei sein. Aber diese Angaben haben in Frankreich erschreckend und aufrüttelnd gewirkt. Wir führen sie an, um zu zeigen, welchen Wert und welche Wirkung die sogenannten wissenschaftlichen Aufstellungen des Neu-Malthusianismus auch für uns haben würden, wenn sie zur allgemeinen Geltung kämen. Für gewöhnlich geht diese Art Literatur an den allgemein volkswirtschaftlichen Konsequenzen dieser Theorie vorsichtig schweigend vorüber. Eine der uns vorliegenden Schriften dieser Gattung berührt allerdings flüchtig dieses Problem, geht aber mit elegantem Schwung daran vorbei: das alles sei für die Gegenwart völlig unbeachtlich — „nur der Lebende hat recht“, kommen der Zeiten Nöte zu tragen, sei überflüssige Sorge. Hier zeigt sich's in greller Beleuchtung, als unfreiwilliges Zugeständnis: der Neu-Malthusianismus ist trotz des erhebenden Gefühls seiner Wissenschaftlichkeit doch nur „Wissenschaft von einem Tage“ — soziologisch nicht brauchbar, der Zerstörer der Wehrkraft der Nation, der Verderber der Sittlichkeit des Volks, weil er aufgebaut ist auf dem Prinzip des Egoismus. Noch haben wir in Deutschland einen Geburtenüberschuß von 740 000, Frankreich hat keinen mehr. Zu diesem Ziele treiben wir, wenn nicht Einhalt geschieht.

Die Zahl der Totgeborenen geht in Deutschland stetig zurück, sowohl absolut als auch relativ. Das Jahr 1911 wies mit 56 310 (gegen 58 058 im Vorjahr) die niedrigste Ziffer auf, die seither festgestellt wurde. 1872 waren es trotz viel niedrigerer Gesamt-Geburtenziffer 66 190, 1901 noch 65 525; es trat also innerhalb eines Jahrzehnts ein Rückgang um mehr als 9000 ein. Noch stärker wird diese Besserung markiert durch die relativen Zahlen. 1872 waren noch 3,91 % aller Geborenen Totgeborene, 1881: 3,80 %, 1891: 3,31 %, 1901: 3,12 %, 1904 sank die Zahl zum erstenmal unter 3 % mit 2,99 %, um von da ab in allmählichem Abgleiten auf 2,92 % im Jahre 1911 zu fallen.

Auch die Gesamtziffer der unehelich Geborenen ist seit 1908 gefallen. 1901 betrug sie noch 179 683, 1908 erreichte sie den Höhepunkt mit 184 112, fiel 1909 auf 183 700, 1910 auf 179 584, 1911 auf 177 056. Schlüsse in ethischer Richtung sind daraus nicht zu ziehen. Das Sinken der unehelichen Progenitur ist bedingt durch das Sinken der Geburtenziffer überhaupt. Ja prozentual blieb das Sinken sogar hinter der der Geburtenziffer zurück in den

letzten Jahren. 1901 machten die unehelich Geborenen 8,57 % der überhaupt Geborenen aus, 1903 zeigte den niedrigsten Stand mit 8,33 %, dann stieg die Zahl langsam aber stetig: 1905: 8,52 %, 1907: 8,69 %, 1908: 8,87 %, 1909: 9,01 %, 1910: 9,06 %, 1911: 9,19 %. Diese Prozentziffern sind maßgebender als die absoluten Zahlen. Danach ist auch die in der Presse zu Zeiten auftauchende Notiz zu werten, die Ziffer der Unehelichen gehe zurück. Es ist ganz unwissenschaftlich und tendenziös, in irgend welcher statistischen Aufstellung, besonders hier, nur die absoluten Zahlen zu berücksichtigen. Beide Aufstellungen, die nach absolutem und die nach relativem Wert, gehören zusammen.

2. Sterbefälle. Wie schon in den Vorbemerkungen zu diesem Abschnitt dargelegt wurde, schneidet das Jahr 1911 in diesem Stücke ungewöhnlich ungünstig ab. Das Vorjahr 1910 brachte allerdings eine abnorm günstige, d. h. niedrige Sterbeziffer, die geringste, die seither beobachtet wurde, nämlich 1103726. Schon 1872 — dem Beginn statistischer Zusammenstellungen für ganz Deutschland — betrug die Sterbeziffer 1260922; aber damals hatte Deutschland 40 Millionen Bewohner. Wenn die Zahl im Jahre 1910, das 65—66 Millionen Bewohner notiert, absolut geringer war, so ist das ein ungeheurer Erfolg. Die Sterbeziffer ist von 30,62 aufs Tausend der Bewohner im Jahre 1872 auf 17,10 im Jahre 1910 herabgemindert worden. Nun hat das Jahr 1911 mit 1186608 Verstorbenen die Sterbeziffer wieder auf 18,16 aufs Tausend gesteigert. Damit ist in absoluter Zahl die Ziffer von 1902 (1187171) nahezu wieder erreicht. 1908 hatte noch 1197098 Sterbefälle, 1909 verminderte sie um rund 43000 auf 1154296, 1910 brachte gar eine Verminderung um mehr als 50000 auf 1103723; nun schnellte 1911 die Sterbeziffer plötzlich mit einer Zunahme von rund 83000 gegen das Vorjahr auf 1186608 empor. Es ist jedoch mit Sicherheit anzunehmen, daß das eine vereinzelte Erscheinung bleiben wird. Der anormal heiße Sommer des Jahres 1911 hat eine stark vermehrte Kindersterblichkeit gebracht.

Wir haben schon in früheren Abhandlungen darauf hingewiesen, daß in den weitaus meisten Großstädten, dank ihrer sanitären Einrichtungen, die Sterbeziffer unter dem Mittel des Reichs steht, also günstiger ist. Folgende Großstädte nahmen eine Ausnahme: Stellung ein mit einer den Reichsdurchschnitt übersteigenden Sterbeziffer (wir geben die Zahlen der drei Jahre 1910, 1911 und 1912 hintereinander und vergleichen dabei die von 1911 mit dem Reichsdurchschnitt, weil dieser für 1912 noch nicht feststeht). Aachen: 15,46. 18,77. 15,21. Breslau: 19,18. 19,53. 18,31. Halle a. S.: 17,69. 20,43. 16,73. Königsberg: 18,67. 18,93. 18,47. Posen: 20,66. 20,70. 19,36 (diese Stadt hat die ungünstigste Stelle). Stettin: 17,87. 18,31. 16,70. Also mit Ausnahme von Aachen lauter östliche Städte; Aachen steht dem Mittel jedoch sehr nahe. Unter dem Reichsdurchschnitt, also mit günstigerer Sterbeziffer steht die

große Mehrzahl, nämlich Altona: 14,95. 17,21. 15,37. Barmen: 11,21. 11,71. 11,00. Berlin: 14,64. 15,59. 14,39. Berlin-Schöneberg: 10,49. 11,80. 11,19. Berlin-Wilmersdorf: 6,96. 7,27. 7,47. Bremen: 13,66. 13,93. 14,14. Cassel: 13,36. 13,54. 12,61. Charlottenburg: 11,19. 11,73. 11,21. Chemnitz: 14,92. 17,58. 14,12. Cöln: 15,02. 17,95. 14,39. Crefeld: 11,77. 14,39. 11,88. Danzig: 1910 ? 18,72. 17,96. Dortmund: 14,64. 16,89. 14,85. Dresden: 13,79. 14,64. 13,07. Düsseldorf: 12,27. 14,48. 11,86. Duisburg: 17,07. 18,01. 14,37. Elberfeld: 11,97. 13,58. 12,13. Essen: 12,35. 14,25. 11,63. Frankfurt a. M.: 13,06. 12,62. 11,91. Freiburg i. B.: 18,08. 17,21. 18,32. Gelsenkirchen: 16,92. 17,54. 16,15. Görlitz: 17,20. 17,78. 16,55. Hamborn: 1910 u. 1911 ? 1912: 15,92. Hamburg: 14,19. 14,78. 13,58. Hannover: 12,75. 13,81. 12,57. Karlsruhe: 15,51. 15,30. 14,13. Kiel: 12,48. 13,40. 11,87. Leipzig: 13,73. 15,91. 12,73. Lübeck: 14,81. 15,12. 14,86. Magdeburg: 15,95. 16,88. 14,84. Mannheim: 13,57. 14,65. 13,10. Mülheim a. d. Ruhr: 12,66. 15,17. 11,79. München: 15,94. 15,85. 14,73. Neu-Kölln: 1910 ? 11,34. 8,76. Nürnberg: 15,13. 15,37. 13,74. Plauen: 13,45. 14,31. 12,71. Saarbrücken: 13,50. 16,21. 13,43. Straßburg: 16,05. 16,54. 14,95. Stuttgart: 14,15. 14,38. 13,96. Wiesbaden: 13,88. 14,43. 13,54. Zu den Städten, deren Sterblichkeitsziffer im Vorjahr noch über dem Reichsdurchschnitt lag, jetzt aber dahinter geblieben ist, gehören: Altona, Chemnitz, Cöln, Danzig, Duisburg, Freiburg i. B., Gelsenkirchen und Görlitz. Die stark verminderte Sterblichkeit der Großstädte für 1912 läßt erwarten, daß dieses Jahr allgemein für das Reich wohl auf den günstigen Status von 1910 zurückkehren wird.

Ein spezielles Verdienst — wir wiesen schon früher darauf hin — für die Herabsetzung der Sterbeziffer hat (abgesehen von sonstigen Momenten: Förderung gesunder Lebensweise, Bekämpfung des Alkoholismus, Prophylaxe in der Gesundheitspflege), „das deutsche „Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose“. Nach dem im Mai 1913 erstatteten Bericht gab es in Deutschland 142 Lungenheilstätten mit rund 14200 Betten, 27 Heilstätten für ausgesprochen lungenleidende Kinder und 103 Anstalten für skrophulöse Kinder. Für Lungenkranke im vorgeschrittenen Stadium bestehen 222 besondere Pflegeheime mit dem Zweck der Isolierung der Kranken. Zahllose Auskunfts- und Fürsorgestellen (in Deutschland rund 1500, abgesehen von 537 badischen und 141 thüringischen Tuberkuloseausschüssen), suchen ein rechtzeitiges Eingreifen gegen diese verheerendste aller Krankheiten zu vermitteln. Jährlich werden 60—70 000 Lungenleidende aufgenommen. Etwas über 100 Wald-erholungsstätten geben Rekonvaleszenten noch Raum für die Nachkur, etwa 20 Waldschulen nehmen leicht erkrankte oder schwächliche Kinder auf. Es gibt in Deutschland 1400—1500 Schulärzte. Diese wohlorganisierte Prophylaxe und Pflege hat gute Erfolge aufzuweisen gehabt. 1911, einem Jahr hoher Sterbeziffer, starben

in Preußen 61 219 Personen an Tuberkulose = 15,12 auf 10 000; im Jahr 1912 betrug die Zahl nur noch 59 509 oder 14,49 auf 10 000. Die Wohltaten dieser umfassenden vorbeugenden Heilpflege sind zurzeit hauptsächlich dem Arbeiterstand zugute gekommen. Das „Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose“ plant die Errichtung besonderer Lungenheilstätten auch für den Mittelstand. Gerade hier können der Zukunft noch gute Erfolge abgerungen werden. Von den etwa 80 000 Menschen, die in Deutschland jährlich an Lungenleiden sterben, gehört ein großer Prozentsatz dem Mittelstand an.

Der Säuglingssterblichkeit und ihrer Bekämpfung haben wir in den letzten Jahrgängen des Jahrbuchs eingehende Untersuchungen gewidmet. Der Jahrgang 1912 gab auch schon die diesbezüglichen Ziffern aus dem Jahr 1911, das eine ungemein gesteigerte Säuglingssterblichkeit aufwies infolge des heißen Sommers. Das Jahr 1912 brachte in dieser Beziehung außerordentlich günstige Zahlen. Für das ganze Reich liegen zwar die Ergebnisse noch nicht vor. In den deutschen Großstädten entfielen insgesamt auf 100 aller Verstorbenen 1910: 25,87 vor dem 1. Lebensjahr Verstorbene, 1911 stieg die Zahl auf 28,44 und fiel 1912 auf 23,50. Auf 100 Lebendgeborene kamen Säuglingstodesfälle (verstorben im 1. Lebensjahr) 1910: 15,29. 1911: 18,41. 1912 nur 13,76. Am höchsten war die Ziffer in Posen mit 18,23, Stettin mit 17,43, Chemnitz mit 17,10, Königsberg mit 16,89, Magdeburg mit 16,76, Danzig mit 16,44, Breslau mit 16,33, Altona mit 16,07; am niedrigsten in Saarbrücken mit 9,26, Cassel mit 9,42, Wiesbaden mit 9,53, Freiburg i. B. mit 9,85, Berlin-Wilmersdorf mit 9,90, Elberfeld mit 9,93.

3. Der Geburtenüberschuß Deutschlands ist mit einem Ruck im Jahr 1911 um fast 140 000 gefallen infolge der vermehrten Sterbeziffer in Verbindung mit der verminderten Geburtenzahl. 1910 hatten wir einen Geburtenüberschuß von 879 113, 1911 nur von 740 431. Einen so rapiden Absturz wird zwar das Jahr 1912 nicht wieder ergeben, aber die Ziffern der Vorjahre werden schwerlich wieder erreicht werden. In kurzem Überblick geben wir folgende Entwicklungsreihe. Der Geburtenüberschuß betrug:

1872: 431 305	=	10,47	aufs Tausend der Bevölkerung
1880: 522 970	=	11,60	" " " "
1890: 560 247	=	11,38	" " " "
1900: 759 757	=	13,56	" " " "
1905: 792 839	=	13,16	" " " "
1906: 910 275	=	14,38	" " " "
1907: 882 624	=	14,22	" " " "
1908: 879 562	=	13,97	" " " "
1909: 884 061	=	13,84	" " " "
1910: 879 113	=	13,62	" " " "
1911: 740 431	=	11,33	" " " "

Der Durchschnitt des Jahrzehnts 1902/11 betrug 854 599 = 13,88 ‰. Dahinter blieb das Berichtsjahr weit zurück. Immerhin

kann sich ein Geburtenüberschuß von 11—12 Promille noch sehen lassen gegenüber den Verhältnissen, wie sie in andern Kulturländern, besonders Frankreich, vorliegen. Auch England hat stark weichende Ziffern. Von den deutschen Großstädten stehen nur folgende über dem Reichsdurchschnitt: Hamborn mit 30,40 aufs Tausend, Gelsenkirchen 23,48, Duisburg 18,80, Essen 18,38, Mülheim a. d. Ruhr 17,29, Dortmund 16,85, Saarbrücken 16,12, Mannheim 15,63, Neu-Köln 14,94, Plauen 14,45, Düsseldorf 14,31. Alle andern stehen tiefer; am tiefsten Görlitz mit 4,26, Wiesbaden mit 3,30, Berlin-Schöneberg mit 2,40.

4. Eheschließungen. Hier bringt das Berichtsjahr 1911 in absoluter Zahl einen Rekord. Es wurden 512819 Eheschließungen vollzogen. Diese Höhe war noch nie erreicht, solange für Deutschland gesammelte statistische Aufzeichnungen (d. h. seit 1872) vorliegen. Das Vorjahr hatte 496396 Eheschließungen, die Zunahme war also besonders beträchtlich. Der Durchschnitt des Jahrzehnts beträgt 489100. Hier sprechen die günstigen wirtschaftlichen Verhältnisse der letzten Jahre stark mit. Die vielberufene Ehescheu kommt statistisch durchaus nicht so deutlich zur Erscheinung, wie publizistisch. Die Zahl der Eheschließungen betrug in Deutschland:

1872:	423 900	=	10,29	aufs Tausend der Bevölkerung
1880:	337 342	=	7,48	" " " "
1890:	395 356	=	8,03	" " " "
1900:	476 491	=	8,50	" " " "
1905:	485 906	=	8,07	" " " "
1906:	498 990	=	8,16	" " " "
1907:	503 964	=	8,12	" " " "
1908:	500 620	=	7,95	" " " "
1909:	494 127	=	7,74	" " " "
1910:	496 396	=	7,69	" " " "
1911:	512 819	=	7,85	" " " "

Die hohe Ziffer des Jahres 1911 verliert allerdings etwas von ihrer Bedeutung, wenn man die relativen Zahlen hinzunimmt. Die Verhältniszahl aufs Tausend ist allerdings 1911 günstiger geworden, als sie in den beiden Vorjahren war, aber sie steht doch noch hinter 1908 und den vorausgehenden Jahren zurück. Zu Anfang der siebziger Jahre stand die Heiratsziffer über 10 aufs Tausend. Die werden wir schwerlich jemals wieder erreichen. Wenn das möglich wäre, wäre es jetzt sicher geschehen. Es darf nicht übersehen werden, daß die vermehrte Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechts durchaus nicht lediglich ehefördernd wirkt, wie viele meinen, sondern doch auch ein bedeutsames Ehehindernis darstellt, und zwar in doppelter Beziehung: sie beschränkt vielen unteren Beamten die Ehemöglichkeit, da sie infolge weiblicher Konkurrenz schwerer zur wirtschaftlichen Selbständigkeit kommen, und sie benimmt auch wohl hie und da beim weiblichen Geschlecht die Ehewilligkeit. Immerhin dürften diese Faktoren nur sekundär mitsprechen in bezug auf das Sinken der relativen Eheziffer. Das Hauptmotiv liegt auf anderm Gebiet.

In Preußen stieg die Zahl der Eheschließungen von 307 904 im Jahre 1909 auf 310 415 im Jahre 1910 und 321 151 im Jahre 1911. Wir geben hier, wie in den Vorjahren, das Religionsbekenntnis der Eheschließenden aus den beiden Vorjahren, für welches allerdings nur aus Preußen Zahlen vorliegen (nach der Zeitschrift des Kgl. Preuß. Statist. Landesamts 1912, Heft III). Es schlossen die Ehe:

	1910.	1911.
Evangelische Männer mit evangelischen Frauen	184 164	189 972
Katholische Männer mit katholischen Frauen .	91 365	94 669
Katholische Männer mit evangelischen Frauen	14 800	15 544
Evangelische Männer mit katholischen Frauen	14 120	14 749
Jüdische Männer mit jüdischen Frauen . . .	2 667	2 581
Jüdische Männer mit evangelischen Frauen .	322	374
Evangelische Männer mit jüdischen Frauen .	226	221
Katholische Männer mit jüdischen Frauen . .	75	76
Jüdische Männer mit katholischen Frauen . .	70	84

Bemerkenswert ist hier die starke Steigerung der Mischehen zwischen katholischen Männern und evangelischen Frauen, trotzdem die katholische Kirche die Mischehe so scharf perhorresziert. Ein ähnliches Verhältnis zeigt sich bei den jüdischen Mischehen: die Zahl rein jüdischer Ehen ist zurückgegangen, dagegen die der Mischehen jüdischer Männer gestiegen.

* * *

Wir schließen diesen Abschnitt mit einigen lediglich auf Preußen bezüglichen allgemeinen Zahlen:

Die Geburtenziffer betrug in Preußen 1910: 1 256 613, 1911: 1 222 634, also 33 979 weniger.

Die Zahl der Sterbefälle war 1910: 675 148, 1911: 732 301, also 57 153 mehr.

Der Geburtenüberschuß betrug 1910: 581 465, 1911 nur 490 333, also 91 132 weniger.

Die Zahl der Eheschließungen war 1910: 310 415, 1911: 321 158, also 10 743 mehr.

Die Zahl der Geburten lag 1910 um 35 119, 1911 sogar um 69 098 unter dem Durchschnitt des Jahrzehnts, die Zahl der Eheschließungen aber 1910 um 10 154, 1911 um 20 897 über dem Durchschnitt des Jahrzehnts.

Deutsche und Polen nach der Volkszählung 1910.

Nach der „Statistischen Korrespondenz“ gab es im Jahr 1890 in Preußen unter 26 367 355 Deutschen 2 765 101 Polen, so daß letztere 9,23 v. H. der Gesamtbevölkerung ausmachten. Im Jahre 1910 waren unter 35 426 335 Deutschen 3 500 621 Polen, also nur noch 8,72 v. H. der Gesamtbevölkerung. Daraus ergibt sich, daß die Polen in den letzten 20 Jahren im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung in Preußen an Zahl etwas zurückgegangen sind. In

der Ostmark haben sich die Polen, abgesehen von Allenstein, wo sich jede Sprachenaufnahme wegen der gemischt mit Polen wohnenden Masuren etwas schwierig gestaltet, nur im Regierungsbezirk Posen etwas schneller als die Deutschen vermehrt. Nach der Zählung von 1910 wohnen die meisten Polen im Regierungsbezirk Oppeln (1169 340), dann folgen Posen (900 059), Bromberg (379 831), Marienwerder (373 773), Danzig (102 080), Allenstein (73 154).

Im industriellen Westen ist dagegen ein ganz ungewöhnlich starkes Wachstum der Polen festgestellt worden. Im Jahre 1890 befanden sich Polen im Regierungsbezirk Arnsberg 18 478, Münster 5415, Düsseldorf 4528. Im Jahre 1910 finden wir in den Regierungsbezirken Arnsberg 119 130, Düsseldorf 67 211 und Münster 62 624 Polen. Im Regierungsbezirk Arnsberg wohnen also jetzt mehr Polen als im Regierungsbezirk Danzig.

5. Die überseeische Auswanderung deutscher Reichsangehöriger hat im Jahr 1912 mit nur 18 545 Personen den tiefsten Stand erreicht, den die Statistik jemals zu notieren hatte. Am höchsten stand sie 1881 mit 220 902 Personen, fiel dann bis 1890 auf 97 103, erreichte 1891 wieder 120 089, 1892: 116 339, um bis 1900 wieder auf 22 309 zu fallen. 1902 und 1903 stand sie etwas über 30 000, fiel 1908 auf die bis dahin niedrigste Ziffer von 19 883 und bewegte sich in den kommenden Jahren in den 20 Tausendern: 1909: 24 921. 1910: 25 531. 1911: 22 690. Die zurzeit niedrigste Ziffer (18 545) ist ein Anzeichen der günstigen wirtschaftlichen Prosperität unseres Vaterlandes.

Nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika wanderten aus: 1910: 22 773. 1911: 18 900. 1912: 13 706; nach Kanada: 1910: 460. 1911: 511. 1912: 891; nach Brasilien: 1910: 353. 1911: 363. 1912: 225; nach andern Staaten von Amerika: 1910: 1724. 1911: 2554. 1912: 3307; nach Australien: 1910: 128. 1911: 246. 1912: 322. Afrika kommt nur mit ganz geringen Ziffern, Asien gar nicht in Betracht. In dieser Aufstellung ist der starke Rückgang der Auswanderung nach den Vereinigten Staaten charakteristisch.

Von den Auswanderern gehörten Preußen an: 9645 (Vorjahr 11 835); nur die Provinzen Brandenburg und Berlin (1500), Posen (1214), Hannover (1183), Westfalen (1098) und Rheinland (1010) waren mit Ziffern über 1000 beteiligt. Aus Bayern kamen 1625 (2171), aus Sachsen 813 (1357), aus Württemberg 514 (920), aus Baden 452 (749), aus Hessen 123 (245), aus Oldenburg 208 (335), aus Bremen 292 (614), aus Hamburg 759 (863), aus Elsaß-Lothringen 365 (472); die übrigen entfielen auf die Kleinstaaten.

Von den 18 545 Auswanderern des Jahres 1912 gehörten 10 387 dem männlichen, 6 289 dem weiblichen Geschlecht an.

2. Konfessionelle Ergebnisse der Volkszählung 1910.

Verteilung der Konfessionen in den deutschen Einzelstaaten. Verschiebungen im konfessionellen Aufbau.

Zahlenverhältnisse der »Religionslosen«.

Der jüdische Prozentanteil der Bevölkerung.

Das Judentum der Erde.

Die deutsche Bevölkerung betrug bei der Volkszählung 1905 60 641 278 Seelen, 1910: 64 925 993. Zurzeit (Mai 1913) sind es nach der fortgeschriebenen Bevölkerungsziffer rund 66 200 000.

Als „Evangelisch“ wurden gebucht: 1905: 37 646 852 = 62,08 % der Gesamtzahl; 1910: 39 991 421 = 61,59 % der Gesamtzahl; es hat also eine Zunahme des evangelischen Bevölkerungsanteils um 2 344 569 Seelen stattgefunden, dagegen eine prozentuale Verminderung um 0,49 %. Als Angehörige der römisch-katholischen Kirche wurden gebucht: 1905: 22 094 492 = 36,44 % der Gesamtzahl, 1910: 23 821 453 = 36,69 %. Es hat also eine Zunahme des katholischen Bevölkerungsanteils um 1 726 961 Seelen stattgefunden und eine prozentuale Zunahme um 0,25 %. Die prozentuale Abnahme des evangelischen Bevölkerungsanteils um 0,49 % im Verhältnis zur Gesamtzahl ist nicht ohne weiteres in Parallele zu setzen mit der prozentualen Zunahme des katholischen Bevölkerungsanteils um 0,25 %. 1905 wurden die Altlutheraner in Preußen der Rubrik „Evangelische“ zugewiesen, bei der Zählung 1910 wurde diese Rubrik beschränkt auf die Angehörigen der evangelischen Landeskirchen. Die Altlutheraner wurden, als der Landeskirche nicht zugehörig, in die Rubrik „Andere Christen“ gestellt. Die andersartige Gruppierung der Konfessionszugehörigkeit bei der Volkszählung 1910 erschwert ungemein die Vergleichung mit 1905. Erst 1910 und 1915 werden vergleichbare Kolonnen ergeben. Wir haben die Grundsätze der Neugruppierung und die sich daraus ergebenden momentanen Schwierigkeiten im Jahrbuch 1912, S. 310—312, ausführlich dargelegt. Der Verlust des evangelischen Volksteils gemessen am Bestand der katholischen Kirche ist also durchaus nicht so groß, als es nach obigem Zahlenverhältnis erscheint.

Die Volkszählung 1905 buchte dann 1991 russisch-orthodoxe und 13 161 „Angehörige anderer (griechisch-orientalischer) Kirchen“. Diese Kolonne ist 1910 ganz weggefallen, die Zahlen sind in der Rubrik „Andere Christen“ verrechnet. Solcher zeigte die Volkszählung 1905: 259 717, die von 1910: 283 946; die Zunahme wird ohne weiteres durch die obengenannte Zurechnung erklärt, ja sie müßte eigentlich viel beträchtlicher sein, da hierher außer den Altkatholiken auch alle evangelischen Sekten gerechnet sind, die nicht unbeträchtlich an Zahl zugenommen haben, wenn nicht 1910 aus dieser Kolonne wieder die „Freireligiösen“, „Freidenker“, „Dissidenten“ ausgeschieden wären; die erscheinen nun unter der

Rubrik: „Personen andern Bekenntnisses“. Die Rubrik „Andere Christen“ zeigte 1905: 259 717 Personen, 1910: 283 946, aber diese beiden Zahlen beziehen sich nicht auf denselben Tatbestand und sind durchaus nicht ohne weiteres vergleichbar.

Die Kolonne „Israeliten“ — hier liegt wieder fester Vergleichsboden vor — zeigte für ganz Deutschland 1905: 607 862 Personen = 1,00 der Gesamtbevölkerung, 1910: 615 021 = 0,95 %. Das Judentum hat also in seinem numerischen Bestand zahlenmäßig nur wenig zugenommen, prozentmäßig abgenommen. Nur die Zuwanderung aus dem Osten hat die durch die jüdische Mischehe herbeigeführte zahlenmäßige Verminderung des eingeborenen deutschen Judentums noch nicht in die Erscheinung treten lassen.

Als Bekenner „nichtchristlicher Religionen“ wurden 1905: 909, 1910: 2114 aufgeführt. Es sind das fast nur Ausländer, die sich vorübergehend in Deutschland aufhalten, studierende Ostasiaten, Angehörige der Gesandtschaften etc. Für den Aufbau der deutschen Bevölkerung haben diese Zahlen keine Bedeutung.

Unter der Rubrik „Personen andern Bekenntnisses“ wurden 1905 nur 12 024, 1910 dagegen 205 900 gezählt. Aber auch hier kann man die Zahlenreihen nicht ohne weiteres vergleichen. Nach der Rubrizierung von 1910 gehören dahin alle, die aus der Landeskirche ausgetreten sind, ohne sich einer andern christlichen Denomination angeschlossen zu haben, aber auch die „Freireligiösen“, „Dissidenten“ etc., die 1905 noch in der Rubrik „Andere Christen“ gebucht wurden. Es wäre also verfehlt zu sagen, wie es tatsächlich gesagt worden ist, die Zahl derer, die der Kirche den Rücken gekehrt haben, sei von rund 12 000 auf

Religionsbekenntnis der Bevölkerung in Preußen 1905.

Provinz	Gesamtbevölkerung	1	2	3	4	5	6	7
		Christen			Israeliten	Bekenner nichtchristl. Religionen	Personen andern Bekenntnisses	Ohne Angabe d. Rel. Bekenntn.
		Landeskirchl. Ev.	Römisch-Katholische	Andere Christen				
Ostpreußen . . .	2 030 176	1 720 565	277 196	18 775	13 553	1	73	13
Westpreußen . .	1 641 746	764 719	844 470	16 350	16 139	6	34	28
Stadt Berlin . .	2 040 148	1 695 251	222 732	20 306	98 893	94	1736	1086
Brandenburg . .	3 531 906	3 238 207	229 283	22 856	40 427	124	986	23
Pommern	1 684 326	1 616 550	49 865	8 170	9 660	19	53	9
Posen	1 986 637	605 312	1 347 539	3 326	30 433	1	20	6
Schlesien	4 942 611	2 120 361	2 763 670	11 563	46 845	1	159	12
Sachsen	2 979 221	2 730 098	230 242	10 599	8 050	12	214	6
Schleswig-Holst.	1 504 248	1 454 526	41 187	4 874	3 270	46	330	15
Hannover	2 759 544	2 361 831	371 164	10 595	15 581	22	324	27
Westfalen	3 618 090	1 733 413	1 845 070	18 664	20 757	8	172	6
Hessen-Nassau . .	2 070 052	1 420 047	585 552	13 746	50 016	24	661	6
Rheinland	6 436 337	1 877 582	4 471 701	3 661	55 408	44	915	26
Hohenzollern . .	68 282	3 040	64 767	4	469	—	2	—
Ganz Preußen . .	37 293 324	23 341 502	13 344 488	190 489	409 501	402	5679	1263

über 200 000 gewachsen. Gewiß ist sie stark gewachsen; aber sie war auch 1905 schon größer als 12 000.

Ohne Angabe des Religionsbekenntnisses wurden 1905 4270 gebucht, 1910: 6138; das sind diejenigen Personen, die auf der Zählkarte das Wort „Religion“ unausgefüllt gelassen oder mit dem Wort „ohne“ ausgefüllt haben. Die Grenze zu der vorgenannten Kolonne ist hier natürlich durchaus flüssig. Hier spielt der Zufall oder die Laune eine entscheidende Rolle. Preußen zählt z. B. in dieser Kolonne nur 835, Bayern aber 903, Sachsen-Coburg-Gotha 440 (andere thüringische Staaten gar keine oder nur wenige), Bremen dagegen 2262, Hamburg 682.

Weil es hier völlig unmöglich ist, Gleichartiges zusammenzustellen, und es im Interesse der Durchsichtigkeit liegt, allen Ballast in den Tabellen tunlichst zu vermeiden, bringen wir in den späteren Tabellen und insbesondere in den vergleichenden Prozentziffern nur die 5 Hauptkategorien: 1. Evangelische, 2. Katholiken, 3. Andere Christen, 4. Israeliten, 5. Sonstige, d. h. alle Nichtchristen (außer den Juden), ohne Unterscheidung, ob sie von Haus aus Heiden waren oder „religionslos“ geworden sind. Wir bitten aber, bei den Abweichungen von früheren Zahlenaufstellungen des Jahrbuchs vor 1905 nicht übersehen zu wollen, daß hier andere Rubrizierungen vorliegen, die die Prozentziffern um ein wenig verschieben können.

Zunächst geben wir in ganz gleichartiger Gesamtaufstellung das Religionsbekenntnis der Bevölkerung in Preußen aus den Jahren 1905 und 1910. Wir gaben schon im Vorjahr (Jahrbuch 1912, S. 310) die absoluten Zahlen der Konfessions-

Religionsbekenntnis der Bevölkerung in Preußen 1910.

Provinz	Gesamtbevölkerung	1	2	3	4	5	6	7
		Christen			Israeliten	Bekannter nichtchristl. Religionen	Personen, deren Bekenntnisse	Ohne Angabe d. Religionsbekenntn.
		Landeskirchl. Ev.	Römisch-Katholische	Andere Christen				
Ostpreußen . . .	2 064 175	1 740 822	290 877	17 436	13 027	7	1 995	11
Westpreußen . .	1 703 474	789 081	882 695	16 899	13 954	4	829	12
Stadt Berlin . .	2 071 257	1 689 118	243 020	10 978	90 013	162	37 627	339
Brandenburg . .	4 092 616	3 676 693	300 320	20 384	61 343	364	33 400	112
Pommern	1 716 921	1 637 299	56 289	11 986	8 862	58	2 419	8
Posen	2 099 831	646 580	1 422 238	443	26 512	3	309	46
Schlesien	5 225 962	2 199 114	2 962 783	12 893	44 985	27	6 083	77
Sachsen	3 089 275	2 830 151	232 573	7 077	7 833	41	11 584	16
Schleswig-Holst.	1 621 004	1 549 032	53 513	9 975	3 343	15	5 122	4
Hannover	2 942 436	2 504 805	405 693	12 626	15 545	26	3 651	90
Westfalen	4 125 096	1 947 672	2 121 534	23 979	21 036	14	10 844	17
Hessen-Nassau . .	2 221 021	1 518 989	627 258	12 498	51 781	74	10 414	7
Rheinland	7 121 140	2 097 619	4 916 022	28 997	57 287	64	21 056	95
Hohenzollern . .	71 011	3 572	67 014	16	405	—	3	1
Ganz Preußen . .	40 165 219	24 830 547	14 581 829	189 887	415 926	859	145 336	835

verteilung in Preußen vom Jahre 1910, und zwar nach der Berechnung des Königl. Preuß. Statist. Amts (Statistische Korrespondenz, Sondernummer vom 25. August 1911). Die Aufstellungen der vorstehenden Tabellen (S. 494 u. 495) sind die des Kaiserl. Statist. Amts (Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs 1907 bzw. 1912, Heft III). Sie weichen um ein Geringes von den vorgenannten ab. Diese Differenzen zwischen beiden beziehen sich aber nur auf die Ergebnisse von Berlin, wo die konfessionelle Erhebung ja besondere Schwierigkeiten hat. Die hier gegebenen Zahlen sind die endgültig ermittelten.

Es ist bei der Vergleichung der beiden vorstehenden Tabellen aus 1905 und 1910 zu beachten, daß die Kolonnen 1, 3 und 6 beide Male nicht genau denselben Inhalt haben. Wenn in der Stadt Berlin die Zahl der „Evangelischen“ (Kol. 1) von 1695251 im Jahre 1905 auf 1689118 im Jahre 1910 zurückgegangen ist, so beruht das doch nicht nur und allein auf der hier allerdings beträchtlichen Zahl der Austritte aus der Landeskirche, sondern auch darauf, daß die Aufstellung von 1910 in Kol. 1 nur noch „landeskirchlich“ Evangelische umschließt. Und wieder: wenn in Kol. 6, „Personen andern Bekenntnisses“, die Zahl von 1736 aus 1905 für Berlin anschwillt auf 37627, so sind das nicht alles Neu-Ausgetretene, sondern es liegt Zuzug aus den Kolonnen 3 u. 7 vor, wie die dort für 1910 verminderten Ziffern zeigen.

Das Prozentverhältnis der Konfessionen in Preußen nach der Zählung von 1905 und 1910 ergibt sich aus folgender Tabelle:

Provinz	Verhältniszahl auf je 100 am 1. Dezember 1905					Verhältniszahl auf je 100 am 1. Dezember 1910				
	1 Evan- gelische	2 Katho- liken	3 Andre Chri- sten	4 Juden	5 Son- stige	1 Evan- gelische	2 Katho- liken	3 Andre Chri- sten	4 Juden	5 Son- stige
Ostpreußen . . .	84,75	13,65	0,93	0,67	0,00	84,34	14,09	0,84	0,63	0,01
Westpreußen . .	46,58	51,44	1,00	0,98	0,00	46,32	51,82	0,99	0,82	0,05
Stadt Berlin . .	83,09	10,92	1,00	4,85	0,14	81,55	11,73	0,53	4,34	1,85
Brandenburg . .	91,68	6,49	0,65	1,15	0,63	89,84	7,34	0,50	1,50	0,82
Pommern	95,98	2,96	0,49	0,57	0,01	95,36	3,28	0,70	0,52	0,14
Posen	30,47	67,83	0,17	1,53	0,00	30,79	67,73	0,20	1,26	0,02
Schlesien	42,90	55,92	0,23	0,95	0,00	42,08	56,69	0,25	0,86	0,12
Sachsen	91,64	7,73	0,35	0,27	0,01	91,61	7,53	0,23	0,25	0,38
Schleswig-Holst.	96,69	2,74	0,32	0,22	0,03	95,56	3,30	0,61	0,21	0,32
Hannover	85,59	13,45	0,38	0,57	0,01	85,13	13,79	0,43	0,53	0,12
Westfalen	47,91	51,00	0,51	0,57	0,01	47,22	51,43	0,58	0,51	0,26
Hessen-Nassau . .	68,60	28,29	0,66	2,42	0,03	68,39	28,24	0,56	2,33	0,48
Rheinland	29,17	69,48	0,47	0,86	0,02	29,46	69,03	0,41	0,80	0,30
Hohenzollern . .	4,45	94,85	0,01	0,69	0,00	5,03	94,37	0,02	0,57	0,01
Ganz Preußen . .	62,59	35,78	0,51	1,10	0,02	61,82	36,31	0,47	1,04	0,36

Nach dieser Aufstellung ist die Verhältniszahl der Evangelischen gestiegen nur in den Provinzen Posen, Rheinland

und Hohenzollern. In allen andern stieg die Verhältniszahl der Katholiken, mit Ausnahme von (außer den genannten noch) Hessen-Nassau. Doch läßt sich im Moment nicht entscheiden, wieviel zu dem Fallen der evangelischen Prozentziffer die Reduktion der Kolonne 1 i. J. 1910 auf „landeskirchlich“ Evangelische beigetragen hat und wieviel auf Rechnung eines tatsächlichen prozentmäßigen Rückgangs des evangelischen Bevölkerungsteils kommt. Soviel ist gewiß, daß diese im übrigen geringfügigen Verschiebungen auf Rechnung der Binnenwanderung zu setzen sind, das tritt bei Posen (Ansetzung von Ansiedlern) und Rheinland (Einwanderung aus dem evangelischen Osten) deutlich hervor. Immerhin ist es sehr beachtenswert, daß der gesamte Prozentanteil des katholischen Volksteils in Preußen von 35,78 % i. J. 1905 auf 36,31 % i. J. 1910 gestiegen ist. Der Rückgang der Geburtenziffer ist tatsächlich bei dem katholischen Volksteil nicht so beträchtlich, als bei dem evangelischen. Ausschlaggebend dafür ist allerdings wieder nicht die Konfession allein, sondern der Umstand, daß prozentmäßig mehr Evangelische in Großstädten wohnen als Katholiken und die Großstädte, wie S. 482 ff. dargelegt ist, den Rückgang der Geburtenziffer, wenn auch nicht allein, so doch in erster Linie verschulden.

Religionsbekenntnis der Bevölkerung in Bayern 1910.

Das Königreich Bayern hatte in der Volkszählung 1905 bei einer Gesamtbevölkerung von 6524372 Seelen 1844736 Evangelische, 4611987 Angehörige der römisch-katholischen Kirche, 10574 „andere“ Christen, 55341 Israeliten, 1734 „Sonstige“. Wir verzichten hier auf eine genaue Darstellung der Zahlen von 1905, da sie doch nur in sehr bedingter Weise zum Vergleich herangezogen werden können und verweisen auf die im Jahrbuch 1908 S. 334 ff. gegebene Zusammenstellung.

Dagegen geben wir die offiziellen Resultate der Volkszählung von 1910 nach den „Vierteljahrsheften zur Statistik des deutschen Reiches“ (1912, Heft III) wie folgt: a) zeigt die absolute, b) die Prozentziffer des betreffenden Konfessionsanteils.

Tabelle siehe S. 498 und 499 oben.

In Bayern ist der Prozentanteil der Katholiken um ein geringes, nämlich von 70,69 auf 70,61 zurückgegangen. Nach der rechnungsmäßigen Aufstellung ging auch der Prozentanteil der Evangelischen von 28,28 auf 28,21 zurück. In Wirklichkeit liegt aber kein Rückgang vor, denn die Zählung 1905 schloß in Kol. 1 auch die Altlutheraner und Reformierten ein, letztere gehören in Bayern nicht (wie z. B. in Baden) zur Landeskirche. 1910 rechnet nur die der Landeskirche gehörigen Evangelischen in Kol. 1. Die Prozentziffer der Katholiken bezog sich aber in beiden Jahren auf den gleichen Bestand.

Königreich Bayern Provinzen	Gesamt- Bevölkerung	1		2	
		Evangelische		Römisch-Katholische	
		a	b	a	b
Reg.-Bez. Oberbayern . .	1 532 065	114 500	7,47	1 395 594	91,09
„ Niederbayern . .	724 331	7 040	0,97	716 485	98,92
„ Pfalz	937 085	506 664	54,07	415 079	44,29
„ Oberpfalz . . .	600 284	48 408	8,07	550 053	91,63
„ Oberfranken . .	661 862	374 980	56,66	283 025	42,76
„ Mittelfranken . .	930 868	659 692	70,87	251 510	27,02
„ Unterfranken . .	710 943	126 146	17,74	571 890	80,44
„ Schwaben . . .	789 853	105 228	13,32	679 615	86,04
Königreich Bayern	6 887 291	1 942 658	28,21	4 863 251	70,61

Religionsbekenntnis der Bevölkerung in den übrigen deutschen Bundesstaaten 1910.

Bezüglich der genauen Konfessionsziffer der einzelnen Staaten aus dem Jahre 1905 verweisen wir auch hier auf die Aufstellungen des Jahrbuchs 1908, S. 335. Eine Nebeneinanderstellung hätte wegen des veränderten Zählmodus nur geringen komparativen Wert.

Wir wiederholen nur die absoluten Ziffern des evangelischen und katholischen Bevölkerungsanteils in den einzelnen Ländern, um diese wenigstens zum Vergleich zur Hand zu stellen.

Sachsen hatte 1905 4 250 659 Evangelische, 2 182 75 Katholiken. Württemberg 1 582 745 und 695 808. Baden 769 866 und 1 206 607. Hessen 803 195 und 372 613. Mecklenburg-Schwerin 609 914 und 12 093. Sachsen-Weimar 387 789 und 17 915. Mecklenburg-Strelitz 100 314 und 2 499. Oldenburg 339 916 und 96 061. Braunschweig 455 680 und 26 375. Sachsen-Meiningen 262 243 und 4845. Sachsen-Altenburg 200 511 und 5438. Sachsen-Koburg-Gotha 237 187 und 3848. Anhalt 311 999 und 11 830. Schwarzburg-Sondershausen 83 389 und 1520. Schwarzburg-Rudolstadt 95 641 und 990. Waldeck 56 341 und 1890. Reuß älterer Linie 68 549 und 1205. Reuß jüngerer Linie 140 640 und 2784. Schaumburg-Lippe 43 888 und 640. Lippe 139 127 und 5477. Lübeck 102 484 und 2457. Bremen 240 041 und 19 124. Hamburg 807 429 und 40 389. Elsaß-Lothringen 391 067 und 1 387 334.

Die Resultate der Zählung von 1910 geben wir wieder nach der offiziellen Aufstellung der Vierteljahrshefte zur Statistik des deutschen Reichs (1912, III). Auch steht unter b die Prozentziffer in jeder Kolonne neben der absoluten Zahl.

Die zugehörige Tabelle siehe S. 500 und 501 oben.

Eine verhältnismäßig starke prozentuale Vermehrung hat der Katholizismus in einigen rein evangelischen Kleinstaaten erfahren, wo er bisher zahlenmäßig nur gering vertreten war. So betrug der Prozentanteil der Katholiken in Mecklenburg-Schwerin 1905:

3		4		5		6		7	
Andere Christen		Israeliten		Bekennen nicht-christlicher Rel.		Personen anderen Bekenntnisses		Ohne Angabe des Bekenntnisses	
a	b	a	b	a	b	a	b	a	b
4 365	0,29	11 652	0,76	57	0,00	5 506	0,36	391	0,03
240	0,03	468	0,06	1	0,00	38	0,01	59	0,01
4 301	0,46	8 998	0,96	—	—	1 956	0,21	87	0,01
279	0,05	1 395	0,23	3	0,00	81	0,01	65	0,01
576	0,09	2 946	0,44	—	—	278	0,04	57	0,01
2 375	0,25	14 219	1,53	4	0,00	2 986	0,32	82	0,01
646	0,09	11 925	1,68	12	0,00	280	0,04	44	0,01
1 181	0,15	3 462	0,44	2	0,00	247	0,04	118	0,02
13 963	0,20	55 065	0,80	79	0,00	11 372	0,17	903	0,01

1,93; 1910: 3,29; in Mecklenburg-Strelitz 1905: 2,42; 1910: 4,00; in Waldeck 1905: 3,20; 1910: 4,63; in Lübeck 1905: 2,32; 1910: 3,40. Hier schlagen eben die Prozente stark zu Buche, in absoluter Zahl macht es wenig aus. Den Veränderungen im Konfessionsstand kleiner Bezirke, so groß auch ihre lokale Bedeutung sein mag, wird doch in der Presse gemeinhin zu viel Gewicht beigelegt. Man übersieht, daß es eben nur Verschiebungen sind, die dazu noch in absoluter Zahl sehr gering sein können. Sie beruhen ja fast durchweg auf Ortswechsel, haben also die „Binnenwanderung“ zur Ursache, und diese verändert am konfessionellen Aufbau des Ganzen nichts, wie es z. B. eine starke Einwanderung oder verhältnismäßig sehr viel stärkere Vermehrungsprozente einer Einzelkonfession tun würde. 100 Katholiken bedeuten prozentmäßig im konfessionellen Aufbau Bayerns nichts oder wenig, in Mecklenburg aber schon viel.

Auf kleineren Räumen allerdings sind die Verschiebungen oft beträchtlich. Eine Mitteilung der Großherzoglich Hessischen Zentralstelle für Landesstatistik vom November 1911 verfolgt dies für die einzelnen Kreise des konfessionell sehr buntscheckigen Großherzogtums Hessen. Überall ist der nivellierende Einfluß der Binnenwanderung erkennbar. In Hessen liegen in dieser Beziehung genaue Zahlen seit 1828 vor. Damals bildeten die Katholiken 25 % der Bevölkerung, 1871: 28 %, 1910: 31 %. Im ganzen und in einzelnen Bezirken zeigt sich überall das Gesetz des stärkeren Wachstums der Minoritäten. In Starkenburg und Oberhessen, vorwiegend evangelischen Landesteilen, zeigt sich eine raschere Zunahme der Katholiken, in Rheinhessen der Protestanten. Das tritt am schärfsten bei den Städten in die Erscheinung.

Es betrug z. B.	1828	1871	1910
der Anteil der Katholiken in Worms (Stadt)	28,3	30,8	31,7
in den sonstigen Orten des Kreises	31,0	32,8	34,3
der der Evangelischen in Mainz (Stadt)	12,5	28,7	37,8
in den sonstigen Orten des Kreises	11,9	11,8	19,1
		32*	

Bundesstaat	Gesamtzahl	1		2	
		Evangelische		Römisch-Katholische	
		a	b	a	b
Königreich Sachsen . . .	4 806 661	4 520 835	94,05	236 052	4,91
Württemberg	2 437 574	1 671 183	68,56	739 995	30,36
Baden	2 142 833	826 364	38,56	1 271 015	59,32
Hessen	1 282 051	848 004	66,15	397 549	31,01
Mecklenburg-Schwerin . .	639 958	615 511	96,18	21 043	3,29
Großherzogtum Sachsen .	417 149	393 774	94,40	19 980	4,79
Mecklenburg-Strelitz . .	106 442	101 513	95,37	4 255	4,00
Oldenburg	483 042	371 650	76,94	107 508	22,26
Braunschweig	494 339	464 175	93,90	25 888	5,24
Sachsen-Meiningen . . .	278 762	271 433	97,37	5 233	1,88
Sachsen-Altenburg . . .	216 128	207 825	96,16	7 246	3,35
Sachsen-Koburg-Gotha . .	257 177	250 454	97,39	4 951	1,93
Anhalt	331 128	315 262	95,21	12 755	3,85
Schwarzburg-Sondershaus.	89 917	87 836	97,69	1 732	1,93
Schwarzburg-Rudolstadt .	100 702	99 210	98,52	1 288	1,28
Waldeck	61 707	57 817	93,69	2 858	4,63
Reuß ältere Linie . . .	72 769	70 489	96,87	1 296	1,78
Reuß jüngere Linie . . .	152 752	147 272	96,41	3 498	2,29
Schaumburg-Lippe . . .	46 652	44 385	95,14	715	1,53
Lippe	150 937	143 961	95,38	5 936	3,93
Lübeck	116 599	111 543	95,66	3 968	3,40
Bremen	299 526	259 688	86,70	22 233	7,42
Hamburg	1 014 664	929 758	91,63	51 036	5,03
Elsaß-Lothringen . . .	1 874 014	408 274	21,78	1 428 343	76,22
Deutsches Reich	64 925 993	39 991 421	61,59	23 821 453	36,69

Von den fünf größten Städten haben Gießen und Darmstadt noch einen ausgesprochen evangelischen Charakter, 86 bzw. 79 v. H. In Worms und Offenbach bildet der Anteil der Katholiken schon ein Drittel der Bevölkerung, 32 bzw. 36 v. H. In Mainz überwiegen die Katholiken mit 58 v. H., jedoch nicht mehr in dem Maß wie zu Anfang des verflossenen Jahrhunderts (1828 ca. 83 v. H.).

Sehr viel bedeutungsvoller als die Verschiebungen innerhalb der christlichen Konfessionen sind die Verschiebungen nach der religionslosen Seite hin, die der Zeitraum von 1905—1910 gebracht hat, eine Bewegung, die doch erst in ihren Anfängen steht. In den Kolonnen 6 und 7 der vorstehenden Tabellen, die alle umfassen, welche dem christlichen Bekenntnis den Rücken zugekehrt haben, stecken 1910 weit mehr als 1905. Bayern wies als religionslos 1905 erst 1702 Personen auf, 1910: 12 275. Sachsen 1905: 485; 1910: 6543. Württemberg 444 und 1533. Baden 579 und 6265. Hessen 373 und 5711. Mecklenburg-Schwerin 95 und 694. Sachsen-Weimar 65 und 1227. Mecklenburg-Strelitz 16 und 66. Oldenburg 63 und 764. Braunschweig 59 und 738. Sachsen-Meiningen 69 und 349. Sachsen-Altenburg 24 und 380. Sachsen-Koburg-Gotha 28 und 668. Anhalt 68 und 637. Beide

3		4		5		6		7	
Andere Christen		Israeliten		Bekennen nicht-christlicher Rel.		Pers. anderen Bekenntnisses		Ohne Angabe des Bekenntn.	
a	b	a	b	a	b	a	b	a	b
25 574	0,53	17 587	0,37	70	0,00	6 531	0,14	12	0,00
12 863	0,53	11 982	0,49	18	0,00	1 531	0,06	2	0,00
13 229	0,62	25 896	1,21	64	0,00	6 233	0,29	32	0,00
6 707	0,52	24 063	1,88	17	0,00	5 667	0,44	44	0,00
1 289	0,20	1 413	0,22	8	0,00	691	0,11	3	0,00
841	0,20	1 323	0,32	4	0,00	1 227	0,29	—	—
352	0,33	254	0,24	2	0,00	66	0,06	—	—
1 591	0,33	1 525	0,32	4	0,00	654	0,13	110	0,02
1 774	0,36	1 757	0,36	7	0,00	718	0,14	20	0,00
610	0,22	1 137	0,41	—	—	349	0,12	—	—
481	0,22	194	0,09	2	0,00	380	0,18	—	—
319	0,12	783	0,30	2	0,00	228	0,09	440	0,17
1 087	0,33	1 383	0,42	4	0,00	619	0,19	18	0,06
57	0,06	215	0,24	—	—	77	0,08	—	—
88	0,08	78	0,08	—	—	38	0,04	—	—
393	0,64	590	0,96	4	0,01	45	0,07	—	—
866	1,19	44	0,06	—	—	74	0,10	—	—
779	0,51	375	0,25	2	0,00	826	0,54	—	—
1 314	2,82	230	0,49	—	—	7	0,02	1	0,00
193	0,13	780	0,52	—	—	30	0,02	37	0,02
276	0,24	623	0,54	—	—	189	0,16	—	—
1 290	0,43	1 843	0,62	201	0,07	12 009	4,01	2 262	0,75
4 255	0,42	19 472	1,92	753	0,07	8 708	0,86	682	0,07
3 868	0,21	30 483	1,63	14	0,00	2 295	0,12	737	0,04
283 946	0,44	615 021	0,95	2 114	0,00	205 900	0,32	6 138	0,01

Schwarzburg zusammen 7 und 115. Waldeck 3 und 45. Beide Reuß zusammen 30 und 900. Schaumburg-Lippe nur 5 und 8. Lippe 5 und 67. Lübeck 37 und 189. Bremen schon 1905: 860, 1910 aber: 14271. Hamburg 1905 schon: 3847, 1910: 9390. Elsaß-Lothringen 481 und 3032. Die preußischen entsprechenden Zahlen sind 6942 und — 146 171. Und ganz Deutschland notiert 1910: 211 138 Religionslose gegen 16 294 i. J. 1905. Nun wäre es freilich verfehlt, die starke Differenz zwischen diesen beiden Zähljahren lediglich auf Rechnung der inzwischen aus der Kirche Ausgetretenen zu setzen. Die neue Weise der Zählung hat hierhin viele verwiesen, die sich früher in Kolonne 3 versteckten. Aber diese Kolonne „die anderen Christen“ hat durch den Abzug der Freidenker etc. an Zahl nichts eingebüßt, sie ist trotzdem (für ganz Deutschland) von 259 717 auf 383 946 gewachsen. Doch die 211 138 der Kolonne 6 und 7 sind tatsächlich Heiden inmitten unseres Vaterlandes, nach unserer Schätzung mindestens ebensoviel, als Deutsch-Südwest-Afrika bewohnen. Es ist der Vorzug der neuen Rubrizierung in der konfessionellen Zählung, die ja im Moment als lästig empfunden wird, daß sie diese Tatsache ans helle Licht stellt. Der frühere Modus verhüllte sie. Wir haben mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß die Zählung des Jahres

1915 mindestens 300 000 Heiden inmitten des deutschen Vaterlandes aufweist. Der Bestand der christlichen Kirche wird dadurch freilich nicht im mindesten in Frage gestellt, ihr inneres Gefüge wird nicht erschüttert, sondern vielmehr gefestigt, wenn sie die welken Blätter abstößt. Aber ein charakteristisches Zeichen der Zeit stellt diese statistische Aufstellung doch vor unsere Blicke hin. Wir treiben Mission an Israel in unserem Vaterland, man wird bald anfangen müssen, in ihm Heidenmission zu treiben — „Innere“ Heidenmission — davon hat selbst ein Wichern noch nichts gehaut zu seiner Zeit. Dieser Prozeß der Entwicklung wird dadurch gewiß nicht aufgehalten, daß etwa die christlichen Kirchen die Tore weiter auftun — dann laufen noch mehr hinaus; oder daß sie das Bekenntnis drangeben — auch das liberalste und freigeistigste Bekenntnis geben sie preis, ja dieses erst recht; oder daß die Kirche ihr organisatorisches Gefüge lockert — mit Verwaltungstechnik kommt man dem widerchristlichen Geist nicht bei. Hier steht eben eine Geistesmacht wider die andere, und im Kampfe der Geister bedeuten Zahlen wenig — das sei gesagt von einem Statistiker, damit die bloße Zahl nicht zum Abgott werde. Zahlen sollen uns warnen, aber sie können uns niemals werfen.

Bezeichnend und für das zahlenmäßige der vorstehenden Ausführungen in etwa bemerkenswert ist eine Notiz, die wir den sehr gründlich gearbeiteten „Mitteilungen der Großherzoglich Hessischen Zentralstelle für die Landesstatistik“ in Darmstadt entnehmen (Nr. 921 vom Nov. 1911, bearbeitet von Regierungsrat Knöpfel). Genannte Zentralstelle unterwarf die Angaben der Freireligiösen und Religionslosen einer Nachprüfung. Insgesamt hatten sich 4903 Personen so bezeichnet (als Freireligiös, Freidenker, Konfessionslos, Dissident, Atheist u. dgl.). Die Nachprüfung ergab, daß 3805 diese Einträge zu Recht gemacht hatten, 1098 dagegen zu Unrecht, also nicht weniger als 22,4 %. Diese waren nämlich überhaupt nicht aus ihrem bisherigen Konfessionsverband ausgestreuten, sondern hatten nur ihrer Gesinnung Ausdruck gegeben mit der genannten Bezeichnung. Von den 1098 unrichtigen Angaben kamen allein 664 auf die Stadt Offenbach, 188 auf die Stadt Darmstadt. Der Rest verteilte sich ziemlich gleichmäßig auf das Großherzogtum. Wir wiesen schon in einem der früheren Jahrbücher darauf hin, daß das Komitee „Konfessionslos“ (ja auch der deutsche Monistenbund) vor der Volkszählung 1910 an alle Geistesverwandten die Aufforderung richteten, sie möchten sich als „religionslos“ bezeichnen. Der Aufruf ging als Inserat durch viele Zeitungen. Das war ja nun freilich, rein sachlich angesehen, ein beträchtlicher Denkfehler der Freidenker, denn bei der Konfessionsangabe zur Volkszählung kommt lediglich ein Tatbestand in Betracht (nämlich ob rein äußerlich angesehen Zugehörigkeit zu einer Konfessionsgemeinschaft vorliegt oder nicht), und nicht irgend welche innere Gesinnung. Aber diese Konfusion in der Gedanken-

und Gefühlswelt hat Schule gemacht, wie die hessische Nachprüfung zeigt. Und dementsprechend wird auch ein Teil der 205 900 „Religionslosen“ zu werten sein. Wir bemängeln nur das zahlenmäßig richtige dieser Angabe, für die innere Qualität macht das alles ja freilich nichts aus. Aber bezeichnend ist es, daß selbst eine „Geistesinstanz“, wie der deutsche Monistenbund, aus bloßem Haß gegen das Christentum, ein so unlogisches Verfahren empfiehlt. Eben diese Aufforderung veranlaßte die Hessische Zentralstelle zur weiteren Feststellung, und man darf ihr dankbar sein, daß sie als erste diesen Unfug ans Licht stellte.

Der jüdische Prozentanteil an der deutschen Bevölkerung geht zurück. 1872 machte er bei rund 512 000 Juden noch 1,25 % der Bevölkerung aus. 1905 mit einer Kopfzahl von 607 862 noch genau 1 %, 1910 mit einer Kopfzahl von 615 821 nur noch 0,95 %. Hier spricht besonders der Geburtenrückgang mit. Der weitaus größte Teil der deutschen Juden sind ja Großstadtbewohner. Nach einer Berechnung von Freiherrn v. Fireks war die eheliche Fruchtbarkeitsziffer bei den Juden in Preußen von 1820—30: 5,2 %; von 1831—40: 4,6 %; von 1841—50: 4,2 %; von 1860—70: 3,9 %; von 1900—1905 nur noch 3 %. Nach Dr. Theilhaber hat sich die eingeborene jüdische Bevölkerung Deutschlands in den letzten 20 Jahren überhaupt nicht mehr vermehrt. Nur die Einwanderung aus dem Osten gleicht das Defizit aus. Damit Hand in Hand geht eine Lockerung des einst mit Recht vielgerühmten jüdischen Familienlebens. Die innere Zersetzung des Judentums ist viel größer, als der prozentmäßige numerische Rückgang. Unter den Entartungserscheinungen nennt Dr. Kahn z. B. das Wachstum der jüdischen Taubstummen um das doppelte in den letzten 20 Jahren. Unter den Insassen der Irrenhäuser machen sie 3,5 % aus bei noch nicht 1 % der Bevölkerung. Dagegen konzentriert sich der Besitz immer mehr in jüdischer Hand. In Baden z. B. entfallen nach Dr. Rost von den Einkommensteuer-Anschlägen auf den Kopf der Katholiken 124 M., der Protestanten 243 M., der Israeliten aber 1290 M. Die Spannung hat in den Städten eine Weite erreicht, von der unsere Zeit kaum etwas ahnt. Unsere Presse verschweigt das sorgfältig. In Berlin machen die Juden 4,34 % der Bevölkerung aus, zur Steuer sind sie aber veranlagt mit 30,7 % des Gesamtbetrages.

Die zahlenmäßige Verbreitung des Judentums auf der Erde war nach dem „Univers Israélite“ am 1. Jan. 1910 die folgende. Von den 11 718 000 Juden der Welt entfielen mehr als 9 Millionen auf Europa, davon auf Rußland 5 215 000, auf Österreich 1 225 000, auf Ungarn 850 000, auf Deutschland 608 000, auf die europäische Türkei 282 000, auf Rumänien 267 000, auf England 238 000, auf Holland 106 000, auf Frankreich 100 000, auf Italien 52 000, auf Bulgarien 34 000, auf das übrige Europa 68 000. In Asien mit 523 000 Juden kommen auf Palästina etwa

100 000, Kleinasien und Syrien 65 000, Persien 63 000, Arabien 20 000, Indien 18 000, Turkistan und Afghanistan 18 000. Von den etwa 2 125 000 Juden Amerikas kommen allein auf die Vereinigten Staaten fast 2 Millionen, auf Kanada etwa 60 000, auf Argentinien etwa 45 000. In Afrika mit 342 000 Juden hat Marokko fast 150 000, Tunis 60 000, Algerien 63 000, Süd-Afrika 50 000. Australien hat nur 17 000.

Den stärksten Einschlag jüdischer Bevölkerung haben folgende Städte: New-York 1 062 000 = 22,3 %. Warschau 254 000 = 35,8 %. Pest 186 000 = 23,5 %. Wien 147 000 = 8,8 %. London 144 000 = 2,1 %. Odessa 139 000 = 34,4 %. Berlin 99 000 = 4,8 %. Lodz 99 000 = 31,4 %. Saloniki 75 000 = 60,0 %. Philadelphia 75 000. Paris 70 000. Konstantinopel 65 000. Wilna 64 000. Amsterdam 59 000.

3. Verhältnis der Taufen zu den Geburten.

Die Zahl der aus rein evangelischen Ehen geborenen Kinder war in der preußischen Landeskirche der älteren Provinzen 1905 noch 482 590; 1908: 480 657; 1909: 468 861; 1910: 453 946; 1911 sank die Ziffer auf 438 429. Aus Mischehen, deren einer Teil der evangelischen Kirche angehört, wurden geboren: 1905: 60 767; 1908: 62 132; 1909: 61 199; 1910: 59 558; 1911: 58 526 Kinder. Das Sinken der Geburtenziffer tritt in der ersten Kategorie deutlich in die Erscheinung, bei den Mischehen nur deshalb nicht so deutlich, weil die absolute Zahl der Mischehen in ständigem Aufsteigen begriffen ist. Wenn trotzdem auch hier die Kinderzahl in der Summe zurückgeht, so beweist das, daß das allgemeine Sinken der Geburtenziffer noch stärker wirkt als die Zunahme der Mischehen. Bei steigender Zahl der Mischehen müßte man normalerweise auch eine Zunahme der Geburtenzahl aus Mischehen erwarten. Diese liegt aber nicht vor. Von evangelischen Müttern wurden außerehelich geboren 1905: 50 410; 1908: 53 344; 1909: 54 083; 1910: 53 096; 1911: 52 488. Hier sind also die Unterschiede der einzelnen Jahre gering. Trotz Rückgang der allgemeinen Geburtenziffer ist die Zahl der unehelich geborenen 1911 noch beträchtlich höher als 1905. Das ist eine bedenkliche Erscheinung, auf die Dr. Rohleder („Der Geburtenrückgang — eine Kulturfrage“ Berlin 1913) als das eigentlich verhängnisvolle innerhalb der Schwankungen der Geburtenziffer hinweist.

Für die prozentmäßige Berechnung der Taufausfälle kommen die Geburten aus Mischehen nur mit der Hälfte in Ansatz. Den 438 429 Geburten des Jahres 1911 aus rein evangelischen Ehen entsprechen 425 014 evangelische Taufen, den 58 526 Geburten aus Mischehen (bezw. der Hälfte mit 29 263) entsprechen 30 306 evangelische Taufen, den 52 488 außerehelich geborenen 42 895 evan-

gelischen Taufen. Insgesamt stehen i. J. 1911 zur Berechnung 520 180 Geburten und 498 215 Taufen; es ergaben sich also 21 965 Taufausfälle. Das Vorjahr hatte die Zahlen: 536 821 Geburten, 512 180 Taufen und 24 641 Taufausfälle. Ein Rückblick auf die letzten Jahre ergibt folgende Aufstellung:

1900:	576 018	Geburten.	552 291	Taufen.	Die Taufausfälle	betragen	4,12%
1905:	563 384	"	541 597	"	"	"	3,87%
1910:	536 821	"	512 180	"	"	"	4,59%
1911:	520 180	"	498 215	"	"	"	4,22%

Die Zahl der getauften Kinder ist in der preußischen Landeskirche der älteren Provinzen 1911 seit anderthalb Jahrzehnten zum erstenmal unter der halben Million geblieben. Die Zahl der Taufausfälle — im ganzen gerechnet, stand 1906 am höchsten mit 5,85%, sie fiel 1907 auf 5,59% und 1908 auf 4,91%. 1909 brachte eine kleine Steigerung auf 5,13%. 1910 wieder ein Fallen auf 4,59% und 1911 auf 4,22%. Danach müßte man annehmen, daß die Sitte der Kindertaufe in den letzten Jahren sich befestigt habe. Wir fürchten jedoch, daß das ein optimistischer Trugschluß sein würde, und zwar aus folgenden Gründen. Bis 1910 wurden den „Evangelischen“ die Altlutheraner zugerechnet, und den aus „rein evangelischen Ehen geborenen Kindern“ auch die der Altlutheraner. Für die landeskirchliche Taufe kamen die letzteren natürlich nicht in Betracht; deshalb war die Taufziffer prozentmäßig in Wirklichkeit etwas besser als angegeben; sie stand zu schlecht zu Buche. Die Volkszählung 1910 rechnet als „Evangelische“ nur noch Angehörige der Landeskirche. Wir vermuten, wie wir schon im vorjährigen Jahrbuch S. 316 angaben, daß hier auch die Geburten der Altlutheraner nicht mehr eingerechnet sind — das „Kirchliche Gesetz- und Verordnungsblatt“ (1912, Nr. 5) hat zwar die Notiz: „Kinder aus rein evangelischen Ehen — mit Einschluß der Altlutheraner“. Scheiden diese aber aus, so erklärt sich nicht nur der starke Rückgang der Geburtenziffer dieser Kategorie (von 453 946 i. J. 1910 auf 438 429 i. J. 1911), sondern der scheinbare Rückgang der Taufausfälle von 4,59% auf 4,22% i. J. 1911, also das Ansteigen der Taufziffer, für das sonst gar keine Indizien vorliegen, findet dann auch seine normale Erklärung. Es standen eben weniger Geborene als im Vorjahr mit den Getauften in Vergleich, das allein ergab das günstig erscheinende Resultat. Das war ja eben der Zweck der Änderung in den Konfessions-Kolonnen (vgl. Jahrbuch 1912, S. 310—312), die für den Moment in der vergleichenden Konfessionsstatistik sehr hinderlich ist, für die kirchlichen Handlungen: Taufen, Trauungen, Konfirmationen, Beerdigungen — gleichartige und vergleichbare Verhältniszahlen zu haben. Diese sind einfach nicht korrekt zu geben, wenn bei Geburten, Eheschließungen etc. Altlutheraner eingerechnet sind. Die Neugruppierung der Kolonnen der Konfessionszählung,

die unter 1. Evangelische immer nur Angehörige der betr. Landeskirche rechnet, wollte das eben beseitigen.

Wenn die drei Kategorien der Geburten auseinandergehalten werden, ergeben sich sehr bemerkenswerte Unterschiede in der Taufziffer.

Von den aus rein evangelischen Ehen geborenen Kindern wurden 1900: 97,08 % getauft; 1905: 97,13 %; 1906: 95,10 %; 1908: 96,15 %; 1909: 95,95 %; 1910: 96,41 %; 1911: 96,94 %. Wir glauben aber annehmen zu müssen, daß die beiden letzten Jahre nur günstiger erscheinen aus dem oben angegebenen Grunde.

Von den aus Mischehen geborenen Kindern (immer zur Hälfte in Ansatz gebracht) wurden 1900 erst 93,36 % evangelisch getauft. 1905 schon 99,25 %; 1908: 100,07 %; 1909: 100,81 %; 1910: 102,48 %; 1911: 103,56 %. Hier liegen für die Ergebnisse der einzelnen Jahre und ihre Vergleichung völlig vergleichbare Zahlen vor. Auf die Tatsache, daß in der Taufziffer der Mischehen die katholische Kirche ständig zurückbleibt hinter der evangelischen, haben wir schon oft hingewiesen.

Dagegen verschlechtert sich die Taufziffer der unehelich Geborenen beständig. Daß sie hinter der Taufziffer der Geborenen überhaupt zurückbleibt, hat natürliche Gründe, aber nichts spricht dafür, daß hier eine weichende Position vorliegen muß. 1900 betrug die Taufziffer der Unehelichen 85,85 %; 1905: 84,68 %; 1908: 82,59 %; 1909: 82,13 %; 1910: 82,88 %. 1911 brachte nach einem kleinen Ansteigen des Vorjahres einen starken Fall auf 81,71 %, also um 1,08 %. Man würde u. E. die Taufziffer der Unehelichen heben können, wenn man in den zahlreichen Entbindungsanstalten der Großstädte, die vielfach gerade von unehelich Gebärenden aufgesucht werden, Vorsorge für regelmäßigen und baldigen Taufvollzug treffen würde.

In ganz Preußen (mit Einschluß der neuen Provinzen) sind i. J. 1911 567077 Kinder (Vorjahr 586990) aus rein evangelischen Ehen geboren worden. (Bezüglich des Rückgangs beachte man das vorgesagte betreffs des wahrscheinlichen Ausscheidens der altlutherischen Geburten.) Von diesen sind 551970 evangelisch getauft worden. Die Zahl der Taufausfälle dieser Kategorie ist also 16107. Davon entfallen auf Ostpreußen z. B. nur 831, auf Westpreußen nur 427, auf Pommern nur 670, auf Posen nur 680, auf Westfalen nur 269, auf Hannover nur 175, auf Hessen-Nassau nur 149. Das sind die Provinzen, in denen sich die christliche Taufe als Sitte noch ziemlich intakt gehalten hat. Man darf ja die Lebensgefährdung der Neugeborenen nicht ganz außer Ansatz lassen. Dagegen betrugen die Taufausfälle dieser Kategorie im Rheinland 1019, in Schlesien 1088, in Schleswig-Holstein 1268, in Berlin 1719, in Sachsen 2542, in Brandenburg (Vorstädte von Berlin) 4070. Prozentmäßig steht zwar bezüglich der Taufausfälle

Rheinland besser da als Ostpreußen. Aber der Verlust an absoluter Zahl ist im Rheinland größer. Wir haben hier absichtlich zunächst nur die Taufausfälle der aus rein evangelischen Ehen Geborenen berechnet, um die verhältnismäßige Festigkeit der Taufsitte zahlenmäßig zu fixieren. Bei den andern beiden Kategorien (Mischehen und Uneheliche) spielen noch Faktoren hinein, welche die Durchsichtigkeit beeinträchtigen.

Aus Mischehen wurden in ganz Preußen 1911: 68 886 Kinder geboren (im Vorjahr 70 476); hiervon steht bezüglich der evangelischen Taufe die Hälfte, also 34 443, als Normalzahl zur Berechnung. Evangelisch getauft wurden jedoch 36 370, das sind 105,58 % der Normalzahl, oder 1927 mehr als diese. Man kann mit Sicherheit annehmen, daß diese Zahl in der Zukunft noch steigen wird. Die Taufziffer der katholischen Kirche in der Mischehe muß überaus schlecht sein. Seit länger als einem Jahrzehnt ist die katholische Kirche hinter der normalen Hälfte zuerst langsam und dann immer mehr zurückgeblieben. Den angegebenen 105,58 % evangelisch Getauften sind ja nun nicht ohne weiteres 94,42 % katholisch Getaufter zur Seite zu stellen. Sondern hier sind zunächst die ungetauft verbleibenden in Rechnung zu stellen, die in dieser Kategorie nicht unbeträchtlich sind. Wir schätzen die katholische Taufziffer in Mischehen im allgemeinen auf höchstens 50 %. Aber eine genaue Statistik gibt es nicht. Die katholische Kirche hat ihre sogenannte interne Statistik immer als Geheim-Wissenschaft behandelt; sie weiß wohl, warum. Auch die in Kroses „Kirchlichem Handbuch“ III gegebenen Tabellen der Diözesen Regensburg und Mainz geben zur vorliegenden Frage kein Material her. Regensburg gibt allerdings die absoluten Ziffern, aber sie besagen wenig, weil die katholische Kirche hier in günstiger Position steht. In der Diaspora Norddeutschlands scheidet sie bei der Taufziffer der Kinder aus Mischehen stellenweise nahezu völlig aus. Die Tabelle der Diözese Mainz gibt überhaupt nur die Taufen in Mischehen, aber nicht die Geburten aus Mischehen, verhindert also von vornherein die Berechnung der Prozentzahl.

Übrigens liegen in den einzelnen Provinzen Preußens die Verhältnisse gerade hier sehr verschieden. In Ost- und Westpreußen, sowie in Westfalen steht die evangelische Taufziffer in der Mischehe noch sehr ungünstig; hier wie auch im Rheinland wird die katholische Kirche wohl noch die Hälfte der Mischehekinder im Taufregister buchen können. In Schleswig-Holstein, Hannover, Hessen-Nassau, Berlin und Brandenburg steht sie weit zurück. Aber den Vorteil hat hier nicht die evangelische Kirche, sondern der Indifferentismus. Von den 4682 aus Mischehen geborenen Kindern in Berlin sind 2671 evangelisch getauft worden. Wie viel mögen katholisch getauft sein? Niemand weiß es; aber wir schätzen, daß von dem Rest von rund 2000 höchstens die Hälfte katholisch

getauft ist. In Brandenburg sind von 6819 aus Mischehen Geborenen 3930 evangelisch getauft, in Schlesien von 14476: 8156, in Westfalen von 8874: 4027, in Rheinland von 15911: 7679.

Die Zahl der von evangelischen Müttern unehelich Geborenen betrug für ganz Preußen 63460 (Vorjahr 64419); davon wurden evangelisch getauft 52734 (Vorjahr 53353). Die Taufausfälle dieser Kategorie betrugen also 10726. Davon kamen allein auf Berlin 2869, auf die Vororte von Berlin 1936.

In nachfolgender Tabelle geben wir nun die Taufziffer sämtlicher drei Kategorien aus allen preußischen Provinzen aus den beiden letzten Berichtsjahren 1910 und 1911, mit Vergleich des Jahres 1900.

Provinz	1			2			3		
	Taufen der Kinder rein evang. Ehen			Taufen der Kinder aus Mischehen (Hälfte)			Taufen unehelicher Kinder evang. Mütter		
	1900	1910	1911	1900	1910	1911	1900	1910	1911
Ostpreußen . .	98,09	96,59	98,26	68,46	77,71	81,99	91,26	88,63	89,94
Westpreußen .	97,69	97,00	98,01	68,86	81,36	86,15	90,38	89,18	90,66
Berlin	93,54	91,45	92,99	102,38	116,23	114,10	65,78	60,74	62,57
Brandenburg .	96,04	93,68	94,46	100,43	109,01	115,27	85,39	82,45	79,43
Pommern . . .	97,75	98,53	98,37	86,52	91,05	106,91	91,93	89,30	90,12
Posen	97,87	97,56	96,20	97,66	107,88	99,67	94,00	93,51	89,40
Schlesien . . .	98,53	98,30	97,78	106,55	112,78	112,68	95,05	93,26	92,49
Sachsen . . .	95,42	95,95	96,15	99,07	115,27	107,92	83,56	82,28	77,78
Westfalen . . .	99,15	98,54	99,49	72,65	88,64	90,76	85,70	86,66	85,95
Rheinprovinz .	97,37	96,82	97,45	88,10	94,90	96,52	80,23	80,40	82,42
Schleswig-Holst.	96,77	96,27	96,51	113,23	114,32	155,52	80,07	73,08	90,72
Hannover . . .	99,42	99,28	99,70	95,26	103,39	110,51	90,45	87,91	88,79
Hessen-Nassau .	98,02	98,09	99,23	107,09	111,50	111,26	87,40	86,85	89,71
Ganz Preußen .	97,35	96,80	97,34	94,90	103,54	105,58	85,95	82,82	83,10
Ältere Provinzen	97,08	96,41	96,94	93,36	102,48	103,56	85,85	82,88	81,72

Diese Tabelle ermöglicht einen historischen Rückblick. Die Taufziffer steht in rein evangelischen Ehen im Jahre 1911 fast genau so, wie bei Beginn des Jahrhunderts, wenigstens zahlenmäßig; in Wirklichkeit vermuten wir einen leisen Rückgang wegen der Abrechnung der altlutherischen Kinder 1911. Aber im allgemeinen kann man sagen (mehr jedoch nicht): die Taufe hält sich als Volkssitte. Auf dem Lande ist sie unerschüttert, ihre Rückgänge entfallen fast lediglich auf die Städte, besonders die Großstädte. Die Taufziffer in Mischehen ist sehr gestiegen; besonders die doch rein bzw. vorwiegend evangelischen Provinzen Pommern und Ostpreußen haben ihre früher so überaus ungünstige Stellung verbessert; in Pommern ist sie normal, in Ost- und Westpreußen noch nicht ganz. Auch Westfalen hat in diesem Jahrzehnt beachtenswerte Fortschritte gemacht. Die katholische Taufziffer in Mischehen wird dort wahrscheinlich nicht mehr höher sein, wie das lange Jahrzehnte der Fall war, sondern niedriger als die

evangelische. Die Taufziffer der Unehelichen sinkt; die Kirche muß dieser Tatsache mehr Beachtung widmen, als seither geschehen; doch darf nicht übersehen werden, daß manche unehelich Geborene bei der Heirat der Eltern legitimiert und dann bei verspätetem Vollzug der Taufe als „ehelich Geborene“ gebucht werden.

*

*

*

In den übrigen deutschen Landeskirchen differieren in der ersten Kategorie: „Kinder aus rein evangel. Ehen“, die Zahlen der Taufen meist nur wenig von der der Geburten. Wir setzen beide Ziffern nebeneinander: Bayern 39507 u. 39329. Sachsen 96526 u. 93629, hier bliebe also ein Taufausfall von 2897 zu konstatieren. Württemberg 39166 u. 38536. Baden 17321 u. 16995. Hessen 17354 u. 17319. Mecklenburg-Schwerin 13007 u. 12941. Sachsen-Weimar 9127 u. 8857. Mecklenburg-Strelitz 2241 u. 2219. Oldenburg 10328 u. 10122. Braunschweig 9454 u. 9214. Sachsen-Meiningen 6676 u. 6557. Sachsen-Altenburg 5245 u. 5136. Sachsen-Koburg-Gotha 6153 u. 5972. Anhalt 6649 u. 6568. Schwarzburg-Sondershausen 2243 u. 2181. Schwarzburg-Rudolstadt 2393 u. 2377. Waldeck 1259 u. 1244. Reuß ä. L. 1570 u. 1536. Reuß j. L. 3296 u. 3155. Schaumburg-Lippe 1168 u. 1167. Lippe 4000 u. 3978. Lübeck 2301 u. 2251. Bremen 5934 u. 5208. Hamburg 17767 u. 15140. Elsaß-Lothringen 4667 u. 4778. Außer den Hansastädten und Sachsen zeigen nur Braunschweig und einige thüringische Staaten Taufausfälle von Gewicht.

Ein eigenartiges Bild ergibt die zweite Kategorie: „Evangel. Taufen der Kinder aus Mischehen“. In Bayern wurden aus gemischten Ehen 8577 Kinder geboren (vielleicht mehr), evangelisch getauft wurden 5801; im Vorjahre stand die Zahl 8748 zu 6164; also stets fiel weitaus mehr als die Hälfte der evangelischen Kirche zu. Sachsen hatte 6351 Mischehe-Geburten, 5711 Taufen (im Vorjahr 6203 u. 5753), für die kathol. Taufe blieb also ein sehr geringer Rest. Auch in Württemberg überwiegt bei weitem die evangelische Taufe, 3615 aus Mischehen Geborene entsprechen 2148 Taufen (Vorjahr 3526 u. 2131). Ein wenig ungünstiger zwar steht die Sache in Baden, dort stehen 5649 aus Mischehen Geborenen 3070 evangelische Taufen zur Seite (Vorjahr 5914 u. 3170), aber immerhin ist hier der Vorsprung, den die evangelische Kirche vor der katholischen hat, doch noch ziemlich beträchtlich. Hessen hatte 1911 3983 Geburten und 2228 Taufen von Kindern aus Mischehen (Vorjahr 4205 u. 2345). Die übrigen kleineren Landeskirchen geben wir — wie im Vorjahr — in der Nebeneinanderstellung S. 510, in der jedesmal die erste Reihe jedes Jahres die Geburtenziffer, die zweite Reihe die Taufziffer der aus Mischehen geborenen Kinder bezeichnet.

	1910		1911	
Mecklenburg-Schwerin	103	102	112	109
Großherzogtum Baden	405	293	405	282
Mecklenburg-Strelitz	24	26	25	19
Oldenburg	376	260	396	308
Braunschweig	612	434	543	385
Sachsen-Meiningen	170	147	154	140
Sachsen-Altenburg	238	206	232	194
Sachsen-Coburg-Gotha	140	129	123	97
Anhalt	250	171	232	164
Schwarzburg-Sondershausen . .	57	49	51	41
Schwarzburg-Rudolstadt . . .	41	32	32	30
Waldeck	21	16	23	20
Reuß ä. L.	18	22	34	37
Reuß j. L.	132	101	133	107
Schaumburg-Lippe	4	4	5	5
Lippe	30	22	35	31
Lübeck	100	63	90	45
Bremen	558	333	542	345
Hamburg	1428	778	1431	844
Elsaß-Lothringen	1541	714	1506	764

Wir haben seit Jahren auf diese Zahlenreihen einiges Gewicht gelegt, nicht sowohl um ihrer selbst willen. Aber sie zerstören ein immer noch gängiges Vorurteil, nämlich das, als ob der Katholik im allgemeinen kirchentreuer sei als der Protestant. Die Statistik bestätigt das eigentlich nirgendwo. Gewiß erleiden beide Kirchen durch die wachsende Kirchenentfremdung der letzten Jahre mancherlei Anfechtung und auch zahlenmäßig darstellbare Rückgänge des kirchlichen Lebens. Aber dieser Prozeß tritt keineswegs auf protestantischer Seite schärfer in die Erscheinung als auf katholischer; hier wird er nur etwas mehr verhüllt und — verschwiegen. Die evang. Kirche hat in früheren Jahrzehnten überall da, wo sie in ausgesprochener Diasporastellung stand, gegenüber dem Katholizismus, Verluste aufzuweisen gehabt. Erst ganz allmählich ist die Diaspora — wohl fast überall in Deutschland — erstarkt und wahrt nun ihren Bestand aus eigener Kraft. (Von Wanderungsverschiebungen wird hier abgesehen.) Dazu hat der Gustav-Adolf-Verein getreulich geholfen und mit ihm der Evangelische Bund und andere Faktoren. Die sehr viel günstigere Stellung, die die evangelische Diaspora heute in Deutschland hat gegenüber der Zeit vor zwei und drei Jahrzehnten, ist gewiß zum Teil eine gute Folge der unablässigen Arbeit genannter Verbände. Aber so völlig directionslos und hilflos, wie die katholische Diaspora sich dem Statistiker darstellt — der ja freilich nur das Zahlenmäßige sieht — ist die evangelische Diaspora niemals gewesen. Das liegt im Unterschied des protestantischen und katholischen Prinzips, die sich in den Worten „Persönlichkeit“ und „Masse“, „Selbstverantwortung“ und „Gehorsam“ darstellen läßt. Der Katholizismus gedeiht nur in der Masse; da liegt seine Kraft, aber das eben ist auch seine Schwäche. Wir verdenken es dem Katholizismus keineswegs, wenn er seine Diaspora

durch Zuwanderung zu stärken sucht, das ist das einzige Mittel ihrer Stärkung und Bewahrung.

* * *

Zusammenfassend geben wir endlich in folgender Schlußstabelle für alle deutschen Landeskirchen die Prozentziffern der Taufen aller drei Kategorien aus den letzten beiden Jahren und dem Jahre 1900 zum Vergleich.

Landeskirche	1			2			3		
	Taufen in rein evang. Ehen			Taufen in Mischehen (Hälfte)			Taufen Unehelicher evang. Mütter		
	1900	1910	1911	1900	1910	1911	1900	1910	1911
Preußen . . .	97,35	96,80	97,34	94,90	103,54	105,58	85,95	82,82	83,10
Bayern rechtsrh.	99,54	99,55	99,51	145,35	155,13	145,34	98,97	98,31	98,63
„ Pfalz . .	99,11	98,39	99,64	111,42	123,51	122,24	94,07	94,36	94,46
Sachsen . . .	97,98	96,13	96,10	183,46	185,52	179,87	92,99	92,92	92,50
Württemberg	98,86	97,81	98,39	133,70	120,87	118,81	98,03	97,71	96,99
Baden . . .	98,47	98,44	98,10	109,92	107,20	108,71	94,50	95,73	95,88
Hessen . . .	98,24	98,55	99,80	106,06	111,56	111,85	92,41	93,47	91,93
Meckl. - Schwerin	98,94	99,67	99,41	192,88	198,15	194,64	97,51	98,20	98,81
Sachsen - Weimar	97,44	97,32	97,04	155,18	144,34	138,92	88,08	87,08	88,21
Meckl.-Strelitz .	97,95	98,42	99,02	211,76	216,67	146,15	97,69	95,20	95,38
Oldenburg . .	99,22	95,34	98,00	140,23	138,29	155,55	89,43	86,34	88,85
Braunschweig .	96,24	98,00	97,46	142,75	141,83	141,54	95,50	93,07	94,23
S.-Meiningen .	98,27	98,43	98,22	166,90	172,94	181,82	97,05	97,98	93,72
S.-Altenburg .	97,71	99,50	97,92	163,55	179,11	167,24	94,11	97,92	94,97
S.-Koburg-Gotha	96,92	95,68	97,06	162,73	184,28	157,72	93,21	88,06	93,05
Anhalt . . .	95,52	97,46	98,78	145,05	136,80	141,38	82,98	83,12	80,96
Schw. - Sondersh.	97,71	98,87	97,24	148,00	158,63	157,69	93,53	98,28	90,54
Schw. - Rudolst.	98,13	98,01	99,33	164,10	156,09	187,50	87,54	93,57	96,17
Waldeck . . .	99,40	97,53	98,81	85,71	152,38	166,67	97,32	97,59	97,30
Reuß ä. L. . .	97,05	96,11	97,83	200,00	244,44	217,75	89,67	92,17	90,63
Reuß j. L. . .	99,69	95,03	95,72	173,12	153,03	159,70	92,10	86,29	90,78
Schaumb. - Lippe	99,62	100,00	99,91	116,67	200,00	166,67	100,00	100,00	100,00
Lippe . . .	99,65	99,65	99,45	187,50	146,67	173,23	99,12	99,44	106,74
Lübeck . . .	98,53	98,34	97,83	120,00	126,00	100,00	89,57	86,90	91,86
Bremen . . .	95,14	92,18	87,77	126,23	119,35	108,49	78,84	69,57	65,36
Hamburg . . .	99,89	86,11	85,21	123,31	108,96	117,88	44,26	50,12	51,33
Elsaß-Lothringen	100,02	101,92	102,37	81,47	92,67	101,46	91,06	92,67	94,63

Die Ziffern aus Elsaß-Lothringen beziehen sich nur auf die ev.-luth. Kirche in den Reichslanden. Aus der ref. Kirche können die Prozentziffern nicht gegeben werden, weil die Zahl der Geborenen aller drei Kategorien dort nicht feststeht, nur die Zahl der Getauften. Die hohen Prozentziffern der Kolonne 2 müssen an der Hand der absoluten Zahlen gewertet werden. Daß sie innerhalb einzelner Vergleichsjahre sehr variabel sind, liegt in der Natur der Dinge. Die absolute zur Berechnung stehende Zahl ist meist nicht hoch.

Wie in den Vorjahren, schließen wir bezüglich der in Mischehen geborenen und evangelisch getauften Kinder eine Gesamtberechnung für ganz Deutschland an.

Aus Mischehen Geborene.	davon evangelisch getauft	Evangel. Taufziffer nach der üblichen Berechnung
1905: 119 298	61 178 = 55,47 %	110,94
1906: 112 535	62 427 = 55,47 %	110,94
1907: 110 220	62 049 = 56,39 %	112,78
1908: 111 826	62 423 = 55,82 %	111,64
1909: 108 659	61 154 = 56,28 %	112,56
1910: 105 323	59 944 = 56,91 %	113,82
1911: 105 325	60 138 = 57,10 %	114,20

Diese Aufstellung zeigt, daß die aus Mischehen geborenen Kinder in steigender Zahl der evangelischen Kirche zufallen. Nun bestimmt zwar die Taufe in der einen oder andern Kirche noch keineswegs dauernd die Konfessionszugehörigkeit. Aber aus andern statistischen Momenten ist zu entnehmen, daß die katholische Kirche im ferneren Verlauf der Dinge hinter der Taufe nicht mehr gewinnt, sondern vielmehr noch weiter verliert. Wir konnten schon im Jahrbuch 1911 das statistisch ziemlich gesicherte Resultat feststellen, daß etwa 60 % aller aus Mischehen geborenen Kinder der evangelischen Kirche verbleiben.

4. Verhältnis der kirchlichen Trauungen zu den bürgerlichen Eheschließungen.

Während die kirchliche Taufziffer sich im allgemeinen im letzten Jahrzehnt gehalten hat, die evangelische Taufziffer in Mischehen sogar einen sehr günstigen Stand aufweist, befindet sich die kirchliche Trauziffer in unaufhaltsamem Rückgang. Das trat besonders in den letzten Jahren mit gesteigerter Schärfe hervor und steht im engsten Zusammenhang mit den vom modernen Zeitgeist getragenen kirchenfeindlichen Bewegungen der Gegenwart, speziell mit der Austrittsbewegung der letzten Jahre. Wir nannten die starke Herabsetzung der Trauziffer im vorjährigen Jahrbuch (S. 322) geradezu das kirchenstatistische Charakteristikum des letzten Jahrzehnts. Noch ist das platte Land völlig frei von dieser Entwicklung — aber wie lange noch? In den Großstädten hat die wachsende Zahl der Trauversäumnisse einen Umfang angenommen, der mancherorts an die Zeit der 70er Jahre erinnert nach Einführung der Zivilstandsgesetzgebung. Man sehe nur den nachher von Berlin gegebenen Zahlen recht scharf ins Auge und beachte, daß die Situation in mancher andern Großstadt nicht viel anders ist.

In der Preußischen Landeskirche der älteren Provinzen fanden 1911: 147 534 bürgerliche Eheschließungen rein evangelischer Paare statt, von diesen begehrten 127 832 Paare die kirchliche Trauung. Die Zahl der Trauausfälle war also hier 19 702. Im Vorjahr entsprachen 142 350 Eheschließungen 124 183 kirchlichen Trauungen, Trauausfall 18 167. Eheschließungen gemischter Paare (es kommen selbstverständlich nur solche in Betracht, bei

denen ein Ehe teil der evangelischen Kirche angehört) gab es im Jahre 1911 27 681 (gegen 26 182 im Vorjahre), von denen hier zum Zwecke der Ermittlung der Trauziffer nur die Hälfte in Ansatz zu bringen ist mit 13 841. Evangelisch-kirchliche Trauungen gemischter Paare wurden 10 685 vollzogen (10 394), so daß hier ein Trau ausfall vorliegt von 3156 Paaren (2697).

In Prozentzahlen ausgedrückt sind kirchliche Trauungen vollzogen worden:

bei rein evang. Paaren 1900: 92,28. 1905: 99,75. 1910: 87,24. 1911: 86,65.

bei gemischten Paaren 1900: 90,03. 1905: 86,57. 1910: 79,40. 1911: 77,20.

Der Entwicklungsgang des letzten Jahrzehnts, in absoluten Zahlen ausgedrückt, ergibt folgende Zusammenstellung:

	rein evangelischer Paare				gemischter Paare (Hälfte)			
	1900	1905	1910	1911	1900	1905	1910	1911
bürgerl. Eheschließungen	136 057	138 651	142 350	147 534	10 861	11 416	13 091	13 841
kirchliche Trauungen	125 552	125 825	124 183	127 832	9 778	9 882	10 394	10 685
mithin Trauungen weniger	10 505	12 826	18 167	19 702	1 083	1 534	2 697	3 156

Diese Aufstellung ergibt das Gesamtergebnis, daß die Zahl der Trau ausfälle in einem Jahrzehnt fast genau um das Doppelte gewachsen ist. 1900 war die Gesamtsumme (beide oben verzeichneten Kategorien zusammengerechnet) 11 588, 1905: 14 360, 1910 schon 20 864 und 1911: 22 858. In den 90er Jahren bewegten sich die Trau ausfälle zwischen 8000 und 11 000, aber sie wuchsen doch nur im Maßstab der vermehrten Eheschließung und Bevölkerungszunahme. Das ist seither anders geworden, besonders seit 1905 hat hier ein rapider Niedergang eingesetzt.

In ganz Preußen mit Einschluß der neuen Provinzen sind im Jahre 1911 189 972 (Vorjahr 184 164) Eheschließungen rein evangelischer Paare erfolgt, und 168 857 (164 199) kirchliche Trauungen, also liegt hier ein Trau ausfall von 21 115 (19 965) vor. Eheschließungen gemischter Paare hatte das Jahr 1911: 32 642; davon kommt die Hälfte mit 16 321 (Vorjahr 15 500) zur Berechnung. Kirchliche Trauungen von Mischpaaren lagen 13 062 vor (12 597); also lag hier ein Trau ausfall von 3259 (2903) vor. Zusammen ergibt das $21\,115 + 3259 = 24\,374$ Trau ausfälle für Preußen ($1910: 19\,965 + 2903 = 22\,868$). Das sind in der Tat doch aufsehererregende Zahlen.

Den graphisch darstellbaren Gesamtverlauf dieser Entwicklung im letzten Jahrzehnt gibt die nachstehende Tabelle in den Prozentziffern der einzelnen Provinzen.

Provinz	Kirchliche Trauungen wurden vollzogen auf je 100 bürgerliche Eheschließungen							
	bei rein evangelischen Paaren				bei gemischten Paaren (zur Hälfte gerechnet)			
	1900	1905	1910	1911	1900	1905	1910	1911
Ostpreußen . .	96,52	96,76	95,91	94,83	70,73	73,92	78,70	71,75
Westpreußen . .	98,57	101,25	100,34	99,55	84,20	76,08	75,94	76,45
Berlin	66,00	62,68	54,60	51,23	61,75	49,17	40,33	35,78
Brandenburg . .	90,34	86,47	76,38	78,61	92,54	86,49	64,38	61,25
Pommern	95,38	96,12	95,32	94,71	77,44	75,60	81,31	72,15
Posen	100,05	99,83	100,21	98,61	99,07	93,23	101,71	97,56
Schlesien	98,52	97,88	96,81	95,34	111,29	109,78	106,57	102,61
Sachsen	94,72	94,15	91,73	89,76	97,19	100,38	90,34	88,21
Westfalen	98,78	98,37	97,50	97,75	87,26	91,48	84,12	84,60
Rheinprovinz . .	97,88	97,11	95,24	95,73	85,50	86,61	83,12	83,78
Schlesw.-Holstein	96,37	94,78	94,70	98,65	120,83	102,62	96,50	122,94
Hannover	98,29	97,83	96,59	96,16	97,14	91,48	82,93	83,44
Hessen-Nassau . .	97,52	96,97	95,21	95,35	98,23	97,10	94,42	94,40
Ganz Preußen . .	93,45	92,12	89,16	88,88	91,69	88,17	81,27	80,03
Ältere Provinzen	92,28	90,75	87,24	86,65	90,03	86,57	79,40	77,20

Die absoluten Zahlen der Eheschließungen und Trauungen aus rein evangelischen Ehen waren für Ostpreußen 12643 und 11989, Westpreußen 5390 u. 5366; hier war also der Trauerausfall verhältnismäßig gering, in Prozenten berechnet der geringste aller preussischen Provinzen. Berlin 16454 u. 8430, also 8024 ungetraute Paare. Im Vorjahr waren es 7185. Wir schrieben im vorjährigen Jahrbuch von Berlin: wenn dieses Zahlenverhältnis sich noch einige Jahre in der angegebenen Richtung weiterentwickelt, wird die Zeit nicht mehr fern sein, in der die Hälfte aller Eheschließenden in Berlin von der kirchlichen Trauung Abstand nimmt. Wir sind jetzt schon fast so weit; nur 51,23% der Eheschließenden (rein evangelischen) Paare begehrten den Segen Gottes für ihren Ehebund. Die Provinz Brandenburg hatte 29180 Eheschließungen und 22937 Trauungen, also auch hier ein Ausfall von 6243 Paaren. Davon entfällt der weitaus größte Teil auf die Vororte von Berlin, so daß man wohl sagen kann: Groß-Berlin stellt von den 19700 Trauerausfällen der altpreußischen Landeskirche allein fast 14000. Pommern zeigt die Zahlen 12518 und 11856. Posen 4589 u. 4525. Schlesien 14941 u. 14245. Das sind in allen drei Provinzen geringe Ausfälle gemessen am Gesamtergebnis und vollends an den Berliner Zahlen. Etwas beträchtlicher ist es schon in der Provinz Sachsen, die die Zahlen 23721 und 21293 zeigt, also rund 2500 Ausfälle hat. Westfalen hat 14431 u. 14107. Rheinland 13667 u. 13084. Schleswig-Holstein 12184 u. 12020. Hannover 19343 u. 18601. Hessen-Nassau 10911 u. 10404. Ganz Preußen 189972 und 168857.

Die evangelische Trauziffer in Mischehen ist im Lauf des Jahrzehnts noch bedeutend stärker gefallen, als die der konfessionell

einheitlichen Ehen. Letztere fiel von 1900—1911 um fast 5%, die Trauziffer der Mischehen aber um etwas mehr als 10% — für ganz Preußen berechnet, in Altpreußen sogar um fast 13%. Wir geben auch hier für die preußischen Provinzen die absoluten Zahlen der Eheschließungen und Trauungen nebeneinander (das Vorjahr in Klammern). Ostpreußen 485 u. 174 (432 u. 170). Westpreußen 879 u. 336 (827 u. 514). Berlin 4165 u. — 744 (!) (3977 u. 802). Brandenburg 3768 u. 1154 (3405 u. 1096). Pommern 316 u. 114 (337 u. 137). Posen 451 u. 220 (409 u. 208). Schlesien 5475 u. 2809 (5285 u. 2816) — die einzige Provinz, die mehr als die normale Hälfte hat. Sachsen 1510 u. 666 (1408 u. 636). Westfalen 3506 u. 1483 (3288 u. 1383). Rheinprovinz 7126 u. 2985 (6814 u. 2832). Schleswig-Holstein 828 u. 509 (771 u. 371). Hannover 1510 u. 630 (1394 u. 578). Hessen-Nassau 2623 u. 1238 (2654 u. 1253). Ganz Preußen 32642 u. 13062.

Während die evangelische Taufziffer der aus Mischehen geborenen Kinder um 5,58% die normale Hälfte übersteigt, bleibt die evangelische Trauziffer der Mischehen um fast 20% dahinter zurück. Die Ursachen dieser auf den ersten Blick sehr überraschenden Erscheinung sind von uns des öfteren dargelegt, zuletzt noch im Jahrbuch 1912, S. 327.

*

*

*

Für die übrigen deutschen Landeskirchen gelten folgende Angaben: In rein evangelischen Ehen gehen die Trauaußfälle über 5% hinaus in der Pfalz, in Württemberg, in Baden, in Sachsen-Weimar, in Braunschweig, in Sachsen-Koburg-Gotha, in Reuß j. L. und in den Hansastädten. In Elsaß-Lothringen übersteigt die Zahl der Trauungen dieser Kategorie die der Eheschließungen nicht unbedeutend. Es haben — nach den Zusammenstellungen der statistischen Kommission des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses — in den Reichslanden 1546 rein evangelische Paare die Ehe geschlossen, dagegen sind 1619 rein evangelische Paare kirchlich getraut worden. Das kann, wenn hier nicht ein Fehler der Berichterstattung vorliegt (vielleicht ist die Zahl der Eheschließungen höher gewesen) nur so verstanden werden, daß hier entweder frühere Trauversäumnisse in beträchtlicher Zahl nachgeholt sind, oder auswärts zivil getraute Paare hier die kirchliche Trauung nachgesucht haben.

Da die absoluten Zahlen in den meist konstanten Verhältnissen der kleineren Landeskirchen wenig bedeuten, geben wir nur die wichtigsten. Bayern hatte 12157 Eheschließungen und 11721 kirchliche Trauungen rein evangelischer Paare. Sachsen 37169 u. 35555. Württemberg 11991 u. 11346. Baden 4986 u. 4683. Hessen 5588 u. 5435. Mecklenburg 4650 u. 4635 — hier lagen also kaum Trauaußfälle von Bedeutung vor. Dagegen hat

Bremen die Zahlen 2188 u. 1889. Hamburg gar 8051 u. 5819. Wenn in den statistischen Notizen des Kirchenausschusses Baden bemerkt: „Bei den unterlassenen kirchlichen Trauungen handelt es sich zum größten Teil um solche Paare, die zum Zweck der bürgerlichen Eheschließung von auswärts kamen und alsbald nach derselben sich wieder entfernten“ — so möchten wir diese Abschiebung doch mit einem Fragezeichen versehen. Die bürgerliche Eheschließung in Baden setzt doch in der Regel die Zugehörigkeit (wenn auch nur zeitweilige) wenigstens eines Teiles der Eheschließenden in Baden voraus und damit auch die kirchliche Zuständigkeit. Es handelt sich zudem in Baden um rund 300 Trauaustritte; die können nicht alle so motiviert werden. Man sollte lieber die Verhältnisse der Großstädte genauer ins Auge fassen.

Für sämtliche deutsche evangelische Landeskirchen ergibt sich folgende Tabelle der Verhältniszahlen von Eheschließung und kirchlicher Trauung:

Landeskirche	1			2		
	Kirchlich getraut sind rein evangelische Ehen in Prozent			Evang. getraut sind Mischehen (zur Hälfte gerechnet) in Prozent		
	1900	1910	1911	1900	1910	1911
Preußen	93,45	89,16	88,88	91,69	81,27	80,03
Bayern rechtsrh.	98,46	96,53	96,94	97,68	92,25	95,54
„ Pfalz . . .	98,25	96,34	94,91	119,87	113,57	114,05
Sachsen	99,05	95,63	95,66	175,84	168,02	149,50
Württemberg . .	97,85	94,95	94,62	127,84	111,89	102,95
Baden	96,74	95,15	93,92	108,15	96,82	94,94
Hessen	98,86	97,49	97,26	93,89	96,47	99,30
Meckl. - Schwerin	99,76	99,98	99,68	190,00	183,78	190,00
Sachsen - Weimar	98,08	99,85	93,49	162,96	127,50	132,18
Meckl. - Strelitz	99,34	99,59	99,20	200,00	213,33	171,43
Oldenburg . . .	100,70	97,72	99,37	96,28	119,27	116,07
Braunschweig . .	96,47	93,82	93,58	95,36	114,00	103,77
S. - Meiningen . .	99,66	97,59	98,03	184,13	160,00	132,26
S. - Altenburg . .	96,02	96,32	95,20	172,84	148,57	156,09
S. - Koburg - Gotha	95,76	91,38	91,16	142,15	147,22	140,00
Anhalt	99,12	97,30	97,17	156,70	139,13	161,54
Schw. - Sondersh.	99,11	98,20	99,33	113,04	183,33	128,57
Schw. - Rudolst.	99,01	97,60	97,55	142,86	127,27	180,00
Waldeck - Pyrm. .	100,26	99,33	99,29	140,00	181,82	160,00
Reuß ä. L. . . .	96,80	97,93	97,63	208,33	200,00	191,67
Reuß j. L. . . .	93,89	89,89	89,84	139,53	109,38	103,85
Schaumb. - Lippe	99,50	100,25	100,00	166,67	150,00	200,00
Lippe	100,00	100,00	100,33	163,64	170,00	200,00
Lübeck	99,74	97,84	99,51	169,23	162,13	111,76
Bremen	95,51	88,18	86,33	130,95	117,09	102,72
Hamburg	88,46	74,00	72,28	76,42	66,50	64,10
Elsaß - Lothringen	99,88	104,08	104,72	92,22	101,26	89,44

Der Rückgang der Trauziffer in gemischten Ehen tritt in Bayern wenig in die Erscheinung, mehr aber in Sachsen (wo natürlich nicht die katholische Kirche den Gewinn hat), Württemberg und Baden. Hessen hat nicht nur keinen Rückgang,

sondern eine Steigerung. Die Verhältniszißern der kleineren Landeskirchen sind wenig bedeutsam, weil von zufälligen Momenten abhängig. Auffallend ist der Rückgang in Bremen und Hamburg, das sich Berliner Verhältnissen annähert. Bayern hatte 1911 4567 Eheschließungen gemischter Paare und 2284 Trauungen dieser Art (1910: 4605 u. 2247). Sachsen hatte die Ziffern 2986 u. 2232 (2608 u. 2101). Württemberg 1490 u. 767 (1464 u. 819). Baden 2292 u. 1088 (2205 u. 1067). Hessen 1421 u. 706 (1419 u. 684). Mecklenburg-Schwerin 79 u. 76 (75 u. 68). Sachsen-Weimar 173 u. 115 (160 u. 102). Mecklenburg-Strelitz 13 u. 12 (15 u. 16). Oldenburg 224 u. 130 (219 u. 130). Braunschweig 259 u. 134 (200 u. 114). Sachsen-Meiningen 61 u. 41 (59 u. 48). Sachsen-Altenburg 82 u. 64 (69 u. 52). Sachsen-Koburg-Gotha 60 u. 42 (71 u. 53). Anhalt 104 u. 84 (91 u. 64). Schwarzburg-Sondershausen 14 u. 9 (12 u. 11). Schwarzburg-Rudolstadt 20 u. 18 (22 u. 14). Waldeck 9 u. 8 (12 u. 11). Reuß ä. L. 24 u. 23 (14 u. 14). Reuß j. L. 51 u. 27 (64 u. 35). Schaumburg-Lippe 6 u. 6 (5 u. 3). Lippe 16 u. 16 (20 u. 17). Lübeck 34 u. 19 (47 u. 24). Bremen 294 u. 151 (275 u. 161). Hamburg 879 u. 282 (!) (824 u. 274). Elsaß-Lothringen 758 u. 339 (709 u. 359).

Wenn die katholische Kirche ihre Trauziffer aus Mischehen bekannt gäbe, würde man sehen, daß der Ausfall bei ihr noch viel beträchtlicher ist, als bei der evangelischen. Leider sind wir mangels aller Aufstellungen von jener Seite nicht in der Lage, zahlenmäßig nachzuweisen, welchen Charakter die der evangelischen Kirche entfallenden Mischehen haben, ob sie in wachsender Zahl katholisch getraut werden oder ungetraut bleiben. Das letztere ist mit einer an Gewißheit grenzenden Wahrscheinlichkeit anzunehmen. Für ein verhältnismäßig kleines Kirchengebiet, wo aber gerade für die evangelische Kirche sehr ungünstige Ziffern vorliegen, nämlich für die Hamburgische Landeskirche, konnten wir im Vorjahr den Beweis führen an der Hand der von Hauptpastor D. von Broecker redigierten kirchlich-statistischen Zusammenstellungen. Diese wiesen für das Jahr 1910 nach, daß von den 824 Hamburger Mischehen $274 = 33,25\%$ evangelisch getraut wurden, aber nur $95 = 11,53\%$ katholisch. Der Rest: $455 = 55,22\%$ blieb ungetraut. Ganz ähnlich liegt die Verteilung für 1911: Von den 879 Mischehen sind 282 evangelisch getraut, aber nur 70, also kaum 8% , katholisch. Nicht nachzuweisen war die Trauung bei 527 Paaren. Eine so jammervolle Trauziffer der Mischehen, wie sie die katholische Kirche in Hamburg hat — nach der üblichen Berechnung 16% — hat die evangelische Kirche nirgends. Dagegen sind selbst die Berliner Zahlen noch glänzend. Wir heben das hervor, weil die ultramontane Presse die Gepflogenheit hat, auf die sehr große absolute Zahl der Trauerausfälle auf evangelischer Seite

zuweilen mit Genugtuung hinzuweisen. Das ist eine sehr übel angebrachte Selbstgerechtigkeit, beruhend auf Unkenntnis der eigenen Situation. An und für sich ist es natürlich vom evangelischen Standpunkt aus ein geringer Trost, bei dem schmerzlichen Rückgang der Trauziffer zu wissen, daß die katholische Kirche noch schärfer betroffen wird von dieser Wirkung des Zeitgeistes. Aber die katholische Kirche sollte das nur wissen, und mit uns beklagen, daß der Atheismus allein den Gewinn hat, anstatt in blinder Selbstgerechtigkeit auf die sinkende evangelische Trauziffer hinzuweisen.

In Stuttgart wurden im Jahr 1910 334 Ehen zwischen Evangelischen und Katholiken geschlossen, davon wurden evangelisch getraut 133 = 39,9 %, katholisch getraut 92 = 27,4 %, anders getraut 3 = 0,9 %, ungetraut blieben 106 = 31,8 %. Also auch hier war die Zahl der ungetraut bleibenden Mischehen größer als die der katholisch getrauten. Leider können wir nur durch gelegentliche statistische Notizen diese Sache beleuchten; aber das Gegebene ist immerhin doch eine Stichprobe der Gesamtsituation.

* * *

Wir gaben im Jahrbuch 1908, S. 349 ff. auf Grund langjähriger Tätigkeit im Pfarramt der Großstadt einer Beobachtung Raum, welche die subjektiven Momente für den Rückgang der Trauziffer erkennen läßt. Die atheistische Verhetzung der jungen Arbeiter hat in den letzten Jahren so intensiv zugenommen und setzt überall in den Großstädten so frivol ein, daß man sich eigentlich darüber wundern muß, daß die kirchliche Trauziffer nicht noch viel beträchtlicher zurückgegangen ist. Sehr viele junge Männer lassen im Vollzug der Trauung deutlich erkennen, daß sie lediglich den Wünschen des weiblichen Teils Rechnung tragen. Sie fühlen sich in der Position eines Menschen, der der Kirche einen Gefallen tut, aber nicht von ihr einen Dienst begehrt. Liegt nun auf seite des weiblichen Teils Gleichgültigkeit betreffs der kirchlichen Weihe des Ehebundes vor, so unterbleibt natürlich die kirchliche Trauung von vornherein. Es hat unseres Erachtens wenig Zweck, bei Fortbestand dieser Gesinnung besondere Anstrengungen zu machen, wohl gar Mittel der Überredung zu gebrauchen, um solche Trauversäumnisse noch nachzuholen. Der Segen Gottes kann schließlich nicht aufgezwungen werden. Gewiß wird die Kirche unermüdlich arbeiten an der Bekämpfung dieser Gesinnung. Tauf- und Trauerausfälle aber sind nur Symptome. Wo der Schaden selbst nicht beseitigt werden kann, soll man um der Wahrhaftigkeit willen auch diese Symptome stehen lassen und nicht mit wohlfeilen Scheinerfolgen zudecken. All die wohlgemeinten Bestrebungen zur Ausgleichung dieser Ausfälle werden doch auch einer gewissen Reserve nicht entraten dürfen; überall muß eine Grenzlinie zu sehen sein, von der es heißt: Bis hierher und nicht weiter. Ja die Kirche wird auch je länger je mehr den Mut auf-

bringen müssen, kurzerhand Trauerverweigerungen auszusprechen. Das formale Recht dazu gibt ihr in Preußen der § 12 der Trauungsordnung vom 27. Juli 1880. Was dort z. B. von der Wiedertrauung Geschiedener und ihrer eventuellen Verweigerung gesagt wird, steht mancherorts nur auf dem Papier. Es sei einem Statistiker erlaubt zu sagen, daß hier eventuell die Sprache der Zahlen nur einen sekundären Wert hat.

Einer eigenartigen Beobachtung sei im Vorbeigehen noch Raum gegeben. Nach einer gesetzlichen Bestimmung, die bekanntlich bei Einführung der Zivilstandsgesetzgebung auf besondere Initiative des alten Kaisers Wilhelm I. zur Durchführung kam, tragen alle Formulare, Scheine etc., die irgendwie mit dem Geschäftsgang des Zivilstandsamtes zu tun haben, den Vermerk: „Die kirchlichen Pflichten in bezug auf Taufe und Trauung werden durch dieses Gesetz nicht berührt.“ Das versteht zwar jeder halbwegs Verständige richtig, aber vielen Unmündigen im Volk wird durch die rücksichtslose Agitation der „Freidenker“ dieser Satz so interpretiert, als solle er heißen: „Die kirchlichen Pflichten in bezug auf Taufe und Trauung sind hinfällig geworden.“ Man sollte es zwar nicht für möglich halten, aber uns selbst wurde in einzelnen Fällen diese Exegese vorgetragen, und es war nicht nur eine Ausrede; es war den Leuten wirklich so aufgeredet worden. Es wäre vielleicht gut, den Satz aus der etwas bürokratischen und akademischen Sprache in die des gewöhnlichen Lebens zu übersetzen, etwa so: „Die kirchlichen Pflichten in bezug auf Taufe und Trauung bestehen nach wie vor fort und werden durch dieses Gesetz nicht berührt.“

5. Mischeheschließungen.

Wie in den Vorjahren geben wir zunächst eine Tabelle über den Konfessionsstand sämtlicher Eheschließenden in Preußen für das Jahr 1911 (nach der Zeitschrift des Kgl. Preuß. Statist. Landesamts 1912, Heft III).

Religionsbekenntnis des Mannes	Religionsbekenntnis der Frau					Zusammen
	evangelisch	röm.-kathol.	andere- christl.	jüdisch	sonstige und unbestimmt	
Evangelisch	189 972	14 749	320	221	120	205 382
Römisch-katholisch . .	15 544	94 669	45	76	11	110 345
Anders christlich . . .	340	51	574	4	3	972
Jüdisch	374	84	2	2581	32	3 073
Sonstige u. unbestimmt	974	146	6	23	230	1 379
Zusammen	207 204	109 699	947	2905	396	321 151

Die in der Diagonale von oben links nach unten rechts stehenden Ziffern bezeichnen also die Summe der konfessionell einheitlichen Ehen: 189 972 rein evangelische, 94 669 rein katholische, 574 anders christliche, 2581 jüdische, 230 religionslose, zusammen

also 288 026. Die übrigen 33 125 geschlossenen Ehen sind Mischehen, das sind rund 10,3 % der Gesamtzahl.

Wir wiesen schon in dem 1. Abschnitt dieses Kapitels darauf hin, daß die Zahl der katholischen Männer, welche evangelische Frauen heirateten, nämlich 15 544, etwas höher ist als die Zahl der evangelischen Männer, welche katholische Frauen heirateten, nämlich 14 749. Auch die Vorjahre zeigen ein ähnliches Zahlenverhältnis. Welche Schlüsse daraus zu ziehen sind, und wie diese Tatsache den wachsenden evangelischen Einfluß in der Mischehe erklärt, ist im Jahrbuch 1912, S. 328, dargelegt.

Die obenstehenden Zahlenreihen beziehen sich lediglich auf Eheschließungen, nicht auf kirchliche Trauungen. Ferner ist hier nur auf Jahresresultate Bezug genommen. Die Gesamtsumme der stehenden Ehen und vor allem die Konfessionszugehörigkeit der aus Mischehen geborenen Kinder wird in den beiden nächsten Abschnitten behandelt.

Wir messen nun im folgenden die Prozentbeteiligung des evangelischen Volksanteils an der Mischeheschließung, und das hat so zu geschehen, daß die diesbezüglichen Ziffern an der Zahl der evangelischen Eheschließungen überhaupt gemessen werden, nicht an der Gesamtzahl der Eheschließungen. Die Vergleichung ist also eine andere, als eben angegeben. Aber nur so können für die evangelische Bevölkerung der einzelnen Provinzen Zahlenreihen aufgestellt werden, die sich miteinander vergleichen lassen. Die Zahl der Eheschließungen, an denen die evangelische Kirche überhaupt nicht interessiert ist, scheidet hier aus. Wir übersetzen also die bürgerliche Mischehestatistik ins Kirchlich-Evangelische. Das ergibt die nachfolgende Tabelle. Die hier andersartige Reihenfolge bei den älteren Provinzen Preußens bezeichnet die ansteigende Häufigkeit der Mischeheschließung, wie sie in der Gegenwart sich darstellt.

Mischeheschließungen im Prozentverhältnis zur Gesamtzahl evangelischer Eheschließungen.

Provinz	1900	1905	1910	1911
Pommern	2,55	2,37	2,69	2,46
Ostpreußen	3,50	3,31	3,43	3,69
Sachsen	6,24	5,48	5,72	5,98
Posen	12,20	9,01	8,60	8,95
Brandenburg	7,63	8,37	10,89	11,44
Westpreußen	15,29	14,55	13,49	14,02
Westfalen	15,31	16,51	19,15	19,55
Berlin	16,86	17,23	20,08	20,20
Schlesien	26,48	26,11	27,27	26,82
Rheinprovinz	28,72	39,90	33,51	34,27
Aeltere Provinzen	13,77	14,14	15,54	15,80
Schleswig-Holstein	4,15	4,86	6,04	6,35
Hannover	6,32	6,18	6,77	7,24
Hessen-Nassau	18,57	19,60	20,00	19,38

Wir geben dazu die absoluten Zahlen und stellen für jede Provinz die Zahl der rein evangelischen Eheschließungen und der Mischeheschließungen aus dem Jahr 1911 nebeneinander. Ostpreußen 12643 und 485. Westpreußen 5390 und 879. Berlin 16454 und 4165. Brandenburg 29180 und 3768. Pommern 12518 und 316. Posen 4589 und 451. Schlesien 14941 und 5475. Sachsen 23721 und 1510. Westfalen 14431 und 3506. Rheinland (mit Hohenzollern) 13667 und 7126. Schleswig-Holstein 12184 und 828. Hannover 19343 und 1510. Hessen-Nassau 10911 und 2623. Ganz Preußen 189972 und 32642.

Es sind natürlich die konfessionell stark gemischten Provinzen, die die verhältnismäßig meisten Mischeheschließungen aufweisen: Hessen-Nassau mit 2623, Westfalen mit 3506, Schlesien mit 5475 und Rheinland mit 7126. Vergleicht man obige Prozentziffern in der Horizontalreihe, so fällt sofort das für die Mischeheschließung geltende statistische Gesetz in die Augen, daß der Verhältnisanteil der Mischehe überall da steigt, wo Einwanderungsgebiete liegen, also im industriellen Westen und in Berlin, und daß dieser Anteil da konstant ist oder gar fällt, wo Abwanderung vorliegt. Das erklärt auch, daß Berlin mit 4165 und Brandenburg mit 3768, also Groß-Berlin mit rund 7000 Mischeheschließungen zu Buche steht. Die Loslösung von der heimatlichen Scholle ist zugleich die Abstreifung konfessioneller Rücksichten.

Nach denselben vorentwickelten Prinzipien ist umstehende sämtliche evangelische Landeskirchen Deutschlands umfassende Tabelle zusammengestellt, welche sowohl die absoluten Zahlen als auch die Prozentzahlen der Mischeheschließungen aus 1911 bringt, zugleich die Jahre 1900 und 1910 zum Vergleich heranziehend.

Aus den absoluten Zahlen dieser Tabelle ist bemerkenswert, daß in fast allen größeren Landeskirchen die Zahl der Mischeheschließungen, gemessen an 1900, nicht unbeträchtlich gewachsen ist; in Preußen von 25764 auf 32642, in Sachsen von 2790 auf 2986, in Württemberg von 1250 auf 1490, nur in Baden und Hessen ist die Zunahme geringer. Bayern allein konstatiert eine Abnahme, wenigstens gegen das Vorjahr, Württemberg zwar auch, aber allein in der Prozentziffer. Hamburg hat mit 879 allein mehr Mischehen als die Reichslande, und fast doppelt soviel als ganz Thüringen. In den Reichslanden ist fast jede 3. Ehe, an der die evangelische Kirche beteiligt ist, eine Mischehe. In der Prozentziffer haben — gemessen an 1900 — nur Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Koburg-Gotha, die beiden Schwarzburg, Reuß ä. L., Schaumburg-Lippe und Lübeck für 1911 eine Abnahme festzustellen. Doch sind die Prozentziffern der kleineren Landeskirchen von geringem Gewicht.

Landeskirche	evangel. Eheschließungen überhaupt			darunter Mischehen			die Mischehen betrugen Prozent		
	1900	1910	1911	1900	1910	1911	1900	1910	1911
Preußen	200948	215165	222614	25764	31001	32642	12,82	14,41	14,67
Bayern	17457	16464	16724	4422	4605	4567	25,33	27,97	27,31
Sachsen	36781	38015	40155	2790	2608	2986	7,59	6,86	7,68
Württemberg	12722	13033	13481	1250	1464	1490	9,83	11,23	11,05
Baden	7242	7192	7278	2184	2205	2292	30,17	30,66	31,50
Hessen	7008	6919	7009	1391	1419	1421	19,85	20,56	20,27
Mecklenb.-Schw.	4987	4777	4729	80	75	79	1,62	1,57	1,68
Sachsen-Weimar	2971	3131	3275	108	160	173	3,63	5,11	5,28
Mecklenb.-Strel.	761	754	761	9	15	13	1,18	1,99	1,71
Oldenburg	2799	2940	3081	184	219	224	6,75	7,45	7,27
Braunschweig	3953	3791	4012	237	200	259	6,02	5,25	6,45
Sachsen-Mein.	2131	2093	2198	63	59	61	2,99	2,81	2,77
Sachsen-Altenb.	1739	1592	1855	81	69	82	4,65	4,33	4,42
Sachsen-Kob.-G.	2017	2068	2240	67	71	60	3,32	3,43	2,68
Anhalt	2718	2612	2723	97	91	104	3,56	3,48	3,83
Schwarzb.-Sond.	694	733	760	23	12	14	3,31	1,63	1,84
„ - Rud.	726	815	836	21	22	20	2,89	2,70	2,39
Waldeck-Pyrm.	395	461	426	10	11	9	2,54	2,38	2,10
Reuß ä. L.	524	593	614	24	14	24	4,58	2,36	3,91
Reuß j. L.	1173	1251	1212	43	64	51	3,67	5,11	4,21
Schaumb.-Lippe	407	406	460	6	5	6	1,47	1,23	1,30
Lippe	1201	1247	1214	11	20	16	0,91	1,60	1,32
Lübeck	822	787	849	39	47	34	4,74	5,97	4,00
Bremen	2015	2441	2482	168	275	294	8,34	11,27	11,84
Hamburg	6100	8532	8930	492	824	879	8,07	9,67	9,84
Elsaß-Lothring.	2385	2179	2304	694	709	758	29,10	32,54	32,89

6. Stehende Mischehen.

Bezüglich der Gesamtzahl der sogenannten stehenden Mischehen sind wir, soweit die Resultate der Volkszählung von 1910 in Frage kommen, einstweilen nur für Preußen genau orientiert. Das „Statistische Jahrbuch für den Preußischen Staat“, Bd. X, 1912 gibt auf S. 18 die einschlägigen Zahlen. Es ist leider erst Mitte Mai 1913 erschienen. Wir scheiden in folgender tabellarischer Zusammenstellung alle jüdischen und anderschristlichen Mischehen aus, um die Übersicht nicht zu komplizieren, und behandeln hier nur die evangelisch-katholischen Mischehen. Das ergibt die nebenstehende Tabelle.

Kol. 1 weist die Zahl der stehenden Mischehen nach, in denen der Mann evangelisch, die Frau katholisch ist, Kol. 2 die, in denen der Mann katholisch, die Frau evangelisch ist. Die erste Konfessionsbezeichnung ist also immer die des Mannes. Kol. 3 gibt die Gesamtzahl aller stehenden Mischehen überhaupt, also nicht nur der evangelisch-katholischen, sondern auch der mit andersgläubigen und jüdischen geschlossenen. Diese Kolonne ist also nicht nur die Summe von Kol. 1 und 2, sondern schließt alles ein, auch solche Mischehen, an denen die evangelische Kirche überhaupt nicht parti-

zipiert. Diese Kolonne kommt hier weniger in Betracht, sie ist nur der Vollständigkeit halber hinzugefügt. Kol. 4 zeigt nicht etwa nur kinderlose Mischehen, sondern alle Mischehen, bei denen nicht mehr Kinder unter 16 Jahren vorhanden sind, die noch im Haushalt leben.

Provinz	1	2	3	4	5
	Es waren stehende Mischehen vorhanden evangelisch-katholisch	katholisch-evangelisch	überhaupt aller Art	Davon waren Mischehen ohne Kinder im Haushalt	mit Kindern
Ostpreußen	2 116	2 628	5 463	1 423	4 040
Westpreußen	5 414	4 743	10 678	2 945	7 733
Berlin	16 686	21 913	47 263	14 051	33 212
Brandenburg	18 690	25 117	52 768	14 094	38 674
Pommern	1 470	2 118	4 323	1 087	3 236
Posen	3 015	2 825	5 997	1 507	4 490
Schlesien	38 150	44 080	85 053	20 183	64 870
Sachsen	7 848	11 764	22 819	4 731	18 088
Schleswig-Holstein	2 706	4 297	8 864	2 095	6 769
Hannover	8 332	10 477	20 293	4 157	16 136
Westfalen	16 963	18 375	38 138	6 053	32 085
Hessen-Nassau	19 375	20 161	41 845	8 526	33 319
Rheinland	45 421	38 821	90 659	17 432	73 227
Hohenzollern	211	169	385	76	309
Zusammen	186 397	207 488	434 548	98 360	336 188

Beachtenswert ist auch hier, daß die Gesamtzahl der Mischehen mit katholischen Männern die der Mischehen mit evangelischen Männern weit überwiegt: 207 488 gegen 186 397. Also die Neigung zur Mischeheschließung ist auf katholischer Seite stärker noch ausgeprägt als auf evangelischer Seite, trotz der rigorosen prinzipiellen Stellung der katholischen Kirche. Es muß allerdings beachtet werden, daß die katholische Kirche auf verhältnismäßig viel breiterem Diasporaboden steht in Preußen als die evangelische Kirche. Nur in Westpreußen, Posen, Rheinland und Hohenzollern überwiegt die Zahl der evangelisch-katholischen Mischehen, also auf katholischem Boden, was ja durch die Einwanderung erklärt wird.

Es sei auch hier ein geschichtlicher Rückblick gestattet, um die Zahlen obiger Tabelle mit den gleichartigen der Vergangenheit in Parallele setzen zu können.

Mischehen evangelischer Männer mit katholischen Frauen gab es in Preußen: 1885: 104 961, das waren vom Tausend der bestehenden Ehen 21,94. 1890 hatte 116 673 = 22,94 ‰ Mischehen dieser Kategorie. 1895: 128 069 = 23,55 ‰. 1900: 148 608 = 24,87 ‰. 1905: 169 200 = 25,89 ‰. 1910: 186 397, die Verhältniszahl steht noch nicht fest.

Mischehen katholischer Männer mit evangelischen Frauen waren es 1885: 126 086 = 26,35 ‰. 1890: 139 129 =

27,35 ‰. 1895: 150 365 = 27,65 ‰. 1900: 172 665 = 28,89 ‰. 1905: 190 785 = 29,20 ‰. 1910: 207 488, die Verhältniszahl kann auch hier noch nicht gegeben werden.

Es sei hier bemerkt für solche Leser, die die früheren Jahrbücher nicht kennen, daß wir erst seit 1885 eine zuverlässige Mischehenstatistik haben. Eine von dem Statistiker Engel im Jahr 1864 gebrachte, für jene Zeit außerordentlich verdienstvolle Zusammenstellung beruhte auf privater Enquête und schloß natürlich nur die damaligen (älteren) Provinzen Preußens ein. Es liegt also seit 1885 folgende Entwicklungsreihe vor:

In Preußen gab es:	1885	1890	1895	1900	1905	1910
Kath.-evangel. Mischehen	126 086	139 129	150 365	172 665	190 785	207 488
Evang.-kathol. Mischehen	104 961	116 673	128 069	148 600	169 200	186 397
Zusammen	231 047	255 802	278 434	321 273	359 985	393 885

Es hat also im Lauf von 25 Jahren eine Zunahme der stehenden Mischehen um 162 838 stattgefunden, und zwar partizipieren daran beide Arten der Mischehen fast genau in gleicher Zahl. Die katholisch-evangelischen Mischehen sind um 81 402, die evangelisch-katholischen um 81 436 gewachsen. Der Vorsprung, den die katholisch-evangelischen Mischehen hatten vor denen umgekehrten Charakters, ist in 25 Jahren fast genau derselbe geblieben. Die geschichtliche Entwicklung in den einzelnen Provinzen zeigt folgende Tabelle:

Provinz	1	2	3	4	5	6	7
	Bestand an Mischehen zwischen Evangelischen u. Katholiken						daneben andere Mischehen 1910
	1885	1890	1895	1900	1905	1910	
Ostpreußen . .	6 529	5 872	5 331	4 883	4 676	4 744	299
Westpreußen .	12 646	12 274	11 653	11 526	10 940	10 157	243
Berlin	20 879	26 031	29 566	34 900	39 315	38 599	6 021
Brandenburg .	10 061	13 285	18 989	25 505	33 675	43 807	6 443
Pommern . . .	2 451	2 439	2 822	3 228	3 468	3 588	506
Posen	7 679	7 343	6 993	6 445	5 929	5 840	66
Schlesien . . .	68 982	72 362	73 225	79 404	80 909	82 230	1 978
Sachsen	12 650	14 636	15 687	17 298	18 705	19 612	2 726
Westfalen . . .	18 775	20 711	22 580	26 926	30 798	35 338	2 279
Rheinprovinz .	39 034	44 958	49 787	61 072	72 778	84 622	4 837
Schleswig-Hlst.	2 070	2 744	3 701	4 773	6 039	7 003	1 495
Hannover . . .	9 801	11 283	12 933	15 188	17 089	18 809	1 063
Hessen-Nassau	19 235	21 734	24 881	29 843	35 360	39 536	1 553
Ganz Preußen .	231 047	255 802	278 434	321 273	359 985	393 885	29 509

Ein Blick auf die Horizontalreihen dieser Tabelle bestätigt die schon im vorigen Abschnitt ans Licht tretende Tatsache, daß die Mischehe an Häufigkeit besonders auf Einwanderungsboden wächst. Man beachte doch, daß Berlin und Brandenburg 1885 einen Be-

stand von rund 31 000 Mischehen hatten, 1910 aber über 82 000. In Ost- und Westpreußen ist die Zahl der Mischehen in diesen 25 Jahren nicht unbeträchtlich gefallen, von rund 19 000 auf noch nicht 15 000, in Schleswig-Holstein stieg sie auf mehr als das Dreifache, von rund 2 000 auf 7 000, in Hannover fast ums Doppelte, von über 9 000 auf über 18 000. Ebenso verdoppelte sich die Zahl in Hessen-Nassau (rund 20 000 und 40 000), Westfalen (18 000 und 35 000) und vollends in der Rheinprovinz von rund 40 000 auf über 84 000. Schlesien dagegen, 1885 weitaus an der Spitze, zeigt dagegen nur bescheidenes Wachstum, von rund 68 000 auf 82 000. 1885 hatte die Rheinprovinz etwas mehr als die Hälfte der Mischehen Schlesiens, 1910 übertrifft sie Schlesien an Zahl. Daß in Berlin von 1905—1910 keine Vermehrung eingetreten ist — NB hier steht Berlin einzigartig da — beruht auf dem Stillstand der Bevölkerung von Alt-Berlin; für Groß-Berlin ist die Zunahme um so beträchtlicher. Außerdem spricht hier die Austrittsbewegung in etwa mit, die besonders in den auf religiös-gleichgültigem Boden erwachsenen Mischehen ihr ergiebigstes Feld der Betätigung findet. Die Kategorie der Mischehen anderer Art — d. h. nicht nur der christlich-jüdischen, sondern auch derer, in denen ein Teil Dissident oder aus der Kirche ausgetreten ist — ist hier besonders hoch. Um das zu markieren, fügten wir in nebenstehender Tabelle noch die Kolonne 7 als Anhang an.

7. Konfessionelle Erziehung der aus Mischehen geborenen Kinder.

Die Jahrbücher 1907, 1908 und 1909 brachten auf Grund der amtlichen Ermittlungen ausführliche Darlegungen über die konfessionelle Erziehung der aus Mischehen geborenen Kinder, Darlegungen, welche unwiderleglich nachwiesen, daß bezüglich dieses Punktes die evangelische Kirche seit 1885, dem ersten Jahr spezieller Ermittlungen auf diesem Gebiet, unaufhörlich an Terrain gewinnt. Wir ergänzen die dort gegebenen Resultate durch die gleichartigen Ermittlungen der Volkszählung von 1910.

Aus evangelisch-katholischen Mischehen waren insgesamt im Haushalt der Eltern 1910: 377 423 Kinder vorhanden (1905: 353 335), davon waren 200 027 evangelisch (193 010), 177 396 katholisch (160 089). Aus katholisch-evangelischen Mischehen waren 412 072 Kinder vorhanden (1905: 392 989), davon waren 250 352 evangelisch (230 885) und 161 720 katholisch (161 866). In beiden Kategorien von Mischehen überwiegt also die evangelische Kindererziehung. Doch ist hier ein Unterschied sehr bemerkenswert: in der Mischehe mit evangelischem Mann hat der Unterschied zwischen beiden Konfessionen sich wieder ausgeglichen, 1905 hatte die evangelische Kirche hier einen Vorsprung von rund 33 000 Kindern, 1910 nur noch von rund 23 000. Dagegen war

die Differenz enorm in der Mischehe mit katholischem Mann; hier hatte die evangelische Kirche 1905 einen Vorsprung von rund 70 000 Kindern, 1910 aber bereits von fast 87 000. Die katholische Kirche holt also ihr verlorenes Terrain in der evangelisch-katholischen Mischehe langsam ein, fällt aber bezüglich der Konfessionszugehörigkeit der Kinder in der katholisch-evangelischen Mischehe immer weiter zurück. Ja, während in dieser Kategorie der Mischehen die evangelische Kirche ihren Bestand an Kindern von rund 230 000 auf rund 250 000 gesteigert hat, blieb die katholische auf rund 161 000 stehen, ja ging sogar etwas zurück an absoluter Zahl, von 161 866 auf 161 720. Das bestätigt wieder das bekannte statistische Gesetz, daß in der Mischehe die Konfession der Mutter bedeutend ausschlaggebender ist als die des Vaters.

Geben wir zunächst das Gesamtergebnis (ohne Unterscheidung der Art der Mischehe) im Anschluß an die Aufstellungen des Kirchlichen Jahrbuchs 1908, S. 360 ff. Die Zahl und Konfession der Kinder aus Mischehen war:

evang.	Proz.	kath.	Proz.	also evang.
1864: 121 144	= 48,9	126 595	= 51,1	— 5 454
1885: 231 712	= 54,4	194 542	= 45,6	+ 37 170
1890: 258 668	= 55,0	211 325	= 45,0	+ 47 343
1895: 332 947	= 55,7	264 648	= 44,3	+ 68 299
1900: 381 953	= 56,5	294 604	= 43,5	+ 87 349
1905: 423 895	= 56,8	321 955	= 43,2	+ 101 940
1910: 450 379	= 57,0	339 116	= 43,0	+ 111 263

Von der Gesamtzahl von 789 495 (745 850) Kindern aus Mischehen zwischen Evangelischen und Katholiken gehörten also in Preußen im Jahr 1910: 450 379 (423 865) Kinder dem evangelischen Bekenntnis an, 339 116 (321 955) dem katholischen. Der evangelische Überschuß hat sich von 37 170 im Jahr 1885 auf 111 263 im Jahr 1910 vergrößert. Das Prozentverhältnis des evang. Anteils ist von 54,4 % auf 57 % gestiegen. Das ist die Entwicklung des letzten Vierteljahrhunderts. Noch sehr viel günstiger für die evangelische Sache würde sich die Berechnung gestalten, wenn man die andersartigen Mischehen einbeziehen wollte. Es fallen nämlich sehr viel Kinder aus andersartigen Mischehen, und zwar auch da, wo die evangelische Kirche überhaupt nicht durch ein Eheglied beteiligt ist, z. B. aus jüdisch-katholischen Ehen (die zwar an Zahl nicht bedeutsam sind), aus Ehen katholischer Väter oder Mütter mit „Anders-christlichen“, Sekten oder Dissidenten, der evangelischen Kirche zu. Die Zuführung zur katholischen Konfessionszugehörigkeit ist da viel seltener und nahezu völlig ausgeschlossen, wo die katholische Kirche überhaupt nicht durch ein Eheglied beteiligt ist.

Wenn schon in Preußen, wo die katholische Kirche die stärkste Position hat, wenigstens was die Mischehen angeht (Abschnitt 5

dieses Kapitels ergab das), nur 43 % der Mischehekinder ihr dauernd zugehören, so kann mit Sicherheit angenommen werden, daß sie für ganz Deutschland mit etwa 40 % des Besitzstandes aus Mischehen zu Buche stehen wird. Die dauernde und für absehbare Zeit wohl unaufhaltsame Zunahme der Mischehen bedeutet also rein zahlenmäßig keinerlei Gefahr für die evangelische Kirche. Daß hier örtliche Gebiete mit starker Schädigung vorliegen, soll nicht verkannt werden. Diese weist die später folgende Tabelle nach, welche die Verteilung auf die einzelnen Provinzen angibt.

Zuvor möchten wir noch angeben, wie sich der beiderseitige Besitzstand auf die beiden Kategorien der evangelisch-katholischen Mischehe verteilt. Das ergibt diese Aufstellung.

Jahr	1		2		3		4		5		6		7		8	
	Aus evang.-kathol.		Mischehen waren		Mischehen waren		Mischehen waren		Aus kath.-evangel.		Mischehen waren		Mischehen waren		Mischehen waren	
	evangelisch	katholisch	evangelisch	katholisch	evangelisch	katholisch	evangelisch	katholisch	evangelisch	katholisch	evangelisch	katholisch	evangelisch	katholisch	evangelisch	katholisch
	überhaupt	in Proz.	überhaupt	in Proz.	überhaupt	in Proz.	überhaupt	in Proz.	überhaupt	in Proz.	überhaupt	in Proz.	überhaupt	in Proz.	überhaupt	in Proz.
1895	155 350	56,00	122 058	44,00	177 597	55,47	142 590	44,53								
1900	174 994	55,52	140 195	44,48	206 959	57,27	154 409	42,73								
1905	193 010	54,66	160 089	45,34	230 855	58,78	161 866	41,22								
1910	200 027	53,00	177 396	47,00	250 352	60,75	161 720	39,25								

Diese Aufstellung zeigt, daß in der Mischehe mit evangelischem Mann die evangelische Kirche ihre Position stetig verschlechtert. Noch 1895 hatte diese Kategorie von Mischehen einen besseren Status im evangelischen Sinn als die zweite Kategorie, in der der Mann katholisch ist. Seitdem ist der Prozentsatz um gerade 3 % gefallen, von 56 % auf 53 %. Dagegen sind die Verluste der katholischen Kirche in der zweiten Kategorie der Mischehen (Mann katholisch) um so schärfer. Hier hat die evangelische Kirche ihre Position um mehr als 5 % verbessert, von 55,47 auf 60,75 %, die katholische Kirche um ebensoviel verschlechtert. Die evangelische Kirche besitzt jetzt bereits mehr als 60 % der aus diesen Ehen hervorgegangenen Kinder. Träten auf der Gegenseite nicht beständige Rückgänge ein, so würde das Verhältnis von 60 zu 40 % zwischen beiden Kirchen schon bald als das normale anzusehen sein. Die weichende Position in Kol. 3 zeigt deutlich, wo die Mischehenpflege der evangelischen Kirche in erster Linie einzusetzen hat. Der Einfluß des Mannes in der Mischehe ist seit 15 Jahren gegenüber dem Einfluß der Frau stark in den Hintergrund getreten. Der Umstand, daß mehr katholische Männer als evangelische in Mischehe leben, wie wir in Abschnitt 1 und 5 dieses Kapitels aufzeigten, erklärt an sich schon das Plus der evangelischen Kinder in der Mischehe.

Endlich geben wir die Verteilung der Mischehekinder, nach den beiden Kategorien der Mischehen getrennt, auf die einzelnen Provinzen. Das Jahr 1905 ergab folgenden Status:

Zahl und Religionsbekenntnis der am 1. Dez. 1905 im Haushalt der Eltern lebenden Kinder aus evang.-kath. Mischehen.

Provinz	1	2	3	4	5	6
	Aus evang.-kathol. Mischehen waren evangelisch	katholisch	Aus kathol.-evang. Mischehen waren evangelisch	katholisch	Insgesamt waren evangelisch	katholisch
Ostpreußen . . .	1 974	2 522	2 907	2 493	4 881	5 015
Westpreußen . .	5 599	7 322	5 003	5 605	10 602	12 927
Berlin	19 517	6 500	25 679	8 472	45 196	14 972
Brandenburg . .	18 505	6 573	26 982	8 376	45 487	14 949
Pommern	1 684	925	3 141	1 133	4 825	2 058
Posen	3 210	3 166	3 375	2 543	6 585	5 709
Schlesien	44 369	30 155	42 962	43 216	87 331	73 371
Sachsen	11 397	5 032	17 942	7 121	29 339	12 153
Schleswig-Holst.	3 443	1 089	6 107	1 608	9 550	2 697
Hannover	9 627	6 959	12 581	8 103	22 208	15 062
Westfalen	15 944	22 052	20 272	20 954	36 216	43 006
Hessen-Nassau . .	21 869	13 451	19 490	17 370	41 359	30 821
Rheinland	35 847	54 008	44 357	34 700	80 204	88 708
Hohenzollern . .	25	335	87	172	112	507
Ganz Preußen . .	193 010	160 089	230 885	161 866	423 895	321 955

Dagegen zeigt nun das Jahr 1910 folgenden Status:

Provinz	1	2	3	4	5	6
	Aus evang.-kathol. Mischehen waren evangelisch	katholisch	Aus kathol.-evang. Mischehen waren evangelisch	katholisch	Insgesamt waren evangelisch	katholisch
Ostpreußen . . .	1 799	2 583	3 072	2 002	4 871	4 585
Westpreußen . .	4 971	6 291	4 486	5 067	9 457	11 358
Berlin	17 998	6 994	24 404	8 259	42 402	14 243
Brandenburg . .	22 400	8 609	32 196	9 548	54 596	18 157
Pommern	1 649	1 081	3 011	993	4 660	2 074
Posen	2 823	3 119	3 171	2 250	5 994	5 369
Schlesien	45 079	31 607	44 267	42 196	89 346	73 803
Sachsen	11 120	5 275	18 536	6 570	29 656	11 845
Schleswig-Holst.	4 078	1 328	6 579	1 768	10 657	3 096
Hannover	9 957	7 526	13 029	8 561	22 986	16 087
Westfalen	16 371	25 520	24 325	21 143	40 696	46 663
Hessen-Nassau . .	23 143	15 763	22 717	17 689	45 860	33 452
Rheinland	38 595	61 263	50 466	35 397	89 061	96 660
Hohenzollern . .	44	437	93	277	137	714
Ganz Preußen . .	200 027	177 396	250 352	161 720	450 379	339 116

Sieht man auf der 2. Tabelle (1910) zunächst die Kolonnen 5 und 6 an, so ergeben sich folgende Beobachtungen. Die katholische Kindererziehung in Mischehen überwiegt in Westpreußen (wo 51,44 % der Bevölkerung katholisch sind), in Westfalen (wo 51 % der Bevölkerung dem katholischen Bekenntnis angehört), in Rheinland (mit 69,48 % Katholiken) und endlich in Hohenzollern (mit 94,85 % katholischer Bevölkerung). Dagegen überwiegt

die katholische Kindererziehung der Mischehekinder nicht in den katholischen Provinzen Posen (67,83 % Katholiken) und Schlesien (55,92 % Katholiken). Alle evangelischen Provinzen haben auch ein Plus evangelischer Mischehekinder. Früher stand hier Ostpreußen auf der Verlustseite, noch 1905 war die Zahl der katholischen Mischehekinder dort beträchtlich größer als die der evangelischen. Das hat sich aber 1910 völlig geändert. Die früher in konfessioneller Beziehung sehr schlechte Position von Ostpreußen ist durchaus normal geworden. Außerordentlich groß ist der evangelische Überschuß an Mischehekindern in Berlin und Brandenburg. Die Zahl der 32400 katholischen Mischehekinder ist im Verhältnis gering gegen die der rund 97000 evangelischen. Daß Posen so günstig steht, hat seine Ursache im nationalen Gegensatz. Übrigens macht Schlesien eine Ausnahme von der Regel, daß der evangelische Besitzstand in der katholisch-evangelischen Mischehe günstiger ist als in der evangelisch-katholischen. Schlesien hat gerade in der Mischehe mit evangelischem Mann einen Überschuß von fast 14000 Mischehekindern, in den Mischehen mit evangelischer Frau nur einen solchen von rund 2000. In den rein evangelischen Provinzen Pommern, Sachsen und Schleswig-Holstein ist der evangelische Überschuß beträchtlich, aber auch in den konfessionell mehr gemischten Provinzen Hannover und Hessen-Nassau nicht unbedeutend.

Eine Vergleichung der Listen von 1905 und 1910 zeigt, daß der katholische Vorsprung in Westfalen und Rheinland 1910 etwas geringer geworden ist. In Rheinland hat besonders der Regierungsbezirk Düsseldorf wachsende Resultate im evangelischen Sinn. Der katholische Vorsprung von Ostpreußen ist — wie erwähnt — ganz verschwunden. Auch der in Westpreußen ist geringer geworden, 1905 betrug er noch rund 2300, 1910 nur noch 1900. Dagegen ist der evangelische Vorsprung von Posen (rund 800 i. J. 1905) auf rund 600 reduziert. Schlesien dagegen hat das evangelische Plus von rund 14000 i. J. 1905 auf fast 16000 gesteigert, Sachsen von 17000 auf 18000. Sonst sind die Veränderungen gering.

Das „Statistische Jahrbuch für den preußischen Staat“ gibt auch die Unterverrechnung auf die einzelnen Regierungsbezirke. In der Tat läßt diese erst die Verschiebungen genau erkennen, weil die Regierungsbezirke konfessionell i. a. einheitlicher zusammengesetzt sind als der ganze Komplex einer Provinz. Wir müssen uns vorbehalten, im nächsten Jahr darauf einzugehen, im Anschluß an die gleichartigen Aufstellungen im Jahrbuch 1908, S. 364 und 1909, S. 309.

Die Veröffentlichung des „Königl. Preuß. statistischen Landesamts“ gibt auch einstweilen nur die absoluten Zahlen. Erst die Berechnung der Verhältniszißern ergibt die Möglichkeit genauer Vergleichung. Diese jetzt anzustellen, würde das Erscheinen des

Jahrbuchs verzögern. Die statistischen Aufstellungen aller die Mischehen betreffenden Zahlen sind erst Mitte Mai 1913 erschienen, Wir haben sie schmerzlichst erwartet und sie nur kurz vor Toreschluß noch verwerten können. Eine weitere Verwertung folgt 1914.

8. Die Zahl der Konfirmanden.

In der Zahl der Konfirmanden war in den Jahren 1908—1910 ein Stillstand eingetreten, soweit die preußische Landeskirche in Frage kommt. Das mag auf zufälligen Ursachen beruhen, legt aber doch den Gedanken nahe, daß hier Konfirmationsversäumnisse so mitsprechen, daß sie anfangen, zahlenmäßig fühlbar zu werden. Bei dem Wachstum der Bevölkerungsziffer, die auch schon für die Jahre 1895—1900 vorlag, sollte man eine Zunahme erwartet haben.

In der gesamten preußischen Landeskirche wurden 1905: 468 050 Konfirmanden gezählt. 1906: 459 689; 1907: 477 611; 1908: 494 578; 1909: 495 889; 1910: 495 441; für 1911 sind 498 427 zu notieren. Folgende Tabelle gibt die Zahlen der einzelnen Provinzen (das Jahr 1900 zum Vergleich herangezogen):

Provinz	Landeskirchl. Evangelische nach der Zählung von 1910	Zahl der Konfirmanden im Kalenderjahr:					
		im ganzen			darunter aus Mischehen		
		1900	1910	1911	1900	1910	1911
Ostpreußen	1 740 822	38 071	39 634	37 991	206	175	120
Westpreußen . . .	789 081	15 636	16 865	16 710	650	571	511
Berlin	1 689 479	27 291	32 990	33 506	1 005	1 643	1 507
Brandenburg . . .	3 676 693	50 900	61 377	52 915	584	976	1 216
Pommern	1 637 299	33 955	34 318	36 821	101	134	134
Posen	646 580	12 398	11 077	13 997	409	303	173
Schlesien	2 199 114	40 830	46 111	46 967	3 869	4 424	4 517
Sachsen	2 830 151	56 683	61 436	61 941	677	1 004	950
Westfalen	1 947 672	30 490	41 468	42 100	1 223	1 666	1 701
Rheinprovinz . . .	2 101 191	31 018	39 968	40 878	2 828	3 854	3 914
Aeltere Provinzen	19 258 082	337 272	385 244	383 826	11 552	14 750	14 743
Schleswig-Holstein	1 549 032	26 629	31 085	31 776	114	307	328
Hannover	2 504 805	44 240	49 407	52 566	558	882	887
Hessen-Nassau . .	1 518 989	25 209	29 705	30 259	1 337	1 951	2 015
Ganz Preußen . .	24 830 908	433 350	495 441	498 427	13 561	17 890	17 973

Die Landeskirche der älteren Provinzen Preußens hat seit 1909 eine sinkende Zahl, nämlich 1909: 386 164; 1910: 385 244; 1911: 383 826; die wachsende Ziffer der neueren Provinzen gleicht das aus. Zum erstenmal ist auch in der Zahl der aus Mischehen hervorgegangenen Konfirmanden in den älteren Provinzen ein Stillstand eingetreten, wiewohl die Zahl der Mischehen und damit auch die der aus ihr hervorgehenden Kinder beständig wächst. Es ist durchaus keine vereinzelte Erscheinung mehr, daß die großstädtische Arbeiterbevölkerung Kinder von der Konfirmation

zurückhält. Die Sozialdemokratie begünstigt das natürlich aus Prinzip und schiebt als Surrogat ihre „Jugendweihe“ an die Stelle der Konfirmation.

Der Rückgang der Konfirmanden in Ost- und Westpreußen mag zum großen Teil in der Abwanderung seinen Grund haben, für den Rückgang in Brandenburg (Groß-Berlin) liegen aber durchaus andere Gründe vor. Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Sachsen, ja auch Berlin (dieses zum erstenmal) zeigen Abnahme der Konfirmanden aus Mischehen. In den erstgenannten drei Provinzen ist eine Verminderung der stehenden Mischehen eingetreten, wie in der Tabelle auf S. 523 nachgewiesen ist, in Sachsen aber nicht und vollends nicht in Berlin, wo im Gegenteil eine ungeheure Vermehrung vorliegt. Wenn auch hier der Konfirmanden aus Mischehen weniger werden, so hat die katholische Kirche gewiß nicht den Gewinn, wohl aber die religiöse Indifferenz.

Für sämtliche deutsche Landeskirchen gilt folgende Tabelle:

Landeskirche	Landeskirchl. Evangelische nach der Zählung von 1910	Zahl der Konfirmanden im Kalenderjahr:					
		im ganzen			darunter aus Mischehen		
		1900	1910	1911	1900	1910	1911
1. Preußen	24 830 908	433 350	495 441	498 427	13 561	17 890	17 973
2. Bayern	1 933 222	34 112	40 622	39 536	2 728	3 926	4 259
3. Sachsen	4 509 489	78 203	93 898	95 759	1 950	3 083	3 320
4. Württemberg .	1 668 547	30 887	35 027	34 564	1 036	1 384	1 437
5. Baden	763 704	13 079	14 151	14 829	?	1 643	1 676
6. Hessen	848 004	14 029	16 722	17 159	1 011	1 345	1 384
7. Meckl.-Schw. .	608 999	9 687	12 613	12 894	31	47	46
8. Sachs.-Weimar	392 522	6 899	7 718	8 027	38	84	82
9. Meckl.-Strelitz	101 513	2 095	2 135	2 155	5	7	8
10. Oldenburg . .	368 335	6 357	7 648	7 849	90	154	174
11. Braunschweig .	464 175	8 680	9 938	10 194	216	338	339
12. Sachsen-Mein. .	272 133	5 203	6 060	6 110	36	60	55
13. Sachsen-Altenb.	207 825	4 144	4 682	4 606	23	98	89
14. Sachsen-K.-G. .	244 007	4 375	5 250	5 464	36	56	39
15. Anhalt	315 262	6 458	7 028	6 898	66	84	72
16. Schwarzburg-S.	87 836	1 766	1 858	1 918	6	10	18
17. Schwarzburg-R.	99 139	2 125	2 186	2 138	14	11	10
18. Wald.-P. (1905)	57 817	1 338	1 369	716	4	11	10
19. Reuß ä. L. . .	70 437	1 548	1 649	1 627	7	17	10
20. Reuß j. L. . .	147 272	2 879	3 187	3 370	3	40	42
21. Schaumburg-L.	48 576	1 039	1 139	1 105	6	5	6
22. Lippe	144 147	3 056	3 396	3 496	13	15	10
23. Lüneburg . . .	111 525	1 733	2 193	2 238	13	22	25
24. Bremen . . .	257 905	3 538	4 591	4 771	72	112	108
25. Hamburg . . .	936 000	11 274	16 380	17 621	?	?	?
26. Elsaß-Lothring.	361 146	6 088	6 675	6 816	391	563	676

Auch Bayern und Württemberg zeigen eine Abnahme der Konfirmandenziffer. Das mag Zufälligkeit sein, schwerlich spielen hier atheistische Motive in zahlenmäßiger Wirkung mit. Die für Waldeck angegebene Ziffer 716 beruht auf besonderen Tatsachen.

Die Schulpflicht der Mädchen ist um ein Jahr verlängert worden. Sie währt nun — wie sonst die Regel — bis zum 14., bisher 13. Lebensjahr. Da im Jahre 1911 keine Schulentlassungen von Mädchen erfolgten, wurden auch keine Konfirmationen gehalten.

Was die Konfirmation der aus Mischehen geborenen Kinder angeht, so zeigt Bayern seit Jahren eine stetige und nicht unbeträchtliche Zunahme. Die Situation der Mischehen muß hier — das Zutreffende der mitgeteilten Zahlen vorausgesetzt (wir haben allerdings einige Bedenken) — außerordentlich günstig sein im evangelischen Sinn. Daß Sachsen ebenso günstig steht, erklärt sich leicht. Die in Abschnitt 3 (Taufen) und 5 (Mischeheschließungen) dieses Kapitels gegebenen Ziffern lassen vermuten, daß die kathol. Kirche hier an den Kindern aus Mischehen in sehr geringfügiger Weise partizipierten. Übrigens stehen neben dieser Kolonne auch eine Anzahl Konfirmanden, welche andern als evangelisch-katholischen Mischehen entstammen und denen auf Antrag der Eltern die evangelische Konfirmation gewährt wurde. Das waren (nach den „Bemerkungen“ zu den Statistischen Mitteilungen des Kirchenausschusses) in Preußen: 32 Kinder katholischer Eltern, 7 Kinder jüdischer Eltern, 20 Kinder dissidentischer Eltern, 1 Kind altkatholischer Eltern, 1 Kind freireligiöser, 1 Kind baptistischer Eltern, 1 Kind einer unverehelichten katholischen Mutter, 3 Kinder jüdisch-katholischer Eltern, insgesamt also 66, außerdem in Bremen 4 (3 Kinder katholischer Eltern und 1 aus katholisch-jüdischer Mischehe). Die letzte Kolonne obiger Tabelle läßt alle diese außer Betracht.

9. Uneheliche Geburten.

Die Gesamtzahl der unehelichen Geburten ist in Deutschland seit 1908 der absoluten Zahl nach gefallen, in der Verhältniszahl aber gestiegen. Das gibt den Einsendern der kleinen gelegentlichen statistischen Notizen in den Kirchenzeitungen die eigenartige Latitudo: die Frage, ob eine Steigerung der unehelichen Progenitur vorliege, ganz nach Laune oder Kulturstimmung entweder zu bejahen oder zu verneinen. Die Zahl der unehelich Geborenen war 1908: 184112; 1909: 183700; 1910: 179584; 1911: 177056. Der Durchschnitt des letzten Jahrzehnts ist 177852, das Jahr 1911 blieb also darunter. Die Prozentzahl — gemessen an der Zahl der Geborenen überhaupt, ist jedoch gewachsen. 1908: 8,87; 1909: 9,01; 1910: 9,06; 1911: 9,19; hier stellt also das Jahr 1911 ein nicht unbeträchtliches Anschwellen dar. Es mag aus diesem zufällig sich darbietenden Spezialbeispiel die Regel abgeleitet und den „statistischen Gelegenheitsarbeitern“ eingeschräpft werden, daß man statistischen Darlegungen wenigstens dann, wenn man prinzipielle Gesichtspunkte mit ihnen verbinden will, stets in der doppelten Form der absoluten und Verhältniszahl zu geben

hat. Im vorliegenden Fall ist das Sinken der unehelichen Geburtenziffer in absoluter Zahl eben nur eine Begleiterscheinung der fallenden Geburtenziffer überhaupt. Die Zahl der unehelich Geborenen ist jedoch nicht in demselben Maße gefallen, wie die allgemeine Geburtenziffer, daher das Ansteigen der Prozentziffer. Für den „Stand der Sittlichkeit“ bedeutet das alles gar nichts.

Preußen allein berechnet hat seit Jahren eine etwas günstigere, d. h. niedrigere Geburtenziffer der Unehelichen. 1908 war die Verhältniszahl 7,61 %; 1909: 7,81 %; 1910: 7,75 %.

Bemerkenswerter schon sind die seit Jahren stehenden Unterschiede zwischen Stadt und Land. Die Prozentziffer der Unehelichen war

	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911
in der Stadt	9,34 %	9,46 %	9,72 %	9,93 %	10,28 %	10,52 %	10,72 %
auf dem Lande	5,71 %	5,67 %	5,90 %	5,94 %	6,01 %	5,97 %	5,97 %

Beide Horizontalreihen zeigen zwar ein Anwachsen, dieses ist aber bei der städtischen Reihe konstant und ohne Unterbrechung; die ländliche Reihe biegt von 1909 ab wieder nach unten um. Die Zunahme der städtischen Reihe beträgt 1,38 %, die der ländlichen nur 0,26 %. Aber wieder wäre es verfehlt, darum allein schon einen Schluß zu ziehen auf schlechtere Sittlichkeit der Stadt. Wir schrieben schon im vorjährigen Jahrbuch und erinnern hier daran, daß auf das Konto der Städte viele uneheliche Geburten gebucht werden, die auf das des Landes gehören. Krankenhäuser, Hebammen-Lehranstalten, private Entbindungsinstitute u. dgl. ziehen die uneheliche Progenitur des Landes in weitem Umkreis an sich. Wir gaben früher die uneheliche Geburtsziffer der Großstädte besonders, sehen aber seit Jahren davon ab. Es entspricht der Gerechtigkeit, hier nur größere Gebiete, Provinzen oder Staaten, in Vergleich zu stellen.

Für die Unterverrechnung auf die einzelnen preußischen Provinzen und deutschen Bundesstaaten stehen die Zahlen aus 1911 noch nicht zur Verfügung. Wir bringen die bis 1910 nach dem „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich 1912, 33. Jahrg.“, wie folgt:

	1900	1905	1909	1910
Ostpreußen . . .	9,39	9,12	9,9	9,7
Westpreußen . . .	6,65	6,53	6,9	6,9
Berlin	14,94	16,75	20,0	20,9
Brandenburg . . .	9,73	9,98	10,8	10,9
Pommern	9,86	9,87	10,5	10,6
Posen	5,55	5,23	5,2	5,1
Schlesien	9,22	8,84	9,5	9,5
Sachsen	10,34	10,46	11,8	11,9
Schleswig-Holstein .	8,65	8,97	9,8	9,8
Hannover	6,91	6,75	7,0	7,1
Westfalen	2,66	2,70	3,1	3,1
Hessen-Nassau . . .	6,34	6,30	6,5	6,6
Rheinland	4,04	3,85	4,2	4,4
Hohenzollern . . .	6,76	5,73	4,5	3,5

So stark die Unterschiede zwischen den einzelnen Provinzen sind — innerhalb derselben Provinz zeigen die Zahlen der Jahrzehnte eine ziemliche Konstanz, abgesehen von der Steigerung in Berlin. Wir haben früher schon oft darauf hingewiesen, daß es falsch wäre, aus dem überaus günstigen Stand etwa von Westfalen und Rheinland gegenüber fast allen östlichen Provinzen ethische Schlüsse zu ziehen. Die Ursache liegt nicht auf dem Gebiet der Ethik, sondern auf dem der sozialen Gewohnheit.

Sämtliche deutsche Bundesstaaten zeigen folgende Aufstellung:

	1900	1905	1909	1910
Preußen	7,34	7,21	7,8	7,7
Bayern	13,17	12,55	12,3	12,2
Sachsen	12,64	13,37	14,8	14,9
Württemberg	9,75	8,63	8,2	8,3
Baden	7,58	7,16	7,6	7,9
Hessen	7,95	6,91	7,7	7,6
Mecklenburg-Schwerin	11,70	11,82	13,2	14,0
Sachsen-Weimar	9,56	10,57	11,6	11,5
Mecklenburg-Strelitz	12,21	12,26	13,4	14,5
Oldenburg	5,51	5,46	5,4	5,7
Braunschweig	9,99	10,20	11,5	11,8
Sachsen-Meiningen	11,59	10,91	12,0	11,1
Sachsen-Altenburg	10,85	10,68	12,0	11,9
Sachsen-Koburg-Gotha	10,27	10,33	10,6	11,4
Anhalt	9,06	10,67	12,2	12,4
Schwarzburg-Sondershausen	9,11	10,05	11,2	9,7
Schwarzburg Rudolstadt	10,43	10,31	11,1	11,3
Waldeck	6,92	5,12	5,3	5,5
Reuß ä. L.	7,31	9,23	9,5	9,2
Reuß j. L.	11,02	11,43	12,2	13,0
Schaumburg-Lippe	4,43	3,28	4,1	4,2
Lippe	4,73	3,87	4,4	4,4
Lübeck	8,86	9,84	10,4	11,3
Bremen	7,77	7,65	9,2	9,1
Hamburg	12,24	13,28	13,9	14,1
Elsaß-Lothringen	7,50	7,16	7,3	7,1
Ganz Deutschland	8,72	8,52	9,0	9,1

Alle vorerwähnten Zahlen gelten für die Gesamtbevölkerung ohne konfessionelle Scheidung. Neuere amtliche Ergebnisse mit konfessionell gesonderter Berechnung liegen nicht vor. Die Unterschiede sind, auf das Ganze gesehen, nicht bedeutsam. Etwas günstiger steht die katholische Unehelichenziffer als die evangelische, besonders in geschlossenen katholischen Landesteilen. Aber es gibt auch da Gebiete (Bayern) mit sehr hoher katholischer Progenitur der Unehelichen. Wir haben uns früher die zeitraubende Arbeit gemacht, die Ziffer auf evangelischer Seite besonders zu berechnen — die Resultate waren den oben gegebenen fast gleichartig und lohnten kaum die auf sie verwendete Mühe. Der etwas günstigere (d. h. niedrigere) Status auf katholischer Seite kann schon darin begründet sein, daß die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer auf katholischer Seite etwas stärker ist, der Vergleichsfaktor

also höher steht. Außerdem erheben sich begründete Bedenken gegen den allen obigen Zahlenreihen zugrunde liegenden Berechnungsmodus, die unehelichen Geburten prozentual zu berechnen nach der Zahl der Geburten überhaupt. Sie müssen in Vergleich gestellt werden zu der gebärfähigen weiblichen Bevölkerung. Man vergleiche — wir können diese prinzipiellen Einwände nicht wiederholen — die Ausführungen im Jahrbuch 1907, S. 295 und 1909, S. 320. Das Kaiserliche Statistische Amt hat diesen Modus noch nicht angewendet, wohl aber das Preußische Statistische Landesamt. Dieses aber hat wieder nicht konfessionell geschieden. Wir berechneten im Jahrbuch 1911, S. 329 nach der evangelischen bzw. katholischen Gesamtbevölkerung die Progenitur der Unehelichen beider Konfessionen. Das ergab sehr geringfügige Unterschiede.

Den Versuch des katholischen Statistikers P. Krose (Kirchl. Handbuch, 3. Band, S. 287), dem evangelischen Volksteil eine 2—3fach höhere Progenitur der Unehelichen zuzuschreiben, haben wir im vorjährigen Jahrbuch S. 338—341 in eingehender Darlegung zurückgewiesen. Seine Aufstellungen gingen auf die irrige Auffassung einer allerdings sehr mißverständlichen Angabe in Bd. 188 der „Preußischen Statistik“ zurück. Daß dieser Band der „Preußischen Statistik“ in Wirklichkeit etwas ganz anderes sagt, ist inzwischen von P. Krose zugestanden worden. Ob er an seiner Meinung einer beträchtlich günstigeren Position des katholischen Volksteils in der unehelichen Geburtenziffer noch festhält, wissen wir nicht. Der hoffentlich bald erscheinende 4. Band des katholischen Kirchlichen Handbuchs wird zu unseren vorjährigen Aufstellungen Stellung zu nehmen haben. Bisher liegt er nicht vor.

10. Abendmahlsbeteiligung. Zahl der Kommunikanten.

Die Ziffern der Abendmahlsbeteiligung in den einzelnen evangelischen Landeskirchen können wohl noch am ehesten unter den üblichen Begriff „Äußerungen des kirchlichen Lebens“ subsumiert werden, jedenfalls eher als die Tauf- und Trauziffer, oder gar die Beerdigungsziffer.

Die Landeskirche der älteren Provinzen Preußens hatte eine Abendmahlsbeteiligung von 5874202 im Jahre 1909; 6005562 im Jahre 1910 und 5979814 im Jahre 1911. Dem Aufstieg des Jahres 1910 ist also ein Rückgang für 1911 gefolgt. Für ganz Preußen gelten die Zahlen: 1909: 8129176; 1910: 8289881; 1911: 8238018, also im letzten Jahr ein Rückgang um mehr als 50000, nachdem zwar das Vorjahr einen Aufstieg von rund 160000 gebracht hatte.

Die einzelnen Provinzen zeigen (die Jahre 1900 und 1905 zum Vergleich herangezogen) in absoluten und Verhältniszahlen folgende Ergebnisse:

Provinz	Zahl der Abendmahlsteilnehmer				Prozentverhältnis zur evangel. Bevölkerung			
	1900	1905	1910	1911	1900	1905	1910	1911
Ostpreußen . . .	729699	708765	682650	668758	42,96	41,14	39,21	38,42
Westpreußen . .	344238	346418	344326	339188	47,11	45,30	43,64	42,99
Berlin	257792	258703	245076	250256	16,21	15,20	13,91	14,81
Brandenburg . .	962391	954098	891393	891749	33,10	29,46	24,24	24,25
Pommern	703940	702913	682276	675237	44,58	43,48	41,67	41,24
Posen	370080	371115	373356	368904	64,98	62,95	57,74	57,05
Schlesien	950911	937551	866835	890976	46,55	44,22	34,87	40,52
Sachsen	982231	867899	904801	896592	37,63	35,65	31,97	31,68
Westfalen	521770	547228	572151	561608	33,93	31,57	29,38	28,83
Rheinprovinz . .	435757	445580	442698	436546	26,15	23,69	21,07	20,78
Aeltere Provinzen	6258809	6240270	6005562	5979814	36,96	34,37	31,18	31,10
Schlesw.-Holst. .	339378	333315	312164	307592	25,15	24,70	20,15	19,85
Hannover	1181279	1195852	1222968	1195555	53,02	53,67	48,82	47,73
Hessen-Nassau . .	747373	760456	749187	755057	57,14	58,14	49,32	49,71
Ganz Preußen . .	8526839	8529893	8289881	8238018	39,08	37,10	33,39	33,18

An dem absoluten Rückgang der Abendmahlsbeteiligung von 1910 auf 1911 sind Berlin und Brandenburg, sowie Schlesien und Hessen-Nassau, nicht beteiligt. Schlesien weist sogar eine nicht unbeträchtliche Zunahme auf. Die starken Verschiedenheiten in den einzelnen Provinzen sind seit Jahrzehnten konstant. Günstig stehen eigentlich nur Posen, Hannover und Hessen-Nassau. In Berlin ist zum erstenmal seit Jahrzehnten der stete Niedergang zum Stillstand gekommen. Ist nun der Tiefpunkt erreicht?

Im vergangenen Jahrzehnt ist die Ziffer der Abendmahlsbeteiligung um fast 6% gesunken. Gerade die Provinzen, die verhältnismäßig noch günstig standen, wie Westpreußen, Posen, Schlesien, Hannover und Hessen-Nassau sind am stärksten am Nachlassen der Kommunikantenziffer beteiligt.

Für die übrigen deutschen Landeskirchen gilt folgende Tabelle:

	1900	1905	1910	1911
Bayern, rechtsrheinisch . . .	65,45	64,21	61,02	60,88
Bayern Pfalz	53,05	53,35	44,23	43,34
Sachsen	42,68	42,87	36,88	35,11
Württemberg	47,89	47,86	41,64	41,93
Baden	49,52	50,90	47,20	43,33
Hessen	53,28	53,70	47,11	47,98
Mecklenburg-Schwerin . . .	32,41	32,96	30,69	30,45
Sachsen-Weimar	38,38	33,98	31,29	31,57
Mecklenburg-Strelitz . . .	21,90	20,37	19,51	19,20
Oldenburg	20,86	20,04	15,68	15,84
Braunschweig	25,52	26,92	26,01	25,73
Sachsen-Meinungen	37,48	34,96	30,93	30,11
Sachsen-Altenburg	43,64	42,17	37,26	36,42
Sachsen-Koburg-Gotha . . .	23,64	21,76	19,98	19,54
Anhalt	30,20	28,61	27,02	26,18
Schwarzburg-Sondershausen .	31,27	32,50	27,67	27,49
Schwarzburg-Rudolstadt . .	29,66	30,10	27,47	25,70

Waldeck	76,19	76,00	71,48	67,81
Reuß ä. L.	41,17	39,82	34,83	34,63
Reuß j. L.	34,94	35,17	31,25	30,98
Schaumburg-Lippe	83,44	90,00	75,14	73,70 ¹⁾
Lippe	53,08	51,62	50,37	48,61
Lübeck	16,53	16,69	14,28	14,47
Bremen	11,50	11,15	7,08	7,94
Hamburg	8,67	8,18	7,48	7,50
Elsaß-Lothringen, luth.	44,83	41,00	37,77	37,71
„ ref.	37,46	23,93	28,09	29,14

Auch hier ist fast überall für 1911, gemessen am Vorjahr, ein Rückgang festzustellen. Ihren Status wahrten Württemberg (das 1910 einen starken Rückgang hatte), Hessen (wofür das gleiche gilt), Sachsen-Weimar, Oldenburg und die Reichsländer. Auch in Bremen scheint der Tiefstand erreicht zu sein; es hat den Rekord der schlechtesten Abendmahlsziffer Deutschlands wieder an Hamburg abgegeben. Über die charakteristischen Unterschiede in den einzelnen Landeskirchen haben wir uns früher des öfteren ausgelassen. Der schlechte Stand der meisten thüringischen Landeskirchen wird nur von Oldenburg und Mecklenburg-Strelitz erreicht bzw. übertroffen. Manche preußische Großstadt wird, für sich allein berechnet, keine besseren Zahlen haben als Hamburg und Bremen.

Verglichen mit dem Beginn des Jahrhunderts zeigt die Kommunikantenziffer der Gegenwart meist noch einen über den Niedergang der preußischen Landeskirche hinausgehenden Prozentsatz. In Württemberg, Baden und Hessen beträgt der Unterschied etwa 6%, in Sachsen 7%, im rechtsrheinischen Bayern etwa 5%, dagegen in der Pfalz fast 10%.

Wir geben aus den außerpreußischen Landeskirchen auch hier die absoluten Zahlen. Bayern hat zwar i. J. 1911 auch einen geringen Rückgang der Kommunikanten, von 1 094 643 i. J. 1910 auf 1 091 540, doch fällt dieser Rückgang lediglich auf das linksrheinische Bayern, die Pfalz. Das rechtsrheinische Bayern hat die Zahl von 870 540 auf 871 950 gesteigert; für die Pfalz liegt eine absolute Verminderung von 224 103 (1910) auf 219 591 (1911) vor. Wir erwähnten schon, daß die Pfalz derjenige Landesteil Deutschlands ist, welcher den stärksten Rückgang der Kommunikantenziffer aufweist. Bayern hatte 1900: 1 088 922 Kommunikanten; es hat also im letzten Jahrzehnt zwar seine Kommunikantenziffer in absoluter Zahl gehalten, aber die Bevölkerungszunahme kommt in ihr nicht zum Ausdruck. Sachsen hat nach Jahren des Rückgangs für 1911 ein Anwachsen der Kommunikantenzahl um 21 809 zu konstatieren. 1910 hatte 1 561 392; 1911: 1 583 201 Abendmahlsgäste. Dennoch ist der Status der Zeit vor 10 Jahren nicht wieder erreicht, 1900 hatte noch 1 687 704; also trotz der nicht

¹⁾ Die statistischen Mitteilungen des deutsch-evangel. Kirchenausschusses geben die irrije Zahl 87,86 %.

unbeträchtlichen absoluten Bevölkerungszunahme auch hier eine Abnahme nicht nur der Verhältnis-, sondern auch der absoluten Zahl. Die Abendmahlsbeteiligung betrug 35,11 % der evangelischen Bevölkerung; 1900 noch 42,68, also ein Abstieg um mehr als 7 %. Die beste Prozentziffer haben ländliche Synoden: Marienberg 56,6, Großenhain 54,5, Oschatz 53,4, Dippoldiswalde 53,2, Oberlausitz 52 etc. Die schlechteste die großstädtischen Synoden: Dresden I: 23,2, Chemnitz I: 22,4, Dresden II: 21,3, Leipzig II: 20,7, Leipzig I: 16,1. Der sächsische Bericht notiert die schlichte Bemerkung eines Ephorus: „Die alten treuen Gäste sterben, und ihre Nachkommen und Erben treten leider dieses Erbe nicht an.“ Württemberg hat seit 1910 eine Besserung: 1909: 682 917; 1910: 694 836; 1911: 699 600; doch ist der Stand von 1900 trotz der inzwischen eingetretenen Bevölkerungsvermehrung noch lange nicht wieder erreicht; damals waren es 717 089, 1905 noch 716 564. In Württemberg sprechen, soweit wir zu sehen vermögen, für den Rückgang nicht nur Motive religiöser Indifferenz mit, sondern auch die der separatistischen Absonderung. Manche Glieder landeskirchlicher Gemeinschaften halten dort ihren Abendmahlsgang nicht in der landeskirchlichen Gemeinde, sondern in Separatkreisen. Baden hat für 1911 auch eine absolute Abnahme: 1910: 360 035; 1911: 356 097; doch war Baden im Vorjahr in der Zunahme gewesen. 1900 hatte 350 388 Abendmahlsgäste; der Status des Jahrzehnts ist also in Baden gehalten, wenigstens der absoluten Zahl nach, die Verhältnisziffer zeigt den üblichen Rückgang um 6 %. Hessen hat für 1911 eine nicht unbeträchtliche Zunahme der Abendmahlsgäste aufzuweisen, von 399 471 i. J. 1910 auf 406 263. Da die Zahl 1900: 397 545 betrug, ist der Status des Jahrzehnts gut gehalten, aber die Bevölkerungszunahme kam in der Kommunikantenziffer dennoch nicht genügend zum Ausdruck. Mecklenburg hat von jeher eine auffallend schlechte Abendmahlsteilnahme gehabt. 1909 stand die Kommunikantenziffer hier zum erstenmal unter 30 %, inzwischen hat sie sich zwar wieder etwas gehoben. Die Kommunikantenzahl, 1900 noch 201 994, fiel 1905 auf 196 678, 1909 gar auf 177 936, um sich dann 1910 auf 186 883 und 1911 auf 187 036 zu stellen.

Für die kleineren deutschen Landeskirchen geben wir nebeneinander die Zahlen von 1900, 1905, 1910 und 1911:

	1900	1905	1910	1911
Sachsen-Weimar	132 732	129 531	122 837	123 924
Mecklenburg-Strelitz . .	22 022	20 490	19 810	19 489
Oldenburg	64 605	62 257	57 765	58 363
Braunschweig	115 879	122 679	120 722	119 436
Sachsen-Meiningen . . .	85 813	85 836	80 030	81 938
Sachsen-Altenburg . . .	82 858	84 323	77 430	75 693
Sachsen-Koburg-Gotha . .	50 656	50 551	48 533	48 627
Anhalt	85 302	86 424	84 308	82 544
Schwarzb.-Sondershausen .	24 885	25 964	24 303	24 127
Schwarzburg-Rudolstadt .	27 369	27 784	26 271	25 482
Waldeck	42 122	42 042	40 277	39 207

	1990	1905	1910	1911
Reuß ä. L.	27 505	26 605	24 532	24 394
Reuß j. L.	47 499	47 815	46 028	45 631
Schaumburg-Lippe . . .	34 968	34 819	36 501	35 802
Lippe	70 441	71 039	72 611	70 103
Lübeck	15 485	17 103	16 463	16 138
Bremen	23 857	23 136	21 207	20 460
Hamburg	60 851	65 348	70 069	68 845
Elsaß-Lothringen, luth. .	113 030	109 168	104 333	105 018
„ ref.	21 008	22 304	24 297	24 780

Nur an Lippe, Schaumburg-Lippe und der reformierten Kirche in den Reichslanden ist der Rückgang des Jahrzehnts schonend vorübergegangen; an Lübeck und Braunschweig zwar auch, aber hier war der Status von 1900 schon sehr schlecht.

Die sinkende Abendmahlsbeteiligung ist ein ernstes Symptom, die niedrige Kommunikantenziffer eine der bedenklichsten der kirchlichen Statistik.

11. Verhältnis der kirchlichen Beerdigungen zu den Sterbefällen. Feuerbestattung.

Die kirchliche Beerdigungsziffer zeigt, abweichend von den Zahlen, die wir bis dahin gaben, im letzten Jahrzehnt steigende Tendenz. Die Gründe dafür sind im Kirchlichen Jahrbuch 1911, S. 333 angegeben; sie sind zum geringsten Teil religiöser Natur.

In der preußischen Landeskirche sind i. J. 1911 405 830 Personen verstorben (Vorjahr 376 855, das Jahr 1911 hatte eine abnorm hohe Sterblichkeit); mit kirchlichen Akten beerdigt wurden 341 551 (314 168), das sind 84,16% der Verstorbenen (83,37%). Innerhalb des Jahrzehnts ist die Prozentziffer der mit kirchlichen Akten Beerdigten nicht unbeträchtlich gestiegen. 1900 waren es erst 77,59%; 1905: 80,36%; 1906: 80,55%; 1907: 82,71%; 1908: 83,38%; 1909: 84,81%; erst 1910 brachte einen vorübergehenden Rückgang auf 83,37%, den 1911 in etwa wieder ausgleicht mit 84,16%. Es ist anzunehmen, daß die steigende Tendenz noch anhält.

Die einzelnen Provinzen Preußens zeigten i. J. 1911 folgende Zahlen: Ostpreußen 32 183 Sterbefälle und 28 257 kirchliche Beerdigungen = 87,80%. Westpreußen 14 053, 11 669 = 83,04%. Berlin 30 280, 19 343 = 63,88%. Brandenburg 51 819, 41 337 = 79,77%. Pommern 29 553, 25 592 = 86,60%. Posen 10 611, 9 364 = 88,53%. Schlesien 44 619, 36 591 = 82,01%. Sachsen 52 755, 42 398 = 80,37%. Westfalen 28 005, 26 755 = 95,54%. Rheinland 28 926, 25 935 = 89,69%. Die älteren Provinzen Preußens insgesamt 322 804, 267 271 = 82,80%. Schleswig-Holstein 23 638, 18 780 = 79,46%. Hannover 37 987, 36 017 = 94,82%. Hessen-Nassau 21 401, 19 483 = 91,04%. Ganz Preußen 405 830, 341 551 = 84,16%.

Um die Entwicklung des Jahrzehnts zu veranschaulichen, geben wir die Verhältniszahlen der drei Jahre 1900, 1910 und 1911 für jede Provinz hintereinander. Ostpreußen 80,29; 84,48; 87,80. Westpreußen 74,82; 83,63; 83,04. Berlin 52,10; 63,87; 63,88. Brandenburg 68,56; 80,12; 79,77. Pommern 78,37; 78,49; 86,60. Posen 82,81; 88,71; 88,53. Schlesien 76,80; 83,35; 82,01. Sachsen 74,30; 80,80; 80,37. Westfalen 93,85; 96,48; 95,54. Rheinland 81,67; 87,56; 89,69. Schleswig-Holstein 74,83; 79,89; 79,46. Hannover 93,58; 93,45; 94,82. Hessen-Nassau 88,46; 93,85; 91,04.

Die Zahlen der einzelnen Provinzen untereinander sind wenig vergleichbar, weil die Volkssitte bezüglich der Beerdigung junger Kinder sehr verschiedenartig gestaltet ist. Außerdem ist zu beachten, daß bei den mit kirchlichen Akten Beerdigten auch eine Reihe solcher Verstorbenen eingerechnet sind, die bei Lebzeiten der evangelischen Landeskirche nicht angehörten, also in der Rubrik der landeskirchlich Verstorbenen nicht einbegriffen sind. Wenn die „Statistischen Mitteilungen“ für Preußen als evangelisch-kirchlich beerdigt 70 Katholiken mit aufrechnen, so ist das von den einschlägigen Fällen nur ein geringer Bruchteil. Diese überall in den einzelnen Landeskirchen, besonders in Sachsen und Bayern, hinzutretenden Fälle machen, daß die wirklichen Ausfälle schwer zu berechnen sind.

Bayern rechts des Rheins notiert für 1911: 24458 evangelische Verstorbene und 24624 kirchliche Beerdigungen. Der Überschuß der letzteren Zahl erklärt sich so, daß 786 Totgeborene eingerechnet sind, das bringt die Verhältniszahl auf 100,63 (1900: 99,66). Die Pfalz hat 7953 Verstorbene, 7571 kirchlich Beerdigte = 95,20% (1900: 90,07). Sachsen hat die Zahlen 75388; 77528; 102,84 (1900: 98,83). Württemberg 29212; 26884; 92,03 (1900: 85,88). Baden 13230; 13006; 98,31 (1900: 98,47). Hessen 11948; 10927; 91,46. Mecklenburg-Schwerin 11258; 10993; 97,65 (1900: 98,90). Sachsen-Weimar 6871; 6451; 93,89 (1900: 96,09). Mecklenburg-Strelitz 1913; 1778; 92,94 (1900: 83,55). Oldenburg 5372; 5244; 95,94 (1900: 91,81). Braunschweig 7940; 5665; 71,35 (1900: 57,46). Sachsen-Meiningen 4250; 4035; 94,94 (1900: 94,34). Sachsen-Altenburg 4028; 3907; 96,99 (1900: 95,07). Sachsen-Koburg-Gotha 4601; 4342; 94,37 (1900: 90,04). Anhalt 5615; 4490; 79,96 (1900: 69,31). Schwarzburg-Sondershausen 1547; 1376; 88,94 (1900: 88,32). Schwarzburg-Rudolstadt 1538; 1448; 94,15 (1900: 91,98). Waldeck 762; 768; 100,80 (1900: 95,61). Reuß a. L. 1171; 1087; 92,83 (1900: 85,76). Reuß j. L. 2569; 2144; 83,46 (1900: 77,25). Schaumburg-Lippe 703; 700; 99,57 (1900: 98,39). Lippe 2146; 2181; 101,16 (1900: 92,66). Lübeck 1601; 1130; 70,58 (1900: 66,30). Bremen 3783; 3132; 82,79 (1900: 58,29!!).

Hamburg 10450; 6304; 60,33 (1900 ohne Angabe), Elsaß-Lothringen 4296; 3954; 92,03 (1900: 84,39).

Im allgemeinen haben die Zahlen dieses Abschnitts für die Kirchliche Statistik geringe Bedeutung.

Feuerbestattungen. Die Zahl der Feuerbestattungen war in Deutschland 1905: 1768. 1907: 2977. 1908: 4050. 1909: 4779. 1910: 6074. 1911: 7555. 1912: 8858. Die Zahl der Krematorien ist von 23 im Jahre 1910 auf 34 Ende 1912 gestiegen. Da das Gesetz vom 14. September 1911 auch für Preußen die Feuerbestattung zuläßt, wird man in der Zukunft über vermehrte Zahl zu berichten haben. Zurzeit sind in Preußen erst die Krematorien in Berlin, Frankfurt a. M., Wiesbaden und Hagen i. W. in Betrieb; mehrere sind im Bau, die Errichtung zahlreicher anderer wird geplant. Mecklenburg, Oldenburg, die Reichslande und einige mitteldeutsche Kleinstaaten haben die Feuerbestattung noch nicht zugelassen. Bayern ist dem preußischen Beispiel gefolgt, die erste Einäscherung erfolgte in München im November 1912. Berlin eröffnete sein Krematorium ebenfalls November 1912.

Von den im Jahre 1912 Eingäscherten (8858) entfiel die größte Zahl 1145 auf Leipzig, 650 auf Bremen, 629 auf Chemnitz, 596 auf Hamburg, 596 auf Gotha, 566 auf Dresden, 478 auf Mainz, 439 auf Stuttgart, 370 auf Ulm, 330 auf Offenbach, 328 auf Jena. Berlin hatte 66, Frankfurt a. M. 20, Hagen 8, Wiesbaden 3. Von den Eingäscherten waren 5411 Männer, 3447 Frauen. Dem evangelischen Bekenntnis gehörten an 7511, dem katholischen 641, 53 waren Altkatholiken, 312 Israeliten, 77 freireligiös, 100 Dissidenten, 164 andersgläubig und religionslos.

Die Bestimmungen des Ev. Oberkirchenrats in Berlin betr. die amtliche Mitwirkung der Geistlichen bei Feuerbestattungen brachten wir im Kirchl. Jahrbuch 1912 S. 347 zum Abdruck.

12. Übertritte und Austritte.

Wir brachten im vorjährigen Jahrbuch S. 350—360 zu dieser Materie eine eingehende Abhandlung, die sowohl die Ergebnisse der drei Jahre 1908—1910 behandelte (in denen eine lebhafteste Austrittsbewegung zum Atheismus, besonders in Berlin einsetzte), als auch in summarischer Übersicht für das Jahrzehnt 1900—1910 die gesamte Konversions-Bilanz Preußens gab. So könnten wir uns hier auf die Berichterstattung des letzten Jahres beschränken, ziehen jedoch zum Berichtsjahr 1911 noch die beiden vorausgehenden Jahre im Vergleich hinzu, um die zahlenmäßige Unterlage zu bieten zur Beantwortung der Frage, ob die Austrittsbewegung, wie ihre Vertreter behaupten, mit unaufhaltsamer Kraft vorwärts drängt, oder bereits einen Teil ihrer Stoßkraft verloren hat.

Insgesamt traten durch Konfessionswechsel in die evangelische Landeskirche Preußens ein: 1900: 5746 Personen. 1905: 6911.

1906: 6538. 1907: 7061. 1908: 6985. 1909: 7042. 1910: 7308. 1911: 7562. Es ist also keineswegs so, als ob die evangelische Kirche an Anziehungskraft verloren hätte. Die genannten Jahre zeigen, mit einziger Unterbrechung von 1908, ein stetiges Ansteigen.

Die Zahl derer, die die evangelische Kirche verließen, war 1900 noch recht gering gegen die Ergebnisse am Ende des Jahrzehnts, nämlich 2238; langsam wuchs die Ziffer bis 1905 auf 3741. Dann kam der erste Ansturm zum Kirchenaustritt und brachte die Zahl auf 14125, 1907 ging sie auf 10816 zurück. Die erneute atheistische Propaganda brachte 1908 ein gewaltiges Anschwellen auf 23 204, von da an sinkt trotz aller Agitation die Ziffer auf 19516 i. J. 1909, 13519 i. J. 1910 und 12948 i. J. 1911. Insgesamt sind in den vier Agitationsjahren 1908—1911, deren erstes besonders in Berlin sich auch die Sekten zunutze machten, 2212 Angehörige der evangelischen Kirche zum Katholizismus übergetreten (den umgekehrten Weg gingen in den vier Jahren 24 334 Katholiken), 18 699 zu christlichen Sekten und Gemeinschaften und 66 753 zu Dissidenten und Religionslosen. Das sind zwar an sich bedeutungsvolle Zahlen, doch darf man nicht übersehen, daß sie als Zahlen im Konfessionsaufbau wenig ausmachen, und an inneren Werten hat die evangelische Kirche schließlich noch weniger verloren, als diese Zahlen zu sagen scheinen.

Der Konfessionsaustausch mit dem Judentum ist rein zahlenmäßig ziemlich belanglos. Austritte zum Judentum werden fast nur durch äußere Rücksichten („Einheirat“ u. dergl.) bedingt. Sie entfallen in erster Linie auf einige Großstädte (Berlin, Breslau), Berlin hatte von den 42 des Jahres 1911 allein 24. Übertritte vom Judentum hatte die evangelische Kirche 1905: 346. 1906: 298. 1907: 343. 1908: 384. 1909: 314. 1910: 360. 1911: 363.

Wie schwer es ist, die Konversions-Bilanz mit der katholischen Kirche reinlich festzustellen, haben wir früher des öfteren ausgeführt. Der Grund ist lediglich der, daß die katholische Kirche über die Zahl der zu ihr Übertretenden einen Schleier breitet. Daß das aus zarter Rücksicht geschehen sollte, ist schwer anzunehmen. Es mag dort wohl eine Reihe Konversionen geben, die im „Interesse des konfessionellen Friedens“ besser im dunkeln bleiben. Das Jahr 1900 buchte offiziell 355 Evangelische, die zur katholischen Kirche übertraten. 1905: 441. 1906: 414. 1907: 494. 1908: 510. 1909: 500. 1910: 544. 1911 überschritt mit 658 zum erstenmal das 6. Hundert. Die Zunahme gegen das Vorjahr entfällt zumeist auf Schlesien und Sachsen. Eine stetige unaufhaltsame Zunahme zeigen die Übertritte von Katholiken zur evangelischen Kirche. 1900 waren es 4637. 1905 schon 5939. 1907: 6037. 1910: 6126. Die Zahl von 1911: 6320 ist die höchste bisher gebuchte. Seit 1900 sind in Preußen 67 520 Katholiken zur evangelischen Kirche übergetreten, in ganz

Austritts und Übertrittsbewegung in Preußen 1909, 1910, 1911.

Provinz	1						2						3						4						5						6						7					
	Übertritte zur evangelischen Kirche von												Austritte aus der evangelischen Kirche zu																													
	Juden			Katholiken			Sekten und Dissidenten			Juden			Katholiken			Sekten und christl. Gemeinschaften			Dissidenten (ohne Übertritt zu christlichen Gemeinschaften)																							
	1909	1910	1911	1909	1910	1911	1909	1910	1911	1909	1910	1911	1909	1910	1911	1909	1910	1911	1909	1910	1911	1909	1910	1911	1909	1910	1911	1909	1910	1911												
Ostpreußen . . .	5	16	8	145	152	157	56	60	69	1	1	—	21	37	15	215	155	268	28	31	36																					
Westpreußen . .	5	8	6	403	378	399	31	30	38	1	—	1	23	24	14	77	35	48	44	29	57																					
Berlin	134	156	164	580	672	581	100	104	119	22	33	24	40	34	32	326	103	52	8997	3726	3748																					
Brandenburg . .	25	40	30	400	428	425	75	77	131	1	4	5	27	17	17	311	278	178	2856	3097	2107																					
Pommern	4	8	9	98	101	100	37	35	33	2	1	—	5	5	5	96	63	111	369	154	117																					
Posen	3	6	3	278	241	331	10	20	15	—	—	—	24	19	23	28	40	74	4	6	7																					
Schlesien	26	30	56	1640	1707	1853	23	45	58	7	9	7	86	92	136	356	238	165	313	308	367																					
Sachsen	19	15	16	301	314	306	62	35	38	—	2	2	15	21	111	243	224	414	538	507	576																					
Westfalen	15	18	4	607	645	735	179	173	139	—	1	1	110	112	121	386	488	393	885	585	484																					
Rheinprovinz . .	22	20	25	884	945	845	125	132	148	3	3	1	113	140	119	541	434	439	799	817	901																					
Ältere Prov. . .	258	317	321	5336	5583	5732	698	711	788	37	54	41	464	501	589	2579	2088	2142	14833	9260	8400																					
Schleswig-Holst.	7	5	3	117	104	151	19	17	9	—	—	—	2	6	—	58	41	38	526	665	632																					
Hannover	9	11	13	247	227	235	60	52	43	—	—	1	16	18	18	234	171	442	376	246	267																					
Hessen-Nassau .	40	27	26	198	212	202	53	42	39	2	—	—	18	19	51	229	286	167	122	164	160																					
Ganz Preußen .	314	360	363	5898	6126	6320	830	822	879	39	54	42	500	544	658	3100	2586	2789	15857	10355	9459																					
Austritte 1909: zu christl. Gemeinschaften 3 100, ohne Übertritt zu christl. Gemeinschaften																			15 857, zusammen	18 957.																						
" 1910: "																			10 335	12 921.																						
" 1911: "																			9 459	12 248.																						
																			35 651	44 126.																						

Austritte 1909: zu christl. Gemeinschaften	3 100, ohne Eintritt zu christl. Gemeinschaften	15 857, zusammen	18 957.
„ 1910: „	2 586 „	10 335 „	12 921.
„ 1911: „	2 789 „	9 459 „	12 248.
	<u>8 475</u>	<u>35 651</u>	<u>44 126.</u>

Deutschland annähernd 80 000. Bezüglich der Konversion von Katholiken steht die Provinz Schlesien seit Jahren an der Spitze; aber auch Berlin liefert ein starkes Kontingent und im Westen die Rheinprovinz. Die Lockerung der Seßhaftigkeit begünstigt eben auch den Konfessionswechsel.

Übertritte christlicher Dissidenten zur Landeskirche finden sich hauptsächlich in Groß-Berlin und in den beiden Westprovinzen Rheinland und Westfalen. Es handelt sich da oft um Rückwanderer, d. h. um Leute, die selbst oder deren Eltern die Landeskirche verlassen hatten, um in irgend einer christlichen Sekte zeitweilig Unterschlupf zu suchen. Die Austritte zu Sekten und christlichen Gemeinschaften entfallen neben den genannten Provinzen auch auf Ostpreußen und neuerdings auf Sachsen und Hannover. 1908 waren es nicht weniger als 10 224, von denen $\frac{2}{3}$ auf Berlin kamen. 1909: 3100. 1910: 2586. 1911: 2789. Das wird sich wohl für die nächsten Jahre nicht beträchtlich ändern.

Das Hauptinteresse nehmen die Austritte zur Religionslosigkeit in Anspruch. 1909 hatte die Bewegung zum Austritt aus der Landeskirche ihren Höhepunkt. Damals traten in der Preußischen Landeskirche 15 857 Personen aus, von denen annähernd 11—12 000 auf Groß-Berlin kamen. 1910 ging die Zahl schon auf 10 355 zurück, darunter etwa 6—7 000 in Berlin. 1911 zeigte die Ziffer 9459 mit etwa 5700—5800 auf Berlin entfallenden.

Es ist bei dieser Sachlage nicht verwunderlich, daß das Komitee „Konfessionslos“ — von dem wir im vorjährigen Jahrbuch berichteten, S. 356 ff. — im Verlauf des Jahres 1912 die großartigsten Anstrengungen gemacht hat, der Austrittsbewegung neue Impulse zu geben. Am Reformationstag 1912 sollte ein Sturm der Austrittserklärungen durch ganz Deutschland gehen, dann sollten die „gesammelten Austrittserklärungen auf den Tisch der Amtsgerichte fliegen“, dann werde, wenn erst die Tausende oder die Hunderttausende der Kirche lächelnd den Abschied gegeben hätten, die „christliche Kirche eine tödliche Wunde erhalten“. Aber dieser Tag, von dem das Komitee unter monistischer Führung so Großes erwartet hatte, ist ziemlich spurlos vorübergegangen. Es scheint, als ob man den Untergang der christlichen Kirche aus praktischen Erwägungen noch für einige Zeit vertagt hätte. Die Ruhmredigkeit dieses Komitees streift fast ans Skurrile. Es ist taktisch nie geraten, „preisend mit viel schönen Reden“ der Mitwelt die Erfolge zu verkündigen, die man — erst noch erringen will. Neuerdings hat das Komitee sogar die Taktlosigkeit begangen, das Gedächtnis des Befreiungskampfes von 1813 für seine Ziele heranzuziehen. Am 10. März 1913 wurde in Berlin ein Flugblatt verbreitet: „Der geistige Befreiungskampf 1913“, darunter verstand man die „Losreißung von der Fremdherrschaft der Kirche“, und nannte diese das „rechte Jubiläum der Tat“.

Die Agitation des Komitees „Konfessionslos“ schien sich in Süddeutschland, besonders in Nürnberg, besondere Erfolge zu versprechen. 40 000 Flugblätter waren in der Stadt verbreitet. Der Sprecher einer freireligiösen Gemeinde tat sein Bestes, die Kirche herunterzureißen, aber es wurde ihm auch wacker der Widerpart gehalten. Ähnlich in andern bayrischen Städten: München, Schweinfurt. Im Rausch der Begeisterung trugen sich wohl Hunderte in die ausliegenden Bogen ein, mit der Verpflichtung, demnächst aus der Landeskirche auszutreten. Das Komitee „Konfessionslos“ bezifferte seinen Erfolg in Schweinfurt auf 735 Austritte, in Wirklichkeit wurden bis zum Dezember 52 Austritte angemeldet. In Nürnberg waren es statt der erwarteten Tausende 130. Hier traten die Vertreter der freieren Theologie (Pfr. Rittelmeyer) den Agitatoren erfolgreich und energisch entgegen. Auch Leipzig und Dresden haben solche Agitationsversammlungen gesehen. Berlin fehlte selbstverständlich nicht. Wenn die atheistische Presse triumphierend mitteilt, daß in einer Oktober-Versammlung 800 Kirchenaustritte erzielt seien, so wird auch hier der Rausch der Phrase zu scheiden sein von den Tatsachen.

Der bekannte Evangelist Pfr. Samuel Keller schreibt von diesen Bestrebungen gelegentlich: „Ich wünschte aufrichtig, daß dem Komitee „Konfessionslos“ der Erfolg so schnell wie möglich beschieden sein möchte, daß es alle diese Leute, die bisher in der Landeskirche mitgegangen sind, nach ihrer Gesinnung aber auf antichristlichem Standpunkte stehen, wirklich zum Austritt brächte. Dann würde durch unsere Reihen ein Aufatmen gehen wie über eine Art von passiver Reformation. Wir würden mit einem Schlage befreit werden von Tausenden von Mitläufern. Was aber würde deren Schicksal sein? Man kann es schon sagen. In Amerika wurde vor nun bald hundert Jahren ein Städtchen gegründet, in dem bei Todesstrafe keine Bibel gelesen werden und kein Pfaff“ auch nur über Nacht bleiben durfte. Nach 18 Jahren, wo dieses Städtchen nur den Namen eines Raubnestes getragen hatte, löste sich das Gemeinwesen auf. Der Atheismus hat keine gemeinbildende Kraft.“

Massenaustrittsbewegungen auf dem Lande sind fast immer das Produkt irgend welcher Verärgerung. So hatten 268 Gemeindeglieder des Pfarrbezirks Obernbeck der Kirchengemeinde Mennighüffen in Westfalen ihren Kirchenaustritt angemeldet, weil ihr Bezirk nicht so schnell selbständige Parochie werden sollte, als sie dachten und sie sich an einen Hilfsgeistlichen gehängt hatten, der das Vertrauen mißbrauchte. Nachdem die Besinnung wiedergekommen war, wurde die Austritts-Erklärung zurückgezogen, bzw. die zweite definitive Erklärung nicht vollzogen. So sind auch in Gorbitz (Kgr. Sachsen) Leute ausgetreten wegen unerwünschter Ausfarrung. Das sind Dinge geringen Gewichts, die zu jeder Zeit geschehen und keinerlei symptomatischen Wert haben.

Anstalts- und Übertrittsbewegung sämtlicher deutschen evangelischen Landeskirchen 1909, 1910 und 1911.

	1.			2.			3.			4.			5.			6.			7.					
	Übertritte zur evangelischen Kirche von												Austritte aus der evangelischen Kirche zu											
	Juden			Katholiken			Sekten und Dissidenten			Juden			Katholiken			sonstigen christl. Gemeinschaften			ohne Zutritt zu andern christl. Gemeinschaften					
	1909	1910	1911	1909	1910	1911	1909	1910	1911	1909	1910	1911	1909	1910	1911	1909	1910	1911	1909	1910	1911			
Preußen . . .	314	360	363	5898	6126	6320	830	822	879	39	54	42	500	544	658	3100	2586	2789	15857	10335	9459			
Bayern . . .	22	12	18	224	277	340	55	33	27	—	6	2	144	126	143	163	255	188	97	176	364			
Sachsen . . .	24	35	29	906	962	938	139	130	154	7	9	5	47	47	54	131	960	921	374	336	449			
Württemberg . .	4	4	2	103	126	112	53	48	53	—	—	2	63	47	57	157	244	306	114	137	169			
Baden . . .	6	5	6	160	165	209	17	17	12	1	3	3	51	44	52	128	137	136	253	252	353			
Hessen . . .	5	5	6	148	196	193	20	17	31	—	—	1	10	20	12	61	92	112	64	66	35			
Meckl.-Schwein.	4	1	2	26	34	41	5	14	3	—	—	—	—	6	5	43	38	29	78	1	—			
S.-Weimar . . .	1	1	1	25	22	25	—	—	6	—	—	—	7	—	—	27	14	13	—	74	111			
Meckl.-Strelitz .	—	—	3	5	3	7	3	—	5	—	—	—	1	—	—	3	6	4	—	—	—			
Oldenburg . . .	—	—	—	50	63	76	12	8	11	—	—	—	3	5	2	24	37	29	22	45	66			
Braunschweig . .	2	2	2	112	108	119	76	12	2	—	—	—	8	3	12	34	19	24	38	98	76			
S.-Meiningen . .	—	4	—	4	8	5	3	5	3	—	—	—	—	—	1	77	15	19	—	5	51			
S.-Altenburg . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	62	18	10	79	10	40			
S.-Koburg-Gotha	2	—	6	9	10	21	1	2	7	—	—	1	—	3	1	14	9	8	50	2	40			
Anhalt . . .	4	3	—	7	2	23	4	5	—	—	—	—	—	1	—	37	24	26	18	28	54			
Schw.-Sondersh.	—	—	—	28	20	13	16	—	10	—	—	—	1	1	—	6	2	5	1	—	2			
Schw. - Rudolst.	1	1	—	2	4	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	1	—	—	—			
Waldeck . . .	—	2	—	1	5	—	9	—	1	—	—	—	—	—	—	2	14	8	—	—	—			
Reuß ä. L. . .	—	1	—	2	3	6	1	2	7	—	1	—	—	—	—	14	8	7	—	2	9			
Reuß j. L. . .	—	—	—	5	4	6	5	—	—	—	—	—	—	2	2	15	16	3	20	34	15			
Schaumb.-Lippe	—	—	—	—	2	2	—	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—			
Lippe . . .	1	1	—	2	8	6	—	—	—	?	—	—	—	—	—	1	4	—	—	—	—			
Lübbeck . . .	1	2	—	10	13	5	—	—	—	—	—	—	—	1	—	12	2	—	4	11	34			
Bremen . . .	9	3	4	21	29	29	—	—	—	1	—	—	—	—	—	12	2	1	—	1	4			
Hamburg . . .	20	23	19	48	64	57	—	8	2	—	4	4	—	—	—	45	30	37	655	682	727			
Elbsaß-Lothringen	—	4	2	84	32	116	4	7	2	1	—	—	18	22	12	7	6	10	30	—	—			
Ganz-Deutschland	420	471	466	7886	8301	8684	1170	1117	1223	49	77	60	854	877	1011	5850	4537	4680	17754	12296	12058			

Für die gesamten deutschen Landeskirchen gibt die nebenstehende Tabelle, welche die drei Jahre 1909—1911 umfaßt, die genauen Konversionsziffern. Übertritte von der kathol. Kirche sind nicht unbeträchtlich gestiegen in Bayern, Baden und den Reichslanden. Sachsen hatte früher annähernd 1000 Übertritte dieser Art, in den letzten Jahren sind sie zwar etwas geringer geworden, nähern sich aber wieder dieser Zahl. Dem Verordnungsblatt des Evang.-luth. Landeskonsistoriums in Dresden (1912, Nr. 9) entnehmen wir folgende genaue Aufstellung der Übertritte in Sachsen aus dem Jahre 1911:

Übertritte zur Landeskirche	von — zu	Austritte aus der Landeskirche
2	der reformierten Kirche	16
938	der römisch-katholischen Kirche	54
16	den Deutsch-Katholiken	160
11	den separierten Lutheranern	19
16	den apostolischen Gemeinden älterer Ordnung	15
29	den neuapostolischen Gemeinden	107
41	den Methodisten	210
20	den Baptisten	25
19	der Tempelgemeinde und anderen Sekten	369
29	dem Judentum	5
39	Personen, die keiner anderen Gemeinschaft an- gehörten, beziehentlich die nicht zu einer anderen Gemeinschaft übertraten	449
zus. 1160		zus. 1429

Austritte zum Katholizismus liegen außer in Preußen nur in Bayern in nennenswerter Zahl vor, doch sind sie auch hier nicht halb so zahlreich, als die Übertritte von Katholiken zur evangelischen Kirche. Austritte zu irgend welchen Sekten sind an Zahl gewachsen in Hessen und Württemberg, haben aber abgenommen in Sachsen. Die Gesamtzahl der Austritte zum Atheismus hat gegen 1909 bedeutend abgenommen, auch die Höhe von 1910 nicht gehalten. Vielleicht, ja wahrscheinlich, wird 1912 wieder eine Zunahme zeigen dank der skrupellosen Agitation des oben erwähnten Komitees „Konfessionslos“, dem es vielleicht gelingen wird, hier und da auch die gebildeten Stände in die Austrittsbewegung hineinzuziehen. Doch läßt sich jetzt schon übersehen, daß seine utopistischen Erwartungen sich bei weitem nicht erfüllen werden. Gesteigerte Zahlen zeigen für 1911 Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und — Hamburg; doch reicht das alles nicht aus, um den Rückgang in Preußen um rund 900 auszugleichen.

Eine Gesamtaufstellung der Übertritte und Austritte in Preußen für das Jahrzehnt 1900—1910 gaben wir im vorjährigen Jahrbuch Seite 360.

13. Neubesetzung von Pfarrstellen, Lebens- und Dienstalter der verstorbenen und emeritierten Geistlichen in Preußen.

In der Landeskirche der älteren Provinzen Preußens kamen im Jahre 1911 mit Einschluß von 173 nicht fundierten Hilfspredigerstellen 778 geistliche Stellen zur Neubesetzung, gegen 826 im Vorjahr. Mithin sind rund 9,70 % (10,5 %) der in einer Gesamtzahl von rund 7900 vorhandenen geistlichen Stellen neu besetzt worden.

Es wurden bei dem Stellenwechsel berufen 380 (388) bisher schon in einem geistlichen Amt festangestellte Geistliche, 261 (293) bisherige Pfarrvikare, Hilfsprediger oder Pfarrgehilfen, 137 (145) Pfarramts-Kandidaten.

Bei den fundierten geistlichen Stellen wurde die Erledigung und Neubesetzung herbeigeführt: durch den Tod des bisherigen Inhabers in 77 (67) Fällen, durch Emeritierung in 130 (142) Fällen, durch Versetzung in 339 (345) Fällen, durch Amtsniederlegung in 11 (9) Fällen, durch Amtsentsetzung in 3 (4) Fällen, durch Neubegründung der Stelle in 45 (72) Fällen. Die Zahl der Emeritierungen steht jetzt jährlich höher als zuvor. 1907 betrug sie 98. 1908: 81. 1909 — Inkrafttreten der neuen Emeritenordnung Mai 1909 — 159. 1910: 142. 1911: 130. Es ist zu erwarten, daß sie in der Zukunft etwas sinken wird.

Von den im Jahre 1911 erledigten 605 geistlichen Stellen sind wieder besetzt worden:

1. durch geistliche und königliche Behörden 179 = 25,59 % (1910: 165 = 25,82 %);
2. durch standesherrliches oder Privatpatronat 222 = 36,69 % (1910: 236 = 36,93 %);
3. durch Gemeindewahl 204 = 33,72 % (1910: 238 = 37,25 %).

Für das Lebens- und Dienstalter der verstorbenen und emeritierten Geistlichen geben wir — wie in den Vorjahren — folgende auf die Jahre 1910 und 1911 bezügliche Tabelle:

Provinz	Verstorbene Geistliche 1910 u. 1911						Emeritierte Geistliche 1910 u. 1911					
	Anzahl		Durchschnittl. Lebensalter in Jahren		Durchschnittl. Dienstalter in Jahren		Anzahl		Durchschnittl. Lebensalter in Jahren		Durchschnittl. Dienstalter in Jahren	
			1910	1911	1910	1911			1910	1911	1910	1911
Ostpreußen .	4	6	51,75	48,83	24,50	20,87	6	11	65,67	65,36	35,83	37,27
Westpreußen .	5	3	53,40	48,00	23,60	20,67	5	3	60,00	66,00	31,40	39,00
Brandenburg .	12	13	57,00	53,46	29,25	23,38	33	26	66,21	69,35	37,79	42,08
Pommern . .	8	13	60,63	62,08	33,88	31,92	18	16	62,94	66,38	34,83	37,81
Posen . . .	2	1	45,50	42,00	18,50	15,00	5	8	57,00	57,88	30,20	29,75
Schlesien . .	10	10	49,20	54,40	21,50	26,60	13	19	67,00	70,63	46,69	41,84
Sachsen . .	20	19	58,95	57,00	30,30	28,21	33	30	67,48	66,60	38,61	38,47
Westfalen . .	3	5	59,00	61,20	32,67	32,00	9	8	64,33	70,00	37,67	43,38
Rheinland . .	3	7	50,00	56,29	22,33	28,57	20	9	63,35	67,00	36,30	39,78
Ganz Preußen	67	77	55,70	55,95	27,77	27,39	142	130	65,08	67,29	37,63	39,37

14. Normierung der Pfarrgehälter, Ruhegehälter der Emeriten, Pfarrwitwen und -Waisenbezüge in sämtlichen deutschen Landeskirchen.

Da nach dem Vorgange Preußens (1909) eine ganze Reihe Landeskirchen, so Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Mecklenburg u. a., die Pfarrgehälter neu normiert haben und diese Bewegung einen gewissen Abschluß erreicht zu haben scheint — nur einige kleinere Landeskirchen stehen noch im Rückstand — geben wir eine Aufstellung der geltenden Sätze. Das kann hier nur in knapper Kürze geschehen ohne Rücksicht auf komplizierende Einzelbestimmungen:

1. **Preußen** — für die Landeskirche der älteren Provinzen und die neueren Provinzen einheitlich. Minimalsätze der Pfarrgehälter: 1.—3. Dienstjahr 2400 M., 3.—5.: 2800 M., 6.—8.: 3200 M., 9.—11.: 3700 M., 12.—14.: 4200 M., 15.—17.: 4700 M., 18.—20.: 5200 M., 21.—23.: 5600 M., 24 und mehr: 6000 M. Sämtliche Pfarrstellen sind in neun Grundgehaltsklassen eingeteilt: Klasse 1—2 mit einem Betrag des Grundgehalts (urspr. Stelleneinkommen) von 2400 M., 3: 3000 M., 4: 3600 M., 5: 4200 M., 6: 4500 M., 7: 4800 M., 8: 5100 M., 9: 5400 M. Dazu treten eventuell die nach obigen Sätzen zu ermittelnden Alterszulagen. Inhaber der Stellen mit hohem Grundgehalt (bis zu 6000 M.) zahlen keine Abzüge, doch werden in sie nur Pfarrer mit höheren Dienstjahren berufen: 5.—7. Grundgehaltsklasse: 9 Dienstjahre, 8. Grundgehaltsklasse: 12 Dienstjahre, darüber 15 Dienstjahre erforderlich. Stellen über 6000 M. zahlen eine jährliche Stellenabgabe in wachsender Skala von 1—10 % des 6000 M. überschießenden Pfründeneinkommens.

Außerdem gehört zum Stelleneinkommen freie Dienstwohnung mit Hausgarten bzw. Mietsentschädigung. Viele, besonders großstädtische Gemeinden gewähren über die obigen Minimalsätze hinaus Ortszulagen von 300—2000 M., bei der Emeritierung anrechnungsfähig.

Ruhegehälter der Emeriten: bis zum 10. Dienstjahre $\frac{20}{60}$ des Einkommens, mit jedem Dienstjahr steigend um $\frac{1}{60}$ bis zum vollendeten 30. Dienstjahr, von da ab jährlich steigend um $\frac{1}{120}$ bis zum Höchstbetrag von $\frac{3}{4}$ des Einkommens, jedoch nicht über 6000 M. Der Wert der Dienstwohnung (oder Mietsentschädigung) wird mit dem festen Betrag von 800 M. angerechnet auf das ruhegehaltsfähige Einkommen.

Pfarrwitwen-Bezüge: Bei einem Dienstalter des verstorbenen Geistlichen oder Emeriten: bis zum 5. Dienstjahr: 700 M., vom 5.—10. 750 M., vom 10.—15. 800 M., vom 15.—20. 900 M., vom 20.—25. 1050 M., vom 25.—30.

1250 M., vom 30.—35. 1450 M., vom 35.—40. 1650 M., nach 40: 1800 M.

Pfarrwaisen-Bezüge: (bis zum vollendeten 18. Lebensjahr) Halbwaisen: 250 M. für jedes Kind; Vollwaisen 400 M. für jedes Kind.

2. Bayern rechts des Rheins.

Pfarrgehalter: Anfangsgehalt bis zum 12. Dienstjahr 2400 M., vom 12. Dienstjahr ab: 2600 M., vom 15.: 2800 M., vom 18.: 3000 M., vom 22.: 3200 M., vom 26.: 3400 M., vom 30.: 3600 M. In den „unmittelbaren Städten“ 300 M. Zulage auf allen Stufen.

Die Dekane je nach Größe des Dekanats: Funktionszulage von 540—1080 M. 5 Dekane 540 M., 34 Dekane 720 M., 20 Dekane 900 M., 6 Dekane 1080 M.

Ruhegehalter: 2000, 2200 und 2600 M.

Witwen-Pension: 1200 M. Minderjährige Doppelwaisen erhalten den Betrag der Witwenpension weiter. Pfarrwitwen erhalten Erziehungsbeiträge für jedes Kind von 240 M.

Bayern links des Rheins (Pfalz). Anfangsgehalt bis zum 12. Dienstjahr 2700 M., vom 12. Dienstjahr ab 2900 M., vom 15. 3100 M., vom 18. 3300 M., vom 22. 3500 M., vom 26. 3700 M., vom 30. 3900 M. Außerdem Dienstwohnung bzw. Mietsentschädigung. Dekane: Funktionszulage von 1080 M.

Pfarrwitwen-Bezüge: 1080 M., jede Halbwaise 200 M., einzige Doppelwaise 680 M., jede weitere 224 M.

3. Sachsen. Minimalsätze der Pfarrgehalter: Anfangsgehalt 2600 M., nach 3 Dienstjahren 3000 M., nach 6: 3400 M., nach 9: 3900 M., nach 12: 4400 M., nach 15: 4800 M., nach 18: 5200 M., nach 21: 5600 M., nach 24: 6000 M. Die Pfarrstellen sind nach dem Pfründenertrag in 12 Klassen eingeteilt. Geistliche, welche vor dem 30. Lebensjahr mehr als 3600 M., vor dem 35. mehr als 4800 M., vor dem 40. mehr als 6000 M. beziehen durch fundiertes Stelleneinkommen, haben bis zur Erfüllung des betr. Lebensjahres, längstens jedoch fünf Jahre, die Hälfte des Mehrbetrags an den Emeritierungsfonds abzugeben.

Ruhegehalter der Emeriten: Vom 10.—15. Dienstjahr 30 % des Gehalts (unter Einrechnung der Dienstwohnung mit 450 bzw. 600 M.). Vom 15.—25. Dienstjahr steigt das Ruhegehalt um jährlich 1 %, dann um 2 %, vom 26.—32. Dienstjahr um je 3 %, vom 33.—39. Dienstjahr um je 1 %, und erreicht mit Vollendung des 39. Dienstjahrs 80 %, jedoch höchstens 7750 M.

Pfarrwitwen-Bezüge: Nach dem Dienstalder des verstorbenen Gatten: 20—30 % des Diensteinkommens. Eine

Erhöhung nach bestimmter Skala um 12,5 % bzw. 7,5 % seit 1908.

Pfarrwaisen-Bezüge: Halbwaisen $\frac{1}{4}$, Ganzwaisen $\frac{1}{3}$ des Witwenbezuges.

4. **Württemberg.** Pfarrgehälter: Die Pfarrstellen sind in 3 Klassen eingeteilt; 40 % gehören zur Klasse 1; 40 % zu Klasse 2; 20 % zu Klasse 3. Die Gehaltssätze sind:

		Kl. 1.	Kl. 2.	Kl. 3.
Anfangsgehalt bis zum 9. Dienstjahr		2400 M.;	2600 M.;	2800 M.
Nach vollendetem	9.	2700 "	2900 "	3100 "
"	12.	3000 "	3200 "	3400 "
"	15.	3300 "	3500 "	3700 "
"	18.	3600 "	3800 "	4000 "
"	21.	3900 "	4100 "	4300 "
"	24.	4200 "	4500 "	4800 "
"	27.	4700 "	4900 "	5100 "

Dekane 4000, 4400 und 5200 M. (1) und fünfmal nach je 3 Dienstjahren 400 M. Alterszulage. 20 Pfarrstellen größerer Städte ebenfalls 4000 M. Grundgehalt und Alterszulage wie bei den Dekanen.

Emeriten-Bezüge: Bis zum 10. Dienstjahr 40 % des Gehalts, steigend um $1\frac{3}{4}$ % jedes Jahr bis zu 2400 M., um $1\frac{1}{2}$ % bei höherem Gehalt als 2400 M. Höchstpension nach 40 Dienstjahren 3900 M. bzw. 4250 M. Anrechnung der Dienstwohnung mit 480 M. bei den Pfarrern, 600 bzw. 750 M. bei den Dekanen.

Pfarrwitwen: 50 % des Ruhegehaltsanspruchs des Verstorbenen. Pfarrwaisen: Halbwaisen jedes Kind $\frac{1}{5}$, Vollwaisen jedes Kind $\frac{1}{3}$ der Witwenpension bis zum 18. Jahr.

5. **Baden.** Pfarrgehälter (Dienstalter vom Tage der Aufnahme als Pfarrkandidat gerechnet).

Anfangsgehalt 2400 M. Vom 9. Dienstjahr 2700 M., alle 2 Jahre um 300 M. steigend bis zum Höchstbetrag von 5400 M. (27. Dienstjahr).

Ruhegehalt: Bis zum 10. Dienstjahr 40 % des Einkommens zuzüglich 600 M., steigend um jedes weitere Dienstjahr um 1 %, bis mit 45 Dienstjahren 75 % erreicht sind. Danach Mindestruhegehalt 1440, Höchstruhegehalt 4500 M.

Witwenbezüge: 25 % vom letzten Dienst Einkommenanschlag (zuzüglich Akzidenzien und 8 % für die Dienstwohnung) außerdem aus allgemeinen Fonds 400 M. Gesamtbezug einer Witwe also 900 M. bis höchstens 2000 M.

Waisenbezüge: Halbwaisen neben dem Witwengeld (Söhne bis zum 20., Töchter bis zum 18. Jahr) Jahreszuschuß von 200 M., zusammen nicht über 1250 M. Vollwaisen: 1 Kind 500 M.; 2 Kinder 850 M.; 3 Kinder 1100 M.; 4 Kinder 1400 M.; 5 oder mehr Kinder 1750 M.

6. **Hessen.** Pfarrgehälter: Anfangsgehalt 2300 M., nach 5 Dienstjahren: 2600 M., nach 8: 3000 M., nach 11: 3400 M., nach 14: 3900 M., nach 17: 4400 M., nach 20: 4900 M., nach 23: 5300 M., nach 26: 5700 M. In den Städten Darmstadt, Offenbach, Mainz, Worms, Gießen und Bad Nauheim Zulage von 225 M. (unterste und oberste Gehaltsklasse) resp. 300 M. (mittlere Gehaltsklasse).

Ruhegehalt: In den ersten 5 Dienstjahren 40 % des Gehalts, bis zum 10. je weitere 2 %, bis zum 30. je weitere 1½ %, bis zum 50. je weitere 1 %, dann volles Gehalt. 300 M. werden als Anrechnung für die Dienstwohnung auf allen Stufen zur Berechnung des Ruhegehalts zugeschlagen. Mindestruhegehalt 1040 M., Höchstruhegehalt 6000 M.

Witwenbezüge: Mindestens 1200 M., für jedes Kind (bis zum 21. Jahr) je 240 M., jedoch im ganzen nicht über 2400 M. Vollwaisen zusammen bis 21 Jahr 1200 M., bei 3 und mehr Kindern je 150 M. Zulage, doch zusammen nicht über 2400 M.

7. **Mecklenburg-Schwerin.** Pfarrgehälter: Pfründensystem. Wo das örtliche Stellengehalt 5500 M. nicht erreicht, werden Alterszulagen gewährt. Minimalgehalt 3000 M., Maximalgehalt 5500 M. 6.—10. Dienstjahr mindestens 3500 M., 11.—15.: mindestens 4000 M., 16.—20.: mindestens 4500 M., 21.—25.: mindestens 5000 M., vom 26. Dienstjahr ab mindestens 5500 M. Außerdem freie Wohnung. Die Pfarreien sind in 6 Klassen eingeteilt; 1. Klasse: Ortsstellengehalt unter 3000 M. wird auf diese Summe aufgebessert, die 500 M.-Zulagen beginnen, wie obige Skala zeigt, mit dem 6. Dienstjahr. 2. Klasse: Ortsstellengehalt von 3000—3500 M. wird auf den Anfangsgehalt von 3500 M. gestellt, die Zulagen wie oben beginnen mit dem 10. Dienstjahr. 3. Klasse (zwischen 3500—4000 M.) beginnt mit 4000 M., Zulagen wie oben vom 16. Dienstjahr ab. 4. Klasse (zwischen 4000—4500 M.) beginnt mit 4500 M., Zulagen wie oben vom 21. Dienstjahr ab. 5. Klasse (zwischen 4500—5000 M.) beginnt mit 5000 M., Zulage wie oben vom 26. Dienstjahr ab. 6. Klasse (zwischen 5000—5500 M.) steht auf 5500 M. Höhere Pfründen ohne Abzug, aber Beiträge überall zur Relikten- und Pfarrwitwenkasse 105—145 M. und das Institut der Deservits und Pfarrwitwen-Abgabe.

Ruhegehalt, einheitlich bei Pastoren von 5000 M., bei Superintendenten von 7000 M. berechnet, nach 10 Dienstjahren 25 %, steigend (nach 50 Dienstjahren) bis 90 %, nie aber mehr als 90 % des wirklichen Einkommens. Die Pfarre eines Emeritus zahlt Abgabe an die Emeritenkasse, wo die Pfründe über 3000 M. trägt, bei 3000—4000 M. $\frac{1}{12}$, 4000 bis 5000 M. $\frac{1}{10}$, 5000—6000 M. $\frac{1}{8}$, 6000—7000 M. $\frac{1}{6}$, 7000

bis 8000 M. $\frac{1}{5}$, über 8000 M. $\frac{1}{4}$ des Einkommens. Ferner zahlt jeder Pastor, außer wo ein Emeritus ist, an die Emeritierungskasse bei 3000–4000 M. Einkommen $\frac{1}{2}\%$, über 4000–5000 M. 1% , über 5000–6000 M. $1\frac{1}{2}\%$, über 6000 M. 2% .

Pfarrwitwen-Bezüge: Witwenwohnung und aus der Pfarre $\frac{1}{10}$ aller feststehenden Bezüge, $\frac{1}{20}$ aller Akzidenzen und einen Zuschuß aus der Witwenkasse von 750 M. (Pastorenwitwen), bzw. 850 M. (Präposituswitwen), bzw. 1200 M. (Superintendenten-Witwen). Künftige Witwen unter Wegfall des Wittums der Pfarre 30% des jeweiligen Einkommens des Mannes.

Pfarrwaisen. Halbwaisen neben der Mutter je $\frac{1}{5}$ der Bezüge aus der Witwenkasse, Vollwaisen je $\frac{2}{5}$ der Gesamtwitwenpension, doch zusammen nicht mehr als den Betrag des Witwengeldes.

8. **Großherzogtum Sachsen.** Pfarrgehälter: Anfangsgehalt 2500 M., nach vollendetem 3. Dienstjahr 2800 M., nach dem 6.: 3100 M., dem 9.: 3400 M., dem 12.: 3700 M., dem 15.: 4100 M., dem 18.: 4500 M., dem 21.: 4900 M., dem 24.: 5200 M., dem 27.: 5500 M. Superintendenten mindestens 4100 M., sonst Besoldung der Dienstklasse mit Zulagen von 300–600 M.

Ruhegehälter: Bis zum 10. Dienstjahr 40% , für jedes weitere Dienstjahr $1\frac{1}{2}\%$, jedoch nicht über 80% . Die Dienstwohnung wird mit dem Betrag von 400 M. in Anrechnung gebracht.

Pfarrwitwen: 30% des zuletzt bezogenen ruhegehaltfähigen Einkommens.

Pfarrwaisen: Halbwaisen außerdem jedes Kind 15% des Witwengeldes, jedoch zusammen nicht über 50% derselben. Vollwaisen je $\frac{1}{3}$ des Witwengeldes, jedoch insgesamt nie über den Betrag des Witwengeldes hinaus.

9. **Mecklenburg-Strelitz.** Pfarrgehälter: Pfründensystem. Minimalgehälter: Anfangsgehalt 3000 M., nach 3 Dienstjahren 3500 M., nach 6: 4000 M., nach 9: 4500 M., nach 13: 4900 M., nach 17: 5300 M., nach 21: 5500 M.

Ruhegehälter wie in Mecklenburg-Schwerin.

Pfarrwitwen-Bezüge: Wohnung und $\frac{1}{8}$, $\frac{1}{9}$ oder $\frac{1}{10}$ des letzten Gehalts, ausschließlich Akzidenzen, sowie baren Zuschuß des Landesherrn oder Privatpatronats.

Pfarrwaisen wie in Mecklenburg-Schwerin.

10. **Oldenburg.** Pfarrgehälter: Anfangsgehalt 2400 M., alle zwei Jahre eine Alterszulage von 300 M., bis 6000 M. steigend (nach 24 Dienstjahren). Die ersten Pfarrstellen in Birkenfeld,

Idar und Oberstein 2700—6300 M. Für Filialgemeinden 150 M.

Ruhegehälter: Bis 10. Dienstjahr 50 %, vom 11. Dienstjahr ab steigend um 1 % jährlich bis 5000 M. Anrechnung der Dienstwohnung mit 300 M. Niedrigstes Ruhegehalt 1350 M., höchstens 5000 M. Beiträge zur Ruhegehaltsskasse bis 3000 M. 1 %, darüber 1½ %.

Witwengehalt: 1000 M. ohne Unterschied bei Bedürftigkeit 1200 M., daneben für jedes minderjährige Kind 150 M. Vollwaisen je $\frac{1}{3}$ des Witwengeldes.

11. **Braunschweig.** Pfarrgehälter: 1.—3. Dienstjahr 2700 M., 4.—6.: 3100 M., 7.—9.: 3600 M., 10.—12.: 4200 M., 13.—15.: 4800 M., 16.—18.: 5400 M., 19.—21.: 5900 M., 22.—24.: 6400 M., 25 und mehr 6900 M. Außerdem freie Wohnung. Geistliche der Stadt Braunschweig 4100 M., in 18 Jahren steigend bis 7400 M.

Ruhegehälter: 40 % im 1. Dienstjahr, steigend jährlich um 1 % bis höchstens 80 % des Diensteinkommens. Anrechnung der Dienstwohnung mit 600 M. (unverheiratete Geistliche 360 M.), Stadt Braunschweig 1000 M. Mindestruhegehalt 1500 M. Beiträge zur Ruhegehaltsskasse, je nach dem Einkommen $\frac{1}{2}$ —2 % desselben.

Pfarrwitwen: 24 % des Einkommens, wovon die Beiträge zuletzt geleistet sind, und außerordentliche Zuschüsse aus den Überschüssen des Zentralfonds je nach der Lage.

12. **Sachsen-Meiningen.** Pfarrgehälter: 1.—2. Dienstjahr 2200 M., vom 3.: 2600 M., vom 6.: 3000 M., vom 9.: 3400 M., vom 12.: 3800 M., vom 15.: 4200 M., vom 18.: 4600 M., vom 21.: 4800 M., vom 24.: 5000 M. Dazu freie Wohnung und Hausgarten oder Mietsentschädigung von 400—700 M. Ephoren besondere Dienstvergütung von 250—500 M.

Ruhegehälter. 45 % des ruhegehaltsberechtigten Einkommens, vom 10. Dienstjahr jährlich steigend um 1 % bis 75 %. Emeriten von 65 Jahren erhalten stets 75 %.

Pfarrwitwen: 20 % des ruhegehaltsberechtigten letzten Einkommens, mindestens aber 600 M.

Pfarrwaisen: Halbwaisen je den 5. Teil des Witwengeldes, zusammen aber nicht mehr als $\frac{3}{5}$. Vollwaisen $\frac{2}{3}$ des Witwengeldes.

13. **Sachsen-Altenburg.** Pfarrgehälter: Anfangsgehalt 2400 M., nach 3 Dienstjahren 2700 M., nach 6: 3000 M., nach 9: 3400 M., nach 12: 3800 M., nach 15: 4200 M., nach 18: 4600 M., nach 21: 5000 M., nach 24: 5400 M. Freie Wohnung. Ephoren Zuschuß von 1200 M.

Ruhegehalt: bis zum 5. Dienstjahr 25 %, steigend nach 39 Dienstjahren bis auf 80 % des Einkommens (Sätze wie bei den Staatsbeamten).

Pfarrwitwen: 25 % des Gehalts, dazu noch 15 %, letztere jedoch nur bis zum Höchstbetrag von 500 M. für die Dienstwohnung.

14. **Sachsen-Koburg-Gotha.** Pfarrgehälter: 1. und 2. Dienstjahr 2400 M., vom 3.: 2700 M., vom 6.: 3000 M., vom 9.: 3400 M. (Koburg 3300 M.), vom 12.: 3700 M. (Koburg 3600 M.), vom 15.: 4000 M. (Koburg 3900 M.), vom 18.: 4400 M. (Koburg 4200 M.), vom 21.: 4700 M. (Koburg 4500 M.), nach 24: 5000 M. (Koburg 4800 M.), dazu freie Wohnung. Ephorenzuschuß von 400—800 M.

Ruhegehalt: bis zu 10 Dienstjahren 40 %, jährlich steigend um $1\frac{1}{2}\%$ bis zum vollen Gehalt nach 50 Dienstjahren. Anrechnung der Dienstwohnung mit 320 M. (Koburg 300 M.). Mindestruhegehalt in Sachsen-Gotha 1088 M., Höchstruhegehalt 5320 M.

Pfarrwitwen: $\frac{1}{4}$ der Besoldung, in Koburg Kinder unter 18 Jahren vom 3. Kinde ab je $\frac{3}{10}$ des Witwengeldes, in Gotha keine Zuschüsse für Halbwaisen, dagegen beziehen Vollwaisen dort bis zur Großjährigkeit die volle Witwenpension.

15. **Anhalt.** Pfarrgehälter: Anfangsgehalt 3000 M., nach 3 Jahren: 3400 M., nach 6: 3800 M., nach 9: 4300 M., nach 12: 4800 M., nach 15: 5300 M., nach 18: 5800 M., nach 21: 6300 M., nach 24: 6800 M., nach 27: 7200 M. Die freie Dienstwohnung wird jedoch mit 600 M., in den 5 Kreisstädten mit 800 M., bei Superintendenten mit 900 M. angerechnet und von obigen Sätzen in Abzug gebracht. Superintendentenzulage von 600 M.

Ruhegehalt: bis zum vollendeten 5. Dienstjahr $\frac{1}{3}$ des Diensteinkommens, jährlich steigend um $1\frac{1}{2}\%$ bis zum Höchstbetrag von 80 %.

Pfarrwitwen: $\frac{1}{4}$ des letzten pensionsfähigen Diensteinkommens, jedoch höchstens 2500 M.

Pfarrwaisen: für Halbwaisen außerdem je $\frac{1}{5}$ der Witwenpension, Vollwaisen je $\frac{1}{3}$ derselben.

16. **Schwarzburg-Sondershausen.** Pfarrgehälter: Anfangsgehalt 2400 M., nach 3 Jahren: 2800 M., nach 6: 3200 M., nach 9: 3600 M., nach 12: 4000 M., nach 15: 4300 M., nach 18: 4600 M., nach 21: 4900 M., nach 24: 5200 M., nach 28: 5600 M. Außerdem freie Dienstwohnung, Superintendenten 300—600 M. Zulage, Filialzulage: für 1 Filial 300 M., 2: 400 M., nach 10 Jahren: 400 M. und 500 M. 9 städtische Stellenzulagen von je 600 M., 2 von je 450 M.

Ruhegehalt: bis zum 10. Dienstjahr 40 % des Einkommens, jährlich steigend um $1\frac{1}{2}\%$ bis zum Höchstbetrag von 80 % (37. Dienstjahr). Wohnung mit 400 M. angerechnet. Maximal-Ruhegehalt: 5200 M.

Pfarrwitwen: $\frac{1}{5}$ des Einkommens bis zum 25. Dienstjahr des Mannes, von da ab steigend bis $\frac{1}{4}$.

Pfarrwaisen: außerdem je $\frac{1}{3}$ des Witwengeldes, Vollwaisen je $\frac{1}{2}$ desselben, bis höchstens zum vollen Betrag.

17. **Schwarzburg-Rudolstadt.** Pfarrgehälter: Anfangsgehalt 2100 M., nach 3 Jahren: 2400 M., nach 6: 2700 M., nach 9: 3000 M., nach 12: 3300 M., nach 15: 3600 M., nach 18: 3900 M., nach 21: 4200 M., nach 24: 4500 M.

Ruhegehalt: bis zum 10. Dienstjahr 40 %, jährlich steigend um $1\frac{1}{2}$ % bis zum Höchstbetrag von 80 % (37. Dienstjahr). Mindestruhegehalt 960 M., höchstes 3840 M. Einrechnung der Wohnung mit 300 M.

Pfarrwitwen: $\frac{1}{5}$ des Einkommens, jedoch nicht unter 500 M. Vollwaisen denselben Bezug bis zur Mündigkeit.

18. **Waldeck.** Pfarrgehälter: Anfangsgehalt 2400 M., nach 5 Jahren 2800 M., nach 10: 3200 M., nach 15: 3900 M., nach 20: 4600 M., nach 25: 5000 M. Freie Wohnung nebst Hausgarten.

Ruhegehalt: bis zum 10. Dienstjahr $\frac{1}{3}$ des Einkommens, von da ab bis zum 30. Dienstjahr um $\frac{1}{60}$, von da ab um $\frac{1}{120}$ sich erhöhend, bis mit $\frac{45}{60}$ der Höchstbetrag erreicht ist (wie in Preußen). Vor dem 1. Januar 1910 angestellte Pfarrer erhalten (wie bisher) auch vom 11.—19. Dienstjahr $\frac{30}{60}$. Der Wert der Wohnung wird mit 800 M. angerechnet.

Pfarrwitwen: $\frac{1}{4}$ des Gehalts.

Pfarrwaisen: Halbwaisen außerdem je $\frac{1}{5}$ der Witwenpension. Vollwaisen $\frac{1}{3}$ derselben.

19. **Reuß ältere Linie.** Pfarrgehälter: Anfangsgehalt 2400 M., nach 4 Jahren 2900 M., nach 8: 3400 M., nach 12: 3900 M., nach 16: 4300 M., nach 20: 4700 M., nach 24: 5000 M. Dazu freie Wohnung.

Ruhegehalt: bis zum 10. Dienstjahr 40 %, jährlich steigend um $1\frac{1}{2}$ % bis 80 %. Anrechnung der Wohnung mit 600 M., beim Ephorus 750 M.

Pfarrwitwen: $\frac{1}{5}$ des Gehalts, mindestens aber 600 M., höchstens 1120 M. Pfarrwaisen: Zuschüsse von je 80 M. bis 150 M.

20. **Reuß jüngere Linie.** Pfarrgehälter: Anfangsgehalt 2400 M., nach 4 Jahren: 2800 M., nach 8: 3200 M., nach 12: 3700 M., nach 16: 4200 M., nach 20: 4600 M., nach 24: 5000 M.

Ruhegehalt: bis zum 10. Dienstjahr 40 %, jährlich steigend mit $1\frac{1}{2}$ % bis 80 %. Anrechnung der Wohnung mit 10 % des Amtseinkommens. Höchstruhegehalt 4400 M.

Pfarrwitwen: 25 % der letzten Besoldung, nach 25jährigem Dienst des verstorbenen Mannes 30 %. Daneben Waisengeld.

21. **Schaumburg-Lippe.** Pfarrgehälter: Anfangsgehalt 2200 M., nach 3 Jahren 2500 M., nach 6: 2800 M., nach 9: 3200 M., nach 12: 3500 M., nach 15: 3900 M., nach 18: 4300 M., nach 21: 4700 M., nach 24: 5100 M., nach 27: 5400 M. Dazu freie Wohnung und Hausgarten. Superintendentenzulage von 300 M., der Landes-Superintendent von 1000 M., die 1. Pfarrer in Bückeburg und Stadthagen 500 M.

Ruhegehalt: bis zum 10. Dienstjahr 30 %, bis zum 20. Dienstjahr jährlich steigend um 1 %, von da ab jährlich steigend um 2 % bis zum Höchstbetrag von 80 %. Anrechnung der Dienstwohnung mit 600 M.

Pfarrwitwen: $\frac{1}{4}$ des Dienst Einkommens, jedoch nicht unter 750 M. Pfarrwaisen: Halbwaisen je $\frac{1}{5}$, Vollwaisen je $\frac{1}{3}$ des Witwengeldes.

22. **Lippe.** Pfarrgehälter: Anfangsgehalt 2400 M., vom 5. Dienstjahr ab 2800 M., vom 9.: 3200 M., vom 13.: 3600 M., vom 17.: 4000 M., vom 21.: 4400 M., vom 25.: 4800 M. Geht das örtliche Stelleneinkommen über diese Sätze hinaus, so sind 50 % des überschießenden Betrages an den Zentralfonds abzuführen.

Ruhegehalt: bis zum 10. Dienstjahr: 40 %, jährlich steigend um $1\frac{1}{2}$ % bis zur Höchstpension von 4080 M. Mindestruhegehalt 960 M. Anrechnung der Wohnung mit 300 M.

Pfarrwitwen: $\frac{1}{3}$ des Ruhegehaltsbetrages, jedoch mindestens 700 M. und höchstens 1200 M. Pfarrwaisen: daneben Söhne 50 M. (bis zum 21. Jahr), Töchter 40 M. (bis zum 18. Jahr) jährlich.

23. **Lübeck.** Pfarrgehälter: Stadt Lübeck: Anfangsgehalt 3200 M., nach 3 Jahren: 3800 M., nach 6: 4400 M., nach 9: 5000 M., nach 12: 5600 M., nach 15: 6200 M., nach 18: 6800 M., nach 21: 7400 M. Hauptpastorenzuschuß von 300 M. Der Senior erhält aus der Staatskasse 2000 M. In den Landgemeinden und Travemünde: Pfründensystem, mindestens jedoch 4000 M.

Ruhegehälter: bis zum 10. Dienstjahr $\frac{20}{60}$ des letzten Einkommens, steigend mit jedem Amtsjahr um $\frac{1}{60}$ bis auf höchstens $\frac{45}{60}$ (35 Jahre). Bei Landgeistlichen wird zur Berechnung ein Amtseinkommen von 5500 M. zugrunde gelegt.

Pfarrwitwen (Privat-Witwenkasse): Jede Witwe 1500 M., Landgemeinden 920 M., für Halbwaisen Zuschüsse nach Bedarf, jedoch nicht über 100 M. für jedes Kind. Vollwaisen erhalten zusammen den Betrag der Witwenpension.

24. **Bremen.** Pfarrgehälter: Eine einheitliche Regelung fehlt; reines Pfründensystem. Jede Gemeinde normiert das Pfarrgehalt nach eigenem Ermessen.

Ruhegehalt: Ebenfalls von der Gemeinde normiert, ohne gesetzliche Festlegung, in der Regel mindestens 3000 M.

Pfarrwitwen (ohne gesetzliche Festlegung): 1500 M. dazu für jede Halbwaise 250 M. bis zum Gesamtbetrag von 3000 M., Vollwaisen je 500 M. bis zum Gesamtbetrag von 2000 M.

25. **Hamburg.** Pfarrgehälter: in den beiden städtischen Kirchenkreisen Bergedorf und Ritzebüttel: Anfangsgehalt 5000 M., nach 3 Jahren: 5500 M., nach 6: 6000 M., nach 9: 6500 M., nach 12: 7000 M., nach 15: 7500 M., nach 18: 8000 M. Hauptpastoren 10 000 M., von 3 zu 3 Jahren steigend um 500 M. bis 12 000 M. Senior 15 000 M. Im 3. und 4. Kirchenkreis (Land): Anfangsgehalt 4000 M., von 3 zu 3 Jahren steigend bis 7000 M. (immer 1000 M. weniger als die obige Skala).

Ruhegehalt: bis zum 10. Amtsjahr 40 %, steigend mit jedem ferneren Jahr um $1\frac{1}{2}$ % bis zum vollen Betrag des Einkommens.

Pfarrwitwen: Stadtgebiet 1800 M. und ca. 1000 M. Wohnungsgeld, sowie 200 M. für jedes Kind. Landgebiet 1500 M., sonst wie vor; Vollwaisen je 375 M.

Die staatlich angestellten Anstaltsgeistlichen haben besondere Sätze: Pfarrgehalt 5500—11 000 M., nur hamburgische Dienstzeit berechnet.

26. **Elsaß-Lothringen.** Pfarrgehälter: Anfangsgehalt 2200 M., nach 3 Dienstjahren 2500 M., nach 6: 2800 M., nach 9: 3100 M., nach 12: 3400 M., nach 15: 3700 M., nach 18: 4000 M., nach 21: 4200 M., nach 24: 4400 M. Freie Dienstwohnung.

Ruhegehalt: nach dem 10. Dienstjahr $\frac{20}{60}$, steigend um $\frac{1}{60}$ jährlich bis zum 30. Dienstjahr, dann um $\frac{1}{120}$ bis zu $\frac{45}{60}$ des Einkommens. Anrechnung der Dienstwohnung mit 400 M.

Pfarrwitwen: 40 % des Ruhegehaltssatzes, dazu Halbwaisen (unter 18 Jahren) $\frac{1}{5}$, Vollwaisen $\frac{1}{3}$ der Witwenpension, doch insgesamt nie mehr als den Betrag, den das Ruhegehalt ausgemacht haben würde, wenn der Verstorbene am Todestag in den Ruhestand getreten wäre.

15. Neuerbaute und restaurierte Kirchen.

Wir gaben im Jahrbuch 1912 eine Aufstellung der Ende 1910 in allen evangelischen Landeskirchen Deutschlands (für Preußen mit Unterverteilung auf die Provinzen) vorhandenen Gotteshäuser:

Kirchen, Kapellen und sonstige gottesdienstliche Räume mit Angabe der auf einen kirchlichen Raum in den einzelnen Landeskirchen (Provinzen) entfallenden Seelenzahl. Der Deutsch-evangelische Kirchenausschuß veranstaltet eine solche Aufnahme alle 10 Jahre durch alle Landeskirchen. Dem dort Gegebenen ist also einstweilen nichts hinzuzufügen.

In der preußischen Landeskirche der älteren Provinzen wurde im Jahr 1911 an 203 Kirchengebäuden (Vorjahr 189) die Einweihung vollzogen. Davon sind 84 (71) von Grund auf neu gebaut, 119 (118) restauriert. 1905 waren es 79, 1906: 129, 1907: 149, 1908: 192, 1909: 190, 1910: 189 Neu- bzw. Ergänzungsbauten. Das Berichtsjahr 1911 zeigt also nicht nur ein Beharren, sondern gesteigerte Tätigkeit im Kirchenbau. Von den 203 Neu- und Ergänzungsbauten des Jahres 1911 kamen auf Ostpreußen 3 Neubauten, 12 Ergänzungsbauten, Westpreußen 5 und 5, Brandenburg 16 und 26, Pommern 11 und 8, Posen 8 und 2, Schlesien 14 und 24, Sachsen 4 und 26, Westfalen 15 und 5, Rheinland 8 und 11. Von den 84 Neubauten kamen 28 (29) auf solche Orte bzw. Parochien, welche bisher ein evangelisches Kirchengebäude nicht hatten; 24 (11) Neubauten sind als weitere gottesdienstliche Gebäude neben bisher schon bestehenden Kirchen errichtet worden; die übrigen 32 (31) waren Ersatzbauten.

* *

Wir schließen — wie in den Vorjahren — den Bericht über einige bemerkenswerte Kirchenbauten im Reich während des Jahres 1912 bis zur Berichterstattung (Mai 1913) an. Von einer Vollständigkeit kann da zwar trotz unserer Bemühungen nicht entfernt die Rede sein.

Berlin weihte 1911 die Osterkirche (Diözese Berlin II) und die neue Lützower Kirche in Charlottenburg, 1912 die Königin Luise-Gedächtniskirche in Schöneberg; ebenda im Dezember 1912 die Kirche „zum Heilsbrunnen“, aus praktischen Rücksichten nicht allzu geräumig gebaut. Die Orgel ist eine der klangvollsten in Berlin. Im März 1913 wurde die erneute Bethlehemskirche wieder geweiht. Völlig erneut ist das Gestühl, die Orgel, die Ausmalung. Die Kirche, einst die alte Kirche der „Böhmischen Brüder“, von Friedrich Wilhelm I. in der Mauerstraße (Diözese Friedrichswerder I) erbaut, dient der lutherischen und reformierten Gemeinde gemeinsam.

Breslau weihte im März 1913 die neuerbaute Pauluskirche. In der Altstadtgemeinde Mülheim a. d. Ruhr wurde die im Innern völlig umgebaute alte Petrikirche am 2. Ostertag 1913 dem kirchlichen Gebrauch wieder übergeben. Sie zeigt im Chor zwei Wandgemälde von Prof. D. E. v. Gebhardt (Einzug Christi in Jerusalem und Himmelfahrt). Gleichzeitig erfolgte dort die Grundsteinlegung

für die im Norden der Stadt zu erbauende Johanniskirche. In Büren (Westf.), wo bisher nur ein Simultaneum bestand, ist die neuerbaute Erlöserkirche im Mai 1913 geweiht worden. Auch die Arbeiterkolonie der Zeche Radbod bei Hamm, bekannt durch die schwere Bergwerkskatastrophe, erhielt eine neue Kirche. Bauplatz und ein großer Teil der Baukosten wurden von Bergwerksgesellschaften überwiesen. In den Grundstein wurde eine Bibel eingemauert, die bei der Katastrophe November 1908 an den Rändern versengt, in den Händen eines dem Unglück zum Opfer gefallenen Bergmanns in der Grube gefunden wurde. In Minden (Westf.) wurde die im Innern restaurierte alte St. Simeonskirche nach Neubau des Turmes eingeweiht.

Hamburg hat mit entschlossener Opferwilligkeit seine 1906 durch Feuer zerstörte große St. Michaeliskirche in alter Größe und neuer Pracht wieder aus der Asche erhoben. Am 19. Okt. 1912 erfolgte die Neuweihe mit großer Feierlichkeit in Gegenwart des Kaisers. Der regierende Bürgermeister Dr. Schröder übergab dem Kirchenvorstand dieses als protestantische Kathedrale des norddeutschen Landes angesehene Gotteshaus auf den Tag genau 150 Jahre später, nachdem einst Rat und Bürgerschaft die alte Michaeliskirche der Gemeinde übergeben hatten. Dem großen Brand Hamburgs 1842, der die Petri- und Nikolaikirche zerstörte, hatte St. Michaelis getrotzt, um 1906 im Feuer zugrunde zu gehen. Man sah in der Bauart — wohl nicht ganz mit Recht — den Typus des protestantischen Kirchenbaus.

In Offenbach wurde Oktober 1912 die von Prof. Pützer-Darmstadt neuerbaute Friedenskirche in Anwesenheit des Großherzogs von Hessen geweiht. Die vom Evangelischen Kirchbauverein errichtete, von Baurat Schwechten frühromanisch nach norditalischen Vorbildern (Ravenna und Santa Fossa in Venedig) entworfene Kirche in Gerolstein in der Eifel, auf altrömischem Kulturboden, geht ihrer Vollendung entgegen.

Die Restaurationsarbeiten an der St. Lorenzkirche in Nürnberg, 1903 begonnen, nehmen ihren Fortgang mit Renovierung des berühmten Hauptportals an der Westseite, das stark verwittert war, und mit Wiederherstellung des südlichen Turms. Zur völligen Durchführung der künstlerisch bedeutsamen Restauration (Leiter Prof. Schmitz) sind noch hohe Mittel erforderlich.

Die alte ehrwürdige Kirche des ehemaligen Stifts Schaaken bei Corbach (Waldeck) wurde im Mai 1913 durch Blitzschlag völlig eingäschert.

Es sei hier erwähnt, daß der Kgl. Baurat Siebold in einer Schrift: „Die Notkirche — ein Beitrag zur Lösung einer Kirchennot“ dafür plaidiert, in Industriegegenden, besonders der Diaspora, wo noch unfertige Verhältnisse vorliegen, transportable Interimskirchen aufzustellen, deren Umsetzung nur 300 M. Kosten verursache.

16. Kirchliche Kollekten und Vermächtnisse.

Für die preußische Landeskirche der älteren Provinzen gelten hier folgende Aufstellungen:

Der Gesamtertrag der innerhalb ganzer Provinzen oder in einzelnen Regierungsbezirken abgehaltenen Kollekten war i. J. 1911: 1 696 188 M. gegen 1 962 352 M. im Vorjahr, mithin 266 163 M. weniger. Diese Differenz erklärt sich allein schon dadurch, daß die allgemeine Kollekte für die dringendsten Notstände der evangelischen Landeskirche, welche 1910 einen Ertrag von 292 635 M. hatte, 1911 nicht zur Erhebung kam. Sie wird nur alle zwei Jahre eingesammelt. Das Jahr 1909, welches hier zum Vergleich heranzuziehen ist, hatte einen allgemeinen Kollektenertrag von 1 614 210 M.; ihm gegenüber wies also das Jahr 1911 eine Steigerung von rund 82 000 M. auf.

Von dem Gesamtertrag des Jahres 1911 entfallen 258 256 M. auf die besonders angeordneten Kollekten, und zwar 31 004 M. auf die Kollekte für den Evangelisch-kirchlichen Hilfsverein (Vorjahr 37 942 M.), 34 374 M. (Vorjahr 27 766 M.) auf die Kollekte für die deutsche evangelische Diaspora des Auslands, 29 690 M. (29 963 M.) auf die Kollekte für die Deutsche evangelische Seemannsmission, 29 531 M. (28 926 M.) auf die Kollekte für die Berliner Stadtmission, 27 082 M. auf die Kollekte für das Zentral-Diakonissenhaus Bethanien in Berlin, 46 705 M. auf die Kollekte für das Syrische Waisenhaus in Jerusalem, 23 818 M. auf die Kollekte für den Verein „Hoffnungstal“ in Berlin und 36 048 M. auf die Kollekte für das Taubstummenkinderheim des Oberlinvereins in Nowawes.

Daneben sind bei den Kollekten für hergebrachte Zwecke im einzelnen aufgekomen:

1910.	1911.	
150 448 M.	260 669 M.	für bedürftige Kirchengemeinden
56 072 „	63 465 „	für Bibelgesellschaften
65 894 „	62 819 „	für die Gustav-Adolf-Stiftung
35 142 „	35 645 „	für hilfsbedürftige Theologie-Studierende
168 842 „	119 324 „	für die Heidenmission
26 906 „	27 106 „	für die Judenmission
144 465 „	107 017 „	für Zwecke der Inneren Mission
21 774 „	24 900 „	für kirchliche Armenpflege
402 983 „	379 562 „	für Diakonissen-, Kranken-, Blinden-, Taubstummen-, Irren- und Erziehungsanstalten
20 856 „	21 320 „	für Predigerwitwen und -waisen
92 855 „	105 054 „	für Kirchen- und Schulbauten
267 542 „	231 046 „	für kirchliche Vereine u. sonstige kirchl. Zwecke

Die einzelnen Provinzen Preußens sind an diesen Kollekten-erträgen mit folgenden Summen beteiligt: Ostpreußen 163 117 M. (Vorjahr 173 292 M.), Westpreußen 88 734 M. (91 055 M.), Brandenburg mit Berlin 208 983 M. (273 403 M.), Pommern

190485 M. (201293 M.), Posen 123097 M. (119389 M.), Schlesien 183983 M. (235972 M.), Sachsen 238935 M. (307187 M.), Westfalen 293265 M. (325042 M.), Rheinprovinz 205586 M. (235715 M.).

Diese Kollekten sind jedoch keineswegs die Gesamtzahl. Es werden außerdem (nach Erlaubnis des Oberpräsidiums) besonders im Westen noch eine ganze Anzahl Kollekten auf beschränkterem Raum (etwa nur für Großstädte) gehalten, deren Erträge hier nicht mit aufgeführt sind, so z. B. für die Waldenserkirche, für die Evangelisation Spaniens, für österreichische Gemeinden, für lokale kirchliche Bestrebungen, für einzelne Missionsanstalten u. a. Es ist unmöglich, eine Gesamtaufstellung aller Kollektenerträge zu geben.

Der Gesamtwert der kirchlichen Zwecken zugewendeten Schenkungen und Vermächtnisse betrug 1911 — einschließlich des Geldwerts geschenkter Gegenstände — 4582817 M. gegen 4650416 M. im Vorjahr. Davon sind gespendet 2002603 M. (1795463 M.) zu Kirchenbauten und sonstigen Zwecken der Kircheneinrichtung, 1307900 M. (1584866 M.) für Armen- und Krankenpflege und zu andern milden Zwecken, 1182018 M. (1204158 M.) für verschiedene kirchliche Zwecke, 51466 M. (11679 M.) zu Pfarrdotationen, 2221 M. (10341 M.) für Predigerwitwen und -waisen und 36607 M. (43815 M.) für Schulen. Den hervorragendsten Anteil an diesen Schenkungen hat, wie bisher stets, die Rheinprovinz mit 1251742 M. (1556678 M.), demnächst folgen die Provinzen Schlesien mit 799292 M. (616464 M.) und Brandenburg mit 570809 M. (608319 M.).

Der Anteil der einzelnen Provinzen Preußens an den Schenkungen und Vermächtnissen wird aus folgender Aufstellung ersichtlich:

Provinz	Ertrag der regelmäßigen Kirchen- und Hauskollekten		Schenkungen u. Vermächtnisse für kirchliche Zwecke	
	1910	1911	1910	1911
	Mark	Mark	Mark	Mark
Ostpreußen	173 292	163 117	460 309	496 296
Westpreußen	91 055	88 734	117 812	154 718
Brandenburg mit Berlin	273 404	208 983	608 320	570 809
Pommern	201 293	190 485	260 652	429 899
Posen	119 390	123 097	297 448	158 805
Schlesien	235 972	183 983	616 465	799 292
Sachsen	307 188	238 935	346 171	404 250
Westfalen	325 043	293 265	386 561	317 003
Rheinprovinz	235 715	205 586	1 556 678	1 251 742
Zusammen	1 962 352	1 696 188	4 650 416	4 582 817

Aus dem unter Verwaltung des Evangelischen Oberkirchenrats stehenden Kollektenfonds der preußischen Landeskirche sind im

Rechnungsjahr 1911 158 051 M. aufgewendet worden (Vorjahr 155 361 M.). Es werden zumeist Provinzen mit ausgedehnten Diasporagebieten berücksichtigt, insbesondere Rheinland, Schlesien, Westpreußen, Ostpreußen und Posen. Im einzelnen sind aus diesem Fonds verwendet worden:

	1910.	1911.
zum Unterhalt von Geistlichen, Hilfsgeistlichen u. Reise- predigern, sowie zu Diasporareisen	10 206 M.	7 863 M.
zur Abhaltung von Filial- und Nebengottesdiensten, sowie Erteilung von Konfirmandenunterricht	32 566 "	44 766 "
zum Erwerb von Kirchbauplätzen und zu Kirchenbauten	27 374 "	35 195 "
zum Ankauf von Pfarrgrundstücken, zu Pfarrbauten und zu Pfarrdotationen	9 355 "	6 454 "
zur Unterstützung bedürftiger Kirchengemeinden, sowie zur Anschaffung von Orgeln und Glocken	15 210 "	5 890 "
zur Erteilung evangelischen Religionsunterrichts und zur Unterhaltung evangelischer Schulen	41 984 "	45 254 "
zu Zwecken der Inneren Mission und zu sonstigen kirch- lichen Bedürfnissen	18 914 "	12 628 "

* * *

Es ist trotz aller Versuche unmöglich, aus allen oder auch nur den meisten größeren Landeskirchen Zahlen beizubringen über die Erträge der regelmäßigen Kollekten und besonderen Stiftungen. Und wenn das auch möglich wäre, so würde doch an eine wirkliche Vollständigkeit nicht zu denken sein. Auch obige aus der preußischen Landeskirche gegebenen Zahlen lassen noch manche Lücke, so die Erträge des Opfertellers für Arme (Klingelbeutel), besondere lokale Kollekten und Sammlungen, private Gaben für Arme und wohlthätige Zwecke u. dgl. Vollends eine vergleichende Berechnung, wie viel in dieser und jener Landeskirche an Wohltätigkeitsgaben auf den Kopf der evangelischen Bevölkerung komme, wie sie zuweilen in statistischen Notizen produziert werden, sind ziffernmäßig ganz wertlos, weil die Unterlagen zu verschieden sind, auch ethisch wertlos, weil in dieser Materie die Zahl überhaupt versagt.

Die sächsische Landeskirche veröffentlicht im Verordnungsblatt Nr. 9, 1912, folgende Ergebnisse:

Die 10 allgemeinen Kirchenkollekten des Jahres ergaben an 8941 M. mehr als die 9 des Vorjahrs. Es kamen ein: Insgesamt 211 696 M. (Vorjahr 202 754 M.); im einzelnen: für Heidenmission 50 455 M. (37 261 M.), für Innere Mission 25 395 M. (24 410 M.), für Bibelverbreitung 25 255 M. (23 966 M.), für den Allgemeinen Kirchenfonds 35 176 M. (14 218 M.), für die Israelsmission und Evangelisationsarbeit im Heiligen Lande 17 338 M. (18 385 M.), für den Gustav-Adolf-Verein 23 514 M. (26 954 M.), für eine einzelne Kirchengemeinde 11 199 M. (16 196 M.), für die evangelische Diaspora des Auslands 23 362 M. (21 361 M.).

An Stiftungen und Widmungen notiert die sächsische Landeskirche für 1911 insgesamt 1 314 311 M. gegen 1 235 975 M. im

Vorjahr; im einzelnen: Zuwendungen an Kirchen ohne besondere Bestimmung 297562 M., zur inneren Ausstattung und Ausschmückung von Kirchen 134105 M., für bauliche Zwecke, Beschaffung von Orgeln und Glocken, Heizung und Beleuchtung von Kirchen 192306 M., an Begräbnisstiftungen 225655 M., zur Gewährung von Traubibeln 4233 M., zur Verteilung von Bibeln und Gesangbüchern 10481 M., für Armenzwecke und besondere kirchliche Armenpflege 111380 M., zur Einrichtung besonderer Gottesdienste 9833 M., zur Förderung kirchlicher Musik und zu Chorstiftungen 10687 M., für Äußere und Innere Mission, Evangelischen Bund, Luther. Gotteskasten und Gustav-Adolf-Verein 224156 M., zum Besten von Konfirmanden 15581 M., für sonstige kirchliche Zwecke 78323 M.

17. Die Zahl der Kandidaten des Pfarramts. Schwindender Theologenmangel?

In der Landeskirche der älteren Provinzen Preußens unterzogen sich im Jahre 1911 der ersten theologischen Prüfung 183 Kandidaten (im Vorjahr 201). Es bestanden 164. 1910 war der Zugang 179, 1909: 176. Das Jahr 1908 brachte den tiefsten Stand mit 155. Die Zahlen dieser Jahre liegen tief unter dem Bedarf, den wir unter Berücksichtigung des Abgangs auf 300—310 berechneten. 260 etwa braucht die altpreußische Landeskirche alljährlich für den praktischen Kirchendienst. Im Jahr 1900 war der Zugang zur Kandidatur noch 256, das deckte zur Not den Bedarf, weil aus den Vorjahren noch starke Reserven vorhanden waren, denn 1895 stand der Zugang noch über 400. Es ist freilich zu erwarten, da die Zahl der Theologiestudierenden sich von rund 2500 im Wintersemester 1910/11 auf fast 3400 im Wintersemester 1912/13 gehoben hat, daß in etwa 2—3 Jahren die Normalzahl wieder erreicht wird. Es werden aber auch dann noch jahrelang nicht unbeträchtliche Lücken auszufüllen sein.

Die Zahl der im 1. theologischen Examen nicht Bestandenen war 1900: 48, 1905: 24, 1910: 22, 1911: 19.

Die zweite theologische Prüfung pro ministerio erledigten 1911: 171 Kandidaten (von 175 Geprüften bestanden nur 4 nicht). Außerdem erlangten 5 Kandidaten aus andern Provinzen die Wahlfähigkeit, daher die Schlußzahl 176 in folgender Tabelle. 1895 stand die Zahl noch auf 523, 1905 auf 216 (bezw. 213 Bestandene), 1910 auf 163 (bezw. 157). Die Normalzahl 260 wird wohl frühestens erst in 5 Jahren erreicht werden. Daß die Frequenz des theologischen Studiums anhalten wird, ist ja freilich bei der Überfüllung aller andern akademischen Fächer anzunehmen, aber der praktische Kirchendienst hat einstweilen noch nichts davon.

Die Ordination empfangen im Jahr 1911: 162 Kandidaten. Die Zahl der Ordinierten war 1895: 312, 1900: 295,

1905: 257, 1910 nur 150. Diese niedere Zahl hatte ihre Ursache nicht in einem geringeren Bedarf, sondern in der Tatsache, daß bis dahin die Reserven der Vorjahre aus dem Kandidatenstand völlig verbraucht waren. Zurzeit fehlt es an ordinationsfähigen Anwärtern, wiewohl die zur Zeit der Überfüllung geltende Praxis, zwischen der Erledigung des Examens pro ministerio und der Ordination mindestens 2 Jahre Wartezeit einzuschieben, längst hinfällig geworden ist. Augenblicklich können manche Hilfspredigerstellen nicht ordnungsmäßig besetzt werden, weil es an ordinationsfähigen Anwärtern fehlt.

Die starken Schwankungen der vergangenen Jahrzehnte werden durch folgende Aufstellung veranschaulicht:

	1879.	1889.	1899.	1909.	1910.	1911.
Das 1. Examen erledigten	124	525	273	176	179	164
„ 2. „	143	408	334	155	156	171
Ordiniert wurden	159	340	249	184	150	162

1889 und 1899 war die Zahl der das 2. Examen Bestehenden um fast 100 höher als die Zahl der Ordinierten: das heißt: viele mußten auf die Ordination warten. Umgekehrt war seit 1905 etwa die Zahl der Ordinierten höher, das heißt: die frühere Stauung floß rasch ab.

Die Verteilung auf die einzelnen Provinzen Preußens ergibt die folgende Tabelle:

Provinz	Die 1. theol. Prüfung bestanden					Die 2. theol. Prüfung bestanden					Ordiniert wurden				
	1895	1900	1905	1910	1911	1895	1900	1905	1910	1911	1895	1900	1905	1910	1911
Ostpreußen .	25	13	19	17	21	34	12	17	13	18	28	21	14	15	19
Westpreußen	6	11	5	5	5	13	7	8	9	5	17	9	9	7	7
Brandenburg	108	58	52	44	31	115	43	51	48	41	60	61	63	47	35
Pommern . .	46	33	13	19	23	52	25	16	14	14	37	32	31	13	14
Posen	22	9	6	8	5	19	6	11	4	13	17	17	5	3	12
Schlesien . .	36	17	25	23	19	56	17	23	14	19	38	45	6	11	16
Sachsen . . .	63	51	33	26	20	101	34	37	20	28	41	51	58	19	28
Westfalen . .	26	31	18	16	9	31	6	24	13	18	29	38	37	12	12
Rheinland . .	32	36	38	21	31	44	20	25	23	20	45	21	34	23	19
Zusammen .	364	259	209	179	164	465	170	212	158	176	312	295	257	150	162

In allen Provinzen ist der Rückgang seit 1895 beträchtlich, am wenigsten noch in Ostpreußen und der Rheinprovinz, sehr stark aber in Brandenburg, Pommern, Sachsen und Schlesien. Die erstgenannten Provinzen haben ihren Bedarf nie völlig gedeckt, Brandenburg, Pommern und Sachsen aber waren früher die Provinzen des theologischen Exports; der hat längst aufgehört. Jede Provinz behält jetzt, was sie hat, und keine hat den vollen Bedarf, geschweige denn Überfluß.

Die Zahl der am Schluß des Jahres 1911 vorhandenen wahlfähigen Kandidaten wird im Kirchl. Gesetz- und Verordnungsblatt wie folgt angegeben:

	1900.	1905.	1906.	1907.	1908.	1909.	1910.	1911.
Ostpreußen . .	69	34	33	40	37	31	27	7
Westpreußen . .	27	9	4	4	5	4	7	4
Brandenburg . .	267	90	36	24	15	17	17	24
Pommern . . .	108	53	31	22	18	18	19	19
Posen	27	10	6	4	5	4	4	5
Schlesien . . .	49	14	12	13	8	7	4	4
Sachsen	272	143	114	97	98	86	82	82
Westfalen . . .	111	52	53	55	55	44	20	17
Rheinland . . .	84	79	79	73	51	54	44	45
Zusammen	1014	484	368	332	292	265	224	207

Der Rückgang des Bestandes in der Provinz Ostpreußen von 27 Kandidaten des Jahres 1910 auf nur 7 des Jahres 1911 beruht nicht auf außergewöhnlichem Abgang, sondern lediglich auf korrekterer Buchung. Schon im Vorjahr war die Zahl 27 mit der beiläufigen Bemerkung versehen, daß davon 23 sich im Schuldienst befänden. Jetzt wird notiert, daß dort 19 in der Liste gestrichen seien, weil seit ihrem zweiten Examen länger als fünf Jahre Frist verfloßen sei und sie sich in dieser nicht zum Kirchendienst zur Verfügung gestellt haben. Es stecken also in den obigen Zahlen noch eine Reihe Kandidaten, die im Schuldienst sind und wahrscheinlich nie in den Kirchendienst treten werden, aber deren Frist noch nicht abgelaufen ist. Die Statistik kann das nicht sondern, sie kann nur feststellen, daß die obige Zahl der 207 vorhandenen „wahlfähigen Kandidaten“ keineswegs vollzählig für den Kirchendienst zur Verfügung ist. Die zur Verfügung Stehenden sind auch im kirchl. Vorbereitungsdienst als Vikare, Hilfsprediger u. dergl. Eine beschäftigungslose Wartezeit gibt es für Kandidaten längst nicht mehr. Der ergrauende Kandidat, der der Pfarre sehnlichst wartet, ist, wenn er nicht eine deklassierte Persönlichkeit ist, seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts aus der Kulturwelt völlig verschwunden. Übrigens vermuten wir, daß eine Sichtung, wie sie in Ostpreußen geschah, auch die zur Verfügung stehenden Kandidaten in Sachsen und der Rheinprovinz bedeutend reduzieren würde.

Von etwa 1890—1905 sind verhältnismäßig viele Pfarrstellen neu begründet worden. Alte Versäumnisse wurden tatkräftig eingebracht, den Bedürfnissen der Diaspora wurde fleißig Rechnung getragen, in neuentstehenden Industriebezirken wurde vorgesorgt. Damals brauchte man tatsächlich mehr provisorische Kräfte als heute. Wie sich die Verhältnisse geändert haben, mag eine aus dem vorjährigen Jahrbuch an die Gegenwart herangeschriebene Tabelle dartun. Die Provinz Westfalen hatte:

1902: 528	Pfarrer,	120	Hilfsprediger,	im ganzen	638.
1905: 564	"	80	"	"	644.
1908: 598	"	57	"	"	655.
1911: 637	"	42	"	"	679.
1912: 644	"	36	"	"	680.

Ähnlich wird die Entwicklung in den andern Provinzen gewesen sein. Die Zahl der Hilfsprediger ist stark zusammengeschrunpft, aber doch nicht bloß deshalb, weil mehr definitive Pfarrstellen bestehen. Es sind überall noch unfertige Verhältnisse; aber die lebendigen Kräfte fehlen. Jede Kreissynode sollte doch eigentlich einen zur Verfügung des Superintendenten stehenden Synodal-Vikar haben. Nur sehr wenige sind in dieser bevorzugten Lage. Die organisierte Kirche hat noch eine starke Aufnahmefähigkeit auch für die später zu erwartende Kandidatenzahl. Für das nächste Jahrzehnt ist mit einer den Bedarf übersteigenden Zahl an Kandidaten noch nicht zu rechnen, selbst wenn das theologische Studium in dem Tempo der letzten drei Semester zunimmt und die spätere Zahl der Theologie-Studierenden die Normalzahl übersteigen sollte. Wir können einen Überschuß etlicher Jahre vertragen. Ein kirchlicher Vorbereitungsdienst von einigen Jahren, sei es als Pionier in neuentstehenden oder stark wachsenden Industriegemeinden, sei es als Synodal-Vikar oder Hilfsprediger älterer Pfarrer ist immer noch zuträglicher, als der schnelle Übergang junger Leute in das Pfarramt ohne informierende Zwischenstation.

Es ist in den früheren Jahrbüchern der letzten Jahre schon des öfteren ausgeführt und zahlenmäßig nachgewiesen worden, daß in den meisten außerpreußischen Landeskirchen der Mangel an jungen Theologen noch stärker sich ausprägt als in Preußen selbst. In Bayern erledigten die Aufnahmeprüfung in den Dienst der Landeskirche 29 Kandidaten, die aber bei weitem nicht alle zur sofortigen Verfügung des Kirchendienstes standen. Am drückendsten scheint uns der Mangel in den kleinen thüringischen Landeskirchen zu sein, die wegen der verhältnismäßig kärglichen Besoldungsverhältnisse stete Abwanderung und wenig eigenen Nachwuchs haben. In Sachsen-Koburg-Gotha haben 1912 nur vier Kandidaten das Examen pro licentia erledigt. Zum Examen pro ministerio war überhaupt keiner gemeldet. Von den 122 selbständigen Pfarrstellen des Herzogtums waren zu Beginn 1913: 14 unbesetzt und werden von Nachbarpfarrern verwaltet. Man begegnet dem Mangel durch Zusammenlegung von Pfarrstellen, ein Mittel, das gewiß da am Platze ist, wo Zwerggemeinden nahe zusammenliegen (auch in Preußen wäre das mancherorts praktikabel), aber zum Motiv nur eine bessere Gestaltung der Gemeindeverhältnisse, nie aber Theologenmangel haben sollte. In Reuß j. L. sind sechs Pfarrstellen unbesetzt, der zehnte Teil der im Fürstentum bestehenden; außerdem ist die Erledigung weiterer Pfarreien zu erwarten, und an Nachwuchs fehlt es nahezu völlig.

Der Theologenmangel wird sich zwar in den nächsten Jahren noch verschärfen, doch steht hinter dem allen die Gewißheit, daß er nicht mehr allzu lange dauern kann. Das ist der Gewinn der gegenwärtigen Situation.

18. Die Frequenz der deutschen Universitäten. Frauenstudium. Das Judentum und die akademischen Berufe.

Die nachstehende Tabelle ergibt die Zahl der rite immatrikulierten Studenten (und Studentinnen) auf den deutschen Universitäten und die Entwicklung seit 1905. Aus der Zeit vor 1911 sind nur die Sommer-Semester zum Vergleich herangezogen.

Universität	S.-S. 1905	S.-S. 1908	S.-S. 1909	S.-S. 1910	S.-S. 1911	W.-S. 1911/12	S.-S. 1912	W.-S. 1912/13.
Berlin . . .	6 279	6 527	7 194	7 902	8 039	9 829	7 744	9 806
Bonn . . .	3 029	3 447	3 801	4 070	4 174	3 998	4 388	4 179
Breslau . . .	1 902	2 052	2 347	2 432	2 586	2 702	2 633	2 710
Erlangen . . .	924	1 072	1 158	1 050	1 104	1 202	1 213	1 261
Freiburg . . .	2 219	2 608	2 760	2 884	3 080	2 466	3 301	2 627
Gießen . . .	1 078	1 213	1 271	1 334	1 315	1 272	1 350	1 338
Göttingen . . .	1 779	2 014	2 239	2 353	2 492	2 505	2 642	2 660
Greifswald . . .	786	886	967	1 029	1 180	1 124	1 374	1 260
Halle . . .	1 903	2 230	2 310	2 451	2 681	2 879	2 771	2 906
Heidelberg . . .	1 783	2 036	2 171	2 413	2 452	2 231	2 624	2 264
Jena . . .	1 164	1 622	1 606	1 817	1 902	1 738	1 943	1 842
Kiel . . .	1 009	1 426	1 593	1 760	2 001	1 586	2 371	1 738
Königsberg . . .	1 010	1 135	1 293	1 381	1 517	1 522	1 571	1 658
Leipzig . . .	3 855	4 100	4 581	4 592	4 888	5 170	5 038	5 351
Marburg . . .	1 585	1 924	2 134	2 192	2 302	1 986	2 238	2 076
München . . .	5 197	6 276	6 547	6 890	6 942	6 797	6 855	6 759
Münster . . .	1 426	1 694	1 760	2 007	2 009	2 126	2 072	2 189
Rostock . . .	623	730	743	834	920	852	975	881
Straßburg . . .	1 431	1 702	1 935	1 964	2 071	2 138	2 074	2 066
Tübingen . . .	1 661	1 783	1 921	2 061	2 118	1 852	2 048	1 898
Würzburg . . .	1 285	1 322	1 369	1 429	1 449	1 458	1 447	1 445
Summa . . .	41 928	47 799	51 700	54 847	57 230	57 415	58 672	58 924

In dieser Aufstellung gibt die Kolonne des S.-S. 1912 die endgültige Feststellung der Zahl am Schluß des Sommersemesters (nach Aschersons Universitätskalender); die Zahlen der letzten Kolonne, die des W.-S. 1912/13, sind erst die der vorläufigen Feststellung. Überhaupt wolle man bedenken, wenn andere Aufstellungen ein wenig abweichen, daß der Zählungsmodus nicht überall genau derselbe ist und daß im Lauf des Semesters selbst auch geringfügige Schwankungen auftreten.

Die Studentenschaft der 21 Universitäten des Reiches ist seit 1912 wieder gestiegen und hat jetzt die enorme Höhe von 58 924 erreicht, was gegenüber dem Vorjahr ein Mehr von 1509 bedeutet. Vergleicht man noch die Bestandsziffern vor fünf Jahren mit 46 471 und gar diejenigen vor 20 Jahren mit 27 136, so zeigt sich in relativ kurzer Zeit eine ungeheure Zunahme der akademischen Bürgerschaft Deutschlands. Von der heutigen Gesamtzahl der deutschen Universitätsbesucher sind 55 711 männlichen und 3213 weiblichen Geschlechts gegen 54 620 und 2795 im Vorjahre; reichsangehörig sind zur Zeit etwa 54 500, aus dem Ausland stammen

gegen 4500. An der Zunahme der deutschen Studentenschaft hat demnach das nur wenige Jahre zurückgehende Frauenstudium einigen Anteil. Zählt man der heutigen Studentenziffer noch die Hörer hinzu, nämlich 3750 Männer und 1722 Frauen, so ergibt sich, daß zur Zeit 64396 Personen am deutschen Universitätsunterricht teilnehmen, eine seither unerreichte Zahl.

Die Besuchsziffern der einzelnen Fakultäten bezw. Studienfächer und ihre Entwicklung im Laufe der letzten fünf Jahre ergibt sich aus nachfolgender Gegenüberstellung, der noch, um die momentane Tendenz der Zahlen nachzuweisen, der vorjährige Stand angefügt ist. Bei einer Gesamtstudentenzahl von 46471 entfielen 1907/08 auf die evangelische Theologie 2228, diesen Winter widmen sich ihr 3386 (gegen 2856 im Vorjahre). Die katholischen Theologen erhöhten ihre Zahl von 1709 auf 1787 (gegen 1770), die Mediziner von 7768 auf 14002 (gegen 12446), die Philosophen, Philologen und Historiker von 11916 auf 15684 (gegen 15898), die Mathematiker und Naturwissenschaftler von 6886 auf 8160 (gegen 8487), die Kameralisten und Landwirte von 1995 auf 3295 (gegen 2981), während allein die Juristen, die Pharmazeuten und Zahnärzte zurückgingen, erstere von 11922 auf 10569 (gegen 10816), die Pharmazeuten von 1574 auf 1047 (gegen 948) und die Zahnärzte von 926 auf 607 (gegen 875). Im Vergleich mit dem letztjährigen Winter haben demnach die Mediziner und die evangelischen Theologen am stärksten zu- und die Mathematiker und die Naturwissenschaftler am stärksten abgenommen. Beachtenswert ist ferner, daß die Zahnärzte, wie schon in den letzten Jahren, zufolge der höheren Anforderungen der neuen Prüfungsordnung weiter zurückgingen und daß die Kandidaten des höheren Lehramts nach jahrelanger Steigerung jetzt abnehmen. Andererseits ist die beträchtliche Steigerung der Mediziner auffällig, die binnen fünf Jahren ihre Ziffer verdoppelten. Bei der evangelischen Theologie ist der Zahlentiefstand des letzten Jahrzehnts, der allmählich überall einen Kandidatenmangel verursachte, jetzt überwunden. Ihr Jahreszuwachs ist der größte seit dem starken Abfluß, der Ende der achtziger Jahre einsetzte.

Von der heutigen Studentenzahl sind 31182 an den zehn preußischen Universitäten eingeschrieben, gegen 30239 im Vorjahr; an den drei bayerischen befinden sich 9475 gegen 9457, an den zwei badischen 4891 gegen 4697 und an den übrigen einzelstaatlichen, einschließlich Straßburg 13373 gegen 13022. Prozentual studieren heute in Preußen 52,9 der Gesamtzahl gegen 52,6, in Bayern 16,0 gegen 16,4, in Baden 8,3 gegen 8,1 und im übrigen Reich 22,7 gegen 22,68. Den preußischen Universitäten kommt danach die Steigerung der Studentenschaft wie in den Sommerhalbjahren, so auch im Winter in stärkerem Maße zu als den süddeutschen, was sich für diesen Winter aus den nachfolgenden Besuchsziffern der einzelnen Universitäten näher ergibt.

Den Besuchszahlen der Hochschulen sind, um ihre Entwicklung im einzelnen und im Verhältnis zueinander binnen Jahresfrist darzustellen, die entsprechenden Zahlen des vorjährigen Winters gegenübergestellt. Wie immer steht die Universität Berlin an der Spitze mit 9806 Studierenden gegen 9829, München hat 6759 (gegen 6797), Leipzig 5351 (5170), Bonn 4179 (3998), Halle 2906 (2879), Göttingen 2660 (2505), Breslau 2710 (2702), Freiburg 2627 (2466), Heidelberg 2264 (2231), Münster 2189 (2126), Marburg 2076 (1968), Straßburg 2066 (2138), Tübingen 1898 (1852), Jena 1842 (1738), Kiel 1738 (1586), Königsberg 1658 (1522), Würzburg 1455 (1458), Gießen 1338 (1272), Erlangen 1261 (1202), Greifswald 1260 (1124) und Rostock 881 (852). Danach haben, abgesehen von Berlin, alle norddeutschen Universitäten Anteil an der Zunahme, relativ sehr stark Kiel, das nicht nur in den Sommerhalbjahren, sondern auch Winters ganz sprunghaft emporkommt und im letzten Jahrfünft seine Stundenzahl um 68 v. H. erhöhte, sodann das kleine Greifswald, das im gleichen Zeitraum seinen Besuch um 57 v. H. steigerte, und Göttingen, das eine Zunahme von 50 v. H. verzeichnet, während im Reichsdurchschnitt nur eine Zunahme von etwa 30 v. H. vorliegt. Zurückgegangen sind neben Berlin einige süddeutsche Universitäten, nämlich München, Würzburg und Straßburg. Diese Änderungen kommen auch in der neuesten Reihenfolge der Universitäten nach der Besucherzahl zum Ausdruck, in der Straßburg um zwei Stufen zurückgedrängt wurde und jetzt an 12. Stelle rangiert. Münster und Marburg stiegen um je eine Stufe, nämlich auf die 10. bzw. 11.

Die Frequenz der Hauptfakultäten war in den letzten Jahren die folgende:

	S.-S. 1900	S.-S. 1905	S.-S. 1910	S.-S. 1911	S.-S. 1912	W.-S. 1912/13
Evangelische Theologie	2 472	2 248	2 507	2 825	3 318	3 386
Katholische Theologie	1 644	1 770	1 840	1 834	1 860	1 785
Jurisprudenz	10 132	12 110	11 323	11 023	11 106	10 705
Medizin	8 165	6 024	10 682	11 927	13 680	14 217
Philosophie	11 472	15 528	23 412	24 600	27 021	26 988

In dieser Aufstellung, die den Wechsel in der Frequenz der einzelnen Fakultäten seit 1900 plastisch veranschaulicht, sind die Kameralisten, welche in den verschiedenen Universitäten verschieden verrechnet werden, teils in der juristischen, teils in der philosophischen Fakultät, ferner die Pharmazeuten und Studierende der Zahnheilkunde, für die dasselbe gilt, dann die Studierenden der Forstwissenschaft, soweit dies Fach an Universitäten studiert wird (Gießen, München), dann die der Tierheilkunde (Gießen), außer Ansatz geblieben, um die vier alten Fakultäten klarer abzugrenzen und den Wechsel in ihnen aufzuzeigen. Eine beängstigende Überfüllung macht sich in der medi-

zinischen und der philosophischen Fakultät bemerkbar. In der Jurisprudenz läßt sie nach, aber die frühere Überproduktion steckt bekanntlich noch in dem praktischen Vorbereitungsdienst. Wir gaben im vorjährigen Jahrbuch (S. 391) die Zahl der Referendare und Assessoren von 1900—1911. Seit 1910 läßt nun endlich die Zahl der Referendare nach; sie fiel von 7701 i. J. 1910 auf 7612 i. J. 1911 und 7413 i. J. 1912 (Stichtag jedesmal der 1. August). Für einen jungen Juristen wird trotzdem eine unerschöpfliche Geduld noch für lange Jahre hinaus die erste Tugend sein. Auch in der eigentlichen Philologie haben sich die Anstellungsverhältnisse sehr verschlechtert. Die Frequenzziffer der philosoph. Fakultät aus dem S.-S. 1912 geht weit über den Bedarf. Die jungen Philologen der nächsten Jahre werden nach Abschluß ihrer Studienzeiten nahezu die seitherige Wartezeit der Juristen aufbringen müssen, ehe sie zur wirtschaftlichen Selbständigkeit kommen. Das ist um so empfindlicher, als hier die Überproduktion ganz plötzlich eingesetzt hat. Noch vor wenigen Jahren durfte ein junger Philologe nach Seminar und Probejahr auf sofortige definitive Anstellung rechnen.

Am schärfsten scheint sich zur Zeit der „Kampf ums Dasein“ bei den Mediziniern zu gestalten. Nach einem vorübergehenden Rückgang um die Mitte des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrhunderts schwillt das medizinische Studium plötzlich zu einer Höhe empor, die für die Zukunft nur Befürchtungen erwecken kann. Nach dem „Reichsmedizinalkalender für Deutschland“ betrug die Zahl der Ärzte 1908: 31 640 (auf 10 000 der Bevölkerung 5,04), 1909: 31 969 (5,02), 1910: 32 449 (5,03), 1911: 32 835 (5,02), 1912: 33 527 (5,06). Bis 1911 ist also zwar die Zahl der Ärzte stetig gewachsen, aber doch nur im Maßstab der Bevölkerungszunahme: 1912 geht das Wachstum weit darüber hinaus. Das absolute Wachstum war von 1908 auf 1909: 224, dann entsprechend von Jahr zu Jahr 329, 480, 386 und 692. Die Zahl der medizinischen Approbationen war 1905/06: 845; 1906/07: 553; 1907/08: 829; 1908/09: 942; 1909/10: 945; 1910/11: 1047. Die Zahl der medizinischen Vorprüfungen ist von 1038 i. J. 1906/07 auf 1858 i. J. 1910/11 gestiegen. Die Hochflut steht dem ärztlichen Stand noch bevor, sie steckt augenblicklich noch in den akademischen Jahren; und das könnte in sozialer Beziehung üble Nebenwirkungen zeitigen, da die alle Volkskreise umfassende soziale Fürsorge die Erwerbsverhältnisse der Ärzte ganz unstreitig bedeutend verschlechtert hat. Die Reichsversicherungsordnung wird weiter in dieser Richtung wirken. Die Ausdehnung der Versicherungspflicht und die Erweiterung der Versicherungsberechtigung wird besonders auf dem Lande der bisherigen ärztlichen Privatpraxis viele entziehen und sie der Kassenpraxis zuführen. Der Zug der Ärzte in die Großstadt, der in den letzten Jahren ein klein wenig nachließ, wird dann wieder zur freien Entfaltung kommen, denn

gerade die Landärzte, welche seither erwerblich sicherer gestellt waren als ein Teil der Großstadtärzte, werden von der neuen Entwicklung am meisten betroffen.

Von den 32 835 Ärzten Deutschlands im Jahre 1911 waren nicht weniger als 13 866, von den 33 527 des Jahres 1912 nicht weniger als 14 981 in der Großstadt tätig. Auf 10 000 Einwohner im Durchschnitt Deutschlands kommen 3,6—3,7 Ärzte, auf die Großstadt aber in derselben Zahlenberechnung: 1911: 9,5; 1912: 10,0 Ärzte. Die Zahl der Ärzte der Großstadt nahm von 1911 auf 1912 um 1115 zu, während die Zahl der übrigen Ärzte in ganz Deutschland um 423 zurückging.

Die Zahl der Ärztinnen war 1908: 55; 1909: 69; 1910: 102. 1911: 118; 1912: 151, davon allein 124 in den Großstädten.

Eigentümlicherweise fehlt es an Militärärzten.

So sind zur Zeit fast alle akademischen Berufsarten überfüllt; nur dem jungen Theologen bietet sich unmittelbar nach Erledigung des Studiums die Möglichkeit der sofortigen Anstellung. Es dürfte der Gedanke doch nicht ganz von der Hand zu weisen sein, daß die fast chronisch gewordene Schulreform mit dem bewußten Bestreben, den Zugang zur Universität tunlichst zu erleichtern, an der Gestaltung dieser Situation nicht unbeteiligt ist. Es sollte uns nicht wundern, wenn nach dem in der Statistik überall hervortretenden Gesetz des Wechsels von Ebbe und Flut demnächst wieder eine gegenteilige Bewegung einsetzen sollte. Die bisherigen Tendenzen haben eine Überproduktion an akademisch Gebildeten und damit ein akademisches Proletariat ins Leben gerufen, das im geistigen Gefüge des Volksganzen von jeher ein Moment der Unruhe dargestellt hat. Längst sind die Zeiten vorbei, wo der normale und ehrenvolle Abschluß des akademischen Studiums das Einlaufen in den Hafen des Versorgtseins und der wirtschaftlichen Selbständigkeit bedeutete; jetzt beginnt hier erst der wirtschaftliche Kampf, die Auswahl der Berufenen. Früher lag er in der Werdezeit, in der Zeit der frischen Spannkraft. Jede der beiden Situationen hat ihre Licht- und Schattenseite. Der jetzige Zustand ist rigoroser, dem Einzelnen, abgesehen von den Schuljahren, unbequemer; aber für das Volksganze vielleicht nötig. Die scharfe Auswahl, die der Kampf ums Dasein schafft, bringt manchen unter die Räder, aber im allgemeinen werden die festen Berufsarten und akademischen Beamtenkörperschaften nicht so viel minderwertige, zur Not den Durchschnitt erreichende Elemente in sich bergen, wie früher. Bedauerlich ist nur, daß für das Durchhalten einer langen Wartezeit doch schließlich rein pekuniäre Momente von großem Gewicht sind.

Vor dem juristischen Studium wurde jahrelang gewarnt, erst die harte Wirklichkeit des Lebens hat den Erfolg gezeitigt, daß es seit fünf Jahren nicht mehr zunahm. Nach unseren Beobachtungen sind auf diesem Gebiet überhaupt theoretische Erörterungen und Darlegungen verhältnismäßig irrelevant. Die höhere Post-

Karriere war jahrelang überhaupt geschlossen, ebenfalls die obere forstwissenschaftliche, oder doch sehr erschwert. Vom medizinischen Studium raten eine Menge praktisch-medizinischer Zeitschriften ab, das Studium der Philologie widerrät neuerdings der ganze Oberlehrerstand. Das alles wird das weitere Anschwellen der Frequenz der deutschen Universitäten nicht im geringsten aufhalten. Liegen doch überall Universitäts-Gründungsprojekte in der Luft. Die Universität zu Frankfurt a. M. ist gesichert, nachdem die pekuniären Unterlagen geschaffen sind und durch Abkommen mit der Staatsregierung die Möglichkeit beseitigt worden ist, daß etwa plutokratische Gesichtspunkte dem wissenschaftlichen Betrieb ihr Gepräge geben könnten. Das Projekt für Hamburg schwebt noch, wird aber wohl nicht so bald realisierbar sein. Dagegen scheint das Projekt für Dresden endgültig aufgegeben zu sein. Die Staatsregierung hat sich kühl ablehnend gestellt. Zweierlei ist bei all diesen in der Luft liegenden Projekten bezeichnend, einmal daß überhaupt nur Großstädte in Frage kamen, und dann, daß man nirgendwo an die doch früher selbstverständliche und im Betrieb des Ganzen naturnotwendige theologische Fakultät auch nur gedacht hat. Nur in Hamburg wurde wenigstens gegen die Absicht dieser omissio protestiert.

Das Frauen-Studium an den deutschen Universitäten im Winter 1912/13.

Daß die Zahl der Frauen, die unsere Universitäten besuchen, seit Beginn des Frauenstudiums — Sommer 1905 — stetig und relativ stärker steigt als die männliche Studentenschaft, ist in jedem neuen Semester festzustellen. Binnen Jahresfrist ist die Ziffer der weiblichen Studenten von 2795 auf 3213 angewachsen, womit der Anteil der Frau am deutschen Universitätsunterricht binnen der letzten drei Jahre absolut um etwa 80 v. H., relativ von 2,7 v. H. auf 5,4 v. H. stieg. Die beträchtlichen Zunahmen von Semester zu Semester sind im derzeitigen Entwicklungsstadium des Frauenstudiums zum Teil daraus zu erklären, daß infolge des mehrjährigen Studiums der einzelnen Studentin dem jeweiligen Zuwachs noch kein normaler Abgang gegenübersteht, was erst allmählich der Fall sein wird. Von den heutigen Studentinnen ist die große Mehrzahl, etwa 2900, reichsangehörig, der Rest kommt vom Ausland, und zwar überwiegend (über ein Drittel) aus Rußland; aus Amerika stammt etwa ein Viertel, die übrigen verteilen sich auf die anderen größeren europäischen Länder, während aus Asien nur wenige und aus Afrika und Australien nur zufällig Studentinnen nach Deutschland kommen. Dem Religionsbekenntnis nach überwiegt der Anteil der Evangelischen und Juden den der Katholiken, denen nur etwa 18 v. H. zuzuzählen sind.

In der Verteilung der Studentinnen auf die einzelnen Fakultäten bzw. Studienfächer zeigt sich diesen Winter ein

weiteres Anwachsen der Fächer, die schon bisher die Frauen bevorzugt haben, nämlich der Philologie und Geschichte, der Mathematik und der Naturwissenschaften, der Medizin und der Staatswissenschaften. Es widmen sich diesen Winter: der Philosophie, Philologie, Geschichte usw. 1758 Frauen gegen 1563 im Vorjahr und 975 vor drei Jahren; der Mathematik und den Naturwissenschaften 579 gegen 504 und 287. Medizin studieren 702 gegen 569 und 476, Kameralia und Landwirtschaft 91 (67 und 27), Rechtswissenschaften 47 (39 und 32), evangelische Theologie 11 (5 und 5), ferner — soweit die Personalübersichten der Universitäten hierüber Aufschluß geben (die meisten nichtpreußischen Universitäten behandeln die studierenden Frauen statistisch leider noch etwas stiefmütterlich!) — Zahnheilkunde 17 (40 und 46) und Pharmazie 8 (8 und 7). Die Abnahme der Zahnärztinnen beruht auf der Einführung des Maturitätsprinzips und der Verlängerung der Studienzeits dieses Berufs, die fortschreitende Steigerung der Kandidatinnen des höheren Lehramts auf dem Umstand, daß von den preußischen Studentinnen ein großer Teil nur ein Lehrerinnen-seminar besucht hat und daher ein anderes Studium nicht ergreifen kann. Das resultiert auch, daß die medizinischen Fakultäten von Frauen in viel geringerem Maße besucht werden als die philosophischen.

Aus dem Studienort der Frauenwelt ergibt sich, daß die Studentinnen die preußischen Universitäten stärker bevorzugen als ihre männlichen Kommilitonen, was sich zweifellos daraus erklärt, daß Preußen auch relativ weit stärker am Frauenstudium beteiligt ist als die übrigen Bundesstaaten. An den preußischen Hochschulen studieren nämlich diesen Winter 2189 Frauen = 68,1 v. H. ihrer Gesamtzahl, während von den männlichen Studierenden nur 52,0 v. H. in Preußen eingeschrieben sind; ähnlich ist das Verhältnis bei den badischen Universitäten, an denen sich momentan 408 Frauen befinden = 12,7 gegen 8,3 v. H. vom anderen Geschlecht, wogegen an den bayerischen Hochschulen 299 Frauen studieren = 9,3 v. H. gegen 16,0, und an den übrigen einzelstaatlichen, einschließlich Straßburg, 317 = 9,8 gegen 22,7 v. H. An der Universität der Reichshauptstadt befindet sich über ein Viertel der weiblichen Studentenschaft, nämlich 904; am nächsten steht Bonn mit 289, dann folgen München mit 262, Göttingen hat 237, Heidelberg 219, Freiburg 189, Münster 172, Breslau 150, Leipzig 129, Marburg 126, Königsberg 107, Greifswald 83, Halle 81, Jena 65, Straßburg 52, Kiel 40, Tübingen 38, Gießen 24, Erlangen 21, Würzburg 16 und Rostock 6. Gegenüber dem Vorjahr haben alle Universitäten, ausgenommen Gießen, Erlangen, Würzburg, Tübingen und Jena mehr Studentinnen aufzuweisen, die größte Zunahme zeigen Heidelberg, Marburg und München. Der Prozentsatz der studierenden Frauen im Verhältnis zum Gesamtbesuch ist am höchsten in Heidelberg, nämlich 9,7 v. H., in Berlin beträgt er 9,2 v.

H., in Göttingen 8,9, in Münster 7,8 und in Freiburg 7,2, am niedrigsten in Würzburg und Rostock (etwa 1 v. H.).

Von den 2189 Frauen, die derzeit an den preußischen Universitäten studieren, sind 1970 reichsangehörig. 219 stammen aus dem Ausland und davon 87 aus Rußland und 60 aus Amerika. Von den 1751 Preußinnen studieren: Philosophie, Philologie und Geschichte 1076 gegen 989 im Vorjahr, Mathematik und Naturwissenschaften 347 (gegen 285), Medizin 245 (188), Kameralia 41 (4), Rechtswissenschaften 24 (14), Zahnheilkunde 7 (29), Pharmazie 5 (18) und evangelische Theologie 6 (3). Unter den Angehörigen der deutschen Bundesstaaten sind neben den Preußinnen die Hamburgerinnen am zahlreichsten vertreten, nämlich mit 43, in Sachsen sind 28 beheimatet, in Württemberg 17, in Bayern 16, in Baden 14 und in den übrigen Staaten zusammen 101.

Neben diesen Studentinnen besuchen derzeit noch 1722 Gastzuhörerinnen einzelne Vorlesungen, so daß im ganzen 4935 Frauen am deutschen Universitätsunterricht teilnehmen gegen 4141 im letzten Sommer. Die meisten Hörerinnen hatte diesen Winter München, nämlich 283, in Berlin sind es 211, in Bonn 125, in Leipzig 98, in Breslau 96, in Gießen 80, in Halle 77, in Königsberg 72, in Tübingen 64, am wenigsten in Marburg, nämlich 2, und in Erlangen und Kiel 10 und 12.

Über das Thema: Das Judentum und die akademischen Berufe veröffentlicht Dr. Hans Rost folgende Zahlen. Im Bevölkerungsaufbau machen die Juden 0,92 % der Gesamtbevölkerung Deutschlands aus. Unter den höheren Reichs- und Staatsbeamten sind sie in absoluter Zahl nur mit 244, in der Verhältniszahl jedoch schon mit 1,94 % vertreten, überschreiten also da den Bevölkerungsanteil schon mit 1,02 %. Wenn man die mannigfachen Klagen über Zurücksetzung im direkten Staatsdienst liest, vermutet man dieses Zahlenverhältnis freilich nicht. Unter den Richtern und Staatsanwälten sind 906, d. h. 4,28 % der Gesamtheit Juden; hier machen sie schon das Vierfache ihres Bevölkerungsanteils aus. Rechtsanwälte, Notare und Patentanwälte stellt das Judentum 1877, in dieser Beamten-Kategorie 14,6 % der Gesamtheit. Unter den Ärzten figurieren sie mit 4719 = 6,00 %, unter Privatgelehrten und Schriftstellern mit 712 = 8,14 %, an ausübenden Künstlern (Musik und Theater) mit 1904 = 20,9 %.

An deutschen Hochschulen waren (Leipzig und Greifswald sind in dieser Statistik ausgenommen) im W.-S. 1912/13 neben 2335 Nichtjuden als Professoren und Dozenten 213 Juden und 167 getaufte frühere Juden, 14 % der Gesamtheit. Es liegt vor allem eine Überfüllung an jüdischen Privatdozenten vor. Gewiß sind diese Zahlen ein Zeichen für die Intelligenz und den Bildungshunger dieses Volksteils, aber von einer Zurücksetzung jüdischer Gelehrten dürfte im ganzen wohl kaum geredet werden können.

1874/75 betrug die Zahl der Juden unter den Hochschullehrern und Dozenten etwa 9 %, 1889/90 etwa 12 %, jetzt 14 %.

Auf 10000 männliche Einwohner kamen in Preußen im Durchschnitt 8,37 evangelische, 6,61 katholische, aber 54,75 jüdische Studenten. Der Gesamtdurchschnitt ist 8,26. In Bayern besuchen die Juden etwa 7mal, in den Reichslanden etwa 5mal, in Württemberg etwa 7mal, in Baden etwa 6mal, in Hessen etwa 5mal, in Sachsen etwa 9mal mehr als die Christen höhere Schulen. Die bevorzugte wirtschaftliche Lage des Judentums erklärt diesen Status allein doch nicht ganz.

19. Zahl der Theologie-Studierenden. Theologische Fakultäten.

Folgende Tabelle ergibt einen Überblick über die Zahl der Studierenden der evangelischen Theologie an den einzelnen deutschen Universitäten und die Schwankungen seit 1890. Es studierten Theologie in:

Universität	S.-S. 1890	S.-S. 1900	S.-S. 1905	S.-S. 1908	S.-S. 1910	S.-S. 1911	W.-S. 1911/12	S.-S. 1912	W.-S. 1912/13
Berlin . . .	686	282	236	251	271	272	415	375	555
Bonn . . .	134	86	89	94	111	106	90	113	125
Breslau . . .	184	77	63	76	76	108	115	132	150
Erlangen . . .	290	178	148	149	168	193	230	226	233
Gießen . . .	106	68	72	80	75	76	83	104	97
Göttingen . . .	245	136	113	104	114	126	123	165	172
Greifswald . . .	274	183	81	107	123	120	102	156	126
Halle . . .	730	349	319	299	336	336	373	422	401
Heidelberg . . .	91	52	67	72	99	135	124	169	122
Jena . . .	113	44	49	57	72	86	70	98	89
Kiel . . .	106	63	33	36	45	60	52	83	65
Königsberg . . .	185	93	68	78	78	92	95	125	140
Leipzig . . .	577	296	305	288	324	357	391	402	466
Marburg . . .	202	113	183	158	170	214	151	197	176
Rostock . . .	54	41	57	62	48	48	36	55	42
Straßburg . . .	127	84	65	78	80	100	86	91	91
Tübingen . . .	432	329	330	331	345	392	289	405	336
Zusammen . . .	4536	2472	2277	2321	2535	2811	2825	3318	3386

Zu dieser Aufstellung sei folgendes bemerkt: Die Zahlen aus dem S.-S. 1911 waren in der vorjährigen Aufstellung etwas abweichend (Summe 2833 statt 2811); die hier gegebene ist die korrigierte Zahl am Ende des Semesters. Die Zahlen des W.-S. 1911/12 waren im vorjährigen Druck durch ein Versehen leider unausgefüllt geblieben. Die Zahlen des S.-S. 1912 sind die endgültig ermittelten nach „Aschersons Universitätskalender“. Das im vorhergehenden Abschnitt über geringfügige Abweichungen und Schwankungen dieser Zahlenangaben Gesagte gilt auch hier. Die

Zahlen der Kirchenzeitungen aus dem S.-S. 1912 waren etwas anders (z. B. Berlin 386 statt 375), die Gesamtsumme war da auf 3338 normiert. Die Zahlen des W.-S. 1912/13 werden vielleicht noch einige geringe Korrekturen erleiden.

Bei Vergleichung des augenblicklichen Status mit dem S.-S. 1911, resp. dem W.-S. 1911/12, fällt zunächst die sehr starke Zunahme der Theologie-Studierenden in Berlin auf. Aber freilich Berlin hat im Winter immer übernormale Zahlen. Bonn, Gießen, Greifswald, Erlangen und Tübingen sind an der allgemeinen Zunahme verhältnismäßig wenig beteiligt, Jena, Marburg, Rostock und Straßburg gar nicht. Dagegen partizipieren an ihr mit bedeutenderen Zahlen: Breslau, Göttingen, Halle, Heidelberg, Königsberg und Leipzig. Diese Namen schon in ihrer buntscheckigen Ordnung lassen den Theologen erkennen, daß hier eine Richtungs-Statistik völlig unangebracht wäre.

Von 1908—1911 war die Zunahme des theologischen Studiums nur unbedeutend; bei der Überfüllung aller anderen Fakultäten und der im Jahre 1909 geschehenen durchgängigen Aufbesserung der Pfarrgehälter eigentlich eigentümlich. Aber die Erkenntnis der Situation der Gegenwart bricht sich immer erst allmählich Bahn. Unsere im vorjährigen Jahrbuch gegebene Prognose, daß wahrscheinlich das Sommersemester den lange erwarteten und längst erwünschten Aufstieg über 3000 bringen werde, hat sich inzwischen bestätigt. Mit einem Ruck stieg die Zahl der Theologie-Studierenden um fast 500. Diese Zahl hat sich im W.-S. 1912/13 nicht nur gehalten, sondern noch etwas gehoben. Da aber, wenigstens in Norddeutschland, der Zugang zum akademischen Studium Ostern sehr viel stärker ist als im Herbst, wird zum S.-S. 1913 (die Zahlen liegen noch nicht vor) ein weiteres Wachstum zu erwarten sein. Die Normalzahl des Bedarfs wäre mit 3600 einstweilen zwar erreicht, immerhin würde eine Überschreitung dieser Zahl für einige Semester noch lange keine Überfüllung bedeuten, wie die über 4500 hinausgehende Zahl des Jahres 1890, da noch viele Lücken jahrelang auszufüllen sein werden. Man darf mit Genugtuung der Zeit entgegensehen, wo der evangelischen Kirche auch die jetzt allerorten mangelnden Hilfsprediger, Pfarr- und Synodal-Vikare wieder in genügender Zahl zur Verfügung stehen werden.

Die Frequenz der katholisch-theologischen Fakultäten war im Sommersemester 1912: Bonn 411, Breslau 309, Freiburg 252, München 174, Münster 305, Straßburg 149, Tübingen 160, Würzburg 100, insgesamt 1860. Im W.-S. 1912/13: Bonn 400, Breslau 269, Freiburg 225, München 164, Münster 305, Straßburg 159, Tübingen 160, Würzburg 103, zusammen 1785. Vor 20 Jahren waren die Zahlen hier: Bonn 207, Breslau 221, Münster 265, Freiburg 235, München 144, Tübingen 175, Straßburg —, Würzburg 138, zusammen 1385. Dabei darf aber nicht außer acht gelassen werden, daß kaum die Hälfte der katholischen Theologen

die Ausbildung auf Universitäten erhält. Die 7 Bayrischen Lyzeen: Freising, Passau, Regensburg, Bamberg, Eichstädt, Augsburg und Dillingen, und die übrigen 13 Priesterseminare im Deutschen Reich: Fulda, Gnesen, Hildesheim, Köln, Limburg, Mainz, Metz, Osnabrück, Paderborn, Pelpin, Posen, Speyer und Trier bilden einen großen Teil des katholischen Klerus aus, etwa 1700—1800. Wir gaben darüber etliche Zahlen im vorjährigen Jahrbuch S. 401. Neuere stehen uns nicht zur Verfügung.

Im Reichsdurchschnitt studieren zur Zeit auf 100 000 Protestanten 8,3 evangelische Theologie, auf 100 000 Katholiken 7,8 katholische Theologie (hier sind nur die studierenden Universitäten in Betracht gezogen). Für Preußen sind die Verhältniszahlen etwa 7 für evangelische, ebenso für katholische Theologen, für Bayern 9 evangelische, 5 katholische (die meisten auf den Lyzeen), für Württemberg etwa 12 für evangelische, dagegen 28 für katholische Theologen. Die letztere Zahl steht so hoch, weil die katholischen Theologen in Württemberg fast durchweg in Tübingen ausgebildet werden. Auch die evangelische Verhältniszahl der Theologen steht in Württemberg höher als anderswo. Die sog. niederen Seminarien erleichtern den Zugang zum theologischen Studium.

Die Neubegründung einer evangelisch-theologischen Fakultät in Münster i. W. steht in sicherer Aussicht. Die volkreiche Provinz Westfalen hätte längst schon Anspruch auf eine solche gehabt. Bestrebungen in dieser Richtung (Prof. Schoeler) sind wohl schon älter als 30 Jahre. Der Ausbau der alten Akademie zu einer Universität hat sich, wie die steigende Frequenz zeigt, voll auf bewährt. Früher bestandene konfessionelle Bedenken sind beseitigt. Mit der schon beschlossenen Zufügung der medizinischen Fakultät wird also auch die evangelisch-theologische ihren Einzug halten.

Dagegen hat man bei allen andern Universitätsprojekten von der Errichtung der theologischen Fakultät von vornherein abgesehen. Bei Frankfurt a. M. wird das nicht besonders wunder nehmen. Für Hamburg hat es am Widerspruch nicht gefehlt. In einer Anfang April 1913 unter dem Vorsitz des Seniors Hauptpastor D. Dr. Grimm tagenden Versammlung Hamburgischer Theologen, auf der Hauptpastor D. Dr. Hunzinger, Hauptpastor D. Dr. Rode und Pastor Lic. Dr. Meincke Referate hielten, fand folgende Entscheidung einstimmige Annahme:

„Die am 4. April 1913 zur Besprechung der Universitätsfrage versammelten Pastoren der hamburgischen evangelisch-lutherischen Kirche sprechen als ihre einmütige Überzeugung aus, daß, wenn Hamburg eine Universität bekommen soll, sie es als ein für diese unabweisbares Bedürfnis ansehen, daß von vornherein eine theologische Fakultät mit errichtet wird, und zwar sowohl aus allgemein kulturellen wie aus akademisch-wissenschaftlichen Gründen.“

Der Historiker Prof. Dr. Lamprecht in Leipzig tritt aus rein wissenschaftlichen Erwägungen den geplanten Neugründungen ohne theologische Fakultät energisch entgegen. Prof. D. Dr. Seeburg richtete bei der Eröffnung des kirchlich-sozialen Kongresses im Mai 1913 die Aufmerksamkeit auf diese Frage und führte aus:

„Nicht, daß die Gründer meinen, der theologischen Fakultät entraten zu können, ist das Beachtenswerte hieran, sondern daß die Regierung, man weiß nicht auf Grund welcher Erwägungen, gedenkt, solche Anstalten als Universitäten anerkennen zu können. Vom Standpunkt der Wissenschaft her dürfte kein Sachkundiger leugnen, daß das Gebiet der christlichen Religion einer gesonderten wissenschaftlichen Behandlung zu allen Zeiten bedürfen wird, und daß von einer universalwissenschaftlichen Anstalt dort nicht die Rede sein kann, wo dieser Wissenszweig fehlt. Vom Standpunkt des Staates her erscheint es aber um so unbegreiflicher, daß er bei diesen Neugründungen von den theologischen Fakultäten, wie es scheint, definitiv absehen will, da doch mit Recht auf die Universitätsausbildung der katholischen Kleriker von seiten des Staates viel Gewicht gelegt wird. Es ist doch nicht daran zu denken, daß man der Meinung ist, in absehbarer Zeit würde die Freikirche kommen, und dann die Ausbildung der Geistlichen sowieso aus der Hand des Staates gleiten. Ich glaube, daß gerade dann der Staat, so wie die Verhältnisse sich bei uns gestaltet haben, das lebhafteste Interesse auf die Erhaltung der wissenschaftlichen Ausbildung der künftigen Geistlichen richten mußte. Jedenfalls halte ich diese Vorgänge für überaus bedenklich, da sie nicht nur geeignet sind, die Nichtachtung eines wichtigen Teiles der Wissenschaft in gewissen Kreisen zu fördern, sondern auch jener in frommen Laienkreisen nicht eben seltenen Befehdung der theologischen Wissenschaft oder auch verfrühten und unreifen freikirchlichen Aspirationen Vorschub leisten könnte. Wegen der kirchlichen Gefahr, die hierin liegt, durfte ich diese Sache nicht unerwähnt lassen.“

Die in Halle a. S. Anfang Juni 1913 tagende Konferenz preußischer Universitäts-Rektoren hat in demselben Sinn Stellung genommen. Sie beschloß eine Eingabe an das Kultus-Ministerium, die auch den Vertretern der Universitäten im Herrenhause und den theologischen Fakultäten bekannt gegeben ist, aus deren Wortlaut wir folgendes anführen:

„Von den vier Fakultäten, die die alte universitas litterarum umfaßt, streicht man die theologische Fakultät, weil für sie kein Bedürfnis vorliegt, sie auch aus natürlichen Gründen sich nicht rechtfertigen lasse. Die Meinung, daß man auf die Theologie im Rahmen der Universitäten ohne erheblichen Schaden verzichten könne, mag heute weit verbreitet sein; wir vermögen aber darin nur einen bedauerlichen Irrtum zu erkennen. Die theologischen Fakultäten sind vielmehr ein notwendiges Ergebnis der staatsrechtlichen und geschichtlichen Entwicklung unsrer Universitäten und

deshalb ein notwendiger Bestandteil ihres Organismus. Eine Organisation der wissenschaftlichen Gesamtarbeit, die die Erforschung des Christentums aus den Quellen von ihrem Lehrplan und ihrer Forschung auszuschließen übernehme, hätte daher keine Ansprüche auf Wissenschaftlichkeit, wäre vielmehr parteilich und daher schädlich. Man darf sich für die Zulässigkeit des Verzichtes auf theologische Fakultäten nicht auf gewisse amerikanische Universitäten berufen. Geschichtliche und staatsrechtliche Verhältnisse haben dort eine andere Entwicklung zur Folge gehabt. Die Zersplitterung der Bekenntnisse macht eine theologische Fakultät dort vielfach unmöglich; aber zugleich bedeutet der Verlust weniger, weil Amerika eben keine Geschichte hat. Bei uns liegt beides anders, und der Verzicht auf die theologische Fakultät würde daher bei uns dem entschlossenen Bekenntnis zu einer wesentlich abweichenden Welt- und Geschichtsanschauung gleichkommen.“

Endlich geben wir (wie im Vorjahr) eine Tabelle der akademischen Lehrer der evangelisch-theologischen Fakultäten nach dem Status vom März 1913:

Universität	Ordentliche Professoren	Ordentliche Honorar-Professoren	Außer-ordentliche Professoren	Privat-dozenten	Repetenten u. beauftragte Lehrer
Berlin	10 (1)	2	4	7	—
Bonn	9	—	2	2	—
Breslau	6	2	3	2	—
Erlangen	8 (1)	—	1	2	—
Gießen	5	—	1	1	1
Göttingen	7 (1)	—	3	2	—
Greifswald	7	—	2	2	—
Halle	9 (1)	—	3	4	—
Heidelberg	6	—	2	—	2
Jena	6 (1)	—	1	—	—
Kiel	6	—	1	2	—
Königsberg	7	—	2	3	2
Leipzig	11 (2)	2	3	4	1
Marburg	7	—	2	5	—
Rostock	7 (1)	—	—	1	—
Straßburg	7	—	2	2	—
Tübingen	8 (2)	—	2	1	1
Zusammen	126 (10)	6	34	40	7

Die eingeklammerte Zahl in der Kolonne der ordentlichen Professoren gibt an, wie viele vom Halten der Vorlesungen dispensiert sind.

Die theologische Schule in Bethel, die letzte Stiftung des verewigten Pastor D. v. Bodelschwingh, welche vor 9 Jahren mit 12 Studenten ins Leben trat, zählte im Sommer 1913: 60 Studenten, wiewohl ihre Semester auf die Studienzeit nicht angerechnet werden. 2 Dozenten leiteten sie bei ihrer Begründung, jetzt lehren an ihr 5 Dozenten. Mehr als 300 Studierende sind durch sie hindurchgegangen. Der Studiengang hat im allgemeinen nicht sowohl

den Charakter der Vorlesung, als vielmehr den der freien Unterredung und Diskussion. Die zur Verfügung stehenden Räume sind längst zu enge geworden.

20. Höhere und mittlere Schulen. Höhere deutsche Schulen im Ausland.

Bezüglich des höheren Schulwesens steht uns nur für Preußen neueres und umfassenderes Zahlenmaterial zur Verfügung. Die verschiedenen Schularten stellen wir in der Aufrechnung der 3 Jahre 1910, 1911 und 1912 und im Vergleich mit 1900 wie folgt nebeneinander. Es gab in Preußen:

	1900.	1910.	1911.	1912.
1. Gymnasien, auf ihnen:	295	342	341	342
Lehrer (hauptamtl. u. nebenamtl.)	5136	6481	6571	6596
Schüler (ohne Vorschüler) . . .	84 046	103 643	103 702	103 314
2. Realgymnasien, auf ihnen: . .	76	152	162	168
Lehrer (hauptamtl. u. nebenamtl.)	1130	2456	2623	2752
Schüler (ohne Vorschüler) . . .	20 049	44 885	48 160	50 319
3. Oberrealschulen, auf ihnen: . .	37	92	99	102
Lehrer (hauptamtl. u. nebenamtl.)	793	1871	1995	2148
Schüler (ohne Vorschüler) . . .	14 253	37 677	40 664	41 986
4. Progymnasien, auf ihnen: . .	59	32	31	30
Lehrer (hauptamtl. u. nebenamtl.)	526	263	265	262
Schüler (ohne Vorschüler) . . .	6644	3985	4015	3787
5. Realprogymnasien, auf ihnen: .	21	42	41	44
Lehrer (hauptamtl. u. nebenamtl.)	135	246	247	280
Schüler (ohne Vorschüler) . . .	1799	4019	3903	4346
6. Realschulen, auf ihnen: . . .	139	164	171	177
Lehrer (hauptamtl. u. nebenamtl.)	1492	1458	1491	1524
Schüler (ohne Vorschüler) . . .	28 457	32 484	32 248	32 421

Die Gesamtzahl der humanistischen Anstalten war 1900: 354, 1910: 374, 1911: 372, 1912: 372. Die Vermehrung war also nur eine geringfügige. Die Gesamtzahl der realistischen Anstalten war dagegen: 1900: 273, 1910: 450, 1911: 473, 1912: 491. Hier hat also eine Zunahme um fast das Doppelte stattgefunden.

Die Zahl der Schüler war auf den humanistischen Anstalten: 1900: 90690, 1910: 107628, 1911: 107717, 1912: 107101; hier ist also seit 1910 eine absolute Verminderung eingetreten; die Zahl der Schüler auf den realistischen Anstalten war 1900: 64558, dagegen 1910: 119065, 1911: 124975, 1912: 129072; hier liegt also seit 1900 eine Vermehrung auf fast genau das Doppelte vor.

Der Geh. Oberregierungsrat Norrenberg im Kultusministerium vergleicht die in den 3 Jahren 1910, 1911 und 1912 geschehene Entwicklung in den einzelnen Provinzen mit folgendem Ergebnis:

Nur in der Provinz Westfalen ist der Prozentsatz der Schüler auf den Gymnasien gestiegen, aber auch hier entfallen 47 v. H. der Schüler auf humanistische Anstalten und 53 v. H. auf Realanstalten. Einen Stillstand in dieser Entwicklung zeigt die Provinz Pommern, wo der Prozentsatz innerhalb der verglichenen Jahre gleich geblieben ist; hier überwiegen auch noch die humanistischen Anstalten mit 56 v. H. über die realistischen mit 44 v. H. der Schülerzahl. Von allen Provinzen hat Posen die höchste Verhältniszahl zugunsten der humanistischen Anstalten, die allerdings in der verglichenen Zeit auch eine Einbuße erlitten haben; immerhin entfallen noch 69 v. H. auf die humanistischen Anstalten und 31 v. H. auf die realistischen. Auch in Schlesien überwiegt die Schülerzahl der Gymnasien noch die der Realanstalten ziemlich erheblich, aber ein Rückgang ist bei den ersteren doch zu verzeichnen; im vergangenen Jahre kommen auf die Gymnasien 59 v. H. und die Realanstalten 41 v. H. der Schüler. Ostpreußen zeigt nahezu dieselbe Entwicklung, die Einbuße der humanistischen Anstalten ist nur gering; ihnen blieben 59 v. H. der Schüler gegen 41 v. H. der Realanstalten. Westpreußen hat in den letzten drei Jahren bei den humanistischen Anstalten eine Einbuße von 4 v. H. erlitten, so daß jetzt 52 v. H. auf die Gymnasien und 48 v. H. auf die Realanstalten entfallen. In den übrigen sechs Provinzen und in Berlin haben die realistischen Anstalten die humanistischen in bezug auf die Schülerzahl bereits überflügelt. Es stellen sich die Verhältniszahlen zwischen humanistischen und realistischen Anstalten in Brandenburg auf 31 zu 69, Berlin 36 zu 64, Sachsen 45 zu 55, Hannover 41 zu 59, Rheinprovinz 48 zu 52, Hessen-Nassau 38 zu 62. Am ungünstigsten ist das Verhältnis für die humanistischen Anstalten in Schleswig-Holstein, wo nur noch 29 v. H. auf die Gymnasien und 71 v. H. auf die Realanstalten entfallen. Vergleicht man die Schülerzahl der drei Anstaltsarten, Gymnasien und Progymnasien, Realgymnasien und Realprogymnasien, und Oberrealschulen nebst Realschulen, so ergibt sich folgende Verteilung: Es entfallen auf die erste Art 45 v. H., die zweite 23 und die dritte 32 v. H. der Gesamtzahl der Schüler.

Nach einer Berechnung von Geh. Rat Tilmann hatten von den auf preußischen Universitäten im Sommer-Semester immatrikulierten Studierenden der evangelischen Theologie alle 1325 das Reifezeugnis eines Gymnasiums, von den 1320 auf außerpreußischen Universitäten studierenden evangelischen Theologen besaßen 1300 das Abgangszeugnis eines Gymnasiums, 16 das eines Realgymnasiums und 4 das einer Oberrealschule.

In der juristischen Fakultät war das Zahlenverhältnis so: Von 5596 auf preußischen Universitäten Immatrikulierten waren 4565 Gymnasial-Abiturienten, 772 eines Realgymnasiums, 259 einer Oberrealschule. Von 4888 auf außerpreußischen Universitäten immatrikulierten Juristen waren 4020 Gymnasial-

Abiturienten, 626 solche von Realgymnasien, und 242 solche von Oberrealschulen. Die medizinische Fakultät zeigte folgende Ziffern: Preußische Universitäten: 4165 Immatrikulierte, davon 3214 Gymnasial-, 677 Realgymnasial-, 274 Oberrealschul-Abiturienten. Außerpreußische Universitäten: 6092 Immatrikulierte, davon 4729 Gymnasial-, 1022 Realgymnasial-, 341 Oberrealschul-Abiturienten. In der philosophischen Fakultät lag folgendes Zahlenverhältnis vor: Von 11383 Immatrikulierten preußischer Universitäten waren 7257 Gymnasial-, 2311 Realgymnasial-, 1815 Oberrealschul-Abiturienten. Von 10244 Immatrikulierten außerpreußischer Universitäten waren 6469 Gymnasial-, 2225 Realgymnasial-, 1550 Oberrealschul-Abiturienten.

Die auf preußischen Universitäten immatrikulierten 992 katholischen Theologen waren sämtlich Gymnasial-Abiturienten, von den auf außerpreußischen Universitäten immatrikulierten 834 katholischen Theologen war nur einer Abiturient eines Realgymnasiums.

Die Aufwendungen für die höheren Schulen Preußens betrugen im Jahr 1912: 73,7 Millionen M. Von diesen wurden gedeckt aus Einnahmen an Schulgeld 30,8 Millionen, aus eigenem Vermögen, rechtlichen Verpflichtungen usw. 4,3 Millionen. Mithin verblieb ein Defizit von 38,5 Millionen, das durch Zuschüsse gedeckt werden mußte. Hieran sind beteiligt: der Staat mit 14,4 Millionen, die Städte mit 24,2 Millionen M. Dagegen betrugen im Jahre 1901 die Zuschüsse des Staates 12 Millionen und die der Gemeinden 14,1 Millionen M. Letztere sind also beträchtlich gestiegen.

Für die Beteiligung der einzelnen Konfessionen am Besuch der höheren Schulen — eine statistische Aufrechnung, die in einem kirchlichen Jahrbuch besonders interessiert und um deretwillen wir eigentlich diesen Abschnitt eingeführt haben — liegt uns neueres Zahlenmaterial nicht vor. Das letzte auf das Jahr 1910 bezügliche war im Jahrbuch 1911 S. 383 gegeben.

Staatlicherseits anerkannte Studienanstalten für das weibliche Geschlecht gab es zu Beginn des Jahres 1912 in Preußen 34, und zwar 4 königliche (in Berlin die Augustaschule, die Elisabethschule, in Posen die Luisenstiftung und eine in Trier), 26 städtische (in Barmen, Berlin, Bielefeld, Bonn, Breslau, Charlottenburg, Danzig, Düsseldorf, Duisburg, Erfurt, Essen, Frankfurt a. M., Halle, Hannover, Kassel, Kattowitz, 2 in Köln, Königsberg, Liegnitz, Magdeburg, Schöneberg, Stettin, Wiesbaden, Wilhelmshaven und Wilmersdorf), 1 stiftische (in Bielefeld) und 3 private (2 in Aachen, 1 in Münster i. W.); von diesen haben nur 2 gymnasialen Charakter (je eine in Berlin und Köln), 3 den Charakter der Oberrealschule (1 in Berlin, Kattowitz und Wilhelmshaven), die übrigen 29 haben im wesentlichen den Lehrplan der Realgymnasien. Dazu treten noch 4 private Kurse, die dasselbe Lehrziel haben, in Bonn, Elberfeld, Hildesheim und Remscheid. Diese

34 Studienanstalten und 4 Kurse wurden im Sommer 1911 von 3574 Schülerinnen besucht, gegen 2278 im Jahr 1910.

Lyzeen für die höhere Ausbildung der Mädchen gab es in Preußen 1910: 146, und zwar 5 staatliche, 73 kommunale und 68 private. Diese wurden besucht von 9562 Schülerinnen, von denen 6067 evangelisch, 3166 katholisch, 327 jüdisch, 2 anderer Konfession waren. Gehobene (früher höhere) Mädchenschulen gab es 410, und zwar 5 staatliche, 207 kommunale, 198 private mit 134989 Schülerinnen, wovon 89839 evangelisch, 34455 katholisch, 10400 jüdisch, 295 anderer Konfession waren.

Das Mittelschulwesen. Öffentliche mittlere Schulen für Knaben gab es in Preußen im Jahr 1911: 206 mit 65566 Schülern, für Mädchen 260 mit 69040 Schülerinnen, gemischte 166 mit 25345 Schülern und 20778 Schülerinnen. Private mittlere Schulen gab es 155 für Knaben mit 10830 Schülern, 509 für Mädchen mit 41470 Schülerinnen, und 255 gemischte mit 5146 Schülern und 4714 Schülerinnen. Hier sind die sog. gehobenen Mädchenschulen eingerechnet. Die Konfession der Schüler (bezw. Schülerinnen) war 1911: in den öffentlichen mittleren Schulen von insgesamt 180729: 150122 evangelisch, 25762 katholisch, 3704 jüdisch, 1141 sonstigen Bekenntnisses; in den privaten mittleren Schulen von 62160: 41970 evangelisch, 14905 katholisch, 4760 jüdisch, 525 sonstigen Bekenntnisses.

Höhere deutsche Schulen im Ausland. Noch im Jahrbuch 1911 schrieben wir, daß die Zahl der höheren deutschen Schulen im Ausland, welche berechtigt sind, das Zeugnis für den Einjährigen-Militärdienst zu geben oder als Vollanstalten das Reifezeugnis für die Universität, 8 betrage. Inzwischen ist die Zahl auf 19 angewachsen. Damals waren es die Schulen in Antwerpen (Oberrealschule, Vollanstalt), Brüssel (Realgymnasium), Bukarest (Realschule), Genua, Konstantinopel, Madrid, Mailand (internationale Schule protestantischer Familien) und das Schulsanatorium Friedericianum in Davos. Inzwischen sind dazu gekommen: die Germaniaschule in Buenos Aires, die Gouvernmentsschule in Tsingtau, eine Schule in Barcelona, in Bexhill (England), Riga, Rom, Kairo, Jerusalem, Belgrano (Argentinien), Rio de Janeiro und Mexiko.

Im Ausland erlangten 1912 20 deutsche Schüler das Reifezeugnis, nämlich 12 in Antwerpen, 3 in Brüssel und 5 in Konstantinopel. Das Zeugnis zur Berechtigung für den Einjährigen-Militärdienst wurde erteilt: in Antwerpen 24, in Barcelona 2, in Bexhill 2, in Brüssel 23, in Buenos Aires 10, in Bukarest 27, in Davos 6, in Genua 5, in Jerusalem 7, in Konstantinopel 19, in Mailand 5, in Mexiko 1, in Riga 4, insgesamt 135.

Die Möglichkeit für im Ausland lebende Deutsche, ihren Söhnen das sog. Einjährigenzeugnis zu verschaffen, ist also in den letzten Jahren wesentlich erweitert worden.

21. Volksschulen. Hilfsschulen und Schulen für Schwachbegabte. Lehrerbildungsanstalten. Allgemeine Volksbildung. Analphabeten.

Das Volksschulwesen Deutschlands wies im letzten Jahrzehnt folgenden Stand auf:

	1901.	1906.	1911.
Volksschulen	59 187	60 584	61 557
Lehrer	124 027	137 213	148 217
Lehrerinnen	22 513	29 384	39 268
Schüler und Schülerinnen	8 924 799	9 737 262	10 309 949
auf jede Lehrkraft Schüler	60,9	58,4	54,9

Preußen allein hatte:

Volksschulen	36 756	37 761	38 684
Lehrer	76 342	84 980	92 406
Lehrerinnen	13 866	17 784	24 756
Schüler und Schülerinnen	5 670 870	6 164 398	6 572 140

In Preußen kamen 1911 auf jede Lehrkraft 56,5 Schüler, das Verhältnis ist also etwas ungünstiger als der Reichsdurchschnitt — in Bayern 56,7, in Württemberg 57,8, in Sachsen 54,7. In Preußen war das Verhältnis von Lehrkraft und Schüler am günstigsten in Berlin mit 39,7, am ungünstigsten in Schlesien mit 63,1.

Nach einer statistischen Notiz, die wir im Augenblick nicht nachzuprüfen vermögen, also mit Reserve wiedergeben, hat sich bezüglich der Frequenz der Volksschulen das Zahlenverhältnis der Konfessionen im letzten Jahrzehnt verschoben. Es waren vorhanden:

	1901.	1906.	1911.
Evang. Volksschüler	3 491 373	3 706 962	3 851 647
Kathol. „	2 057 272	2 321 926	2 567 914

Danach wäre die Zahl der evangelischen Volksschüler im letzten Jahrzehnt nur um rund 360 000, dagegen die der katholischen um rund 510 000 gewachsen. Es ist allerdings Tatsache, daß der allgemeine Geburtenrückgang den katholischen Volksteil nicht ganz in demselben Maße getroffen hat wie den evangelischen Volksteil. Das würde obiges Zahlenverhältnis zwar nicht ganz, aber doch in etwa erklären. Weiter besucht ein sehr viel stärkerer Prozentsatz, als der Bevölkerungsziffer entspricht, auf evangelischer Seite höhere und mittlere Schulen, und dieser Prozeß der Entwicklung hat im letzten Jahrzehnt, besonders im Mittelschulwesen, sich in verschärftem Maße fortgesetzt. Vielleicht liegt noch ein drittes Moment vor, nämlich das der Erteilung des Charakters einer öffentlichen Volksschule an Anstaltsschulen, deren ja die katholische Kirche eine ziemliche Zahl unterhält. Jedenfalls liegt in obiger Zahlentwicklung noch nichts, was, abgesehen von dem Rückgang der Geburtenziffer überhaupt, bedenklich machen könnte. Übrigens notiert die offizielle schulstatistische Erhebung vom Mai 1911:

3871902 evangelische und 2650722 katholische Schulkinder, Zahlen, die von den oben gegebenen etwas abweichen, aber freilich das Verhältnis der Konfessionen in der Schülerzahl nicht nur nicht entspannen, sondern noch verschärfen.

Die konfessionellen Verhältnisse der preußischen Volksschulen geben wir in der Entwicklung des Jahrzehnts 1901—1911, wie folgt. Es gab in den 3 Jahren 1901, 1906 und 1911:

Evangelische Schulen 24910, 25483, 25629. Katholische Schulen 10799, 11138, 11268. Jüdische Schulen 244, 240, 219. Paritätische Schulen 803, 900, 1568.

Evangelische Schulstellen 56086, 62192, 69507. Katholische Schulstellen 27965, 32636, 38129. Jüdische Schulstellen 299, 292, 271. Paritätische Schulstellen 4813, 5931, 6603.

Bezeichnend ist in dieser Aufstellung, neben dem Rückgang der jüdischen Schulen und Schulstellen, die verhältnismäßig starke Zunahme der paritätischen Schulen, von 803 auf 1568, und das alles, wiewohl das Gesetz vom 28. Juli 1906 betr. die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen in Preußen die Konfessionsschule als die Normalschule hinstellt. Es war die Zahl der:

	1901.	1906.	1911.
Schulkinder in evang. Schulen . . .	3 443 088	3 650 092	3 814 603
" " kathol. " . . .	1 936 268	2 175 158	2 383 422
" " jüdischen " . . .	6 939	6 069	5 550
" " parität. " . . .	284 575	333 079	368 565
Evang. Schulkinder insgesamt . . .	3 507 715	3 724 547	3 871 902
Davon unterrichtet in evang. Schulen .	3 353 620	3 547 781	3 698 023
" " in and. Konf.-Schulen .	16 342	17 585	17 754
" " in parität. Schulen .	137 753	159 181	156 125
Kathol. Schulkinder insgesamt . . .	2 118 815	2 391 980	2 650 722
Davon unterrichtet in kathol. Schulen .	1 916 527	2 154 405	2 363 019
" " in and. Konf.-Schulen .	61 548	70 054	79 256
" " in parität. Schulen .	140 745	167 521	208 447
Jüdische Schulkinder insgesamt . . .	24 022	22 211	19 965
Davon unterrichtet in jüd. Schulen . .	6 937	6 065	5 520
" " in and. Konf.-Schulen .	11 923	11 140	12 355
" " in parität. Schulen .	5 162	5 006	2 090

Schulkinder anderen Bekenntnisses (Dissidenten etc.) wurden unterrichtet in evangelischen Schulen: 19287, 24039, 27395; in katholischen Schulen nur 116, 247, 223; in paritätischen Schulen 915, 1371, 1903. In obiger Zahlenreihe versteckt sich eine interessante Tatsache, die das erwähnte Wachstum der paritätischen Schulen und Schulstellen beleuchtet. Die Zahl der evangelischen Schulkinder, welche paritätische Schulen besuchen, wuchs im Jahrzehnt 1901—1911 von 137753 auf 156125, also um 18372; gleichzeitig wuchs die Zahl der katholischen Schulkinder, welche paritätische Schulen besuchen, von 140745 auf 208447, also um 67702. Die katholische Kirche hat also von ihrem Standpunkt aus noch mehr Veranlassung, die Zunahme der

Frequenz der sogenannten paritätischen Schulen zu perhorreszieren als die evangelische. Und noch eins: die Zahl der jüdischen Schüler, welche paritätische Schulen besuchen, wuchs überhaupt nicht, sie fiel vielmehr um die Hälfte, nämlich von 5162 auf 2090. Das Judentum verflcht mit Energie die paritätische Schule, aber nur für andere. Für den eigenen Gebrauch wird sie perhorresziert — ein interessantes statistisches Ergebnis.

Die laufenden Schulunterhaltungskosten betrugen 1901: 227 621 597 M., 1906: 283 412 549 M., 1911: 420 898 192 M. Es gibt keinen Staat in der Welt, der für die allgemeine Volksbildung verhältnismäßig so viel aufwendet als Preußen bezw. das Deutsche Reich. Aus Staatsmitteln wurden aufgewendet: 1901 rund 69 Millionen, 1906 rund 77 Millionen, 1911 aber über 127 Millionen; aus Mitteln der Schulverbände: 1901 rund 159 Millionen, 1906: 206 Millionen, 1911 fast 294 Millionen. Es ist also bei beiden innerhalb eines Jahrzehnts beinahe eine Verdoppelung eingetreten, ein Zeichen, daß die Fürsorge für die allgemeine Volksbildung nicht nur keinen Stillstand zeigt, sondern sich in reger Fortentwicklung befindet.

Wir gaben in den Jahrbüchern 1911 (S. 387) und 1912 (S. 405) eine Übersicht über die sogenannten Hilfsschulen und Schulen für schwachbegabte Kinder, eine Aufstellung, die unseres Erachtens darum besonders beachtlich ist, weil in diesen Zahlen die besondere Fürsorge und Barmherzigkeit gegen die schwachen, von der Natur stiefmütterlich bedachten Kinder sich ausspricht. In Schulen für schwachbegabte Kinder wurden unterrichtet: 1901: 5756 Kinder, 1906: 12 453, 1911: 26 414. In diesen Zahlen steckt viel stille Segensarbeit und Geduld. Durch besonderes pädagogisches Verfahren (viel Anschauung) gelingt es allerdings, viele Schwachbegabte nahezu auf den Standpunkt der Normalbegabten zu bringen und sie für den Kampf des Lebens so auszurüsten, daß sie bestehen können. Das hierin angelegte Kapital verzinst sich hoch, und die dafür aufgewendete Arbeit trägt ihren stillen Segenslohn in sich selbst.

Von den Schulen für Schwachbegabte zu unterscheiden sind die sogenannten Hilfsschulen, die Kinder aufnehmen, die den allgemeinen normalen Intellekt haben, aber irgend welche körperliche Hinderungen, wie Schwerhörigkeit, Augenleiden, Sprachstörungen u. dgl. Wir gaben darüber im vorjährigen Jahrbuch eine Aufstellung. Neuere Zahlen liegen uns nicht vor. Leider hat man mancherorts früher solche Kinder in die Schulen (bezw. Klassen) für Schwachbegabte verwiesen, wohin sie gar nicht gehören. Dort ermüden sie nur. Natürlich können nur größere Städte ihr Volksschulwesen so spezialisieren, daß der fortschreitenden Wissenschaft und pädagogischen Diagnostik überall Rechnung getragen wird. Aber es gibt doch noch eine ganze Reihe Großstädte, in denen z. B. schwerhörige Kinder unter den normalhörenden bleiben oder

in die Klasse der Schwachbegabten verwiesen werden. Beides ist falsch, das letztere sogar eine direkte Verschlechterung. Hier findet die Pädagogik noch ein weites Feld der Betätigung und die pädagogische Wissenschaft noch Neuland.

* * *

Lehrerbildungsanstalten. Staatliche evangelische Seminare zur Ausbildung von Lehrern (bezw. Lehrerinnen) gab es in Preußen 1902: 87, 1907: 106, 1912: 126 (davon 5, 7 und 8 für Lehrerinnen); katholische Seminare 1902: 44, 1907: 59, 1912: 71 (davon 5, 9 und 10 für Lehrerinnen); paritätische Seminare waren in den genannten Jahren 6, 6 und 4 vorhanden. Seminaristen (bezw. Seminaristinnen) zählte man auf diesen Anstalten 1902: 11648, 1907: 13612, 1912: 18887. Der Lehrermangel des vergangenen Jahrzehnts war wesentlich darauf zurückzuführen, daß man mit der Errichtung von Seminaren nicht entsprechend der Volksvermehrung fortgeschritten war. Die von einer gewissen pädagogischen Presse gewagte Prophezeiung, der Lehrermangel werde sich auch durch die Vermehrung der Lehrerbildungsanstalten nicht beheben, diese würden im Gegenteil völlig leer stehen, war rein tendenziös und hat sich als statistischer Schwindel erwiesen. Die verhältnismäßig starke Zunahme der Seminarzöglinge innerhalb eines Jahrzehnts legt das klar. Mag auch hier und da ein örtlicher Lehrermangel noch vorliegen, etwa in dichtbevölkerten Landdistrikten mit industriellem Einschlag, so darf doch im allgemeinen von einem Lehrermangel nicht mehr geredet werden. Ja an geprüften Lehrerinnen ist zurzeit ein gewisser Überfluß, so daß manche auf Anstellung warten müssen. Wer das der radikalen Lehrerpresse vor einem halben Jahrzehnt voraussagte, wurde als Ignorant und Finsterling angedet. Aber die Tatsachen sind doch schließlich stärker als die Tendenz. Die Zahl der Stellen für Lehrerinnen ist von 17784 im Jahr 1906 auf 24756 im Jahr 1911 gewachsen, also eine Zunahme von 6972 Stellen. In derselben Zeit sind die Lehrerstellen um 7428, also nicht viel mehr, vermehrt worden. 1891 waren nur 11,84 % aller Schulstellen solche für Lehrerinnen, 1901 15,37 %, 1911 aber 21,13 %; die Verhältniszahl hat sich also in 20 Jahren fast verdoppelt. Trotzdem übersteigt die Zahl der Anwärterinnen den Bedarf. Etwa 4500 junge Mädchen legen alle Jahre das Lehrerinnenexamen ab, das würde ausreichen, den Ersatz für etwa 35—40 000 Stellen zu schaffen. Es sind aber zurzeit nur etwa 25 000 da. Wenn also wirklicher Lehrermangel sich einstellen sollte, wäre er durch Einstellung weiblicher Lehrkräfte bald zu beheben. Im Interesse der Lehrer liegt es nicht, daß die Lehrerinnenstellen prozentmäßig noch mehr wachsen. Das Interesse der Lehrer wird also durch die Übertreibungen und Abmahnungen der radikalen Lehrerpresse in der Tat nicht vertreten.

Von den 1912 vorhandenen Lehrer- (bezw. Lehrerinnen-) Seminaren in Preußen entfielen auf die Provinz Ostpreußen 11 (10 ev., 1 kath.), auf Westpreußen 12 (6 ev., 6 kath.), auf Brandenburg 18 (17 ev., 1 kath.), auf Pommern 8 (alle ev.), auf Posen 15 (7 ev., 7 kath., 1 paritätisch), auf Schlesien 24 (11 ev., 13 kath.), auf Sachsen 16 (15 ev., 1 kath.), auf Schleswig-Holstein 9 (alle ev.), auf Hannover 15 (13 ev., 2 kath.), auf Westfalen 25 (12 ev., 13 kath.), auf Hessen-Nassau 11 (6 ev., 1 kath., 4 paritätisch, diese alle im Reg.-Bez. Wiesbaden), auf die Rheinprovinz 30 (9 ev., 21 kath.).

Für die Regierungsbezirke Düsseldorf, Arnsberg und Münster wird in Essen ein besonderes Seminar errichtet zur Förderung des Hilfsschulwesens bezw. zur Ausbildung von Lehrpersonen in diesem Spezialzweig der Pädagogik.

* * *

Die Zahl der Analphabeten ist dank der hochentwickelten Schulverhältnisse in Deutschland so gering geworden, daß es überhaupt nicht mehr möglich ist, soweit sie bei der Rekrutierung ermittelt werden, sie in Prozentziffern auszudrücken. Auch Promillezahlen reichen nicht mehr aus. Über die Schulbildung der Rekruten gibt das IV. „Vierteljahrsheft 1912 zur Statistik des Deutschen Reichs“ folgende Zahlen: Ohne Schulbildung waren im Jahr 1911 nur 34 (in Frankreich etwa 15 000!). Noch 1891 betrug die Zahl 824, 1901: 131, 1911: 34, davon kamen 24 auf Preußen, je 2 auf Bayern, Baden und Mecklenburg, je 1 auf Sachsen, Württemberg, Sachsen-Weimar und das Reichsland. Sie gehören lediglich der vagierenden Bevölkerung an (Zigeuner u. dgl.). Das Menschenmögliche scheint hier also erreicht zu sein.

Wir gaben in früheren Jahrgängen Vergleichszahlen aus den romanischen Ländern, die allerdings gründlich anders aussehen. Das industriell so hochentwickelte Belgien hat noch Hunderttausende von Analphabeten (cf. Jahrbuch 1912, S. 404).

Etwas ungünstiger stellt sich die Sache, wenn die Zahl derer festgestellt wird, die bei der Eheschließung nicht imstande sind, die Heiratsurkunde zu unterzeichnen. Leider haben wir derartige Ermittlungen nur für Preußen. Wir schieben die im vorjährigen Jahrbuch gegebene Aufstellung an die Gegenwart, soweit möglich, heran. Es waren:

1890: 1,89	Prozent der Männer,	2,92	Prozent der Frauen			
1895: 1,17	„ „ „	1,92	„ „ „			
1900: 0,61	„ „ „	1,04	„ „ „			
1905: 0,37	„ „ „	0,61	„ „ „			
1910: 0,26	„ „ „	0,40	„ „ „			
1911: 0,23	„ „ „	0,35	„ „ „			

Am stärksten beteiligt waren die Provinzen Ostpreußen mit 0,90 % der Männer und 1,13 % der Frauen, Westpreußen

mit 1,37 % der Männer und 1,78 % der Frauen und Posen mit 1,34 % der Männer und 1,69 % der Frauen; Schlesien mit 0,24 % der Männer und 0,35 % der Frauen steht fast genau auf dem Durchschnitt. In allen andern Provinzen sinkt die Zahl unter 0,1 %; es kommen also auf 1000 noch nicht 1. Nur Pommern steht mit 0,14 zu Buche bei den Männern und 0,28 bei den Frauen. Auf's Tausend sind das also 1,4 und 2,8. Bei den Frauen sind's auf tausend noch in Schleswig-Holstein 3,3, Hannover 1,6, Westfalen 2,1 und Rheinland 1,0. Das zeigt deutlich, daß es sich hier um eingewanderte Elemente handelt (Mädchen aus der polnischen Bevölkerung und Zugewanderte aus Oesterreich u. a.). Das Deutsche Reich wird bezüglich der allgemeinen Volksbildung von keinem Kulturstaat übertroffen; erreicht nur von den nordischen Ländern Schweden, Dänemark und Norwegen, auch von England bei weitem nicht erreicht.

22. Kriminalstatistik. Kriminalität in Stadt und Land, in Verteilung auf die Altersklassen. Kriminalität und Konfession.

Wegen Verbrechen und Vergehen gegen das Strafgesetzbuch wurden im Deutschen Reich verurteilt:

1905: 481 432	Personen, darunter	51 498	Jugendliche
1906: 491 532	„	55 211	„
1907: 489 085	„	54 074	„
1908: 504 742	„	54 542	„
1909: 500 078	„	49 703	„
1910: 497 810	„	50 814	„
1911: 497 217	„	50 200	„

Seit dem Jahre 1908 liegt also eine Abnahme der Kriminalität in absoluter Ziffer vor; und wenn man die nicht unbeträchtliche zahlenmäßige Zunahme der strafmündigen Bevölkerung in dieser Zeit mit in Rechnung stellt, kommt eine nicht unbedeutende Abnahme der Verhältnisziffer der Bestraften zur Gesamtbevölkerung heraus.

In dieser Aufstellung sind allerdings nur die Verbrechen und Vergehen gegen das Strafgesetzbuch einbezogen. Zu etwas andern Resultaten kommt man, wenn man die leichteren Vergehen gegen andere Gesetze, als das Strafgesetzbuch, mit berücksichtigt, z. B. alle Gewerbekonventionen: Fahrlässigkeiten, Fälschungen von Waren, falsche Angaben etc. Dann ergibt sich als Gesamtzahl aller Verurteilungen:

1905: 520 356, 1906: 533 767, 1907: 530 723, 1908: 548 410, 1909: 544 183, 1910: 546 409, 1911: 552 556.

Aber die zuerst gegebenen Zahlen sind die der eigentlichen Kriminalität, und hier liegt keine Verschlechterung vor. In den

gelegentlichen statistischen Notizen der Kirchenzeitungen stößt man da oft auf ganz bruchstückartige und tendenziöse Angaben. So wurde z. B. die verhältnismäßig nicht bedeutsame Zunahme der jugendlichen Verurteilten von 49 703 im Jahr 1909 auf 50 814 im Jahr 1910, die beinahe der Zunahme der Bevölkerungsziffer entspricht, als eine ungeheure Verschlechterung hingestellt, wobei man völlig übersah oder verschwieg, daß in allen Vorjahren die Zahl beträchtlich höher gestanden hatte, auch absolut, prozentual natürlich noch viel mehr. Eine Korrespondenz teilt das mit unter dem durchaus unzutreffenden Stichwort: „Das jugendliche Verbrechen nimmt zu.“ Es wurde zwar gesagt, daß man aus zwei aufeinander folgenden Jahren noch keine festen Schlüsse ziehen wolle; aber wenn dann das nächste Jahr den Alarmruf nicht bestätigt, sondern widerlegt, so wird geschwiegen. Wir wollen nicht rosenrot färben — der Prozentsatz der Jugendlichen in der Kriminalität ist immerhin beträchtlich und bedauerlich — aber wir wollen auch die Zeit und die deutsche Jugend in genere nicht ohne Not und Grund herunterreißen.

Wir gaben in den Vorjahren eine Aufstellung der hauptsächlichsten Delikte (ohne Vollständigkeit) unter Bezugnahme auf die Vorjahre, um die Verschiebungen innerhalb der Kriminalität beurteilen zu können. Auf das Jahr 1911 herangeschrieben ergibt sich die folgende Aufstellung:

Delikte	Von deutschen Gerichten Verurteilte			darunter Jugendliche 1911
	1905	1910	1911	
Majestätsbeleidigung	160	16	17	—
Widerstand gegen die Staatsgewalt . .	17 580	17 631	17 160	336
Auflauf, Aufruhr, Gefangenenerfreuung	1 749	1 945	1 935	66
Hausfriedensbruch	24 819	22 949	22 855	950
Verletzung der Wehrpflicht	12 254	8 194	7 699	6
Unzüchtige Handlungen, Notzucht, Blut- schande, Kuppelei	12 585	12 972	14 069	1 362
Verbreitung unzüchtiger Schriften . .	426	435	748	9
Beleidigung, üble Nachrede, Verleumdung	59 462	60 324	61 881	1 245
Körperverletzung	131 285	117 407	115 089	7 287
Diebstahl, einfacher und schwerer . .	100 183	114 203	110 745	26 470
Unterschlagung	23 454	29 744	30 117	2 781
Raub und räuberische Erpressung . .	1 268	1 409	1 748	163
Hehlerei	7 215	9 058	8 915	1 333
Urkundenfälschung	5 811	8 956	7 583	852
Sachbeschädigung	19 964	19 403	18 830	2 668
Brandstiftung, vorsätzliche und fahr- lässige	1 154	1 022	1 565	306

Bezeichnend ist in der Vergleichung der Jahre 1905, 1910 und 1911, daß die Sittlichkeitsverbrechen in beständiger Zunahme sind; daß dies der Fall ist bei allgemeiner Abnahme der Kriminalität, sollte unserer Zeit doch zu denken geben. Dem

bösen Geist der Habsucht geht man scharf zu Leibe, dem bösen Geist der Sittenlosigkeit läßt man viel zu sehr freien Spielraum; hier fehlt es noch allzu sehr an der Prophylaxe. Man sehe z. B. die steigende Zahl an in der Kolonne: Verbreitung unzüchtiger Schriften.

Bezeichnend ist auch in obiger Aufstellung, daß die Kriminalität beträchtlich zurückgeht in allen gewalttätigen Delikten (Körperverletzung, Sachbeschädigung), wogegen die auf List und Täuscherei beruhenden Vergehen keinen Rückgang zeigen (Verleumdung, Diebstahl, Unterschlagung). So entspricht die Psychologie der Kriminalität genau der des Zeitgeistes und spiegelt seine Wandlungen getreulich wider. Es herrscht in diesen scheinbar von der Willkür und Gesetzlosigkeit diktierten Handlungen dennoch eine stille, heimliche Gesetzmäßigkeit. — Auffallend gestiegen sind die Delikte der Brandstiftung, sehr abgenommen hat die Verletzung der Wehrpflicht.

Die Verteilung der Kriminalität auf die einzelnen Altersklassen der Bevölkerung hat der Strafanstaltsdirektor Dr. Finkelnburg zum Gegenstand einer statistischen Studie gemacht. Es liegen dabei die Zahlen des Jahres 1909 zugrunde. Im Prozentverhältnis gelten sie ungefähr für jedes beliebige Jahr, nur die absoluten Zahlen differieren da. Am stärksten kriminell belastet, mit 241 174 Verurteilten, sind da die Altersklassen vom 18.—30. Jahr; hier wieder am meisten die vom 18.—21., dann die vom 21.—25., dann die vom 25.—30. Jahr. In weitem Abstand folgen die 30—40 jährigen mit 133 203 Verurteilten, dann die 40—50 jährigen mit 74 984. Die über 50 Jahr alten sind mit 45 003 Verurteilten geringer beteiligt als die Jugendlichen vom 12.—18. Jahr. Diese haben 49 697 Verurteilte.

Nach den verschiedenen Arten der Delikte fallen auf

	1905.	1910.	1911.
Delikte gegen Staat, öffentliche Ordnung			
und Religion	94 580	95 497	98 567
" " die Person	219 068	211 589	212 087
" " das Vermögen	205 547	238 339	240 937
" im Amt	1 161	993	965

Hier sind auch die leichteren Delikte einbezogen, die mit dem Strafgesetzbuch nichts zu tun haben.

Die Verteilung der Kriminalität auf Stadt und Land ergibt bemerkenswerte Aufschlüsse. Nach dem Statistischen Jahrbuch deutscher Städte kamen, wenn man die Städte über 50 000 Einwohner gesondert berechnet, auf je 10 000 Personen der strafmündigen Bevölkerung

im Jahrfünft	im Reich überhaupt	in den größeren Städten
1883—1887	101,1	129,0
1898—1902	110,5	152,4

Das bedeutet eine viel größere Verschlechterung der Kriminalität in den Städten als im Reichsdurchschnitt.

Auf 100 000 Strafmündige kamen Verurteilte im Durchschnitt der Jahre 1898—1902:

	im Reich überhaupt	in den größeren Städten
wegen Gewalt und Drohung	3,3	7,8
" Körperverletzung . .	25,2	19,2
" Diebstahl	22,1	34,8
" Betrug	5,4	9,5
" sonstiger Verbrechen	54,4	81,2
überhaupt	110,5	152,4

Die Verhältniszahlen der Verurteilten in den Städten sind größer als im Reichsdurchschnitt:

bei den männlichen Verurteilten um	36 Prozent
" " weiblichen " "	68 "
" " jugendlichen " "	67 "
" " Verurteilten überhaupt . .	38 "

Der unstreitig vorhandene unmoralische Einfluß der Großstadt darf dafür aber doch nicht allein haftbar gemacht werden. Die Städte, besonders die Großstädte, sind eben ein Magnet für die gesetzlosen Elemente des ganzen Landes und das Refugium aller Entgleisten. Man darf hier nicht, wie es oft geschieht, Ursache und Wirkung verwechseln.

Wir gaben im Vorjahr — im Anschluß an eine diesbezügliche Schrift von Forberger und in Bestätigung ihrer Resultate — eine ausführliche Übersicht über die Verteilung der Kriminalität auf die Konfessionen, veranlaßt durch den Umstand, daß der katholische Statistiker P. Krose eine Überlegenheit des katholischen Volksteils auf diesem Gebiet glaubte feststellen zu können. Das war von ihm sehr unvorsichtig, denn genau das Gegenteil läßt sich nachweisen, wenn es auch nicht leicht ist, den konfessionellen Faktor hier von andern zu isolieren. Nun bringt die „Zeitschrift des Kgl. Preuß. Statist. Landesamts“ 1912, IV einen Aufsatz von Dr. Kühnert: „Die Kriminalität in Preußen nach dem Religionsbekenntnis“, der die im vorjährigen Jahrbuch gegebenen und von Forberger ermittelten Resultate durchaus bestätigt und P. Krose endgültig widerlegt. Die hier gegebenen Aufstellungen sind um so beachtenswerter, als hier zum erstenmal auf Grund der Volkszählungsergebnisse die Summe der strafmündigen Bevölkerung (über 12 Jahre) und dann wieder die der Jugendlichen (von 12 bis 18 Jahren) gruppenweise bei allen Konfessionen ermittelt worden ist, während früher die Zahl der Verurteilten lediglich in Vergleich gestellt wurde zur Gesamtzahl der der betr. Konfession Angehörigen. So sind also hier Ergebnisse gewonnen, denen schlechterdings nichts Abweichendes entgegengesetzt werden kann. Zugrunde gelegt sind die Ergebnisse von 1910. Es betrug bei den

	Zahl der		auf je 100 000
	Strafmündigen	Bestraften	kamen Verurteilte
evangelischen Christen	17 845 401	195 301	1094
katholischen Christen	9 951 491	143 602	1443
sonstigen Christen	207 564	1 164	561
Christen überhaupt	28 004 456	340 067	1214
Juden	339 746	3 831	1128
Personen andern Bekenntnisses u. Religionslosen	22 002	872	3963
Zusammen	28 366 204	344 770	1215

Im Reichsdurchschnitt kamen also auf je 100 000 Strafmündige 1215 Verurteilte. Die evangelische Konfession blieb mit 1094 dahinter nicht unbeträchtlich zurück, die katholische aber überschritt den Durchschnitt sehr beträchtlich. Die Differenz beider Konfessionen ist so groß, daß sie sofort in die Augen fällt und durch keinerlei Rechenkunst beseitigt werden kann. Bemerkenswert ist übrigens — um einen Augenblick von dem Vergleich zwischen den beiden Hauptkonfessionen abzusehen — daß die „anderen Christen“ — (jetzt in der Volkszählung eine reinliche Kolonne, nämlich alle außerlandeskirchlich christlichen Denominationen) — eine sehr günstige Ziffer aufweisen. Sie sind nur halb so stark kriminell belastet, als die Angehörigen der evangelischen Kirche und nur ein Drittel so viel als die Katholiken. Damit vergleiche man die Kriminalität der Personen anderen Bekenntnisses, d. h. der Freigeister und Religionslosen. Sie stehen beträchtlicher als doppelt so hoch zu Buche verglichen mit den Katholiken, die ohne sie an der Spitze stehen würden, und annähernd viermal so hoch im Vergleich zu den Evangelischen. Ein zahlenmäßiger Beleg für den Zusammenhang von Religiosität und Moral. Wenn doch die für den Austritt aus den christlichen Kirchen agitierenden Monisten, z. B. der von etlichen Schwärmern als „Ethiker“ gefeierte Prof. Dr. Ostwald, Haeckels Schildträger, und das Komitee „Konfessionslos“ von diesen statistischen Ergebnissen Notiz nehmen wollten. Aber sie werden sich schwerlich hüten, bis dahin ihre Wissenschaft zu erstrecken. So frei denken die Freidenker nicht.

Auch dem Einwand, als ob hier nur zufällige Ergebnisse eines vereinzelten Jahres vorlägen, kann durch das von Dr. Kühnert beschaffte statistische Material bald begegnet werden. Es betrug nämlich die Kriminalität auf 100 000 Strafmündige berechnet bei den

	Evang.	Kathol.	Christen überh.	Juden	Reichs- durch- schnitt
im Jahrzehnt 1882—1891	963	1153	1030	784	1031
im Jahrzehnt 1892—1901	1122	1361	1206	1030	1207

Diese Zahlenreihen gestatten einen historischen Rückblick. Die allgemeine Kriminalität hat um 176 auf 100 000 zugenommen, die der Evangelischen um 159, die der Katholiken um 208, die der

Juden um 246. Auffallend ist die starke Zunahme der Kriminalitätsziffer der Juden, die 1882—1891 noch sehr günstig standen — nebenher gesagt auch ein Symptom für den Zersetzungsprozeß, der im modernen Judentum vor sich geht. Für das Jahrzehnt 1892—1901 blieben die Juden noch ziemlich beträchtlich unter dem Durchschnitt; aber sie holen die Distanz schnell ein; die vorstehenden Ziffern des Jahres 1910 zeigen, daß sie inzwischen die Kriminalität des evangelischen Volksteils erreicht, ja überschritten haben. Für die „Religionslosen“ können hier die Ziffern der Vergangenheit nicht gegeben werden, weil sie früher mit den „andern Christen“ in einer Kategorie zusammengerechnet waren.

Dr. Kühnert gibt auch die Verrechnung für die einzelnen preußischen Provinzen. Auffallend hoch ist die Kriminalität der Katholiken in Schleswig-Holstein, da gehören sie eben den unteren Ständen und den eingewanderten Elementen an. Stark ist sie — aus denselben Ursachen — auch in Berlin. Überhaupt steht Berlin hier sehr ungünstig zu Buche. Wir geben aus den einzelnen Provinzen hintereinander — immer auf 100 000 Strafmündige berechnet — die Kriminalitätsziffer der Gesamtbevölkerung, des evangelischen und des katholischen Volksteils:

Ostpreußen 1491. 1518. 1371, die einzige Provinz (außer Hohenzollern), wo die Kriminalität des evangelischen Volksteils höher steht als die des katholischen (vgl. S. 412 des Kirchlichen Jahrbuchs 1912). Westpreußen 1451. 1243. 1661. Berlin 1653. 1649. 1970. Brandenburg 1072. 1035. 1666 (!). Pommern 1119. 1098. 1754 (!). Posen 1343. 972. 1531. Schlesien 1474. 998. 1841. Sachsen 934. 915. 1171. Schleswig-Holstein 1084. 1025. 2838 (!). Hannover 955. 916. 1200. Westfalen 1127. 1095. 1161. Hessen-Nassau 931. 851. 1151. Rheinland 1237. 1129. 1288. Hohenzollern 477. 1122. 445. In ganz Preußen 1215. 1094. 1443.

Diesen Zahlen gegenüber wird P. Krose schwerlich sein Urteil (Kirchl. Handbuch, 1. Band, S. 204 ff.) aufrechterhalten können: „Auch wäre es eine ganz verkehrte Vorstellung, wenn man meinen wollte, daß die Kriminalität der Katholiken allgemein in allen Teilen des Reichs oder fast in allen eine höhere sei. Die ungünstige Stellung der Katholiken beschränkt sich vielmehr auf einige Landesteile mit einer außergewöhnlich hohen Kriminalität, in denen die Katholiken die Mehrheit der Bevölkerung bilden.“ Forbergers Schrift: „Moralstatistik und Konfession“ hat ihn längst widerlegt, und Forberger hat durchaus recht, wenn er schreibt: „an dieser Darstellung Kroses ist fast alles falsch“. In der Tat ist in Preußen nur in der Provinz Ostpreußen, und im übrigen Deutschland nur in Baden die katholische Kriminalität günstiger als die evangelische. Noch im 3. Band seines „Kirchl. Handbuchs“ S. 293 schreibt Krose: „Über die Beteiligung der Konfessions-

gemeinschaften an der Kriminalität gewinnt man aus der Übersicht der Provinzen und Bundesstaaten keine Klarheit. . . . Leider hat die amtliche Statistik nicht direkt berechnet, wieviel Verurteilte auf je 100 000 Strafmündige bei den Katholiken und bei andern Konfessionsgemeinschaften kommen“. Damals, als dies geschrieben wurde, lag zwar obige Berechnung noch nicht vor. P. Krose hätte aber doch schon anderweit orientiert sein können. Ein Statistiker darf nicht nur von dem Notiz nehmen, was gefällt. Nachdem wir schon im vorjährigen Jahrbuch ausführlich diese Materie abgehandelt haben (S. 411—416) und in diesem neueres amtliches Material als Bestätigung bringen, dürfen wir wohl erwarten, daß P. Krose in dem 4. Band seines Handbuchs, dessen Erscheinen noch aussteht, zur Sache Stellung nimmt.

23. Selbstmorde.

Während im Jahr 1910 ein kleiner Rückgang der Selbstmordziffer festzustellen war, hat das Jahr 1911 die steigende Tendenz der Vorjahre, wenigstens in absoluter Zahl, wieder aufgenommen. Im Jahr 1900 war die absolute Zahl der Selbstmordfälle und die Verhältniszahl auf 100 000 der Bevölkerung 11 393 = 20,3. 1905: 12 810 = 21,3. 1906: 12 495 = 20,4. 1907: 12 777 = 20,6. 1908: 13 765 = 21,9. 1909: 14 225 = 22,3. 1910: 13 935 = 21,6. 1911: 14 181 = 21,7. Die Jahre 1906 und 1910 bezeichnen ein Nachlassen, das aber immer wieder zurückgedrängt wird durch die allgemeine Tendenz der Steigerung. 1909 bezeichnet den Höhepunkt sowohl in der absoluten Ziffer wie in der Verhältniszahl. Für das Berichtsjahr 1911 stehen die Selbstmordfälle gegen 1909 etwas zurück, übertreffen aber die Zahl von 1910.

Die einzelnen preußischen Provinzen zeigen folgende Zahlen (die erste ist die absolute Zahl, die zweite die Verhältnisziffer auf Hunderttausend der Bevölkerung).

	1905		1910		1911	
Ostpreußen	290	14,3	294	14,3	316	15,3
Westpreußen	222	13,6	189	11,1	211	12,3
Berlin	708	34,9	677	32,7	728	35,0
Brandenburg	1042	29,8	1273	31,5	1366	33,0
Pommern	306	18,2	306	17,8	281	16,3
Posen	175	8,8	203	9,7	190	9,0
Schlesien	1158	23,6	1174	22,6	1135	21,6
Sachsen	880	29,6	924	30,0	1006	32,5
Schleswig - Holst.	440	29,5	538	33,4	519	31,8
Hannover	597	21,7	711	24,3	654	22,1
Westfalen	483	13,5	491	12,0	509	12,2
Hessen-Nassau	453	22,1	475	21,5	517	23,1
Rheinland	847	13,3	912	12,9	981	13,6
Hohenzollern	8	11,8	12	16,9	9	12,6
Ganz Preußen	7609	20,5	8179	20,5	8422	20,8

Von den 8179 Selbstmördern des Jahres 1910 waren 6338 evangelisch, 1533 katholisch, 46 sonstige Christen, 108 Juden.

Die Mitte des Königreichs, die Provinzen Brandenburg mit Berlin, Sachsen, Schlesien und Schleswig-Holstein stehen in der Selbstmordziffer seit Jahren verhältnismäßig hoch zu Buche, während im äußersten Osten und im Westen Minima liegen, hier nur unterbrochen durch das Maximum der Provinz Hessen-Nassau. Über die Ursachen dieser eigenartigen, aber seit Jahrzehnten völlig konstanten Erscheinung haben wir uns früher ausgesprochen. In rein katholischen Gegenden steht im allgemeinen die Selbstmordziffer beträchtlich niedriger als in evangelischen Bezirken, in Industrie-Gegenden wieder hält sie sich auf viel höherem Niveau, als in ackerbaureibenden Bezirken (Rheinland und Westfalen machen eine Ausnahme). In der Stadt, besonders in der Großstadt, prägt sie sich viel schärfer aus als auf dem Lande — das sind die allgemeinen Gesetze. Wo sie in einer Richtung wirken, verstärken sich diese Momente; sie unterbinden sich aber auch gelegentlich gegenseitig. Vor allem aber sprechen psychologische Faktoren, starke Verschiedenheiten im Stammescharakter, sehr mit (vgl. Jahrb. 1910, S. 359). Wenn man das alles beachtet, so kommt auch in diese scheinbar so unentwirrbare Buntscheckigkeit, die vom Zufall geschaffen zu sein scheint, eine gewisse Gesetzmäßigkeit.

Die übrigen Bundesstaaten zeigen folgende Selbstmordziffern, absolut und im Verhältnis auf Hunderttausend.

	1905		1910		1911	
Bayern	874	13,5	1047	15,3	1123	16,2
Sachsen	1483	33,1	1573	32,9	1524	31,5
Württemberg	434	19,0	427	17,6	440	18,0
Baden	443	22,2	480	22,5	438	20,3
Hessen	289	24,0	321	25,2	303	23,5
Mecklenburg-Schwerin	115	18,4	122	19,1	156	24,3
Sachsen-Weimar	118	30,6	130	31,4	122	29,1
Mecklenburg-Strelitz	26	25,2	29	27,3	21	19,7
Oldenburg	132	30,4	128	26,7	136	27,9
Braunschweig	157	32,4	171	34,6	179	36,2
Sachsen-Meiningen	77	28,8	94	33,8	86	30,7
Sachsen-Altenburg	76	37,0	70	32,5	58	26,7
Sachsen-Koburg-Gotha	92	38,1	89	34,8	118	45,7
Anhalt	104	31,7	119	35,9	117	35,3
Schwarzburg-Sondershaus.	24	28,3	27	30,1	21	23,2
Schwarzburg-Rudolstadt	25	25,9	20	19,9	29	28,7
Waldeck	13	22,0	9	14,6	6	9,7
Reuß ältere Linie	11	15,6	13	17,9	26	35,7
Reuß jüngere Linie	46	31,9	56	36,8	56	36,5
Schaumburg-Lippe	8	17,8	4	8,6	10	21,4
Lippe	23	15,8	22	14,6	27	17,8
Lübeck	35	33,3	36	31,1	36	30,7
Bremen	90	34,6	123	41,5	99	32,6
Hamburg	291	33,6	372	37,1	360	35,1
Elsaß-Lothringen	215	11,9	274	14,7	268	14,3
Deutsches Reich	12 810	21,3	13 935	21,6	14 181	21,7

Unter den Selbstmördern des Jahres 1911 gehörten 10783 (im Vorjahr 10574) dem männlichen, 3398 (3361) dem weiblichen Geschlecht an. Letzteres war mit 31,5 % (31,8 %) der Gesamtzahl beteiligt.

Die verhältnismäßig hohe Ziffer der Hansastädte, der thüringischen Länder und des Königreich Sachsen sowie die niedrige im Reichsland, Bayern und einigen norddeutschen Kleinstaaten wird durch die oben gegebenen Gesichtspunkte erklärt. Nur Braunschweig steht hier gegen alle Erwartung hoch zu Buche.

Die allgemeine Selbstmordziffer für Deutschland war 1893 — dem ersten Jahr der Ermittlung — 21,2; sie fiel bis 1895 auf 20,2 und bis 1899 auf 19,5. Das war der niedrigste Stand. 1900 zeigte wieder 20,3. 1905: 21,3. 1906 und 1907 gingen wieder unter 21 herab. 1908 stieg stark auf 21,9. 1909 erreichte das Maximum mit 22,3; seitdem bewegt sich die Zahl zwischen 21 und 22, aber mit steigender Tendenz.

Von den Selbstmordfällen des Jahres 1911 in Preußen waren laut amtlicher Feststellung 609, d. h. 7,2 % direkt durch Trunksucht veranlaßt, bezw. geschahen im Säuferwahnsinn. Bei sehr vielen anderen Fällen steht der Alkoholismus als treibende Ursache deutlich erkennbar oder halb verschleiert im Vordergrund. Die in der „Zeitschrift des Kgl. Preuß. Statist. Landesamts, 1912, III, S. 1“ gegebene Übersicht über die Motive der vorliegenden Selbstmorde halten wir für wenig bedeutsam. Man kann die dort aufgeführten Faktoren: Geisteskrankheit, körperliche Leiden, Trauer und Kummer, Reue und Scham etc. gar nicht so gegeneinander absondern, daß man sagen könnte, dieses oder jenes sei die Ursache. Es liegt doch fast immer ein Komplex von Motiven vor. Mit so vagen Begriffen wie: „Leidenschaften“, „Lebensüberdruß“ ist vollends nichts anzufangen. Derartige Partitionen dürften ohne Schaden aus der wissenschaftlichen Statistik verschwinden. Übrigens hat man auch nicht immer die wirklichen „Motive“, sondern die Meinungen anderer über diese Motive, wobei es sehr dahingestellt bleibt, ob sie zutreffend sind; oder die Äußerungen der Selbstmörder über die Motive, deren Realität auch noch nicht über allem Zweifel erhaben ist. Wir erwähnen das alles nur, um zu motivieren, warum wir auf diese Seite der Sache überhaupt nicht eingehen.

Wie sehr die moderne Literatur die Zunahme der Selbstmorde begünstigt, ja oft direkt fördert in der Verherrlichung des „Freitodes“, ist im vorjährigen Jahrbuch S. 419 bis 421 mit Belegen ausgeführt. Freilich das ist auch nichts absolut Neues. „Werthers Leiden“ schon nehmen in der Geschichte der Literatur diese Stellung ein, mag auch Goethes Tendenz die der „Erhebung“ gewesen sein. Sie haben manchen Lebensfaden zerschnitten.

24. Ehescheidungen.

Die „Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs“ haben seit 1910 keine genauen Zahlen mehr veröffentlicht über die rechtskräftig gewordenen Ehescheidungen. Die Steigerung ist da leider in den letzten Jahren, wie gelegentliche Veröffentlichungen zeigen, sehr beträchtlich. Für das Jahr 1910 und 1911 haben wir — wenigstens aus ganz Deutschland — noch keine statistische Aufstellung; wohl aber eine solche auf das Jahr 1910 bezüglich für Preußen.

Warum mit Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches die Zahl der Ehescheidungen beträchtlich wuchs, ja wachsen mußte, ist in den früheren Jahrbüchern von uns des öfteren ausgeführt. Der ominöse § 1568 des B.G.B. hat da wahre Verheerungen angerichtet. Wie sehr schon in den Vorjahren das Wachstum in die Erscheinung trat, mag folgende Aufstellung dartun:

Auf je 100000 Einwohner entfielen Ehescheidungen im Jahresdurchschnitt

	1900/4	1905/8	1909
im Deutschen Reich	15,8	19,6	23,1
in Preußen	15,4	19,8	23,0
„ Bayern	8,6	11,1	13,2
„ Sachsen	25,0	31,5	32,5
„ Württemberg	10,1	13,1	16,9
„ Baden	12,3	14,8	16,2
„ Hessen	9,6	13,2	16,1
„ Mecklenburg	9,4	10,8	12,5
„ Sachsen-Weimar	15,6	16,6	20,2
„ Berlin	59,8	78,6	91,0
„ Hamburg	62,1	73,1	104,5

Von den vollzogenen Ehescheidungen entfielen nicht weniger als 77 % auf den evangelischen und nur 21 % auf den katholischen Bevölkerungsanteil.

Für Preußen gelten folgende Zahlen: Rechtskräftig geschieden wurden 1905: 6924. 1906: 7539. 1907: 7952. 1908: 8365. 1909: 9070. 1910: 9277 Ehen — für ein Jahrfünft eine enorme Zunahme. Von den Scheidungen des Jahres 1910 entfielen auf das platte Land nur 1825, also noch nicht ein Fünftel (Vorjahr 1896), auf die Städte 7452 (7174). Es ist bezeichnend, daß an der Zunahme des Jahres 1910 lediglich die Städte teilhaben. Auf dem Land ist gegen 1909 sogar eine absolute Verminderung eingetreten. Auch in den Städten ist die Verteilung sehr verschieden. Auf die Kleinstädte (bis 10000 Einwohner) kamen nur 535 Ehescheidungen, auf die Mittelstädte (10—50000 Einwohner) 1029, auf die größeren Städte (50—100000 Einwohner) 794, und endlich auf die Großstädte (über 100000 Einwohner) 5094, davon allein auf Berlin 1971.

Da aber die Bevölkerungsziffer der hier angegebenen Kategorien ganz verschieden ist, geben diese Zahlen bezüglich der prozentualen

Beteiligung an der Ehescheidung noch kein klares Bild. Das wird erst durch folgende Tabelle ermittelt.

Auf je 100 000 stehende Ehen entfielen in den Jahren 1905 bis 1910 inkl. Ehescheidungen:

	1905	1906	1907	1908	1909	1910
auf dem Lande	44	42	45	44	51	49
in den Städten	181	197	200	208	214	216
insbes. in den Großstädten	258	294	295	314	320	323
im Durchschnitt überhaupt	106	113	117	121	129	129

Die großstädtischen Zahlen stehen so hoch über dem Durchschnitt, daß sie fast das Dreifache desselben ausmachen. Dabei ist die Zunahme hier ganz unaufhaltsam, während bei den Ziffern des flachen Landes die Jahre 1906, 1908 und 1910 einen Stillstand gebracht haben. Dieser hat es auch allein bewirkt, daß die Gesamtziffer von 1910 nicht noch weiter stieg. Die Ziffern des flachen Landes machen etwa den sechsten Teil von denen der Großstädte aus. Während 1910 auf dem Land nur auf 2000 Ehen eine gerichtliche Scheidung kam, entfiel in den Städten schon auf 463, in den Großstädten gar auf je 310, und in Berlin schon auf je 217 Ehen eine Scheidung.

Der Antrag auf Scheidung ging in 3586 Fällen vom Mann, in 5691 Fällen von der Frau aus. Widerklage wurde von der Frau 1702, vom Mann 1705 mal erhoben. Gemeinschaftliche Kinder waren in 5548 der geschiedenen Ehen vorhanden.

Fast die Hälfte aller Ehescheidungen gab als Scheidungsursache „Ehebruch“ an (§ 1565 B.G.B.), demnächst etwa zwei Fünftel „Verletzung der durch die Ehe begründeten Pflichten“ (schwere Zwistigkeiten, Mißhandlung, § 1568 B.G.B.). Der Anteil der böswilligen Verlassung (§ 1567, B.G.B.) betrug ein Elftel der Fälle. Verhältnismäßig stark waren die Frauen am „Ehebruch“ beteiligt, beinahe in gleicher Weise wie der Mann. Groß war auch die Anzahl der Ehen, die schon nach kurzer Geltungsdauer (bis zu 5 Jahren) wieder getrennt wurden, nämlich 2118 von 9277; nach einer Dauer von 5—10 Jahren wurden getrennt 2892, nach einer Dauer von 10—15 Jahren 2098 Ehen. Auf dem Lande ist der „Ehebruch“ als Scheidungsgrund verhältnismäßig seltener als in der Stadt, der Anteil der Frauen jedoch etwas höher. Nach Berufsklassen gegliedert ist die Landwirtschaft nur mit 6,8%, die Industrie, Handel und Verkehr dagegen mit 75,6% beteiligt.

Die Zahl der Ehescheidungsprozesse, welche 1900 in Preußen 6495 ausmachte, stieg 1910 auf 13 885 und 1911 sogar auf 14 600. Im ganzen Deutschen Reich wurden 1910: 15 016 auf Ehescheidung lautende Urteile rechtskräftig. Im Jahrfünft von 1905 bis 1909 betrug diese Zahl im Durchschnitt etwa 12 000. Auf 100 000 Bewohner entfielen 1900—1904 im Durchschnitt 15,8; 1905—1908: 19,6; 1909: 23,1; 1910: 23,3 Ehescheidungen.

In Preußen stieg die Zahl der Ehescheidungen im Verlauf des Jahres 1905—1909 von 20,9 auf 23,2 auf das Hunderttausend der Bevölkerung. Am höchsten steht die Provinz Brandenburg, Wachstum 1905—1909 von 30,6 auf 36,6; (dabei ist Berlin noch ausgeschieden). Berlin allein hatte die ungeheuer hohe Ziffer von 84,6 im Jahre 1905—1909 und 95,2 im Jahre 1910. Im Jahre 1910 wurden in Berlin mehr Ehen geschieden als in der ganzen übrigen Provinz Brandenburg und mehr als im Königreich Sachsen. Auch Hamburg steigerte die an sich schon exorbitant hohe Zahl von 79,3 im Durchschnitt der Jahre 1905—1909 auf 91,7; steht also Berlin hart auf den Fersen. Als Provinzen mit gesteigerter Ehescheidungsnummer seien genannt: Schleswig-Holstein (27,7 gesteigert auf 32,5 im Jahre 1910). Rheinprovinz: 16,0 gesteigert auf 20,4. Verhältnismäßig niedrige Zahlen mit gleichzeitig langsamer Zunahme haben Hannover mit 15,0; Ostpreußen mit 13,5; Westpreußen mit 14,9 und Westfalen mit 12,2. An günstigster Stelle steht Posen mit einer Zunahme von 6,7 auf 7,2.

Von den außerpreußischen Landesteilen steht das Königreich Sachsen an der Spitze mit 33,8; während der Durchschnitt der Vorjahre 31,1 war. Baden stand auf 19,7; vorher 15,3. Württemberg auf 17,1; vorher 14,1. Hessen auf 15,8; vorher 14,4. Sachsen-Weimar auf 18,5; vorher 17,4. Bayern auf 13,4; vorher 11,8. Eine Abnahme lag nur für Mecklenburg-Schwerin vor. 1910 hatte die Ziffer 10,3; die Vorjahre 11,1.

Für eine Reihe größerer Städte gibt Dr. Neefes Statistisches Jahrbuch die Zahlen aus 1910, leider aber nur die absoluten Ziffern. Diese waren: Altona 151. Barmen 41. Berlin 1970. Bochum 27. Bremen 144. Breslau 242. Cassel 40. Charlottenburg 158. Chemnitz 152. Köln 252. Crefeld 35. Danzig 69. Dortmund 55. Dresden 368. Duisburg 133. Elberfeld 93. Essen 66. Frankfurt a. M. 183. Gelsenkirchen 33. Halle a. S. 159. Hamburg 1002. Hannover 187. Karlsruhe 52. Kiel 97. Königsberg 85. Leipzig 345. Magdeburg 171. Mannheim 93. München 356. Nürnberg 92. Plauen 42. Posen 33. Neukölln 67. Schöneberg 87. Stettin 110. Straßburg i. E. 71. Stuttgart 112. Wiesbaden 63. Deutsch-Wilmersdorf 23. Zwickau 17.

Die Erscheinung der gesteigerten Ehescheidungsnummer geht übrigens, wie nicht zu verwundern ist, durch alle Kulturländer. An der Spitze steht in Europa die Schweiz mit etwa 43 Scheidungen auf 100 000 Einwohner. Dort ist — wie berichtet wird — die Eheschließung bedeutend umständlicher und kostspieliger als die Ehescheidung, die schnell und mit sehr geringen Kosten (40 M.) durchzusetzen ist. Dabei bringt das neue Schweizer Zivilrecht, das 1912 in Kraft getreten ist, noch weitere Erleichterungen. Nach der Schweiz kommt in der Reihe zunächst Frankreich mit 33 Scheidungen auf 100 000. Dann Dänemark mit 27.

Preußen mit 21. England mit 17. Norwegen mit 15. Holland und Belgien mit 14. Bayern mit 13. Schweden mit 10. Österreich mit 8 und Finnland mit 6.

25. Die Zahl der Taubstummen, Blinden und Geisteskranken in Preußen.

Die Zahl der Taubstummen hat im Verhältnis zur Bevölkerung erfreulicherweise abgenommen. Während der 30 Jahre von 1880—1910 nahm die Bevölkerung um rund 13 Millionen zu oder um 47,2 %, die Zahl der Taubstummen um 7010 oder 25,2 %. Eine Aufstellung in der Zeitschrift des Kgl. Preuß. Statistischen Landesamts, 1912, III, gibt folgende Zahlen:

1871: 24 315	Taubstumme	=	9,9	auf	10 000	der	Bevölkerung
1880: 27 794	"	=	10,2	"	"	"	"
1895: 28 721	"	=	9,0	"	"	"	"
1900: 31 493	"	=	9,1	"	"	"	"
1905: 33 567	"	=	9,0	"	"	"	"
1910: 34 804	"	=	8,7	"	"	"	"

Die einzelnen Provinzen Preußens hatten 1880 bzw. 1910: Ostpreußen 18,2. 17,8. Westpreußen 18,2. 16,3. Posen 15,4. 15,1. Pommern 12,7. 11,3. Schlesien 9,7. 9,9. Hessen-Nassau 10,1. 7,6. Sachsen 7,6. 7,5. Brandenburg 9,7. 7,4. Berlin 6,5. 6,8. Hohenzollern 9,2. 6,6. Westfalen 7,4. 6,2. Rheinprovinz 7,8. 6,2. Hannover 7,8. 6,0. Schleswig-Holstein 5,9. 5,5. Nur Schlesien und Berlin zeigen eine Verschlechterung. Verhältnismäßig am häufigsten findet sich dieses Gebrechen im Osten, in Ost- und Westpreußen, Posen und Pommern.

Eigentümlicherweise war auch die Beteiligung der Konfessionen sehr verschieden. Es fanden sich Taubstumme:

unter 10 000	Evangelischen	1880: 9,9.	1910: 8,4.
"	"	Katholiken	" 10,4. " 9,0.
"	"	Juden	" 14,4. " 13,2.

Die größere Beteiligung der jüdischen Bevölkerung wird wohl durch verhältnismäßig zahlreichere Verwandten-Ehen erklärt. Nach den beiden Volkszählungen 1905 und 1910 sind im Staate ermittelt: 33 567 (18 096 männliche, 15 471 weibliche) bzw. 34 804 (18 659 männliche, 16 145 weibliche) Taubstumme; auf 10 000 Einwohner 9 bzw. 8,7. 1910 standen die meisten Taubstummen, nämlich 6686, im Alter von 40 bis 50 Jahren, 1905 dagegen im Alter von 30 bis 40 Jahren, nämlich 6489. Über 70 Jahre alt waren 1905: 1062. 1910: 1065 Taubstumme.

Selbständige Taubstummenanstalten waren vorhanden 1905: 46 mit 4314 Zöglingen. 1910: 48 mit 5050 Zöglingen. Taubstumme, die zugleich blind waren, zählte man 1910: 141. Diese Ärmsten der Armen werden in einer besonderen Anstalt gepflegt und ausgebildet, soweit möglich.

Die Zahl der Blinden hat nach den Ergebnissen der Volkszählung von 1910 nicht nur prozentual, sondern auch absolut abgenommen. Preußen zählte

1905: 21 019 Blinde, das sind 5,6 auf 10 000 der Bevölkerung.

1910: 20 953 „ „ „ 5,2 „ „ „ „ „ „

Vor 30 Jahren, im Jahre 1880, war die Verhältniszahl noch 8,3. Hier hat die Prophylaxe ein besseres Feld der Betätigung als bei den Taubstummen. Die Blinden sind in größerer Zahl als die Taubstummen in Anstalten dauernd untergebracht; der größte Teil der Taubstummenanstalten sind nicht Internate; die Pfleglinge werden dort nur ausgebildet, sind aber meist im elterlichen Hause oder in Familien am Ort der Taubstummenanstalt untergebracht. Durch das Gesetz vom 7. August 1911, welches am 1. April 1912 in Kraft trat, ist die Beschulung blinder und taubstummer Kinder dauernd geregelt.

*

*

*

Die Zahl der in den Irrenanstalten Preußens untergebrachten Geisteskranken hat eine steigende Zunahme erfahren. Man darf daraus allein noch nicht auf eine Zunahme der Geisteskranken schließen, die freilich als Produkt der modernen Kultur nicht abzuleugnen ist. Aber die sehr starke Zunahme der in Anstalten Internierten beruht doch in erster Linie darauf, daß die Scheu vor der Anstaltsbehandlung in weiteren Kreisen immer mehr schwindet, weil der offenkundige Nutzen der sachgemäßen Anstaltsbehandlung immer deutlicher zutage tritt.

Die Zahl betrug im Jahresdurchschnitt 1881—1890: 34 781, ebenso 1891—1900: 57 191. 1901: 73 955. 1902: 78 704. 1903: 88 892. 1904: 92 720. 1905: 98 008. 1906: 103 355. 1907: 108 721. 1908: 113 318. 1909: 125 181.

Irrenanstalten gab es in Preußen 1875: erst 118. Die spätere Ausdehnung der Irrenpflege auf morphiumsüchtige Alkoholisten und schwer Nervenranke steigerte die Zahl ungemein. 1902 waren es 256. 1903: 332 und 1909: 346, darunter 235 eigentliche Irrenanstalten für Geisteskranke und Idioten. Von diesen 235 gehörten 14 mit 1148 Plätzen dem Staat (darunter 8 Universitätskliniken für Geisteskranke), 70 mit 50 782 Plätzen den Provinzialverbänden, 14 mit 7463 Plätzen den Kommunen, 33 mit 7802 Plätzen religiösen Orden und Genossenschaften, 23 mit 6339 Plätzen waren milde Stiftungen, 81 gehörten Privatpersonen (Sanatorien von Ärzten).

Außer diesen waren vorhanden 9 Anstalten für Epileptiker mit 6288 Plätzen. 43 Anstalten für Nervenranke mit 2130 Plätzen. 13 Wasserheilanstalten mit 898 Plätzen. 21 Trinkerheilanstalten mit 831 Plätzen.

Es steckt in diesen Zahlen viel Jammer und Not, aber auch viel Barmherzigkeit und Geduld, viel Liebe und Hoffnungsfreudigkeit.

Kap. IX.

Totenschau.

Vom 1. Mai 1912 bis 1. Mai 1913.

Bearbeitet vom Herausgeber.

Bartusch, Otto, Superintendent a. D. in Eberswalde, † 31. März 1913.

Beelitz, Gustav, em. Domprediger in Halle a. S., † 29. Juni 1912.

v. Bismarck, Hedwig, Kusine des Altreichskanzlers, in weiten Kreisen bekannt geworden durch ihre „Erinnerungen einer Fünfundneunzigjährigen“, warme Freundin und tätige Mitarbeiterin der Inneren Mission, † im 98. Lebensjahre am 11. Februar 1913 zu Berlin.

von Bodelschwingh, Frieda, † 11. Sept. 1912 in Bückeburg.
Schwester und treue Gehilfin des „Vater Bodelschwingh“.

Boit, Johannes, Pastor em., † in Havelberg am 8. Dezember 1912.

Ein königstreuer Mann, der seinerzeit durch Ablehnung der interkonfessionellen Eidesformel vor einem jüdischen Richter die ungewollte Veranlassung der Zulassung konfessioneller Eidesformeln wurde. In der Seelsorge treu bewährt.

Booth, William, Begründer und „General“ der Heilsarmee, † 20. August 1912 in London.

Geboren 1829 in Nottingham. Anfangs Gehilfe in einem Pfandleihgeschäft, dann Laienprediger bei den Wesleyanern, begann aber bald selbständig die Evangelisation unter den Ausgestoßenen der Großstadt, die dank seiner hervorragenden Organisationsgabe rasch einen bedeutenden Umfang annahm und heute trotz seines spezifisch englischen Gewandes als „Heilsarmee“ über alle Länder verbreitet ist. Das Werk, das mit der Zeit neben der religiös-methodistischen mehr und mehr auch der sozialen Wirksamkeit sich zuwandte, wurde von Booth mit autokratischer Strenge und Disziplin geleitet, ebenso wie er sich selbst bis ins hohe Alter große Selbstverleugnung und fast übermenschliche Anstrengungen auferlegte. Ein Mann von großer Kraft des Glaubens und der tätigen Liebe wie der hinreißenden Rede.

Burchard, Johann Heinrich, Dr. theol. u. jur., regierender Bürgermeister von Hamburg, † 6. Sept. 1912.

Einer althamburgischen Patrizierfamilie entsprossen, war er nach vollendetem Studium der Jurisprudenz schon früh von seiner Vaterstadt in den Senat berufen und wuchs hier heran zu einer Persönlichkeit von imponierender Kunst der Leitung, zu einem Staatsmann, den das Vertrauen des Kaisers hochstellte. Als Mensch von gewinnender Herzensgüte und unermüdlicher Wohltätigkeit. Durch die Tradition seines Hauses schon kirchlichen Interessen geneigt, nahm er in der Hamburgischen Kirche eine leitende und führende

Stellung ein. Präses der Synode und des Kirchenrats. Ein warmherziger evangelischer Christ und unermüdlicher Förderer der Inneren Mission. Von der Berliner theol. Fakultät zum Doktor h. c. kreiert. Die Neugestaltung der Bekenntnisgrundlagen der Hamburgischen Kirche bahnte er an, ohne sie zum Ende führen zu können — der Tod rief ihn nach kurzer Krankheit rasch hinweg; kurz vor der Einweihung der neuerbauten Michaeliskirche, die er leiten sollte. Die ungehaltene Eröffnungsrede lag von seiner Hand geschrieben vor und ging aus von dem Bekenntnis seines Lebens: Jesus Christus, gestern und heute und derselbe auch in Ewigkeit. „Ein Mann des alten Glaubens, ein Mann, der mitten drin stand in seiner Zeit und doch hoch oben auf der Höhe der Zeit“ — so Prof. D. Hunzinger in der Leichenrede.

Burggraf, Julius, Pastor an St. Ansgarii in Bremen, †

Vertreter der freieren Richtung in der Theologie, mehr literarischer Ästhet als Theologe. Predigten über klassische und moderne Dichterwerke: „Schillerpredigten“, „Goethe“, „Detlev von Liliencron“. Seine reine Absicht, auf diese Art die Gebildeten des Volks für die christliche Gedankenwelt zurückzugewinnen, wurde wohl nur in vereinzelten Fällen und auch dann nur vorübergehend erreicht; ihre Durchführung erweckte Aufsehen, ist oft geistvoll interessant, streift aber zuweilen hart an das Triviale, ja Blasphemische (Abendpredigt am Passionssonntag Invocavit über Schillers: „Kampf mit dem Drachen“, Konfirmationsfeier über „Wallenstein“, Karfreitag: „Maria Stuart“ etc.).

Cramer, Geh. Medizinalrat, Direktor der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt in Göttingen, † 5. Sept. 1912.

Um das Zusammenarbeiten der Psychiatrie und der kirchlichen Fürsorge- und Erziehungsarbeit hochverdient. In den Kreisen seiner Fachgenossen eintretend für die Innere Mission und ihre Arbeit, den Arbeitern der Inneren Mission ein trefflicher Einführer in die Tiefen der psychiatrischen Wissenschaft.

Crusius, Benno, Sup. u. Kreisschulinspektor a. D., Pfr. von Kletzke, Diözese Perleberg, † 5. April 1912.

von Czetztritz und Neuhaus, Dietz Konrad, † 12. Okt. 1912 in Dittmannsdorf. 1870 Pfarrer in Ottmachau (Schlesien), seit 1908 als Emeritus in Liegnitz.

Dankwardt, Pastor em. und Sup. a. D., früher an St. Marien in Stralsund, † im Sept. 1912.

Dembowski, Hermann, Dr. theol. u. phil., Pfr. und Leiter der Anstalten zu Carlshof in Ostpreußen, † 21. Febr. 1913.

Drews, Paul, D. theol., Prof. der praktischen Theologie, † 2. August 1913 in Halle.

Geboren 1858 in Eibenstock im sächs. Erzgebirge. Studium in Göttingen und Leipzig, in der Kandidatenzeit Beschäftigung mit Reformationsgeschichte, 1883 Pfr. in Burkau (Lausitz), 1889 als Archidiakon an St. Lucas nach Dresden berufen. Aus Neigung zur akademischen Tätigkeit übernahm er das Extraordinariat der prakt. Theologie in Jena. Nach Ablehnung der General-Superintendentur in Koburg 1901 als Ordinarius nach Gießen berufen. 1908 nach Halle. Dogmatisch von Ritschl ausgehend, war er doch nicht eigentlich Ritschlianer; seine von der Reformationsgeschichte ausgehenden Studien führten ihn zu den praktischen Bedürfnissen der kirchlichen Gegenwart. Er begründete den wissenschaftlich-akademischen Betrieb der Disziplin, welcher auch unser „Kirchl. Jahrbuch“ dient, der „Kirchenkunde der Gegenwart“. Für diese — als Sammelwerk weitergeführt — schrieb er den ersten Band: „Das kirchliche Leben der ev.-luth. Landeskirche des Königreich Sachsen.“ 1910 Broschüre: Das Problem der praktischen Theologie. Sonstige Werke: „W. Pirkheimers Stellung zur Reformation“ 1887. „Humanismus und Reformation“ 1887. Arbeit über „Peter Canisius“ 1892. „Disputationen D. Martin Luthers in den Jahren 1535—1545“ 1895/96. „Studien zur Geschichte des Gottes-

dienstes und des kirchlichen Lebens“. „Entstehungsgeschichte des Kanons in der römischen Messe“. „Die sog. Clementinische Liturgie“. „Die Predigt im 19. Jahrhundert“ 1903. „Die Reform des Strafrechts und die Ethik des Christentums“. „Entsprach das Staatskirchentum dem Ideal Luthers?“ Predigten: „Christus, unser Leben“ (I. 1894; II. 1901; III. 1910).

Flashar, Richard, Sup. a. D., † 23. Juli 1912 in Hameln.

Geb. 1847, Studium in Genf, Tübingen und Berlin. Nach Amtierung auf kleineren Landstellen 1883 als Pastor prim. an die Gnadenkirche in Freystadt i. Schlesien, 1892 als 1. Pfarrer an die Elisabeth-Kirche berufen, 1895 Leiter des Erziehungs- und Bildungswesens am Kgl. Militär-Waisenhaus Potsdam. 1902 übernahm F. die Oberpfarrstelle und Superintendentur in Gröningen (Prov. Sachsen). Seit 1909 im Ruhestand.

Gareis, Reinhold, Pfarrer von Buch und Karow, Superintendent der Diözese Berlin-Land II, † 18. Juli 1912.

Durch mancherlei Schriften aus dem Missionsgebiet bekannt geworden, hauptsächlich durch seine weit verbreitete „Geschichte der Mission“. Vorsitzender der brandenburgischen Missionskonferenz; früher Mitarbeiter am „Kirchl. Jahrbuch“ als Verfasser des Kapitels: „Heidenmission“.

Freiherr v. d. Goltz, Alexander, D. theol., Wirkl. Geh. Oberregierungsrat, Mitglied des Oberkonsistoriums und des Direktoriums der Kirche Augsb. Konfession in Straßburg, † 24. Nov. 1912.

Geb. 1832 in Düsseldorf, 1861 Landrat, nach dem Kriege 1870/71 Kreisdirektor in Saargemünd. 1880 Ministerialrat in Straßburg. 1902 Präsident des kaiserlichen Rats. 1912 Titel als Exzellenz — im Staatsdienst treu bewährt, von warmherziger kirchlicher Gesinnung.

Görhardt, Wilhelm, Sup. a. D. und Pfr. em. von Heddesdorf, † 16. Febr. 1913 in Neuwied.

Haarbeck, Adolf, Pastor em. in Neukirchen, † 16. Dez. 1912.

Leiter der Anstalt „Elim“ und Präses des Erziehungs-Vereins.

Haberkamp, Theodor, Pastor em., † 1. Juni 1912 in Bochum 78jährig. Von 1859—1909 Pfarrer in Hückelhoven (Syn. Jülich).

Hackenberg, Albert, D. theol., Pfarrer u. Kreisschulinspektor, Präses der Rheinischen Provinzialsynode, Mitglied des Generalsynodal-Vorstandes u. Preussischen Abgeordnetenhauses, † 30. Okt. 1912 in Hottenbach (Hunsrück).

Geboren 1852 in Lennep. Studium in Berlin, Erlangen und Bonn. Seit 1878 Pfarrer in Hottenbach, das er mit keiner der vielen ihm angebotenen Stellen vertauschen mochte, fand er dennoch früh ein weites Arbeitsfeld für seine hervorragenden Gaben des Verstandes und des Gemüts, der Organisation und der Leitung, des Leibes und der Seele. Seit 1884 ununterbrochen in die Rhein. Provinzialsynode gewählt, deren Präses er 1905 wurde, nahm er an allen ihren Arbeiten, besonders an der Bearbeitung des neuen Gesangbuchs von 1893, führenden Anteil. Sein Wirken im Sinne altrheinischer Freiheit und Eigenart hat die rheinische Kirche tiefgehend beeinflusst. Theologisch freier gerichtet, war er dennoch ein kraftvoller Verteidiger des Evangeliums, nicht zum wenigsten auch gegen Übergriffe Roms. Seine Parlamentsreden bei derartigen Anlässen wie auch zu anderen kirchlichen und Schulfragen bedeuteten stets Höhepunkte der Verhandlungen. Begeisterter Vorkämpfer des Evang. Bundes, dessen Rheinischen Hauptverein er 16 Jahre lang geleitet. Seine Überlastung mit vielseitigen, aufreibenden Arbeiten hat seine gewaltige Kraft schon in verhältnismäßig frühem Alter gebrochen.

Handmann, Richard, Missions-Senior in Leipzig, † 7. Dez. 1912 in Leipzig.

Geb. 1840 in Oschitz b. Schleiz. 1862 in den Missionsdienst getreten, wurde er auf das Missionsfeld nach Indien gesandt, wirkte auf mehreren Stationen im

Tamulenland mit großer Hingabe. Leiter der Schule in Madras, verdient um die Ausbildung einheimischer Prediger, Begründung des Seminars in Trankebar. 1887 in die Heimat zurückberufen als Mitglied des Missions-Vorstandes. Mitbegründer des Lehrer-Missionsbundes, Herausgeber des „Leipziger Missionsblattes“. Werk: „Die evangelisch-lutherische Tamulenmission zur Zeit ihrer Neubegründung“.

Ein Mann von vorbildlicher Treue, von ausdauernder Zähigkeit und reicher Liebe für das Missionswerk. Sein Werk: „Geschichte der Leipziger Mission“ ist unvollendet geblieben.

Hebart, Karl, Pfr. u. Senior zu Ühlfeld (Mittelfranken), † 22. Febr. 1913.

Hecker, Georg, Sup. u. Oberpfr. a. D., Pfr. von Peißen, Diözese Halle-Land I, † 18. Mai 1912.

Heim, Konstantin, Geh. Konsistorialrat, Marine-Oberpfr. a. D., † 2. Aug. 1912 zu Koburg.
Belletristisch vielseitig tätig.

Hilpert, Richard, Sup. u. Pfarrer von Niederklobikau, Diözese Lauchstedt, † 15. Mai 1912.

von Hoff, Karl, Sup. u. Oberpfr. in Storkow, † 27. Sept. 1912.

Hollenberg, früher Sup. der Synode An der Agger (Reg.-Bez. Cöln) und Pfr. in Waldbröl, † 2. Okt. 1912 zu Bonn.

Huffelmann, Wilhelm, vormalig Pfr. u. Kreisschulinspektor in Neuenrade i. W., † 30. Nov. 1912 in Wiesbaden.

Irmer, Bernhard, Dr. jur. u. phil., Prof., Geh. Regierungsrat, Kurator der Universität Greifswald, † 24. Okt. 1912.

Geb. 16. Juli 1850 in Berlin. Nach Studium der Mathematik und Physik als Dr. phil. 27 Jahre im Schuldienst tätig. Als Mitglied kirchlicher Körperschaften interessiert für Fragen des öffentlichen Rechts, 1890 zum Dr. juris promoviert. Mitglied des Abgeordnetenhauses 1893. 1898 in das Kultusministerium berufen, verlor er diese Stellung als „Kanalrebell“ und übernahm die Redaktion der Kreuzzeitung. 1906 erneuter Eintritt in das Kultusministerium und bald darauf Ernennung zum Kurator der Universität Greifswald. Vorstandsmitglied der Brandenburgischen Provinzialsynode und der Generalsynode war er für alle kirchlichen Fragen rege interessiert. Schrift: Das höhere Schulwesen in Preußen. Eine historisch-statistische Darstellung.

Jahn, Oberpfr. em. an St. Katharinen in Salzwedel, † 28. April 1913.

Jakob, Hans, Archidiakon in Weimar, † 18. Dez. 1912.

Jatho, Karl, ehem. Pfr., † 11. März 1913 zu Cöln.

Geboren 1851 in Kassel. Studium in Marburg und Leipzig. Religionslehrer in Aachen. 1876 Pfr. in Bukarest, 1884 in Boppard, 1891 in Köln. 1911 wegen Irrlehre seines Amtes entsetzt.

Persönlich von großer Liebenswürdigkeit und Lauterkeit des Charakters, seiner Geistesrichtung nach mystisch-theosophischer Pantheist. In seinen Reden von hohem idealistischen Schwung lehnte er als Gefühlsmensch die kirchliche Dogmatik pure ab. Er gewann mit dieser Geistesart auf die Gebildeten großen Einfluß und wurde, als die kirchliche Behörde nach langen Vorverhandlungen das Feststellungsverfahren auf Irrlehre gegen ihn einleitete, von dem größten Teil seiner Gemeinde und von zahlreichen Gesinnungsgenossen als ein „zweiter Luther“ gefeiert und nahezu vergöttert, wiewohl oder weil nichts Originales oder Bahnbrechendes in seiner Geistesart lag. Sie entsprach in ihrem weichen Idealismus und in ihrem schwärmerischen Optimismus der Grundrichtung der Zeit.

Nach seiner Amtsentsetzung rastlos tätig in Vorträgen und Reden, gewann er in ganz Deutschland begeisterte Verehrer, weckte aber auch scharfen

Widerspruch. Durch eine Verletzung auf der Reise zog er sich eine Blutvergiftung zu und erlag ihr nach schwerem Krankenlager, dessen Qualen er in Geduld trug. Der „Fall Jatho“ war die theologische Signatur des Jahres 1911. Seine Predigten erschienen in mehreren Bänden unter dem Titel: „Persönliche Religion“.

Kähler, Martin, D. theol., Professor der systematischen Theologie in Halle, † 7. Sept. 1912 in Freudenstadt (Schwarzwald) im Alter von 77 Jahren.

Eine der markantesten Persönlichkeiten in der Theologie der Gegenwart; sein Name war auf der kirchlichen Rechten ein Programm, wiewohl K. einer bestimmten theologischen Schule nicht zugerechnet werden kann. Mit profundem Gelehrsamkeit vereinte er eine tiefe Kraft kindlichen Christenglaubens. Ein origineller Denker, hielt er doch wenig von der Spekulation des abstrakten Denkens. Theologisch erstrebte er eine Vereinigung des objektiv-biblischen und des subjektiven Erfahrungsprinzips. Seine reiche Gedankenwelt wirkte befruchtend auf die Theologie seiner Zeit.

Geb. 1835 in Neuhausen bei Königsberg i. Pr., studierte erst Jurisprudenz, dann Theologie in Königsberg, Heidelberg, Halle und Tübingen. Beeinflußt von R. Rothe, Tholuck und Beck — daher die umfassende Vielseitigkeit seiner theologischen Auffassung. 1860 Privatdozent in Halle, 1864 als Extraordinarius nach Bonn berufen, 1867 nach Halle, 1879 Ordinarius. Ursprünglich neutestamentlicher Exeget, hat K. doch das Schwergewicht seiner schriftstellerischen Tätigkeit in die systematische Theologie verlegt: „Die Wissenschaft der christlichen Lehre“ 1883 (3. Aufl. 1905), ein grundlegendes Werk, später ergänzt durch „Dogmatische Zeitfragen“ (1898, 1907 ff.). In diesen Werken, die dem systematisch nicht geschulten schwer lesbar sind, beeinträchtigt die Tiefe der Gedanken zuweilen sehr die Klarheit und Durchsichtigkeit der Darstellung. K. wollte — das war das Ziel seines Lebens — die christliche Glaubensgewißheit so fest begründen, daß sie über alle subjektivistische Willkür sich erhebe, gegen kritische Überfälle gesichert sei und bewahrt bleibe vor totem Dogmatismus. Zusammenschluß des Geschichtlichen mit den Tatsachen des darauf bezogenen inneren Lebens. In der Christologie ging K. ebenfalls eigene Wege, alles nur Spekulative abweisend, immer aufs praktische Heilsbedürfnis gerichtet. „Die Christologie ist Soteriologie“. In der Versöhnungslehre weist K. althergebrachte dogmatische Vorstellungen ab und steht im Begriff der Unwandelbarkeit Gottes den Vorstellungen Ritschls nicht fern. K.s theologische Systematik wirkte befruchtend auf die Apologetik und Ethik.

Als Dozent hatte K. eine große Anziehungskraft und tiefgreifenden theologischen Einfluß, nicht nur wegen seiner wissenschaftlichen Bedeutung, sondern wegen der charaktervollen Art der christlichen Ausprägung seiner Persönlichkeit. „Seine Gegenwart war jedem eine begeisternde und beredte Predigt.“ Er starb nach schwerem Leiden getrost und gefaßt im Kurhaus Palmenwald in Freudenstadt.

Sonstige Werke: A. Tholuck (1877). Jul. Müller (1878). Neutestamentliche Schriften ausgelegt und erklärt (1884 ff.). Die Sakramente als Gnadenmittel (1903).

In die praktisch-kirchlichen Bedürfnisse der Gegenwart eingreifend: Die Universitäten und das öffentliche Leben (1891). Wie studiert man Theologie im 1. Semester? (1903). Der lebendige Gott — Fragen und Antworten von Herz zu Herz (1906). Wiedergeboren durch die Auferstehung Jesu Christi (1908).

Karsch, Johannes, Direktor der Rettungsanstalt Düsseldorf bei Düsseldorf, † 11. Jan. 1913.

Nach mehrjähriger Tätigkeit im Pfarramt 1892 zur Leitung der Düsseldorfer Anstalten berufen. Begründer der neuen Anstalten: Neu-Düsseldorf, Lindenhof und Reckestift. Verdient um sachgemäße Durchführung der Bestimmungen des Fürsorge-Gesetzes für die Erziehung der verwahrlosten Jugend; ausgezeichnet durch organisatorisches Geschick und Gabe der Leitung.

Kind, Gotthilf, Pfr. em. in Barmen-Gemark, † 21. Jan. 1913 in Barmen 82jährig.

Geborener Schweizer, ein Seelsorger altreformierter Observanz widmete er seine treuen Dienste der ref. Gemeinde Gemark-Barmen viele Jahre lang; die letzten Jahre im Ruhestand.

Kluge, Hermann, Missionsdirektor der Ev. Brüder-Unität, † 14. Dez. 1912.

Koch, Ernst, Metropolitan und Pfr. in Frankenau (Bez. Cassel), † 13. Sept. 1912.

Kopf, Friedrich, Sup. a. D. und Pfr. em., † 23. Okt. 1912 zu Oberloschwitz-Dresden.

Krohne, Karl, Dr. jur., Wirkl. Geh. Oberregierungsrat, † 19. Febr. 1913 in Berlin.

Geb. 1836, ursprünglich Theologe und Gefängnisgeistlicher, Strafanstaltsdirektor in Moabit, dann langjähriger Vortragender Rat im Ministerium des Innern als Dezerent für das Gefängniswesen, das er im Geist edler Menschenliebe und christlicher Barmherzigkeit geleitet hat. Bahnbrechend für die von ihm neuvertiefte Wissenschaft der Fürsorge für die Gefangenen. Hauptwerk: „Lehrbuch der Gefängniskunde“. Auch auf dem Gebiete der Jugendfürsorge hervorragend tätig, Vater des „Fürsorgeerziehungs-Gesetzes“. Mitglied des Zentral-Ausschusses für Innere Mission.

Kroneiß, Jakob, Kirchenrat in Kandel (Pfalz), † 12. April 1913.

Krüger, Julius, Kommerzienrat in Brandenburg, † 25. April 1912 im 80. Lebensjahr in Berlin.

Ausgezeichnet durch stillen, werktätigen Glauben; sein Haus ein Mittelpunkt christlicher Bestrebungen. Schwager Stöckers.

Kuhr, Berta, Diakonisse, 13 Jahre lang Vorsteherin der Kaiserswerther Diakonissenanstalt, † im Jan. 1913.

Leberl, Alfred, Sup. u. Oberpfr. in Weida (S.-W.), † 21. Dez. 1912.

Löscheke, Gerhard, Lic. theol., Privatdozent in Göttingen für alte Kirchengeschichte, christliche Archäologie und Religionsgeschichte. Gestorben erst 32jährig, im Juli 1912 in Bonn.

Sein früher Tod brach gute Hoffnungen, die seine Spezialwissenschaft auf ihn setzte.

Lucius, Eduard, Dr. jur., Justizrat, warmer Freund der evang. Kirche und Führer der Positiven auf der Hessischen Lendessynode, † am 6. Jan. 1913 zu Mainz.

Lütke mann, Heinrich, Pastor zu Wiershausen bei Münden (Hannover), † 24. Mai 1912.

Von der Universität Göttingen zum Lic. theol. h. c. ernannt wegen der Monographie: D. Joachim Lütke mann.

Lutterloh, Karl, Pastor prim. und Sup. in Seesen, † 31. Dez. 1912.

Frhr. v. Manteuffel, Otto, Wirkl. Geh. Rat, seit Begründung Vorsitzender des Brandenburgischen Provinzialverbandes des evang.-kirchl. Hilfsvereins, seit 1902 auch des engeren Ausschusses des Gesamtvereins, † 5. März 1913.

March, Otto, Dr. ing., Geh. Baurat, durch zahlreiche Kirchen- und Profanbauten bekannt geworden, † 1. April 1913.

Meischeider, Fedor, Sup. und Oberpfr. in Neuholdensleben, † 28. Mai 1912.

Meißner, Eduard, Pastor prim. in Wohlau, † 25. Okt. 1912.

Geb. 1847 in Primkenau, nach Verwaltung mehrerer schlesischer Pfarrämter 1891 als Pastor prim. nach Wohlau berufen; neben seiner pfarramtlichen Tätigkeit in der Äußeren und Inneren Mission mit Erfolg tätig. Vorstands-

mitglied der Schles. Missions-Konferenz, Begründer eines evang. Krankenhauses in Wohlauf.

Meyer, Friedrich, Pfr. em. von Barmen-Wupperfeld, Präses der Pastoral-Hilfsgesellschaft für Rheinland, † 20. Febr. 1913 in Barmen.

Von 1880—1912 Pfarrer im Wuppertal, Senior der lutherischen Gemeinde Barmen-Wupperfeld. Zuvor 6 Jahre Pastor in Sittendorf und dann 6 Jahre Leiter des Rettungshauses und der Präparandenanstalt in Schildesche. Ein Seelenhirte von vorbildlicher Treue, besonders befähigt durch die kernfeste Eigenart seiner schlichten und milden Persönlichkeit, Menschenseelen zu gewinnen.

Müller, Adolf, D. theol., Pastor prim. an St. Gertrud in Stettin, † Ende April 1913.

Müller, Eduard, Sup. a. D. und Pfr. em. von Almersbach (Westerwald), † 4. Jan. 1913 in Altenkirchen.

Müller, Heinrich, Bischof der Brüdergemeinde, † 5. Mai 1912 in Herrnuth.

Geb. 1826 zu Lichtenau in Grönland, Prediger in Sarepta (Rußland) und Neuwied, Mitglied und später Präses der Unitäts-Ältesten-Konferenz in Berthelsdorf. Mehrere Jahre Bearbeiter der „Losungen“.

Müller, Nikolaus, Dr. theol. und phil., a. o. Prof. für Kirchengeschichte und christliche Archäologie an der Universität Berlin, † 3. Sept. 1912.

Geb. 1857 in der Pfalz. Durch zahlreiche Veröffentlichungen um die Reformationsgeschichte und die christliche Archäologie sehr verdient. Bei der Einweihung des Melanchthonhauses 1903 zum Ehrenbürger von Bretten ernannt, außerdem Ehrenbürger von Venosa (Süditalien).

Der Typus des deutschen Gelehrten, in sich konzentriert, vielseitig interessiert, allem kleinlichen Tagesstreit abhold. Ein Einsamer, den man entseelt in seinem Zimmer fand.

Nestle, Eberhard, Prof. D. theol., Ephorus des theologischen Seminars in Maulbronn, † 9. März 1913.

Bedeutender Kenner der griechischen und hebräischen Sprache, Herausgeber textkritisch vorzüglicher Ausgaben des griechischen und lateinischen N. T. Die Bearbeitung des griechischen A. T. hat er nicht mehr vollenden können.

Geb. 1851 in Stuttgart, nach theol. und phil. Studien 1874 Dr. phil. 1875—77 Studienreisen in England, 1877—80 Repetent in Tübingen, nach pfarramtlicher Tätigkeit 1898 Professor, dann Ephorus am Seminar Maulbronn. 1894 von Königsberg zum D. theol. promoviert — ein Polyhistor von umfassender Gelehrsamkeit — der hervorragendste Kenner des Altsyrischen in der Gegenwart.

Ney, Theodor, D. theol., Oberkonsistorialrat, † im März 1913 in Gauting bei München.

Früher Kirchenrat und 1. Hauptprediger in Speyer, als Oberkonsistorialrat Mitglied des Konsistoriums in Speyer. Förderer der evangelischen Sache in der Pfalz, energischer Vertreter des Ev. Bundes. Verdient um die Erbauung der Protestationskirche in Speyer. Seit 1911 im Ruhestand.

Noesgen, Carl Friedrich, D., Geh. Konsistorialrat, Professor der Theologie in Rostock, † 19. April 1913 in Rostock.

Geb. 1835 in Halberstadt, 1861 Anstaltspfarrer in Graudenz, 1873 Pfarrer in Klein-Furra am Harz. Nach Rostock berufen, wurde er dort 1883 Ordinarius für neutestamentliche Theologie.

Fleißig und literarisch sehr fruchtbar, vertrat er in seiner theologischen Auffassung unentwegt den Standpunkt der Offenbarungstheologie.

Werke: Christus, der Gottes- und Menschensohn (1868). Kommentar zur Apostelgeschichte (1882). Zu Strack und Zöcklers Kommentar: Die Evangelien nach Matthäus, Markus und Lukas (1886. 2. Aufl. 1897). Geschichte der neu-

testamentlichen Offenbarung (2 Bde. 1892 u. 94). Die Genügsamkeit und Vielseitigkeit des neutestamentlichen Kanons (1896). Symbolik und konfessionelle Prinzipienlehre (1897). Die Aussagen des Neuen Testaments über den Penta-teuch (1898). Geschichte der Lehre vom heiligen Geist (1899). Der Schriftbeweis für die evangelische Rechtfertigungslehre (1901). Das Eigenartige des Christentums als Religion (1902). Das Wesen und Wirken des heiligen Geistes (I, 1905. II, 1907). In bibl. Zeit- und Streitfragen: Der Text des Neuen Testaments. In der Sammlung: Bibl. Volksbücher: Der einzig Reine unter den Unreinen (I, 4). Paulus, der Apostel der Heiden (I, 10). Die lutherische Lehre von der Inspiration (II, 2).

v. Orelli, Konrad, D. theol., Prof. der alttestamentlichen Theologie in Basel, † 6. Nov. 1912.

Geb. 1846 in Zürich, Studium in Lausanne, Zürich, Erlangen, Tübingen und Leipzig. 1871 Waisenhausprediger u. zugleich Privatdozent in Zürich. 1873 a. o. und seit 1881 ord. Professor in Basel. In seinen Arbeiten zum Alten Testament (Kommentare zu den Propheten) und zur Religionsgeschichte (Hauptwerk „Allgemeine Religionsgeschichte“ 1899) nahm er zur religionsgeschichtlichen Kritik eine sehr zurückhaltende Stellung ein, ein umsichtiger, aber auch vorsichtiger Kritiker der Kritik.

Werke: Die hebräischen Synonyma der Zeit und Ewigkeit (1871). Durchs Heilige Land — Tagebuchblätter (4. Aufl. 1890). Die alttestamentliche Weis-sagung von der Vollendung des Gottesreichs (1882). Allgemeine Religions-geschichte (1899). Kommentare zu Jesaja, Jeremia, Ezechiel und den kleinen Propheten.

Einer Züricher Patrizierfamilie entstammend, widerstand er der Ver-suchung — trotz mehrmaliger Berufung an deutsche Universitäten — sich auf fremden Boden verpflanzen zu lassen. Er wurzelte im heimatlichen Boden, und hat in den kirchlichen und kirchenpolitischen Kämpfen der Schweiz als Sachkenner Stellung genommen und sich in Basel, seiner zweiten Vaterstadt, energisch für die freie evangelische Volksschule eingesetzt. Herausgeber des „Kirchenfreund“, den er auf gediegener Höhenlage hielt. Als Prediger von großer Klarheit und Ruhe — eine gesammelte Persönlichkeit.

Pake, Wilhelm, Sup. und Pfr. in Hemer bei Iserlohn, † 6. April 1913.

Peter, Wilhelm, Metropolitan und Pfr. in Zierenberg (Hessen-Nassau), Kreis-schulinspektor a. D., † 21. April 1913.

Petran, Carl, Pastor em. † in Liegnitz 88jährig, 4. März 1913.

Pippow, Clemens, Sup. u. Pfr. in Brüssow (Mark), Mitglied des Vorstandes der Evang.-luther. Vereinigung der Provinz Brandenburg, † 8. Febr. 1913.

Plänsdorf, Albert, Sup. und Kreisschulinspektor in Schlawe (Pommern), † 23. Jan. 1913.

Redlin, Ulrich, Pfarrer an St. Johannis in Stargard i. P., † 20. Okt. 1912.

Reghly, Pastor, zeitweiliger Führer der Gemeinschaftsbewegung in Schlesien und den östl. Provinzen, † 6. Mai 1912 in Breslau.

Ein Mann von großer Lauterkeit der Gesinnung, von schwärmender In-brunst des Glaubens, ohne geschichtlichen Sinn und dogmatische Klarheit.

Als Redakteur der „Pfingstgrüße“ an der Zungenbewegung hervorragend beteiligt und dadurch in Gegensatz zu der bis dahin von ihm geleiteten Bres-lauer Gemeinschaft getreten. Zuletzt jedoch von der Begeisterung für die Zungenbewegung zurückgekommen.

Resch, Alfred, D. theol., Kirchenrat, Kenner der außerkanonischen altchrist-lichen Literatur, bedeutender Kanzelredner, Begründer und Vorsitzender des Lutherischen Bundes, † 22. Dez. 1912 zu Klosterlausnitz (S.-A.).

Schriftstellerisch vielseitig tätig. Hauptwerk: „Die außerkanonischen Paralleltexte zu den Evangelien“.

Rogge, Christian, Lic. theol., Gen.-Sup. der Rheinprovinz, † 7. Aug. 1912 zu Weilburg a. d. Lahn.

Geb. 1865 zu Hohenfürst, Kr. Heiligenbeil. Divisionspfr. in Cöln und Marine-Oberpfr. in Kiel. 1906 Konsistorialrat, Hof- und Schloßprediger in Stettin. 1911 zum Generalsuperintendent der Rheinprovinz nach Koblenz berufen. Der nicht leichten Aufgabe, das Vertrauen einer ihm fremden Provinzialkirche, die nicht gern vom Osten Impulse empfängt, zu erwerben, wurde er glänzend gerecht. Nach nur einjähriger Wirksamkeit in der leitenden Stellung wurde er auf der Reise von einem Schlaganfall hingerafft, nachdem seine Tatkraft und Menschenkenntnis, verbunden mit Sachkunde der Leitung und Liebenswürdigkeit des Charakters ihm das Vertrauen im Fluge gewonnen hatte. Bei seinem Hinscheiden war das Urteil einhellig, daß die Rheinische Provinzialkirche von ihm Gutes und Großes zu erwarten berechtigt gewesen wäre. Sein rascher Tod hat viele Hoffnungen zerstört, sein kurzes Wirken ein gesegnetes Andenken hinterlassen.

Schriftstellerische Arbeiten: Thomas Carlyle — ein Gedenkblatt (1895). Der irdische Besitz im Neuen Testament (1897). Mose und Christus. Religiöse Charaktere im 17. Jahrhundert (1907). Kunst, Künstler und Christentum (1909). Predigten: Wir heißen euch hoffen. Federzeichnungen zur Bergpredigt. Näher mein Gott zu dir.

Roettig, Julius, Dr., Pastor em., † 2. Juni 1912.

Eine vielseitig begabte Natur. Geb. 1839 in einem Kaufmannshaus, erwählte er aus innerem Herzensdrang das Studium der Theologie (Halle), absolvierte auch die Oberlehrer-Prüfung. 1864 Dr. phil. 1866 Religionslehrer in Zeitz, seit 1880 im Pfarramt, wurde er 1892 als erster Pfarrer an St. Nikolai nach Zeitz zurückberufen. 1904 im Ruhestand, diente er der Berliner Mission bis 1911. Dann Emeritus in Wernigerode.

v. Sandberger, Viktor, D. theol., Konsistorialpräsident a. D., † 12. Mai 1912 in Stuttgart.

Ein tiefgründiger Theologe altwürttembergischer Observanz. Prälat und Generalsuperintendent von Heilbronn und dann von Reutlingen. 1905 mit der Leitung des Konsistoriums betraut und — als seither einziger Theologe der Neuzeit in Württemberg — zum Konsistorialpräsidenten ernannt. Eine geschlossene Persönlichkeit von ruhiger Kraft nachhaltigen Wirkens; treu im Glauben, reich an Gaben, läßt er in der württembergischen Geistlichkeit ein gesegnetes Andenken zurück.

Sarau, Gustav Albert, Stadtsup. a. D. und Pfr. em. zu St. Moritz in Halle, † 26. Sept. 1912.

Saubерzweig, Gustav, Pastor em. in Schneidemühl, † 15. April 1913.

Scherlitz, Robert, Sup. der Ephorie Liebenstein-Zella und Pfr. von Gräfenroda (S.-Gotha), † 24. Juli 1912.

Scheske, Hermann, Pastor, Begründer und Vorsteher des Diakonissen-Mutterhauses Bethesda zu Grünberg in Schlesien, † 27. März 1913.

Schlechtendahl, Gustav Adolf, Kaufmann, † 26. Aug. 1912 in Barmen.

Vertreter echter altwuppertaler Frömmigkeit und Tüchtigkeit. Insbesondere Verteidiger evangelischen Glaubens gegen Roms Übermacht, darum Freund des Evangelischen Bundes und Förderer der evang. Bewegung in Österreich, die er als erster bei einer Reise durch Böhmen als eine nicht bloß nationale, sondern innerlich religiöse erkannte.

Schmidt, Edmund, Sup. und geistlicher Inspektor in Pforta, wo er erst seit Jahresfrist wirkte. Früher Pastor in Krappitz (Schlesien), † 27. Aug. 1912.

Sohn des Prof. D. W. Schmidt-Breslau (cf. dessen Nekrolog), erbte er dessen wissenschaftlichen Sinn. Zahlreiche Aufsätze zur theol. und kirchl. Praxis in der Preuß. Kirchenzeitung. 1911: Handbuch der Perikopenkunde.

Schmidt, Fritz, Dekan des Dekanats Lauterbach in Oberhessen und Oberpfr. in Schlitz, † 10. April 1913.

Schmidt, Karl, Geh. Oberkirchenrat, jurist. Mitglied des Großherzogl. Oberkirchenrats in Schwerin, † 23. Sept. 1912.

Schmidt, Wilhelm, Dr. theol. u. phil., Geh. Konsistorialrat, Professor der systematischen Theologie in Breslau, Senior der theologischen Fakultät, † Anfang August 1912.

Geb. 6. Juni 1839 in Erfurt. 1863 in Jena zum Dr. phil. promoviert. 1866 Pfr. in Schönstedt, 1866—74 in Henschleben (Prov. Sachsen). 1874—94 in Kürtow (Prov. Brandenburg). Seine rege literarische Tätigkeit verschaffte ihm 1894 die Würde des D. theol. von der Fakultät Halle und die Berufung als o. Prof. der systemat. Theologie nach Breslau. Werke: Die göttliche Vorsehung und das Selbsterleben der Welt (1887). Das Gewissen (1889). Der Kampf ums Dogma (1891). Brauchen wir ein neues Dogma? (1893). Der alte Glaube und die Wahrheit des Christentums (1894).

Als Schriftsteller von umfassender Gelehrsamkeit und erfolgreicher als in der persönlichen Lehrtätigkeit. Energischer Bekämpfer der Theologie Ritschls: Die Gefahren der Ritschlschen Theologie für die Kirche (1880). Hauptwerk: Christliche Dogmatik (2 Bde. 1895 u. 1898); aus späteren zahlreichen Veröffentlichungen nennen wir: Die Lehre des Apostels Paulus (1898). Das Grundbekenntnis der Kirche und die modernen Geistesströmungen. Theologisch von harter Geschlossenheit befaßte er sich noch im Alter mit religionspsychologischen Problemen der Gegenwart: Der Kampf um den Sinn des Lebens. Von Dante bis Ibsen (1907). Die verschiedenen Typen der religiösen Erfahrung und die Psychologie (1908). 1909 zum Geh. Kons.-Rat ernannt.

Schollmeyer, Wilhelm, Pastor em. in Altengottern, † im Februar 1913.

Schultze, Gustav, Sup. und Oberpfr. zu Groß-Salze, † 18. Dez. 1912.

Schuster, Hermann, Sup. und Oberpfr. in Oschersleben, † 20. Okt. 1912.

In der Arbeit der Inneren Mission hervorragend tätig, besonders verdient um die Entwicklung des Evang.-soz. Preßverbandes.

Schütte, Johannes, Konsistorialrat und Abt des Klosters Amelunxborn, Mitglied des Braunschweigischen Konsistoriums, † 3. Juni 1912 in Wolfenbüttel.

Seippel, Emil, Pfr. in Gütersloh, † 25. Nov. 1912 daselbst.

Ein rechter Pektoral-Theologe. Schrieb didaktisch-seelsorgerlich Wertvolles für den Konfirmandenunterricht.

Seydel, Arnold, Archidiakon zu St. Nikolai in Berlin, † daselbst 19. Dez. 1912.

Siebold, Paul, Sup. und Pfr. in Gütersloh, Vorsitzender des Kuratoriums des dortigen Gymnasiums, † 9. Nov. 1912.

Geb. 1848 als Sohn des in der Erweckungsbewegung Ravensbergs an erster Stelle stehenden Pfarrers Siebold in Schildesche. Im Kriege 1870 Felddiakon. Hilfsprediger in Brackwede, Lehrer am Missionshaus in Barmen und seit 1879 2. Geistlicher am Elisabeth-Krankenhaus in Berlin. 1879 Pfarrer der Gemeinde Isenstedt, 1884 als Pfarrer nach Gütersloh berufen; zuletzt Sup. der Diözese Bielefeld; ausgestattet mit hervorragender Gabe der Leitung.

Siesgmund, Otto, Pfarrer am Diakonissenhaus in Posen, † daselbst am 31. Aug. 1912.

Simon, Friedrich, Sup. a. D. und Pfr. em. von Bielefeld, † 22. Nov. 1912.

Simonis, Hans, Präpositus em., in weiten Kreisen durch sein offenes Haus und seine liebevolle Fürsorge als „Studentenvater“ bekannt geworden, † 17. Nov. 1912 in Rostock.

Sprenger, Johannes, Pfarrer in Prüm (Eifel), † 14. Sept. 1912.

Steinbeck, Georg, Pastor em., † in Halle a. S. 21. März 1913.

Steyerthal, Adolf, Pastor und Sup., † 17. März 1912 in Wolfenbüttel.

Strobel, Georg Philipp Jakob, Metropolitan a. D., † in Frankfurt-Bockenheim am 27. Aug. 1912.

Sültmann, Christoph, Pastor em. von Mehrin, † 90jährig in Brunau.

Taubert, Friedrich, Sup. a. D. und Pfr. em. von Regenwalde, † 17. März 1913.

Tölle, Oberkonsistorialrat, Sup. a. D. in Sondershausen, langjähriges Mitglied des Fürstl. Kirchenrats in Sondershausen, † 5. Sept. 1912.

Trommershausen, Hermann, Pfr. in Dudweiler, † daselbst 14. Juni 1912.

Geb. 1852, Pfarrer in Usseln (Waldeck) und dann in Dudweiler, wo er der volkreichen Bergmannsgemeinde in unermüdlicher Schaffenskraft diente, bis ihn ein plötzlicher Tod abrief. Begründer eines Waisenheims.

Wacker, Emil, Pastor em., langjähriger Leiter der Flensburger Diakonissenanstalt, Gründer der Flensburger Lutherischen Konferenz, † 2. April 1913.

Wartschow, Albert, Sup. a. D., † in Greifswald 6. Okt. 1912.

Früher Sup. der Diözese Franzburg in Vorpommern, dann Emeritus in Stralsund.

von Weiher-Ganz, Hans, Rittergutsbesitzer, † 25. Juni 1912.

Seit 1887 Mitglied der Pommerschen Provinzialsynode und ihres Vorstandes, seit 1897 der Generalsynode.

Wernicke, Ernst, D. theol., Oberpfr. em. in Loburg (Bez. Magdeburg), † 14. April 1913 in Brandenburg a. H.

Wetzel, Ludwig, D. theol., Sup. und Kreisschulinsp. in Schivelbein, hervorragender Vertreter des konfess. Luthertums in Pommern, † 3. Aug. 1912.

Theologisch wohl geschult, Mitglied der theol. Prüfungs-Kommission in Stettin und der Generalsynode.

Wielandt, Friedrich, Dr. theol. u. jur. h. c., ehemaliger Präsident des Oberkirchenrats, † 6. Dez. 1912 in Karlsruhe im 80. Lebensjahr.

Um die Leitung der Badischen Landeskirche wohl verdient, eine irenische Persönlichkeit, allem Parteitreiben abhold.

Wiesmann, Julius, Verwaltungsgerichtsdirektor a. D., weltlicher Beisitzer des Westfäl. Provinzialsynodalvorstandes, † 2. Okt. 1912 zu Münster i. W.

Sohn des verewigten Generalsuperintendenten Wiesmann in Münster. Warmer Freund der evang. Kirche, um die Gustav-Adolf-Sache besonders verdient.

Winterhager, Pastor em. von Hilchenbach (Syn. Siegen), † 3. März 1913 in Bonn.

Wischmeyer, Johannes, Pfr. in Brackwede bei Bielefeld, † 12. April 1913.

Wittenberg, Johannes, Pfarrer in Hamm i. W., † 8. Okt. 1912.

Witzig, Wilhelm, Sup. a. D. und Pfr. in Harzburg, † 11. April 1913.

Zietz, Theodor, Hauptpastor zu St. Petri in Lübeck, † daselbst 17. Dez. 1912.

Zitelmann, Kurt, Oberkonsistorialrat a. D., gehörte dem Brandenburgischen Konsistorium fast 13 Jahre lang in hervorragender Stellung an, † 6. Jan. 1913 in Berlin-Steglitz.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Dieses Verzeichnis ist nach Schlagwörtern alphabetisch geordnet und stellt eine Zusammenstellung nur leistungsfähiger Firmen dar. Bei inserierenden Firmen wird auf die Anzeige im Inseratenteil verwiesen.

Abendmahlsgeräte.

Kunstanstalt für Kirchengemeinschaftung der Berliner Stadtmission, Berlin 628
Kurtz u. Co., Stuttgart 619

Altäre.

F. W. Jul. Assmann, Hoflieferant, Lüdenscheid und Berlin 624
Kunstanstalt für Kirchengemeinschaftung der Berliner Stadtmission, Berlin 628

Altarbibeln.

Priv. Württ. Bibelanstalt in Stuttgart 620

Altargemälde.

Kunstanstalt für Kirchengemeinschaftung der Berliner Stadtmission 628

Altar-, Kanzel- und Taufstein-Bekleidungen.

F. W. Jul. Assmann, Hoflieferant, Lüdenscheid und Berlin 624
Kunstanstalt für Kirchengemeinschaftung der Berliner Stadtmission, Berlin 628

Altarkreuze und -leuchter.

Kunstanstalt für Kirchengemeinschaftung der Berliner Stadtmission, Berlin 628

Ateliers für kirchl. Kunst.

F. W. Jul. Assmann, Hoflieferant, Lüdenscheid und Berlin 624
Kunstanstalt für Kirchengemeinschaftung der Berliner Stadtmission, Berlin 628

Ateliers für kirchl. Kunststicker.

Kunstanstalt für Kirchengemeinschaftung der Berliner Stadtmission, Berlin 628
Marg. Pfaff, Chemnitz 639

Bahrtücher.

Kunstanstalt für Kirchengemeinschaftung der Berliner Stadtmission, Berlin 628
Marg. Pfaff, Kunstwerkstätte, Chemnitz 639

Banner siehe Fahnen.

Baretts.

F. W. Jul. Assmann, Hoflieferant, Lüdenscheid und Berlin 624
J. Steltz, Karlsruhe (Baden) 622

Beleuchtungsgegenstände für Kirchen.

Kunstanstalt für Kirchengemeinschaftung der Berliner Stadtmission, Berlin 628

Bibeln.

Hahn'sche Buchhandlung, Hannover 618
Privilegierte Württ. Bibelanstalt, Stuttgart 620

Bleiverglasungen.

Wilhelm Franke, Hoflieferant, Naumburg (Saale) 633

Bücher siehe Literatur.

Bureau-Möbel.

Fabrik Stolzenberg, Oos (Bad.) 633

Druckereien.

C. Bertelsmann in Gütersloh

Fahnen und Banner.

Marg. Pfaff, Kunstwerkstätte, Chemnitz 639

Formulare, kirchliche.

Ev. Buchdruckerei Franz Rosenthal, Berlin C 25, Alexanderstr. 33

Gedenkbücher siehe Konfirmationsscheine.

Glasmalereien.

Wilhelm Franke, Hoflieferant, Naumburg (Saale) 633
L. Jessel, G. m. b. H., Berlin 624
Bruno Urban, Dresden 637

Glocken.

Glockengießerei Joh. Gg. Pfeiffer, Kaiserslautern 633
Hofglockengießerei Fr. Schilling Söhne vorm. Carl Friedrich Ulrich, Apolda (gegr. 1826) 630
Heinrich Kurtz, Glockengießerei, Stuttgart (gegr. 1690) 619
Petit u. Gebr. Edelbrock, Gescher i. W. 623

Harmoniums.

„Schiedmayer Pianofortefabrik“, Stuttgart 617
G. F. Steinmeyer u. Co., Kgl. bayer. Hof-, Orgel- und Harmoniumfabrik, Oettingen (Bayern) 629
P. B. Voelkner, Bromberg 624

Hospize.

Christl. Seehospiz, Amrum 617
Christl. Hospiz, Dortmund 635
Hospiz der Diakonissenanstalt, Kaiserswerth a. Rh. 634

Hostien.

F. W. Jul. Assmann, Hoflieferant, Lüdenscheid und Berlin 624
Kunstanstalt für Kirchengemeinschaftung der Berliner Stadtmission, Berlin 628

Kanzeln.

F. W. Jul. Assmann, Hoflieferant, Lüdenscheid und Berlin 624

Kunstanstalt für Kirchengemeinschaftung der Berliner Stadtmission, Berlin 628

Kerzen.

F. W. Jul. Assmann, Hoflieferant, Lüdenscheid und Berlin 624
Kunstanstalt für Kirchengemeinschaftung der Berliner Stadtmission, Berlin 628

Kindergottesdienst-Literatur u. -Bedarfsartikel.

C. Bertelsmann in Gütersloh, s. Ins. a. farb. Karton
Deutsche Sonntagsschulbuchhandlung, Berlin 627

Kirchengemeinschaftungen.

Richard Hesse, Leipzig, Mozartstr. 8

Kirchengemeinschaftungen.

Kunstanstalt für Kirchengemeinschaftung der Berliner Stadtmission, Berlin 628

Kirchenfenster.

Wilhelm Franke, Hoflieferant, Naumburg (Saale) 633
Kunstanstalt für Kirchengemeinschaftung der Berliner Stadtmission, Berlin 628
Ferd. Müller, Hoflieferant, Kunstanstalt für Glasmalerei, Quedlinburg 619
Bruno Urban, Dresden 637

Kirchengemeinschaftungen.

F. W. Jul. Assmann, Hoflieferant, Lüdenscheid und Berlin 624
Kurtz u. Co., Stuttgart 619

Kirchenheizungen.

E. Henn, Kaiserslautern 637
Leprince u. Siveke, Herford 630

Kirchenmalereien.

R. Hesse, Leipzig, Mozartstr. 8

Kirchentapete.

F. W. Jul. Assmann, Hoflieferant, Lüdenscheid und Berlin 624

Kirchl. Dekorationsmalerei.

R. Hesse, Leipzig, Mozartstr. 8

Konfirmationsscheine und Gedenkbücher.

C. Bertelsmann in Gütersloh
Christlicher Zeitschriftenverein, Berlin 632
Kunstdruckerei Künstlerbund, Karlsruhe (Baden) 617

Kruzifixe.

Kunstanstalt für Kirchengemeinschaftung der Berliner Stadtmission, Berlin 628

Kunstblätter.

Kunstdruckerei Künstlerbund,
Karlsruhe (Baden) 617

Kunstverglasungen.

Wilhelm Franke, Hoflieferant,
Naumburg (Saale) 633
L. Jessel, G. m. b. H., Berlin 624
Ferd. Müller, Hoflieferant, Qued-
linburg 619
Bruno Urban, Dresden 637

Kunstverlag.

Kunstdruckerei Künstlerbund,
Karlsruhe (Baden) 617

**Läuteleinrichtungen u. Läute-
maschinen.**

Herforder Elektrizitätswerke Bo-
kelmann u. Kuhlo, Herford
Hofglockengießerei Fr. Schilling
Söhne, vorm. Carl Friedrich
Ulrich, Apolda (gegr. 1826) 630
Petit u. Gebr. Edelbrock, Gescher
i. W. 623

Liedertafeln.

Kunstanstalt für Kirchengaus-
stattung der Berliner Stadt-
mission, Berlin 628

Literatur.

Basler Missionsbuchhandlung,
Basel 625
Chr. Belser'sche Verlagsbuch-
handlung, Stuttgart 634
C. Bertelsmann in Gütersloh, s.
Ins. a. farb. Karton u. 621 u. 637
Buchhandlung der Berliner ev.
Missionsgesellschaft, Berlin 638
Buchhandlung der Ev. Gesell-
schaft, St. Gallen 636
Christlicher Zeitschriftenverein,
Berlin 632
Deutsche Sonntagsschulbuch-
handlung, Berlin 627
J. Fricke's Verlag, Halle (Saale)
619
Greiner u. Pfeiffer, Stuttgart 626
Hahn'sche Buchhandlung, Han-
nover 618
Herder'sche Verlagshandlung,
Freiburg (Breisgau) 618
Keplerbund (Abt. Naturwissen-
schaftlicher Verlag) Godesberg-
Bonn 629
Lutherischer Bücherverein, Elber-
feld 635
Missionsbuchhandlung, Her-
mannsburg 634
Missionsbuchhandlung, Herrnhut
632
Niederlage des Vereins zur Ver-
breitung christlicher Schriften,
Dresden 631
J. G. Oncken Nachf. in Cassel 640
Friedrich Emil Perthes, Gotha 635
B. Seligsberg's Antiquariats-
Buchhandlung (Fr. Seuffer) in
Bayreuth
Eugen Strien Verlag Nachfolger
Franz Wunderlich, Groß-Salze
(Bz. Magdeburg) 639
Unitäts-Buchhandlung, Gnadau
634

H. Wagner u. E. Debes, Leipzig 635

Material zu Vorträgen.

Chr. Belser'sche Verlagsbuch-
handlung, Stuttgart 634

Möbel.

Fabrik Stolzenberg, Oos 633

Möbel und Aussteuer.

Ev. Waisenhaus „Godesheim“
in Godesberg a. Rh.

Musikalien.

F. E. C. Leuckart in Leipzig, s.
Ins. vor dem Titelblatt
H. Preiser Verlag, Liegnitz, Mar-
tinstr. 7

**Musikinstrumente, Musik-
requisiten.**

Aug. Clemens Glier, Markneu-
kirchen i. Sachsen. Gegr. 1882.
Blas-Instrumente für kirchliche
Posaunenchor

Opferbüchsen und Opferteller.

Kunstanstalt für Kirchengaus-
stattung der Berliner Stadt-
mission, Berlin 628
Kurtz u. Co., Stuttgart 619

Orgelgebläseantriebe.

Herforder Elektrizitätswerke Bo-
kelmann u. Kuhlo, Herford
Orgelbauanstalt Voelkner, Brom-
berg 624

Orgeln.

A. Schuster u. Sohn, Kirchen-
orgelbauanstalt mit Kraftbe-
trieb, Zittau 639
G. F. Steinmeyer, Kgl. bayer.
Hof-, Orgel- und Harmonium-
fabrik, Oettingen 629
P. B. Voelkner, Kirchenorgelbau-
anstalt, Bromberg 624
E. F. Walcker, Kgl. Württ. Hof-
orgelbaumeister, Ludwigsburg
(Württemb.). Gegründet 1820

Papier- und Schreibwaren.

Papierversand Alfred Proegel,
Schleiz (Reuß)

Paramente.

Marg. Pfaff, Kunstwerkstätte,
Chemnitz 639

Pianinos.

„Schiedmayer Pianofortefabrik“,
Stuttgart 617

**Predigten von schweizerischen
Geistlichen.**

Buchhandlung der Ev. Gesell-
schaft, St.-Gallen 636

Samen und Pflanzen.

Stenger und Rotter in Erfurt,
Reich illustriert. Gartenkatalog
kostenfrei. — In Pastorenkrei-
sen bestens bekannt und
empfohlen.

Sanatorien.

Dr. med. Wiedeburg's Waldsana-
torium, Schwarzeck bei Blan-
kenburg im Schwarzatal 631
Sanatorium C. E. Wagner, Naum-
burg (Saale) 629
Sanatorium „St. Blasien“, Heil-
anstalt für Lungenkranke, St.
Blasien s. Ins. vor dem Titel-
blatt

**Sonntagsblatt für Kinder
(„Kindergabe“).**

Missionar Heienbrok, Bethel bei
Bielefeld 637

Stickerelen, kirchliche.

Kunstanstalt für Kirchengaus-
stattung der Berliner Stadt-
mission, Berlin 628
Marg. Pfaff, Chemnitz 639

Talare.

F. W. Jul. Assmann, Hoflieferant,
Lüdenscheid und Berlin 624
Ev. Waisenhaus „Godesheim“ in
Godesberg a. Rh.
Kunstanstalt für Kirchengaus-
stattung der Berliner Stadt-
mission, Berlin 628
Johs. Steltz, Karlsruhe (Baden) 622

Taufgeräte.

Kunstanstalt für Kirchengaus-
stattung der Berliner Stadt-
mission, Berlin 628

Taufscheine.

C. Bertelsmann in Gütersloh
Kunstdruckerei Künstlerbund in
Karlsruhe (Baden) 617

Taufsteine.

Kunstanstalt für Kirchengaus-
stattung der Berliner Stadt-
mission, Berlin 628

Trauscheine.

C. Bertelsmann in Gütersloh
Kunstdruckerei Künstlerbund in
Karlsruhe (Baden) 617

Volksunterhaltungsabende.

Friedr. Emil Perthes, Gotha 635

Wachskerzen siehe Kerzen.**Wandkarten.**

H. Wagner u. E. Debes, Leipzig 635

Wandschmuck.

Kunstdruckerei Künstlerbund
Karlsruhe (Baden) 617

Werkstätten für kirchl. Kunst.

Marg. Pfaff, Chemnitz 639

Zeitung und Zeitschriften.

Neue Preussische (Kreuz-)Zeitung
Berlin 625
Keplerbund (Abt. Naturwissen-
schaftlicher Verlag) Godesberg-
Bonn 629
„Der Reichsbote“, Berlin 631

**Zentralheizungen siehe
Kirchenheizungen.**

[illegible]

GAYLORD

PRINTED IN U.S.A.



3 2400 00304 6798

Kirchliches Jahrbuch

BX
8020
A2K5
1913

LC Coll.

